

**Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve,
Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher
Umsetzung im 17. – 18. Jahrhundert**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der
Philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Bonn

vorgelegt von
Markus Zbroschzyk
aus
Siegburg

Bonn 2014

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Zusammensetzung der Prüfungskommission:

Prof. Dr. Klaus Fehn
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Winfried Schenk
(Betreuer und Gutachter)

Prof. Dr. Manfred Groten
(Gutachter)

Prof. Dr. Hans Dieter Laux
(weiteres prüfungsberechtigtes Mitglied)

Tag der mündlichen Prüfung: 6. Mai 2014

**Meinen Eltern
und
Ritchie Blackmore**

Vorwort

Diese vorliegende Arbeit ist die geringfügig überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Februar 2014 von der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen wurde.

Dass es soweit überhaupt kommen konnte, verdanke ich vor allem meinem Doktorvater Prof. Dr. Winfried Schenk, der mich trotz meiner anderweitigen beruflichen Verpflichtungen stets ermuntert, beraten und dadurch mit seinen wertvollen Hinweisen maßgeblich den Weg zur Erstellung dieser historisch-geographischen Dissertation geebnet hat. Großen Dank gebührt auch meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Manfred Groten, der mir als Kenner der rheinischen Landesgeschichte mit fundierten Kommentaren wichtige Impulse gab. Ein besonderer Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Klaus Fehn, der den Vorsitz meiner Prüfungskommission übernahm und Herrn Prof. Dr. Hans Dieter Laux, der als viertes Mitglied mitwirkte.

Eine solche Arbeit ist ohne Hilfe zahlreicher Personen nicht zu bewerkstelligen. In meinem langjährigen Studienkollegen Boris Kretzinger M.A. und in meiner ehemaligen Kollegin Verena Gawel M.A. fand ich immer kompetente, kooperative und das Vorhaben ermutigende Ansprechpartner. Vor allem wertvolle organisatorische Hinweise bekam ich von Dr. Jan-Erik Steinkrüger. Frau Lackes koordinierte meine zahlreichen Termine innerhalb der Historischen Geographie mit gewohnter Souveränität. Ohne die fachliche Unterstützung vieler Mitarbeiter, wie des Landesarchivars Nordrhein Westfalens / Abt. Rheinland Dr. Martin Früh, des Stadtarchivars aus Goch Hans-Joachim Koepp, des Gemeindearchivars Bedburg-Haus Johannes Stinner sowie Jürgen Graven vom Pfälzerbund am Niederrhein e. V. wäre die Archivarbeit nicht möglich gewesen. Des Weiteren müssen all jene erwähnt werden, die mein Manuskript kritisch gelesen und lektoriert haben: Heike „Woody“ Schüler, Andree Schneider, Konrad Roth und Jens Pohlhaus. Für die kartographische Umsetzung meiner Ergebnisse danke ich Herrn Stefan Zöldi.

Danken möchte ich auch in besonderer Weise meiner Oma für die langjährige kulinarische Verpflegung und Obdach, meinen Eltern für die tatkräftigen Unterstützungen unterschiedlicher Provenienz zur Verwirklichung meiner Träume und insbesondere dieser Dissertation, meiner Freundin Judith Acksteiner für die Geduld und Akzeptanz meiner chronischen Zeitknappheit, meinem Freund Uwe Pattberg für die aufmunternden Gespräche sowie meiner Band „Demon`s Eye“ für die Geduld während der Konzertreisen und Proben.

Siegburg, Juni 2014

Markus Zbroschzyk

**Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und
Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17. – 18.
Jahrhundert**

A. Einleitung.	1
1. Forschungsstand und die Bedeutung frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik in historisch-geographischer, historischer, landesgeschichtlicher und geographischer Forschung.	5
2. Forschungsansatz, Fragestellungen und methodisch-konzeptionelle Vorüberlegungen aus einer historisch-geographischen und landesgeschichtlichen Perspektive	30
3. Quellengrundlagen historisch-geographischer und bevölkerungshistorischer Forschung.	41
4. Die Zäsurierung des Untersuchungszeitraumes – eine demographische Begründung. ...	48
5. Die geographische Eingrenzung des Untersuchungsraumes.....	51
B. Die Theoriegeschichte frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik und der Bevölkerungsgedanke im Zeitalter des Kameralismus.....	54
1. Die staats- und wirtschaftstheoretischen Grundlagen der frühneuzeitlichen Epoche	56
2. Geistesgeschichtliche und philosophische Grundlagen peuplierungspolitischer Überlegungen kameralistischer Staatstheoretiker	60
3. Chronologisch-systematische Aufarbeitung bevölkerungswissenschaftlichen Denkens anhand kurzbiographischer Vorstellungen merkantiler-kameralistischer Personen der Frühen Neuzeit.	64
3.1. Hermann Conring (1606-1681).	67
3.2. Veit Ludwig von Seckendorff (1626-1692).	68
3.3. Johann Joachim Becher (1635-1682).	70
3.4. Gottfried Wilhelm Freiherr von Leibniz (1646-1716).	86
3.5. Theodor Ludwig Lau (1670-1740).	87
3.6. Johann Peter Süßmilch (1707-1767)	116
3.7. Johann Heinrich Gottlieb von Justi (1717-1771).	152
3.8. Jakob Freiherr von Bielfeld (1717-1770)	222
3.9. Johann Friedrich von Pfeiffer (1718-1787).	223
3.10. Albrecht Philippi (1721-1781).	227
3.11. Josef Freiherr von Sonnenfels (1733-1817)	236
3.12. Johann Peter Frank (1745-1812).	237
4. Zusammenfassung: Die Definierung eines differenzierten Peuplierungsbegriffs.....	240
5. Raumwirksamkeitspotenziale peuplierungstheoretischer Überlegungen im Spannungsfeld von Demographie und Kulturlandschaft..	254

C. Typologie preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Industrialisierung.	261
1. Die territorialen, politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Grundlagen der preußisch regierten Territorien Kleve, Geldern und Moers im 17. und 18. Jahrhundert... ..	262
2. Typologisch-systematische Auswertung peuplierungspolitischer Policyverordnungen anhand der Chronologie preußischer Herrscher im Herzogtum Kleve bis 1806..	265
2.1. Policyverordnungen im klevischen Verwaltungsstaat – Instrumente und Quellen preußischer Peuplierungspolitik.	266
2.1.1. Aufgaben und Zielvorstellungen des preußisch-klevischen Verwaltungsapparates im 17. und 18. Jahrhundert	267
2.1.2. Klevische Policyverordnungen – Instrumente und Indikatoren peuplierungspolitischer Vorstellungsveränderungen.	269
2.2. Typologisch-systematische und chronologische Auswertung peuplierungspolitischer Gesetzgebung im Herzogtum Kleve.....	270
2.2.1. Die Anfänge peuplierungspolitischer Gesetzgebung unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1640-1688).	270
2.2.2. Die Weiterführung „restaurativer“ Peuplierungspolitik unter Friedrich (III.) I. (1688-1713).	281
2.2.3. Die Professionalisierung der Verwaltungsstruktur peuplierungspolitischer Policygesetzgebung unter Friedrich Wilhelm I. (1713-1740).	288
2.2.4. Die Kolonisationsbestrebungen des aufgeklärten Königs Friedrichs des Großen (1740-1786) – Höhepunkt und Niedergang peuplierungspolitischer Policygesetzgebung.	301
2.2.5. Der Übergang zu einer „passiven“ Peuplierungspolitik unter der Regentschaft Friedrich Wilhelms II. (1786-1797).	327
2.2.6. Die Wiederaufnahme peuplierungspolitischer Gesetzgebung unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms III. (1797-1840).	329
3. Zusammenfassung: Die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers – eine Erfolgsgeschichte preußischer Peuplierungspolitik?.....	331
D. Die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien – raumwirksame Pläne und Persistenzen bevölkerungspolitischer Maßnahmen - dargestellt anhand ausgewählter Beispiele	337
1. Die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher im niederrheinischen Gebiet.	338
1.1. Die Entwicklung der Stadt Goch nach dem Dreißigjährigen Krieg – eine exemplarische Darstellung „restaurativer“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten und seines Nachfolgers Friedrichs (III.) I.	338
1.2. Die Anwerbung und Ansetzung hugenottischer Flüchtlinge im Herzogtum Kleve nach dem Potsdamer Edikt von 1685.	346

1.3. Gescheiterte Planung einer Koloniesanlegung französischer Hugenotten zwischen Kleve und Kranenburg 1718.	367
1.4. Anwerbungsversuche englischer reformierter Flüchtlinge im Jahre 1686.....	369
1.5. Höhepunkt der Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik unter Friedrich dem Großen.	371
1.5.1. Gescheiterte Pläne zur Anlage zweier neuer Städte am Niederrhein.....	372
1.5.2. Die Einbeziehung klevischer Landstände in die „additive“ Peuplierungspolitik.....	388
1.5.3. Die „Retablissement-Maßnahmen“ Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Krieg.	397
1.5.3.1. Die Situation preußischer niederrheinischer Städte nach dem Siebenjährigen Krieg.	398
1.5.3.2. Die räumliche Stadtentwicklung und die Anwerbung von Fabrikanten und Manufakturisten.	411
1.5.3.3. Beispiele einzelner Ansiedlungen fremder Professionisten im Kontext „qualifizierter“ Peuplierungspolitik.....	487
1.5.4. Bilanzierung der „Retablissement-Politik“ im Kontext „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik.....	519
1.5.5. Die Mennoniten in Krefeld – eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte „stadtbezogener qualifizierter“ Peuplierungspolitik.	539
1.5.5.1. Die Bevölkerungsentwicklung Krefelds von 1650 bis 1800.....	539
1.5.5.2. Die raumwirksame Expansion des Krefelder Seidengewerbes der mennonitischen Familie von der Leyen im 17. und 18. Jahrhundert.	540
1.6. Exemplarische Ansiedlungen im Kontext „passiver“ Peuplierungspolitik.....	554
2. Die „landbezogene“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher im preußischen Rheinland.	562
2.1. Die Situation des „platten Landes“ im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik.....	562
2.2. Die Raumwirksamkeit binnenkolonisatorischer Maßnahmen Friedrichs des Großen mit dem Ziel optimaler Raumausnutzung	571
2.2.1. Die Urbarmachungsversuche der Steinheide zu Üdem.....	572
2.2.2. Die Kolonisation der Bönninghardter Heide bei Sonsbeck.	580
2.2.3. Die Kultivierungsbemühungen wüster Stellen am Heeseberg und Hettenkamp bei Xanten.	647
2.2.4. Die Urbarmachung unkultivierter Heidegründe pfälzischer Auswanderer.	675
2.2.4.1. Die Gründung der Siedlung Pfalzdorf im niederrheinischen Gebiet – die Geburt einer pfälzischen Insel.	676
2.2.4.1.1. Die Auswanderungsgründe pfälzischer Protestanten.....	676
2.2.4.1.2. Die Siedlungsgeschichte und die Urbarmachung der Gocher Heide...677	
2.2.4.2. Die Kultivierung der Asperdischen Heide und der Voßheide bei Goch....	692

2.2.4.3. Exkurs: Rechtsrheinische Ableger pfälzischer Kolonien - Die Gründung von Königshardt und Neudorf.....	695
2.2.4.4. Die späteren Gründungen der Pfälzersiedlungen Louisendorf und Neulouisendorf – Beispiele für die nachwirkende Kraft peuplierungspolitischer Denkmuster bis ins 19. Jahrhundert.....	702
2.2.5. Bilanzierung raumwirksamer Maßnahmen binnenkolonisatorischer Aktivitäten (unter Berücksichtigung getätigter Gesamtausgaben „landbezogener“ und „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik).....	712
3. Zusammenfassung: Die Bewertung der Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers.	739
E. Fazit: Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers – raumwirksame Kräfte bevölkerungspolitischer Gedanken und Maßnahmen im Spiegel heutiger Kulturlandschaften?	744
F. Quellen und Literatur.	759
1. Gedruckte Quellen und Literatur.....	759
2. Archivalische Quellen.	794
G. Abbildungsverzeichnis und Abkürzungen.....	795

A. Einleitung

„Unter einer Regierung, welche die Menschen recht zu leiten und zu schätzen versteht, ist eine große Bevölkerung der hauptsächlichste, und man kann fast sagen, der einzige Reichthum des Staats.“¹ Mit dieser für die frühneuzeitliche Epoche charakteristischen Aussage des Professors für Kameralwissenschaften am Theresianum in Wien und königlichen Berghauptmannes und Oberaufsehers fiskalischer Bergwerke unter Friedrich II., Johann Heinrich Gottlieb von Justi (1717-1771), wird die Prämisse preußischer Peuplierungspolitik kurz und prägnant zusammenfassend wiedergegeben.

Die Frühe Neuzeit, geprägt durch einschneidende Umwälzungsimpulse geistiger, philosophischer, staats- und wirtschaftstheoretischer Strömungen, stellt für den historisch-geographischen Forscher im Bereich raumorientierter und demographischer Wissenschaft ein Forschungsdesiderat dar. Die zahlreichen europäischen Kriege, die damit verbundene Reduzierung demographischer Ressourcen und Verwüstung räumlicher Potenziale, die geistigen Fortschritte in ökonomischen und staats-theoretischen Wissenschaften und die damit einhergehende weltweite Vernetzung handeltreibender Staaten, die Diesseits-Fokussierung und die Neupositionierung des Menschen im Denken der Renaissance sowie der im Zuge der Aufklärung voranschreitende Rationalisierungs- und Akademisierungsprozess zahlreicher neuer Wissenschaftszweige führte zu der peuplierungspolitischen Erkenntnis, dass eine mit der Säkularisierung bevölkerungstheoretischer Gedanken zusammenhängende aktive Beeinflussung des Bevölkerungswachstums durch den absolutistischen Monarchen als ein „neues“ Politikfeld fürstlicher Herrschaft zum Wohl aller im Territorium lebenden Menschen reichen kann. Dass man gerade im 17. und 18. Jahrhundert solche peuplierungspolitische Vorstellungen theoretisierte und konzeptualisierte, war kein Zufall, sondern hing auf das Engste mit den spezifisch sich wandelnden gesellschaftlichen, demographischen, politischen und geistigen Rahmenbedingungen jener Zeit zusammen.

Will man die preußische Peuplierungspolitik eingehend und „richtig“ in den Zusammenhang bevölkerungsgeschichtlichen Handelns einordnen, müssen zunächst sowohl die zu dieser Zeit neuen ökonomischen Theorien als auch die aufklärerischen Gedanken und das absolutistische Staatsverständnis mit einbezogen werden, die aufgrund ihrer Werte, Normen und politischen

¹ Zitat aus Justi, J. H. G. v.: Gesammelte Politische und Finanzschriften über wichtige Gegenstände der Staatskunst, der Kriegswissenschaften und des Cameral- und Finanzwesens, Dritter Band, Kopenhagen/Leipzig 1764 (Neudruck Aachen 1970), S. 28.

Zielvorstellungen letztendlich die Instrumente peuplierungspolitischer Maßnahmen definierten. Mit der im Reformationszeitalter beginnenden Konstituierung frühmoderner Staaten, der Internationalisierung des Handels durch die weltweite skrupellose Eroberung von Kolonialgebieten und der damit verbundenen allmählichen Veränderung vorherrschender Wirtschaftsstrukturen kam es zur Ausbildung neuer ökonomischer Denkweisen, die auch erstmals bevölkerungspolitische und -theoretische Ansätze enthielten. Eine enge Verbindung von wirtschaftlicher Prosperität und der Erhöhung der Bevölkerungszahl wurde erkannt, um damit die „Wohlfahrt der Mannschaft“ zu fördern und zu erweitern.²

Weil die Relation zwischen demographischer Genese und dem Raum vor der Industrialisierung viel direkter war als heute, wird der Wandel der europäischen Kulturlandschaft während der Frühen Neuzeit in der Historischen Geographie als eine Variable der Bevölkerungszahl verstanden.³ Deswegen ist es in Anbetracht der preußischen Peuplierungspolitik festzuhalten, dass sich die rheinische Kulturlandschaft, verstanden als ein Resultat des Einwirkens menschlicher Tätigkeit auf die Naturlandschaft, im Laufe der Frühen Neuzeit unter preußischer Herrschaft verändert hat und somit in ihrer damaligen und heutigen Vielfalt von demographischen Veränderungen abhängig war und ist. Die Bevölkerungsentwicklung steht somit nicht nur im direkten Kontakt mit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung eines Territoriums, sondern korreliert auch mit deren räumlichen Genese.⁴ Dabei ist die Dynamik kulturlandschaftsgenetischer Veränderungen vornehmlich von der Quantität der Menschen in einem Raum bestimmt. Spuren raumwirksamer Peuplierungspolitik sind noch heute in der rheinischen Kulturlandschaft zu erkennen. Schon M. Asche wies in seiner sehr lesenswerten Habilitationsschrift darauf hin, dass die „[...] landesherrlich mehr oder weniger gelenkte Migrations- und Siedlungspolitik

² Zum Menschenbild des 18. Jahrhunderts unter Berücksichtigung kameralistischer Wirtschaftstheorien siehe Müller, W.: „Zur Wohlfahrt des Gemeinen Wesens“. Ein Beitrag zur Bevölkerungs- und Sozialpolitik Max III. Joseph 1745-1777 (Miscellanea Bavarica Monacensia; 133), Univ. Diss., München 1984, S. 20-24.

³ Siehe dazu Schenk, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft seit dem frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung als Variable der Bevölkerungszahl, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 9-13. Zum semantisch stark aufgeladenen Begriff „Kulturlandschaft“ siehe Schenk, W.: „Landschaft“ und „Kulturlandschaft“ – „getönte“ Leitbegriffe für aktuelle Konzepte geographischer Forschung und räumlicher Planung, in: PGM 146 (6), S. 6-13.

⁴ Siehe dazu Mackensen, R.: Theoretische Konzeptionen bevölkerungspolitischen Handelns, in: Buchholz, E. W./Wander, H. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaft – Bevölkerungspolitik. Wissenschaftliche Grundlagen bevölkerungspolitischen Handelns. Bericht über die Studentagung der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e. V. vom 25. bis 29. November 1974 in Berlin, Kiel 1975, S. 95. Auch W. Blickel, der eine Untersuchung über die schweizerische Bevölkerungspolitik tätigte, sprach von einer historischen Tatsache, dass „[...] das gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben eines Landes mit der Größe und der Struktur seiner Bewegungen zusammenhängt.“ Zitat aus Blickel, W.: Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters (Forschung und Leben), Zürich 1947, S. 11.

(...) gleichsam ein Instrument der Raumstrukturierung“ war.⁵ Für D. Denecke gehört unter anderem „ [...] die Raumwirksamkeit einer Staatstätigkeit“ zu den „ [...] landschaftsimmanenten Wirkungsgefügen“, welche sich vor allem in Form von Moorkolonisationen sowie Wasserbau- und Straßenbaumaßnahmen kulturlandschaftsgestaltend in historischer Zeit niedergeschlagen hat.⁶ Die Bevölkerungswissenschaftliche Forschung, einbezogen in die Historische Geographie, untersucht somit einen entscheidenden Parameter kulturlandschaftsgestaltender Kräfte.

Die Auswirkungen demographischer Veränderungen in Bezug auf die (Kultur-)Landschaft wurden erstmals auf der in Bonn am 18.-19. Oktober 2007 stattfindenden Tagung „Demographie und Kulturlandschaft“ eingehender und problemorientiert systematisiert - dass politische Maßnahmen, die die Zusammensetzung der Bevölkerung der Qualität und Quantität nach beeinflussen und gestalten, raumwirksame Veränderungen in der Landschaft hinterlassen, ist eine logische Schlussfolgerung, da der Mensch permanent in Interaktion mit dem ihn umgebenden Raum, also mit seiner Umwelt, steht.⁷

Aus einer historisch-geographischen Perspektive waren die demographischen Entwicklungen vorhergegangener Epochen ebenso ein elementarer Bestandteil für die Mitprägung der Genese heutiger Kulturlandschaften, wie auch die aktuellen demographischen Aspekte für die zukünftige Entwicklung des Erscheinungs- und Wahrnehmungsbildes von Landschaften von großer Bedeutung sein werden. Allerdings gibt es bis heute noch kaum gesicherte Erkenntnisse zu den räumlichen Auswirkungen demographischer Veränderungen auf die Umwelt und Kulturlandschaftsentwicklung.⁸ Da die Beziehungen zwischen Bevölkerungsentwicklung und Raum in der Frühen Neuzeit viel direkter und vielgestaltiger waren als heute, ist die Analyse zur Raumwirksamkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen in der Frühen Neuzeit ein sehr desiderables Unterfangen und liefert somit nicht nur einen Beitrag zur Historischen Geographie, sondern auch zur Grundlagenforschung geographischer

⁵ Zitat aus Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006, S. 8.

⁶ Zitat aus Denecke, D.: Historisch-genetische Siedlungsforschung im Rahmen einer Historischen Geographie der Kulturlandschaft. Die vielseitige Epoche von 1960-2000, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 39.

⁷ Siehe dazu Karabaic, M.: Eröffnung der Tagung und Einführung in das Tagungsthema, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 6-8.

⁸ Siehe dazu Heiland, St./Moorfeld, M.: Demographischer Wandel und Kulturlandschaft – Beziehungen, Wirkungen, Perspektiven, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 80.

und historischer Wissenschaft. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass die langsame Genese der Auswirkungen demographischer Veränderungen eine Eigenart demographischer Prozesse ist und erst zeitverzögert wirkungsmächtig verschiedene Teilaspekte gesellschaftlichen Lebens und räumlicher Gegebenheiten beeinflusst und nachhaltig deformiert.

Die Untersuchung preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Beginn der Industrialisierung versucht aus einer historisch-geographischen Perspektive eine theorie- und landesgeschichtliche Analyse zur Raumwirksamkeit frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik beizutragen. Peuplierungspolitische Vorstellungen sind in ein definiertes Werteschema eingebunden. Mit dem Wandel dieser Wertevorstellungen ändern sich auch die Mittel zur Bevölkerungsregulierung. Unter Peuplierungspolitik ist die Gesamtheit aller bevölkerungspolitischen Maßnahmen zu verstehen, die direkt die Zahl und die Zusammensetzung von Bevölkerungen verändern, das heißt sie in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu beeinflussen versuchen.⁹

Vom Mittelalter bis zum Beginn der Ausbreitung aufklärerischer Gedanken dominierten im Bereich der europäischen Bevölkerungstheorie und -politik christliche Vorstellungen. Eine aktive und bewusste Beeinflussung des Bevölkerungswachstums durch den Menschen wurde als eine Einmischung in den unerklärlichen Plan Gottes verworfen.¹⁰ Die fatalistische und optimistische Vorstellung des vorauklärerischen Gedankens „Gott macht die Kinder, er wird sie auch ernähren“ bestimmte bis in das 18. Jahrhundert die Richtung bevölkerungspolitischen Denkens. Erst mit der Säkularisierung der Bevölkerungspolitik im Zuge der Aufklärung war die Voraussetzung dafür gegeben, Bevölkerungsvorgänge wissenschaftlich zu untersuchen und sie in staats- und wirtschaftstheoretische Konzeptionen mit einzubinden. Die Peuplierungstheorie als ein elementarer Bestandteil kameralwissenschaftlicher Lehre bereitete für zahlreiche moderne bevölkerungswissenschaftliche Disziplinen (Demographie, Historische Demographie, Bevölkerungsgeschichte, Eugenik) einen Projektionsraum für wissenschaftshistorische Kontinuitäten vor, die vor allem ihren Ausgangspunkt im 17. und 18. Jahrhundert hatten. In Folge zunehmender wissenschaftlicher Fundierung peuplierungstheoretischer Theoreme differenzierte sich die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik in einer fast unüberschaubaren Anzahl kameralistischer Literatur und

⁹ Siehe dazu Wingen, M.: Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Stuttgart, Berlin 1975, S. 18f..

¹⁰ Siehe dazu Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre, 2. Aufl., Berlin 1953, S. 300f.. Auch Bacci, M. L.: Europa und seine Menschen. Eine Bevölkerungsgeschichte, München 1999.

verdeutlicht damit die Komplexität und Polydimensionalität preußischer Peuplierungspolitik, die nicht einfach nur auf wenige Aspekte reduziert werden darf.

1. Forschungsstand und die Bedeutung frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik in historisch-geographischer, historischer, landesgeschichtlicher und geographischer Forschung

Die Historik der Peuplierungstheorie und -politik im deutschsprachigen Raum von ihren Anfängen bis zur Gegenwart bleibt nach wie vor trotz eines langsamen Aufkommens zunehmender bevölkerungshistorischer Forschungsarbeiten ein Desiderat bevölkerungswissenschaftlicher, wissenschaftstheoretischer und historisch-geographischer Forschung.¹¹

¹¹ Folgende Untersuchungen beschäftigen sich mit peuplierungspolitischen Themen: Asche, M.: Peuplierung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 9, Stuttgart 2009, Sp. 1042-1045; Ders.: Neusiedler im verheerten Land ... ; Brandt, P.: Preußen - zur Sozialgeschichte eines Staates, eine Darstellung in Quellen (Preußen, Versuch einer Bilanz; 3), Hamburg 1981; Durchhardt, H.: Glaubensflüchtlinge und Entwicklungshelfer (Niederländer, Hugenotten, Waldenser, Salzburger), in: Bade, K. (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland, München 1992, S. 278-286; Engeli, J.: Preußische Kolonisations- und Sozialpolitik in der Altmark von 1740-1850 im Spannungsfeld von Staatsräson und Bauernwiderstand am Beispiel der Drömlings, Univ. Diss., Bonn 2007; Fuhrmann, M.: Volksvermehrung als Staatsaufgabe? Bevölkerungs- und Ehepolitik in der deutschen politischen und ökonomischen Theorie des 18. und 19. Jahrhunderts (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichung der Görres-Gesellschaft; 101), Univ. Diss., Paderborn 2002; Gehrmann, R.: Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsentwicklung im friderizianischen Preußen, Vortragstyposkript 1998 - mit herzlichem Dank für die Zusendung und Bereitstellung; Haslach, H./Riedel, B.: Kulturlandschaftsinventarisierung Walsdorf-Erlau, in: Heimat Bamberger Land 10 (1998), S. 15-34; Haver, Ch.: Europäische Migration und die Peuplierung Preußens am Beispiel der Salzburger Emigranten, in: Beer, M. (Hrsg.): Über die trockene Grenze und über das offene Meer. Binneneuropäische und transatlantische Migration im 18. und 19. Jahrhundert, Essen 2004, S. 45-75; Heinsohn, G.: Menschenproduktion – allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit, Frankfurt a. M. 1979; Heller, H.: Die Peuplierungspolitik der Reichsritterschaften als sozialgeographischer Faktor im Steigerwald, Erlangen 1971; Zur friderizianischen Kolonisationstätigkeit im Speziellen siehe die bibliographischen Hinweise in Henning, H./Henning, E. (Bearb.): Bibliographie Friedrich der Grosse 1786-1986. Das Schrifttum des deutschen Sprachraums und der Übersetzungen aus Fremdsprachen, Berlin/New York 1988, S. 186-214; Hesler, A.: Impopulation, Peuplierung, Besiedlung. Methoden der Siedlungsplanung und des Landwirtschaftsbaues im 18. und 20. Jahrhundert, Univ. Diss., Wien 1966; Hinze, K.: Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685-1806 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin; 9), 2. Aufl., Berlin 1963; Kullen, S.: Der Einfluß der Reichsritterschaften im mittleren Neckarland (Tübinger geographische Studien; 24), Univ. Diss., Tübingen 1967; Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon zur Geschichte der Demographie. Personen des bevölkerungswissenschaftlichen Denkens im deutschsprachigen Raum vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, hrsg. v. H. Michel, Berlin 2007; Michel, H./Lischke, R. J.: Zur Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft im deutschsprachigen Raum von den Anfängen bis 1945, in: Berliner Statistik 3 (2001), S. 110-120; Michel, H.: Der Bevölkerungsgedanke im Zeitalter des Merkantilismus (Edition IFAD, Historische Reihe; 2), Berlin 1994; Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein. Die Geschichte der Pfälzersiedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf im Rahmen der preußischen Binnenkolonisation des 18. und 19. Jahrhunderts, Goch/Kalkar 1989; Müller, W.: „Zur Wohlfahrt des Gemeinen Wesens“ ... ; Niggemann, U.: Immigrationspolitik zwischen Konflikt und Konsens. Die Hugenottensiedlung in Deutschland und England (1681-1697) (Norm und Struktur, Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit; 33), Köln 2008; Ders.: „Peuplierung“ als merkantilistisches Instrument. Privilegierung von Immigranten und staatlich gelenkte Ansiedlungen, in: Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hrsg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Paderborn 2012 – (noch nicht erschienen); Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen am Niederrhein (Schriften des Duisburgers Museumsvereins; 7), Univ. Diss., Duisburg, 1917; Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus unter besonderer Berücksichtigung des Bevölkerungsproblems, Univ. Diss., Erlangen 1948; Volk, S.: Peuplierung und religiöse Toleranz. Neuwied von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: RhVjbl 55 (1991), S. 205-231.

Die interdisziplinär arbeitende Historische Geographie, die sich als eine historische Raumwissenschaft mit den „[...] raumrelevanten Prozessen menschlicher Aktivitäten und den sich daraus ergebenden räumlichen Strukturen zu einer beliebigen Zeit der Vergangenheit beschäftigt“, setzt nicht nur die Erfassung, Beschreibung und Erklärung wirtschaftlicher, sozialer, politischer, ökologischer, ökonomischer und allgemein historischer Gegebenheiten voraus, sondern auch die Aufdeckung demographischer Grundlagen und Prozesse in der raumzeitlichen Differenzierung ist für die historisch-geographisch arbeitende Forschung von fundamentaler Bedeutung.¹² Die Genetische Kulturlandschaftsforschung, die „[...] die Erklärung gegenwärtiger räumlicher Strukturen und Prozesse aus der Vergangenheit heraus zum Ziel“ hat, geht nur soweit in die Vergangenheit zurück, wie noch Bezüge zur Gegenwart bestehen.¹³ Dabei sind das „[...] Ausmaß und die stetig steigende Geschwindigkeit des Kulturlandschaftswandels (...) Aufforderung genug, bei heutigen und künftigen Ansprüchen

Zeitgleich zu meiner Arbeit entsteht ein bevölkerungshistorisches Dissertationsprojekt an der Universität Würzburg von M. Hien mit dem Titel „Zwischen Aktion und Reaktion. Grenzen und Möglichkeiten der Bevölkerungspolitik im 18. Jahrhundert am Beispiel der Ansiedlung und Niederlassung aktiver und ehemaliger Soldaten“, der sich mit der seit ca. 1750 flächendeckenden Ansiedlung ehemaliger Soldaten im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik beschäftigt. Siehe dazu: Hien, M.: Zwischen Aktion und Reaktion. Grenzen und Möglichkeiten der Bevölkerungspolitik im 18. Jh. am Beispiel der Ansiedlung und Niederlassung aktiver und ehemaliger Soldaten in der Kurmark, in: *Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit* 12 (2008), S. 89-95.

¹² Zitat aus Schenk, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): *Allgemeine Anthropogeographie* (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, S. 215-264; Zu der forschungskonzeptionellen und teleologischen Ausrichtung sowie zur Disziplinengese historisch-geographischer Wissenschaft siehe auch Fehn, K./Schenk, W.: Die Historische Geographie in Bonn als Akteur der landeskundlichen Forschung und Kulturlandschaftspflege im Rheinland, in: Wiemer, K. P. (Red.): *Dem Erbe verpflichtet. 100 Jahre Kulturlandschaftspflege im Rheinland. Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz*, Köln 2006, S. 339-353, bes. für die Zeit in Bonn nach 2001 S. 344-351; Fehn, K.: Das „Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn“ 1972 bis 1997. 25 Jahre Forschung und Lehre im Fach „Historische Geographie“ mit den Schwerpunkten Siedlung, Kulturlandschaft und Umwelt – Mitteleuropa – Mittelalter, Neuzeit und Neueste Zeit, in: Kleefeld, K.-D./Burggraaff, P. (Hrsg.): *Perspektiven der Historischen Geographie. Siedlung – Kulturlandschaft – Umwelt in Mitteleuropa. Anlässlich des 25jährigen Dienstjubiläums von Klaus Fehn in Bonn und seines 60. Geburtstages*, Bonn 1997, S. 17-46; Ders.: Die Bonner Historische Geographie 1970/74 zwischen Altertumswissenschaften, Geschichte und Geographie. Eine persönliche Rückschau, in: *Siedlungsforschung* 22 (2004), S. 253-268; Ders.: Die Bonner Historische Geographie in der Übergangsphase 1997 bis 2001, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): *Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag* (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 215-240; Ders.: Historische Geographie, in: Goertz, H.-J. (Hrsg.): *Geschichte. Ein Grundkurs* (Rowohlts Enzyklopädie), 3. revidierte und erweiterte Auflage, Reinbek 2007, S. 447-460; Ders.: Historische Geographie, in: *Siedlungsforschung* 10 (1992), S. 211-237; Schenk, W./Dix, A.: Historische Geographie, in: Gebhard, H./Reuber, P./Glaser, R./Radtko, U. (Hrsg.): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*, Heidelberg 2006, S. 817-828; Schenk, W.: Historische Geographie (Geowissen Kompakt), Darmstadt 2011, S. 1-15. Zur Historischen Geographie in Bonn im Spannungsfeld von Grundlagenforschung und Angewandter Geographie siehe Schenk, W.: Historische Geographie in Bonn seit 2001 zwischen Kontinuität und Umbrüchen, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): *Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag* (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 61-86, hier bes. S. 70-72.

¹³ Zitat aus Schenk, W.: Historische Geographie als historische Regionalwissenschaft. Zur „Produktion“ von Regionen durch historisch-geographische Forschung, in: Groten, M./Rutz, A. (Hrsg.): *Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven*, Bonn 2007, S. 254.

an den Raum die Erfordernisse einer erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung zu berücksichtigen.“¹⁴ Im Fokus dieser Forschungsausrichtung historisch-geographischer Wissenschaft steht der Mensch als Gestalter von Kulturlandschaften. Dadurch entstanden unter anderem für den niederrheinischen Raum einige kulturlandschaftsgenetische Arbeiten von G. Aymans, die auch die binnenkolonialisatorischen Besiedlungsbemühungen kartographisch berücksichtigten.¹⁵ Ebenso wurden auf der Grundlage der Forschungen von G. Aymans und R. Straßer im Kontext des Modellgebietes „Niederrhein“ im „Rhein-LUCIFS-Projekt“, das die Auswirkungen des „human impacts“ auf naturgeographische Prozesse zu untersuchen als Aufgabe hatte, Landnutzungskarten für die Zeit von 1350-1730 erstellt, die auf die „landbezogene“ Peuplierungspolitik phänomenologisch hinwiesen.¹⁶ Im Rahmen friderizianischer Peuplierungspolitik charakterisierten P. Burggraaff und G. Bub die Periode 1730-1804/05 in Bezug auf die Kulturlandschaftsentwicklung als eine Phase der Neuansiedlung und Urbarmachung unkultivierter Flächen.¹⁷ Dabei konnte eine sprunghafte Zunahme von raumverändernden Bodeneingriffen angeworbener Kolonisten im Zuge gewerblicher Tätigkeit und Siedlungsentwicklung nachgewiesen werden.

Da die durch peuplierungspolitische Verordnungen beeinflussten demographischen Veränderungen interaktive Rückkopplungseffekte im Spannungsfeld der „Mensch-Raum-Beziehung“ bewirkten und somit persistente Spuren in der Kulturlandschaft hinterließen, wird die Beschäftigung mit bevölkerungstheoretischen und peuplierungspolitischen Konzeptionen frühneuzeitlicher Regierungen auch aus einer historisch-geographischen Perspektive legitimiert. Neben der Peuplierungspolitik stand zudem der Gedanke optimaler räumlicher Ausnutzung landschaftlich gebundener Ressourcen zur Steigerung der Wohlfahrt

¹⁴ Zitat aus Burggraaff, P./Kleefeld, K.-D.: Historisch-geographische Forschung im digitalen kulturlandschaftlichen Informationssystem KuLaDig, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 186.

¹⁵ Siehe dazu Aymans, G.: Die preußische Katasteraufnahme im Herzogtum Kleve der Jahre 1731-38, in: Erdkunde 40 (1986), S. 14-28.

¹⁶ Die Abkürzung „Rhein-LUCIFS“ steht hier für „Land Use and Climate Impacts on Fluvial Systems during the period of Agriculture“. Siehe zum historisch-geographischen Beitrag zu diesem „LUCIFS-Projekt“ Dix, A./Burggraaff, P./Kleefeld, K.-D.: Der historisch-geographische Beitrag zum DFG-Projekt RheinLUCIFS, in: Siedlungsforschung 23 (2005), S. 295-306. Hierbei war ein „[...] zentraler Begriff zur Überschreibung der Steuerungsfaktoren (...) [die] ‚Kulturlandschaft‘ als manifestierter ‚human impact‘, hervorgegangen aus der Wechselwirkung von gesellschaftlichen und naturräumlichen Prozessen.“ Zitat von S. 297; Siehe dazu auch den Beitrag beim „Symposium im Kloster Graefenthal, Goch-Asperden 2006“ zum Thema „Entdeckungslandschaften Unterer Niederrhein – Land zwischen Maas und Rhein. Neue Forschungen zur Kulturlandschaft des Niederrheins auf der Grundlage der Arbeiten von Gerhard Aymans und Rudolf Straßer“ von Kleefeld, K.-D.: „Human Impact“. Historisch-geographische Methodik im Forschungsprojekt RheinLUCIFS, in: Colloquium Geographicum 30 (2008), S. 68-79, bes. S. 73.

¹⁷ Siehe dazu Burggraaff, P./Bub, G.: Das Modellgebiet Unterer Niederrhein im DFG-Projekt RheinLUCIFS, in: Siedlungsforschung 23 (2005), S. 343-415, bes. S. 380-384 u. S. 393f..

absolutistischer Herrscher und des Staates, der sich in zahlreichen Kolonisationsplänen, Urbarmachungen unkultivierter Landflächen und Neulandgewinnungen wirkungsmächtig und raumwirksam in der Genese der heutigen Kulturlandschaft in Form von für die Frühe Neuzeit charakteristischen neuen Siedlungstypen (Planformen) niederschlug, im Vordergrund. Besonders bei der Siedlungsbildung frühneuzeitlicher Raumstrukturen wird die Raumwirksamkeit bevölkerungstheoretischer Überlegungen und peuplierungspolitischer „faktischer“ Umsetzung deutlich, sodass sich bei der Bearbeitung preußischer Peuplierungspolitik zwangsläufig eine Schnittmenge zur Genetischen Siedlungsforschung ergibt.¹⁸ In Anbetracht der seit den 1970er Jahren allmählichen inhaltlichen und methodischen Annäherung der Bonner Historischen Geographie an die Geographie warnte K. Fehn zurecht davor, „[...] bei dem an sich erfreulichen Fortschritt der anwendungsorientierten Aktivitäten die Grundlagenforschung nicht zu vernachlässigen.“¹⁹ Im Rahmen frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik vieler Kleinstaaten kam es zu multiplen planmäßigen Neulandgewinnungen und binnenkolonialisatorischen Maßnahmen. Vor allem die durch die aktive Peuplierungspolitik angestoßenen Migrationswellen bedingten bei konfessionstoleranten und einwanderungsoffenen Staaten Ausprägungen landschaftsgebundener Kulturformen.²⁰ Eingehende und raumzeitdifferenzierte Arbeiten zur Analyse raumwirksamer Bevölkerungspolitiken in der Frühen Neuzeit, die zur (Er-)Klärung der Hintergründe und Prozesse siedlungs- und kulturlandschaftsgenetischer Geschichte einen

¹⁸ Siehe dazu Fehn, K.: „Genetische Siedlungsforschung“ als Aufbruch: Optionen und Bindungen bei der Gründung des „Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa“ 1974, in: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 13-34; Überblicksdarstellend vor allem Ders.: 25 Jahre „Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa“. Ziele, Strukturen und Aktivitäten im Rückblick, in: Siedlungsforschung 16 (1998), S. 421-437. Zur methodisch-konzeptionellen Neuorientierung und Bestandsaufnahme bisheriger Forschungsansätze und -methoden historischer Kulturlandschafts- und Siedlungsforschung siehe Schenk, W.: Historische Kulturlandschaftsforschung im Spannungsfeld von älteren Ansätzen und aktuellen Fragestellungen und Methoden. Institutioneller Hintergrund, methodische Ausgangsüberlegungen und inhaltliche Zielsetzungen. Bericht über die 32. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa vom 21.-25. September 2005 in Münster, in: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 9-12; Auch Wardenga, U.: Zwischen Innovation und Tradition: Geographische Siedlungsforschung in den 1960er Jahren, in: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 35-50. Zu den Quellen, Methoden und Grundlagen einer historisch-geographischen Siedlungsforschung siehe Denecke, D.: Historisch-genetische Siedlungsforschung ... , S. 15-23.

¹⁹ Zitat aus Fehn, K.: Konzepte und Fragestellungen der Historischen Geographie in Mitteleuropa – Eine Zusammenschau der Festschrift-Beiträge, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 212. Aufgrund dessen darf die Historische Geographie sich nicht vollständig auf „[...] einen Paradigmenwechsel zu einem konstruktivistisch-diskurstheoretischen Wissenschaftsverständnis“ einlassen. Zitat S. 213f..

²⁰ Siehe dazu Wiese, B./Zils, N.: Deutsche Kulturgeographie. Werden, Wandel und Bewahrung deutscher Kulturlandschaften, Herford 1987, S. 85.

grundlegenden Beitrag liefern könnten, liegen bis heute in einer analytisch-szientistischen Form noch nicht vor.²¹

Die Analyse der Peuplierungspolitik ist nicht nur ein wichtiger Bestandteil für die Grundlagenforschung historisch-geographischer und bevölkerungsgeographischer Wissenschaft, die „[...] auf verschiedenen Maßstabsebenen die räumliche Differenzierung und die raumzeitliche Veränderung der Bevölkerung nach ihrer Zahl, ihrer Zusammensetzung und Bewegung“ zu untersuchen als Aufgabe hat, sondern kann auch mit einem regionalgeschichtlichen Ansatz kombiniert werden und somit einen elementaren Beitrag zur rheinischen Landesgeschichte leisten.²² Die Bevölkerungsgeographie als eine elementare Teildisziplin anthropogeographischer Wissenschaft liefert unter anderem Beiträge zur Differenzierung von Bevölkerungsverteilungen, -prozessen und -strukturen, berücksichtigt aber auch die zeitliche Dimension mit einem historischen und zukunftsgerichteten Blick sowie die Perspektive räumlicher Differenzierung auf unterschiedlichsten Maßstabsebenen.²³ Bevölkerungsgeographische Fragen zu den regionalwirtschaftlichen und siedlungsstrukturellen Auswirkungen von durch pro- oder antinatalistischen bevölkerungspolitischen Maßnahmen beeinflussten demographischen Veränderungen müssen bei einer Analyse peuplierungspolitischer Geschichte genauso Berücksichtigung finden, wie die von der modernen Bevölkerungsgeographie verstärkt erforschten räumlichen Mobilitätsprozesse und Probleme der natürlichen Bevölkerungsbewegung.²⁴ Das

²¹ Trotzdem findet die Peuplierung bzw. die Peuplierungspolitik immer wieder Erwähnung bei Darstellungen kulturlandschaftlicher Entwicklungen oder in geographischen Landeskunden. Siehe dazu Engelen, J.: Preußische Kolonisations- und Sozialpolitik in der Altmark von 1740-1850 ... ; Glaser, R./Schenk, W.: Von der Naturlandschaft zur bäuerlichen Kulturlandschaft, in: Ders./Gebhardt, H./Schenk, W.: Geographie Deutschlands, Darmstadt 2007, S. 123-138, hier bes. S. 135; Schenk, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft seit dem frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung als Variable der Bevölkerungszahl ... , S. 9-13; Ders.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): ... , S. 242-244; Wiese, B./Zils, N.: Deutsche Kulturgeographie ... , S. 85-98, hier bes. S. 90-95.

²² Zitat aus Bähr, J.: Bevölkerungsgeographie, Entwicklung, Aufgaben und theoretischer Bezugsrahmen, in: Geographische Rundschau 40 (1988), S. 8. Siehe auch Laux, H.-D.: Bevölkerungsgeographie, in: Schenk, W./Schliephake, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, S. 85-144. Grundlegend und als erste systematische Einführung in die moderne Bevölkerungsgeographie im deutschen Sprachraum anzusehen Kuls, W./Kemper, F.-J.: Bevölkerungsgeographie. Eine Einführung, 3. Aufl., Stuttgart 2000.

²³ Siehe dazu Laux, H.-D.: Bevölkerungsgeographie ... , S. 85-144, bes. 88f..

²⁴ Siehe dazu Laux, H.-D.: Bevölkerungsgeographie ... S. 86-88. Die bevölkerungsgeographische Forschung in Deutschland, die aufgrund der Verstrickungen während der Zeit des Nationalsozialismus und der vorläufigen Integration bevölkerungsgeographischer Fragestellungen in die Sozialgeographie einer gewissen wissenschaftlichen Tabuisierung unterlag, etablierte sich erst gegen Ende der 1960er Jahre als eine gewichtige Teildisziplin der Anthropogeographie. Die zeitliche Verortung bevölkerungsgeographischer Forschung ist zudem stark auf das 19. bis 21. Jahrhundert bezogen, sodass die Frühe Neuzeit auch aus einer bevölkerungsgeographischen Perspektive ein Desiderat darstellt. Sie liefert grundlegende Arbeiten zu den Grundzügen der Bevölkerungsbewegung, zur Erfassung und Typisierung von Wanderungsprozessen und Migrationswellen (räumliche Reichweite), zu Untersuchungen der Zusammensetzung von Wanderungsströmen

Forschungsfeld „Bevölkerungspolitische Geschichte“ mit dem Subjekt „Bevölkerung“ ist somit aus einer historisch-geographischen und bevölkerungsgeographischen Perspektive ohne den Aspekt des Raumes bzw. ohne ein dazugehöriges Territorium nicht denkbar.²⁵ Die enge Verbindung bevölkerungs- und siedlungsgeographischer Forschung, die die Bevölkerung als „[...] ein Teilsystem ökonomischer-geographischer Territorialstruktur“ versteht, befasst sich mit der Art und Weise der Besiedlung der Menschen in einem bestimmten Raum (Behausungen, Formen, Strukturen und Wechselbeziehungen zur Natur und Gesellschaft) und versucht eine Taxonomie und Typologie der Siedlungen zu erstellen.²⁶ Die Rahmenbedingungen historisch-geographischer Bevölkerungsforschung erfordern es, dass die Historische Geographie bei der Analyse peuplierungspolitischer Genese auf „[...] das Paradigma ‚Landschaft‘ in seinen verschiedenen Variationen“ partiell verzichtet und den „[...] Themenbereich Bevölkerung als eigenständiges Problemfeld geographischer Forschung“ anerkennt.²⁷ Der Bevölkerungsgeograph H.-D. Laux forderte dabei zurecht, dass „[...] auch die Historische Geographie durch eine verstärkte Beschäftigung mit dem Problem des Bevölkerungsgeschehens (...) einen entscheidenden Beitrag“ zur bevölkerungswissenschaftlichen Forschung leisten sollte.²⁸ Die schwerpunktmäßig zeitliche Verankerung der Bevölkerungsgeographie auf das 19., 20. und 21. Jahrhundert sowie deren gegenwarts- und zukunftsbezogene Ausrichtung lässt die Analyse bevölkerungspolitischer Geschichte der frühneuzeitlichen Epoche auch als ein Desiderat bevölkerungsgeographischer Forschung erscheinen.

Die Zuordnung dieser Dissertation zur rheinischen Landesgeschichte erscheint somit nicht nur aufgrund der räumlichen Verortung des Themas zwingend und legitim, sondern hat auch arbeitskonzeptionelle Gründe, um einer historisch-geographischen Aufarbeitung gerecht zu werden. Dadurch kann die historisch-geographische Analyse zur Raumwirksamkeit frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik neben dem theoriegeschichtlichen Teil zur Allgemeinen

nach demographischen und sozialen Merkmalen sowie Analysen zur Bevölkerungsverteilung und –struktur. Sowohl die räumliche als auch die zeitliche Dimension in der forschungskonzeptionellen Ausgestaltung bevölkerungsgeographischer Forschung birgt eine erhebliche inhaltliche und methodische Nähe zur Historischen Geographie in sich. Siehe dazu auch: Laux, H.-D.: Forschungsschwerpunkte und Zukunftsaufgaben der Historischen Geographie: Bevölkerung, in: *Erdkunde* 36 (2) (1982), S. 103-109.

²⁵ Siehe zu den Aufgaben bevölkerungsgeographischer Wissenschaft unter Berücksichtigung historisch-geographischer Bevölkerungsforschungszielen Laux, H.-D.: *Forschungsschwerpunkte und Zukunftsaufgaben ...*, S. 103-109. Allgemein zur den Aufgaben bevölkerungsgeographischer Forschung auch Kuls, W./Kemper, F.-J.: *Bevölkerungsgeographie ...*, S. 20.

²⁶ Zitat aus Benthien, B./ Weber, E.: *Einführung in die Bevölkerungs- und Siedlungsgeographie* (Studienbücher Geographie für Lehrer; 2), 2. Aufl., München 1980, S. 7.

²⁷ Zitat aus Laux, H.-D.: *Forschungsschwerpunkte und Zukunftsaufgaben ...*, S. 104.

²⁸ Zitat aus Laux, H.-D.: *Forschungsschwerpunkte und Zukunftsaufgaben ...*, S. 106.

Geschichte und Geistesgeschichte zudem einen wichtigen Beitrag zur Landesgeschichte leisten. Ein Anliegen der Landesgeschichte ist es, die „[...] Geschichte eines Raumes mit eigenem Profil innerhalb einer größeren politischen Einheit, das heißt einer Geschichtslandschaft oder einer Region“ aufzuarbeiten und in einen raumübergreifenden Zusammenhang einzuordnen.²⁹ Ebenso wie die Historische Geographie arbeitet die rheinische Landesgeschichte stark interdisziplinär. So wies M. Groten bei einer Rückschau landesgeschichtlicher Disziplingeschichte zurecht darauf hin, dass aus seiner Sicht „[...] die beeindruckende Leistungsbilanz des Instituts für geschichtliche Landeskunde gerade durch die Vielfalt der Forschungsansätze seiner Direktoren und ihrer Mitarbeiter zustande gekommen“ ist.³⁰ Zurecht beklagt St. Laux, dass in der rheinischen Frühneuzeitforschung noch „[...] bis heute keine integrative Sozialgeschichte der Frühen Neuzeit“ vorliegt und damit auch die soziale Dimension der Peuplierungspolitik nicht ausreichend berücksichtigt wurde.³¹ Die demographischen Strukturen und Prozesse eines Landes oder einer Region sind das Ergebnis des sich gegenseitig bedingenden Zusammenwirkens von Fertilität, Mortalität, Heiratsverhalten und Migration. Dem letztgenannten Aspekt wurde bis heute, vor allem in der historisch-demographischen Forschung, nicht ausreichend Berücksichtigung und Bedeutung entgegengebracht, obwohl große geographische Mobilität die Frühe Neuzeit im lokalen, regionalen und überregionalen Maßstab geprägt hatte.³²

Nicht nur die geographische Eingrenzung der Arbeit lässt eine Nähe zur rheinischen Landesgeschichte vermuten.³³ Auch die historische Umweltforschung ist neben der

²⁹ Zitat aus Groten, M.: Perspektiven der mediävistischen Landesgeschichtsforschung, in: Ders./Rutz, A. (Hrsg.): Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Bonn 2007, S. 182.

³⁰ Zitat aus Groten, M.: Landesgeschichte an der Universität Bonn, in: RhVjbl 72 (2008), S. 183. Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn wurde oftmals vor und neben dem Institut für geschichtliche Landeskunde betrieben, sodass nahezu durchgängig Vertreter verschiedener Forschungsrichtungen nebeneinander gewirkt haben. Zur Gründungsgeschichte und Methodik des Instituts für geschichtliche Landeskunde siehe Nikolay-Panter, M.: Geschichte und methodischer Ansatz des Bonner Instituts. Eine Skizze, in: Groten, M./Rutz, A. (Hrsg.): Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Bonn 2007, S. 11-37.

³¹ Zitat aus Laux, St.: Rheinische Frühneuzeitforschung. Traditionen – Stand – Perspektiven, in: Groten, M./Rutz, A. (Hrsg.): Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Bonn 2007, S. 220. Siehe auch Sokoll, T.: Historische Demographie und historische Sozialwissenschaft, in: AfS 23 (1992), S. 405-425.

³² Siehe dazu Elmer, J.: Bevölkerung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Stuttgart 2005, Sp. 112-114.

³³ Dank des regionalen Zugriffs der Historischen Geographie ergibt sich zwangsläufig eine fachliche Nähe zur Landesgeschichte, die befruchtend auf das interdisziplinäre Bearbeiten von gemeinsamen Forschungsobjekten wirken kann. Siehe dazu: Fehn, K./Schenk, W.: Die Historische Geographie in Bonn als Akteur der landeskundlichen Forschung ... , S. 339-353; Fehn, K.: Historische Raumkompetenz. Gemeinsames Bildungsziel der Historischen Geographie und der Landesgeschichte, in: Koblenzer Geographisches Kolloquium 26 (2004), S. 5-25; Ders.: Historische Geographie, in: Hauptmeyer, C.-H. (Hrsg.): Landgeschichte heute (Kleine Vandenhoeck Reihe; 1522), Hannover 1987, S. 55-76; Ders.: Zentrale Aufgaben der Landesgeschichte aus der Sicht des Nachbarfaches „Historische Geographie“ und des interdisziplinären Arbeitsfeldes „Genetische

Kulturlandschaftspflege ein wichtiges gemeinsames Forschungsfeld der Historischen Geographie und der Landesgeschichte, bei dem beide Fachrichtungen von den Ergebnissen und Erkenntnissen zur Raumwirksamkeit frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitiken profitieren können.³⁴ Aufgrund der regionalen Zugriffe der Historischen Geographie, die sich in einem Spannungsfeld grundlagenorientierter Forschung zu historischen „Mensch-Umwelt-Beziehungen“ und räumlicher Planung – vor allem in der Angewandten Historischen Geographie der Kulturlandschaftspflege – bewegt, können Beiträge zu landesgeschichtlichen Themen erfolgen und zu neuen Erkenntnisinhalten regionaler Geschichte führen. Die Historische Geographie, die den konstruktiven Charakter von Regionen und Räumen hervorhebt, sieht sich unter anderem als ein „Produzent“ von Regionen bzw. von Räumen.³⁵ Allerdings besteht ein wichtiger forschungskonzeptioneller Unterschied zur Landesgeschichte, die sich als ein „[...] interdisziplinärer Verbund all derjenigen Fächer (z. B. der Archäologie) bzw. Teilbereiche von Fächern (z. B. der Agrargeschichte) (...) mit einer historischen Fragestellung einem bestimmten Raum“ zuwendet.³⁶ Vereinzelt landesgeschichtliche Untersuchungen zur rheinischen Geschichte haben die Bevölkerungspolitik und Kolonisationsbestrebungen schon zum Untersuchungsschwerpunkt gehabt.³⁷ Die bisher vorliegenden Untersuchungen gehen fast gar nicht oder nur sehr unzureichend auf die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien ein und übergehen die Peuplierung niederrheinischer Landschaftsteile in Kleve, Geldern und Moers.³⁸

Siedlungsforschung“, in: Buchholz, W.: *Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven*, Paderborn 1998, S. 61-74; Schenk, W.: *Historische Geographie als historische Regionalwissenschaft ...*, bes. S. 263f.; Schenk, W./Krings, W.: *Zum Stand der historisch-geographischen Forschung zu Bayern*, in: Ackermann, K./Rumschöttel, H./Schmid, A. (Hrsg.): *Bayerische Geschichte. Landesgeschichte in Bayern. Festgabe für Alois Schmid zum 60. Geburtstag (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 68/1)*, München 2005, S. 27-50.

³⁴ Siehe dazu Fehn, K.: *Historische Raumkompetenz ...*, S. 18. Auch Schenk, W.: *Historische Geographie als historische Regionalwissenschaft ...*, S. 255.

³⁵ Siehe dazu Schenk, W.: *Historische Geographie als historische Regionalwissenschaft ...*, S. 252.

³⁶ Zitat aus Schenk, W.: *Historische Geographie*, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): ... , S. 218.

³⁷ Siehe Dösseler, E.: *Kleve-Mark am Ende des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Düsseldorfer Jahrbuch 47* (1955), S. 254-296; Ring, W.: *Kolonisationsbestrebungen ...*; Mott, B.: *Pfälzer am Niederrhein ...*; Volk, S.: *Peuplierung und religiöse Toleranz. ...*. Aufbauend auf dieser Dissertation lag mir meine am „Institut für rheinische Landeskunde“ unter der Betreuung von Herrn Prof. Dr. M. Groten verfasste Masterarbeit mit dem Titel „Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Beginn der Industrialisierung. Ein theoriegeschichtlicher und landesgeschichtlich-demographischer Beitrag zur frühneuzeitlichen Bevölkerungspolitik“ von 2008 vor, bei der nun einige Aspekte vertiefend ergänzt und in vielen Bereichen intensiviert werden können. Allerdings wird bei dieser Dissertation nun die räumliche Perspektive der Peuplierungspolitik sowie der theoriegeschichtliche Teil stärker im Fokus der Untersuchung stehen.

³⁸ Folgende Untersuchungen ließen die rheinischen Gebiete beiseite und stellten sie als unbedeutend zurück: Arndt, G.: *Grundzüge der Siedlungspolitik und Siedlungsmethode Friedrichs des Großen* (Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation; 52), Leipzig 1934; Beheim-Schwarzbach, M.: *Hohenzollerische Kolonisation. Ein Beitrag zur Geschichte des Preußischen Staates und der Kolonisation des östlichen*

Lediglich die bis heute noch maßgebliche Arbeit von W. Ring thematisierte die innere Kolonisation Friedrichs des Großen von Kleve und Moers und beschäftigte sich mit einem räumlichen Aspekt preußischer Peuplierungspolitik. Allerdings oblagen seiner Fragestellung kein „differenzierter“ Peuplierungsbegriff und kein explizites historisch-geographisches Verständnis.³⁹ Bei dieser hier vorliegenden Arbeit soll erstmals im Zuge der Untersuchung peuplierungspolitischer Maßnahmen in den rheinischen Territorien die räumliche Perspektive umfassender berücksichtigt werden. Deshalb ist diese Arbeit – wie auch die Historische Geographie als universitäres Fach – nicht einem Teilbereich der Geschichtswissenschaft, sondern einem teildisziplinären Bereich der Geographie zuzuordnen.⁴⁰ Da die Historische Geographie als Wissenschaft zwischen Geographie und Geschichte eine „Raum-Zeit-Kompetenz“ vermittelt, eröffnen sich für die Bearbeitung meiner Arbeit zur preußischen Peuplierungspolitik neue Fragestellungen und Zugänge, die sowohl synergetisch und befruchtend auf Problemlösungsansätze wirken als auch neue methodische Zugänge zur Analyse frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik bereithalten können.⁴¹ Die bewusste Berücksichtigung räumlicher Dimension bevölkerungstheoretischer und -politischer

Deutschlands, Leipzig 1874; Bergér, H.: Friedrich der Große als Kolonisor, Gießen 1896; Mener, W.: Die klevischen Städte unter brandenburgisch-preußischer Herrschaft im 17. und 18. Jahrhundert. Festschrift des Düsseldorfer Gymnasiums, Düsseldorf 1913; Schmoller, G.: Die preußische Einwanderung und ländliche Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Ders.: Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftspolitik, besonders des Preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig 1889, S. 562-627 (Nachdruck Hildesheim/New York 1974).

³⁹ Siehe Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen ... : Auch wichtig sind die später erschienenen lokalen Studien von Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... ; Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital. Die niederrheinischen-bergischen Mennoniten und der Aufstieg des Krefelder Seidengewerbe (Mitte des 17. Jahrhunderts bis 1815) (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte; 223), Göttingen 2007. Auch wenn die nachfolgend erwähnte und lesenswerte Habilitationsschrift von M. Asche landesgeschichtlich der Mark Brandenburg zuzuordnen ist und „[...] das Problem der Wiederbesiedlung vom im Dreißigjährigen Krieg und den nachfolgenden Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts zerstörten und entvölkerten Räumen auf dem Lande“ thematisiert, sind dieser Arbeit spannende vergleichende Erkenntnisse zu entnehmen. Zitat aus Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 3. Im Zentrum dieser vorzüglichen Arbeit „[...] steht das Problem des Wiederaufbaus von kriegszerstörten Dörfern und ländlichen Siedlungsräumen“, wobei anhand der räumlichen „[...] Wiederbesiedlungen und Neukolonisationen (...) die von den Kriegen des 17. Jahrhunderts besonders verwüsteten Landschaften im Norden der Mark Brandenburg – die Uckermark, das Land Ruppín und die Prignitz – untersucht“ werden. Zitat von S. 5. Zum Thema „Strategien und allgemeine Rahmenbedingungen der Peuplierungs- und Rekultivierungspolitik in der Mark Brandenburg“ siehe S. 115-128, zum Thema „Ausblick: Peuplierungspolitik als Instrument der hohenzollernschen Kirchenpolitik“ siehe S. 129-142. Weiterführend auch das Kapitel „Ausblick: Peuplierungsmaßnahmen der Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. im Domänenbereich der Mark Brandenburg unter besonderer Berücksichtigung der Prignitz, des Landes Ruppín und der Uckermark bis zum Siebenjährigen Krieg – Kontinuitäten und Neuansätze“ von S. 377-402.

⁴⁰ Siehe dazu Schenk, W.: Historische Geographie als historische Regionalwissenschaft ... , S. 256.

⁴¹ Siehe zur „Raum-Zeit-Kompetenz-Vermittlung“ der Historischen Geographie Fehn, K.: Historische Raumkompetenz ... , S. 5-25, bes. S. 14-16. Neben der Zeitkompetenz muss die Raumkompetenz ein weiteres wichtiges Bildungsziel der Landesgeschichte sein. Mittlerweile arbeiten nicht nur Historische Geographen mit einer zeitlichen und räumlichen Dimension, sondern auch Historiker, die räumliche Aspekte zunehmend für ihre Fragestellungen berücksichtigen und analysieren. Exemplarisch sei hier das Werk von Gotthard, A.: In der Ferne. Die Wahrnehmung des Raums in der Vormoderne, Frankfurt 2007 genannt.

Forschungen hebt „ [...] grundlegende Defizite im Bereich der Theorie der Geschichtswissenschaft“ auf und ermöglicht somit die preußische Peuplierungspolitik in ihrer Ganzheit zu erfassen.⁴² Das Lernen voneinander sollte im Zentrum interdisziplinären Arbeitens stehen, so wie der Geograph nicht zeit- und vergangenheitsblind sein darf, so darf auch der Historiker weder raumblind noch gegenwartsblind sein. Deshalb muss bei der Beschäftigung mit der preußischen Peuplierungspolitik die zeitliche mit der räumlichen Dimension, die Gegenwart mit der Vergangenheit verbunden werden, um dem komplexen Phänomen frühneuzeitlicher Bevölkerungstheorie und -politik in all seiner Umfassendheit und Multidimensionalität gerecht zu werden.

Aus disziplingenetischen Gründen bewirkt die Historische Geographie nicht nur ein interdisziplinäres Arbeiten an gemeinsamen Forschungsobjekten, sondern bietet auch neben der methodischen Nähe zu historisch arbeitenden und naturwissenschaftlich orientierten Wissenschaften eine große Vielzahl an desiderablen Themen. Diese thematische Offenheit der Historischen Geographie offenbart viele Schnittpunkte zu benachbarten Fachdisziplinen. Da die aus historisch-geographischer Sicht zwei wichtigsten Komponenten demographischer Systeme „Bevölkerungszahl“ und „Bevölkerungsdichte“ als ein „ [...] Indikator für die Intensität der Ansprüche an die natürliche Umwelt“ zu verstehen sind, ergibt sich logischerweise eine Schnittmenge zur historischen Mensch-Umweltforschung bzw. zur Umweltgeschichte.⁴³ Auch hier steht der Mensch als Landschaftsgestalter im Vordergrund, wobei es in der Umweltgeschichte primär um die Fragestellung nach der ökologischen Intensität und Vielschichtigkeit anthropogener Einwirkungen geht. Die Umweltgeschichte, die als wissenschaftliche Teildisziplin wie auch die Historische Geographie also ein verbindendes Brückenfach zwischen Geographie und Geschichte grundlegend zum Verständnis heutiger Umwelten bzw. Kulturlandschaften beiträgt, benötigt historisch-demographische Informationen zur Erklärung historischer Landschaftszustände, weil „ [...] alle Prozesse der Umweltgeschichte, die nicht rein naturbedingt sind, (...) auf den Menschen“

⁴² Zitat aus Fehn, K.: Historische Raumkompetenz ... , S. 14. Grundlegend für diesen Themenkomplex ist die historisch-geographische Dissertation von Mücke, H.: Historische Geographie als lebensweltliche Umweltanalyse. Studien zum Grenzbereich zwischen Geographie und Geschichtswissenschaft, Univ. Diss., Bonn 1988.

⁴³ Zitat aus Schenk, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft seit dem frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung als Variable der Bevölkerungszahl ... S. 10; Siehe dazu auch Ders.: Historische Geographie. Umwelthistorische Brückenfach zwischen Geschichte und Geographie, in: Siemann, W. (Hrsg.): Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven (Beck'sche Reihe; 1519), München 2003, S. 129-146. Auch Ders.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): ... , bes. S. 217 oder Jäger, H.: Einführung in die Umweltgeschichte (Die Geographie), Darmstadt 1994.

zurückgehen.⁴⁴ Die Erforschung der Zusammensetzung und der Bewegungen von Bevölkerungen, aber auch ihre Verteilung und Dichte im Raum, sind nach H. Jäger grundlegend für die Rekonstruktion historischer Umwelten, da „[...] die im Raum und Zeit und nach ihrer Struktur sehr variable Bevölkerung (...) ein Schlüssel zum Verständnis des Zustands der Umwelt und seiner Veränderung“ darstellt.⁴⁵ Mit dem Anwachsen der Bevölkerung veränderten sich die Bedürfnisse an die Umwelt, wie z. B. neue Nahrungsmittelanbaumethoden, Wohnräume, Wirtschaftsräume, Infrastruktur, etc.. Da „[...] fast jeder Themenbereich aus der Umweltgeschichte (...) mit einer Analyse der demographischen Verhältnisse (...) beginnen“ müsste, kann dieses Dissertationsprojekt durchaus einen Beitrag zur Umweltgeschichte leisten.⁴⁶ Natur und Umwelt sind sowohl in der historisch-demographischen Forschung als auch in den Geschichtswissenschaften „[...] keine zu vernachlässigenden Größen mehr.“⁴⁷ Der Umwelthistoriker J. Radkau wies zu Recht darauf hin, dass vor allem die Kernbereiche der Mensch-Umwelt-Beziehung, „[...] die Forst- und Agrargeschichte, die Geschichte der Bevölkerungsbewegungen und der Epidemien (...) eher gemieden“ wurden.⁴⁸ Viele Historiker, so seine Kritik, haben leider bis heute noch „[...] keinen Blick für die alltäglichen umwelterhaltenden Verhaltensmuster der Vergangenheit, die man oft nur zwischen den Zeilen“ schriftlicher Quellen erkennen kann.⁴⁹ Die Berücksichtigung demographischer Parameter in umwelthistorischen Arbeiten und damit der primäre Kontext zwischen Mensch und Umwelt ist allein schon dadurch gegeben, dass „[...] der Mensch ein biologischer Organismus“ und somit selbst ein Bestandteil der ihn umgebenden Umwelt ist.⁵⁰ Zudem ist für umweltgeschichtliche Forscher die „Population Pressure of Resources“ der wichtigste Themenkomplex der gesamten Welt-Umweltgeschichte.

⁴⁴ Zitat aus Jäger, H.: Einführung ... , S. 12. Siehe dazu auch Ders.: Die Frühe Neuzeit, ihre raumwirksamen Innovationen und deren Voraussetzungen, in: Borchardt, K./Bunz, E. (Hrsg.): Forschungen zur Reichs-, Papst- und Landesgeschichte. Peter Herde zum 65. Geburtstag, Bd. 2, Stuttgart 1998, S. 823-844.

⁴⁵ Zitat aus Jäger, H.: Einführung ... , S. 12. Zusammenfassend zum Forschungs- und Kenntnisstand zum Themenkomplex „Umweltauswirkungen des demographischen Wandels“ siehe Heiland, St./Moorfeld, M.: Demographischer Wandel und Kulturlandschaft ... , S. 80-91, bes. S. 80-82.

⁴⁶ Zitat aus Jäger, H.: Einführung ... , S. 12.

⁴⁷ Zitat aus Gehrman, R.: Das Verhältnis von Bevölkerung und Ressourcen als Problem der demographischen Theorie und historischen Forschung, in: Ditt, K./Gundermann, R./Rübe, N. (Hrsg.): Agrarmodernisierung und ökologische Folgen. Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (Forschungen zur Regionalgeschichte; 40), Paderborn 2001, S. 23.

⁴⁸ Zitat aus Radkau, J.: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, erste aktualisierte und erweiterte Fassung der gebundenen Auflage von 2000, München 2002, S. 12.

⁴⁹ Zitat aus Radkau, J.: Natur und Macht ... , S. 13.

⁵⁰ Zitat aus Radkau, J.: Natur und Macht ... , S. 16.

Die Genese kulturlandschaftlicher Zustände und ihre raumzeitlichen Veränderungen „ [...] lassen sich nicht ohne tiefes Eindringen in die Bevölkerungsverhältnisse erklären.“⁵¹ Bei der historisch-geographischen Analyse bevölkerungspolitischer Maßnahmen dürfen „ [...] die landschaftlichen und räumlichen Aspekte nicht aus dem Auge“ verloren werden, um im nächsten Schritt „ [...] die Raumwirksamkeit der Bevölkerung“ eingehend zu erfassen und zu bewerten.⁵² Nach der Integration der Historischen Geographie in das Geographische Institut der Universität Bonn erfolgte dank der eingetretenen Synergieeffekte, vor allem mit der Physischen Geographie, eine Verlagerung der historisch-geographischen Forschungstätigkeiten in Richtung umweltgeschichtlicher Aspekte. Zunehmend steht jetzt hier „ [...] die Erforschung von funktionalen Zusammenhängen und Regelmäßigkeiten raumbezogener Mensch-Umwelt-Beziehungen in historischer Zeit“ im Mittelpunkt historisch-geographischer Forschung.⁵³ Die raumwirksame preußische Peuplierungspolitik, die meist auf eine Erhöhung der Untertanenzahl zielte, war die Ursache für die erhöhte Inanspruchnahme räumlicher Ressourcen und die Veränderung mit dem Umgang der Geofaktoren. Neben klimatischen und vegetativen Faktoren beeinflussten wachsende Populationen immer stärker die Bodenentwicklung. Die Bodenerosion stieg mit der Zunahme der Bevölkerungszahl und die Auswaschung von Stoffen veränderte den Metabolismus vieler Böden - die durch das Wachstum der Bevölkerung ausgelöste Kultivierung unbewohnter Räume wie die Trockenlegungen von Mooren hoben den Menschen als „bodenbildenden Faktor“ hervor.⁵⁴ Der erhöhte Nutzungsdruck auf die Böden zum Beginn des frühneuzeitlichen Landesausbaus und das damit verbundene Ausweichen mittels Kolonisation und Urbarmachung unkultivierter Landschaftsbereiche veränderten neben dem Erscheinungsbild der Kulturlandschaften auch die Böden und das Relief. Im Gegensatz zu den Fragen ökologischer Veränderungen umwelthistorischer Forscher blicken die Historischen Geographen stärker als andere Nachbardisziplinen auf den sichtbaren Wandel von Kulturlandschaften.⁵⁵

⁵¹ Zitat aus Jäger, H.: Entwicklungsprobleme europäischer Kulturlandschaften ... , S. 129.

⁵² Zitat aus Jäger, H.: Entwicklungsprobleme europäischer Kulturlandschaften ... , S. 135.

⁵³ Zitat aus Fehn, K./Schenk, W.: Die Historische Geographie in Bonn ... , S. 348. Zur Wissenschaftsgeschichte der Historischen Geographie siehe Fehn, K.: Historische Raumkompetenz ..., bes. S. 6-9.

⁵⁴ Siehe dazu Sudhaus, D.: Die Bodenentwicklung, in: Glaser, R./Gebhardt, H./Schenk, W.: Geographie Deutschlands, Darmstadt 2007, S. 116-122.

⁵⁵ Siehe dazu Dix, A.: Historisch-geographische Perspektiven einer Umweltgeschichte des Industriezeitalters, in: Kleefeld, K.-D./Burggraaff, P. (Hrsg.): Perspektiven der Historischen Geographie. Siedlung – Kulturlandschaft – Umwelt in Mitteleuropa. Anlässlich des 25jährigen Dienstjubiläums von Klaus Fehn in Bonn und seines 60. Geburtstages, Bonn 1997, S. 219-234. Der im Laufe der Geschichte vor allem in der deutschsprachigen Wissenschaft semantisch stark aufgeladene Begriff der „Kulturlandschaft“ ist heute ein „getönter“ Begriff und mit einer hohen Anzahl von Konnotationen belegt. Die Historische Geographie versucht diesen ab den 1970er Jahren mit dem Etikett „nicht operationalisierbar“ versehenen Begriff in der Geographie als eine Metapher für den Versuch einer komplexen Analyse raumgebundener Phänomene und Prozesse aus einer historischen und

Die Analyse der Peuplierungspolitik wird primär in der geschichtswissenschaftlichen Teildisziplin Historische Demographie betrieben.⁵⁶ Aufgrund der gravierenden Bevölkerungsverluste und –umschichtungen in Mitteleuropa stellt der Dreißigjährige Krieg ein beliebtes Forschungsobjekt der Historischen Demographie dar.⁵⁷ Schon der Historische Demograph R. Gehrman charakterisierte in seinem mir freundlicherweise zur Verfügung gestellten Vortragstyposkript die Peuplierungstheorie als vielschichtig, die nicht nur auf „quantitative“ Aspekte reduziert werden darf.⁵⁸ Die Historische Demographie versteht die Bevölkerungszahl und ihre räumliche Verteilung als „[...] geschichtsmächtige Größen gesellschaftsstruktureller Gegebenheiten und Prozesse, die in Form und Richtung durch eigenständige Dynamik des Bevölkerungsverhaltens bestimmt werden.“⁵⁹ Sie „[...] befaßt sich mit historischen Bevölkerungen und deren Entwicklung, und sie bedient sich dazu bevölkerungsstatistischer Methoden“, wobei die quantitativen Methoden hierbei als Ergänzung zu den traditionellen hermeneutischen Verfahren geschichtswissenschaftlicher Forschung verstanden werden.⁶⁰ Dank des aktuellen Diskurses über die akuten demographischen Probleme unserer Zeit stieg das Interesse an bevölkerungshistorischer,

kulturwissenschaftlichen Perspektive zu verstehen. Dank der etymologisch erklärbaren Offenheit des Kulturlandschaftsbegriffs wird er im Zuge dieser Dissertation zur Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik als ein Ansatz für eine vielschichtige Analyse räumlicher Phänomene und Prozesse im Spiegel historischer Mensch-Umwelt-Beziehungen gebraucht. Die Verwendung in der Historischen Geographie markiert damit das besondere Interesse am kulturhistorischen Gehalt von Räumen, in denen der Mensch als Kulturlandschaftsgestalter im Mittelpunkt steht. Siehe dazu Schenk, W.: „Landschaft“ und „Kulturlandschaft“ ... S. 6-13.

⁵⁶ Eine begriffliche Trennung zwischen einer makrodemographisch arbeitenden Bevölkerungsgeschichte und einer mikrodemographisch orientierten Historischen Demographie hat sich in der deutschen Forschung nicht durchgesetzt. Siehe dazu Sieglers Schmidt, J.: Bevölkerungsgeschichte, in: Schulz, G. (Hrsg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte; 169), München 2004, S. 252. Trotzdem wurde und sollte die methodische Trennung zwischen makro- und mikrodemographischer Forschung beibehalten werden. Siehe dazu Imhof, A. E.: Einführung in die Historische Demographie, München 1977, S. 9. Lediglich die historisch-demographische Habilitationsschrift R. Gehrmanns versteht sich als eine makrohistorisch-demographische Arbeit zu einem „mittleren Aggregat“. Die Historische Demographie darf nicht nur auf mikrohistorische Studien reduziert werden, sondern „[...] muß gleichsam den Raum erobern“ und sich der „[...] geographischen Dimension öffnen.“ Zitat aus Gehrman, R.: Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands zwischen Aufklärung und Vormärz (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für die Geschichte Preußens e. V.; 1), Berlin 2000, S. 14.

⁵⁷ Siehe dazu Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 5.

⁵⁸ Siehe dazu Gehrman, R.: Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsentwicklung ... , S. 5. Auch bei ihm lag schon ein differenzierteres und umfassenderes Verständnis von kameralistischer Bevölkerungstheorie vor.

⁵⁹ Zitat aus Köllmann, W.: Entwicklung und Stand demographischer Forschung, in: Ders./Marshall, P. (Hrsg.): Bevölkerungsgeschichte (Neue Wissenschaftliche Bibliothek – Geschichte; 54), Köln 1972, S. 9.

⁶⁰ Zitat aus Sokoll, T./Gehrman, R.: Historische Demographie und quantitative Methoden, in: Maurer, M. (Hrsg.): Aufriß der historischen Wissenschaften. Bd. 7, Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft, Stuttgart 2003, S. 152. Ebenso zur Einführung Gehrman, R.: Methoden der historischen Bevölkerungsforschung – historische Demographie und Bevölkerungsgeschichte, in: Mueller, U./Nauk, B./Diekmann, A. (Hrsg.): Handbuch der Demographie, Bd. 1, Modelle und Methoden, Berlin 2000, S. 709-728.

bevölkerungstheoretischer und historisch-demographischer Forschung, das sich in der Veröffentlichung des biographischen Lexikons zur Geschichte der Demographie und des bevölkerungswissenschaftlichen Denkens im deutschsprachigen Raum vom 16. bis zum 20. Jahrhundert von R.-J. Lischke widerspiegelt.⁶¹ Vorher wurden viele Analysen sozioökonomischer Indikatoren und regionalstruktureller Prozesse mit dem Emblem „Demographie“ versehen – ein Indiz für die „Demographisierung der Wissenschaften“ und „des Gesellschaftlichen“.⁶² Ein Ziel dieser Dissertation ist es, auf der Basis dieses Lexikons die darin verfassten Kurzbiographien der wichtigsten Peuplierungstheoretiker und -politiker eingehender und intensiver zu untersuchen, um somit nicht nur einen grundlegenden geistesgeschichtlichen Beitrag zur Theoriegeschichte frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik zu liefern, sondern auch der Aufforderung Lischkes zur differenzierteren Betrachtung bevölkerungswissenschaftlichen Denkens nachzukommen, um eine weitere Lücke wissenschaftshistorischer Forschung zu schließen.⁶³

Da die Historische Demographie unter anderem im mikrodemographischen Bereich anzusetzen ist, kann sie durchaus in einem Rahmen landesgeschichtlicher Forschung eingeordnet werden.⁶⁴ Allerdings sind die Ergebnisse und Befunde peuplierungspolitischer Analysen auch für andere wissenschaftliche Disziplinen und Teildisziplinen von elementarer Bedeutung. A. Imhof legte die grundlegenden Bausteine für die Historische Demographie als Spezialdisziplin bevölkerungswissenschaftlicher Forschung, die sich aufgrund der in den 60er Jahren einsetzenden demographischen Trends des Geburtenrückgangs erhöhter Nachfrage erfreute.⁶⁵ Das Forschungsobjekt „Bevölkerung“ wird in der historisch-demographischen Wissenschaft nicht eindimensional behandelt, also nicht nur in einer einzigen Zahl, die aus der Summe der auf einem definierten Territorium lebenden Menschen resultiert,

⁶¹ Siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon Erstmals wird hier in einem vorzüglichen Nachschlagewerk ein biographisch orientierter Beitrag zur Disziplingenese und -historik der deutschen Bevölkerungswissenschaft geliefert, um die disziplinäre Vielfalt und die unterschiedlichen methodischen und theoretischen Konzepte bevölkerungswissenschaftlichen Denkens in ihrem bestimmten zeitgeschichtlichen Kontext einzuordnen.

⁶² Siehe dazu Barlösius, E.: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen, in: Ders./Schiek, D. (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands, Wiesbaden 2007, S. 14. Zum Forschungsstand historisch-demographischer Wissenschaft siehe Sokoll, T./Gehrmann, R.: Historische Demographie und quantitative Methoden ... , S. 154-161. Die deutsche historisch-demographische Forschung liegt im Vergleich zu Frankreich und England noch immer weit zurück, da „[...] das Interesse an historisch-demographischen Fragen selbst im Rahmen der Historischen Sozialwissenschaft immer vergleichsweise bescheiden“ geblieben ist. Zitat aus S. 154. Ebenso dazu Gehrmann, R.: Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands ... , S. 11-15.

⁶³ Siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 1.

⁶⁴ Siehe Rödel, W.: Einführung, in: Ders./Matheus, M. (Hrsg.): Landesgeschichte und Historische Demographie. Kolloquium vom 8. bis 10. Mai 1997 in Mainz (Geschichtliche Landeskunde; 50), Stuttgart 2000, S. 1. Viele demographisch relevante Variablen – z. B. ökologische, soziale und biologische Erklärungsvariablen – können besser in einem mikrodemographischen bzw. regional begrenzten Zugang verstanden werden.

⁶⁵ Siehe dazu Imhof, A. E.: Einführung in die Historische Demographie

wiedergegeben. Bei der mehrdimensionalen Beschreibung wird die Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, Nationalität und territorialer Verteilung beschrieben, sodass aus diesen Zahlen wichtige räumliche Informationen gewonnen werden können. Zudem wiesen die historisch-demographisch arbeitenden Forscher auf die interdisziplinäre Verflechtung und fächerübergreifenden Forschungsansätze sowie auf die Chancen hin, die die Historische Demographie auch für die preußische Peuplierungspolitik bieten kann.⁶⁶ Die weiteren demographischen Trends, begleitet von zunehmenden Katastrophenszenarien, führten schließlich in den 1980er Jahren auch zur universitären Institutionalisierung zweier bevölkerungswissenschaftlicher Lehrstühle an der Universität Bielefeld unter der Leitung von H. Birg und an der Universität Bamberg unter der Aufsicht J. Schmidts.⁶⁷ Der Ruf nach historischer, aber auch nach geographischer Tiefe bei der Erforschung frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitiken wird in Anbetracht zukünftiger demographischer Entwicklungen immer lauter – demographischer Wandel, der zu allen Zeiten in der Geschichte stattfand, besaß und besitzt eine räumliche Dimension.⁶⁸

Die Bevölkerungsgeschichte umfasst im weiteren Sinne alle wissenschaftlichen Arbeiten und Analysen, die „[...] historische Zustände von Bevölkerungszahl, -bewegung und -aufbau räumlich und zeitlich“ spezifizieren.⁶⁹ Die bevölkerungsgeschichtliche Forschung hat zwei Funktionen, wobei die erste einbezogen „[...] in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (...) ein entscheidendes Element in der Konstellation gesellschaftlichen Gefüges“, die zweite einbezogen „[...] in die Demographie (...) empirische Grundlagen zur Beurteilung theoretischer Aussagen und zur Analyse gegenwärtiger Zustände“ untersucht.⁷⁰ Die wissenschaftliche Differenzierung zwischen Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie „[...] hat in Deutschland de facto zu einer Beschränkung der Bevölkerungsgeschichte auf die so genannte „statistische“ Zeit nach der Einrichtung

⁶⁶ Siehe dazu den Tagungsbericht des Arbeitskreises „Historische Demographie der Deutschen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung“ von Gehrman, R.: Tagungsbericht: Bilanz und Perspektiven historisch-demographischer Forschung in Deutschland. 29.10.2009-30.10.2009, Rostock, in: H-Soz-u-Kult, 16.01.2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2927> (zuletzt abgerufen am 2. Oktober 2013).

⁶⁷ Repräsentativ für die aktuelle Verdrängung demographischer Probleme in Deutschland mag auch die Tatsache dafür stehen, dass von den vier bevölkerungswissenschaftlichen Lehrstühlen zwei von finanziellen Kürzungen betroffen sind. Vgl. Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen (Edition Suhrkamp; 2406), Frankfurt a. M. 2005, S. 33.

⁶⁸ Siehe dazu Gans, P./Schmitz-Veltin A.: Demographischer Wandel auf europäischer Ebene, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 14-25, bes. S. 14. Nach deren Definition bedeutet demographischer Wandel „[...] die Änderung der Bevölkerung nach ihrer Zahl und ihrer Struktur in einer Raumeinheit.“

⁶⁹ Zitat aus Sieglerschmidt, J.: Bevölkerungsgeschichte ... , S. 252.

⁷⁰ Zitat aus Köllmann, W.: Entwicklung und Stand demographischer Forschung ... , S. 16.

spezialisierten Zentralbehörden geführt“, sodass das „[...] 18. Jahrhundert (...) bereits als eine Domäne der Historischen Demographie“ gilt.⁷¹ Der Beitrag historischer Bevölkerungsforschung liegt unter anderem in der „[...] Lösung der von der theoretischen Demographie aufgeworfenen Fragen.“⁷² Die zentrale Aufgabe bevölkerungswissenschaftlicher Forschung darf nach R. Mackensen nicht nur in der Planungs- und Politikberatung einen berechtigten Platz finden, sondern muss zunächst in der Beschreibung demographischer Gegebenheiten in raumzeitlicher Differenzierung und dann in der Erklärung der beschriebenen Beobachtung hin zu einer Konzeptualisierung einer Bevölkerungstheorie liegen.⁷³ Damit wird auch die räumliche Dimension demographischer Veränderungen berücksichtigt, sodass unter „[...] den in der historischen Bevölkerungsforschung gebräuchlichen Kategorien (...) diejenige der ‚Ressourcen‘ wohl die umfassendste (ist).“⁷⁴ Vor allem die mikrohistorische und mikrodemographische Perspektive lassen „[...] die Komplexität sämtlicher Dimensionen des demographischen Verhaltens sichtbar werden.“⁷⁵ R. Gehrman deutete mahnend bei der Analyse komplexer Zusammenhänge von Bevölkerung und Ressourcen darauf hin, dass eine saubere Trennung auf verschiedenen Ebenen von grundlegender Bedeutung beim historisch-demographischen Forschen ist.⁷⁶ In diesem Zusammenhang beklagte der englische Demograph R. Schofield zurecht das bis heute in der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung fehlende zentrale

⁷¹ Zitat aus Gehrman, R.: Methoden der historischen Bevölkerungsforschung – historische Demographie und Bevölkerungsgeschichte ... , S. 709f.. Zurecht appelliert R. Gehrman für eine intensivere Auseinandersetzung der Bevölkerungsgeschichte mit der bisher fast ausschließlich historisch-demographisch untersuchten Frühen Neuzeit.

⁷² Zitat aus Gehrman, R.: Das Verhältnis von Bevölkerung und Ressourcen ... , S. 44.

⁷³ Siehe dazu Mackensen, R.: Geschichtliche Prägung und prognostisches Potential der Bevölkerungstheorie, in: Ders./ Thill-Thouet, L./ Stark, U. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Tagung, Frankfurt 1989, S. 15.

⁷⁴ Zitat aus Gehrman, R.: Das Verhältnis von Bevölkerung und Ressourcen ... , S. 24. Ein Schlüsselbegriff im Themenkomplex der Ressourcen ist die „Tragfähigkeit“, die oftmals in der älteren bevölkerungsgeschichtlichen Forschung als eine unter den gegebenen technischen Möglichkeiten invariable Größe interpretiert wird. Da es „[...] bei gegebener Arbeitsnorm, Konsumnorm, agrarischer Technik und Erwerbsquote (...) ein und nur ein Richtmaß der Bevölkerung (gibt)“, erweckte der historisch-soziologisch forschende Demograph G. Mackenroth den Eindruck, dass es sich bei der Tragfähigkeit um eine determinierte und feste Größe handelte. Zitat aus Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre ... , S. 433.

Im gleichen Jahr von Mackenroths Veröffentlichung der Bevölkerungslehre wies allerdings schon K. Scharlau bei seiner Untersuchung im Kontext der Tragfähigkeitsproblematik darauf hin, dass die Tragfähigkeit auf sehr variablen Faktoren beruht, weil die „[...] soziale Moral und die Fähigkeit der Bevölkerung zur Zusammenarbeit“ auf die Flexibilität bei der Handhabung des Zugangs zu den in der Landschaft gebundenen Ressourcen einwirkt. Zitat aus Scharlau, K.: Bevölkerungswachstum und Nahrungsspielraum. Geschichte, Methoden und Probleme der Tragfähigkeitsuntersuchungen, Bremen 1953, S. 205.

⁷⁵ Zitat aus Elmer, J.: Bevölkerung ... , Sp. 117-118.

⁷⁶ Siehe dazu Gehrman, R.: Das Verhältnis von Bevölkerung und Ressourcen ... , S. 26.

Paradigma, das eine Verbindung mikro- und makrodemographischer Ebenen ermöglicht.⁷⁷ Kurz nachdem in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die Bevölkerungsgeschichte eine nachholende Entwicklung begonnen hatte, verschwand sie - von kleineren lokal- und regionalhistorischen Forschungen abgesehen - als Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschung.⁷⁸ Da die Instrumentalisierung bevölkerungswissenschaftlicher Forschungen in der Zeit des Nationalsozialismus primär auf den wachsenden Einfluss der „Rassenhygiene“ und Eugenik basierte, erreichte der Wissenschaftsmissbrauch der Bevölkerungsforschung neue und bisher ungekannte Dimensionen.⁷⁹ Die zum Teil bis in die Gegenwart hineinreichenden ideologiebelastenden Vorwürfe an die bevölkerungswissenschaftliche Disziplin verhinderten unter anderem die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Bevölkerungsgeschichte. Deswegen sieht die heutige Forschungssituation und die Denominationen von Professoren und Lehrstühlen in der deutschen bevölkerungswissenschaftlichen Forschungslandschaft recht bescheiden aus. In erster Linie waren es im Nachkriegsdeutschland Privatinitiativen wie z. B. die Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft“ und der „Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaft“ (1952/1953) an der Universität Hamburg durch H. Harmsen, die eine Wiederaufnahme bevölkerungswissenschaftlichen Forschens in der Bundesrepublik Deutschland initiierten.⁸⁰ Die inhaltliche Verlagerung innerhalb der Bevölkerungsforschung hin zum „Schwerpunkt Bevölkerungssoziologie“ schlug sich in den Veröffentlichungen von G. Ipsen und G. Mackenroth nieder.⁸¹ Durch die

⁷⁷ Siehe dazu Schofield, R./Coleman, D.: Introduction, in: Dies. (Hrsg.): *The State of Population Theory: Foreword from Malthus*, Oxford 1986, S. 1-13.

⁷⁸ Die universitär-szientistische Beschäftigung mit der Bevölkerungsgeschichte, -forschung und -theorie nach dem Zweiten Weltkrieg war durch die politisch-ideologische Instrumentalisierung der Bevölkerungswissenschaft im Nationalsozialismus fast vollständig tabuisiert. Eine Vielzahl bevölkerungswissenschaftlich und bevölkerungstatistisch arbeitender Personen trugen während der Zeit des Nationalsozialismus sicherlich auch einerseits wissenschaftlich konstitutive Beiträge zur Disziplingenese bei, andererseits aber „[...] reichte das Spektrum der Verflechtung der bevölkerungswissenschaftlichen Disziplin und ihrer maßgeblichen Vertreter in Deutschland mit dem Nationalsozialismus von Kritik und Verweigerung bis hin zur aktiven Unterstützung der Zielsetzungen des Regimes.“ Zitat aus Lischke, R.-J.: *Biographisches Lexikon ...*, S. 28.

⁷⁹ Der Großteil nationalsozialistischer bevölkerungspolitischer Maßnahmen war repressiver Art und reichte von der verbrecherischen Ausmerzungen lebensunwerten Lebens über Zwangssterilisierungen und staatlicher Geburtenkontrolle bis zum Genozid. Diese „eugenische Versuchung“ führte zu einer Kontaminierung der Bevölkerungspolitik, die bis heute aufgrund dieser negativen Konnotation auf Widerstand im öffentlichen Diskurs stößt.

Auch für diese Zeit bevölkerungsgeschichtlichen Denkens und disziplingenetischer Bevölkerungsgeschichte fehlt ein differenziertes Bild sowohl der Leistungen als auch der Fehlentwicklungen und schuldhaften Verflechtungen während des Nationalsozialismus.

⁸⁰ Siehe zur Disziplinentwicklung der Bevölkerungswissenschaft im Nachkriegsdeutschland Lischke, R.-J.: *Biographisches Lexikon ...*, S. 28-31; Auch Michel, H./Lischke, R. J.: *Zur Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft ...*, S. 118-120.

⁸¹ G. Ipsen legte mit seinem Beitrag „Bevölkerungslehre, in: *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*, Bd. 1, Breslau 1933, S. 425-462“ eine Grundlage für eine historisch-soziologische Theorie des Bevölkerungsprozesses dar. G. Mackenroths Werk der *Bevölkerungslehre* prägte nicht nur die

Initiativen E. Keyzers, der sich neben der methodologischen Integration der Landesgeschichte in die Allgemeingeschichte auch um deren inhaltliche Vertiefung im Desiderat regionalbevölkerungswissenschaftlicher Geschichte bemühte, geriet die bevölkerungshistorische Forschung nicht ganz aus dem Blickfeld bevölkerungswissenschaftlicher Tätigkeiten.⁸² W. Köllmann promovierte mit seiner bevölkerungsgeschichtlichen Dissertation „Entwicklungen der Stadt Barmen von 1808-1870“ bei W. Conze in Göttingen, der zwischen den Jahren 1951-1954 wissenschaftlicher Assistent des Bevölkerungssoziologen G. Ipsen war.⁸³ Seine Arbeiten zur Bevölkerungsgeschichte thematisierten die Auswirkungen der Bevölkerungsdynamik während der Industrialisierung und klammerten somit die Zeit frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik, die womöglich im Gegensatz zu den gravierenden demographischen, verfassungsrechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen während des 19. Jahrhunderts „unattraktiver“ gewirkt haben können, aus. Wie die Biographie Köllmanns zeigt, wurde Bevölkerungsgeschichte z. T. auch unter dem Label der „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ betrieben, da „[...] wirtschaftshistorische Forschungen ohne Berücksichtigung bevölkerungsgeschichtlicher Fragen unmöglich“ zu betreiben sind.⁸⁴ Auch die Dissertation von F.-X. Kaufmann zu den Ursachen und wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses kontextualisiert die demographische Problematik in ihren wirtschaftlichen und sozialen Wirkungszusammenhängen.⁸⁵ In Frankreich, „[...] dem Pionierland des ersten Geburtenrückgangs“, wurden diese sozioökonomischen Auswirkungen virulenter demographischer Parameter gut erkannt und mit einer auf die Mehrung der Geburten orientierten Familienpolitik egalisiert.⁸⁶ Ausschlaggebend für die vermehrte Integration bevölkerungswissenschaftlicher Aspekte zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte war der

moderne Bevölkerungswissenschaft in Deutschland, sondern ist auch die letzte deutschsprachige, in enzyklopädischer Form verfasste Einführung in das Fach „Bevölkerungswissenschaft“.

⁸² Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 30 und S. 159f.

⁸³ Siehe dazu Köllmann, W.: Entwicklungen der Stadt Barmen von 1808-1870, Univ. Diss., Göttingen 1950 (Später als gedruckte Form unter dem Titel „Sozialgeschichte der Stadt Barmen, Tübingen 1960 publiziert). Unter anderem war er ab 1964 ordentlicher Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/Demographie an der Ruhr-Universität Bochum und Mitherausgeber des „Bevölkerungs-Ploetz“.

⁸⁴ Zitat aus Sieglerschmidt, J.: Bevölkerungsgeschichte ... , S. 249. Bei den Standardwerken sozial- und wirtschaftshistorischer Forschung werden oftmals zusätzlich bevölkerungshistorische Themenblöcke zur Erklärung wirtschaftlicher und sozialer Prozesse der Vergangenheit hinzugezogen. Siehe dazu Aubin, H./Zorn, W. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, Von der Frühzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1971, S. 386-390 u. S. 628-634; Henning, F.-W.: Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, Paderborn 1991, S. 735-749 u. S. 775-782.

⁸⁵ Siehe Kaufmann, F.-X.: Die Überalterung – Ursachen, Verlauf, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses, Zürich/St. Gallen 1960.

⁸⁶ Zitat aus. Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft ... , S. 11.

steigende Bedarf der Politik an aktuellen Bevölkerungsdaten für die zukünftige Wirtschaftsplanung und das Gesundheitswesen. Somit ist die Untersuchung der Peuplierungspolitik im Rahmen bevölkerungshistorischer Forschung ein wichtiger Bestandteil einer strukturorientierten Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.⁸⁷

Einige Aspekte heutiger bevölkerungspolitischer Diskussionen beinhalten für die Bearbeitung dieses Themas zur frühneuzeitlichen Peuplierungspolitik interessante perspektivistische Ansätze und Fragestellungen universeller Art. In unserer heutigen Zeit ist „[...] Demographie (...) in aller Munde“, Begriffe wie „demographischer Wandel“, „demographische Katastrophe“ oder „demographische Zeitbombe“ offenbaren die alarmistischen Tendenzen (bevölkerungs-)politischer und universitärer Diskussionen in Deutschland und in Europa.⁸⁸

Das wachsende Interesse sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Politik und in der universitären Forschung zahlreicher Fachrichtungen initiierte eine Enttabuisierung bevölkerungspolitischer und -theoretischer Überlegungen, in denen die weitreichenden Folgen vor allem der „Bevölkerungsschrumpfung“ und der „Veralterung der Bevölkerung“ in den reichen Ländern auf der einen Seite und das Wachstum der Weltbevölkerung auf der anderen Seite für die gesellschaftliche, ökonomische, finanzielle und räumliche Konstitution der Staaten im regionalen, nationalen, europäischen und globalen Maßstab analysiert werden.⁸⁹

Diese Ohnmächtigkeit aktueller bevölkerungspolitischer Zielsetzungen verschiedener Regierungen führte zu einem bevölkerungstheoretischen Diskurs, der die Grenzen der Bevölkerungspolitik sehr eng zog und den „[...] wesentlichen Grund für den akuten Glauben

⁸⁷ Siehe Henning, F.-W.: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 1, Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800 (Uni-Taschenbücher; 398), 5. durchgesehene und ergänzte Aufl., Paderborn 1994, S. 233-239 und S. 244. In diesem Handbuch für deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte wird im Kapitel „Die Blütezeit des Kameralismus“ erst eine bevölkerungshistorische und historisch-demographische Bestandsaufnahme und deren Genese als Grundlage zum besseren Verständnis wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen bis 1800 dargelegt.

⁸⁸ Zitiert aus Birg, H.: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, 2. Aufl., München 2006, S. 7. Die Dramatik demographischer Veränderungen zeigt sich darin, dass es „[...] für alle Bereiche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns (...) einen fundamentalen Unterschied (macht), ob die Bevölkerung zahlenmäßig zu- oder abnimmt.“ Zitat aus Miegel, R.: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen (Zeitgeist), Berlin 2002, S. 13. Die zur Jahrtausendwende aufgebrochene politische Quarantäne bevölkerungstheoretischer und (historisch-) demographischer Forschung konfrontierte die Politik und die Öffentlichkeit mit zukünftigen demographischen Horrorszenarien, deren verheerenden Auswirkungen im sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich kontrovers diskutiert werden und partiell von einem drohenden Zusammenbruch des Weltsystems in Folge einer über die Grenzen ökologischer und ökonomischer Tragfähigkeit der Erde hinauswachsenden Bevölkerungszahl warnen.

⁸⁹ Siehe dazu Birg, H.: Die ausgefallene Generation ... ; Ders.: Bevölkerungsentwicklung (Informationen zur politischen Bildung; 282), Bonn 2004; Ders.: Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren, 2. aktualisierte Aufl. (Beck'sche Reihe; 2050), München 2004. Ders.: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang und Deutschland und Europa (Beck'sche Reihe; 1426), 4. Aufl., München 2005; Fleisch, H.: Weltbevölkerung und Verstädterung, in: Hauchler, I./Messner, D./Nuschler, F. (Hrsg.): Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen (Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn 2001, S. 92-111; United Nations (Ed.): World Population in 2300, New York 2004.

bevölkerungspolitischer Steuerbarkeit“ demographischer Prozesse in der Dringlichkeit dieses Problemfeldes sah.⁹⁰ Die zentrale Frage dabei ist, ob eine „[...] Bevölkerungspolitik, sei es pro- oder antinatalistisch, mit Sanktionen oder positiven Anreizen eine erfolgreiche Steuerung demographischer Prozesse erreichen [kann].“⁹¹ Die These des Philosophen Karl Popper (1902-1994) von der logischen Umkehrbarkeit der Schlussfolgerung trifft vielmehr auf „technisches Handeln“, nicht aber für politisches Handeln im Allgemeinen und bevölkerungspolitisches Handeln im Speziellen zu.⁹² Der aktuelle Bevölkerungsrückgang mit der einhergehenden niedrigen Fertilität wird gewissermaßen in der aktuellen politischen und öffentlichen Diskussion als ein natürliches und determiniertes Phänomen hingenommen, das sich nicht durch gezielte politische Maßnahmen beeinflussen oder korrigieren lässt. Dass diese Erkenntnis, die der Bevölkerungsforscher F.-X. Kaufmann als „[...] demographischen Fatalismus“ bezeichnet, aus historischer Sicht nicht haltbar und somit falsch ist, wird in der Entwicklung bevölkerungstheoretischer und bevölkerungspolitischer Geschichte unzweifelhaft deutlich.⁹³ Die bevölkerungstheoretische Epistemologie sprach der bevölkerungspolitischen Gestaltbarkeit und Steuerbarkeit demographischer Prozesse durchaus ein beträchtliches Wirkungspotenzial zu.

Eine rheinische, wirtschaftshistorische Forschung ohne Berücksichtigung bevölkerungsgeschichtlicher und bevölkerungspolitischer Befunde würde die Historizität der frühneuzeitlichen rheinischen Geschichte verzehren. Es wurde zunehmend, wie man bei der Bearbeitung des „Bevölkerungs-Ploetz“ entnehmen kann, die räumliche Dimension bevölkerungshistorischer Phänomene berücksichtigt. Aufgrund der bisherigen ungenügenden Aufarbeitung raumwirksamer Bevölkerungspolitiken forderte J. Sieglerschmidt zu Recht eine „[...] stärkere Berücksichtigung geographischer, ökonomischer und demographischer

⁹⁰ Zitat aus Auth, D./Holland-Cunz, B.: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen 2007, S. 7-19, hier bes. S. 9. Allerdings gibt es auch optimistischere Stimmen, die auf die positiven Wirkungen bevölkerungspolitischer Maßnahmen auf das demographische System hindeuten und somit der Bevölkerungspolitik ein nicht unbedeutendes Maß an Steuerbarkeit demographischer Prozesse einräumen. Siehe dazu Fleisch, H.: Weltbevölkerung und Verstädterung ... , S. 107-109. Auch aus der Sicht der bevölkerungsgeographischen Forschung wird der Bevölkerungspolitik partielle Steuerungsmöglichkeiten demographischer Prozesse zugebilligt. Siehe dazu Laux, H.-D.: Bevölkerungsgeographie ... , S. 111.

⁹¹ Zitat aus Auth, D./Holland-Cunz, B.: Einleitung ... , S. 10.

⁹² Siehe dazu Popper, K.: Naturgesetze und theoretische Systeme, in: Albert, H. (Hrsg.): Theorie und Realität, Tübingen 1964, S. 91.

⁹³ Zitat aus Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft ... , S. 31. Grundlage des gegenwärtigen bevölkerungstheoretischen Denkens ist die „[...] Biologisierung demographischer Prozesse“, die die Bevölkerungsentstehung als ein determiniertes Naturphänomen versteht. Vielmehr plädiert Kaufmann für eine Ökonomisierung und Soziologisierung der Bevölkerungsfrage, weil dadurch neue Optionen politischer Natur deutlich werden und die Bevölkerungsentwicklung nicht ausschließlich als ein unaufhaltsames Phänomen wahrgenommen wird. Siehe dazu bes. S. 165-167.

Modelltheorien in der bevölkerungsgeschichtlichen Forschung“ - ein Leitfaden, an dem sich diese Dissertation zur preußischen Peuplierungspolitik orientieren wird.⁹⁴ Diese Aussage trifft auch aus der Sicht der Agrargeschichte zu, die neben der inhaltlichen Nähe zur Historischen Geographie auf historisch-demographische Erkenntnisse zur (Er-)Klärungen ihrer fachspezifischen Fragen angewiesen ist.⁹⁵

Auch die Historische Migrationsforschung richtet derzeit zunehmend ihr Augenmerk auf die Folgen peuplierungspolitischer Entscheidungen und versucht alle Arten frühneuzeitlicher Wanderungen zu erfassen, die „[...] zu einer mehr oder weniger dauerhaften Veränderung des Wohnsitzes über Staats- und Verwaltungsgrenzen hinweg“ führten.⁹⁶ Sowohl eine Systematisierung und Typologisierung von Migrationsprozessen und Wanderungsgruppen als auch die Bestimmung der Art der Integration von Migranten in das jeweilige Einwanderungsterritorium stehen im Zentrum der Fragestellung und der Untersuchungen migrationshistorischer Wissenschaft.⁹⁷ Die migrationsgeschichtliche Fragestellung nach „[...] den staatlichen bzw. obrigkeitlichen Umgang mit den Migrationsströmen“ und ihrer Regulierung erfordert zur ihrer Klärung zunächst eine eingehende Analyse theoriegeschichtlicher und peuplierungspolitischer Grundlagen, um dann in nächsten Schritt die fachspezifische Fragestellung migrationshistorischer Forschung zu beantworten, unter welchen politischen, sozialen, ökonomischen und demographischen Prämissen eine aktive Bevölkerungspolitik erfolgte.⁹⁸ Die rheinische frühneuzeitliche Gesellschaft formte und überformte sich durch Migration. Innovative Techniken wurden importiert und unterstützen den wirtschaftlichen Aufschwung einiger rheinischer Regionen. Die preußische Peuplierungspolitik gab konstitutionelle Rahmenbedingungen migrationspolitischer Zielsetzungen vor, wie und in welcher Form die Migrations-, Integrations- und Akkulturationsvorgänge in den rheinischen Territorien idealerweise vonstattengehen sollten. In diesem Themenfeld forscht unter anderem die Historische Demographie, die z. B. ein Interesse an der Differenzierung der Eingewanderten als historisch-demographische Einheit

⁹⁴ Zitat aus Sieglerschmidt, J.: Bevölkerungsgeschichte ... , S. 281.

⁹⁵ Siehe dazu Rösener, W.: Einführung in die Agrargeschichte (Die Geschichtswissenschaft: Einführungen in Gegenstand, Methoden und Ergebnisse ihrer Teildisziplinen und Grundwissenschaften), Darmstadt 1997, S. 26-28.

⁹⁶ Zitat aus Kleinschmidt, H.: Menschen in Bewegung. Inhalte und Ziele historischer Migrationsforschung, Göttingen 2002, S. 13.

⁹⁷ P. Marschalck betont in seinem Aufsatz, dass „[...] landesgeschichtliche Aspekte – vor allem in der historischen Migrationsforschung – eine zentrale Rolle spielen.“ Zitiert aus Marschalck, P.: Aktuelle Probleme der Migrationsforschung, in: Rödel, W./Matheus, M. (Hrsg.): Landesgeschichte und Historische Demographie. Kolloquium vom 8. bis 10. Mai 1997 in Mainz (Geschichtliche Landeskunde; 50), Stuttgart 2000, S. 189.

⁹⁸ Zitat aus Beier-de Haan, R.: Zuwanderungsland Deutschland. Migration 1500-2005. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Zuwanderung Deutschland. Migration 1500-2005, Berlin 2005, S. 10.

hat.⁹⁹ Bei der Ursachenforschung migrationshistorischer Wissenschaft für die Zeit von 1500-1800 nimmt die Klärung der Genese des hochkomplexen Phänomens „Peuplierungspolitik“ eine bedeutende Rolle ein, da die merkantilistisch-kameralistisch operierende landesherrliche Peuplierungspolitik als ein zentrales Konzept absolutistischer Herrschaft infolge des Einsatzes von Werbungen in den Abwanderungsgebieten und die Gewährung multipler Privilegien und Vergünstigungen für die Zuwanderer wie Freijahre, kostenloses Siedlungsland und freies Brenn- und Bauholz im Einwanderungsland wirkungsmächtig auf die Motivation und den Entschluss zur Wanderung einwirkten.¹⁰⁰ Zudem tritt neben der sozialen Komponente auch die räumliche Perspektive bei der Rekonstruktion von Migrationsströmen in das Blickfeld migrationshistorischer Forschung, da oftmals die soziale und räumliche Mobilität interdependent zusammenwirkten.¹⁰¹ Für die Untersuchung der Folgen preußischer Peuplierungspolitik ist die in der Historischen Migrationsforschung erarbeitete Vierteilung von Akkulturationsvorgängen zur systematischen Einordnung und Identifizierung enorm wichtig. Es wird zwischen Assimilierung, Separation, Integration und Marginalisierung unterschieden.¹⁰² Mithilfe dieser Matrix lassen sich die historischen Akkulturationsprozesse in den rheinischen Territorien besser identifizieren und typisieren.

Ein Spezialbereich migrationshistorischer Forschung ist die Sozialhistorische Migrationsforschung, der es „[...] um retrospektive Beschreibung und strukturgeschichtliche Interpretation der komplexen historischen Wirklichkeit des Wanderungsgeschehens bzw. Wanderungsverhaltens und seiner Veränderung in Raum und Zeit“ geht.¹⁰³ Da die Bewegungen von Bevölkerungen in einem Raum und über ihre Grenzen „[...] in der Tat zu den ‚bewegendsten‘ Momenten der Geschichte“ zählen, ist die Sozialhistorische

⁹⁹ Siehe dazu Gehrmann, R./Schultz, H.: Deutschland als Einwanderungsland und Auswanderungsland (1620-1914), in: Commission Internationale de Démographie Historique: Long-Distance Migrations (1500-1900), 17th International Congress of Historical Sciences, Paris 1990, S. 113-123.

¹⁰⁰ Die aktuelle Forschung schätzt für die Zeit von 1685-1800 für Brandenburg-Preußen eine Einwanderungszahl von Zuwanderern, die mit 350.000 Menschen zu beziffern ist. Die Zahl ist entnommen aus Sokoll, T.: Kameralismus, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 6, Stuttgart 2007, Sp. 295.

¹⁰¹ Siehe dazu Bade, K. J./Oltmer, J.: Migration und Integration in Deutschland seit der Frühen Neuzeit, in: Beier-de Haan, R. (Hrsg.): Zuwanderung Deutschland. Migration 1500-2005, Berlin 2005, S. 21.

¹⁰² Siehe dazu Kraus, M.: Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen, in: Beer, M./Kintzinger, M./Krauss, M. (Hrsg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel (Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung; 3), Stuttgart 1997, S. 11-26, bes. S. 14.

¹⁰³ Zitat aus Bade, K. J.: Sozialhistorische Migrationsforschung (Studien zur historischen Migrationsforschung; 13), hrsg. v. M. Bommes u. J. Oltmer, Göttingen 2004, S. 18.

Migrationsgeschichte als ein Teilaspekt bevölkerungshistorischer Aufarbeitung zur Peuplierungspolitik anzusehen.¹⁰⁴

So wie in der Geographie, die eine starke Zersplitterung in viele Teildisziplinen im Laufe der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts erlebte, ist auch in der Geschichtswissenschaft eine starke sektorale Ausdifferenzierung und Spezialisierung verschiedener historisch arbeitender Teilbereiche zu verzeichnen, die eine fast unüberschaubare Vielzahl von Forschungseinrichtungen und Teildisziplinen mit bevölkerungswissenschaftlich orientierten Fragestellungen hervorbrachte.¹⁰⁵ Die szientistische Beschäftigung mit bevölkerungshistorischen und -theoretischen Forschungskomplexen der frühneuzeitlichen Epoche beinhaltet einen noch enormen, nachholenden Forschungsbedarf und streift damit eine Vielzahl von Inhalten und Fragestellungen benachbarter Wissenschaften und Teildisziplinen. Da der Themenkomplex „Raumwirksamkeit“ in Bezug auf die Peuplierungspolitik erst wenig erforscht ist und im deutschsprachigen Raum noch nie systematisch erfasst wurde, steht zunächst bei dieser Dissertation die Exploration des Themas „Raumwirksamkeit der Peuplierungspolitik“ im Vordergrund. Die oben skizzierte Forschungssituation peuplierungspolitischer Fragestellungen zeigt eindeutig, dass erst eine inter- und intradisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Wissenschaftsrichtungen und Teildisziplinen dem komplexen Phänomen „Peuplierungspolitik“ in all seiner interdependenten Ausformung, Veränderung und seiner Folgen gerecht werden kann. (s. Abb. 1)¹⁰⁶

Das französische Institut National d' Études Démographiques (INED) beschäftigte sich schon in den 1960er Jahren eindringlich mit dem in Frankreich bereits am Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Geburtenrückgang. Unter der Leitung des damaligen Direktors des INEDs A. Sauvy lag bei der Untersuchung zwar der Schwerpunkt demographischer Auswirkungen auf der sozialen und wirtschaftlichen Ebene, aber ein interdisziplinäres Arbeiten und Forschen

¹⁰⁴ Zitat aus Bade, K. J.: Sozialhistorische Migrationsforschung ... , S. 25. Zur Aufgabenstellung siehe bes. S. 20-22.

¹⁰⁵ Zur disziplingenetischen Geschichte der Anthropogeographie siehe Schenk, W./Schliephake, K.: Anthropogeographie – Begriffe und Standorte einer „Geographie des Menschen“, in: Dies. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, S. 23-40, bes. S. 25-33. Zur Ausdifferenzierung der Geschichtswissenschaft siehe Opgenoorth, E./Schulz, G.: Einführung in das Studium der Neueren Geschichte, 6. grundlegend überarb. Aufl., Paderborn 2006, S. 196-199.

¹⁰⁶ Sogar in der Sportsoziologie werden peuplierungspolitische Aspekte thematisiert. Siehe Cachay, K./Ansgar, T.: Soziologie des Sports. Zur Ausdifferenzierung und Entwicklungsdynamik des Sports der modernen Gesellschaft (Grundlagentexte Soziologie), Weinheim 2000, S. 61-63. Dort werden im Kapitel 3.2. „Die Peuplierungspolitik und ihre Bedeutung für die Medizin und Erziehung“ die Auffassungen der Aufklärungsphilosophie, dass es eine Pflicht der Obrigkeit sei, für die Gesundheit jedes einzelnen Untertanen zu sorgen - gleichgültig ob arm oder reich -, und die peuplierungspolitischen Ziele der Kameralisten unter sportsoziologischen Aspekten untersucht, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das staatliche Medizinalwesen initiierten.

zu den Wirkungszusammenhängen demographischer Parameter wurde für die Erkennung, Erklärung und Behebung demographischer Probleme als befruchtend erkannt und erfolgreich institutionalisiert.¹⁰⁷

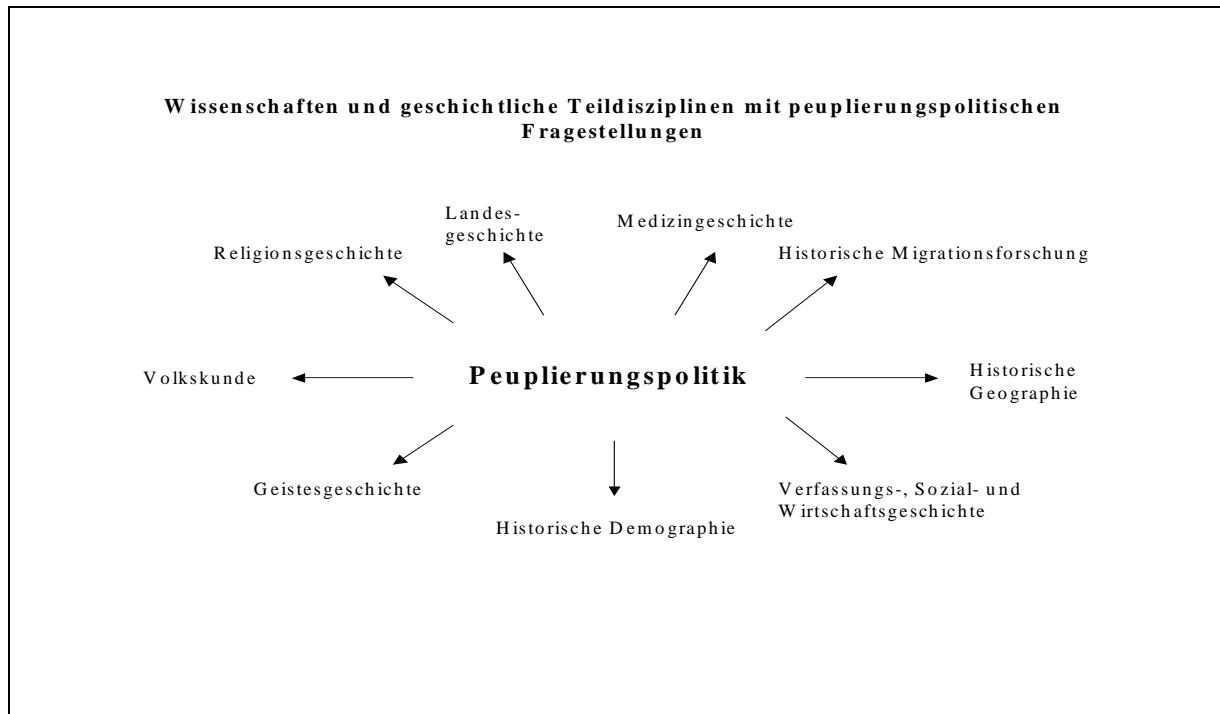


Abb. 1 (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)

Der mikrodemographische Ansatz dieser historisch-geographischen und landeskundlichen Analyse preußischer Bevölkerungspolitik ist darin bestrebt, den makrohistorischen Erklärungsansätzen des demographischen Wandels ein komplexeres Bild gegenüberzustellen, in denen den sozialen und kulturellen, aber auch räumlichen Faktoren ein stärkeres Gewicht zukommt. (s. Abb. 2) Die Ergebnisse historisch-geographischer Forschung, aber auch die spezifischen Fragestellungen und Untersuchungsmethoden, die im nächsten Kapitel eingehender subjektbezogen dargelegt werden, sind bei einer sachadäquaten Operationalisierung raumzeitlicher Differenzierung in verschiedenen Forschungsbereichen einsetzbar. Aufgrund der thematischen Vielfalt und methodischen Bandbreite historisch-geographischer Forschung ist die Historische Geographie auf ein breites und stark interdisziplinäres Spektrum von Fragestellungen, Interpretationsmustern und

¹⁰⁷ Siehe dazu Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft ... , S. 11.

Erklärungsansätzen angewiesen, die bei der Bearbeitung dieser Dissertation hilfreich zum Verständnis bevölkerungshistorischer Prozesse sein können.

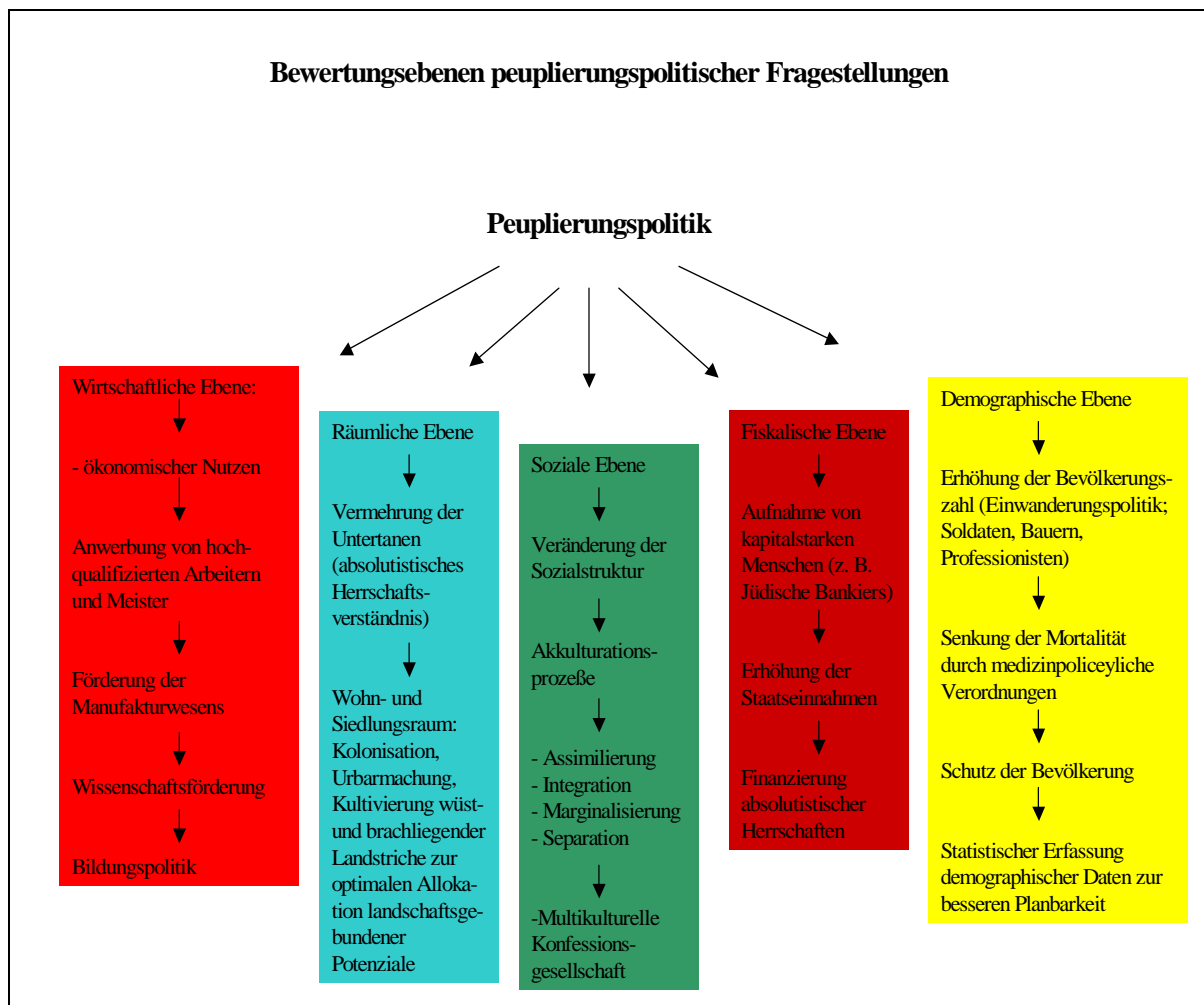


Abb. 2 (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)

Mit dieser oben dargelegten Zusammenfassung des Forschungsstandes und der aktuellen Forschungssituation in Deutschland zum Analyseobjekt „Peuplierungspolitik“ soll verdeutlicht werden, dass bei der in aller Regel aus forschungskonzeptionellen Gründen verständlichen Reduzierung und Konzentration auf Einzelaspekte und spezifische Fragestellungen historisch-geographischer Forschung die Vielschichtigkeit und Multidimensionalität der Ereignis- und Problemzusammenhänge bei der Analyse frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik transparent zu halten und somit der Weg einer perspektivistischen Verkürzung und monokausalen Interpretation für dieses komplexe Forschungsobjekt zu verstellen sind.

2. Forschungsansatz, Fragestellungen und methodisch-konzeptionelle Vorüberlegungen aus einer historisch-geographischen und landesgeschichtlichen Perspektive

Nach der Kennzeichnung des Forschungsstandes und der Forschungskontroversen geographischer und historischer Wissenschaften zum Desiderat „Peuplierungspolitik“ sollen im Punkt **A.2.** der Forschungsansatz, die Fragestellung und die methodisch-konzeptionellen Vorüberlegungen aus einer historisch-geographischen und landesgeschichtlichen Perspektive erläutert werden.

In den drei Hauptabschnitten **B**, **C** und **D** wird aus einer historisch-geographischen Perspektive ein analytischer Dreierschritt in Form der Trias „Theorie-preußische Peuplierungspolitik-Landschaft“ konzipiert, um so unter Einbeziehung des kulturlandschaftsgenetischen Ansatzes die Raumwirksamkeit frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik absolutistischer Herrschaften von bevölkerungstheoretischen Überlegungen über deren politische Umsetzung bis hin zur deren faktischen räumlichen Auswirkungen in der Ausgestaltung der Landschaft hervorzuheben. Insofern kann die Dissertation zunächst als ein Versuch gedeutet werden, die wesentlichen Entwicklungslinien bevölkerungswissenschaftlichen Denkens in einer differenzierten Analyse zu typologisieren und die Theoriegeschichte der Peuplierungspolitik unter Berücksichtigung zeitgenössischer philosophischer, staats- und wirtschaftstheoretischer Denkansätze seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in Preußen transparent zu machen. Die Übersetzung peuplierungstheoretischer Überlegungen in Politik und deren faktische räumliche Umsetzung werden in zwei nachfolgenden Schritten aus einer historisch-geographischen Sichtweise bezüglich der Raumwirksamkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen eingehender untersucht. Im Zentrum der Untersuchung kameralistischer Peuplierungspolitik stehen sowohl in der theoretischen Diskussion als auch in der realpolitischen Umsetzung bevölkerungstheoretischer Gedanken die vielschichtigen Interdependenzebenen demographischer und räumlicher Parameter sowie deren multiplen Folgen für die sozialen, wirtschaftlichen, allgemein-politischen und kulturlandschaftlichen Grundstrukturen preußischer Herrschaft im Rheinland. Durch die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik wurden Prozesse raumrelevanter Veränderungen angestoßen, die die Relation zwischen Demographie und Kulturlandschaft immer wieder, teils spannungsreich, verschoben. Dabei tauchen zwangsläufig inhaltliche und methodische Überschneidungen mit anderen, ebenfalls räumlich ausgerichteten historischen Subdisziplinen der

Geschichtswissenschaft wie z. B. mit der „[...] Siedlungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Agrar-, Forst-, Stadt-, Bevölkerungs-, Umwelt- und Technikgeschichte“ auf.¹⁰⁸

Eine aktualitätsbezogene Frage stellt sich in Bezug auf die erfolgreiche Steuerung demographischer Prozesse bevölkerungspolitischer Prämissen.¹⁰⁹ Inwieweit kann eine pro- oder antinatalistische, aktive oder passive Peuplierungspolitik mit Sanktionen oder Anreizen eine gezielte Beeinflussung auf die Struktur, Dichte und Verteilung der Bevölkerung im Raum erreichen? Wie erfolgreich verlief die Übersetzung bevölkerungstheoretischer und -politischer Regulierungsversuche unterschiedlicher Provenienz in individuelle Lebensentscheidungen? Ist dieser oft im aktuellen Diskurs anklingende Pessimismus bevölkerungspolitischer Steuerbarkeit demographischer Prozesse eins zu eins übertragbar auf die Epoche frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik? Darf und sollte man bei der Bewertung bevölkerungspolitischer Maßnahmen nur auf die Quantität, d. h. auf die Fertilitätssteigerung gebärfähiger Frauen und auf die Erhöhung der Bevölkerungszahl blicken? Diese „quantitative“ Verabsolutierung und „perspektivistische“ Einschränkung der Bewertungsrelevanz bevölkerungspolitischer Verordnungen kann diesem komplexen Forschungsobjekt „Bevölkerungspolitik“ nicht gerecht werden. Gleichberechtigt bei der Bewertung bevölkerungspolitischer Erlasse müssen „qualitative“ Aspekte ebenso hinzugezogen werden, d. h. staatliche Initiativen bezüglich der Familien-, Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Für die Peuplierungspolitik ergeben sich noch vielfältige Maßnahmen wie z. B. Toleranz innerhalb der religionspolitischen Ausrichtung zur Anwerbung anderskonfessioneller Emigranten, Verbesserung der hygienischen Umstände zur Verlängerung des Lebensalters oder die Verbesserung der Bildungssituation zur Förderung innovativen Denkens. Ein Ziel dieser Arbeit muss es sein, den Facettenreichtum und die Polydimensionalität preußischer Peuplierungspolitik und damit deren Reichweite in verschiedene Politikbereiche herauszuarbeiten, zu analysieren, zu bewerten und in den

¹⁰⁸ Zitat aus Fehn, K./Schenk, W.: Die Historische Geographie in Bonn ... , S. 339.

¹⁰⁹ Siehe dazu einleitend für die aktuelle Diskussion um die Steuerungsfähigkeit demographischer Prozesse durch bevölkerungspolitische Maßnahmen Auth, D./Holland-Cunz, B.: Einleitung ... , S. 7-18. Der Aufsatz von Willenbacher, B.: Nationalistische Bevölkerungspolitik, in: Auth, D./Holland-Cunz, B. (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen 2007, S. 37-62 thematisiert die pronatalistischen monetären Unterstützungsleistungen für Familien, die aber in Form von Ehestandsdarlehen und Kinderbeihilfen den langfristigen Trend sinkender Kinderzahlen pro Ehe nicht halten aufhalten können. Der Beitrag von Hummel, D.: Bevölkerungsentwicklung und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Eine sozial-ökologische Perspektive, in: Auth, D./Holland-Cunz, B. (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen 2007, S. 181-194 untersucht die Relation zwischen Bevölkerung und Ökologie und kommt zum Schluss, dass die pronatalistischen Maßnahmen der Regierung durch die Familienministerinnen U. Schmidt und U. von der Leyen nahezu wirkungslos blieben. Zur Sichtweise der bevölkerungsgeographischen Forschung siehe Laux, H.-D.: Bevölkerungsgeographie ... , S. 111.

Kontext bevölkerungsgeschichtlicher Forschung einzuordnen. Dabei ist unbedingt darauf hinzuweisen, dass im Zuge dieser Arbeit nicht allen peuplierungspolitischen Strängen in ihrer realpolitischen Umsetzung nachgegangen werden kann, sondern sie werden nur soweit intensiver untersucht, wie es für die Fragestellung dieser Dissertation notwendig erscheint.¹¹⁰ Dabei gilt es eine „intentionalistische“ Verkürzung der Vorstellungswelt „Peuplierungspolitik“ auszuschließen und die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik vielmehr als ein Konstrukt zu verstehen. Peuplierungspolitik war nicht nur politische und intellektuelle Propaganda, sondern existierte tatsächlich. Dieser „konstruktivistische“ Methodenansatz beinhaltet die Möglichkeit, die peuplierungspolitische Theorie nicht zwangsläufig als eine einheitliche, in sich geschlossene Idee verstehen zu müssen. Vielmehr sollte der historisch Interessierte die Peuplierungspolitik nicht ausschließlich „von oben“ her analysieren, also von ihren Produzenten, sondern genauso die Rezeptionsbedingungen und Wirkungsweisen, die Verbreitung und Reichweite, die Durchdringungstiefe und Attraktivität der sie zu konzeptualisierenden Repräsentanten berücksichtigen. Eine Hauptaufgabe eines solchen methodischen Ansatzes liegt nicht nur in der Bereitstellung linearer Erklärungsmuster, sondern vielmehr in der Problematisierung überkommener bevölkerungshistorischer Arbeiten – so entstehen neue Fragestellungen, und damit neue Erkenntnischancen. Eine der zentralen Fragen im Zuge dieser Dissertation ist es, ob das historisch-geographische Forschungskonzept „Peuplierungspolitik“ dazu verhelfen kann, bestimmte bevölkerungsgeschichtliche Phänomene der Frühen Neuzeit besser zu verstehen oder zu veranschaulichen.

Wird der Parameter „Demographie“ im Spannungsverhältnis „Demographie und Kulturlandschaft“ verändert, muss das direkte und indirekte Rückkopplungseffekte auf die Kulturlandschaftsentstehung haben. Es ist eine allgemeingültige Erkenntnis, dass die Größe und das Wachstum von Siedlungen positiv korrelieren mit der Erreichbarkeit von Infrastruktur und Arbeitsplätzen und damit den räumlichen Zusammenhang beeinflussen.¹¹¹ Im Sinne historisch-geographischer Definition wird „Raum“ durch geistige Kräfte, gesellschaftliche

¹¹⁰ Dadurch ergibt sich, dass im Zuge der Arbeit einige peuplierungspolitische Stränge lediglich nur angesprochen werden können, da sonst der Rahmen einer solchen Dissertation gesprengt würde. Allerdings bilden diese herausgearbeiteten Stränge neue Aspekte und Bereiche, die im Zuge weiterer peuplierungspolitischer und -theoretischer Analysen ein Desiderat geographischer und historischer, aber auch medizinischer Forschung darstellen. So können im Rahmen dieser Arbeit keine medizin-, hygiene- oder schulpolicylichen Gesetze auf ihre Wirksamkeit bei einer gesamtpolitischen Bewertung peuplierungspolitischer Gesetzgebung eingehender überprüft werden.

¹¹¹ Siehe dazu Jost, P.: Implosive Bevölkerung und Raumstruktur, in: Buchholz, E. W./Wander, H. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaft – Bevölkerungspolitik. Wissenschaftliche Grundlagen bevölkerungspolitischen Handelns. Bericht über die Studentagung der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e. V. vom 25. bis 29. November 1974 in Berlin, Kiel 1975, S. 141.

Bewegungen und technisch-ökonomische Rahmenbedingungen gestaltet.¹¹² Durch die peuplierungspolitisch initiierte Steigerung der Bevölkerungszahl, aber auch die betriebene Bildungspolitik oder Anwerbung hochqualifizierter Arbeiter, die mit ihrem innovativ-technischen Know-how und wirtschaftsfördernden Fähigkeiten neue Ansprüche an den Raum stellten, konnte der anthropogene Einfluss auf den Raum, vor allem bezüglich des Ressourcenverbrauchs, intensiver werden. So ist es verständlich, dass vor allem der Beitrag der Historischen Geographie zur Umweltgeschichte, sich mit den einschlägigen Aktivitäten und Inaktivitäten der Bevölkerung zu beschäftigen, raumorientiert konzipiert ist und somit seine Berechtigung darin findet.¹¹³ Schon der Ökonom G. Schmoller (1838-1917) verstand den Menschen als eine notwendige Energiequelle zur Wiederbesiedlung verwüsteter Räume: „Wenn es in einem Berichte an den großen Kurfürsten heißt: ‚die Acker sind Wald geworden‘, wenn Hunderte und Tausende von Hufen mit Haidekraut und Gestrüpp sich überzogen, wenn die Deiche zerfielen, die Wiesen versumpften, so fehlen doch die Kräfte und die Energie, den alten besseren Zustand wiederherzustellen.“¹¹⁴ Um den steigenden und intensiveren Einfluss anthropogener Tätigkeiten während der Frühen Neuzeit auf die Landschaft und auf den Landschaftswandel zu erklären, ist die Analyse preußischer Peuplierungspolitik zu den Prozessen kulturlandschaftsgenetischer Veränderung anhand des Beispiels in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers von grundlegender Bedeutung und ein Baustein, um den Anspruch und den Wandel der Landschaftsgestalt als auch die Geschichte unserer Kulturlandschaftsgenese zu verdeutlichen. Diese Dissertation zur preußischen Peuplierungspolitik will einen Beitrag zur Grundlagenforschung historisch-geographischer Wissenschaft leisten, um einen Bereich zur komplexen Prozesshaftigkeit kulturlandschaftlicher Entwicklung systematisch aufzuarbeiten.

Um raumwirksame Elemente peuplierungspolitischer Maßnahmen zu erkennen und zu verstehen, ist eine im Hauptkapitel **B** angelegte eingehende, geistesgeschichtliche Aufarbeitung zur Theoriegeschichte preußischer Peuplierungspolitik und zum Bevölkerungsgedanken im Zeitalter des Kameralismus von fundamentaler Bedeutung, um anhand einer begriffsdefinitorischen Herausarbeitung einen „differenzierten“ Peuplierungsbegriff zu erhalten und das Forschungsobjekt „Peuplierungspolitik“ operationalisierbarer zu machen. Es wäre nicht sinnvoll, den Beweis raumwirksamer

¹¹² Siehe dazu Sperling, W.: Die Stellung der Historischen Geographie in einem modernen geographischen Curriculum, in: Erdkunde 36 (1982), S. 79-84.

¹¹³ Zu den wichtigen Aufgaben der Historischen Geographie zur Umweltgeschichte siehe Fehn, K.: Historische Raumkompetenz ... , S. 13.

¹¹⁴ Zitat aus Schmoller, G.: Die preußische Einwanderung ... , S. 565f..

Peuplierungspolitiken anzutreten, ohne zuvor den Begriff „Peuplierung“ bzw. „Peuplierungstheorie und -politik“ klar definiert und die damit zusammenhängenden beweisnotwendigen evidenten Prinzipien aufgestellt zu haben. Somit werden mögliche Ambiguitäten, Paralogismen und Unschärfen vermieden und beseitigt. Eine grundlegende Aufarbeitung bevölkerungspolitischen und peuplierungstheoretischen Denkens in der Frühen Neuzeit steht bis heute noch aus, sodass dieses erste Hauptkapitel **B** neben der Zuordnung zur Grundlagenforschung historisch-geographischer Wissenschaft einen Beitrag zur Geistes-, Theorie- und Politischen Geschichte liefert.¹¹⁵ F.-X. Kaufmann weist eindringlich darauf hin, dass es bisher noch immer an „[...] deutschsprachigen Überblicken zur Bevölkerungstheorie“ mangelt.¹¹⁶ Auch ideengeschichtliche Epochendarstellungen sind im Bereich der Geschichte in Deutschland eher selten. Anhand von Kurzbiographien sollen die wichtigsten Vertreter der Kameralistik in chronologischer Form vorgestellt werden, um die Peuplierungspolitik unter Berücksichtigung verschiedener philosophischer und mentaler Strömungen systematisch und die daraus resultierende Unterschiedlichkeit der Instrumente bevölkerungspolitischen Handelns zu präsentieren. Es gilt, im Spiegel des Vergangenen Gegenwärtiges deutlicher als Gewordenes zu erkennen, zu verstehen und zur frühneuzeitlichen Ideengeschichte neue theoriegeschichtliche Erkenntnisse durch Annäherung an eine ihrer entscheidendsten Umbruchsphasen beizutragen. Daraus erwächst dann ein notwendig ausdifferenzierter Peuplierungsbegriff. Die methodische Gefahr einer solchen Herangehensweise besteht darin, dass man vorschnell Generalisierungen und Verallgemeinerungen zieht, sich lediglich auf grobe, induktiv gewonnene Strukturähnlichkeiten im Denken beruft und das Detail dabei vernachlässigt. Diesem Problem versucht die ideengeschichtliche Aufarbeitung der wichtigsten Peuplierungsdiskussionen dadurch zu entgehen, dass es zwar die Idee „Peuplierung“ in den Vordergrund stellt, sie aber nicht in ihre Allgemeinheit vermittelt, sondern sie in ihrer konkreten Ausformung bei dem jeweiligen bevölkerungswissenschaftlichen Autor erörtert und kontextualisiert. Die Isolierung des Themenfeldes „Peuplierungstheorie bzw. -politik“ aus dem kameralwissenschaftlichen Lehrgebäude führt zwangsläufig zu einer Dekontextualisierung. Allerdings stellen Rückgriffe auf kameralistische Zusammenhänge im Sinne der Verdeutlichung und Erklärung peuplierungstheoretischer Gedankenwelten eine unverzichtbare Notwendigkeit dar. Der Gefahr einer ideengeschichtlichen Einschränkung der Erkenntnis, wenn singuläre Theoreme und Theorien dogmengeschichtlich in den

¹¹⁵ Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , bes. S. 5-32; Auch Michel, H./Lischke, R. J.: Zur Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft ... , S. 110-116.

¹¹⁶ Zitat aus Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft ... , S. 57.

gesamteuropäischen Zusammenhang wissenschaftsgeschichtlicher Entwicklung eingeordnet werden, wird durch die partielle Hinzunahme diskursanalytischer Momente versucht entgegenzuwirken. Dies ist deswegen so wichtig, da bei einer historisch korrekten Bewertung peuplierungstheoretischer Konzepte die erkenntniskonstitutiven Grundlagen der jeweiligen Zeit Berücksichtigung finden müssen, damit ein anachronistischer Universalismus wissenschaftlicher Erkenntnismuster und universell gültiger Erkenntnismechanismen in der Wertigkeit und Bewertung bevölkerungstheoretischer Gedanken vermieden werden kann.¹¹⁷

Es soll versucht werden, die Aussage M. Ludas, dass „[...] von einer eigentlichen Peuplierungspolitik, wie sie der Kurfürst in seinen Stammlanden betrieb, keine Rede sein [kann]“, mithilfe eines differenzierteren Peuplierungsbegriffs zu relativieren und eine typologische Einordnung rheinischer frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik zu unternehmen.¹¹⁸ Dieser, anhand der Texte der Kameralisten abgeleitete differenziertere Peuplierungsbegriff ermöglicht es, die preußisch-kameralistische Peuplierungspolitik in den Rheinlanden in einem „breiteren“ Sinne, ergänzt um die räumliche Perspektive, zu erfassen und neu zu bewerten. Des Weiteren wird die herausgearbeitete Theorie der Peuplierungspolitik auf ihre raumwirksamen Potenziale bei einer idealtypischen Umsetzung hin untersucht. Der Verfasser ist sich des stark „mechanistisch-konstruktivistischen“ Charakters dieser Analysemethode durchaus bewusst. Allerdings bietet dieser Ansatz eine Möglichkeit, die raumrelevante System- und Prozesshaftigkeit bevölkerungstheoretischer Überlegungen im Spannungsfeld von Demographie und Kulturlandschaft (bzw. Raum) deutlicher hervorzuheben.

Im zweiten Hauptkapitel C wird die Genese preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers und damit die politische Umsetzung bevölkerungstheoretischer Überlegungen frühneuzeitlicher Kameralisten dargestellt, typisiert und auf ihre Effizienz hin analysiert. Ein methodisches Problem wird dabei sein, inwieweit sich bevölkerungspolitischer bzw. politischer Erfolg im Allgemeinen überhaupt messen und bewerten lässt.¹¹⁹ Die räumliche Verortung dieses Abschnitts leistet einen Beitrag zur politischen Rheinischen Landesgeschichte. Da regionsspezifische Variabilität bevölkerungsdynamischer Veränderungen auf die spezifisch betriebenen

¹¹⁷ Siehe dazu auch Sandl, M.: Ökonomie des Raumes. Der kameralwissenschaftliche Entwurf der Staatswirtschaft im 18. Jahrhundert (Norm und Struktur; 11), Köln 1999, S. 10-14.

¹¹⁸ Zitat aus Luda, M.: Kleve-Mark unter dem Großen Kurfürsten. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen (Veröffentlichungen des Heimatbundes Märkischer Kreis), Iserlohn 1996, S. 182.

¹¹⁹ Siehe dazu Jürgens, H. W.: Motive, Möglichkeiten und Kritik einer Bevölkerungspolitik, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1975, S. 187.

Bevölkerungspolitiken, die regionalen Unterschiede bezüglich der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit sowie auf Abweichungen von Migrationsbilanzen zurückgeht, ist eine geographische Eingrenzung bei der Fülle kleinstaatlicher Territorien im Deutschen Reich und die damit verbundene autonom betriebene (Peuplierungs-)Politik unerlässlich. Das staatliche Gebilde Brandenburg-Preußen expandierte in der Frühen Neuzeit zu einer modernen Großmacht im europäischen Staatensystem des 17. und 18. Jahrhunderts.¹²⁰ Ferner gibt es noch einen weiteren Grund, die frühneuzeitliche Peuplierungspolitik kameralistischer Regierungssysteme im regionalen bzw. lokalen Maßstab zu untersuchen. Brandenburg-Preußen hatte nach dem Dreißigjährigen Krieg regional starke Bevölkerungsverluste zu verzeichnen. Im Vergleich mit anderen Territorialmächten zeigte sich dadurch eine gewisse Rückständigkeit preußischer Bevölkerungsdichte um das Jahr 1700.¹²¹ In Preußen lebten zu dieser Zeit ca. 20,6 Menschen pro Quadratkilometer. Als Vergleich sei hier das Herzogtum Württemberg genannt, das um die Jahrhundertwende zum 18. Jahrhundert ca. 50,9 Menschen pro Quadratkilometer fasste und das dicht besiedelste Land im Deutschen Reich darstellte.

Wenn man über die kameralistische Peuplierungspolitik des Vielvölkerstaates Preußen schreibt, muss darauf hingewiesen werden, dass keineswegs ganz Preußen peuplierungspolitische Maßnahmen zur Steigerung der Untertanenzahl anwendete. Trotz der geographischen Expansion preußischer Herrschaft wirkte in vielen Teilen Preußens die „alte“ agrarische Verfassung in der Form der Gutsherrschaft weiter.¹²² Die damit verbundene Unfreiheit stellte ein wenig verlockendes Ziel für die emigrationswilligen Menschen dar. Die preußischen Fürsten, ab 1701 zugleich auch mit dem Königstitel bedacht, konnten nur durch die Schaffung eines freien Kolonistenstandes auf den landesherrlichen Domänen mit meist schlechten, nur schwer zugänglichen Böden wie Moore, Brüche und Sandwälder siedeln lassen.¹²³ Diese zeitliche Differenzierung und räumliche Eingrenzung in Bezug auf die

¹²⁰ Siehe Hoffman, D.: *Modernes Preußen im 18. Jahrhundert? Staat – Gesellschaft – Wirtschaft* (Materialien für Sekundarstufe II Politik/Geschichte), Hannover 1981.

¹²¹ Die weiteren Zahlen sind entnommen aus Hinze, K.: *Die Arbeiterfrage ...*, S. 22.

¹²² Die Gutsherrschaft ist eine besondere Ausprägungsform der Grundherrschaft, die sich östlich der Elbe zum Beginn der Neuzeit entwickelte. Kennzeichen der Gutsherren ist das permanente Streben nach Ausdehnung ihrer Güter durch Bauernlegen und Rekultivierungen wüstgewordener Flächen. Aufgrund der Übertragung obrigkeitstaatlicher Rechte an den Gutsherrn wie die Polizeigewalt und die Patrimonialgerichtsbarkeit entstand eine hohe Abhängigkeit der Bauern zum Gutsherrn, die sich in der Erbuntertänigkeit mit Schollenpflicht und Gesindezwangsdienst äußerte.

¹²³ Eines der Großprojekte zur Landgewinnung war der Oderbruch bei Frankfurt, der vor der Mitte des 19. Jahrhunderts 56 Quadratkilometer umfassen sollte. Zwischen den Jahren 1747–1753 wurde 56.000 ha Neuland gewonnen. In den Warthebrüchen waren es 30.000 ha, in der Altmark wurde um die 25.000 ha Sumpf in Weide-, Wald- und Ackerland umgewandelt. Deshalb behauptete der preußische König zurecht, er habe eine Provinz im Frieden erobert. Siehe dazu: Glaser, R./Schenk, W.: *Von der Naturlandschaft ...*, S. 123-138, bes. die Abbildung 4.39 auf S. 138; Unter Friedrich dem Großen wurden insgesamt bei der Urbarmachung des Oder-,

Peuplierungspolitik Preußens ist deshalb so wichtig, weil man, wenn der gesamte preußische Staat unter dem Aspekt peuplierungspolitischer Maßnahmen untersucht wird, zu einem Ergebnis kommt, das die Historizität der Wirkungsmächtigkeit bevölkerungspolitischer Verordnungen etwas verzerren würde. Aus gesamtstaatlicher Sicht betrieb Preußen eigentlich eine bescheidenere, ja „passive“ Peuplierungspolitik. Blickt man allerdings nur auf die landesherrlichen und königlichen Domänen, so sind beeindruckende räumliche und bevölkerungspolitische Eingriffe zu finden. Die nachfolgenden Untersuchungen beziehen sich auf die Peuplierungspolitik, die auf den landesherrlichen Domänen vollzogen wurde.

Anhand zahlreicher Policyverordnungen soll die wirtschaftliche, soziale und religiös-sittliche Dimension frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik in den Territorien Kleve, Geldern und Moers herausgearbeitet werden. Wie diese Policyverordnungen nun genau aussahen und welche Wirkungen und Motivationen hinter ihnen standen, wird in diesem Abschnitt untersucht.

Im letzten und dritten Hauptkapitel **D** wird unter Einbeziehung speziell ausgewählter Beispiele die raumzeitliche Unterschiedlichkeit peuplierungspolitischer Gesetzgebung in Bezug auf die soziale, ökonomische, siedlungsstrukturelle und kulturlandschaftliche Genese analysiert und verglichen.¹²⁴ Nachdem im vorhergegangenen Abschnitt die Ausgestaltung peuplierungspolitischer Instruktionen und deren dahinterstehenden Motivationen und Wirkungen eingehend dargelegt worden sind, soll nun exemplarisch die faktische räumliche Umsetzung näher betrachtet werden. Dabei wird der Blick vermehrt auf die Persistenz kulturlandschaftlicher Elemente und Strukturen bevölkerungspolitischer Provenienz gelegt.

Im Fazit **E** steht die Beantwortung der zentralen Frage nach der Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers für das Werden heutiger Kulturlandschaften und ihrer kulturlandschaftsprägenden Kraft. Unter Berücksichtigung der frühneuzeitlichen politischen und wirtschaftlichen rheinischen Landeshistorik werden folgende Bearbeitungs- und Teilaspekte in das Blickfeld dieser Arbeit integriert:

1) Im 18. Jahrhundert liegen uns zum ersten Mal bevölkerungswissenschaftliche Zahlen vor. Zwar erlauben die Daten vorindustrieller Zeit keine exakte, mit absoluten Zahlen gesättigte

Warthe- und Netzbruches ca. 118.000 ha Land für die Binnenkolonisation kultiviert und ca. 300 Dörfer errichtet. Zahlen entnommen aus Guedermann, R.: Landesausbau, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 7, Stuttgart 2008, Sp. 465.

¹²⁴ Einige Aspekte eines solchen „räumlichen“ Ansatzes für die Siedlungstätigkeit Friedrichs des Großen in der Mark Brandenburg finden sich im Aufsatz von Guedermann, R.: Zur Bedeutung der friderizianischen Landeskulturmaßnahmen – Mythos oder Realität, in: Pröve, R./Kolling, B. (Hrsg.): Leben und Arbeiten auf märkischen Land. Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700-1914, Bielefeld 1999, S. 351-377, siehe bes. zur den Meliorationsmaßnahmen S. 352-357.

Rekonstruktion der Kurve des Bevölkerungswachstums zwischen 1650–1800 für das Rheinland insgesamt. Allerdings können wir dank der Zahlen in den preußisch regierten Gebieten gesicherte tendenzielle und generelle Aussagen treffen. Die Einwohnerzahl des Herzogtums Kleve betrug im Jahre 1722 einen Wert von 85.988 Menschen, 1787 waren es schon 90.750. Auch im preußischen Fürstentum Moers stieg die Einwohnerzahl von 9.332 im Jahre 1722 auf 18.403 Menschen im Jahre 1787.¹²⁵ Hier stellt sich nun die Frage, inwieweit die peuplierungspolitischen Maßnahmen für diesen Anstieg verantwortlich waren und welche Ergebnisse und Folgen diese Bevölkerungspolitik hervorbrachte.

2) Viele Territorien zeigten im 17. Jahrhundert ein zunehmendes Interesse an gesellschaftlicher Mobilität und Migration. Sie begann im Rahmen einer merkantilistisch-kameralistisch instruierten Bevölkerungspolicey, die vor allem die Einwanderung protestantischer Konfessionsflüchtlinge unterstützte, um insbesondere mit der Hilfe des neugewonnenen „geistigen Wissens“ der Zuwanderer das Manufakturwesen und später den Handel zu fördern.¹²⁶

Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Aufnahme mennonitischer Immigranten, die in Krefeld dem Textilgewerbe zum neuen Glanz verhelfen und der Region ihren „Stempel“ aufdrückten. Die Mennoniten sind das aus peuplierungspolitischer Sicht gelungene Beispiel für einen aus eigenem Antrieb an der „großen Ökonomie des Staates“ und „Wohlfahrt der Mannschaft“ partizipierenden Menschen. Um diese Einstellung auch bei anderen Untertanen zu erreichen, strebte man eine religiös-sittliche Formung der Menschen durch das Religions- und Bildungswesen an – eine Konditionierung des Untertanenverbandes mithilfe des sittlich-moralischen Niveaus und Bildungsstandes. Ein Aspekt, der nicht einem quantitativen Peuplierungsbegriff unterliegt, sondern einem qualitativen.

3) Eine bedeutende Erscheinung stellen die pfälzischen Siedlungseinseln im niederrheinischen Gebiet dar, die ihre regionale Identität bis heute in Form von Sprache und Kultur bewahrt und gepflegt haben. Ein Ausgangspunkt zur Ansiedlung der pfälzischen Reformierten stellte die preußische Peuplierungspolitik dar, die somit bis in unsere heutige Zeit noch siedlungsstrukturell und kulturlandschaftlich nachwirkt. 1741 entstand auf der Gocher Heide

¹²⁵ Zahlen entnommen aus Janssen, W.: Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997, S. 229.

¹²⁶ Ein Aspekt bei der Zuwanderung von Fremden kann aufgrund der Fülle und Dichte dieses Themas in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden. Nicht nur das technologische „geistige“ Wissen der Eingewanderten, das sicherlich einen Beitrag zum Protoindustrialisierungsprozess geleistet hat, konnte in der faktischen Umsetzung die Landschaft verändern, sondern auch die aus der Heimatregion geprägten mentalen und kulturellen Eigenheiten führten zu einer anderen Wahrnehmung von Raum und Kulturlandschaft in der Ankunftsregion. Nicht nur Kulturlandschaften im Sinne konkreter Ausschnitte der Erdoberfläche verändern sich im Laufe des steigenden anthropogenen Einflusses, sondern auch die Wahrnehmung und Bewertung von Landschaften. Siehe dazu Gotthard, A.: In der Ferne ... , bes. S. 28-54 und S. 68-71.

die Siedlung Pfalzdorf, die durch die reformierten Glaubensflüchtlinge, deren eigentliches Ziel Amerika war, erfolgreich kolonisiert wurde. Die Gründungen der ebenfalls pfälzischen Dörfer Louisendorf und Neulouisendorf in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigten noch, dass die Peuplierungspolitik durch neuere Bevölkerungs- und Wirtschaftstheorien wie den bevölkerungspessimistischen Malthusianismus und den Liberalismus noch nicht endgültig auf Anhieb verdrängt wurde, sondern vielmehr parallel dazu existierte und praktische Anwendung fand.

Bisher gibt es noch kaum wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen und Folgen bevölkerungspolitischer Verordnungen und den damit verbundenen demographischen Wirkungen auf die Kulturlandschaft und Umwelt. Dies liegt in erster Linie daran, dass „[...] neben fehlenden wissenschaftlichen Untersuchungen (...) die Einschätzung umwelt- und landschaftsrelevanter Auswirkungen des demographischen Wandels (...) durch die Vielzahl, die Komplexität und die Wechselbeziehungen umweltbeeinflussender Faktoren“ erschwert wird.¹²⁷ Deshalb versucht diese Dissertation zur Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik mithilfe des historischen Blickes bevölkerungspolitische Maßnahmen frühneuzeitlicher Herrscher als Auslöser raum- und kulturlandschaftsrelevanter Veränderung nicht nur zu isolieren, sondern will sie im Prozess umfassender Kontextualisierung politischer, wirtschaftlicher, bevölkerungshistorischer und sozialräumlicher Wirkungszusammenhänge in Bezug auf ihre umwelt- und raumrelevanten Folgen und Interdependenz erkennbar und erklärbar machen. Dies erfordert neben der inhaltlichen Beschäftigung mit bevölkerungswissenschaftlichen Disziplinen auch eine methodische Auseinandersetzung mit den Nachbardisziplinen, die mit den jeweiligen fachspezifischen Fragestellungen am Objekt „Peuplierungspolitik“ arbeiten. Die Vielgestaltigkeit des Desiderats „Peuplierungspolitik“ entspricht der Vielfältigkeit forschungswissenschaftlichen Bemühens um die Beschreibung, Interpretation, Erklärung und Einordnung seiner Ursachen und Erscheinungsformen, seiner Entwicklungsbedingungen und Folgeerscheinungen. Wichtig für die Analyse preußischer Peuplierungspolitik ist die Erkenntnis, dass die langsame Entfaltung demographischer Prozesse eine Eigenart derselben darstellt und deswegen eine zeitverzögerte Wucht hervorbringt.¹²⁸ Die Erforschung der preußischen Peuplierungspolitik und deren theoretische Grundlage ist auf ein breites und stark interdisziplinäres Spektrum fachadäquater Fragestellungen, Interpretationsmuster und Erklärungsansätze angewiesen. Ein besonderes Interesse an diesen historischen Wirkungszusammenhängen von „Demographie

¹²⁷ Zitat aus Heiland, St./Moorfeld, M.: Demographischer Wandel ... , S. 80.

¹²⁸ Siehe dazu Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft ... , S. 10.

und Kulturlandschaft“ hat die Historische Geographie, die dank ihrer Funktion als Brückenfach zwischen Geographie und den historisch orientierten Disziplinen ein vielschichtiges Methodeninstrumentarium zur Analyse raumwirksamer Peuplierungspolitiken liefert. Neben der Auswertung schriftlicher und kartographischer Quellen sowie naturwissenschaftlicher Befunde wird die Landschaft selbst als Quelle und Träger von Geschichtlichkeit wahrgenommen.¹²⁹ Für die Historische Geographie stellt die gewachsene Kulturlandschaft ein „[...] Archiv sozialer und ökonomischer Aktivitäten des Menschen“ dar.¹³⁰ Zahlreiche kulturlandschaftliche Elemente und Strukturen aus verschiedenen Epochen sind oftmals durch aktuelle Nutzungen in der gegenwärtigen Kulturlandschaft nebeneinander oder übereinander überprägt worden und somit nicht auf den ersten Blick erkennbar. Aufgrund dieser Tatsache kann die Kulturlandschaft „[...] als ein Palimpsest“ verstanden werden, das wie eine mittelalterliche Manuskriptseite durch Schaben und Waschen immer wieder neu beschrieben werden kann.¹³¹ Die Historische Geographie mit ihrer thematischen Bandbreite und der Verknüpfung räumlicher und zeitlicher Dimension ermöglicht eine raumzeitliche Differenzierung bei der Erforschung kameralistischer Bevölkerungspolitiken und trägt somit zur Klärung raumrelevanter Prozesse in der Vergangenheit bei. Die aus historisch-geographischer Sicht geforderte Interdisziplinarität ist aufgrund der Multidimensionalität peuplierungspolitischer Maßnahmen unausweichlich und ermöglicht erst dann eine sachgerechte Kontextualisierung. Die Chancen interdisziplinären Vorgehens liegen in einer objektbezogenen Erweiterung und Vertiefung historisch-geographischen Erkenntnisvermögens. Dies schließt gewissermaßen einen konstitutiven Eklektizismus ein, der hier aber unbedingt als kreativer Pluralismus wissenschaftlicher Kontroversen verstanden und nicht als ein undurchsichtiger Methodensynkretismus denunziert werden darf. Die Grenzen dieser interdisziplinären Kooperation bevölkerungshistorischer Erforschung konstituieren sich aus historisch-geographischer Perspektive vor allem dort, wo die fachspezifischen Erkenntnisinteressen auseinander treten oder das Interesse an Generalisierung, Reduzierung, Abstraktion und Formalisierung peuplierungspolitischer Forschung auf Kosten historisch-geographischer Tiefenschärfe betrieben wird.¹³² Eine für viele zunächst triviale, pointiert klingende Aussage des Bevölkerungshistorikers und

¹²⁹ Siehe dazu Fehn, K.: Historische Geographie, in: Goertz, H.-J. (Hrsg.): ... , S. 455f., sowie Schenk, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): ... , S. 219-230.

¹³⁰ Zitat aus Schenk, W.: Historische Geographie ... , S. 25.

¹³¹ Zitat aus Schenk, W.: Historische Geographie ... , S. 25.

¹³² Unproduktive, oftmals vehemente kontradisziplinäre Spannungen resultieren aus dem gegenseitigen Missverständnis und Misstrauen der spezifischen Forschungsinteressen und –methoden.

Historischen Demographen A. E. Imhof, dass „[...] eine Bevölkerung (...) schließlich aus lauter Menschen, Individuen [und] Einzelschicksalen“ bestehe, schloss die Einsicht mit ein, dass „[...] die jeder Bevölkerungsstudie zugrundeliegenden Hauptparameter: Geburt, Heirat und Tod, allenfalls noch die Wanderungen, (...) dermaßen elementare Ereignisse im menschlichen Leben [sind], daß es wenig wundert, sehr bald auf Fragen zu stoßen, die alle ‚Wissenschaften vom Menschen‘ angehen.“¹³³

Die bei der Analyse zur Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik beibehaltene historisch-geographische Sichtweise darf sich bei der in aller Regel nötigen Konzentration auf sachspezifische Einzelaspekte nicht den Blick für die Multidimensionalität komplexer und sich gegenseitig bedingender Wirkungs- und Problemzusammenhänge peuplierungspolitischer Prozesse versperren, um nicht dem Fehler fachspezifischer perspektivistischer Verkürzung und monokausaler Interpretation bei der Erforschung des Verhältnisses „Demographie und Kulturlandschaft“ bzw. „Theorie und räumliche Umsetzung“ zu erliegen.

Die Dissertation zur Raumwirksamkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen in der Frühen Neuzeit spannt somit einen zeitlichen Bogen vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Beginn der Industrialisierung und stellt dabei in systematisierender Form unter Berücksichtigung eines „differenzierten“ Peuplierungsbegriffs die bevölkerungshistorischen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen und räumlichen Zusammenhänge von Bevölkerungspolitik und Raumwirksamkeit innerhalb der preußischen Rheinlande dar und versucht neben dem theoriegeschichtlichen Beitrag zur Politischen Geschichte mithilfe eines mikrodemographischen Ansatzes einen regionalen Forschungsbeitrag zur rheinischen Landeskunde zu leisten. Der hier praktizierte Forschungsansatz verfolgt eine theoriegeschichtliche Analyse zur Raumwirksamkeit frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik aus einer historisch-geographischen Perspektive.

3. Quellengrundlagen historisch-geographischer und bevölkerungshistorischer Forschung

Die methodisch breitgefächerte Arbeitsweise historisch-geographischer Forschung hält für die Erforschung raumwirksamer Bevölkerungspolitiken ein reichhaltiges Angebot an Quellen bereit, die, je nach Periode sehr verschieden, von anthropogenen Bodenbefunden bis zur

¹³³ Zitat aus Imhof, A. E.: Statistiker, Historiker – und die andern. Ein Kapitel angewandter Bevölkerungsstatistik, in: Ribbe, W. (Hrsg.): Berlin-Forschungen, Bd. 1, Berlin 1986, S. 303.

topographischen Karte neuester Zeit reichen können.¹³⁴ Zudem hält die Demographie mit ihren Analysetechniken und Modelltheorien den „[...] methodischen Kern der Bevölkerungsforschung [bereit], um den sich die verschiedenen Fächer mit ihren jeweiligen spezifischen inhaltlichen Problemstellungen sowie Erklärungsansätzen und Theorien gruppieren.“¹³⁵

Für den theoriegeschichtlichen Teil zur kameralistischen Peuplierungspolitik werden neben der spärlichen Sekundärliteratur die Originaltexte kameralistischer Personen des 17. und 18. Jahrhunderts hinzugezogen.¹³⁶ Auch wenn durch die kurzbiographische Herangehensweise der äußere Anschein einer personenbezogenen Analyse erweckt wird, werden hier nicht nur die für die Epoche der Frühen Neuzeit typischen Autoren bevölkerungswissenschaftlichen Denkens und deren Lehren nacheinander abgehandelt. Im Gegenteil – vielmehr steht das Signum der bevölkerungswissenschaftlichen Epoche, die Leitideen und Themen peuplierungstheoretischer Überlegungen, die die wissenschaftliche und politische Landschaft jener Zeit bewegten und kennzeichneten, im Vordergrund dieser theoriegeschichtlichen Untersuchung, sodass eine am Problem und an der „Idee“ orientierte Darstellung informativer erscheint als eine rein personenbezogene Aufarbeitung bevölkerungswissenschaftlichen Denkens. Nicht der einzelne kameralistische Autor steht im Fokus der ideengeschichtlichen Analyse, sondern die Idee – nicht die vollständige Erklärung des gesamten geistigen und allgemeinpolitischen Systems des jeweiligen Autors wird angestrebt, sondern dessen peuplierungstheoretischer Beitrag.

Um die peuplierungstheoretischen Konzepte der jeweiligen bevölkerungswissenschaftlich arbeitenden Personen aus ihrer Zeit heraus richtig zu verstehen, muss man ihre Werke in der Originalfassung gelesen haben - denn welche geistigen Gedankengerüste und theoretische Grundlagen ihren peuplierungstheoretischen Gedanken oblagen und welche Ziele sie hatten, kann niemand besser ausdrücken als sie selbst. Die dabei verwendeten zahlreichen Zitate von

¹³⁴ Zur Betrachtungsweise und Darstellung der Quellenanalyse historisch-geographischer Forschung siehe Schenk, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): ... , S. 219-230. Auch dazu Ders.: Historische Geographie (Geowissen Kompakt) ... , S. 16-31.

¹³⁵ Zitat aus Laux, H.-D.: Bevölkerungsgeographie ... , S. 86.

¹³⁶ Die juristische Dissertation von M. Fuhrmann „Volksvermehrung als Staatsaufgabe. Bevölkerungs- und Ehepolitik in der deutschen politischen und ökonomischen Theorie des 18. und 19. Jahrhunderts“ bietet erstmal eine partielle, auf einen bestimmten Aspekt reduzierte, theoretische Aufarbeitung frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik. Allerdings war das Ziel dieser Arbeit, die „[...] Zusammenhänge und potentielle Wechselwirkungsmechanismen zwischen Bevölkerungstheorie, Bevölkerungspolitik, Familien- und Ehepolitik sowie staatliche Ehepolitik im Zeitraum von ungefähr 1760-1870 in Deutschland zu analysieren“, sodass sich diese Arbeit ganz klar als eine rechtshistorische Dissertation versteht, die sich mit den Korrelationen zwischen Bevölkerungstheorie und -politik einerseits und dem damit verbundenen Eherecht andererseits beschäftigt. Zitat aus Fuhrmann, M.: Volksvermehrung ... , S. 12.

den jeweiligen peuplierungstheoretischen Autoren unterstützen nicht nur die eigenen argumentativen Ausführungen, sondern bieten zudem dem Leser die Möglichkeit, die Korrektheit ihrer Interpretation an Ort und Stelle prüfen zu können. Diese Vorgehensweise erscheint deswegen angebracht, weil die Texte peuplierungstheoretischer Autoren nicht ohne Weiteres dem interessierten Leser verfügbar sind und somit die Überprüfbarkeit meiner Schlussfolgerungen erschwert würde. Dabei ist es neben dem oftmaligen Unterhaltungswert älterer Aussagen von fundamentaler Bedeutung, dass die Wiedergabe peuplierungstheoretischer Inhalte und Prämissen in der Sprache der Autoren selbst geschieht und somit ihre zeitgebundene Denkweise am unmittelbarsten und präzisesten in den jeweiligen philosophischen, religiösen, naturrechtlichen, ökonomischen und allgemeinpolitischen Problemzusammenhängen zu verstehen ist, ohne vorher mittels Abstraktion darstellend semantisch verwischt zu werden. Dazu werden gezielt diskursanalytische Praktiken aufgegriffen, um der „[...] Präformierung und Eingrenzung des Möglichkeitshorizontes“ wissenschaftlicher Erfahrung zu entgehen.¹³⁷ Der theoriegeschichtliche Teil möchte einen unmittelbaren, direkten Eindruck von den brennenden Problemen bevölkerungspolitischer Gedanken jener Zeit vermitteln und nicht nur die schon gefilterte Perspektive der nachträglichen Interpretation weitergeben. Natürlich wird im Zuge der Arbeit eine Interpretation peuplierungstheoretischer Gedanken durch den Verfasser gegeben, aber sie ist aus dem direkten Kontakt mit den Schriften der Kameralisten gewonnen, der an den Leser weitervermittelt wird. Da naturgemäß jede Auswahl selektiv und subjektiv ist, kann sie weder vollständig und wertfrei sein. Jede historische Epoche wird retrospektiv und damit vom aktuellen Problembewusstsein des Betrachters aus in den analytischen Blick genommen, sodass man sich in der Beurteilung bevölkerungstheoretischer Überlegungen zurücknehmen muss, indem man die behandelten Kameralisten in ihrer Sprache selbst zu Wort kommen lässt und sie vor der Interpretation Verständnis fördernd begleitet. Daher kommen die hier vorgestellten peuplierungstheoretischen und bevölkerungswissenschaftlichen Autoren ausführlich zu Wort, um ein lebendiges Bild von der bevölkerungstheoretischen Gedankenwelt der Frühen Neuzeit zu zeichnen. Sowohl Fakesimilie-Drucke als auch wieder aufgelegte Originalbücher des 17. und 18. Jahrhunderts lagen bei der Herausarbeitung eines „differenzierten“ Peuplierungsbegriffs dem Verfasser vor.

¹³⁷ Zitat aus Sandl, M.: Ökonomie des Raumes ... , S. 11.

Dadurch entstand eine breite Quellengrundlage, die der methodischen Forderung der „Cambridge School of Historiographers“ nachkam.¹³⁸ Eine Autorengruppe um Q. Skinner und J. G. A. Pocock entwarf in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ein neues methodologisches Konzept der historischen Bearbeitung politischer und geistesgeschichtlicher Ideen.¹³⁹ Die in der Frühen Neuzeit beginnende Professionalisierung und Bürokratisierung landesherrschaftlicher Regierungen und die damit eng in Verbindung stehende Akademisierung merkantiler-kameralistischer Wissenschaft bedingte eine unüberschaubare Publikationsmasse kameralistischen Schriftguts. Deshalb können bei meinem peuplierungstheoretischen Streifzug durch das 17. und 18. Jahrhundert nur Schlaglichter bevölkerungswissenschaftlichen Denkens ohne Anspruch auf Vollständigkeit gesetzt werden. Die Destillation peuplierungstheoretischer Überlegungen im Konvolut kameralistischer Publikationen ist dabei ein lohnendes heuristisches Unterfangen. Es sind „neue“ Gedankenwelten, die sich für uns in den alten Büchern des 17. und 18. Jahrhunderts öffnen. Die Auswertung dieser schriftlichen frühneuzeitlichen Quellen erfolgt nach den allgemeinen quellenkritischen Grundsätzen der Geschichtswissenschaft.¹⁴⁰ Unter den gegebenen Aspekten historischer Quellenkritik werden die gewonnenen Erkenntnisse peuplierungspolitischer Theorien raumzeitlich differenziert und in den Zusammenhang wirtschaftlicher, sozialer, geistiger, kultureller und räumlicher Wirkungszusammenhänge eingeordnet.

Die bevölkerungshistorische Wissenschaft, die sich mit der vorstatistischen Zeit vor 1800 beschäftigt, muss sich mit mangelhaftem, vielfach in ungenügender Menge vorliegendem Quellenmaterial kritisch auseinandersetzen und mühsam bevölkerungsrelevante Daten aus meist deskriptiven Quellen extrahieren. Aufgrund der territorialen Zersplitterung Preußens kann man keine fundierten Aussagen über die Bevölkerungsgröße und -dichte eines Staates Preußen machen, wohl aber über einige einzelne Territorien, die den Staat Preußen

¹³⁸ Auch M. Fuhrmann berücksichtigte diesen methodischen Ansatz in seiner rechtshistorischen Dissertation bei seiner ideengeschichtlichen Abhandlung. Siehe dazu Fuhrmann, M.: Volksvermehrung als Staatsaufgabe? ... , S. 18.

¹³⁹ Dabei geht es unter anderem darum, „mittlere“ Texte, also weniger bekannte Schriften kameralistischer Autoren, bei der theoriegeschichtlichen Abhandlung stärker zu berücksichtigen. So wird die peuplierungspolitische Theorie nicht nur anhand weniger „klassischer“ Texte bekannter Denker dargestellt, sondern auch auf einer „mittleren“ Ebene erschlossen, was wiederum Rückschlüsse auf die Verbreitung und Rezeption „klassischer“ peuplierungstheoretischer Schriften ermöglicht. Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, werden hier diese „mittleren“ Texte lediglich in Fußnoten Berücksichtigung finden.

¹⁴⁰ Siehe dazu Opgenoorth, E./Schulz, G.: Einführung in das Studium ... , S. 122-145. Siehe auch Schenk, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): ... , S. 222.

konstituierten.¹⁴¹ Allerdings weisen W. Reininghaus und J. Sieglerschmidt mit Recht darauf hin, wie viel Material das vorstatistische Zeitalter für die frühneuzeitliche bevölkerungswissenschaftliche Forschung noch bereithält.¹⁴² R. Lee deutet in seinem Aufsatz im Vergleich zu anderen Ländern auf die hervorragende Quellenlage in Deutschland und den mageren Beitrag deutscher Forschung zur Bevölkerungsgeschichte hin.¹⁴³ Die gewonnenen historisch-geographischen Erkenntnisse bei der Analyse frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik können sicherlich das Verständnis für die Entwicklung heutiger demographischer Prozesse erweitern und anregend auf Problemlösungsansätze und auf den Umgang mit demographischen Problemen wirken.

Ein methodisches Problem der Bevölkerungsgeschichte wurde lange Zeit nicht erkannt und wahrgenommen: die Wanderung. Das Bild einer immobilen, vorindustriellen Gesellschaft frühneuzeitlicher Prägung ist falsch, sodass Migration und Wanderung „[...] sowohl in vorindustrieller Zeit als auch in Industriegesellschaften (...) ein wichtiges Thema künftiger Forschung sein müssen [werden].“¹⁴⁴ Die mit dem Attribut „postmoderner Raumverlust“ belegten gegenwärtigen Globalisierungstendenzen stehen oftmals bei Analysen bevölkerungssoziologischer Forschung zur Raumwahrnehmung von Regionen im krassen Kontrast zur Frühen Neuzeit, sodass bei einer undifferenzierten Betrachtung bevölkerungshistorischer Phänomene der Eindruck von einer „[...] naiven Ortsgebundenheit einer vorindustriellen, vormodernen Gesellschaft“ erweckt wird.¹⁴⁵ Die Vorstellung einer „[...] spezifische[n] Gebundenheit einer bestimmten Lebensform mit einem gegebenen Territorium (...) als Kriterium für vorindustrielle Gesellschaften“ führte zum naiven Fehlschluss, dass die frühneuzeitliche Epoche als eine Zeit stabiler lebensräumlicher

¹⁴¹ Siehe dazu Köllmann, W.: Lage der Bevölkerung in Preußen zur Zeit Süßmilchs und in England zur Zeit Malthus', in: Mackensen, R./ Thill-Thouet, L./ Stark, U. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Tagung, Frankfurt 1989, S. 93f..

¹⁴² Siehe dazu auch Rassem, M./Stagl, J. (Hrsg.): Statistik und Staatsbeschreibung in der Neuzeit, vornehmlich im 16. und 18. Jahrhundert (Quellen und Abhandlungen zur Geschichte der Staatsbeschreibung und Statistik; 1), Paderborn 1980.

¹⁴³ Lee, R. W.: Zur Bevölkerungsgeschichte Bayerns 1750-1850, britische Forschungsergebnisse, in: VSWG 62 (1975), S. 309-338, bes. S. 310-312 und auch Ders.: Probleme der Bevölkerungsgeschichte in England 1750-1850, Fragestellung und vorläufige Ergebnisse, in: VSWG 60 (1973), S. 289-310.

¹⁴⁴ Zitat aus Sieglerschmidt, J.: Bevölkerungsgeschichte ... , S. 269. Diese „historische“ Einsicht spiegelt sich auch in dem im Jahre 2005 herausgegebenen Ausstellungskatalog „Zuwanderung Deutschland. Migration“ wider. Siehe dazu Beier-de Haan, R.: Zuwanderungsland Deutschland ... , S. 9-19, bes. S. 10 u. S. 12. Auch Bade, K./Oltmer, J.: Mitteleuropa. Deutschland, in: Bade, K./Emmer, C./Lucassen, L./Oltmer, J. (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Paderborn 2008, S. 141-170.

¹⁴⁵ Zitat aus Ipsen, D.: Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie, in: Lindner, R. (Hrsg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt 1994, S. 232.

Verankerung verstanden wurde.¹⁴⁶ Allein die Tatsache, dass mithilfe peuplierungspolitisch intendierter aktiver Einwanderungspolitik politisch und religiös verfolgte Fremde zur Emigration bewegt wurden, wird durch die zahlreichen Migrationsströme der frühneuzeitlichen Epoche belegt, gleichzeitig die Immobilität frühneuzeitlicher Gesellschaften offenkundig widerlegt und damit die raumwirksame Kraft bevölkerungspolitischer Gesetzgebung in Bezug auf die bevölkerungsdynamischen Aspekte räumlicher Bewegung deutlich, die grenzüberschreitend und überregional wirkten. Deshalb will diese historisch-geographische Dissertation unter anderem das Bewusstsein dafür schärfen, dass Migration und Zuwanderung nach Deutschland bzw. ins Rheinland und die damit verbundene aktive staatliche Bevölkerungspolitik alles andere als ein aktuelles Phänomen unserer heutigen Zeit sind, sondern vielmehr eine historische Tiefe und „Tradition“ besitzen, zugleich aber auch eine lange, vorindustrielle und in vielen Aspekten noch unbekannte Geschichte haben.¹⁴⁷ Die preußische Peuplierungspolitik und deren sozialen, wirtschaftlichen, demographischen und räumlichen Auswirkungen nahmen dabei eine bedeutende Rolle ein.

Die Quellenbasis des geschichtlich-politischen Teils zur preußischen Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers beruht auf der Vielzahl policyverordnerischer Erlasse. Die klevischen Policyverordnungen sind aufgrund ihrer Funktion als Instrumente und Indikatoren peuplierungspolitischer Vorstellungsveränderungen als wertvolle Quellen peuplierungspolitischen Handelns anzusehen, in denen die jeweilige bevölkerungstheoretische Ausrichtung aktuell betriebener Peuplierungspolitik zum Vorschein kommt und eine Typisierung der Bevölkerungspolitik zulässt. Die infolge auf zunehmender Professionalisierung behördlicher Verwaltungsstrukturen basierende Ausdifferenzierung policywissenschaftlicher Forschung brachte zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Ausbildung einer Bevölkerungspolicy hervor, die sich ausschließlich mit bevölkerungstheoretischen Tatbeständen und peuplierungspolitischen Konzepten auseinandersetzte. In diesem Arbeitsschritt geht es vor allem darum, in mühsamer Kleinarbeit, bevölkerungs- und raumrelevante Informationen peuplierungspolitischer Gesetzgebung aus der Menge normativen Schriftguts zu extrahieren. Dabei liegen sowohl Quellensammlungen und

¹⁴⁶ Zitat aus Schwarzer, O.: Aspekte der Raumabgrenzung und Fragen der Stabilität von Kulturräumen bzw. Wandel der Raumstrukturen durch wirtschaftliche Beziehungen, in: Bahadir, S. A. (Hrsg.): Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung (Arbeitspapiere des Zentralinstituts für Regionalforschung; 3), Erlangen 1998, S. 16.

¹⁴⁷ Siehe dazu Lucassen, J./ Lucassen, L.: Alte Paradigmen und neue Perspektiven in der Migrationsforschung, in: Beer, M./Dahlmann, D. (Hrsg.): Über die trockene Grenze und über das offene Meer. Binneneuropäische und transatlantische Migrationen im 18. und 19. Jahrhundert (Migration in Geschichte und Gegenwart; 1), Essen 2004, S. 17-44, bes. auch die Einleitung S. 7; Beier-de Haan, R.: Zuwanderungsland Deutschland ... S. 9-19, bes. S. 12; Bade, K. J./Oltmer, J.: Migration und Integration in Deutschland seit der Frühen Neuzeit ... , S. 20-49.

Einzeleditionen unterschiedlicher Provenienz vor, aber auch zahlreiches Archivmaterial.¹⁴⁸ Die peuplierungspolitische Umsetzung spiegelt sich in wirtschafts-, konfessions-, militär-, sicherheits-, medizin- und hygiene-, bildungs- und familienorientierten Verordnungen preußischer Verwaltung wider. Wichtig bei der quellenkritischen Auswertung ist die Berücksichtigung obrigkeitsstaatlicher Sichtweise, die zum einen den Umsetzungs- und Anteilsgrad bevölkerungstheoretischer Überlegungen, zum anderen die politisch intendierte idealtypische Zielvorstellung peuplierungspolitischer Gesetzgebung wiedergibt.

Im letzten Schritt (Hauptkapitel **D**) geht es um die faktische Umsetzung idealtypischer Vorstellungen peuplierungspolitischer Gesetzgebung in den preußisch regierten rheinischen Territorien. Anhand speziell ausgewählter Beispiele werden die Wirkungen peuplierungspolitischer Verordnungen und verschiedene Peuplierungspolitiken exemplarisch für die raumzeitliche Unterschiedlichkeit der Bevölkerungspolitik in Bezug auf ihre räumliche, ökonomische, soziale und kulturlandschaftliche Genese analysiert und verglichen. Dabei werden zur genetischen Erklärung gegenwärtiger räumlicher Elemente und Strukturen – soweit vorhanden und notwendig – Landschaftsgemälde, Fotos sowie historische Katasterkarten und topographische Karten hinzugezogen. Da die Kulturlandschaft selbst ein Archiv darstellt, wird mittels einer historisch-geographischen Feldforschung nach Persistenzen und Kontinuitäten raumwirksamer Peuplierungspolitiken gesucht. Zudem wurden hierbei über 100 Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf bearbeitet und wiedergegeben. Vor allem konnten aus den Beständen der „Xantener Kreisregistratur“, der „Kleve-Mark-Akten“, der „Kleve Kammer Berlin“, der „Kleve Landstände“ und der „Cammer Meurs“ zahlreiche Informationen zur Prozesshaftigkeit raumwirksamer Peuplierungspolitiken entnommen werden. Die spärliche bevölkerungspolitische Aktendichte in der Anfangsphase preußischer Peuplierungspolitik am Niederrhein nach dem Dreißigjährigen Krieg lässt nur punktuelle Rekonstruktionen zur Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Policygesetzgebung zu. Dennoch konnten wenigstens aus „jüngeren“ Akten nach dem Siebenjährigen Krieg Rückschlüsse auf die demographische und räumliche Situation zur Zeit des Großen Kurfürsten und des ersten preußischen Königs Friedrichs I. gezogen werden. Aufgrund dessen wurde für die Zeit des Großen Kurfürsten bei der

¹⁴⁸ Siehe dazu Scotti, J. J.: Sammlungen der Gesetze und Verordnungen welche in dem Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung und Rechtspflege ergangen sind, vom Jahre 1418 bis zum Eintritt der königlichen preußischen Regierung im Jahre 1816. Erster und Zweiter Theil, Düsseldorf 1826; Höntzsch, O.: Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697, in: Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Zweiter Teil, Leipzig 1908.

beispielhaften Darstellung „restaurativer“ Peuplierungspolitik stadtarchivarisches Material aus dem Stadtarchiv Goch hinzugezogen, das aber nach intensiver Sichtung dem historisch-geographischen Forscher keine fundierten und differenzierten Einblicke in die räumliche Bevölkerungsstruktur geben konnte. Lediglich die Epoche Friedrichs des Großen stellte dem Verfasser dieser Dissertation zahlreiches Aktenmaterial zur „stadtbezogenen“ und „landbezogenen“ Peuplierungspolitik mit demographischem und räumlichem Zahlenmaterial zu Verfügung, das dem Verfasser im Kontext der Analyse mithilfe vieler Tabellen spannende Einblicke in die räumliche Umsetzung preußischer Bevölkerungspolitik erlaubte. Hierbei waren nicht nur die Manufaktur- und Fabrik-Tabellen, die dem Forscher unter anderem differenzierte Einsichten in die Migrationsströme „qualifizierter“ Kolonisten gaben, von großem Interesse, sondern auch die Auswertungen von Rechnungen der Etablisement-Kasse beinhalteten raumrelevante Informationen großer historisch-geographischer Brillanz.¹⁴⁹ So konnte unter Berücksichtigung quellenkritischer Methodik erstmals für die „Retablisement-Politik“ nach dem Siebenjährigen Krieg demographisches und räumliches Zahlenmaterial analysiert werden, das tendenzielle Aussagen zur preußischen Peuplierungspolitik und deren Raumwirksamkeit zuließ. Die zahlreichen in den Text eingearbeiteten Tabellen gewährleisteten im Rahmen des in dieser Dissertation Möglichen die Überprüfbarkeit meiner Schlüsse und Ergebnisse und liefern gleichzeitig womöglich die „Rohdaten“ für weitere analytische historische Auswertungen.

Der Erforschung und Analyse zum Verständnis raumwirksamer Potenziale frühneuzeitlicher Peuplierungspolitiken steht somit ein breites Angebot an Quellen unterschiedlicher Provenienz zu Verfügung.

4. Die Zäsurierung des Untersuchungszeitraumes – eine demographische Begründung

Das Ende des Dreißigjährigen Krieges war nicht nur eine wichtige Zäsur in der politischen Geschichte des Deutschen Reiches, sondern auch aus demographischer Sicht stellten die Menschenverluste einen wichtigen Wendepunkt im bevölkerungspolitischen Denken dar – so auch im Rheinland.

¹⁴⁹ Weil die „[...] moderne historisch-demographische Forschung (...) ihre größten methodischen Errungenschaften und viele ihrer überraschendsten Ergebnisse auf dem Gebiet der Bevölkerungsgeschichte des 16. bis 18. Jahrhunderts erzielt (hat), also für einen Zeitraum, der vor dem Einsetzen der amtlichen Statistik liegt“, deckt sich hier die historisch-demographische Arbeitsweise mit meiner mühsamen Extrahierung bevölkerungs- und raumrelevanter Daten aus meist „vorstatistischen“ Tabellen und deskriptiven Quellen. Zitat aus Sokoll, T./Gehrmann, R.: Historische Demographie und quantitative Methoden ... , S. 153, zu den Quellen historisch-demographischer Forschung und zu deren grundlegenden Methodik siehe S. 164-176.

Vor Beginn dieses verheerenden Krieges lebten im Deutschen Reich um die 17,1 Mio. Menschen.¹⁵⁰ Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges im Jahre 1648 reduzierte sich die Bevölkerung auf 10 Mio. Menschen. Erst um 1720 wurde das Vorkriegsniveau wieder erreicht und damit die Bevölkerungsverluste zahlenmäßig ausgeglichen. Blickt man noch auf das Jahr 1800, so lebten ca. 20–22 Mio. Menschen im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Ziehen wir aus diesen bloßen Bevölkerungszahlen eine Schlussfolgerung, so erkennt man, dass zwischen 1650–1800 trotz vorhandener regionaler Kriege mehr als eine Verdopplung der Bevölkerung im Deutschen Reich zu verzeichnen ist. Der Grund dafür, wie man noch sehen wird, lag unter anderem in der Peuplierungspolitik, die vor allem ab 1700 regional unterschiedlich intensiv betrieben wurde. Die rheinischen Fürsten versuchten während des Dreißigjährigen Krieges an ihre Neutralität festzuhalten, was ihnen allerdings nicht immer gelang und eine starke Zerstörung und Verwüstung ihrer Länder zur Folge hatte.¹⁵¹ Oftmals waren die rheinischen Städte und das „platte Land“ Preußens den marodierenden und brandschatzenden Truppen hilflos ausgeliefert. Während das Klever Land unter dem Schutz der niederländischen Besatzung eine relative Neutralität und Sicherheit besaß, wurde das linksrheinische Land zum „[...] Spielball kaiserlicher und spanischer wie schwedischer und hessischer Kriegsparteien.“¹⁵² Zahlreiche Höfe lagen infolge des Krieges öde und waren nicht mit Pächtern besetzt.¹⁵³ Sehr stark betroffen war das Oberquartier Geldern und Teile des Herzogtums Kleve, da sie schon zuvor durch den spanisch-niederländischen Krieg massiv gelitten hatten. Zwischen 1635 und 1637 starb schätzungsweise ein Drittel der niederrheinischen Bevölkerung an der Pest.¹⁵⁴ Das Rheinland insgesamt ist sowohl räumlich als auch zeitlich in unterschiedlicher Weise vom Dreißigjährigen Krieg betroffen gewesen.¹⁵⁵ Allein die Differenzierung von Durch- und Aufmarschgebieten zeigte, wie sehr die Auswirkungen des Krieges auch innerhalb kleiner Räume, also auf lokaler Ebene, von Ort zu Ort bezüglich der demographischen Verhältnisse

¹⁵⁰ Zahlen entnommen aus Pfister, Ch.: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1500–1800 (EdG; 24), 2. Aufl., München 2007, S. 10, zum Dreißigjährigen Krieg S. 14–16.

¹⁵¹ Siehe Arnolds, W.: Die Geschichte des Rheinlandes. Ein historischer Streifzug, Eupen 2005, S. 68–72.

¹⁵² Zitat aus Dösseler, E.: Kleve-Mark am Ende des Dreißigjährigen Krieges ... , S. 257.

¹⁵³ Siehe dazu Burggraaff, P.: Kulturlandschaftswandel am Unteren Niederrhein seit 1150 (Beiheft zum Geschichtlichen Atlas der Rheinlande; IV/7), Köln 1992, S. 37–41, bes. S. 38.

¹⁵⁴ Siehe Arnolds, W.: Die Geschichte ... , S. 70. Zu Geldern siehe Hovelmann, G.: Geldern – Preußens Maasprovinz (1713–1794), in: RhVjbl 50 (1986), S. 128–149. Auch im Rheinland waren die indirekten Folgen des Dreißigjährigen Krieges wie Pestwellen und andere Krankheiten schlimmer als die direkten Kriegsfolgen wie z. B. durch die militärischen Aktionen. Die direkten Kriegsfolgen wirkten sich auf dem Land stärker aus, die indirekten in der Stadt. Diese Stadt-Land-Differenzierung bestätigte sich auch in den rheinischen Territorien.

¹⁵⁵ Die einzige kriegerische Schlacht des Dreißigjährigen Krieges auf rheinischem Boden fand im Januar 1642 auf der Tonisheide bei Kempen statt.

variieren und auf die Gestalt der Kulturlandschaft wirken konnten. Der „Westfälische Friede“ von 1648 brachte keine tiefgreifenden Umwälzungen hervor, eher mehr Kontinuitäten als Neuansätze und stellte somit „[...] keine wirkliche Zäsur“ für das Rheinland dar.¹⁵⁶ Die fortgesetzten kriegerischen Aktionen, die in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die rheinischen Territorien in Mitleidenschaft gezogen haben, verzögerten die demographische „Erholung“ und wirkten destruktiv auf das weitere Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges wurden ungefähr zwischen 1680–1700 ausgeglichen und der Bevölkerungsstand der Vorkriegszeit somit wiederhergestellt – das weitere Wachstum im Rheinland verlief lokal unterschiedlich.¹⁵⁷ In Moers z. B. verdoppelte sich die Bevölkerung unter preußischer Herrschaftstätigkeit von 9.332 Einwohnern (1722) auf 18.403 Einwohner (1787).¹⁵⁸

Während des Dreißigjährigen Krieges starb im Deutschen Reich schätzungsweise ein Drittel der Bevölkerung.¹⁵⁹ Dies geschah jedoch eher aufgrund der indirekten Kriegsfolgen wie z. B. Pestwellen oder Hungerengpässen. Die Bevölkerungsverluste müssen allerdings regional differenziert werden. Fasst man vereinfacht zusammen, waren die weniger stark betroffenen Gebiete diejenigen, die in der Peripherie des Reiches lagen. Starke Bevölkerungsverluste und einhergehende Wüstungsprozesse fanden sich überwiegend im Zentrum des Reiches wieder.¹⁶⁰

Analysiert man nun die Peuplierungspolitik des Deutschen Reiches, muss immer eine regionale Differenzierung der Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges als Basis für die Erklärung bevölkerungspolitischen Handelns erfolgen.

Nachdem oben die Eingrenzung des Anfangs des Untersuchungszeitraumes erfolgte, soll auch nun die Zäsur um das Jahr 1800 erklärt und begründet werden. Wie auch bei der vorherigen

¹⁵⁶ Zitat aus Janssen, W.: *Kleine Rheinische ...*, S. 195.

¹⁵⁷ In der älteren Literatur wird beschrieben, dass die Folgen des Dreißigjährigen Krieges im Rheinland bereits um 1670 beseitigt worden sind. Siehe Braubach, M.: *Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß (1648-1815)*, in: Petri, Fr./Droege, G. (Hrsg.): *Rheinische Geschichte*, Bd. 2, Neuzeit, Düsseldorf 1976, S. 230. Allerdings zeigt eine Druckschrift vom 4. Februar 1683, die an den Großen Kurfürsten übergeben wurde, dass in den niederrheinischen Territorien eine desolate Lage demographischer Restauration herrschte. Sehr deutlich wird auf die Bevölkerungsverluste, auf das Ausbluten der Länder und den damit einhergehenden Verlust von Produktivkraft eingegangen, der nur durch eine intensivere Peuplierungspolitik beseitigt werden kann. Siehe dazu Luda, M.: *Kleve-Mark unter dem Großen Kurfürsten ...*, S. 180.

¹⁵⁸ Zahlen aus Janssen, W.: *Kleine Rheinische ...*, S. 229. Siehe auch dazu Hovelmann, G.: *Geldern – Preußens Maasprovinz*, in: *RhVjbl* 50 (1986), S. 128-149, zu den Einwohnerzahlen bes. S. 130.

¹⁵⁹ Für das 16. und 17. Jahrhundert liegen für einige rheinische Territorien zum ersten Mal verwertbare demographische Zahlenangaben zur Bevölkerungsentwicklung vor. Aufgrund der Türkensteuererhebung 1532 wurden die Kommunikaten gezählt – für das Herzogtum Kleve wurden ca. 50.000 Kommunikaten ermittelt. Da man mit zwölf Jahren zur Kommunion ging und die Kinder unter 12 Jahren ca. 25% der Bevölkerung ausmachten, lässt sich eine zwar ungenaue, aber dennoch eine tendenzielle Aussage treffen. Siehe dazu Janssen, W.: *Kleine Rheinische ...*, S. 196.

¹⁶⁰ Siehe Pfister, Ch.: *Bevölkerungsgeschichte ...*, S. 15f..

Eingrenzung sind hier nicht nur die politischen Ereignisse allein ausschlaggebend. Verbindet man die Peuplierungspolitik mit der vorherrschenden Wirtschaftslehre des Merkantilismus, so endete diese mit der Schrift Adam Smiths „An Inquiry of wealth of nation“ von 1776 und der einhergehenden Lehre des Liberalismus, die sich langsam zum Übergang ins 19. Jahrhundert auszubreiten begann und zur Industrialisierung führte.

Der Beginn einer wissenschaftlichen Beobachtung des Phänomens „Bevölkerung“ im deutschen Raum war eng mit der Genese des kameralistisch-absolutistischen Systems im 17. Jahrhundert verknüpft, das aufgrund gravierender politischer Umwälzungen und der Liberalismustheorie Adam Smiths zum Ende des 18. und zum Beginn des 19. Jahrhunderts abgelöst wurde. Peuplierungspolitik – und allein der Name ist ein „Terminus technicus“ und impliziert eine temporäre Eingrenzung – kann nur im Spannungsfeld des Kameralismus und des Absolutismus erklärt werden.¹⁶¹

5. Die geographische Eingrenzung des Untersuchungsraumes

In Zentrum der Untersuchung preußischer Peuplierungspolitik stehen aufgrund ähnlicher demographischer, siedlungsstruktureller und wirtschaftlicher Komponenten die rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers. Die westfälische Grafschaft Mark besaß eine andere Ausgangsbasis, die somit eine gemeinsame Analyse als problematisch erscheinen lässt. Hinzu kam, dass die linksrheinischen Gebiete wegen ihrer geographischen Lage sowohl kulturell als auch mental von den Niederlanden stärker geprägt wurden.¹⁶² Sowohl an geographischer Grundfläche als auch an der Untertanenzahl war die Grafschaft Mark dem klevischen Gebiet weit überlegen. Zudem wurde dem Herzogtum Kleve schon im 17. Jahrhundert eine respektvolle Reputation als ein gut organisierter Kleinstaat zugesprochen, auf dessen Grundlage der preußische König Friedrich Wilhelm I. die Kartierung des Herzogtums Kleve

¹⁶¹ Der Begriff „Peuplierungspolitik“, der allgemein ein frühneuzeitliches Phänomen der Bevölkerungsvermehrung beschreibt, „[...] soll nur für den Zeitraum Ende des 17. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Verwendung finden.“ Zitat aus Asche, M.: Peuplierung ... , Sp. 1042. Die von M. Asche vorgeschlagene klare Abgrenzung zu Formen zeitgenössischer Siedlungspolitik bezüglich der Siedlungskolonien in Übersee oder der Exulantenaufnahme oder Anwerbungspolitik der Residenz- und Festungsbauten findet der Verfasser nicht korrekt, da das Wort „peuplement“ (Besiedlung) der semantischen Bedeutung nach auch diese Formen von Ansiedlung einschließt und legitimiert. Der Begriff „Peuplierung“ sollte als Oberbegriff für frühneuzeitliche Besiedlungsformen aller Art beibehalten werden, allerdings könne eine Spezifizierung nach Art und Weise durchaus erfolgen. Dadurch sollten auch die überseeischen Siedlungsaktivitäten nicht aus dem Gesichtspunkt der Peuplierungspolitik vollständig ausgegrenzt und isoliert betrachtet werden.

¹⁶² Siehe Arnolds, W.: Die Geschichte des Rheinlandes ... , S. 21. Ohne das Ausgreifen der preußischen Fürsten an den Niederrhein wären sicherlich einige entscheidende Modernisierungsimpulse auch bezüglich der peuplierungspolitischen Vorstellungen für die weitere Genese Brandenburg-Preußens nicht zum Tragen gekommen. Siehe dazu Carl, H.: Nachbarn auf Distanz. Brandenburg-Preußen und die Rheinlande im 17. und 18. Jahrhundert, in: Mölich, G./Pohl, M./Veltke, V. (Hrsg.): Preußens schwieriger Westen, Duisburg 2003, S. 1-26, bes. S. 4.

befahl.¹⁶³ Allerdings trug das Herzogtum Kleve wegen der wichtigen Handels- und Verkehrsknotenpunkte 3/5 zum Steueraufkommen bei, die Grafschaft Mark lediglich 2/5.¹⁶⁴ Zudem hat der Rhein als kulturlandschaftsprägender Faktor die Siedlungsstruktur und das Siedlungsgefüge mit tradierten Einzelhofanlagen und Dörfern auf den Uferwällen mitgestaltet.¹⁶⁵ Die Vielgestaltigkeit der geschichtlich unterschiedlich gewachsenen Siedlungs- und Kultivierungsformen aus allen Epochen weisen bei den drei zur Untersuchung stehenden Territorien zahlreiche Gemeinsamkeiten auf.¹⁶⁶ Auffallend in der Siedlungsstruktur linksrheinischer Territorien sind die außerhalb der Ortskerne errichteten Einzelhöfe.¹⁶⁷ Eine Auffüllung mit Menschen auf besiedeltem, aber auch auf unkultiviertem Land war durchaus gegeben – ein Aspekt, an dem die preußische Peuplierungspolitik und ihre raumwirksamen Impulse ansetzen konnten.

In den folgenden drei Hauptkapiteln der Untersuchung **B**, **C** und **D** wird ein analytischer Dreierschritt in Form der Trias „Theorie-politische Umsetzung-Landschaft“ zur Klärung der Genese preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers angewendet. Der im theoriegeschichtlichen Teil unter Berücksichtigung zeitlicher Differenzierung begriffsdefinitorisch herausgearbeitete und operationalisierbar gemachte Begriff „Peuplierung“ stellt für die Analyse kameralistischer Bevölkerungspolitiken preußischer Herrscher in den rheinischen Territorien ein notwendiges Fundament für das Verständnis peuplierungspolitischer Policygesetzgebung und das Erkennen sozialer, ökonomischer und raumrelevanter Wirkungszusammenhänge und Folgewirkungen frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitiken dar. Ohne eine eingehende Analyse zur Theoriegeschichte preußischer Peuplierungspolitik und deren faktische Widerspiegelung innerhalb der policylichen Gesetzgebung können soziale, wirtschaftliche und kulturlandschaftliche Veränderungen, die allesamt ein hohes Potenzial raumrelevanter Wirkungen in sich tragen, nicht sichtbar und fassbar für die Raumwirksamkeitsanalyse kameralistischer Bevölkerungspolitik im Spannungsfeld von Demographie und Kulturlandschaft gemacht werden. Die differenzierte Analyse theoriegeschichtlicher

¹⁶³ Siehe dazu Renes, H./Storms, M.: Die Bedeutung der Forschung von Prof. Dr. G. Aymans für das niederländische Nordlimburg, in: *Colloquium Geographicum* 30 (2008), S. 80-93, hier bes. S. 89.

¹⁶⁴ Zahlen aus Luda, M.: *Kleve-Mark ...*, S. 14.

¹⁶⁵ Siehe Burggraaff, P.: *Fachgutachten zur Kulturlandschaftspflege in Nordrhein-Westfalen*. Im Auftrage des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem Beitrag zum GIS-Kulturlandschaftskataster von R. Plöger (*Siedlung und Landschaft in Westfalen*; 27), Lippe 2000, S. 124.

¹⁶⁶ Siehe Burggraaff, P.: *Kulturlandschaftswandel ...*, S. 37-44; Siehe zur naturräumlichen Gliederung der niederrheinischen Region auch Mott, B.: *Pfälzer am Niederrhein ...*, S. 8-10.

¹⁶⁷ Siehe Burggraaff, P.: *Fachgutachten ...*, S. 251.

Entwicklung frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitiken zur Erforschung kulturlandschaftsverändernder Faktoren peuplierungspolitischer Policygesetzgebung muss neben den offensichtlichen, explizit gekennzeichneten und leicht erkennbaren raumrelevanten Verordnungen immer die sozioökonomischen Wirkungen bevölkerungspolitischer Gesetze in raumwirksamkeitsanalytischen Arbeiten zur (Er-)Klärung umfassender Wirkungszusammenhänge komplexer kulturlandschaftsgenetischer Veränderungen berücksichtigen und mit einbeziehen, weil sowohl soziale und wirtschaftliche als auch kulturelle und religiös-konfessionelle Aspekte eine kulturlandschaftsprägende Kraft besitzen können. Diese raumwirksame Kraft bevölkerungspolitischer Gesetzgebung wird im dritten Schritt anhand speziell ausgewählter Beispiele untersucht und dargestellt.

B. Die Theoriegeschichte frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik und der Bevölkerungsgedanke im Zeitalter des Kameralismus

Peuplierungspolitik meint zunächst nichts anderes als bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Besiedlung menschenleerer und bevölkerungsarmer Gebiete zwecks Stärkung des Staates und der fürstlichen Machtstellung. Der Begriff „Peuplierung“, der die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik und –vermehrung phänomenologisch um- und beschreibt, leitet sich aus dem französischen „peuplement“ ab und meint in der deutschen Übersetzung zunächst ganz banal „Besiedlung“.¹⁶⁸ Allein diese etymologische Rückführung der semantischen Bedeutung des Wortes „Peuplierung“ aus dem Französischen deutet in seiner ursprünglichen Verwendung eindeutig auf einen räumlichen Bezug hin. Der Begriff „Peuplierung“, der innerhalb der Habsburgermonarchie in gleicher semantischer Bedeutung begrifflich im Wort „Impopulation“ gefasst wurde, umschreibt als ein zentrales Leitmotiv kameralistischer Konzepte alle spezifisch bevölkerungstheoretischen und –politischen Überlegungen während der Epoche des Absolutismus. Kernpunkt aller Ausformungen der Peuplierungspolitik ist die Annahme, dass die ständige Vermehrung der Bevölkerung eines Landes dessen Macht und Reichtum immer weiter vergrößern.¹⁶⁹ Der Bevölkerungsbegriff, sowohl in der Frühen Neuzeit als auch heute, hat immer einen territorialen und somit einen räumlichen Bezug. Diese peuplierungspolitische Prämisse spiegelt sich in der Aussage des fürstlichen „Curländischen Hofrat“ und Kabinettdirektors Theodor Ludwig Lau „In der Menge des Volcks wurzelt sich die Macht und Reichthum eines Staates“ in einer vorbildhaften Form wider.¹⁷⁰ Allerdings darf diese einfach fassbare Erkenntnis nicht zu einer schnellen und undifferenzierten Betrachtungsweise teleologischer Ausrichtung peuplierungspolitischer Gesetzgebung führen. Dabei gilt es zunächst zwischen einer flächendeckenden Urbarmachung und Kultivierung im Sinne binnenkolonisatorischer Aktivitäten mit dem Ziel der Landeserschließung und Bevölkerungsverdichtung (Peuplierung im engeren Sinne) einerseits

¹⁶⁸ Zur Semantik und Begriffsgeschichte des Wortes „Peuplierung“ siehe Asche, M.: Peuplierung ... , Sp. 1042f..

¹⁶⁹ In der Frühen Neuzeit wurde der Begriff „Bevölkerung“ im Sinne der Vermehrung der Untertanenzahl gebraucht. Nach Krunitz`Oeconomischer Encyclopädie aus dem Jahre 1788 verwendete man den Terminus „Bevölkerung“ als Gegenbegriff zur „Entvölkerung“. Die frühneuzeitliche Verwendungsweise lebt aber bis heute in der spezifisch demographischen Bedeutung (Wanderung und Zusammensetzung, Verteilung und Bewegung im Raum) des Begriffs „Bevölkerung“ weiter. Zur frühneuzeitlichen Begriffsbedeutung von Bevölkerung siehe Elmer, J.: Bevölkerung ... , Sp. 94.

Heute wird der Begriff „Bevölkerung“ im Sinne aller „[...] statistisch erfassbaren Einwohner einer Gebietskörperschaft oder eines sonst wie eindeutig abgrenzbaren Raumes“ definiert. Zitat aus Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft ... , S. 23.

¹⁷⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag, Von glücklicher, vorteilhafter, beständiger Einrichtung der Intranden und Einkünften der Souverainen und ihrer Unterthanen, in welchen von Policy- und Cammer-Negocien und Steuer-Sachen gehandelt wird (Neudruck von 1969, Frankfurt a. M.), Frankfurt a. M. 1719, S. 5.

und der Wiederbesiedlung und Rekultivierung kriegs- und epidemiebedingter entvölkerter und wüster Landesteile (Peuplierung im weiteren Sinne – Repeuplierung) andererseits zu differenzieren.¹⁷¹ Im deutschsprachigen Raum sind es vor allem die Kameralisten, die unter dem Eindruck des Dreißigjährigen Krieges den merkantilen Gedanken des Populationismus begierig aufgriffen und peuplierungstheoretische Konzepte zur Steigerung der Bevölkerungszahl entwickelten.

Untersucht man die Peuplierungspolitik Brandenburg-Preußens in den rheinischen Territorien, so muss sie in ihrer regionsspezifischen Ausformung in einem bestimmten Zeitabschnitt erfasst werden. Sowohl die geistesgeschichtlichen und philosophischen Grundlagen als auch eine kurze Darstellung des Staatsverständnisses und des Menschenbildes sind für die raumzeitliche Differenzierung bevölkerungspolitischen Handelns unerlässlich, weil durch diese Faktoren nicht nur die Werte- und Normvorstellungen politischen Handelns definiert werden, sondern auch die Mittel und Instrumentarien peuplierungspolitischer Maßnahmen. Erst mit der Einbeziehung absolutistischer bzw. spätabolutistischer Staatstheorien und neuer ökonomischer Denkansätze merkantiler und kameralistischer Prägung werden die Grundlagen dafür gegeben, die Peuplierungspolitik in ihrer theoretischen Konzeption, Erscheinung und Auswirkung verständlich und vollständig zu erfassen, aber auch aus ihrer Zeit heraus angemessen zu analysieren, zu beurteilen und in den historischen Kontext bevölkerungspolitischen Handelns nachvollziehbar richtig einzuordnen.

Auf der Basis kurzer Skizzierung staatstheoretischer, wirtschaftstheoretischer und philosophischer Grundlagen sollen im Folgenden nun in einer chronologisch-kurzbiographischen Arbeitsweise die wichtigsten Vertreter der Kameralistik dargestellt werden, um die Peuplierungspolitik unter Berücksichtigung verschiedener philosophischer und wirtschaftstheoretischer Strömungen und die dadurch resultierende Unterschiedlichkeit der Instrumente bevölkerungspolitischen Handelns darzustellen. Nur solche bevölkerungswissenschaftliche Autoren und peuplierungstheoretische Werke sollen zur Sprache kommen, die weiterhin historische Antworten auf aktuelle Fragestellungen geben können. Erst mit einem differenzierteren Verständnis von Peuplierungspolitik können eine Neubewertung der preußischen Bevölkerungspolitik und eine Beurteilung über deren raumwirksame Relevanz in den rheinischen Territorien erfolgen.

¹⁷¹ Siehe dazu Asche, M.: Peuplierung ... , Sp. 1043.

1. Die staats- und wirtschaftstheoretischen Grundlagen der frühneuzeitlichen Epoche

Der Merkantilismus ist ein Begriff der Wirtschaftsgeschichte.¹⁷² Er bestimmte in seinen unterschiedlichsten nationalen Ausformungen die Wirtschaftspolitik Europas zwischen 1650 bis 1800, der Zeit des Absolutismus. Die wesentlichen Merkmale des Merkantilismus formulierte erstmals der Engländer Th. Mun (1571-1641) in seinem Hauptwerk Englands „Treasure by foreign trade“. Nach seiner Auffassung stellte der Merkantilismus nichts anderes als eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik dar. Danach sind Importe von Fertigwaren zu beschränken, die Exporte dieser zu fördern und Dienstleistungen möglichst durch inländische Unternehmen und Institutionen durchführen zu lassen. Ziel jeder merkantilen Wirtschaftspolitik ist es, eine aktive Handelsbilanz zu haben und viel Edelmetall zwecks Stärkung der eigenen Machtposition anzuhäufen. Als Folge dieses Wirtschaftssystems erkannte A. Smith (1723-1790), dass Gewinne einer Volkswirtschaft nur bei einem gleichzeitigen Schaden der konkurrierenden Volkswirtschaft möglich seien.¹⁷³ Im Laufe des 18. Jahrhunderts, „[...] the pure and hard original mercantilism changed (...) into a mercantilism, with a human face, without rejecting its first targets – how to make the Prince richer and more powerful – considered now that it was possible to reach them by making the population wealthier and better, by favouring agriculture at the same time or even prior to industry, and by establishing free trade.“¹⁷⁴

Der Kameralismus ist ein Begriff der Wirtschaftstheorie und stellt einen Epochenbegriff für die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts dar.¹⁷⁵ Der sich von der landesfürstlichen Finanzverwaltung abhebende Begriff erfuhr im Zuge steigender staatlicher Bürokratisierung eine semantische Verschiebung auf dem gesamten Betätigungsfeld staatlicher Organisation. Die seit dem 17. Jahrhundert als Staatswirtschaftslehre bezeichnete

¹⁷² Zum Merkantilismus siehe Walter, R.: Wirtschaftsgeschichte vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Wirtschafts- und sozialhistorische Studien; 4), 4. überarbeitete und aktualisierte Aufl., Köln 2003. Auch Grömmel, R.: Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620-1800 (EdG; 46), München 1998.

¹⁷³ Deshalb hielt A. Smith das System des Merkantilismus für verwerflich und sprach deswegen unter anderem als Folge dieser Theorie vom Wirtschaftskrieg.

¹⁷⁴ Zitat aus Hecht, J.: The Post recaptured Population thought, science and policy throughout history, in: Mackensen, R./ Thill-Thouet, L./ Stark, U. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Tagung, Frankfurt 1989, S. 33.

¹⁷⁵ Zum Kameralismus siehe Raupach, A.: Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Kameralismus. Ein Beitrag zur sozialen Theorienbildung in Deutschland und ihrer Genese als Polizei, Univ. Diss., Hamburg 1983. Eine scharfe Abgrenzung zum europäischen Merkantilismus und zur deutschen Verwaltungslehre des 17. und 18. Jahrhunderts (Policeywissenschaft) ist aufgrund zahlreicher Überschneidungen und territorialspezifischer Ausprägungen absolutistischer Herrschaften ein schwieriges Unterfangen. Der Mangel an theoretischer Systematik spiegelt sich in der fast unüberschaubaren Publikationsanzahl staatswissenschaftlicher Bücher wider, die eher als konvolutartige enzyklopädische Stoffsammlungen angesehen werden können.

Kameralistik strebte eine „[...] rationale Steuerung aller gesellschaftlicher Bereiche durch eine professionelle, ‚aufgeklärte‘ Bürokratisierung verschiedener Verwaltungszweige“ an.¹⁷⁶

Das Deutsche Reich stand nach dem Dreißigjährigen Krieg in der Mitte des 17. Jahrhunderts gänzlich vor einer anderen wirtschaftspolitischen und demographischen Ausgangslage und somit auch vor einer anderen Zielsetzung als die europäischen Nachbarstaaten. Im Gegensatz zu Frankreich und England, die als vollständige Nationalstaaten auftraten und sich dadurch vor allem auf den Aufbau ihres Außenhandels konzentrieren konnten, galt es zunächst im vom Krieg stark verwüsteten und in viele souveräne Territorien zersplitterten Deutschen Reich einen Binnenhandel zu stimulieren. In den Universitäten absolutistischer Fürstentümer wurden zu diesem Zweck Lehrstühle für Wirtschaftswissenschaften eingerichtet, die Lösungsvorschläge für die Rettung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen ausarbeiten sollten.¹⁷⁷ Gleichzeitig musste dafür gesorgt werden, dass sich der kriegsbedingte Bevölkerungsrückgang wieder in ein stetiges Wachstum wandelt.¹⁷⁸

Der Kameralismus im Deutschen Reich stellte die nationale Ausformung des europäischen Merkantilismus dar, der auf eine Verbesserung der Staatseinnahmen und Festigung der eigenen Machtposition mithilfe der Peuplierungspolitik zielte. Vor allem die kleinräumige Begrenztheit des Territorialstaates, die Nähe zum Fürsten und zu seinen Haushaltsinteressen, seiner Kammer, zugleich aber auch die patriarchalische Fürsorgepflicht des absolutistischen Fürsten grenzten den spezifischen deutschen Kameralismus vom westeuropäischen Merkantilismus ab. Außerdem offenbart der Vergleich kameralistischer Ordnungsziele mit politischen Handlungskonzepten merkantiler Regierungen einen wichtigen Unterschied. Während beim Merkantilismus der Handel, also die handelszentrierte Wirtschaftspolitik, und die Vorstellung, dass die Ressourcen der Welt sich nicht vermehren, sondern nur umverteilen lassen, im Vordergrund standen, lagen im Zentrum kameralistischer Ordnungsvorstellungen die Produktion, der Umgang mit Produktionsfaktoren und damit nicht die Umverteilung der Ressourcen.¹⁷⁹ (s. Abb. 3)

¹⁷⁶ Zitat aus Sokoll, T.: Kameralismus ... , Sp. 291.

¹⁷⁷ In Folge der Akademisierung des Kameralismus erfolgte eine Ausdifferenzierung in Zweigfächer, wie z. B. Waren- und Technologiekunde, Statistik, Rechnungswesen, etc..

¹⁷⁸ Zu den kameralistischen Betätigungsfeldern siehe Sokoll, T.: Kameralismus ... , Sp. 294-298, bes. zur Bevölkerungspolitik und zum Landesausbau Sp. 295. Da es nach R. Grömmel keine empirischen Befunde für Maßnahmen zur Förderung ehelicher Verbindungen gibt, führt er den frühneuzeitlichen Bevölkerungsanstieg nach dem Dreißigjährigen Krieg neben der rein natürlichen Erholung auf die großzügige Einwanderungs- und Ansiedlungspolitik territorialer Herrscher zurück. Siehe Grömmel, R.: Die Entwicklung der Wirtschaft ... , S. 45.

¹⁷⁹ Siehe zum Merkantilismus-Kameralismus-Vergleich Simon, T.: „Gute Policey“. Ordnungsleitbilder und Zielvorstellungen politischen Handelns in der Frühen Neuzeit (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 170), Frankfurt a. M. 2004, S. 461-465.

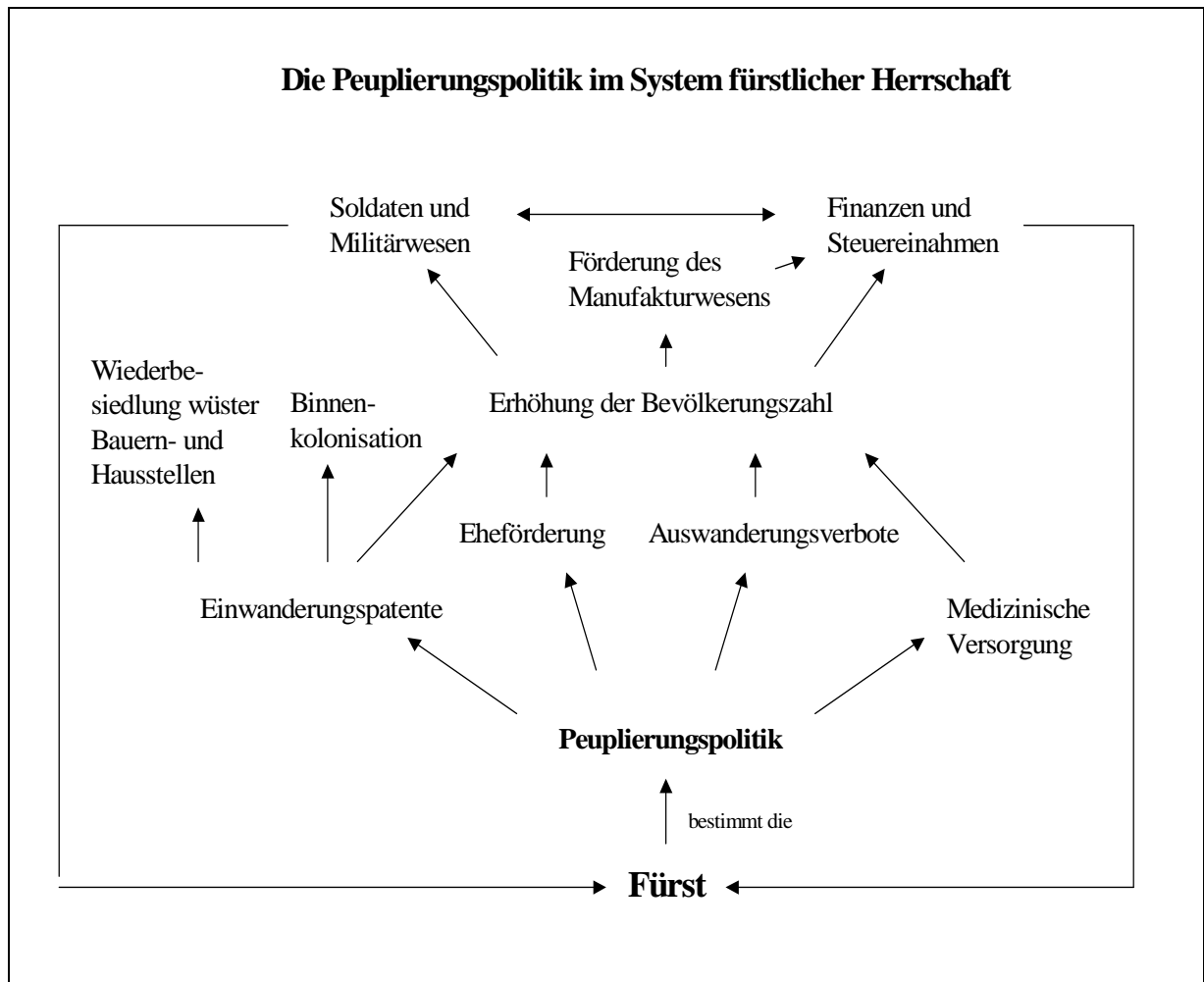


Abb. 3 (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)

Zudem war die Reichweite des ökonomischen Ansatzes im Kameralismus auf alle Teilbereiche des sozialen Lebens ausgedehnt und die Kameralistik versuchte zwecks Hebung der fürstlichen Einnahmen alle Lebensbereiche zu ökonomisieren. Die Peuplierungspolitik war ein wichtiger Bestandteil des Kameralismus, da das wirtschaftliche Wachstum in der Frühen Neuzeit an das verfügbare anthropogene Arbeitskräftepotenzial und dessen Zunahme gebunden blieb.¹⁸⁰ Die neuere Forschung ist sich diesbezüglich einig, dass „[...] der Nutzen, [die] Leistung und Funktion des einzelnen im Prozess der allgemeinen Reichtumssteigerung

¹⁸⁰ Siehe dazu Graf, H.-G.: Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1975, S. 31.

(...) quer zu den Prinzipien und zum Deutungskonzept des Standes lagen.“¹⁸¹ Die Peuplierungspolitik im Rahmen des Kameralismus katalysierte neben den vielfältigen anderen politischen und strukturgesellschaftlichen Prozessen somit den Übergang von der Ständegesellschaft zur Klassengesellschaft. Die preußischen Herrscher, die nach dem Dreißigjährigen Krieg starke Verluste erlitten hatten, praktizierten auf ihren Domänen eine kameralistische Politik – so auch in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers.¹⁸² Der Absolutismus ist der Begriff für das Herrschaftsverständnis zentralistisch-frühneuzeitlicher Fürstenstaaten, in der ein mit „potestas absoluta“, von Gesetzesbindungen gelöster Fürst über einen Untertanenverband herrschte.¹⁸³ Dies hieß allerdings nicht, dass der preußische Fürst unumschränkt regieren konnte, weil sowohl das göttliche und naturalistische Recht als auch die Bewahrung überkommener Ordnungen, Privilegien und Fundamentalgesetze der feudalen Rechtsordnung für die absolute Monarchie bindend blieben.¹⁸⁴ Die Provinziallandtage in den rheinischen Territorien wurden von den preußischen Herrschern nach und nach zum Verstummen gebracht. Zwar blieben die Stände nicht für die Bewilligung, aber dennoch weiterhin für die Steuer- und Kreditaufbringung ein wesentlicher staatlich-institutioneller Faktor.¹⁸⁵ Der monarchisch-ständische Dualismus blieb letztlich auch in Preußen erhalten, die absolute Monarchie „[...] weniger eine historische Realität als ein pragmatischer Anspruch.“¹⁸⁶

¹⁸¹ Zitiert nach Reif, H.: Von der Stände- zur Klassengesellschaft, in: Wehler, H.-U. (Hrsg.): Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende 1517–1989 (Beck'sche Reihe; 1123), München 1995, S. 82–83.

¹⁸² Auch wenn in der jüngeren Kameralismusforschung die Dichotomie von Anspruch und Realität eine gesicherte Erkenntnis ist, lieferte der Kameralismus wichtige Denkansätze im wirtschafts-, finanz-, verwaltungs- und bevölkerungspolitischen Bereich.

¹⁸³ Siehe Wrede, M.: Absolutismus, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 1, Stuttgart 2005, Sp. 24–34. Auch Stievermann, D.: Absolutistischer Zentralismus oder ständischer Regionalismus? Preußen und seine westlichen Provinzen im 17. und 18. Jahrhundert, in: Westfälische Zeitschrift 138 (1988), S. 51–66. Zum allgemeinen Forschungsstand über die Operationalisierbarkeit des Begriffs „Absolutismus“ siehe: Reinhard, W.: Zusammenfassende Überlegungen, in: Schilling, L. (Hrsg.): Absolutismus, ein unersetzliches Forschungskonzept?, eine deutsch-französische Bilanz (Pariser Historische Studien; 79), München 2008, S. 229–239.

¹⁸⁴ Siehe Durchhardt, H.: Das Zeitalter des Absolutismus, 3. Aufl., Oldenburg 1998.

¹⁸⁵ Siehe Dietrich, R.: Der preußische Staat und seine Landesteile in den politischen Testamenten der Hohenzollern, in: Baumgart, P. (Hrsg.): Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat (Neue Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte; 5), Köln 1984, S. 1–32, bes. S. 8.

¹⁸⁶ Zitiert nach Wrede, M.: Absolutismus ... , Sp. 25. Faktisch behaupteten die klevischen Stände das Selbstversammlungsrecht, das Steuerbewilligungsrecht und einen wesentlichen Teil der Steuerverwaltung (Schuldenverwaltung) bis zum Jahre 1806. Die preußischen Herrscher besaßen somit nicht ganz eine freie Hand bei der Ausübung ihrer Macht und mussten häufig Kompromissbereitschaft zeigen.

Deshalb ist derzeit innerhalb der Absolutismusforschung die Kontroverse über die Haltbarkeit des Begriffs „Absolutismus“ als eine gängige Epochensignatur immer noch aktuell. Für J. Burkhardt ist dieser Epochenterminus „[...] ein Mythos im Sinne eines nicht haltbaren Konstrukts“. Zitat aus Burkhardt, J.: Frühe Neuzeit, in: Dülmen, R. v. (Hrsg.): Fischer Lexikon Geschichte, aktualisierte, vollständig überarb. und ergänzte

Die kostenintensive Herrschaftsform des Absolutismus war aus repräsentativen, militärischen, fiskalischen und ökonomischen Gründen von einer großen Untertanenzahl abhängig, sodass eine aktiv betriebene Bevölkerungspolitik unausweichlich für eine erfolgreiche Etablierung absolutistischer Herrscher wurde.

Aufgrund der vorherrschenden wirtschafts- und herrschaftspolitischen Gegebenheiten während der Frühen Neuzeit vereinigten sich zwei Typen von Bevölkerungspolitiken zu einer frühneuzeitlichen Peuplierungspolitik. Die absolutistische Machtpolitik erforderte eine ideologisch determinierte Peuplierungspolitik, die Stabilisierung und Steigerung der Wirtschaft und damit die Vermehrung der Einnahmen benötigte eine pragmatische Peuplierungspolitik. Sowohl der Kameralismus als auch der Absolutismus befruchteten den Boden, auf dem sich die Bevölkerungstheorie und Peuplierungspolitik in ihrer Mannigfaltigkeit und Polydimensionalität entfalten konnte.

2. Geistesgeschichtliche und philosophische Grundlagen peuplierungspolitischer Überlegungen kameralistischer Staatstheoretiker

Das peuplierungstheoretische Denken des 17. und 18. Jahrhunderts war viel zu facettenreich, als dass man es hinreichend erfassen könnte, wenn man darin nur nach den Wurzeln unseres heutigen bevölkerungstheoretischen Denkens sucht. Ohne die neuen geistesgeschichtlichen Erkenntnisse und vielfältigen philosophischen Strömungen während der Frühen Neuzeit kann die Integration und die Säkularisierung bevölkerungstheoretischer und –politischer Überlegungen im Kontext absolutistisch-kameralistischer Herrschaft nicht erklärt werden, weil die intendierten Wirkungen sozial-, wirtschafts- und kulturpolitischer Gesetzgebung preußischer Peuplierungspolitik auf den Erkenntnissen der herausgearbeiteten Neupositionierung des Subjekts „Mensch“ in Kosmos rationaler Gedankenwelten basierten. Diese philosophischen Strömungen offenbarten erst die jeweilige teleologische Ausrichtung frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik, sodass dadurch erst z. B. die Ökonomisierung und Mechanisierung des Menschenbildes, also die säkulare Betrachtungsweise des einzelnen Menschen als produktiven Faktor in wirtschafts- und staatstheoretischen Konzepten, oder aber die Widerspiegelung eudämonistischer und kosmopolitischer Ideen aufgeklärter Philosophen in erzieherisch-konditionierenden oder bildungs- und tugendfördernden peuplierungspolitischen Gesetzen verständlich wird. Vor allem während der Herrschaft

Aufl., Frankfurt a. M. 2003, S. 449. L. Schilling wies daraufhin, dass man den Absolutismus als ein Konstrukt begreifen muss, um so eine „[...] intentionalistische Verkürzung der Vorstellungswelt „Absolutismus“ auszuschließen.“ Zitat aus Schilling, L.: Vom Nutzen und Nachteil eines Mythos, in: Ders. (Hrsg.): Absolutismus, ein unersetzliches Forschungskonzept?, eine deutsch-französische Bilanz (Pariser Historische Studien; 79), München 2008, S. 26.

Friedrichs des Großen, also in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus, wurde die Ausrichtung jeweiliger Teilbereiche der Peuplierungspolitik auf der Basis der Aufklärung konzipiert.

Das Zeitalter der Aufklärung brachte Licht in das Dunkel der Unvernunft. Der dichte Nebel des Aberglaubens als auch der tradierten Vorurteile und die geistige Bevormundung, die bisher die freie Entfaltung rationalen Denkens verzögerten, wurden zunehmend beseitigt.¹⁸⁷

Der Mensch brach auf, um zu entdecken, und wer die eng gezogenen geistigen Grenzen nach außen und nach innen überschritt, der erfuhr sein Dasein im Zeitalter der Renaissance und des Barocks als Abenteuer, als Wagnis und als wunderbares Erlebnis geistiger Vervollkommnung. Das Barockzeitalter unter den Einflüssen der Renaissance brach endgültig mit den einheimischen Traditionen und knüpfte dort wieder an, wo der Mensch sich als eigenständiges, dem Diesseits verhaftetes Wesen verstand. Die bisherige theozentrische Sichtweise des Mittelalters wurde von der anthropozentrischen Fokussierung der Neuzeit langsam abgelöst. Der einhergehende „aufklärerische“ Intellektualisierungsprozess europäischer Kultur bewirkte einen unnachahmlichen Aufschwung der Wissenschaften und der Technik. Nahezu repräsentativ für „[...] das sich hier artikulierende naturwissenschaftliche Denken ist die neue Wissenschaft der Mechanik, die die Naturvorgänge auf Druck und Stoß zurückführt und ihre Anwendung auch auf den organischen menschlichen Körper ausdehnt.“¹⁸⁸ Die Philosophen suchten vor allem nach den demographischen Krisen des 17. Jahrhunderts (Pestzüge, Kriege, Vertreibung Andersgläubiger, etc.) neue Stabilität auf „[...] der Grundlage vernünftiger Regelungen gesellschaftlichen und politischen Lebens von der individuellen Moral bis zum Verhältnis der Staaten untereinander.“¹⁸⁹ Der große Philosoph E. Kant (1724-1804) definierte die Aufklärung im Jahre 1784 als „[...] den Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ und propagierte „[...] sich seines Verstandes ohne Leitung anderer zu bedienen.“¹⁹⁰ Vor allem in der Zeit des Barocks wurde der Ausbruch aus dem Ghetto der religiös motivierten Selbsterniedrigung menschlichen Individuums und der Aufbruch zu seiner Selbsterhöhung nachhaltig postuliert. Das im Zuge der Emanzipation der Wissenschaften von der Theologie schon im 17. Jahrhundert entwickelte Prinzip des

¹⁸⁷ Siehe dazu Stollberger-Rilinger, B.: Europa im Jahrhundert der Aufklärung (Universal-Bibliothek; 17025), Stuttgart 2000, S. 11-20.

¹⁸⁸ Zitat aus Schneider, M.: Das Weltbild des 17. Jahrhunderts. Philosophisches Denken zwischen Reformation und Aufklärung, Darmstadt 2004, S. 12f..

¹⁸⁹ Zitat aus Im Hof, U.: Das Europa der Aufklärung (Europa Bauen), München 1993, S. 17.

¹⁹⁰ Zitat aus der „Berlinischen Monatsschrift“, in der Kant auf die Frage „Was ist Aufklärung“ geantwortet hatte. Dieser Artikel ist abgedruckt in Bahr, E. (Hrsg.): Kant, Erhard, Hamann, Herder, Lessing, Mendelssohn, Riem, Schiller, Wieland: Was ist Aufklärung? Thesen und Definitionen (Universal-Bibliothek; 9714), Stuttgart 1974, S. 9-12, hier S. 9.

methodischen Zweifels und der systematischen Kritik bewirkte ein Verständnis vollkommener Berechenbarkeit aller menschlicher Lebensbereiche. Überhaupt vertrauten die Denker jener Zeit stärker der sinnlichen Wahrnehmung als der dogmatischen Setzung älterer Wissenschaftstraditionen. Der Verlust der gemeinsamen Glaubensbasis im Deutschen Reich stellte die Erblast dar, die das 16. und 17. Jahrhundert hinterließen, und führte damit zu neuen Rechtfertigungs- und Begründungsproblemen. Die antitraditionalistischen, skeptizistischen und antireligiösen Strömungen jener Zeit lösten die bisher genuin religiösen bevölkerungstheoretischen Überlegungen langsam aus ihrem göttlich-transzendenten Umfeld heraus und naturalisierten die Bevölkerungsvorgänge, um sie auf neutralem Boden in wissenschaftlichen und staats-theoretischen Disziplinen zu untersuchen. Diese quantitative, mathematisierende, geometrisierende und mechanistische Denkweise frühauflärerischer Philosophen führte zu einer unbefangeneren, von religiösen und animistisch-mythischen Vorstellungen befreite Analyse demographischer und bevölkerungstheoretischer Überlegungen.¹⁹¹ Dies bot dem menschlichen Handeln bisher noch ungeahnte neue Gestaltungsspielräume bevölkerungstheoretischer und -politischer Art. Der Glaube an die Steuerbarkeit bzw. zumindest an die Beeinflussbarkeit demographischer Prozesse war flankiert mit der Vorstellung eudämonistisch-humanistischer Vollendungsgedanken menschlichen Lebens. Die Frage nach der notwendig politisch-institutionellen Voraussetzung individuellen Glücks, gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts bewirkte ein Gefühl sozial-, wirtschafts-, sicherheits- und gesundheitspolitischer Verantwortung absolutistischer Herrscher, das sich in zahlreichen peuplierungspolitischen Verordnungen preußischer Gesetzgebung wiederfindet.¹⁹² Die noch unterschwellig existierenden Strömungen des Humanismus erasmischer Prägung wurden wieder aufgegriffen. Moral, Tugend und Gebildetsein sind Leitbegriffe, die in der Ausrichtung „qualitativer“ Peuplierungspolitik an erster Stelle zu finden sind.

Auch die Moraltheorie D. Humes (1711-1776) wirkte sehr intensiv auf die bevölkerungstheoretischen Überlegungen kameralistischer Denker. J. P. Süßmilch (1707-1767) z. B. entwickelte zwar keine Theorie der Moral im Zusammenhang mit der Konzeption

¹⁹¹ Siehe dazu das zweite Kapitel „Methode und Universalwissenschaft“ in Schneider, M.: Das Weltbild des 17. Jahrhunderts ... , S. 51-82.

¹⁹² Dies war ein Aspekt, den z. B. der Staatstheoretiker T. Hobbes (1588-1679) bei der praktischen, traditionellen Philosophie vorauflärerischer Zeit vehement kritisierte. Sein Werk „Leviathan“ war als eine Friedensmaschine konzipiert, der Souverän war für die Sicherheit und den Wohlstand des Volkes und seiner Untertanen zuständig. Siehe dazu Kersting, W.: Der künstliche Mensch. Vertrag und Souveränität in der Hobbeschen Staatsphilosophie, in: Voigt, R. (Hrsg.): Der Leviathan (Staatsverständnisse; 1), Baden-Baden 2000, S. 79 und S. 85.

der Theorie peuplierungspolitischer Überlegungen, aber er hat auf der Grundlage der von D. Humes verfassten Theorie der Moral argumentiert.¹⁹³ „Hätte jeder Mensch genügend Klugheit, jederzeit das starke Interesse wahrzunehmen, das ihn zur Beachtung von Gerechtigkeit und Fairneß verpflichtet, und genügend Willensstärke, beständig in der Verfolgung eines allgemeinen und fernliegenden Interesses zu beharren, anstatt den Verlockungen gegenwärtigen Vergnügens und Vorteils nachzugeben“, so würde es „[...] nie so etwas wie eine Regierung oder staatliche Gesellschaft geben, sondern jeder lebte, seiner natürlichen Freiheit folgend, in vollkommenem Frieden und vollkommener Harmonie.“¹⁹⁴ Im sechsten Kapitel „Über Eigenschaften, die uns selbst nützlich sind“ thematisiert D. Hume in seinem Werk „Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral“ das Phänomen, dass Charaktereigenschaften wie Fleiß, Besonnenheit, Ordnungssinn, Beständigkeit, Geduld, Anpassungsfähigkeit, Liebenswürdigkeit, rasche Auffassungsgabe und Sparsamkeit nützlich für die gesamte Gesellschaft sind.¹⁹⁵ Eine notwendige Konsequenz der Nichteinhaltung dieser moralischen Prinzipien hat ein zügelloses Verhalten zur Folge, dass zwangsläufig in Unordnung, Verwirrung und im Krieg aller gegen alle mündet. Diese angeborene Ignoranz naturgesetzlicher Gesellschaftsnormen erfordert und legitimiert zur Steigerung der Wohlfahrt und Glückseligkeit aller – sowohl des absoluten Herrschers als auch der Untertanen – eine erzieherisch-intendierte Policygesetzgebung, sodass die staatsdirigistische Tätigkeit auch aus moralphilosophischen Gründen ihre Berechtigung hier findet. Sowohl die Demographie als auch die allgemeine Bevölkerungswissenschaft verdanken ihre Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert moralphilosophischen Problemfeldern, „[...] so daß sie sich von der Philosophie nicht abtrennen lassen, ohne Wesentliches zu verlieren.“¹⁹⁶

Die Beschäftigung mit peuplierungstheoretischen Konzeptionen frühneuzeitlicher Denker leitet sich unter anderem von staatstheoretischen Schriften zeitgenössischer Kollegen ab, die immer wieder eine große, mit fleißigen Menschen zusammengesetzte Bevölkerung für die Etablierung erfolgreicher Regierungsformen als grundlegend angesehen haben. Aufgrund der Erkenntnis, dass ein „[...] Land, das weder durch Viehzucht noch durch Ackerbau oder Bepflanzung veredelt ist“, nichts wert ist, zieht J. Locke (1632-1704) in seinem epochalen

¹⁹³ Siehe dazu Birg, H.: Demographie und Ethik – Das Werk von Johann Peter Süßmilch mit einem Blick auf David Hume und Thomas R. Malthus, in: Ders. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt 1986, S. 18.

¹⁹⁴ Zitat aus Hume, D.: Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral (Universal-Bibliothek; 8231), übers. und hrsg. v. G. Streminger, 3. durchges. Aufl., Stuttgart 2002, S. 126.

¹⁹⁵ Siehe dazu Hume, D.: Eine Untersuchung ... , S. 157-175.

¹⁹⁶ Zitat aus Birg, H.: Demographie und Ethik ... , S. 19.

Werk „Über die Regierung“ eine „[...] große Bevölkerungszahl der Größe des Herrschaftsgebietes“ eindeutig vor.¹⁹⁷ „Daß die Erschließung des Landes und seine richtige Nutzung die große Kunst aller Regierung ist“, verdeutlicht uns nicht nur die Priorisierung bevölkerungspolitischer Überlegungen gegenüber raumplanerischen Maßnahmen, sondern weist auch auf das Optimierungspotenzial räumlicher Ausnutzung durch eine größere Bevölkerungszahl hin.¹⁹⁸ Aus dieser Aussage lässt sich somit eine Aufforderung zur Symbiose von Bevölkerungs- und Raumpolitik zur Glückseligkeitssteigerung aller Staatspersonen ablesen, wobei dem Wachstum der Bevölkerung oder bestimmter Bevölkerungsgruppen der Vorrang gegeben wird.

Erst auf der Basis der durch die Aufklärung hervorgebrachten Erkenntnisse staatstheoretischer und moralphilosophischer Art konnten sich peuplierungstheoretische Konzepte ableiten und entwickeln, die aufgrund der Multiplizität geisteswissenschaftlicher und philosophischer Strömungen jener Zeit bei einer genetischen Erforschung peuplierungstheoretischer Ideen eine höchst raumzeitdifferenzierte Betrachtungsweise diskursanalytischer Art erfordern – allein in dieser Tatsache ist die Vielgestaltigkeit peuplierungspolitischer Theorien begründet, die nun auch im nächsten Kapitel hervorgehoben wird.

3. Chronologisch-systematische Aufarbeitung bevölkerungswissenschaftlichen Denkens anhand kurzbiographischer Vorstellungen merkantiler-kameralistischer Personen der Frühen Neuzeit

Der Begriff „Theorie“ leitet sich aus dem Griechischen ab und meint soviel wie „Betrachtung“ oder „Anschauung“. Im Kern bevölkerungspolitischer Theorie geht es um eine umfassende Systematisierung von Aussagen über die bevölkerungspolitische Wirklichkeit in einem Land, um „[...] dem Anspruch gerecht zu werden, die Vielzahl von Wahrnehmungsmöglichkeiten der sogenannten Wirklichkeit ebenso konkret wie auch abstrakt darlegen zu können.“¹⁹⁹ Eine formale Systematisierung, d. h. eine ordnende Verknüpfung von Einzelbeobachtungen über Gegenstände, Sachverhalte und Vorgänge demographischer und bevölkerungspolitischer Art sowie eine logische Stringenz sind die Basis für eine umfassende Zuordnung von Wirklichkeitsaspekten. Die Erklärung und Herleitung von der Sinnhaftigkeit

¹⁹⁷ Zitat aus Locke, J.: Über die Regierung (The Second Treatise of Government) (Universal-Bibliothek; 9691), in der Übersetzung von D. Tidow mit einem Nachwort und hrsg. v. C. Mayer-Tasch, bibliogr. ergänzte Ausgabe, Stuttgart 2003, S. 33f.. Zu den geistigen Einflüssen auf den Kameralismus siehe Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 13-23.

¹⁹⁸ Zitat aus Locke, J.: Über die Regierung ... , S. 34.

¹⁹⁹ Zitat aus Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie der Prämoderne 1500-1800 (Die Politikwissenschaft: Einführungen in Gegenstand, Methoden und Ergebnisse ihrer Teildisziplinen und Hilfswissenschaften), Darmstadt 2000, S. 1.

empirischer und logischer Daten im Kontext von Theorien erfordert immer eine induktive und deduktive Komponente in der Analysemethodik, sodass für alle Theorien grundsätzlich gilt, dass sich „[...] erst im Wechselspiel von Deduktion und Induktion (...) die Brillanz und Konsistenz einer Theorie (ergibt).“²⁰⁰

Die peuplierungspolitische Theorie muss immer auf der Grundlage des jeweiligen historischen Kontextes erschlossen werden, und kann somit nicht beliebig interpretiert werden. Bei der Analyse von Theorien im Allgemeinen ergibt sich dadurch die zwingend notwendige methodische Anweisung, sie „[...] vor der Folie ihrer jeweiligen historischen Raum-Zeit-Relation“ zu lesen.²⁰¹ Um allgemein- und universalgültige theoretische Aussageebenen herauszuarbeiten, müssen (frühneuzeitliche) Theorien mittels einer Transzendierung, die das Korsett raumzeitgebundener Grundlagen öffnet, ahistorisch gelesen werden. Dies bietet vielfältige neue Erkenntnismöglichkeiten peuplierungstheoretischer Prämissen und Theoreme, die auch bei einer umfassenden Bewertung zur Sinnhaftigkeit und Effektivität von Theorien über die jeweilige historische Zeit hinaus hinzugenommen werden müssen. Aufgrund des konstruktiven Charakters von „historischer“ Wirklichkeit – Realität wird erst durch die Deutung mittels Perzeption einer Quelle durch den Historiker erschlossen, die wiederum selbst eine Konstruktion der Wirklichkeit durch den Verfasser der Quelle darstellt – lässt sich die Essenz und die Wahrheitsfrage einer Bevölkerungstheorie frühneuzeitlicher Kameralisten nie vollständig, sondern nur relativ erschließen, sodass es niemals unumstößliche Erkenntnisse, wohl aber eine Fülle logischer und sinnvoller Aussagen über die Realität im Bereich des Peuplierungspolitischen und -theoretischen geben kann. Bei der Analyse peuplierungspolitischer Theorie kann der „[...] historisch-kontextualisierende Interpretationsstandpunkt nur einer unter mehreren analytischen Aspekten sein.“²⁰² Da die Peuplierungstheoretiker selbst nicht strikt historisch in ihren Argumentationsstrategien verfahren, sondern selbst Sachverhalte bevölkerungstheoretischer Art ontologisch erforschten, wäre dieser Ansatz ein hermeneutisch-methodischer Fehlgriff. Um die Genese bevölkerungstheoretischen Denkens in ihre Polydimensionalität zu erkennen und zu verstehen, müssen die Diskurse hinter diesen Theorien in einer „raumzeittranszendierenden“ Methodik hervorgehoben werden. Dabei sind drei Ausgangsebenen bei der Diskursrekonstruktion peuplierungspolitischer Theorie zu berücksichtigen.²⁰³

²⁰⁰ Zitat aus Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie ... , S. 1.

²⁰¹ Zitat aus Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie ... , S. 6.

²⁰² Zitat aus Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie ... , S. 9. Zur Diskursanalyse Politischer Theorie siehe bes. S. 5-12,

²⁰³ Siehe dazu Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie ... , S. 9.

- 1) die geschichtlich fixierte textuale Aussage
- 2) die historische und womöglich schon transzendente Bedeutung bevölkerungstheoretischer Aussagen
- 3) die vollständig transzendierte Wirkung bevölkerungstheoretischer Aussagen

Die daraus resultierende Dialektik dreier hermeneutischer Ebenen ermöglicht es mithilfe der diskursanalytischen Methode die Komplexität peuplierungstheoretischer Konzeptionen in ihrer Genese und ihrer historischen und transzendierenden Wirkung zu erfassen, um eine Beurteilung peuplierungspolitischer Theorien in Gestaltung, logischer Stringenz und Wirkung zu unternehmen. Will man dem „[...] Problem einer anachronistischen Universalisierung rechtswissenschaftlicher Erkenntnismuster wirksam“ entgegen, so „[...] reicht es nicht aus, auf die Gefahren, die der ‚Traduktion‘ durch das eigene Vorverständnis drohen, hinzuweisen.“²⁰⁴ Für die Bewertung peuplierungstheoretischer Konzeptualisierungen ist der partielle Rückgriff auf diskursanalytische Methoden im Zuge dieser eher primär ideengeschichtlichen Analyse Erkenntnis gewinnend, weil dadurch die oftmals getätigte Unterstellung der Kompatibilität erkenntnisleitender Muster des historisch arbeitenden Forschers und der zeitspezifischen Weltanschauung der behandelnden Autoren vermieden wird. Die peuplierungstheoretischen Texte werden wie bei M. Sandl – allerdings nicht ausschließlich und intensiv diskursanalytisch – unter „[...] dem Aspekt der in ihnen artikulierenden Erfahrungsmuster betrachtet, in welchen die Wahrnehmung und Konstruktion von Wirklichkeit unter den Voraussetzungen einer konkreten historischen Situation eine Einheit bilden.“²⁰⁵ Weil es aktuell bisher noch keine differenzierte ideengeschichtliche Untersuchung zur Peuplierungstheorie gibt, ist diese in Bezug auf die diskursanalytische Methode im Rahmen dieser Dissertation im Vordergrund der Aufarbeitung bevölkerungswissenschaftlicher Gedanken. Deshalb wird es dem Verfasser bei der ideengeschichtlichen Herausarbeitung eines differenzierten Peuplierungsbegriffs nicht immer gelingen, der Gefahr der „wahrheitsbezogenen Hermeneutik“ im strengen diskursanalytischen Sinne zu entgegen, die die historischen Texte auf der Grundlage der

²⁰⁴ Zitat aus Sandl, M.: Ökonomie des Raumes ... , S. 13. Sandl untersucht in seiner vorzüglichen Disseration die kameralwissenschaftlichen Lehrer unter explizit diskursanalytischen Gesichtspunkten und versucht die erkenntniskonstitutiven Elemente jener Zeit zu erforschen. Bei ihm geht es nicht um die Idee „Kameralismus“, sondern um die erkenntniskonstitutiven Grundlagen jener Zeit, auf denen sich die Ausprägungen kameralwissenschaftlicher Lehre geformt haben. Mithilfe der foucault'schen Diskursanalyse entgeht man der Gefahr, historisch gewordene Gegenstandsbereiche und Erkenntnismuster zu universalisieren, als auch Begriffe und Ideen als geistige Konstanten und sprachliche Ausdrucksformen zu idealisieren. M. Foucault (1926-1984) kritisiert in erster Linie alle historischen Arbeitsweisen, die ihre Quellen lediglich nach Theorien und Ideen befragen, „[...] ohne die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen eines solchen Zugriffs hinreichend zu klären.“ Zitat aus S. 13f..

²⁰⁵ Zitat aus Sandl, M.: Ökonomie des Raumes ... , S. 18.

eigenen symbolischen Ordnung befragt und von einer immerwährenden Kontinuität wahrnehmungs-, wissens- und erkenntniskonstitutiven Mustern ausgeht.²⁰⁶ Eine vollständige diskursanalytische Beschreibung erkenntniskonstitutiver Konfigurationen und diskursiver Formationsprinzipien der peuplierungstheoretischen Epoche, welche die Vielfältigkeit der „Aussagen“ strukturiert und organisiert, kann im Rahmen eines primär ideengeschichtlichen Ansatzes nicht vollbracht und erwartet werden.

Die Diskurse peuplierungstheoretischer Konzepte lassen sich anhand der hier ausgewählten chronologischen Herangehensweise sehr gut plakativ hervorheben und ermöglichen eine relative Typisierung von Peuplierungspolitiken.

3.1. Hermann Conring (1606–1681)

Zu einem der ersten Vertreter der Peuplierungspolitik ist H. Conring, der Begründer der deutschen Universitätsstatistik, zu zählen.²⁰⁷ Noch in der Zeit während des Dreißigjährigen Kriegs betonte der Professor für Naturphilosophie, Medizin sowie Politik und Naturrecht die

²⁰⁶ Zur diskursanalytischen Methodik siehe Sandl, M.: Ökonomie des Raumes ... , S. 19-36. Die erkenntnisvermindernde Gefahr der „wahrheitsbezogenen Hermeneutik“ liegt darin, dass sie die historischen Quellen in anachronistischer Weise auf moderne erkenntniskonstitutive Grundlagen bezieht und die bewertungsrelevante Distanz ignoriert. Die Suche nach einer methodologischen Möglichkeit der Distanzierung ist nach Foucault in der von ihm zugrunde gelegten Diskursanalyse beendet worden. Das wichtigste Ziel der von M. Foucault verfassten Arbeit „Archäologie des Wissens“ ist die Distanzierung von den vorherrschenden modernen Erkenntnisgrundlagen.

Zunächst sind für Foucault die „Aussagen“ von elementarer Bedeutung. Unter Aussagen versteht er alle Einheiten eines diskursiven Wissensraumes, sozusagen ein „[...] letztes, unzerlegbares Element, das in sich selbst isoliert werden kann.“ Zitat aus Foucault, M.: Archäologie des Wissens. Übersetzt von U. Köppen, Nachdruck der 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2008, S. 116. Aussagen zu treffen sind dadurch durch die Diskurspraxis begrenzt und erleichtern es auch in Bezug auf die Peuplierungstheorie von „richtig“ oder „falsch“ zu sprechen. Es geht also primär darum, die tiefenstrukturellen Bedingungen zu erkennen, auf denen die Theoretiker sich äußern, Theorien konstruieren oder Wissen im Allgemeinen erwerben.

Das „Archiv“ ist nach Foucault die „[...] Gesamtheit aller Bedingungen, die dem Erscheinen von ‚Aussagen‘ zugrunde liegt.“ Zitat aus Sandl, M.: Ökonomie des Raumes ... , S. 24f.. Erst durch diese methodologisch notwendige begriffliche Definierung der beiden Begriffe „Aussagen“ und „Archiv“ lassen sich die konkreten erkenntniskonstitutiven Gesetze der Produktion und Distribution von Wissen – die „Episteme“ – erkennen und differenzieren. Die Episteme sind demnach alle isolierbaren erkenntniskonstitutiven Muster dessen, „[...] was das ‚Archiv‘ als Tiefenstruktur einer Wissensordnung präformiert.“ Zitat aus Sandl, M.: Ökonomie des Raumes ... , S. 25.

Dennoch hat auch die Diskursanalyse ihre methodologischen Probleme, da es z. B. nicht immer einfach ist, das Erkenntnissubjekt aus dem Kontext zu eliminieren und zu isolieren. Zudem bleibt bei der Skizzierung diskursiver Formationen das Problem des Einfließens eigener Bewertungen weiterhin bestehen, sodass auch bei einer diskursanalytischen Untersuchung das Problem der „Hermeneutik“ nicht ganz beseitigt werden kann. Siehe dazu Sandl, M.: Ökonomie des Raumes ... , S. 27f..

²⁰⁷ Siehe Michel, H./Lischke, R. J.: Zur Entwicklung der ... , S. 111; Auch Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 72f.; Stobbe, O.: Hermann Conring. Der Begründer der deutschen Rechtsgeschichte, Berlin 1870; Stolleis, M.: Machiavellismus und Staatsräson. Ein Beitrag zur Conrings politischem Denken, in: Ders. (Hrsg.): Hermann Conring (1606-1681), Beiträge zu Leben und Werk, Berlin 1983, S. 173-199; Zehrfeld, R.: Hermann Conrings (1606-1681) Staatenkunde, ihre Bedeutung für die Geschichte und Statistik unter besonderer Bedeutung der Conringschen Bevölkerungslehre, Berlin 1926. Vor ihm propagierte schon der Jurist und Staatsgelehrte J. Bornitz (1560-1625) in seiner Publikation „Partitionum Politicarum libri IV“ aus dem Jahre 1608, dass man die Populationsvermehrung als Grundlage staatlicher Wohlfahrt durch Belohnungen, Steuerfreiheiten, Strafen und Benachteiligungen für Kinderlose zu unterstützen hat. Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 56.

Notwendigkeit der Ermittlung der Volkszahl und der Stärke einzelner Bevölkerungsgruppen als eine wichtige Aufgabe des Staates. Sicherlich standen hier noch militärische Beweggründe wie z. B. die Vergrößerung des Heeres und die bessere Handhabung bei der Planung des Truppenaufbaus im Vordergrund. Seine Vorstellungen beinhalteten schon die wesentlichen Instrumente des merkantilistischen Populationismus: Eheförderung, Auswanderungsverbote, steuerliche Anreize für Einwanderer und die Aufforderung zu religiöser Toleranz.²⁰⁸ Zudem sprach er sich für eine aktive Familienpolitik aus, da es ab einer bestimmten Anzahl von Kindern, wobei hier nur die männlichen Nachkommen gezählt wurden, eine Steuerentlastung und –befreiung für die Familien geben sollte. Auch die Abschaffung von Bordellen sah er als einen Faktor für die Erhöhung der Nachkommenschaft an, um dadurch die Fertilität im Lande zu erhöhen.

In seinem staats-theoretischen Konzept ist nur eine Affinität zum Merkantilismus in Bezug auf die bevölkerungstheoretischen Überlegungen zu erkennen, die konstituierenden Elemente merkantiler Konzeptionen wie Handelsbeschränkungen und Monopolbildung wurden verworfen. Zudem hob er die Notwendigkeit hervor, in statistischen Vorlesungen Aspekte der Bevölkerungsentwicklung zu integrieren. Seit Conring waren die Lehren über die Bevölkerungsentwicklung und über die Peuplierungspolitik ein integrierter Bestandteil kameralistischer Staatskunde.

3.2. Veit Ludwig von Seckendorff (1626–1692)

Der politische Berater V. L. v. Seckendorff studierte von 1641 bis 1646 Jura, Geschichte und Philosophie und nahm im Laufe seiner Karriere zahlreiche politische Funktion wahr.²⁰⁹ Dabei formulierte er schon als einer der ersten frühneuzeitlichen Staatsdenker populationistische Gedanken, die bei einer kameralistischen Policygesetzgebung einen unabdingbaren Platz bei deren Konzeptualisierungen einnehmen mussten.²¹⁰ Allerdings ist nicht sein ganzes staatspolitisches Konzept vom Populationismus durchdrungen.

Die bevölkerungspolitischen Überlegungen V. L. v. Seckendorffs in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sind unter den demographischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges zu analysieren. Ein Punkt, „[...] der durch gute Ordnung gefördert werden muß, ist nun die

²⁰⁸ Michel, H.: Der Bevölkerungsgedanke im Zeitalter der Merkantilismus , S. 5-6.

²⁰⁹ Zu den Lebensdaten siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 281f.. Siehe auch Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 24-31.

²¹⁰ Sein Lehrer, der Kameralist und Mainzer Kurat J. H. Boecler (1611-1672), verwies schon in seiner Schrift „Institutiones politicae, acces, dissertationes ad selecta veterum historicorum loca, et libellus momoralis ethicus“ aus dem Jahre 1674 auf bevölkerungswachstumsfördernde Maßnahmen hin, die die Grundlage für die Wohlfahrt aller Staaten darstellen.

Erhaltung und Vermehrung der Leute, und ihres Vermögens.“²¹¹ Für ihn waren nicht nur die zwei, von Gott gegebenen Gaben Friede und Gerechtigkeit der Ausgangspunkt für die Wohlfahrt eines Staates, sondern auch die gute „[...] Nahrung und Vermehrung der Leute, und ihres Vermögens, Handels und Wandels.“²¹² Dass Hurenkinder aus Waisenhäusern auszuschließen seien, zeigt eindeutig eine sozialpolitische Vorstellung stark christlich-patriarchalischer Prägung. Die Förderung des Ehestandes ist nicht nur aus christlicher Verantwortung ein förderungswürdiger Aspekt staatlicher Politik, sondern zugleich auch das wirksamste Mittel christlicher Bevölkerungspolitik. Diese frühkameralistische Schrift belegt, dass bevölkerungspolitische Aufforderungen keineswegs eine innovative Errungenschaft des 18. Jahrhunderts im Deutschen Reich darstellten, sondern schon im 17. Jahrhundert anzusetzen sind. Der Zweck peuplierungspolitischer Gesetzgebung muss dahin gehend definiert werden, „[...] daß der Leute und Unterthanen viel, und dieselben auch gesund, und also ihrer Verrichtung tauglich seyn mögen.“²¹³ Der qualitative Aspekt peuplierungstheoretischer Überlegungen gründete bei ihm schon in der Erkenntnis, dass „[...] in einem Regiment kein besserer Schatz (ist), als die Menge vieler Leute und Unterthanen, die an Leibes- und Gemüthes-Gaben wol beschaffen sind.“²¹⁴ Obwohl die bevölkerungstheoretische Forderung einer „qualifizierten“ und „aktiven“ Peuplierungspolitik durch staatliche Interventionen in Ansätzen schon in der Mitte des 17. Jahrhunderts wiederentdeckt worden war, fehlte ihnen noch ein differenzierter kameralistischer Unterbau. Zudem sind auch Ansätze einer „konditionierenden“ Bevölkerungspolitik zu erkennen, da schon bei Seckendorff der Erziehung eine besondere Bedeutung beigemessen wurde.²¹⁵ In seinen staatspolitischen Ausführungen wird klar ersichtlich, dass er dem Fürsten die Funktion des obersten Erziehers zuwies, weil die konditionierende Ausrichtung bevölkerungspolitischer Maßnahmen auf die Tugenden wie Demut, Arbeitsamkeit, Fleiß, Bescheidenheit,

²¹¹ Zitat aus Seckendorff, V. L. v.: Teutscher Fürstenstaat, mit einem Vorwort von L. Freitag (Peadagogica; 2/1) (Neudruck von 1976, Glashütten im Taunus), 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1665, S. 222.

²¹² Zitat aus Seckendorff, V. L. v.: Teutscher ... , S. 211.

²¹³ Zitat aus Seckendorff, V. L. v.: Teutscher ... , S. 222.

²¹⁴ Zitat aus Seckendorff, V. L. v.: Teutscher ... , S. 222. Siehe zum Gesundheitsaspekt Seckendorffs auch Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 29.

²¹⁵ Dabei wies L. Freitag in seiner Einleitung darauf hin, dass es noch an einigen wissenschaftlichen Arbeiten fehle, die sowohl die historischen als auch pädagogischen Ergebnisse gleichberechtigt in ihren Auswertungen berücksichtigen. Dabei ist es bei den historisch ausgerichteten Arbeiten zu bemängeln, dass die vielen bildungsgeschichtlichen Themen oftmals in ihren Interpretationen dem Themenkomplex der Konditionierung der Untertanen (Schule und Erziehung) keine große Bedeutung beigemessen haben. Siehe dazu Seckendorff, V. L. v.: Teutscher ... , Einleitung S. 2.

Unterwerfung und Gottesfurcht ein elementares Mittel herrschaftsstabilisierender Machtausübung darstellte.²¹⁶

3.3. Johann Joachim Becher (1635-1682)

Ähnliche Überlegungen wie V. L. v. Seckendorff hatte auch der Kameralist, Arzt, Alchemist und Ökonom J. J. Becher. Der Polyhistor Becher, der in fast allen damaligen Wissenschaftsbereichen autodidaktische Studien und Untersuchungen getätigt hatte und dadurch zu einem der bedeutendsten Vertreter des Kameralismus wurde, erlebte die Folgewirkungen des Dreißigjährigen Krieges durch die zahlreichen Reisen in seinen jungen Jahren in all seiner verheerenden Ausgestaltung für den Menschen und für das Umland hautnah mit.²¹⁷ Er war „[...] der Typ des barocken (...) Phantasten, bei dem die Grenzen der Wahrheit und wissenschaftlicher Akribie oft verschwimmen und die Spekulation zu wuchern scheint.“²¹⁸ Der „faustisch“ anmutende Forschungsdrang des jungen Pfarrerssohnes zeugte von einer Fülle an Ideenreichtum, in dem das Universalgenie neben realistischen Projekten wie der Bau des Rhein-Donau-Kanals oder die Gründung von Binnenkolonien auch futuristische Projekte verfolgte – ein Querdenker, der seiner Zeit weit voraus war.²¹⁹

J. J. Becher wurde im Jahre 1635 in Speyer geboren, sein Alltag war in jungen Jahren von Seuchen, Missernten und Teuerungen sowie von politischen und konfessionellen Wirrungen, die sich in den Auseinandersetzungen – die lutheranische Stadt Speyer hatte einen katholischen Bischof als Stadtherr – zwischen Lutheranern und Katholiken, aber auch zwischen Lutheranern und Reformierten offenbarten, geprägt. Allerdings respektierte man in Speyer andere Glaubensüberzeugungen. Neben den vier Hollandreisen (1660, zweimal 1669 und 1671 sogar im Auftrag des Kaisers), wo er wichtige bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Anregungen merkantiler Konzepte calvinistischer Färbung aufnahm,

²¹⁶ Siehe dazu Seckendorff, V. L. v.: Teutscher ... , S. 214f.. Dabei stellte diese mangelhafte Ausschöpfung menschlicher Ressourcen auch schon bei Seckendorff „[...] eine Verschwendung der Güter“ dar, um die Produktivität der Wirtschaftskraft eines Landes weiter zu fördern. Zitat aus S. 215.

²¹⁷ Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 39-41. Auch Johann Joachim Becher-Gesellschaft zu Speyer (Hrsg.): Johann Joachim Becher (1635-1682). Dokumente zur Ausstellung vom 11. März bis 6. April 2001, Speyer 2001, bes. zu den biographischen Daten S. 3-23 sowie Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 32-41; Auch die Aussagen des bekannten deutschen Kameralisten des 17. Jahrhunderts P. W. v. Hornigk (1638-1712) decken sich mit denen von Becher, da auch er der peuplierungstheoretischen Überzeugung war, dass die „[...] Bevölkerung eines Landes, so viel Menschen nur immer sich darinnen ernähren können, als eines wohlgeordneten Staats höchste aber leyder! bei vielen wenig geachtete Angelegenheit“ ist. Zitat Hornigks, entnommen aus Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 144. Zu Hornigks peuplierungspolitischen Gedanken im kameralistischen System siehe Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 41-46.

²¹⁸ Zitat aus Hassinger, H.: Johann Joachim Becher (1635-1682). Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus (Veröffentlichungen der Neuen Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; 38), Wien 1951, S. 251.

²¹⁹ Siehe dazu Johann Joachim Becher-Gesellschaft zu Speyer (Hrsg.): Johann Joachim Becher ... , Vorwort S. IV.

prägte die konfessionelle Situation in seiner Geburtsstadt seine peuplierungstheoretischen Überlegungen nachhaltig – konfessionelle und religiöse Toleranz war ein elementarer Baustein seiner peuplierungspolitischen Theorie.²²⁰ Seit den Hollandreisen war der Universalgelehrte von der Kraft und Blüte des Manufakturwesens überzeugt. Neben dem Kameralisten W. v. Schröder (1640-1688) erkannte er als einer der ersten deutschen Kameralisten die wichtige Bedeutung der Technik für die Wirtschaft, also einen qualitativen Aspekt anthropogener Fähigkeiten, die es zu fördern galt.²²¹ Sein Menschenbild basierte partiell auf calvinistischem Gedankengut, die Ökonomisierung dessen führte ihn zu der Erkenntnis, dass der Mensch als ein wertschöpfender Faktor im Prozess der Wohlfahrtssteigerung des Staates ins Zentrum politischer Konzepte gerückt werden müsse. Holland hatte für ihn eine gewisse Vorbildfunktion in bevölkerungs- und wirtschaftspolitischer Hinsicht, wobei er aber zwischen der Ausgangsbasis beider Länder scharf und präzise differenzierte. In seinem Buch „Politischer Diskurs“ führte er aus, dass Holland genügend Nahrung hat, „[...] man leidet und siehet keine Bettelleuth, wie Volckreich demnach Holland seye, weiß derjenige, der darinnen gewesen, und gesehen, daß es schier nur eine Stadt ist, ihre herzliche Proviant-Häuser, Zucht- und Werckshäuser, Banck- und Kauffhäuser der Compagnien seynd Zeugnuß ihres Fleisses, Resolution und Verstands, sie seynd noch nicht damit zufrieden, was sie innerhalb Lands thun, sondern sie reysen, und treiben commercia in die gantze Welt, und wo sie gar nichts zuthun haben, führen sie nur Güter von einem Orth zum andern, mit einem Wort, sie seynd in ihrem Handel so genau und profitlich, daß ihrentwegen das Sprichwort erwachsen sey, wo Holländer hinkommen, da wächst kein Gras mehr, da ist nemlich nichts mehr zu thun, dann durch ihren Handel saugen und ziehen sie das Gelt von allen Orthen an sich.“²²² Auch die Trockenlegungen und Kanalprojekte beeindruckten den Kameralisten Becher, sodass bevölkerungstheoretische

²²⁰ Siehe zum Themenschwerpunkt „Toleranz in der Frühen Neuzeit“ den Aufsatz von Guggisberg, H. R.: Wandel der Argumente für religiöse Toleranz und Glaubensfreiheit im 16. und 17. Jahrhundert, in: Lutz, H. (Hrsg.): Zur Geschichte der Toleranz und Religionsfreiheit (Wege der Forschung; 246), Darmstadt 1977, S. 455-481.

²²¹ Siehe dazu Troitsch, U.: Ansätze technologischen Denkens bei den Kameralisten des 17. und 18. Jahrhunderts (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 5), Berlin 1966, bes. S. 8f.. Durch gesteigertes technisches Wissen kann mehr Energie in die Landschaft fließen, sodass die Ansprüche an den Raum sich auch verändern können. Durch peuplierungspolitische Maßnahmen „qualitativer“ Natur waren vor allem gebildete und gut ausgebildete Menschen beliebt, sodass durch die peuplierungspolitische Einwanderungspolitik technologisches Wissen ins Land wanderte. Nach Becher gingen viele weitere Kameralisten wie S. P. Gasser (1676-1745), J. Chr. Dithmar (1678-1737), J. G. Darjes (1714-1791), G. H. Zincke (1692-1768) und J. H. G. v. Justi (1717-1771) in ihren wirtschafts- und peuplierungstheoretischen Schriften auf technologische Fragen ein.

²²² Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs: Von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken, in specie, Wie ein Land volckreich und nahrhaft zu machen, und in eine rechte Societät civilem zu bringen ist (Fakesimile-Ausgabe) (Klassiker der Nationalökonomie), 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1688, S. 108f..

Überlegungen in raumplanerische Konzepte kontextualisiert und eingebunden wurden.²²³ Schon er erkannte die enge Korrelation von Bevölkerung und Raum im Prozess der Optimierung der Ausnutzung sämtlicher Kapazitäten und Ressourcen eines Territoriums. Für ihn galt „[...] die populosität nemblich [als] das Hertz von der Civil societät.“²²⁴ Bei seiner intensiven Untersuchung des Phänomens „Bevölkerungsschwankung“ stellte er fest, dass „[...] je volkreicher also eine Stadt ist, je mächtiger ist sie auch.“²²⁵ Durch seine Tätigkeit als Professor für Medizin in den Jahren 1663-1664 erlangten medizinische Erkenntnisse in seine peuplierungspolitischen Überlegungen zunehmend an Bedeutung.

Das erste Kapitel „Die Civil societät wird definirt, daß sie seye eine Volckreiche Nahrhaffte Gemeind“ in seinem Buch „Politischer Diskurs“ aus dem Jahre 1668 offenbart sein bevölkerungspolitisches Verständnis, dass den Menschen als ein gesellschaftsliebendes Wesen charakterisiert und Mitmenschen als etwas Unabdingbares darstellt.²²⁶ Becher führt aus, dass „[...] der Mensch, als die Materie der Republic ein animal sociabile sey, und Gesellschaft suche“, sodass es nicht gut sei, „[...] daß der Mensch allein lebe.“²²⁷ Damit der einzelne Mensch „[...] eine Gesellschaft habe, werden andere und mehr Menschen erfordert, und daß diese gebohren wurden, hat Gott das Weibliche Geschlecht erschaffen, und den Ehestand eingesetzt“, dessen Ergebnis fruchtbar sein möge, „[...] um die Erde zu erfüllen.“²²⁸ Seine populationistischen Überlegungen und Prämissen zum Bevölkerungswachstum haben demnach sowohl ein naturrechtliches als auch göttliches Fundament. Sein Menschenbild schloss das natürliche Streben eines jeden Einzelnen nach Gesellschaft mit ein, sodass aus dieser Prämisse an sich eine positive Einstellung zum Bevölkerungswachstum abzuleiten ist. Zudem hob er die „biblische“ Aussage hervor, dass es Gottes Wille sei, eine bevölkerungsreiche Population auf Erden zu haben.

Aus seinen Ausführungen, dass „[...] alles, was diese menschliche Gesellschaft schwächt, (...) abzuschaffen, und zu straffen (ist)“, lässt sich ein direkter politischer Auftrag an den Staat ableiten, die Bevölkerung zu schützen und in ihrem Wachstum zu unterstützen.²²⁹ Dieser Gedankengang säkularisierte nicht nur die bisherigen bevölkerungspolitischen Überlegungen im Deutschen Reich, sondern legitimierte sie zudem dahin gehend, dass die

²²³ Siehe dazu Johann Joachim Becher-Gesellschaft zu Speyer (Hrsg.): Johann Joachim Becher ... , S. 21-23.

²²⁴ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 15.

²²⁵ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 2.

²²⁶ Siehe dazu Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 1-4.

²²⁷ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 1. Siehe dazu auch Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 33.

²²⁸ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 1.

²²⁹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 2.

bevölkerungspolitischen Maßnahmen zur Stärkung und zum Schutz der Bevölkerung komplementär mit den Zielen und Vorstellungen Gottes sind. Erst dieser „säkularisierende“ Schritt im bevölkerungspolitischen Denken ermöglichte es nun aktiv, mit politischen Maßnahmen in die Bevölkerungsentwicklung einzugreifen.

Eine „[...] andere fundamental Staats-Regul, nemlich um ein Land populus zu machen, [ist] demselben gute Verdienst und Nahrung zu verschaffen.“²³⁰ Das heißt, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen unter dem Primat der Bevölkerungspolitik zur Steigerung und Erhaltung der Untertanen gestellt werden müssen. Eine gute und rechte Gemeinschaft gibt es nach seiner Vorstellung erst dann, „[...] wann die Glieder der Gemein ihre Sachen also anstellen, daß einer von dem anderen leben, einer von dem anderen sein Stück Brod verdienen kan, ja einer dem anderen die Nahrung in die Hand spielet, dass ist die rechte Gemeind, dann dadurch entsteht die Nahrung, und durch die Nahrung wird ein Ort populus.“²³¹ Dazu ist es erforderlich, dass man „[...] in ordentlicher Weiß in einer Gemeind einander an die Handt gehet, da blühet die Nahrung, und wo Nahrung vorhanden, da ist auch, wie oft erwehnet, Zulauff von Menschen.“²³² Hierbei wird die zentrale Position des Objektes „Bevölkerung“ in der gesamtpolitischen Perspektive J. J. Bechers deutlich, sowohl die wirtschaftspolitischen als auch die agrarpolitischen Überlegungen sind für das Wachsen einer Bevölkerung wichtige Instrumente zur Realisierung peuplierungspolitischer Ziele. Erst eine prosperierende Wirtschaft und eine gesicherte Nahrungsgrundlage ermöglichen ein nachhaltiges Bevölkerungswachstum.

Die Grundlage einer rechten Gemeinde stellen „[...] die Gelehrte, welche das Gemüth, die Medici, Apothecker, Barbirer, Bader, welche die Gesundheit, die Soldaten, welche dem Leib, und die gantze Stadt und Land verwahren“, dar, die „[...] alle (...) Diener der Gemein (seind), und wiewol (...) die societatem civilem vermehren, und erhalten helffen.“²³³ Die differenzierte Betrachtungsweise des Kameralisten Bechers hat eine Funktionalisierung der Gesellschaft zu Folge, da man Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen zum Überleben einer wachsenden Bevölkerung braucht. Diese von Becher konzipierte Funktionalisierung einzelner Personengruppen innerhalb einer Gemeinschaft gliederte die Gemeinde in drei Stände, wobei der „[...] erste Stand (...) der größte (ist), nemlich der Bauernstand, der andere, der Handwercksstand, und der dritte, der Kaufmannsstand“, der „[...] der kleinste, gleich wie der

²³⁰ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 3.

²³¹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 3.

²³² Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 196.

²³³ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 5.

Bauernstand der größte ist.“²³⁴ Der Bauernstand ist somit der erste und „[...] auch nöthigste“ Stand innerhalb einer Gemeinschaft, der die Grundlage für eine wachsende Bevölkerung bereitet, denn „[...] einige bauen die Erde, einige die Bergwerck, einige nehmen die Viehzucht und Jagt in Obacht, und unter diesen dreyen bringen wieder einige Wahren herfür, welche weiterer Bereitung nicht vonnöthen haben, sondern alsobald solcher gestalt können gebraucht werden, als da seynd die essende Speisen.“²³⁵ Die Aufforderung an die Bauern, „[...] alle edele und unedele Erdgewäxe, Fruchten, Tranck, Essen, Speisen, Specereyen, Seiden, Woll, Leinwand, Leder, Metallen, Holtz, Farben, Butter, Oel, Horn und alles, wovon der Handwercksmann das subjectum zu seiner Arbeit nimt“, herzustellen, offenbart nicht nur Bechers Einsicht, das Bevölkerungswachstum immer in Relation zur Nahrungsgrundlage zu sehen und sie sogar als eine notwendige Bedingung vor das Bevölkerungswachstum zu setzen, sondern bedingt, auch wenn es im Text nicht explizit genannt wird, bei der Umsetzung dieser Gedanken neue Ansprüche an den Raum und an die Umwelt.²³⁶ Er deutete somit auf den wichtigen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsvermehrung und Subsistenzmitteln hin. Er führte weiter aus, dass „[...] viel Leut in einem Land und keine Nahrung dazu, (...) demselben mehr schädlich als nützlich [ist], es macht Müssiggänger, Dieb, Mörder, Rebellen, Ritter“ zu einem ungewollten Ergebnis der Nahrungsnot.²³⁷ Um die Nahrungsgrundlage einer wachsenden Population aufrechtzuerhalten, werden auch zunehmend mehr Kulturraum und Wohnraum nötig. Dies bedeutet somit unter anderem, dass der Mensch als Energiekonverter bei einer wachsenden Bevölkerung mehr Energie in die Landschaft steckt, sodass die Kausalkette „mehr Menschen – mehr Energie – mehr Eingriffe in die Landschaft“ bei der Erhöhung des ersten Parameters immer größere Wucht kulturlandschaftsgenetischer Veränderung entfaltet. Bei Becher sind raumplanerische Elemente noch nicht direkt erkennbar. Dies hing sicherlich damit zusammen, dass vor allem nach dem Dreißigjährigen Krieg nicht nur die Bevölkerung zu seiner Zeit noch reduziert war, sondern auch viel Land brachlag und somit auch noch zur Verfügung stand, ohne größere binnenkolonialisatorische Maßnahmen vollziehen zu müssen. Dass Becher aber sich der Beziehung zwischen Bevölkerung und Raum und dessen potenzielle große Dimension bewusst war, zeigt sich in der Aussage, „[...] daß der Bauernstand am meisten seye, und das Land (...) cultiviert werde.“²³⁸ Da man zu Lebzeiten Bechers aus energetischer Sicht im Zeitalter des modellierten

²³⁴ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 6.

²³⁵ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 6f..

²³⁶ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 7.

²³⁷ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 310.

²³⁸ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 11.

Solarenergiesystems vorindustrieller Agrargesellschaften lebte und somit die naturräumliche Ausstattung und damit das energetische System kaum zu verändern war, war der Druck einer wachsenden Bevölkerung auf die agrarische Produktionsfläche und Siedlungsfläche größer als heute.²³⁹ Durch die stationäre Obergrenze des Solarsystems wirkten Veränderungen demographischer Parameter ungleich direkter auf den Raum und die Landschaft als im auf fossilen Brennstoffen basierenden Energiesystems industrialisierter Gesellschaften.²⁴⁰ Die Intensivierung der Feldbebauung reichte oftmals nicht aus, sodass die Extensivierung in Form von Urbarmachungen und Kultivierungen unbebauter Landflächen im Vordergrund stand. Wuchs eine Bevölkerung, so mussten mehr Felder und Wohnraum bzw. Siedlungen errichtet werden. Diese direkten Beziehungen von Demographie und Raum in der Frühen Neuzeit zeigen schon, dass eine auf Vermehrung der Einwohner betriebene Peuplierungspolitik aufgrund der engen Korrelation von Mensch und Landschaft ein großes Potenzial an Raumwirksamkeit hervorbringen konnte.

Der zweite Stand „[...] in der societät bestehet in Handwercks-Leuten, dann diese müssen verarbeiten und verzehren die subjecten und Materien, welche ihnen der Bauersmann bringt.“²⁴¹ Da die „[...] Handwercke, so da Erdengewäxē verarbeiten und tractiren, (...) unterschiedlich (seind)“, sind spezialisierte und qualifizierte Menschen zur Verarbeitung notwendig.²⁴² Hierbei wird schon deutlich, dass eine differenzierte konzeptionelle Gestaltung der Peuplierungspolitik erforderlich wird.

Der dritte und letzte Stand in einer „civil societät“ besteht „[...] aus Kauf-Leuten, welche mit allerhand so rohen, als verarbeiteten, und dann darinnen vielerhand handeln.“²⁴³ Auf der Basis seiner merkantilen Gedanken bezeichnete Becher den Handel als die Seele einer expandierenden Gemeinschaft und erkannte in der „[...] consumption (...) de[n] einzige[n] Bindeschlüssel welcher diese Stände aneinander bindet und hefftet, auch von einander leben macht.“²⁴⁴ Dem handelnden Gewerbe kam eine bedeutsame Funktion im Komplex der Peuplierungspolitik zu, weil die „[...] die Commerciē ihr Landt Volckreich, Nahrhafft und rechte Gemeinshaft darinnen machen.“²⁴⁵ Aufgrund des Handels „[...] ist der Kauffman-Stand so nöthig in der Gemeind, so groß darinnen der Bauren-stand, dann dieser vermehrt

²³⁹ Zur Periodisierung der Menschheits- und Landschaftsgeschichte siehe Schenk, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie ... , S. 230-235, hier bes. S. 231.

²⁴⁰ Siehe dazu auch Schenk, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft ... , S. 9.

²⁴¹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 8.

²⁴² Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 9.

²⁴³ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 9.

²⁴⁴ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 17.

²⁴⁵ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 108.

zwar die populosität, jener aber ernehrt sie.“²⁴⁶ Den Kaufleuten wird dadurch eine wichtige Funktion bei der Erhaltung und Ernährung einer expandierenden Population zugesprochen. Dem inländischen Manufakturwesen kommt dabei eine besondere Aufgabe zu, da durch die Manufakturen nicht nur der Handel erfolgreich stimuliert werden kann, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen und die Untertanen „[...] vom Müßiggang abgehalten und zu ehrlichen Nahrung gebracht werden.“²⁴⁷ Allerdings können schlechte, dem Land untreue Kaufleute der Bevölkerung und deren Wachstum viel Schaden anrichten, „[...] dann sie mindern die populosität und entziehen dem Land die Nahrung, bereichern dessen Feind, und tragen keine Scheu, ihres Nutzens willen, dasselben seinen Feinden zuverrathen und zu verkaufen.“²⁴⁸ Bei dieser Gelegenheit antwortete Becher in seinem Buch auf die Frage, „[...] worumb das Teutschland arme seye, und depopulirt“, und nicht die „[...] Blutigel [sehn], welche ihm in diesem Schlam das Blut auß den Aderen saugen, biß wir ohnmächtig worden seynd.“²⁴⁹ Nach seiner Ansicht stellten die verderbten Kaufleute die größte aktuelle Gefahr für eine wachsende Gemeinschaft dar, weil sie „[...] diejenige[n] seynd, welche heimlich ein Land verderben.“²⁵⁰ Da den Kaufleuten, die Becher bei einem für die Gemeinschaft schlechten Betragen als „[...] grobe Idioten, und von Stoltz übernommene Esel“ diffamiert, bei seinen peuplierungspolitischen Konzepten eine wichtige Position bei der Förderung des Bevölkerungswachstums zukommt, wird die Unterordnung wirtschaftspolitischer Ziele in Bezug auf die Bevölkerungspolitik deutlich.²⁵¹ „Wo die Kaufmannschaft recht blühet, und die Nahrung nach sich zieht, da kann ein Land und Leut auff Erden, reich und wol begütet werden“ und damit einen essenziellen Beitrag für das Bevölkerungswachstum leisten.²⁵² Somit sollen unter anderem die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Sinne peuplierungspolitischer Ziele konzipiert werden. Aus diesen frühkameralistischen Ausführungen wird deutlich, dass es keineswegs um eine bloß nach quantitativen Maßstäben ausgerichtete Peuplierungspolitik geht, sondern dass zum erfolgreichen Wachsen einer Population eine heterogene mit jeweils speziellen Aufgaben betraute Bevölkerung erforderlich ist. Darum „[...] sol man gute Mechanicos und Künstler lieben, und darauf spendieren“ – dies ist eindeutig ein Attribut einer differenzierten, „qualifizierten“

²⁴⁶ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 17.

²⁴⁷ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 18.

²⁴⁸ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 19f..

²⁴⁹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 22f..

²⁵⁰ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 22f..

²⁵¹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 21.

²⁵² Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 23.

Peuplierungspolitik.²⁵³ Qualifizierte Arbeiter und technologisches Wissen sind wichtige Stützen einer wachsenden Gemeinschaft, die man aus peuplierungspolitischer Sicht anwerben und ins Land ziehen muss.

Die von Becher angestrebte „proportionsbedachte“ Peuplierungspolitik fußte auf seiner zusammenfassenden, mit merkantilen Vorstellungen geprägten Ausführung, dass alle drei Stände „[...] ihre proportion gegen einander haben wollen.“²⁵⁴ Bei der durch eine „proportionsbedachte“ Peuplierungspolitik angestrebte Beachtung des rechten Verhältnisses innerhalb der Gesellschaft sollen die drei nach Becher konstitutiven Stände „[...] mit gemeiner Hand einander unter die Arme greifen, dann wo dieses letztere, nemlich die rechte Gemeinschaft dieser dreyen Ständen wol in Obdach genommen werden“, besteht kein Zweifel, „[...] daß solche societät, Stad, Land, oder Republick, erstlich zu blühender Nahrung, und dadurch wegen des Zulauffs zu mächtiger populosität, hierdurch aber zu dem End der wahrhafften policey, nemlich zu einer ansehnlicher und nöthiger Menschlicher Gesellschaft gelangen werde.“²⁵⁵ Deswegen sind die um der Proportion Willen von den Obrigkeiten eingesetzten Zünfte und Gilden ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument zur Regulierung demographischer Parameter, sodass „[...] die Meister sich nach der proportion der consumption, und Nahrung richte[n], daß nicht zu viel, noch zu wenig ihrer in einer Stadt seyn, und einer den anderen verderbe.“²⁵⁶ Ein blühender Nahrungsstand versorgt somit nicht nur die bereits vorhandene Bevölkerung, sondern wirkt gleichzeitig auch als ein „Pull-faktor“ für migrationswillige Menschen. Durch die nun neu hinzugezogenen Menschen kann sich die Kapazität der Nahrungsgrundlage erhöhen, was wiederum mehr Menschen anziehen kann – Nahrungsgrundlage und Bevölkerungswachstum bedingen sich somit gegenseitig, wobei Becher der Nahrungsgrundlage beim bevölkerungstheoretischen Ausgangsszenario den Vorrang zuordnete. Aufgrund der besonders wichtigen Ausgangsposition der Subsistenzmittel in seinen peuplierungstheoretischen Überlegungen kam der Haushaltungskunst eine gewichtige Position zu, da sie „[...] sonder Zweifel einer der nöthigsten und nützlichsten Wissenschaften, wodurch das Aufnehmen des gemeinen wesens

²⁵³ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 24.

²⁵⁴ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 10. Becher deutet auch noch an anderer Stelle darauf hin, dass „[...] diese drey Stände weiter gemein eine gewisse proportion und correlation, so alle drey gegen einander (...) als jeder unter sich selbst“ haben sollten. Zitat aus S. 25.

²⁵⁵ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 11f..

²⁵⁶ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 30. Deshalb lassen sich „[...] in Teutschland darumb die Zünfte nicht abschaffen, und jedem freyn lassen zu arbeiten, was er will, weil Teutschland keine Außländische consumption hat, als die Holländer, sondern es würden in kurtzer zeit die Handwercke so überhäuffet, daß sie auß Mangel der consumption mit einander verderben müssten.“ Zitat aus S. 32f..

befördert wird“, ist.²⁵⁷ Der Ackerbau „[...] ist zu Erhaltung beydes Menschen und Viehes nothwendig“ und damit die „[...] Ernehrerin des gantzen menschlichen Geschlechts.“²⁵⁸ Ihm ist es wichtig, dass man bei einer stetig wachsenden Population die im Raum vorhandenen Ressourcen optimal nutzt, sodass man von „[...] einem ziemlich wohl eingerichteten Acker-Bau (...) zwey- oder drey-mahl mehr Nutzen haben (kann), also von einem grossen weitläufftigen Acker-Bau, dem nicht geholffen, und mit Arbeit sein Recht gethan wird.“²⁵⁹ Diese Überlegungen zur Intensivierung und Extensivierung zeugen in theoretischer Hinsicht von der Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Verordnungen, da bei einer wachsenden Bevölkerung die Ansprüche in Bezug auf die Nahrungsgrundlage und der Druck auf den Raum bzw. auf die Landschaft erhöht werden. Diese Interaktion von Bevölkerungswachstum und Raum war sich Becher bei seiner peuplierungstheoretischen Konzeptualisierung durchaus bewusst. Vor allem empfahl er demjenigen, „[...] welcher sich dieser ehrlichen Nahrung bedienen will, (...) ein kleines Land-Guth nahe bey einer Volck-reichen grossen, oder wegen einer Hofhaltung berühmten Stadt“ zu erwählen.²⁶⁰ Dabei wird deutlich, dass Becher keine „blinde“ oder radikal populationistische Peuplierungspolitik befürwortete, weil „[...] wann hingegen mehr Bauren, als Land vorhanden, mehr Handwercksleut als Arbeit, mehr Kaufleut als consumption in der Gemeind seynd“, eine zu große Bevölkerung ohne entsprechende wirtschaftliche und räumliche Grundlage den Staat und sich selbst zu Grunde richten würde.²⁶¹

Damit eine solche Gemeinschaft überhaupt realisiert werden kann, forderte er staatsinterventionistische Eingriffe der Obrigkeit, um mithilfe einer Peuplierungspolitik die nötigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Damit wird die Bevölkerung aus ihrer „göttlichen“ Isolation gelöst und ins Zentrum politischer Konzepte eingebunden. Somit wurde bezüglich der Bevölkerungsentwicklung und des angestrebten Bevölkerungswachstums der absolutistischen Obrigkeit eine besondere Rolle und neue verantwortungsvolle Aufgaben zugewiesen. Der daraus abgeleitete peuplierungspolitische Auftrag an die Obrigkeit, „[...]

²⁵⁷ Zitat aus Becher, J. J.: Kluger Haus-vater, Verständige Haus-Mutter, Vollkommener Land-Medicus, Wie und Wohlerfahrener Roß- und Viehe-Artzt, nebst einem Deutlichen und gewissen Handgriff, die Haushaltungskunst (Fakesimile-Ausgabe), Leipzig 1747, Vorrede S. 1. Weitere durch den Bevölkerungsdruck bedingten Intensivierungs- und Optimierungsmaßnahmen finden sich in den folgenden Kapitel: 2. Zum Ackerbau, S. 12-60; 3. Zu den Waldungen, S. 61f.; 4. Zu den Wiesen, S. 63f.; 5. Zu den Teichen und Fischereien, S. 64-72; 6. Zu den Baumgärten und Pflanzungen, S. 73-103; 7. Zu den Garten- und Krautgewächsen, S. 104-126; 8. Zur Hühnerhaltung, S. 127-145; 9. Zu den Gänsen und Enten, S. 146-148; 10. Zu den Tauben, S. 149; 11. Zu den Bienen, S. 150-226 und 12. Zum Weinbau, S. 227-229.

²⁵⁸ Zitat aus Becher, J. J.: Kluger Haus-vater ... , S. 13.

²⁵⁹ Zitat aus Becher, J. J.: Kluger Haus-vater ... , S. 14.

²⁶⁰ Zitat aus Becher, J. J.: Kluger Haus-vater ... , S. 136.

²⁶¹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 29f..

daß (...) [die] civil societät sich täglich (...) mehr und mehr vermehre und die Gemeine grösser werde“, erfordert eine Suche nach neuen politischen Instrumenten zur Realisierung peuplierungspolitischer Prämissen.²⁶² Durch diesen bevölkerungspolitischen Auftrag Bechers kam der Obrigkeit bei der Vergrößerung der Einwohnerschaft eines Landes eine gewichtige Rolle zu.

Neben der kriminellen Kaufmannschaft muss der Staat noch andere peuplierungspolitische Schutzmaßnahmen zur Förderung des Untertanenwachstums erlassen. Alle oben erwähnten drei Stände haben „[...] gemein drey gefährliche, und höchstschädliche, verderbliche Feinde, derer erste die Populosität verhindert, und der ist das Monopolium, der andere verhindert die Nahrung, und der ist das Polypolium, der dritte zertrennet die Gemeinschaft, und der ist das Propolium.“²⁶³ Diesen drei Gefahren muss man aus peuplierungspolitischer Sicht mit Policyverordnungen entgegenwirken. Nach Bechers Verständnis barg das Monopolium die Gefahr in sich, dass nur einer oder wenige das bekommen, „[...] wovon viel ehrlich leben könnten“, sodass daraus zu folgen ist, dass „[...] diejenige, welchen dardurch die Nahrung entzogen wird, verderben und auß dem Land müssen, also dardurch das Land arm und depopulirt wird, welches wieder das End der civil societät, die in der Menge der Menschen bestehen sol, ist.“²⁶⁴ An diesem Beispiel lässt sich deutlich erkennen, dass Becher von staatsdirigistischen Maßnahmen im Sinne einer Peuplierungspolitik und somit von der politischen Gestaltbarkeit und Beeinflussbarkeit demographischer Prozesse und Zustände überzeugt war. Da zu seiner Zeit erkannt wurde, dass das „[...] Monopolium solcher Gestalt der civil societät ins Herz greift“, erließen schon „[...] wohlbestellte Obrigkeiten durch allerhand gemeine Policy-Reguln die Verordnung (...), wie ein jeder mässig und bürgerlich in seinem Stand leben, und sich im Haußbauen, Essen und Kleydern verhalten solle, damit er außkommen könne, und nicht vonnöthen habe ein Monopolium zu affectiren, sondern seinem Mitbürger auch ein Stück Brod zu lassen.“²⁶⁵ Die Aufforderung zur Verhinderung der Etablierung des Monopoliums ist sicherlich nicht primär aus sozialpolitischen bzw. humanistisch-philanthrophischen Beweggründen zu interpretieren, sondern in erster Linie rein peuplierungspolitisch zu verstehen. Wenn man „[...] nur etliche wenige hauptreiche Leut unter sich hat, dann [gehen] im Fal der Noth (...) solche reiche Leut, und mit ihnen die gantze Gemeind durch“, sodass „[...] also das Monopolium der populosität und Vermehrung der

²⁶² Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 13f..

²⁶³ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 25.

²⁶⁴ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 26.

²⁶⁵ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 27f..

Inwohner eines Lands schädlich“ ist.²⁶⁶ Da die Monopolisten „[...] alles allein an sich (ziehen)“, schaden sie der Gemeinschaft erheblich.²⁶⁷ Hier muss nach Becher die Wirtschaftspolitik wirkungsvoll ansetzen, um die Ungerechtigkeit in der Verteilung des Vermögens zu beseitigen.

So wie das Monopolium „[...] der Populirung eines Landes zu wider (ist), in dem es nur einem gibt, wovon viel leben könnten“, so ist das Polypolium „[...] der Nahrung eines Orts zu wider, in dem es allen dieses zulasset, wovon nur etliche sich ehrlich zur Nothturft ernähren können“, sodass dadurch „[...] alle drey Stände verdorben und ruinirt“ werden.²⁶⁸ Hierbei kann der Staat mithilfe wirtschaftspolitischer Verordnungen regulierend in die Bevölkerungsentstehung einwirken und die Weichen für ein stabiles Populationswachstum stellen.

Aufgrund der von ihm schon erkannten Komplexität demographischer und wirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge fragte er sich, „[...] wie nun hierinnen das Mittel zu treffen [sei], daß nemlich weder zuviel, noch zu wenig Menschen an einem Orth seyn“, sodass die zwingende Notwendigkeit peuplierungspolitischer Konzeptualisierung die Bevölkerungszahl „[...] nach dem Maß der Nahrung [zu] proportioniren“ hat.²⁶⁹ Die „proportionsbedachte“ Peuplierungspolitik ist nach Becher kein leichtes Unterfangen und erfordert „[...] viel subtilitäten, Erkänntnisse, und ein gutes Juridicum, ja gantze geheime Handgriff, die Nahrung nach den Leuten, und die Leute nach der Nahrung [zu] proportioniren.“²⁷⁰ Einer der Hauptziele peuplierungspolitischer Gesetzgebung nach Becher ist somit die Wahrung der richtigen, gesunden Relation zwischen Nahrung und Bevölkerung. Eine vorbildliche Realisierung einer solchen Bevölkerungspolitik lag seiner Meinung nach in Holland vor, das aber eine gänzlich andere Ausgangslage besaß als das stark zersplitterte, in viele autonome Partikulargewalten zerfallene Deutsche Reich. Dennoch bewertete Becher das Deutsche Reich als „[...] ein mächtig Landt“, das „[...] seine gewisse Innländischen consumption (hat), die Hollandt nicht hat“, sodass „[...] wann auch die Teutschen in die Fremde handeln wollen, wird es ihnen an Gelegenheit und Freyheit an solchen Orth und Enden bey frembden Potentaten, wo sie handeln wollen, nicht mangeln, welche Hollandt wider nicht hat, dann es an viel Orth nicht hinhandeln darff.“²⁷¹

²⁶⁶ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 27.

²⁶⁷ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 27.

²⁶⁸ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 29.

²⁶⁹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 33.

²⁷⁰ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 33.

²⁷¹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 109f..

Allerdings kritisierte er in seinen peuplierungstheoretischen Ausführungen die archaischen Strukturen und die vorhandene Innovationsfeindlichkeit der Menschen, denn „[...] unter hundert tausend Menschen seynd kaum tausend in Teutschlandt, die sich und deß Vaterlands Auffnehmen bemühen, und unter den tausenden seynd wieder kaum hundert, die etwas thun können, und darunter seyn kaum zehen, die etwas thun wollen, hierunter seynd kaum zwey, denen mans zulässt.“²⁷² Neben dem Reformwillen und dem Mut, aktive bevölkerungspolitische Maßnahmen zu konstruieren, fehlt es zusätzlich an qualifizierten Menschen, die visionär mit den neuesten Erkenntnissen in bevölkerungspolitischen Bereichen arbeiten können. Die fehlende peuplierungspolitische Akzeptanz bei einigen Obrigkeiten verhinderte somit zu Lebzeiten Bechers eine schnellere demographische und wirtschaftliche Erholung des vom Dreißigjährigen Krieg stark gebeutelten Deutschen Reiches. Allerdings klagen gleichzeitig „[...] alle Leuth (...), daß Teutschlandt arm an Volck, Nahrung und Geld seye, und daß die Commerciën, Handel und Wandel in Abgang kommen, was man aber vor ein Mittel vorschlägt, das ist nicht angenehm, es scheint schier, als wann es ein Verhängnuß wäre, daß man also, wie man ist, bleiben muß, und daß man nimmer das thun kann, was die Nachbarn thun.“²⁷³ Sollte dieses politische Klima weiterhin bestehen bleiben, so kann diese Modernisierungsunfähigkeit, vor allem in Bezug auf die Peuplierungspolitik, verheerende Auswirkungen für das Deutsche Reich nach sich ziehen.

Nach seiner Auffassung sind sechs Aspekte für eine Regierung zur erfolgreichen Realisierung peuplierungspolitischer Ziele zu beachten. Zuerst hat die Obrigkeit „[...] achtung zu geben auf die gemeine Landes-Nahrung, hernach der Städte, drittens muss man sehen, wie man den arbeitsamen Leuthen helffe, vierdtens wie man den Käuffern und Kauffleuthen an die Handt gehe, ihr Geld den gemeinem Wesen, und ihnen selber zum besten anzuwenden, und letztens, oder sechstens, daß man auch der Armen nicht vergesse, sondern sehen, wie derselben in ihrer Noth könne geholfen werden.“²⁷⁴ Diese von ihm vorgebrachten Punkte, „[...] welche als ein Augapffel eines Landts von der Regierung müssen in obacht genommen werden“, sind für peuplierungspolitische Konzepte die Grundlage einer zukunftsorientierten Bevölkerungspolitik, weil wenn nur einer „[...] dieser fählet, gibt es alsobald in dem gantzen Staat eine verderbliche Hindernuß und Veränderung.“²⁷⁵ Bei Becher wird dem Staat bezüglich einer expansiven Bevölkerungspolitik, die als Grundlage für die Wohlfahrt eines Staates steht,

²⁷² Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 111.

²⁷³ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 112.

²⁷⁴ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 197.

²⁷⁵ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 197f..

viel (peuplierungs-)politischer Gestaltungsspielraum zugeordnet. Um die Sicherstellung der Nahrungsversorgung einer wachsenden Bevölkerung zu garantieren, forderte er unter anderem „[...] ein gantzes Landt durch Magazinen (...) (zu) versehen [und] jede grosse Volckreiche Statt solcher gestalt in obdacht zu nehme[n], und ein particular Magazin darinnen“ zu errichten.²⁷⁶ An diesem Beispiel lässt sich in vorbildlicher Weise verdeutlichen, wie peuplierungspolitische Maßnahmen raumwirksam werden können. Die geforderte flächendeckende Errichtung korngefüllter Kammern würde sicherlich nicht nur das Erscheinungsbild der Kulturlandschaft verändern, sondern auch neue infrastrukturelle Maßnahmen und Ausgestaltungen würden notwendig werden. Diese raumplanerischen Elemente bei Becher stehen direkt mit seinem peuplierungstheoretischen Gedanken in Verbindung.

Um die optimale Allokation vorhandenen Menschenpotenzials zu forcieren, müssen zudem die zahlreichen „[...] Bettler in einem Lande (...) in Arbeit (...) und in ehrliche Bürgerliche Nahrung“ gestellt und gebracht werden.²⁷⁷ Wie sehr es ihm dabei um die optimale Ausnutzung menschlicher Energie geht, wird unter anderem in seinen kriminalistischen Überlegungen sehr deutlich, denn „[...] was nutzt ein Dieb, der umb fünfftzig Gulden ist gehancket worden, sich oder diesem, dem er gestohlen?, da er doch im Werckshauß in einem Jahr wol viermal soviel wieder verdienen kann.“²⁷⁸ Wie stark auch andere kriminalistische Anschauungen vom Prinzip der „populierung“ durchdrungen sind, wird an folgender Textstelle recht deutlich: „Warum schlägt man einen Mörder den Kopff herab, und hencket einen Dieb? Allein darum, daß der erste die populosität, der andere die Nahrung der Gemeinde mindert.“²⁷⁹ Das effektivste und von der Forschung als das bedeutsamste Projekt Bechers bezeichnete Instrument dafür ist das von ihm erfundene Werks- oder Manufakturhaus.²⁸⁰ Die Absicht dahinter war die Errichtung eines rasch wachsenden staatlichen Vorbildunternehmens, das als eine beispielhafte Muster- und Lehranstalt fungieren sollte. Die detaillierten Beschreibungen zum Manufakturhaus deuten darauf hin, dass er ein für damalige Verhältnisse großes Unternehmen mit stark differenzierten Industriezweigen plante. Becher bezeichnete sein „Werkshaus“ als ein Gebäude, „[...] worinnen als in einem Seminario die Manufacturen und Künste erfunden und introduciret, die Leute abgerichtet, und auff das

²⁷⁶ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 203f..

²⁷⁷ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 207.

²⁷⁸ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 207f..

²⁷⁹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 106.

²⁸⁰ Siehe dazu Johann Joachim Becher-Gesellschaft zu Speyer (Hrsg.): Johann Joachim Becher ... , S. 81-87. Zu genaueren Konzeption des Manufakturhauses siehe Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 207-209.

Land, und in die mitleidende gepopulirte Staedte diffundiret und stabiliret“ werden.²⁸¹ Das bildungspolitische Interesse lag in der Ausbildung qualifizierter und mit speziellen Fähigkeiten ausgestatteter Facharbeiter für das inländische Handwerk. Damit solche staatlichen Lehr- und Ausbildungsbetriebe funktionieren konnten, sollten ausländische tüchtige Handwerksmeister angeworben werden. Allerdings warnte Becher eindringlich davor, „[...] Instrumenta zu erfinden, um Menschen zu ersparen, oder ihnen ihre Nahrung zu verkürzen“ und nur Maschinen und „[...] Instrumenta zu practiciren, welche vortheilhaftig und nützlich seyn.“²⁸² Ein Aspekt, der einer „qualifizierten“ Peuplierungspolitik zuzuordnen ist. Man solle nicht nur „[...] die Populierung einer Stadt wie auch das Einkaufen der Waren und Bereitung der Manufakturen allzeit nach der Konsumption und Vertrieb proportionieren, denn wo die Komsumption zu groß, der Manufakturen, Waren, Handels- und Kaufleut zu wenig seind, ist es ein Zeichen nachlässiger fauler Leut“, die es zu eliminieren und zu ersetzen gilt.²⁸³

Zudem sind diejenigen Leute von staatlicher Seite aus zu unterstützen, „[...] welche die arme Leuth suchen, in die Arbeit stellen, und gedencken, daß sie so manchen Bürger dem Vatterlandt geworben, so manchen Bettler sie zu ehrlicher Nahrung gebracht haben, dann wan ein Bettler einmal zu einem nahrhafften Bürger ist [geworden], wird er nimmermehr suchen zu betteln, ja an stat, daß einige Regierungen die Bettelleuth durch angeschlagene Placaten auß ihrem Landt verweisen, wollte ich daran seyn, Fremde hierein zu locken, und dann solche Bettler in nahrhafften Standt bringen.“²⁸⁴ Aus diesen Ausführungen Bechers lassen sich einige interessante peuplierungspolitische Aspekte ableiten. Es ist eindeutig zu erkennen, dass er eine „aktive“ Peuplierungspolitik, also eine auf Einwanderung bedachte Bevölkerungspolitik, favorisierte.

Dass auch die Religion kein Hinderungsgrund zur Einwanderung sein sollte, wird in der Schrift „Entwurff oder Einladung einer Ruh-liebenden und ihren Nechsten zu dienen suchenden philosophischen Gesellschaft“ deutlich. Im utopisch anmutenden Idealbild einer philosophischen Gesellschaft „[...] wird einem jeden seine Religion frey gelassen“, sodass er sie ausleben kann, „[...] wann und wo er will, vor sich, nur daß er andere nicht ärgere [und]

²⁸¹ Zitat aus Becher, J. J.: Nürrische Weißheit und Weise Narrheit: Oder Ein Hundert, so Politische alß Physicalische, Mechanische und Mercantilische Concepten und Propositionen, Deren etliche gut gethan, etliche zu nichts worden, Franckfurt 1707, S. 122.

²⁸² Zitat aus Becher, J. J.: Nürrische Weißheit und Weise Narrheit ... , S. 11f..

²⁸³ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 358. Vom peuplierungspolitischen und kameralistischen Standpunkt aus waren die in den Manufakturen benutzten Maschinen und weitere technische Erfindungen abzulehnen, weil sie nach der damaligen bevölkerungstheoretischen Auffassung dem Gedanken der Peuplierung widersprachen. Siehe dazu Troitsch, U.: Ansätze technologischen Denkens ... , S. 17.

²⁸⁴ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 207.

jeden darinn seyn lasse, wer er ist.“²⁸⁵ Man solle „[...] in Religionssachen mit einander nicht disputiren, noch einander verdammen und ärgern, sondern still, friedlich, und ein jeder in seiner Religion fromm und andächtig leben.“²⁸⁶ Die von ihm geforderte Glaubensfreiheit sowie deren freie religiöse Ausübung offenbaren dem Leser Bechers peuplierungspolitisches utopisches Ziel und Ideal einer aufgeklärten pluralistischen Gesellschaftskonzeption, die es mit politischen Mitteln zu verwirklichen gilt. Zudem war er von der Notwendigkeit menschlicher Konditionierung überzeugt, weil man die Menschen aus peuplierungspolitischer Sicht zu fleißigen, staatstreuen und an der Ökonomie des Staats partizipierenden Untertanen erziehen kann. Deshalb sollten alle Menschen einwandern dürfen, auch wenn einige dem Bettlerstatus zuzuordnen sind. Der Bildungs- und Sozialpolitik kommen dadurch bedeutende Positionen in seiner peuplierungstheoretischen Konzeption zu.

J. J. Bechers peuplierungspolitische Prämissen und Ausführungen handeln von „[...] Landes, oder Statt, nemblich von Bauren-, Handwercks- und Kauffmanns-Standt, von Vermehrung, Ernehrung und Gemeinschaft eines Orths, von dem Monopolio, Polypolio und Propolio, als gemeinen Feinden der populosität, Nahrung und Gemeinde eines Orths.“²⁸⁷ Seine Leistung aus peuplierungstheoretischer Sicht lag in erster Linie in der Legitimierung und Säkularisierung bevölkerungspolitischer Maßnahmen und damit in der Entkopplung der Bevölkerungspolitik vom „göttlichen“ Zuständigkeitsbereich. Als Basis für seine populationistischen Bemühungen führte er allerdings den alttestamentarischen Schöpfergott an, der schon konstatierte, dass es schlecht sei, wenn der Mann allein lebe. Auf der Basis biblischer Aussagen leitete er den Willen Gottes, dass sich die Bevölkerung vermehren müsse, ab, arbeitete gleichzeitig daraus im Umkehrschluss einen direkten bevölkerungspolitischen Auftrag an die Obrigkeiten absolutistischer Herrschaften heraus und rückte das politisch neue Themenfeld „Bevölkerung“ in das Zentrum gesamtpolitischer Betrachtungen. Sowohl die Wirtschafts-, als auch die Agrar- und Bildungspolitik wurden dem Primat der Peuplierungspolitik untergeordnet.²⁸⁸ Es ist ein herausragender Verdienst des

²⁸⁵ Zitat aus Becher, J. J.: Entwurff oder Einladung einer Ruh-liebenden und ihrem nechsten zu dienen suchenden philosophischen Gesellschaft. Nach der Ausgabe Hamburg 1707 wegen vielfältiger Nachfrage wieder aufgelegt, mit einem Nachwort versehen und der Gesellschaft der Münchener Bücherfreunde zur 2. Jahresversammlung gewidmet von seinem Landesmann und Verehrer Dr. Ernst Darmstädter, München 1925, S. 2.

²⁸⁶ Zitat aus Becher, J. J.: Entwurff oder Einladung ... , S. 3.

²⁸⁷ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 226. Siehe dazu auch Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 37f. und S. 39-46.

²⁸⁸ Siehe dazu Johann Joachim Becher-Gesellschaft zu Speyer (Hrsg.): Johann Joachim Becher ... , S. 78-80. J. J. Bechers konzipierter Staat definierte den Mensch als Produktionskraft, der durch gezielte peuplierungspolitische Maßnahmen mehr Energie in die Landschaft zur Erlangung der Glückseligkeit aller im Staat lebenden Personen bringen könnte.

Kameralisten Becher den notwendigen Einfluss politischer Maßnahmen auf die Bevölkerung und Wirtschaft zur Hebung der Wohlfahrt des Staates bewusst gemacht zu haben.²⁸⁹ Allerdings sind die konkreten Vorschläge zur Umsetzung peuplierungspolitischer Konzepte noch sehr knapp gehalten. Dem Staat kam bei der Bevölkerungsgenese eine tragende Rolle zu, der nun „[...] auf Beförderung der Vermehrung, Ernährung, und Gemeinschaft eines landts ex professo achtung“ geben muss.²⁹⁰ Mithilfe der „[...] Policey-Ordnung, in welcher zu sehen ist, was in der gantzen Welt in einem Regiment rühmlich ist“, kann der Gemeinschaft eine gute Ordnung gegeben und „[...] auch die unfruchtbarste(n) Länder (...) populoß, und Nahrhaft“ gemacht werden.²⁹¹ Die Policeyverordnungen werden, wie man noch im Verlauf der weiteren Untersuchung sehen wird, zu den wichtigsten Instrumenten peuplierungspolitischer Realisierung. Becher deutete im Zuge seiner peuplierungstheoretischen Ausgestaltung auf den wichtigen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsvermehrung und Subsistenzmitteln hin. Die durch peuplierungspolitische Maßnahmen unterstützte Bevölkerungsvermehrung bei gleichzeitiger Berücksichtigung räumlicher und agrarischer Potenziale stellte für Becher immer ein Mittel zur Machtsteigerung des Staates dar. Er führte aus, dass „[...] viel Leut in einem Land und keine Nahrung dazu, (...) demselben mehr schädlich als nützlich [ist], es macht Müssiggänger, Dieb, Mörder, Rebellen, Ritter“ zu einem ungewollten Ergebnis der Nahrungsnot.²⁹² Seine Konzeption einer „proportionsbedachten“ Peuplierungspolitik berücksichtigte die Erkenntnis, dass bei der Verwirklichung der Wohlfahrt einer wachsenden Population sich alle drei Stände in einem gewissen Verhältnis zueinander bewegen müssen. Sowohl die auf frühauflärerische Gedanken basierende pluralistische Gesellschaftskonzeption als auch die Religions- und Konfessionsfreiheit waren Zeugen seiner differenzierten Peuplierungstheorie, die von den späteren Kameralisten des 18. Jahrhunderts spezifiziert und weiter ausdifferenziert wurde.

All diesen bisher vorgestellten drei Denkern war die wechselseitige Beziehung zwischen Bevölkerung und Nahrungsgrundlage bewusst. Zum Beginn des 18. Jahrhunderts fand eine vorsichtige Veränderung im peuplierungstheoretischen Denken statt. Die Bevölkerungszunahme wurde vor die Nahrungsgrundlage gesetzt. Die Nahrungsgrundlage, so die verbreitete Meinung der „neuen“ Generation von Peuplierungstheoretikern, würde sich

²⁸⁹ Dieser Aspekt wird in Zeiten heutiger Wirtschafts- und Demographiekrisen wieder neu diskutiert und hat dadurch an Aktualität nichts eingebüßt.

²⁹⁰ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 224.

²⁹¹ Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 227.

²⁹² Zitat aus Becher, J. J.: Politischer Diskurs ... , S. 310.

aufgrund natürlicher Ursachen von allein einstellen. Auch die weitverbreitete Annahme jener Zeit, dass die Bevölkerung seit dem Altertum einer stetigen Abnahme unterliege, förderte die Überlegungen des neuen Typus dieser „radikalen“ Peuplierungstheoretiker.

3.4. Gottfried Wilhelm Freiherr von Leibniz (1646-1716)

Der Universalgelehrte und Gründer der Berliner Akademie der Wissenschaften (1700) G. W. v. Leibniz gelangte aufgrund seiner intensiven Beschäftigung mit der Staatslehre zu gesundheitspolitischen Fragen.²⁹³ Er deutete auf die Notwendigkeit statistischer Erfassung hin, die den Menschen nach Alter, Familienstand, Berufsklasse, Arbeitsdauer, Lebensdauer und Todesursache erfassen sollte. Leibniz sendete unter anderem die von C. Neumann (1648-1715), einem der Wegbereiter der deutschen Demographie und Bevölkerungsstatistik, verfasste „Reflexiones über Leben und Tod bei denen in Berslau Geborenen und Gestorbenen“ von 1689 an die Royal Society, deren Mitglied Leibniz im Jahre 1673 geworden war.²⁹⁴ Die von Leibniz zugesandten Geburts- und Sterbezahlen bildeten eine wichtige Grundlage für die von E. Halley (1656-1742) im Jahre 1693 veröffentlichten Sterbetafeln, auf dessen methodischer Arbeitsweise später auch die von J. P. Süßmilch (1707-1767) getätigten wegweisenden Untersuchungen demographischer Parameter basierten.²⁹⁵ Die leibnizsche Staatslehre gründete darauf, dass „[...] alle diejenigen, welche die etwas sparsamere Natur, um die Welt bunt zu schattieren, mit einem gerigeren Grade des Verstandes und der Macht begabt hat, daß sie nur gleichsam anderer mechanistischer Instrumente sein müssen, genügten, wenn sie sich als Instrumente der Ehre Gottes“ verstehen.²⁹⁶ Die Gesundheit müsse zur Pflicht eines jeden Menschens als auch des Staates werden.²⁹⁷ Seine gesundheitsbegriffliche Definition schloss sowohl das physische Wohl als auch die seelische

²⁹³ Siehe Thakkar-Scholz, A.: Der „Wert des Menschen“. Der „Wert des Menschen“ in der Diskussion der Medizin: Von der Entdeckung des gesunden, arbeitsamen Menschen in der kameralistischen „Peuplierungspolitik“ bis zur „Gesundheitswirtschaftslehre“ Pettenkofers als Verbindung von Nationalökonomie und kommunaler Gesundheitsfürsorge, med. Univ. Diss., Düsseldorf 1998, S. 91-94.

²⁹⁴ Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 179f. und S. 220f.. Die Royal Society wurde im Jahre 1660 im Gresham College in London gegründet. Einer der zwölf Gründungsmitglieder dieser wissenschaftsfördernden Institution war W. Petty (1623-1687), der Vater der englischen Nationalökonomie, der sich unter anderem mit dem wirtschaftspolitischen Modell der Niederlande auseinandersetzte und dadurch mit bevölkerungspolitischen Gedanken in Berührung kam.

²⁹⁵ Unter anderem sandte ihm der italienische Arzt B. Ramazzini (1633-1714), seit 1682 Professor der Medizin in Modena, im Jahre 1691 statistische Daten über die Morbidität und des Auftretens verschiedener Krankheiten zu, woraufhin Leibniz selbst ähnliche Aufzeichnungen zahlreicher Regionen anfertigte, die wiederum für Süßmilch als fundamentale methodische Vorläufer für sein Werk fungierten. Siehe dazu Kapitel B.3.4..

²⁹⁶ Zitat aus Leibniz, G. W. v.: Grundriss eines Bedenkens von der Aufrichtung einer Societät in Deutschland, um die Künste und Wissenschaft aufzunehmen, 1669-1672, in: Ders.: Schöpferische Vernunft. Schriften aus den Jahren 1668-1686, zusammengestellt, übersetzt und erläutert von W. von Engelhardt, 2. Aufl., Münster/Köln 1955, S. 77f..

²⁹⁷ Siehe zum Verhältnis von Kameralismus und Gesundheitspolitik auch Schwarz, Fr. W.: Idee und Konzeption der frühen territorialstaatlichen Gesundheitspflege des 16.-18. Jahrhunderts, med. Univ. Diss., Frankfurt a. M. 1973, bes. S. 20.

Konstitution mit ein. Schon hier wird die weite Dimension eines differenzierten Peuplierungsbegriffs deutlich. Auch die Förderung der christlichen Tugenden, wie man in einem Brief von ihm an V. L. v. Seckendorff nachlesen kann, lag ihm sehr am Herzen, weil wenn „[...] wir wahrhaft Christen sein wollen, müssen wir sicherlich nicht nur in der Kirche, sondern auch im Rathaus, auf dem Mark und dem Schlachtfeld Christen sein.“²⁹⁸ Zu diesem Beispiel christlicher Bevölkerungspolitik spielte der qualitative Aspekt peuplierungstheoretischer Gedanken in Form eines inhaltlichen Gestaltungsauftrages an den christlichen Regenten eine entscheidende Rolle.

3.5. Theodor Ludwig Lau (1670-1740)

Einer der ersten „reinen“, radikalen Populationisten, also derjenigen, die die Bevölkerungsfrage ins Zentrum gesamtstaatlicher bzw. staatspolitischer Betrachtung und vor die Nahrungsgrundlage stellten, war der in Königsberg geborene Th. L. Lau, der entschieden für einen dauerhaften Bevölkerungsanstieg plädierte. In seinen peuplierungspolitischen Überlegungen erkennt man ohne Zweifel die absolutistische Färbung jener Zeit. Nach dem Grundsatz „In der Menge des Volcks wurzelt sich die Macht und Reichthum eines Staates“ konzipierte er seine Pläne, die in seiner Kausalkette „mehr Menschen – mehr Soldaten – mehr Macht“ deutlich zum Ausdruck kam.²⁹⁹ Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe einer fürstlichen Kammer, „[...] die Populosität und Bevölkerung des Staates (...) [zu] befördern.“³⁰⁰ In seinem Buch finden sich allerdings keine Andeutungen mehr, dass für die wachsende Zahl der Einwohner auch die nötige Menge an Subsistenzmitteln bereitzustellen sei. Lau ging davon aus, dass dies durch die wachsende Bevölkerung von allein geschehe.

Nachdem Lau in Königsberg Jura studiert und sein Studium in der bald zur Hochburg der Kameralwissenschaften werdenden Universität Halle beendet hatte, reiste er 1695 in die Niederlande, 1697 nach England und verweilte sogar im Jahre 1700 einige Zeit im absolutistischen Königreich Frankreich, wo er mit den neuen staatswirtschaftlichen Lehren und Steuerprojekten sowie den populationistischen Ideen merkantiler Personen in Berührung

²⁹⁸ Zitat aus Leibniz, G. W. v.: Philosophische Schriften und Briefe 1683-1687, hrsg. v. U. Goldenbaum, Berlin 1992, S. 10.

²⁹⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag, ... , S. 5. Ähnliche Aussagen finden sich auch beim Schweizer J. H. Waser (1742-1780): „Jedermann wird einsehen, dass hierbey fast alles auf die Bevölkerung ankomme, von welcher die natürliche Stärke des Staats abhänget (...). Wo in einem weitläufigen Lande wenige Einwohner sind (...), herrschet (...) nichts anders als Müßiggang und Armuth: Wo aber viel Volks in einem kleinen Besitz landes gleichsam eingepfärcht ist, da erschweret und vermehret die Volksmenge die Bedürfnisse, und führt selbst zur Industrie, Frugalität und Arbeitssamkeit, welche Tugenden (...) allzeit mit Macht und Reichthum belohnt werden.“ Vielmehr ist es so, „[...] daß es dem Volke an Land fehle, als daß ein Land Mangel an Volk leide.“ Zitat aus: Waser, J. H.: Abhandlungen über die Größe der ganzen loblichen Eidgenossenschaft überhaupt des Canton Zürich insonderheit, Zürich 1775, S. 18f.

³⁰⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 66.

kam.³⁰¹ Im Jahre 1701 bekleidete Lau das Amt eines Staatsrats und Kabinettdirektors, wobei er innerhalb der fürstlichen „Cammer“ mit gleichzeitiger wirtschaftspolitischer Kompetenz ausgestattet für die Angelegenheiten der Domänen-, Zoll- und Steuerverwaltung zuständig war. Lau, ein Avantgardist kameralistischer Steuerlehre, sah sich wegen seiner oft provozierend wirkenden Freisinnigkeit herben Verfolgungen ausgesetzt und musste sogar eine Inhaftierung als Atheist und Spinozist über sich ergehen lassen.³⁰² Nach seiner Emigration in die Freie Hansestadt Hamburg verstarb er im Jahre 1740 in Altona in bitterer Enttäuschung. Sein Lebensfazit, er „[...] habe laut und harmonieus genug, zum öffteren gepffien, (aber) sie haben (...) nicht tanzen wollen“, zeugt von starker Verbitterung und großer Enttäuschung.³⁰³ Lau, einer der bedeutendsten Repräsentanten der Gruppe früher deutscher Aufklärer zum Beginn des 18. Jahrhunderts, war in seinen peuplierungstheoretischen Überlegungen radikaler als die meisten seiner Zeit. Durch die offen propagierte Religionskritik, das von ihm vehement vertretene pantheistische Gottesbild und die von ihm formulierte materialistische Anthropologie wurden seine Schriften zu den populärsten Büchern der im Untergrund zirkulierenden Aufklärungsliteratur, die, „[...] obwohl nur einem kleinen interessierten Publikum zugänglich, dennoch von erstaunlicher Wirkung“ waren.³⁰⁴ Wie eng die Verbindung der Peuplierungstheoretiker mit den damals regierenden Herrschern war, spiegelt sich in der Legende wider, dass Friedrich II. von Preußen eine später skandalumwitterte Schrift Laus initiiert, wenn nicht sogar das Vorwort selbst dazu verfasst haben soll.³⁰⁵ Wie es gleich weiter unten geschehen wird, bedarf das Bild des Kameralisten Laus als einen der herausragendsten Vertreter des stark vom Merkantilismus beeinflussten Peuplierungspolitikers der deutschen Frühaufklärung einer schärferen Konturierung und Differenzierung dessen, was theoriegeschichtlich die eigentliche Bedeutung Laus als Stellvertreter radikalen bevölkerungspolitischen Denkens zum Beginn der Aufklärung in Deutschland ausmachte. Sein eklektisches Denken in Bezug auf seine peuplierungspolitischen Überlegungen führte nicht zwangsläufig dazu, Meinungen einfach wahllos und synkretistisch zusammenzusuchen, sondern behutsam eine Auswahl zu treffen und mit Vernunft und aus freier Entscheidung zwischen unterschiedlichen Argumenten zu wählen.

³⁰¹ Zu den Personen- und Lebensdaten Th. L. Laus siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 178f.; Auch Pott, M.: Theodor Ludwig Lau (1670-1740), Dokumente (Philosophische Clandestina der deutschen Aufklärung, Abt. 1, Texte und Dokumente; 1), Stuttgart 1992, S. 16-30; Lau, Th. L.: Entwurff wohl-eingerichteter Steuern aus dem Jahre 1719, vorgestellt von Alfons Pausch (Neudruck von 1976, Köln), Frankfurt a. M. 1719, S. 10-14.

³⁰² Siehe dazu Pott, M.: Theodor Ludwig Lau ... , S. 19.

³⁰³ Zitat Th. L. Laus, hier entnommen aus Pott, M.: Theodor Ludwig Lau ... , S. 30.

³⁰⁴ Zitat aus Pott, M.: Theodor Ludwig Lau ... , S. 9.

³⁰⁵ Siehe dazu Pott, M.: Theodor Ludwig Lau ... , S. 13.

Neben den drei 1717 anonym veröffentlichten Traktaten, nämlich dem „Entwurf einer wohleingerichteten Policey“, den „Politischen Gedanken, welcher Gestalt Monarchen und Könige (...) mächtig und reich seyn oder werden können“ sowie der „Aufrichtigen Nachricht von dem jetzigen Etat des Finanz-Wesens der Respublica des Vereinigten Niederlands“, gab Lau im Jahre 1719 diejenige kameralistische Schrift in Druck, die ihn über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus aus bevölkerungstheoretischer Sicht bekannt machte. Seine peuplierungspolitische Prämisse besagte, dass eine wohleingerichtete Gesellschaft „[...] starck durch den Anwachs der Einwohner“ definiert wird.³⁰⁶ Grundpfeiler einer stabil wachsenden Untertanenschaft sind „[...] 1) der Reichthum nothwendiger, nützlicher und überflüssiger Lebens-Mittel, 2) die robuste Gesundheit [und] 3) die friedliche Sicherheit.“³⁰⁷ In all diesen drei Bereichen hat der Staat Vorsorge zu tragen, um die Macht und den Reichtum des Staates, der „[...] in der Menge des Volcks wurzelt“, zu garantieren und zu sichern.³⁰⁸ Auf der Basis dieses Erkenntnis betrachtete Lau zunächst alle Gefahrenmomente, die dieser Grundlage einer wachsenden Bevölkerung hinderlich werden konnten. Einige dieser grundlagengefährdenden Aspekte und „[...] dieser harmonieusen Staats-Verbindung geschworne Feinde, durch welche sie [die Staaten, Anm. d. Verf.] entkräftet, zergliedert und in fatale Unordnung gestürzt wird“, lassen sich in der „[...] Abnahm des Volcks und Minderung der Einwohner, der Veracht- und Verunehrung der Religion, (...) [der] negligirte[n] und verdorbene[n] Education, (...) [der] Menge der Armen, [der] grassierende[n] Kranckheiten und Seuchen“ sowie in den wüsten „[...] Ländereyen, nebst übel-conditionirten Städten“ finden.³⁰⁹ Daraus wird ersichtlich, dass sowohl eine schrumpfende Bevölkerung als auch unkultivierte und wüste Landflächen eine Gefahr für die Wohlfahrt des Staates darstellen können. Hier wird schon eine Verzahnung demographischer und räumlicher Elemente im peuplierungstheoretischen Sinne der optimalen Ausnutzung anthropogener und räumlicher Energiepotenziale erkennbar.

In seinem ersten Kapitel „Wie die Bevölkerung eines Staats einzurichten und zu erhalten“ werden nun konkrete peuplierungspolitische Maßnahmen zur Steigerung der Einwohnerzahl vorgestellt.³¹⁰ Dass das Objekt „Bevölkerung“ als erstes Thema in seinem Traktat behandelt wird, offenbart dem Leser gleichzeitig auch den Stellenwert, den die Bevölkerung in seinem gesamtpolitischen Konzept einnahm. Der erste Vorteil einer großen Bevölkerung wurde bei

³⁰⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 3.

³⁰⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 4.

³⁰⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 5.

³⁰⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 4.

³¹⁰ Vgl. Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 5-11.

Lau militärisch begründet, „[...] weil wo viel Menschen, viele Soldaten leicht angeworben und formidable Armeen, in das Feld gestellt werden können.“³¹¹ Ein stehendes Heer sowie eine große Armee war für die erfolgreiche Realisierung absolutistischer Herrschaftskonzepte ein konstitutiver Bestandteil herrschaftlicher Gewalt. Auch die wohltuende wirtschaftsfördernde Wirkung einer expandierenden Bevölkerung wurde bei ihm darin begründet, „[...] daß viele Menschen, vielen Handel und Wandel, Gewerbe und Handthierungen verursachen.“³¹² In seinem merkantilistisch-kameralistischen Wirtschaftsverständnis sind zahlreiche Einwohner eines Territoriums wie „[...] fleissige Bienen und einträgliche Kühe, welche die Königreiche und Provintzen mit Milch und Honig (...) anfüllen und überströmen.“³¹³ Peuplierungspolitische Maßnahmen wurden bei Lau somit aus militärischen und ökonomischen Gründen legitimiert.

Die Säkularisierung bevölkerungspolitischer Überlegungen war bei Th. L. Lau sowohl in legitimatorischer als auch in theoretischer Hinsicht vollständig vollzogen. Seine freisinnigen Vorschläge zur praktischen Vermehrung der Bevölkerung gipfelten z. B. in der peuplierungspolitischen Maßnahme, „[...] die populosität eines Staates“ mit der Einführung der im „[...] Orient fürnemblich in Schwang gehende Polygamie“ zu verstärken.³¹⁴ Dieses aufreizende Auftreten für die „Viel-Weiberey“, wohl wissend, damit die „Sturm-Glock [der] schreckbare[n] Cantzeln“ gegen sich zu ermuntern, spiegelt seinen Ideenreichtum bezüglich der Bevölkerungsvermehrung wider.³¹⁵ Dieses mutige frühauflärerische Denken im Bereich der Peuplierungstheorie lässt sich dadurch erklären, dass Lau versuchte, allein im autonomen Vernunftgebrauch und ohne jede Rückbindung an theologische Grundvoraussetzungen sichere erkenntnistheoretische Prinzipien natürlicher Ethik peuplierungstheoretischer Art abzuleiten. Lau schob hier das Privatvergnügen „Sex“ in einen zu regulierenden Bereich peuplierungstheoretischer Erörterung, da es in Bezug auf die Bevölkerungsvermehrung von größter staatlicher und öffentlicher Bedeutung geworden war. Die bei Lau komplett vollzogene Emanzipation bevölkerungspolitischer Überlegungen von religiösen Dogmen machte dadurch die Peuplierungspolitik auch zu einem Kind der Aufklärung. Der innovativ denkende Kameralist Lau entsprach nach den Aussagen des bekannten französischen Aufklärers D. Diderot (1713-1784) dem Idealbild eines eklektischen, freien Philosophen, der „[...] das Vorurteil, die Autorität, die Tradition und den allgemeinen Konsens hinter sich

³¹¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 5.

³¹² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 5.

³¹³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 5.

³¹⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 6.

³¹⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 6.

(läßt) und den Mut (hat), sich seines Verstandes zu bedienen, um selbst die scheinbar klarsten und allgemeinsten Prinzipien erneut zu überdenken, zu diskutieren und zu prüfen.“³¹⁶ Aus der Unerkennbarkeit Gottes leitete er die Schlussfolgerung ab, die Pluralität religiöser, geistiger und philosophischer Überzeugungen zu akzeptieren und zu tolerieren. Mit dieser Erkenntnis bereitete er die geistige Grundlage für die Peuplierungspolitik vor. Die aus diesem Denken abgeleitete Forderung nach geistiger, konfessioneller und philosophischer Toleranz bestimmte Laus argumentative Ausgestaltung peuplierungstheoretischer Theoreme, die sich z. B. in der für die aus bevölkerungspolitischer Perspektive sinnvolle Anwerbungspolitik andersgläubiger und andersdenkender Menschen wiederfinden. Der Toleranzgedanke und der Gewaltverzicht gegenüber anderskonfessionellen und –religiösen Menschen sowie die Gestattung freier Religionsausübung spiegeln sich in den freisinnigen, religionskritischen Äußerungen Laus wider.³¹⁷ Damit nun auch jeder potenzielle Einwanderer „[...] seine Religion ungekräncket ausüben, zu dem Gottesdienst und einem tugenhafften Leben die seinigen erziehen, auch derer, durch den Seegen Gottes und seine Arbeit erworbener Güter, in süßer Ruhe sich erfreuen könne, muß die güldene Sicherheit in den Mauren eines Staates (...) [das] Scepter führen.“³¹⁸ Vor allem in seiner „religionskritischen Priesterbetrugstheorie“ erklärte er, dass die Priester und Fürsten zur ihrer Machtvervollkommnung die natürlichen Neigungen der unaufgeklärten Menschen zum Aberglauben und übersteigter Religiosität ausnutzen, um mithilfe der dazugehörigen spezifischen Kulturformen ihren gesellschaftspolitischen Einfluss auszubauen. Die Religion, so Lau, „[...] (sey) eine Erfindung der Clerisey und Staatsmänner.“³¹⁹ Daher dürfe der Staat bei der Verwirklichung peuplierungspolitischer Ziele keine Hemmungen zeigen, „[...] durch kluge Anordnungen frembde Religionen und Nationen an- und ins Land zu locken.“³²⁰

Allerdings wollte er die Religion nicht vollständig beseitigen, da sie durchaus für die Realisierung peuplierungspolitischer Ziele in Form sittlich-moralischer Erziehung zu

³¹⁶ Zitat aus Diderot, D.: *Eclectisme*, in: *Encyclopédie, ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers*, Bd. 5, Paris 1755, S. 270.

³¹⁷ Siehe bes. dazu die Kapitel 20, 21, 25 und 26 in Lau, Th. L.: *Meditationes, Theses, Dubia, Philosophico-Theologica, Placidae Eruditorum, Desquisitioni Religionis cujusvis & Nationis in Magno Mundi Auditorio, Freystadii 1719*. Abgedruckt in Pott, M.: *Theodor Ludwig Lau ...*, S. 131f. und S. 135-137. Laus Vorstellung einer natürlichen Religion, die den Menschen als einen Teil immerwährender und von Gott durchdrungener Schöpfung versteht, prägt die einfachen und allen Menschen einsichtigen Prinzipien, die nach Abschlagung aller theologisch-dogmatischer Lehrgebäude und moralisch-geistiger Fesseln religiöser Traditionen in der Freiheit des Individuums gipfeln. Diese Art von Religion umschreibt Lau mit dem Begriff „Deismus“. In Kapitel 22 bezeichnet Lau die Deisten als die wahren Verehrer Gottes.

³¹⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: *Aufrichtiger Vorschlag ...*, S. 36.

³¹⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: *Aufrichtiger Vorschlag ...*, S. 11.

³²⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: *Aufrichtiger Vorschlag ...*, S. 139.

arbeitsame, fleißige und gehorsame Untertanen einen Beitrag leisten kann. Da die religiöse Frömmigkeit und Rechtschaffenheit durchaus nützlich für die angestrebte Wohlfahrtssteigerung des Staates sein kann, wurden sie in der peuplierungspolitischen Theorie als notwendige Funktionsmechanismen sozialer Interaktion verstanden. Die Religion als eine essenzielle Gestaltungskraft im Leben zahlreicher Menschen hat somit in Laus peuplierungstheoretischer Konzeption einen funktionalen Wert für den Erhalt einer Gesellschaft. Um diese politische Instrumentalisierung zu erlangen, sollten das Priesteramt nur diejenigen bekleiden, die „[...] Gelehrte und zu de[n] ehrwürdigen Aemtern qualificirte Männer seyn.“³²¹ Um mithilfe der Religion auf das sittlich-moralische Niveau der Einwohner einwirken zu können, sind „[...] die Sonn- und übrige dem Gottesdienst gewidmete Tage (...) mit gebührender Devotion [und] ohne weltliche Negotia (...) zu feyren.“³²² Dabei sollen die Zuhörer in den Kirchen „[...] nicht aus weltlichen Absichten, sondern nach dem Trieb ihres Gewissens sich in den Kirchen einfinden und mit einer unbetrüglchen Andacht dem Gottesdienst und Predigten beywohnen, auch darinnen still, modest und sittsam sich betragen.“³²³ Dem nach seiner Auffassung eines unter staatlicher Kontrolle zu stellenden „[...] wohlverfassten Gottesdienst sind (...) der Gewissens-Zwang und eine limitierte Religions-Freyheit, alberne, dunckle und lange Predigten, Heydnische, abergläubische, lächerliche und unnöthige Kirchen-Gebräuche“ und Ritten zuwider.³²⁴ Um die sittlich-moralische Konditionierung der Untertanen zu gewährleisten, dürfen „[...] geistliche Streitigkeiten, Staats-Affairen, Privat-Sachen [und] Injurien auf der Cantzel“ nicht kundgetan werden.³²⁵ Erst das Pflichtverständnis und die Gehorsamsvermittlung zugunsten der Stabilität politischer Ordnung machen die Religion auch in den bevölkerungstheoretischen Schriften zu einem Vehikel für die Macht des Staates. Diese Radikalität in der Suche nach der Legitimität der Denk- und Gewissensfreiheit findet sich eindrucksvoll in seinen peuplierungstheoretischen Überlegungen wieder. Das in Laus eklektischer Physikotheologie skizzierte mechanistisch-materialistische Menschenbild wurde von vielen Zeitgenossen mit dem ketzerischen Begriff des Spinozismus denunziert.³²⁶ Die Übertragung des menschlichen Blutkreislaufs, der seit seiner Entdeckung durch den Engländer W. Harvey (1587-1657) die medizinisch-philosophische Diskussion über die Grundprinzipien des menschlichen Lebens

³²¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 12.

³²² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 12.

³²³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 12.

³²⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 12.

³²⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 13.

³²⁶ Zur eklektischen Physikotheologie Th. L. Laus siehe Pott, M.: Theodor Ludwig Lau ... , S. 36-44. Zu Physikotheologie allgemein siehe auch das Kapitel B.3.6. Johann Peter Süßmilch (1707-1767).

dominierte, auf das gesamte Menschenbild führte dazu, dass Lau den Menschen als eine Maschine betrachtete.³²⁷ Verstand man die einzelnen Relationen der anthropogenen Bestandteile innerhalb des Körpers, so konnte man unter dem Einsatz peuplierungspolitischer Maßnahmen die Menschen mittels besserer medizinischer und hygienischer Versorgung in ihrem Beitrag zur Wohlfahrtssteigerung optimieren und somit die zu Verfügung stehende menschliche Energie an ihr Optimum hinführen.

Durch die Verkündung der aus peuplierungstheoretischer Sicht sinnvollen Einführung der Polygamie provozierte er zahlreiche Gemüter, machte aber auch gleichzeitig auf seinen Ideenreichtum als Peuplierungspolitiker und Steuerfachmann aufmerksam. Er argumentierte, dass es „[...] gleichwohl mit keinem unwidertreiblichen Beweißthümern erhärtet werden kann, daß vielen Ehefrauen beyzuwohnen, den Göttlichen und natürlichen Rechten schnurgerade entgegen lauffe.“³²⁸ Die Einführung der Polygamie als eines der „[...] souveraineste[n] Mittel (...), [um] ein Land zu peupliren“, stellte im Deutschen Reich ein unmögliches und unrealistisches Unterfangen dar, sodass er nach realistischeren Lösungen zur Steigerung der Bevölkerung suchen musste.³²⁹ Dabei können „[...] 1) die Einheimischen [und] die Fremdbden in vieles contribuiren“, um die Einwohnerzahl z. B. durch „[...] ihr zeitiges und öfteres Heyrathen“ und durch die „[...] baldige Veränderung des Wittwenstandes“ zu erhöhen.³³⁰ Damit die Untertanen neben der natürlichen Motivation zur Zeugung von Nachkommenschaft mittels zusätzlicher Anreize zum Kinderkriegen bewegt werden können, sollte der Staat „[...] gewisse Belohnungen an Geld und Geldes-Werth, Privilegien und Immunitäten [sowie] notable Vor-Rechte“ an zeugungswillige Ehepaare ausgeben.³³¹ Mit den aus peuplierungspolitischer Sicht ausgezahlten und vergebenen Leistungen des Staates glaubte man, auf das Reproduktionsverhalten und die Fertilität einwirken zu können. Dieses peuplierungspolitische Instrument war sicherlich in Zeiten virulenter Hunger- und Erntekrisen in seiner Wirkung nicht unwichtig, weil es die Nahrungsgrundlage einer Familie bei der Entscheidung, ein Kind bekommen zu wollen, sicherte.

Allerdings existieren aus peuplierungspolitischer Sicht noch zahlreiche Faktoren bevölkerungswachstumshemmender Natur, sodass „[...] dieser Anwachs und der Einwohner

³²⁷ Hier werden Spuren und Einflüsse des französischen Rationalisten und Philosophen R. Descartes (1596-1650) im Denken L. Laus deutlich, der im Zuge seiner philosophischen und medizinischen Untersuchungen im Traktat „de homine“ (veröffentlicht im Jahr 1662) zur einer mechanizistischen Ansicht über das Funktionieren tierischer und menschlicher Lebenswesen kam. Im weiteren Verlauf der peuplierungstheoretischen Ausarbeitung wird dieser Aspekt R. Decartes` nochmals eingehender aufgegriffen und erklärt.

³²⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 6.

³²⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 7.

³³⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 7.

³³¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 7.

Mehrung (...) durch die Einwohner selbst, auf verschiedene Arten, theils gehindert, theils gemindert (wird).“³³² Gehindert wird der Zuwachs der Bevölkerung nach Lau Meinung durch drei wichtige Faktoren, nämlich „[...] durch:

- 1) Die nombreuse Zahl der Ehelosen,
- 2) Die harte geistliche und Weltliche Straffen auf die geschwängerte und gefallene Weibes-Personen,
- 3) Die zu freye Verstattung der unzüchtigen Häuser.“³³³

Die große Zahl der Ehelosen, die oftmals aufgrund obrigkeitsstaatlicher Reglementierung und der fehlenden Fähigkeit, eine Familie zu ernähren, das Wachstum einer Population verhinderten, waren nach Lau eines der gravierendsten Hindernisse, die es mit peuplierungspolitischen Verordnungen zu beheben galt. Lau analytischer Blick führte ihn zu der Erkenntnis, dass das oftmals langsame Bevölkerungswachstum nicht nur natürliche, determinierte Gründe besaß, sondern auch partiell politisch begründet war und somit durch politische – im Speziellen durch peuplierungspolitische - Maßnahmen behoben werden konnte.³³⁴ Da die Beziehungen in der Frühen Neuzeit zwischen Demographie und politischer Beeinflussbarkeit gesellschaftlicher Phänomene ungemein direkter waren als heute, lässt sich daraus schließen, dass die Wirkung bevölkerungspolitischer Steuerbarkeit demographischer Prozesse mit einem größeren Potenzial zu veranschlagen wäre. Der Peuplierungspolitik bot sich aufgrund des feudalen Gesellschafts- und Verfassungssystems ein nicht geringes Gestaltungspotenzial demographischer Strukturen, in dem sie mittels der Aufhebung der Heiratsbeschränkungen und der Auszahlung familienpolitisch motivierter Gelder und Prämien auf das Heiratsalter beeinflussend wirken konnten. Die peuplierungspolitischen Maßnahmen konnten somit eine Verlängerung der Reproduktionszeit und damit eine Erhöhung der Fertilität initiieren. Diese erkannte Möglichkeit, beeinflussend auf einzelne demographische Parameter einwirken zu können, zeugte nicht nur vom frühneuzeitlichen Glauben kameralistischer Theoretiker bevölkerungspolitischer Steuerbarkeit demographischer Prozesse, sondern bewies zudem einen scharfen methodisch-analytischen Blick, Relationen verschiedener gesellschaftlicher Phänomene in ihren komplexen Wirkungszusammenhängen zu erkennen, bevölkerungspolitisch gestaltbare Parameter demographischer Strukturen und

³³² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 7.

³³³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 7.

³³⁴ Ein bisher noch nicht eindeutig erklärbares Phänomen der Frühen Neuzeit ist das von J. Hajnal entdeckte „European Marriage Pattern“. Es besagt, dass bei zunehmender Erhöhung des Lebensalters das Durchschnittsalter der Verheiratung in Mitteleuropa steigt und damit die Ekehäufigkeit erheblich herabgesetzt wird.

Prozesse zu isolieren und folgerichtig in peuplierungspolitische Konzeptualisierungen zur Erhöhung der Einwohnerzahl mit einzubinden.

Die oftmals aus religiös-archaischen Gründen verhängten weltlichen und geistlichen Strafen bei unehelichen Müttern beinhalteten ein großes Potenzial, die optimale Allokation der Ressource „Mensch“ zu verhindern. Vor allem das vorherrschende christlich-dogmatische Menschenbild degradierte die werdenden Mütter mit ihren unehelichen Kindern so vehement, dass es manchmal soweit führen konnte, dass das Kind zur Verhinderung der Schande abgetrieben wurde.³³⁵ Für einen Peuplierungstheoretiker stellte jedes Neugeborene, egal ob ehelich oder unehelich zu Welt gekommen, eine potenzielle Ressource dar, um die Bemühungen einer kompletten Ausnutzung des vorhandenen Bevölkerungspotenzials weiterhin zu intensivieren. Jedes neugeborene Menschenleben, so die auflärerisch-philanthropische Überzeugung, ist in seinem Beitrag zur Wohlfahrtssteigerung des Staates ein gleich zu behandelndes Lebewesen, das in seiner peuplierungspolitischen Funktion durch staatliche Maßnahmen geschützt werden muss. Oftmals wurden die unehelichen Kinder in Waisen- und Arbeitshäuser gesteckt, wo der Staat sich um deren Erziehung und Ausbildung kümmerte, damit sie als demographische Ressource ihren Beitrag zur Reichtums- und Machtsteigerung absolutistischer Herrschaften wirkungsvoll erbringen konnten.

Ein letzter Verhinderungsgrund zur Untertanenvermehrung lag nach Laus Analyse der vorhandenen Verhältnisse jener Zeit in der Duldung der Bordelle. Das männliche Geschlecht, gesteuert durch seinen natürlichen Trieb, solle seine Fertilität nicht sinnlos bei den Prostituierten verschwenden, sondern sie besser innerhalb der Ehe gewinnbringend für das Bevölkerungswachstum ausleben und für das familiäre Kinderzeugen nutzen. Da aber die Bordelle wohl auch in damaliger Zeit einen nicht geringen Anziehungseffekt auf das männliche Geschlecht ausübten, konnte man mithilfe eines Bordellverbotes das Anreizpotenzial diverser Lusthäuser reduzieren und dadurch, so die peuplierungstheoretische Überzeugung, den Drang zum sexuellen Beischlaf auf das heimische Schlafzimmer lenken. Im Folgenden listete Lau einige Aspekte auf, die die Vergrößerung einer expandierenden Population nicht verhindern, aber zumindest mindern könnten.

Gemindert wird das Bevölkerungswachstum „[...] durch:

1) Grassierende Kranckheiten und Pesten,

³³⁵ Ähnlich dazu auch der Kameralist L. v. Hess (1719-1784), der in seinem Traktat „Versuch über die Mittel zur Bevölkerung“ den territorialherrschaftlichen Regierenden in diesem Kontext empfahl, dass „[...] man doch das Interesse des Landes in Erwägung ziehen“ sollte, da die „[...] Anmaßung vieler Kinder für den Staat (...) das vornehmste Mittel zur Bevölkerung desselben“ sei. Zitat aus Hess, L. v.: Freymüthige Gedanken über Staatssachen. Versuch über die Mittel zur Bevölkerung, Hamburg 1775, S. 71.

- 2) Die Verfolgung des Glaubens,
- 3) Austreibung, Bannisierung und Versetzung der Völker,
- 4) Durch die Kriegs- und unsichere Zeiten,
- 5) Schwere Contributionen und Pressuren,
- 6) Den Supremat der Gewalt über das Recht,
- 7) Die theure und Nahrungs-lose Zeiten,
- 8) Den violenten Zwang zur Milice,
- 9) Die ausländischen Werbungen,
- 10) Die Erricht-, Ausfähr-, Überlaß- und Verkaufung angeworbener Regimenter vor frembde Puissancen,
- 11) Die starcke Emigration angesessener natürlicher Unterthanen.“³³⁶

All diese von ihm aufgezählten Punkte bevölkerungswachstumsmindernder Natur können durch peuplierungspolitische Erlasse beseitigt oder zumindest eingeschränkt werden. Die Gefahr von sich schnell verbreitenden Seuchen oder ansteckenden Krankheiten kann durch eine auf die Verbesserung hygienischer und medizinischer Verhältnisse der Bevölkerung ausgerichtete peuplierungspolitische Policygesetzgebung verringert werden, die das vorhandene Humanvermögen zu schützen vermag. Im Zuge dieser Forderung nahm neben der staatlichen Gesundheits- und Hygieneaufsicht die medizinische und hygienische Aufklärung der Untertanen eine gewichtige Rolle ein. Sowie die Hygiene- als auch die Medizinpolitik wurden aufgrund der peuplierungspolitischen Instruktionen vollständig verstaatlicht und unter dem Primat bevölkerungspolitischer Ziele positioniert. Mit der verbesserten medizinischen und hygienischen Situation wachsender Populationen sollte in erster Linie die hohe Kindermortalität dezimiert sowie die Gesundung kranker und pflegebedürftiger Frauen und Männer schneller gefördert werden. Die daraus erhoffte Verlängerung des Lebensalters würde die Bevölkerungszahl in relativer Weise erhöhen.

Der Bereich, der die Verfolgung des Glaubens problematisierte, ließe sich mit peuplierungspolitischen Maßnahmen recht schnell und vollständig beseitigen. Mit der durch staatliche Maßnahmen durchgesetzten Religions- und Konfessionsfreiheit konnte ein tolerantes Klima im Herrschaftsgebiet realisiert werden, das zu einem wichtigen „Pull-Faktor“ für emigrationswillige Glaubensflüchtlinge werden konnte. Deshalb müsse nach Laus

³³⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 7f.. Zwei Aufgaben des von ihm konzipierten „Collegium Conservativum“ bestehen darin, erstens die „[...] starcke Emigrationes der Einwohner, Verhausungen der Familien, Weglauffungen der Unterthanen zu sistiren“ und zweitens „[...] die Inn- und Ausländische(n) Werbungen einzuschräncken oder zu verbiethen.“ Zitat aus S. 137.

Auffassung „ [...] einem jeden, der ein gutes politisches und moralisches Leben führet, frey gelassen [werden] zu glauben was er will, und die äusserliche und innerliche Religion nach seinem Begriff und Gewissen auszuüben.“³³⁷ Da alle der „ [...] Populosität und Nahrung entgegen stehende Maximen [zu] cassiren“ sind, soll man aus peuplierungspolitischen Gründen nach dem „ [...] Exempel von Holland alle Religionen dulden und ihnen entweder den publicquen, oder nur den Privat- und Haus-Gottesdienst verstatten.“³³⁸ Laus peuplierungspolitische Überzeugung erkannte in jedem Menschen - egal welcher Konfession und Religion er angehörte -, der sich zur Immigration in ein neues Heimatland entschließen konnte, einen der Wohlfahrt des Landes förderlichen Wert. Dieselbe Toleranz, die man den Anderskonfessionellen und -gläubigen entgegenbringen sollte, muss auch für ethnische Minderheiten im eigenen oder eroberten Land gelten.

Auch die häufig in einem Land recht hoch erscheinenden Abgaben und Lasten der jeweiligen Obrigkeit führen dazu, dass viele Menschen durch die zu entrichtenden Abgaben trotz harter Arbeit an das Existenzminimum geraten können, das zu einer verschlechterten gesundheitlichen Konstitution und zum Wunsch, auswandern zu müssen, führen kann. Zudem wirken solche aus peuplierungspolitischer Sicht bevölkerungswachstumshemmenden Faktoren bei einer aktiven Einwanderungspolitik sehr kontraproduktiv, da sicherlich niemand in ein Land emigrieren möchte, dessen hohe Abgabenquote einen sofort in die physische Not geleitet. Ergänzend für die Durchführung einer erfolgreichen Einwanderungspolitik ist hierbei die ordnungspolitische Funktion des Staates zu nennen, die vor allem den im Land lebenden Menschen Rechtssicherheit und Rechtsschutz vor unkontrollierter Gewalt bieten soll. Der Staat muss in seiner ordnungspolitischen Funktion die Rechtssicherheit und den physischen Schutz seiner Einwohner garantieren. Sowohl das Verbot ausländischer Werbungen als auch die Verhinderung einheimischer Emigration müssen in einem auf Bevölkerungswachstum ausgerichteten Staat nachhaltig kontrolliert werden.

Allein die oben aufgeführten Ausführungen zu Laus peuplierungspolitischen Vorstellungen basierten schon auf einer für das beginnende 18. Jahrhundert erstaunlichen differenzierten und systematischen Betrachtungsweise, die in immer konkreter werdenden peuplierungspolitischen Maßnahmen mündeten und damit nicht, wie bei den vorhergehenden Theoretikern der Peuplierungspolitik, allgemeiner Natur blieben. Um dieser „ [...] Hinder- und Minderung entgegen zu gehen ist [es] nöthig durch publique hiezu dienliche

³³⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 13.

³³⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 281.

Constitutiones und Mandata“ zu erlassen.³³⁹ Aus peuplierungspolitischer Sicht gehört es dazu, die „[...] Heyraths-Jahre zu determiniren, die, welche ohne erhebliche Ursachen in ehelosen und Witwen-Stande bleiben, mit Anlagen (...) zu belegen, (...) die Bordels entweder abzuschaffen, oder wo sie aus Staats-Ursachen geduldet werden, einzuschränken, Heyraths-Cassen anzulegen, Aussteuerungen [und] Frey-Jahre (...) zu accordiren, die Krankheiten und Kriege, durch mögliche Praecautiones zu verhüten, die einem Staat gefährliche Völcker durch Heyrathen, Zertheilungen und Vermischung mit den alten Einwohnern, auch andere convenabele politische Mittel, zu rectificiren und unschädlich zu machen, einen jeden seine Religion zu permittiren, (...) das Recht ohne Unterschied der Person, secundum Leges, Conscientiam, Acta & Probata, administriren zu lassen, Brod durch Magazine, Geld durch Banquen, Nahrung durch den Abzug der Waaren anzuschaffen, die gewaltsame auch frembde Werbungen nicht zu gestatten, (...) die Verlausung der Einwohner entweder zu verbiethen, oder sie mit Abzugs- und dergleichen Rechten zu belasten, und alle diese Absichten durch zulängliche und dienliche Reglemeus zu unterstützen.“³⁴⁰ Mit diesen bevölkerungspolitischen Möglichkeiten, eine Bevölkerung stetig bei Wachstum zu halten, umschrieb Lau den wesentlichen Pool peuplierungspolitischer Instrumente.

Für Lau nahm die Einwanderungspolitik peuplierungstheoretischer Überlegungen einen enorm wichtigen Standpunkt ein. Er setzte damit nicht ausschließlich auf das eigene Wachstum der vorhandenen Bewohner. Dabei differenzierte er drei quantitative Typen von Migrationsmöglichkeiten, die durch „[...] einzeln Personen“ charakterisiert sind, oder durch solche, die „[...] Familien-weiß, oder in gantzen Societäten“ ins Land immigrieren wollen.³⁴¹ All diese drei nach quantitativen Aspekten eingeordneten Migrationstypen sind „[...] durch ordentliche und plausible Kunst-Griffe anzulocken, nicht abzuschrecken.“³⁴² Besonders bei einer peuplierungspolitisch intendierten aktiven Einwanderungspolitik wird dem Staat ein wirkungsvolles Instrument bevölkerungsbeeinflussender Gestaltungsmöglichkeit gegeben, weil die Anzulockenden oder Migrationswilligen durch „[...] gewaltthätige Werbungen, den verbott oder Einschrenckung ihres Gottesdienstes, exorbitante Auflagen, Imposten [und] Zölle, die Theurung und Manquement von Lebens- und Handthierungs-Mittel, (...) Excludirung von den Landes-Dignitäten und Rechten, die geschlossene Zünfften und Gernercke [und] medisantes Abrathen (abgeschreckt)“ werden.³⁴³ Sowohl ordnungs-, als auch

³³⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 8.

³⁴⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 8.

³⁴¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 9.

³⁴² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 9.

³⁴³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 9.

konfessions- und wirtschaftspolitische Maßnahmen können aus peuplierungspolitischer Perspektive einen entscheidenden Beitrag zur Einwanderungspolitik leisten. Dies sind wichtige „Pull-Effekte“, die durch „[...] ungehindertes Zu-, Durch- und Abreisen [sowie] auch sichere Verbleibung in den Landen und Städte eines Staats, die Freyheit des Gewissens, Exemptiones, Freyheiten und Privilegien, (...) einen reichen Verschleiß und Gelosung natürlicher und politischer Früchten, eine Coaequation, in regard der Würden und übrigen bürgerlichen Vorzügen, eine ungedruckte Ausübung ihrer Gewerben, Künsten und Professionen [und] zulängliche Affecurationes und Einladungs-Patenten“ wirkungsmächtig unterstützt werden können.³⁴⁴ Auch hier wird eine differenzierte Herangehensweise Laus sichtbar, da er auf die Qualität potenzieller Einwanderungswilliger guckte. Um die bildungspolitischen Ziele realisieren zu können, müssen „[...] berühmte Doctores, Professors, Magistri, Sprach-, Excercitien-Meister und Künstler angelockt und (...) mit guten Gehalt“ versehen werden.³⁴⁵ Der selektive Ansatz einwanderungspolitischer Verordnungen deutete darauf hin, dass Lau keine wirklich „blinde“, rein populationistische Politik betrieb, sondern auf die Zusammensetzung verschiedener Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Funktion und Qualität achtete. So sollten z. B. „[...] Comoedianten, Operisten, (...) Tändler, Gauckler (...) [und] Marckschreyer (...) entweder gar nicht, oder nur unter gewissen Bedingungen“ geduldet werden.³⁴⁶ Den „[...] verarmte[n], ruinirte[n] und zurück-gekommene[n] Unterthanen“ solle man aber „[...] ihrem Stande und Handthierung gemäß, durch Geld, Credit, Getraid, nöthige Materialien (...) aus den Credit-Banquen, Reserve-Cassen, Magazinen, und durch vernünftige Anstalten, von welchen, in dem vorhergehenden Entwurff einer wohlregulirten Policy gehandelt, zu secundiren, umb sie also, aus ihrer deplorablen und bedrückten Condition, zur ersten Vigeur und guten Nahrung, wieder zu verhelfen.“³⁴⁷ Damit bot man den Ausgewanderten „peuplierungspolitische Amnestie“ an, um sie zur Rückkehr zu bewegen. Bei der Anlockung hochqualifizierter Menschen sollten aus peuplierungspolitischen Aspekten besondere Anwerbungsmaßnahmen eingeleitet werden, um damit auch womöglich fremdes Wissen in das eigene Land zu ziehen. So könnte man z. B. „[...] berühmte Negotianten, reiche Capitalisten, verständige Manufacturiers, vermögende Verleger (...) auf lucrative Conditiones, ein- und anlocken.“³⁴⁸ Die versprochenen Zugeständnisse an einwanderungswillige „[...] Manufacturiers und Handwercker, durch welche sie in ein Land

³⁴⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 9.

³⁴⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 24.

³⁴⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 63.

³⁴⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 65.

³⁴⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 67.

gelockt und darinnen behalten werden können, bestehen in der Freyheit der Religion“, der Institutionalisierung eigener Kolonien und Obrigkeiten, „ [...] in Pension, Gehalten, Belohnungen und Geschencken, in gewissen Titulationen und Ehren-Stellen, in freyen Wohnungen auff dem Lande und in den Städten, im zugelassenem Vorkauff benöthigter Victualien und der ihrer Profession und Gewerben gehöriger Materialien [und] Instrumenten, in ungehinderter Verhandlung ihrer verfertigte[n] Waaren, in der Immunität von den ordentlichen bürgerlichen Auflagen, desgleichen in der Execution von den Zöllen [und] Accisen.“³⁴⁹ Auch aus wirtschaftspolitischen Gründen ist es für einen aus peuplierungspolitischer Sicht notwendigen florierenden Handel von essenzieller Bedeutung, dass „ [...] frembde Künstler, Handwercker und Arbeiter zu uns herüber kommen.“³⁵⁰ Diese staatlichen Subsidien und Zugeständnisse sind charakteristische Bestandteile einer „aktiven“ Peuplierungspolitik, die mit einer weitläufigen Einwanderungspolitik gekoppelt ist. Aus diesen zahlreichen Zugeständnissen für die neu Eingewanderten wird nicht nur die Bedeutung der Ressource „Mensch“ in kameralistischen Wirtschaftskonzepten deutlich, sondern zeigt auch an, dass man den Immigranten rechtliche Gleichheit zugestehen wollte und somit um eine Integration migrationswilliger Personen bemüht war. Zudem soll der Fürst „ [...] keine Unkosten menagiren, kluge Oeconomies, Berwerck-, Müntz-, Feld-, Bau-, Vieh-, Zucht- (...) [und] verständige Sinnreiche Mechanicos, mit mehrern dergleichen nutzbahren Gemüthern, in das Land zu locken.“³⁵¹ Sollten sich nun einige Manufakturisten und Handwerker zur Einwanderung entschließen, sind von den Lokalbeamten „ [...] ihre Nation und Vatterland, die Motivation ihre Überkunfft in unsere Länder und Städte, die ordinaire und extraordinaire Wissenschaft in ihren Professionen und Handthierungen, die gemeine oder besondere Werck-Zeuge, Instrumenten und Maschinen, derer sie sich bey ihren Künsten und Hand-Arbeiten bedienen, ihre Substanz oder Haabseligkeiten (...), ihre Armuth mit den Ursachen [und] ihre Condition und Stand, ob sie würckliche Meister oder Gesellen, verheyrathet oder unverheyrathet, mit Kinder oder ohne Kinder“ in Listen aufzunehmen.³⁵² Dies verdeutlicht nicht nur, dass mit den Eingewanderten fremde Kultur, Kapital und Wissen in das Land gelangen konnten, sondern hebt zudem den hohen Grad systematischer Aufnahme migrationsbezogener Daten hervor, um die optimale Einwanderung von Menschen zu koordinieren und sie effektiv gezielt zu steuern. Die Schaffung eines

³⁴⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 217.

³⁵⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 200.

³⁵¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 131.

³⁵² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 201.

einwanderungsfreundlichen politischen Klimas basierte auf einem pluralistischen Gesellschaftsverständnis, in dem Menschen unterschiedlicher Konfessionen und ethnischer Herkunft zusammen an der Wohlfahrt des Staates arbeiten. Eine im solchen Ausmaß und mit zahlreichen Anlockmitteln konzipierte angestrebte Einwanderungspolitik stellte einen gravierenden Unterschied zu allen in der Geschichte vorher getätigten Bevölkerungspolitiken dar. Auf diesem Gebiet der Einwanderungspolitik brachte die frühneuzeitliche Peuplierungspolitik ein bevölkerungstheoretisches Novum hervor.

Vor allem die Vergabe „[...] süffisante[r] Pässe, Geleits-Brieffe, und die zu ihrem Vortheil und Securitt emanirte Edicta, (...) die Verleihung von Naturalisations- und Legitimations-Acten“ und die in Aussicht stehenden Auszahlungen von „[...] Vorschüsse[n] und nöthiger Arbeitsmaterialien- und Instrumenten-Fournirung“ ist dem klassischen Instrumentarium peuplierungspolitischer Maßnahmen zuzuordnen.³⁵³ Im Kontext peuplierungspolitischer Gesetzgebung zur Steigerung der Bevölkerungszahl werden bei Lau auch raumordnerische Ziele mit einbezogen. Mit der angestrebten Bevölkerungsvermehrung erhoffte man sich durch die „[...] Errichtung neuer Städte und Colonien“ sowie der „[...] Einräumung verfallener Häuser und wüster Stellen“ die bisher noch ungenutzten und brachliegenden Landschaftspotenziale mittels zusätzlicher anthropogener Energie in einen für den Staat gewinnbringenden Zustand zu bringen. Daher ist es eine vornehme staatliche Aufgabe die „[...] Cultivirung der Land-, Bauerey, Manufacturen, Commerciens, Schiffahrt und Fischerey durch Praemia und vortheilhaftige Patenten zu encouragiren.“³⁵⁴ Hierbei wird deutlich, dass Lau im Zuge der Ausgestaltung peuplierungstheoretischer Konzepte raumplanerische oder zumindest raumordnerische Aspekte ableitete. Weil diese raumplanerischen Konzepte in erster Linie die in einem Territorium vorhandenen räumlichen Disparitäten ausgleichen sollten, verstand Lau die „Raumplanung“, so wie es in der heutigen Raumplanung auch noch praktiziert wird, als „[...] eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe“ des Staates.³⁵⁵ In seinen aus peuplierungspolitischen Gründen intendierten gesundheitspolitischen Maßnahmen werden sogar konkrete raumplanerische Maßnahmen vorgeschlagen, um z. B. die gesundheitliche Konstitution der Bevölkerung zu fördern. Bei der „[...] Anbauung neuer Dörffer, Flecken und Städte“ ist nicht nur „[...] auff gesunde Lagen und Gegenden genau zu

³⁵³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 10.

³⁵⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 26.

³⁵⁵ Zitat aus Langenhagen-Rohrbach, Chr.: Raumordnung und Raumplanung (WBG; Geowissen Kompakt), Darmstadt 2005, S. IX. Natürlich darf man hier die frühneuzeitliche Raumplanung mit der heutigen professionellen nicht gleichsetzen. Dieser Anachronismus würde die peuplierungspolitische Raumplanung in einem recht negativen Bild erscheinen lassen, das faktisch in der Frühen Neuzeit gar nicht in dieser Form vorhanden war.

reflectiren, [sondern] auch anzubefehlen, bey den Häusern kleine Garten-Plätze auszumarken, selbige mit angenehmen Bäumen, Sträuchen und Gewächsen zu besetzen.“³⁵⁶

Hierbei wird im theoretischen Sinne bei einer potenziellen Realisierung dieser Forderung die Raumwirksamkeit und landschaftsgestaltende Kraft peuplierungspolitischer Instruktionen unzweifelhaft deutlich.

Raum wird bei Lau in einem landschaftsökologischen Sinne definiert und stellt somit das „[...] Wirkungsgefüge natürlicher und anthropogener Faktoren“ dar.³⁵⁷ Da L. Lau auf die noch vorhandenen wüsten und unkultivierten Landschaftsteile hinweist, stand in seinem peuplierungspolitischen Konzept die raumplanerische Aufgabe im Vordergrund, eine den Ansprüchen wachsender Bevölkerung entsprechende räumliche Ordnung herzustellen. Nach seiner Auffassung waren die „[...] zwey Zierathen“ eines schönen und blühenden Herrschaftsgebietes „[...] ein cultivirtes Land [und] schöne Städte.“³⁵⁸ Mithilfe einer wachsenden Bevölkerung könnte die „[...] angerühmte Cultur des Landes [effektiver] beförder(t)“ werden.³⁵⁹ „Erweiterung- und Anlegungen der Städte und Dörffer, nebst Besitz- und Anbauungen darin befindlicher wüster Huben, Erben, verfallener oder bestehender Häuser“ sind peuplierungspolitisch zu realisierende Maßnahmen optimaler Ressourcenausnutzung.³⁶⁰ Deshalb ist es aus raumplanerischer und peuplierungspolitischer Perspektive nötig, eine „[...] accurate Notice von der Bonität des Terrains, desselben Ertrag und Qualification einzuziehen, in Anlegung der Städte, Flecken (...) auff avantageuse Lagen und Situationes zu reflectiren [und] (...) durch Belohnungen, Freyheiten und dergleichen Douceurs, die Landleute, zur besseren Excolirung des Ackersbaues, Viehe- und Bienen-Zucht aufzufrischen [sowie] die übele Oeconomie, mit Geld- und andern Straffen zu corrigiren.“³⁶¹ Mit den durch eine expandierende Bevölkerung hinzugewonnenen Energiepotenzialen anthropogener Qualität „[...] müssen die steril-liegenden Felder, nach der Eigenschafft ihrer Erde, zu allerhand Frucht und Saamen nutzbar, gemacht werden, wie dann zu dem Ende die wüsten Erben, wieder zu besetzen oder zu vermieten, die Sträucher aufzuroden, Moräste auszutrocknen, Seen abzuleiten, beschwemtes Land abzumahlen, stickende Pfützen und sumpffichte Oerter anzufüllen [und] hin und wieder Plantagen und Alléen von Bau- und

³⁵⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 30.

³⁵⁷ Zitat aus Langenhagen-Rohrbach, Chr.: Raumordnung ... , S. 3.

³⁵⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 52. Auch hier hat das „Collegium Conservativum“ „[...] ein wachsames Auge [zu] führen, daß die zwey Zierathen eines Staates (...) bey ihrer Natürliche[n] und Politische[n] Schönheit conservirt bleiben, und durch keine ruineuse Verwüstung, desolirte Plätze und traurige Einöden, verhässliget werden mögen.“ Zitat aus S. 137f..

³⁵⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 52.

³⁶⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 66.

³⁶¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 52f..

Brenn-Holtz, fruchtbaren Bäumen, Gewächsen und Kräuter angeleget, (...) die Häuser, Gärten, Felder und Wege bepflanzt werden.“³⁶² Daraus lassen sich weiterführend infrastrukturelle Maßnahmen ableiten, da die „[...] Wege (...) zum beständigen Gebrauch, mit durablen Pflaster, Ausbesserungen der Löcher, Abzug des Wassers, Fußsteigen, Bancken [sowie] starcke Brücken (...) zu besorgen sind.“³⁶³ So besteht auch aus peuplierungspolitischer Hinsicht ein raumplanerisches Interesse daran, die „[...] geographische Situation (...) der Empfangs- und Versand-Oerter, die Gelegenheit und Sicherheit der Land-Wegen und Wasser-Passagen, die Arten der Transportirung mit ihren Vor- und Nachtheilen“ zu analysieren und gegebenenfalls zu verbessern.³⁶⁴ Da die von ihm angestrebte optimale Raumausnutzung durch eine wachsende Population immer wieder natürlicher und gesellschaftlicher Veränderungen unterliegt, besteht damit unter anderem eine aus historisch-geographischer Sicht wichtige Konsequenz, dass jede Gesellschaft unterschiedliche Raumstrukturen ausbilden kann. Genau aus diesem Grund, nämlich der im Gegensatz zu heute direkteren Relation von Raum und Bevölkerung während der Frühen Neuzeit, beinhaltete die Peuplierungspolitik ein direkteres raumwirksames Potenzial. Deswegen sind die peuplierungspolitischen Erlasse, die „[...] die Wüsteneyen in Anbau (...) bringen [und] Städte, Flecken und Dörffer (...) bevölckern“, bei L. Lau untrennbar mit raumplanerischen Berücksichtigungen verbunden.³⁶⁵ Hier verbirgt sich das peuplierungspolitische Denken, dass das brachliegende Land mit dem für die frühneuzeitliche Epoche noch wichtigsten Energiekonverter „Mensch“ besiedelt werden sollte, um die vorhandenen landschaftsgebundenen Ressourcen zu nutzen und damit die Wohlfahrt des Staates zu steigern. Daher war es ungemein wichtig, eine „[...] bessere Cultivierung des Feld- und Acker-Baues, in allen dazu gehörigen Stücken“ anzustreben, damit aus peuplierungspolitischen Gründen „[...] nicht die geringste Erdscholle, unuhrbahr bleibe, sondern seinem Besitzer, einen etwelchen Nutzen einbringe.“³⁶⁶ Zur Finanzierung konkreter raumplanerischer Vorschläge forderte Lau die Einführung eines „Ehren-Pfennigs“, der „[...] nothig zur (...) Acquirirung neuer Länder und Güter“ angelegt ist.³⁶⁷ Der „[...] Noth-Pfennig [wiederum] ist unentbehrlich (...) zur Wiederherstellung und Auffrechtbehaltung ruinierter Länder und Unterthanen [sowie] zum Behuff der Armuth.“³⁶⁸ Zudem müsse man im Sinne optimaler Raumausnutzung die „[...] Dorffschaften, Städte und Landstriche, welche keinen

³⁶² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 53f..

³⁶³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 53.

³⁶⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 245.

³⁶⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 54.

³⁶⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 65.

³⁶⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 122.

³⁶⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 123.

oder wenig fruchtbaren Boden besitzen, zu Auffsetzung und Excolirung der Manufacturen anmuthigen.“³⁶⁹ Diese auf der Basis peuplierungstheoretischer Fundierung abgeleitete Raumplanung offenbarte ihre raumwirksame und landschaftsgestaltende Kraft vor allem in den später von anderen Bevölkerungstheoretikern präziser formulierten binnenkolonialisatorischen Maßnahmen. Von der Koloniengründung im eigenen Land erhoffte man sich eine „[...] Vermehrung der Einwohner und Consumption, Cultivirung wüster und unbewohnter Oerter, Anpflanzung neuer Früchte und Verfertigung unbekannter Manufacturen“ sowie „[...] die Dahinsendung der Müßiggänger und Deliquenten, (...) sie (...) zur Nahrung zu bringen und zu nützlichen Gliedern der Commercii und der neuen Colonien zu machen.“³⁷⁰ An dieser Stelle wird bereits unmissverständlich klar, dass in Folge immer komplexer werdender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verflechtungen kameralistisch-peuplierungspolitischer Konzeptionen raumplanerische Maßnahmen während der Frühen Neuzeit immer nötiger wurden, um einer wachsenden Bevölkerung Raum zum Leben und Arbeiten geben zu können.

Nach den peuplierungstheoretischen Konzeptionen Laus finden raumplanerische Aufgaben in der Schaffung der „Vermehrungs-Cammer“ eine institutionelle Verankerung, die dafür verantwortlich ist, „[...] wüste Land-Plätze [zu] cultiviren, unnütze Wälder, durch Roden, zu Uhrbaren Feldern [zu] machen, neue Dorffschafften, Flecken [und] Vorwercke an[zu]legen, unbewohnte Städte [zu] peupliren, von überschwemten Ländereyen, das Wasser ab[zu]mahlen, Moräste und Sümpfe aus[zu]trocknen, Ströhme, Flüsse, Seen durch Graben, Schleusen, Dämm[e] navigabel [zu] machen, (...) Pflatz-Schulen von fruchtbaren Bäumen als Äpfeln, Birn, Pflaumen (...) deßgleichen von nutzbahren Bau-, Brenn-, Handwercks-Holtz an Eichen [und] Fichten an[zu]legen, Plantagen mit frembden Bäumen und Gewächsen an Orangen, Castanien, Maulbehren, Feigen, (...) Waid, Süß-Holtz [und] Taback [zu] probiren [sowie] (...) die Bergwercke in Anbau [zu] bringen.“³⁷¹ Hierbei lässt sich ein direkter raumplanerischer Auftrag zur Landschaftsgestaltung und –umgestaltung im Sinne peuplierungspolitischer Zielverwirklichung ableiten. Eine Folge der Realisierung peuplierungstheoretischer Überlegungen ist das erkennbare hohe landschaftsgestaltende Potenzial, da „[...] unbrauchbare Wege [zu] säubern und [zu] bessern, morästige Gründe mit

³⁶⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 209.

³⁷⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 277.

³⁷¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S.148f.. Da die „[...] einheimische[n] rohe[n] Materialien durch eine unverdrossene Cultivirung des Erdbodens [zu] vermehren“ sind, müssen „[...] die wüst-liegende(n) Plätze uhrbar [gemacht] (...), neue Plantagen an Feld-, Baum- und Garten-Früchten“ angelegt werden. Zitat aus S. 211.

Graus an[zu]füllen (...), auch auff die Land-Strassen und Creutzwege steinerne oder höltzerne Wege-Weiser [zu] setzen, Ströhme, Haven und Tieffen [zu] bedämmen, [zu] verbollwercken, [zu] erweitern, aus[zu]backern und reinigen [zu] lassen, das sie nicht versanden, verschlemmen oder ausreissen, sonderlich bey grossen Wasser-Gussen und Eisgängern, [sowie] Meere und Flüsse, durch Schleusen, Graben und Durchschnitte [zu] vereinigen und schiffbahr [zu] machen [und] accurate Land-, See- und Wässer-Karten mit Anmerckungen [vor] gefährlichen Gebürge, böser Wegen, Klippen, Morästen, Strudeln, Sandbacken [zu] entwerffen und aus[zu]fertigen“ sind.³⁷² Diese landschaftsverändernden Maßnahmen sind Folgen zunehmender Ansprüche expandierender Bevölkerungen. Bei diesen Vorschlägen zur Optimierung raumgebundener Potenziale wird in theoretischer Hinsicht der hohe Grad raumwirksamer Kraft peuplierungspolitischer Maßnahmen deutlich.

Damit das peuplierungspolitische Ideal, dass ein zeitgenössischer Mensch „[...] wohl und artig, d. i. tugenhafft und politisch zu leben wissen (muß)“, verwirklicht werden kann, wurden neben der Möglichkeit der Instrumentalisierung der Religion noch andere tugendfördernde Maßnahmen erlassen. Dabei galt es den Untertanen zu verbieten, „[...] grosse Festeins und Gelagen, Wein- und Caffee-Häuser und Krüge zu frequentiren.“³⁷³ „Wohl und tugenhafft lebet man nur, wann man fromm, gehorsam, friedlich, ehrbar, gerecht und mässig“ sich zu verhalten versteht.³⁷⁴ Ein Hauptpunkt, eine wohlartige und fleißige Bevölkerung sich untertan zum Wohle aller zu machen, „[...] (dependiret) von der guten privat- und publiquen Erziehung.“³⁷⁵ Aus dieser Schlussfolgerung lässt sich dadurch ein direkter peuplierungspolitischer Auftrag ableiten, der für die moralisch-sittliche Erziehung der Untertanen zuständig ist. Erst fleißige, friedliche und tugendhaft lebende Untertanen können eine Reichtumssteigerung des Staates bewirken. Nach Laus Ausführungen sind dem Staat nützliche Glieder und „[...] tugenhaffte Unterthanen“ diejenigen, die „[...] so ihrem Stande, Beruff und Pflichten gemäß und artig leben.“³⁷⁶ Hier lässt sich der qualitative Aspekt peuplierungspolitischer Gesetzgebung gut erkennen, da es hier nicht nur um eine quantitative Steigerung der Untertanzahl geht, sondern auch um die jeweilige Qualität der Menschen, die erst als ein Gradmesser für eine Wohlfahrtssteigerung zu verstehen ist. Lau verglich die erzieherische Aufgabe des Staates mit der Arbeit eines Bildhauers, „[...] der aus einem rauen Stamm schöne Statuen schnitzelt (...), welcher die natürliche Menschen aus ihren

³⁷² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 281.

³⁷³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 14.

³⁷⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 15.

³⁷⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 20.

³⁷⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 24.

unförmlichen Chaos und rohen Erdschollen in angenehme politische Creaturen, d. i. in nutzbare und tugenhafte Bürger und Unterthanen durch eine künstliche Verwandlung metamorphosiret.“³⁷⁷ Die fürstliche Kammer hat „[...] ihre unermüdete Sorge dahin zu lencken, treue, geschickte, und in diesen Functionen qualificirte Männer zu choisir.“³⁷⁸ Dem Staat kommt bei diesem qualitativen Aspekt peuplierungspolitischer Gesetzgebung eine elementare verantwortungsvolle Aufgabe zu, um den Energiekonverter „Mensch“ zu formen und seinen Beitrag zur Wohlfahrtssteigerung für die Gemeinschaft zu optimieren. Demnach sind „[...] nutzbare Einwohner und Unterthanen eines Staates (...) weise Gelehrte, ein kluger Adel, vernünftige Soldaten, fleißige und witzige Land- und Haus-Wirthe, sinnreiche Künstler, und Handwercker, erfahrene Kauffleute, bereiste Schiffer, unverdrossene Fischer, willige Hand-, Arbeiter und Tagelöhner [sowie] arbeitsame Bauren.“³⁷⁹ Aus diesem Grund sind „[...] Vagirende Schüler, Handwercks-Burschen, Soldaten, Bettler und dergleichen müssiges Gesinde aus dem Lande [zu] halten“, und sie entweder „[...] so fort an den Gräntzen und Pässen zurück weisen, oder aber in die Wercks-, Zucht- (...) und Besserungs-Häuser zur Arbeit bringen zu lassen“, damit sie dennoch produktiv an der Steigerung des Gemeinwohls mitwirken können.³⁸⁰ Diese Klassifizierung und Funktionalisierung der Menschen zeigt in eindrucksvoller Weise den hohen Differenzierungsgrad peuplierungstheoretischer Überlegungen zu Beginn des 18. Jahrhunderts auf und hebt die Komplexität des frühneuzeitlichen Phänomens „Peuplierungspolitik“ hervor.³⁸¹

Der Bildungs- und Erziehungspolitik absolutistischer Regierungen wird aus peuplierungspolitischer Prämisse eine bisher noch nicht geforderte zentrale Rolle zugewiesen. Primär sind die „[...] nutzbahre[n] Glieder eines Staats (...) [in] Wissenschaft und Erfahrungen (...) von der ersten Kindheit so fort (...) zu unterweisen und zu habilitiren“, um stetig das aus peuplierungspolitischen Gesichtspunkten wohlfahrts- und reichumssteigernde Humanvermögen zu vergrößern.³⁸² Deshalb muss die unter dem Primat der Peuplierungspolitik stehende Bildungspolitik für ausreichend „[...] gut-eingerichtete Dorff-, Land- und Stadt-Schulen, Gymnasia, Universitäten und Academien“ sorgen.³⁸³ Zudem ist dabei von essenzieller Bedeutung, dass es „[...] mit Büchern und Manuscripts reich angefüllte

³⁷⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 22.

³⁷⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 70.

³⁷⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 22.

³⁸⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 63.

³⁸¹ Eine weitere Einteilung der Menschen nach ihrer Qualität, Funktion und ihrem Nutzen für das Gemeinwohl erfolgt auch in dem Kapitel „Entwurf wohleingerichteter Negotien“. Siehe dazu Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 170-189.

³⁸² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 22.

³⁸³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 23.

Bibliotheken“ im Land gibt.³⁸⁴ Hinter diesem Aspekt stand das aufklärerische Ideal, allen Menschen sämtliches Wissen in Form von Büchern – vor allem in Enzyklopädien – zugänglich zu machen.³⁸⁵ Deswegen sollen auch die inländischen Meister und Handwerker im Idealfall zum Wissensaustausch und –erweiterung „[...] mit berühmten Ausländischen Meistern ihrer Profession fleißige Corespondenz pflegen.“³⁸⁶

Aus den bisher herausgearbeiteten differenzierten peuplierungstheoretischen Überlegungen Lau lassen sich drei wichtige Prämissen gesamtpolitischer Aspekte zur Wohlfahrtssteigerung absolutistischer Staaten herausarbeiten. Nach Lau bestand der Staatsreichtum „[...] 1) in der Menge des Volcks, 2) in reichen Unterthanen und 3) in der Abundanz nöthiger, nützlicher und überflüssiger Sachen, Materialien und Waaren.“³⁸⁷ Wie zu erkennen, kam dem Bevölkerungswachstum und damit der kameralistischen Peuplierungspolitik die zentrale Position gesamtpolitischer Betrachtung zu. Erst der politische Grundsatz, dass eine wachsende Population das Fundament für eine Wohlfahrts- und Machtsteigerung des Staates darstellt, hob den Menschen sowohl aus qualitativer als auch aus quantitativer Hinsicht ins Zentrum frühneuzeitlichen Staatsverständnisses hervor. Eine Folge dieses Staatsverständnisses war die Unterordnung wirtschafts-, konfessions-, finanz-, bildungs- und raumpolitischer Verordnungen unter dem Primat peuplierungspolitischer Policygesetzgebung. Der Kameralist Lau erkannte sehr genau, dass mit der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung und der damit einhergehenden Internationalisierung des Handels, der aufkommenden Aufklärung und dem Glauben an die Vernunft sowie der Verbreitung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse neben den vermehrten Anforderungen an den Staat sich neue, hochkomplexe Strukturen ausbildeten, die in sich stark verwoben und verzahnt waren – eines bewirkte das andere. Erst „[...] durch eine solche wohlbesorgte Abundanz ermeldeter, aus dem Landbau gewonnener, und von Handwerckern verarbeiteter Sachen, Materialien und Waaren, auch derselben, mittelst der Kauffmannschafft, geschehener mannigfaltiger Verhandlung, Verkehrung und Versilberung, reiche Leute gezeuget werden“, durch die der Staat „[...] wieder mit unsäglichem Reichthum angefüllet“ wird.³⁸⁸ Allerdings

³⁸⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 24.

³⁸⁵ Die Popularisierung des Wissens mittels gedruckter Enzyklopädien transportierte peuplierungstheoretische Gedankenkonstrukte durch ganz Europa und beschleunigte somit die Verbreitung bevölkerungstheoretischer Ideen. Zur Verbreitung frühneuzeitlicher Enzyklopädien, die prägend für die Kultur frühneuzeitlicher Wissenschaftsgesellschaften war, siehe den Ausstellungskatalog von Schneider, U. J. (Hrsg.): Seine Welt wissen. Enzyklopädien in der Frühen Neuzeit – Katalog zur Ausstellung der Universitätsbibliothek Leipzig und der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, Darmstadt 2006.

³⁸⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 207.

³⁸⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 25.

³⁸⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 26f..

sind gleichzeitig viele reiche Untertanen eine notwendige Grundlage, damit eine „[...] treffliche Oeconomie, Manufacturen von allerhand Sorten, [ein] considerable(r) Kauffhandel zu Wasser und Lande, durch Schiffahrth und Fischerrey“ sich entwickeln kann.³⁸⁹ Gleichzeitig kann die „[...] Vermehrung des Vermögens der Unterthanen (...) [durch] Anwachs von Volck und vielen Einwohnern contribuer[t]“ werden.³⁹⁰ Das Bevölkerungswachstum wirkte somit in den peuplierungstheoretischen und –politischen Konzepten als ein „unbewegter Bewegter“, der den zirkulären Kreislauf von „Bevölkerungswachstum - wirtschaftlicher Prosperität - Wohlfahrts- und Machsteigerung des Staates“ in Bewegung setzt.

Auch die Steuerpolitik kann zur Realisierung peuplierungstheoretischer Konzepte einen wesentlichen Beitrag leisten. Vor allem Laus vehementes Eintreten für gerechte Steuern und die damit verbundene Kritisierung bestehender ungerechter, bevölkerungswachstumshemmender und schlechter steuerlicher Auswüchse zeugen von Zivilcourage und Mut.³⁹¹ Um die Untertanen „[...] reich, begütert [und] vermögend zu machen, auch Ihnen zur Arbeit, Brod, und einem auskömmlichen Unterhalt“ zu verhelfen, ist die Grundlage dafür, dass sie „[...] im Stande seyn mögen, zu den Staatsordinair- und extraordinair-Ausgaben (...) considerable Quoten beyzulegen und zu contribuiren.“³⁹² Der optimale Grad gerechter Besteuerung hierbei wäre, dass „[...] die Unterthanen etwas willig und fertig hergeben können.“³⁹³ Im Sinne optimaler Ausnutzung vorhandener Potenziale besteht die Kunst vieler Kameralisten und Steuerbedienten darinnen, dass „[...] man den Armen, das übrige wenige Blut [nicht] vollends aus den Adern saugt.“³⁹⁴ Deswegen sollte man auch aus sozialpolitischen Motiven hohe Steuern nur von denjenigen nehmen, die „[...] ohne Beschwerde und grosse Verminderung ihrer Habseligkeit, entbehren und geben können, (...) weil wer viel hat, viel beytragen, wer wenig hat, wenig contribuiren“ kann.³⁹⁵ Dieses Erkenntnis gerechter Besteuerung basierte auf einem alten Sprichwort, das besagte, „[...] daß wenn die Unterthanen reich seyn, so seye auch der Landes-Herr reich.“³⁹⁶ Zudem stellen

³⁸⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 25.

³⁹⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 65f..

³⁹¹ Siehe dazu auch Lau, Th. L.: Entwurff wohl-eingerichteter Steuern ... , S. 18-31.

³⁹² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 314.

³⁹³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 315.

³⁹⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 315.

³⁹⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 317.

³⁹⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 317.

gerechte Steuern einen wichtigen „Pull-Faktor“ dar, um mögliche Einwanderungswillige ins Land zu locken oder sie in ihrer Entscheidung zu beeinflussen.³⁹⁷

Weil auch Teile der bereits vorhandenen Bevölkerung nutzbar für die Wohlfahrt des gemeinen Wesens gemacht werden müssen, sprach Lau der Armenpolitik im Zuge seiner peuplierungspolitischen Zielsetzungen eine neue Qualität zu. Auch hier offenbart sich uns Laus differenzierte Betrachtungsweise, da er die Armen zunächst einmal „[...] in zehn Classes repartiret“ und sie systematisch nach dem Grund und der Qualität einordnete.³⁹⁸ Dabei forderte Lau im Sinne einer differenzierten Peuplierungspolitik die „[...] unglückliche[n] Armen, die (...) umb der Religion vertrieben [und] durch Brand, Krieg, Pest (...) schlimme Schuldner, Banqueroutirer (...) das Ihrige verloren haben, (...) die Haußarmen, welche mit den Ihrigen ein kümmerliches Leben lieber führen, als durch betteln, ihre Noth der Welt entdecken wollen, [die] armen Witwen und Jungfrauen, Waysen-, Findling- und unechte Kinder, (...) arme Schüler und Studenten [sowie] (...) nothdürfftige Passagirer, Reisende und Frembde“ zu unterstützen, wobei „[...] Gassen- und Strassen-Bettler, [die] freywillige[n] und vorsetzliche[n] Armen, die durch ihr üppiges Leben, sich zum Bettelstab gebracht haben (...) theils zu bestraffen, theils durch vernünftige Expedientia zu verbessern, und dem Staat, ihrem Nächsten und Mit-Bürgern, wieder util zu machen.“³⁹⁹ Aus peuplierungs- und sozialpolitischen Gründen galt es die Armen, „[...] durch neue Stiftungen, reicher Austheilung und Allmosen, verstärckte Subsistenz und Verpflegung in den Hospitalien, Wittwen- [und] Waisen-Häuser (...) jährlich“ vermehrt zu unterstützen und sie „[...] zum nächsten Grad der Vervollkommenheit zu bringen.“⁴⁰⁰ Hierbei geht es um die Optimierung vorhandenen Humanvermögens, das mithilfe staatlicher Maßnahmen zum Wohle des Staates reichen möge, da ein Staat „[...] von reichen und gesunden Unterthanen (...) doppelten Vortheil (ziehet)“, weil „[...] die ersten bereichern demselben, die letzten, beschützen die privat- und publique Reichthümer mit ihren gesunden (...) Leibern.“⁴⁰¹ Wiederum „[...] (können) in der Vermehrung des Vermögens der Unterthanen ungemein (...) häufige Peuplierungen der Städte, Flecken und Dorffschaften (contribuiren).“⁴⁰² Damit die vorhandenen Potenziale anthropogener Energiekonverter vollständig und für die Wohlfahrt

³⁹⁷ Laus sozialpolitische Steuerkonzeption macht ihn zu einem Avantgardisten der kameralistischen Steuerlehre, die erstaunliche Parallelen zu einschlägigen aktuellen Kontroversen, Fragestellungen und Lösungsansätzen der Gegenwart aufweist.

³⁹⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 27.

³⁹⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 27.

⁴⁰⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 68.

⁴⁰¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 28.

⁴⁰² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 65.

des Landes vorteilhaft genutzt werden können, sollen Müßiggänger und Bettler „[...] so fort in die Wercks- und Zucht-Häuser“ geschickt werden.⁴⁰³

Da dem scharfsinnigen L. Lau bei seinen peuplierungstheoretischen Ausarbeitungen durchaus ein qualitativer Peuplierungsbegriff unterlag, bildete nicht bloß das rein quantitative Bevölkerungswachstum die Grundlage der Wohlfahrtssteigerung, sondern erst eine gewisse Menge an gesunden, arbeitsamen, fleißigen und damit dem Staat nutzbaren Menschen. Im Zuge dessen kam der Gesundheit der Untertanen ein gesteigertes Interesse zu. Bei der Gesundheit der Untertanen muss der Staat auf fünf Punkte achten, nämlich auf „[...] 1) derselben Anfang- und Grundlegung, 2) ihre Vest- und Fortsetzung, 3) ihre Stärkung und Erhaltung, 4) Ihre Erquikung, 5) Beschütz- und Praeservirung [...] und ihre Wiederherstellung.“⁴⁰⁴ Durch diese Maßnahmen sollte die Ressource „Mensch“ in ihrer Nutzbringung für den Staat verbessert werden und aufgrund der erhofften Erhöhung des Lebensalters die Bevölkerungszahl relativ hochgehalten werden, um die Zeit aktiver Mithilfe absolutistischer Wohlfahrtssteigerung zu verlängern. „Durch eine härtliche Erziehung (...) und allerhand Leibes-Übungen, wodurch die Kinder und Jünglinge geschlossene Glieder, starck-gesetzte Leiber, frisches Blut und muntere Geister bekommen“, könnten die zukünftigen Träger der Wohlfahrt eines Staates zu ihrem Optimum an Leistungsfähigkeit gebracht werden.⁴⁰⁵

Um die Gesundheit der Einwohner zu schützen, sollte der Staat neben der medizinischen Aufklärung auch eine hygienische betreiben. Sowie „[...] eine gute Luft, saubere und weite Strassen“ und saubere Kleider und Häuser als auch „[...] frische und lautere Wasser und gesunde Nahrung“ tragen zu einer ordentlichen gesundheitlichen Konstitution der Untertanen bei.⁴⁰⁶ Um die Gesundheit vieler Untertanen „[...] bey verdächtigen und Pest-Zeiten“ mit staatlichen Maßnahmen zu schützen, kann eine „[...] Verbiethung der Correspondentien und Commerciens mit inficirten Ländern und Nachbahren (...), [eine] Verbrennung verdächtiger Meublen [und] Eßwaaren [sowie] Leibes- und Lebens-Straffen auf diejenige, die durch Umwege, ohne Pässe, in ein Land sich heimlich einstehlen“, zum Schutz der Ressource „Mensch“ angeordnet werden.⁴⁰⁷ Für diese gesundheitspolitische Verwirklichung sind „[...] erfahrene Medici, verständige (...) und mit frischen Artzney-Waaren versehene Apothecker, habile chirurgi, glückliche Bruch- und Steinschneider (...) [und] Oculisten und Zahnbrecher“

⁴⁰³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 224.

⁴⁰⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 29.

⁴⁰⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 29.

⁴⁰⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 32.

⁴⁰⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 33.

nötig.⁴⁰⁸ Dabei dürfen sowohl aus moralischen als auch aus peuplierungspolitischen Gründen die „[...] gantz Arme (...), schwache und alte Leute, welche gleichwohl wie die Reichen, des Staats Gliedmassen, Einwohner, Bürger und Unterthanen bleiben, bey ihren Siechnüssen, ohne Hüllfe, Artzney und Aertzte nicht seyn, und als abodonirte Menschen crepiren“, sodass die präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen „[...] von der hohen Obrigkeit und Herschafft mit treuer Sorge vorzukehren“ sind.⁴⁰⁹ Die von Lau geforderte gesundheitliche Oberaufsicht des Staates beinhaltete sicherlich aufklärerisch-philanthropische Momente, da jeder Mensch als ein Glied des Staates, egal welchen Standes und welchen Alters, gleichberechtigt Berücksichtigung in den peuplierungstheoretischen Konzepten erlangte. Zur Umsetzung dieser Ideen schlug er die Institutionalisierung eines „Collegium Conservativum“ vor, das mit der Aufgabe betraut werden sollte, „[...] die gegenwärtige Anzahl der Einwohner nebst Ihren Nahrungen und Professionen auch Allen Beweg- und Unbeweglichen Sachen im guten Wesen er- und bey[zu]behalten“, um unter anderem vorausschauend „[...] den destructiven Kranckheiten und schädlichen Seuchen vorzukommen.“⁴¹⁰

Ein weiterer Schutzfaktor für die Bevölkerung stellte die allgemeine Sicherheitspolitik dar, die den physischen Schutz der in einem Territorium lebenden Menschen garantieren sollte. „Die Schutz-Wälle und Bollwercker wider auswärtige Feinde“ bestehen nach Lau in „[...] regulierte Trouppen, geübte Land-Milice und Bürgerschafften (...) [und] Postirungen.“⁴¹¹ Aufgrund der peuplierungspolitisch intendierten Sicherheitspolitik wurden raumwirksame Elemente in Form der Errichtung von „[...] bevestige[n] Linien und Landwehren, fortificirte Gräntz-Städte, Schleusen und Dämme, (...) Gräntz- und Jurisdictional-Steine [und] Wacht- und Warnungs-Thürme“ in seiner theoretischen Konzeptualisierung sichtbar.⁴¹² Zu den „[...] Stifter[n] und Urheber[n] der Zerrüttung einheimischer Ruhe“ zählten die „[...] fatalen[n] Zufälle [wie] Wasser-Fluthen, Feuerbrunsten [und] unzufriedene Menschen, die entweder wie einzelne Personen, oder wie gantze und starcke Rotten, die publique Traquillität (...) zu stören sich bemühen.“⁴¹³ Aus diesem Grund sicherheitspolitischer Überlegung sind „[...] bey Tag- und Nacht-Zeiten, die Heerstrassen, Fußsteigen, Märckte und Gassen zu bereiten.“⁴¹⁴ Vor allem die „[...] Juden, Savoyarden, umlauffende Krämer, Handwercks-Gesellen und

⁴⁰⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 34.

⁴⁰⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 35.

⁴¹⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 137.

⁴¹¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 37.

⁴¹² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 37.

⁴¹³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 38.

⁴¹⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 40.

Schüler, abgedunckte Soldaten, Zigeuner, Bettler und dergleichen Gesindeln [sind] mit wachsamen Augen zu begleiten.“⁴¹⁵

Diese oben herausgearbeiteten Aspekte peuplierungstheoretischer Überlegungen zeugen von einer hohen Komplexität und Differenziertheit, die zur Umsetzung bevölkerungsrelevanter Maßnahmen auf differenzierte staatlich-institutionelle Strukturen angewiesen sind. Deshalb ist die „[...] gute Ordnung in einem Staat (...) das Herz und die Seele, welche die politischen Körper in einem durablen und blühenden Zustande foudeniret (...), dessen vornehme Glieder mit geringen Theilen, durch eine angenehme Co- und Subordination, in eine süsse und vest-verknüpfte Eintracht zusammen löhtet.“⁴¹⁶ Peuplierungspolitik kann nur effektiv und erfolgreich ansetzen, wenn die nötigen administrativen und exekutiven Strukturen eines Territorialstaates vorhanden und funktionsfähig in Bezug auf die neuen Staatsaufgaben sind. Deshalb ist es aus peuplierungspolitischer Sicht von fundamentaler Bedeutung, qualifizierte Beamte bei der Umsetzung peuplierungstheoretischer Ziele zu haben, sodass die Staatsdiener „[...] Qualificirte und zu den Aemtern, womit sie bekleidet werden sollen, taugliche Leuthe seyn, in suffisanter Anzahl bestellet [sowie] mit auskömmlichen Bestallungen versehen werden (müssen).“⁴¹⁷ Um eine ausreichende Anzahl kameralistischer Staatsdiener zu erlangen, muss eine „[...] Pflantz-Schule junger Cameralisten“ zur Züchtung einer eigenen Intelligenz angelegt werden, „[...] welche in Oeconomischen Affaires, den in würcklicher Bedienung, seyenden Officianten, für Copisten, Schreibere (..) auffwarten müsten, und von ihnen auff Commisiones, Amts- [und] Unter-Suchungen, (...) zu Führung der Protocollen, Ausfertigung der Expeditionen mitgenommen, gebraucht und durch ihre Handleitung zu künfftigen Cameral-Functionen, dressiret“ werden.⁴¹⁸ Dazu gehört es auch, eigene „[...] Professores Oeconomiae und derer davon abhängenden Scientien, auff Academien [zu] bestellen, welche diese nöthige, nützliche und unentbehrliche Science, quoad Theoriam et Praxin, der Studirenden Tugend docir[en].“⁴¹⁹ Das peuplierungspolitische Ziel, eine „[...] wohleingerichtete einheimische Intelligenz“ im eigenen Herrschaftsterritorium zu haben, hebt den qualitativen Aspekt frühneuzeitlicher Bevölkerungstheorie kameralistischer Denker hervor.⁴²⁰ Die frühneuzeitliche Policy stellte das Medium zur Umsetzung peuplierungstheoretischer Überlegungen dar, die auf eine „[...] proportionirliche

⁴¹⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 41.

⁴¹⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 43.

⁴¹⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 126f..

⁴¹⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 132.

⁴¹⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 132.

⁴²⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 223.

Bevölckerung des Landes, (...), den tugenhafften und politischen Lebens-Wandel der Unterthanen, ihre löbliche Erziehungs-Art und [die] Erhaltung der Gesundheit“ der Einwohner zu achten hat.⁴²¹

Damit die peuplierungstheoretischen Überlegungen erfolgreich in faktisches, reales politisches Handeln umgesetzt werden können, war für Lau eine Analyse bevölkerungsstruktureller und demographischer Parameter eine notwendige Voraussetzung wirksamer Peuplierungspolitik. Deswegen muss zur demographischen Ermittlung der Bevölkerungsarchitektur „[...] eine Ueberzählung und Anzeichnung aller Einwohner, in den Städten und Dörffern vorgenommen werden.“⁴²² Diese von Lau geforderte Aufnahme bevölkerungsrelevanter Daten kann „[...] nach general- und spezial Classen, den Quartieren, Aembtern, Kirchenspielen, Provintzen, in Hauptmannschafften, Zünfften und Gewercke, nach der Geburt, dem Alter und Sterben, dem Stande, Condition und Dignitäten, den Gewerben und Handthierungen [und] dem Vermögen“ erfolgen.⁴²³ L. Lau weißt somit schon vor dem eigentlichen Begründer der Demographie J. P. Süßmilch (1707-1767) auf die Notwendigkeit der Aufnahme demographischer Daten als Basis für die optimale Ausarbeitung peuplierungspolitischer Anordnungen hin.

Infolgedessen ist es eine Aufgabe der fürstlichen Kammer, „[...] die vollständige Zahl der Landes-Einwohner und Unterthanen, nach gewissen Tabellen verfasset, in Händen [zu] haben.“⁴²⁴ Demographische Daten und Erkenntnisse kann die fürstliche Kammer „[...] aus der Auffzeichnung der Feuer-Heerchen, Häusern und Familien auf dem Lande und in den Städten, den Kopfschoß- und Accis-Registern, der Registratur des Lehn-Hofes, dem Ober-Heroldts-Ambt, den Hoff-Etaat und Rentey-Confignation, den Kriegs-Listen und Muster-Rollen, den Academischen Matriculen, [aus] Priester- und Kirchen-, Städte- und Aemter-, Zünffte- und Gewercks-Büchern, Allmosen- und Hospital-, Zucht- und Wercks-Häuser-Verzeichnissen“ extrahieren.⁴²⁵ Dafür sind „[...] Gelehrt[e] und Erfahn[e] Physicis, Mathematicis, Chymicis, Land-, Kauff- und Handwercks-Leut[e]“ notwendig, die „[...] das gantze Land mit (...) [ihrer] Ober- und Unterirdischen, natürlichem und politischem Reichthumb, genau untersuchen [und] über dessen Erhaltung, Besserung und Mehrung“ in

⁴²¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 274. Aus diesem Grund sind diverse frühneuzeitliche Policyverordnungen hervorragende Quellen peuplierungspolitischer und bevölkerungsrelevanter Zielvorstellungen preußischer Regierungen.

⁴²² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 43.

⁴²³ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 43f..

⁴²⁴ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 59.

⁴²⁵ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 60.

Form von Aufzeichnungen in periodischen Zyklen unterrichten.⁴²⁶ Dies wären und sind heute zum Teil wertvolle Quellen historisch-demographischer, aber auch historisch-geographischer Forschung mit einer hohen Relevanz bevölkerungswissenschaftlicher Qualität. Die von Lau aufgelisteten zahlreichen demographischen Quellen der frühneuzeitlichen Epoche stellen ein vielfältiges Konvolut bevölkerungsbezogener Informationen zur Eruierung peuplierungspolitischer Daten dar. Deswegen ist es bezüglich der Effizienz peuplierungspolitischer Verordnungen den jeweiligen „[...] Landes- und Aemter-Beschreibungen“ anzuweisen, „[...] mit accuraten Carten, Urbaria, Lehn-, Grund- und Gebäude-Bücher, nebst erforderlichen Abrissen“ demographische und raumstrukturelle Daten aufzunehmen.⁴²⁷

Die Geldausgaben fürstlicher Regierungen zur „[...] Erbau-, Erhalt- und Unterhaltung der Kirchen-, Armen-, Wittwen-, Waysen-, Werck- [und] Zucht-Häuser“, und zur „[...] Erhalt- und Verbesserung der Oeconomie [und] Etablirung und Fortsetzung der Commerciën, Manufacturen, Schiffahrten und Fischereyen“ sind peuplierungspolitisch motivierte Maßnahmen, um eine wachsende Bevölkerung in ihrer Leistungsfähigkeit zu verbessern und damit die Einnahmen der Kammer zu erhöhen.⁴²⁸ Einem florierenden Handel, wie in seinem Kapitel zum „Entwurff wohleingerichteter Negotien“ nachzulesen ist, wird eine hohe bevölkerungswachstumsfördernde Qualität zugewiesen, weil er „[...] die Länder und Städte auff eine leichte Weise, im Augenblick bevölckern“ kann.⁴²⁹ Des Weiteren kann ein intensiver Handel den „[...] Ackerbau und die Vieh-Zucht in bessern Anbau und Flor bringen“, sodass dadurch die Nahrungsgrundlage expandierender Populationen verbessert und „[...] ein Überschus in Victualien und Materialien“ verschafft werden kann.⁴³⁰ Gleichzeitig ist es sowohl aus peuplierungspolitischen als auch aus merkantilen Gründen notwendig „[...] Manufacturen [zu] etablieren (...), um den Einwohnern Brodt und Nahrung zu schaffen.“⁴³¹ Wie J. J. Becher ist auch Lau der Meinung, dass „[...] Monopolia, schlechte Privilegien, geschlossene Zünfften (...), eingeschrenckte Manufacturen [und] gemeiniglich Theuerung der Waaren (...) den Anwachs der Einwohner hindern [und] die Landes-herrliche Revenüen schmälern.“⁴³²

⁴²⁶ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 132.

⁴²⁷ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 61.

⁴²⁸ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 109.

⁴²⁹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 152.

⁴³⁰ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 152.

⁴³¹ Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 221.

⁴³² Zitat aus Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag ... , S. 223.

Der Kameralist Lau als einer der herausragendsten Vertreter peuplierungstheoretischer Konzepte deutscher Frühaufklärung formulierte auf der Basis präziser methodisch-analytischer Blickwinkelzentrierung differenzierte, konkrete und radikale Maßnahmen bevölkerungspolitischer Art zur Hebung der Bevölkerungszahl als Grundlage wohlfahrtsstaatlicher Prosperität. Sein durch eklektizistisches Arbeiten geschärfter methodisch-analytischer Blick ermöglichte es ihm die Relationen vielfältiger politischer, sozialer und demographischer Phänomene in ihren komplexen Wirkungszusammenhängen zu verstehen, peuplierungspolitisch beeinflussbare Parameter demographischer Strukturen und Prozesse zu isolieren und teleologisch in bevölkerungspolitische Überlegungen zu konzeptualisieren. Seine peuplierungstheoretische Konzeption optimaler Ausnutzung anthropogener und landschaftsgebundener Potenziale basierte auf seiner Gewährwerdung komplexer Verzahnungen peuplierungspolitischer Maßnahmen mit demographischen, wirtschaftlichen, verfassungsrechtlichen, allgemeingesellschaftlichen und räumlichen Variablen. Sein durch die Frühaufklärung geprägtes mechanistisches Menschen- und pluralistisches Gesellschaftsbild sowie seine systematische Ursachenforschung bevölkerungswachstumsfördernder Parameter brachten ihn zu der Erkenntnis, dass Bevölkerungsbewegungen nicht ausschließlich ein natürlich-determiniertes Faktum darstellten, sondern auch eine politische Komponente demographischer Gestaltbarkeit besaßen. Weil die Relation von Demographie und politischer Beeinflussbarkeit demographischer Prozesse in der Frühen Neuzeit auf der Grundlage des feudalen Verfassungs- und Gesellschaftssystems ungleich direkter war als heute, war gleichzeitig die Überzeugung peuplierungspolitischer Steuerbarkeit bevölkerungsrelevanter Parameter bei Lau stark ausgeprägt. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern peuplierungspolitischer Theoriegestaltung formulierte er konkrete peuplierungspolitische Maßnahmen zur Steigerung der Population. Im Kontext peuplierungstheoretischer Konzepte leitete Lau raumordnerische Aspekte ab und lieferte somit eine theoretische Begründung der Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen. Die den Ansprüchen expandierender Bevölkerungen entsprechende räumliche Ordnung muss vor dem Hintergrund optimaler landschaftsgebundener Ressourcenausnutzung verstanden werden, die zu gewissen Funktionalisierungen im Raum zwischen ländlichen Dörfern und protoindustrialisierten Städten führte. Da der steigende Grad immer komplexer werdender gesellschaftlicher und ökonomischer Verflechtungen peuplierungstheoretischer Konzepte raumplanerische Maßnahmen in der Frühen Neuzeit immer notwendiger machte, plädierte Lau sogar für eine

institutionelle Verankerung der „Raumplanung“, die für die Besiedlung wüster Landflächen und Urbarmachung unkultivierter Landflächen zuständig sein sollte. Die Peuplierungspolitik muss zur Wohlfahrtssteigerung des Staates in das Zentrum gesamtpolitischer Betrachtung gerückt werden, eine Unterordnung wirtschafts-, konfessions-, finanz-, sozial-, bildungs- und raumpolitischer Ziele unter dem Primat der Peuplierungspolitik stellte die zentrale Forderung Laus dar.

3.6. Johann Peter Süßmilch (1707-1767)

Neben der bisherigen deskriptiven bevölkerungswissenschaftlichen und peuplierungspolitischen Orientierung des Kameralismus gab es im deutschen Raum bis zum Ende des 17. Jahrhunderts kaum Ansätze einer quantitativen, bevölkerungsstatistischen Erfassung demographischer Prozesse. Mit seinem Buch „Die Göttliche Ordnung“, das er dem preußischen „aufgeklärten“ Absolut Friedrich II. widmete, begründete der Theologe J. P. Süßmilch die Wissenschaft der Demographie und trat für eine verbesserte Gesundheitsstatistik ein.⁴³³ Der in Berlin geborene Bevölkerungsforscher Süßmilch studierte in Halle und Jena zunächst Jura, danach Medizin und Theologie und promovierte daraufhin über ein physikalisches Thema. Nachdem er 1741 als Feldprediger am schlesischen Feldzug und damit auch an der Schlacht bei Mollwitz teilgenommen hatte, wurde er Pfarrer der Gemeinde Etzien und ab 1742 Probst von Cölln an der Spree.⁴³⁴ Vor allem bei seiner Tätigkeit als Feldprediger sammelte er praktische Erfahrungen mit Epidemien unter den Soldaten und Kindern, bei der Verwaltung der Waisen- und Arbeitshäuser, beim Zusammenhang von Luxus und Armut sowie bei den Wirkungen der Prostitution und den Problemen unehelicher Mütter mit Kindern. Aus seiner Ehe mit Ch. Lieberkuhn kamen zehn Kinder hervor, von denen lediglich, für diese Zeit sehr ungewöhnlich, nur eins starb.⁴³⁵ Diese beachtliche Anzahl an Kindern bewies, dass er nicht nur peuplierungstheoretische

⁴³³ Siehe Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung in der Veränderung des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, nebst einer Vorrede Herrn Christian Wolffens, Nachdruck der Ausgabe von 1741 (Christian Wolffs gesammelte Werke, Materialien und Dokumente; 118), Hildesheim 2008; Auch Thakkar-Scholz, A.: Der „Wert des Menschen“ ... , S. 83f.. Sogar der Wirtschaftshistoriker G. Schmoller bezeichnete im Jahre 1900 das demographische Werk Süßmilchs in seinem „Grundriss der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ noch als Standardwerk bevölkerungswissenschaftlicher Forschung.

⁴³⁴ Zu den Lebensdaten Süßmilchs siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 292f.; Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag zur Politischen Diskussion der deutschen Aufklärung, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 29-47; Elsner, E.: Kurzer Überblick über das Leben und Wirken des Johann Peter Süßmilch (1707-1767), in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 143-151.

⁴³⁵ Siehe dazu Elsner, E.: Kurzer Überblick ... , S. 145 und S. 147.

Überlegungen zur Bevölkerungsvermehrung und Wohlfahrtssteigerung konzeptualisierte, sondern sie auch zum Teil in Form einer großen Nachkommenschaft selbst praktisch umsetzte. Als ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften initiierte er die Einführung von Geburts-, Heirats- und Sterberegistern. Dank seines unglaublich fundierten und empirischen Wissens entwickelte er einen geistigen Gesamtkomplex, der ihn zum „[...] Schöpfer der ersten wissenschaftlich begründeten Bevölkerungstheorie“ machte.⁴³⁶ Sogar noch heute werden die von Süßmilch in den Grundzügen konzipierten Modelle in der Demographie ohne große Bedenken verwendet.⁴³⁷ Seine Gedankengänge waren eher erkenntnistheoretisch deduktiv, er repräsentierte nicht den induktiv arbeitenden Forscher.⁴³⁸ Die Konnotationen zum Namen Süßmilch sind vielfältig und reichen von „Bevölkerungstatistiker“ über „Bevölkerungstheologe“ bis hin zum „Bevölkerungshistoriker“.⁴³⁹ Obwohl das Hauptwerk Süßmilchs aufgrund seines „geistlichen“ biographischen Faktums den Nachweis für das Wirken Gottes in der Natur versucht darzulegen, darf man nicht zu der leichtfertigen Annahme gelangen, dass sein bevölkerungstheoretisches Denken lediglich auf klerikale Ziele und Dogmen zu beschränken ist. Vielmehr versuchte er auf der Basis naturwissenschaftlichen Wissens die Handschrift Gottes in den Regelmechanismen demographischer Genese zu erkennen und nachzuweisen. Allerdings ist unzweifelhaft, dass sein theopolitisches Weltverständnis im Sinne einer auf Gott bezogenen peuplierungspolitischen Perspektive ganz klar durch diese metaphysische Dimension abgerundet war. Hinter seiner rationalen Arbeitsweise stand bei der Erklärung bevölkerungsstruktureller Bewegungen sozusagen ein Verständnis theologischer und gottbezogener Dynamisierung demographischer Prozesse, das auf der Omnipräsenz Gottes im Naturgeschehen beruhte. Um den oftmals in der peuplierungstheoretischen Diskussion jener Zeit auftretenden kontroversen und bibelkritischen Tendenzen argumentativ entgegenzuwirken, konzipierte er sein bevölkerungswissenschaftliches Werk auf der Basis dogmatischer Grundprinzipien „aufgeklärter“ Theologie als ein Traktat theoretisch-demographischer Gedankenkonstrukte physikotheologischer Prägung, d. h. dass die in der Bibel formulierten Offenbarungen Gottes sich nicht durch das „Buch der Natur“

⁴³⁶ Zitat aus Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 292.

⁴³⁷ Siehe dazu Mackensen, R.: Geschichtliche Prägung und prognostisches Potential ... , S. 23. Allgemein zu Demographie als Wissenschaft der Aufklärung siehe Gehrmann, R.: Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands ... , S. 34-37.

⁴³⁸ Siehe dazu Horváth, R. A.: Probleme der Süßmilch-Forschung. Gestern und Heute, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 217.

⁴³⁹ Siehe dazu Birg, H.: Demographie und Ethik ... , S. 9-27, hier bes. S. 10.

widersprechen dürfen.⁴⁴⁰ In der physikotheologischen Harmonie empirischen Rationalismus und gemäßigter Orthodoxie frühaufklärerischen Gedankenguts wurzelte sein peuplierungstheoretisches Denken und bevölkerungspolitisches Verständnis. Die theologische Motivation war der Motor seiner intensiven bevölkerungswissenschaftlichen Beschäftigung, der er mit den neuesten Erkenntnissen seiner Zeit nachging – sowohl die Formulierung „Die Demographie als Hilfswissenschaft der Theologie“ als auch „Die Theologie als Hilfswissenschaft der Demographie“ treffen auf die methodische Vorgehensweise Süßmilchs zu.⁴⁴¹

Seine methodisch-analytische Arbeitsweise war durch die bevölkerungs- und wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten der aus dem fortschrittlichen England stammenden Forscher J. Graunt (1620-1672), W. Petty (1623-1687) und W. Derham (1657-1735) sowie des berühmten Arztes und Epideminologen T. Sydenham (1624-1689) geprägt.⁴⁴² Dort war man sich zudem der außerordentlichen Raumwirksamkeit wachsender Bevölkerungen in der Metropole London bewusst. Das Wachsen dieser Stadt, das die Dimensionen aller älteren

⁴⁴⁰ Der Begriff „Physikotheologie“ geht auf das im Jahre 1732 publizierte enzyklopädische Werk „Physiko-Theologie oder Naturanleitung zu Gott“ von W. Derham (1657-1735) zurück, das in seinem Kern die theologische Forschung mit der Philosophie und Naturwissenschaft versuchte zu verbinden. Durch die kopernikanische Verschiebung der Erde aus dem Mittelpunkt des göttlichen Universums, das mechanistische Naturverständnis physikalischer Prozesse von G. Galilei (1564-1642) und R. Descartes (1590-1650), den immanenten Determinismus B. Spinozas (1632-1677), den Siegeszug des englischen Empirismus sowie durch die moralische Errettung atheistischer Menschen durch den französischen Philosophen P. Bayle (1647-1706) wurde die Physikotheologie zum Einfallstor neuer philosophischer und naturwissenschaftlicher Theorien, in der man mittels empirischer Daten Gott, seine Vorsehung und Weisheit aus der Natur heraus zu beweisen versuchte. Dabei ging es zunächst um die Vereinbarkeit biblischer Aussagen mit neuen physikalischen, astronomischen, biologischen und auch bevölkerungswissenschaftlichen Erkenntnissen, wobei der elementarste Schritt physikotheologischer Forschung in der Entdeckung einer bestimmten Ordnung oder Regelmäßigkeit begründet lag, um das Wirken Gottes zu beweisen. Siehe zur Dimension physikotheologischer Forschung Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 47-69, bes. S. 51-53.

⁴⁴¹ Siehe dazu Birg, H.: Demographie und Ethik ... , S. 11. In Süßmilchs methodischem Vorgehen gab es keine sich gegenseitig lähmenden geistigen Konflikte zwischen Geistes- und Naturwissenschaften, auch eine von Verständnislosigkeit und –unwilligkeit geprägte distanzierte Überheblichkeit theologischer Kenntnisse in der Konzeptualisierung peuplierungstheoretischer Überlegungen ist nicht zu erkennen.

⁴⁴² Sein demographisches Interesse wurde wahrscheinlich durch die Schrift „Die Anzahl von Proportionen der Tiere“ von W. Derhams „Physio-Theology or a Demonstration of Being an Attributs of God from his Work of creation“ aus dem Jahre 1713 angeregt. Durch das Studium der Schrift J. Graunts „Natural and Political Observation“ (1. Aufl. 1662) kam Süßmilch mit dem demographischen Quellenmaterial der Kirchenregister und den politisch-sozialen Problemzusammenhängen der Großstädte in England sowie mit der dort verherrschenden bevölkerungspolitischen Diskussion um die Polygamie und der Peuplierungspolitik in Berührung. Der Bevölkerungsforscher W. Petty (1623-1687) „[...] was responsible for what would flourish on one hand to ‚Political Economy‘ and on the other to ‚Demography‘. Zitat aus Hecht, J.: The Post recaptured Population thought, science and policy throughout history ... , S. 26.

Aus dem deutschsprachigen Raum beeinflussten ihn primär die Werke Leibniz` entscheidend, wobei er den wirtschafts- und machtpolitischen Diskussionskontext peuplierungstheoretischer Konzepte nicht durch den Peuplierungstheoretiker J. J. Becher kennen gelernt hatte, sondern durch die Gedanken der oben genannten Engländer und der französischen Kritiker des Colbertismus wie S. le Pr. de Vauban (1633-1707) und N. de L. Basville (1648-1724). Siehe dazu auch Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 29-38. Auch Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 16 (Einleitung).

Städte im nichtmediterranen Europa sprengte, hatte landschaftsverändernde Folgen, die ein politisches Eingreifen raumordnerischer Peuplierungspolitik z. B. in Infrastruktur oder Umweltschutz provozierte. Die von N. Struyck (1687-1769) verarbeiteten statistischen Informationen englischer und französischer bevölkerungstheoretischer Literatur stellten Süßmilchs wichtigste Quellengrundlage (historisch-)demographischer Forschung dar. Vor allem durch die „[...] Lesung dieser Schriften ward ich [Süßmilch, Anm. d. Verf.] allererst recht angetrieben, alles nach den Listen von unserm Lande zu prüfen, um zu sehen, in wie weit alles zusammen stimme.“⁴⁴³ Aber auch die „Reflexiones über die Krankheits- und Todten-Listen mit Medizininischen Anmerkungen“ des deutschen Arztes J. Chr. Kundmann (1684-1751) wurden von Süßmilch als Arbeitsgrundlage für sein bedeutendes Werk verwendet.⁴⁴⁴ All den für Süßmilch als Vorbild dienenden genannten Autoren war gemeinsam, dass sie die Bevölkerungsstatistik innerhalb bevölkerungstheoretischer Konzepte nur als einen Teilaspekt eines größeren Zusammenhanges behandelten. Aufgrund anderer Motive und Voraussetzungen konstituierte er in seinem Werk „Göttliche Ordnung“ die statistische Bevölkerungserfassung als autonomen Erkenntnisgegenstand peuplierungstheoretischer Überlegungen, die mit seinen mathematisch formulierten Gesetzmäßigkeiten und seiner empirisch-methodischen Vorgehensweise erforscht wurden – damit ist er zurecht als der Begründer der deutschen Demographie anzusehen.⁴⁴⁵ Das zahlreich angesammelte statistische Datengerüst anderer Bevölkerungsforscher ergänzte er durch eigene Initiativen, das mit ihm zugesandte demographische Daten anderer Pfarreien vervollständigt wurden.⁴⁴⁶ Das Resultat der Entstehungsgeschichte und der Quellenbasis von Süßmilchs bevölkerungswissenschaftlicher Lehre basierte nicht nur auf der produktiven Rezeption westeuropäischer, vor allem englischer, französischer und niederländischer

⁴⁴³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 27 (Einleitung).

⁴⁴⁴ Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 175f..

⁴⁴⁵ H. Dreitzel begründete dies damit, dass Süßmilch der erste war, der die Bevölkerung in den Vordergrund gesamtpolitischer Betrachtung rückte. Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 36. Diese Begründung ist allerdings nicht ganz richtig bzw. etwas undifferenziert formuliert. Wie bei L. T. Laus peuplierungstheoretischen Überlegungen nachgewiesen werden konnte, nahm die Bevölkerung auch bei ihm die zentrale Stellung im gesamtpolitischen Betrachtungsfeld ein, da sie als Quelle der Wohlfahrt und Machtsteigerung des Staates angesehen wurde. Süßmilchs Leistung lag vor allem in der Isolierung bevölkerungsstatistischer Daten, sodass er nicht die Bevölkerung an sich, sondern die Bevölkerungsstatistik in das Zentrum bevölkerungstheoretischer Überlegungen rückte.

⁴⁴⁶ Nach seiner Veröffentlichung 1741 standen ihm ca. 1800 Tabellen aus anderen Pfarreibezirken zu Verfügung, wobei lediglich 1056 seinen strengen methodisch-analytischen Kriterien standhielten. Es ist sehr erstaunlich, wieviele demographische Daten Süßmilch in seinem bevölkerungswissenschaftlichen Werk verarbeiten konnte, wobei er neben den einheimischen auch „außerpreußische“ lange Perioden des 17. Jahrhunderts auswertete, wie z. B. aus Augsburg, Breslau, Berlin, Brandenburg, Danzig, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Freiburg, Halle, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg, Ulm, Wien und Zürich. Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 37-41.

peuplierungstheoretischer Schriften, sondern hatte vor allem seinen Ursprung in der theologischen Haltung C. Neumanns (1648-1715), der auf der Grundlage physikotheologischer Forschungen und medizinalstatistischer Auswertungen seine bevölkerungswissenschaftlichen Forschungen betrieb und damit als unmittelbarer Vorgänger Süßmilchs gilt.⁴⁴⁷ Süßmilchs methodisches Vorgehen gründete auf der isolierten Betrachtung einzelner demographischer Faktoren des Bevölkerungsprozesses (Geburtlichkeit, Heiratshäufigkeit, Fertilität, Mortalität, Geschlechterverhältnis, Morbidität, etc.), dessen unterschiedliche Ursachen er in Relation zueinander setzte und nach lokalen, geographischen und sozialen Bevölkerungseinheiten differenzierte, um dadurch bevölkerungsrelevante Daten aus homogenen Bedingungen zu erhalten.⁴⁴⁸ Mit seiner unbefangenen Beobachtung natürlicher Prozesse, der Sammlung und der Vergleichen demographischer Daten gewannen die empirischen Untersuchungsmethoden an Bedeutung und führten zu einer Neubewertung über die Regel und Erfordernisse empirischer Verfahren. Seit Süßmilch galt die demographische Expertise „[...] im steigenden Maße zur Legitimation sozial- und bevölkerungspolitischen Handelns.“⁴⁴⁹ Selbst über einhundert Jahre später berief sich der Ökonom G. Schmoller (1838-1917) bei seinen Untersuchungen zur Einwanderungs- und Kolonisationspolitik des 17. und 18. Jahrhunderts für die preußische Zeit auf die demographischen Daten und Ergebnisse Süßmilchs.⁴⁵⁰ Die statistische Erhebung in Preußen erfolgte zur Süßmilchs Lebzeiten auf zweierlei Weise: 1) Von den Pfarrern, die die Kirchenbücher verwalteten und die demographischen Daten (Taufen, Heiraten, Sterbefälle) an das geistliche Departement weiterleiteten; 2) Die wirtschaftsstatistischen Angaben der Land- und Steuerräte, die in den „Historischen Tabellen“ für das Generaldirektorium als jährliches

⁴⁴⁷ Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 60. Eingehender zu Neumanns bevölkerungs- und medizinalstatistischem Beitrag peuplierungstheoretischer Forschung siehe Lischke, R.-J.: Casper Neumann (1648-1715). Ein Beitrag zur Geschichte der Sterbettafeln (IFAD-Edition: Historische Reihe; 3), Berlin 1998. Auch Pearson, K.: The history of statistic in the 17th and 18th century against the changing background of intellectual, scientific and religious thought. Lectures of Karl Pearson given at university college London during the academic sessions 1921-1933, ed. by K. Pearson, London 1978.

⁴⁴⁸ Süßmilchs methodisches Vorgehen wurde von vielen Kameralisten übernommen, unter anderem auch von J.-L. Muret (1715-1796), der in seiner Veröffentlichung „Abhandlungen über die Bevölkerung am Waat“ mit einem reichen Zahlenmaterial operierte und dadurch zum „Vater der schweizerischen Statistik“ wurde. Obwohl die Schweizer Staatstheoretiker den Gedanken der Populationismus begierig aufgriffen, war im Gegensatz zur Preußen der überbevölkerten Schweiz eine aktive Peuplierungspolitik in der Praxis fremd. Sogar Heiratserschwerungen waren vom 16. bis zum 18. Jahrhundert trotz der Integration populationistischer Ideen weiterhin präsent gewesen. Auch bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Hebung der Geburtenhäufigkeit, wie sie in Preußen theoretisch diskutiert oder angewandt wurden, sind für die Schweiz nicht bekannt. Siehe dazu Blickel, W.: Bevölkerungsgeschichte ... , S. 32, S. 78 u. S. 88.

⁴⁴⁹ Zitat aus Lengwiler, M.: Vom Überbevölkerungs- zum Überalterungsparadigma. Das Verhältnis zwischen Demographie und Bevölkerungspolitik in historischer Perspektive, in: Barlösius, E./Schiek, D. (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands, Wiesbaden 2007, S. 187.

⁴⁵⁰ Siehe dazu Schmoller, G.: Die preußische Einwanderung ... , S. 574.

statistisches Handbuch für den preußischen König zusammengefasst wurden.⁴⁵¹ Vor allem bat er bei der Ausfertigung von Kirchenbüchern, „[...] daß jeder Prediger aus Liebe zur Wahrheit sich dieser geringen Mühe mit größter Willigkeit unterziehe.“⁴⁵² Um zusätzliche bevölkerungsstrukturelle Daten zu erhalten, müsste „[...] in der General-Tabelle (...) ausser denen bisherigen Haupt-Tituln auch das Geschlecht bey denen geborenen und gestorbenen bemercket werden [und] bey denen gebornen (...) sogleich alles, was dabey merckwürdiges verkommt, angezeichnet werden, als die Zwillinge, Dreylinge wie auch die todt gebohrne nach dem Geschlecht.“⁴⁵³

Neben dem „Gottesbeweis“ durch das erhoffte Erkennen regelmechanistischer Abläufe demographischer Prozesse versuchte Süßmilch dem preußischen König zu beweisen, „[...] wie Ew. königl. Majestät Lande vor dem weitläuftigen Gros-Britanien in der geschwinden Vermehrung der Menschen einen grossen Vorzug haben“ kann, wobei „[...] hierinnen einige Gründe und Mittel, so wol als die Hindernisse der Bevölkerung eines Landes enthalten [sind], darauf die Macht und der Reichthum eines Staats beruhet.“⁴⁵⁴ Hier wird Süßmilchs peuplierungstheoretische Prämisse deutlich, die eine wachsende Bevölkerung als Grundlage für Machtsteigerung und Reichtum akzentuierte. Die Säkularisierung der Bevölkerungstheorie ist bei Süßmilch noch nicht vollständig ausgeprägt, da das primäre Ziel dieser demographischen Schrift „[...] die Erkenntniß der gewissen und weisen Vorsehung Gottes, die nach gütigen und weisen Absichten diese Welt regieret“, ist.⁴⁵⁵ Gott hat, so Süßmilchs Glaube, „[...] besonders ein Aufsehen auf die Einwohner des Erd-Creises, und auf ihre stete Veränderung, denen wir unterworfen sind.“⁴⁵⁶ Auf der Basis seiner Beobachtungen erkannte er, dass zwar „[...] Kinder, Söhne und Töchter durcheinander gebohren [werden], aber ohne Verletzung der einmal von der Vorsehung beliebten Ordnung.“⁴⁵⁷ Er war der Überzeugung, dass „[...] bey der Geburth und dem Tode der Menschen alles in einer gewissen Ordnung

⁴⁵¹ Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 30. Auch die vom Breslauer Arzt J. Chr. Kundmann zwischen 1717 und 1732 herausgegebene Zeitschrift „Sammlungen von Natur- und Medizin-Geschichten“ beinhaltete demographisch relevante Daten.

⁴⁵² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 351. Die Verpflichtung regelmäßiger Führung der Kirchenbücher im protestantischen Deutschen Reich gab es schon seit dem 16. Jahrhundert, wobei sie in den katholischen Gebieten erst durch das Konzil von Trient (1545-1563) verbindlich gemacht wurde. Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 36f..

⁴⁵³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 354 (sic) [S. 349].

⁴⁵⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. a 4 (Vorrede).

⁴⁵⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 19 (Einleitung).

⁴⁵⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 20 (Einleitung).

⁴⁵⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 21 (Einleitung).

gehe, und daß hingegen Unordnung weit davon entfernt, wie man wohl, wenn man die Sache nur so obenhin ansiehet, anfänglich denken möchte.“⁴⁵⁸

Dass der medizinische Aspekt bevölkerungstheoretischer Überlegungen auch bei ihm eine herausragende Position einnahm, wird darin deutlich, dass das „[...] gantze Capitel von den Gestorbenen nach den Kranckheiten (...) zur Aufnahme der Kranckheits-Geschichte [dient], woran es bisher noch sehr gefehlet“ hat.⁴⁵⁹ Sein methodisches Vorgehen wurde vorbildhaft für die Entwicklung deutscher demographischer Forschung, da der „[...] Versuch (...) zum Gebrauch der Listen (...) bisher unter meinen Landes-Leuten wenig bekannt gewesen“ war.⁴⁶⁰ Gleichzeitig räumte er aber Irrtümer bei fehlerhafter Auswertung demographischer Fakten ein, „[...] weil die vielen und weitläufigen Rechnungen [ihm] oft den Kopf sehr warm gemachet“ haben.⁴⁶¹ Dabei gilt es aber aus methodischer Sicht immer „[...] die Umstände und Veränderung eines Orts wol zu erwegen, ob Krieg, Pest, oder andere Kranckheiten, ingleichen politische Ursachen eine Abweichung“ verursachten.⁴⁶² Sehr methodenkritisch räumte Süßmilch ein, „[...] wie unsicher die Nachrichten von vielen Städten, sonderlich was die Anzahl der Einwohner betrifft“, sind und dass „[...] man aus dem räumlichen Inhalt eines Ortes, desgleichen aus der Anzahl der Häuser nicht leicht was genaues bestimmen könne, weil die Art zu bauen, die Art zu wohnen, desgleichen die Geschäfte und Reichthümer und andere Umstände müssen erwogen werden.“⁴⁶³ Aus dem Erkenntnisziel, „[...] daß wir aus der unläugbaren Ordnung in der Geburt, Tod und Erhaltung des menschlichen Geschlechts die geheime Regierung unsers gütigen und weisen Gottes deutlicher erkennen“, leitete er den bevölkerungspolitischen Auftrag ab, „[...] zur Verehrung seiner väterlichen Vorsorge [gemeint ist Gottes Vorsorge, Anm. d. Verf.]“ die Population durch Ausübung der „[...] erwachsenen Pflichten antreiben zu lassen.“⁴⁶⁴ Die Vermehrung der Bevölkerung wird bei Süßmilchs peuplierungstheoretischer Konzeptualisierung als eine „göttliche“ Aufgabe

⁴⁵⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 308.

⁴⁵⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 33 (Einleitung).

⁴⁶⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 36 (Einleitung). In der Schweiz war es der Mediziner und Physiker D. Bernoulli (1700-1782), der nicht nur zur Verbesserung der methodischen Konstruktion der Sterbetafeln beitrug, sondern auch den Vorteil einer flächendeckenden Pockeninokulation, also das Einimpfen einer Zellkultur, propagierte. Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 45; Im Deutschen Reich war es unter anderem der evangelische Theologe L. Fr. Dürr (1743-1813), der auf Grundlage der süßmilch'schen Methodik statistische Daten bei Gestorbenen, Geborenen und Verheirateten in seiner Schrift „Versuch eines kleinen Beitrags zur bestätigten Ordnung Gottes in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts“ für die Stadt Kempten im Zeitraum von 1700-1750 auswertete. Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 86.

⁴⁶¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 37 (Einleitung).

⁴⁶² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 39 (Einleitung).

⁴⁶³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 335.

⁴⁶⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 40 (Einleitung).

verstanden, der es mithilfe der Erkenntnis demographischer Prozesse im Rahmen der von Gott vorgegebenen Möglichkeiten peuplierungspolitisch nachzugehen ist.

Aus der intensiven „[...] Betrachtung derer sämtlichen Listen der Geborenen und Gestorbenen, in denen königl. Preußischen und Churfürstl. Brandenburgischen Ländern erhellet klärlich, daß fast allezeit die Zahl der Geborenen grösser sey, als die Zahl der Gestorbenen.“⁴⁶⁵ Der daraus resultierende positive Saldo zugunsten der Geborenen führte Süßmilch zu der Aussage, „[...] daß das Menschliche Geschlecht beständig anwachse und sich vermehre.“⁴⁶⁶ Wäre dem nicht so und „[...] es stürben mehr als geboren würden, so müste ein Land ordentlicher Weise in einigen hundert Jahren von Einwohnern ganz entblösset werden“, wobei die Pest und andere Epidemien diesen Bevölkerungsrückgang noch zusätzlich beschleunigen würden.⁴⁶⁷ Wenn nun „[...] viele gute Jahre auf einander folgen, oder die kleinen Seuchen nicht mercklichen Schaden thun, so muß diese Vermehrung auch können wahr genommen werden, und zwar aus denen Listen der Geborenen, Gestorbenen und Verheyrahteten.“⁴⁶⁸ Exemplarisch fügte er das Beispiel Herzogtum Kleve an. Weil „[...] aber im Jahr 1702 ausserordentlich viele gestorben“ sind, lagen die im „[...] Herzogthum Cleve (...) von 1698 bis 1702 gestorbene nach dem Durchschnitt“, sodass er „[...] in Vergleichung der andern Jahre 4600 als etwas ordentliches angenommen“ habe.⁴⁶⁹ Die Geborenen „[...] von 1719 bis 1723 waren 6175 im Durchschnitt“, wobei er aber zur Verdeutlichung des Bevölkerungswachstums noch auf 6000 nach unter abrundete.⁴⁷⁰ Aus diesem mathematischen Zahlenverhältnis lässt sich somit die demographische Entwicklung für das Herzogtum Kleve prognostizieren, sodass sich bei ähnlichen Rahmenbedingungen „[...] nach diesem Fortgange (...) die Zahl der Einwohner im Clevischen in 66 bis 70 Jahre verdoppel[n]“ würde.⁴⁷¹ Das stetige Bevölkerungswachstum ist nach Süßmilch an sich ein natürliches Phänomen, dass aber immer wieder durch äußere anthropogene und andere natürliche Ursachen gehemmt wird.⁴⁷² Deshalb will er „[...] fast als etwas gewisses fest

⁴⁶⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 1. Erst ab Kapitel 1 „Worinnen von der Vermehrung des menschlichen Geschlechts gehandelt wird“ wird mit der Seitenzählung eins begonnen, da davor Vorreden und eine Einleitung ohne eine numerische Zählung angeführt sind.

⁴⁶⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 2.

⁴⁶⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 3.

⁴⁶⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 5.

⁴⁶⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 8.

⁴⁷⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 8.

⁴⁷¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 8.

⁴⁷² Das viel diskutierte Problem der Bevölkerungsvermehrung thematisierte der englische Jurist M. Hale (1609-1676) in seinem von H. Schmettau in Breslau 1685 übersetzten Buch „Der erste Anfang oder das ursprüngliche Herkommen der Menschheit“, das sicherlich auch Süßmilch kannte. Dort wurde die Ansicht vertreten, dass trotz der verheerenden Pestzüge, der vielfachen Hungerengpässe und der entvölkernden Kriege die Menschheit stetig wuchs. Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 65. Ähnlich äußerte sich auch der

setzen, daß in 100 Jahren (...) die Menschen durch innerlichen und natürlichen Wachsthum [sich] verdoppeln“ können.⁴⁷³ Da die „[...] Vermehrung überhaupt (...) auf den Überschuß der gebohrenen über die gestorbenen [beruht]“, lässt sich schließen, dass die staatliche Förderung der Fertilität und der Gesundheit der Bevölkerung einen Kernpunkt in seiner peuplierungstheoretischen Konstruktion bildete.⁴⁷⁴

Allerdings vollzieht sich das Bevölkerungswachstum noch nicht schnell genug, damit auch die von Gott zu Verfügung gestellten landschaftlich gebundenen Ressourcen zur Wohlfahrtssteigerung aller Erdbewohner genutzt werden. Da es den „[...] Göttlichen Absichten zuwider läuft, daß der Erdboden leer bleibe, der zum Aufenthalt vernünftiger Geschöpfe bestimmt ist“, sind raumordnerische Aspekte bei peuplierungspolitischen Überlegungen gleichsam zu berücksichtigen.⁴⁷⁵ Aus Süßmilchs peuplierungspolitischen Gedanken lässt sich vor allem in Bezug auf die Besiedlung und Kultivierung wüster Landflächen ein direkter Auftrag zur Raumplanung ableiten. Hierbei kollidierte er aber mit den Ansichten des preußischen Königs Friedrich den Großen, der im Jahre 1749, als er durch den Präsidenten seiner Akademie der Wissenschaften in Kenntnis von Süßmilchs Vorschlägen zur Peuplierungspolitik, die auch Landzuweisungen an besitzlose Ehepaare vorsahen, gesetzt wurde, ihm jede politische Kompetenz zur Erörterung bevölkerungspolitischer Fragen absprach und ihm mitteilte, dass er sich mit derartigen Projekten nicht befassen solle.⁴⁷⁶ Süßmilch gehörte zu den vielen peuplierungspolitisch denkenden und unabhängigen Untertanen des preußischen Königs, die den bevölkerungspolitischen Maßnahmen Friedrichs des Großen in einigen Bereichen distanziert und kritisch gegenüberstanden.

Bei der Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums differenziert Süßmilch zwischen den Raumeinheiten „Land“ und „Stadt“, „[...] sonderlich wenn letztere eine prächtige Residentz oder grosse Handels-Stadt ist, als wodurch viele auswärtige in dieselbige hinein gelockt werden.“⁴⁷⁷ Dadurch darf man aus methodischer Sicht demographischer Prognostizierung nicht „[...] vom Wachsthum in grossen Städten auf dem Lande (...) schließen“ und

Aufklärungsphilosoph J. Chr. Adelung (1732-1806), der im Kontext der These aktiver rückläufiger Bevölkerungsentwicklung eine skeptische Haltung vertrat und auf die Frage, ob „[...] sich das menschliche Geschlecht in einem so kurzen Zeitraume (...) bis zu einem solchen Grade hat vermehren können“, bejahend antwortete. Zitat aus Adelung, J. Chr.: Versuch eine Geschichte der Cultur des menschlichen Geschlechts. Leipzig 1782, S. 47.

⁴⁷³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 12.

⁴⁷⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 22f..

⁴⁷⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 4.

⁴⁷⁶ Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 84.

⁴⁷⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 11.

gleichzeitig „ [...] bey Untersuchung dieser curiosen Aufgabe Acht haben, ob in der Zeit Krieg, Pest und Wanderung der Völcker vorgefallen sind oder nicht.“⁴⁷⁸ Der Raum bzw. die vorhandene Erdoberfläche nahmen in seinen bevölkerungswachstumstheoretischen Überlegungen eine zentrale Position ein, da nach göttlicher Absicht „ [...] der Erdboden mit Einwohnern erfüllet“ werden muss.⁴⁷⁹ Denn wäre nach Süßmilchs Anschauung „ [...] der Erdboden so groß als der Jupiter oder Saturnus, oder noch größer, so könnte die Vermehrung weit schneller geschehen.“⁴⁸⁰ In Süßmilchs peuplierungstheoretischem Konzept theologischer Prägung ergibt sich aus der Relation von Raum und Mensch eine natürliche Konstante der Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums. Die Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums ist somit abhängig vom vorhandenen Raum. Ginge „ [...] die Vermehrung zu schnell, so würde daraus mancherley Übel erwachsen, die die Güte Gottes von uns abzuwenden bemühet ist.“⁴⁸¹ Aus seinen Berechnungen „ [...] der Preußischen und Brandenburgischen Lande erhellet [sich], daß die Geschwindigkeit in der Vermehrung unterschieden sey, indem in einer Provinz mehr Jahre zur Verdopplung erfordert werden als in einer andern“, sodass daraus zu schließen ist, dass die „ [...] Vermehrung (...) also was veränderliches (ist), die Gott gar leicht nach denen Umständen der Welt aufhalten oder beschleunigen kann.“⁴⁸² Dies heißt im Umkehrschluss, dass ein radikaler Populationismus innerhalb der Peuplierungspolitik ohne eine notwendige Berücksichtigung räumlicher Gegebenheiten zum Nachteil der Wohlfahrt des Staates werden kann. Weil „ [...] auch nicht allein der Raum, sondern auch ein bequemer Aufenthalt für vernünftige Geschöpfe erfordert wird, so scheint die göttliche Vorsehung insonderlich bey jetzigen Zeiten darauf Acht zu haben“, dass „ [...] die Welt fast überall mit Menschen besetzt, obschon nicht angefüllet ist.“⁴⁸³ Diese bei Süßmilch leise anklingende Gefahr des Umkippens der „gesunden“ Relation von Raum und Mensch hatte die raumwirksame und landschaftsverändernde Folge, dass „ [...] Wüsteneien, Wildnisse, Moräste (...) zum Unterhalt der Menschen und des Viehes zubereitet worden“ sind, und sogar selbst „ [...] das Meer hat an vielen Orten weichen und dem

⁴⁷⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 12.

⁴⁷⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 21.

⁴⁸⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 21.

⁴⁸¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 22.

⁴⁸² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 98f.. Wie stark sein bevölkerungstheoretisches Denken noch auf theologischem Gedankengut beruhte, offenbarte sich in der Aussage, dass Gott die Vermehrung sehr leicht beschleunigen könnte, „ [...] wenn er denen Kindern mehrer Lebens-Kräfte gäbe, daß ihrer nicht so viel frühzeitig stürben, so konnte es sie auch leicht aufhalten, wenn er ihrer mehrere sterben liesse.“ Zitat aus S. 99. Auf der Grundlage seiner theologisch geprägten Argumentationsstrategie sprach er Gott ein hohes Potenzial bevölkerungswachstumsfördernder Wirkung bei der Vermehrung der Einwohner zu.

⁴⁸³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 21.

Menschen Platz machen müssen.“⁴⁸⁴ Allerdings ergibt sich „[...] nach einer kleinen Betrachtung des jetzigen Zustandes, und der Anzahl der Menschen auf der Erden, (...) daß noch Raum gnug für vielmehr Menschen übrig sey.“⁴⁸⁵ Die Erweiterung des Lebensraumes als Folge einer über die Tragfähigkeit der vorhandenen Landfläche wachsenden Population muss zwangsläufig als Teil der Raumplanung in einer sich schlüssigen Peuplierungspolitik Berücksichtigung finden. Dass Süßmilch in seinen peuplierungstheoretischen Ausführungen die Kategorie „Bevölkerung“ vor den Raum positionierte, wird im von ihm zitierten „[...] scharfsinnigen Verfassers des so genannten Spectators“ deutlich, der die Ansicht vertrat, „[...] ,daß die Macht und der Reichthum eines Königes, vielmehr auf der Anzahl der Unterthanen, als auf dem weiten Umfang der Länder beruhen.“⁴⁸⁶ Wenn das Volk aus peuplierungstheoretischer Sicht den einzigen „[...] Reichthum ausmacht, so bringt ein Vater, der 10 Kinder hat, seinem Lande grossen Nutzen als der so es mit 10tausend Morgen Land, aber ohne Volk bereichert.“⁴⁸⁷ Raumgewinn an sich stellt somit keinen eigentlichen Nutzen für die Wohlfahrt des Staates dar, sondern erst durch die Nutzung und Einwirkung des Energiekonverters „Mensch“, der den Raum nutzt, wird die kultivierte Landfläche qualitativ wertvoll.

Zudem ergibt sich auf der Grundlage peuplierungstheoretischen Denkens eine Kategorisierung des Raumes, weil bei der Besiedlung, Kultivierung und Urbarmachung bisher ungenutzter Landflächen „[...] die ungesunde Lage und Beschaffung eines Ortes in Betrachtung“ bezüglich einer erfolgversprechenden Peuplierung zu ziehen ist.⁴⁸⁸ Dem Lebensraum kam dabei im Zuge peuplierungstheoretischer Konzipierung eine besondere, gesteigerte Aufmerksamkeit zu. Weil ein Ort trotz einer guten naturräumlichen Lage „[...] an sich gesund seyn (kan)“, kann er „[...] durch fremde Dinge und besondere Umstände ungesund werden.“⁴⁸⁹ Daraus lässt sich schließen, dass der Raum trotz günstiger natürlicher Rahmenbedingungen durch anthropogene Verhaltensmuster und Einwirkungen aus peuplierungspolitischer Sicht qualitativ absinken kann. Sowohl die naturräumliche Lage als

⁴⁸⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 22.

⁴⁸⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 72. Auf der Grundlage einer von für die damalige Zeit recht genauen Schätzung kam Süßmilch zum Schluss, dass auf der gesamten Erde noch viel Raum für Menschen gebe, der bisher noch ungenutzt brachliegt. Dabei wird China „[...] als das volksreichste Land der gantzen Welt beschrieben.“ Zitat aus S. 92, zu den Berechnungen der Erdbevölkerung und der damit zusammenhängenden Raumaussnutzung siehe bes. S. 72-96. Da er sowohl für Europa und Amerika als auch für Afrika 150.000 Menschen schätzte und für Asien 500.000 ansetzte, rundete er die Zahl für die Weltbevölkerung auf eine Milliarde auf.

⁴⁸⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 33f..

⁴⁸⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 347f..

⁴⁸⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 63.

⁴⁸⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 63f..

auch die Gestaltung des Raumes durch den Menschen sind als verstellbare und formbare Parameter für eine erfolgreiche Peuplierungspolitik anzusehen. Raumordnung bzw. -planung war für Süßmilch ein analytisches Instrument, um erfolgreich peuplierungspolitische Zielvorstellungen zu realisieren.

Einen bevölkerungsdezimierenden Faktor stellte in Süßmilchs Ausführungen in erster Linie die Pest dar, die in Preußen im Jahre „[...] 1710 fast 1/3 von allen Einwohnern hinweg (nahm).“⁴⁹⁰ Ein Punkt, der durch intensivere medizinische und hygienische Aufklärung und Umsetzung verbessert werden kann. Im Zuge dessen lobte er den „[...] nunmehr in Gott ruhende[n] König Friedrich Wilhelm“, der „[...] in 30 Jahren (...) die Zahl der Einwohner dieser Lande (...) um 1/3 vermehret“ hat.⁴⁹¹

Da die „[...] bewiesene Vermehrung dieser Menschen (...) ihren Einfluß in gar viele Dinge [hat]“, muss wohl notwendigerweise „[...] ein Überschlag der Einwohner eines Landes gemacht werden, damit man wisse, für wie viele Menschen ein Vorrath müsse angeschaffet werden.“⁴⁹² Die Volkszählung zur besseren Optimierung der Nahrungsgrundlage zahlreicher Untertanen nahm für ihn aus peuplierungspolitischer Sicht eine unverzichtbare Schlüsselposition ein, um zukunftsorientiert die Staatsgeschäfte in Konkurrenz mit benachbarten Territorien erfolgreich zu führen. Die in diesem Zusammenhang geforderte Errichtung von Kornhäusern kann nur auf der Grundlage demographischer Daten in Zeiten von Hungerengpässen wirksameren Schutz für die Bevölkerung bieten.

Im zweiten Kapitel „Darinn von den Hindernissen der Vermehrung des Menschlichen Geschlechts gehandelt wird“ kategorisierte Süßmilch die Hemmnisse des Bevölkerungswachstums und versuchte zu ergründen, „[...] wie groß der Schade sey, der durch dieselbe gestiftet wird.“⁴⁹³ Nach Süßmilchs analytischen Auswertungen sind „[...] die vornehmsten und die sich auch am häufigsten“ zeigenden Bevölkerungswachstumshemmnisse „[...] Krieg, Pest, und die damit meistentheils verknüpfte Hungers-noth (...), aber auch de[r] Ehelosen Stand unzählig vieler Menschen.“⁴⁹⁴ Aus der Erkenntnis, dass die „[...] Pest (...) wohl ohnstreitig unter denen Hindernissen das größte“ Übel darstellt, wurde ihr in seinem peuplierungstheoretischen Konzept medizinischer und hygienischer Prävention eine wichtige Position zugesprochen, um die Ressource „Mensch“ von diesen verheerenden Krankheiten

⁴⁹⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 14.

⁴⁹¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 17.

⁴⁹² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 16.

⁴⁹³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 25.

⁴⁹⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 25.

und Epidemien effizienter schützen zu können.⁴⁹⁵ Die gewaltige menschenvernichtende Dimension und Wirkung der Pestzüge spiegelte sich in den von Süßmilch eruierten Daten eindrucksvoll wider, weil in „[...] dem einzigen Königreich Preussen (...) bey nahe eine Viertel Million, nemlich 247 tausend Menschen hinweg gerissen (wurden).“⁴⁹⁶ „Wäre die Pest“, so Süßmilch zu den verheerenden und bevölkerungsdezimierenden Seuchenzügen, „[...] nicht im Jahr 1709 in Preussen so heftig gewesen, so würde wenigstens ½ Million mehr“ Menschen in jenem Königreich leben.⁴⁹⁷ Dies waren für die damalige Zeit enorm große Bevölkerungseinbußen, die sich unter anderem im Raum in Form von neu entstandenen Wüstungen bemerkbar machten.⁴⁹⁸ Aus diesem auf eruierten Daten beruhenden Schluss zog er die Essenz, dass „[...] die Pest nicht nur entsetzlichen Schaden anrichte, wie an Preussen zu sehen, sondern daß sie auch nicht oft kommen dürfe, wenn ein Land nicht soll von Einwohnern gantz entblösset werden.“⁴⁹⁹ Die Pest hat somit nicht nur eine „populative“, sondern auch eine direkte räumliche Dimension, die sich in erster Linie in den Wüstungen und Versteppungen zahlreicher ehemals besiedelter Landflächen und Höfe widerspiegelt. Im Kontext der Kategorisierung bevölkerungswachstumshemmender Faktoren untersuchte Süßmilch auf der Grundlage seines theologischen Wissens die Frage, „[...] ob Pest und Krieg nothwenige Übel zur Verhinderung der gar zu grossen Menge Menschen und der hieraus entstehenden Übel“, und ob sie „[...] nothwendig (...) zur Unterhaltung des Gleichgewichts der Menschen [sind], oder ob der Erdboden gegenwärtig zu voll werden würde, wenn der Vermehrung nicht Einhalt geschähe.“⁵⁰⁰ Viele seiner bevölkerungsforschenden Zeitgenossen vertraten die Auffassung, dass „[...] solches nothwendig geschehen müsse“, um ein gesundes Gleichgewicht zwischen Menschen und Lebensraum zu erhalten.⁵⁰¹ Dieses bevölkerungstheoretische Denken basierte auf der theologisch-biblizistischen Interpretation, dass „[...] die Erde nicht so viel Materie (habe), (...) [damit] in der Auferstehung der todten

⁴⁹⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 26. Die Pest ist für ihn deswegen von so großer schrecklicher Wirkung, weil „[...] sie oft nicht eher aufhöret zu wüten, als bis sie Städte und Länder grösten theils entvölkert hat.“ Zitat aus S. 26. Dadurch erklärt sich auch das große Interesse Süßmilchs an medizinisch relevanten Daten. Sein Beitrag für die Gesundheitsstatistik wird dabei oftmals in den Hintergrund seiner (historisch-)demographischen Tätigkeit gestellt.

⁴⁹⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 27.

⁴⁹⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 317. Die erste administrative Zusammenfassung und Auswertung der Kirchenbucheintragungen im preußischen Land wurde durch die Pest des Jahres 1682 angestoßen. Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 31.

⁴⁹⁸ Siehe dazu Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 29.

⁴⁹⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 30. Diese Schlussfolgerung ließ sich für den Demographen Süßmilch in eine numerische Form übersetzen, dass „[...] wenn nun in 100 Jahren die Pest mehr als einmahl kommen sollte, so würden 100 Jahr gar leicht ausfallen, daß sich darinn die Menschen nicht vermehrten.“ Zitat aus S. 30.

⁵⁰⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 67.

⁵⁰¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 67.

ein jeder Mensch seinen eigenen und einen eben so grossen Leib bekommen könne.“⁵⁰² Zwar räumte Süßmilch ein, dass „[...] die Vermehrung nicht gar zu schnell geschehen [dürfe], damit denen Leuten Zeit gelassen werde, die dazugehörigen Anstalten zu mehrern zu machen.“⁵⁰³ Allerdings kam er im Zuge der Berechnung der Weltbevölkerung und des vorhandenen Raumes zum Ergebnis, dass sich „[...] hieraus (...) nun unwidersprechlich erhellet, daß Krieg und Pest gar nicht nothwendig [seien], und daß sehr wohl wenigstens etliche hundert Jahr ohne dieselbe Übel hingehen können, ohne das die Welt zu voll werde.“⁵⁰⁴ Sicherlich rebellierte hier unter anderem sein christlicher Humanismus gegen die physikotheologische Rechtfertigung natürlicher und sozialer Katastrophen. Vielmehr vertrat Süßmilch in diesem Diskussionskontext die theologische Argumentation, dass „[...] die Pest von Gott zur Strafe der unartigen Geschöpfe gebraucht werde.“⁵⁰⁵ Eine „moralisierende“ Konditionierung der Untertanen als ein Instrument peuplierungspolitischer Gesetzgebung kann die Häufigkeit der Pestzüge seiner Meinung nach herabsenken, weil es für Gott bei wohlherzogenen und tugendhaften Erdbewohnern dann keinen Grund zur Züchtigung gebe. Mittels Berechnungen der Brandenburgischen Lande wurde bewiesen, „[...] daß sich die Menschen in hundert Jahren verdoppelten“, ohne dass das Gleichgewicht von Mensch und Raum zu einer negativen Entwicklung geführt hätte. Für eine erfolgreiche Peuplierung eines Territoriums forderte Süßmilch eine die Peuplierungspolitik begleitende vorausschauende Planungskultur, die den Rahmen und die Grundlage z. B. im Raum für eine vielversprechende Peuplierung strukturiert und vorbereitet. Hierbei wird deutlich, dass bei Süßmilch die Peuplierungspolitik einen weitdimensionierten Fokus anlegt, der viele Bereiche politischer

⁵⁰² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 101. Durch weitere Berechnungen bewies Süßmilch das Gegenteil diese fundamental-theologischen Interpretation demographischer Prozesse und monierte, dass „[...] man bey denen Wahrheiten der Religion, die von der grösten Wichtigkeit [sind], (...) sich die größte Leichtsinigkeit (zeigt), das ist nicht Vernunft, sondern Thorheit.“ Zitat aus S. 104.

⁵⁰³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 69.

⁵⁰⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 98. Nach seiner Schätzung könnten noch viermal soviel Menschen, also vier Milliarden, auf der Erde leben als bisher. Es stand der „Weltpeuplierung“ also noch genügend Raum zu Verfügung. Süßmilch leitete auf der Basis seines theologischen Wissens sowie aus der Existenz und Güte Gottes und den von ihm entdeckten regelmechanistischen Abläufen demographischer Prozesse die Schlussfolgerung ab, dass die verheerenden Kriege und die entvölkernden Pestzüge nicht erforderlich zur Bremsung des Bevölkerungswachstums sind. Sie werden vielmehr nur von Gott geduldet, aber durch Menschen verursacht. Siehe dazu auch Birg, H.: Demographie und Ethik ... S. 12.

⁵⁰⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 100. Hier offenbart sich der wesentlichste Unterschied peuplierungstheoretischer Schlussfolgerung zum englischen Theologen R. Malthus (1766-1834), der eine pessimistische Bevölkerungstheorie formulierte. Während Süßmilch versuchte, mit Hilfe seiner eruierten Daten die Notwendigkeit von Krieg, Hungersnot und Pest zu widerlegen, lassen sich in Malthus' Werk von 1798 Versuche finden, die die Existenz dieser oben genannten Übel rechtfertigen. Als einer der ersten im Deutschen Reich nahm der Nationalökonom J. Möser (1720-1794) die malthusianischen Gedanken auf und konstatierte, dass allein „[...] die Bevölkerung (...) es wahrlich nicht ausmachen“ kann, weil man zum Beispiel durch eine „aktive“ Peuplierungspolitik „[...] Bettler und Diebe damit an(ziehen)“ würde. Zitat Mosers, entnommen aus Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 209.

Handlungsfelder unter Berücksichtigung bevölkerungstheoretischer Prämissen zur nachhaltigen Peuplierung instrumentalisieren muss. Gegen die prämalthusianischen Ängste der Hungerengpässe und Verelendungen breiter Bevölkerungsmassen argumentierte er mit der ineffizienten Handhabung agrartechnischen Wissens, da „[...] der Schöpfer (...) dem Geträyde bereits eine weit grössere natürliche Kraft beygelegt [hat], als man wohl ordentlicher Weise wahrnimmt.“⁵⁰⁶ Allein die peuplierungspolitische Bedingung nach einer Intensivierung agrarischer Landflächen zu einer effizienteren Sicherung der Nahrungsgrundlage „[...] erfordert mehr Menschen zur Arbeit, so lang die uns fehlen, müssen wir es bey dem alten lassen, [denn] gewönne man mehr Getrayde, könnte man auch mehr Vieh halten, und man bekäme mehr Mist zur Düngung.“⁵⁰⁷ Stünden mehr Menschen zur Kultivierung und Urbarmachung zu Verfügung, „[...] die zur Arbeit könnten gebraucht werden, (könnte) alsdann auch die Fruchtbarkeit des Getraydes (...) weiter getrieben, und das Erdreich für weit mehr Menschen zubereitet werden“, sodass eine „[...] etwas langsamere Vermehrung und grössere Fruchtbarkeit (...) allem Überfluß der Menschen gnugsam vorgebeuget“ werden würde.⁵⁰⁸ Süßmilch vertrat eine optimistische Position des Bevölkerungswachstums, da die Nahrungsgrundlage parallel zum Populationswachstum wachsen würde. Zudem fließt durch den Menschen mehr Energie ins Land, was wiederum in Form von Intensivierungs- und Extensivierungsmaßnahmen zur einer angemessenen Sicherstellung der Nahrungsgrundlage führen kann. Allerdings räumte er gleichzeitig ein, dass es „[...] eine gewisse Zeit erfordert (...), dem Zuwachs Nahrung und Wohnung zu verschaffen.“⁵⁰⁹ Ein Grund für diese oftmals in seiner Zeit vertretene pessimistische Auffassung peuplierungstheoretischer Gedanken lag darin, dass für einen geizigen und unersättlichen Menschen „[...] vielleicht schon jetzo viel zu viel Menschen“ auf dem Erdboden leben.⁵¹⁰ Im Kontext der Sicherstellung der Ernährungsgrundlage wachsender Populationen wies er auf raumrelevante Veränderungen hin, die im Sinne peuplierungspolitischer Prämissen zur Aufhebung der Gemengelage oder zur Aufteilung landesherrlicher Domänen führen konnte.⁵¹¹ Bei seiner Forderung nach mehr Maßhaltung und Einschränkung des Überflusses wurde der christliche Humanismus als Heilmittel für dieses falsche Denken argumentativ vorangestellt.

⁵⁰⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 70. Deshalb stellte Süßmilch auch die kritische Frage, dass „[...] wer wollte zweifeln, daß wir nicht in gutem Erdreich eben das und noch mehr gewinnen können, wenn man nur alles nöthige, an Menschen und Vieh dazu hätte.“ Zitat aus S. 70f..

⁵⁰⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 70.

⁵⁰⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 100.

⁵⁰⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 132.

⁵¹⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 71.

⁵¹¹ Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 93.

Das „ [...] zweyte grosse Hinderniß des Wachstums derer Menschen“ findet sich nach Süßmilch in den Folgen und Wirkungen zahlreicher Kriege, weil „ [...] der Schade, so dadurch gestiftet wird, (...) gedoppelt (ist).“⁵¹² Die doppelte wachstumsvermindernde Wirkung der Kriege zeigt sich darin, dass erstens „ [...] dadurch das Männliche Geschlecht (leidet), welches sowohl durch Bataillien, als durch Strapazen sehr aufgerieben wird“, und zweitens „ [...] auch die Vermehrung dadurch sehr gehindert (wird), weil nicht nur manche Frau durch Verlust ihres Mannes, an ferneren Erzeugung der Kinder verhindert, sondern weil auch manche Jungfer dadurch eines Ehegatten beraubt wird.“⁵¹³ Auch die räumliche Wirkung der Kriege führte Süßmilch an, weil „ [...] auch das Land selbst, sonderlich der Ackerbau, dabey grosse Noth leiden“ muss.⁵¹⁴ Die Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen äußerten sich in dem proportional geringeren Anteil an Männern gegenüber dem weiblichen Geschlecht in einer monogam lebenden Gesellschaft, sodass dieses Männerdefizit zu einem Anstieg eheloser Frauen führen konnte, was wiederum die Kinderzeugung verhindern würde. Vor allem bei blutigen und langwierigen Kriegen muss zwangsläufig „ [...] dadurch eine grosse Ungleichheit zwischen beyden Geschlechtern entstehen, und es muss daher manche Jungfer wider Willen im ehelosen Stande verbleiben.“⁵¹⁵ Deswegen sollten nicht nur in Kriegszeiten an diejenigen „ [...] besondere Vorrechte ertheilet werden, die drey oder mehr Kinder halten“, sondern auch im Allgemeinen staatliche Subventionen für kinderreiche Familien zu Verfügung gestellt werden – ein Aspekt, an dem die Peuplierungspolitik beeinflussend auf das Bevölkerungswachstum einwirken kann.⁵¹⁶ In diesem bevölkerungswachstumshemmenden Punkt hat der Mensch selbst alle Möglichkeiten zur Beeinflussung und Veränderung dieses unseligen Zustandes in der Hand, weil am „ [...] Krieg (...) ohnedem nicht Gott, sondern die Menschen selbst (...) Ursach daran“ sind.⁵¹⁷

Einen dritten bevölkerungswachstumshemmenden Faktor sah der Bevölkerungsforscher Süßmilch in der Hungersnot, die „ [...] mehrentheils (...) den Krieg oder auch die Pest zu begleiten, und deren Schaden zu vergrössern (pflegt).“⁵¹⁸ Oftmals bedingt sich ein

⁵¹² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 30. Dabei stellte er in Bezug auf die konfessionsbedingten Kriege auch in mahnender Intention die kritische Frage: „Ja was haben nicht bloß die Religions-Kriege in Spanien, Franckreich, Engelland, Teutschland, und anderswo für Blut gekostet?“ Zitat aus S. 32.

⁵¹³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 30f..

⁵¹⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 173.

⁵¹⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 31.

⁵¹⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 32.

⁵¹⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 100.

⁵¹⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 41.

Hungerengpass dadurch, dass „[...] das Land kaum hinreiche, seine Einwohner zu ernähren, daher denn bey einen Mißwachs so viele Leute in Gefahr stehen.“⁵¹⁹ Hierbei wird bei den bevölkerungstheoretischen Überlegungen des Theologen Süßmilchs deutlich, dass bei einem Bevölkerungswachstum immer die Nahrungsgrundlage berücksichtigt wurde, die sich nicht automatisch im Zuge des Bevölkerungswachstums vermehrt.⁵²⁰ Hier ist es ein Auftrag an die Peuplierungspolitik, dieses mit entsprechenden politisch lenkbaren Weichenstellungen zu gewährleisten. Süßmilch vertrat somit keine „radikale“ Peuplierungspolitik, die lediglich auf eine bloße Vermehrung der Einwohner schaute. Die Hungersnot tötet gleichsam „[...] Menschen und Vieh und verwüstet Städte und Länder“, was zu einer vermehrten Brachliegeung ehemals kultivierter Landflächen führen würde.⁵²¹

Als ein viertes großes Hindernis der Vermehrung einer Population „[...] muß auch billig der ehelose Stand mit gezehlet werden“, weil wenn „[...] in einem Lande viele Menschen beyderley Geschlechts, die zum Ehestande tüchtig, in den selben nicht treten, so fallen dadurch viele Ehen hinweg, folglich viele Menschen, die aus denenselben hätten können gebohren werden.“⁵²² Die Kausalität eheloser Untertanen ergibt sich aus der Tatsache, dass „[...] es in allen Landen dergleichen Personen (gibt), die entweder durch ihre eigene aber zu weit getriebene Vorsichtigkeit, oder durch Gelübde und andere Gesetze vom Ehestande abgehalten werden.“⁵²³ Daraus lässt zunächst neben der vorsichtigen Kritik am Anwachsen des zölibatär-klerikalen Standes eine politische Gestaltungsmöglichkeit mittels gezielter peuplierungspolitischer Gesetzgebung ableiten, um mithilfe der Entschärfung der Ehegesetze heiratswilligen Menschen die Möglichkeit zur Verheiratung und damit auch zum Kinderkriegen zu erleichtern. Das pragmatische Denken Süßmilchs klassifizierte den ehelosen Stand der Kleriker als unnatürlich, da primär aus bevölkerungswachstumstheoretischer Sicht die „[...] Papistischen Ländern (...) darunter vor andern (leiden).“⁵²⁴ „Es ist bekandt“, so Süßmilch in seiner präzisen Ursachenforschung weiter, dass „[...] nicht nur alle und jede Ordens-Leute, sondern auch alle geistliche, durch ein gar zu hartes Gesetz, welches erst in denen mitleren Zeiten der Unwissenheit allgemein geworden, verbunden sind, im ehelosen

⁵¹⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 41.

⁵²⁰ Eine grundlegende Modernisierung der Landwirtschaftslehre hin zu einer rationaleren Agrarwirtschaft gelang erst zum Ende des 18. Jahrhunderts durch A. von Thaer (1752-1828), der in deutlicher Polemik gegen das Süßmilch'sche Ideal von Subsistenzwirtschaften marktorientierte und spezialisierte Großagrarbetriebe forderte. Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 94f..

⁵²¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 42.

⁵²² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 42.

⁵²³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 42.

⁵²⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 42. Ein Konsequenz dessen ist, dass das „[...] Weibliche Geschlecht nothwendig dabey leiden müsse, indem sehr viele hierdurch eines Ehegatten beraubt werden.“ Zitat aus S. 47. Siehe auch dazu S. 349.

Stande zu verbleiben.“⁵²⁵ Auf der Grundlage seines Datengerüsts addierte Süßmilch alle in papistischen Ländern lebenden Kleriker zusammen und erlangte eine Summe von „[...] doch 1 Million und 300 tausend Menschen, die an rechtmäßiger Zeugung der Kinder verhindert werden.“⁵²⁶ Nach seiner Ansicht bestehe kein Zweifel daran, „[...] daß nicht Teutschland volkreicher seyn müste, wenn nicht seit dem Gregorianischen Verbot im 11ten Säculo denen Priestern alle Weiber genommen wären.“⁵²⁷ Der ehelose Stand der Kleriker war ein Aspekt bevölkerungswachstumshemmender Wirkung, den es aus peuplierungstheoretischer Perspektive zum Wohle des Bevölkerungswachstums zu beseitigen galt. „Wie groß der Schade sey, den dadurch der Erdboden, an seinen ihm bestimmten Einwohnern leidet“, wurde von Süßmilch nicht gering angesetzt.⁵²⁸ Den von Gott zu Verfügung gestellten Raum zur Urbarmachung und Kultivierung verstand der Demograph Süßmilch auf Grundlage seines theologisch-dogmatischen Verständnisses als ein Geschenk Gottes, der zur Wohlfahrtssteigerung aller Menschen im Auftrag Gottes genutzt werden muss. Dabei offenbart sich für den Historischen Geographen ein historisches Raumverständnis, das den ungenutzten Raum und Erdboden als einen Frevel an der Gütigkeit Gottes verstand. Die im Zuge des geforderten Bevölkerungswachstums implizierte Raumplanung wurde durch die theologische Untermauerung zu einem notwendigen Arbeitsfeld peuplierungspolitischer Gesetzgebungskompetenz.⁵²⁹ Für den Theologen Süßmilch war es eine unstrittige, gesicherte Erkenntnis, dass „[...] der ehelose Stand in der Römischen Kirche, 1) die Vermehrung der Menschen ungemein sehr hindere, folglich 2) eine Ursach sey, daß viele Länder wüste und leer bleiben müssen, dadurch denn 3) die Macht und der Reichthum eines Fürsten sehr eingeschräncket werden.“⁵³⁰ Aufgrund der kontroverstheologischen Tradition des frühneuzeitlichen Protestantismus kritisierte Süßmilch aus peuplierungstheoretischer Perspektive das Zölibat katholischer Priester und Mönche vehement, relativierte aber vor allem im Gegensatz zur Kritik zahlreicher französischer Philosophen die Auswirkungen auf das Bevölkerungswachstum und forderte deswegen nicht eine vollständige Abschaffung zölibatärer Lebensformen, sondern nur eine gewisse Einschränkung monastischer

⁵²⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 42.

⁵²⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 44.

⁵²⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 49.

⁵²⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 42.

⁵²⁹ Zum Ende des 18. Jahrhunderts führte dann der Professor für Statistik und Cameralwissenschaften A. Fr. W. Crome (1753-1833) an der Universität Gießen die methodischen Überlegungen Süßmilchs fort und erwarb vor allem Verdienste um die Bevölkerungsstatistik, bei der er auch den Flächeninhalt der Territorien in Relation zur Bevölkerung setzte. Der räumliche Bezug demographischer Parameter wurde nun in der Statistik mit berücksichtigt und graphisch in einer Verhältniskarte verdeutlicht. Siehe dazu Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 74.

⁵³⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 46.

Lebensgemeinschaften. Als ein Problem in diesem Diskussionsgegenstand wurden die zahlreichen „Reitzungen“ des weiblichen Geschlechts für die Männer angeführt, wodurch „[...] der Wollust und Hurerey Thür und Thor geöffnet werde.“⁵³¹ Im Gegensatz zum Kameralisten L. Th. Lau befürwortete Süßmilch im Umkehrschluss nicht die Freigabe der Polygamie zur Erhöhung der Bevölkerungszahl, weil er die grundlegende Auffassung vertrat, dass „[...] die Vielweiberei der Vermehrung höchst nachtheilig sey.“⁵³²

Bei Süßmilchs systematischer Auflistung der Hemmnisse der Bevölkerungsvermehrung werden im Folgenden all die Dinge hinzugezählt, „[...] die die Leute vom heyrathen zurück halten, die die Fruchtbarkeit hemmen, oder die auch die bereits erzeugten eher ums Leben bringen.“⁵³³ Dabei hat „[...] jedes Land (...) hierinn seine besondere[n] Hindernisse, die in der Politischen Verfassung des Landes, in der Lebens-Art, in den Meinungen eines Volckes, in denen gewohnten Lastern und in anderen Dingen gegründet sind.“⁵³⁴ Bemerkenswert ist hier zunächst mal sein analytisch-methodisches Vorgehen, um mit einem „regionalistischen“ Zugang ein differenziertes Bild der Ursachenforschung bevölkerungswachstumshemmender Faktoren zu erhalten. Aus bevölkerungsgeschichtlicher Sicht ist die Lokalisierung der Hemmnisse von besonderer Bedeutung, da die oben aufgelisteten bevölkerungsregressiven Parameter peuplierungspolitisch beeinflussbar oder veränderbar sind. Mithilfe einer effektiven Peuplierungspolitik kann man in erster Linie bei kinderreichen Familien finanziell entlastend wirken und bei der Bewältigung und Erbringung der „[...] gar zu schweren Auflagen auf das Volck, wodurch es vor dem Ehestand scheu gemacht wird, [helfen], weil es sich nicht im Stande siehet eine Familie zu unterhalten.“⁵³⁵

Durch die Auswertung zahlreicher demographischer Daten erkannte Süßmilch einen Unterschied im Heiratsverhalten auf dem Lande und in der Stadt. Aufgrund anderer Heiratskultur und –mentalität ist es ein Faktum, dass man „[...] selten auf dem Lande alte Jungfern oder Hagesloltze, so wie in den Städten finden (wird).“⁵³⁶ Dies lag seiner Meinung nach vordergründig daran, dass die Bauern „[...] nicht so viele Bendencklichkeiten als die Vornehmern (haben)“, wobei sie sehr gewissenhaft abwägen, „[...] ob sie für sich und ihre

⁵³¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 47.

⁵³² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 50.

⁵³³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 48.

⁵³⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 47f..

⁵³⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 50.

⁵³⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 51. Obwohl diese Problematik später Verheiratung „[...] in einem Lande mehr als in einem anderen“ wirkt, sah er diese Folgen des feudalen Gesellschaftssystems nicht als ein „Haupt-Hinderniß“ bei der Bevölkerungsvermehrung an. Zitat aus S. 51.

Kinder Brod gewinnen können, weil sich ein jeder zu betteln schämet.“⁵³⁷ Durch die oftmals erheblichen Feudalzwänge und die damit verbundenen zu leistenden Abgaben wurden „ [...] Heyrathen gleich nicht gantz verhindert (...), [aber] doch sehr verzögert, und die Leute kommen spät zusammen, wenn die Zeit zum Kinderkriegen bald verstrichen“ ist.⁵³⁸ Belegt man diese Ausführungen Süßmilchs mit einer bevölkerungstheoretischen Projektionsfläche, so erklingt auf der Basis peuplierungspolitischen Verständnis eine leise Kritik am bestehenden feudalen Gesellschaftssystem, das aufgrund der heiratsverzögernden Wirkung die optimale Ausnutzung der Fruchtbarkeit verhinderte und somit die Fertilität der Bevölkerung herabsetzte. Sicherlich sind aus staatlicher Sicht Feinjustierungen im Verfassungsbereich möglich, um Impulse zur Veränderung der Belastungen vieler Bauern zum Zwecke der Volksvermehrung anzustoßen und um das Heiratsalter spürbar herabzusetzen.

Ein weiterer wichtiger Grund, „ [...] weshalb Europa jetzt nicht so volkreich als sonst“ ist, findet sich nach Süßmilch in der Vorsichtigkeit des Adels bei Verheiratungen, weil „ [...] indem man nemlich das Ansehn des Hauses erhalten und nicht gerne theilen will, daher (...) nur einen heyrathen lässet.“⁵³⁹ Das Heiratsverhalten der gehobenen Schicht kann aus peuplierungspolitischer Sicht keine Vorbildfunktion für die Unterschichten sein, weil die Reproduktionsquote adliger Familien durch ein spezielles generatives Verhalten recht niedrig war.

Zu den bisher schon „ [...] erwehnten grossen und allgemeinen Hindernissen der Vermehrung“ zählte Süßmilch noch „ [...] die Städte, sonderlich volkreiche Städte“, da er bei seiner Auswertung statistischen Quellenmaterials bemerkte, „ [...] 1) daß in einigen beständig mehr sterben als gebohren werden, 2) daß in einigen die Anzahl der gebohrenen und gestorbenen ziemlich gleich ist [und] 3) daß in andern zwar etwas mehr gebohrne als gestorbene, daß aber solches fast nicht zu rechnen ist.“⁵⁴⁰ Auf der Grundlage demographischer Datengerüste konnte er erkennen, dass „ [...] in grossen und volkreichen Städten als Berlin und Breßlau von 25 bis 28 jährlich sterben, in mittelmäßigen Städten aber als Brandenburg von 30 einer.“⁵⁴¹ Diese Aussage bevölkerungswachstumshemmender Wirkung volkreicher Städte gründete in der hohen Mortalität bevölkerungsdichter Räume, die wiederum durch fehlende medizinische und hygienische Präventivmaßnahmen hervorgerufen

⁵³⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 51.

⁵³⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 51.

⁵³⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 51f..

⁵⁴⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 52.

⁵⁴¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 313.

wurde. Es sind primär „[...] diejenigen (...) in Städten, die bey Manufacturen und Fabricken mit Spinnen, Weben und dergleichen Arbeiten ihr Brod verdienen müssen“, die früher sterben, weil „[...] je blühender nun und je zahlreicher die Manufacturen in einer Stadt sind, desto größer ist die Zahl derer, die in der Theuerung Noth leiden“, und deswegen vor allem in Krisenzeiten einem höheren Sterblichkeitsrisiko ausgesetzt sind.⁵⁴² Sämtliche Merkmale des Pauperismus und der Proletarisierung waren aufgrund intensiver peuplierungstheoretischer Überlegungen schon vor 1800 bekannt, die „Soziale Frage“ reichte somit bis in die Zeit peuplierungspolitischer Policygesetzgebung.⁵⁴³ Dass viele Städte dennoch wuchsen, lag also nicht am Geburtenüberschuss, sondern an den Migranten, die „[...] vom Lande und fremden Orten dazu gekommen sind.“⁵⁴⁴ Als Wachstumsgrund vieler Städte erkannte Süßmilch die Migration. Das Populationswachstum basierte somit nicht auf der eigenen Reproduktionskraft der Städte.⁵⁴⁵ Der Zuzug immigrationswilliger Personen führte zu einer gewissen Relativierung der hohen Sterbequote innerhalb der Städte, sodass unter Einbeziehung der Migranten die einwohnerstarken Städte weiterhin wachsen konnten. Bei dieser Feststellung räumte der Bevölkerungsforscher allerdings ein methodisches Problem ein, weil in seinem Quellenmaterial die „[...] Kinder der Taufgesinnten, Quäcker und Anabaptisten unter denen getauften nicht aufgezeichnet sind.“⁵⁴⁶ Dies führte logischerweise dazu, dass die Zahl der Geborenen anderskonfessioneller Gesellschaften aufgrund des Fehlens der Geburten in den Taufregistern katholischer und evangelischer Pfarreien zu tief angesetzt wurde und womöglich, je nach sozialer Stadtlage, einen breiten Interpretationsspielraum ermöglichte. Ein zweiter Grund, warum „[...] in den Städten mehrentheils die Zahl der gestorbenen grösser ist (...) als auf dem platten Lande“, lag an der „[...] tödtlichen Lebens-Art so vieler Menschen,

⁵⁴² Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedanken von den epidemischen Kranckheiten und dem grossen Sterben des 1757ten Jahres*, Berlin 1758, S. 53.

⁵⁴³ Die Begriff „Soziale Frage“ (question social) geht auf die Diskussion vor allem der 1830-1840er Jahre um die soziale Situation pauperisierter Bevölkerungsteile in der Frühphase des Industrialisierungsprozesses zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Die politischen und sozialen Konsequenzen, die sich aus der Transformation von der ständisch-absolutistischen Agrargesellschaft hin zu modernen Industriegesellschaft und der damit einhergehenden verfassungspolitischen Auflösung patriarchalischer Herrschafts- und Fürsorgeverhältnisse ergaben, wurden zunächst unter dem Begriff „Soziale Frage“ thematisiert. Wie in der Peuplierungstheorie zu erkennen, ist die „Soziale Frage“ der vorindustriellen, feudalen und ständisch organisierten Gesellschaft, die in Form strenger persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse und ungleicher politischer und ökonomischer Rechte bestanden hatte, inhaltlich gesehen schon viel älter. Sie steht damit in der bis in die mittelalterliche Zeit zurückliegenden Tradition der Thematisierung von Armut. Siehe allgemein dazu Wehler, H.-U.: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815-1845/48*, 3. Aufl., München 1996, S. 281-296; Stegmann, Fr. J.: *Soziale Frage*, in: *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bd. 4, 7., völlig neu bearbeitete Aufl., Freiburg/Basel/Wien 1988, Sp. 1231-1234, zur „vorindustriellen“ Sozialen Frage bes. Sp. 1232. Auch dazu Ehmer, J./Schmale, W.: *Soziale Frage*, in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 12, Stuttgart 2010, Sp. 240-245.

⁵⁴⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 60.

⁵⁴⁵ Siehe dazu auch Dreitzel, H.: *J. P. Süßmilchs Beitrag ...*, S. 91.

⁵⁴⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 62.

die in grossen Städte leben, und die sich dem Fressen, Sauffen, der Hurerei und den andern Lastern ergeben, und die auch denen Affecten weit eher und mehr als andere unterworfen sind.“⁵⁴⁷ An allen diesen Lastern „[...] nimmt das weibliche Geschlecht nicht so viel Theil, daher denn [auch] (...) weniger sterben.“⁵⁴⁸ Es ist daher nicht zu leugnen, dass „[...] die Luft und andere äusserliche Dinge (...) bey vielen die Ursach (sind), aber es ist auch offenbahr, daß viele durch Unmäßigkeit in der Venus und Bachus ihre Kräfte schwächen und (...) Gift zu sich nehmen, der ihnen den Tod, obschon nicht so gleich, verursacht.“⁵⁴⁹ Aus peuplierungstheoretischer Perspektive wurde die frühneuzeitliche Stadtkultur und das Stadtleben im Allgemeinen bezüglich des Bevölkerungswachstums mit dem Attribut „schädlich“ versehen. Daraus lässt sich ein qualitativer Aspekt bevölkerungspolitischer Gesetzgebung ableiten, da man als Staat maßgeblich auf die kulturelle Bildung und die moralische Erziehung der Menschen peuplierungspolitisch einwirken kann. Das heißt, dass nach Süßmilch auch die Peuplierungspolitik ein Interesse am Bildungsstand und an der moralischen Erziehung der Untertanen hat, um die Missstände in den Städten zum Zweck eines schnelleren Bevölkerungswachstums zu beseitigen. Süßmilch verfasste keine genuin empirisch-soziologische Theorie der Moral, aber er argumentierte hierbei auf der Grundlage der hume'schen Moraltheorie.⁵⁵⁰ Als weiteren Grund führte Süßmilch die allgemeine schlechte Beschaffenheit der Städte an, weil dort vielerorts „[...] der Dampf und Gestanck (...) die Luft ungesünder mache, als sie auf dem platten Lande ist.“⁵⁵¹ Die anthropogen verursachten Umweltverschmutzungen expandierender protoindustrialisierter Städte gefährdeten den gesundheitlichen Zustand zahlreicher Stadtbewohner, sodass umweltpolitische Maßnahmen im Dienste der Realisierung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen erlassen werden müssen. Die schlechte Luft und die ätzenden Dämpfe

⁵⁴⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 61-63. Dabei beklagte sich der Demograph Süßmilch vor allem über die Trinkexzesse vieler Stadtbewohner und fragte: „Wie viele finden sich nicht von solchen, die sich zu Tode gesoffen?“ Zitat aus S. 63. Siehe auch zu dieser Stadtproblematik zusammenfassend S. 222.

⁵⁴⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 168.

⁵⁴⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 296f..

⁵⁵⁰ In diesem Kontext konditionierender Peuplierungspolitik lässt sich eine ethische Verantwortung demographischer Forschung ableiten, da die Demographie in einer engen Verbindung zur hume'schen Moraltheorie steht. Nach der Hume'schen Moraltheorie bildeten die in der Familie tradierten und für die Funktionsweise familiärer Gemeinschaften essenziellen „natürlichen Tugenden“ jene Basis von Normen und Verhaltensmustern, auf der sich das Gebäude „künstlicher Tugenden“ erheben kann, das für ein gemeinschaftliches Leben unerlässlich ist. Deswegen konstituieren die kontextualisierenden Aspekte zwischen Demographie und Ethik sowohl bei Süßmilch als auch beim R. Malthus den Kern ihrer bevölkerungswissenschaftlichen Werke. Interessanterweise bildete die bevölkerungstheoretische Schlussfolgerung beider Theologen einen so scharfen Gegensatz, der nicht hätte schärfer sein können. Die Entstehung demographischer und bevölkerungswissenschaftlicher Forschung wurde in ihrem Kern maßgeblich durch moralphilosophische Problemdiskussionen verursacht, sodass sie sich von der Philosophie nicht abgespalten lässt, ohne Wesentliches zu verlieren. Siehe dazu Birg, H.: Demographie und Ethik ... , S. 19-22.

⁵⁵¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 64.

haben bei den Stadtbewohnern „[...] Erstickung und Engbrüstigkeit verursacht“, sodass hieraus auch eine raumordnerische Forderung in Form von Dezentalisierungsmaßnahmen insbesondere der Manufakturen und der Manufakturarbeiter gestellt wurde, deren Ansiedlung auf dem Land oder in kleineren Städten zu einem verbesserten Gesundheitsschutz führen sollte.⁵⁵² Wenn zu den oben geschilderten Umständen „[...] noch gottlose Lehren hinzu kommen, so werden dadurch die Hindernisse des Selbstmordes noch mehr gehoben“ und die Zahl der Untertanen zusätzlich gesenkt.⁵⁵³ Weil „[...] nun aber auf dem Lande und unter den Bauers-Mann weder so starcker Handel, noch solche exceßive Laster, noch endlich solche Irreligion zu finden“ sind, wird damit nach statistischer Auswertung die hohe Selbstmordrate in den Städten erklärt.⁵⁵⁴

Im Zuge der gesundheitsgefährdenden Potenziale innerstädtischer Bereiche rückte die medizinische und hygienische Komponente bei Süßmilch zunehmend in den Vordergrund peuplierungstheoretischer Diskussion. In Folge dessen forderte er die Anfertigung von Speziallisten, die „[...] die sterbenden nach dem Alter, und nach den Kranckheiten, wie auch die lebende nach dem verschiedenen Geschlecht und Alter enthalten.“⁵⁵⁵ Deshalb kann auch eine „[...] andere Ursach, daß in Städten mehr sterben als auf dem Lande“, darin begründet sein, dass „[...] epidemische Kranckheiten sich weit eher ausbreiten können“, weil „[...] wo nun die Menschen sehr auf einander gepackt, oder wo auch nur in einer volckreichen Stadt vieler Umgang ist, da ist auch mehr Gelegenheit, daß eine Seuche andere eher anstecken kann, als wo die Leute sehr dünne und wenig Gemeinschaft mit einander haben, oder wenigstens bey epidemischen Kranckheiten sie leicht vermeiden können.“⁵⁵⁶ Süßmilch erkannte eine Korrelation von Bevölkerungsdichte und erhöhter Krankheitsgefährdung durch Epidemien und Seuchen, der es mit einer unter peuplierungspolitischer Aufsicht stehenden Medizinalversorgung zum verbesserten Schutz der Ressource „Mensch“ entgegenzuwirken galt. Es ist deutlich eine Ursachenverschiebung epidemischer Ausbreitung zahlreicher Krankheiten zu erkennen, die zu einem Übergang traditioneller geographisch-klimatischer Epidemiologie hin zur sozialen Medizin führte.⁵⁵⁷ Neben der Landschaft, dem Wetter oder

⁵⁵² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 63.

⁵⁵³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 300.

⁵⁵⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 301.

⁵⁵⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 355 (sic) [S. 351].

⁵⁵⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 65.

⁵⁵⁷ Siehe dazu Dreitzel, H.: Vorbemerkungen zur Schrift „Gedanken von den epidemischen Kranckheiten und dem grossen Sterben des 1757ten Jahres ...“, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 259. Aus sozialkritischer Sicht stellte der Theologe Süßmilch die Frage: „Wo sind aber die Reichen, die sich aus wahrer

den sogenannten „Miasmen“ traten bei der Erklärung epidemischer Expansion soziale Faktoren in den Vordergrund. Süßmilchs vertretene Hauptthese besagte, dass die Seuchen und Krankheiten primär durch sozioökonomische Faktoren bestimmt werden.⁵⁵⁸ Zum großen Sterben des Jahres 1757 bemerkte er, „[...] daß nemlich das Sterben des vorherigen Jahres allhier, nicht sowohl die alten Kirchspiele, wo meist gute und wohlhabende Familien wohnen, als vielmehr die in den Vorstädten betroffen, wo der größte Theil von Spinnern, Webern und armen Leuten wohnet, die selten mit einem Nothpfennige für nahrlose Zeiten und Kranckheiten versehen sind.“⁵⁵⁹ Statistisch gesehen starben am häufigsten „[...] geringe Leute (...), Arbeitssuchende und dergleichen, so der Witterung und Kälte mehr als andere ausgesetzt [und] daher deren Lunge und Brust leichter Schaden nehmen kann.“⁵⁶⁰ „Wenn die Aertzte schlechte Helden, wenn Apothecken in schlechter Verfassung, und unter keiner Aufsicht [sind], wenn Hebammen ihr Handwerck nicht recht verstehen“, kann eine gesundheitliche Verbesserung bevölkerungsdichter Siedlungen nicht erreicht werden.⁵⁶¹ Daraus erwächst aus peuplierungspolitischer Verantwortung ein staatlicher Interventionismus zur Kontrolle des Gesundheitszustandes der Untertanen und des Medizinwesens, sodass die aus der Bevölkerungspolitik abgeleitete Notwendigkeit effizienterer Gesundheitsvorsorge und eine zum Schutz der bereits vorhandenen Bevölkerung konzipierte Medizinpolicey einen entscheidenden Beitrag zur Herabsenkung der Mortalität leisten können.

Im Kontext gesundheitsstatistischer Auflistungen ordnete Süßmilch die Krankheiten nach dem Verhältnis des Alters zueinander und systematisierte in tabellarischer Form alle bis dahin bekannten Krankheiten auf, wobei er dabei differenzierte, „[...] welche Kranckheiten an einem Ort häufiger als an einem andern“ auftraten.⁵⁶² Eine systematische Aufnahme medizinischer Daten zum verbesserten Schutz der Ressource „Mensch“ wäre demnach sicherlich auch im Interesse aller im medizinischen Bereich arbeitenden Personen, sodass „[...] man mit vereinigttem Fleiß hinführ an einem Verzeichniß, und zwar an vielen Orten

Menschen-Liebe einmahl im Jahr ohne Gewinn zu arbeiten, und den Armen, die ihnen vorher durch saure Arbeit, bey einem mässigen Lohne, Reichthum erwerben geholfen, ausserordentliche Hülfe zu leisten?“ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedancken von den ...*, S. 53.

⁵⁵⁸ Siehe dazu Dreitzel, H.: *Vorbemerkungen zur Schrift ...*, S. 260.

⁵⁵⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedancken von den ...*, S. 10. Dabei wies er darauf hin, dass die große Mortalität zum größten Teil die Armen und Alten getroffen hatte, sodass er dazu geneigt war, „[...] die Ursache der grösseren Mortalität, die bereits im Jahre 1756 sich zu zeigen anfang, und die meist das gantze 1757te Jahr hindurch fortgedauert hat, mehr aus den Wirkungen der theuren Zeit, als aus der Witterung herzuleiten.“ Zitat aus S. 49.

⁵⁶⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedancken von den ...*, S. 15.

⁵⁶¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 65.

⁵⁶² Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 256. Es war ihm eindeutig klar, dass aus peuplierungstheoretischen Überlegungen „[...] ordentliche Kranckheits-Listen nützlich und nöthig sind“, um die Peuplierung des Landes erfolgreich vorantreiben zu können. Zitat aus S. 294.

zugleich arbeiten und sich der rechten Kunst-Wörter der Arznei-Wissenschaft hiezu bedienen möge.“⁵⁶³ Das Drängen nach dem peuplierungstheoretischen Wunsch standardisierter systematischer Aufnahme krankheitsbezogener und gesundheitsgefährdender Daten stand ganz im Zeichen der Verwirklichung bevölkerungspolitischer Ziele vieler frühneuzeitlicher Staatstheoretiker im 18. Jahrhundert. Weil nun „[...] von der Hand eines Artztes bey vielen Operationen Leben und Tod lediglich abhänget [und] (...) durch die Verbesserung der Chirurgie vieler Menschen Leben, folglich eines Fürsten Unterthanen erhalten werden“, erkannte man hierbei, „[...] wie sehr sich unser in Gott ruhender König Friedrich Wilhelm durch die Errichtung des Collegii Medico Chirurgici, um der Menschen Leben und um seine Nachfolger auch in diesem Stücke“ peuplierungspolitisch verdient gemacht hat, sodass in der vorbildhaften „[...] Chirurgische[n] Schuhle, in der bereits viele geschickte Männer zubereitet worden und durch deren Dienst schon viele dem Tod (...) entrissen worden“ sind.⁵⁶⁴ Um eine Verringerung fehlerhafter Behandlungen und Operationen schlecht ausgebildeter Mediziner zu bewirken, sollte dem Staat die Aufsicht und Prüfung medizinischer Ausbildungen zugeordnet werden.

Ein weiteres Problem für die hohe Mortalitätsquote lag seiner Meinung nach daran, dass es keine flächendeckenden medizinischen Versorgungsmöglichkeiten im Lande gab. Zum Jahre 1757, das „[...] ein höchst epidemisch Jahr gewesen“ ist, schrieb er, dass „[...] nemlich unter zwölf Gestorbenen kaum einer einen ordentlichen Arzt zu Rathe gezogen habe.“⁵⁶⁵ Denn „[...] würde dem geringsten Theil unsrer Mitbürger in Städten und auf dem Lande der Zugang zum Arzt und der Gebrauch der Mittel erleichtert“ werden, so „[...] würden sie ihn gewiß viel eher zu Rathe ziehen“, um ihr Unwohlsein nach fachlicher Beratung professionell behandeln zu lassen.⁵⁶⁶

Ein ebenso wichtiges Feld peuplierungspolitischer Konzepte war die medizinische Aufklärung, weil nach seiner „[...] Einsicht nach (...) wohl die Unwissenheit, der Gebrauch unschicklicher Mittel, und die unbehutsame Gemeinschaft unter den Land-Leuten“ und den Stadtbewohnern „[...] die Ursache des (...) oft schleunig verbreiteten Uebels“ waren.⁵⁶⁷ Deswegen plädierte er für eine Spezialisierung medizinischer Tätigkeitsfelder, damit in „[...] einer grossen Stadt etliche Aertzte seyn, die lediglich die Entbindung und Wartung der Frauen

⁵⁶³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 276.

⁵⁶⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 278.

⁵⁶⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Gedancken von den ... , S. 7-9.

⁵⁶⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Gedancken von den ... , S. 10.

⁵⁶⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Gedancken von den ... , S. 34. Hierbei deutete er auch auf die Kirche als soziale Institution hin, die mit Hilfe ihrer Kleriker einen peuplierungspolitischen Beitrag zur medizinischen Aufklärung leisten kann. Siehe dazu Dreitzel, H.: Vorbemerkungen zur Schrift ... , S. 354 und S. 362.

im Kinderbette zum Ziele ihres Fleisses und Nachdenckens setzten könnten.“⁵⁶⁸ Für Süßmilch nahm in Kontext hoher Säuglings- und Kindersterblichkeit bei der Ursache von „Convulsionen“ unzweifelhaft das „[...] üble Verhalten der Mütter und Säugammen“ einen gesonderten Platz ein, „[...] die durch unanständige Parade mit denen blossen Brüsten die Milch darin erkalten, und dadurch Catharral-Beängstigungen bey ihren zarten Kindern verursachen“ können.⁵⁶⁹ Aber auch die Masern gehörten zu den Kinderkrankheiten, „[...] die zuweilen sehr bösartig sind, oder vielmehr durch der Menschen Schuld, Nachlässigkeit, oder schädliche und hitzige Haus-Mittel, gefährlich werden, und vielen Kindern das Leben kosten.“⁵⁷⁰ Ein staatliches und aus peuplierungstheoretischer Sicht sinnvolles Ammenverbot war für Süßmilch so wichtig, dass nach seiner Ansicht „[...] eine hohe Obrigkeit sich damit könne und solle abgeben“, damit „[...] jährlich mehr Kinder leben bleiben, [was] (...) ein hinlänglicher Grund (ist).“⁵⁷¹ Diese peuplierungspolitische Maßnahme zum Säuglingsschutz war nach Süßmilch von enormer elementarer Wichtigkeit, weil es „[...] was grausames zu sehen (ist), daß eine Frau, die mit allen Vollkommenheiten des Leibes von der Natur begabet, vermögend ist, ihr unschuldiges, zartes und hülfloses Kind gleich nach ihrer Entbindung von sich zu thun und es einer Amme zu übergeben, die (unter 10tausend nicht eine) weder bey guter Gesundheit noch in guten Umständen, die weder dem Leibe noch der Seele nach die nöthige Vollkommenheiten, die weder Ehre noch guten Rahmen, weder Liebe noch Erbarmen gegen das arme Geschöpf hat, deren Absichten mehr auf das Geld als das Kind gerichtet, daher ihre gantze Sorgfalt nach der Grösse des Geldes und nach der Kraft der Geschencke proportioniret ist.“⁵⁷² „Die Erzeugung eines Kindes“, so Süßmilch weiter, „[...] ist ein Erfolg der Begierden, aber die Sorge für dasselbe ist ein Beweißthum der Tugend und der Wahl.“⁵⁷³ Die Muttersäugung basierte auf einer moralischen Verantwortung gegenüber dem Kind, das aufgrund vieler Gefahrenpotenziale den bestmöglichen Schutz erhalten muss.⁵⁷⁴ Diesem weitverbreiteten fehlerhaften Kulturverhalten sollte man mittels peuplierungspolitischer

⁵⁶⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 305.

⁵⁶⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 281.

⁵⁷⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Gedanken von den ... , S. 23.

⁵⁷¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 283.

⁵⁷² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 284. Die Gefahr besteht darin, dass „[...] jede Unordnung in der Amme eine Unordnung im Kinde verursache“, da sie diese verderbten Neigungen durch die Muttermilch zugeführt bekommen. Zitat aus S. 286.

⁵⁷³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 287.

⁵⁷⁴ Dieser von ihm geforderte pronatalistische Gesichtspunkt erfuhr später in den Paragraphen 67, 68 und 69 des Allgemeinen Preußischen Landrechtes von 1794 eine obrigkeitsstaatliche Reglementierung. Siehe dazu Linde, H.: Zum Welt- und Gesellschaftsbild J. P. Süßmilchs, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 234.

Policeygesetzgebung Einhalt gebieten, weil „[...] auf der Erhaltung der Kinder (...) vornemlich die Bevölkerung eines Staates und die Stufen ihrer Geschwindigkeit (beruht).“⁵⁷⁵ Somit können kulturelle Normen ein hohes Potenzial bevölkerungswachstumshemmender Wirkung in sich tragen. Der Mangel an medizinischer Aufklärung „[...] zeigt sich mehrentheils nur unter den geringeren und ärmeren Leuten in Städten, vermuthlich auch unter den Landleuten, die hiebey ebenfalls bey ihren Gewohnheiten zu bleiben pflegen.“⁵⁷⁶ Bloß „[...] die armen Kinder der gemeinen Leute und der Armen haben damahls die grosse Zahl der Gestorbenen ausgemacht, die durch die unvernünftigen Hausmittel der Eltern aufgeopfert worden sind.“⁵⁷⁷ Aus peuplierungspolitischer Sicht ist es eine sozialmedizinische Pflicht des Staates, „[...] solchem Kinder-Morde durch öffentlichen Unterricht und Anordnungen, durch Bestellung mehrerer Aerzte bei solchen Seuchen, die aus öffentlichen Cassen bezahlet werden müssen, vorzubeugen.“⁵⁷⁸

In seinem vierten Kapitel „Von der Fruchtbarkeit und derselben Unterscheid und Ursachen“ ging er der demographischen Frage nach, „[...] wie viel Kinder alle Ehen fruchtbare und unfruchtbare zusammen geben.“⁵⁷⁹ Im Zusammenhang dieser Fragestellung wies er auf die quellenkritische Begutachtung demographischer Daten hin, da z. B. die „[...] vielen Saltzburgischen Familien, die vor etlichen Jahren sich in Litthauen niedergelassen (haben), (...) in der Litthauischen Liste eine grosse Fruchtbarkeit dem Scheine nach verursachen, weil viele schon vertrauet und verheyrathet gewesen sind.“⁵⁸⁰ Bei der demographischen Auswertung der „[...] General-Liste (...) erhellet [sich], daß im gantzen Lande zusammen vier Kinder auf eine Ehe kommen.“⁵⁸¹ Eine stärkere regionale Differenzierung geburtenbezogener Daten offenbarte ihm, dass das „[...] Königreich Preussen (...) das fruchtbarste [ist], die Westphalischen Lande stehen zuletzt.“⁵⁸² Dabei warnte der Bevölkerungsforscher Süßmilch eindringlich davor, „[...] von der Fruchtbarkeit auf die Populosität“ zu schließen, weil es „[...] auf eben dem Grunde [beruht], woraus die Vermehrung hergeleitet“ wird, denn da,

⁵⁷⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedancken von den ...*, S. 23.

⁵⁷⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedancken von den ...*, S. 23. Aus seiner christlich-humanistischen Verantwortung heraus lagen ihm „[...] die Ursachen aber, die das plötzliche und grosse Unglück der Armen verursachen, (...) auf dem Hertzen.“ Zitat aus S. 51.

⁵⁷⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedancken von den ...*, S. 26.

⁵⁷⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Gedancken von den ...*, S. 26. In Berlin wurden im Jahre 1737 vier Wundärzte auf Kosten des Staates eingestellt, um die Armen in ihrer Not effektiver behandeln zu können. Siehe dazu Dreitzel, H.: *Vorbemerkungen zur Schrift ...*, S. 354.

⁵⁷⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 105.

⁵⁸⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 105.

⁵⁸¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 106.

⁵⁸² Zitat aus Süßmilch, J. P.: *Die göttliche Ordnung ...*, S. 107. Zudem ist es auch auf der Basis seiner Auswertungen eine Tatsache, dass „[...] Preussen fruchtbarer ist als das Herzogthumb Cleve.“ Zitat aus S. 117.

„ [...] wo der Überschuß der gebohrnen über die todten grösser ist, da ist auch die Vermehrung grösser und geschwinder, folglich muß auch das Land volkreicher seyn als ein anderes.“⁵⁸³ Vielmehr müsse man methodisch korrekt „ [...] die Populosität aus dem Verhältniß der gestorbenen und gebohrnen, oder aus der Mortalität, wie es die Engelländer und Frantzen nennen, beurteilen (...), nicht aus der Fruchtbarkeit.“⁵⁸⁴ Dies zeugt von Süßmilchs scharfsinniger Beobachtungsgabe in der methodisch-analytischen Herangehensweise bei der Aufschlüsselung demographischer Zahlen.

Eine „ [...] Haupt-Ursach aber der Fruchtbarkeit und ihrer verschiedenen Grösse, ist die Zeit des Heyrathens auf Seiten der Frau vornehmlich zu suchen“, weil hier uns „ [...] die Erfahrung lehret, daß es Gott beliebt, die Zeit der Zeugung in einer gewissen Zeit einzuschliessen, welche Zeit bey beiden Geschlechtern sehr unterschieden ist.“⁵⁸⁵ Es ist eine logische Konsequenz naturdeterminierter Fakten, dass „ [...] wenn nun eine Frau alle Zeit der Erzeugung anwendet, (...) sie ja mehr Kinder bekommen (wird), als wenn sie erst angefangen, nachdem die Helfte der Zeit verstrichen ist.“⁵⁸⁶ Weil nun „ [...] diese Zeit grossentheils von der Gewohnheit und Meinungen eines Volckes, desgleichen von äusserlichen Umständen abhänget“, muss die Peuplierungspolitik diese Kulturformen fertilitätsmindernder Wirkung mittels Aufklärung und Gesetzgebung verändern.⁵⁸⁷ Die in Europa in sich stark differenzierten Kulturformen regionaler Ausprägung führten dazu, dass sich in „ [...] einem Lande (...) mehr, in einem anderen weniger Hindernisse zu[m] heyrathen (finden).“⁵⁸⁸ Oftmals stellen sich die jungen Männer „ [...] die Lasten und Unruhen vor, die die Versorgung einer Familie verursacht.“⁵⁸⁹ Um dieser Angst vor dem Heiraten entgegen zu wirken und die Möglichkeiten der Ernährungsgarantie einer zu versorgenden Familie zu erleichtern, kann die Peuplierungspolitik staatliche Hilfeleistungen und steuerliche Entlastungen in Form einer gezielten Familien- und Kinderpolitik anbieten. Süßmilch verstand das Heiratsalter als eine wichtige Variable der Fruchtbarkeit, das mithilfe peuplierungspolitischer Gesetzgebung herabgesetzt werden kann. Ein Problem vor allem stellten die „ [...] Mägdgens auf dem Lande“ dar, die oftmals schon „ [...] 25, 30 und mehr Jahre alt werden, ehe sie verheyrahtet werden, und sodann (...) ihnen kaum 15 Jahr zur Zeugung übrig (bleiben).“⁵⁹⁰ Um gleichzeitig

⁵⁸³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 112.

⁵⁸⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 113.

⁵⁸⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 119.

⁵⁸⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 119.

⁵⁸⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 119.

⁵⁸⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 309.

⁵⁸⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 241.

⁵⁹⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 120.

die aus peuplierungstheoretischer Sicht schädliche „[...] Hurerei zu vermeiden, [sollten] (...) die Eltern die Kinder gleich zusammen (geben), so bald sich nur die Lüste anfangen zu regen, so daß die Mägdgen im 12ten oder 13ten Jahr, die Jungens im 15ten oder 16ten Jahr sich verheirathe[n]“ müssten.⁵⁹¹ Dadurch würde auch die von Gott eingerichtete Zeugungsphase des weiblichen Geschlechts in optimaler Weise zum Zwecke der Volksvermehrung genutzt werden.

Durch die oftmals vom Staat geduldete „[...] Hurerey wird eine Laster-Schule errichtet“, sodass mittlerweile sicherlich mindestens 6000-8000 Huren im eigenen Land die Fruchtbarkeit zeugungsfähiger Personen zum Schaden der Populosität des Landes senken.⁵⁹² Vor allem würde daraus wieder eine soziale Gruppe armer Frauen und Kinder erwachsen, die „[...] uns aus der Hurerei beständig zuwächst.“⁵⁹³ Dies würde somit wieder eine zusätzliche Belastung für den Staat darstellen, sodass aus qualitativer Betrachtungsweise peuplierungstheoretischer Konzepte eine große Bevölkerungszahl armer Untertanen dennoch zu einer Wohlfahrtsminderung führen würde. Hier deutete Süßmilch schon auf die Gefahren des Pauperismus hin, weil er beim Wachstum des Berliner Proletariats erkannte, dass der „[...] arme Teil der Einwohner (...) entsetzlich leidet [und] je größer derselbe ist, je größer wird der Schade sein.“⁵⁹⁴ Deshalb nahm bei Süßmilch nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Menschen einen bedeutsamen Platz innerhalb der peuplierungspolitischen Ausgestaltungen ein. Durch gesteigerte Armut im Herrschaftsgebiet leidet „[...] ein Regent (...) sehr an seinen Einkünften und Unterthanen, an Einkünften, weil solche muthwillige Bettler das nicht geben können, was sie doch könnten, wenn sie in der Ordnung geblieben wäre, [und] an Unterthanen und zugleich an Einkünften leidet er“, weil die durch Hurerei geborenen Kinder, obwohl sie zunächst numerisch die Bevölkerungszahl erhöhen, oftmals „[...] Bettler und böse Buben (werden), mit denen eine Republic gar nicht gedienet ist.“⁵⁹⁵ Wie „[...] also der natürliche, so leidet auch der politische Körper (...) in vielerley Absicht“

⁵⁹¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 121.

⁵⁹² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 129. Würde die „[...] Hurerei schärfer bestraft, würde sich manche Magd noch bedenken, ehe sie sich an einen Kerl hinge.“ Zitat aus S. 129. Die geforderte staatliche Funktionalisierung der Prostitution erwuchs aus der Aufklärung, weil der Peuplierungspolitiker die Triebe der Menschen nicht dauerhaft unterdrücken, wohl aber lenken könne.

⁵⁹³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 130.

⁵⁹⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Der königlichen Residenz schnelles Wachstum und Erbauung in zwei Abhandlungen, Berlin 1752, S. 45. Hiermit wandte sich Süßmilch mit seinem moralethischen Verständnis gegen die oftmals zynisch vertretene Auffassung, dass die Armut zwingend notwendig sei, um den Pöbel zur Arbeit zu motivieren. Dadurch offenbaren sich uns auch in seinem peuplierungstheoretischen Konstrukt sozialpolitische Elemente.

⁵⁹⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 130.

durch die Hurerei, sodass der Schaden, „ [...] den die Hurerei nach sich zieht, fast unbeschreiblich“ groß für eine wachsende Bevölkerung ist.⁵⁹⁶

Bei all den Bemühungen zur Steigerung der Fertilität deutete Süßmilch darauf hin, „ [...] daß ein Fürst, der gerne sein Land voll Menschen haben will, nicht so wohl auf die Beförderung der Fruchtbarkeit, als vielmehr auf die Verringerung der Mortalität zu sehen habe.“⁵⁹⁷ Süßmilch erkannte hierbei die Wichtigkeit der Senkung der Mortalitätsziffer, um die Lebensphase vieler Menschen mithilfe verbesserter medizinischer Versorgung und Aufklärung zu verlängern. Primär ist hierbei die Peuplierungspolitik gefordert, „ [...] für eine allgemeine Wohlfahrt zu sorgen, (...) das Beste [der] Unterthanen, auf alle mögliche Art, nach dem Exempel Gottes, zu befördern [sowie] (...) diesem Übel eiligst und kräftigst vorzubeugen, weil dadurch die Grund-Säulen einer Republic unterminiret werden.“⁵⁹⁸ Auch bei der hohen Säuglingssterblichkeit sah Süßmilch, dass „ [...] wenn das erste Jahr erreicht ist, hat das Leben schon eine mehrere Vestigkeit erlanget und es fällt die Zahl der sterbenden sehr ab.“⁵⁹⁹ Nach dem „ [...] die meisten Kinder die Pocken und andere Kranckheit gehabt, die Zähne gewechselt [haben] und zu einer mehrern Hartnäckigkeit gelanget“ sind, nimmt die Mortalitätsziffer spürbar ab.⁶⁰⁰ Es ist eine demographisch-statistisch belegbare Tatsache, dass „ [...] wenn nun nach diesen Jahren die Kinder einige Vestigkeiten erlange[n], (...) ihrer in denen folgenden Jahren immer weniger (sterben).“⁶⁰¹ Weil die Sterblichkeit des Verhältnisses der Sterbenden nach den verschiedenen Lebensaltern differiert, bedarf es vor allem beim Säuglings- und Kinderschutz aus peuplierungspolitischer Sicht einer intensiveren Aufsicht und Hilfe. Das aus peuplierungstheoretischer Perspektive ironisch anmutende Faktum, dass Mönche statistisch gesehen ein höheres Lebensalter erreichen als andere Gesellschaftsgruppen, lag darin begründet, dass „ [...] die meisten (...) in ihrer Jugend zum Closter-Leben (kommen), ehe sie anfangen durch Unmäßigkeit ihre Kräfte zu schwächen.“⁶⁰² Die monastische Lebensführung kann bei gleichzeitiger Ausklammerung zölibatärer

⁵⁹⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 131. Für Süßmilch nimmt die Hurerei eine besondere Stellung bei den bevölkerungswachstumshemmenden Faktoren ein. Für ihn ist sogar ein „ [...] Hurer (...) schädlicher und schändlicher als ein Säuffer, [weil] dieser dencket nicht auf so viel Räncke und Betrügereien als die, so ihren Lüsten nachhängen.“ Zitat aus S. 131.

⁵⁹⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 123. Bei der zweiten Auflage seines demographischen Grundlagenwerkes problematisierte Süßmilch im Zuge der Weiterentwicklung demographisch-statistischer Erkenntnisgewinne das demographische Arbeitsfeld „Mortalität“ und damit die Absterbeordnung eingehender und maß diesem bevölkerungswissenschaftlichen Teilgebiet eine gesteigerte Bedeutung zu. Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 45-47.

⁵⁹⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 131.

⁵⁹⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 204.

⁶⁰⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 206.

⁶⁰¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 229.

⁶⁰² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 216.

Verhaltensnormen dem peuplierungspolitischen Ziel einer Herabsenkung der Mortalität durchaus zuträglich sein, weil „[...] nur die stärcksten und gesunden 70 und mehr Jahr alt“ werden.⁶⁰³

Süßmilchs demographisch-statistische Auswertungen bevölkerungsbezogener Daten belegten, dass die „[...] Erhaltung und Fortpflanzung des gantzen menschlichen Geschlechtes (...) auf der Erhaltung und proportionirten Fortpflanzung der beyden Geschlechter, des männlichen und weiblichen“, beruhte.⁶⁰⁴ Er bewies erstens, dass „[...] fast allezeit mehr Knaben als Mädgens gebohren werden“, und zweitens, dass „[...] so wohl der Tod als andere Zufälle diesen Überschuß der Knaben wegnehmen, und also beyde Geschlechter zu einer Gleichheit“ gebracht werden.⁶⁰⁵ Weil „[...] mehr vom männlichen Geschlechte leben, so müssen auch mehr davon sterben können“, was sich dann auch in der demographischen Statistik widerspiegeln muss.⁶⁰⁶ Auf der Grundlage dieser Erkenntnis stellte er sich die Frage, „[...] ob ein Ort geschickter sey zu Söhnen als ein andrer“, weil in der damaligen Naturlehre die Auffassung vertreten wurde, „[...] daß starcke Leute wieder stracke zeugen – fortes creantur fortibus.“⁶⁰⁷ Auch zum Diskursfeld der Polygamie äußerte sich Süßmilch und sprach sich gegen eine polygam lebende Gesellschaft aus. Weil „[...] die Vielweiberei untern den Türcken nur bey denen Vornehmen und Reichen statt finde [und] (...) einem Türcken nicht erlaubt ist, mehr Weiber zu nehmen als er ernähren kann“, könnte die polygame Lebensform lediglich bei den Reichen praktiziert werden, da die Ärmeren mit einer Frau und den dazugehörigen Kindern oftmals am Existenzminimum leben.⁶⁰⁸ Daraus schlussfolgerte er aus peuplierungstheoretischer Sicht, dass „[...] die Fortpflanzung der Menschen besser von statten gehe, wenn ein Mann nur eine Frau hat.“⁶⁰⁹ Gottes Absicht „Seyd fruchtbar und mehret euch, und erfüllet die Erde“ könnte „[...] nicht besser als durch die Monogamie

⁶⁰³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 218. Im Zuge dieser Lebensaltersdiskussion fügte Süßmilch an, dass der in London lebende Mensch, der nach englischer Literatur 138 Jahre alt sein soll, kein Normalfall ist, weil ein „[...] solche[s] Alter ein halbes Wunderwerck“ darstellt und nur mit Gottes Segen zu erreichen ist. Zitat aus S. 214.

⁶⁰⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 132. Allerdings beklagt er den bisher nicht erkannten numerischen Unterschied zwischen den Geschlechtern, welcher „[...] doch mit einerley Mühe hätte geschehen können.“ Zitat aus S. 142.

⁶⁰⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 134f.. Vor allem die ihn zahlreich zugeschickten „[...] Tauf-Listen bestätigten diese Wahrheit insgesamt, dass mehr Knaben als Mädgen gebohren werden.“ Zitat aus S. 135.

⁶⁰⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 148.

⁶⁰⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 143.

⁶⁰⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 145.

⁶⁰⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 185. Süßmilchs biblizistische Physikotheologie gründete auf der Aussage Gottes „Seid fruchtbar und mehret Euch und erfüllt die Erde“ (1. Mos., 1, 18) und leitete dadurch einen direkten peuplierungspolitischen Auftrag zur Ausführung dieses Fortschrittsbefehls ab.

erhalten werden.“⁶¹⁰ Daher war nach seiner peuplierungstheoretischen Ansicht jeder „ [...] Verteidiger der Polygamie (...) ein Störer der allgemeinen Ruhe.“⁶¹¹

Die von Gott eingerichtete Proportion bei der Geburt zwischen den Geschlechtern differenzierte sich in Form eines „Stadt-Land-Vergleiches“ weiter. Obwohl es „ [...] fast durchgängig ausgemacht (ist), daß in Städten mehr vom weiblichen als männlichen Geschlechte leben“, deutete er auf ein Quellenproblem hin, weil in den Listen „ [...] sehr viel Leute ausgelassen“ worden sind.⁶¹² Bei der Anfertigung dieser demographischen Listen beobachtete der Bevölkerungsforscher Süßmilch „ [...] wenig Accuratesse (...), sowohl von denen, die das Verzeichniß verfertiget, als auch von denen, die ihre Familie oder Einwohner ihres Hauses anzeigen müssen.“⁶¹³ Deshalb plädierte der statistisch arbeitende Demograph Süßmilch für eine grundlegende Systematisierung der Aufnahme demographischer Daten, um somit mittels einer Standardisierung der Listen zu genaueren Prognosen zu gelangen. Dabei könnten die normierten Sterbelisten der Städte und des Landes auch dafür gebraucht werden, „ [...] die Anzahl der verschiedenen Nationen und Religion-Verwandten, wenn sich dergleichen finden, daraus zu erkennen“ und somit zusätzliche demographische Daten über die Bevölkerungsstruktur zu erhalten.⁶¹⁴ Da es dem „ [...] gütigen Gott gleichsam am Hertzen liegt, die Anzahl und das Gleichgewicht des menschlichen Geschlechts gehörig zu erhalten, so muß uns auch am Hertzen liegen, die Gesetze auszufinden, so die Weißheit hiebey beobachtet, um dadurch die Verehrung derselben“ anzutreiben.⁶¹⁵

Auch bezüglich der Mortalität beobachtete er eine „Geschlechter-“ und „Stadt-Land-Differenz“. Weil auf dem Land in Bezug auf das weibliche Geschlecht „ [...] vielmehr Mannsen wegsterben“, kann wohl nur „ [...] ohnstreitig die schwehre Arbeit Schuld daran [haben], der das männliche Geschlecht sich unterziehen muß.“⁶¹⁶ Weil „ [...] die Arbeit selbst (...) viele Männer in Gefahr (setzt)“ und zudem „ [...] als dann im Trunck die Diät nicht beobachtet wird“, verstärken sich die gesundheitsgefährdenden Folgen lasterhaften Lebens zusätzlich, der man mithilfe peuplierungspolitischer Gesetzgebung und medizinischer Aufklärung entgegenwirken müsste.⁶¹⁷ In den Agglomerationsgebieten kommt dann „ [...] bey

⁶¹⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 186.

⁶¹¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 180.

⁶¹² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 150f.. Dazu zählen z. B. „ [...] gantze Garnison und alles was zu Soldaten gehöret, alle Waysen-, Armen-, und Arbeitshäuser“, aber auch alle umherziehenden Migranten, die nur temporär begrenzt an einem Ort verweilen. Zitat aus S. 151f..

⁶¹³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 152.

⁶¹⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 340.

⁶¹⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 360 (sic) [S. 356].

⁶¹⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 171.

⁶¹⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 171.

Manns-Personen die unordentliche Lebens-Art zu der schwehren Arbeit hinzu“, die zu einer erhöhten Mortalitätsziffer und verkürzter Lebensdauer führen kann.⁶¹⁸ Auf dem platten Land hingegen fallen „[...] unter denen Bauers-mann (...) viele Ursachen des Todes weg, die sich in Städten finden“, weil primär „[...] die reine Land-Lufft überhaupt gesünder als die, so mit vielen stinckenden und ungesunden Dünsten angefüllet (ist)“ und die epidemische Expansion virulenter Seuchen in den Städten leichter sich ausbreiten kann.⁶¹⁹ Zudem hat der Bauer aufgrund seines zeitaufreibenden Arbeitstages kaum „[...] Zeit und Gelegenheit seinen Lüsten so nachzugehen als die Einwohner der Städte“, sodass sich „[...] aus diesen und anderen Gründen (...) sehr wohl muthmassen (lässt), daß auf dem Lande in Proportion nicht so viel sterben als in Städten.“⁶²⁰ Zusammenfassend konstatierte Süßmilch, dass es „[...] nicht sowohl der Mangel der Kräfte als die Verringerung der Kräfte durch Arbeit, Strapazen und Unmäßigkeit im Trincken“ sind, die als Ursachen für die geringere Lebensdauer des männlichen Geschlechts sowohl auf dem Land als auch in den Städten anzusehen sind.⁶²¹ Genau darin vermochte er in seinem theologischen Verständnis bevölkerungstheoretischer Prozesse den Hauptgrund sehen, „[...] weshalb die göttliche Vorsehung mehr Manns- als Frauens-Personen lässt gebohren werden.“⁶²² Deswegen ist aufgrund des kaum vorhandenen Überschusses an Frauen „[...] die Polygamie unsinnig“, sodass die „[...] Vielweiberei auch wieder den durch die Natur offenbahrten Willen Gottes streite.“⁶²³ Seine primär theologisch-dogmatische Erklärung demographischer Prozesse offenbart sich dem bevölkerungshistorischen Forscher vor allem in der Auffassung Süßmilchs, dass „[...] die göttliche Vorsehung wie den Tod, also auch die Geburth der Menschen regiere und nach gewissen Absichten einrichte.“⁶²⁴ Diese theologische Begründung demographischer Prozesshaftigkeit bedeutete allerdings keineswegs, dass Bevölkerungsprozesse determiniert und somit unbeeinflussbar wären. Vielmehr müsse man auf der Basis eruierteter Daten bevölkerungsrelevanter Parameter die göttlichen Gesetze erkennen, um die von Gott gegebenen bevölkerungswachstumsfördernden Möglichkeiten in optimaler Weise zur Wohlfahrt des Staates zu nutzen. Nach Süßmilch kann die Peuplierungspolitik im Rahmen der

⁶¹⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 172.

⁶¹⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 315.

⁶²⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 315. Süßmilch errechnete „[...] auf dem Lande von 40 bis 45 jährlich einen toden.“ Zitat aus S. 316.

⁶²¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 172. Erschwerend kommen „[...] noch ferner die vielen und fast nie überall aufhörenden Kriege, die nur hauptsächlich das männliche Geschlecht betreffen und sehr verringern.“ Zitat aus S. 173.

⁶²² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 172.

⁶²³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 180.

⁶²⁴ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 176.

von Gott definierten Grenzen peuplierungspolitisch Einfluss auf das Bevölkerungswachstum nehmen.

Weil nach Süßmilchs peuplierungstheoretischer Prämisse „[...] die Ehre und die Macht eines Königs in der Menge der Unterthanen bestehe[n]“, müsste der „[...] ehelose Stand vor allen Dingen durch ausserordentliche Auflagen und Kriegs-Dienste (...) discouragiret werden [und] die Leute (dadurch) zum Ehestand ermuntert werden (...), daß man denen, so eine zahlreiche Familie haben, (...) zu Hülfe kommen (solte).“⁶²⁵ Auf der Grundlage dieser realisierten peuplierungstheoretischen Maßnahmen könnte, so Süßmilch weiter, „[...] unser Land (...) in kurzem durch den ordentlichen Weg und aus sich selbst mit viel mehr Menschen erfüllet werden, dafern nicht die gegenwärtige Zahl und der Zustand unseres Landes solches wiederräth, welches ich denen Politicis überlasse.“⁶²⁶ Im sechsten Kapitel seines Buches wies Süßmilch nach, dass „[...] sich unter denen sterbenden zu denen lebenden, im geglichenen Theile des menschlichen Alters, eine gewisse Verhältniß finde.“⁶²⁷ Auf der Basis dieser Erkenntnis beruhte „[...] nun die Ausrechnung der lebendigen aus der Zahl der gestorbenen“, bei der er nachwies, dass noch genügend Raum für mehr Menschen bereitstand.⁶²⁸ Dabei räumte er aber ein, dass es noch gewisse Schwierigkeiten bei der Erklärung gewisser demographischer Phänomene gab, „[...] so lange man nicht weiß, ob die Oerter in der Gesundheit einander gleich sind.“⁶²⁹ Inwieweit peuplierungspolitische Policygesetzgebung absolutistischer Herrschaften einen Zuwachs an Einwohner tatsächlich unterstützen und beschleunigen kann, versah der Bevölkerungsforscher Süßmilch mit einem Fragezeichen: „Ob der Wachsthum wegen der veränderten politischen Umstände, als der Haupt-Ursach des so geschwinden Zuwachses so fortgehen, muß die Zeit lehren.“⁶³⁰ Der Erfolg peuplierungspolitischer Verordnungen hängt davon ab, inwieweit der Mensch die göttlichen Gesetzmäßigkeiten bevölkerungsstruktureller Bewegungen und demographischer Prozesse erkennen und verstehen kann, um dann mittels einer klugen Peuplierungspolitik den von Gott gegebenen Rahmen bevölkerungswachstumsfördernder Potenziale zum Zweck der Einwohnervermehrung in optimaler Weise zu nutzen. Als Grundlage erfolgreicher peuplierungspolitischer Gesetzgebung führte Süßmilch die systematische Aufnahme demographischer Daten an, die auch aus kameralistischem Gesichtspunkt einer gesicherteren

⁶²⁵ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 242.

⁶²⁶ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 243.

⁶²⁷ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 309.

⁶²⁸ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 309.

⁶²⁹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 309.

⁶³⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 338.

Kalkulierung finanzwirtschaftlicher Transaktionen und steuerlicher Einnahmen den Staatsgeschäften von großem Nutzen sein können. Denn „[...] wenn dergleichen genaue Verzeichnisse nur einmal im gantzen Lande verfestiget würden, so würde man in allen Stücken mit mehrerer Gewissheit von dem Zustand des menschlichen Geschlechts urtheilen können.“⁶³¹ Hierbei fügte Süßmilch wiederum die englischen Merkantilisten als Vorbild an, die nicht nur erkannt haben, dass „[...] nicht nur die Macht sondern auch der Reichthum eines Fürsten auf die Menge der Unterthanen beruhe“, sondern „[...] was ein jeder Unterthan verzehren müsse“, wobei sie auch „[...] durch Hüllfe der gefundenen Anzahl [der] Einwohner leicht die nothwendigen Einkünste eines Reiches bestimmen“ könnten.⁶³² Die Wichtigkeit peuplierungstheoretischer Erkenntnisse kameralistisch-absolutistischer Staaten lag für Süßmilch darin begründet, „[...] daß der Reichthum eines Fürsten in Proportion der Zahl und des Reichthums seiner Unterthanen ab- oder zunimmt.“⁶³³

Süßmilchs bevölkerungstheoretisches Buch wurde in methodisch-analytischer und teleologischer Sicht zum wegweisendsten Werk demographischer Forschung.⁶³⁴ Nachdem der Theologe in den beiden Anfangskapiteln zur Bevölkerungsvermehrung all die ihm damals erreichbaren Listen, Daten und Schätzungen über die Bevölkerungsgenese verschiedener Länder Europas und der Welt insgesamt im Überblick skizzierte und zu ersten Schlussfolgerungen über Schnelligkeit und Regelmäßigkeit wachsender Populationen gelangte, stellte er in den folgenden Kapiteln in systematisierender Form die vielfältigen Parameter der Bevölkerungsveränderung (Fertilität, Mortalität, Morbidität, Migration) einschließlich ihrer sozioökonomischen Einflussgrößen dar. Dabei erkannte er bei der Auswertung von Heirats- und Geburtenhäufigkeiten gewisse Autoregulationsmechanismen demographischer Entwicklung, die bei einer Saturation des Landes wirksam würden.⁶³⁵ Selbsteinschätzend nannte Süßmilch die kluge Staatsführung, die Professionalisierung der Arzneiwissenschaft und die Erkenntnis göttlicher Vorsehung als die Hauptziele seiner

⁶³¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 360 (sic) [S. 356].

⁶³² Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 341f..

⁶³³ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung ... , S. 345. Der englische König „[...] also verliehret (...) mit jedem alten und gewinnet auch mit jedem neuen Unterthanen 10 Schillinge.“ Zitat aus S. 347.

⁶³⁴ Obwohl er die Wirkungszusammenhänge demographischer Erscheinungen und anthropologisch-biologischer Grundlagen erkannte und deren ökonomischen und sozialen Kontext erforschte, konzeptualisierte Süßmilch nie eine eigenständige gesellschaftswissenschaftliche Theorie. Siehe dazu Horváth, R. A.: Probleme der Süßmilch-Forschung ... S. 225.

⁶³⁵ Zudem nahm Süßmilch aus theoriegeschichtlicher Sicht das sogenannte „Stellenprinzip“ Mackenroths vorweg, „[...] der in den über den Besitz definierten Erwerbsmechanismen das allein entscheidende Regulativ der Bevölkerung entdeckt zu haben glaubte.“ Zitat aus Gehrmann, R.: Das Verhältnis von Bevölkerung und Ressourcen ... , S. 27, zu den Grundpositionen demoökonomischer Theorien siehe bes. S. 27-35.

Bevölkerungslehre.⁶³⁶ Süßmilchs bevölkerungstheoretische Konzeption basierte dabei auf drei apologetischen Argumenten: 1) dem göttlichen Beweis komplizierter und systemartiger Ordnung in den Bevölkerungsprognosen, 2) dem Utilitarismus dieser göttlichen Ordnung für die Genese der menschlichen Population und 3) der im Sinne physikotheologischer Forschung angestrebten Übereinstimmung der Zwecke und Wirkungen der Bevölkerungsordnung mit den Sachaussagen der Bibel. Deswegen stellt Süßmilchs Bevölkerungstheorie im strengeren eine „[...] offenbarungsgegründete Bevölkerungstheologie“ dar.⁶³⁷ Aus theologischer Sicht bestand Süßmilchs Leistung vor allem in der Widerlegung pessimistischer und naturalistischer Bevölkerungstheorien, die er durch eine den christlichen Prinzipien mehr entsprechende Bevölkerungslehre zu ersetzen versuchte.⁶³⁸ Somit legitimierte er aus theologischer Perspektive eine „aktive“ Peuplierungspolitik, die regulativ im Rahmen der von Gott vorgegeben Grenzen eingreifen konnte. Dem theokratischen Weltbild Süßmilchs mit einem jederzeit intervenierungsbereiten Gott entsprach ein ebensolches obrigkeitsdominiertes Gesellschaftsbild, das regulierend in die Bevölkerungsstruktur und –entwicklung eingreifen darf. Nach H. Dreitzel muss Süßmilchs peuplierungstheoretisches Konzept vor dem Hintergrund protomalthusianischer Theorien gesehen werden, und stellte dadurch nicht unbedingt ein klassisches Beispiel kameralistischen Populationismus dar.⁶³⁹ Alle bisher für zweckmäßig zu Erhaltung göttlicher Ordnung gehaltenen Bevölkerungswachstumshemmnisse wie Krieg, Seuchen, Großstädte, Hungersnöte und Krankheiten müssen aus peuplierungstheoretischer Verantwortung bekämpft werden, sodass bevölkerungspolitische Eingriffe in menschengemachte Hemmnisse zur Vermehrung der Population nach Süßmilch auch aus theologischer Sicht legitimiert sind. Das Bevölkerungswachstum ist nach Süßmilchs

⁶³⁶ Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 34.

⁶³⁷ Zitat aus Linde, H.: Zum Welt- und Gesellschaftsbild J. P. Süßmilchs ... , S. 236f..

⁶³⁸ R. Malthus schuf auf physikotheologischer Grundlage in seinem Werk eine diametral entgegengesetzte Bevölkerungstheorie, das als ein pessimistisches Spiegelbild zur Süßmilchs „Göttlicher Ordnung“ angesehen werden kann. Im Deutschen Reich war es unter anderem der Diplomat Chr. C. W. v. Dohm (1751-1820), der in seiner Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ aus dem Jahre 1781 als einer der ersten den populationistischen Standpunkt peuplierungstheoretischer Denker verließ, da nach seiner Meinung nach eine über den Nahrungsunterhalt expandierende Untertanenschaft zu einer Schwächung des Staates führen kann. Siehe dazu Birg, H.: Peter Süßmilch und Thomas Robert Malthus – Marksteine der bevölkerungswissenschaftlichen Theorieentwicklung, Referat auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften in Berlin (W), März 1987 zum Generalthema „Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 1987, S. 5; Epidemien, Hungersnöte und menschenvernichtende Kriege sind in seiner „Göttlichen Ordnung“ kein notwendiger Bestandteil demographischer Regulierung, da „[...] gezeigtermassen die Oeconomie in der menschlichen Haushaltung dergestalt ist, dass ein Stillstand in der Vermehrung alsdann von selbst allmählig erfolgen müsste, wenn die Welt ihr Maaß aller möglichen Einwohner erhalten hätte.“ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung in der Veränderung des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, Bd. 1, Berlin 1765, S. 392.

⁶³⁹ Siehe dazu Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag ... , S. 69-81, hier bes. S. 72 und S. 87.

bevölkerungstheoretischer Auffassung, die von einem Bild prästabiler Harmonie geprägt ist, von den Nahrungsmöglichkeiten, den politischen Bedingungen, der Stadt-Land-Verteilung, der Wirtschafts- und Sozialstruktur und der Kultur und Religion der jeweiligen Region abhängig.

Süßmilchs bevölkerungstheoretische und peuplierungspolitische Ausführungen bauten auf dem Kanon merkantilistisch-kameralistischer Peuplierungspolitik früherer Bevölkerungsforscher auf, die er im Zuge der Quantifizierung massenstatistischer Daten weiter ausdifferenzierte und spezifizierte. Aus seinen peuplierungstheoretischen Überlegungen heraus leitete er eine hohe Verantwortlichkeit des Staats für die Raumordnung, Infrastruktur und die Rahmenbedingungen der Wirtschaft ab, wobei er der Agrarentwicklung den Vorrang gegenüber der gewerblich-merkantilen Genese zusprach. Um der sozialpolitischen „[...] Pflicht des Staates, und derer, die dessen Ruder in Händen haben (...), auf die Armen des Landes ein wachsames Auge zu haben, daß sie in der Zeit der Theuerung nicht leiden“ müssen, nachzukommen, gewann der Gesundheitsaspekt im Rahmen peuplierungspolitischer Gesetzgebung einen gesonderten Platz.⁶⁴⁰ „Der Staat leidet mit und wird auch an Einkünften ärmer“, wenn die staatliche Sozialpolitik den Armen nicht diejenigen Mittel zu Verfügung stellt, die die gesundheitsgefährdenden Potenziale spürbar im Sinne peuplierungstheoretischer Konzepte vermindert.⁶⁴¹ Die unzureichende medizinische Versorgung und hygienische Aufklärung breiter armer Bevölkerungsgruppen wurde von Süßmilch in allen demographischen Schriften seit der ersten Auflage der „Göttlichen Ordnung“ kritisiert, sodass die Durchsetzung einer sozialpolitisch ausgewogenen Medizinpolitik einen wichtigen Schlüssel zur Realisierung aller peuplierungstheoretischer Pläne darstellt.

3.7. Johann Heinrich Gottlieb von Justi (1717-1771)

Der Peuplierungstheoretiker und Professor für Kameralwissenschaften am Theresianum in Wien J. H. G. v. Justi studierte in Jena und Wittenberg die Jurisprudenz und Kameralistik, bevor er im Jahre 1762 in den Dienst des preußischen Königs Friedrichs II. trat, der ihn in die Position des königlichen Berghauptmannes und Oberaufsehers fiskalischer Bergwerke berief. Allerdings wurde er nach angeblicher Unterschlagung im Jahre 1768 in der Festung Küstrin

⁶⁴⁰ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Gedanken von den ... , S. 65. Gleichzeitig warnte er aber auch vor zuviel staatlicher Sozialhilfe, weil diese „[...] leicht[e] Gelegenheit zur Faulheit und Müßiggänge“ fördern kann. Zitat aus S. 66.

⁶⁴¹ Zitat aus Süßmilch, J. P.: Gedanken von den ... , S. 71.

inhaftiert, wo er dann auch 1771 starb.⁶⁴² Die bevölkerungswissenschaftliche und wirtschaftshistorische Forschung sieht Justis Leistung vor allem in der Systematisierung kameralistischer Ökonomie im Rahmen der gesamten Staatswissenschaft.

Der im Dienst des preußischen Königs Friedrichs II. stehende Kameralist J. H. G. v. Justi unterschied sich in einem wichtigen Punkt von Süßmilch. Justi sah keinen direkten Zusammenhang mehr zwischen Staat und Gott. Seine Argumentation zur Steigerung der Bevölkerungszahl ist ausschließlich ökonomisch begründet: „Die Vermehrung der Einwohner vergrößert das Vermögen des Landes, sowohl, wie sie zum Theil Güter mit in das Land bringen, als weil der Umtrieb des Geldes desto mehr befördert wird.“⁶⁴³ Wenn man nachrechnet, „[...] was ein gesunder Mensch durch seine Consumption dem Staate an Steuern entrichtet, was seine Arbeit dem Staate vor Vortheil bringet, was er in der Bevölkerung von Nutzen haben kann, so könnte ich leicht demonstrativistisch erweisen, (...) daß ein gesunder Mensch dem Staate so viel werth ist, als ein Capital von tausend Thalern.“⁶⁴⁴ Diese Säkularisierung bevölkerungspolitischen Denkens übernahm dennoch, wie am Beispiel des Themenpunktes „Tugend“ zu sehen sein wird, Aspekte ontologischer peuplierungstheoretischer Gedankenmodelle als ein Vehikel für staatsinterventionistische Handlungs- und Gestaltungschancen. Auch bei ihm erkennt man bei seinen peuplierungspolitischen Ausführungen uneingeschränkt die Dominanz merkantiler Grundsätze. Ein rational-aufklärerisch definiertes Naturrecht und die absolutistische Staatsräson sowie die Forderung nach der „Wohlfahrt der Mannschaft“ und die Vernunftausbildung verbanden sich in Justis ökonomisch gefassten Wohlfahrtsbegriff.

Da „[...] es der Natur gemäß sey, daß alles in der Welt der Veränderung unterworfen seyn müsse, so könnten auch Reiche und Länder davon nicht ausgeschlossen seyn“, die sich dann mittels der Gesetzgebungskompetenz an die neuen Bedingungen und Umstände anpassen müssen.⁶⁴⁵ Diese Erkenntnis gilt es nach Justi in allen politischen Bereichen zu berücksichtigen, sodass gegenwärtig veränderte demographische und bevölkerungsstrukturelle Rahmenbedingungen im Kontext einer aktiven Peuplierungspolitik

⁶⁴² Zu den Lebensdaten Justis siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 154f.. Zum Bevölkerungsgedanken Justis in seiner kameralistischen Konstruktion siehe Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 57-71.

⁶⁴³ Siehe Justi, J. G. H.: Staatswirtschaft oder systematische Abhandlungen aller ökonomischen und cameral-Wissenschaft, Leipzig 1758, S. 160. Siehe auch Klein, E.: Johann Heinrich Gottlieb Justi und die preußische Staatswirtschaft, in: VSWG 48 (1961), S. 145-202.

⁶⁴⁴ Zitat aus Anaximander von Occident [Justi, J. G. H.]: Physikalische und politische Betrachtungen über die Erzeugung der Menschen und die Bevölkerung der Länder, Smyrna 1769, S. 59.

⁶⁴⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften über wichtige Gegenstände der Staatskunst, der Kriegswissenschaften und des Kameral- und Finanzwesens, Bd. 1, Leipzig 1761 (Neudruck Aalen 1970), S. 12.

zum Wohle des Staates zu korrigieren sind. Seine theoretisch-philosophische Begründung peuplierungspolitischer Gesetzgebung lag darin, dass, „ [...] wenn Gott die Handlungen der Menschen mit vollkommener Gewissheit vorher siehet, (...) es unmöglich (sey), daß diese Handlung nicht geschehen sollte, folglich werden sie dadurch nothwendig gemacht.“⁶⁴⁶

Wenn man den Kameralisten Justi danach gefragt hätte, wonach „ [...] das Hauptaugemerck eines ächten und weisen Cameralisten [und] worauf nach dem allgemeinen Grundsatz von der Glückseligkeit des Staats seine hauptsächlichste Vorsorge gerichtet seyn müsste, und worauf es bey allen seinen Maaßregeln und Anstalten zurück zu sehen habe, mit einem einzigen Worte und Begriff ausdrücken könne, so würde ich nicht mit einen Augenblick bedenken, das Wort Bevölkerung, auszurufen. Ja! Wahrhaftig! Bevölkerung muß diese Hauptaugemerck aller seiner Maaßregeln seyn.“⁶⁴⁷ Deshalb lautete seine peuplierungspolitische Prämisse: „ Fürsten! Lernet den Werth des Menschen schätzen! Sie sind es allein, worauf eure Macht, euer Reichthum und alle eure Größe ankommt; (...) Lernet die Menschen zu vermehren! Denn das ist tausendmal wichtiger, als wenn ihr lernet Schätze aufzuhäufen.“⁶⁴⁸ Zwar besteht aus reiner ökonomischer Sicht das „ [...] besondere Vermögen des Staats (...) hauptsächlich in denen Domainen, oder Kammergüthern, und in den Regalien“, allerdings kann man sich im Kontext peuplierungstheoretischer Überlegungen „ [...] keinen Staat ohne Volk, und kein Volk ohne eine gewisse große Oberfläche des Erdbodens vorstellen, welches dies Volk bewohnt, und welche demselben eigenthümlich zusteht.“⁶⁴⁹ Die Bevölkerung nahm bei Justis kameralistischen Konzeptualisierungen ohne Einschränkung den Primat vor allen anderen Politikfeldern ein, sodass der Peuplierungspolitik alle weiteren Politikbereiche untergeordnet wurden. Fälschlicherweise würde eine „ [...] Menge vermeinter Cameralisten (...) gewiß das Wort: Geld, Einkünfte, Plus, oder dergleichen etwas mit vollem Halse ausgeschrien haben“, und somit sowie den peuplierungstheoretischen Kern wahrer

⁶⁴⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 18. Siehe dazu auch das Kapitel 2 „Von der Vorsehung Gottes bey dem Wachsthum und Verfall der Reiche“, S. 11-24.

⁶⁴⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 379. Ähnlich äußerte sich in dieser Zeit auch der Statistiker und Staatswissenschaftler G. Achenwall (1719-1772): „ Die Vielheit der Einwohner eines Reichs ist dessen erste Grundsäule.“ Zitat aus Achenwall, G.: *Staatsverfassung der heutigen vornehmsten europäischen Reiche und Völker im Grundrisse*, 5. Aufl., Göttingen 1768, § 18; Auch der Zeitgenosse J. G. Darjes (1714-1791) teilte die populativen Ansichten Justis und Friedrichs des Großen, da folglich „ [...] der größte Theil von dem Reichthum des Staats mit in dem gegründet (ist), wenn der Staat volkreich ist.“ Zitat aus Darjes, J. G.: *Erste Gründe der Cameral-Wissenschaften*, darinnen die Haupt-Theile so wohl der Oeconomie als auch der Policy und besondern Cameral-Wissenschaft in ihrer natürlichen Verknüpfung, Jena 1756, S. 410.

⁶⁴⁸ Zitat aus Anaximander von Occident [Justi, J. G. H.]: *Physikalische und politische Betrachtungen ...*, S. 82.

⁶⁴⁹ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: *Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern und Abgaben nach ächten, aus dem Enzweck der bürgerlichen Gesellschaften abfließenden Grundsätzen, und zur Wohlfahrth der Völker dienlichen Maaßregeln* (Fakesimile-Druck von 1977, Wiesbaden) (Gablers Ökonomische Klassiker), Königsberg/Leipzig 1762, S. 10f..

kameralistischer Lehre als auch den eigentlichen Ursprung aller staatlicher und individueller Glückseligkeit verkennen.⁶⁵⁰ Da aber „[...] ohne starke Bevölkerung kein wahrer Reichthum des Staats möglich ist, so wird man einräumen müssen, daß die Bevölkerung das Hauptaugenmerk eines ächten Cameralisten seyn muß.“⁶⁵¹ Hier gab es noch viele Kameralisten zu überzeugen, dass „[...] Geld und Einkünfte wenigstens nur ihr zweytes großes Augenmerk seyn müssen, wenn sie nicht Bevölkerung und Einkünfte zugleich verfehlen wollen.“⁶⁵² Jeder gute Kameralist muss den Satz, dass „[...] ohne starke Bevölkerung kein Ueberfluß von Landgüthern und mithin kein wahrer Reichthum des Staates möglich sei“, auf das stärkste in seinen politischen Ausarbeitungen beherzigen.⁶⁵³ Ein mithilfe peuplierungspolitischer Maßnahmen gefördertes Bevölkerungswachstum hat die natürliche Wirkung, dass es „[...] zugleich einen Ueberfluß von allen Arten von Güthern darin erzeugt, weil die Menschen ihres eignen Unterhalts wegen, wenn sie die alten Nahrungsarten besetzt finden, genöthiget werden, auf neue Nahrungsarten zu klüngeln.“⁶⁵⁴ Dieser durch das Bevölkerungswachstum erzeugte Innovationsdruck erhöht die Anforderungen an den Menschen und an die Landschaft zugleich.

Die Policygesetzgebung diene bei der Umsetzung peuplierungspolitischer Ziele als Instrument, weil sie „[...] die Erhaltung und Vermehrung eben dieses Vermögens des Staats, in Ansehung seiner innerlichen Verfassung, zum Gegenstande“ hat.⁶⁵⁵ Eine erste raumplanerische Grundregel policylicher Gesetzgebung peuplierungspolitischer Regierungssysteme schrieb vor, dass man „[...] vor allen Dingen die Länder der Republik auf alle nur mögliche Art cultiviren und anbauen muss.“⁶⁵⁶ Dabei kann die Kultivierung der jeweiligen Länder „[...] auf zweyerley Art stattfinden, als durch den äusserlichen Anbau und durch die Vermehrung der Einwohner.“⁶⁵⁷ Schon bei der Definierung policywissenschaftlicher Aufgaben und Gesetzgebung wird die enge Verzahnung von Bevölkerungsvermehrung und optimaler Raumausnutzung hervorgehoben. Bei der „[...] zweyten Cultur der Länder nämlich durch die Vermehrung der Einwohner“ werden drei Ziele peuplierungspolitischer Maßnahmen zur Verantwortlichkeit policylicher Gesetzgebung

⁶⁵⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 379.

⁶⁵¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 382.

⁶⁵² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 380.

⁶⁵³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 382.

⁶⁵⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 380f..

⁶⁵⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft in einen vernünftigen, auf den Endzweck der Policy gegründeten Zusammenhange und zum Gebrauch Academischer Vorlesungen (Fakesimile-Druck von 1993, Düsseldorf) (Klassiker der Nationalökonomie), Göttingen 1756, S. 5.

⁶⁵⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 8.

⁶⁵⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 8.

gezählt, die auf „[...] dreyerley Wege geschehen, als 1) durch Herbeyziehung der Fremden in das Land, 2) durch Mittel, welche die Vermehrung der Eingebornen des Landes befördern und 3) durch Gegenmittel wieder die Krankheiten und frühzeitigen Tod der Unterthanen.“⁶⁵⁸ Auf die anwerbungspolitischen Maßnahmen, die Geburten- und Heiratspolitik sowie auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung wird dezidiert in den folgenden Abschnitten eingegangen.

Für Justi stellten in erster Linie die Tugenden wie Bescheidenheit und Fleiß einen wichtigen Punkt staatlicher Erziehung zur Erlangung der Wohlfahrt aller Bürger dar, denn das „[...] Verderben der Sitten ist eines der größten Uebel in dem Staate, und der gänzliche Verfall der Republik ist endlich die unumgängliche Folge davon.“⁶⁵⁹ Nach Justis peuplierungstheoretischen Prämissen sind „[...] Tugend und gute Sitten (...) das Band der Republiken, wodurch der Zusammenhang und die Grundverfassung der Staaten erhalten wird“ – ein Aspekt „qualitativer“ Peuplierungspolitik.⁶⁶⁰ Dabei sind „[...] die Ehrbegierde und auch öfters der Ehrgeiz (...) die allgemeine Quelle aller großen und edlen Thaten, nützlichen Erfindungen und andern Lobenswürdigen Unternehmungen.“⁶⁶¹ Deshalb ist in Justis peuplierungstheoretischer Konzeption die Erforschung anthropologischer Eigenschaften zur Optimierung der Ressource „Mensch“ von großer Bedeutung. Der Staat kann mittels einer dezenten Austeilung besonderer Würden und Förderungen „[...] diese Triebfeder zu edlen Thaten sorgfältig in den Menschen zu erhalten suchen, und (...) muß sich nur bemühen, solche in den Schranken der Vernunft zu erhalten, daß es allemal eine wahre Ehrbegierde bleibt.“⁶⁶² Damit stellte die Verleihung staatlicher Würden und Ehrenzeichen für besondere Leistungen zur Wohlfahrtssteigerung des Staates ein peuplierungspolitisches Instrument dar, das allerdings sehr vorsichtig eingesetzt werden sollte.⁶⁶³

Seine peuplierungspolitischen Überlegungen sind auf das Engste mit wirtschaftspolitischen Vorstellungen verknüpft. Es ist eine peuplierungstheoretische Prämisse, dass „[...] die Bevölkerung unter verschiedenen Umständen so wohl eine Folge, als auch die Quelle

⁶⁵⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 9.

⁶⁵⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 202.

⁶⁶⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 207.

⁶⁶¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 315.

⁶⁶² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 316.

⁶⁶³ Eine nahezu inflationäre und „[...] öftere Austheilung verursacht, daß sie denjenigen Nutzen verlieren, den ich mir bey diesem Vorschlag vorgestellt habe.“ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 322, siehe zum Kapitel „Von einer vor verdiente Leute einzuführenden besondern Würde und Ehrenzeichen“ S. 315-322. Der Staat muss bei der Verleihung besonderer Würden feinfühlig vorgehen, da sonst dieses Instrument peuplierungspolitischer Gesetzgebung schnell stumpf werden könnte.

blühender Commerciens seyn kann.“⁶⁶⁴ Demnach, so Justis These, ist ein weiser Regent derjenige, der „ [...] durch öffentliche Befehle der Pracht und Verschwendung Einhalt“ gebietet und diejenigen Tätigkeiten „ [...] verbiethen müsse, die zur Pracht und Verschwendung angewendet werden.“⁶⁶⁵ Um diese Verschwendungssucht zahlreicher Bürger wirkungsmächtig einzugrenzen, beobachtete er im Zuge seiner kameralistischen Forschung in einigen Territorialstaaten, dass die jeweilige herrschaftliche Administration „ [...] es gleichsam allenthalben als den ersten Weg darzu ansiehet, der Pracht und Verschwendung Ziel und Maaß zu setzen, indem seit Jahres Frist im Jahre 1749 in vielen Städten deshalb Verordnungen zum Vorschein gekommen sind.“⁶⁶⁶ Auch bei ihm wird der differenzierte und qualitative Blick peuplierungspolitischer Konzeptualisierung deutlich, um mithilfe arbeitsamer und sparsamer Menschen die Wirtschaftskraft und damit die steuerlichen Einnahmen des kostenintensiven Herrschaftssystems „Absolutismus“ zu vervielfältigen. Nach einem auf kameralistischen Vorstellungen konzipierten peuplierungstheoretischen Verständnis „ [...] ist ein reicher Staat derjenige, der in sich selbst mit allen zur Nothdurft und Bequemlichkeit der erforderlichen Güther vor eine starke Bevölkerung in Ueberfluß versehen ist.“⁶⁶⁷ Justi hat „ [...] in der obrigen Beschreibung eines reichen Staates eine starke Bevölkerung (...) mit gutem Grunde vorausgesetzt“, weil diese ganz im peuplierungstheoretischen Sinne „ [...] eine wesentliche und nothwendige Eigenschaft eines reichen Staates“ ist.⁶⁶⁸ Hierbei wird sein scharfer analytischer Blick sichtbar, da er aufgrund einer gesellschaftlichen Analyse es zunächst infrage gestellt hatte, ob „ [...] es das Wohl des Staats nothwendig erfordert, (...) die zur Pracht und Verschwendung gehörigen Dinge schlechterdings zu verbiethen.“⁶⁶⁹ Da es zur Justis Zeit zur Verfassungsrealität gehörte, dass „ [...] wir einmal den Unterschied der Stände haben, und da unsere Republiken nicht aus Quäkern und Mennonisten bestehen, welche die äußerlichen Merkmale des Unterschieds, des Vorzugs und der Würde verwerfen, (...) muss man zugeben, daß sich die Bürger eines Standes sowohl in dem äußerlichen Aufzuge, als in ihrem Aufwand von einander unterscheiden können.“⁶⁷⁰ Aus diesen Ausführungen lassen sich schon die aus bevölkerungspolitischer Sicht viel gelobten Qualitäten der Quäker und Mennoniten erahnen, die oftmals mit ihren Wirtschafts- und Produktionskenntnissen zur Wohlfahrtssteigerung des Staates einen

⁶⁶⁴ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 152.

⁶⁶⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 73.

⁶⁶⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 74.

⁶⁶⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 26.

⁶⁶⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 28.

⁶⁶⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 74.

⁶⁷⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 75.

gewichtigen Beitrag geleistet haben und dadurch gern gesehene Migranten waren. Beim Lesen seiner weiteren Ausführungen wird erkennbar, dass Justi den standesgemäßen Prunk zur Repräsentation gesellschaftlicher Stellung akzeptierte, aber aus wirtschafts- und peuplierungspolitischer Sicht als nicht ausschließlich erstrebenswert ansah, denn wenn „[...] das Königlich Preussische Hauß nicht fast zu allen Zeiten in seinen Häuptern gute und sparsame Wirtschaftler gehabt hätte, die allemal auf einen ansehnlichen Geldvorrath bedacht gewesen wären, so würden wir es gewiß nicht in der itzigen Größe erblicken.“⁶⁷¹ Hier hob Justi die aus qualitativer Perspektive einer durchdachten Peuplierungspolitik vorteilhaften positiven Eigenschaften des preußischen Königshauses hervor, die auch zur Nachahmung aller Stände empfohlen wurde. Ein angemessener, standesgemäßer Prunk ist auch aus wirtschaftlicher Sicht für die Wohlfahrtssteigerung eines Staates recht vorteilhaft, allerdings eine sinnlose Verschwendung repräsentativer Selbstdarstellung verfehlt die Realisierung einer Peuplierungspolitik um einiges. Dabei räumte Justi im Zuge seiner Analyse ein, dass wenn „[...] Pracht und Verschwendung eine Thorheit ist, so ist doch gewiß, daß diese Thorheit eine große Menge anderer Menschen vortreflich zu statten kommt, die davon leben und sich ernähren.“⁶⁷² Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist der Prunk ständischen Selbstverständnisses ein bedeutender Bestandteil einer prosperierenden Wirtschaft, die wiederum „[...] eine Menge Künstler und Handthierungen“ im Lande erfordert, die zur Herstellung und Dienstleistung jener Pracht erforderlich sind.⁶⁷³ So wirkt eine blühende Wirtschaft als „Pull-Faktor“ für Migrationswillige. Ein Verbot gegen den Prunk und die Pracht würde nicht nur aus wirtschaftspolitischer Sicht nachteilig auf die Wohlfahrtsentwicklung des Staates wirken, sondern auch aus peuplierungspolitischer Perspektive würde „[...] ein solches Verboth (...) also zugleich sehr viel Gewerbe und Handthierung im Lande gänzlich“ niederschlagen, weil die zahlreichen und vielfältig spezialisierten „[...] Künstler und Professionsverwandte, welche von der Verschwendung leben, haben wieder tausend andere Dinge zu ihrem Gewerbe und Unterhalte nöthig, welches alles zugleich mithin wegfallen würde.“⁶⁷⁴ Eine wirtschaftsorientierte Politik absolutistischer Fürsten erfordert zwingendermaßen eine „qualitative“ Peuplierungspolitik kameralistischer Natur, die vor allem qualifizierte Arbeiter und Meister in das Land zieht – allein der Prunk erfordert zur Realisierung desselben die Fähigkeiten entsprechender Menschen und wirkte somit als ein „Pull-Faktor“ für

⁶⁷¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 76.

⁶⁷² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 82.

⁶⁷³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 83.

⁶⁷⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 83.

spezialisierte Wirtschaftszweige. Die dabei forcierte „[...] Berufung auswärtiger Künstler und geschickter Leute bey solchen Manufacturen und Fabriken, die man erst gründen will, ist gleichfalls nöthig“, die man von staatlicher Seite aus mit „[...] Befreyung und thätiger Beyhülfe unterstützen, und in den Stand setzen (muß), daß sie sich selbst verlegen können“, weil geschickte und qualifizierte Leute nicht bleiben, „[...] wenn sie nichts gewinnen können.“⁶⁷⁵ Deshalb sollte man besonders „[...] diejenigen Fremden, so neue Manufacturen und Fabriken anzulegen fähig sind, ohne Vermögen darzu besitzen, thätig unterstützen.“⁶⁷⁶ Im gleichen Zuge sollte wider zünftiger Tradition „[...] jedem geschickten Armen der Weg offen stehen, ohne Entgeld das Meisterrecht zu erlangen“, um somit seine vorhandene menschliche Energie zur Wohlfahrtssteigerung des Staates zu Verfügung stellen zu können.⁶⁷⁷

Ganz im merkantilen Geiste jener Zeit ermahnte er die Fürsten, dass „[...] der Reichthum der Republik nicht in Schätze angehäufet werde, (...) [sondern] unter den Mitbürgern des Staates circulierte[n]“ solle.⁶⁷⁸ Dabei ist es „[...] nicht möglich, daß alle Menschen reich oder nur wohlhabend seyn können“, aber dennoch durch eine bessere Wirtschaftlichkeit im Lande eine Qualitätssteigerung ihres Lebens erfahren können.⁶⁷⁹ Diese durch peuplierungspolitische Maßnahmen geförderte „[...] Begierde der Menschen, reich zu werden, erfüllet auch die Staaten.“⁶⁸⁰ Der wirtschaftliche Nutzen in Form steigender Einnahmen für den Fürsten wird ganz nach Justis peuplierungstheoretischer Prämisse durch eine wachsende Bevölkerung weiter gefördert, da eine Vermehrung der Untertanen die Zirkulation der Waren, also den Handel, beschleunigt und somit das Wachstum der Wirtschaft weiter katalysiert. Eine logische Folge, „[...] wenn ein Land nur Gold und Silber, und keinen Ueberfluß von selbst gewonnenen Güthern hat, ist, daß ein solches Land allemal sehr schlecht bevölkert ist“, weil die „[...] Bergwerke allein (...) keiner großen Bevölkerung genug Arbeit schaffen (können) und je reicher sie sind, destoweniger Arbeiter werden nach Proportion erfordert.“⁶⁸¹ Zu den neuen „[...] Manufacturen und Fabriken finden sich daselbst wenig oder keine Unterthanen, weil bey denen Gold- und Silbergruben mehr zu gewinnen ist“, sodass der mit

⁶⁷⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 534.

⁶⁷⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 61.

⁶⁷⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 536.

⁶⁷⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 78. Der Ankurbung binnenwirtschaftlicher Bereiche wird hierbei eine besondere Bedeutung zugemessen. Denn wenn durch alle diejenigen Dinge, „[...] welche zur Pracht und Verschwendung gebraucht werden, kein Geld ausser Lande gehet, so sehe ich nicht, wie die Wohlfahrt der gesamten Republik den geringsten Nachtheil dabey leidet“, weil es aus wirtschaftlicher Perspektive bewiesen worden ist, dass „[...] der gesamte Staat dadurch nicht ärmer wird, und von seinem Reichthum und Vermögen nicht das geringste verlieret.“ Zitat aus S. 80.

⁶⁷⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 25.

⁶⁸⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 26.

⁶⁸¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 36.

landschaftsgebundenen Potenzialen gespeiste „ [...] Boden (...) aus eben dieser Ursache schlecht cultiviret (wird) und es (...) daher unmöglich (ist), daß die Bevölkerung stark seyn kann, wenn auch die Bergwerke noch so viel Menschen beschäftigen könnten, weil die Zufuhre der Lebensmittel aus andern Ländern gar zu vielen Zufällen ausgesetzt ist.“⁶⁸² Hierbei deutete Justi auf die Wichtigkeit autarker Verwirklichung als ein elementares Ziel peuplierungstheoretischer Konzepte hin, um die Nahrungsgrundlage expandierender Bevölkerungen dauerhaft zu sichern. Im Zuge dessen deutete Justi auf das Wachstum der Städte hin, weil der „ [...] Endzweck der Städte (...) vornehmlich das Gewerbe (ist)“ und sie den damit verbundenen „ [...] Umtrieb des Geldes im ganzen Lande desto besser (...) erhalten und (...) befördern.“⁶⁸³ Die dabei forcierte „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik beinhaltete dadurch eindeutig einen räumlichen Bezug. Allein wenn man grob überschlägt, wie viele Menschen bei der Herstellung und Realisierung des repräsentativen Prunkes beteiligt sind, und „ [...] was dieses Gewerbe wieder vor Einfluß in den Zusammenhang des ganzen Gewerbes des gemeinen Wesens hat, so sehe ich nicht, daß ein solches Verboth vor die Wohlfahrt der Republik mehr zuträglich sey, als wenn man dergleichen Arbeiten und Gewerben ihren freien Lauf lässt, zumal, da es so mässige Arten der Pracht und der Verschwendung sind, daß sich so leicht Niemand dadurch ins Verderben stürzen wird.“⁶⁸⁴ Vielmehr muss der Staat darauf Acht geben, dass „ [...] solche Arbeiten nicht aus fremden Ländern in den Staat eingeführet werden.“⁶⁸⁵ Aus diesem Grund ist eine gezielte Anwerbungspolitik im Kontext einer „qualitativen“ Peuplierungspolitik ein oberstes wirtschaftspolitisches Ziel. So sind z. B. die städtischen Manufakturen darum bemüht, „ [...] reiche und geschickte Fremde in das Land zu ziehen, die wichtige Manufacturen und fabriken zu unternehmen im Stande sind.“⁶⁸⁶ So sind die „ [...] itzigen mehrern Reichthümer der Anlegung der Manufacturen zu danken, darauf wir vornehmlich durch die Französischen Flüchtlinge geleitet worden sind.“⁶⁸⁷ Der Komponente „Bevölkerungsgröße“ kam in Justis

⁶⁸² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 36. In diesem Zusammenhang werden unter anderem physiokratische Einflüsse jener Zeit in Justis peuplierungs- und wirtschaftstheoretischen Überlegungen erkennbar, die vor allem die Landwirtschaft als den einzigen wertschöpfenden Faktor ansehen.

⁶⁸³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 563.

⁶⁸⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 90.

⁶⁸⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 90.

⁶⁸⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 39.

⁶⁸⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 295. Hier führte Justi die Hugenotten an, die vor allem in Berlin dank ihres innovativen Wissens neue Verfertigungstechniken in das preußische Land importierten, wovon der Staat erheblich profitierte. Siehe dazu Niggemann, U.: Hugenotten als wirtschaftliche Elite. Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung in den immigrationspolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland und England 1680-1700, in: Denzel, M./Asche, M./Stickler, M. (Hrsg.):

wirtschaftspolitischer Vorstellung eine zentrale Position in einem sich eigendynamisch permanent selbst verstärkendem Kreislauf zu. Durch eine mit peuplierungspolitischen Verordnungen gestützte „[...] starke Bevölkerung kann allein ein Ueberfluß von allen Arten von Güthern entstehen.“⁶⁸⁸ Dabei kann es unter anderem ein peuplierungsunterstützendes Mittel sein, „[...] Fremde in das Land zu ziehen“, wenn „[...] Nahrung, Gewerbe und Commercen darinnen blühen.“⁶⁸⁹ Aufgrund seiner guten wirtschaftsstrukturellen und geologischen Kenntnisse prognostizierte Justi, dass „[...] die teutschen Manufacturen (...) vielleicht nie so hoch steigen (werden), daß sie in fremde Länder gehen, und folglich dadurch eine große Menge Menschen erhalten werden könnten“, sodass die Territorialherrschaften sich damit zufriedengeben müssen, „[...] wenn wir bei Zeugung und Gewinnung unserer Landeswaaren einen mäßigen Theil unsrer Einwohner Nahrung und Unterhalt verschaffen [können], und wir würden vielleicht nicht wohl handeln, einen Theil unsrer Mitbürger auf die Hoffnung solcher Gewerbe außer Nahrung und Unterhalt zu setzen.“⁶⁹⁰ Da eine wachsende Population automatisch „[...] den Verbrauch von allen Arten von Waaren vergrößert, so werden immer mehr arbeitsame Hände zu Verfertigung solcher Waaren erfordert“, sodass dadurch „[...] der allerlebhaftigste Umlauf von Geld und Waaren“ entstehen kann.⁶⁹¹ In seinem Kapitel „Von den wohlfeilen Zeiten in Teutschland in dem mittleren Zeitalter“ kam Justi bei seiner Analyse zur Schlussfolgerung, dass man „[...] sich noch gar wenig auf Manufacturen und Landeswaaren befleißiget (hätte), und es gieng vor Gewürze, Zeuge und andere Waaren, beständig ausser Landes.“⁶⁹² Dieser konstatierte ökonomische Entwicklungsrückstand führte Justi primär auf eine fehlende Peuplierungspolitik zurück. Auch hier wies Justi auf die vorbildliche, auf peuplierungstheoretischem Gedankengut gestaltete Wirtschaftspolitik des preußisch-brandenburgischen Hauses hin, weil das „[...] Haus Brandenburg (...) von den ältesten Zeiten her durch seine gute Wirthschaft den Grund und den Fortgang seiner Größe zuwege gebracht“ hat.⁶⁹³ Ein leicht prachtvolles und prunkbesetztes Gemeinwesen wirkt arbeitsstimulierend und erfordert ganz im Sinne Justis bevölkerungstheoretischer Überlegungen eine Anwerbungsoffensive, wobei der angeworbene Arbeiter und Meister standesgemäß ohne Prunk und Verschwendung leben sollte und eher mit

Religiöse und konfessionelle Minderheiten als wirtschaftliche und geistige Eliten (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte; 28), St. Katharinen 2009, S. 201-227.

⁶⁸⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 28.

⁶⁸⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 58.

⁶⁹⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 87.

⁶⁹¹ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 158.

⁶⁹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 295, zum gesamten Kapitel siehe S. 288-296.

⁶⁹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 559.

Fleiß und arbeitsamer Strebsamkeit die jeweiligen Dienstleistungen und Arbeiten verrichten müsste.

Die oben geschilderte „[...] Ueppigkeit, oder der so genannte Luxus, hat einen so großen Einfluß in den Nahrungsstand, und das Aufnehmen der Staates, daß sie wohl verdient, nach richtigen Grundsätzen ausführlich abgehandelt zu werden.“⁶⁹⁴ Da alle Bürger des Staates primär arbeiten, „[...] um sich die Nothdurft des Lebens zu verschaffen“, muss es auch gerecht sein, dass „[...] diejenigen, welche in der Arbeit mehr Fleiß und Geschicklichkeit haben, (...) auch mehr Mittel zu ihrem Unterhalte (gewinnen)“, sodass daraus innerhalb der Gesellschaft eine logische „[...] Ungleichheit in Ansehung des Vermögens“ entsteht.⁶⁹⁵ Die Erwerbung von Luxus wirkt stimulierend auf den Fleiß der Menschen, denn „[...] wenn man die Ueppigkeit gar nicht zulassen oder sehr genau einschränken wollte, so würde aller Fleiß darnieder geschlagen werden“, weil der „[...] Fleiß (...) sich auf den Eifer gründet, sich von andern hervor zu thun, und Vermögen zu erwerben.“⁶⁹⁶ Somit ist die unterlassene staatliche Bekämpfung luxuriöser Verhaltensweisen nicht nur aus kameralistischer Perspektive, sondern auch aus peuplierungspolitischer Sicht sinnvoll, weil die Menschen mehr Energie aufwenden, um in den wohlhabenden Zustand zu kommen. Denn ohne einen Anreiz „[...] würde man nicht mehr arbeiten, als zu der Nothdurft und den erlaubten Bequemlichkeiten des Lebens erfordert wird.“⁶⁹⁷ Durch eine staatliche Intervenierung gegen Pracht und Luxus würde „[...] der Nahrungsstand (...) sich als auf den Ackerbau und die gemeinsten und entbehrlichsten Handthierungen einschränken, und ein Land wird mithin kaum die Hälfte von Menschen haben, die es bey der Ueppigkeit hat“, sodass folglich die staatliche Macht, „[...] die auf der Menge der Menschen beruhet, gar sehr vermindert“ wird.⁶⁹⁸ An diesem Beispiel Justis wirtschaftspolitischen Diskurses wird die peuplierungstheoretische Durchdringung staatspolitischer Maßnahmen deutlich erkennbar. Erst ein Land, das den Luxus als erstrebenswertes Ziel und somit sozialen Aufstieg zulässt, setzt „[...] eine Menge Künstler und Arbeiter in Bewegung (...) und (verschafft) ihnen Unterhalt“ zum Leben.⁶⁹⁹ Der Bedarf luxuriöser Waren ermöglicht erst eine Vielfalt neuer Wirtschaftszweige, die wiederum von qualifizierten Arbeitern und Meistern abhängig sind. In Justis wirtschaftspolitischem Verständnis stellte „[...] die Circulation des Geldes das Blut in dem Körper des Staats“ dar,

⁶⁹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 37.

⁶⁹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 38.

⁶⁹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 41.

⁶⁹⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 41.

⁶⁹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 41.

⁶⁹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 41f..

die „[...] Ueppigkeit de[n] Grad der Wärme, welcher das Blut erfordert, um beständig flüssig zu bleiben, und mit gehöriger Lebhaftigkeit den Umlauf zu verrichten.“⁷⁰⁰ Zusammenfassend begründete der in der Tradition des Kameralismus stehende Justi die Notwendigkeit der Zulassung von Üppigkeit und Luxus damit, dass „[...] sie de[n] Unterschied der Stände und des Vermögens nothwendig macht, weil sie den Fleiß und Eifer der Unterthanen anspornet, und weil sie so glückliche Folgen vor den Nahrungsstand“ haben, der für eine wachsende Bevölkerung die Grundlage bildet.⁷⁰¹

Im Kontext dieser Ausführungen um die Sinn- und Vorteilhaftigkeit repräsentativer Pracht deutete er auf das Ziel großer Gesellschaften, „[...] welche wir Republiken nennen“, hin, weil die Menschen nur deshalb zusammentreten, „[...] um ihre gemeinschaftliche Glückseligkeit zu befördern.“⁷⁰² Justi, der während seiner Forschungsreisen in England weilte, führte weiter aus, dass er die Grundverfassung Englands zur Realisierung peuplierungspolitischer Ziele als die empfehlenswerteste ansah, da sie „[...] gewiß die weiseste und vortrefflichste, die auf dem ganzen Erdboden staats findet“, war.⁷⁰³ Die Peuplierungspolitik hat somit die übergeordnete Aufgabe, die Erlangung der Glückseligkeit aller in einer Gesellschaft lebenden Bürger zu sichern und die Wohlfahrtssteigerung des Staates zu befördern. Die mit peuplierungspolitischen Gesetzen geförderte „[...] Bevölkerung muß den Grund abgeben, worauf alle Maaßregeln zur Glückseligkeit des gemeinen Wesens gebauet werden“, sodass ein „[...] blühender Nahrungsstand, ein erträglicher Handel, die Bequemlichkeiten des Lebens und die Reichthümer, die daraus in dem Staate entstehen, (...) alles Folgen eines volkreichen Zustandes (sind), der von der Regierung zu denen rechten Endzwecken geleitet wird.“⁷⁰⁴ Da die peuplierungspolitische Ausgestaltung in ihrer Effizienz immer von der jeweiligen Regierung abhing, beruhte im eigentlichen Sinne „[...] die wahre Stärke und Macht eines Staats lediglich auf der Weisheit und Vollkommenheit der Regierung.“⁷⁰⁵ Ein Grundsatz seiner peuplierungstheoretischen Prämisse lautete, dass „[...] ein armes, von Volk und Nahrung entblößtes, Land auch die Armuth seines Fürsten unvermeidlich nach sich ziehe.“⁷⁰⁶ Dabei kann ein „[...] Staat kaum weder reich noch mächtig seyn und folglich, nach dem heutigen Zustande der Welt, auch nicht glücklich seyn, wenn er nicht genugsam bevölkert

⁷⁰⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 42.

⁷⁰¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 45.

⁷⁰² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 77.

⁷⁰³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 25.

⁷⁰⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 270.

⁷⁰⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 74.

⁷⁰⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 246.

ist.⁷⁰⁷ Dabei gilt es ganz im kameralistischen Credo, dass je „[...] vortrefflicher und weiser die Regierung eines Staats geführet wird, desto mächtiger wird er alle mal seyn.“⁷⁰⁸ Hierbei muss sich zur erfolgreichen Umsetzung peuplierungstheoretischer Überlegungen zunächst einmal „[...] die Weisheit der Regierung (...) in allen Theilen des Staatskörpers zeigen, und es muß keine Art der Angelegenheiten vernachlässiget werden.“⁷⁰⁹ Da Justi das kameralistische Gedankengut, das eine wachsende Bevölkerung als wichtigsten Grundstein staatlicher Wohlfahrtssteigerung verstand, partiell in seinen Überlegungen verarbeitete, analysierte er in diesem Zusammenhang die Wirkung der Ehegesetze für das Bevölkerungswachstum.⁷¹⁰ Justi stellte ganz im kameralistisch-peuplierungspolitischen Sinne fest, dass es „[...] einem Staat gar nicht gleichgültig seyn (kann), ob er wohl oder übel bevölkert ist.“⁷¹¹ Ganz im Sinne peuplierungstheoretischer Tradition konstatierte Justi, dass „[...] je volkreicher ein Staat ist, desto blühender sind seine Nahrung und Gewerbe, und desto lebhafter wird die Circulation des Geldes in ihm seyn, weil alle Menschen gemeinschaftlichen Beystand und tausenderley Nothwendigkeiten von einander nöthig haben.“⁷¹² Hier wird die merkantile Prägung seines wirtschaftspolitischen Denkens deutlich, da er der Überzeugung war, dass „[...] alles, was in der Schatzkammer der Regenten (...), oder bey Privatpersonen, müßig liegt, (...) kein Reichthum des Landes“ darstellt.⁷¹³ Durch ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum kann unter anderem die Zirkulation des Geldes erhöht werden, was wiederum zu Mehreinnahmen zugunsten des Regenten führen kann. Weil der „[...] Umtrieb des Geldes (...) ferner durch eine gute Einrichtung der Commerciën innerhalb des Landes, oder der Manufakturen und Fabriken befördert“ wird, verdienen seiner Meinung nach vor allem „[...] die Seiden- und Wollenmanufakturen (...) hierunter das größte Augenmerk, weil dabey viele Menschen ernähret werden können.“⁷¹⁴ Deswegen muss eine kluge Staatswirtschaft aus peuplierungspolitischen Gründen auch „[...] an solche Werke denken, welche denen Commerciën und dem Nahrungsstande zu so unaussprechlichen Vortheile gereichen“ können.⁷¹⁵

⁷⁰⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 270.

⁷⁰⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 101.

⁷⁰⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 75.

⁷¹⁰ Siehe dazu das Kapitel 13 „Von dem großen Einflüsse der Ehegesetze in die Bevölkerung und Glückseligkeit des Staats“ in Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 198-221.

⁷¹¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 198.

⁷¹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 199.

⁷¹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 524. Zudem muss man im Zuge wirtschaftspolitischen Denkens „[...] die Ausländer anzureizen suchen, dass sie uns die Landeswaaren abnehmen.“ Zitat aus S. 528.

⁷¹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 533.

⁷¹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 30.

Justi verstand, wie die Historischen Geographen heutzutage, den Menschen als einen „Energiekonverter“, weil mehr Menschen mehr Energie in den Raum bringen und dadurch auch „[...] mehr Hände an den Landesproducten und Waaren arbeiten.“⁷¹⁶ Justis scharfer analytischer Blick brachte ihm die Erkenntnis, dass häufig der Schein trügt, wenn „[...] man glaubt, daß die Macht eines Staats auf dem großen Umfange von Ländern, die jedoch wohl bevölkert sind, beruhet“, weil es ein peuplierungstheoretischer Fehlschluss ist, „[...] wenn man die Bevölkerung allein und vor sich selbst als die Ursache der Macht ansieht.“⁷¹⁷ Seinem peuplierungstheoretischen Gedankenkonstrukt oblag gar deutlich ein qualitativer Aspekt, denn ein „[...] großes Reich kann ungeachtet des allervollreichsten Zustands sehr schwach seyn.“⁷¹⁸ Justi begründete seine Schlussfolgerung damit, dass eine „[...] größere Anzahl Menschen (...) zwar an sich selbst eine größere Macht, als eine kleine Anzahl von Menschen (haben)“, weil „[...] diese Macht will vereinigt, geleitet, kurz, sie will wohl regieret seyn.“⁷¹⁹ Zusammenfassend schrieb Justi folgende Essenz peuplierungstheoretischer Überlegungen nieder, dass „[...] das volkreichste und weitläufigste Reich allemal nach der Maaße schwach seyn [kann], als seine Regierung übel eingerichtet und geführt wird.“⁷²⁰ Damit stellte aus bevölkerungstheoretischer Sicht nicht die wachsende Menschenmenge an sich den Reichtum eines Staates dar, sondern erst eine kluge und „qualifizierte“ Peuplierungspolitik, die den Primat staatspolitischer Geschäfte übernimmt. Jegliche Arten staatswohlfahrtssteigernder Wirkung, so das kameralistische Verständnis der Bevölkerungstheoretiker, „[...] entstehen nur durch Bearbeitung von Menschenhänden.“⁷²¹ Dieser gewonnene Reichtum „[...] wird die arbeitsamen Hände seiner Einwohner immer stärker in Bewegung setzen, und der Reichthum des Staates wird sich immer vergrößern.“⁷²² Je mehr Einwohner ein kameralistischer Staat hat, „[...] die das Land bauen, je mehr hat er Mitglieder des gemeinen Wesens, die zur Vergrößerung des Nahrungsstandes, und zur Vermehrung der Landesherrlichen Einkünfte das ihrige beytragen.“⁷²³ Deswegen dürfen ganz im merkantilen Geiste „[...] nie rohe und unverarbeitete Materialien aus dem Lande geführt werden, (...) da sie die Ausländer einmal

⁷¹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 199.

⁷¹⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 60.

⁷¹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 60.

⁷¹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 60. Dabei ist die „[...] Menge der Menschen (...) einem Staate allerdings zur Last, wenn der kleinere Theil der Einwohner in Weichlichkeit und Wollüsten, der größere Theil aber in Faulheit und Müßiggange, und dabey in der erschrecklichen Armuth lebet, und ein solcher Staat wird seinen Nachbarn nie fürchterlich werden.“ Zitat aus S. 60.

⁷²⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 61.

⁷²¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 25.

⁷²² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 199.

⁷²³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 26f..

nöthig haben, so kann das Land noch mehr daran gewinnen, und seinen Einwohnern Nahrung verschaffen, wenn man sie völlig verarbeitet und verfertigt ausser Landes sendet.“⁷²⁴ Primär wird erst durch „[...] den Anwachs und die Menge der Einwohner (...) sowohl Vermögen in das Land gezogen, als das Gewerbe und der Umtrieb des Geldes befördert, wenn gute Anstalten und Ordnungen zum Behuf der Manufacturen gemacht werden“, sodass ganz im peuplierungstheoretischen Verständnis des 17. Jahrhunderts „[...] in diesem Falle (...) ein Land, seine natürliche Lage und Beschaffenheit sey wie sie wolle, niemals zu viel Einwohner haben kann.“⁷²⁵ Denn wenn „[...] ein zahlreiches Volk nur arbeitsam ist, so werden Nahrung und Gewerbe, ohne besondere Vorsorge der Regierung, von selbst erfolgen.“⁷²⁶ Sogar das „[...] kleinste Land ist im Stande, eine ungeheure Menge von Einwohnern in sich zu fassen“, sodass es „[...] eben dadurch (...) den höchsten Gipfel seiner Glückseligkeit erreichen (kann), wenn (...) Handlung und Gewerbe in seinen Gränzen blühen, und alle diese Menschen für ihre Hände genugsam Beschäftigung finden.“⁷²⁷ Bei einer sich permanent vermehrenden Population und „[...] einer großen Bevölkerung ist nichts unmöglich, der dürreste Sand, die härtesten Felsen, die tiefsten Moräste müssen dem Fleiße weichen und sich in fruchtbare Aecker und Wiesen verwandeln lassen.“⁷²⁸ Zunächst gilt aber erst mal die allgemeine Formel, dass die Menschen „[...] sich nur in einem Lande nach der Maaße vermehren (können), als sie Nahrung und Unterhalt darinnen finden.“⁷²⁹ Damit setzte er einer unendlich sich reproduzierenden Bevölkerung zumindest in theoretischer Hinsicht eine natürliche Grenze. Somit verdient auch aus wirtschaftspolitischen Gründen „[...] die Vermehrung [der Bevölkerung] die hauptsächlichste Aufmerksamkeit einer weisen Regierung.“⁷³⁰ Der Fleiß erhöht den Energieeinsatz der Menschen, sodass mehr anthropogene Energie in die Landschaft strömt und diese nachhaltig verändern kann. Die herrschaftlichen „[...] Domänen und Cammergüther werden ohne genugsame Bevölkerung des Landes schlecht gebauet werden, und ihre Producte einen geringen Werth haben, folglich wenig einbringen“, sodass „[...] ohne starke Bevölkerung (...) das Land schlecht cultiviret seyn, und die cultivirete

⁷²⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 534.

⁷²⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 524. Siehe dazu auch das Kapitel „Rede, von dem unzertrennlichen Zusammenhange eines blühenden Zustandes der Wissenschaften mit denjenigen Mitteln, welche einen Staat mächtig und glücklich machen“ in Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 128-175, bes. S.160.

⁷²⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 270.

⁷²⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 160.

⁷²⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 107.

⁷²⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 381.

⁷³⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 270.

Oberfläche (...) in Vergleichung der Wälder, Heiden und Wüsten geringen seyn wird.“⁷³¹ Vor allem die „[...] persönlichen Abgaben aber, man mag sie auf die Persohnen selbst, oder auf ihre Consumption legen, können eben so wenig etwas beträchtliches betragen, wenn es an der Bevölkerung mangelt“, denn „[...] ohne starke Bevölkerung wird die Consumption im Lande niemals groß seyn.“⁷³² Die Peuplierungspolitik bereitet sozusagen die Grundlagen für eine erfolgreiche und gewinnbringende Wirtschafts- und Fiskalpolitik vor. Einer guten Wirtschaftsverfassung wird dadurch eine Kompensationsfunktion zugesprochen, um mehr Menschen in einem definierten Raum erhalten zu können. Denn der wirkliche Reichtum frühneuzeitlicher Herrschaften, „[...] wie ich daselbst erwiesen habe, in einem Ueberfluß von allen Arten zur Nothdurft und Bequemlichkeit des Lebens erforderlichen Güthern besteht, die im Lande selbst erzeugt und gewonnen werden, so ist ein solcher Zustand gar nicht möglich, wenn nicht eine starke Bevölkerung eine genugsame Menge von Menschhänden zu deren Bearbeitung und Hervorbringung darbiethet.“⁷³³ Eine erfolgreich betriebene Peuplierungspolitik kann somit den nötigen Anstoß für den zirkulären Kreislauf von „Bevölkerungswachstum-Wirtschaftsprosperität-Reichtumssteigerung“ geben.

Im Kontext der Wirkungsanalyse von Ehegesetzen zur Förderung des Bevölkerungswachstums offenbart sich dem historisch-geographischen Forscher ein Raumverständnis, das, so wie es auch bei einigen seiner Vorgänger in der Kameralistik war, der Bevölkerung den Vorzug vor dem Raum in den politischen Konzepten gab. Nach seiner peuplierungstheoretischen Überzeugung machten nicht „[...] der große Umfang von Wäldern und Wüsteneyen, die ein Staat zu seinen Besitzungen rechnen kann, sondern die Menge von Einwohnern (...) die Macht und Stärke desselben aus“, weil „[...] eine Million Menschen, die in einem Bezirk von tausend Quadrat Meilen zerstreut wohnen, sind vielmehr noch viermal schwächer als eine Million Menschen, die in einem Bezirk von zweyhundert und fünfzig Quadratmeilen ihre Wohnung und Unterhalt haben, wenn sonst die Vortheile der natürlichen Beschaffenheit ihrer Gränzen einander gleich sind.“⁷³⁴ Weiter führte Justi in seinen Überlegungssträngen peuplierungstheoretischer Gedanken aus, dass eine „[...] Million Menschen, die einen Raum von tausend Quadratmeilen innen haben, (...) gewiß viermal schwächer (sind), als eine andere Million Menschen, die auf einer Oberfläche von zweyhundert Quadratmeilen bey einander wohnen, wenn sonst die natürliche Lage und

⁷³¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 382f..

⁷³² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 382f..

⁷³³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 380.

⁷³⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 198f..

Beschaffenheit beyder Länder einander gleich sind.“⁷³⁵ Für die Wohlfahrtssteigerung des Staates ist somit nicht lediglich die Bevölkerungszahl, die sich in einem definierten Territorium befindet, ausschlaggebend, sondern die Bevölkerungsdichte, die erst in Form gebündelter Energie eine bessere Raum- und Ressourcenausnutzung gewährleisten kann. Eine zu starke Dispersion siedlungsstruktureller Erscheinungen im Raum kann zum Nachteil für eine optimale Allokation landschaftsgebundener Ressourcen werden. Für Justi kann „[...] ein Land, das weise beherrscht wird und einen blühenden Nahrungsstand hat, (...) dennoch niemals zu viel Einwohner haben.“⁷³⁶ Aus einer „[...] starken Bevölkerung entspringet die vollkommenste Cultur des Bodens und die Gewinnung aller Arten von Güthern gleichsam von sich selbst, weil ein jeder Unterhalt und vor seine Hände Beschäftigung sucht, wenn nur in den Policeyverfassungen und andern Einrichtungen des Staats keine Hindernisse vorhanden sind, welche dem Verlangen der Menschen, sich vor ihre Hände Arbeit zu verschaffen, hier und dort Hemmungen machen.“⁷³⁷ Ein jedes „[...] Land müsste soviel Einwohner haben, als der Boden, nach der vollkommensten Cultur, ernähren könnte, wann man einen dergleichen Punct fest setzen wollte.“⁷³⁸ Der Raumplanung als Grundlage einer erfolgreich operierenden Peuplierungspolitik kam hierbei eine besondere Stellung zu, da zunächst „[...] die Oberfläche der Erden zu Bewohnung und Erneuerung einer genugsamen Menge Einwohner geschickt gemacht werden“ muss.⁷³⁹ Raumrelevante Maßnahmen sind unabdingbare Elemente zur Umsetzung peuplierungspolitischer Maßnahmen, die bei einer wachsenden Bevölkerung zwingendermaßen zu vermehrten Eingriffen in die Landschaft führen. So müssen z. B. durch raumordnerische Maßnahmen „[...] die in der Wildheit auf der Oberfläche entstandenen Hindernisse der Bewohnung aus dem Wege“ geräumt werden.⁷⁴⁰ Dabei sollte man zudem „[...] die überflüssigen Wälder ausroden, Seen und Moräste austrocknen, das Land vor der Ueberschwemmung der Meere und Flüsse verwahren, und die Hauben und unfruchtbaren Gegenden urbar machen.“⁷⁴¹ Es werden in theoretischer Perspektive potenzielle

⁷³⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 58.

⁷³⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 199.

⁷³⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 36.

⁷³⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 271.

⁷³⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 19f.. Weitere Informationen zu diesem Themenkomplex siehe das Kapitel „Von der äusserlichen Kultivierung der Länder: Von dem Anbau der Oberfläche eines Landes zu Bewohnung und Erneuerung der Einwohner“ auf S. 19-20.

⁷⁴⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 20.

⁷⁴¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 20. Zum Beispiel gab Justi konkrete landschaftsgestaltende Maßnahmen zur Kultivierung von Heiden, weil durch den „[...] Fleiß der Menschen, durch die Düngung mit Kalk, durch die Barbeitung mit verschiedenen Wurzelgewächsen, die hernach eingepflüget werden und durch andere dergleichen Verbesserungsmittel, kann hier gleichfalls einen guten Erfolg haben.“ Zitat aus S. 23.

raumwirksame Verkettungen peuplierungspolitischer Gesetzgebung skizziert. Will ein Regent den größtmöglichen Erfolg peuplierungspolitischer Ziele erreichen, so darf „[...] nicht der geringste Theil von der Oberfläche eines Lands unbrauchbar und unnützlich liegen bleiben.“⁷⁴² Allerdings würde aller „[...] äußerliche Anbau eines Landes (...) wenig helfen, wenn daßselbe nicht auch genugsam bewohnt und bevölkert wäre“, da für Justi die Bevölkerung das Objekt für die „[...] innere Cultivierung [darstellte], welche der äußerlichen die Seele und das Leben geben muß.“⁷⁴³ Bei allen raumplanerischen funktionsbezogenen Maßnahmen erkennt man bei Justi unter anderem einen ästhetischen Aspekt der Landschaftsgestaltung, da die Zierde landschaftlicher Gestaltungen, die „[...] zwar zur Ernehrung und Bequemlichkeit der Einwohner eben nichts beyträgt, jedoch aber denen Augen als schön und anmuthig vorkommt“, einen „Pull-Effekt“ für Fremde ausüben konnte, weil durch eine schöne Landschaft „[...] denen Einwohnern und Fremden dadurch der Aufenthalt im Lande auf alle Art angenehm“ gemacht wird.⁷⁴⁴ Die Erschaffung einer schönen Kulturlandschaft nahm somit in Justis peuplierungstheoretischen Konzeptualisierung ein Bereich peuplierungspolicylicher Gesetzgebung ein. Vor allem das schöne „[...] Ansehen einer Stadt und großer Landgüther, ist eine Zierde, welche das auge ergetzet und den Aufenthalt im Lande angenehm macht.“⁷⁴⁵

Dabei schloss Justi bei einer klugen Staatspolitik und sinnvollen Wirtschaftsstruktur in einem definierten Raum eine Überbevölkerung nahezu aus, sodass eine „aktive“ und „additive“ Peuplierungspolitik unabdingbar für eine nachhaltige Wohlfahrtssteigerung und wachsenden Machtfülle des Territorialherrn war. Damit bewegte sich Justi im Spannungsfeld radikalen Populationismus des Kameralismus und promalthusianischer Bevölkerungstheorie, die immer die jeweilige Nahrungsgrundlage wachsender Populationen im Blickfeld peuplierungspolitischer Planungen hatte.

Die von Justi geforderte politische Umsetzung „additiver“ Peuplierungspolitik, das heißt eine nicht nur nach dem Krieg zur Erlangung vorkriegerischer Zustände gestaltete Bevölkerungspolitik, muss sich nach den Qualitäten im Raum und bezüglich des Nahrungsstandes im Speziellen vor allem an der Qualität des Bodens orientieren. Seine Überzeugung, dass „[...] ein jedes Land in Europa (...) bei einer besseren Cultur des Bodens drey oder viermal so viel Einwohner ernähren (könnte), als gegenwärtig die am besten

⁷⁴² Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 23.

⁷⁴³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 56.

⁷⁴⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 46.

⁷⁴⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 53.

bevölkerten Staaten in sich haben“, implizierte parallel zu einer peuplierungspolitischen Gesetzgebung adäquate raumbezogene Maßnahmen zur Optimierung der Raumausnutzung, die in nahezu allen Territorien aufgrund mangelhafter Nutzung landschaftsgebundener Potenziale eine erfolgreiche peuplierungspolitische Umsetzung verzögerten und verhinderten.⁷⁴⁶ Oftmals offenbarte sich dem kameralistischen Staatsdenker aber die Unfähigkeit zahlreicher Regenten, weil viele „[...] Regierungen die wahre Macht und Kräfte ihrer Staaten und den eigentlichen Grund, worauf die wahre Macht beruht, nicht weniger als richtig einsehen.“⁷⁴⁷ Fehlerhaftes staatliches Handeln verhindert somit eine erfolgreiche Umsetzung raumrelevanter Pläne peuplierungstheoretischer Gedanken. Deswegen müsste bei einer grundlegenden Aufnahme raumgebundener Potenziale die „[...] Landesart oder Gegend untersucht werden, ob sie fruchtbar oder unfruchtbar sey, [w]ie der Boden beschaffen, und wie die Witterung daselbst gemeinlich auszufallen pflege, damit man nach Maaßgebung dieser Dinge, die Nutzung der Grundstücke einrichten könne.“⁷⁴⁸ Die Ermittlung der Tragfähigkeit des Bodens ist die Grundlage für die zukünftige erfolgreiche Vermehrung von Einwohnern. Wenn ein Boden eine gewisse Unfruchtbarkeit in sich trägt, „[...] so muß ein verständiger Landwirth die Ursache der Unfruchtbarkeit zu beurtheilen wissen, ob nämlich der Boden zu feuchte und morastig, zu steinig, zu mager oder allzuviel mit Land und Letten vermischt sey“, damit er dann „[...] befinden (...) [kann], ob sich die Ursache abändern und der Acker fruchtbar und urbar machen lassen wird“, denn es ist ganz im peuplierungstheoretischen Sinne bezüglich der Raumplanung „[...] nicht undienlich, Versuche solcher Mittel anzustellen, die eine grössere Fruchtbarkeit zuwege bringen“ können.⁷⁴⁹

Die preußische Peuplierungspolitik wurde aufgrund grundherrschaftlicher Verhältnisse nicht flächendeckend im Land umgesetzt. Deswegen konnte der jeweilige preußische Regent zunächst nur auf seinen eigenen Landgütern und den staatlichen Domänen eine aktive Umsetzung peuplierungstheoretischer Überlegungen vollziehen. Der Kameralist Justi wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine „[...] Verwandlung der Domänen in Bauergüter, deren geschickter und patriotisch gesinnter Verfasser sich zu zeigen bemühet, wie sehr es der Bevölkerung zum Vortheil gereichen würde, wenn man alle landesherrliche

⁷⁴⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 200.

⁷⁴⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 41.

⁷⁴⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 567.

⁷⁴⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 567f.. In diesem Zusammenhang ist auch die Steigerung der Produktion von Hausväterliteratur zu sehen, die den einfachen Bauersleuten unter anderem Empfehlungen für eine optimalere und effizientere Nutzung landschaftsgebundener Ressourcen vermittelte.

Domänen in Bauerngüther verwandelte.⁷⁵⁰ Ganz allgemein müsste es im peuplierungspolitischen und kameralistischen Sinne „[...] in dem ganzen Lande keine einzige Gegend, oder Fläche der Erden seyn, die nicht nach der Beschaffenheit ihrer Lage und Bodens auf die bestmögliche Art genutzt würde.“⁷⁵¹ Der zur Beförderung des Bevölkerungswachstums implizierte kulturnachschaffsverändernde und – gestaltende Auftrag auf den Landesgütern herrschaftlicher Würdenträger beinhaltete ein enormes raumwirksames Potenzial, weil die bisher ungenutzten Domänen des Staates mithilfe binnenkolonisatorischer Maßnahmen, das heißt mit einer räumlichen Auffüllung von Menschen, zu einer Effizienzsteigerung wirtschaftlicher Einnahmen führen sollten. Exemplarisch kritisierte Justi die mangelhafte räumliche Ausnutzung der Domänen im kurbrandenburgischen Land, da sie „[...] im Vergleich anderer Staaten ungleich weniger bevölkert (sind)“ und somit aus peuplierungstheoretischer Perspektive eine Raumverschwendung darstellten.⁷⁵² „Allein daß die Domainen in Bauerngüther zu verwandeln wären, das habe ich mir noch nie zu behaupten getraut“, so Justi zu seinem wohl für diese Zeit innovativ anmutenden Vorschlag.⁷⁵³

In seinem bevölkerungstheoretischen Verständnis effizienter Raumausnutzung ist es eine unläugbare Tatsache, dass, „[...] wenn ein Kammerguth, worauf jetzo nur ein Amtman und (...) einer, zwey bis drey beweihte Unterbediente leben, nach Beschaffenheit seiner Größe zu zwanzig, vierzig, sechzig und mehr Bauerngüthern gemacht wird, wovon sich eben so viele Familien ernähren, solches in einem beträchtlichen Staate der viel Kammergüther hat, eine Vergrößerung in der Bevölkerung ausmachen wird, die auf Millionen Menschen ansteigt.“⁷⁵⁴ Das Bevölkerungswachstum kann durch Kolonisationsbemühungen auf den landesherrlichen Domänen nachhaltig unterstützt und gestärkt werden. Ein peuplierungstheoretischer Erkenntnisgewinn nach Justi stellte somit die Möglichkeit dar, dass man mithilfe raumrelevanter Eingriffe, die wiederum landschaftsverändernde Folgen nach sich ziehen, eine Beschleunigung expandierender Populationen erzielen kann.

Je schlechter und „[...] mäßiger die Bauerngüther sind, destomehr Fleiß können und werden ihre Besitzer an die Cultur ihrer Grundstücke anwenden, um eben so viel Getraide zeugen, als wenn sie noch stark wären.“⁷⁵⁵ Der Mensch in seiner Funktion als Energiekonverter kann durch seine Tätigkeit mehr Energie in die Landschaft leiten, um somit bisher ungenutzte

⁷⁵⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 390f.. Dabei siehe auch das Kapitel „Von der Verwandlung in Bauerngüther“, S. 390-405.

⁷⁵¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 25.

⁷⁵² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 393.

⁷⁵³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 393.

⁷⁵⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 394.

⁷⁵⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 394.

raumgebundene Potenziale und Ressourcen zur Reichtumssteigerung des Staates zu nutzen. In diesem Kontext ist ebenso „[...] leicht (...) begreiflich, wie sehr ein solcher Zuwachs in der Bevölkerung das Aufnehmen des Nahrungsstands befördern würde.“⁷⁵⁶ Justis bevölkerungstheoretische Überlegungen in Bezug auf das Bevölkerungswachstum sind nicht durch präalthusianische Ängste, sondern durch eine optimistische Sicht der Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet. Ein bevölkerungs- und wirtschaftsrelevanter Nebeneffekt domänenbezogener Kolonisationsprojekte wäre die steigende Konsumtion ländlicher Bevölkerungsgruppen, sodass folglich „[...] auch die Bevölkerung in denen Städten zunehmen“ würde.⁷⁵⁷

Sollte dennoch eine Knappheit von Lebensmittel vorliegen, dürfen „[...] ausgehende, oder nur durchpassierende Waaren (...) mit gar keinen, oder doch nur geringen Wegmauthen oder Zöllen beschwehret werden“, weil „[...] dadurch Geld und Nahrung in das Land gebracht“ wurde.⁷⁵⁸ Dies verdeutlicht die zentrale Stellung der Peuplierungspolitik in der gesamtstaatlichen Konzeptualisierung Justis, da in diesem Fall die Zollpolitik nach peuplierungspolitischen Bedürfnissen gestaltet werden sollte.

Die Wirkungskette potenzieller kulturlandschaftlicher Veränderungen frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik wird durch das aus peuplierungstheoretischen Überlegungen heraus entwickelte Konzept Justis recht deutlich, da zur erfolgreichen Umsetzung bevölkerungsrelevanter Forderungen raumintensive Eingriffe in die (Kultur-)landschaft zwingend erforderlich werden. Da das durch die aktive Peuplierungspolitik unterstützte Bevölkerungswachstum primär der Wirtschaftskraft und dem Handel zugutekommt, sind auch infrastrukturelle Maßnahmen bei wachsenden Populationen und der dabei einhergehenden vermehrten Zirkulation von Waren nötig. Eine raumordnerische „[...] Verbesserung und gute Einrichtung der Landesstraßen, Seehäfen, Canäle und Flüsse, dienen gleichfalls zur Aufnahme der auswärtigen Handlung, indem die Fortschaffung der Waaren Fremden und Unterthanen dadurch bequem und leicht gemacht wird.“⁷⁵⁹ Hierbei sei exemplarisch seine Forderung zur Errichtung eines Kanals durch das Herzogtum Schleswig zu nennen, um zur besseren Beförderung lebenswichtiger Mittel und Arbeitsmaterialien die Nordsee mit der

⁷⁵⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 395.

⁷⁵⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 395.

⁷⁵⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 529.

⁷⁵⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 528.

Ostsee zu verbinden.⁷⁶⁰ Weiterhin deutete er daraufhin, „[...] wie sehr eine wahre Cultur der Länder auf diese Leitung der Gewässer ankommt, und daß die höchste und vollkommenste Art dieser Cultur in der Schiffbarmachung der Ströme und in guten Canälen zur Bequemlichkeit der Commerciën besteht.“⁷⁶¹ Durch solche geplante landschaftliche Eingriffe „[...] könnten in Europa gar viel solche wichtige Werke zum größten Vortheile der Commerciën unternommen werden“, da von ihnen auch ein peuplierungspolitischer Nutzen erwachsen kann.⁷⁶² Weil durch infrastrukturelle Verbesserungen alle „[...] Umwege und Unbequemlichkeiten (...) auf einmal vermieden werden“ könnten, stellt eine gute Landesinfrastruktur durchaus einen „Pull-Faktor“ für Emigrationswillige dar, da sie als Kennzeichen blühender Wirtschaft Manufakturisten und Unternehmer ins Land ziehen und den Ankömmlingen die Anreise angenehmer machen kann.⁷⁶³ Die Ansprüche expandierender Bevölkerungen und verstärkter Handelstätigkeiten an die Landschaft wachsen zunehmend, die dadurch kulturlandschaftliche Eingriffe unumgänglich machen. Raumplanerische Maßnahmen sind somit eine Folge erfolgreicher Peuplierungspolitiken, da z. B. eine Erhöhung der Einwohnerschaft automatisch eine Erhöhung räumlicher Eingriffe nach sich zieht.

Die Ehegesetze stellten für Justi ein wichtiges Instrument peuplierungspolitischer Gesetzgebung dar, denn wenn „[...] die Macht und Stärke eines Staats, der blühende Nahrungsstand derselben und überhaupt der größte Theil seiner Wohlfahrt auf der Bevölkerung beruhet, so siehet man leicht, wie äusserst wichtig es vor einen Staat ist, seine Ehegesetze dergestalt einzurichten, daß dadurch die Bevölkerung befördert werde.“⁷⁶⁴ Der Staat sollte bezüglich des Heirathens aus peuplierungstheoretischer Perspektive regulierend eingreifen, weil eine „[...] unordentliche Vermischung (...) aus natürlichen und bekannten Ursachen das weibliche Geschlecht bey weiten nicht so fruchtbar (macht), als ein ordentlicher Ehestand.“⁷⁶⁵ Bei diesem Themenkomplex der Verehelichungsstrategien wird aber auch Justis radikaler Populationismus sehr deutlich, da er zur optimalen Ausnutzung anthropogener Reproduktionszeiten die Errichtung von „Menschereyen“ befürwortete. Diese peuplierungspolitischen Maßnahmen zur Steigerung der Bevölkerung versuchte er damit zu

⁷⁶⁰ Siehe dazu das Kapitel „Von dem großen Nutzen eines Canals durch das Herzogthum Schleßwig, um die Nord- und Ostsee näher mit einander zu vereinigen“ in Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 29-37.

⁷⁶¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 29.

⁷⁶² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 30.

⁷⁶³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 31.

⁷⁶⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 200. Siehe dazu auch das Kapitel „Von der Vermehrung der Einwohner durch die Eingebornen des Landes“ in: J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 63-70, bes. S. 63.

⁷⁶⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 200.

begründen, dass man „[...] das Vieh auf alle Art zu vermehren (suchet), man errichtet Statutereyen, Holländereyen, Schäfereyen und dergleichen“, aber warum „[...] sollte man auch nicht Menschereyen anrichten, die einen viel größeren Werth haben, und warum sollte man nicht den Ausschweifungen in der Wollust eine solche Ordnung zu geben suchen, daß dadurch die Vermehrung der Menschen in der That befördert wird.“⁷⁶⁶

Erst die vom Staat zugelassene Ehe ermöglicht eine Erhöhung der Fertilität, die dann zu den erhofften vermehrten Geburten führen kann. Deshalb müsse der Staat gewissermaßen eine „Werbekampagne“ für den ehelichen Stand starten und die Rahmenbedingungen desselben verbessern, weil wenn „[...] die Weiber durch schlechte Einrichtung der Ehegesetze eine wahre Last der Männer sind, so werden die wenigsten an heyrathen begehren“ und eine Vermehrung der Bevölkerung spürbar verlangsamen.⁷⁶⁷ Eine Ursache für die Unattraktivität ehelicher Lebensformen, „[...] welche die natürliche Vermehrung der Menschen in der Einschränkung und Unterdrückung erhalten, ist wohl ohne Zweifel, wenn es ihnen schwehr wird, ihren Unterhalt zu finden, und sie kümmerlich und elend leben müssen“, weil ein solcher schlechter Zustand „[...] nicht nur in der Schwächung der Zeugungskräfte selbst einen starken Einfluß (hat), sondern die Menschen (...) sich auch genöthiget (sehen), die Begierde darzu zu unterdrücken, oder sie auf eine, der Bevölkerung nicht vortheilhafte, Art zu vergnügen, weil sie kaum im Stande sind, sich selbst kümmerlich zu ernähren, und gar kein Mittel vor sich sehen, eine Familie zu unterhalten.“⁷⁶⁸ Die Angst der Nichternährbarkeit der eigenen Familie schreckte viele Männer ab, den lebenswichtigen und aus peuplierungspolitischen Gründen notwendigen Schritt zur Verheiratung zu gehen. Auch bei Justi galt es aus peuplierungspolitischer Sicht „[...] den häufigen Anwachs der Ordensgeistlichen zu vermeiden (...), deren Stand zwar an sich selbst sehr gut und löblich seyn kann, doch aber von vielen aus unrecchten Absichten ergriffen wird.“⁷⁶⁹ Folglich würden die „[...] Ehen in einem Staate von wahren Christen niemals sehr häufig seyn, und es würde demnach mit der Bevölkerung eine schlechte Beschaffenheit haben.“⁷⁷⁰ Der ehelose Stand, „[...] welcher der Bevölkerung in catholischen Staaten so nachtheilig ist“, muss aus peuplierungspolitischer Sicht zumindest eine Einschränkung erfahren.⁷⁷¹ Dabei könnten die peuplierungspolitischen Maßnahmen „[...] die nachtheiligen Folgen davon sehr einschränken,

⁷⁶⁶ Zitat aus Anaximander von Occident [Justi, J. G. H.]: Physikalische und politische Betrachtungen ... , S. 59f..

⁷⁶⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 200f..

⁷⁶⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 388.

⁷⁶⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 526. Siehe dazu auch Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 174.

⁷⁷⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 174.

⁷⁷¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 390.

wenn sie die Anzahl der Ordensgeistlichen und Nonnen in jedem Kloster auf eine mäßige Anzahl herunter setzen, und (...) befehlen, daß niemand vor dem 25ten Jahre, als in welcher Zeit der Verstand zu einer so wichtigen Wahl ohnedem erst reif ist, das Probejahr antreten soll.“⁷⁷² Dabei kritisierte Justi primär die religionsgeschichtliche Entwicklung, die sich mehr und mehr von den wahren Dogmen christlicher Lehre entfernte, die zum Teil nun für die Peuplierungspolitik nachteilige Aspekte noch beinhaltete und mittels staatlicher Gesetzgebung korrigiert werden müsste. Vor allem die „[...] Herrschsucht und [der] Aberglaube der Geistlichkeit, die mit Grundsätzen der wahren Staatskunst so vortrefflich übereinstimmende christliche Religion dermaßen verunstalten können“, haben dazu geführt, dass „[...] die Vorsteher derselben in den vorigen finstern Jahrhunderten zu Grundsätzen anzunehmen sich nicht entblödet haben.“⁷⁷³

Einer dieser falschen religiösen und der Peuplierungspolitik kameralistischer Regierungen nachteiligen Grundsätze ist derjenige, dass „[...] durch den ehelosen Stand und Betteley, folglich durch Müßiggang, der Himmel verdienet werden könne.“⁷⁷⁴ Diese aus bevölkerungstheoretischer Sicht zu liquidierenden Grundsätze haben „[...] keine andere Folge (...), als Länder zu entvölkern, und sie in Armuth zu setzen.“⁷⁷⁵ Weder die „[...] Priester noch Leyen, weder Arme noch Reiche glauben, daß die Armuth das Himmelreich erwerbe“, so wird sich ein Armer nicht seiner „[...] Seligkeit zweifelhaftig (...) machen, wenn er eine Gelegenheit ergreift, Vermögen zu erwerben.“⁷⁷⁶ Die aus peuplierungspolitischen Perspektive getätigten „[...] Ermunterungen zum Fleiße, durch Austheilung der Preiße an geschickte Arbeiter, verwandelte Spenden, werden, weil sie die Manufacturen erweitern, und den Wohlstand eines Landes vermehren, wiederum Mittel zum Unterhalt der Armen werden.“⁷⁷⁷

⁷⁷² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 390. Justi führte eine antimonastische Kampagne argumentativ weiter fort, indem er darauf hinwies, dass die „[...] Natur (...) denen Menschen einen Trieb eingelegt, ihr Geschlecht fortzupflanzen“, wobei „[...] beyde Geschlechter (...) diesen Trieb gleichmäßig empfinden.“ Deshalb sind die Menschen „[...] schon von sich selbst zum Ehestande geneiget, wenn sie keine Hindernisse und beschwehrliche Umstände vor sich sehen, die sie abschrecken.“ Zitat aus S. 391. Peuplierungspolitische Maßnahmen müssen dahingehend zielen, dass dieser natürliche Trieb zur Verheiratung nicht durch irgendwelche politische, wirtschaftliche, kirchliche und soziale Hindernisse in seiner Entfaltung gestört wird.

⁷⁷³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 107f..

⁷⁷⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 107f.. In diesem Zusammenhang sind die aus Barmherzigkeit getätigten Spenden durchaus aus peuplierungspolitischer Sicht auf das Schärfste zu verurteilen, weil oftmals diese „[...] unnützen Spenden, welche wahren Arme so wenig zu gute kommen, davon aber starke muthwillige Bettler und andere gesunde gar nicht nothdürftige Leute, gemeiniglich den besten Vortheil ziehen, zu Belohnung des Fleißes anzuwenden.“ Zitat aus S. 108f..

⁷⁷⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 108. Auch der biblische Satz „Selig sind die Armen, denn das Himmelreich ist ihres“ ist aus peuplierungspolitischer Sicht ein Übel und stellt kein wirkliches Dogma christlicher Theologie dar. Siehe dazu S. 138.

⁷⁷⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 138f..

⁷⁷⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 111.

Die Spenden müssten somit umgelagert werden, um nachhaltig die Beseitigung der Armut zum Wohle des Staates zu fördern. Je weniger peuplierungspolitisch motivierte Verordnungen das Heiraten befördern, „[...] destomehr Ausschweifungen werden in dem ledigen Stande getrieben, und desto mehr Unordnung und Verderben äußert sich bey denen Ehen, die noch stattfinden.“⁷⁷⁸ Eine innovative Idee bezüglich der Ehegesetze stellte auch die von Justi geforderte Dynamisierung des Ehestandes dar, die z. B. unter anderem eine Scheidung ohne Probleme ermöglichen sollte, weil der „[...] allerschädlichste Einfluß übelbeschaffener Ehegesetze in die Wohlfahrt des Staats (...) aber derjenige (ist), der die Männer, wenn sie keine Hoffnung vor sich haben, eine übelgerathene Ehe abändern zu können, in den tödlichsten Kummer und Verdruß des Lebens setzt, ihnen allen Muth und Lust zu nützlichen Geschäften darnieder schlägt, und sie zum Dienst des gemeinen Wesens untüchtig macht.“⁷⁷⁹ Die Möglichkeit zur Scheidung und erneuten Wiederverheiratung zeugte von einem rationalistischen und utilitaristischen Verständnis peuplierungstheoretischer Prämissen, um das Fortpflanzungspotenzial bei einer aus bevölkerungstheoretischer Sicht schlechten Ehe dennoch zur Vermehrung der einheimischen Bevölkerung zu nutzen. Oftmals ist der „[...] Haß, der sich an die Stelle der Liebe setzt, (...) vielleicht der stärkste, welcher in dem menschlichen Herzen entstehen kann“, sodass die Möglichkeit einer Trennung aus peuplierungstheoretischen Standpunkten einen Beitrag zur Volksvermehrung leisten kann. Deswegen liegt es einer wohlgeführten Republik „[...] ohne Zweifel daran, unglückliche Ehen zu verhintern.“⁷⁸⁰ Wenn die aus peuplierungstheoretischen Überlegungen heraus konzipierten staatlichen Ehegesetze „[...] die Bevölkerung des Landes und überhaupt die Glückseligkeit des Staats befördern (...) [und] wenn sie gut und ihrem Endzwecke gemäß eingerichtet seyn sollen, so müssen sie vornehmlich viererley Beschaffenheit haben.“⁷⁸¹ Die peuplierungspolitischen Ehegesetze müssten erstens „[...] hauptsächlich die Mannespersonen

⁷⁷⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 202. Diese gesteigerte Bedeutung ehelicher Gesetzgebung tauchte zunehmend in allgemeinen staats- und gesellschaftstheoretischen Schriften jener Zeit auf. Auch in den aus verfassungsgeschichtlicher Perspektive eines der wichtigsten Schriften „Vom Geist der Gesetze“ von Ch.-L. Montesquieu aus dem Jahre 1748 ist im 23. Buch eine Abhandlung „Über die Gesetze in ihrem Bezug zur Zahl der Bewohner“ zu finden. Vor allem bei entstehenden Völkern, die sich schnell und stark vermehren, wäre das „[...] ehelose Leben (...) [ein] Hemmnis, Kinderreichtum aber durchaus nicht.“ Zitat aus Montesquieu, Ch.-L.: *Vom Geist der Gesetze*. Auswahl, Übersetzung und Einleitung von K. Weigand (Reclams Universal-Bibliothek; 8953), durchgesehene und bibliographisch ergänzte Ausgabe, Stuttgart 2006, S. 354, siehe dazu auch bes. S. 354-365.

⁷⁷⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 204. Siehe dazu auch J. G. H.: *Grundsätze der Policey-Wissenschaft ...*, S. 65.

⁷⁸⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 212. Auch die Befriedung ehelicher Zwistigkeiten mittels gerichtlicher Prozesse sind aus peuplierungstheoretischer Sicht nicht sinnvoll, weil sie „[...] gewiß kein Weg (sind), den Frieden wieder herzustellen“, sodass eine Scheidung durchaus zur Volksvermehrung dienlicher sei. Zitat aus S. 212.

⁷⁸¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 205.

zur Ehe anreizen, (...) [zweitens] die Tugenden und guten Sitten befördern, [drittens] die Prozesse und Streitigkeiten in Ehesachen verhindern und [viertens] die Ruhe in den Familien darstellen.“⁷⁸² Aufgrund der peuplierungstheoretischen Prämisse, dass „[...] man insonderheit die Mannespersohnen zum Ehestande aufmuntern soll, folget die vierte Grundregel der Bevölkerung, nämlich, daß man denen Mannspersohnen den Eintritt in den Ehestand und die Einrichtung ihrer Haushaltung und Gewerbes, auf alle Art erleichtern muß.“⁷⁸³ Justi gab an dieser Stelle eine genaue Beschreibung, wie die Ehegesetze auszusehen haben, um ihre peuplierungspolitische Wirkung wachsender Populationen zum Wohl des Staates und der Wirtschaft voll zur Geltung zu bringen. Interessant ist die ausschließliche maskuline Färbung ehelicher Gesetze bei Justis peuplierungstheoretischer Konzeptualisierung, da die „[...] Mädchens schon von sich selbst genugsam zum Ehestande geneigt sind, und dannenhero keiner Anreizung bedürfen.“⁷⁸⁴ Dabei ist allerdings zu erkennen, „[...] wie sehr diejenigen ledigen Mädchen gesucht werden, die so viel Mitgift haben, daß sie einer kleinen Haushaltung und Gewerbe zum Anfange dienen kann.“⁷⁸⁵ Die ökonomische Ausstattung des jeweiligen zukünftigen Ehepartners war ein entscheidender Faktor bei der Entschliebung zur Heirat. Hätte mittels peuplierungspolitisch getätigten Subventionszahlungen ein „[...] jedes Mädchen nur 50 Rthlr. Ausstattung (...), so würden alle Handwerker und Arbeiter blos nach ihren Neigungen heyrathen, die Ehen würden viel glücklicher seyn, jedermann würde sich selbst setzen können, und der Staat viel bevölkert seyn.“⁷⁸⁶ Vor allem sind dabei natürlich die „[...] armen Mädchen auszustatten, um die Bevölkerung des Landes mehr zu befördern.“⁷⁸⁷ Beispielhaft für diese peuplierungspolitische Maßnahme zur Populationsvermehrung fügte Justi verschiedene Städte von Obersachsen an, wo „[...] so genannte Brautcassen errichtet (wurden), aus welchen gegen einen mässigen Beytrag, die Ausstattungen lediger Frauenzimmer bestritten werden sollten.“⁷⁸⁸

⁷⁸² Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 205. Vor allem der vierte Punkt ist von enormer Wichtigkeit, da „[...] nichts (...) die Gemüther der Menschen so sehr an(greift), als die Ehestreitigkeiten.“ Zitat aus S. 211.

⁷⁸³ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 393f..

⁷⁸⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 206.

⁷⁸⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 272.

⁷⁸⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 272.

⁷⁸⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 273.

⁷⁸⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 274. Die Kalkulation der Finanzierbarkeit dieser peuplierungspolitischen Maßnahme erfolgte schon auf vorhandenem demographisch-statistischen Datenmaterial. Durch mathematische Berechnungen konnte mittels demographischer Auswertung gezeigt werden, dass „[...] eine Societät zur Ausstattung armer Mädchen einer jeden ihrem 18 Jahre, 50 Rthlr. Aussteuer geben kann, die in ihrem 3ten Jahre in der Societät eingeschrieben worden, und jährlich 1 Rthlr. zur Societätscasse contribuiert hat.“ Da die Kinder am häufigsten Sterben, „[...] wird man wahrnehmen, daß diejenigen, welche in ihrem ersten bis zum 10ten Jahre verstorben sind, die Hälfte in der Anzahl aller Töchter

Dem weiblichen Geschlecht sprach der Kameralist Justi einen natürlichen Drang zur Verheirathung zu. Dies lag vor allem darin begründet, weil das „[...] Schöne geschlecht bey dem Eintritt in den Ehestand ausser denen Umständen der Person, wenig zu bedenken (hat)“, wobei der Mann viel in der Planung familiäre Glückseligkeit berücksichtigen muss, da auf „[...] demselben (...) alle Last des Ehestandes (beruht), eine Last, die in unseren Tagen immer grösser wird, jemehr sich die Ueppigkeit und die Pracht unter uns vergrössert, zu welchen das weibliche Geschlecht, welches seine Glückseligkeit auf nichts als Kleinigkeiten zu setzen, gewohnt ist, nur allzu sehr geneigt ist.“⁷⁸⁹ In diesem Kontext ehelicher Gesetzgebung fügte er ein Gesetz aus der Bretagne an, dass von „[...] dieser Art (ist), [dass] eine Mannsperson, die ein minderjähriges Mägdchen verführet, zum Tode verdammet, und der Beurtheilte muß entweder hängen, oder heyrathen.“⁷⁹⁰ Um den wachsenden Anforderungen des Mannes beim Eintritt in den Ehestand entgegenzuwirken, sind kluge peuplierungspolitische Maßnahmen erforderlich, da ein Mann beim Eintritt in den Ehestand mehr zu verlieren hat als die Frau. Dazu sind „[...] allerley Ordnungen, welche das eheliche Leben erleichtern und befördern, (...) gleichfalls zu den Anwachs der Einwohner unumgänglich nöthig.“⁷⁹¹ Deswegen sind vor allem aus peuplierungspolitischer Perspektive finanzielle Beiträge bei einer Vermählung sinnvoll, um die Männer zu diesem lebensschweren Schritt aus dem ehelosen Stand zu bewegen und ihnen die Angst zukünftiger Verarmung und Nichternährbarkeit der Familie zu nehmen. Aus diesem Grund muss ein Staat, „[...] der den Anwachs seiner Einwohner befördern will, (...) seinen jungen Leuten, die kein Vermögen haben, die Mittel erleichtern, sich [zu] verheyrathen, und ihre eigene Haushaltung anfangen zu können.“⁷⁹² Eine Folge staatlich unterlassener Hilfestellungen peuplierungspolitischer Natur war, dass „[...] jeder fünfte oder sechste Theil der Menschen im ledigen Stande stirbt“,

auszumachen, die in einer Stadt oder lande ein Jahr hindurch gestorben sind. Ja, wenn man die Sache genau betrachten wollte, so würde sich zeigen, daß die Kinder, die in ihrem ersten bis 8ten Jahre und vielleicht nur bis zum 4ten oder 5ten sterben, jährlich die Hälfte aller Verstorbenen betragen.“ Weil die Anzahl der Mädchen, „[...] ehe sie 18 Jahre alt werden, (...) sich also immer vermindern wird“, kann die „[...] Societät einem Mägdchen mehr Aussteuer geben (...), als sie vor sie nach und nach bezahlt worden“ ist. Nach den damaligen Kenntnissen demographischer Prozesse und Phänomene, die auf einem empirischen Datengerüst über mehrere Jahre verfolgt wurden, erreichten von 500 Mädchen das 18. Lebensjahr nur 200. Sollte ein Mädchen bis zu ihrem 18. Lebensjahr noch nicht geheiratet haben, „[...] so bleibt das Capital der zu ihrer Ausstattung gewidmeten 50 Rthlr. bey der Societät stehen, bis sie das 24te Jahr ihres Alters erfüllet. Um eine Kontrolle über die Auszahlung zu haben, werden die „[...] 50 Rthlr. Ausstattung erst nach der Trauung gegen Vorzeigung des Trauscheins ausgezahlt“, damit „[...] dabey kein Hochzeitmahl mit beträchtlichen Unkosten ausgerichtet“ wird. Weil sich „[...] auch ein Mägdchen frühzeitig, die andere spät verheyrahet, so würden die spät Verheyraheten die meiste Last tragen müssen.“ Zitate aus S. 275-292.

⁷⁸⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 207.

⁷⁹⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 206.

⁷⁹¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 525f..

⁷⁹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 271.

was wiederum als eine aus bevölkerungspolitischer Perspektive gesehene Ressourcenverschwendung menschlichen Potenzials angesehen wurde.⁷⁹³ Um den Druck zur Verheiratung aber auch erhöhen zu können, kann der Staat, der auf der „[...] einen Seite durch Vorzüge und Belohnungen zum Ehestande aufmuntert, (...) auf der andern Seite solche Gesetze geben, welche denenjenigen, die nicht in Ehestand treten, verschiedenen Nachtheil empfinden lassen, damit die eingerissene Abneigung und Ekel vor dem Ehestand ausgerottet werde.“⁷⁹⁴ Das würde auf eine konsequente Peuplierungspolitik hindeuten, die im verstärkten Maße die Verhaltensmuster der Menschen im Sinne der Peuplierung konditionieren will. Ein peuplierungspolitisches Policygesetz könnte so aussehen, dass „[...] diejenigen Mannspersonen, die über 35 Jahre alt sind, und sich niemals verheyrathet haben, nur bis auf einen gewissen Theil ihres Vermögens, welcher denen Waisenhäuser anheim fallen müsste, das Recht Testamente zu machen haben sollen.“⁷⁹⁵ Aber auch eugenisch anmutende Aussagen bezüglich der Ehegesetzgebung finden sich bei Justi, da er darauf hinwies, dass wenn „[...] der Staat seine Aufmerksamkeit darauf richtet, durch Beförderung des Ehestands die Bevölkerung zu vergrößern, so muß er auch solche Gesetze ertheilen, welche verhüten, daß keine unnützen und vergeblichen Ehen geschlossen werden, von welchen es offenbar ist, daß der Endzweck des Ehestandes dabey nicht erreicht werden kann.“⁷⁹⁶ Egal in welcher Form der Herrscher nun versuchte die Ehe im Staat zu erleichtern oder zu befördern, so sollte man aus peuplierungspolitischer Verantwortlichkeit „[...] hingegen ungesunde, mit Erbkrankheiten behaftete, leiderliche und andere zur Fruchtbarkeit untaugliche Leuthe davon abhalten.“⁷⁹⁷ Zudem ist die patriarchalische Gesellschaftsauffassung im Ehestand per peuplierungspolitischer Gesetzgebung zu schützen und zu gewährleisten, weil das „[...] Recht der Natur und das göttliche Gesetz (...) dem männlichen Geschlechte bey Menschen und Thieren eine grössere Stärke gegeben (hat), und sie also zu Beschützern der Weiber gemacht“, sodass „[...] der schwächere dem stärkeren unterworfen seyn (muß).“⁷⁹⁸ Im Kontext ehelicher

⁷⁹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 271.

⁷⁹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 400f..

⁷⁹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 401. Siehe dazu auch Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 64.

⁷⁹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 402. Durch solche Aussagen wurde der Boden für die im 19. und 20. Jahrhundert sich entwickelnden inhumanen rassenhygienischen und eugenischen Bevölkerungstheorien vorbereitet. Justi führte z. B. weiter aus, dass man „[...] sogar die Ehen sehr gebrechlicher und siecher Persohnen nicht zulassen (sollte), weil man gemeiniglich nichts als eben solche elende Kinder von ihnen zu gewarten hat, die zur Bevölkerung wenig oder nichts beytragen.“ Zitat aus S. 403. Allerdings standen bei Justi keine rassistischen und radikal eugenischen Gedanken, die bis hin zur Euthanasie führten, im Vordergrund, sondern peuplierungspolitisch-utilitaristische Gründe, um das Ziel der Glückseligkeit des Staates zu erreichen.

⁷⁹⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 65.

⁷⁹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 215.

Gesetze forderte Justi neben den oben erwähnten Brautkassen auch Witwenkassen, weil es einem gerechten Staat sehr viel daran liegt, dass „[...] alle seine Bürger und Einwohner sich in guten Umständen befinden, uns so wenig als möglich gänzlich verarmen“, da diejenigen, „[...] welche sich in die äußerste Armuth gestürzt befinden, sind nicht nur vor dem Staat unnütze, sondern auch größtentheils überlästige Mitglieder des gemeinen Wesens.“⁷⁹⁹ Deshalb muss der Staat aus utilitaristischen und humanistischen Gründen „[...] so viel möglich vor den Unterhalte der Witwen (...) sorgen, und ihre gänzliche Verarmung verhindern.“⁸⁰⁰ Auch hier steht ein qualitativer Aspekt peuplierungspolitischer Policygesetzgebung im Vordergrund der Überlegungen zum Witwenunterhalt, da „[...] je mehr sich die Witwen der Armuth überlassen sehen, desto weniger sind sie im Stande, ihre Kinder dergestalt zu erziehen, daß sie dereinst geschickte und nützliche Mitglieder des gemeinen Wesens werden.“⁸⁰¹ Zum Schluss der Thematik peuplierungspolitischer Ehegesetze erwähnte Justi bezüglich der Möglichkeit gesetzlich legitimer Polygamie, dass „[...] die Vielweiberei nur nach bürgerlichen, nicht aber nach göttlichen Gesetzen verbothen sey.“⁸⁰² Ebenso trugen seine kriegspolitischen Ausführungen unverkennbar eine starke peuplierungspolitische und „aufgeklärte“ Färbung, weil der „[...] Krieg (...) vor die Ruhe der Familien, vor das Aufnehmen der Staaten, und vor die Glückseligkeit des menschlichen Geschlechts überhaupt so schädlich und verderblich (ist), daß eine geläuterte Vernunft und eine wahre Menschliebe nichts so sehr wünschen können, als daß es möglich wäre, Mittel ausfindig zu machen, daß dieses höchste Uebel des menschlichen Geschlechts ganz und gar vermieden werden könnte.“⁸⁰³ Hier ging es primär um den Schutz der Ressource reproduzierender Menschen, der Krieg stellte bei ihm, wie auch bei einigen seiner Vorgänger bevölkerungstheoretischer Konzepte, aus peuplierungspolitischer Sicht eine große Gefahr dar, die es mit allen Mitteln zu verhindern galt. Falls aber dennoch Kriege aus staatspolitischen Gründen geführt werden müssen, so sollten sie wenigstens „[...] auf keine grausame und barbarische Art geführet werden“, damit es nicht unnötig viele Tote gibt, die die Bevölkerungszahl nach der Eroberung herabsetzen.⁸⁰⁴ Denn ohne „[...] Zweifel wünschet ein

⁷⁹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 292.

⁸⁰⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 293.

⁸⁰¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 293. Zur Konstruktion der Witwenkasse, deren Berechnung auf demographischem Datenmaterial basierte, siehe S. 298-300. Hierbei deutete Justi darauf hin, dass er „[...] sowohl in denen Anmerkungen, also in der vorhergehenden Abhandlung erinnert (habe), daß alle solche Anstalten, wenn sie gründlich und dauerhaftig beschaffen seyn sollen, auf das Alter der Menschen, und auf die sich gründende grössere Sterblichkeit, eingerichtet werden müssen.“ Zitat das S. 302.

⁸⁰² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 219.

⁸⁰³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 300.

⁸⁰⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 301.

jedes vernünftige Volk, wenn der Feind in dessen Gränzen eindringet, daß sich derselbe menschlich und erträglich bezeigen, und keine Grausamkeiten ausüben möge.“⁸⁰⁵ Diese philanthropisch anmutenden Ausführungen aufgeklärten Naturrechts beinhalteten unter anderem peuplierungstheoretische Aspekte, damit im Kriegsfall gewisse von beiden Kriegsparteien anerkannte Regeln zum Schutz der Bevölkerung eingehalten werden. Oftmals sind es primär die „[...] Ausschweifungen, die man denen Soldaten in Feindes Lande gestattet, (...) auch der Subsistenz des Kriegsheeres äußerst schädlich“, weil „[...] durch den Muthwillen der Soldaten (...) viele Dinge verwüstet, die dem Unterhalte der Armee vortreflich zu statten gekommen wäre.“⁸⁰⁶ Deswegen muss ein auf peuplierungspolitischem Gedankengut aufgebautes Staatsverständnis seines Erachtens nach „[...] eher zu Auxiliartroupen oder zu Friedenstractaten, man erhalte auch noch so schlechte Bedingungen, seine Zuflucht nehmen, als das Landvolk dem Feinde entgegen stellen, weil es gewiß nichts hilft, und das Land doch desto mehr ruiniret wird.“⁸⁰⁷ In diesem Gedankengang wird der hohe Stellenwert der Ressource „Mensch“ aus peuplierungstheoretischen Überlegungen heraus sehr deutlich herausgestellt.

In diesem Kontext kriegerischer Auseinandersetzung verband Justi die peuplierungspolitischen Prämissen mit einer räumlichen Komponente, da durch den Krieg die nötige Nahrungsgrundlage zerstört wird, die erst eine wachsende Bevölkerung tragen könnte. So ist es vor allem nach Zeiten kriegerischer Zerstörung nötig, den Verwüstungen in der Landschaft mit einer im peuplierungspolitisch intendierten Sinne konzipierten Raumplanung entgegenzuwirken. Beispielhaft führte Justi den preußischen Monarchen Friedrich den Großen an, dessen „[...] vortrefliche Kriegszucht, welche dieser in allen Betracht ganz unvergleichliche Monarch auch in feindlichen Ländern beobachtet, davon selbst die Unterthanen der feindlichen Staaten ein einmüthiges Zeugniß ablegen, und welche denen Preußischen Kriegsvölkern nicht weniger zu Ehre gereicht, als ihre Kriegsthaten, wird denen Helden der künftigen Zeiten eben so sehr zum Muster dienen, als die Heldenthaten Friedrichs, bis zu denen entferntesten Jahrhunderten ein Gegenstand der Bewunderung und der Nachahmung vor sie seyn werden.“⁸⁰⁸ Hier lobte Justi die aus peuplierungspolitischer Hinsicht klug geregelte preußische Kriegszucht, die kriegsstrategischen Überlegungen waren durchaus mit bevölkerungstheoretischem Gedankengut durchtränkt. Ein stark nach dem

⁸⁰⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 302.

⁸⁰⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 304.

⁸⁰⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 545.

⁸⁰⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 310.

Kriegszug entvölkertes und verwüstetes Land war nach der Eroberung in Bezug auf dessen Nützlichkeit für die Wohlfahrtssteigerung des Staates eher abträglich, die Qualität des Erfolges territorialen Gewinnes gering. Die Nützlichkeit des Raumgewinnes durch den Krieg wird in seiner Effizienz durch die Zerstörung an Menschen und an der Landschaft erheblich reduziert. Ganz allgemein formulierte Justi den Satz, dass ein Land, „[...] wo ein ungeheures Kriegsheer hinkommt, (...) fast alles bloß unter seinen Füßen zur Wüste (wird), wenn auch die Zucht und Ordnung dabey“ nicht gut geführt wird.⁸⁰⁹ Aus diesen oben skizzierten Grundsätzen „[...] sind die Kriege, worinnen so viel Menschen aufgeopfert werden und die durch ihre unglücklichen Folgen so sehr zur Verwüstung und Entvölkerung (...) Anlaß geben“, auch aus peuplierungspolitischen Gründen zu verurteilen.⁸¹⁰

Auch die Konzeptualisierung steuerlicher Gesetzgebung oblag unzweifelhaft peuplierungstheoretischer Überlegung. Zunächst stellte Justi ganz allgemein fest, dass „[...] in der That (...) nichts so gewöhnlich in der Welt (ist), als daß wir diejenigen Staaten glückliche Länder nennen, wo wenig Abgaben eingeführet sind.“⁸¹¹ Dass Justi diese allgemeine Meinung kameralistischer Kollegen nicht teilte, begründete er damit, dass „[...] es sehr selten zutrifft, daß dergleichen Länder glücklich sind“, wobei er dafür „[...] sehr gute [peuplierungspolitische] Gründe“ in seiner Argumentation anführte.⁸¹² Vielmehr forderte er zunächst eine gründliche Analyse zur Situation breiter Bevölkerungsschichten und der allgemeinen staatlichen Lage. Dabei sollten bezüglich der Besteuerungsmöglichkeiten zunächst mal die objektiven Fragen im Vordergrund stehen, ob „[...] diese Erhöhung der Abgaben nöthig ist, ob sie zu des gesammten Staates und ihrem eigenen Besten gereicht, ob ihre Steuern so hoch sind als in andern Ländern, die es ohne Murren ertragen müssen, oder ob sie nicht gegen verschiedene Länder gerechnet, sehr leidlich stehen, ob die Abgaben mit dem Zustand des allgemeinen Vermögens des Staats übereinstimmen, oder nicht, das lassen sie [die Kritiker zu niedriger Steuern, Anm. d. Verf.] sich gar nicht einfallen zu untersuchen.“⁸¹³ Justi will damit den Trugschluss vieler peuplierungspolitischer Theorien widerlegen, dass jede Erhöhung steuerlicher Abgaben den peuplierungspolitischen Zielen entgegenwirkt. Er forderte hierbei mehr Einsichtigkeit, da Steuern im Allgemeinen keineswegs ein Feindbild peuplierungspolitischer Denkmuster darstellen, sondern bei einer gerechten Auslegung sogar notwendig zur Wohlfahrtssteigerung der Staates sind. Dabei sind vor allem am „[...] aller

⁸⁰⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 68.

⁸¹⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 78.

⁸¹¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 478.

⁸¹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 478.

⁸¹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 479.

ungegründeten aber (...) die Klagen der Unterthanen über die Erhöhung der Abgaben, wenn die Wenigkeit derselben eben eine der hauptsächlichsten Ursachen ist, daß weder die Wohlfahrt des Staats, noch die Glückseligkeit der Unterthanen, wahrhaftig befördert wird.“⁸¹⁴ Vielmehr schloss Justi bei geringen Steuern eines Landes daraus, dass wenn „[...] wenig Abgaben in einem Staate sind, (...) auch gemeiniglich die Gewerbe und der Nahrungsstand im Lande in einem gar schlechten Zustande (sind).“⁸¹⁵ Deswegen kann sich der fürstliche Regent des peuplierungspolitischen Instruments der Abgabenregelung „[...] als eines sehr wirksame[n] Mittels bedienen“, damit der „[...] Boden besser cultiviret, und fruchtbare und uncultivirte Oberfläche angebauet und urbar gemacht wird.“⁸¹⁶ Und dafür braucht der Monarch Energie, bzw. Menschen, die diese raumpolitische Maßnahme mithilfe binnenkolonialisatorischer Aktivitäten realisieren können. Dabei tut eine „[...] sechs, zwölf oder mehrjährige Freyheit, nach Maaßregelung der Unfruchtbarkeit des Bodens, (...) allerdings ihre Wirkung, daß sich Leute finden, welche uncultivirte Oberflächen anzubauen unternehmen“, sodass „[...] Regierungen, welche die Wichtigkeit solcher neuen Cultur vor den Staat einsehen, (...) es dabey nicht bewenden lassen (werden), sondern denen, die sich solcher Cultur unterziehen, mit noch verschiedenen andern Unterstützungen zu Hülfe kommen“, um ungenutzte Landflächen in den Produktivitätskreislauf des Staates zur Reichtumssteigerung einbinden zu können.⁸¹⁷ Deswegen ist es aus peuplierungspolitischer Perspektive sinnvoll, dass „[...] man denenjenigen Grundstücken, welche weniger genutzt werden, als ehemals, oder gar unbrauchbar liegen bleiben, eine Erleichterung, oder gar eine gänzliche Befreyung von denen Abgaben angedeihen lässt.“⁸¹⁸ Hierbei sieht man ganz deutlich, dass in Justis peuplierungstheoretischer Konzeptualisierung die Raumpolitik untrennbar mit der Peuplierungspolitik verzahnt war. Da eine erfolgreiche Umsetzung peuplierungspolitischer Ziele von Menschen mit hohem Produktivitätspotenzial abhängt, kann das Anreizpotenzial zur optimalen Nutzung anthropogener Qualitäten bei einer unklugen Besteuerung zu gering sein. Eine differenzierte peuplierungspolitische Gesetzgebung bietet Anreize zur Arbeit und verhindert damit den für die Wohlfahrtssteigerung schädlichen Müßiggang, weil die „[...] meisten Menschen (...) an und vor sich selbst wenig Lust (haben) zu arbeiten [und] es (...) uns allen angebohren (ist) die Bequemlichkeit zu lieben.“⁸¹⁹ Hier kann der Staat mithilfe einer

⁸¹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 480.

⁸¹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 480.

⁸¹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 617.

⁸¹⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 617.

⁸¹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 618.

⁸¹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 480.

gerechten Steuerpolitik die Verwirklichung peuplierungspolitischer Ziele wirksam unterstützen und steuern. Die aus bevölkerungspolitischer Sicht sinnvollen Steuern vermögen „ [...] die Menschen aus dieser Schläfrigkeit herauszureissen, und ihnen eine Lust beyzubringen, daß sie sich regen, und mit Fleiß auf nützliche Gewerbe legen“, sodass dadurch eine optimale Allokation vorhandenen Menschenkapitals erlangt werden kann.⁸²⁰

Bei der Differenzierung steuerlicher Abgabenleistungen klassifizierte Justi „ [...] zweyerley Art von Menschen“, die bei der Produktivität der Wirtschaft einen grundlegenden Beitrag leisten.⁸²¹ Zunächst werden „ [...] vermögende Mitteleute erfordert, die neue Manufakturen, Fabriken und Gewerbe unternehmen, und sodann sind allerley Arten von geringen Arbeiten dabey nöthig, die gemeiniglich aus der untersten Sorte des Pöbels genommen werden.“⁸²² Die ländlichen Mitteleute, „ [...] die einiges Vermögen haben, wohnen auf dem Lande, (...) verzehren ihre Victualien selbst, weil sie nicht viel zu verkaufen nöthig haben, um ihre Abgaben aufzubringen“, und diejenigen, die „ [...] in den Städten Landwirthschaft treiben, laßen sich schwerlich jemals einfallen, sich auf andere Gewerbe zu legen“, sodass auch die „ [...] wenigen Krämer und Handwerksleute (...) gleichfalls bey ihren einmal gewohnten Handthierungen (bleiben) und (...) selten daran (denken), sich auf neue Gewerbe zu legen.“⁸²³ Durch eine Erhöhung der Abgaben könnte der Druck zu vermehrten Arbeit und Umorientierung vergrößert werden, sodass mittels steuerlicher Gesetzgebung ein bestimmter Typus von Mensch erschaffen werden kann, der seine Energie in neue innovative Manufakturen einbringen könnten, die eine schnellere Wohlfahrtssteigerung aller Bürger garantieren. Somit tragen zu niedrige Steuern eine gewisse innovationshemmende Wirkung in sich. Fehlt der neue Typus des Manufakturarbeiters, „ [...] können keine neuen Manufacturen und Fabriken statt finden“, denn der „ [...] blühende Zustand des Gewerbes (kommt) allemal auf die Arbeit des Pöbels an.“⁸²⁴ Denn in einem Land, „ [...] wo wenig Abgaben sind, ist der Pöbel keineswegs geneigt, sich dergleichen Nahrungsarten zu unterziehen, [weil] die Noth (...) ihn nicht dazu treibt“, sodass es zur Realisierung innovativer Gewerbe „ [...] also an Arbeitern (fehlet), dem ersten und nothwendigsten Stücke solcher neuen Gewerbe.“⁸²⁵ Mittels einer peuplierungspolitisch intendierten Steuerpolitik lassen sich gewisse Menschen

⁸²⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 481. Oftmals fehlen „ [...] diese Triebfedern in einem Lande, worinnen wenig Abgaben eingeführet sind.“ Zitat aus S. 481.

⁸²¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 482.

⁸²² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 482. Justi deutet in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es von beiden Arten von Menschen „ [...] in einem Lande (fehlet), wo wenig Abgaben eingeführet sind.“ Zitat aus S. 482.

⁸²³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 482.

⁸²⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 483.

⁸²⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 483.

umerziehen, die dann die von ihnen abgelehnten niedrigen Arbeiten in den innovativen Manufakturen und Fabriken verrichten würden. Steuerpolitik bietet somit der Peuplierungspolitik ein Instrument bei der Gestaltung von Menschen, die dann ihre anthropogene Energie dem staatlich gewünschten Objekt zuführen.

Diese von der peuplierungspolitischen Gesetzgebung angestrebte Funktionalisierung der Menschen spiegelt sich durchaus auch im Raum wider. Die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik konzentriert sich ausschließlich auf das Wachstum der Bevölkerung innerhalb einer Stadt. Es ist „[...] mithin gewiß, daß der Ackerbau dem Endzwecke der Städte zuwider sey, [und] die Application der Handwerksleute auf ihre Gewerbe, und folglich die Circulation des Geldes verhindere“, sodass der Ackerbau höchstens „[...] nur bei kleinen Städte zu dulden (ist) [und] bey mittelmäßigen und großen Städten aber (...) die dazu gehörigen Aecker den bereits vorhandenen oder neu anzulegenden Dörfern überlassen werden“ sollten.⁸²⁶ Je bevölkerungsreicher und „[...] blühender die Städte eines Landes sind, desto besser befindet sich allemal das umherliegende Land und desto geseegneter wird allemal der Nahrungsstand seyn.“⁸²⁷ Zudem müssten „[...] alle Personen des Gesindes und die in der Wirthschaft gebraucht werden, (...) ihre angewiesene Verrichtung und ihre bestimmte Zeit dazu haben.“⁸²⁸ Die aus peuplierungstheoretischer Perspektive unterstützte Konzentration bestimmter Menschen mit speziellen Qualifikationen führt gezwungenermaßen zu einer bestimmten Raumaufteilung, die sich im Zuge peuplierungspolitischer Gesetzgebung in ihrer Form konkretisiert. Bei dieser raumplanerischen Fokussierung müssen aus peuplierungspolitischen Gründen die herrschaftlichen Träger aufpassen, dass die expandierenden „[...] Städte allemal in einem gerechten Verhältnisse mit dem platten Lande stehen.“⁸²⁹ Sollte bei der Expansion eine Stadt zu groß werden, so sollte man aus raumplanerischen Gründen überlegen, „[...] ob es besser sey neue Vorstädte anzulegen, oder die Vergrößerung an den Körper der Stadt selbst vorzunehmen.“⁸³⁰ Eine Folge „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik ist die Konzentration handwerklich tätiger Menschen in einer bestimmten Raumeinheit, deren Aufteilung zwischen gewerbe- und landwirtschaftstätigen Personen in einer Funktionalisierung im Raum widergespiegelt wird. Bei dieser durch peuplierungspolitische Maßnahmen bedingten Funktionalisierung räumlicher

⁸²⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 564.

⁸²⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 30f.. Siehe dazu das Kpitel „Von dem Anbau und Wachstum der Städte“ auf S. 30-45.

⁸²⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 569.

⁸²⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 31.

⁸³⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 36.

Strukturelemente „ [...] muß man bey dem Anbau neuer Städte nicht allein in der Wahl des Platzes auf die Nähe der Baumaterialien Betracht machen, sondern auch zu bequemer und wohlfeiler Herbeyschaffung derselben die nöthigen Anstalten treffen.“⁸³¹ In diesem Kontext erfordert der „ [...] gute Zusammenhang des Nahrungsstandes (...), daß sich die Städte mit nichts als mit Bearbeitung der Materialien beschäftigen, um vollkommene Waaren daraus zu machen, und daß mithin das platte Land denen Städten die rohe Früchte und Materialien zuführet, und seine Bedürfnisse an gearbeiteten Waaren daselbst abholet.“⁸³² Dadurch entstehen staatlich gelenkte Agglomerationen von qualifizierten Arbeitern in expandierenden Städten, die die Wirtschaft des Landes verbessern, und landwirtschaftlich geprägte Räume mit „einfachen“ Landarbeitern, die die Nahrungsgrundlage aller im Territorium lebenden Menschen sichern sollen.

Die Raumwirksamkeit peuplierungstheoretischer Überlegungen offenbart sich bei der Raumgestaltung expandierender Städte recht deutlich. Justi empfahl bei expandierenden Städten mit wachsender Einwohnerzahl eine Förderung des Gartenbaus, „ [...] besonders, wenn damit der Seidenbau verknüpft wird, [als] eine gar vortheilhafte Nahrung der Städte“, weil „ [...] wenn nämlich mit der ersten Art der Seidenbau verbunden wird, welches gar wohl angeht, indem sowohl die grünen Wände und Aleen, als andere Schatten gebende Bäume, Maulbeerbäume seyn,(...) gar bequem angewendet werden können.“⁸³³ Hingegen sollte „ [...] der Ackerbau und die Viehzucht, auf eine geschickte und vernünftige Art zu einerley Endzwecke, nämlich zu der bestmöglichen Nutzung des Gutes mit einander verbunden werden.“⁸³⁴

Im weiteren Sinne geht es aus peuplierungstheoretischer Sicht bei Justi darum, dass die vorhandene Energie der Menschen effektiver durch staatliche Lenkung in ein bestimmtes Objekt kanalisiert wird. Wenn man diese Problematik beheben könnte, „ [...] indem man fremde Arbeiter [ins Land] ließe, und die Einwohner nach und nach dazu gewöhnte“, so muss man ihnen auch „ [...] die Lebensmittel nicht allein zu allen Zeiten und in genugsamer Menge, sondern auch eines mäßigen Preiße“ darbieten.⁸³⁵ Dabei muss das „ [...] erste Augenmerk eines Staats (...) seyn, zureichendes Getraide im Lande zu haben“, um die Lebensmittelpreise

⁸³¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 38.

⁸³² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 620. Zur Vollendung funktionaler Bevölkerungs- und Raumaufteilung könnte die herrschaftliche Regierung „ [...] allerdings befehlen, daß kein Ackerbau in denen Städte getrieben werden solle.“ Zitat aus S. 621.

⁸³³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 565.

⁸³⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 566.

⁸³⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 483f..

für eine wachsende Population niedrig halten zu können.⁸³⁶ Vor allem der Preis „[...] der unentbehrlichen Dinge, besonders der Lebensmittel, muß nach der Beschaffenheit der Zeiten bestimmt werden (...), weil als das Volk schwierig und verdrießlich gemacht wird, wenn es sich bey den unentbehrlichen Lebensmitteln dem Rande des Eigennutzes überlaßen siehet.“⁸³⁷ Eine vom Staat gewährleistete gerechte Preispolitik elementarer Lebensmittel wirkt als ein „Pull-Faktor“ und drängt auch die Menschen nicht zur Auswanderung. Dabei sollte auch der Staat eine genaue Aufsicht über die Apotheken führen, „[...] damit nicht allein die Arzeneyen in ihrer Güte und Reinigkeit vorhanden sind, sondern daß sie auch mäßigen Preises gegeben werden.“⁸³⁸

Denn „[...] wenn das Land gleichsam in einer Unthätigkeit begraben liegt, wenn das Genie zu den Gewerben ermangelt, wenn die Städte wie das platte Land, den Ackerbau und die Viehzucht zu ihrem Hauptwerke machen und mithin ein jeder die Notwendigkeiten des Lebens, bis auf einige Waaren der Krämer und der gemeinsten Handwerke selbst erzeugt, wenn sich niemand Mühe giebt, etwas zu verdienen, so müssen diejenigen, die etwas kaufen wollen, sich wohl gefallen lassen, was man ihnen vor einen Preiß setzt, zumal, wenn sie etwas mehr in die Küche als Brod und Fleisch verlangen.“⁸³⁹ Die kameralistische Färbung peuplierungstheoretischer Gedanken wird hierbei recht anschaulich in seiner Wechselwirkung dargestellt, es werden neue Typen von Menschen gebraucht, um neue Wirtschaftsformen und damit eine neue Wirtschaftsverfassung zu realisieren. Der steuerlichen Gesetzgebung im Kontext einer differenzierten Peuplierungspolitik kam bei Justi eine gesonderte Bedeutung zu. In seinen peuplierungstheoretischen Ausführungen ermahnte er zahlreiche Staaten, dass sie ihr erworbenes Geld eher dahingehend anwenden, „[...] die Erde des Herrn zu verwüsten, uns untereinander aufzureiben, und die Commerciën einander zu vernichten, als daß wir den zehnten Theil von solchen Summen an wichtige Werke zu Unterstützung und Beförderung der Commerciën verwenden sollten, welche einen allgemeinen und sehr verbreiteten Nutzen haben, den Nahrungsstande und dem Flore des Landes aufzuhelfen, und ebenso sehr zu Vermehrung der Cameraleinkünfte, also zu Ehre des Landes gereichen könnten.“⁸⁴⁰ Zu dieser oben beschriebenen, oft in anderen Ländern zu beobachtenden „[...] Beschaffenheit trägt die Leichtigkeit der Abgaben ein großes bey“, sodass die Menschen keine Notwendigkeit sehen,

⁸³⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 621.

⁸³⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 523.

⁸³⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 74.

⁸³⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 484f..

⁸⁴⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 30.

„[...] sich besser auf die Gewerbe zu appliciren.“⁸⁴¹ Wenn der steuerliche Druck zu gering wirkt, lassen sich die meisten Menschen „[...] aber nicht einfallen, eine neue Art von Gewerben anzufangen, und der Nahrungsstand, wird dadurch keinesweges verbessert.“⁸⁴² Dadurch denkt „[...] an Manufacturen und Fabriken, an Bergwerke und überhaupt an die Aufnahme der Commerciens und Gewerbe (...) niemand“, sodass alles „[...] in einer Unthätigkeit und Schläfrigkeit, die von der Liebe zur Gemächlichkeit ereget werden, (liegt), die sich auf den Grundsatz stützet, daß man es bey dem alten Schlendrian, und der Weise unserer lieben Alten, die auch keine Narren gewesen wären, lassen müsse, und die von der Leichtigkeit der Abgaben vollends eingewieget werden.“⁸⁴³ Der in den Manufakturen und „[...] in den Gewerben befindliche Reichthum ist allein der wahre Reichthum des Landes“, der auf eine Menge neuer Arbeiter basiert.⁸⁴⁴ Dieser wahre Reichthum des Landes „[...] entspringt hauptsächlich aus dreyerlei Quellen, als 1) aus dem Anwachs der Einwohner, 2) aus den Commerciens ausserhalb des Landes, und 3) aus den Bergwerken.“⁸⁴⁵ Die Steuerpolitik kann hierzu zu Behebung ineffizienter Ressourcennutzung einen entscheidenden Beitrag leisten. „Die Verbindlichkeit der Unterthanen, dieselben [Steuern, Abgaben, Schatzungen und Contributionen, Anm. d. Verf.] zu leisten, ist ausser Streit“, jedoch dürfen sie „[...] allein nach dem Endzwecke der Republiken (...) nicht übermäßig seyn, und die Unterthanen der Lebensnothdurft berauben.“⁸⁴⁶

Diese oben geschilderten Gefahren steuerlicher Gesetzgebung und die damit verbundenen wirtschaftlichen und peuplierungspolitischen Folgen skizzieren „[...] das Bild von ganz Teutschland vor hundert Jahren.“⁸⁴⁷ Nach Justis Auffassung ist dies „[...] auch noch der heutige Zustand von den meisten katholischen Staaten, besonders in den Erz- und Bischofsthümern, wo die Abgaben sehr geringe sind, und in einigen protestantischen Ländern, wo der Unterthan, nach dem gemeinen Ausdrücke, gut steht (...), nicht viel Abgaben hat.“⁸⁴⁸ Erst eine auf der Basis peuplierungstheoretischer Überlegungen konzipierte Steuerpolitik ermöglicht eine gezieltere und effizientere Ausnutzung anthropogener Qualitäten und Energie. Diese fehlende konditionierende Peuplierungspolitik, die auf eine Umerziehung der Untertanen zielt, führt dazu, dass man „[...] sich auf keine Manufacturen, Fabriken und

⁸⁴¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 485.

⁸⁴² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 485.

⁸⁴³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 488.

⁸⁴⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 524.

⁸⁴⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 524.

⁸⁴⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 551f..

⁸⁴⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 489.

⁸⁴⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 489.

Gewerbe befließiget, wodurch viele eingehende Waaren erspart, oder mit Landesproducten vergütet könnten.“⁸⁴⁹

Ebenso sind die raumrelevanten Wirkungen einer schlechten Steuerpolitik Folgen der Ignorierung peuplierungstheoretischer Prämissen. Die betriebene „[...] Landwirthschaft wird so nachlässig hingetrieben, und das Land ist weder recht angebauet, noch bevölkert“, sodass man „[...] öfters ganze Strecken von verschiedenen Meilen, die aus halben Wüsteneyen und angebaueten Heyden bestehen“, entdecken kann.⁸⁵⁰ Diese brachliegenden landschaftsgebundenen Ressourcen müssen mittels peuplierungspolitischer Gesetzgebung zur Reichtumssteigerung des Staates genutzt werden. So lange die innovativen „[...] Gewerbe darniederliegen, so ist eine grössere Bevölkerung eine vergebliche Erwartung“, denn was „[...] sollen neue Einwohner in einem Lande machen, wo sie ihre Producte nicht an den Mann bringen können.“⁸⁵¹

Die durch eine schlechte Steuerpolitik initiierte Regression des Bevölkerungswachstums hat in Bezug auf „[...] das andere Hauptgut der Glückseligkeit, nämlich der Sicherheit“, eine nicht zu unterschätzende Wirkung.⁸⁵² Die Verminderung der Abgaben mildert den militärischen Schutz der Ressource „Mensch“, der im Zeitalter des Absolutismus auch aus repräsentativen Gründen ein konstitutiver Bestandteil frühneuzeitlicher Territorialherrschaften war, denn ein „[...] Staat, der sein Vermögen und Kräfte gar nicht recht nutzt, wie ich nur itzt gezeiget habe, wird auch seinen Feinden schlechten Widerstand leisten können, und wenn von den Unterthanen wenig Abgaben erhoben werden, so werden auch die Anstalten zu seiner Vertheidigung nicht groß seyn können.“⁸⁵³ Diese Sicherheitsmängel zum Schutz wachsender Populationen müssen nach Justis gesamtstaatlicher Analyse „[...] mit wenig Abgaben in einem Lande verküpfet seyn.“⁸⁵⁴ Mithilfe gerechter Steuern kann unter anderem die Sicherheitsfunktion des Staates besser erfüllt werden, da man durch die Mehreinnahmen „[...] im Stande seyn (wird), viele vortrefliche Anstalten und Einrichtungen zu Beförderung der Commerciens und Gewerbe, zur Aufnahme des gesamten Nahrungsstandes, und überhaupt zur Cultur und Verbesserung des Landes zu machen, die fast alle unterbleiben müssen, wenn der

⁸⁴⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 489f..

⁸⁵⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 490.

⁸⁵¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 490f.. Weiterhin führt Justi aus, dass die hinzugezogenen Emigranten aufgrund des schlechten Absatzes ihrer Produkte „[...] sich nach und nach wieder verlieren. So viel Schwaben und Rheinländer schon seit fünfzig Jahren in ein gewisses Land gezogen sind, so wenig merklich ist noch die bessere Cultur derselben. So viel Familien zusammen den Fluß hinunter schwimmen, so viel verliehren sich vielleicht wieder einzeln daraus. Warum aber? blos weil die Gewerbe darinnen ermangeln.“ Zitat aus S. 491.

⁸⁵² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 491.

⁸⁵³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 491.

⁸⁵⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 492.

Staat zu wenig Einkünfte hat.“⁸⁵⁵ Die steuerlichen Einnahmen des Staates müssen in aus peuplierungspolitischer Sicht relevante Kanäle zur Unterstützung wachsender Bevölkerungen reinvestiert werden. Zwar wirken zunächst geringere Abgaben sicherlich als Anreiz für migrationswillige Personen zur Einwanderung in das jeweilige Land mit steuerlichen Entlastungen, allerdings stellt ein Land, dass mit höheren steuerlichen Abgaben eine größere physische Sicherheit in einem Land durch die militärischen Anstalten gewährleisten kann, auch ein „Pull-Faktor“ für emigrationswillige Menschen dar. Die in der kameralistischen Literatur viel diskutierten Folgen der Akzise werden in ihrer Wirkung bei der Entschlussfindung zur Einwanderung nicht zu hoch angesetzt, weil der „[...] Hauptbewegungsgrund gar nicht auf die Accise, sondern auf dem Flohr der Gewerbe ankommt.“⁸⁵⁶ Exemplarisch führte Justi die calvinistischen Niederlande an, weil eine niedrige „[...] Accise (...) gewiß keinen einzigen Fremden nach Holland gezogen (hat), sondern der große Flohr der Manufacturen daselbst, die einige hundert Jahr älter darinnen waren, als die Einführung der Accise“, sodass vielmehr „[...] die große Gewissensfreiheit, sowohl als die große bürgerliche Freiheit, da darinnen statt fand“, eine entscheidende Rolle beim Bevölkerungswachstum und der damit einhergehenden Wohlfahrtssteigerung gespielt hat.⁸⁵⁷ Ebenso wenig kann man aus peuplierungstheoretischer Perspektive sagen, dass „[...] die Accise unter dem großen Churfürsten, Friedrich Wilhelm, zur Wiederbevölkerung der Mark Brandenburg viel beygetragen haben“, weil die erfolgreiche Peuplierung „[...] eine Menge andern weisen Maaßregeln, aber in geringsten nicht der Accise zuzuschreiben“ war.⁸⁵⁸ Sowohl der Sicherheitsaspekt, als auch die „[...] zeitige Befreyung von Abgaben [sind] gleichfalls zu Herbeyziehung der Fremden ein unentbehrliches Mittel“ peuplierungspolitischer Gesetzgebung, die in einer gewissen Relation zueinanderstehen müssen.⁸⁵⁹ Ein durch schlechte staatliche Regierungsarbeit verarmter „[...] Unterthan, der wegen der Größe der Abgaben auf die allerelendeste und von dem Unterhalt des Viehes wenig unterschiedene Art leben muß, siehet seine halb verhungerten Kinder entweder ohne Brod, oder seine armen Haabseligkeiten in den Händen des Exequires, bis er sich entschließt, seine elende Hütte stehen zu lassen, und sich in ein andres Land zu wenden, wo die Abgaben

⁸⁵⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 493.

⁸⁵⁶ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 151.

⁸⁵⁷ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 151.

⁸⁵⁸ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 152.

⁸⁵⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 61.

wenigstens noch nicht auf das äußerste getrieben sind.“⁸⁶⁰ Zu hohe Steuern und herrschaftliche Abgabeforderungen können über das peuplierungspolitische Ziel hinausschießen, sodass „[...] ein so unaufhörliches Abzapfen des Blutes (...) aus dem Staatskörper endlich nothwendig einen schwindsüchtigen und ganz ausgezehrten Körper machen“ kann.⁸⁶¹ Vielmehr waren nach Justi zu hoch angesetzte Kontributionsforderungen „[...] tyrannische Erpressungen und ein gewaltsamer Raub des Vermögens der Unterthanen“, die wiederum antipeuplieristische Wirkungen auf die Bevölkerung hatten.⁸⁶² Wenn ein Land durch eine kluge Besteuerungspolitik gut „[...] cultiviret und in bessern Nahrungsstand gesetzt wird, und welches Land wollte dieses nicht hoffen, [s]o steigen auch die Einkünfte von den unbeweglichen Gütern“, sodass nun „[...] auch die Steuer erhöht werden“ kann.⁸⁶³ Zudem stellt diese steuerliche Konzeption, die faktisch die Mehreinnahmen als Investition in die eigene Sicherheit funktionalisiert, ein eher idealistisches und utopisches Bild steuerlicher Politik dar, das in der Realität territorialherrschaftlicher Finanznöte in der frühneuzeitlichen Epoche kaum umsetzbar war. Sowohl sein wirtschaftspolitisches Verständnis absolutistischer Herrschaftssysteme als auch „[...] ein wichtiger Grundsatz in den Cameralwissenschaften“ führten Justi bei seiner peuplierungstheoretischen Konzeptualisierung steuerlicher Politikausrichtung zu der Erkenntnis, dass „[...] eine weise Regierung (...) niemals zu viel Einkünfte haben (kann), (...) [die] aber von der Gerechtigkeit und der Liebe der Unterthanen geleitet werden muß“, denn „[...] jemehr ein weiser Regent Einkünfte hat, desto mehr Mittel hat er in Händen, die Glückseligkeit des Staates zu befördern.“⁸⁶⁴ Das richtige Maß steuerlicher Belastung wurde bei Justi dahingehend in idealisierter Form definiert, dass ein Regent nur soviel Steuern und Abgaben erheben soll, „[...] als das allgemeine Vermögen des Staats, ohne Beschwerde der Unterthanen, ertragen kann.“⁸⁶⁵ Die aus peuplierungstheoretischer und wirtschaftspolitischer Sicht geforderte „[...] Auflegung der Abgaben in gerechter Proportion, treibt auch die Unterthanen zu mehrern Fleiß an, und verhindert, daß man das erworbene Geld nicht müßig im Kasten liegen lässt, denn da die Abgaben nicht so gar leicht sind, so sucht man alle mögliche Nutzungen von seinem Vermögen zu genießen“, sodass dabei folglich „[...] die Gewerbe und die Circulation des

⁸⁶⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 72. Durch seine Forschungsreisen lernte Justi einige Länder kennen, „[...] wo schon seit zehen bis zwölf Jahren, mithin lange vor dem Kriege, in vielen Dörfern zehn bis fünfzehn Häuser ledig gestanden haben.“ Zitat aus S. 72.

⁸⁶¹ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 17.

⁸⁶² Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 23.

⁸⁶³ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 73.

⁸⁶⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 493.

⁸⁶⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 493.

Geldes immer mehr erweitert (werden), und die Unthätigkeit und Schläfrigkeit des Volks (...) sich nach und nach (verliehret).“⁸⁶⁶ Eine vollkommene Gleichheit bei den Kontributionsarten würde ungerecht sein, weil es hierbei „[...] keine Aufmunterung des Fleißes giebt, weil diejenigen, die fleißig sind und ihre Grundstücke besser cultivieren, dadurch viel höher in Contribution gesetzt werden, als die faulen und nachlässigen.“⁸⁶⁷ Es ist demnach „[...] in der That ganz und gar unmöglich, einen allgemeinen und einzigen Contributionsweg ausfindig zu machen, durch welchen alle Unterthanen nach einem richtigen Verhältniß ihres Vermögens mit Abgaben belegt würden“ – Vorstellungen, die sehr modern erscheinen und auch die heutigen Grundsatzdiskussionen staatlicher Besteuerung prägen.⁸⁶⁸ Eine progressive Besteuerung stellte die Lösung dar, damit die fleißigen, die mithilfe ihrer anthropogenen Energie mehr aus der Landschaft gewinnen, auch proportional mehr behalten können sowie der Anreiz zur mehr Fleiß weiter bestehen bleibt.⁸⁶⁹ Zudem muss der Staat eine qualitative Differenzierung der Räume und des Bodens als Grundlage staatlicher Besteuerung erarbeiten, da „[...] die Fruchtbarkeit der Gegenden selbst gar sehr von einander unterschieden ist, so, daß öfters derjenige Acker, der in dieser Gegend unter die besten Acker gehöret, kaum so gut ist, daß er in einer anderen Gegend einem mittelmäßigen Acker gleich geschätzt werden“ kann, sodass man „[...] die Gegenden und Fluhren selbst als gute, mittelmäßige und schlechte eintheilen, und nach vorhergegangener Untersuchung jede zu ihrer Classe bestimmen“ muss.⁸⁷⁰ Die staatliche Besteuerung besitzt ein hohes Wirkungspotenzial auf die Verwirklichung peuplierungspolitischer Ziele, weil „[...] gar vielerley Einrichtungen bey denen Abgaben statt finden (können), welche denen Commerzien, denen Manufacturen, dem gesamten Nahrungsstande und der Bevölkerung zum Nachtheil gereichen, und deren Aufnahme und Vergrößerung verhindern.“⁸⁷¹ Ziel einer peuplierungspolitisch motivierten Steuerpolitik muss die Erschaffung eines „[...] Steuercatastrum eines jeden Ortes (...), ein richtiges Verzeichniß aller und jeder Grundstücke einer Fluhre und Ortes nach ihrer Lage, Größe und Beschaffenheit [sein], sowohl nach der Classe, zu welcher ein jedes in dem Contributionsfuße gehöret, als mit Bemerkung des darauf gelegten Steueranschlages, und des

⁸⁶⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 494f..

⁸⁶⁷ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 20.

⁸⁶⁸ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 48

⁸⁶⁹ In diesem Zusammenhang staatlicher Besteuerung kritisierte Justi den Kameralisten und Peuplierungstheoretiker „[...] Herrn Baron von Bielefeld (...), [der] sagt, es sey der gesunden Staatskunst gemäß, so viel zu erheben“, wie der Staat nun mal braucht. Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 22.

⁸⁷⁰ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 56. Wie dies im Einzelnen geschehen soll, siehe S. 52-73.

⁸⁷¹ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 38.

Namens seines zeitigen Besitzers.“⁸⁷² Der peuplierungspolitische Schaden ungerechter und falscher staatlicher Besteuerung kann enorm werden, da durch diese daraus resultierende Verarmung breiter Bevölkerungsmassen „[...] gemeine Leute Gott herzlich gedanket haben und voller Freude gewesen sind, wen ihnen ein Kind gestorben“ war.⁸⁷³ Justi hatte im Zuge seiner wissenschaftlichen Forschung sogar von Fällen gehört, wo die ärmsten Menschen ihren verheirateten Kindern nicht erlaubt haben, als „[...] junge Eheleute in einem Bette (...) beyeinander schlafen [zu] dürfen, um zu vermeiden, daß nicht viel Kinder erfolgen sollen, oder daß sie ihren verheiratheten Kindern andere Künste an die Hand gegeben haben, um die Zeugung zu verhintern.“⁸⁷⁴ Die von Justi formulierte Zusammenfassung steuerlicher Wirkung bei den Abgaben für das Bevölkerungswachstum und die Wirtschaft offenbart die peuplierungstheoretische Färbung sehr gut, weil dadurch die Ressource „Mensch“ im Kontext staatlicher Wohlfahrtssteigerung und individueller Glückseligkeitsverwirklichung mehr an ihr Optimum herangeführt werden könnte.

Das in Justis systematischem Grundriss ökonomischer und kameralistischer Wissenschaften dargestellte Verständnis gesamtstaatlicher Wirkungszusammenhänge von Gesellschaft, Wirtschaft und Verfassung zeugte von peuplierungstheoretischen Gedanken, die den Endzweck aller staatlichen Gemeinschaften in der Erlangung „[...] gemeinschaftliche[r] Glückseligkeit“ sehen.⁸⁷⁵ Daraus leitet sich der allgemeine und auch im Speziellen der peuplierungspolitische Grundsatz aller frühneuzeitlicher Territorialherrschaften ab, dass „[...] alle Regierungsgeschäfte eines Staates solchergestalt eingerichtet werden müssen, daß dadurch die Glückseligkeit derselben gefördert werde.“⁸⁷⁶ Der Peuplierungspolitik kam hierbei eine wichtige Bedeutung bei der Realisierung dieses Zieles zu. Dabei muss der regierende Monarch alle peuplierungspolitischen Mittel ergreifen, „[...] wodurch seine Unterthanen glücklich gemacht werden.“⁸⁷⁷ Bei allen peuplierungspolitischen Konzepten darf man dabei den Hauptgrundsatz kameralistischer Lehre, dass „[...] der Wohlstand des Regenten, und die Glückseligkeit der Unterthanen (...) niemals von einander getrennet werden“ dürfen, nie ausser Acht gelassen werden, weil „[...] eines ohne das andere (...)

⁸⁷² Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 64.

⁸⁷³ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 138.

⁸⁷⁴ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 138f..

⁸⁷⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 505. Zum Gesamtkapitel „Kurzer systematischer Grundriß aller Oeconomischen und Cameralwissenschaften“ siehe S. 504-573.

⁸⁷⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 506. Im Zuge dessen wird auch seine hobbsche Prägung verfassungsrechtlicher Regierungssysteme deutlich, da er zur Realisierung der Glückseligkeit aller Einwohner die monarchische Regierungsform allen anderen Regierungsarten vorzog.

⁸⁷⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 509.

niemals auf eine dauerhafte Art vorhanden seyn (kann).“⁸⁷⁸ Nach Justis Systematisierung ökonomischer Wissenschaften kann „[...] die Glückseligkeit der Unterthanen (...) vornehmlich durch zweyerley Beschaffenheit erreicht“ werden, die zum Ersten darauf zielt, dass „[...] jedermann in dem Staate eine genugsame Sicherheit genieße, und von seinem Vermögen oder Erwerb ruhig, und von allen Gewaltthätigkeiten befreiet leben könne“, und zweitens, dass „[...] sich das Land in solchen Umständen befinde, daß ein jeder nach der Maaße seines Standes und seiner Beschaffenheit bequem leben könne, und vermögend sey, den zu der glücklichen Regierung des Staats erforderlichen Aufwand [sind] (...) die zu leistenden Steuern und Abgaben zusammen zu bringen, ohne deshalb an seinem nothdürftigen Unterhalte Mangel leiden zu dürfen.“⁸⁷⁹

Zudem deutete hier Justi abermals auf die Sicherheit der Bevölkerung als eine Aufgabe peuplierungspolitischer Gesetzgebung hin. Die äußerliche Sicherheit der Ressource „Mensch“, „[...] welche hauptsächlich in dem Frieden mit auswärtigen Mächten, und in dem Schutze gegen allen feindlichen Überfall von außen besteht“, erfordert ein „[...] weises Betragen gegen die übrigen freyen Staaten [und] ein beträchtliches, auf die Kräfte des Staats eingerichtetes Kriegsheer.“⁸⁸⁰ Man erkannte, dass eine pazifistische und diplomatisch ausgerichtete Außenpolitik auch aus peuplierungspolitischer Sicht wichtig für das Bevölkerungswachstum war. Der militärische Aspekt peuplierungspolitischer Gedanken stellte für die Sicherheit von Leib und Land einen wichtigen Grund für eine Volksvermehrung dar, da für den militärischen Schutz zahlreiche Soldaten, also bestimmte Typen von Menschen, gebraucht wurden. Dabei wird ein „[...] übel regierter und mithin schwacher Staat (...) weder im Angriffe, noch in der Vertheidigung durch seine Vestungen mächtiger.“⁸⁸¹ Eine wichtige Aufgabe peuplierungspolitischer Ziele war somit die Vermehrung wehrfähiger Männer, die vor allem in Kriegszeiten die Ressource „Mensch“ im eigenen Land flächendeckend schützen konnten. Ein ausreichend großes und mit kräftigen Männern eingerichtetes „[...] Kriegsheer, dessen Stärke nach den möglichen Kräften des Staats, und der Kriegsverfassung der benachbarten Mächte, besonders derjenigen, die widrige Absichten gegen uns haben, einzurichten ist, (...) bringet (...) einen Staat gar großen Nutzen, nämlich eine beständige Ruhe, ein Ansehen unter europäischen Staaten, woraus in den Commerzien

⁸⁷⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 509. „Aus dem vereinigten Wohlstande des Regenten und der Unterthanen“, so Justi weiter, entsteht eine Glückseligkeit, die primär auf der Basis peuplierungspolitischer Maßnahmen zu verwirklichen ist.

⁸⁷⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 512f..

⁸⁸⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 513f..

⁸⁸¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 74.

und sonst viele Vortheile entstehen, und vornehmlich die Unabhängigkeit von seinen Bundesgenossen.“⁸⁸² In diesem Kontext wies Justi besonders auf die schlimmen Folgen militärischer Konstituierung hin, „[...] wenn eine Armee, die eine ziemliche Menge junger unerfahrener Officiers hat, in das Feld rückt.“⁸⁸³ Ein herrschaftliches „[...] Kriegsheer kann aus einer fast unzählbaren Menge Menschen, aber aus sehr unordentlichen Haufen und schlecht beschaffenen Soldaten bestehen, die nach dem Ausdruck des Tacitus mehr dem Nahmen, als die Kräfte eines Kriegsheeres haben, und die weder im Angriffe, noch in der Vertheidigung den geringsten Nutzen leisten, wenn nicht der Feind noch schlechter beschaffen ist, als sie selbst.“⁸⁸⁴ Für eine effektive Armeeführung sind somit ältere, aber erfahrene Männer notwendig, da es „[...] aber unmöglich (ist), daß ein Officier eine gute Erfahrung erlangen kann, wenn er nicht bereits eine geraume Zeit gedient hat.“⁸⁸⁵ Auch im militärpolitischen Sinne werden bestimmte Typen von Menschen gebraucht, die mithilfe peuplierungspolitischer Eingriffe „erschaffen“ werden können. Vor allem sollte im militärischen Bereich das Leistungsprinzip für den Rangaufstieg gelten, da die oftmals getätigten „[...] Verkaufungen der Officiersstellen und der Compagnien (...) überhaupt wider alle Billigkeit und Klugheit“ sind, sodass häufig mancher „[...] geschickter Kopf, der an kluger Einsicht und Erfahrung eine Menge Generals übertrifft, (...) wegen seiner Armuth ein ewiger Unterofficier, oder wenn es hoch kömmt, ein (...) Lieutenant bleiben (muß), da sich hingegen andere durch Geld zu hohen Posten schwingen, die kaum den zehnten Theil seiner Klugheit besitzen.“⁸⁸⁶ Allein die heutige Art Krieg zu führen „[...] bedient sich nicht der ungeübten Einwohner, sondern sie erfordert geübte und besoldete Krieger“, die den neuen kriegswissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden.⁸⁸⁷ Um nun im militärischen Bereich die Qualitäten und Fähigkeiten qualifizierter Menschen effizienter zum Schutz der Bevölkerung zu nutzen, forderte Justi aus peuplierungstheoretischen Gründen eine Liberalisierung der Armeeverfassung. Mithilfe gezielter peuplierungspolitischer Maßnahmen können, so die bevölkerungstheoretische Vorstellung jener Zeit, bestimmte „Menschentypen“ für spezielle Zwecke gefördert werden, um ihren Beitrag im Wirkungskomplex der Erlangung gesamtgesellschaftlicher Glückseligkeit zu erbringen. Die Peuplierungspolitik wird als ein

⁸⁸² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 516.

⁸⁸³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 52.

⁸⁸⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 65.

⁸⁸⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 51.

⁸⁸⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 53.

⁸⁸⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 150.

Instrument bevölkerungsstruktureller Koordinierung verstanden, um ein richtiges Verhältnis verschiedener Bevölkerungsgruppen mit ihren jeweiligen Qualitäten zu erhalten.

Im Zusammenhang militärischer Aspekte peuplierungstheoretischer Konzepte stellte Justi die Frage, ob es sinnvoll wäre, „[...] auswärtige Werbungen zu gebrauchen, oder bloß allein die Landeskinder zu Kriegsdiensten anzuwenden.“⁸⁸⁸ Vorbildhaft erwähnte Justi zunächst die Niederländer, die „[...] sich aus eigener Bewegung (erbathen), zu ihrer Beschützung gegen die Französischen Eroberungen Volk anzuwerben und zu unterhalten.“⁸⁸⁹ Justi befürwortete eher patriotische Landeskinder als bezahlte Ausländer im Heer, da „[...] man durch solche auswärtige Werbungen, wenn man nicht große Geldsummen aufwendet, fast nichts, als liederliches Gesindel erhält, die keiner Ehre fähig sind, welche doch den gemeinen Soldaten, wenn sie ihre Schuldigkeit thun sollen, unumgänglich nothwendig ist, wie denn die Landeskinder allemal mit ungleich mehrerer Tapferkeit das Vaterland vertheidigen werden.“⁸⁹⁰ Der Schwerpunkt peuplierungspolitischer Tätigkeit sollte im Kontext der Soldatenvermehrung auf der eigenen Landesbevölkerung liegen, die aufgrund der emotionalen Bindung zu ihrem Zuhause und ihrer derzeitigen Heimat mit größerer Leidenschaft gegen angreifende Feinde kämpfen würde. Denn die „[...] wahre relative Vertheidigungsmacht eines Staats kommt allemal auf die grössere Menge Volk an, wenn sonst zwey Völker in allen übrigen Umständen gleich sind.“⁸⁹¹ Die sicherheitspolitischen Aspekte bedürfen zu ihrer Realisierung einer starken sich reproduzierenden Bevölkerung, die mittels peuplierungspolitischen Maßnahmen in ihrem Wachstum katalysiert werden muss. Justi stand somit im Gegensatz zu den vorhergegangenen Theoretikern peuplierungspolitischer Konzepte der Anwerbung ausländischer Soldaten in Bezug auf ihre Effizienz eher skeptisch gegenüber und sprach sich damit für eine intensivere Förderung einheimischer Bevölkerung zur Rekrutierung aus.

Bei der inneren Sicherheit des Staates ist es erforderlich, „[...] 1) eine genaue Aufmerksamkeit, auf alle Stände des Staats, 2) eine genaue Ausübung der Gerechtigkeit, 3) Aufsicht auf das Leben, Wandel, und Religion der Unterthanen, 4) die Sicherheit der Straßen [und] 5) Aufsicht auf die Gewerbe und Lebensmittel“ zu führen.⁸⁹² Der Staat muss zur Koordinierung bevölkerungsrelevanter Prozesse Kenntnis über die demographischen und bevölkerungsstrukturellen Grundlagen des jeweiligen Territoriums haben. Im Zuge dieser

⁸⁸⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 516.

⁸⁸⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 62.

⁸⁹⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 516.

⁸⁹¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 386.

⁸⁹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 518.

grundsätzlichen Ausführung wird zwar deutlich, dass Justi das jahrhundertalte ständische Gesellschafts- und Verfassungssystem zur Verwirklichung peuplierungstheoretischer Ziele nicht umgestalten will, aber eine gewisse gesellschaftliche Sprengkraft antigrundherrschaftlicher Art dennoch zum Vorschein kam, da er zu der Erkenntnis gelangte, dass „[...] nach diesen Grundsätzen (...) die Leibeigenschaft mit dem Wohlseyn des Staats [nur] schwerrlich bestehen“ kann.⁸⁹³ Trotz der gesellschaftssprengenden Wirkung und öffentlichen Brisanz wies Justi auf die aus peuplierungstheoretischer Sicht sinnvolle „[...] Auflösung der Frondienste“ als einen „[...] der allerwichtigsten Nutzen“ hin.⁸⁹⁴ Ein großer staatspolitischer Fehler dabei ist, dass „[...] man auf Stand und Geburth siehet, und die Bedingungen nicht mit Leuten, sondern die Leute mit Bedingungen versieht.“⁸⁹⁵ Das Leistungsprinzip und die qualifizierte Kenntnis sollten für die Übernahme von Tätigkeiten entscheidend sein, da durch das ständische Prinzip viele Potenziale zur Reichtumssteigerung des Staates ungenutzt vergehen. Die grundherrschaftlichen „[...] Frohndienste der Bauern sind die auszehrende Krankheit unsrer Landwirthschaft in Teutschland, und so lange dieselben dauern, so können wir uns auf einen Flohr der Landöconomie und auf eine wahre Cultur des Bodens gar keine Hoffnung machen“, weil diese „[...] unglücklichen Frohndienste (...) den Landleuten alle Zeit und Muth an ihre Grundstücken den gehörigen Fleiß zu verwenden (rauben).“⁸⁹⁶ Diese von Justi in unmissverständlicher Form geforderte Aufhebung grundherrschaftlicher Frondienste strebte eine Veränderung gesellschaftlicher Verfassungsrealität nicht aus einem Ungerechtigkeitsverständnis heraus an, sondern wurde von einem utilitaristischen Verständnis peuplierungstheoretischer Zusammenhänge getragen, das den Menschen als einen reichumssteigernden Faktor begriff.⁸⁹⁷ Zudem kann ein Staat „[...] der die Freyheit durch die Einrichtung der Abgaben beleidigt, (...) so wenig einen blühenden Nahrungsstand, als eine große Bevölkerung erlangen, weil sowohl die Fremden wenig Lust bezeugen werden, sich in demselben niederzulassen, als die Eingebornen alle Gelegenheit ergreifen werden, ihr Vaterland zu verlassen, und sich in einem anderen Lande zu

⁸⁹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 519.

⁸⁹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 396.

⁸⁹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 87.

⁸⁹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 396. Siehe dazu auch Blickel, W.: Bevölkerungsgeschichte ... , S. 18.

⁸⁹⁷ Die peuplierungspolitische Umsetzung dieses verfassungsumwälzenden Vorschlags sah vor, „[...] die Bauernwohnungen vollkommen fertig zu erbauen, und dieselben an den Meistbiethenden (...), mit Vorbehalt des davon zu entrichtenden Erbzinses und gewöhnlichen Abgaben (zu überlaßen)“, sodass dadurch eine „[...] Menge Käufer sowohl in als ausserhalb Landes nicht fehlen“ würden. Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 399.

etabliren, wo man vor die bürgerliche Freyheit mehr Betracht macht.“⁸⁹⁸ Liegt bei den Domänen ein überproportional schlechter Boden vor, müsste „[...] man hingegen allerdings ansehnlichen Aufwand zu Unterstützung der Colonisten machen.“⁸⁹⁹ Dabei könnte man zur Optimierung der Allokation landschaftlich gebundener Ressourcen den Neusiedlern „[...] so gar einem jeden mit ein paar Zugochsen und einer Kuh an die Hände gehen“, jedoch müsste man sie gleichzeitig dazu verpflichten, „[...] zwölf Jahre lang ausser seinem Erbzinß, der hier von dem Acker kaum sechs oder acht Groschen betragen könnte, zu den Baukosten jährlich, nachdem er das Guth drey Jahr besessen hätte, zwölf bis fünfzehn Rthlr. Wiedererstattung zu thun, welches er bey Erhaltung eines schon cultivirten Bodens und völlig gebauter Wohnung gar wohl zu leisten im Stande wäre.“⁹⁰⁰ Bei dieser Austeilung kluger Kolonisationsvorzüge „[...] würde es an einer großen Menge Colonisten, sowohl Einheimischer als Fremden, als worinnen kein Unterschied zu machen wäre, gar nicht fehlen.“⁹⁰¹ Um abschließend einen effektiven Schutz der Ressource „Mensch“ zu gewährleisten, wies er darauf hin, dass eine „[...] vollkommene Sicherheit sowohl die innerliche als [auch] die äußerliche“ mit einschließt.⁹⁰²

Um eine aus peuplierungstheoretischer Sicht angestrebte „[...] Vermehrung der Einwohner zu bewirken, (...) muß das Land mit einer gelinden Regierung versehen seyn, und eine vernünftige Freyheit darinnen herrschen, [d]enn die Menschen verabscheuen nichts so sehr, als eine stränge und sklavische Herrschaft, und die Einschränkung ihrer unschuldigen oder gleichgültigen Handlungen.“⁹⁰³ Um die Vermehrung der inländischen und schon vorhandenen Einwohner zu befördern, „[...] können zwey Claßen getheilet werden, als in Mittel, welche die Vermehrung befördern, und in Vorkehrung gegen die Auswanderung und Ausföhrung der Unterthanen.“⁹⁰⁴ Eine schlecht geföhrte Regierung „[...] schreckt nicht allein die Fremden ab, in das Land zu ziehen, und die Einwohner zu vermehren, sie veranlasset nicht allein viele Menschen aus dem Lande zu gehen, und einen glücklichern Wohnplatz zu suchen, sondern auch denenjenigen, die keine Gelegenheit haben, ausser Landes ihr Glück zu versuchen, benimmt sie gar sehr den Muth und die Luft, zu heyrathen, und ihr Geschlecht

⁸⁹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern ... , S. 38f..

⁸⁹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 399.

⁹⁰⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 400.

⁹⁰¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 400. Das dabei ausgetheilte „[...] Eigenthum, so man den Besitzern überlässt, schadet also dem Staate nichts“, sondern „[...] ist zu seiner Wohlfahrth nöthig, die allemal sein höchstes Gesetz ist, und allen andern Gesetzen und Regeln vorgehen muß.“ Zitat aus S. 402.

⁹⁰² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 145.

⁹⁰³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 525.

⁹⁰⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 63.

fortzupflanzen.“⁹⁰⁵ Damit ist „[...] die beste Art, die Unterthanen von der Auswanderung zurück zu halten, (...) wohl unstreitig eine gütige, gelinde und weise Regierung, die ihren Unterthanen nicht allein vernünftige Freiheiten gestattet, sondern auch einen blühenden Nahrungsstand zu befördern weiß.“⁹⁰⁶ Aus diesen peuplierungspolitischen Gründen darf „[...] eine weise Regierung niemals gestatten, daß fremde Staaten durch heimliche oder öffentliche Abgeschickte, oder durch treulose Einwohner, die Unterthanen zur Auswanderung anzureizen suchen.“⁹⁰⁷ Die „[...] Einführung des Despoterey in allen Staaten [würde] gar bald eine merkliche Entvölkerung nach sich gezogen“ haben, da die Einwanderung verhindert, die Auswanderung einheimischer Menschen gefördert und die Heiratsziffer herabgesetzt würde.⁹⁰⁸ Den wenn die untergebenen Untertanen „[...] unter dem Joche der Dienstbarkeit und Tyranney seufzen, und in der äußersten Dürftigkeit und Elende leben, so leidet auch die Fortpflanzung des menschlichen Geschlechts.“⁹⁰⁹ „Eine gütige und gelinde Regierung“ als Ausgangsbasis für die Entscheidung zur Einwanderung in ein Land ist zunächst mal der wichtigste Faktor, da nur eine gerechte Landesverfassung dazu führt, dass man „[...] darinnen eine vollkommende Freyheit in seinen unschuldigen und gleichgültigen Handlungen genießet, und daß man, frey von Unrecht, Bedrückung und Gewalt, über seine Güther ein wahres Eigenthum hat.“⁹¹⁰ Zur Wahrung der Gerechtigkeit und des inneren Friedens sind „[...] gewisse Oberste Justizinspectores, die in ihrem Kreiße herum reisen müßten“, notwendig, sodass peuplierungspolitische Maßnahmen folgerichtig bildungspolitische Zuständigkeitsbereiche abdecken müssen, um qualifizierte Leute für die Jurisprudenz zu haben.⁹¹¹ Dabei sollte man sich mit der Bestrafungsart der Landesverweisung sehr differenziert auseinandersetzen, da der Staat dadurch „[...] nützliche Einwohner (verliehret)“, bei denen „[...] noch Besserung zu hoffen ist.“⁹¹² Hier wird wieder nicht nur die differenzierte Betrachtungsweise peuplierungstheoretischer Überlegungen deutlich, sondern auch die starke Fokussierung größtmöglicher Verwirklichung bevölkerungsrelevanter Ziele, da wirklich jeder einzelne Untertan als ein wichtiger „Energiekonverter“ und wohlfahrtssteigernder Faktor verstanden wurde.

⁹⁰⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 388f..

⁹⁰⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 68.

⁹⁰⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 69.

⁹⁰⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 389.

⁹⁰⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 64.

⁹¹⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 57.

⁹¹¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 519.

⁹¹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 70.

„Eine Aufsicht auf das Leben, Wandel und Religion der Unterthanen“ ist aus peuplierungspolitischer Perspektive ebenso wichtig, weil „[...] eine weise Regierung vor die Erziehung der Jugend in guten Sitten, Tugend und Wissenschaft, sowohl in niedern als hohe Schulen, ungemeine Vorsorge tragen (muß), damit der Staat dereinst tugendhaftige und nützliche Bürger erhält.“⁹¹³ Vor allem durch die Errichtung staatlich finanzierter „[...] Handwerks- und mechanische Realschulen [sollten] tüchtige und geschickte Leute vor die Handwerke und Gewerbe“ erzogen und ausgebildet werden.⁹¹⁴ Um einen Mehrertrag landschaftsgebundener Potenziale zu erlangen, müssen „[...] die Unterthanen, außer der Cultur des Landes und der Beförderung des Nahrungsstands, auch selbst solche Eigenschaften, Fähigkeiten und Geschicklichkeit besitzen, daß sie das ihrige zu Bewirkung der gemeinschaftlichen Wohlfahrt beytragen können.“⁹¹⁵ Zur Justis Lebzeiten hörte man viele „[...] Klagen über die Erziehung der Jugend, und ohne von den Fehlern in Ansehung der Sittlichkeit zu reden.“⁹¹⁶ Die peuplierungspolitisch intendierte Erziehung „[...] der vornehmen Jugend, wenn sie noch so gut ist, bestehet in Sprachen, in Leibesübungen und in Begriff der Religion, Ehe und Tugend.“⁹¹⁷ Der qualitative Aspekt peuplierungspolitischer Policygesetzgebung bekam bei Justi eine wichtige Stellung zugesprochen. Nicht lediglich die Menge an Untertanen ist ausschlaggebend für eine erfolgreiche Wohlfahrtssteigerung, sondern die Qualitäten der jeweiligen im Territorium lebenden Menschen. Die Jugend, die Zukunft jedes wachsenden Staates, muss aus peuplierungstheoretischer Sicht besonders in staatlicher Obhut genommen werden, sodass der Staat mittels bildungspolitischen und erzieherischen Verordnungen interventionistisch in Lebensbereiche eingreifen muss, um zukünftige Generationen nach den jeweiligen peuplierungspolitischen Ziele zu formen. Unter dem Verderben der Kinder verstand Justi nicht nur allein „[...] ihren frühzeitigen Tod, sondern auch, wenn sie ohne alle Zucht in ihrer Wildheit aufwachsen“, denn wenn „[...] die Kinder, ohne etwas zu lernen, als Taugenichte groß werden, (...) tragen (sie) also zu der fernen Bevölkerung nichts bey.“⁹¹⁸ Oftmals wird der peuplierungspolitische Fehler zu starker Fokussierung auf fremde Kolonisten in kameralistischen Regierungssystemen beobachtet, weil sie „[...] öfters große Summen auf fremde Colonisten“ verwenden und dabei die „[...]

⁹¹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 520.

⁹¹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 536.

⁹¹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 189f..

⁹¹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 240.

⁹¹⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 240f..

⁹¹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 395. Siehe dazu auch das Kapitel „Von der Vorsorg der Regierung, um die Unterthanen in den bürgerlichem Zustand nützlich zu machen: Von der Vorsorge vor die Wissenschaften und Erziehung der Jugend“, in: Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 209-217.

jungen Pflanzreiser, welche in die künftige Bevölkerung den größten Einfluß haben könnten“, offenbar vernachlässigen.⁹¹⁹ Eine peuplierungspolitische Grundregel aller bevölkerungstheoretischer Konzepte muss sein, dass „[...] der Staat vor Erziehung armer Kinder, und vor die Kinderzucht überhaupt große Sorgfalt tragen muß“, da die Kinder einer jeder Gesellschaft die „[...] Pflanzreiser der künftigen Bevölkerung (sind), und alle, die davon aus Mangel an Wartung, der Nahrung und der Erziehung umkommen und verderben, werden der künftigen Bevölkerung entzogen.“⁹²⁰ Der Staat dürfte aus peuplierungspolitischer Überzeugung heraus „[...] nicht einmal warten, bis er um die Aufnahme armer Kinder in dergleichen [Waisen- und Findelhäuser, Anm. d. Verf.] ersucht würde, [sondern] er sollte die armen Kinder, die aus Dürftigkeit ihrer Eltern umkommen, oder betteln geschickt werden und in der Wildheit aufwachsen, selbst aufsuchen lassen.“⁹²¹ Auch hier wird eine „aktive“ Peuplierungspolitik zum Wohl des Staates gefordert. Vielmehr, „[...] wenn der Staat nur einige Aufmerksamkeit auf Beförderung der Bevölkerung haben wollte, so sollte er diejenigen, die 6 lebende Kinder hätten, und nicht bekanntlich von großem Vermögen wären, mit einem Gnadengehalte“ aus peuplierungspolitischer Verantwortlichkeit finanziell unterstützen.⁹²² Das Kinderkriegen muss mittels bevölkerungspolitischer Gesetzgebung von der persönlichen finanziellen Lage der potenziellen Eltern in ihrem Entschluss durch monetäre Unterstützungsgelder entökonomisiert werden. „Ein jedes Kind“, so Justi weiter, „[...] muß als ein schätzbares Pflanzreiß der künftigen Bevölkerung willkommen seyn“, sodass überhaupt „[...] Gesetze von Erhaltung und Erziehung der Kinder in Absicht auf die Bevölkerung von einem sehr großen Umfange“ sein müssen.⁹²³ Die durch peuplierungspolitischen Maßnahmen erzogenen Untertanen „[...] haben gleichfalls gewisse Pflichten auf sich, um die Mittel und Maaßregeln des Regenten, die er zu Bewirkung ihrer Glückseligkeit zu ergreifen, zu befördern und zu erleichtern“ hat, für die Wohlfahrts- und Machtsteigerung des Staates zu nutzen oder zu befolgen.⁹²⁴ Eine „[...] Vernachlässigung

⁹¹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 396. Exemplarisch fügte hier Justi ein Beispiel eines Gärtners an, der sich mangelhaft um seine eigenen Pflanzen kümmerte: „Das ist eben, als wenn ein Gärtner seine Pflanzen, die er zu Erzeugung seiner Gewächse nöthig hat, andern Gärtnern theuer abkaufen und seine eigenen hervorkeimenden junger Pflanzen eben dieser Art aus Mangel des Begießens und der Wartung verdorren und umkommen lassen wollte.“ Zitat aus S. 396.

⁹²⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 395.

⁹²¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 397.

⁹²² Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 400.

⁹²³ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 3, S. 406f.. „Die Medicinalanstalten, und insonderheit die von den Hebammen, die Schulanstalt, die Gesetze von dem Unterrichte in den mechanischen Künsten und viele andere gehören hierher“ und sind somit der peuplierungspolitischen Gesetzgebung zuzuordnen. Zitat aus S. 406f..

⁹²⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: *Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ...*, Bd. 1, S. 538.

dieser Pflichten gegen sich selbst zieht zugleich nach sich, daß er ein unnützes Mitglied des gemeinen Wesens wird“ und aus staatsutilitaristischer und peuplierungspolitischer Perspektive keinen wirkungsträchtigen Beitrag zur Wohlfahrtssteigerung des Staates leisten kann.⁹²⁵ Staatstreue und patriotische Untertanen sind ein wichtiges Ziel peuplierungspolitischer Policygesetzgebung. „Der Gehorsam, die Treue und die Aufbringung derer zu dem großen Aufwande des Staats nöthigen Kosten“ sind das idealtypische Bild peuplierungstheoretischer Konzepte eines vorbildhaften Untertanen, der sich zur Erlangung individueller Glückseligkeit mit ganzem Herzen in den Dienst des Staates stellt.⁹²⁶ Der erzogene „[...] Gehorsam gegen die Befehle, Gesetze und Anordnungen des Regenten ist die wesentliche Pflicht aller Unterthanen“, weil sie im Laufe geschichtlicher Entwicklung „[...] zur Beförderung ihrer Glückseligkeit eine höchste Gewalt über sich gesetzt haben“, sodass der von der Peuplierungspolitik bekämpfte „[...] Mangel des Gehorsams den hauptsächlichen Endzwecken einer Republik gerade zuwider“ läuft.⁹²⁷ Dadurch muss vor allem die negative anthropogene Eigenschaft der „[...] Untreue (...) mit großer Strenge bestraft werden.“⁹²⁸

Der Glaube an die Steuerbarkeit und Beeinflussbarkeit demographischer Gegebenheiten und anthropogener Konditionierung war bei Justis Konzeptualisierung bevölkerungstheoretischer Prämissen stark ausgeprägt, da er davon überzeugt war, dass „[...] ein weiser Monarch (...) das Genie und die Neigungen des Volks bilden (kann), wie er will, wenn er die gehörigen Mittel anwendet.“⁹²⁹ Diese Aussage des Kameralisten Justi zeugt vom Glauben starker peuplierungspolitischer Wirkungsmöglichkeit, um mittels bevölkerungsbezogener Gesetzgebung die Menschen nach den Bedürfnissen des Staates zur Reichtums- und Wohlfahrtssteigerung aller Bürger zu formen. Dabei ist es fundamental wichtig, die jeweilige „[...] natürliche Lage und Beschaffenheit der Länder, das Genie, die Neigungen und Sitten, oder wenn wir uns mit dem weisen und erhabenen Verfasser des Antimachiavells ausdrücken dürfen, die Temperamente der Völker“ bei peuplierungspolitischen Umsetzungen zu berücksichtigen, und „[...] erfordern bei einer jeder Nation einen andern Plan.“⁹³⁰ Justi wies somit darauf hin, dass eine Peuplierungspolitik immer wieder neu gestaltet und individuell an das jeweilige Land angepasst werden muss. Folglich kann man aus peuplierungstheoretischer

⁹²⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 553.

⁹²⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 539.

⁹²⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 540.

⁹²⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 548.

⁹²⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 541.

⁹³⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 75f..

Hinsicht nicht nur von einer Peuplierungspolitik reden, sondern muss von mehreren polydimensionalen Peuplierungspolitiken sprechen, die sich an den Gegebenheiten und Erfordernissen des jeweiligen Landes orientieren. Ein jeder „[...] Staat hat seine besondere Oberfläche auf unserm Weltkörper, deren bestmögliche Cultur und Nutzung in seiner Gewalt stehet“, sodass es „[...] ein jedes Volk (...) in den meisten Fällen bloß seiner Nachlässigkeit zuzuschreiben (hat), wenn ihm die Cultur dieser Oberfläche nicht die Nothdurft des Lebens zureichend liefert.“⁹³¹ In seinem Buch „Physikalische und politische Betrachtungen über die Erzeugung der Menschen und die Bevölkerung der Länder“, das er aufgrund der darin enthaltenen bibelkritischen Tendenzen unter dem Namen Anaximander von Occident publiziert hatte, schrieb er, dass es schon einige peuplierungstheoretische Gelehrte gegeben hat, „[...] welche im Zuge ihre[r] Feder eine erstaunliche Menge Menschen gemacht haben“ und durch ihre analytischen Betrachtungen überzeugend gezeigt haben, „[...] wie schleunig sich Menschen vermehren können.“⁹³² Für Justi stellte die peuplierungspolitische Policygesetzgebung das wirkungsmächtigste Instrument demographischer und menschlicher Formbarkeit dar, denn das „[...] Genie, die Sitten, die Neigungen, der Muth eines Volks, (...) kann (alles) von einer weisen Regierung nach ihren Gefallen gleichsam erschaffen und hervor gebracht werden.“⁹³³ Für Justi stellte der Monarch ein „[...] Vorsteher und Aufseher bey der Maschine des Staats“ dar, der, „[...] sobald der geringste Theil dieser Maschine leidet, und in Gefahr stehet, verdorben zu werden, (...) diesem leidenden Theile zu Hülfe kommen (muß), und gemeinlich sind bey allen leidenden Theilen des Nahrungsstands die Abgaben das Mittel, wodurch man ihnen zu Hülfe kommen kann.“⁹³⁴ Die uns angeborene „[...] Vernunft allein lehret uns die wahren und wirksamen Mittel, die wir anwenden müssen, um dazu zu

⁹³¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 26. Zudem führte Justi weiter aus, dass wenn „[...] in den bürgerlichen Verfassungen ein jeder Einwohner einen zu seiner Nothdurft zulänglichen Theil Ackerfeld besäße, der in keinem Fall veräußerlich wäre, so würde auch hier der Wunsch reich zu werden, nicht ungerecht seyn.“ Zitat aus S. 26.

⁹³² Zitat aus Anaximander von Occident [Justi, J. G. H.]: Physikalische und politische Betrachtungen ... , S. 48. In diesem Buch ging er unter anderm dem Bevölkerungswachstum nach der biblischen Sintflut nach und stützte sich dabei auf die Berechnungen einiger Gelehrter, die durch mathematische Rechnungen den Zweifel an dieser Volksvermehrung beseitigt haben. Dies zeigt, dass diese Problematik auch noch nach J. P. Süßmilchs Zeiten eine öffentliche Brisanz besaß und weiterhin in peuplierungstheoretischen Diskussionen kontrovers diskutiert wurde. „Um diese Zweifel zu beheben“, so Justi in seinen Ausführungen weiter, „[...] haben sich Gelehrte gefunden, welche Rechnungen entworfen haben, wodurch sie haben zeigen wollen, daß sich eine Familie von acht Personen binnen dreihundert Jahren auf eine erstaunliche Art vermehren kann“, wenn dabei ein „[...] jedes Kind in seinem 16. Jahr heiraten und so fast alle Jahre wieder ein Kind zeugen lassen“ kann. Zitat aus S. 48. Dies zeigt dem bevölkerungswissenschaftlich und historisch arbeitenden Forscher, dass Justi an ein großes Reproduktionspotenzial der Menschen glaubte, das es mit Hilfe peuplierungspolitischer Gesetzgebung anzuregen galt.

⁹³³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 615.

⁹³⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 616.

gelangen.“⁹³⁵ Der aufklärerische Impuls rationalen und utilitaristischen Denkens initiierte nicht nur die Säkularisierung bevölkerungstheoretischer Prämissen, sondern förderte auch den Glauben an die Steuer- und Beeinflussbarkeit demographischer und bevölkerungsstruktureller Prozesse. Aufgrund des Fortschrittsoptimismus der Aufklärungszeit, des Glaubens an die Berechenbarkeit aller natürlichen Abläufe und aufgrund der damit zusammenhängenden Erfolge in der Mathematik und anderen Naturwissenschaften entwickelte sich bei den meisten Kameralisten, so auch bei Justi, ein mechanistisches Verständnis politischer Abläufe. Dieses mechanistische Denken offenbarte sich darin, dass ein „[...] wohl eingerichteter Staat (...) vollkommen einer Maschine ähnlich seyn (muß), wo alle Räder und Triebwerke auf das genaueste in einander passen, und der Regent (...) der Werkmeister, die erste Triebfeder oder die Seele seyn (muß), wenn man so sagen kann, die alles in Bewegung setzt.“⁹³⁶ Somit ist für eine kluge Regierung, „[...] welche die Menschen recht zu leiten und zu schätzen versteht, (...) eine große Bevölkerung der hauptsächlichste, und man kann fast sagen, der einzige Reichthum des Staates.“⁹³⁷ Mit diesem Satz wird die zentrale Prämisse Justis peuplierungstheoretischer Konzeption deutlich wiedergegeben und zeugt in der logischen Konsequenz von einem unerschütterlichen Glauben an die Steuerbarkeit demographischer Gegebenheiten.

Der Toleranz bekundenden Bevölkerungspolitik wurde auch bei Justi noch eine wichtige Rolle zugewiesen, weil „[...] man zuvor den Zwispalt in Glaubenssachen, so viel wie möglich, verhüten müsse, weil dadurch Trennung und Feindschaft, oder wenigstens Misstrauen und Partheylichkeit unter den Untertanen entsteht.“⁹³⁸ Ein peuplierungspolitisch ausgerichteter Staat, „[...] der durch Bevölkerung und Commerciën den möglichsten Grad seiner Glückseligkeit erreichen will, kann ohne Toleranz schwerlich dazu gelangen.“⁹³⁹ Toleranz ist somit in Justis peuplierungstheoretischer Konzeptualisierung ein integraler Bestandteil erfolgreicher Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen zur Erlangung der Wohlfahrt aller Bürger. Deswegen muss auch im Land aus peuplierungspolitischen Gründen „[...] eine vollkommene Gewißensfreyheit darinnen statt finden“, sodass niemand „[...] wegen seiner Glaubensmeinungen, so lange er den Staat nicht damit beunruhiget, zur Verantwortung gezogen werden“ darf.⁹⁴⁰ Auch diejenigen Religionen, „[...] welche in andern

⁹³⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 153.

⁹³⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 87

⁹³⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 28.

⁹³⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 521.

⁹³⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 193.

⁹⁴⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 58.

Ländern öffentlich ausgeübet werden, müssten wenigstens die Freyheit haben, auf dem Fuß der Toleranz, in Privathäusern ihren Gottesdienst auszuüben.“⁹⁴¹ Ferner muss man aus peuplierungspolitischer Verantwortung „[...] allen Fremden, die in andern Landen verfolgt und bedrückt worden, oder sonst unglücklich gewesen sind, wenn sie keine schwere Verbrechen wider das eigentliche Recht der Natur begangen haben, eine sichere Zuflucht im Lande gestatten.“⁹⁴² Weil die Pluralität „[...] der Glaubens-Meinungen zu großen Unruhen in dem Staate ausschlagen und dessen ganzliche Zerrüttung nach sich ziehen“ kann, wäre es aus peuplierungspolitischer Perspektive sehr zu begrüßen, wenn es entweder eine Einheitsreligion oder zumindest eine tolerante Auffassung gäbe.⁹⁴³ Allerdings hat ein Staat darauf zu achten, dass „[...] keine ärgerlichen und der Wohlfahrth des Staats gefährlichen Lehrsätze öffentlich gelehret und ausgebreitet werden.“⁹⁴⁴ Dabei sollte die „[...] Aufmerksamkeit der Landes-Policy dahin gehen, daß unter dem Deckmantel der Religionen keine Versammlungen gehalten werden, worinnen entweder Enthusiastische Schwärmereyen ausgebreitet und grobe Ausschweifungen wieder die guten Sitten eingeführet werden, oder welche zu Unruhen und Bewegungen unter dem Volke und endlich gar zum Aufruhr Anlaß geben können.“⁹⁴⁵ Die Ablehnung staatlicher Einmischung in Glaubens- und Gewissensfragen wird damit begründet, dass die „[...] ewige Glückseligkeit (...) nicht der Gegenstand und Endzweck der Republiken“ ist und deswegen auch nicht „[...] unter die Vorsorge des Regenten (gehöret)“, da er für die Wohlfahrt des Diesseits verantwortlich ist.⁹⁴⁶ Erst eine in sich geschlossene und tolerante Gesellschaft kann ihre Energie vollständig der Wohlfahrtssteigerung zuführen. Aus diesem energetischen Grund sollten zudem „[...] die Regulierung und Bestimmung der Feyertage von der obersten Gewalt“ abhängen, weil diese „[...] die Aufmerksamkeit des Volkes und in den Nahrungsstand einen großen Einfluß haben“ und die vorhandene anthropogene Energie des Volkes nicht ungebraucht brachliegen lassen.⁹⁴⁷ Dies heißt jedoch im Umkehrschluss nicht, dass eine atheistische Staatsansicht zur Realisierung peuplierungspolitischer Aspekt vorteilhafter wäre. Vielmehr müsste, so Justis peuplierungstheoretische Ausführungen weiter, der Staat die Religionen im Sinne der Wohlfahrtssteigerung desselben instrumentalisieren, da ein gottesfürchtiger Mensch die religiösen Tugenden wie z. B. Fleiß

⁹⁴¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 58.

⁹⁴² Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 58f..

⁹⁴³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 190f..

⁹⁴⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 193.

⁹⁴⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 194f.. Deswegen muss der Staat bei den „[...] Sitten und den Lebenswandel der Geistlichen eine besondere Aufmerksamkeit“ walten lassen. Zitat aus S. 195.

⁹⁴⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 191.

⁹⁴⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 198.

besser befolgen. Denn es ist allgemein bekannt, dass „[...] die Sitten des Volkes einen großen Einfluß in die Stärke und Wohlfahrt des Staats haben, und es ist nicht zu läugnen, daß der gute oder böse Zustand der Sitten gar sehr von der Religion abhänget.“⁹⁴⁸ Durch eine religiöse Erziehung werden die „[...] Mitglieder eines gemeinen Wesens (...) ungleich geschickter gemacht, ihre bürgerlichen Pflichten desto besser zu erfüllen“, was wiederum diesen Menschen nützlicher aus der Sicht des Staates macht.⁹⁴⁹ Allen voran ist hier der Calvinismus zu nennen, der dem Fleiß eine besondere Bedeutung zur Erlangung göttlicher Erlösung zumaß. Den eine solche auf diese Tugenden konzentrierte Religion kann „[...] den Fleiß und die Arbeitsamkeit (...) befördern und dadurch dem Staat den allerwichtigsten Vortheil zuwege bringen, weil Fleiß und Geschicklichkeit denjenigen Ueberfluß an Güthern hervorbringen, worinnen der wahre Reichthum des Staats bestehet, und ohne welche sich eine große Bevölkerung nicht erhalten kann“, sodass die Religion sich „[...] zur Ermunterung und Beförderung des Fleißes verschiedener Mittel bedienen“ kann.⁹⁵⁰ Somit sind die in den Religionen geförderten Tugenden „[...] Geschicklichkeit und Fleiß der Einwohner eines Landes (...) die wahren Stützen der Wohlfahrt desselben.“⁹⁵¹ Auch hier wird wieder der qualitative Aspekt peuplierungspolitischer Gesetzgebung hervorgehoben. Allerdings kann eine schlechte Religion „[...] die Sitten auch verderben, wenn sie grausame und Menschenfeindliche Grundsätze hat, oder die größten Ausschweifungen der sinnlichen Lüste billiget.“⁹⁵² So können vor allem die dadurch vermeidlich geförderten „[...] einreißenden Laster und Ausschweifungen ein Volk zur Arbeitsamkeit und zu dessen Fähigkeiten und Geschicklichkeiten, die zur Beförderung der Glückseligkeit nöthig sind, immer ungeschickter machen.“⁹⁵³ Dazu gehört unter anderem die Trunksucht, welche die Aufsicht der Policey erfordert, wobei eine „[...] genugsame Aufsicht in den Privat-Häusern schwerlich möglich ist, ohne die Freyheit der Unterthanen dabey zu nahe zu treten.“⁹⁵⁴ Aus diesem Grund ist es aus peuplierungspolitischer Perspektive unleugbar, dass „[...] je vollkommender der sittliche Zustand eines Volkes ist, desto mehr wird dasselbe seine Glückseligkeit zu befördern im Stande sein.“⁹⁵⁵ „Einer der wichtigsten Nutzen“, den Religionen dem Staate leisten können,

⁹⁴⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 165f..

⁹⁴⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 190.

⁹⁵⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 151f..

⁹⁵¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 106. In seinem vierten Kapitel „Vorschläge, die unnützen Spenden zu Ermunterung des Fleißes anzuwenden“ geht Justi näher auf die Instrumentalisierung religiöser Grundsätze ein. Siehe dazu S. 106-112.

⁹⁵² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 166.

⁹⁵³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 201.

⁹⁵⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 206.

⁹⁵⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 202.

„[...] ist ohne Zweifel, wenn sie die bürgerlichen Tugenden befördern, und die Menschen mit einem besondern Geist und Feuer zu deren Ausübung anzufachen im Stande sind.“⁹⁵⁶ Die durch peuplierungspolitische Gesetzgebung geförderte und angestrebte „[...] Wohlfahrt des Staats [ist] mit der Religion auf das genaueste verbunden.“⁹⁵⁷ Es ist eine unumstößliche Tatsache, dass „[...] die christliche Religion viele bürgerliche Tugenden vortrefflich einschärfet.“⁹⁵⁸ Diese These wird mittels religionsgeschichtlichen Ausführungen argumentativ unterstützt, die die Bedeutung und Wirkung religiöser Tugenden für die peuplierungspolitische Wohlfahrtssteigerung des Staates hervorheben. Sogar die Herrscher Persiens pflanzen den Einwohnern eine Religion ein, „[...] welche die natürliche Folge hatte, daß das Land bevölkert und der Boden bebauet werden müßte, in dem sie die Leute überredeten, daß durch das Anpflanzen der Bäume, durch fleißiges Arbeiten und durch Kinderzeugen der Himmel verdienet würde.“⁹⁵⁹ Dabei werden durchaus atheistische Tendenzen bei Justi sichtbar, da er behauptete, dass „[...] die Religion bloß erfunden sey, um den Pöbel im Zaum und in Unterwürfigkeit zu erhalten.“⁹⁶⁰ Die Religion „[...] sey demnach von den Priestern und selbst von den Staatsleuten erfunden und vor nöthig gehalten worden, um dem Staate diesen wichtigen Dienst zu leisten, und den Pöbel in der Unterwürfigkeit zu erhalten.“⁹⁶¹ Dadurch wird die Instrumentalisierung religiöser Strömungen durch den Staat aus peuplierungstheoretischer Sicht legitimiert. Zudem benötigte die frühneuzeitliche Herrschaft die gesellschaftsordnende Funktion der Religion nicht mehr, weil es „[...] Heute zu Tage, da die Staaten beständige Kriegsheere haben, die in genauer Zucht und Unterwürfigkeit stehen, (...) am allerwenigsten der Religion (bedarf), um den Pöbel in Zaum zu halten.“⁹⁶² Vielmehr kann die Religion mit der Vermittlung vorbildhafter Tugenden an der Formung der Menschen teilnehmen, um sie im peuplierungstheoretischen Sinne zu effizienten Mitarbeitern an der Wohlfahrt des Staates zu machen. Hierbei müssen sich die Religionen „[...] der Natur und Verfassung gemäß“ anpassen, und somit auch keine Abneigung gegen

⁹⁵⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 161.

⁹⁵⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 106.

⁹⁵⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 162. „Die Treue, der Gehorsam, die tiefe Unterwürfigkeit gegen die Obrigkeit, wenn sie auch wunderlich und ungerecht ist, die wichtige Leistung der Abgaben, alles dieses ist denen Christen auf das nachdrücklichste durch die Religion anbefohlen, und durch die Lehren, ja durch die eigene Beyspiele ihres Urhebers auf eine rührende und einnehmende Art empfohlen worden.“ Die positiven gesellschaftsregulierenden Aspekte der religiösen Tugenden werden in diesem Kontext bei Justi nochmals aufgeführt. Zitat aus S. 162.

⁹⁵⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 106.

⁹⁶⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 135f..

⁹⁶¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 136.

⁹⁶² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 142.

peuplierungspolitische Pläne haben.⁹⁶³ Somit stellten für Justi die Religionen zur Realisierung peuplierungspolitischer Ziele ein sehr wirksames Instrument bevölkerungspolitischer Maßnahmen dar, die unter anderem eine große Bevölkerung befürworteten, andererseits aber auch die räumliche Ausnutzung der von Gott gegebenen landschaftlich gebundenen Potenziale anstrebten. Insofern tragen diese von der Peuplierungspolitik instrumentalisierten religiösen Grundsätze durchaus eine peuplierungsbezogene und raumwirksame Kraft in sich. Die Ideen bevölkerungspolitischer und –wachstumsfördernder Maßnahmen sind somit viel älter als die Peuplierungspolitik selbst, sodass die zahlreichen Prämissen peuplierungstheoretischer Konzepte kameralistischer und merkantiler Regierungen keineswegs die Idee der „Peuplierung“ als Grundlage der Wohlfahrts- und Reichtumssteigerung des Staates neu erfunden haben, sondern vielmehr diese mithilfe neuer Forschungserkenntnisse in systematischer Form unter dem Deckmantel der Peuplierungspolitik gebündelt sowie in theoretischer Sicht argumentativ und in praktisch-politischer Sicht instrumentell präzisiert und verfeinert haben.⁹⁶⁴ Besonders hob Justi ganz im Sinne peuplierungspolitischer Überlegungen die christliche Religion hervor, weil sie „[...] vor den übrigen diesen Vortheil (hat), daß sie nicht allein das zeitliche Wohl der Menschen, sondern auch deren ewiges Heil befördert [und] (...) das Beten mit dem Arbeiten (verbindet)“, und eindringlich befiehlt, dass „[...] jeder zum Dienste des Nächsten etwas nützliches schaffen solle.“⁹⁶⁵ Sowohl in peuplierungstheoretischen als auch in religiösen Grundsätzen wird der wohlfahrtsschädigende „[...] Müßiggang als eines der verabscheuungswürdigsten Laster verdammet.“⁹⁶⁶

Nach Justis Auffassung hat jede Religion „[...] einen glücklichen Einfluß in die Wohlfahrth des Staats, wenn sie die Einwohner zur besseren Cultur des Landes und zur Bevölkerung anreizet und ermuntert.“⁹⁶⁷ Hierbei führte er ein historisches Beispiel peuplierungsbezogener Religionspolitik an, wo „[...] Belohnungen des Staats auf dem Ackerbau (...) die Cultur des Landes in Sina auf einem so hohen Punct getrieben (haben), daß kein Land in der Welt damit in Vergleichung kommen“ konnte.⁹⁶⁸ Ein jeder Perser, getrieben durch die göttliche Erfüllung jener theologischen Dogmen, „[...] bemühte sich aus stehenden Sümpfen und Morästen

⁹⁶³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 170.

⁹⁶⁴ In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass es kein Volk gab, „[...] das so viel und so weise Gesetze zu Beförderung der bevölkerung gehabt hat, als die Römer.“ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 397.

⁹⁶⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 107.

⁹⁶⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 107.

⁹⁶⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 144.

⁹⁶⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 145.

Flüsse und Bäche zu machen, um seine Ländereyen eine so heilige und den Segen mit sich führende Sache zu verschaffen.“⁹⁶⁹ So wie bei der frühneuzeitlichen Peuplierungspolitik stellte auch im Alten Persien der Raumausschiff einen notwendigen Bestandteil bevölkerungspolitischer Maßnahmen dar, sodass die Raumwirksamkeit bevölkerungspolitischer Erlasse durch die religiöse Aufladung eine größere landschaftsgestaltende Kraft entfalten konnte. Hier würde der Mensch aus bevölkerungspolitischen Gründen noch stärker raumgestaltend wirken als bei einer regressiven Bevölkerungspolitik. Sogar die „[...] heidnische Religion der Vielgötterey war (...) im Stande eine Hochachtung gegen die Landwirthschaft zu erwecken.“⁹⁷⁰ Bei seiner Analyse religionsbezogener Nützlichkeit peuplierungspolitischer Ideen erkannte Justi aber, dass „[...] die catholische Religion am wenigsten eingerichtet ist, die Cultur und Bevölkerung des Landes zu befördern“, weil vor allem das „[...] Klosterleben, welches so viele Menschen männlichen und weiblichen Geschlechts nicht allein vor sich, sondern auch in Ansehung ihrer ganzen Nachkommenschaft auf alle künftige Jahrhunderte der Fortpflanzung entreißet, zugleich aber so viele Hände der Arbeitsamkeit und dem Nutzen der bürgerlichen Gesellschaft entziehet, wird der Cultur und Bevölkerung der catholischen Länder allemal sehr nachtheilig seyn.“⁹⁷¹ Auch hier wird auf den energetischen Effekt fehlender „Manpower“ hingewiesen, da durch das Fehlen von Menschen keine optimale Nutzung landschaftsgebundener Potenziale erfolgen kann, sodass eine regressive Bevölkerungspolitik durch ein fehlendes Populationswachstum raumwirksame Folgen haben kann. Der Katholizismus in reiner Form beinhaltet ein hohes Potenzial bevölkerungswachstumshemmender Wirkung und ist dadurch der Verwirklichung peuplierungspolitischer Ziele im großen Maße zuwider.⁹⁷² Nachdem der Katholizismus „[...] die herrschende Religion des Römischen Staats geworden war (...), so schmelzete man die vorhin weisen Gesetze des Staats nach der christlichen Religion um“, sodass diejenigen „[...] Gesetze, die vorher die Bevölkerung so sehr zu befördern gesucht hatten, (...) nunmehr dem ehelosen Leben den Vorzug vor dem ehelichen (gaben) [und] (...) die väterliche und eheliche Gewalt (schwächten), um das Klosterleben zu begünstigen, welches dem Fleiße und der

⁹⁶⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 146.

⁹⁷⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 146.

⁹⁷¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 147.

⁹⁷² Ganz allgemein formulierte Justi, dass unter „[...] allen Religionen (...) wohl keine jemals der Bevölkerung und der Cultur des Landes so nachtheilig gewesen (ist), als diejenige, die ehemals auf der Insel Formosa herrschte. Dort erlaubte daselbst nicht, daß ein Weib vor ihrem vierzigsten Jahre ein zeitiges Kind gebären dürfte. Die Priester und Priesterinnen mit vielen erschrecklichen Ceremonien eines abscheulichen Gottesdienstes traten so lange auf dem Leibe einer schwangeren Frau herum, bis sie die Frucht abtrieben.“ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 151.

Bevölkerung gleich nachtheilig, und nunmehr nicht weiter nöthig war, mithin nach und nach durch gute Auslegungen hätte abgeschaffet werden sollen.“⁹⁷³ Das Beispiel der Christianisierung Roms hob bei Justi die nachtheiligen Wirkungen für die Bevölkerungs- und Wohlfahrtsentwicklung hervor. Zudem weiß der „[...] wahre Christ (...) von keinem Rang und Unterschied unter den Ständen, welche die Natur der bürgerlichen Verfassung nothwendig erfordert.“⁹⁷⁴ Demnach würde „[...] ein Staat von wahren Christen (...) niemals reich seyn können“, da die Menschen, „[...] die nach den Grundsätzen ihrer Religion alle zeitlichen Güther so sehr verachten und ihr einziges Augenmerke allein auf das Himmlische richten müssen, die überdieß in der Gemeinschaft der Güther leben, und mithin die geringsten Triebfedern zu Fleiß und Arbeitsamkeit haben, werden gewiß ihren Staat niemals reich machen.“⁹⁷⁵ Die Lebensform reiner christlicher Theologie stand diametral zu den Zielen kameralistischer und peuplierungspolitischer Theorien. Dadurch würde „[...] ein Staat von eitel wahren Christen sehr schlecht bevölkert seyn“, weil ein „[...] wahrer Christ, der alle Vergnügungen dieses Lebens so sehr verachtet, und allein mit denen Betrachtungen des Göttlichen und Himmlischen beschäftigt ist, kann ohnedem zu dem Ehestande wenig Neigung haben.“⁹⁷⁶ Aber auch die „[...] Mohamedanische Religion scheint nicht sehr geschickt zu seyn, den Fleiß zu befördern“, da ihr „[...] Lehrsatz von dem unvermeidlichen Verhängniß (...) gar leicht die Wirkung (hat), eine gewisse Sorglosigkeit bey denen Menschen wegen ihres künftigen Zustandes zu erzeugen, und mithin zur Faulheit zu verführen.“⁹⁷⁷ Im Gegensatz zu anderen kameralistischen Peuplierungstheoretikern deutete er darauf hin, dass die oftmals von den radikalen Peuplierungstheoretikern geforderte „[...] Vielweiberei unter gewissen Umständen nachtheilig ist.“⁹⁷⁸ Allerdings kann Justi aus peuplierungstheoretischen Gründen „[...] keinesweges zugeben, daß die Vielweiberey der Bevölkerung [im Allgemeinen] nachtheilig sein soll“, weil wenn man voraussetzen würde, dass „[...] beyde Geschlechter ohnegefähr in gleicher Anzahl gebohren werden, so werden doch durch den

⁹⁷³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 155f..

⁹⁷⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 172.

⁹⁷⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 173.

⁹⁷⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 174. Im Kontext dieser Diskussion um die Nützlichkeit religiöser Grundsätze für die Realisierung peuplierungstheoretischer Ziele schreibt Justi über sich, „[...] daß ich [also Justi, Anm. d. Verf.] mich nicht zu den wahren Christen rechnen kann. Das wahre Christenthum nicht zu der herrschenden Religion der Staaten zu bestimmen, war also, sowohl der Natur der Sache, als denen Ansichten und der großen Haushaltung Gottes sehr gemäß.“ Zitat aus S. 178.

⁹⁷⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 156.

⁹⁷⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 157. Der ablehnende Grund bezüglich der Polygamie lag darin, dass wenn „[...] in einer Nation, bey welcher die Vielweiberey erlaub ist, Pracht und Ueppigkeit herrschet, so ist die eine Hälfte des menschlichen Geschlechts vor dem Fleiß fast ganz verlohren“, sodass die „[...] Weiber (...) zu einer Art Pracht und Ueppigkeit (dienen), und da die Eifersucht bald veranlaßet, sie einzuschließen, so können sie nicht allein die Hausgeschäfte nicht besorgen.“ Zitat aus S. 157.

Krieg, durch die Schifffahrt und Reisen und durch Ausschweifungen des männlichen Geschlechts eine große Menge Mannspersonen in der Blüthe ihrer Jahre hinweggerafft, so daß man allemal rechnen kann, daß in Ländern, wo die Einweiberey herrschet, ohngefähr der dritte Theil der Weibspersonen unverheyraethet bleibt.“⁹⁷⁹ Unter bestimmten Rahmenbedingungen können polygamische Verhaltensweisen durchaus peuplierungspolitischen Zielen entsprechen, da die vorhandene Kapazität weiblichen Geschlechts zur Gebärung von Nachkommenschaft optimaler genutzt werden kann. Ein weiteres Argument für die potenzielle Einführung polygamischer Strukturen lag bei der männlichen Zeugungskraft, da „[...] der Mann bey der Schwangerschaft eines Weibes oder zweyer alle die Zeugungskräfte vor eine oder zwey andere Weiber frey behält, welche die Einweibler bey ihren schwangern Weibern auf eine so unnütze und unvernünftige [Weise] (...) verschütten.“⁹⁸⁰ Nach Justis peuplierungstheoretischen und naturalistischen Verständnisses jener Zeit sollte „[...] ein vernünftiges Geschöpf (...) den Endzweck der Zeugung haben, und wenn dieser unmöglich ist, nicht seine Zeugungskräfte anzuwenden, blos um seine Geilheit zu vergnügen, welches in den Augen der wahren Vernunft nichts anderes, als ein abscheuliches Verbrechen seyn kann.“⁹⁸¹ Justis rational-utilitaristische Argumentation legitimierte die Polygamie dahin gehend, dass nicht, wie bei der Monogamie, eine Verschwendung männlicher Zeugungskraft vorlag. Hingegen hielt Justi die evangelische Religion für peuplierungsfreundlicher, weil „[...] sie das reine Christenthum ausser dem Zusammenhange mit dem Staat, von demjenigen Christenthum (...) unterscheidet, das mit demselben zusammenhängen.“⁹⁸² Zahlreiche „[...] protestantische Fürsten sind von dem Nutzen der Bevölkerung überzeugt [und] (...) geneigt, Maaßregeln zu deren Beförderung zu ergreifen“, wobei sie „[...] von den Grundsätzen der catholischen Kirche, welche dem ehelosen Stande eine besondere Heiligkeit und Vorzug beygeleget, Grundsätze, welche die alten römischen Gesetze zu Bevölkerung verdrängten, weit entfernt“ waren.⁹⁸³ Sowohl beim Punkt der Populationsvermehrung als auch die Aufforderung zur Nutzung aller in der Landschaft gebundenen Potenziale können die Religion und die Peuplierungspolitik symbiotisch für die Verwirklichung dieser wohlfahrtsorientierten Ziele zusammenarbeiten. Mit einigen Modifikationen können peuplierungspolitische Konzepte „[...] den Ehestand selbst zu einem

⁹⁷⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 157f..

⁹⁸⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 159.

⁹⁸¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 159.

⁹⁸² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 148.

⁹⁸³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 399.

Gesetz der Religion machen, und so, wie auf das Kinderzeugen Segen, Vorzug und Belohnung, also auf das ehelose Leben, Fluch, Schande und Religionsstrafen legen.“⁹⁸⁴

Sollten dennoch nicht genügend einheimische Menschen im Speziellen für die Manufakturen und spezialisierten Gewerbe zu Verfügung stehen, so muss der Staat mittels peuplierungspolitischer Gesetzgebung „[...] auf alle Art suchen (...), fremde, bemittelte und geschickte Personen in das Land zu ziehen, und dass man sonst den Anwachs der Einwohner durch dienliche Mittel zu befördern habe.“⁹⁸⁵ Um ein ausreichendes Arsenal qualifizierter Arbeiter für spezielle Manufakturen und Produktionen zu haben, kann die peuplierungspolitische Gesetzgebung neben der Gestaltung von Rahmenbedingungen einheimischer Erziehung auf eine einladende Einwanderungspolitik gekoppelt mit einer gezielten Anwerbungsoffensive zurückgreifen. Dies stellte eindeutig eine Aufforderung zur „aktiven“ Peuplierungspolitik dar, die durch spezielle peuplierungspolitische Erlasse das Wachstum der Bevölkerung beschleunigen kann. Damit muss eine auf peuplierungstheoretischem Gedankengut konzipierte Politik „[...] fremden, reichen oder geschickten Personen, allerley Titel, Würden und Vorzüge ertheilen.“⁹⁸⁶ Aus peuplierungspolitischer Perspektive müssen staatliche Anreizpotenziale ausgesendet werden, um hochqualifizierte Arbeiter und Meister in das Land zu ziehen, die den technologischen Wissensstand des Landes erhöhen. Den emigrationswilligen „[...] Fremden, die sich anbauen, oder ankaufen, muß man eine zeitige Befreyung von allen Abgaben, den Künstlern aber in solchen Manufacturen, die man erst in Flor bringen will, thätige Beyhülfe angedeihen laßen“, sodass es ratsam ist, „[...] den Neuanbauenden eine wirkliche Unterstützung an Gelde oder Baumaterialien auszusetzen.“⁹⁸⁷ Der anzuwerbende qualifizierte „[...] Manufacturarbeiter trägt durch seine Arbeit schon so viel zum gemeinschaftlichen Besten bey, daß man den Vortheil des Staats sehr übel verstehet, wenn man ihn durch Abgaben nöthiget, ausser Landes zu gehen.“⁹⁸⁸ Die steuerlichen Abgaben für Neuankömmlinge spezieller Handwerke müssen von dergestalt sein, dass sie die eingewanderten Meister und Arbeiter nicht wieder zur Emigration bewegen.

⁹⁸⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 144.

⁹⁸⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 524f.. Siehe dazu auch Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft ... , S. 30-45, bes. S. 39.

⁹⁸⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 525. Justi führte weiter aus, dass die „Reichen den Reichthum des Landes, oder des Staats (vermehrten), geschickte Personen aber (...) öfters einem Lande den größten Nutzen zuwege bringen“ können. Zitat aus S. 525.

⁹⁸⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 525.

⁹⁸⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 626.

Allerdings räumte Justi mittels seines differenzierten analytischen Feingefühls bei seiner bevölkerungstheoretischen Untersuchung ein, dass er diese staatlichen Befreiungszusagen „[...] vor eine mit der Wohlfahrt des Staats gar nicht übereinstimmende Regel“ hält, denn ein jedes „[...] Grundstück, das aus Nachlässigkeit seines Besitzers weniger genutzt wird, oder gar uncultiviret liegen bleibt, sollte sofort mit höheren Abgaben beschwehret werden, um den Besitzer zu nöthigen, entweder dasselbe besser zu cultiviren, oder sein Eigenthum daran aufzugeben“, denn derjenige, „[...] welcher sein Land uncultiviret liegen lässt, entziehet dem Staate allemal etwas von seinem Reichthum“ und verhindert somit die Realisierung staatlicher Reichthumssteigerung und individueller Glückseligkeit.⁹⁸⁹ Zudem ist es für eine bessere Kultivierung des Bodens und damit für den Aufschwung landwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit vorteilhafter, „[...] wenn die Bauern selbst Eigenthümer von denen Bauerngütern sind, und nicht solche als Leibeigene und als bloße Meyer und Pächter bewohnen“, weil wenn „[...] sie nicht Eigenthümer sind, so fehlet denen Bauern die eigentlichste und wirksamste Triebfeder, welche die Menschen zu Fleiß, Arbeitsamkeit und mühsamen und kostbaren Verbesserungen nöthig haben, nämlich, daß sie überzeugt sind, daß sie zu ihrem eigenen und ihrer Kinder Nutzen arbeiten.“⁹⁹⁰ Sollten zu hohe Steuerleistungen „[...] die Unterthanen durch die Abgaben von einem Gebrauch ihrer Aecker abhalten (...), welche dem gemeinschaftlichen Besten nachtheilig ist, so kann man sie hingegen durch eben diesen Weg aufmuntern, solche Früchte auf ihren Aeckern zu erzeugen, welche zu Beförderung der Commerciens und Manufacturen nützlich sind.“⁹⁹¹ Will der Staat die „[...] Unterthanen zur Pflanzung der Maulbeerbäume, zum Anbau des Safrans, der Färberröthe, des Waides und dergleichen aufmuntern, so gestehe man einem Acker, welcher damit bepflanzt ist, die Befreyung von Abgaben ganz oder zum Theil zu“, da sie für die Entwicklung innovativer Verfertigungstechniken als zu verarbeitende Rohstoffe von fundamentaler Bedeutung für die Reichthumssteigerung des Staates sind.⁹⁹²

Medizinische und gesundheitliche Aspekte peuplierungstheoretischer Konzepte sind zum Schutz der Ressource „Mensch“ von elementarer Wichtigkeit, weil „[...] gute Anstalten wider die Pest und andere ansteckende Krankheiten sowohl, als überhaupt eine Aufsicht auf das Arztneywesen, (...) endlich die Verminderung der Einwohner (verhindern)“, und deswegen zu

⁹⁸⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 618. Siehe zu dieser peuplierungstheoretischen Problematik das Kapitel „Sicheres Mittel, das Betteln in einem Lande gänzlich abzuschaffen“ in Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 226-234.

⁹⁹⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 619.

⁹⁹¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 624.

⁹⁹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 624.

einer differenzierenden Peuplierungspolitik ebenfalls zuzuordnen sind.⁹⁹³ Damit standen auch die medizinischen Aspekte in Justis peuplierungstheoretischen Abhandlungen im Kontext seiner Bevölkerungstheorie. Dabei ist die „[...] Vorsorge auf Erhaltung der Gesundheit und die Heilung der Krankheiten der Unterthanen“ eine wichtige Aufgabe peuplierungspolitischer Policygesetzgebung.⁹⁹⁴ Um diesen Aspekt peuplierungspolitischer Forderung Justis nachzukommen, ist „[...] ein Gesundheits-Rath nöthig“, der „[...] aus einigen gelehrten, erfahrenen und berühmten Aerzten bestehen muß.“⁹⁹⁵ Die erste und wichtigste Vorsorge des vom Staat eingesetzten „Gesundheits-Collegii“ „[...] muß dahin gehen, die Pest und andere ansteckende Krankheiten zu verhüten“, um präventiv zum Wohle und zum Schutz der Bevölkerung agieren zu können.⁹⁹⁶ Dabei müssen im Zuge systematischer Aufnahme alle „[...] in dem Lande häufig einreisenden Krankheiten (...) so fort an das Gesundheits-Collegii gemeldet werden“, das die Funktion eines heutigen Gesundheitsamtes anzunehmen hatte.⁹⁹⁷ Dabei müssen vor allem die unqualifizierten und medizinisch nicht unter staatlicher Kontrolle ausgebildeten „[...] Quacksalber, Marktschreyer, herumziehende Aerzte und andere Pfuscher, die öfters denen einfältigen Unterthanen an ihren Leibe und Beutel viel Nachtheil verursachen“, zum Schutze der Ressource „Mensch“ bekämpft werden.⁹⁹⁸ Niemandem, so die peuplierungspolitische Doktrin, darf die „[...] Ausübung dieser Kunst gestatte[t] [werden], der nicht vorher ernstlich geprüft worden“ ist, weil z. B. „[...] das Leben der Menschen (...) so kostbar (ist), daß der bloße wahrscheinliche Verdacht der Ungeschicklichkeit zureichend seyn muß, eine Hebamme zu Ausübung ihrer Kunst nicht weiter zuzulassen.“⁹⁹⁹ Auch auf „[...] die Beschaffenheit der Lebensmittel muß man gleichfalls eine genaue Aufsicht haben, wenn man vor die Gesundheit der Unterthanen die erforderliche Aufsicht tragen will.“¹⁰⁰⁰ Bei dieser medizinpolicylichen Ausführung wird der peuplierungstheoretische Geist sehr deutlich, da jedes zu rettende menschliche Leben einen hohen Stellenwert innerhalb der staatlichen Wohlfahrtssteigerung genoss.

Ferner wurden bei Justi Bettler aus peuplierungspolitischer Sicht als brachliegende „Energiekonverter“ verstanden, weil „[...] das Betteln eine offenbare Pest des gemeinen

⁹⁹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 526.

⁹⁹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 71.

⁹⁹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 71.

⁹⁹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 71.

⁹⁹⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 72.

⁹⁹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 73f.. Auch der schweizerische Bevölkerungstheoretiker J.-L. Muret beklagte sich über die „[...] mordereyen (...), welche von marktschreyenden und verwegenen Leuten ungestraft ausgeübt werden.“ Zitat Muret, J.-L.: Abhandlungen über die Bevölkerung am Waat, Bern 1766, S. 111.

⁹⁹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 75.

¹⁰⁰⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 76.

Wesens, und ein Merkzeichen, daß sich das Land in keinen allzu glücklichen Umständen befindet“, geworden war.¹⁰⁰¹ Die umherziehenden und armen Bettelleute „[...] können nicht anders als vor ein wirkliches Uebel des gemeinen Wesens angesehen werden, welches demselben zu großer Last und Nachtheil gereicht.“¹⁰⁰² Um nun die vorhandenen Energiepotenziale für die Wohlfahrtssteigerung des Staates zu nutzen, sind „[...] die jungen und starken Bettler in gewisse Arbeitshäuser einzuschließen, die alten und gebrechlichen aber in Spitäler“ zu bringen, um sie aus sozialpolitischer Verantwortung und philanthropischer Aufgeklärtheit zu verpflegen.¹⁰⁰³ Nach Justis kameralistischem und peuplierungstheoretischem Verständnis waren all diejenigen „[...] Menschen, welche sich des öffentlichen Bettelns bedienen, (...) fast faule, müßige und verschwenderische Leute gewesen, die nach dem Kennzeichen dieser Eigenschaften zugleich niederträchtige Seelen haben.“¹⁰⁰⁴ Der peuplierungspolitische Staatsinterventionismus beim Problemfeld des Bettlertums wird bei Justi damit begründet, dass man nicht zweifeln kann, dass „[...] ein armer Mensch nicht allein zum Dienste des gemeinen Wesens, sondern auch zu vielen Tugenden größtentheils unfähig ist“, weil die „[...] Armuth (...) öfters Menschen (nöthiget), viele Laster zu begehen, die sie in einem vermögenden Zustande gewiß unterlassen würden.“¹⁰⁰⁵ Eine kluge Peuplierungspolitik darf nicht nur die Symptome des Bettelns bekämpfen, sondern muss mit einer gewissen Strenge und Härte vorgehen, da die Kinder von Bettelfamilien „[...] so zu sagen von ihrer Wiegen an gleichfalls zu dem Betteln gewöhnet [und] (...) niemals zu eigener Arbeit angehalten“ werden.¹⁰⁰⁶ Diese brachliegenden Energiepotenziale können mittels gezielter peuplierungspolitischer Policygesetzgebung zur Wohlfahrtssteigerung des Staates aktiviert werden. Denn nach den peuplierungstheoretischen Ansichten der meisten Kameralisten kann nur derjenige Staat am glücklichsten sein, „[...] der am wenigsten gänzlich verarmte Einwohner hat, und es ist eine, einer weisen Regierung sehr anständige Vorsorge, die Verarmung ihrer Unterthanen auf alle mögliche Art zu verhüten.“¹⁰⁰⁷ Deswegen müssen alle armen Menschen davon abgeschreckt werden, dass „[...] sie nicht in dem Betteln, sondern in der Arbeit, ihre eigene Zuflucht suchen.“¹⁰⁰⁸ Die aus peuplierungstheoretischer Sicht geforderte Armutsbekämpfung mithilfe staatsdirigistischer Eingriffe folgte primär

¹⁰⁰¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 537.

¹⁰⁰² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 226f..

¹⁰⁰³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 537.

¹⁰⁰⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 228.

¹⁰⁰⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 555.

¹⁰⁰⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 228.

¹⁰⁰⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 293.

¹⁰⁰⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 228.

teleologischen und utilitaristischen Gründen und damit weniger den sozialen Aspekten. Denn wenn „[...] jemand noch bei Kräften ist, kurz, wenn er sich noch seiner Hände gebrauchen kann“, ist er aus peuplierungstheoretischer Perspektive ein brauchbares Mitglied der Gesellschaft, um an der Wohlfahrtssteigerung aller Bürger und des Staates selbst mitzuwirken.¹⁰⁰⁹ Die sozialpolitische Verantwortung bevölkerungstheoretischer Prämissen sollte bei den „[...] ganz alten und unvermögenden Leute[n] [und] desgleichen diejenigen, welche so sehr gebrechlich sind, daß sie unmöglich arbeiten können“, anfangen, damit die pflegebedürftigen Ärmsten „[...] in besondere Armenhäuser gethan und darinnen mit der vorgeschriebenen Kost verpfleget werden.“¹⁰¹⁰ Gleichzeitig müssten ebenso „[...] die Kinder dererjenigen, so in den Arbeitshäusern befindlich sind, in gewissen Waisenhäusern erzogen werden, biß die Knaben das erforderliche Alter haben ein Handwerk oder gewisse Handthierung zu erlernen, die Mägdchen aber in Dienste gehen.“¹⁰¹¹ Auch die Finanzierung solcher sozialpolitischen Anstalten würde bei einer entsprechenden Planung ohne zusätzliche Kosten für den Staat realisiert werden können, da diese „[...] Armen- und Waisenhäuser (...) von dem Ueberschuß der Arbeitshäuser gar füglich unterhalten werden können, und es würde gewiß noch ein ziemliches Einkommen vor den Landesherrn übrig bleiben.“¹⁰¹² Diese peuplierungspolitische Armenbekämpfung hätte somit eine doppelte Wirkung, da wenn „[...] man nun eine stränge Aufsicht beobachtet, und über solche Anstalten ohne alle Nachsicht und Milderung gehalten würde, so würden nicht allein die fremden Bettelleute ein solches Land ärger als die Pest meiden, sondern viele, die sonst zur Verschwendung und Faulheit geneigt wären, würden in Absicht der bösen Folgen davon lassen.“¹⁰¹³ In einer recht optimistischen Auffassung prognostizierte Justi, dass folglich „[...] in einer Zeit von dreyßig biß vierzig Jahren alle Arbeits- und Armenhäuser ledig werden“ würden.¹⁰¹⁴ Dabei könnten etwa „[...] alte und unvermögende Leute (...) ohne großen Fleiß täglich wenigstens 20 Schock leinen oder wollen Garn spinnen“, sodass dadurch auch „[...] ihre Kost bereits bezahlt [wird], ohne den Vortheil zu rechnen, der aus den Manufacturen erwächst.“¹⁰¹⁵ Deshalb verurteilte Justi nach seinem peuplierungstheoretischen Verständnis z. B. das von der Kirche hochgepriesene monastische Armutsideal, sodass „[...] sie darinnen, nach der Verfassung der heutigen

¹⁰⁰⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 229.

¹⁰¹⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 232.

¹⁰¹¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 232.

¹⁰¹² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 232.

¹⁰¹³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 234.

¹⁰¹⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 234.

¹⁰¹⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 231f..

Republiken, wenig Beyfall (verdienen).“¹⁰¹⁶ Beim Problemfeld „Arbeitslosigkeit“ und „Armut“ ging Justi im Gegensatz zur J. P. Süßmilchs peuplierungstheoretischem Verständnis radikaler vor, da er zur Optimierung vorhandener menschlicher Ressourcen ganz im Sinne kameralistischer Lehren staatliche Arbeitshäuser vorsah, weil die herkömmlichen Armenanstalten dem neuen Typus von Armut nicht mehr gewachsen wären.

Wie bei einigen seinen bevölkerungstheoretischen Vorgängern rückte auch Justi bildungspolitische Maßnahmen in das Blickfeld peuplierungstheoretischer Konzepte. Aus peuplierungspolitischen und staatswohlfahrtlichen Gründen „[...] kommt es gar viel darauf an, daß man dem Volke ein Genie zu Commerciens und Gewerben beybringen und eine Liebe zum Fleiße und zur Redlichkeit in ihnen erwecken kann.“¹⁰¹⁷ Deshalb muss aus peuplierungspolitischen Gründen die „[...] Vorsorge der Regierung vor die Wissenschaften (...) demnach eine ihrer vornehmsten Pflichten“ ausmachen, die vor allem mit staatlichen Zuschüssen als Investition in Humankapital verstanden werden.¹⁰¹⁸ Dabei würde es zu dem „[...] Flohr einer Universität viel beytragen, wenn denen Lehrern reichlich Besoldung ausgesetzt und die Collegia gänzlich frey gelesen würde.“¹⁰¹⁹ Die bildungspolitischen Maßnahmen erfordern schon eine frühe Förderung im Bereich der Kinder, sodass die „[...] Gymnasia und Stadtschulen (...) gleichfalls eine große Aufmerksamkeit der Landes-Policey“ bedürfen, weil die aus peuplierungstheoretischen Gründen investitionswerte „[...] Jugend darinnen zu denen höheren Wissenschaften auf Universitäten vorbereitet werden soll“, um später mit ihrem Wissen einen großen Beitrag zu Wohlfahrtssteigerung des Staates zu leisten.¹⁰²⁰ Weil einem kameralistischen Staat sehr viel an der Qualität und den Fähigkeiten der einzelnen Bürger liegen muss, „[...] so sollten die Kinder in solchen Schulen nicht bloß in Lesen, Schreiben und den Christenthume, sondern auch von ihren künftigen Pflichten als gute Bürger und Haußvater unterrichtet, ihnen ein Trieb zu nützlichen Gewerben beygebracht und dieselben zu mechanischen Arbeiten vorbereitet werden, als worzu besonders die mechanischen Real-Schulen sehr dienlich sind, die am besten in denen Manufactur-Häusern angeleget und mit diesen Anstalten verknüpft werden.“¹⁰²¹ Dabei sollte die peuplierungspolitische Policy nicht nur aufmerksam sein, dass „[...] die Eltern ihre Kinder nicht in allen Müßiggänge, Frevel und Wildheit aufwachsen lassen (...), sondern auch zu

¹⁰¹⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 1, S. 555.

¹⁰¹⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 40.

¹⁰¹⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 210f..

¹⁰¹⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 214.

¹⁰²⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 215.

¹⁰²¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 216.

Anreizungen fähiger Köpfe beträchtliche Preiße“ auszusetzen haben.¹⁰²² Gut ausgebildete Menschen, die sich je nach Ausbildung ihrer Vernunft bedienen, dürfte es „[...] nicht schwehr fallen, den Willen seines unsichtbaren Schöpfers in seinen Thaten zu lesen, und die weisen Absichten des Urhebers aller Dinge in der Einrichtung seiner Werke erkennen.“¹⁰²³ Hierbei ging es Justi primär darum, dass die Menschen durch eine bessere Bildung im Zuge wissenschaftsbezogener Staatsförderung die von Gott gegebenen Potenziale in Landschaft und Talenten besser für die Wohlfahrtssteigerung und die Machtsteigerung des Staates nutzen. Den „[...] was hilft endlich selbst der Reichthum“, hinterfragte Justi kritisch, „[...] wenn er keine Einrichtung hat, welche die Wohlfahrt des Staates befördert, wenn die Geschäfte keine Ordnung, die Güter keine Sicherheit, die Gesetze keine Kraft und die Armen keine Nahrung haben.“¹⁰²⁴ Deswegen muss ein weiser Regent und seine ihm unterstellte Bürokratie nicht nur aus peuplierungspolitischem Interesse „[...] unermüdete Vorsorge vor das Wachsthum der Wissenschaften tragen, weil sie überzeugt sind, daß die Macht und Glückseligkeit eines Staates ohne Mitwirkung der Wissenschaften niemals dauerhaft gegründet werden können.“¹⁰²⁵ Der qualitative Aspekt Justis peuplierungstheoretischer Überlegungen wird hierbei sehr deutlich, da es um die Qualität der Menschen geht. Justi setzte zudem eine große Bevölkerung nicht automatisch gleich mit einem reichen Staat, „[...] da man hingegen ein Land, das von der Menge seiner Einwohner wimmelt, wenn es unter der Last der Armuth seufzet, für nichts weniger als nichtig“ gehalten werden kann.¹⁰²⁶ Justis peuplierungstheoretische Schlussfolgerung deutete dahin gehend, dass je „[...] mehr also die Wissenschaften blühen, desto mehr werden sich diese Mittel zu der äusserlichen Sicherheit des Staates in dem vollkommensten Zustande befinden, und das gemeine Wesen (...) einen glücklichen Erfolg davon zu [er]warten haben.“¹⁰²⁷ Fehlen in einem Land qualifizierte Personen, so zieht „[...] der Mangel in den kleinsten Theilen allemal eine Unvollkommenheit des Ganzen nach sich, und die geringen Bedienten des Staates, können durch ihre Unwissenheit und Ungeschücklichkeit so viel verderben und verabsäumen, daß die größte Einsicht und Fähigkeit den daraus entstandenen Schaden und Nachtheil kaum wieder

¹⁰²² Zitat aus Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policy-Wissenschaft ... , S. 216f..

¹⁰²³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 129.

¹⁰²⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 134.

¹⁰²⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 138.

¹⁰²⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 149. Für Justi ist somit aus peuplierungstheoretischer Sicht nicht lediglich die Quantität von Menschen bei der Bewertung glücklicher Staaten wichtig, sondern die Qualität einzelner Untertanen, die einen viel größeren peuplierungstheoretischen Wert haben können, als weniger qualifizierte und faule Menschen.

¹⁰²⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 166.

auszubessern vermögend ist.“¹⁰²⁸ Glücklicherweise erkannten bereits viele Regenten, „ [...] wie nothwendig es ist, die Studierenden in diesem zu dem bürgerlichen Leben und der Glückseligkeit der Staaten so unentbehrlichen Wissenschaften auf hohen Schulen unterrichten zu lassen.“¹⁰²⁹ Die Erschaffung einer Bildungselite und Intelligenzia vor allem für staatliche Zwecke stellte bei Justis bevölkerungstheoretischer Ausgestaltung einen integralen Bestandteil peuplierungspolitischer Ziele dar, da „ [...] die Vollkommenheit der Regierung (...) in der weisen Wahl der Bedienten des Staats“ beruht und damit erst eine erfolgreiche Umsetzung peuplierungspolitischer Maßnahmen ermöglicht.¹⁰³⁰ Unqualifizierte Staatsbedienstete hingegen ergreifen aufgrund ihrer fehlenden Fachkompetenz „ [...] schlechte und übereilte Rathschlüsse, einfältige und unwirksame Maaßregeln [sowie] üble und erbärmliche Mittel zu deren Ausführung“, wobei die „ [...] Ausführung selbst (...) schläfrig, unthätig und mit tausend Fehlern begleitet seyn (wird).“¹⁰³¹ Das im Zuge der Aufklärung entstehende und durch peuplierungspolitische Maßnahmen förderungswürdige „ [...] Intelligenzwesen ist eine sehr glückliche Erfindung unserer Zeiten.“¹⁰³² Deswegen wird es „ [...] demnach ein ungezweifelter Satz bleiben, daß die mächtigsten Reiche ohne die Wissenschaft niemals dauerhaftig und glücklich seyn können“, da die Wirkungsstränge staatlicher Aufgaben und wachsender Ansprüche zur Realisierung peuplierungspolitischer Ziele immer komplexer werden.¹⁰³³ Die Aufgabe der Wissenschaften definierte Justi dahin gehend, dass „ [...] sie uns in den Stand setzen (sollen), daß wir unsere Pflichten desto besser erfüllen können.“¹⁰³⁴ Deswegen muss der „ [...] blühende Zustand der Wissenschaften (...) richtigen Regierungsgrundsätzen und einer guten Erkenntniß in den Oeconomischen und Cameral-Wissenschaften den Weg bereiten.“¹⁰³⁵ Eine staatliche Förderung wissenschaftlicher Forschung könnte unter anderem auch zu einer Akademisierung bevölkerungswissenschaftlicher und demographischer Lehren führen, um eine Effizienzsteigerung peuplierungspolitischer Maßnahmen zu erlangen. Denn ebenso „ [...] wie der Nutzen den Fleiß der Einwohner ermuntert, so reizet auch ein Staat voller Reichthümer die Fremden, sich darinnen niederzulassen, und die entlegensten Winkel des Landes werden

¹⁰²⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 169.

¹⁰²⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 224. Auch eine weitere Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaftszweige sah Justi aufgrund der wachsenden Komplexität staatlicher Aufgaben als ein wichtiges peuplierungspolitisches Förderungsobjekt an. Siehe dazu S. 230.

¹⁰³⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 81.

¹⁰³¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 82.

¹⁰³² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 241.

¹⁰³³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 171.

¹⁰³⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 220.

¹⁰³⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 245.

also nicht unbebaut liegen bleiben.“¹⁰³⁶ Ein auf der Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen gegründeter Reichtum wirkt aus peuplierungstheoretischer Perspektive wie ein „Pull-Faktor“ auf qualifizierte Menschen, die wiederum durch ihre Kenntnisse einen Beitrag zur optimaleren Raum- und Ressourcenausnutzung leisten können. Hierbei wird der Faden raumwirksamer Kräfte peuplierungstheoretischer Gedanken idealtypisch bei Justi skizziert und in seiner Entwicklung theoretisch widergegeben.

Für Justi ist nur „[...] derjenige Reichthum (...) also ein wahrer Reichthum des Staates, welcher von den beschäftigten Händen der Einwohner begriffen, und täglich aus einem Gewerbe in das andere bewege wird.“¹⁰³⁷ Dieser Aussage lag nahezu ein aus heutiger Sicht historisch-geographisches Verständnis zugrunde, da, wenn man diese Ausführung wörtlich nimmt, mehr Hände auch mehr Energie zu Verfügung stellen, die wiederum durch Konvertierung zu mehr Reichtum führen kann. Ein solcher von peuplierungspolitischer Gesetzgebung geförderter Zustand blühender Wissenschaften „[...] muß nothwendig die Mittel zu der Glückseligkeit des Staates ungemein befördern.“¹⁰³⁸ Dabei ist das „[...] erste (...) Mittel, wodurch sich ein Land Reichthum verschaffen kann, [die] Bergwerke“, die es mittels wissenschaftlicher Forschung zu fördern gilt.¹⁰³⁹ Denn ohne „[...] Beyhülfe der Wissenschaften werden die tiefen Klüfte der Erden niemals ihre verborgenen Schätze hervorgeben.“¹⁰⁴⁰ Aus diesem Grund haben kameralistische Staaten ein breites Spektrum spezialisierter Wissenschaftsdisziplinen zur Förderung nötig, da „[...] sie Seen und Moräste ausdrocknen, schwehre Wasserbaue führen, die Wasser in Bergwerken heben, Fabriken, Schmelz- und Siedewerke anlegen wollen“, sodass die Staaten bei einer fehlenden peuplierungspolitischen Bildungsförderung „[...] in vielen andern dergleichen Unternehmungen (...) öfters in großer Verlegenheit (sind), wie sie die Sache mit gutem Erfolge angreifen sollen, und es werden öfters aus Mangel geschickter Leute viele Kosten vergeblich aufgewendet, oder man sieht sich genöthiget, sich in fremden Landen Rathes zu erholen und fremde Leute mit großen Gehalte in Dienst zu nehmen.“¹⁰⁴¹ Die Bildungspolitik ist deswegen ein wichtiger Bestandteil „qualifizierter“ Peuplierungspolitik, weil mithilfe gebildeter Menschen die in der Landschaft befindlichen Potenziale optimaler zum Wohle des Staates unter Hinzunahme ihres Wissens genutzt werden können, sodass das

¹⁰³⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 144.

¹⁰³⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 145.

¹⁰³⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 154.

¹⁰³⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 155.

¹⁰⁴⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 161.

¹⁰⁴¹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 232.

peuplierungspolitisch geförderte Wissen die Landschaft stärker verändern kann, weil man nun in der Lage ist, mehr aus der Landschaft herauszuholen. Die Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen hängt somit auf das Engste mit der damit verbundenen bildungspolitischen Förderung und anwerbungsfreundlichen Offensive qualifizierter Arbeiter zusammen. Ganz im peuplierungstheoretischen Geiste können die „[...] Einwohner (...) also niemals zu diesen vor den Staat vortheilhaftigen Bemühungen, genugsam aufgemuntert und angereizet werden.“¹⁰⁴² Um die in der Landschaft gebundenen Potenziale besser nutzen zu können, schlug Justi die Einsetzung bestimmter „Oeconomieinspectoren“ vor, die aber nicht „[...] nur eine practische, sondern auch eine gründliche, auf die Naturkunde gebauete, Erkenntniß in der Landwirthschaft haben müste[n], und da [sie] sich gar leicht von der Gegend, welcher [sie] vorgesetzt wäre[n], eine zureichende Kenntniß erwerben könnte[n], so würde[n] [sie] im Stande sein, denen Landleuten alle Vorthteile und Verbesserungen der Landwirthschaft an die Hand zu geben, die nach der Beschaffenheit des Bodens, und der Landesart zu erhalten wären.“¹⁰⁴³ Diese qualifizierte Person würden den einfachen Landleuten zeigen, „[...] wie die dasigen Felder am besten urbar und fruchtbar gemacht werden könnten, was vor Pflanzen und Früchte daselbst am besten zu erzeugen wären, wie die Viehzucht und andere Landnahrungsgeschäfte am nützlichsten zu verbinden wären“, sodass die vorhandenen „[...] Landgüther (...) mithin zum Vorthteil des Staats auf die möglichste Art genutzt werden (...) [und] man unbebaute und keinen Nutzen bringende Plätze oder gar ganze Wüsten und Heiden wahrnehmen“ würde.¹⁰⁴⁴ Das zweite Mittel bei Justis Systematisierung reichthumssteigender Mittel „[...] ist der Kaufhandel, oder die Commerciën“, die in ihrer Effizienz von einer großen Menschenmenge anhängig sind.¹⁰⁴⁵ Dahinter steht der kameralistische Gedanke frühneuzeitlicher Wirtschaftspolitik, dass „[...] je weniger wir an den Waaren anderer Völker Gefallen tragen, desto mehr (...) wir die bemühten Hände unserer inländischen Arbeiter stärken (werden).“¹⁰⁴⁶ Das dritte und aus peuplierungstheoretischer Sicht interessanteste Mittel, „[...] einem Staate Reichthum zu verschaffen, besteht in der Anreizung der Fremden, sich mit ihrem Vermögen in unsern Gränzen niederzulassen“, da es „[...] offenbar (ist), daß sich der Schatz des Landes allemal um soviel vergrößert, als ein neuer Einwohner Vermögen in den Staat einführet, oder durch Erbschaften und Anfälle in der

¹⁰⁴² Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 156.

¹⁰⁴³ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 238.

¹⁰⁴⁴ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 3, S. 238f..

¹⁰⁴⁵ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 156.

¹⁰⁴⁶ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 158.

Folge nach sich zieht.“¹⁰⁴⁷ Ein sehr begehrtes peuplierungspolitisches Objekt waren die reichen Kaufleute und Handwerker, die durch ihre Emigration neuen Reichtum in das Land brachten. Gleichzeitig merkte Justi aber ganz im Stil merkantilistischen Populationismus an, dass selbst „[...] die bloße Vermehrung der Einwohner, wenn diese neuen Ankömmlinge arbeitsam und geschickt sind, (...) gewissermaßen eine Vergrößerung des Reichthums (ist)“, weil diese Vermehrung der Untertanen das Manufakturwesen, das Gewerbe und den Umlauf des Geldes befördert.¹⁰⁴⁸ Justi betonte sowohl den qualitativen als auch den quantitativen Aspekt peuplierungstheoretischer Policygesetzgebung. Ein Land, „[...] das diese Mittel zu Beförderung seines Reichthums erwählen will, (muß) besondere Reizungen ausstellen, welche die Fremden anzulocken vermögend sind.“¹⁰⁴⁹ Eine anwerbungsoffensive Peuplierungspolitik trägt einen hohen Nutzen zur Volksvermehrung und Wohlfahrtssteigerung des Staates bei. Eine solche Peuplierungspolitik muss eine „[...] zeitige Befreyung von Abgaben und anderen Beschwerden“ anstreben und den angeworbenen Emigranten „[...] die Mittel ihres Gewerbes, ihrer Einrichtung, ihres Anbaues auf alle Art zu erleichtern ersuchen.“¹⁰⁵⁰

3.8. Jakob Freiherr von Bielfeld (1717-1770)

Der im Jahre 1717 in Hamburg geborene politische Schriftsteller J. Freiherr v. Bielfeld wurde im Jahre 1747 Kurator sämtlicher preußischer Universitäten und zugleich Direktor des Krankenhauses in Berlin.¹⁰⁵¹ Ohne bei ihm im Zuge dieser Arbeit explizit ins Detail zu gehen, teilte er die meisten populationistischen Überlegungen vorhergenannter theoretisierender Kameralisten und die seines Herren und Königs Friedrichs II.. In der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung gilt Bielfeld als ein strenger Populationist, der aber dank seiner differenzierten Betrachtungsweise nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Einwohner im Blickfeld seiner peuplierungstheoretischen Überlegungen thematisierte.¹⁰⁵²

Freiherr J. v. Bielfeld war der Überzeugung, dass ein Staat zu viele Einwohner haben kann, „[...] ein niederträchtiger und abgeschmackter Schluß [sei], weil es unmenschlich und

¹⁰⁴⁷ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 159.

¹⁰⁴⁸ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 159.

¹⁰⁴⁹ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 160.

¹⁰⁵⁰ Zitat aus Justi, J. G. H.: Gesammelte Politische und Finanz-Schriften ... , Bd. 2, S. 160.

¹⁰⁵¹ Zu den Lebensdaten Justis siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 48f..

¹⁰⁵² Auch der im preußischen Staatsdienst stehende Kameralist E. Fr. v. Hertzberg (1725-1795) äußerte sich kritisch zur These der Überbevölkerungsproblematik, weil man „[...] itzt fast allgemein darüber einverstanden (ist), daß eine große Bevölkerung eines Staats den Hauptgrund des Glücks und der Macht desselben ausmache, wenn eine weise Regierung dieselbe zu nutzen und den Untertanen Beschäftigung und den nötigen Unterhalt zu verschaffen weiß.“ Deswegen kann bei solchen Bedingungen „[...] kein Staat mehr mit Einwohnern zu sehr überladen sein.“ Zitat von Hertzberg, entnommen aus Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 136.

unbegründet ist.“¹⁰⁵³ Auch für ihn muß die erste Sorgfalt des Staates „ [...] auf die Vermehrung und Erhaltung der Anzahl ihrer Glieder“ gerichtet sein.¹⁰⁵⁴ Im Fokus seines peuplierungstheoretischen Denkens stand die Förderung der Verehelichungsquote, sodass die wichtigste und erste Pflicht eines regierenden Fürsten „ [...] die Aufmunterung zum Heirathen“ sein muss, um das populationistische Ziel der Volksvermehrung schnellstmöglich zu erreichen.¹⁰⁵⁵

3.9. Johann Friedrich von Pfeiffer (1718-1787)

Der bedeutende Kameralist des ausgehenden 18. Jahrhunderts J. Fr. v. Pfeiffer wurde im Jahre 1718 in Berlin geboren und trat schon in jungen Jahren in den preußischen Militärdienst ein.¹⁰⁵⁶ Seine Vorfahren emigrierten als bäuerliche Kolonisatoren aus der Schweiz nach Preußen und waren damit selbst ein Produkt preußischer Peuplierungspolitik. Nach der Schlacht in Mollwitz im Jahre 1741, an der er teilgenommen hatte, bekam er die Position des Kriegskommissars und später des Kriegs- und Domänenrates zugesprochen. Während seiner Beamtentätigkeit agierte er ganz in Sinne seines Vaters und bat in einer Bittschrift um die Errichtung einer Maulbeerbaumpflanzung auf einem Gelände (Glienecke) auf fünf wüst liegenden Höfen. In seiner Funktion als „Kolonisator“ bereiste er die Ländereien und fertigte genaue Terrainbeschreibungen, Ansetzungsvorschläge und Hinweise auf potenzielle Landgewinne durch Rodungen und Meliorationen an. J. Fr. v. Pfeiffer hat sowohl den Ort Friedrichshagen als auch mehr als 100 weitere Ansiedlungen in der näheren Umgebung von Berlin im Zuge seiner binnenkolonialisatorischen Tätigkeit gegründet.¹⁰⁵⁷ Er bot sich an, für die Entrepreneure, die als Unternehmer solcher Ansiedlungen fungierten, einen Teil siedlungswilliger Menschen zu besorgen und die damit verbundenen nötigen Schritte zu einer erfolgreichen Peuplierung einzuleiten. Das sogenannte „Entreprise-System“ spielte vor allem

¹⁰⁵³ Zitiert nach Bielfeld, J. Freiherr v.: Des Freyherrn von Bielfeld Lehrbegriff der Staatskunst, Erster Teil, Breslau/Berlin 1768, S. 118. Ähnlich auch der Kameralist J. I. Butschek (1741-1821), der meinte, dass die antipopulationistische „ [...] Besorgniß eines Uebermaaßes der Menschen (...) meistens übertrieben, oder auch widersinnig“ sei. Zitat aus Butschek, J. I.: Abhandlung von der Polizey überhaupt, und wie die eigentlichen Polizeygeschäfte von gerichtlichen, und anderen öffentlichen Verrichtungen unterschieden sind, Prag 1778, S. 124.

¹⁰⁵⁴ Zitiert nach Bielfeld, J. Freiherr v.: Des Freyherrn ... , S. 103.

¹⁰⁵⁵ Zitiert nach Bielfeld, J. Freiherr v.: Des Freyherrn ... , S. 110.

¹⁰⁵⁶ Zu den Lebensdaten von Pfeiffers siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 233f.. Auch dazu Lehmann, H.: Von Berlin nach Mainz. Das gesplante Leben des Kolonisators, Kameralisten und Gründer Friedrichshagens Johann Friedrich von Pfeiffer (1717-1787) (Friedrichshagener Hefte; 47), Berlin-Friedrichshagen 2003, bes. zur Jugend und Militärzeit S. 7-8, zur Beamtentätigkeit und inneren Kolonisation S. 8-13. Noch zu Lebzeiten wählte Joh. G. Krünitz (1728-1796) bei der Ausgestaltung seiner „Ökonomisch-technologischen Enzyklopädie“ für den 32. Band ein Portraitbildnis J. Fr. v. Pfeiffers aus.

¹⁰⁵⁷ Siehe dazu Lehmann, H.: Von Berlin und Mainz ... , S. 5. Im Zuge dieser Kultivierungsmaßnahmen entstanden in der Prignitz neun sogenannte „Pfeifferschen Etablissements“, im Ruppiner Land dreizehn und in der Uckermark vier. Siehe dazu Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 390.

in der friderizianischen Binnenkolonisation eine entscheidende Rolle.¹⁰⁵⁸ Dabei favorisierte er die Aufteilung von Domänenvorwerken und lehnte die Frondienste der Neusiedler für die Staatsgüter in Sinne der Effizienzsteigerung ab. Dass mit dieser revolutionären Forderung die Eingesessenen Widerstand bekundeten, zeigte sich unter anderem darin, dass Pfeiffer sogar bei seiner Errichtung der Spinnersiedlung Friedrichshagen Soldaten gegen die einheimische Bevölkerung zur Durchsetzung seiner peuplierungspolitischen Ziele einsetzen musste. Die Ansiedlungsvorhaben blieben aber aufgrund zahlreicher finanzieller und infrastruktureller Probleme schwierig in ihrer Umsetzung, da die Anwerbungen und das Heranbringen der Auswärtigen und Angeworbenen kostspielig und teuer waren. Selbst sein eigenes kolonisationspolitisches Etablissement Friedrichshagen wurde zur Abtragung der Schulden bei der Etablissement-Kasse versteigert.¹⁰⁵⁹ Interessanterweise erhielt J. P. Süßmilch mit seinem Angebot von 3050 Talern den Zuschlag und wurde damit zweiter Schulze von Friedrichshagen. Der auf peuplierungspolitische Maßnahmen zurückgehende Ort Friedrichshagen kann somit mit zwei bedeutenden Peuplierungstheoretikern in Verbindung gebracht werden.

Aufgrund seiner intensiven Studien zur Kameralwissenschaft gelangte J. Fr. v. Pfeiffer zu der Überzeugung, dass „[...] der Grund der Macht, der Dauer und der inneren Glückseligkeit (...) in der Vermehr- und Erhaltung gesunder, fleißiger und gutgesinnter Menschen“ lag, denn „[...] Menschen sind der größte, der wesentliche Reichthum eines Staates.“¹⁰⁶⁰ Der qualitative Bezug bei seinen peuplierungstheoretischen Abhandlungen nahm bei ihm einen wichtigen Stellenwert ein, da nur „[...] gesunde, gesittete und fleißige Menschen“ einen nutzbringenden Faktor im kameralistischen System der Wohlfahrtssteigerung darstellen.¹⁰⁶¹ Allerdings erkannte er im Gegensatz zu den Vertretern des radikalen Populationismus das Problem der Überbevölkerung. Er schrieb, dass „[...] Staaten, die wenig Handlung treiben, ein

¹⁰⁵⁸ Gegen eine regelmässige monatliche Abgabe bekamen die sogenannten Entrepreneure Landflächen, um dort Kolonisten anzusiedeln. Dabei durften sie sich selbst ein größeres Erbzinsgut als Eigentum ablegen, mussten aber die Kolonie aus eigenem Engagement und mit eigenen finanziellen Mitteln errichten. Zudem wurde ihnen die Jurisdiktion über die Siedler und gewisse Privilegien zugesprochen.

¹⁰⁵⁹ Siehe dazu Lehmann, H.: Von Berlin und Mainz ... , S. 31.

¹⁰⁶⁰ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff sämtlicher oeconomischer und Cameralwissenschaften, II. Teil, Mannheim 1777, S. 57. Siehe auch Napp-Zinn, A. F.: Johann Friedrich von Pfeiffer und die Kameralwissenschaft an der Universität Mainz, Wiesbaden 1955. Auch der in Ungarn geborene und im Staatsdienst des Habsburger Kaisers Joseph II. stehende Zeitgenosse Fr. R. v. Grossing (1753-1830) war zum Ende des 18. Jahrhunderts wie J. F. v. Pfeiffer der peuplierungstheoretischen Überzeugung, dass „[...] die Glückseligkeit der Staaten, und was eben so viel ist, die Glückseligkeit der Menschen, meistens von der vermehrten Bevölkerung abhängt.“ Zitat aus Grossing, Fr. R. v.: Die Kirche und der Staat. Ihre beiderseitige Pflicht, Macht und Grenzen, Berlin 1784, S. 198. Lapidar bemerkte Grossing in dem Vorbericht und Vorwort seines Werkes: „Ich muss so viele Kinder erzeugen, als ich nur erzeugen kann.“

¹⁰⁶¹ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 9.

undankbares Erdreich besitzen, in vielen Bedürfnissen vom guten Willen ihrer Nachbarn abhängen, überbevölkert werden [können].“¹⁰⁶² Gleichzeitig schränkte er aber ein, dass dies am wenigsten auf das Deutsche Reich zutreffe, weil es einer permanenten fortwährenden Entvölkerung aufgrund des Despotismus böser Regierungen, ständiger Kriege, übermäßiger Abgaben, des bestehenden Erbrechts und der Auswanderung zu den Kolonien unterliege. Deswegen scheuen sich neben dem Verfall der Sitten viele Menschen „[...] einen beträchtlichen Kindervorrath zu haben“, und wenden dazu sogar „[...] schädlichste und sündlichste Mittel“ an, um das Kinderkriegen zu unterbinden.¹⁰⁶³ Das oftmals hochgepriesene „[...] Vorurtheil von der Fürtrefflichkeit des ehelosen Lebens ist eine von Barbaren ersonnene Grille, und ein Missbrauch, den die Natur verdammt, Gott niemals befohlen, und ein Theil der Christen nur spät angenommen hat“ und damit aus bevölkerungspolitischer Sicht ein Hindernis zur Bevölkerungsvermehrung darstellt.¹⁰⁶⁴ Der Professor für Kameralwissenschaften an der Universität von Mainz schrieb aufgrund seiner damaligen noch spärlichen demographischen Grundlage, dass „[...] Deutschland mehr entvölkert, als bevölkert genennet werden verdiene, und der Menschenmangel immer furchtbarer werde.“¹⁰⁶⁵ Aufgrund fehlerhafter Vermessung und Kartographierung der Räume und der methodisch zweifelhaften demographisch-statistischen Erfassung der Bevölkerung ging er davon aus, dass noch genügend Raum für ein Bevölkerungswachstum im Deutschen Reich zu Verfügung stehe. Expandierende Populationen verschaffen aber zugleich neue Bedürfnisse, die wiederum zu ihrer Herstellung oder Realisierung neue Arbeiter erfordern. Die steigenden Bedürfnisse wachsender Bevölkerungen, so Pfeiffer weiter, bedingen eine „[...] vermehrte Anzahl Arbeiter, [so]daß vermehrte Arbeiter den Aufwand vermehren, daß vermehrter Aufwand den Werth der Landesproducte, den Fleiß des Landmanns ermuntere, ja alle Röhren des ganzen Staatskörpers, Kräfte zu einem neuen und glücklichen Leben verleihe“ und somit einen in sich verzahnten Kreislauf bilden, deren Motor eine wachsende Populationen darstellt.¹⁰⁶⁶

Um eine Bevölkerung schnell in eine Wachstumsphase zu überführen, empfahl Pfeiffer die Reproduktionszeiten beider Geschlechter optimaler zu nutzen und somit mehr Nachkommen und Menschen zu produzieren. Demnach lag das „[...] schickliche Alter zum Kinderzeugen (...) nach naturkundiger Meinung beim männlichen Geschlechte vom 20ten bis 45ten, und

¹⁰⁶² Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 117.

¹⁰⁶³ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 9.

¹⁰⁶⁴ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 32f..

¹⁰⁶⁵ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 7.

¹⁰⁶⁶ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 2.

beim weiblichen vom 15ten bis 36ten.“¹⁰⁶⁷ Sollten nun beide Geschlechter dieses von der Natur zur Reproduktion vorgesehene Alter erreicht haben, „[...] müssen sie zum Werke schreiten.“¹⁰⁶⁸ Der radikale Populationismus zur Mitte des 18. Jahrhunderts hinterließ auch beim Kameralisten Pfeiffer noch deutliche Spuren im peuplierungstheoretischen Gebilde, da er zur Steigerung der Bevölkerungszahl „[...] weibliche Statutereien“ empfahl, damit alle Töchter „[...] im fünfzehnten Jahre“ flächendeckend in Reproduktion gesetzt werden könnten.¹⁰⁶⁹

Aufklärerische Gedanken sind ebenso in seinen Überlegungen zu finden und färbten seine Überlegungen zur Bevölkerungssteigerung unverkennbar. Er forderte die Abschaffung der Leibeigenschaft, da sie „[...] die Staaten [entvölkert], weil der zur Freiheit geborene Mensch das erst beste Mittel ergreift, diese Ketten abzuschütteln.“¹⁰⁷⁰ Er war der peuplierungspolitischen Überzeugung, dass die „[...] Freyheit, und die möglichst vollkommene Kultur der Erde, zwar das wichtigste Hülfsmittel zu einer starken Bevölkerung sind, daß aber gleich wohl eine weise Direction der Landespolicei, welche die Wohlfahrt einzelner Personen und Familien, mit dem gemeinschaftlichen Besten des Staatskörpers in eine gründliche Verbindung, und genauen Zusammensetzung setzte, und erhält, von eben so unbedingter Nothwendigkeit sey.“¹⁰⁷¹ Wie viele seiner Zeitgenossen aus der Kameralistik brachte er seine pazifistischen Ansichten in Bezug auf die verheerenden Auswirkungen der Kriege deutlich zum Ausdruck. „Der Krieg, dieser Menschenmörder, raubet fast allen Ständen die gesundste, die stärkste Jugend“, den es fehle „[...] nicht an Fürsten, welche Menschen tausendweise nach anderen Weltheilen zur Schlachtbank liefern.“¹⁰⁷² Sein utopisches Idealbild der Staatswissenschaft gipfelte in der mit aufklärerischen Gedanken durchtränkten Vorstellung des Kosmopolitismus, der Verbrüderung der Weltgesellschaft.

¹⁰⁶⁷ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 36.

¹⁰⁶⁸ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 36.

¹⁰⁶⁹ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 3.

¹⁰⁷⁰ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegriff ... , S. 107.

¹⁰⁷¹ Zitat aus Pfeiffer, J. F. v.: Berichtigungen berühmter Staats-, Finanz-, Polizey-, Cameral-, Kommerz- und ökonomischer Schriften dieses Jahrhunderts, Frankfurt 1781/84, S. 385f..

¹⁰⁷² Zitiert nach Pfeiffer, J. F. v.: Grundriß der wahren und falschen Staatskunst, Bd. 1, Berlin und Himbürg 1778-1779, S. 18; Siehe dazu auch L. v. Hess (1719-1784), der auf der Grundlage seiner peuplierungstheoretischen Überlegungen feststellte, dass ein Regent kriegerische Auseinandersetzungen vermeiden sollte, da „[...] das Geschütz, das Schwerdt, die Blösse, der Hunger, der Durst und die epidemischen Krankheiten öfters in einem Jahre mehr Menschen aufreiben, als in funfzig geboren werden.“ Zitat aus Hess, L. v.: Freymüthige Gedanken ... , S. 13.

3.10. Albrecht Philippi (1721-1781)

Ähnliche Überlegungen wie seine kameralistischen Vorgänger peuplierungstheoretischer Konzepte hatte der in Berlin geborene Kameralist A. Philippi. Als Geheimer Kriegsrat im Policypräsidium von Berlin trieb er den konsequenten Ausbau der Policy- und Kameralwissenschaften weiter voran und beschäftigte sich intensiv mit bevölkerungstheoretischen Überlegungen zur Steigerung der Untertanen.¹⁰⁷³ A. Philippi widmete seine Schrift „Der vergrößerte Staat“ dem preußischen Prinzen, wobei im Allgemeinen besonders die peuplierungspolitischen Bemühungen preußischer Herrscher im Vordergrund seines Lobes standen.¹⁰⁷⁴ Dieses von ihm verfasste Buch kameralistischer Natur unterschied sich nicht so stark in den peuplierungspolitischen Ausführungen gegenüber seinen Vorgängern bevölkerungstheoretischer Überlegungen, aber es hob sich in erster Linie aus formaler Hinsicht vom Schriftgut klassischer kameralwissenschaftlicher Literatur ab.¹⁰⁷⁵ Der Unterschied zu anderen peuplierungstheoretischen Schriften offenbart sich dem Leser im lockeren Aufbau, da es nicht primär für den Lehrbedarf an den Universitäten konzipiert wurde. Zudem sind viele Zitate antiker Autoren als auch von den zeitgenössischen Philosophen zur Legitimierung seiner Auffassungen zu finden. Auf der Grundlage seiner peuplierungstheoretischen Prämisse, dass „[...] derjenige Fürst der reichste sey, der die mehresten Unterthanen unumschränkt beherrscht“, positionierte er vor allem die bevölkerungspolitischen Bemühungen zur Förderung der Heiraten in den Mittelpunkt staatlicher Peuplierungspolitik, weil dadurch der bevölkerungswachstumsfördernde Erfolg am sichersten garantiert würde.¹⁰⁷⁶

In seinem theoretischen Aufbau bevölkerungswissenschaftlichen Denkens wird sein aufgeklärtes Bewusstsein sehr deutlich, da er das alte, auf Machiavellis Fürstenlehre gebaute Regierungsmodell durch ein neues, das die Macht der regierenden Fürsten mit dem Wohlergehen seiner Unterthanen verknüpft, substituierte. Denn ist „[...] das Glück der Unterthanen das Glück der Fürsten, so muß auch ein Fürst auf die Vergrößerung des Glücks seiner Unterthanen sorgfältig bedacht seyn, indem er dadurch sein Land und sein Glück

¹⁰⁷³ Zu den Lebensdaten Philipps siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 233.

¹⁰⁷⁴ So wird unter anderem der preußische König Friedrich Wilhelm gelobt, der durch seine peuplierungspolitischen Maßnahmen mehr „[...] Wirthschaft und Ordnung in allen Ständen der preußischen Lande“ geschaffen hat „[...] als in allen übrigen Welttheilen“ es der Fall war. Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat, eingeleitet von Keith Tribe (Nachdruck der Ausgabe von 1759, Leipzig) (Naturrecht und Rechtsphilosophie in der Neuzeit; 4), Goldbach 1998, S. 5. Auch schilderte er voller Lob, „[...] wie der große preußische Friedrich in seinen Landen, nicht nur täglich kleine Oerter in große, sondern so gar Wüsteneyen in die schönsten Wohnplätze verwandelt“ hatte. Zitat aus S. 3.

¹⁰⁷⁵ Siehe dazu die Einleitung von Keith Tribe in Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. VI.

¹⁰⁷⁶ Zitat aus Philippi, J. A.: Die wahren Mittel zur Vergrößerung eines Staats, Berlin 1753, S. 21.

vergrößert.“¹⁰⁷⁷ Diese grundlegende Erkenntnis führte dazu, dass bei Philippi zunächst einmal „[...] das erste Mittel, einen Staat zu vergrößern, (...) ein weiser Fürst“ das Fundament einer erfolgreichen Peuplierungspolitik darstellt.¹⁰⁷⁸ Dabei ist es von fundamentaler Wichtigkeit, dass man den heranwachsenden Fürsten primär im bevölkerungstheoretischen Denken unterweist, dass „[...] er in seinen sämtlichen Landen nichts habe, [was] so schätzbar sey, als seine Unterthanen.“¹⁰⁷⁹ Der Endzweck und das Ziel des in den Kameral- und Finanzwissenschaften unterrichteten Fürsten müssen dahin gehend gestaltet sein, „[...] durch die vernünftige Anwendung der fürstlichen Einkünfte und Gefälle, die Unterthanen zu beglücken und den Staat zu vergrößern.“¹⁰⁸⁰

Wie bei einigen seinen Vorgängern peuplierungstheoretischer Konzepte nahm bei Philippi der räumliche Aspekt eine sekundäre Stellung im bevölkerungstheoretischen Denken ein. Nach seiner peuplierungstheoretischen Auffassung ist, wie auch beim Antimachiavell Friedrichs des Großen, nicht derjenige Fürst der „[...] Vornehmste und Größte, der das meiste Land besitze“, sondern derjenige, „[...] der die mehresten Unterthanen unumschränkt beherrscht.“¹⁰⁸¹ In der Thematik der langsam aufkommenden Überbevölkerungstheorie stand der Kameralist Philippi ganz im Zeichen überzeugter Populationisten, weil, wenn man ihn fragen würde, „[...] ob in den älteren Zeiten mehr volkreich gewesen, als itzo, so würde ich solches sehr zuversichtlich mit ja beantworten.“¹⁰⁸² Damit deutete er zum Ersten darauf hin, dass es schon a) in der Antike populationistische Maßnahmen zur Erhöhung der Bevölkerungszahl gegeben hatte, b) diese auch erfolgreich umgesetzt worden waren und c) folgerichtig aufgrund der verfehlten Bevölkerungspolitiken der letzten Jahrhunderte in der Antike mehr Menschen den Erdboden bevölkert haben. Zu einem nachhaltigen Wachstum eines Territorialstaates gehört es, dass „[...] man alle erlaubte Mittel ergreift, einen Staat immer mehr und mehr zu bevölkern“, wobei trotz seiner radikal anmutenden

¹⁰⁷⁷ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 3.

¹⁰⁷⁸ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 4.

¹⁰⁷⁹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 11.

¹⁰⁸⁰ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 344. Dabei wies es auf die zahlreichen Ineffektivitäten älterer staatswissenschaftlicher Lehren hin. Der peuplierungspolitische „[...] Einfluß der Kammerverwaltung im Staate, der Umlauf des Geldes, der öffentliche Credit, das Gleichgewicht des ein- und ausländischen handels, der stärkere Verdienst des Volks, die Bevölkerung des Staats, die Richtschnur der Auflagen, und alle wesentlichen Hauptstücke überhaupt, wurde in der ehemaligen Staatswirthschaft gar nicht gedacht.“ Zitat aus S. 345.

¹⁰⁸¹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 43. Siehe zu seinen peuplierungstheoretischen Überlegungen vor allem das 3. Kapitel „Die Bevölkerung des Staats“, S. 43-97.

¹⁰⁸² Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 43.

populationistischen Ausrichtung der Nahrungsspielraum Berücksichtigung in seiner peuplierungstheoretischen Konzeptualisierung fand.¹⁰⁸³

Philippi wies nicht nur auf die Wichtigkeit der Ehe im Komplex bevölkerungstheoretischer Überlegungen und auf die damit verbundene Förderung der Heiraten bei den Untertanen hin, sondern rückte als erster Peuplierungstheoretiker die Heiratspolitik des Fürstenhauses in den Fokus peuplierungstheoretischer Instrumente, weil eine „[...] einzige glückliche Heirath eines Fürsten kann einem Staate mehr Unterthanen und Land“ herbeiführen und damit „[...] sein Reich mehr vergrößern, als die wichtigste gewonnene Schlacht.“¹⁰⁸⁴ Die Heiratspolitik fürstlicher Herrscher wurde bei Philippi in ihrer Zielsetzung verständlicherweise auch von machtpolitischen Gründen definiert, die allerdings auf Grundlage populationistischer Überlegungen konzipiert wurden. Zudem muss der Herrscher aus peuplierungspolitischer Verantwortlichkeit die Verehelichungen der Untertanen erleichtern und „[...] die mit vielen Kosten begleitete Hochzeiten und Taufen durch Gesetze wohlfeiler zu machen suchen, indem man die dabey eingeführten Betteleyen, Scheine, Vergünstigungen, Gebühren und übermäßigen Aufwand einschränket“, weil der Untertan zunächst „[...] sich nur vor dem Schmause und den Kirchengebühren (fürchtet).“¹⁰⁸⁵ Aus diesem Grund hat der „[...] itzt regierende preußische Monarch, der alles bemerkt, was seinen großen Staaten und seinen Unterthanen ersprießlich ist, (...) den Soldaten seiner Armee das Heirathen erleichtert, und die Trauscheine ohne Entgeld zu ertheilen, bey Dero Armeen aller gnädigst befohlen.“¹⁰⁸⁶

Trotz der offensichtlich negativen peuplierungspolitischen Wirkungen zölibatärer Lebensformen plädierte Philippi nicht auf deren gesetzliche Abschaffung, weil die „[...] Aufhebung der Religionsduldung aber (...) ein Land mehr arm an Unterthanen (machtet), als die Aufhebung von hundert Klöstern bevölkert.“¹⁰⁸⁷ Ein tolerantes pluralistisches Gesellschaftsklima hat ein größeres peuplierungspolitisches Potenzial zur Bevölkerung eines Landes als die bloße Liquidierung der Pfarreien und Klöster. Die Gewissens- und Glaubensfreiheit ist von elementarer Bedeutung, denn wer „[...] sein Land an Unterthanen schwächen will, der verbiete einige Religionen, und wer sein Land bevölkern will, der dulde

¹⁰⁸³ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 44.

¹⁰⁸⁴ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 46.

¹⁰⁸⁵ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 48. Exemplarisch führte Philippi ein Beispiel aus Thüringen an, dass zur solchen Lasten „[...] das Recht der ersten Nacht (gehöret)“, wobei die Untertanen, „[...] so heirathen wollen, der Herrschaft am Hochzeittage, des Nachts um zwölf Uhr, den sogenannten Kuttentpfennig erlegen müssen.“ Zitat aus S. 48f..

¹⁰⁸⁶ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 49.

¹⁰⁸⁷ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 54.

alle.“¹⁰⁸⁸ Aus geschichtlicher Perspektive lobte er die bevölkerungspolitischen Bemühungen antiker Großmächte, weil „[...] nirgends ist die Gewissensfreiheit weiter gegangen, als zu Rom und Athen.“¹⁰⁸⁹ Im Gegenzug könnte man die peuplierungspolitischen Intentionen gesetzlich mit der „[...] Ertheilung gewisser Freyheiten an die Aelteren, die mit Kindern überhäuft sind“, nachhaltig unterstützen und z. B. auch „[...] arme Mägdchen ausstatten“, um eine Verheiratung zu erleichtern.¹⁰⁹⁰

Seine radikale populationistische Ader bevölkerungswissenschaftlichen Denkens ging soweit, dass Philippi jedes menschliche Leben für die Wohlfahrt des Staates als vorteilhaft ansah und damit jede Gruppe von Menschen als peuplierungspolitisch förderbar mit einschloss. Bei ihm stand damit die Quantität vor der Qualität, was das Wachstum der Einwohnerzahl anbetraf. Er rechnete „[...] auch die lasterhaften, ungesunden, und gebrechlichen Unterthanen so nothwendig zum besten Staate als die Sünde zur besten Welt.“¹⁰⁹¹ Aber auch die Qualität der Menschen wurde nicht vollständig der Quantität aufgeopfert, weil Philippi im Zuge seiner Ausführungen zu den Schwangerschaften bei den Chinesen hinwies, die „[...] sich eines besondern Mittels, ihr Land mit geschickte und tugendhaften Menschen zu bevölkern“, bedienten, indem sie die Annahme, dass „[...] die starke Einbildungskraft der Schwangeren ungemein auf die Frucht wirke“, während der Schwangerschaftszeit optimal umzusetzen versuchten.¹⁰⁹²

Auch die bildungspolitischen Maßnahmen standen ganz im Zeichen „qualifizierter“ Peuplierungspolitik. Die sorgfältige Erziehung der Kinder „[...] ist so nothwendig, wenn der Staat durch selbige blühen, und sie mit Nutzen brauchen soll, als die Erziehung der Bäume, wenn man gute Früchte von ihnen begehret.“¹⁰⁹³ Sogar kann nach Philipphis Auffassung eine gute Bildungspolitik einen „Pull-Faktor“ für potenzielle Einwanderungswillige darstellen, weil wo „[...] die Jugend wohl erzogen wird, da blühen die Wissenschaften, da verschwinden die Laster, da werden die Sitten reizend, da schlagen die Wahrheit und die Tugenden ihre

¹⁰⁸⁸ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 133. Siehe zum religiösen Aspekt peuplierungstheoretischer Überlegungen das 5. Kapitel „Gewissensfreiheit“, S. 127-134.

¹⁰⁸⁹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 128. Allerdings lobte Philippi die positiven Wirkungen peuplierungspolitischer Policyverordnungen in Preußen, die „[...] auf ewig den Vortheil von der Aufnahme der Vertriebenen, und von der Duldung der Religionen“ bewirkten. Zitat aus S. 133. In Zuge seiner Forschungen gelangte er zur Erkenntnis, dass „[...] die Schönheit unserer [also der preußischen, Anm. d. Verf.] Policy, von der Schönheit der römischen noch gar weit entfernt sey.“ Zitat aus S. 292.

¹⁰⁹⁰ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 55f..

¹⁰⁹¹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 57.

¹⁰⁹² Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 59. Deshalb empfahl Philippi am besten während einer Schwangerschaft „[...] die Thaten des itztigen preußischen Monarchen erzählen [zu] lassen, und, um mit gründlichen erhabnen Gedanken einzuschlafen, (...) seine Schriften [zu] lesen, bis die Natur den Schlaf beehrte.“ Zitat aus S. 59.

¹⁰⁹³ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 257.

Wohnplätze auf, da werden die Ausländer lüstern nach dieser Speise, sie vertrauen uns ihre Kinder an, und zugleich ihre Gelder.“¹⁰⁹⁴ Zudem würde die rechtliche Gleichstellung unehelicher Kinder und die damit verbundene Beseitigung der gesetzlichen Benachteiligungen sowie die Legitimierung der Polygamie sehr viel „[...] zur besseren Bevölkerung der Staaten“ beitragen.¹⁰⁹⁵ Würde ein Fürst ein sehr fruchtbares und unbewohntes Land bekommen, „[...] wo den ersten Bewohnern einträgliche Stücken Lands umsonst angewiesen würden, und solche folglich viele Kinder ernähren könnten, so hielte ich zu guter und baldiger Bevölkerung, die Vielweiberey, in soferne solche da selbst erlaubt wäre, für das beste Mittel.“¹⁰⁹⁶ Diese vorsichtige Aufmunterung zur Polygamie sowie die leise Kritik an den zölibatären Lebensformen liegen wahrscheinlich darin begründet, dass Philippi sich nicht mit seinen peuplierungstheoretischen Überlegungen den Ärger und Argwohn der katholischen Kirche zuziehen wollte. Da vor allem die Laster wie Ehebruch und Hurerei, „[...] solange Menschen Menschen sind, doch nicht gänzlich aufhören werden, so ist es sehr vortheilhaft, wenn, besonders in großen Residenzen Findlingshäuser angelegt und unterhalten werden“, um die aus diesen Verbindungen hervorgehenden Kinder unter der Obhut staatlicher Aufsicht für dessen Wohlfahrtssteigerung zu instrumentalisieren und brauchbar zu machen.¹⁰⁹⁷

Ebenso nahm der medizinpolizeyliche Aspekt bei Philipphis bevölkerungstheoretischer Konzeptualisierung einen wichtigen Bereich ein, weil die Erfahrung ihn lehrte, dass „[...] sehr viele Menschen sterben, ohne einen Arzt oder Wundarzt in ihrer Krankheit gebraucht zu haben.“¹⁰⁹⁸ Zu dem zählte auch die staatliche Aufsicht über die Ärzteausbildung, wo die Ärzte z. B. in „[...] den preußischen Landen (...) eine öffentliche Probe ihrer Geschicklichkeit ablegen müssen, als ohne welche sie nicht practizieren dürfen“, zu den Notwendigkeiten peuplierungspolitischer Gesetzgebung, um die Mortalitätsziffern bei fehlerhaften Behandlungen und medizinischen Versorgung zu senken und der damit verbundenen Entvölkerung entgegenzuwirken.¹⁰⁹⁹

¹⁰⁹⁴ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 257f.. Die Wirkung peuplierungspolitischer Bildungspolitik kann soweit reichen, dass die „[...] Kinder der Ausländer (sich) scheuen (...) in ihr Vaterland wieder zurückzukehren.“ Zitat aus S. 257f.. In diesem Zusammenhang bildungspolitischer Maßnahmen verwies A. Philippi auf das Buch „Aufrichtiger Vorschlag“ von L. Lau, dessen Abhandlungen, vor allem in Bezug auf die universitäre Politik, vorbildhaft waren. Siehe dazu S. 352.

¹⁰⁹⁵ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 60f..

¹⁰⁹⁶ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 65.

¹⁰⁹⁷ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 69.

¹⁰⁹⁸ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 70.

¹⁰⁹⁹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 69f..

Sogar seine kriminalistischen Überlegungen waren von populationistischen Gedanken geprägt und zeugen von seiner Radikalität peuplierungstheoretischer Überlegungen. Da zur „[...] Bevölkerung (...) auch die Minderung der Lebensstrafen und Landesverweisungen (gereicht)“, war Philippi der Überzeugung, dass „[...] die Menschen sich öfters bey den Todesurtheilen genädiger bezeigen würden, wenn ihnen, wie sich im ersten Capitel gezeiget, der wahre Satz in der Jugend beygebracht worden wäre, daß sie in ihren Staaten nichts schätzbares hätten, als die Unterthanen.“¹¹⁰⁰ Denn ein „[...] lebendiger Delinquent kann vom ganzen Staate genutzt werden, ein todter aber nur von Thieren.“¹¹⁰¹ Sehr kritisch bemerkte Philippi, dass „[...] wir nur ein einziges Mittel (haben), Menschen in die Welt zu setzen, und mehr als hundert tausend, sie herauszunehmen.“¹¹⁰² Auch muss ein Staat, „[...] so sich volkreich sehen will, das Faustrecht, ich meyne die Zweykämpfe, aufs Schärfste verbieten, und bestrafen, sonst kann ein einziger Zänker und Balger, in einem Jahre so viele ermorden, als nur jung werden können.“¹¹⁰³ Diesen bevölkerungsbezogenen Dezimierungspotenzialen kann der Staat mittels peuplierungspolitischen Verordnungen gesetzlich entgegenwirken. Die offensive „[...] Anwerbung fremder Unterthanen ist ebenfalls ein unvergleichliches Mittel zu Bevölkerung eines Staats“, wobei er diesem peuplierungspolitischen Instrument den Vorrang vor der Heiratsförderung gab, denn wer „[...] durch dieses Mittel sein Land bevölkern will, der wird seinen Endzweck schneller erreichen, als derjenige, so es durch Beförderung der Heirathen bevölkert.“¹¹⁰⁴ Da die „Hoffnung zur Erhaltung neuer Vortheile (...) die einzige Triebfeder aller menschlichen Handlungen“ ist, muss der Regent bei der Gestaltung der Einwanderungspolitik in „[...] die Gemüthsneigungen und Bedürfnisse der neuen Unterthanen, so man ins Land ziehen will, ein Einsehen haben“ und „[...] ihnen mehr Vortheil versprechen und liefern, als sie in dem Lande besitzen, worinnen sie befindlich sind.“¹¹⁰⁵ Um eine anwerbungsoffensive Bevölkerungspolitik zur Steigerung der Population

¹¹⁰⁰ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 73.

¹¹⁰¹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 73.

¹¹⁰² Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 73.

¹¹⁰³ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 84.

¹¹⁰⁴ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 74. Diese Priorisierung offensiver Anwerbungspolitik gegenüber der Förderung der Verehelichung begründete er mit einem Vergleich eines „[...] weisen Gärtner[s], welcher aus den Kernen seiner Früchte eine Baumschule anlegt, so ihn wenig kostet. (...) Wer aber durch Anwerbung neuer Unterthanen sein Land zahlreich macht, den vergleiche ich mit einen reichen Herrn, welcher den Nutzen einer Baumschule erkennt, und, um schnell davon den Nutzen ziehen zu können, keine Kosten scheuet, große Bäume zu kaufen und zu setzen, weil nach einigen Jahren die angelegten Gelder dennoch reichlich Zinsen tragen. Der erste hat wenig Kosten, aber späteren Nutzen, bey dem andern hingegen ist es umgekehrt.“ Zitat aus S. 74. Die peuplierungspolitischen Ziele sind somit mit der kostenintensiven Anwerbungspolitik schneller als durch die Förderung einheimischer Ehen zu realisieren und deswegen ein wichtigeres Instrument peuplierungspolitischer Konzepte.

¹¹⁰⁵ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 74f..

schneller zum Erfolg zu bringen, empfahl er denjenigen „[...] Staaten, so ihre Armeen zum Theil außerhalb Landes ergänzen, ihre[n] Werbeofficiers auftrügen, gelegentliche Künstler, Handwerker und Ackerleute, und wenn es auch mit einem mäßigen Handgelde verknüpft wäre, auf beständig mit ihren Familien ins Land zu ziehen.“¹¹⁰⁶ Ein absolutistischer Staat wird durch „[...] die Armeen (...) nicht nur sicher, sondern auch durch Anwerbung der Ausländer, volkreich.“¹¹⁰⁷ Allerdings sollte man „[...] besonders dafür (...) sorgen (...), daß solche Handwerker und Künstler ins Land gezogen würden, dergleichen im Lande fehlen.“¹¹⁰⁸ Philippi erwähnte zudem, wenn ein Land „[...] Mangel an Unterthanen hat, so muß man die neuangelegten Oerter mit Ausländern besetzen, kann man aber hierzu Einländer haben, so sind diese allerdings vorzuziehen, sonst gehen selbige, weil sie sich nicht ansetzen können, außerhalb Lands.“¹¹⁰⁹ Weiterhin müsste man im Inland, wenn man die angeworbenen Landwirte ansetzen will, alles Nötige vor ihrer Ankunft vorbereiten und „[...] durch Einheimische die Oerter urbar machen und bebauen lassen, ehe ich die Ausländer zur Besitznehmung rief“, weil der „[...] bloße Ruf, daß sie auf wüsten Oertern wohnen sollen, schreckt viel tausend ab, und die viele Arbeit, so zum urbar machen erfordert wird, hält ebenso viel Ausländer zurück.“¹¹¹⁰ Hierbei wird eine raumwirksame Folge dieser peuplierungstheoretischen Überlegung deutlich, da wenn „[...] hingegen die Rohdungen den gebornen Unterthanen oder der Armee aufgetragen würden, so würde die Rohdung mit weniger Kosten bestritten, es würde die Arbeit besser gemacht, sie käme eher zu Stande, viel Betrug würde dabey vermieden, und die Ausländer würden mehr gereizet, zu uns zu kommen, wen es hieße: Kommet herein, es ist alles bereit.“¹¹¹¹ Um den Raum optimal mit Menschen zu bevölkern, wies Philippi auf die Verhinderung der Durchsetzung fürstlicher Peuplierungspolitik durch die intermediären Gewalten hin. Dabei wäre es aus peuplierungstheoretischer Sicht von Vorteil, [...] wenn ein regierender Fürst beföhle, dass wenigstens alle hohe und niedrige Schulen, Kirchen, Armen-, Waisen- und Krankenhäuser, und alle Städte ihre Aemter und Verwaltungen (es möchte dieser Acker Ritterland seyn oder nicht), dergestalt mit Ackersleuten [zu] besetzen (...), daß der Beamte von selbigen nicht weiter, als einen Gerichtshalter, Aufseher und Einnehmer vorstellte.“¹¹¹² In diesem

¹¹⁰⁶ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 77.

¹¹⁰⁷ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 99. Siehe dazu auch das 4. Kapitel „Die Armeen“, S. 98-126.

¹¹⁰⁸ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 77.

¹¹⁰⁹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 97.

¹¹¹⁰ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 79.

¹¹¹¹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 79.

¹¹¹² Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 80.

Zusammenhang wies Philippi auf die römische Bevölkerungspolitik hin, die vorbildhaft für die neuzeitliche Peuplierungspolitik sein sollte: „Ehret die Gelehrten, und gebet ihnen zuträgliche Stellen, unterscheidet die Künstler, mit höflichen Betragen und Wohlthun von dem gemeinen Manne, und leget dem gemeinen Manne nicht mehr Last auf, als er zu tragen vermag – so wird es in einem Lande an neuen Einwohnern nicht mangeln.“¹¹¹³ An diesem Beispiel wird auch bei Philippi ersichtlich, dass die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik keineswegs in ihren Mitteln und Instrumenten ausschließlich Innovationen hervorgebracht hatte, sondern vielmehr auf der Grundlage antiker, vor allem römischer und athenischer, aber auch außereuropäischer Kulturen, ihre neuen demographischen und geistigen Erkenntnisse mit den älteren bevölkerungstheoretischen Überlegungen verbanden.

Trotz seiner radikalen populationistischen Ausführungen behielt Philippi den Raum immer im Blickpunkt seiner peuplierungstheoretischen Überlegungen. Ganz im populationistischen Credo kann man zwar „[...] zu viel Staatsbedienten, aber nicht zu viel Unterthanen haben, [d]enn es verhält sich anders mit solchen leuten, die sich selbst ihr Brodt verdienen, als mit denen, welchen der Staat Gehalte auszahlet.“¹¹¹⁴ Er wüsste „[...] nur alsdenn die Anzahl der Arbeiter zu groß zu nennen, wenn die Schatzkammer der Landesherrn nicht mehr Raum genug hätten, ihren einbringenden Vortheil zu verwahren.“¹¹¹⁵ Die einzige räumliche Begrenzung wäre demnach in Philippis peuplierungstheoretischen Ausführungen die Schatzkammer, um die Gewinne einer erfolgreich betriebenen Bevölkerungspolitik unterzubringen. Bei den radikalen Peuplierungstheoretikern nahm der (Natur-) Raum keine so große begrenzende Funktion ein. Zu einer erfolgreichen Peuplierungspolitik gehörte eben auch, dass „[...] alle wüste liegende Oerter urbar gemacht werden.“¹¹¹⁶ Deswegen ist bei einer optimierteren Raumausnutzung sehr vorteilhaft, dass „[...] bey überflüssigen Holze, oder bey unbequemen zum Absatz liegenden Waldungen, selbige ganz oder zum Theile niedergehauen, die Plätze hiernächst zu Acker gemacht, bebauet, und besetzt werden.“¹¹¹⁷ Bei der Neuanlegung dörflicher Strukturen sollte jeder Bauer „[...] sein Haus fast auf die Mitte seines Ackers [positionieren], und das sämmtliche Land (...) mit solcher Hecke umgeben,

¹¹¹³ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 75f..

¹¹¹⁴ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 83.

¹¹¹⁵ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 83.

¹¹¹⁶ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 88.

¹¹¹⁷ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 88f.. Sollte „[...] aber das Holz aus Geiz oder Noth der Eigenthümer sehr rar werden (...), da bringe ich die baldige Ansetzung der bekannten Lerchenbäume in Vorschlag.“ Diese wären aus peuplierungspolitischer Sicht sehr elementar, da wenn „[...] man aber das Holzansetzen (versäumet), als eine nicht höchstnothwendige Sache, so ist der natürlich darauf folgende Schaden, daß die Bewohner solches entblößten Striches, um nicht zu erfrieren, davon laufen müssen.“ Zitat aus S. 89.

welche sich mit einer eben so schönen Hecke vom Nachbar vereinigte.“¹¹¹⁸ Die Städte müssten, um erfolgreich peupliert zu werden, in erster Linie dort angelegt werden, „[...] wo fließend Wasser ist, da sind nicht nur Fische, sondern alle Lebensmittel wohlfeiler, [w]o fließend Wasser ist, da ist es angenehm zu wohnen, wo es aber angenehm und wohlfeil ist, da versammeln sich die Menschen gerne, da lassen sie sich häuslich nieder, da wird Handel und Wandel getrieben, da wächst der Absatz der Waaren, da wird ein Ort groß und ansehnlich, da wird ein Staat.“¹¹¹⁹ Der Raum definiert die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Bevölkerungssteigerung einer Stadt. Ist dank der richtigen räumlichen Positionierung eine Stadt „[...] gehörig volkreich, und es fehlet also in selbigen an Wohnung, mehrere Menschen zu umfassen, so ist es allerdings eine weisliche Anstalt, entweder Vorstädte anzulegen, oder wenn solches wegen Mangel des Raums, nicht geschehen kann, so ist es nöthig, in kleinen Entfernungen Spinndörfer, ich meyne Dörfer, ohne Aecker, oder wo noch ungebautes Land liegt, ordentliche Dörfer anzulegen.“¹¹²⁰ Zudem ist aus peuplierungstheoretischer Perspektive die „[...] Anlage neuer Städte“ gegenüber den Dörfern vorzuziehen, „[...] denn die Städte entrichten dem Staate gewissen Dienste, die man aus den Dörfern nicht ziehen kann.“¹¹²¹ Zur besseren Realisierung peuplierungspolitischer Maßnahmen und zum effektiveren Erkennen raumgebundener Potenziale muss ein Fürst „[...] sowohl von allen Provinzen, als allen seinen Städten, Aemtern, Dörfern, und Meyereyen ganz genaue richtige Special-Karten haben“, die die „[...] richtige Größe und Namen der Oerter und der Aecker (enthalten), (...) ihre Lage und Nachbarn (zeigen), das wüste liegende Land die Brücher, die Wiesen, die Büsche und Holzungen, alles dieses (...) nebst Gräben, Flüssen, Seen und Teichen, nach geschehener Vermessung, richtig aufgetragen werden.“¹¹²² Weil aus peuplierungstheoretischer Perspektive „[...] der größte Reichthum eines großen Monarchen, lediglich auf der Menge der Unterthanen beruhet, so wird selbiger aus denen jährlichen Verzeichnissen, welche er auszugsweise erhalten kann, die Vermehrung oder Abnahme derselben, nebst den dabey billig zu verzeichnenden Ursachen, stets mit Nutzen ersehen.“¹¹²³ Die Aufnahme demographischer und räumlicher Gegebenheiten und Potenziale ist zur Optimierung der Realisierung

¹¹¹⁸ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 86. Die kulturlandschaftsprägenden Folgen peuplierungspolitischer Maßnahmen zeugen in theoretischer Hinsicht von der Raumwirksamkeit bevölkerungstheoretischer Überlegungen. Hierbei deutete Philippi darauf hin, dass „[...] alle Dörfer in Westfalen auf diese Art abgelegt sind.“ Zitat S. 86.

¹¹¹⁹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 87.

¹¹²⁰ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 88.

¹¹²¹ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 89. Auch hierbei wird die Politik Friedrichs des Großen „[...] bey den Städten Bernau und Königsberg“ gelobt und als vorbildhaft dargestellt. Zitat aus S. 93.

¹¹²² Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 347f..

¹¹²³ Zitat aus Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat ... , S. 350.

peuplierungspolitischer Ziele wie bei einigen vorhergegangenen bevölkerungstheoretischen Abhandlungen von elementarer Bedeutung, um die Wohlfahrt des Staates schnellst möglich zu erreichen. Aufgrund der raumbundenen Funktionalisierung dörflicher und städtischer Strukturen kann man bei Philipppis peuplierungstheoretischer Konzeptualisierung die kulturlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen theoretisch erfassen und in ihren Wirkungssträngen nachvollziehen.

3.11. Josef Freiherr von Sonnenfels (1733-1817)

Der Kameralist J. v. Sonnenfels war nicht nur einer der letzten bedeutendsten Vertreter des Populationismus im 18. Jahrhundert, sondern auch einer der letzten Figuren der Kameralistik.¹¹²⁴ Nach seiner populationistischen und peuplierungstheoretischen Prämisse muß ein kluger Staat bemüht sein, die „[...] Bevölkerung auf das höchste zu treiben, auf das höchste, nämlich, als durch die in ihrer Gewalt stehenden Mittel möglich ist“, um die Wohlfahrt des Staats zu verbessern.¹¹²⁵ Der spätere Wiener Universitätsprofessor für Policey- und Kameralwissenschaften war einer der einflussreichsten Vertreter kameralistischen Populationismus. Unter dem starken Eindruck der Aufklärung traten bei der Bevölkerungsfrage der fiskalische Nutzen und der Machtzweck in den Hintergrund. Im Mittelpunkt seiner Gesellschaftsauffassung stand die Bevölkerungsfrage. Wie bei keinem anderen Peuplierungstheoretiker war sein Hauptanliegen nicht die bloße Steigerung der Bevölkerungszahl, sondern die Vergrößerung der Gesellschaft. Er verzahnte die philanthropische Gesellschaftstheorie der Aufklärung mit der im Kameralismus zentrierten Peuplierungspolitik der Frühen Neuzeit zu einer symbiotischen Staatswirtschaftslehre. Je „[...] mehr Menschen, desto mehr Bedürfnisse, desto vielfältiger die Nahrungsmenge von innen, (...) je mehr Hände, desto häufiger die Erzeugnisse des Erbaues und Fleißes“, so lautete der Hauptgrundsatz seiner kameralistischen Peuplierungstheorie.¹¹²⁶ Der Kameralist Sonnenfels berücksichtigte bei seiner bevölkerungstheoretischen Konzeptualisierung zudem den energetischen Aspekt wachsender Bevölkerungszahlen, weil je „[...] mehrere Bürger, desto mehrere, die zum öffentlichen Aufwande beytragen“, die wiederum somit mehr Energie zur Nutzung der landschaftsgebundenen Ressourcen bereitstellen können.¹¹²⁷ Deswegen ist es aus bevölkerungstheoretischen Gründen sinnvoll, auf die räumliche Tragfähigkeit zu schauen,

¹¹²⁴ Zu den Lebensdaten Sonnenfels siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 286f.. Zu den peuplierungspolitischen Ansichten Sonnenfels siehe auch Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus ... , S. 72-83.

¹¹²⁵ Zitat aus Sonnenfels, J. v.: Grundsätze der Staatspolicey, Handlung und Finanzwissenschaften, 8. Aufl., München 1819, S. 29.

¹¹²⁶ Zitat aus Sonnenfels, J. v.: Grundsätze ... , S. 30.

¹¹²⁷ Zitat aus Sonnenfels, J. v.: Grundsätze ... , S. 31.

weil wo „[...] jedermann seinen Unterhalt finden kann (...), sind starke Gliedmaßen, und der Wille zu arbeiten, ein zureichender Brautschatz.“¹¹²⁸ Vor allem betrauerte er die vielerorts „[...] überhandnehmende Ehelosigkeit [der] ganze[n] Klasse der Mittelmäßigbegüterten“, die aufgrund egoistischen Verhaltens und finanzieller Nöte „[...] dem Staate den Zins an Kindern zu schenken“ verweigerten.¹¹²⁹ Zudem kritisierte er die Ehehemmnisse der Soldaten, die „[...] der Bevölkerung eine beträchtliche Anzahl eben derjenigen Leute entzieht, die ihre Jugend und Gesundheit wegen zu derselben beträchtlich beytragen könnten.“¹¹³⁰ Die Kritik zölibatärer Lebensformen formulierte der zum Katholizismus konvertierte Sonnenfels recht vorsichtig und empfahl aus peuplierungstheoretischen Gründen zumindest ein Mindestalter einzuführen, „[...] vor welchem die feyerliche Gelübdsablegung der Ordensleute ungültig ist, damit nicht Jünglinge, und Mädchen, welche die Reizungen der Welt nicht kennen, und die Stimme der Natur in sich noch nicht vernommen haben, zufrühe einen Stand entsagen, den sie nacher desto anziehender finden, je weniger Hoffnung sie haben, in denselben jemals zurückzukehren.“¹¹³¹ Mit dieser peuplierungspolitischen Ausführung implizierte er aber dennoch, dass der zölibatäre Stand nicht nur den peuplierungstheoretischen Aspekten, sondern auch der Natur zuwider sei.

Seiner Symbiose von populationistisch-machtpolitischen und aufklärerisch-philanthropischen Elementen lag ein Erziehungsgedanke zugrunde, der eine Instrumentalisierung der Kirchen zur sittlich-moralischen Erziehung der Menschen als Ziel anstrebte. Die Abkehr von einem rein quantitativen Populationismus älterer Kameralisten fand in der Zeit des protoindustriellen Pauperismus bei Sonnenfels nun endgültig ein Ende. Seine Vorschläge zur Erhöhung der Bevölkerungszahl halten sich im Rahmen des konventionellen Populationismus. Zur Erreichung seiner Zwecke forderte Sonnenfels die genaue Erfassung der Bevölkerungsverhältnisse. Die Erfassung der Daten aus Kirchenbüchern hielt er für nicht mehr ausreichend und zuverlässig.

3.12. Johann Peter Frank (1745-1812)

Der Mediziner J. P. Frank verfasste die wohl bekannteste medizinische policywissenschaftliche Schrift, in der er explizit darauf hinwies, dass die Wohlfahrt des

¹¹²⁸ Zitat aus Sonnenfels, J. v.: Politische Abhandlungen (Nachdruck der Ausgabe von Wien, 1777), Aalen 1964, S. 245f..

¹¹²⁹ Zitat aus Sonnenfels, J. v.: Politische Abhandlungen ... , S. 356.

¹¹³⁰ Zitat aus Sonnenfels, J. v.: Politische Abhandlungen ... , S. 241f..

¹¹³¹ Zitat aus Sonnenfels, J. v.: Politische Abhandlungen ... , S. 254.

Staates auf gesunden Untertanen basiere.¹¹³² Er erkannte, dass die Höhe der Sterblichkeit eng mit dem Wissensstand medizinischer Wissenschaft und öffentlicher Gesundheitspflege zusammenhing. Das peuplierungspolitische Problem jener Zeit war, dass die Medizin noch stellenweise vom Scholastizismus und Galenismus des 16. Jahrhunderts befangen war.¹¹³³ Während seiner Tätigkeit als Landphysikus in Rastatt und Bruchsal errichtete er eine Hebammenlehranstalt, um den Geburtshelfern die nötige Qualifikation zu lehren.¹¹³⁴ Krankheit führt zu einer Verschwendung menschlicher Ressourcen, die sich kein Staat auf Dauer leisten kann. Er erkannte den Kontext zwischen Krankheit und Armut und forderte staatliche Eheförderung und wissenschaftliche Geburtshilfe. Er verstand Gesundheit als einen bürgerlichen Wert, der sich mit Moral, Tüchtigkeit, Fleiß, Leistung, Pflicht und Effizienz verband.

Eine staatliche Gemeinschaft „[...] hat eine[n] Zuwachs elender und siecher Körper für eine[n] Haufen müßiger Kostgänger zu betrachten, deren Unterhalt die Verwendungen der geschäftigen Klasse verdoppeln muß, und es ist also das Mittel, die Zahl der Einwohner eines Landes zu vermehren, dem Staat nachtheilig, wenn man davon voraussehen kann, daß es jene der Gebrechlichen vermehren müsse.“¹¹³⁵ Franks populationistisches System basierte auf der Vorstellung, alle vorhandenen menschlichen Ressourcen so gesund zu erhalten, dass sie dem Staat mehr Energie und Produktivität entgegen bringen können. Deshalb müsse die Policygesetzgebung den armen „[...] ledigen Weibspersonen, besonders jungen fruchtbaren Wittwen (...) überhaupt, Mädchen von einem gesunden vielversprechenden Körper“ soviel staatliche Hilfe gewähren, um aus ihnen, ganz im peuplierungstheoretischen Sinne, „[...]

¹¹³² Siehe dazu Frank, J. H.: System einer vollständigen medicinischen Policey, Mannheim 1784-1819. Siehe auch Thakkar-Scholz, A.: Der „Wert des Menschen“ ... , S. 101-103. Diese von Frank geschriebene Staatskunde der medizinischen Policey stellt eine sehr gute Zusammenfassung aller wissenschaftlicher hygienischer und sozialmedizinischer Reformbestrebungen seit der Zeit der Aufklärung dar.

¹¹³³ Der Terminus der Scholastik umschreibt eine Epoche der Wissenschaftsgeschichte von ca. 1050-1500, die durch einen Verwissenschaftlichungsprozess theologischer, philosophischer und naturwissenschaftlicher Fächer unter Hinzuziehung aristotelischer Verfahrensweise und das intensiven Verlangen nach einer rationaleren Auseinandersetzung mit meist christlich-dogmatischen Glaubenssätzen charakterisiert wird. Vorallem in der Zeit der Aufklärung wurde der Begriff „Scholastizismus“ im Hinblick neugewonnener revolutionärer geistiger Erkenntnisse stark abwertend verwendet.

Der „Galenismus“ beschreibt die medizintheoretische Lehre des antiken Arztes C. Galenus (ca. 129-199), der die Erklärung physiologischer und biologischer Vorgänge in Einklang mit den philosophischen Gedanken Platons und Aristoteles brachte und damit die Medizin über 1000 Jahre in Europa uneingeschränkt prägte. Kernpunkt seiner Lehre war unter anderem die von Hippokrates (ca. 460 v. Chr.–370 v. Chr.) theoretisierte „Viersäftelehre“, welche von vier Säften, nämlich Blut, Schleim, gelbe und schwarze Galle ausging. Erst die richtige Harmonie der vier Säfte (Eukrasie) stellt nach der galenischen Gesundheitslehre den wahren Gesundheitszustand eines Menschen wieder her.

¹¹³⁴ Zu den Lebensdaten Franks siehe Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon ... , S. 103.

¹¹³⁵ Zitat aus Frank, J. H.: System einer ... , S. 99f..

nützliche Mütter im Staate“ zu machen.¹¹³⁶ Nahmen gesunde Bevölkerungsgruppen an der natürlichen Reproduktion nicht aktiv teil, so interpretierte der Mediziner Frank dies als ein staatsschädigendes Verhalten. Vor allem das immer wieder bei den kameralistischen Peuplierungstheoretikern kritisierte „[...] ehelose Leben bey erwachsenen gesunden Menschen (...) ist für den Staat ein unmöglich gleichgültiger Zustand“, den man mithilfe gezielter peuplierungspolitischer Policygesetzgebung entgegenwirken müsste.¹¹³⁷ Diese ineffektive Nutzung anthropogener Reproduktionspotenziale führte dazu, dass es „[...] Städte, Flecken und Dörfer (giebt), wo der, auch wohlhabende, gesunde Bürger, nicht über 2, oder höchstens 3 Kinder hat, und auch nie mehr zeugen wird.“¹¹³⁸ Es mag somit durchaus ein gesellschaftlich-kulturelles Problem jener Zeit sein, dass solche Menschentypen so „[...] einen naturwiedrigen Umgang pflegen und (...) Wege einschlagen, die den Absichten des Schöpfers stark entgegen“ wirken.¹¹³⁹ Franks eugenisches Programm forderte zudem ganz eindringlich, dass „[...] kein Mittel so kräftig seyn würde, unserem Geschlecht an Stärke und Gesundheit wieder aufzuhelfen, daß folglich durch nichts ein Staat blühender gemacht werden könnte, als daß man das Zeugungswerk durch Ausmusterung aller solcher, welche nur schlechte Saamen in den Acker säen, auf einen bessern Fuß setzte, und daß man der Klasse von siechend und elenden Menschen die Gewalt entzöge, ihren unbesonnenen Trieben eine halbe Nachwelt aufzuopfern.“¹¹⁴⁰ Franks eugenischer Zugang darf hier allerdings nicht mit den sozialdarwinistischen Tendenzen des späten 19. Jahrhunderts gleichgesetzt werden, sondern muss eher in den Rahmen Menschen veredelnder Präventionsarbeit spätkameralistischen Populationismus eingeordnet werden.¹¹⁴¹

Später führte Chr. G. Körner (1756-1831) den Gesundheitsgedanken Franks weiter und deutete auch auf die im aufgeklärten-absolutistischen Staat innewohnende Fürsorgepflicht hin.¹¹⁴² Mithilfe von Bevölkerungs- und Gewerbestatistiken habe der Staat seine Daten zu erfassen, um Missstände wie Krankheiten zu beheben, politische Maßnahmen rational zu planen und effizient durchführen zu können. Bei Körner verknüpfte sich der „alte“ kameralistische Populationsgedanke mit einigen liberalen Überlegungen in volkswirtschaftlichen Kontexten.

¹¹³⁶ Zitat aus Frank, J. H.: System einer ... , S. 212.

¹¹³⁷ Zitat aus Frank, J. H.: System einer ... , S. 192.

¹¹³⁸ Zitat aus Frank, J. H.: System einer ... , S. 406.

¹¹³⁹ Zitat aus Frank, J. H.: System einer ... , S. 406.

¹¹⁴⁰ Zitat aus Frank, J. H.: System einer ... , S. 379.

¹¹⁴¹ Siehe dazu auch Fuhrmann, M.: Volksvermehrung ... , S. 101.

¹¹⁴² Körner, Ch. G.: Über den staatswirtschaftlichen Werth eines Menschenlebens, o. J. und o. O. Siehe dazu auch Thakkar-Scholz, A.: Der „Wert des Menschen“ ... , S. 106-108.

4. Zusammenfassung: Die Definierung eines differenzierten Peuplierungsbegriffs

Die Anfänge einer wissenschaftlichen Betrachtung des Phänomens Bevölkerung im deutschsprachigen Raum sind eng mit der Entwicklung des absolutistisch-kameralistischen Systems im 17. Jahrhundert zu sehen. Deswegen sind die bevölkerungstheoretischen Konzepte unbedingt in die staats- und wirtschaftstheoretischen Diskurse jener Zeit einzubetten, die das Streben und die Sicherstellung politischer Unabhängigkeit, Handlungsfähigkeit, Wirtschaftskraft und Wohlfahrt – also staatlicher Souveränität – als das meist diskutierte politische Geschehen des Zeitalters thematisierten. Sowohl die neuen ökonomischen Denkansätze des frühneuzeitlichen Merkantilismus als auch die verheerenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges beeinflussten die Theorien der Peuplierungspolitik maßgeblich. Die Grundlage jeder Peuplierungstheorie und -politik war, dass die Macht und der Reichtum eines Landes in der ständigen Vermehrung der Bevölkerung bestehen. Peuplierungspolitik wurde im Zeitalter des Kameralismus immer „kompetitiv“ konzipiert und betrieben, d. h. auf der Basis von territorialherrschaftlichen Wettbewerbsgesichtspunkten, also im Vergleich zu anderen Territorialstaaten. Die Peuplierungspolitik umfasste auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse der vorhergegangenen differenzierten theoriegeschichtlichen Analyse frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik die Gesamtheit aller zielgerichteten Einwirkungen auf die Genese einer Bevölkerung.

Einschneidende politische, religiöse, wirtschaftliche, geistesgeschichtliche und demographische Ereignisse wie die beginnende globale Verflechtung handelsreibender Staaten, die zunehmende politische Zersplitterung und Konfessionalisierung des Deutschen Reiches in autonome absolutistische Territorialstaaten, die aufkeimende Wissenschafts- und Diesseitsbegeisterung der Renaissance, des Humanismus und der Reformation, das intensive Vertrauen in die Vernunft sowie der unumstößliche Fortschrittsglaube der Aufklärung als auch die wirkungsmächtigen demographischen Folgen zahlreicher Kriege stehen im Kontext frühneuzeitlicher Bevölkerungstheorien kameralistischer Denker. Es sind die verschiedensten Entwicklungen, die das peuplierungstheoretische Denken nach dem Dreißigjährigen Krieg nachhaltig geprägt haben. In der Anfangszeit oftmals zeitlich ungeheuer dicht gedrängt, scheinen die großen demographischen, wirtschafts-, staats- und bevölkerungstheoretischen Entwicklungslinien im Prozess der Verwissenschaftlichung peuplierungspolitischer Theorien zunächst seltsam beziehungslos nebeneinanderzustehen. Erst zum Beginn des 18. Jahrhunderts und in der Rückschau bevölkerungswissenschaftlichen Denkens wird erkennbar, dass das peuplierungstheoretische Wissen kameralistischer Denker jener Zeit über

ihre Welt und über prozessuale und strukturelle Entwicklungen von Bevölkerungsgegebenheiten explosionsartig seit 1650 zugenommen hat.

Die beginnende Frühe Neuzeit wurde kulturell vom Glanz der Renaissance überstrahlt, die damit verbundene Wiederentdeckung antiker Literatur initiierte unter anderem einen sich langsam verstärkenden Säkularisierungsprozess bevölkerungswissenschaftlichen Denkens, der, begleitend durch religionskritische Strömungen wie dem Agnostizismus, Deismus oder Pantheismus, säkulare Spuren in der Konzeptualisierung peuplierungstheoretischer Überlegungen hinterließ und einen unbefangeneren, rationaleren, naturalistischeren und utilitaristischeren Zugang zum Objekt „Bevölkerung“ ermöglichte – die Profanierung der Bevölkerungspolitik aus dem christlich-theologischen Bereich hin zum kameralistischen Lehrgebäude ist in der Frühen Neuzeit eingeleitet und vollzogen worden. Die Entdeckung neuer natürlicher Regelmechanismen demographischer Gegebenheiten, ja des Menschen überhaupt und seines Glückverlangens, prägten sowohl das bevölkerungswissenschaftliche Denken als auch das barocke Lebensgefühl insgesamt. Dem menschlichen und politischen Handeln schien sich ein bisher ungeahnter Gestaltungsspielraum zu öffnen, der sich primär auf die Zukunft und das Diesseits richtete und sich nicht mehr ausschließlich an einer idealtypischen Vergangenheit oder am Jenseits orientierte. Wie viele andere Wissenschaften der damaligen Zeit nahm auch die „Bevölkerungswissenschaft“ der Frühen Neuzeit ihren Anfang mit dem Versuch, Gegebenheiten und Prozesse zu erklären, die bislang die Domäne des Mythos und der Religion gewesen waren – durch die theoretische Erkenntnis versuchte man zugleich die faktische Beherrschung demographischer Prozesse zu erreichen. Dabei wurde in zahlreichen kameralistischen Ausführungen deutlich, dass die frühneuzeitliche Peuplierungspolitik keineswegs ein vollständiges Novum bevölkerungspolitischer und -wissenschaftlicher Betätigung darstellte, sondern sich vielmehr auf der Basis antiker bevölkerungstheoretischer Vorstellungen im Zuge der Verwissenschaftlichung aller Politikfelder entwickelte und deren Gedanken präzisierend weiterführte.¹¹⁴³ Die Idee der „Peuplierung“ ist somit viel älter als die Peuplierungspolitik selbst. Auch wenn die historischen Großtaten peuplierungstheoretischer Denker und deren Folgen für die Gestaltung

¹¹⁴³ Bevölkerungstheoretische und -politische Konzeptionen der Populationsexpansion und der Reglementierung demographischer Verhaltensweisen finden sich bereits z. B. im Alten Testament (1. Mos, 27/28) und bei Platon (Politeia V, 460a und Nomoi VI [Familiengesetze: Heirat, Haushalt], 784f.). Zunächst aber hatte das Deutsche Reich im Zeitalter der Renaissance an der Wiederentdeckung des Menschen aus dem Geist der Antike kaum einen Anteil. Man lebte teilweise noch in agrarischen Lebensweisen und weltabgewandt-religiösen Glaubens- und Orientierungsmustern, begleitet von immer wieder neuen konfessionellen Konflikten drohte man den geistigen Anschluss zu verlieren. Siehe dazu Freund, W.: Abenteuer Barock. Kultur im Zeitalter der Entdeckungen, Darmstadt 2004, S. 13.

peuplierungspolitische Konzepte nur allmählich ins Bewusstsein der meisten europäischen Fürsten und Beamten drangen, wurden die großen peuplierungstheoretischen und bevölkerungswissenschaftlichen Entwicklungslinien der Moderne in den Jahrhunderten, die man der Frühen Neuzeit zurechnet, schon angelegt.

Bevölkerungspolitische Theorien implizieren immer den Versuch einer Systematisierung von Aussagen über die demographische Wirklichkeit. Wie bei jeder anderen prämodernen Theorie geht es ebenso bei der peuplierungspolitischen Theorie darum, „[...] die Vielzahl von Wahrnehmungsmöglichkeiten der sogenannten *Wirklichkeit* ebenso konkret wie auch abstrakt darlegen zu können.“¹¹⁴⁴ Auf der Basis dieser zunächst deskriptiven bevölkerungswissenschaftlichen Orientierung des Kameralismus und der ab Süßmilch langsam einsetzenden quantitativen systematischen Erfassung demographischer Prozesse wurden die theoretischen Grundlagen für die Peuplierungspolitik konzipiert. Die Peuplierungstheoretiker hatten es stets mit den gleichen unabhängigen demographischen Variablen Fertilität, Mortalität und Migration zu tun, welche zu den abhängigen Variablen wie Geschlechter- und Altersverteilung sowie Größe, Verteilung und Dichte der Bevölkerung im Rahmen bevölkerungstheoretischer Gedankenmodelle in Beziehung gesetzt wurden. Mithilfe der Disaggregation bevölkerungsstatistischer Daten, d. h. der Aufschlüsselung statistischer Daten nach bestimmten Merkmalen, entwickelte die mathematisch fundierte Demographie Süßmilchs Prägung komplexe Analysemodelle, die es den Kameralisten gestattete, demographische Kontexte zu entschlüsseln und zu extrapolieren – die aposteriorische Demystifikation bevölkerungsstruktureller Prozesse wurde durch die rationale Methodik weiter vorangetrieben. Da die Peuplierungspolitik in unterschiedlichen Zeitabschnitten aufgrund verschiedener philosophischer Theorien zu betrachten ist, die Intensität der philosophischen Einflüsse im stark zersplitterten Deutschen Reich unterschiedlich stark wirkte, aber auch die demographischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges regional zu unterscheiden sind, muss die Peuplierungspolitik nicht nur zeitlich, sondern auch immer räumlich differenziert werden. Zum Beginn des 18. Jahrhunderts stellte die Policywissenschaft als eine Teildisziplin der Kameralistik ein ordnungspolitisches System dar, das die Gesellschaft nach rationalen und säkularen Prinzipien im Sinne des aufgeklärten Absolutismus klassifizierte und somit auch die peuplierungspolitischen Verordnungen in den rheinischen Territorien nachhaltig prägte und veränderte.

¹¹⁴⁴ Zitat aus Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie ... , S. 1.

Die kameralistische Peuplierungspolitik wurde im Laufe der Frühen Neuzeit durch den Aufstieg der Wissenschaften zunehmend in ihrer theoretischen Konstruktion überarbeitet und in den Zusammenhang ökonomischer und staats-theoretischer Abhandlungen integriert. Die Säkularisierung, Mathematisierung, Naturalisierung und Rationalisierung ermöglichten es, die Bevölkerung und die Bevölkerungsvorgänge mittels numerischer und statistischer Erfassung handhabbarer zu machen und politische Instrumente zu entwickeln, um demographische Veränderungen zur positiven Genese des Staatswohls hervorzurufen. Die Peuplierungspolitik rückte im Zuge der Präzisierung staatsökonomischer Theorien in den Mittelpunkt politischer Konzepte – der Primat frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik stand über allen anderen politischen Betätigungsfeldern und strahlte wirkungsmächtig auf deren Konzeptionalisierung. Mit der die Aufklärung kennzeichnenden mechanistischen Einstellung des 17. Jahrhunderts, die sich gegen die traditionelle aristotelisch-scholastische Schulphilosophie richtete und durch die Verbreitung des Cartesianismus zunehmende Popularität erlangte, verband sich ein bestimmtes Wissenschaftsverständnis und -programm, das sich in der stereotyp anmutenden Wiederholung ausdrückte, alles müsse mit Hilfe von Größe, Zahl, Bewegung und Lage erklärt werden können. Die barocke Glaubenshaltung war, wie alle geistigen Orientierungen im Zeitalter der Aufklärung und der Entdeckungen, gebunden an die Erfahrung der Sinne.¹¹⁴⁵ Die Radikalität aufgeklärten Denkens äußerte sich darin, dass das mechanistische Modell erstmals in der Peuplierungstheorie in seiner Gesamtheit auf einen lebenden Organismus übertragen wurde, sodass der Mensch als ein mechanisches Regelwerk mithilfe gezielter peuplierungspolitischer Gesetze nach den Vorstellungen des Staates geformt werden könne.¹¹⁴⁶ Der Mensch selbst nahm nun in einer stark mechanistischen Ansicht die wichtigste Stellung in staats-theoretischen Konzeptionen ein, er war die lebensnotwendige Triebfeder der Maschine „Staat“. Diese Feststellung basierte auf der anthropologischen Erkenntnis, dass der zur Wohlfahrt des Staates notwendige Nachwuchs in gesellschaftlicher sowie in politischer Hinsicht kaum und in ökonomischer Perspektive nur im beschränkten Maße durch Sachkapital substituierbar war.

¹¹⁴⁵ Hier galt der Grundsatz J. Lockes (1632-1704) im Stile des englischen Empirismus, dass nichts im Verstand ist, was nicht zuvor in der Sinneswahrnehmung gewesen ist („Nihil est in intellectu, quod non ante fuerit in sensu“). Entnommen aus Freund, W.: Abenteuer Barock ... , S. 68.

¹¹⁴⁶ Historisch gesehen war die vom Cartesianismus zunächst verbreitete „Tiermaschinen-theorie“ der Vorläufer für die mechanistische Erklärbarkeit des Menschen, die im Jahre 1748 von J. O. de La Mettrie (1709-1751) mit der Publikation seines Buches „Der Mensch als Maschine“ ihre Vollendung fand. La Mettrie's Ausführungen basierten auf den Erkenntnissen von R. Descartes (1594-1650), der erstmals den organischen Körper des Menschen vollständig als Mechanismus erklärte. Ein Jahrhundert vor La Mettrie war es auch schon T. Hobbes' (1588-1679) Materialismus, der die These vom Menschen als Maschine vertrat. Siehe dazu Schneider, M.: Das Weltbild des 17. Jahrhunderts ... , S. 145-149 und S. 160-167.

Die euphorische Befürwortung der Bevölkerungsvermehrung stellte das zentrale Leitmotiv staatstheoretischer und kameralistischer Erörterungen im 18. Jahrhundert für das Staatswohl und den Staatsreichtum dar. Dabei entwickelten die Kameralisten utilitaristische Bevölkerungstheorien und entwarfen rationale peuplierungspolitische Modelle und Handlungsspielräume. Weil die Wohlfahrtssteigerung des Staates und die damit verbundene Machtsteigerung der Fürsten sowohl auf der quantitativen als auch auf der qualitativen Konstitution der Bevölkerung basierte, galt es die Menschen dahingehend zu funktionalisieren, dass sie unter optimaler Ausnutzung ihrer vorhandenen Qualifikationen und Fähigkeiten einen Beitrag zur Glückseligkeit aller Staatsbürger beisteuern konnten. Der Glaube unbegrenzter Steuerbarkeit und Beeinflussbarkeit demographischer Strukturen führte dazu, dass man mithilfe intensiver staatsinterventionistischer Eingriffe die Formung und Konditionierung der Menschen zur Realisierung staatlicher Interessen weiter vorantreiben könne.¹¹⁴⁷ Die aufgeklärten Populationisten erblickten im Siegeszug der Vernunft, also in den Fortschritten der menschlichen Geisteskraft, die Triebfeder des unendlichen Vervollkommnungsprozesses der gesamten Menschheit. In diesem bevölkerungstheoretischen Denken wird der renaissancehafte Glaube an die unendliche Schöpfungskraft des Menschen deutlich, der als selbstbewusstes Individuum aus der Gemeinschaft der gläubigen Dienenden heraustritt und als gestalterischer Solist nicht nur von menschlicher, sondern auch von göttlicher Kraft beseelt, demographische Veränderungen zum Wohle des Staates bewirken kann. In der bevölkerungsbeeinflussenden Wirkung kann sich der Staat mit seinen vielfältigen politischen Aktivitäten und Inaktivitäten aufgrund der mannigfaltigen Interdependenzebenen überhaupt nicht bevölkerungsmäßig neutral verhalten.¹¹⁴⁸ Anstatt eine Biologisierung demographischer Prozesse, d. h. die Bevölkerungsgenese als ein natürlich determiniertes Schicksal und als eine göttlich-natürliche Determinante aufzufassen, wird in der peuplierungspolitischen Theorie eine Ökonomisierung der Bevölkerungsfrage betrieben. Dadurch werden politische Optionen eröffnet, um die Bevölkerungsvermehrung durch entsprechende politische Maßnahmen grundsätzlich in zukunftstauglicher Weise zu

¹¹⁴⁷ Genau diesen Punkt prangerte der heutige renommierte Bevölkerungswissenschaftler F.-X. Kaufmann in seinem Buch „Schrumpfende Gesellschaft“ an und warnte vor einem „demographischen Fatalismus“. Dieser heute weit verbreitete Ansatz fasst die Bevölkerungsentwicklung wie ein Naturereignis auf, das man nicht ändern und dem man sich nur mittels politischer Maßnahmen anpassen kann. Siehe dazu Kaufmann, F.-X.: *Schrumpfende Gesellschaft ...*, S. 167f.

¹¹⁴⁸ Diese Wirkung gilt nicht nur für die heutigen staatlichen Aktivitäten, sondern war im Zeitalter des Absolutismus genauso gegenwärtig. Siehe dazu Wingen, M.: Die Notwendigkeit von bevölkerungspolitischen Zielvorstellungen für eine nationale Gesellschaftspolitik, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): *Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften*, Stuttgart 1975, S. 135.

beeinflussen. So könnte man die Möglichkeiten der selbstbestimmenden Entscheidung über die Anzahl und den Zeitpunkt des Kinderkriegens durch peuplierungspolitische Verordnungen zugunsten staatspolitischer Maßnahmen beeinflussen und verbessern. Dabei interpretierte die theoretische Peuplierungspolitik die Potenziale politischer Beeinflussbarkeit generativen Verhaltens lediglich – im Gegensatz zur heutigen sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise – als behavioristisch und damit nicht als ein sinnhaftes verstehbares Handeln.¹¹⁴⁹ Geburten stellten in der frühneuzeitlichen Bevölkerungstheorie ein biologisches Ereignis dar, das die Untertanenzahl zum Wohle des Staates erhöht, und sind nicht primär ein Ergebnis anthropogener rationaler Entscheidungen. Aber auch die staatliche Regulierung der Sexualität stand im Fokus peuplierungspolitischer Maßnahmen, da im maßgeblich christlich geprägten Europa starke Normen auf eine Beschränkung der Sexualität innerhalb der Ehe und auf die Fruchtbarkeit der Ehe wirkten. Mittels peuplierungspolitischer Policygesetze müsste es möglich sein, das subjektive Zeitfenster für die Entscheidung zum Kinderkriegen den biologischen Möglichkeiten anzugleichen, um das anthropogene Gebärpotenzial und die damit steigende menschliche Verfügbarkeit von Energie voll auszuschöpfen. Dabei sind vor allem die „künstlichen“, von Menschen ausgehenden Probleme bevölkerungswachstumshemmender Natur politischer Beeinflussung zugänglich. Eine logische Folge dieses Verständnisses ist das Grundprinzip panoptischer Staaten, die eine totale Transparenz der Bevölkerungsvorgänge zur staatlich intendierten Formung anstreben. Dabei sollten, so der Hinweis des Philosophen B. Spinoza (1632-1677), die Untergebenen aber im Idealfall, „[...] so geleitet werden, daß es ihnen scheint, sie würden gar nicht geleitet, sondern lebten nach eigenem Sinne und eigener freier Entschliebung.“¹¹⁵⁰ Bevölkerungspolitische Verordnungen werden nicht, wie sie es z. B. in der christlich-politischen Theorie der „Politica Christiana“ bei M. Luther (1483-1546) oder Fr. de Vitoria (1492-1546) getan hätten, einfach nur als ein notwendiges Übel zur Bekämpfung triebstruktureller Eigenschaften des Menschen verstanden, sondern müssen unter den Einflüssen der Säkularisierung und des Utilitarismus normativ wie auch funktional die Veredelung der irdischen Individuen anstreben und der Vertierung tugendhaften Verhaltens entgegenwirken.

Diese obrigkeitsstaatlichen Ambitionen in Bezug auf ein planvolles und koordiniertes Eingreifen in strukturelle und individuelle Bevölkerungsvorgänge erhöhten dabei die

¹¹⁴⁹ Siehe dazu Kaufmann, F.-X.: *Schrumpfende Gesellschaft ...*, S. 130.

¹¹⁵⁰ Zitat aus Spinoza, B. de: *Anhandlungen vom Staate. Sämtliche Werke*, Bd. 5, Übersetzung, Anmerkungen und Register von C. Gebhardt. Einleitung von K. Hamacher, 5. Aufl., Hamburg 1977, S. 175.

Notwendigkeit wissenschaftlich-statistischer Erfassung demographischer und bevölkerungsrelevanter Daten. Dabei reduzierte aber die „differenzierte“ peuplierungspolitische Theorie die Geburten und Sterblichkeitsziffern nicht zu nüchternen Statistiken biologisch feststellbarer Tatbestände. Eine entsprechende administrative und bürokratische Struktur wurde zur Ermöglichung regulativen Eingreifens in Bevölkerungsvorgänge unabdingbar. Dass durch den apparativen Aufbau politischer Macht hier freiheitsgefährdende Eingriffe in die Privatsphäre einen Verstoß gegen die Grundrechte darstellten, war den Peuplierungstheoretikern völlig fremd. Die frühneuzeitliche Peuplierungspolitik wurde als ein Instrument bevölkerungsstruktureller Koordinierung verstanden, um bei einem Bevölkerungswachstum ein richtiges Verhältnis verschiedener Bevölkerungsgruppen mit ihren jeweiligen Fähigkeiten zu haben.

Der damit zusammenhängende qualitative Aspekt peuplierungstheoretischer Konzepte zur anthropogenen Gestaltung hatte seine Grundlage im Glauben an die Perfektibilität des Individuums, um zum Wohle des Staates und der Gemeinschaft das Optimum vorhandener menschlicher Potenziale herauszuholen. Meine Ergebnisse decken sich damit mit den bisher nicht weiter verfolgten Hinweisen und Vermutungen R. Gehrmanns, dass sich die Analyse frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik nicht ausschließlich „[...] in der Heranziehung von Fachkräften und der Neubesetzung wüster Stellen erschöpft“, sondern durchaus „[...] weitgehende bevölkerungspolitische Ansätze“ bereithält und sich damit nicht nur auf „quantitative“ Aspekte reduzieren lässt.¹¹⁵¹ Ohne die Idee der Perfektibilität des Menschen ist der qualitative Aspekt peuplierungspolitischer Theorie und dessen Ausgriff auf bildungs-, erziehungs-, wirtschafts-, religions-, medizin- und sozialpolitische Bereiche nicht zu verstehen.¹¹⁵² Indem der absolutistische Staat mithilfe seiner peuplierungspolitischen Ausrichtung und dessen umfangreicher, viele Politikfelder umspannenden ordnungspolitischen Maßnahmen die alltäglichen sozialen und ökonomischen Geschäfte, die Gerechtigkeit, den Schutz und die Verteidigung der Ressource „Mensch“ sowie deren materielle Grundversorgung im Sinne einer qualitativen und quantitativen Bevölkerungsvermehrung operationalisierte, erschuf er überhaupt erst die konstitutiven Grundvoraussetzungen für das Streben nach Glückseligkeit aller Untertanen und der des

¹¹⁵¹ Zitat aus Gehrmann, R.: Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsentwicklung im ... , S. 5.

¹¹⁵² Siehe dazu auch Fuhrmann, M.: Volksvermehrung ... , S. 30f.. Dass die Idee der Perfektibilität des Individuums einen wichtigen Bezugspunkt peuplierungstheoretischer Überlegungen einnahm, hatte M. Fuhrmann im Zuge seiner rechtshistorischen Arbeit herausgearbeitet und bestätigt sich auch mit meiner quellenkritischen Auswertung bevölkerungstheoretischer Literatur frühneuzeitlicher Kameralisten. Siehe dazu zudem Stollberger-Rilinger, B.: Europa im Jahrhundert ... , S. 220.

Staates selbst. Deswegen darf die peuplierungspolitische Theorie nicht nur auf ihren quantitativen Aspekt, nämlich den der Peuplierung selbst, reduziert werden, sondern muss zwingend als der Beginn einer umfassenden Bevölkerungspolitik, die ebenso qualitative Aspekte mit berücksichtigt, verstanden werden. Deswegen würde es auch nicht zu weit führen, zu behaupten, dass die frühneuzeitliche Bevölkerungstheorie im Prinzip den Katalog prämoderner Wohlfahrtssysteme entsprach, wie er historisch zu dieser Zeit gerade in seiner Genese begriffen war. Vor allem in den späteren peuplierungstheoretischen Konzepten des 18. Jahrhunderts erkennt man, dass die Kompensationsfähigkeit „quantitativer“ Peuplierungspolitik gegenüber der Qualität der Untertanen für die Innovationsfähigkeit und Produktivitätssteigerung recht begrenzt ist. Zudem haben sich z. B. den Menschen in der frühneuzeitlichen Epoche im Zuge der Verbreitung peuplierungstheoretischer Überlegungen neue Möglichkeiten eröffnet, sich gesünder und geistig fundierter zu entwickeln. Der qualitative Aspekt peuplierungstheoretischer Konzepte kam darin zum Ausdruck, dass die Untertanen im modernen Sinne als „Humankapital“ verstanden wurden, deren wirtschaftlich verwertbare Fähigkeiten und energetischen Potenziale zur Wohlfahrtssteigerung des Staates und aller Menschen in der jeweiligen frühneuzeitlichen Bevölkerungstheorie Berücksichtigung fanden.¹¹⁵³ Der Mangel gut ausgebildeter und qualifizierter Arbeiter und eine damit einhergehende verlangsamte Erneuerungsgeschwindigkeit produzierender und energieliefernder Untertanen beeinträchtigt die Durchsetzung von Innovationen und die Steigerung territorialwirtschaftlicher Produktivität. Aufgrund des damals vorherrschenden feudalen Verfassungs- und Gesellschaftssystems waren den peuplierungspolitischen Maßnahmen, die eine direkte Steuerung der Bevölkerungsentwicklung beabsichtigten, breitere Grenzen gesetzt, als es heute der Fall ist. Die Beziehungen zwischen Demographie und politischer Steuerbarkeit gesellschaftlicher Phänomene waren ungemein direkter als heute, sodass sich daraus eine größere Wirkung peuplierungspolitischer Steuerbarkeit demographischer Prozesse ableiten lässt. Heiratsalter und -verhalten z. B., grundlegende Faktoren der Bevölkerungsentwicklung, unterlagen in der Frühen Neuzeit den zahlreichen feudalen und kommunalen Restriktionen. Der Peuplierungspolitik bot sich aufgrund des vorherrschenden Feudalsystems ein nicht geringes bevölkerungspolitisches Gestaltungspotenzial demographischer Gegebenheiten. Diese entdeckte Möglichkeit, beeinflussend auf demographische Parameter einwirken zu können, zeugte nicht nur vom Glauben peuplierungspolitischer Steuerbarkeit demographischer Prozesse, sondern bewies

¹¹⁵³ Zur sozialwissenschaftlichen Definierung und terminologischen Differenzierung der Begriffe „Humanvermögen“ und „Humankapital“ siehe Kaufmann, F.-X.: *Schrumpfende Gesellschaft ...*, S. 29f..

auch gleichzeitig einen scharfen methodisch-analytischen Blick, Beziehungen vielschichtiger gesellschaftlicher Phänomene in ihren komplexen Wirkungszusammenhängen zu erkennen, bevölkerungspolitisch gestaltbare Parameter demographischer Zustände zu fassen sowie zu isolieren und in peuplierungstheoretische Überlegungen zur Erhöhung der Untertanenzahl Erkenntnis gewinnend mit einzubinden. Die Geburtenhäufigkeit, so die Argumentation kameralistischer Peuplierungstheoretiker, ist weniger biologisch, sondern mehr ein durch die jeweilige Kulturordnung hervorgebrachtes, also ein gesellschaftliches Problem. Die Wirkungsweise peuplierungspolitischer Maßnahmen wurde theoretisch in zahlreichen kameralistischen Peuplierungstheorien dargelegt und muss nun im zweiten Schritt dieser Arbeit auf ihre realpolitische Umsetzung und Wirksamkeit analysiert werden. Die „qualifizierte“ Peuplierungspolitik erkannte, dass unter der Bedingung ausreichenden ökonomischen, kulturellen und bildungspolitischen Entwicklungsstandes eines Territorialgebietes eine positive Korrelation zwischen Bevölkerungsvermehrung, Bevölkerungsdichte und wirtschaftlicher sowie politischer Macht bestand. Sowohl die „multiplikativen“, also vermehrenden, als auch die „akzelerativen“, also beschleunigenden Wirkungen des Bevölkerungswachstums auf die Wohlfahrt, Wirtschaft und Macht des Staates wurden von den Peuplierungstheoretikern erkannt.

Das Endziel differenzierter peuplierungspolitischer Überlegungen war die Erschaffung eines neuen Menschentyps, der mithilfe disziplinierender und konditionierender Policeymaßnahmen nach der jeweiligen staatlichen Zweckbestimmung geformt werden sollte.¹¹⁵⁴ Dieses Menschen veredelnde Streben basierte auf der peuplierungspolitischen Erkenntnis, dass der Mensch bestimmten Gesetzmäßigkeiten, denen gegenüber er sich verhalten muss, unterlag, sodass kein Mensch frei von genetisch-determinierten Reaktionsverhaltensweisen war. Zudem trat im Zuge des frühneuzeitlichen Denkens die weitere Erkenntnis hinzu, dass neben der schier unerschöpflichen Gestaltungskraft des Menschen auch gewisse menschliche Schwächen vorhanden sind. Man glaubte nun, die anthropogenen Antriebe vernünftig steuern zu können. Das Resultat „qualifizierter“ Peuplierungspolitik sollte ein gesunder, für den jeweiligen staatlichen Zweck funktionsfähiger, tugendhafter, gehorsamer und fleißiger Mensch sein, der seine gesamte Energie zur gemeinschaftlichen Wohlfahrtssteigerung zur Verfügung stellt. Insofern geht es in der frühneuzeitlichen Bevölkerungstheorie auch um die Praktikabilität peuplierungspolitischer

¹¹⁵⁴ Siehe dazu auch Fuhrmann, M.: Volksvermehrung ... , S. 55. Schon bei Luthers „Politischer Theorie“ mutierte die politische Ordnung zu einer Erziehungsanstalt, die die Auswirkungen menschlicher Triebstrukturen unter Kontrolle zu halten versuchte. Siehe dazu Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie ... , S. 19.

Maßnahmen und um die Steigerung ihrer Effizienz zum Wohle des Staates. Die angestrebte Konditionierung des Untertanenverbandes zur Tugend stand deshalb für die meisten Kameralisten im Vordergrund „qualitativer“ Peuplierungspolitik, weil sie der pessimistischen Anthropologie Machiavellis folgend ohne staatsdirigistische Eingriffe wenig Hoffnung auf eine Wohlfahrtssteigerung und Stabilität des Staates sahen.¹¹⁵⁵ Die Zuordnung der Tugendförderung als eine Kategorie peuplierungstheoretischer Erörterungen hatte die Folge, dass die Tugend zu einem utilitaristischen Prinzip für die Gewinnmaximierung des Staates instrumentalisiert wurde. Die Kreierung eines solchen Menschentyps beinhaltete zudem eine gesellschaftssprengende Kraft, da es sich im Kern um die Beseitigung feudaler Strukturen durch eine neue leistungsorientiertere Gesellschaft handelte. Aus diesem Grund erkannten peuplierungstheoretische Denker die intermediären Gewalten als ein großes Hindernis zur Umsetzung bevölkerungstheoretischer Konzeptualisierungen, sodass die zahlreichen Proteste gegen das staatsinterventionistische Policeyprogramm nicht von einer allgemeinen Furcht staatlicher Überwachung und Gefährdung individueller Privatsphäre getragen wurden, sondern im Fokus der Bewahrung ständisch-feudaler Rechte und partikularer Privilegien zu sehen sind.

Exemplarisch für den qualitativen Aspekt peuplierungspolitischer Maßnahmen sei hier nur die Bekämpfung des Bettelwesens genannt. Die Zahl der Bettler stieg im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts aufgrund zahlreicher Gründe stetig an. Doch während das Mittelalter mit seinem christlich-asketischen Ideal in der Armut eine Tugend gesehen hatte, verblasste dieses Idealbild im Spiegel frühneuzeitlicher Bevölkerungstheorien und mit ihm auch der Heiligenschein, der den Bettler umgeben hatte. Hatte die Armut im Mittelalter noch als gottgewollt und gottgefällig gegolten und dabei den Reichen die Möglichkeit geboten, ihrer christlich-humanistischen Pflicht der Nächstenliebe nachzukommen, so wurde sie im Laufe der Frühen Neuzeit zunehmend kriminalisiert und bekämpft. Aus peuplierungstheoretischer Sicht erschien die Armut nicht als ein moralisches, sondern auch als ein wirtschaftsstrukturelles und staatswohlfahrtsgefährdendes Problem. Ganz im calvinistischen Ideal begannen die Bevölkerungstheoretiker die Ärmsten als lästige Nichtsnutze zu betrachten, die ihre anthropogene Energie nicht der Wohlfahrtssteigerung des Staates zukommen ließen. Ganz im Sinne des aufgeklärten Erziehungsoptimismus sollte man die Armen und Elenden nicht nur durch die Unterbringung in Zuchthäusern bestrafen, sondern sie vor allem zu verbessern versuchen und zu „Industriosität“, also zu mehr Fleiß und

¹¹⁵⁵ Siehe dazu den Artikel über Nicolò Machiavelli (1469-1527) in Nitschke, P.: Einführung in die politische Theorie ... , S. 41-45.

Arbeitsamkeit, erziehen. Der alle sozialen Lebensbereiche umspannende Staatsdirigismus sollte mit einer ordnenden policeylichen Hand die fehlerhaften Menschen korrigieren. Dies ging sogar soweit, dass jede insubordinative Zuwiderhandlung der Untertanen gegen die eudämonistische Peuplierungspolitik policeyliche Sanktionen und Strafen nach sich zog.

Die Ableitung peuplierungstheoretischer Überlegungen, dass merkantilistische „[...] Bevölkerungspolitik also letztlich immer nur staatliche Machtpolitik (war) [und] die Steigerung der Population (...) als Schlüssel zur Optimierung des staatlichen Machtzuwachses“ diene, kann ohne Rückgriffe auf konkrete normative Quellen gar nicht getätigt werden und entspricht zum Teil nicht allen Intentionen bevölkerungstheoretischer Schriften.¹¹⁵⁶ Natürlich standen machtpolitische Aspekte im Vordergrund peuplierungspolitischer Verordnungen und bevölkerungstheoretischer Überlegungen, aber die zunehmende Durchdringung aufklärerischer Gedanken, die stellenweise noch vorhandene metaphysische Rückkopplung an göttliche Gesetze und die philanthropischen Strömungen der Aufklärungsepoche, die die Glückseligkeit aller Untertanen postulierten, müssen zur korrekten Interpretation in eine Zeit, in der der absolutistisch regierende Herrscher sich als ein von Gott eingesetzter Fürst verstand und damit auch eine natürliche Verantwortlichkeit für das Wohlergehen seiner Untertanen hatte, eingebettet werden. Das konstitutive Kriterium der Glückseligkeit wurde dadurch zu einem peuplierungspolitischen Endzweck, der über den Staat hinauswächst. Der gemeinschaftliche Nutzen peuplierungspolitischer Erlasse wurde vielmehr zu einer Zielkategorie, die keineswegs nur normativ gedacht wurde, sondern ganz konkrete materielle sowie staatsutilitaristische Ursachen und Wirkungen inkorporierte. Die den herrschenden Fürsten der kameralistischen Epoche als Pflicht auferlegte Realisierung der Glückseligkeitssteigerung aller im Staat lebenden Menschen zog sich wie ein roter Faden durch die peuplierungstheoretischen Schriften der Frühen Neuzeit und knüpfte an das Eudämoniestreben der aus dem Mittelalter überlieferten Lehre der „Politica Christiana“ an. Vorbildhaft in zahlreichen peuplierungstheoretischen Konzepten, egal welcher Motivation zugrunde liegend, ist, wie auch in der Humankapitaltheorie von Th. W. Schultz (1902-1998), für die er 1979 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften bekam, die anthropologische Erkenntnis, dass die Macht des Staates, die wirtschaftliche Kraft und der technische Fortschritt im entscheidenden Maße von der Investition in Humankapital abhängen, das von

¹¹⁵⁶ Zitat aus Fuhrmann, M.: Volksvermehrung ... , S. 49, auch S. 69. Die blinde Überführung bevölkerungstheoretischer Überlegungen in konkretes politisches Handeln stellt einen gravierenden methodischen Fehlgriff dar, der aber dieser sonst sehr lesenswerten Arbeit keinen Abbruch tut.

endlicher Lebensdauer und an Menschen gebunden ist.¹¹⁵⁷ Der auf Förderung bildungswissenschaftlicher Einrichtungen gegründete Reichtum wirkt aus peuplierungstheoretischer Perspektive auch wie ein „Pull-Faktor“ auf qualifizierte Arbeiter, die in anderen Gegenden Europas lebten. Dadurch verstanden differenzierende Peuplierungstheoretiker wie z. B. Th. L. Lau die Menschen nicht nur lediglich als statistisch-quantitative Einheiten, sondern als Träger staatswohlhabtsfördernder Kompetenzen. Allerdings ist nicht zu leugnen, dass die wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze peuplierungstheoretischer Überlegungen die Übernahme von Elternverantwortung auch als einen rationalen Entscheidungsfindungsprozess zwischen Kosten und Nutzen des Kinderkriegens für die Eltern und den Staat sahen.

Die populationistische Haltung peuplierungstheoretischer Kameralisten differierte überwiegend bis zum Ende des 18. Jahrhunderts – neben den radikalen Populationisten gab es die moderateren, neben der „aktiven“ Peuplierungspolitik stand die „passive“, neben der rein quantitativen Berücksichtigung bevölkerungstheoretischer Überlegungen positionierten sich die qualitativen Aspekte, gegenüber der „stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik bezog die „landbezogene“ ihre Stellung. (s. Abb. 4) Bei einigen modern eingestellten, aufgeklärten Denkern und Kameralisten erschienen die Bevölkerungsvorgänge zwar als eine mechanistisch geregelte, aber zugleich zweckvoll vom Schöpfer geleitete göttliche Ordnung, bei anderen wiederum erfolgte eine vollständige Naturalisierung und Entgöttlichung demographischer Gegebenheiten. Die peuplierungspolitische Theorie kameralistischer Denker, die eine quantitative Vermehrung und eine qualitative Veredelung der Population postulierte, diente im Kern der Bündelung und optimalen Allokation sämtlicher vorhandener Kräfte eines Landes. Dass rückblickend einige Peuplierungstheoretiker in ihren Ausführungen nicht immer richtig lagen, ist zunächst recht unwichtig, denn der wesentliche Aspekt dabei ist, dass sie Bevölkerungstheorien entwickelten, mit denen sie die natürlichen Bevölkerungsbewegungen rational zu erklären versuchten, ohne auf übernatürliche Kräfte oder Gottheiten zurückzugreifen. Jede bevölkerungswissenschaftliche Theorie muss etwas über die demographische Entwicklung voraussagen, deren Eintreffen systematisch erfasst, beobachtet oder gemessen werden kann. Wenn die demographischen Erkenntnisse einer Beobachtung der peuplierungstheoretischen Voraussage entsprachen, war dies ein guter Grund, die Bevölkerungstheorie zu übernehmen und in einen umfassenden wissenschaftlichen, in

¹¹⁵⁷ Einige Aspekte, die die Humankapitaltheorie des Nobelpreisträgers Th. W. Schultz vorträgt, sind ansatzweise in den frühneuzeitlichen Peuplierungstheorien zu finden. Siehe dazu Schultz, Th. W.: In Menschen investieren. Die Ökonomik der Bevölkerungsqualität, Tübingen 1986.

unserem Fall in einen staatsökonomischen Bezugsrahmen einzufragen. Der Differenzierungsprozess peuplierungstheoretischer Konzeptionalisierung im 17. und 18. Jahrhundert war eine Folge dieser methodischen Herangehensweise kameralistischer Denker. Jede Peuplierungstheorie musste testbar und mit der Wirklichkeit vereinbar sein. Wie bei allen Wissenschaften stellte der Tod einer Generation bevölkerungstheoretischer Denker ein wesentliches Element im Fortschritt der Wissenschaft dar, weil er die konservativen, zum Teil streng religiösen Wissenschaftler mit sich nahm, die eine überkommene Theorie nur widerstrebend aufgaben, um im Zuge der Verwissenschaftlichung eine neue, rationalere und zutreffendere Theorie zu übernehmen.¹¹⁵⁸ Vor allem seit dem Beginn der Aufklärung im 18. Jahrhundert wandten die Peuplierungstheoretiker ihre geistigen Fähigkeiten auf einer breiteren Spanne von Fragen über bevölkerungsrelevante Prozesse an und substituierten Mythen vom Übernatürlichen, von philosophischen Irrtümern und von religiösen Dogmen durch exaktere, logische, verifizierbare und natürliche Antworten und Erklärungen.

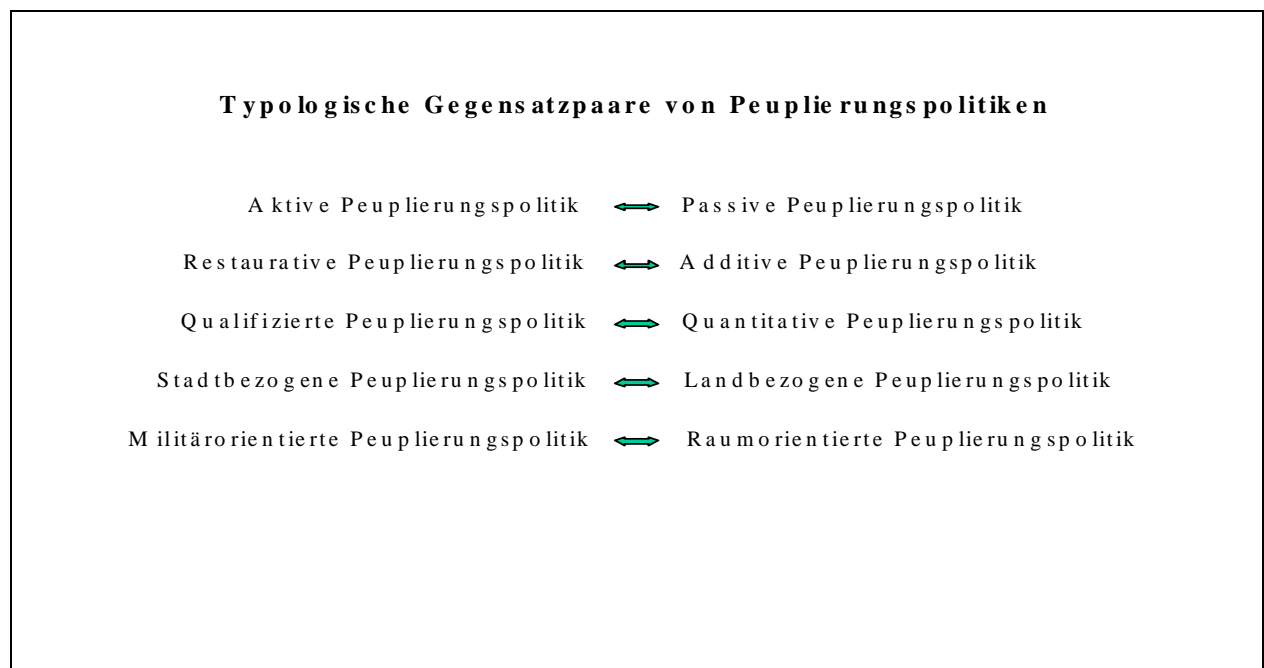


Abb. 4 (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)

¹¹⁵⁸ So ist auch der Übergang moderater Peuplierungstheorie zum Ende des 17. Jahrhunderts hin zum radikalen Populationismus des 18. Jahrhunderts zu erklären. Ältere peuplierungstheoretische Denker, die sehr viel Zeit und Mühe in das alte bevölkerungstheoretische Paradigma gesteckt haben, akzeptierten den Wechsel zugunsten neuer Theorien als letzte, während die jüngeren Kameralisten aufgrund ihrer größeren Unbefangenheit eher zu geistigen Abenteuern neigten und offener für neuere Denkweisen waren. Ein solcher Paradigmawechsel peuplierungstheoretischen Denkens kann deshalb oftmals nur abgeschlossen werden, wenn die ältere Generation bevölkerungstheoretischer Kameralisten sich aus dem wissenschaftlichen, staatspolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Leben zurückgezogen hat und die jüngere zum neuen Establishment geworden ist. Eine Übergangsphase eines solchen Paradigmawechsels ist vor allem in den Jahrzehnten um 1700 zu erkennen.

Das „Credo“ der Peuplierungspolitik („Die Bevölkerung ist der Reichtum des Staates“) war überall gleich, aber die Umsetzung erfolgte in den einzelnen deutschen Territorien oftmals unterschiedlich. Richtigerweise gab es gar nicht „die“ Peuplierungspolitik bzw. -theorie, sondern man müsste im Rahmen dieser Arbeit von einer Pluralität peuplierungspolitischer Theorien und damit von mehreren „Peuplierungspolitiken“ und „Peuplierungstheorien“ sprechen. Vor allem die mit zahlreichen Anlockmitteln konzipierte Einwanderungspolitik unterschied sich in ihrem Ausmaß und ihrer Intensität von allen in der Bevölkerungsgeschichte vorher getätigten Bevölkerungspolitiken und stellte somit ein bevölkerungspolitisches Novum dar.

Bei der Herausarbeitung eines differenzierten Peuplierungsbegriffs wird eindeutig klar, dass man unter Peuplierungspolitik nicht nur einen quantitativen Ansatz verstehen darf, also die reine Vermehrung von Menschen, sondern genauso einen qualitativen Aspekt zu berücksichtigen hat. Die stellenweise auftretende anfängliche Naivität der peuplistischen Literatur, die eine rein quantitative Bevölkerungspolitik vertrat, war zu Beginn des 18. Jahrhunderts nahezu überholt. Ziel der Peuplierungspolitik sei es, „[...] dem Gemüth und der Sitte nach, eine proportionierliche Menge gesunder Untertanen [zu] haben, [zu] unterhalten und immer mehr [zu] verbessern.“¹¹⁵⁹

Wenn eine peuplierungspolitische Theorie ernst genommen werden soll, dann muss sie 1) in der Lage sein, theoretische Ergebnisse zu liefern, die allen demographischen Beobachtungen entsprechen und 2) Ergebnisse künftiger Beobachtungen vorhersagen können. Sind diese demographischen Beobachtungen später wissenschaftlich überprüfbar und die bevölkerungstheoretischen Voraussagen bestätigt, dann ist dies ein überzeugender Beweis zugunsten der Peuplierungstheorie. Beobachtung und Experiment sowie deren realpolitische Umsetzung sind die letzten Instanzen der Entscheidung über den Wahrheitsgehalt peuplierungspolitischer Theorie. Um nun die generelle Wirksamkeit und im Speziellen die Raumwirksamkeit peuplierungstheoretischer Konzepte zu erfassen, hat der Bevölkerungshistoriker anhand vorhandener Quellen die Aufgabe, die demographischen Erklärungsmodelle bevölkerungstheoretischer Denker anhand der „frühneuzeitlichen Realität“ zu überprüfen. Das bevölkerungswissenschaftliche Verständnis frühneuzeitlicher Kameralisten und Staatsdiener entwickelte sich über eine Reihe gradueller Veränderungen, sodass die bisher etablierten peuplierungspolitischen Theorien in einem Jahrzehnte währenden

¹¹⁵⁹ Zitat aus Zincken, G. H.: Anfangsgründe der Cameralwissenschaft, 4 Bände, 1. Bd., Leipzig 1755, S. 267.

Differenzierungsprozess verbessert und konkretisiert wurden und aus dem Schoß älterer bevölkerungstheoretischer Ideen neue und differenziertere entstanden.

Dieser anhand der Texte der Kameralisten abgeleitete differenziertere Peuplierungsbegriff ermöglicht es, die preußisch-kameralistische Peuplierungspolitik in den Rheinlanden in einem „breiteren“ Sinne zu erfassen. Peuplierungspolitik meint somit nicht nur die Anwerbung von Kolonisten zur Besiedlung menschenleerer und bevölkerungsarmer Gebiete zwecks Stärkung des Staates, sondern sie versuchte auch einen „neuen“ Menschen zu erschaffen – mit diesem differenzierteren Verständnis, das sowohl gesundheits- als auch erziehungspolitische Aspekte einschloss, wird anhand zahlreicher Policeyverordnungen nun auch die wirtschaftliche, soziale, religiös-sittliche und räumliche Dimension frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik in den Territorien Kleve, Geldern und Moers deutlich und lässt eine Neubewertung preußischer Bevölkerungspolitik in der Frühen Neuzeit zu.

5. Raumwirksamkeitspotenziale peuplierungstheoretischer Überlegungen im Spannungsfeld von Demographie und Kulturlandschaft

Bei zahlreichen Peuplierungstheoretikern der Frühen Neuzeit wie z. B. bei J. J. Becher und J. H. G. v. Justi ist eine mehrdimensionale Betrachtung des Phänomens „Bevölkerung“ zu erkennen, da die Population nicht nur in einer einzigen Zahl vorgestellt, also als Summe der auf einem definierten Territorium lebenden Untertanen, sondern auch mit einer räumlichen Dimension gekoppelt wurde. In einigen peuplierungstheoretischen Konzeptionalisierungen kameralistischer Denker sind ein raumordnerisches Denken bzw. raumplanerische Empfehlungen zu finden, die eng mit den bevölkerungswachstumssteigernden Wirkungen bevölkerungspolitischer Verordnungen zur effektiveren Allokation vorhandener anthropogener und landschaftsgebundener Potenziale verknüpft wurden. Niemals zuvor in der Geschichte wurde Gottes Aufforderung an den Menschen: „[...] füllet die Erde und machet sie euch untertan“ (1. Mose, 1, 28) ernster genommen, niemals zuvor war man politisch und ökonomisch von dem göttlichen Auftrag: „[...] und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn baute und bewahrte“ (1. Mose, 2, 15) so stark überzeugt wie im Zeitalter der Aufklärung. Dies mag zunächst recht paradox erscheinen, da die entmystifizierende und ins Diesseits blickende Aufklärung sich in diesem räumlichen Aspekt peuplierungstheoretischer Überlegungen auf alttestamentarische, religiöse Quellen berief. Hierbei sei angemerkt, dass viele Peuplierungstheoretiker geistliche Würdenträger waren und aufklärerische Erkenntnisse in Einklang mit der jeweiligen theologischen Lehre zu

bringen versuchten.¹¹⁶⁰ Im Mittelpunkt der Renaissance und des Barocks stand unzweifelhaft ein anthropozentrisches Menschenbild; der Mensch ist dazu befähigt, seinen göttlichen Ursprung zu erkennen und Bereitschaft zu zeigen, in gestalterische Form grenzüberschreitend das Göttlich-Unbegrenzte für sein Wohl und das des Staates zu formen. Je mehr der Mensch im Zuge peuplierungstheoretischer Ausgestaltung und Konkretisierung selbst in die Rolle des Gestaltenden und Handelnden schlüpft, desto spürbarer tritt das göttliche Wirken zurück, und da der Mensch aufbricht, die Welt neu zu entdecken, erschafft er sie in der sinnlichen Wahrnehmung neu – Gestaltungen, die in den Landschaften Spuren hinterlassen. Der Mensch als Maß aller Dinge und die von Gott geschaffene Welt als ein faszinierender Erkundungs- und Gestaltungsauftrag sind fundamentale geistige Grundüberzeugungen des 16. und 17. Jahrhunderts, die sich gerade im demographischen und räumlichen Gestaltungsauftrag „anthropozentrischer“ Peuplierungstheorie jener Zeit offenbaren.

Vor allem die gemäßigten Peuplierungstheoretiker, also diejenigen, die das Bevölkerungswachstum in Relation zur Nahrungsgrundlage sahen, waren sich bewusst, dass sich bei der Umsetzung populationistischer Gedanken neue Ansprüche an den Raum und an die Umwelt ergaben. Denn um die Nahrungsgrundlage einer expandierenden Bevölkerung aufrechtzuerhalten, wurde zunehmend mehr Kulturräum und Wohnraum nötig. Weil man in der frühneuzeitlichen Epoche aus energetischer Perspektive im Zeitalter des modellierten Solarenergiesystems vorindustrieller Agrargesellschaften lebte und dadurch die vorgegebene naturräumliche Ausstattung und das energetische System kaum zu verändern war, entfaltete der Druck wachsender Populationen auf die agrarische Produktions- und Siedlungsfläche eine viel größere Wirkung als heute. Durch die stationäre Obergrenze solarenergetischer Systeme wirkten Veränderungen demographischer Parameter ungleich direkter auf den Raum und auf die Landschaft als in einem auf fossilen Brennstoffen basierenden Energiesystem industrieller Gesellschaften. Die Lösung lag in der begrenzten Intensivierung vorhandener Feldflächen, z. B. durch die Verwendung neuer Anbaumethoden, und in der Extensivierung in Form von Urbarmachungen un bebauter Landflächen. Eine Bevölkerungsvermehrung in einem definierten Raum hat automatisch eine zunehmende Verdichtung in der Besiedlung des flachen Landes und ein Wachstum der Städte zur Folge. Mit der angestrebten Untertanenvermehrung erhoffte man sich durch die Errichtung von neuen Siedlungs- und Kulturplätzen – alles räumliche Gestaltungsempfehlungen peuplierungstheoretischer Überlegungen – sowie der Wiederbesiedlung und Urbarmachung wüster Stellen die bisher

¹¹⁶⁰ Exemplarisch sei hier J. P. Süßmilch genannt, der ein deutscher Pfarrer war. Siehe dazu das Kapitel **B.3.6.**, indem der Peuplierungstheoretiker Süßmilch analysiert wurde.

noch ungenutzten und brachliegenden Landschaftspotenziale mithilfe zusätzlicher Auffüllung von Menschen, d. h. mit Hinzunahme zusätzlicher anthropogener Energie, in einen für den Staat gewinnbringenden Zustand zu setzen.

Dem Menschen kam eine gesonderte Position in peuplierungstheoretischen Gedankengängen zu, da er als ein Energiekonverter verstanden wurde. In erster Linie waren es qualifizierte Wissenschaftler und Meister, die wiederum durch ihr mitgebrachtes technologisches Wissen und durch ihre Fertigkeiten einen Beitrag zur effektiveren Raum- und Ressourcenausnutzung leisten konnten – importiertes Wissen kann somit dank peuplierungspolitischer Maßnahmen raumwirksam werden. Die Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Erlasse hängt auf das Engste mit den bildungspolitischen Fördermaßnahmen und der anwerbungsfreundlichen Offensive „qualifizierter“ Peuplierungspolitik zusammen. Mehr Menschen bedeutete gleichzeitig mehr Energie, das wiederum zu vermehrten Eingriffen in die Landschaft führen konnte. Dieses räumliche Denken bevölkerungspolitischer Theoretiker verdeutlicht dem historisch-geographischen Forscher, dass man sich der direkten Beziehungen von Demographie und Raum durchaus bewusst war. Es wurde in theoretischer Hinsicht dargelegt, dass eine auf Vermehrung der Untertanen betriebene Peuplierungspolitik aufgrund der engen Korrelation von Menschen und Landschaften ein großes Potenzial an Raumwirksamkeit beinhalten konnte.

Aus wirtschaftspolitischen und fiskalischen Gründen ging es bei der Volksvermehrung primär darum, den gewonnenen Überschuss anthropogener Energie zur besseren Allokation landschaftsgebundener Ressourcen zu nutzen, um dadurch Mehreinnahmen in der fürstlichen Haushaltskasse zu erlangen. Diese durch peuplierungspolitische Maßnahmen initiierten Überlegungen zur Intensivierung und Extensivierung zeugen von einer Raumwirksamkeit bevölkerungspolitischer Verordnungen, weil der Druck auf den Raum bzw. auf die Landschaft direkt und indirekt durch eine wachsende Population erhöht und zwangsweise zur Koordinierung optimaler Nutzung landschaftsgebundener Potenziale eine Regulierung räumlicher Strukturen erfordert wird. Dabei würde die von J. J. Becher als Reaktion auf den Bevölkerungsdruck geforderte flächendeckende Errichtung von Kornkammern zur Sicherstellung der Nahrungsgrundlage sicherlich das Erscheinungsbild der Kulturlandschaft verändern, da zur Errichtung und Erreichbarkeit sowohl der Kornkammern als auch der dazugehörigen Siedlungen neue infrastrukturelle Maßnahmen und Aktivitäten notwendig wären. Die Verbesserung und Beschleunigung der Verkehrswege erhöhen zudem die Migrationschancen ungemein, was wiederum auch ein „Pull-Faktor“ für

einwanderungswillige Personen darstellen konnte. Raumplanerische Hinweise standen direkt mit den peuplierungstheoretischen Überlegungen in Verbindung. Allein der Hinweis des Kameralisten Th. L. Lau, dass eine schrumpfende Population und unkultivierte, brachliegende Landflächen eine enorme Gefahr für die Wohlfahrtssteigerung des Staates darstellen, hob die theoretischen Interdependenzebenen und die Verzahnung demographischer und räumlicher Parameter im peuplierungstheoretischen Sinne der optimalen Ausnutzung anthropogener und räumlicher Energiepotenziale in deren Gedankengängen hervor. Sogar im Zuge der aus peuplierungspolitischen Gründen intendierten gesundheitspolitischen Maßnahmen wurden konkrete raumplanerische Empfehlungen erteilt, weil man bei der Errichtung von Siedlungen auf die „gesunde“ naturräumliche Lage zu achten und diese mit kleinen Gartenplätzen sowie Bäumen und Sträuchern zu versehen hatte. Aus peuplierungspolitischer Sicht galt es, eine den Ansprüchen expandierender Populationen entsprechende räumliche Ordnung als Grundlage einer erfolgreichen Umsetzung peuplierungstheoretischer Ziele herzustellen. Wie z. B. bei Th. L. Lau zu lesen, sind räumliche Erweiterungen und das Anlegen neuer Städte und Dörfer sowie die Kultivierung wüster Stellen und verfallener Häuser peuplierungspolitisch zu realisierende Maßnahmen effizienter Ressourcenausnutzung raumgebundener Potenziale.

Die auf der Grundlage peuplierungstheoretischer Fundierung abgeleiteten raumordnerischen Empfehlungen offenbarten ihre raumwirksame und landschaftsgestaltende Kraft vor allem in den binnenkolonisatorischen Aktivitäten. Zudem müssen bei binnenkolonisatorischen Umsetzungen infrastrukturelle Maßnahmen abgeleitet werden, um die Versorgung und den Transport von Nahrungs-, Bau- und Produktionsmitteln zu gewährleisten. Schon J. P. Süßmilch deutete im Hinblick auf die Relation von Raum und Mensch auf die raumwirksame und verändernde Folge peuplierungspolitischer Policyverordnungen hin, da schon viele Wüsteneien und Moräste sowie wüste Stellen zum Unterhalt der Menschen und des Viehes vorbereitet worden sind und sogar das Meer an vielen Orten der Kultivierung Platz machen musste. Weil die in den peuplierungstheoretischen Konzepten angestrebte optimale Raumausnutzung durch eine wachsende Bevölkerung sowohl in ihrer strukturellen Zusammensetzung differiert als auch immer wieder natürlicher und gesellschaftlicher Veränderung unterliegt, besteht eine aus historisch-geographischer Perspektive interessante Konsequenz, dass jede Gemeinschaft unterschiedliche Raumstrukturen ausbilden kann. Den Peuplierungstheoretikern wurde zunehmend deutlicher, dass in Folge immer komplexer werdender sozialer und wirtschaftlicher Verflechtungen bevölkerungstheoretischer Konzeptualisierungen raumordnerische Maßnahmen während der Frühen Neuzeit immer

notwendiger wurden, um einer wachsenden Territorialbevölkerung Raum zum Leben und Arbeiten geben zu können. Diese Erkenntnis der Notwendigkeit raumordnerischer Maßnahmen zur Verwirklichung peuplierungstheoretischer Prämissen und die damit verbundene angestrebte optimale Allokation anthropogener und landschaftsgebundener Potenziale basierte auf der Gewährwerdung immer komplexer werdender Verzahnungen bevölkerungspolitischer Maßnahmen mit demographischen, wirtschaftlichen, verfassungsrechtlichen, gesellschaftlichen und räumlichen Variablen. Nach Justi wurde die Notwendigkeit raumplanerischer Maßnahmen damit begründet, dass die Kultivierung der Landflächen auf zweifache Weise geschehen kann, nämlich erstens durch den äußerlichen Anbau und zweitens durch die Vermehrung der Untertanen.

Eine wichtige peuplierungstheoretische Erkenntnis stellte die Möglichkeit dar, dass man unter Hinzunahme raumplanerischer Eingriffe, die wiederum landschaftsverändernde Folgen haben, eine Katalysierung expandierender Bevölkerungen erreichen kann – die erfolgreiche Umsetzung bevölkerungsrelevanter Überlegungen erforderte raumintensive, regulative Eingriffe. Man kann deswegen schon von mehreren Peuplierungspolitiken sprechen, da eine Peuplierungspolitik sich immer an den räumlichen Gegebenheiten und Erfordernissen eines Territoriums orientieren muss. Zum Teil aus den schon sehr präzise formulierten Anordnungen räumlicher Konzipierung bei Siedlungsstrukturen lässt sich ein direkter raumplanerischer Auftrag zur Landschaftsgestaltung und -umgestaltung im Sinne peuplierungspolitischer Zielrealisierung ableiten. Alle die in den peuplierungstheoretischen Schriften empfohlenen raumordnerischen und landschaftsgestaltenden Maßnahmen sind Folgen vermehrter Ansprüche wachsender Populationen an den Raum. Raumgewinn allein beinhaltet noch keinen eigentlichen Nutzen für die Wohlfahrtssteigerung des Staates, sondern erst durch die energetische Einwirkung des Energiekonverters „Mensch“, der die raumbundenen Potenziale nutzt, wird die kultivierte Fläche qualitativ wertvoll.

Die von den Ansprüchen wachsender Bevölkerungen abgeleitete räumliche Ordnung führte zu gewissen Funktionalisierungen im Raum zwischen ländlichen Dorfstrukturen und protoindustrialisierten Städten. Die durch die Bevölkerungsverdichtung hervorgerufenen Umweltbelastungen expandierender protoindustrialisierter Städte gefährdeten die gesundheitliche Konstitution zahlreicher Stadtbewohner, sodass umweltpolitische Maßnahmen im Dienste der Verwirklichung peuplierungspolitischer Prämissen erlassen werden müssen. Weil vor allem die ätzenden Dämpfe und die schlechte Luft in den Städten bei den Stadtbewohnern und Manufakturarbeitern gesundheitsschädliche Folgen nach sich

zogen, sollten zum besseren Schutz der Ressource „Mensch“ siedlungsstrukturelle und raumordnerische Maßnahmen in Form von Dezentalisierungsverordnungen, besonders bezüglich der Manufakturen und Wohngebiete, berücksichtigt werden, sodass die Wohnplätze eher auf einer Ansiedlung in der Nähe der Stadt erfolgen sollten. Da die Wohlfahrtssteigerung des Staates nicht ausschließlich auf der Erhöhung der Bevölkerungszahl, sondern auf der Bevölkerungsdichte basiert, kann z. B. nach Justi eine zu starke Dispersion siedlungsstruktureller Gegebenheiten im Raum nachteilig für eine optimale Allokation vorhandener Ressourcen sein. Die Kraft und die wohlfahrtssteigernde Wirkung der Untertanenvermehrung würden somit verpuffen und ins Leere laufen. Sogar ästhetische Aspekte der Landschaftsgestaltung finden sich in Justis Ausführungen wieder, die zwar zur Bequemlichkeit und Ernährung der Einwohner nichts beitragen, aber dennoch z. B. als ein „Pull-Effekt“ auf migrationswillige Personen wirken können. In der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg, der zahlreiche zerstörte und entvölkerte Landflächen zurückließ, beinhaltete der zur Beförderung des Populationswachstums implizierte kurlandschaftsverändernde und -gestaltende Auftrag auf den Landgütern herrschaftlicher Funktionsträger ein großes raumwirksames Potenzial, weil die bisher ungenutzten Domänen unter Hinzunahme binnenkolonialisatorischer Maßnahmen, d. h. mit einer räumlichen Aufladung menschlicher Energie, zu einer Effizienzsteigerung und Vermehrung staatlicher Einnahmen führen konnten.

Aus dieser räumlichen Ausrichtung peuplierungspolitischer Gesetzgebung lassen sich zwei Typen von Peuplierungspolitik ableiten: 1) die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik und 2) die „landbezogene“ Peuplierungspolitik. Die angestrebte Funktionalisierung der Menschen, also die Aufteilung in „Manufakturisten“ und „Agrarier“, spiegelt sich unzweifelhaft im „theoretischen“ Raum wider. Die aus peuplierungspolitischer Perspektive geforderte Konzentration bestimmter Menschen mit speziellen Fähigkeiten und Qualifikationen führte somit gezwungenermaßen zu einer gewissen Raumaufteilung, wobei es zu berücksichtigen galt, dass die Agglomerationszentren als Kraftwerke der Prosperität in einem gewissen Verhältnis zum „platten Land“ stehen mussten. Ein Resultat „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik ist somit die Konzentration handwerklich tätiger Menschen und Manufakturisten in einer bestimmten Raumeinheit. Um eine erfolgreiche Umsetzung peuplierungspolitischer Ziele zu erhalten, würden laut der raumplanerischen Empfehlung staatlich gelenkte Agglomerationen von qualifizierten Arbeitern in expandierenden Städten

und agrarisch geprägten Räumen mit Landleuten und Bauern, die die Nahrungsgrundlage der im Territorium lebenden Menschen sichern sollen, entstehen.

Auch die verheerenden räumlichen Wirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen wurden kritisiert, weil sie das fruchtbare Land und den Ackerbau nachhaltig zerstörten. Dem Leser peuplierungstheoretischer Literatur offenbart sich ein Raumverständnis, das den ungenutzten Raum und die landschaftsgebundenen Ressourcen als einen Frevel an der Güte Gottes und an der Verwirklichung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen verstand. Die frühneuzeitliche Peuplierungspolitik entdeckte den Raum und die Landschaft als Lebens- und Ausdrucksform neu. Im Vergleich zum Mittelalter oder zur Moderne implizierte die Peuplierungstheorie eine Herausforderung an jeden einzelnen Machttträger, das Vorgegebene in der Landschaft nach den peuplierungspolitischen Erfordernissen und Vorstellungen zu gestalten und zu komponieren. Der Staatseudämonismus, aber auch das barocke Schönheitsempfinden kulturlandschaftlicher Elemente erfährt seine Vollendung erst im Mitschaffen des Menschen. Die im Kontext des geforderten Populationswachstums implizierte Raumplanung wurde zu einem notwendigen Arbeitsfeld peuplierungspolitischer Gesetzgebung. Der notwendige Raumausschlag frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik war ein wesentlicher Bestandteil bevölkerungspolitischer Maßnahmen, sodass die Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Erlasse eine landschaftsgestaltende Kraft entfalten konnte. Bei einigen Peuplierungstheoretikern ist ein räumliches Denken im Zusammenhang bevölkerungstheoretischer Überlegungen eindeutig nachzuweisen und demaskiert in theoretischer Hinsicht partiell Raumwirksamkeitspotenziale peuplierungstheoretischer Gedanken.

C. Typologie preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Industrialisierung

Politische Ideen im Allgemeinen und peuplierungstheoretische Gedankenkonstrukte und Konzepte im Speziellen können nur dann (raum-)wirksam werden, wenn sie von politischen Entscheidungs- und Machträgern verstanden, übernommen und über einen bürokratischen Unterbau durch gesetzliche Verordnungen exekutiert werden. Die peuplierungstheoretische Idee des 17. und 18. Jahrhunderts brauchte somit einen exekutiven Ideenträger, der die Umsetzung bevölkerungspolitischer Verordnungen überwacht und initiiert. Im Folgenden wird die jeweilige preußische Peuplierungspolitik für die rheinischen Territorien in Form der aus Berlin erlassenen gesetzlichen Policyverordnungen untersucht, um die Genese der preußischen Peuplierungspolitik für die preußisch regierten Rheinlande zu skizzieren.¹¹⁶¹ Die quellenkritische Kontrolle, wie nun die jeweiligen peuplierungspolitischen Verordnungen (raum-)wirksam geworden sind, wird im Hauptkapitel **D** getätigt. In diesem zweiten Hauptkapitel geht es zunächst nur zu prüfen, welche peuplierungstheoretische Gedankenkonstrukte Einzug in die preußische Legislative für die rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers gefunden haben. Der Blick „von oben“ sagt somit zunächst nichts über die faktische Umsetzung bevölkerungstheoretischer Ideen durch die lokalen administrativen Ämter aus, verdeutlicht allerdings den politischen Willen preußischer Herrscher, die peuplierungstheoretischen Gedanken jener Zeit umsetzen zu wollen. Aufgrund der bevölkerungspolitischen Policyverordnungen lässt sich der Grad gedanklicher Infiltration peuplierungstheoretischer Denker erschließen und verdeutlicht dem interessierten Leser die politisch-gesetzliche Anpassung bevölkerungswissenschaftlicher und peuplierungstheoretischer Konzeptualisierungen – es wird somit zunächst die „gesetzliche“ Willensbekundung mannigfaltiger peuplierungstheoretischer Überlegungen geprüft.

¹¹⁶¹ Grundlage für dieses Kapitel war meine am „Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn, Abt. für rheinische Landesgeschichte“ unter der Betreuung von Prof. Dr. M. Groten verfasste und bisher noch nicht publizierte Magisterarbeit mit dem Titel „Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Beginn der Industrialisierung. Ein theoriegeschichtlicher und landesgeschichtlich-demographischer Beitrag zur frühneuzeitlichen Bevölkerungspolitik“. Die zahlreich ausgewerteten Quellen zur Typologisierung preußischer Peuplierungspolitik wurden für meine Dissertation übernommen und durch weitere Quellenbelege und Anmerkungen ergänzt.

1. Die territorialen, politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Grundlagen der preußisch regierten Territorien Kleve, Geldern und Moers im 17. und 18. Jahrhundert

Um eine bessere, logischere und nachvollziehbarere Einordnung und Wertung preußischer bevölkerungspolitischer Umsetzungsversuche zu gewährleisten, ist eine kurze Erläuterung der politischen, wirtschaftlichen, territorialen und konfessionellen Rahmenbedingungen unerlässlich.

Das 17. Jahrhundert hat eine besondere und weitreichende Bedeutung für die rheinische Geschichte – vor allem aus territorialpolitischer Sicht. Mit dem im Jahre 1609 eingeleiteten, 1614 festgeschriebenen und 1660 im „Klevischen Erbschaftsvertrag“ endgültig anerkannten Übergang des Herzogtums Kleve an das Haus Brandenburg-Hohenzollern war der frühneuzeitliche preußische expandierende Staat erstmalig auf Dauer am Rhein präsent geworden und nahm vor allem in territorialer und konfessioneller Hinsicht entscheidend an Einfluss zu.¹¹⁶² Durch den Religionsvergleich von 1672 gelang es den Brandenburgern nicht nur die landesherrliche Stellung zu festigen, sondern auch Schutzherr der Protestanten in den eigenen Territorien und vom ehemals gemeinsamen Jülich-Berg zu werden.¹¹⁶³ Mit der Expansion brandenburgisch-preußischer Herrschaft wird dieser Bestandteil des niederrheinischen Protestantismus aus einer ehemals bekämpften Konfession zu einer Bevorzugten des Landesherrn.¹¹⁶⁴

Der „Westfälische Frieden“ von 1648, der den verheerenden Dreißigjährigen Krieg beendet hatte, bedeutete zunächst für die rheinischen Territorien keine wirksame Veränderung.¹¹⁶⁵ Die Spanier hielten sich bis 1659 in Jülich, die Niederländer bis 1673 in Wesel, Büderich, Orsoy und Rheinberg auf. Viele Landstriche und Städte waren trotz des Friedensschlusses weiterhin abwechselnd in niederländischer oder spanischer Hand, sodass eine wirtschaftliche und demographische Erholung des Landes verhindert wurde. Vor allem die Holländer versuchten in der frühen Nachkriegszeit trotz des Ausscheidens aus dem Reichsverband die rheinischen

¹¹⁶² Siehe zur territorialen Entwicklung Preußens am Rhein Janssen, W.: Die Entwicklung des Territoriums Kleve (Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft V/11-12), Bonn 2007, S. 20-26; Hantsche, I.: Preußen am Rhein. Kleiner kommentierter Atlas zur Territorialgeschichte Brandenburg-Preußens am Rhein, Essen 2002, S. 7-13.

¹¹⁶³ Goeters, J. F. G.: Der Protestantismus im Herzogtum Kleve im 17. Jahrhundert. Konfessionelle Prägung, kirchliche Ordnung und Stellung im Lande, in: Ders. (Hrsg.): Studien zur niederrheinischen Reformationgeschichte (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte; 153), Köln 2002, S. 213-230.

¹¹⁶⁴ Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Gebieten Preußens lag in der Agrarverfassung. Am Niederrhein herrschte die Rentengrundherrschaft mit Pachtverhältnissen, eine Gutsherrschaft ostelbischer Prägung war den Rheinländern fremd. Das Ergebnis war ein Fehlen der gutsherrschaftlichen Herrschaft mit der kennzeichnenden obrigkeitstaatlichen Stellung des Gutsherrn. Siehe dazu auch Carl, H.: Nachbarn auf Distanz ... , S. 5.

¹¹⁶⁵ Siehe Janssen, W.: Kleine Rheinische ... , S. 212.

Gebiete in ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Abhängigkeit zu halten.¹¹⁶⁶ Von einer realpolitischen Herrschaftsausübung preußischer Regenten in den rheinischen Territorien kann seit den Vereinbarungen des Westfälischen Friedens noch keine Rede sein. Erst durch die Zurückdrängung ständischer Mitspracherechte und fremder Mächte, den Aufbau einer zentralbehördlichen Organisationsstruktur sowie einer lokalen Überwachung und einer späteren Neugestaltung von Recht und Gerichtswesen ab den 1670er Jahren verfestigten die preußischen Herrscher ihre politisch-staatliche Position in den rheinischen Territorien zunehmend. Das Aussterben einer Herrscherdynastie bedeutete immer eine potenzielle Gefahr für die politische Stabilität und Ordnung des betroffenen Territoriums, wodurch die rheinischen Stände als politische Konstante hervortreten konnten. Aufgrund der instabilen landespolitischen Lage rheinischer Territorien galten die Stände von Kleve bereits bei „[...] den Zeitgenossen des 17. Jahrhunderts als ausgesprochen eigenständig und selbstbewusst.“¹¹⁶⁷ Der calvinistisch erzogene Große Kurfürst (1640-1680), der vor seinem Amtsantritt vier Jahre lang in den Niederlanden gelebt hatte, versuchte die kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Anregungen, die er während seiner Studienzeit in Holland gesammelt hatte, in seinen eigenen Territorien umzusetzen. Durch die Heiratsverbindung mit der oranischen Prinzessin Luise Henriette förderte er den niederländischen Einfluss und stabilisierte gleichzeitig das Herzogtum Kleve. Die rheinischen Gebiete erholten sich trotz einer straffen Regierung nur langsam, aber stetig. Die Bevölkerungsverluste des Achtzigjährigen niederländisch-spanischen und des Dreißigjährigen Krieges waren um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert fast überwunden. Die bis in die Anfänge des 18. Jahrhunderts andauernde wirtschaftliche Stagnation und deren langsame Erholung war bedingt durch die nach dem „Westfälischen Frieden“ weiterhin grassierenden kriegerischen Unruhen.¹¹⁶⁸ Im Jahre 1702 erbte der erste preußische König und Sohn des Großen Kurfürsten aufgrund seiner oranischen Mutter die Grafschaft Moers, 1713

¹¹⁶⁶ Siehe Braubach, M.: Vom Westfälischen Frieden ... , S. 230.

¹¹⁶⁷ Zitat aus Kaiser, M.: Erweiterte Spielräume. Möglichkeiten landständischer Politik in Kleve und Mark im frühen 17. Jahrhundert, in: Groten, M./Looz-Corswarem, C./Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1), Düsseldorf 2011, S. 85.

¹¹⁶⁸ Siehe Janssen, W.: Kleine Rheinische ... , S. 212. Der Große Kurfürst, für den die rheinischen Gebiete auch noch politisch wichtig waren, förderte das Gewerbe und die Wirtschaft des Landes mit Hilfe einer toleranten Politik gegenüber den religiösen Minderheiten und durch punktuelle Gewährungen von Privilegien, Monopolen, Prämien, Vergünstigungen und Steuererleichterungen. Zum Beispiel wurden für die Juden die Handelsbeschränkungen aufgehoben. Sie erlangten für den Handel und Geldverkehr bald eine besondere und herausragende Stellung. All dies waren schon die ersten Ansätze und Folgen preußischer peuplierungspolitischer Umsetzungen in den rheinischen Territorien.

kam dann im „Utrechter Frieden“ das westlich anschließende, überwiegend katholisch geprägte Oberquartier Geldern hinzu. Realpolitisch gesehen war in Moers bis 1712 aufgrund der niederländischen Besatzung keine preußische Herrschaft möglich, die Exklave Krefeld hingegen, die einen wichtigen ökonomischen Faktor in der rheinischen Tuch- und Seidenindustrie besaß, wurde schon 1703 eingekreist und besetzt. Das wichtige wirtschaftliche Zentrum Krefeld, dessen Erfolg auf dem mennonitischen Textilgewerbe basiert hatte, war gerade nicht nur im Zeitalter kameralistischer Politik die Grundlage für das Aufblühen der Stadt, sondern auch ein wesentlicher und integrativer Bestandteil für das preußische Finanz- und Wirtschaftssystem. Aber auch kulturlandschaftsprägende Aspekte mennonitischer Seidenindustrie veränderten die Ansprüche an den Raum und die Landschaft in und um Krefeld maßgeblich. Unter anderem war dies, wie wir noch sehen werden, eine Erfolgsgeschichte preußischer Peuplierungspolitik. Die weiterhin holländisch gesinnte Bevölkerung veranlasste Friedrich Wilhelm I. zu der Aussage, dass „[...] wahs die Morsische Landt und gelders [betrifft] sein Mörs wie die Klewer aber sehr gut Hollendisch wie auch die Klewer besser Hollendis und Keiserlich sein als Prussis.“¹¹⁶⁹ Die Integration neu gewonnener Territorialgebiete im rheinischen Land sollte sich als schwierig und problematisch erweisen.¹¹⁷⁰

Vergleicht man das 1707 vom Kaiser zu einem Fürstentum erhobene Moers mit den anderen rheinischen Staatsgebieten, so erkennt man lediglich ein kleines und unbedeutendes Territorium, das auf einer gesamtpreußischen Landkarte kaum auszumachen ist. Ein genauerer Blick auf einen niederrheinischen Kartenausschnitt verdeutlicht jedoch die Wichtigkeit Moers als territoriales Verbindungsglied hinsichtlich des Erwerbs von Geldern.¹¹⁷¹

Schaut man nun auf das Ende des 18. Jahrhunderts, so kann man konstatieren, dass der westliche Streubesitz Brandenburg-Preußens, wie man spätestens im Siebenjährigen Krieg

¹¹⁶⁹ Zitat Friedrich Wilhelms I. aus dem Jahr 1722 aus seinem politischen Testament. Hier entnommen aus Hantsche, I.: Preußen ... , S. 10. Auch Müller, K.: Moers in preußischer und französischer Zeit (1702-1815), in: Wensky, M. (Hrsg.): Moers. Die Geschichte der Stadt von der Neuzeit bis zur Gegenwart, Bd. 2, Köln/Weimar 2000, S. 1-141, zur demographischen Genese bes. S. 108-118, zur politischen Geschichte bes. S. 1-45. Siehe speziell zu Geldern auch Hantsche, I.: Geldern-Atlas. Karten und Texte zur Geschichte eines Territoriums (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Geldern und Umgebung; 103), Geldern 2003, S. 18f. und 44f..

¹¹⁷⁰ Siehe dazu Carl, H.: Nachbarn auf Distanz ... , S. 1-26; Opgenoorth, E.: Die rheinischen Gebiete Brandenburg-Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, in: Baumgart, P. (Hrsg.): Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln/Wien 1983, S. 33-44. Auch Dascher, O.: Preußen und seine westlichen Provinzen. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im späten 18. Jahrhundert, in: Stinner, J./Tekath, K.-H. (Hrsg.): Gelre-Geldern-Gelderland. Geschichte und Kultur des Herzogtums Geldern, Geldern 2001, S. 87-94.

¹¹⁷¹ Siehe dazu Hantsche, I.: Preußen ... , S. 10.

(1756-1763) sehen konnte, militärisch nicht zu verteidigen war, aber die preußische Herrschaft dennoch in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers dauerhaft etabliert zu sein schien. Natürlich erwuchsen durch diese geographische Distanz administrative Durchsetzungs- und Umsetzungsprobleme sowie eine zeitnahe Kontrollmöglichkeit. Betrachtet man kartographisch die gesamte territorialpolitische Entwicklung Brandenburg-Preußens auf einer Übersichtskarte, so fallen zunächst die rheinischen Gebiete vor 1819 kaum ins Gewicht.¹¹⁷² Die weite Entfernung vom Machtzentrum Berlin und die fehlende Landesverbindung verdeutlichen die Isolation der im Vergleich zu den Kernlanden sehr kleinen rheinischen Territorien. Die „langen Wege“ und die „Herrschaft aus der Ferne“ stellten ein strukturelles Problem preußischer Herrschaft in den rheinischen Territorialgebieten dar, das bei einer Bewertung preußischer Peuplierungspolitik im Rheinland unbedingt berücksichtigt werden muss.¹¹⁷³ Diese geographische Randlage und die spätere östliche Orientierung preußischer Politik führten zunehmend auch zu einer entsprechend gesamtpolitisch untergeordneten Stellung. Trotzdem erlebten diese preußisch regierten Territorien dank der kameralistischen Peuplierungspolitik eine wirtschaftliche und demographische Erholung - vor allem im Manufakturwesen und im Gewerbe - und eine Erschließung und Kultivierung wüster und unbesiedelter Landflächen im Zuge der inneren Kolonisation.

2. Typologisch-systematische Auswertung peuplierungspolitischer Policyverordnungen anhand der Chronologie preußischer Herrscher im Herzogtum Kleve bis 1806

Nachdem die sozioökonomischen und territorialen Grundlagen der rheinischen Territorien kurz skizziert und der Bevölkerungsgedanke des Kameralismus in seiner unterschiedlichen zeittypischen Ausformung unter Berücksichtigung verschiedener Theorien aufgezeigt wurde, werden nun mehrere Peuplierungspolitiken als Beispiele für die raumzeitliche Unterschiedlichkeit der Veränderung oder Kontinuität dargestellt. Die Auswertung policylicher Verordnungen soll in systematisierender Form eine Typisierung der betriebenen Peuplierungspolitiken ergeben und dabei die verwaltungsstrukturellen Rahmenbedingungen bei der Bewertung mit berücksichtigen. Diese Differenzierung peuplierungspolitischer

¹¹⁷² Siehe dazu Hantsche, I.: Preußen ... , S. 7f..

¹¹⁷³ Siehe dazu Göse, F.: Von überforderten Statthaltern, fragilen Loyalitäten und gestörter Kommunikation. Das militärische Engagement Kurbrandenburgs am Niederrhein und in Westfalen während des Jülich-Klevischen Erbfolgekriegs, in: Groten, M./Looz-Corswarem, C./Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1), Düsseldorf 2011, S. 203-224, bes. zu den „langen Wegen“ und der geographischen Randlage S. 218-220.

Gesetzgebung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer wird die Vielgestaltigkeit frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik in den rheinischen Territorien hervorheben und einen Vergleich mit anderen Peuplierungspolitiken in anderen Territorien ermöglichen. Die preußische Bevölkerungspolitik wird in Bezug auf ihre demographische, soziale und ökonomische Genese hin analysiert und verglichen. Die chronologische Vorgehensweise erlaubt es, die jeweilige Peuplierungspolitik des betreffenden preußischen Herrschers in seiner Veränderung leichter zu erkennen.

2.1. Policyverordnungen im klevischen Verwaltungsstaat – Instrumente und Quellen preußischer Peuplierungspolitik

Da sich beim Übergang vom Ende des 17. Jahrhunderts zum Beginn des 18. Jahrhunderts ein Bedeutungs- und Wertewechsel im kameralistischen Policyverständnis vollzogen hat, ist es zur Einordnung bevölkerungspolitischer Konzeptionen im klevischen Herzogtum wichtig, auf die gesetzlich verabschiedeten Träger peuplierungspolitischer Zielvorstellungen – also auf die Policyverordnungen – und die gewandelte verwaltungsbehördliche Infrastruktur näher einzugehen. Erst die Analyse klevischer Policyverordnungen erlaubt eine Bewertung der Peuplierungspolitik preußischer Herrscher und offenbart einen Einblick in die Umsetzung und die Wandlung peuplierungspolitischer Vorstellungen. Ohne eine Veränderung, Professionalisierung, Akademisierung und Verwissenschaftlichung verwaltungstechnischer Strukturen im klevischen Land wäre eine Durchführung und Umsetzung kameralistischer Peuplierungspolitik nicht realisierbar gewesen. Die gesetzlichen und behördlich-administrativen Strukturen im frühneuzeitlich-preußischen Staat werden nun zum besseren Verständnis kurz erörtert.

Die wichtigste und wesentlichste Aufgabe der Policy als territoriales Verwaltungskonstrukt lag in der Durchsetzung staatlich gesetzter Normen durch möglichst dichte Verwaltungskontrolle und konsequenter Sanktionierung von Normverstößen. Auf diesem Wege versuchte man mit den Policyverordnungen ein Höchstmaß an faktischer Wirksamkeit zu erreichen, um auf das Verhalten des Untertanenverbandes im politisch intendierten Sinne erzieherisch einwirken zu können.¹¹⁷⁴ Das klevische Policywesen versuchte zunehmend die im Herzogtum lebenden Untertanen als ein „[...] reichtumsschöpfenden Faktor zu vermehren, deren reichtumserzeugende Tätigkeit zu fördern“ und ihnen die nötige gesetzliche und politische Flexibilität innerhalb der politischen Rahmenbedingungen zu verschaffen oder

¹¹⁷⁴ Siehe dazu Simon, T.: Policy im kameralistischen Verwaltungsstaat: Das Beispiel Preußen, in: Härter, K. (Hrsg.): Policy und frühneuzeitliche Gesellschaft (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 129), Frankfurt a. M. 2000, S. 473-496, bes. S. 473.

bewusst zu verringern.¹¹⁷⁵ Policyverordnungen stellten somit die Instrumente peuplierungspolitischer Instruktionen dar, um gezielte Aktionen durchführen zu können und zu koordinieren.

2.1.1. Aufgaben und Zielvorstellungen des preußisch-klevischen Verwaltungsapparates im 17. und 18. Jahrhundert

Aufgrund der preußischen Übernahme der Regierungsgeschäfte im 17. Jahrhundert veränderte sich nicht nur die politisch-territoriale Situation der rheinischen Territorien, sondern es wurden auch wegweisende Veränderungen in der behördlichen Verwaltungsstruktur eingeleitet, die auf der Basis neuer Aufgaben- und Normvorstellungen erst eine funktionierende kameralistische Peuplierungspolitik ermöglichten.

Der zentrale Aspekt bei der Verschiebung der Aufgaben- und Zielvorstellungen des Verwaltungshandelns im 17. und 18. Jahrhundert lag in der Verdrängung normdurchsetzender, strafrechtlicher Sanktionierung durch wirtschaftspolitische Verwaltungsaufgaben. Mit dieser besonderen verwaltungsstrukturgeschichtlichen Entwicklung in Brandenburg-Preußen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts setzte in den rheinischen Territorien der Aufstieg der Kameral- und Kommissariatsverwaltung ein. Zur Vollendung der verwaltungsstrukturellen Veränderung fasste Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1723 die Kammern und Kommissariate zum Generaldirektorium zusammen.¹¹⁷⁶ Das gesamtpreußische Staatsgebilde wurde zwar schon im 17. Jahrhundert in Provinzen eingeteilt, die allerdings keine Verwaltungsbezirke im eigentlichen Sinne darstellten, sondern lediglich den geographischen Umfang eines definierten Territoriums umschrieben. Die administrative Funktion wurde von den aus Berlin unmittelbar geleiteten Kriegs- und Domänenkammern ausgeübt und vollzogen.¹¹⁷⁷ Zur Zeit Friedrichs des Großen war das Verwaltungsgebiet in Kreise eingeteilt, mit meist je einem Landrat an der Spitze. In jedem Kreis waren die Kriegs- und Domänen-Ämter die untersten königlichen Behördenbestandteile, deren zuständige Leiter die Domänenpächter verwalteten.¹¹⁷⁸

¹¹⁷⁵ Zitat aus Simon, T.: „Gute Policy“... , S. 444.

¹¹⁷⁶ Siehe dazu Simon, T.: Policy im ... , S. 477.

¹¹⁷⁷ Siehe dazu auch Lorenz, H.: Die Koloniegründungen Friedrichs des Großen in seiner Provinz Magdeburg-Halberstadt, in: Montagsblatt – das Heimatblatt Mitteldeutschlands (1929) 71, S. 1. Im Jahre 1713 wurden die rheinischen Landesteile zur Provinz Geldern-Kleve zusammengelegt. Erst durch die Verwaltungsreform 1740 integrierte die Berliner Zentrale die Provinzialbehörden in die Kriegs- und Domänenkammern. Als oberste Zentralstelle der preußischen Staatsverwaltung fungierte das Generaldirektorium zu Berlin. Allerdings agierten die zuständigen Minister nicht in einer kollegialen Verwaltungsverfassung, sondern unterstanden dem preußischen König direkt und mussten ihm über alle Aspekte der ihnen anvertrauten Provinzen Rechenschaft abgeben.

¹¹⁷⁸ Diese verantwortlichen Leiter der Kriegs- und Domänenämter trugen meist die Titel „Amtsrat“, „Kriegsrat“ oder „Geheimer Rat“.

Die klevische Kriegs- und Domänenkammer war nun für die Policeysachen und somit auch für die Umsetzung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen zuständig, wobei jetzt nicht die im 17. Jahrhundert vorherrschende normdurchsetzende Sanktionierungsfunktion im Sinne der „Guten Policy“ im Vordergrund stand, sondern die wirtschaftspolitische Pflicht, seinen Amtssprengel zu bereisen und die dortigen Verhältnisse genau zu erfassen, für den Staatsbeamten bindend wurde. Die statistische Erfassung ökonomischer Zustände im Lande und die Vermessung sozialer, ökonomischer und demographischer Gegebenheiten ließen erst eine gezielte Planung und Weiterentwicklung ökonomischer Strukturen im Kammerbezirk zu. Das rationalistische Denken erschloss neue Entwicklungspotenziale, die eine exakte Kenntnis ökonomischer und bevölkerungstatistischer Parameter voraussetzte, um einen Gewinn für die „große Ökonomie des Staates“ zu erzielen.

Die genaue Aufnahme örtlicher Strukturen und deren statistische Erfassung insbesondere der ökonomischen Verhältnisse und die schnelle regelmäßige Berichterstattung an die Zentrale wurde den Kammern mit Nachdruck zu Pflicht gemacht. Die behördlichen Mitarbeiter der Verwaltung und der Kammern sollten „[...] wöchentlich Zeitungsberichte über alle in der Nachbarschaft wie in ihrem Bezirk vorfallenden Angelegenheiten von Interesse erstatten, insbesondere über Handel [und] Manufakturen.“¹¹⁷⁹ Hinter dem gesteigerten Wissensbedürfnis klevischer Verwaltung stand sicherlich ein mit den peuplierungspolitischen Planungszielen verbundener erhöhter Lenkungs- und Steuerungsbedarf, der ohne ein genaues Bild ökonomischer und demographischer Rahmenbedingungen im Land nicht zu realisieren gewesen wäre.¹¹⁸⁰ Vor allem durch die Wiederbesetzung wüster Bauern- und Ackerstellen auf dem Land, dem Wiederaufbau zerstörter Höfe und Häuser, der Urbarmachung bisher unkultivierter Landflächen und durch die Förderung des Zuzugs niederlassungswilliger Menschen wirkten die Kammern am Peuplierungswerk in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers entscheidend mit und prägten raumwirksam die Landschaftsstrukturen der damaligen und partiell auch der heutigen Zeit nachhaltig.¹¹⁸¹

Hinter diesen Verständnisveränderungen des Policybegriffs stand das anspruchsvoller gewordene kameralistisch-peuplierungspolitische Ziel, menschliches und wirtschaftliches Fehlverhalten zu korrigieren und mithilfe einer erzieherisch intendierten Policygesetzgebung einen neuen, leistungsfähigeren und im calvinistischen Sinne lebenden Untertanen zu

¹¹⁷⁹ Zitiert aus einer Verfügung der Clevischen Kammer von 1723. Abgedruckt in AB, Bd. 4/1, S. 233, Nr. 108.

Hier entnommen aus Simon, T.: Policy im ... , S. 482.

¹¹⁸⁰ Siehe dazu Simon, T.: Policy im ... , S. 483.

¹¹⁸¹ Siehe dazu Simon, T.: Policy im ... , S. 485.

erschaffen, der die ihn umgebenen landschaftsgebundenen Potenziale zum Wohle des Staates und der Allgemeinheit optimaler in Nutzung bringt.

2.1.2. Klevische Policyverordnungen – Instrumente und Indikatoren peuplierungspolitischer Vorstellungsveränderungen

Mithilfe der Policygesetzgebung im Herzogtum Kleve versuchte die preußische Regierung eine intensivere Beeinflussung der Größe, der Bewegung und der Zusammensetzung der Bevölkerung zu erlangen. In den staatlichen Maßnahmen zur Förderung oder Beschränkung des Bevölkerungswachstums kam die jeweilige aus dem zeitgenössischen Bevölkerungsdenken resultierende peuplierungspolitische Tendenz zum Ausdruck.¹¹⁸² Im 17. Jahrhundert begann die preußische Regierung in Kleve die Theorie des Populationismus in Verordnungen, Gesetze und politisches Handeln umzusetzen. Deshalb stellen die klevischen Policyverordnungen eine wertvolle Quelle peuplierungspolitischen Handelns in den rheinischen Territorien dar, in denen die Ausrichtung preußischer Bevölkerungspolitik zum Vorschein kommt und eine Typisierung der Peuplierungspolitik zulässt.¹¹⁸³ Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die Policyverordnungen die obrigkeitsstaatliche Sichtweise und idealtypische Vorstellungen wiedergeben, die von den Lokalbehörden nie ganz verwirklicht worden sind.¹¹⁸⁴

Die im Zuge der Professionalisierung behördlicher Verwaltungsstrukturen resultierende Ausdifferenzierung der Policywissenschaft brachte im 18. Jahrhundert eine Bevölkerungspolicy hervor, die sich ausschließlich mit peuplierungspolitischen Konzepten auseinandersetzte.¹¹⁸⁵ Die Bevölkerungspolicy umschrieb ein Bündel administrativer Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Einwohnerzahl einer Region abzielte und sich als „[...] eine Lehre von den innerpolitischen Vorbedingungen einer zahlreichen, wohlhabenden

¹¹⁸² Siehe dazu Elmer, J.: Bevölkerung ... , Sp. 97f..

¹¹⁸³ Dieser Arbeit lagen zwei wichtige Editionswerke zur klevischen Policygesetzgebung vor. Zunächst die systematisch-chronologische regestenartige Auflistung bei Simon, T. (Hrsg.): Repertorium der Policyordnungen der frühen Neuzeit, Bd. 2, Brandenburg-Preußen mit Nebenterritorien (Kleve-Mark, Magdeburg und Halberstadt) (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 111), Frankfurt a. M. 1998, S. 651-856. Als zweite Edition wurde Scotti, J. J.: Sammlungen der Gesetze und Verordnungen welche in dem Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung und Rechtspflege ergangen sind, vom Jahre 1418 bis zum Eintritt der königlichen preußischen Regierung im Jahre 1816. Erster und Zweiter Theil, Düsseldorf 1826 hinzugezogen.

¹¹⁸⁴ Deshalb geben die Policyverordnungen nicht die reale Umsetzung wieder und müssen unter quellenkritischen Punkten bewertet werden, spiegeln aber die peuplierungspolitischen Intentionen preußischer Regierungen klar wider.

¹¹⁸⁵ Dies heißt natürlich nicht, dass es nicht schon vorher, also im 17. Jahrhundert, bevölkerungspolicyliche Verordnungen oder Erlasse gab. Lediglich erst im 18. Jahrhundert erlangte die Bevölkerungspolicy als ein eigenständiger Teil der Kameralwissenschaft eine institutionelle staatliche Verankerung in der preußischen Verwaltungsstruktur. Siehe dazu Simon, T.: Bevölkerungspolicy, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Stuttgart 2005, Sp. 119-122.

und daher auch zur hohen Steuerleistung fähigen Untertanenschaft“ verstand.¹¹⁸⁶ Drei administrative Aktionsfelder zur Steigerung der Einwohnerschaft waren von Bedeutung: 1) die Anwerbung migrationswilliger Fremder, etwa von Kriegs- und Glaubensflüchtlingen; 2) die durch Beseitigung rechtlicher und faktischer Hemmnisse (Erleichterung bei der Eheschließung, Herabsetzung des Heiratsalters, etc.) begünstigte Vermehrung der schon vorhandenen Bevölkerung und die Förderung des Kinderreichtums der Eingeborenen (Familienpolitik); 3) die hohe Sterblichkeitsquote, insbesondere der Kinder- und Säuglingssterblichkeit, durch bessere medizinische Versorgung entgegenzuwirken – aus diesem zunächst in der Bevölkerungspolicy integrierten Aktionsfeld entstand die Medizinpolicy, die sich ausschließlich mit der Gesunderhaltung der Bevölkerung beschäftigte, um dem frühzeitigen Ableben der Untertanen vorzubeugen.¹¹⁸⁷

Auf der Basis der Auswertung klevischer Policyverordnungen wird des Weiteren nun chronologisch eine Typisierung der jeweiligen erstrebten Peuplierungspolitik unter den regierenden preußischen Herrschern unternommen.

2.2. Typologisch-systematische und chronologische Auswertung peuplierungspolitischer Gesetzgebung im Herzogtum Kleve

Die folgende chronologische Analyse bevölkerungspolitischer Policygesetzgebung skizziert einen Überblick über die in der preußischen Gesetzgebung eingeflossenen Ideen peuplierungstheoretischer Gedanken kameralistischer Denker und ordnet den jeweilig betriebenen Peuplierungspolitiken einen bestimmten Typus theoretischer Überlegungen zu. Die im Laufe der Zeit sich zunehmend differenzierenden peuplierungstheoretischen Gedanken spiegeln sich in einer chronologisch-typologischen Auswertung deutlicher wider, und belegen einen zeitverzögerten Differenzierungsprozess bevölkerungspolitischer Gesetzgebung während der verschiedenen Regierungszeiten preußischer Herrscher.

2.2.1. Die Anfänge peuplierungspolitischer Gesetzgebung unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1640-1688)

Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm, ein überaus ehrgeiziger Herrscher, war der erste wirklich bedeutende Repräsentant der nun schon immerhin 225 Jahre regierenden Hohenzollerdynastie. Streng calvinistisch erzogen und vom Glaubenseifer geprägt verbrachte er seine Studienzeit in den Niederlanden.¹¹⁸⁸ Die Erfahrungen und die Eindrücke, die er dabei

¹¹⁸⁶ Zitat aus Simon, T.: Bevölkerungspolicy ... , Sp. 120.

¹¹⁸⁷ Siehe dazu Thakkar-Scholz, A.: Der „Wert des Menschen“ ... , S. 87-89 und S. 91-100.

¹¹⁸⁸ Siehe dazu Luda, M.: Kleve-Mark ... , S. 16.

zu sammeln vermochte, waren für ihn zeitlebens von großer Bedeutung.¹¹⁸⁹ Was nach preußischen Tugenden, nach Dienstethos und Pflichteifer klang, stammte aus den calvinistischen Niederlanden und prägte die peuplierungspolitischen Zielvorstellungen des Großen Kurfürsten nachhaltig. Der peuplierungspolitisch vor großen Aufgaben stehende Große Kurfürst regierte gebunden an die universellen Gebote des Christentums mit einer landesväterlichen Fürsorge für das Wohl seiner Untertanen. So schrieb er in seiner „Väterlichen Ermahnung“ im Jahr 1667, in der er eine Zwischenbilanz seiner Regierungstätigkeit zog, dass die nachfolgenden Regenten des preußischen Hauses ihre „[...] von Gott untergebene unterthanen (...) Ihr ohne ansehung der Religion als ein rechter landes Vatter lieben (musset), Ihren Nutzen und bestes, in billigen dingen allzeit gerne zu befördern suchen, die commercia überall in aufnehmen bringen, undt auff mehrer peuplirung insonderheit der Chur Brandenburg gedencken.“¹¹⁹⁰ Erst der Fleiß und die disziplinierte Ausübung seines Amtes motivierten den jungen Herrscher, der sein Amt 1640 in schweren Kriegszeiten übernehmen musste und noch ungeübt in Regierungshandlungen war, die während des verheerenden Krieges zerstörten und wüsten Stellen wiederaufzubauen, die Bevölkerungsverluste auszugleichen und die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden – seine peuplierungspolitischen Handlungen in der frühen Herrscherzeit standen unzweifelhaft im Zeichen der Wiederherstellung vorkriegerischer Verhältnisse und der Stabilisierung der eigenen Machtposition in den rheinischen Landen.

Schon vor seiner Amtsübernahme pflegte Friedrich Wilhelm einen engen Kontakt zu seinen späteren rheinischen Untertanen und residierte unter allen preußischen Herrschern am längsten in Kleve.¹¹⁹¹ Dies unterstrich die wichtige politische Bedeutung des Herzogtums Kleve in seinen geopolitischen Plänen und Zielen. Allein dadurch sind schon die schnellen peuplierungspolitischen Eingriffe zum Aufbau zerstörter und öder Stellen zu erklären.

¹¹⁸⁹ Seit dem Erwerb Kleves im Jahre 1614 war Brandenburg-Preußen ein unmittelbarer Nachbar der calvinistischen Niederlande, die einen starken kulturellen Einfluss auf die rheinischen Territorien hatten. Der territorialen Nähe folgte bald eine unter dem Großen Kurfürsten geschlossene dynastische Verbindung. 1646 heiratete er Louise Henriette von Oranien-Nassau.

¹¹⁹⁰ Zitat aus Kurfürst Friedrich Wilhelm: „Väterliche Ermahnung“, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789, (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 199.

¹¹⁹¹ Der Große Kurfürst residierte sechs Mal in der unter seiner Herrschaftszeit ausgebauten Residenzstadt Kleve. Vom 10. Januar 1647–18. Oktober 1649, 9. Juni 1651–26. September 1652, 4. Januar 1661–17. Oktober 1661, 17. November 1665–20. Oktober 1666, 22. März 1675–21. Mai 1675 und 30. Juli 1686–17. August 1686. Allein die physische Präsenz des Großen Kurfürsten zeigte das gesteigerte Interesse an den rheinischen Territorien in seinen gesamtpolitischen Planungen. Siehe Flink, K.: Kleve im 17. Jahrhundert. Studien und Quellen, 2. Teil 1640-1666 (Klever Archiv; 1), Kleve 1979, S. 11f..

Die nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges einsetzende und bis ca. 1680 andauernde Periode peuplierungspolitischer Gesetzgebung ist vielmehr als eine frühneuzeitliche Aufbau- als Ausbauperiode zu bezeichnen, weil sie vielmehr einen Wiederaufbau als Folge der durch den Dreißigjährigen und Achtzigjährigen Krieg hervorgebrachten Verwüstungen und Bevölkerungsverlusten zu bewerkstelligen hatte.¹¹⁹² Erst dank einer beträchtlichen, staatlich gestützten peuplierungspolitischen Policygesetzgebung konnte es gelingen, diesen Aufbau erfolgreich voranzutreiben. Allerdings wird ersichtlich, dass bis 1680 keineswegs alle kriegsbedingten demographischen und wirtschaftlichen Folgen beseitigt wurden.¹¹⁹³ In einer Denkschrift vom 4. Februar 1683 an den Großen Kurfürsten beschwerten sich klevische Deputierte, dass viele Güter wüst lägen und „[...] vor ein stuck brots verkauffet“ werden.¹¹⁹⁴ Zudem liege der Wohlstand des Staates im Bevölkerungswachstum, das man mithilfe von Vergünstigungen für Einwanderer und zugleich mit Auswanderungsverboten unterstützen müsste. Es sieht fast so aus, als ob die landesständischen Vertreter eine intensivere Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten forderten.¹¹⁹⁵ Die Antwort des Großen Kurfürsten ließ nicht auf sich warten und er kündigte an, alles zur Erleichterung der Kommercien und Manufakturen tun zu wollen.¹¹⁹⁶ Es wird deutlich, dass der Große Kurfürst nun von einer „restaurativen“ zu einer „additiven“ Peuplierungspolitik übergehen wollte, die nicht nur auf einer Wiederherstellung vorkriegerischer Verhältnisse abzielte, sondern nun tatsächlich einen wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Ausbau verfolgte.

Die Grundlage für die Restauration vorkriegerischer Verhältnisse und die Anwerbung, vor allem anderskonfessioneller Menschen, musste in der Schaffung eines toleranten Klimas liegen. Als Schutzherr seiner protestantischen Glaubensgenossen wendete sich der Große Kurfürst in der Frühphase nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges per Policygesetzgebung an die katholische Kirche im klevischen Herzogtum, in der „[...] der römisch-katholischen Geistlichkeit in Cleve und Mark (...) es bei willkürlicher Strafe untersagt [wird] (...), evangelischen Glaubensgenossen auf irgend eine Weise schimpflich zu begegnen, vielweniger noch deren Kinder durch unzulässige Mittel an sich zu ziehen und sich (...) fernerer Unsittlichkeiten und Widersetzlichkeiten zu überlassen.“¹¹⁹⁷ Der konfessionelle

¹¹⁹² Vgl. Burggraaff, P.: Kulturlandschaftswandel ... , S. 37-41.

¹¹⁹³ Siehe dazu das Kapitel A.4., das die demographische und räumliche Ausgangsbasis nach dem Dreißigjährigen Krieg kurz skizziert.

¹¹⁹⁴ Zitiert nach Luda, M.: Kleve-Mark ... , S. 179.

¹¹⁹⁵ Wahrscheinlich stammt dieses Gesuch vom Syndikus der Ritterschaft Dr. Hermann von der Portzen. Siehe dazu Höntzsch, O.: Stände und Verwaltung ... , S. 688f. und S. 691.

¹¹⁹⁶ Siehe Höntzsch, O.: Stände und Verwaltung ... , S. 696.

¹¹⁹⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 13. März 1652, abgedruckt in Scotti, Bd. 1, S. 307f., Nr. 209.

Aspekt peuplierungspolitischer Policygesetzgebung erlangte schon früh beim Großen Kurfürsten eine zentrale Bedeutung. Erst ein konfessionsfreundliches und –tolerantes Klima würde die protestantischen Glaubensgenossen, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugung Fleiß, Disziplin und Loyalität als Grundlagen für die Verwirklichung eines gottgefälligen Lebens ansahen, leichter zur Migration in die rheinischen Territorien bewegen – ein wichtiger „Pull-Faktor“. Auch die weiteren konfessionsbezogenen Policyverordnungen standen unter dem Politik prägenden Eindruck vorhergegangener Konfessionskriege und wiesen die „[...] Geistlichen der, zufolge des westphälischen Friedens, reichsgesetzlich bestehenden drei Confessionen (...) [an] ihrerseits zur politischen Ruhe und Eintracht der Unterthanen dadurch beizutragen, daß sie in ihren Predigten und Lehren (...) vermeiden, (...) die abweichenden Meinungen verdrehend, lästernd und schmähend zu behandeln“, um mit praktizierender „[...] gegenseitiger Freundlichkeit und Verträglichkeit (...) ein Beispiel christlicher Duldsamkeit“ den Glaubensbrüdern zu geben.¹¹⁹⁸ Der wirtschaftsfördernden Wirkung niederlassungswilliger Calvinisten oder anderer protestantischer Konfessionen war sich der selbst zu tiefst calvinistische Große Kurfürst durchaus bewusst. Nur so lässt sich unter anderem die Policyverordnung vom 19. November 1654 erklären, wo auf eine rein zahlenmäßig unbedeutende Konfession explizit eingegangen wird. Den im Herzogtum Kleve lebenden Mennoniten sollen, „[...] so lange denselben der Aufenthalt im Lande vergönnt ist, rücksichtlich der Eidesleistung vor Gericht und bei Uebertragungen von städtischen Aemtern, bei ihrer Gewissensfreiheit geschützt bleiben.“¹¹⁹⁹ Eine so kleine Gruppe Andersgläubiger konnte nur aufgrund ihrer Qualifikationen für sogar höhere staatliche Aufgaben eine bedeutende bevölkerungspolitische Stellung einnehmen. Nur dies erklärt auch, dass sie es überhaupt wert waren, in Policyverordnungen erwähnt zu werden.¹²⁰⁰ Das kurfürstliche Haus Brandenburg-Preußen schloss sich damit der oranisch-niederländischen Toleranzpolitik aus peuplierungspolitischen Gründen an. Mit solchen Verordnungen hoffte man, die Mennoniten zum Verbleib im Herzogtum Kleve zu bewegen. Zudem sah die klevische Regierung die Möglichkeit, die schon im Herzogtum Kleve lebenden Mennoniten derart von der Vorzüglichkeit ihres Landes zu überzeugen, dass sie als Anwerber dank ihres eigenen Kommunikationsnetzes andere Familienmitglieder oder Gleichgesinnte zur Einwanderung in die rheinischen Territorien bewegen könnten. So entstanden neben Krefeld einige

¹¹⁹⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 3. Oktober 1656, abgedruckt in Scotti, Bd. 1, S. 323, Nr. 240.

¹¹⁹⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 19. November 1654, abgedruckt in Scotti, Bd. 1, S. 311, Nr. 228.

¹²⁰⁰ Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird noch auf ein erfolgreiches peuplierungspolitisches Beispiel der Mennoniten eingegangen werden. Es handelt sich um den Aufstieg der Krefelder Seidenindustrie, die einen wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt zur Folge hatte. Siehe dazu auch das Kapitel D.1.5.5..

mennonitische Glaubensgemeinden in den klevischen Städten Goch, Kleve, Emmerich und Rees, aber auch vereinzelte Mennoniten fanden sich punktuell, wie z. B. in Sonsbeck, in anderen niederrheinischen Städten wieder.¹²⁰¹

Nicht die konfessionelle Überzeugung, sondern die Qualifikation und die Fähigkeiten waren entscheidend für die Erlangung staatlicher Ämter. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass man als ein calvinistischer Staat gegenüber anderen Konfessionen eine neutrale und tolerante Position einnahm, der alles unterstützte, was dem Wohle der Ökonomie und des Staates diene. Am deutlichsten wurde diese konfessionstolerante Haltung im Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685, das eine überregionale Bedeutung besaß und den französischen Hugenotten Gewissens- und Kulturfreiheit auf preußischen Boden garantierte.¹²⁰² Die öffentliche Proklamation des Potsdamer Ediktes durch den Großen Kurfürsten stellte in der preußischen Geschichte – und damit auch in der rheinischen Landesgeschichte – insofern ein bevölkerungspolitischen Einschnitt dar, als dass der Landesherr erstmals sich gewillt zeigte, seine konfessionelle Homogenität aus wirtschafts- und peuplierungspolitischen Gesichtspunkten bewußt preiszugeben.¹²⁰³ Am 30. November 1685 wurde zur Finanzierung hugenottischer Peuplierungspolitik ein Edikt „[...] an unsere am Rhein und Maaß gelegene Städte, wo Sie vermuthlich am ersten ankommen möchten“, publiziert, dass „[...] Wie in allen Unsern Landen, also auch in Unserm Herzogthumb Cleve und Graffschafft Marck, bey allen und jeden unsern Unterthanen in Städten und auf dem platten Lande von Hauß zu Hauß und zwar ohne allen Unterscheid es seyen dieselbe der Evangelisch Reformirten als Lutherisch oder auch Römisch Catholischen Religion zugethan, eine algemeine Christliche Beysteuwer durch einige ehrliche Leuthe, welche ihr darzu zu benennen, und uns in acht Tagen Zeit nach dem Euch dieses zur Handt kompt unfehlbahrlich ihre Nahmen anhero

¹²⁰¹ Siehe dazu Wensky, M.: Die evangelische Kirchengemeinde von der Reformation bis zur Französischen Zeit (1536-1794), in: Dies./Rönz, H./Rosen, J. (Hrsg.): Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Sonsbeck. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Sonsbeck 2008, S. 45. Erinnert sei hier an den Grabstein des reichen mennonitischen Kaufmannes Cornelis Cornelisz Honig, dessen Grabstein heute noch in der Evangelischen Kirche im Eingangsbereich als ein Relikt peuplierungspolitischer Toleranz betrachtet werden kann.

¹²⁰² Im Jahre 1685 hatte Ludwig XIV. das Edikt von Nantes aufgehoben, in dem sein Vorgänger auf dem französischen Thron Heinrich IV. (1553-1610) den französischen Protestanten, den sogenannten Hugenotten, geistige und religiöse Freiheit garantiert hatte. Tausende protestantische Glaubensgenossen verließen daraufhin ihre Heimat. Brandenburgs weitblickender Herrscher, der Große Kurfürst, handelte schnell und bot seinen „bedrängten Glaubens-Genossen“ Asyl an. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollten mehr als 20.000 Hugenotten nach Brandenburg-Preußen emigrieren, nur wenige fanden sich aber in den rheinischen Territorien ein, sondern zogen nach Berlin und in die östlichen Provinzen. Siehe dazu Durchhardt, H.: Glaubensflüchtlinge und Entwicklungshelfer ... , S. 278-286.

¹²⁰³ Siehe dazu Hassinger, E.: Wirtschaftliche Motive und Argumente für religiöse Duldsamkeit im 16. und 17. Jahrhundert, in: Volckhart, O. (Hrsg.): Frühneuzeitliche Obrigkeiten im Wettbewerb. Institutioneller und wirtschaftlicher Wandel zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert (Contribuciones Jenenses; 5), Baden-Baden 1997, S. 197-211, bes. S. 199f..

unterthänigst einzusenden, eingesamlet und wie viel ein Jeder dazu beygetragen in ein absonderlich Buch auffgezeichnet (...) werde.“¹²⁰⁴ Zum Ende des 17. Jahrhunderts standen die französischen Hugenotten an Zahl und Bedeutung unter den eintreffenden Kolonisationswilligen an erster Stelle. Bis zum Jahre 1703 fanden 198 Réfugiésfamilien überwiegend in den Städten des klevischen Herzogtums eine neue Heimat und konnten erfolgreich angesiedelt werden.¹²⁰⁵

Mit dieser policeylichen Gesetzgebung brachte die klevische Regierung eine Gleichstellung der protestantischen Konfession gegenüber der bisher vorherrschenden katholischen Religion voran.¹²⁰⁶ Dass dies ein längerer Prozess sein würde, war man sich durchaus bewusst, sodass man in einer Policeyverordnung vom 20. Mai 1660 mahnend und zum wiederholten Male darauf hinweisen musste, das Toleranzverhalten gegenüber Andersgläubigen zu befolgen und zu fördern. Als Quelle des Unmutes beklagte man, dass vor allem „[...] die ungelehrte, ungeschickte und zum Predigamt fast unqualificirte und untüchtige“ Geistlichkeit mit ihren lästerhaften Reden „[...] die Gemuter der Zuhörer nicht erbauen, sondern nur verwirren und verbittern [und] (...) nichts anders als Haß, Neidt und Feindschaft“ schüren.¹²⁰⁷ Des Weiteren erfolgten Regeln und Sanktionen bei Zuwiderhandeln der Vorschriften. Hier werden besonders die Anfänge der erzieherisch-moralischen Dimension peuplierungspolitischer Gesetzgebung deutlich. Im Vordergrund peuplierungspolitischer Vorstellungen stand die Erziehung zu einem toleranten, fleißigen und an der großen Ökonomie des Landes partizipierenden Untertanen, der zum Wohle des Staates seine individuellen Fähigkeiten zur Verfügung stellte. Diese „konditionierende“ Peuplierungspolitik stand wahrlich unter dem Großen Kurfürsten noch am Anfang seiner Ausführung, wurde aber von seinen Nachfolgern begierig aufgegriffen und systematisch ausgebaut. Aus peuplierungspolitischer Sicht bestand durchaus das Interesse an einem religiösen Menschen. Andachten und Betstunden „[...] sollen keines weges unbelassen, sondern fleißig gehalten und benutzt werden.“¹²⁰⁸ Die Instrumentalisierung religiöser Dogmen eines gottgläubigen, fleißigen und somit zur großen Ökonomie des Staates beitragenden Untertanen wurde hier schon frühzeitig in Einklang mit bevölkerungstheoretischen Planvorstellungen praktiziert. Allerdings versuchte man die Gläubigen bei Sonn-, Fest- und Feiertagen von „[...] fressens und sauffens (...) und alles

¹²⁰⁴ Zitat vom 30. November 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

¹²⁰⁵ Siehe Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 13; Beheim-Schwarzbach, M.: Hohenzollerische ... , S. 499.

¹²⁰⁶ Vgl. dazu die Konfessionsgesetzgebungen vom 23. April 1660, Scotti, Bd. 1, S. 329f., Nr. 259; 20. Mai 1662, Scotti, Bd. 1, S. 391-416, Nr. 273; 17. September 1666, Scotti, Bd. 1, S. 454-477, Nr. 294.

¹²⁰⁷ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 20. Mai 1660, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 330-332, Nr. 260.

¹²⁰⁸ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 6. August 1687, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 604, Nr. 397.

dessen, dadurch die Andacht verhindert“, fernzuhalten.¹²⁰⁹ Auch die zahlreichen, da aus ökonomischer Sicht ungenutzten religiösen Feiertage standen den peuplierungs- und wirtschaftspolitischen Planvorstellungen diametral entgegen, weil man das zu nutzende Menschenpotenzial nicht effektiv zur Hebung der Wirtschaft und des Wiederaufbaus einsetzen konnte. Beispielhaft dafür sei die Policyverordnung vom 26. Februar 1675 genannt, in der verordnet wurde, dass „ [...] an dem Montage und Dienstage vor Aschermittwoch jeder zur Arbeit angehalten werden soll“, um so die vorhandenen menschlichen Kapazitäten effizienter zu nutzen.¹²¹⁰

Der säkulare Zug der erzieherisch intendierten Peuplierungspolitik versuchte nicht nur die moralisch-sittlichen Normen der Konfessionen für ihre Ziele zu instrumentalisieren, um in ihrem Sinne Einfluss auf die moralisch-sittliche Erziehung und Bildung der Staatsuntergebenen zu nehmen, sondern unterwanderte auch zunehmend die von den Kirchen beanspruchte Position, alleinige oberste moralisch-erzieherische Instanz zu sein. Ganz deutlich wird dies unter der Nummer 45 in der Verordnung vom 20. Mai 1662 ersichtlich, wo gesetzlich festgeschrieben wurde, dass „ [...] ein jedweder Prediger (...) der Censur unterworfen seyn“ solle.¹²¹¹ Zudem schrieb man der Geistlichkeit aller Religionen vor, sich nicht in staatliche Angelegenheiten zu integrieren, weil „ [...] sich in weltliche Sachen zu mischen gar nicht gebühret“. ¹²¹²

Der wichtigste gesetzlich verankerte Schritt zur Bekanntmachung der Schaffung eines toleranten Klimas gegenüber anderen Konfessionen stellte der Nebenrezeß zwischen Brandenburg-Preußen und Pfalz-Neuburg vom Jahre 1666 über die streitigen Religionsfragen dar.¹²¹³ Aus peuplierungspolitischer Sicht kann er als eine publizierte „Propagandaschrift“ zur Anwerbung emigrationswilliger Glaubensflüchtige gedeutet werden, in dem die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Förderung von Einwanderung geschaffen und garantiert worden sind. Den potenziellen Einwanderern wurde die freie Religionsausübung versichert, in der „ [...] also keiner der obgemelten dreyen Religionen zugethaner Eingesessener, seiner Religion halber, über kurtz oder lang (...) zu emigriren genötigt, weniger ausgewiesen, noch vertrieben werde.“¹²¹⁴ Diese Zugeständnisse im Religionsrezeß fielen den weltoffenen Brandenburgern

¹²⁰⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 6. August 1687, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 612, Nr. 397

¹²¹⁰ Zitiert aus der Policyverordnung vom 26. Februar 1675, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 543, Nr. 328.

¹²¹¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 20. Mai 1662, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 400, Nr. 273. In einer späteren Policyverordnung vom 6. August 1687 wurde diese Formulierung zur Zensur priesterlicher Predigten wiederholt, vgl. Scotti, Bd. 1, S. 617f., Nr. 397.

¹²¹² Zitiert aus der Policyverordnung vom 6. August 1687, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 613, Nr. 397.

¹²¹³ Siehe dazu Scotti, Bd. 1, S. 454-477, Nr. 294.

¹²¹⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 17. September 1666, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 467f., Nr. 294.

wesentlich leichter als dem stark katholischen geprägten Haus Pfalz-Neuburg. Im darauf folgenden Religionsedikt gestand die klevische Regierung ihren „[...] Catholischen Unterthanen (...) die Catholischen Feyertage in ihren Kirchen und Häusern zu feyern“ ohne Einschränkung zu.¹²¹⁵ „Ferner solle Niemanden, welcher auß anderen fembden Ländern in angeregte Unser Hertzogthumb Cleve (...) sich niederlassen will“ und sich „[...] der Policy-Ordnung gemäß qualificiren kann“, die Einreise verwehrt werden.¹²¹⁶

Die Policyverordnungen gegen die Hurerei im Herzogtum Kleve sind sicherlich zunächst aus moralisch-sittlichen Gesichtspunkten zu erklären, allerdings ist aus bevölkerungspolitischer Perspektive durchaus auch ein Interesse zur Verhinderung außerehelichen Geschlechtsverkehrs zu erkennen. Alle „[...] diejenigen, welche durch Hurerei, Ehebruch und andere schädliche Sünden und Laster öffentliches Aergernis geben, sollen nicht nur mit Geldstrafen belegt, sondern zur Leistung einer öffentlichen Kirchenbuße“ angehalten werden.¹²¹⁷ Das bevölkerungspolitische Bestreben, Kinderreichtum und eine gute Kindererziehung in traditionellen Verhältnissen zu fördern, wird bei diesen Verordnungen dadurch klar verständlich, dass der menschliche Trieb zur Vermehrung der eigenen Population nicht durch Bordelle getrübt werden darf, sondern im ehelichen Haus zu einer kinderreichen Familie führen soll. Man erhoffte sich durch die Abschaffung der Bordelle und die Sanktionierung von Hurerei den ehelichen Beischlaf und damit gleichzeitig den Kinderreichtum der einheimischen Familien zu unterstützen. Weitere Maßnahmen zur „[...] fernerer Verhütung, daß die Laster des Ehebruchs, der Blutschande und der Bigamie vervielfältigt, sodann auch die Kinder wider Willen der Eltern entführet werden, und daß daraus unordentlich und ärgerliches wesen entstehe“, verdeutlichen die unter ökonomischen Gesichtspunkten stehenden bevölkerungspolitischen Vorstellungen, dass solche gesetzlichen Rahmenbedingungen eine optimale Ausnutzung des vorhandenen „Menschenpotenzials“ anstrebten.¹²¹⁸ Auch wenn „[...] die Eltern aus Haß der Religion, oder anderer unbefugter Ursachen halber, zur Heyrath ihrer Kinder sich nicht verstehen wollen“, sollen nach einer Prüfung durch die obrigkeitsstaatlichen Behörden durchaus konfessionell gemischte Ehen möglich gemacht werden und rechtens sein.¹²¹⁹ Dieses Beispiel geburtenfördernder Verordnungen verdeutlicht nicht nur die zunehmend rationalistische Praktizierung

¹²¹⁵ Zitiert aus der Policyverordnung vom 26. April 1668, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 488, Nr. 300.

¹²¹⁶ Zitiert aus der Policyverordnung vom 26. April 1668, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 489, Nr. 300.

¹²¹⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 24. Februar 1653, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 309f., Nr. 215. Siehe dazu auch die Verordnung vom 23. Januar 1677, Scotti, Bd. 1, S. 550, Nr. 339.

¹²¹⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 9. September 1660, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 365, Nr. 263.

¹²¹⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 20. Mai 1662, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 416, Nr. 273.

peuplierungspolitischer Intentionen, sondern offenbart auch den Einfallsreichtum der klevischen Verwaltungsorgane.

Diese Optimierung der Allokation vorhandenen „Menschenpotenzials“ spiegelte sich unter anderem in der zunehmenden differenzierten Betrachtungsweise von Bettlern und Armen wider. „Die in Cleve und Mark wohnhaften wirklichen, und wegen körperlicher Gebrechen arbeitsunfähigen Armen“ waren aus peuplierungspolitischen Gesichtspunkten eine eher uneffiziente und belastende Gruppe, die es aber weiterhin aus moralisch verpflichtender Verantwortung staatlicher Regierungen zu versorgen gelte, deren Kinder aber allerdings „[...] von ihnen getrennt und zur Arbeit angehalten werden sollen“, um somit im Fokus optimaler Ausnutzung vorhandenen „Humankapitals“ einen Beitrag zur Steigerung und Förderung der Ökonomie des Staates beizusteuern.¹²²⁰ In Anbetracht der Behebung der verheerenden Folgen der Kriegszüge war es enorm wichtig, eine effiziente Ausnutzung der vorhandenen Potenziale zum Wiederaufbau anzustreben. Wie wichtig diese staatliche Kontrolle war, zeigte sich am Ende dieser Policyverordnung, wo eine „[...] strenge Handhabung dieser Verordnung, mittelst fleißiger Visitationen der Wirthshäuser, Landstraßen und verdächtigen Herbergen (...) den Beamten dringend empfohlen [wurde]“ und beim Auffinden eines Übeltäters ihn „[...] in Eisen gefesselt zur Arbeit“ zu schleppen.¹²²¹ Zudem solle „[...] den zum eigenen Broterwerb noch tüchtigen Einwohnern (...) das Betteln durchaus nicht gestattet“ werden.¹²²²

Ebenso standen bei der Förderung von Wirtschaft und Gewerbe peuplierungspolitische Gedanken im Vordergrund, wobei man punktuell mit Gewährung von Privilegien, Monopolen, Steuervergünstigungen und Prämien nicht nur die bereits vorhandenen wirtschaftsfördernden Untertanen zum Verbleib bewegen konnte, sondern auch neue, qualifizierte Handwerker und Gewerbetreibende anlocken wollte. Jedoch sollten nur niederlassungswillige Migranten geduldet werden, den reisenden Händlern, die der Erhöhung der Bevölkerungszahl nur temporär dienen würden, schädigen lediglich die eigene Wirtschaft. Deshalb sind z. B. „[...] die, zum Nachtheil der inländischen Gewerbetreibenden, das Herzogtum Cleve mit schlechten Waaren durchziehenden Eisen-Krämer“ nicht geduldet worden, da sie weder einen peuplierungspolitischen, noch wirtschaftlichen Nutzen besaßen.¹²²³ Auch die immer wieder erneuerten Policyverordnungen gegen Vagabunden und

¹²²⁰ Zitiert aus der Policyverordnung vom 28. August 1663, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 417f., Nr. 276.

¹²²¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 28. August 1663, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 418, Nr. 276.

¹²²² Zitiert aus der Policyverordnung vom 4. Oktober 1685, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 586, Nr. 378.

¹²²³ Zitiert aus der Policyverordnung vom 30. August 1666, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 436, Nr. 292. Gleiches betreffend bei den Kupferschmieden durch herumziehende Kesselkrämer, siehe die Verordnung vom 12. August 1652, Scotti, Bd. 1, S. 308f., Nr. 212.

Landstreicher zeigen eindeutig, dass man die umherziehenden, nicht niederlassungswilligen Personen als Bedrohung auffasste, „[...] wodurch besonders die Bewohner des platten Landes belästigt“ worden sind.¹²²⁴ Bei dreimaligem Übertreten dieses Verbots konnten die fremden Umherziehenden „[...] wohl gar am Leben gestraft werden.“¹²²⁵

Vor allem standen die auswärtigen Werber, die für andere Fürsten im peuplierungspolitischen Sinne Menschen zur Übersiedlung in ihr Herrschaftsgebiet bewegen wollten, im Zentrum der Einwanderungsverbote. Die im Herzogtum „[...] sich einfindenden fremden Werber, in sofern sie nicht mit einer landesherrlichen Ermächtigung versehen sind, dürfen nicht geduldet, sondern müssen (...) aus dem Lande geschafft werden.“¹²²⁶ Diese Verordnung beinhaltete zugleich auch ein Auswanderungsverbot für die einheimische Bevölkerung, da den „[...] Untertanen (...) es strenge verboten [wurde], sich den fremden Werbern zuzugesellen.“¹²²⁷ Auch frühere „[...] Strafedikte gegen fremde Kriegs-Werbungen“ wurden erneuert, da der Große Kurfürst ein großes stehendes Heer in seinem absolutistischen Staatsverständnis für unabdingbar hielt und somit über jeden potenziellen Soldaten, der seiner Armee beitrug, glücklich war.¹²²⁸ Dennoch war er sich der depeuplierenden Wirkung kriegerischer Auseinandersetzungen bewusst, wie ein Zitat aus seinem politischen Testament belegt: „[D]er fride ernehret, Der krieg aber verzehret.“¹²²⁹

Die peuplierungspolitischen Policyverordnungen des Großen Kurfürsten von 1650-1688 standen unzweifelhaft unter dem Eindruck der Beseitigung der schrecklichen wirtschaftlichen und demographischen Folgen der vorhergegangenen Kriege. Die als „restaurativ“ zu typisierende Peuplierungspolitik schuf vor allem die nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen, um emigrationswillige Andersgläubige und protestantische Glaubensgenossen zur Einwanderung in die preußisch regierten rheinischen Territorien zu bewegen. Die religionspolitischen Verordnungen, welche ganz maßgeblich unter anderem die Peuplierungspolitik mitgestaltet haben, kamen teleologisch betrachtet vor allem der Festigung

¹²²⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 4. Oktober 1685, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 586, Nr. 378.

¹²²⁵ Zitiert aus der Policyverordnung vom 30. April 1681, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 557, Nr. 354. Auch die Häufigkeit der gegen das Vagabundieren vorgehenden erlassenen Policyverordnungen zeigten die Dringlichkeit zur Beseitigung und die anhaltende Problematik in dieser Sache. Siehe dazu die Verordnungen vom 16. Mai 1652, Scotti, S. 308, Nr. 210; 12. August 1652, Scotti, S. 308f., Nr. 212 und die weiteren Erneuerungen vom 25. Mai 1655, 20. Mai 1660, 12. Oktober 1662, 25. März 1667, 14. März 1670, 6. März 1675 und 30. April 1681.

¹²²⁶ Zitiert aus der Policyverordnung vom 20. April 1653, abgedruckt bei Scotti, S. 310, Nr. 217.

¹²²⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 20. April 1653, abgedruckt bei Scotti, S. 310, Nr. 217.

¹²²⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 2. Juni 1682, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 567, Nr. 360.

¹²²⁹ Zitat von Friedrich Wilhelm, Großer Kurfürst: Die Festung als gebaute Souveränität – Politisches Testament des Großen Kurfürsten, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 455.

des landesherrlichen Kirchenregiments und damit der absolutistischen Herrschaftspraxis preußischer Könige zugute.¹²³⁰ Dass seine Politik schon in der Frühphase von bevölkerungspolitischen Gedanken geprägt war, zeigte sich in der Situation, als er die Pfalz angreifen wollte. Zwar würde er im Falle eines Sieges einen neuen Bevölkerungsteil hinzugewinnen, allerdings warnen ihn seine Berater, dass der Krieg „[...] vornehmlich die Unterthanen treffen“ würde und ihre „[...] Landen werden dadurch verderbt und verwüstet.“¹²³¹ Diese Lektion blieb nicht ohne Wirkung und prägte die weiteren peuplierungspolitischen Überlegungen des Kurfürsten. Die in den rheinischen Territorien intensiv betriebene „restaurative“ Peuplierungspolitik ist unter anderem mit dem gesteigerten gesamtpolitischen Interesse an den rheinischen Besitzungen zu erklären. Zudem wird auch die frühe enge Zusammenarbeit der kameralistischen Fürsten mit dem frühkapitalistischen Manufakturunternehmertum sichtbar. Schon der Große Kurfürst äußerte sich in einem Edikt aus dem Jahre 1687, dass „[...] auch nach und nach, was zur Beförder- und Verbesserung der Fabriken und folglich zur Populierung Unserer Städte, als auf welchen Fundament die Aufnahme und Wohlfahrt des Landmanns zugleich beruhet, zuträglich, auf gnädigste Hülls-Mittel bedacht seyn“ werden.¹²³² Nicht nur die langjährige Nähe zu den rheinischen Gebieten, sondern auch wegen den politischen Spannungen mit Pfalz-Neuburg, den Auseinandersetzungen mit den klevischen Landständen und die geographische Nähe zu den Niederländern, um die Beziehungen zum Haus Oranien leichter zu pflegen, sah der Große Kurfürst den Schwerpunkt seiner Politik im Westen seines Reiches. Vergleicht man nun die demographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den rheinischen Territorien zu Beginn seines Amtsantrittes und nach seinem Ableben, so ist trotz der finanziellen Schwierigkeiten die betriebene „restaurative“ Peuplierungspolitik als erfolgreich anzusehen, auf die die nachfolgenden preußischen Herrscher zweifelsohne weiter aufbauen konnten. Die Aussage M. Luda, dass „[...] von einer eigentlichen Peuplierungspolitik, wie der Große Kurfürst sie in den Stammlanden betrieb, keine Rede ein kann“, basierte unter anderem auf der begrifflichen Undifferenziertheit seines Peuplierungsbegriffs.¹²³³ Nicht nur die quantitativen Aspekte der Ansiedlung, also der Peuplierung, sind ausschlaggebend für eine Bewertung, sondern auch die gesetzliche Errichtung von Rahmenbedingungen, wie die Schaffung eines

¹²³⁰ Siehe dazu das Kapitel „Ausblick: Peuplierungspolitik als Instrument der hohenzollernschen Kirchenpolitik“ in Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 129-142.

¹²³¹ Zitiert aus der Stellungnahme der Geheimen Rates, abgedruckt in Luda, M.: Kleve-Mark ... , S. 22. Siehe dazu Höntzsch, O.: Stände und Verwaltung ... , S. 184.

¹²³² Zitiert nach Hinze, K.: Die Arbeiterfrage ... , S. 74.

¹²³³ Zitat aus Luda, M.: Kleve-Mark unter dem Großen Kurfürsten ... , S. 182.

konfessionstoleranten Klimas oder die sittlich-moralisch erziehende peuplierungspolitischen Bemühungen, sind nicht minder zu bewerten, nur weil sie aus einer quantitativen Sichtweise in einer kleineren Dimension erfolgten.¹²³⁴ Der Große Kurfürst entsprach in seiner peuplierungspolitisch verfolgten Strategie noch dem älteren, in territorialstaatlichen Grenzen denkenden Typus patriarchalischer Landesherren, der aber dennoch bereits Ansätze moderner Staatlichkeit in seiner Herrschaft erkennen ließ. Dass die Bevölkerungsverluste in den bis zum Jahre 1672 von ausländischen Kampftruppen besetzten rheinischen Territorien um die Jahrhundertwende ausgeglichen wurden, ist unzweifelhaft als ein demographischer Erfolg preußischer „restaurativer“ Peuplierungspolitik unter dem Großen Kurfürsten zu bewerten und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass man sich erst im Rheinland die Festigung der eigenen politischen und militärischen Machtposition gegen zahlreiche Widerstände erkämpfen musste, um einiges höher einzuschätzen.

2.2.2. Die Weiterführung „restaurativer“ Peuplierungspolitik unter Friedrich (III.) I. (1688-1713)

Die Bedeutung der Regierungszeit des drittältesten Sohnes und Nachfolgers des Großen Kurfürsten und späteren ersten preußischen Königs Friedrich (III.) I. lag auf einem Gebiet, das im Gesamtrahmen preußischer Geschichte bisher eine eher randständige Rolle eingenommen hatte: die Wissenschaftsförderung und die Kunstpflege. Schon der von ihm formulierte zukunftssträchtige Wahlspruch der Hohenzollerkönige unter dem Schwarzen Adlerorden spiegelte seine tolerante Haltung, die vor allem den peuplierungspolitischen Vorstellungen zugutekam, wider: „Suum cuique“ – „jedem das Seine“.

Die preußische Peuplierungspolitik unter Friedrich (III.) I. konnte an eine zwar noch in den Anfängen stehende, aber dennoch funktionierende peuplierungspolitische Struktur ansetzen. Weiterhin stand die policeyliche Gesetzgebung unter dem Eindruck der Erhaltung der öffentlichen „Ruhe“ und der Beschützung der vorhandenen Bevölkerung. Zahlreiche Verordnungen ergingen gegen die vagabundierenden Migranten, „[...] welche die Einwohnerschaft mit Betteln, sogar mit Brandstiftung drohen, belästigen“ und damit die „restaurative“ Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien behinderten.¹²³⁵ Vor allem die „[...] gegenwärtig so sehr gefährdete Sicherheit der Bewohner des platten Landes“, die

¹²³⁴ Um das Jahr 1618 standen den westlichen 104 Quadratmeilen 1366 Quadratmeilen östliche Territorien gegenüber – ein Verhältnis von 7% zu 93%. Um 1713, als die Territorien von Minden, Moers, Obergeldern, Tecklenburg und Lingen hinzugekommen waren, erreichten die westlichen Landesteile nun einen Wert von 8,5% bezüglich der Gesamtfläche Brandenburg-Preußens. Zahlen aus Flink, K.: Kleve im 17. Jahrhundert, 3. Teil ... , S. 10. Zudem waren die Bevölkerungsverluste und die Verwüstungen in den rheinischen Territorien geringer als in den brandenburgischen Stammländern und erforderten dadurch eine andere, intensivere Peuplierungspolitik.

¹²³⁵ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 24. Mai 1688, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 651, Nr. 405.

„ [...] durch Einbrüche, Knebeleien und Räuberei“ stark bedroht wurde, musste besser gesichert werden, um den Erhalt der vorhandenen Bevölkerung zu garantieren.¹²³⁶ Den Einheimischen wurde immer wieder gesetzlich untersagt, „ [...] Unbekannte und Verdächtige, weder zu beherbergen, noch in Scheunen und Ställen einen Aufenthalt zu gewähren.“¹²³⁷ Solche peuplierungspolitischen Instruktionen an die in den rheinischen Landesteilen lebenden Untertanen standen in Zentrum sicherheitspolizeylicher Überlegungen, damit die Bewohner des „platten Landes“ den Wiederaufbau des von den Kriegen stark zerstörten Kulturlandes vorantreiben und somit die Grundlage für eine weitere peuplierungspolitische Zielvorstellung, nämlich die Neuerschließung und Urbarmachung bisher unkultivierten Landes, verbreiten konnten. Den Lokalbeamten im Herzogtum Kleve empfahl man, dass sie „ [...] auf fremde und verdächtige Reisende genau zu achten haben und jeden, ohne Paß befunden, Reisenden anhalten und streng examinieren müssen.“¹²³⁸ Als eine wichtige Maßregel „ [...] gegen die Räuberbanden und Schwarzmacher-Rotten wird die genaue Haltung der Wachen auf den Gränzen, an den Pässen, an den Fähren und Stadtthoren befohlen, um die seither auf dem Lande leicht stattfindende Aufnahme und Beherbergung fremder Vagabunden und starker Bettler aufs strengste“ zu kontrollieren.¹²³⁹ Um eine effiziente Handhabung dieser Verordnungen zu ermöglichen, musste „ [...] jeder ohne Unterschied (...) über die bei ihm eingekehrten fremden oder bekannten Gäste täglich abends vor 9 Uhr, der Lokalbehörde einen Fremden-Zettel, nach einen beigefügtem Muster, überreichen“, der „ [...] mit den von den Thorwachen aufgenommenen gleichartigen Notizen verglichen“ werden sollte.¹²⁴⁰ Diese Policyverordnung ist ein frühes Beispiel dafür, dass demographische Daten umherziehender Migranten systematisch aufgenommen werden sollten, um die nun auf der Basis einer quantitativ-statistischen Erfassung bevölkerungsrelevanter Prozesse gestützte Peuplierungspolitik zu professionalisieren und damit zu optimieren.¹²⁴¹

¹²³⁶ Zitiert aus der Policyverordnung vom 18. Juni 1694, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 670f., Nr. 446; Auch vom 6. Mai 1697, Scotti Bd. 1, S. 698, Nr. 473; 14. März 1698, Scotti, Bd. 1, S. 701, Nr. 480; Eine zunehmende Verschärfung der Bestimmungen gegen das Vagabundieren am 11. März 1699, Scotti, Bd. 1, S. 704, Nr. 484.

¹²³⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 16. November 1711, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 778, Nr. 636.

¹²³⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 23. August 1705, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 738, Nr. 553.

¹²³⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. September 1708, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 756, Nr. 577.

¹²⁴⁰ Zitiert aus der Policyverordnung vom 23. August 1705, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 738, Nr. 553.

¹²⁴¹ Womöglich finden sich in den Aktenbeständen lokaler Archive solche demographisch-frühneuzeitliche Quellen, deren Auswertung unzweifelhaft nutzbare Informationen migrationshistorischer Qualität bereithalten und somit ein Desiderat historisch-demographischer und migrationshistorischer Forschung darstellen würden. In diesem Sinne ist ebenso die Verordnung vom 12. August 1709 zu verstehen, in der bei der Errichtung eines Salz-Probe-Register „ [...] alle Unterthanen ohne Ausnahme, Frauen, Kinder und Dienstboten, welche nicht unter 12 Jahre alt sind, desgleichen auch alles Milchgebende Vieh, als Kühe, Schaaf und Ziegen, eingetragen werden.“ Siehe Scotti, Bd. 1, S. 762, Nr. 594.

Die Verordnungen gegen das einheimische Bettlertum wurden im Sinne älterer policeylicher Gesetze nahtlos übernommen und zunehmend verschärft. Um eine optimale Allokation des vorhandenen Menschenkapitals auch zukünftig für den Wiederaufbau zu gewährleisten, wurde bei „[...] keinem arbeitsfähigen Einwohner das Betteln zugelassen“ und geduldet.¹²⁴² Unter diesem Aspekt der optimalen Ausnutzung menschlicher Kapazitäten sind unter anderem die „Festtagsverordnungen“ zu sehen, in der die „[...] Feierung der Johannis- und Marien-Festtage, - welche seither in Müssiggang und bei Saufgelagen hingbracht worden, - (...) künftig, in so fern die Feste an Wochen-Tagen eintreten, auf den vorhergehenden oder folgenden Sonntag verlegt werden [soll].“¹²⁴³

Um in erster Linie gesunde Kinder zu erhalten, verbot man jede „[...] Heirath zwischen Schwester- und Brüderkinder oder Enkeln gleicher oder ungleicher Linie“, weil die Gefahr einer inzestuösen Eheverbindung dem peuplierungspolitischen Ideal einer sich gesund reproduzierenden und starken Population zuwiderlief.¹²⁴⁴ „Zur Beförderung der Holz- und Obst-Cultur in Cleve und Mark, werden die Städte, Flecken und Dörfer zur Anlegung von Eichen und Buchen-Kämpen, die neu sich verheirathenden Brautpaare, zur Pflanzung von 6 Obstbäumen und 6 jungen Eichen verpflichtet“, um damit unter anderem die Kultivierung zerstörter Landflächen voranzutreiben.¹²⁴⁵ Nach dem am 19. März 1691 erlassenen Edikt, „[...] wonach kein junges Ehepaar getraut werden soll, wenn es nicht über die geschehene, oder künftig geschehene, Pflanzung wenigstens 6 Obstbäume und 6 jungen Eichen hinlängliche Versicherung gegeben hat, sollen die Beamten von den sämtlichen Pfarrern in den Städten und Dörfern, eine specielle Nachweise der jährlich getrauten Ehepaare einfordern und einsenden.“¹²⁴⁶ Es wird deutlich, dass die klevischen Verwaltungsbeamten trotz aller populationistischen Überlegungen die Nahrungs- und Ressourcengrundlage im Blickfeld peuplierungspolitischer Maßnahmen behielten und damit keine „blinde“ Bevölkerungspolitik betrieben.

Das konfessionstolerante Klima sollte weiterhin gefördert werden. Den Juden gewährte man auf weitere 20 Jahre den Aufenthalt in den rheinischen Gebieten, allerdings mit der Einschränkung, dass man ihnen verbot „[...] fernerhin irgend eine Art unbewegliche Güter zu

¹²⁴² Zitiert aus der Policeyverordnung vom 24. August 1696, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 690, Nr. 466.

¹²⁴³ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 15. Juni 1712, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 782, Nr. 645.

¹²⁴⁴ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 18. Dezember 1693, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 668-670, Nr. 446, hier bes. S. 669.

¹²⁴⁵ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 13. Oktober 1694, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 673f., Nr. 450.

¹²⁴⁶ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 31. Januar 1709, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 759f., Nr. 587. Auch hier werden demographische Daten aufgenommen und mit der Nahrungs- und Ressourcenverteilung gekoppelt.

kaufen.“¹²⁴⁷ Die Juden waren oftmals reiche Kaufleute und Finanziers und brachten Geld mit ins Land, was zur Ankurbelung der Wirtschaft sicherlich förderlich gewesen wäre. Zur Achtung der konfessionellen Glaubensfreiheit wies man die Beamten an, „[...] auf die von den katholischen Religionsverwandten geführten Beschwerden wegen Religions-Recesswidriger Beschränkung ihre Rechte und Freiheiten“ zu achten und sie ernst zu nehmen.¹²⁴⁸ Die Kontinuität peuplierungspolitischer Gesetzgebung wird bei den konfessionsbezogenen Policeyverordnung deutlich sichtbar.

Aus Angst vor der Verbreitung konfessionellen Fanatismus verordneten die Verwaltungsbehörden, „[...] daß die Pfarrer bei 25 Goldgulden Strafe keinem ausländischen Ordensgeistlichen das Predigen gestatten sollen“, damit die Erhaltung der „geistigen Gesundheit“ der breiten Bevölkerung stabil bleibt und das konfessionsoffene Erscheinungsbild preußischer Peuplierungspolitik emigrationswillige Menschen zur Einwanderung in die preußischen Lande motivieren kann.¹²⁴⁹

Die anwerbungsfreundliche Peuplierungspolitik wird in der Policeyverordnung vom 11. Januar 1710 klar ersichtlich, in der darauf hingewiesen wurde, dass „[...] die in Cleve und Mark, bei der Vertheilung der Einquartierungslast, vorhergehenden Unordnungen die Fremden abschrecke, sich in den Städten niederzulassen und anzubauen“ und man „[...] allen denjenigen, welche beabsichtigen, sich in den cleve-märkischen Städten niederzulassen, oder sonst anzubauen, nicht nur eine 10jährige Freiheit von aller Einquartierung und sonstigen Personallasten versichert“ sein sollen, sondern „[...] daß ausserdem den Neubauenden, auch ein gewisses Procent der angewendeten Baukosten (...) aus den königl. Kassen vergütet werden soll.“¹²⁵⁰ Dies stellte eine klare Anweisung einer „aktiven“ Peuplierungspolitik dar, die über ein bloßes Emigrationsverbot hinaus ging, um mit Hilfe einer aktiv betriebenen Einwanderungspolitik fremde Menschen ins Land zu locken.

Zudem knüpfte der erste preußische König Friedrich I. an die hugenottische Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten an und bestätigte die unter der „restaurativen“ Peuplierungspolitik publizierten Privilegien und Versicherungen. Hier lag der Fokus aber schon auf einer „qualifizierten“ Sichtweise peuplierungspolitischer Ausrichtung, die sich

¹²⁴⁷ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 7. Oktober 1698, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 699, Nr. 475. Siehe auch die Verordnung vom 30. April 1692, Scotti, Bd. 1, S. 661, Nr. 430.

¹²⁴⁸ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 26. Januar 1699, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 702-704, Nr. 483, hier bes. S. 702; Auch die Verordnung vom 26. Juni 1699, Scotti, Bd. 1, S. 705f., Nr. 488 zeigt, dass nach über einem halben Jahrhundert die konfessionellen Spannungen weiterhin im Zentrum peuplierungspolitischer Verordnungen standen.

¹²⁴⁹ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 19. April 1706, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 740, Nr. 558.

¹²⁵⁰ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 11. Januar 1710, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 765f., Nr. 602.

zuerst an Adelige, Bürgerliche und Professionisten richtete. So versprach der preußische Herrscher per Policeyverordnung wie „[...] nach dem Exempel Unseres in Gott ruhenden Herrn Vatern Gnaden, die Bekenner derselben, welche, der Verfolgung halber, ihr Vaterland verlassen müssen, darin mit alwol Adelich- als Bürgerlichen Aembtern, und Dignitäten, so wol an Unserem Hofe, als bey Unsern Collegiis, und anderen Corporibus gezogen, und emploiret, die Handwercks-Leute aber in die Zünffte aufgenommen werden.“¹²⁵¹ Auch die rechtliche Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung wurde den hugenottischen Glaubensflüchtlingen zugesichert, „[...] worunter ihnen im geringsten nicht im Wege stehen mag, noch sol, daß sie in andern, als in Unseren Landen gebohren, sondern es soll aller, etwa beßhero noch übriger Unterscheid zwischen Unseren natürlichen und dazu auf- und angenommenen Unterthanen, hiemit, in so weit es zum Besten dieser letzteren gereicht, getilget und gehoben seyn, und bleiben.“¹²⁵² Desweiteren gilt es, diese Exulanten mit aller Gnade und Liebe aufzunehmen, „[...] Ihnen auch, gleich Unsern angebohrnen Teutschen Unterthanen, allen Schutz und Schirm angedeyen lassen, so daß unter des höchsten Seegen, viele tausend Flüchtlinge ihre Nahrung und Subsistenz darin reichlich gefunden und ihre allerunterthänigste Erkenntlichkeit dagegen, durch die gegen Uns, und Unser Königliches Haus bezeugte Treue und Devotion erwiesen, welche dann, und umb diesen Refugirten, eine neue Probe Unserer gegen sie tragenden allergnädigsten Propension zu geben, uns bewogen, hiebeygefügetes Edict so höchstbesagtes Unseres Herrn Gnaden, Glorwürdigstens Andenckens, unterm 29.10.1685, imgleichen diejenige Patente, so Wir zu deren faveur ausgehen lassen, zu erneuern und zu confirmiren, dergestalt, daß alle Refugirte, bey denen, ihnen darin zugestandenen Privilegien und Immunitäten, sowol in Ecclesiasticis als Politicis, wie bißhero, also auch ferner, geschützt, und ihnen nichts davon entzogen werden sol.“¹²⁵³ Dieses erlassene Edikt deutete somit sowohl auf die kirchliche als auch auf die politische Freiheit für die französischen Exulanten hin.

Als die „[...] bishero in Unseren Landen contribuirt Zehnjährige Freyheit und Privilegia, sich nunmehr zu Ende nahen“, ordnete der preußische Herrscher eine grundlegende Überprüfung peuplierungspolitischer Maßnahmen an, ob nun eine Verlängerung hugenottischer Vergünstigungen notwedig sei und „[...] ob auch der nebst der Religions-Freyheit mit intendirte Zweck der Verbesserung Unserer Städte und Dörffer, auch die Vermehrung der Manufacturen und Commerciens dem Verlangen nach erreicht worden

¹²⁵¹ Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

¹²⁵² Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

¹²⁵³ Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

sey.“¹²⁵⁴ Sollte der positive Aspekt dieser „qualifizierten, restaurativen“ Peuplierungspolitik noch nicht zur Zufriedenheit erreicht worden sein, galt es zu überlegen, „[...] ob dieselben [die Hugenotten, Anm. d. V.] zu ihrer desto besseren und festeren Einrichtung noch einige Extendirung sothaner Frey-Jahre und Privilegien benöthiget.“¹²⁵⁵ Die Privilegien und Freiheiten wurden aufgrund der noch vorhandenen Probleme hugenottischer Kolonien auf einige weitere Jahre ausgedehnt.

Aufgrund der geographischen Trennung zwischen den preußischen Kernlanden und den rheinischen Territorien war eine behördliche Kontrolle aus Berlin nicht ohne Schwierigkeiten umsetzbar, sodass die Berliner Verwaltung des Öfteren die klevischen Beamten in ihrer Amtsausübung tadeln musste. Vor allem bei den Truppenanwerbungen werden „[...] unter Mißbilligung der von den Beamten häufig veranlassten Behinderungen der königl. Truppenwerbungen (...) die Lokal-Behörden angewiesen, den mit königl. Autorisation sich einfindenden Werbern allen möglichen Vorschub, zur baldigen Anwerbung der ihnen benötigten, oder zu werben anbefohlenen Zahl, zu leisten.“¹²⁵⁶ Hier konkurrierten die militärisch ausgerichteten peuplierungspolitischen Vorstellungen der Berliner Zentralverwaltung mit den (wieder-)besiedlungsorientierten Zielen der Lokalbehörden des Herzogtums Kleve. Der preußische König benötigte dringend neue Soldaten für sein stehendes Heer, die klevischen Behörden arbeitsfähige Menschen zur Besiedlung wüster und unkultivierter Gebiete.

Allerdings kam ein neuer Aspekt unter der Regierungszeit Friedrich (III.) I. zum Vorschein. Dank seiner intensiven Förderung der Wissenschaften wurden neue Erkenntnisse gewonnen, die der preußischen Peuplierungspolitik neue Möglichkeiten eröffneten. Zur Verbesserung der medizinischen Ausbildung wurde einer „[...] großen Anzahl untüchtiger Wundärzte und Hebammen in Cleve“ verordnet, dass „dieselben (...) geprüft werden“ sollen, den „[...] Nichtfähigen aber, gegen billige Vergütung, Unterricht“ erteilt werden muß.¹²⁵⁷ Die medizinische Versorgung und die Ausbildung der Mediziner sollten unter staatlicher Kontrolle stattfinden, um die aufgrund von medizinischen und hygienischen Fehlern bedingte hohe Mortalitätsziffer der schon vorhandenen Bevölkerung, aber vor allem auch die der Säuglingssterblichkeit, zu verkleinern. Zu viele Menschenleben verlor der Staat aufgrund unsachgemäßer Behandlung der Patienten. Im Fokus der medizinischen Verordnungen

¹²⁵⁴ Zitat vom 4. Juli 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹²⁵⁵ Zitat vom 4. Juli 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹²⁵⁶ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 18. April 1701, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 720, Nr. 509.

¹²⁵⁷ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 2. März 1707, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 743, Nr. 564.

standen häufig die Seuchen- bzw. Pestvorsorge. Aufgrund einer „[...] Verbreitung der (...) pestilenzialischen Seuche“ wurde „[...] eine allgemeine Handelssperre gegen Hamburg, Bremen und Emden und die angrenzenden Gegenden der Elbe und Weser bis auf weiteren Befehl angeordnet, und sollen die von dort hereingeführt werdenden Waaren, Kleidungsstücke und Früchte sofort konfiscirt und verbrannt werden.“¹²⁵⁸ Die Präventionsmaßnahmen waren ein wichtiger Schritt, um die vorhandene Bevölkerung zu schützen, weil die Seuchenzüge, wie man in den östlichen preußischen Provinzen erleben mußte, die Länder folgeschwer entvölkerten.

Unter der Regierungszeit Friedrich (III.) I. wurde die durch den Dreißigjährigen und Achtzigjährigen Krieg bedingte Auffüllung menschenleerer und bevölkerungsarmer Gebiete im Sinne einer „restaurativen“ Peuplierungspolitik weiter vorangetrieben. Anders als andere umliegenden Territorien, die aufgrund ihrer antiquierten Zunftordnung und Wirtschaftsvorstellungen als agrarwirtschaftliche Länder in der ökonomischen Entwicklung zurückblieben und lediglich nur einen Aspekt peuplierungspolitischer Möglichkeiten ergriffen, nämlich den des Emigrationsverbotes – also in der Konsequenz eine „passive“ Peuplierungspolitik betrieben -, bekannte sich die klevisch-preußische Verwaltung zu einer „restaurativ“ betriebenen Peuplierungspolitik, die aber weiterhin mit einer aktiven Einwanderungspolitik gekoppelt wurde, um die zielstrebige Vermehrung der wehr- und arbeitsfähigen, d. h. aus ökonomischen Gesichtspunkten wertschöpfenden Bevölkerung zu katalysieren. Neben dem langsam aufkeimenden medizinischen Aspekt bevölkerungspolitischer Verordnungen, der zu einer relativen Erhöhung der Bevölkerung führen sollte, wurde das verwaltungsstrukturelle Gerüst dank der verordneten Erfassung demographischer Daten und Prozesse weiter professionalisiert, um auf der Basis einer statistischen Auswertung, die hier noch in den Anfängen stand, eine Effizienzsteigerung peuplierungspolitischer Policyverordnungen zu erreichen. Damit wurden die Grundlagen für den unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms I. stattfindenden Übergangs von einer „restaurativen“, also einer auf die Erlangung der vorkriegerischen Bevölkerungszahl zentrierten Peuplierungspolitik, zu einer „additiven“, einer auf über das Vorkriegsniveau hinaus stehenden Untertanenanzahl praktizierten Bevölkerungspolitik. Die somit als restaurativ zu typisierende Peuplierungspolitik unter der Herrschaft des ersten preußischen Königs war eine Weiterführung der Bevölkerungspolitik des Großen Kurfürsten, die einige

¹²⁵⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 13. September 1711, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 777f., Nr. 635. Diese Verordnung wurde erneuert am 24. August 1712. Siehe dazu auch das Policygesetz vom 25. November 1712, Scotti, Bd. 1, S. 784f., Nr. 654.

innovative, später erst ausgearbeitete, Impulse zur Effizienzsteigerung peuplierungspolitischer Maßnahmen beinhaltet. Die Regierungszeit Friedrich (III.) I. ist aus peuplierungspolitischer Sicht im Herzogtum Kleve als eine Übergangszeit zu sehen.

2.2.3. Die Professionalisierung der Verwaltungsstruktur peuplierungspolitischer

Policeygesetzgebung unter Friedrich Wilhelm I. (1713-1740)

Als der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1713 die Regierungsgeschäfte übernahm, saß nicht nur ein tief calvinistischer Herrscher auf dem preußischen Thron, sondern einer, der den rückständigen Feudalstaat seines Vaters reformierte und einen Militärstaat mit bemerkenswerten Ansätzen einer Peuplierungs- und Industriepolitik formte. Wie bei seinem Vater prägten ein gottgefälliges, abstinentes und dem preußischen Staate dienendes Leben sowie die strengste Disziplin calvinistischen Arbeitsethos das Regierungsverständnis Friedrich Wilhelms I., der von allen seinen Untertanen die wohlfahrtsfördernde Bereitschaft erwartete, Arbeit als einzigen Lebensinhalt zu akzeptieren. Zur Umsetzung seiner peuplierungspolitischen Vorstellungen rheinischer Territorialgebiete wies er die Klevische Kriegs- und Domänenkammer sowie die unteren Beamten an, sich solche „[...] Instruction (...) in specie einzuverleiben, daß die Commissariatspräsidenten in den Provinzien die ihnen anvertraute Städte fleißig bereisen, derselben Zustandes respectu des Handels und Wandels, Commerciens und Manufacturen, Bürger und Einwohner und deren Nahrung und Gewerbs sich auf das genaueste erkundigen und informiren, damit ihnen die unter ihr Departement gehörende Städte ebenso genau bekannt sein mögen, als Wir prätendiren, daß ein Capitän von Unserer Armee seine Compagnie kenne, bei welcher alles und jeder dazu gehörender Soldaten innerliche und äußerliche Qualitäten dem Capitän vollkommen bewusst sein müssen.“¹²⁵⁹ Unter seiner Amtszeit schuf er eine Armee, die nach Russland, Österreich und Frankreich zur viertgrößten in Europa zählte, obwohl Preußen vom Staatsgebiet erst an 10. Stelle, von der Zahl seiner Einwohner an 13. Stelle lag. Die Liebe des preußischen Königs zum Militär zog eine Fülle wichtiger Reformen mit sich, wie z. B. die Schaffung einer einheitlichen Verwaltung. Während seiner Amtszeit wurden 20.000 Salzburger Glaubensflüchtlinge im von der Pest stark entvölkerten Ostpreußen erfolgreich angesiedelt.¹²⁶⁰ Sein Motto „Menschen achte ich vor dem größten Reichtum“ und seine

¹²⁵⁹ Zitat Friedrich Wilhelm I.: Instruktion und Reglement König Friedrich Wilhelms I. für das „Generaldirectorium“, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 363.

¹²⁶⁰ Siehe Haver, Ch.: Europäische Migration ... , S. 67.

militärischen Pläne provozierten nahezu eine intensive „aktive“ Peuplierungspolitik, um seinen Menschenbedarf zu befriedigen.

Diese anwerbungsfreundliche Doktrin preußischer Bevölkerungspolitik unter Friedrich Wilhelm I. wird schon recht früh in einer Policyverordnung vom 30. Mai 1714 deutlich, in der die Einwanderung migrationswilliger Fremder gefördert werden sollte, um „[...] die Nahrung der Städte zu heben.“¹²⁶¹ Als zusätzlichen Anreiz wurden die Einwanderungswilligen vom Militärdienst befreit und an alle „[...] Ausländer, welche wüste Baustellen bebauen wollen, 10 pGt Bauzuschussgelder baar aus der Accise-Casse ausgezahlt“ werden.¹²⁶² Diese Aufbauhilfe für die Einwanderer zeigte eindeutig, dass hier eine aktive, über die restaurative Phase hinausgehende Peuplierungspolitik betrieben wurde. Dass eine solche Bevorzugung und Privilegierung einheimischen Widerstand bei den Bewohnern und den Lokalbeamten hervorrief, wird in der Verordnung der Berliner Behörde „[...] auf die geführte Beschwerde der im Clevischen vorhandenen französischen Flüchtlinge, wegen seitherige Nichtverwirklichung der ihnen verheißenen Freiheiten“ sichtbar, wobei „[...] alle französische Refugirte evangel. reform. Religion, welche im Herzogthum Cleve bereits etablirt sind und dergleichen Freiheiten noch nicht genossen haben, (...) fünfzehn Jahre lang von aller Einquartierungs- und anderer bürgerlichen Last befreit bleiben, jedoch auch verpflichtet sein sollen, Bürgerschaft dafür zu leisten, daß sie alle Onera, wovon sie befreit waren, baar bezahlen, im Falle sie nach geendigten Freijahren wieder auswandern.“¹²⁶³ Die Beschwerden der Emigranten wurden durchaus ernst genommen, um damit unter anderem das einwanderungsfreundliche Klima zu erhalten und zu verbessern. Die Zahlung als Entschädigung für die fehlende „Bürgerschaft“ bei einer Auswanderung sollte diejenigen abschrecken, die lediglich in den Genuss der Privilegien kommen wollten und bei Beendigung dieser das Land wieder zu verlassen gedachten. Um diesem Schmarotzertum entgegenzuwirken, bewirkte diese Policyverordnung sicherlich, dass sich nur niederlassungswillige Fremde in die preußisch regierten Rheinlande einfanden.

Ein wichtiges peuplierungspolitisches Dokument der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. stellte die Policyverordnung vom 23. Februar 1722 dar, die eine Bestandsaufnahme aller wüsten Stellen und eine Auflistung aller fehlenden qualifizierten Arbeiter beinhaltete.¹²⁶⁴ Die

¹²⁶¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 30. Mai 1714, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 836f., Nr. 690.

¹²⁶² Zitiert aus der Policyverordnung vom 30. Mai 1714, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 837, Nr. 690.

¹²⁶³ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. Oktober 1716, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 910, Nr. 751. Siehe auch die Erneuerung der Verordnung vom 11. Januar 1710, erlassen am 26. Oktober 1717, Scotti, Bd. 1, S. 765, Nr. 602.

¹²⁶⁴ Siehe die Policyverordnung vom 23. Februar 1722, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 980-985, Nr. 910.

im Zuge der Professionalisierung bürokratischer Verwaltungsstrukturen praktizierte systematische Bestandsaufnahme peuplierungspolitischer Daten ermöglichte es, die Bevölkerungspolitik effizienter zu gestalten und punktuell, auf lokaler Ebene umzusetzen. Zwecks „[...] Beförderung der Bebauung der wüsten Baustellen und der Ansetzung der fehlenden Handwerker in den cleve- und märkischen Städten“ wurde verordnet, dass solche, die sich den „[...] Wüsten Bürgerstellen zu bebauen annehmen wollen, (...) mündlich oder schriftlich melden werden, die verlangte Wüste Stellen (...) sogleich unentgeltlich angewiesen werden soll“, um die „[...] Neu-Anbauenden aufs schleunigste zu befördern.“¹²⁶⁵ Zur Erleichterung der Anschaffung von Bauholz, das in den „[...] Clev- und Märkischen Landen kostbahr und rar ist“, sollten den Neuankömmlingen „[...] Zehn pro Cent zur Anschaffung des benötigten Bauholzes, gegen Caution, daß sie den Bau ausführen können und wollen, baar aus Unserer General-Casse gezahlet werden.“¹²⁶⁶ Wie positiv die preußische Regierung einer aktiven Peuplierungspolitik gegenüberstand, wird darin deutlich, dass an alle Familien „[...] vor jede Meile zum Behuf des Transports Zwölf gute Groschen bei ihrem Anzuge mit der Familie aus der Accise-Casse des Ortes baar“ gezahlt werden sollte.¹²⁶⁷ Vor allem die Anwerbung leistungsfähiger und arbeitswilliger Handwerksmeister stand im Zentrum einer nach Qualität orientierten Peuplierungspolitik, die den Meistern ein freies Umzugsrecht innerhalb des Herzogtums Kleve ohne eine Zahlung des Abzugsgeldes garantierte und ihnen eine „[...] hocheigenhändige Versicherung mit Unserer hohen Unterschrift hierüber“ gegeben wurde, dass „[...] ihnen alles, was in diesem Edikt versprochen, nicht allein sol gehalten, sondern sie auch bey allen Gelegenheiten Unsers Schutzes sich zu erfreuen haben.“¹²⁶⁸ Eindeutiger und klarer kann eine „aktive, qualifizierte“ Peuplierungspolitik nicht besser beschrieben werden, bei der das Interesse an zuzugswilligen Menschen so groß war, dass man ihnen zahlreiche, für den Staat kostenintensive Zahlungen aus der königlichen Kasse zugestand, um sie zur Einwanderung in die eigenen Länder zu bewegen.¹²⁶⁹

Wertet man die Daten aus dieser demographischen Bestandsaufnahme von Kleve und Mark vom 23. Februar 1722 aus, so existierten 641 wüste und ehemals bewohnte Stellen zur Wiederbesiedlung zu Verfügung. Dies zeigte eindeutig, dass der erlittene demographische

¹²⁶⁵ Siehe die Policyverordnung vom 23. Februar 1722, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 980f., Nr. 910.

¹²⁶⁶ Siehe die Policyverordnung vom 23. Februar 1722, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 981, Nr. 910.

¹²⁶⁷ Siehe die Policyverordnung vom 23. Februar 1722, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 981f., Nr. 910.

¹²⁶⁸ Siehe die Policyverordnung vom 23. Februar 1722, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 982, Nr. 910.

¹²⁶⁹ Inwieweit solchen Anlockungen und Kosten zur Übersiedlung und Ansiedlung fremder Emigranten aussehen konnten, wird bei „Hinze, K.: Die Arbeiterfrage ...“, S. 105-120“ exemplarisch und verallgemeinert beschrieben. Die Kosten, die in der Phase preußischer Kolonisationspolitik für den staatlichen Werber um einen speziellen, hochqualifizierten Arbeiter entstanden sind, waren durchaus enorm und verdeutlichen die Wichtigkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen im gesamtpolitischen Bezugsrahmen zur Zeit Friedrich Wilhelms I..

Einschnitt des Dreißigjährigen Krieges in der Mitte des 17. Jahrhunderts keineswegs flächendeckend im Jahre 1722 überwunden war und das noch einige wüste und entvölkerte Landstriche menschenleer dahinvegetierten. Sehr stark betroffen war die Gegend um Goch, wo noch 157 wüste Stellen vorhanden waren, und die Stadt Kalkar, die noch 100 menschenleere Stellen aufzuweisen hatte.¹²⁷⁰ So hinterließen z. B. in der niederrheinischen Stadt Kalkar die vielfältigen Eroberungen fremder Truppen und die wechselnden Besatzungen durch Kriegstruppen im 17. und 18. Jahrhundert neben dem im Jahr 1717 verheerenden Stadtbrand, bei dem 101 Häuser und 77 Scheunen verbrannten, vor allem räumliche Spuren zerstörter und ledig stehenden Hausstellen. Noch im Jahr 1723 wurde die Stadt als nahezu ausgebrannt und eingeäschert beschrieben, sodass die preußische Regierung schon vor der großen „Retablissement-Politik“ friderizianischer Stadtkolonisation nach dem Siebenjährigen Krieg durch ein königliches Edikt vom 13. Februar 1723 den Geschädigten peuplierungspolitische Baufreiheitsgelder zum Wiederaufbau der Hausstellen auszahlte.¹²⁷¹ Allein dieses Faktum verdeutlicht, dass die preußische Peuplierungspolitik keineswegs nur auf die Anwerbung fremder Kolonisten zielte, sondern auch die einheimische Bevölkerung in Phasen des Aufbaus zerstörter und wüstliegender Hausstellen mit zehn- prozentigen Bauzuschussgeldern unterstützte. Nehmen wir nur die im Herzogtum Kleve sich befindlichen Städte inklusive die Stadt Gennep hinzu, so wurden im Jahre **1722** in der hier angefügten Tabelle **374 wüste Stellen** gezählt.¹²⁷² (siehe Tab. T-1)

¹²⁷⁰ Der Bevölkerungszuwachs wurde durch die Einwirkungen des französisch-niederländischen Krieges immer wieder stark verringert.

¹²⁷¹ Siehe dazu Wensky, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815, in: Dies. (Hrsg.): Sonsbeck. Die Geschichte der niederrheinischen Gemeinde von der Frühzeit bis zur Gegenwart (Stadt und Gesellschaft: Studien zum Rheinischen Städteatlas; 3), Köln 2003, S. 21-194, bes. S. 49f.. Siehe auch das Edikt vom 23. Februar 1723 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 974.

¹²⁷² Siehe die Policeyverordnung vom 23. Februar 1722, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 980-985, Nr. 910.

Tabelle wüster Hausstellen im Herzogtum Kleve inklusive der Stadt Gennep vom 23. Februar 1722

Nr.	Stadtname	wüste Stellen	fehlende Professionistentypen
1	Kleve	14	7
2	Kalkar	12	6
3	Xanten	7	7
4	Goch	157	9
5	Büderich	5	2
6	Grieth	1	4
7	Kranenburg	1	4
8	Üdem	1	2
9	Kervenheim	2	5
10	Sonsbeck	44	5
11	Griethhausen	6	5
12	Orsoy	84	8
13	Wesel	----	3
14	Duisburg	2	5
15	Embrich	1	3
16	Rees	12	8
17	Gennep	25	5
Summe		374	88

Tab. T-1

Zudem fehlte es an zahlreichen qualifizierten Handwerkern und Meistern. Im Herzogtum Kleve benötigte man „Seidenzeug-, Calaminck-, Papier-, Toback-Pfeiffen-, Zeug-, Kam-, Messer-, Sergen-, Strümpf-, Knopf-, Peruquen-, Tuch- und Huthmacher sowie Kupfer- und Blechschläger, Bürstenbinder, Radler, Posementierer, Leinen-Weber, Bleicher, Feinschmidte, Klempner, Klumpenmacher, Riemer, Zinngiesser, Färber, Apotheker, Barbieri, Drechsler, Gastwirthe, Köche, Uhrmachere, Mauer- und Zimmermeister, Faßbinder, Sattler, Schlösser, Glaser, Peltzer, Doctor Medicinae, Goldschmiede, Schwerdseger und Gerber.“¹²⁷³ Diese Bestandsaufnahme demographischer Daten ermöglichte ein gezielteres Anwerben qualifizierter Ausländer, die durch die „aktive“ Peuplierungspolitik angelockt werden sollten. Die Erhebung bevölkerungsrelevanter Daten wurde im Sinne einer Effizienzsteigerung peuplierungspolitischer Maßnahmen weiter vorangetrieben, sodass von den behördlichen Lokalbeamten ein Verzeichnis „[...] über die in jedem Amte vorhandenen Bauern und

¹²⁷³ Siehe dazu die Policeyverordnung vom 23. Februar 1722, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 983-985, Nr. 910.

Köther, welche Ackerbau treiben, nebst Angabe der Zahl der Zugpferde eines jeden“ eingefordert wurde.¹²⁷⁴ Im Jahr 1735 erging dann die Anweisung, wie demographische Tabellen auszusehen haben und eine kontinuierliche Erhebung bevölkerungsrelevanter Daten und Prozesse weiterzuführen sei – die Geburtsstunde der administrativen Demographie im Rheinland.¹²⁷⁵

Im Jahr 1769 übersandte die Klevische Kammer eine „[...] Copiam den in Anno 1724 über den Ursprung, Anwachs und Fortgang der Städte“, um von „[...] dem Herzogthumb Cleve und der Graffschafft Marck eine Geographische beschreibung und Atlanten zum Druck befördern zu laßen.“¹²⁷⁶ Aus diesem Schreiben des Jahres 1724 gingen elf Fragen hervor, um die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik in Herzogtum Kleve in ihrer Umsetzung effektiver und besser zu gestalten: „1) Ob die Städte an einer Navigablen Straße oder fluß liege, 2) Was die Stadt vor Herrschaften ehemalg gehabt, 3) Aus was für Persohnen der magistrat besteht, 4) Ob (...) Stifts-Kirchen, Pfarrkirchen, Clöster (...) vorhanden, 5) Ob eine Universität, Gymnasium academium und Gymnasium vorhanden, was für berühmte Professores und directoren gewesen [sind], 6) Aus was für Nahrung-Gewerbe und Handel bestehe, 7) Ob commercien, Schiffart und Handel zu lande getrieben [wird], 8) Ob viel Häuser in der Stadt, ob die Stadt befestiget und Mauren habe, 9) Ob wüste Stellen vorhanden! Ob die Stadt Brand erlitten und aus dem Brandt schaden sich erholet, (...) 11) Was vor Religion in der Stadt seyn, welche die stärcksten seyn? Ob eine französische Colonie vorhanden?“¹²⁷⁷

Wie groß das Interesse an der Peuplierung menschenleerer Orte auch noch am Ende der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. war, spiegelte sich in der Verordnung vom 8. Februar 1736 wider, in der die Behörde „[...] ueber die Zahl und Eigenschaft der wüst und uncultivirt liegenden Höfe, Köthen und Ländereien, welche, für die darauf haftenden öffentlichen und andern Lasten, nicht verpachtet werden können“, unterrichtet werden will, um eine weitere Optimierung der Ausnutzung vorhandener Ressourcen zu erreichen.¹²⁷⁸ „Ueber die Zahl der in den Städten im Jahre 1728 unbewohnt gewesenenen, und der gegenwärtig noch leer stehenden Häuser, wird den Magistraten durch Vermittlung der Local-Commissarien eine genaue Nachweise erfordert“, um weitere demographische Daten für zukünftige

¹²⁷⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 15. August 1730, angedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1100f., Nr. 1101. Zur Erfassung gewerbetreibender Arbeiter siehe die Policyverordnung vom 19. Mai 1732, Scotti, Bd. 2, S. 1120, Nr. 1147.

¹²⁷⁵ Siehe die Policyverordnung vom 9. Februar 1735, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1153, Nr. 1216.

¹²⁷⁶ Zitat vom Jahr 1724 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

¹²⁷⁷ Zitat vom Schreiben des Jahres 1724 zum Anfertigen tabellarischer Nachrichten vom Zustand der Städte aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

¹²⁷⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 8. Februar 1736, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1164f., Nr. 1235.

peuplierungspolitische Planungen zu sammeln.¹²⁷⁹ Exemplarisch sei hier die „Niederlassung des Hutmachers Joh. Adolf Pauli aus Elberfeld“ genannt, wobei abermals zur effektiveren Koordinierung peuplierungspolitischer Umsetzung hingewiesen wurde, „[...] die in deren dortigen Städten fehlende Handwercker Specificiren“ zu lassen und „[...] überhaupt denenjenigen, welche sich in besagte Städte etabliren wollen“, die Genehmigung „[...] derer andern angekommenen fremden ertheilte Freyheiten und beneficien“ zur Förderung ihres Etablissements zu erteilen.¹²⁸⁰

Um dem Vagabundentum weiter entgegenzuwirken und die vorhandene Bevölkerung effektiver zu schützen, wurde „[...] zur besseren Entdeckung der das Land durchstreifenden Mörder, Räuber und Diebe, (...) den Beamten eine Personalbeschreibung (Steckbrief) (...) mitgetheilt und strenge Wachsamkeit auf die Vagabunden überhaupt anempfohlen.“¹²⁸¹ Über die umherziehenden Vagabunden sollte nicht nur genau gewacht werden, sondern sie mussten bei einem „[...] Betretungsfalle verhaftet und über die Landesgrenze gewiesen werden.“¹²⁸² Um die Erinnerung dieser Policygesetze in der Öffentlichkeit präsent zu halten, verordnete man, dass z. B. das Edikt gegen das Zigeunertum alljährlich „[...] nach Neujahr wiederholt von der Kanzlei verkündet“ werden solle.¹²⁸³ Allerdings wurden auch dank einer differenzierteren Betrachtungsweise solidarische Züge in den peuplierungspolitischen Verordnungen erkennbar, da für die wirklich „[...] Dürftigen, Nothleidenden und brandbeschädigten“ wiederholt die Errichtung von Armenkassen befohlen wurde, um durch diese temporäre Hilfe die momentan Bedürftigen wieder für die Zwecke des Staates nutzbar zu machen, damit sie weiterhin ihren Beitrag zum Wohl des Landes beisteuern konnten.¹²⁸⁴

Auch unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. ergingen zahlreiche Maßregelungen zur Bewahrung des konfessionellen Friedens. Man wies die klevischen Behörden an, „[...] an allen Orten, wo evangelisch-lutherische Glaubensgenossen sich in genugsamer Anzahl finden, demselben das freie Exercitium ihre Religion, auf denselben Fuß, wie den evangelisch Reformirten, einzuräumen.“¹²⁸⁵ So wurde vor allem den aus peuplierungspolitischer

¹²⁷⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 21. Dezember 1737, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1218f., Nr. 1286. Zudem wurde auch ein Nachweis über die „Floch-Ländereien“ eingefordert, wobei man den Flächeninhalt angeben sollte und prüfen, ob „[...] sie Domanial- oder Privat-Eigenthum sind.“ Policyverordnung vom 6. September 1738, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 1232, Nr. 1315.

¹²⁸⁰ Zitat vom 17. Februar 1728 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 883.

¹²⁸¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 29. Juli 1716, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 880, Nr. 747. Siehe dazu die weiteren Policyverordnungen vom 19. Juli 1723, Scotti, Bd. 2, S. 1011, Nr. 952; 20. Oktober 1738, Scotti, Bd. 2, S. 1234, Nr. 1320.

¹²⁸² Zitiert aus der Policyverordnung vom 28. Juni 1734, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1151, Nr. 1207.

¹²⁸³ Zitiert aus der Policyverordnung vom 29. Dezember 1729, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1090f., Nr. 1080.

¹²⁸⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 16. April 1717, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 918, Nr. 768.

¹²⁸⁵ Zitiert aus der Policyverordnung vom 24. März 1714, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 833, Nr. 684.

Perspektive aufgrund ihres wirtschaftlichen Fleißes sehr interessanten Mennoniten im Jahr 1721 vom preußischen König Friedrich Wilhelm I. gegen eine Zahlung die Rekrutierungsfreiheit vom Militärdienst garantiert.¹²⁸⁶ Oftmals gab es unter den protestantischen Konfessionen mehr Streitigkeiten als zwischen den Katholiken und Protestanten. Das Feiern der „Johannis- und Marien-Feste“ durch die evangelisch-lutherischen Anhänger verhinderte weiterhin die optimale Ausnutzung menschlicher Kapazitäten, sodass den Beamten eindringlich befohlen wurde, „[...] die, wegen der Verlegung dieser Feste auf die nächsten Sonntage (...) strenger zu handhaben und fernere Contraventionen mit 25 Goldgulden“ Strafe zu belegen.¹²⁸⁷ Der an diesen Festtagen oftmals zu beobachtende Müßiggang stand den peuplierungspolitischen Prämissen des calvinistischen preußischen Königs diametral entgegen. Zudem verordnete die klevische Behörde die Zusammenlegung zweier Festtage, weil „[...] im künftigen Monat ein Buß- und Bet-Tag auf den Mittwoch, und das Himmelfahrts-Fest auf den Donnerstag derselben Woche einfällt, so soll ersterer verlegt und am letztgenannten gleichzeitig mitgefeiert werden.“¹²⁸⁸ Die Verkürzung der Feiertage entsprach dem Anspruch menschlicher Produktivitätssteigerung. Trotzdem ging es den klevischen Behörden nicht darum, alle kirchlichen Festtage zu beseitigen, sondern man untersagte sogar die „[...] stattfindende Entweihung der Sonn-, Fest-, Buß- und Bet-Tage durch Verkauf und Feilbietung von Waaren, selbst während der Zeit des Gottesdienstes.“¹²⁸⁹ Die religiöse Erziehung zu guten, fleißigen, gottesfürchtigen und staatsdienenden Menschen war sicherlich auch im Sinne der „qualifizierten“ preußischen Peuplierungspolitik.

Um ein schnelles Wiederheiraten für Witwen zu ermöglichen, verordnete man, dass die Witwen „[...] nach Verlauf von 9 Monaten nach dem Sterbe-Tage ihre Ehemänner (...) die landesherrliche Dispensation ertheilt werden“ darf.¹²⁹⁰ So konnten die noch geburtsfähigen Frauen nach einer erneuten Heirat die Population durch Neugeburten erhöhen.

Eine Sonderstellung unter den Konfessionen nahmen die Juden ein, die in zahlreichen Policyverordnungen vermehrt auftraten. Am 14. Februar 1714 wurde das „Geleitpatent für die cleve-märkische Judenschaft“ erlassen, in dem ihnen „[...] Handel und Wandel im Großen

¹²⁸⁶ Siehe dazu Wensky, M.: Die evangelische Kirchengemeinde ... , S. 45.

¹²⁸⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 1. Juni 1717, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 918f., Nr. 771. Siehe dazu auch die Verordnung vom 2. März 1724, Scotti, Bd. 2, S. 1019, Nr. 970, in der es um das gemeinsame Feiern des Osterfestes ging.

¹²⁸⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 14. April 1734, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1147, Nr. 1196.

¹²⁸⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 26. Februar 1737, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1174, Nr. 1265.

¹²⁹⁰ Zitiert aus der Policyverordnung vom 24. Februar 1738, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1121, Nr. 1221. Siehe dazu auch die Erneuerung der Verordnung vom 31. Januar 1709 am 18. Januar 1714, Scotti, Bd. 2, S. 759, Nr. 587.

und Kleinen, durch Schlachten, Kaufen und Verkaufen zu treiben, auch die jüdischen Ceremonien und Festlichkeiten zu halten“ erlaubt wurde.¹²⁹¹ Die zumeist vermögenden Juden investierten ihr Geld in Unternehmungen und förderten somit die wirtschaftliche Expansion der rheinischen Territorien, allerdings vermehrten sich die gesetzlichen Auflagen. Wie schon im Mittelalter mussten sich die Juden ihren Schutz erkaufen und stellten damit eine Einnahmequelle für die preußischen Kassen dar. Um einen Überblick über die im Herzogtum Kleve lebenden Juden zu bekommen, musste sich jeder Jude registrieren lassen.¹²⁹² Es müsse „[...] jetzt und künftig alljährlich vor Ablauf April eine genaue Nachweise der jedes Ortes vorhandenen vergeleiteten und unvergeleiteten Juden“ eingesendet werden.¹²⁹³ Konnte ein Jude seinen Geleitbrief nicht vorzeigen, so musste er das Land verlassen.¹²⁹⁴ Es begann eine selektive Peuplierungspolitik in Bezug auf die Juden, lediglich eine bestimmte, registrierte und finanziell gut situierte Judenschaft durfte unter preußischer Obhut in den rheinischen Territorien leben.¹²⁹⁵ Die Ungleichbehandlung geduldeter jüdischer Bewohner wurde darin deutlich zum Ausdruck gebracht, dass „[...] den Schutz-Juden (...), wegen neugebauter Häuser in den Städten kein Zuschuß zu den Baukosten aus der königl. Accise-Casse gezahlt“ werden sollte und sie nur „[...] überall zur Miethe wohnen“ durften.¹²⁹⁶ Auch mussten die Juden bei einer Heirat einen Goldgulden an den Staat entrichten.¹²⁹⁷

Die medizinische Dimension peuplierungspolitischer Gesetzgebung, die ihren Anfang unter der Regierung Friedrich (III.) I. nahm, wurde nun weiterverfolgt. Aus Angst vor der Importierung von Seuchen durfte „[...] in Cleve und Mark kein reisender Unterthan oder Fremder ohne besonderen Gesundheitspaß durchgelassen oder beherbergt werden.“¹²⁹⁸ Der Schutz für die vorhandene Bevölkerung garantierte sicherlich keine vollkommene Sicherheit, allerdings verringerte sich die Gefahr einer flächendeckenden Infizierung, die dann die Bevölkerung dezimieren würde. Zusätzlich als „[...] Vorbauungsmittel gegen die herrschende

¹²⁹¹ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 14. März 1714, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 806-808, Nr. 681.

¹²⁹² Siehe dazu die Policeyverordnung vom 4. September 1716, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 880, Nr. 748. Mit dieser Verordnung wurden nun demographische Daten der im Land lebenden Juden aufgenommen. Siehe dazu auch die Verordnung vom 28. September 1725, Scotti, Bd. 2, S. 1037, Nr. 997; 5. Oktober 1728, Scotti, Bd. 2, S. 1078, Nr. 1063; 1. März 1736, Scotti, Bd. 2, S. 1165, Nr. 1237.

¹²⁹³ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 12. Mai 1728, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1076f., Nr. 1059. Diese Verordnung wurde am 27. November 1728 modifiziert.

¹²⁹⁴ Siehe dazu die Policeyverordnung vom 28. August 1717, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 921, Nr. 779.

¹²⁹⁵ Siehe dazu die Policeyverordnung vom 31. Januar 1718, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 926, Nr. 793.

¹²⁹⁶ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 24. Februar 1719, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 935, Nr. 823.

¹²⁹⁷ Siehe dazu die Policeyverordnung vom 12. Dezember 1720, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 960, Nr. 873.

¹²⁹⁸ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 19. Oktober 1713, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 804, Nr. 675. Siehe dazu auch die Policeyverordnungen vom 2. Oktober 1715, Scotti, Bd. 2, S. 874f., Nr. 733; 31. Januar 1721, Scotti, Bd. 2, 962f., Nr. 878; 30. Juli 1721, Scotti, Bd. 2, S. 975f., Nr. 898; 13. Dezember 1726, Scotti, Bd. 2, S. 1064, Nr. 1027.

weiße und rothe Ruhrkrankheit, werden den Unterthanen Verhaltensmaßregeln gegeben“, die als Policyverordnungen erlassen wurden und deren Befolgung man strengstens empfahl.¹²⁹⁹ Die staatliche medizinische Kontrolle diente dazu, die bereits vorhandene Bevölkerung besser vor Krankheiten und Seuchen zu schützen, um somit die Anzahl der Untertanen relativ und das Lebensalter der Einwohner absolut zu erhöhen. Zum weiteren Schutz entsandte man die Beamten, um mittels „[...] einer Hausvisitation das vorhandene Fleisch [zu] ermitteln und dessen tiefe Verscharrung verfügen, zugleich aber auch [zu] verbieten, daß dasselbe den Hausthieren zur Nahrung [zu] gegeben, oder in fließende oder andere Wasser geworfen werde.“¹³⁰⁰ Damit bessere medizinische Vorsorge praktiziert werden konnte, galt es unter anderem die Ausbildung der Mediziner unter die staatliche Obhut zu bringen, um die Heilungschancen der einheimischen Bevölkerung zu verbessern. Deshalb [...] sollen von den Beamten eine Nachweise der jedes Ortes vorhandenen Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Bader und Hebammen, mit Bemerkung, wo jeder Arzt studieret, und jeder Apotheker und Wundarzt seine Kunst erlernt hat, desgleichen, ob die Bader und Hebammen erfahrene Leute sind, und wie lange sie schon in praxi gestanden haben, an die Kriegs- und Domainen-Kammer eingesendet werden.“¹³⁰¹ Am 4. April 1726 wurde eine Medizinalverordnung erlassen, in der die „[...] darin gegen medizinische und chirurgische Pfuscher enthaltenen Bestimmungen aufs strengste zu handhaben“ seien.¹³⁰² Über „[...] jeden Amts- und Jurisdiktions-Bezirk nach und nach verstorbenen, weggezogenen und neu angekommenen Aerzte, Chirurgen, Apotheker und Hebammen sollen die Beamten eine genaue Nachweise einsenden (...), um eine Veränderung des Medizinal-Personals bewirken zu können.“¹³⁰³ Das peuplierungspolitische Ziel einer gesunden Bevölkerung konnte nur erfüllt werden, wenn eine flächendeckende medizinische Grundversorgung mit qualifizierten, staatlich geprüften Ärzten und medizinischen Helfern erreicht würde – diese Policy- bzw. Medizinalverordnungen waren

¹²⁹⁹ Siehe dazu die Policyverordnung vom 1. Dezember 1723, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1015, Nr. 961. Auch Anleitungen für eine Medikamentenherstellung wie z. B. gegen die „[...] unter dem Vieh ausgebrochenen Wuth-Krankheit“ wurden zum Selbstschutz der Bevölkerung erlassen. Siehe die Policyverordnung vom 27. Juni 1733, Scotti, Bd. 2, S. 1135f., Nr. 1180.

¹³⁰⁰ Zitiert aus der Policyverordnung vom 25. März 1724, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1020, Nr. 972.

¹³⁰¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 7. August 1725, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1036, Nr. 993. Siehe auch die Verordnung vom 26. November 1736, Scotti, Bd. 2, S. 1172, Nr. 1258. Die Erfassung der “Medizinal-Personen” stand somit unter dem Eindruck der sich langsam zu einer eigenen Wissenschaft entwickelnden Demographie.

¹³⁰² Zitiert aus der Policyverordnung vom 4. April 1726, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1053, Nr. 1013. Diese Medizinalverordnung wurde am 3. August 1726 etwas erweitert und präzisiert. Am 22. Februar 1731 verordnete die klevische Regierung die Verbreitung der Medizinalverordnung, siehe Scotti, Bd. 2, S. 1104, Nr. 1111.

¹³⁰³ Zitiert aus der Policyverordnung vom 18. April 1732, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1114f., Nr. 1143.

der Anfang, um das Problem der häufig zu Tode führenden Behandlungsfehler mithilfe der staatlichen Kontrolle in den Griff zu bekommen.

Der Bedarf an qualifizierten Handwerkern und Manufakturisten stieg im sich modernisierenden preußischen Staat immer weiter an. Um für einen genügenden Bedarf zu sorgen, galt es zunächst den Schulstandard im Herzogtum Kleve zu verbessern. Schon in der Frühen Neuzeit erkannte man die für einen wirtschaftlich expandierenden Staat notwendige Bildungspolitik, um aus dem vorhandenen Menschenpotenzial die notwendig Hochqualifizierten und Begabten zu rekrutieren. Deshalb verordnete die klevische Behörde zur Förderung des bis dahin immer wieder vernachlässigten Schulbesuchs, dass „[...] die Eltern bei nachdrücklicher Strafe angehalten werden sollen, ihre Kinder im Winter täglich und im Sommer, - wenn die Kinder in der Wirthschaft nicht entbehrt werden können, - wenigstens zweimal in der Woche (...) zur Schule [zu] schicken.“¹³⁰⁴ Das Schulgeld der Kinder von dürftigen Eltern sollte aus den örtlichen Armenmitteln entrichtet werden, um auch den Kindern der Ärmern eine gleichberechtigte Chance zur Bildung zukommen zu lassen. Die von der preußischen Regierung initiierte Förderung zur Erhöhung des Bildungsstandards ist der „qualitativen“ Peuplierungspolitik zuzurechnen, die nicht nur an einer großen Menge an Menschen interessiert war, sondern auch an deren Wissens- und Bildungsstand. Wie intensiv man die komplette Ausnutzung des vorhandenen Bevölkerungspotenzials verfolgte, wird dabei deutlich, dass man bisher sozial geächtete, „[...] unehelich geborene Kinder, welche sich gut aufführen und ein Handwerk erlernen wollen“, zu unterstützen begann, um ihr ökonomisches Potenzial zum Wohle des Staates zu nutzen.¹³⁰⁵ Aber auch für die königliche und landesherrliche Verwaltung wurden qualifizierte Menschen benötigt, die „[...] aber so geschickte Leute sein (müssen), als weit und breit zu finden, und zwar von evangelisch-reformirter oder lutherischer Religion, die treu und redlich sind, die offene Köpfe haben, welche die Wirthschaft verstehen und sie selber getrieben, die von Commerciens-, Manufactur- und anderen dahin gehörigen Sachen gute Information besitzen, dabei auch der Feder mächtig, vor allen Dingen aber Unsere angeborne Unterthanen sein, es müsste dann, so viel diesen letzten Punkt betrifft, sich fügen, daß Uns zwar ein fremder, jedoch sehr habiler Mensch vorgeschlagen würde, welchenfalls Wir endlich wohl ein oder zwei von dergleichen Subjectis bei Unserem General- etc. Directorio passiren lassen wollen.“¹³⁰⁶

¹³⁰⁴ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 9. Oktober 1717, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 921, Nr. 780.

¹³⁰⁵ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 22. Dezember 1734, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1152, Nr. 1212.

¹³⁰⁶ Zitat Friedrich Wilhelm I.: Instruktion und Reglement König Friedrich Wilhelms I. ... , S. 360.

Die Instrumentalisierung der Konfessionslehren zu Erziehungszwecken wurde weiterhin betrieben und unterstützt, damit aus den Gläubigen nicht nur gottesfürchtige Menschen würden, sondern auch fleißige, disziplinierte Untertanen. Um die Inhalte religiöser Texte und Predigten zu kontrollieren, unterstützte man die Anschaffung von kirchlichen Schriften, die auch die Erziehungsideale im Sinne des Staates förderten. So half die klevische Regierung z. B. den notleidenden Gemeinden mit Finanzierungsmittel, „[...] um den dürftigen evangelisch-lutherischen Predigern die Anschaffung der von dem Professor Lange aus Halle (...) herausgegeben werdenden nützlichen Erklärung der heil. Schrift, zu erleichtern.“¹³⁰⁷

Zur Bewahrung und Erhaltung der Bevölkerungszahl ergingen weiterhin Auswanderungsverbote, die bei allen „passiv“ betriebenen Peuplierungspolitiken an erster Stelle standen. Im Zentrum dieser Policyverordnungen lag das Verbot des „[...] öffentliche[n] und heimliche[n] Debauchiren ins Ausland der inländischen Fabrikanten, Künstler und Handwerks-Meister“, die besonders aus peuplierungspolitischer Sicht eine hohe Wertigkeit besaßen.¹³⁰⁸ Um die Auswanderungsgefahr qualifizierter Handwerker und Meister durch ausländische Werber weiter einzuschränken, wurden die Beamten angewiesen, dass „[...] keine, die Entführung von inländischen Fabrikanten beabsichtigenden, Ausländer sich einschleichen“ dürfen, um die betreffenden Personen in ihr jeweiliges Zielgebiet abzuwerben.¹³⁰⁹ Allerdings sind unter der Regierung Friedrich Wilhelms I. nur wenige solcher Auswanderungsverbote ergangen, sodass daraus zu schließen ist, dass die Emigrationsproblematik nur geringe Ausmaße hatte und das einwanderungsfreundliche und konfessionstolerante Klima viele Menschen zum Dableiben bewegte.

Die in der Policyverordnung vom 23. Februar 1722 publizierte Bestandsaufnahme wüster Stellen und die Auflistung fehlender Handwerker sowie Meister zeigte eindeutig, dass die hinterlassenen Spuren vorhergegangener Kriege durchaus punktuell noch nicht flächendeckend beseitigt worden waren. Allerdings wurde dank der „aktiven“ Peuplierungspolitik Friedrich Wilhelms I. die restaurative Phase bevölkerungsbezogener Gesetzgebung überwunden. Die Aussage des Ministers von Görne aus dem Jahre 1730 an den preußischen Regenten Friedrich Wilhelm I., dass „[...] den Fremden Appetit gemacht werden [solle], sich in diesen Landen zu etablieren“, zeigte, dass die nun erreichte Einwohnerzahl der Vorkriegszeit keineswegs zu einer Beendigung bevölkerungswachstumsfördernder

¹³⁰⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 11. September 1732, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1123f., Nr. 1156. Später erneuert am 30. April 1733.

¹³⁰⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 12. Oktober 1719, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 949, Nr. 840.

¹³⁰⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 4. Mai 1737, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1175, Nr. 1269.

peuplierungspolitischer Maßnahmen führen sollte, sondern weiterhin die Erhöhung der Einwohnerzahl im Fokus der nun „additiven“, also über die restaurative Phase hinaus betriebenen, Peuplierungspolitik stand.¹³¹⁰ Dennoch waren auch bei ihm die peuplierungspolitischen Bemühungen im Schatten kernländischer Peuplierungspolitik in den zentralen Gebieten des preußischen Reiches, da seine Meinung über die Menschen in den rheinischen Gebieten recht negativ ausfiel. So wies er z. B. darauf hin, dass „[...] [w]ahs Klewe graf[f]schaft Marck ist [,] sein die wassale dume oxen aber Malicieus wie der deuffel.“¹³¹¹ Die unschmeichelhaften Ansichten des preußischen Königs Friedrich Wilhelms I. über den Adel und die gesamte Bevölkerung am Niederrhein waren keineswegs positiv, sodass sich damit die Priorisierung peuplierungspolitischer Maßnahmen für die Kernlande gegenüber den rheinischen Territorien erklären läßt. Diese negative Einschätzung niederrheinischer Bevölkerungsteile mag sicherlich unter anderem machtpolitische Gründe bei der Durchsetzung absolutistischer Vorstellungen gehabt haben. Vor allem das preußische Obergeldern besaß aufgrund des Vertrages von Ütrecht von 1713 vermehrte ständische Mitspracherechte als Kleve-Mark und Moers.¹³¹² Die Bevölkerungsvermehrung durch den Zuzug niederlassungswilliger Glaubensflüchtlinge kam bisher fast ausschließlich den klevischen Städten zugute, deren Wohlstand durch die kunstfertigen und handwerkskundigen qualifizierten Fremden und durch die Importierung bisher unbekannter Fertigungstechniken unzweifelhaft gehoben wurde. Die preußische Peuplierungspolitik im Herzogtum Kleve unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms I. war eindeutig auf gewerbliche Tätigkeit und Handel konzentriert, die kraftvolle Kolonisation der Städte positionierte sich eindeutig vor der ländlichen Peuplierung. Wie bisher auch schon bei seinen Vorgängern war im Herzogtum Kleve eine stärker „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik zu konstatieren, wobei Ansätze einer landbezogenen Kolonisationspolitik, wie sie in den östlichen Provinzen bei der Ansiedlung der ca. 20.000 emigrierten Salzburger Protestanten praktiziert wurde, zu erkennen waren und seinen Nachfolger Friedrich den Großen nachhaltig zur Urbarmachung der Gocher Heide inspirierten. Sowohl die langsam beginnende systematische Aufnahme demographischer

¹³¹⁰ Zitat des Ministers von Görne aus dem Jahre 1730, entnommen aus Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 11.

¹³¹¹ Zitat Friedrich Wilhelms I. entnommen aus Reckmann, H.: Dume Oxen, aber malicieus wie der Deuffel. Die Bevölkerung von Kleve-Mark, Preußisch Obergeldern und Moers im Urteil Friedrich Wilhelms I. von Preußen, in: Geldrischer Heimatkalender (1977), S. 103. Aus diesen rheinischen Menschen könne nur was werden, „[...] wen[n] ein Klewer sehr guhng [= jung] von haube Kommet und in Berlin erzogen wierdt [,] alden Brave guhte geschickte Kerls daraus werden.“

¹³¹² Siehe dazu Reckmann, H.: Dume Oxen ... , S. 104. Diese negative Beurteilung vor allem des niederrheinischen Adels mag nicht ganz berechtigt gewesen sein, denn während der langjährigen Besatzungen niederrheinischer Territorien durch fremde Mächte im Siebenjährigen Krieg haben sowohl der Adel als auch die städtische und ländliche Bevölkerung ihre Treue zur preußischen Krone unzweifelhaft bewiesen.

Daten als auch der Ausbau der Verwaltungsstruktur und die stärkere Berücksichtigung der medizinischen Dimension bevölkerungspolitischer Zielvorstellungen verdeutlichen die Versuche zur Professionalisierung und Effizienzsteigerung preußischer Peuplierungspolitik in den Westprovinzen, die unter der Regierungszeit des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelms I. wirksam und erfolgreich betrieben wurde. Sowohl die peuplierungspolitischen als auch die wirtschaftsfördernden Policyverordnungen trugen einen wesentlichen Beitrag dazu bei, dass die preußischen Westprovinzen im Rheinland gegenüber den angrenzenden rheinischen Territorien einen Vorsprung in der demographischen und ökonomischen Entwicklung erlangten. Diese Modernisierungsprozesse nahm Friedrich der Große gern auf und führte sie in einer überraschend ambivalenten Weise weiter.

2.2.4. Die Kolonisationsbestrebungen des aufgeklärten Königs Friedrichs des Großen (1740-1786) – Höhepunkt und Niedergang peuplierungspolitischer Policygesetzgebung

Der Nachfolger Friedrich Wilhelms I. genoss schon zu seinen Lebzeiten Kultstatus, der französische Aufklärer Voltaire bezeichnete ihn als den „Salomon des Nordens“.¹³¹³ Der preußische König Friedrich II., später der Große genannt, bekannte sich zu allem Musischen, er interessierte sich für die Wissenschaft und korrespondierte mit den führenden Philosophen Europas. Seine Regentschaft, erklärte er, solle durch Vernunft, und nicht durch Willkür geleitet werden. Nicht wie die anderen absolutistischen Monarchen im europäischen Staatensystem verstand er sich als „[...] erster Diener des Staates.“¹³¹⁴ Während vielerorts Glaubenszwang und geistige Unfreiheit herrschte, spottete der königliche Atheist über Religion und Kirche. Allen christlichen Konfessionen versprach er eine Toleranz bekundende Peuplierungspolitik, die alle „[...] in Preußen geduldet (werden)“, wenn sie sich zur Niederlassung in hiesige Provinzen entscheiden sollten.¹³¹⁵ Unter seiner Regierungstätigkeit fanden ca. 300.000 Menschen den Weg in sein Land.

¹³¹³ Zur Literatur der gesamten Siedlungstätigkeit Friedrichs des Großen siehe das Kapitel „Retablisement und Kolonisation“ in: Henning, H./Henning, E. (Bearb.): Bibliographie Friedrich der Grosse 1786-1986 ... , S. 186-214. Hierbei erkennt man die schwerpunktmässige Bearbeitung friderizianischer Peuplierungspolitik auf die Kernlande und östlichen Gebiete und den gleichzeitig mageren Ertrag zur „rheinischen“ Bevölkerungspolitik Friedrichs des Großen. Siehe zu Kleve S. 195f.. Auffallend sind die vielen lokalen und regionalen Studien und Untersuchungen zur ländlichen Kolonisationspolitik aus der Zeit des nationalsozialistischen Regimes, das sicherlich mithilfe historischer Forschungen den raumpolitischen Anspruch auf ehemals „deutschem Boden“ untermauern wollte.

¹³¹⁴ Zitat aus Friedrich der Große: Politische Testamente Friedrichs des Großen, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789, (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 210.

¹³¹⁵ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen übertragen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, mit einem Nachwort von Eckhart Most (Reclams Universal-Bibliothek; 9723), bibliographisch erneuerte Ausgabe, Stuttgart 1987, S. 45.

Seine peuplierungspolitische Diktion stand ganz im Zeichen seines Vaters und wurde sogar von ihm wörtlich im gleichen Sinne wiederholt: „Le nombre du peuple fait la richesse des Etats.“¹³¹⁶ „Und wiederum, wenn das Volk wenig zahlreich ist“, so der preußische König in einer von ihm selbst verfassten Schrift weiter, und „[...] wenn es in Elend verkommt, so ist der Landesherr aller Hilfsquellen beraubt.“¹³¹⁷ In seinem politischen Testament von 1752 bemerkte er im Punkt 5 beim Kapitel „Die Einnahmen der Kriegskasse und ihre Verwaltung“: „Man bevölkert die Städte und gewinnt neue Untertanen. Die Untertanen aber sind der wahre Reichtum der Fürsten.“¹³¹⁸ Aufgrund dessen war es aus peuplierungspolitischer Perspektive sehr wichtig, dass der „[...] Herrscher jährlich eine Liste der Sterbe- und Taufregister von jeder Provinz (erhält), (...) was zu wissen sehr wichtig ist“, da nur so eine effektive Anwerbungspolitik ausgewählter Qualifikationsgruppen geschehen kann, um gegebenenfalls negative demographische Bewegungen preußischer Regionen auszugleichen.¹³¹⁹ Da primär der Energiekonverter „Mensch“ aus peuplierungspolitischen Gründen der wichtigste Faktor staatlicher Wohlfahrt war, verordnete er auch, dass man „[...] in allen großen Städte die Errichtung von Anstalten zur Erziehung der Findelkinder auf Staatskosten“ forcieren müsse, damit die Ressource „Mensch“ aufgrund fehlender elterlicher Erziehung nicht nachteilig zum Schaden des Staates verkommt.¹³²⁰ Aufgrund seiner bisher schon gewonnenen peuplierungspolitischen Erfahrung, vor allem in den Kernlanden, wusste er „[...] darüber (genug), um die Mittel und Wege anzugeben, wie sich Preußen zu einem der volkreichsten und blühendsten Staaten Europas machen lässt.“¹³²¹ So bewertete er die zölibatären Lebensformen wie zahlreiche Peuplierungstheoretiker mit negativen Konnotationen, damit „[...] die Klöster mit ihrem Zölibat die Hoffnungen der Familien nicht begraben“, sodass niemand diesbezüglich eine für die Bevölkerung des Landes negative Entscheidung „[...] vor erfolgter Großjährigkeit“ treffen dürfe.¹³²² Diese gewonnenen Erkenntnisse

¹³¹⁶ Zitat Friedrich des Großen, abgedruckt in Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 12.

¹³¹⁷ Zitat aus Friedrich der Große: Regierungsformen und Herrscherpflichten, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 234.

¹³¹⁸ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 9.

¹³¹⁹ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 15.

¹³²⁰ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 38.

¹³²¹ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 29. So berichtete er voller Stolz über seine Peuplierungspolitik in den Kernlanden, dass er „[...] Kolonisten aus Sachsen, aus Polen und selbst aus Mecklenburg herangezogen (habe) [und] (...) sie (...) bei Potsdam und Köpenick, in der Neumark, in Pommern, bei Oranienburg und mit Hilfe der Amtsleute in vielen Dörfern“ angesiedlet habe. Zitiert aus S. 27.

¹³²² Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 44.

peuplierungspolitischer Umsetzung konnten auch den bevölkerungspolitischen Ansätzen in den niederrheinischen Territorialgebieten zugute kommen.

Gleich nach seinem Regierungsantritt setzte Friedrich der Große die ersten Schritte zur Kolonisation unkultivierten Landes für das neu geschaffene und mit Kolonisationsangelegenheiten betraute 5. Departement des Generaldirektoriums zur Förderung der Einwanderung und zur Hebung der Manufakturen fest.¹³²³ Die damit verbundene Ausnutzung und Verwendung allen vorhandenen Raumes zur Ernährung der Bevölkerung wurde deutlich von ihm in seiner staatsphilosophischen Schrift „Regierungsformen und Herrscherpflichten“ von 1770 formuliert, in der er anmerkte, dass ein „[...] Staatslenker (...) sein Augenmerk auf die Bodennutzung gerichtet halten“ muss, um eine wachsende Untertanenzahl ernähren zu können.¹³²⁴ Aufgrund bereits getätigter peuplierungspolitischer Umsetzung fand sich auf den königlichen Domangebieten zahlreich „[...] neues urbar gemachtes Land, das zur Erhöhung der Einkünfte beiträgt.“¹³²⁵ Aufgrund dessen wies er darauf hin, dass es im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik eine wichtige herrschaftliche Aufgabe war, „[...] Urbarmachungen auf den krongütern zu veranlassen“, um durch eine Peuplierung Mehreinnahmen zum Wohle der königlichen Kasse zu erhalten.¹³²⁶ Schon am 3. August 1740 wies er die Lokalbeamten an, sich „[...] ueber den etwas bestehenden Mangel an Acker- und Arbeitsleuten, über deren Zahl und Gattung, zugleich auch über die Frage, ob ganze Colonien zu etabliren sein möchten – ‚massen sich itzo gute Gelegenheit finde, dergleichen in großer Anzahl aus fremden Orten zu bekommen, welche sich auch wohl zu der hiesigen Landes-Art leicht gewöhnen werden‘ – (...) [zu] äußern“ und unverzüglich anzuzeigen, „[...] wie viele Höfe mehr als 30 Morgen Bauland“ jeden Ortes vorzuweisen haben.¹³²⁷ Diese Policyverordnung verdeutlichte, dass im Herzogtum Kleve nicht nur die Manufakturen und die Anwerbung qualifizierter Handwerker und Arbeitsleute im Zentrum peuplierungspolitischer Maßnahmen standen, sondern auch die innere Kolonisation, also die Erschließung bisher unkultivierter Landflächen, in den peuplierungspolitischen Plänen Berücksichtigung fanden, um eine Ausweitung der Nutz- und Siedlungsfläche zu erlangen. Neben der bisher stark „stadtbezogenen“ preußischen

¹³²³ Siehe zur räumlichen Siedlungstätigkeit Friedrichs des Großen den kurzen Abschnitt bei Hesler, A.: Impopulation, Peuplierung, Besiedlung ... , S. 25-42.

¹³²⁴ Zitat vom Friedrich des Großen: Regierungsformen und Herrscherpflichten, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 232.

¹³²⁵ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 10.

¹³²⁶ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 29.

¹³²⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 3. August 1740, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1305, Nr. 1374.

Peuplierungspolitik vorfriedrizianischer Zeit trat nun in den rheinischen Territorien gleichberechtigt die „landbezogene“ Peuplierungspolitik hinzu, die in den Kolonisationsbestrebungen deutlich zum Ausdruck kam. Die Werbungsbemühungen qualifizierter Handwerker und Arbeiter verloren allerdings nichts an Intensität. „Zur Beförderung der Aufnahme der cleve-märkischen Städte“ ordnete die Behörde an, allen Ausländern „[...] welche sich in denselben häuslich, oder auch nur auf einige Zeit, niederlassen oder aufhalten wollen, dergleichen auch Handwerksgesellen und Jungen, für sich und ihre Kinder (...) Werbe- und Enrollierungs-Freiheit“ zu garantieren und „[...] denjenigen, welche Fabriqueanlagen beabsichtigen“ zu bauen, „[...] sollen in obiger Beziehung für sich und ihre Leute besondere Protektion erhalten.“¹³²⁸ So erging noch im Jahr 1772 die peuplierungspolitische Instruktion „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik zur Anwerbung weiterer fähiger fremder Professionisten, um die wirtschaftlich meist schwachen niederrheinischen Städte „[...] mehr und mehr zu befördern.“¹³²⁹ Das klare Bekenntnis zu einer anwerbungsbezogenen Bevölkerungspolitik, vor allem zur Peuplierung wirtschaftlich schwacher Städte, wird unzweifelhaft deutlich. Noch im Jahr 1752 befürwortete er im gesamten preußischen Reich eine „aktive“ Peuplierungspolitik, da „[...] Unserem Staate (...) immer noch die innere Kraft (fehlt).“¹³³⁰ Vor allem der monetäre Gewinn im Vergleich zur investitionsintensiven „landbezogenen“ Binnenkolonisation konnte bei „stadtbezogenen“ Ansiedlungen qualifizierter Manufakturisten und Fabrikanten schneller erzielt werden, weil durch „[...] die Manufakturen (...) natürlich viel bares Geld ins Land (kommt).“¹³³¹ Zudem besaß das preußische Generaldirektorium ein großes Interesse über den Fortgang „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik, damit sie „[...] so bald als möglich zuverlässig wissen möge, auf welche art noch eines jeden orts besondere Umstände, die königliche höchste Intention, die Städte fürnehmlich durch ansetzung der fehlenden Professionisten zu Peuplierung, und überhaupt des Städtischen Nahrungs-Gewerbes zu befördern, am sichersten ausgeföhret werden können.“¹³³² Die Förderung der Städte und die damit verbundenen Peuplierungsbemühungen zur Anwerbung qualifizierter und begabter Manufakturisten und Fabrikanten wurden keineswegs zugunsten einer „landbezogenen“ Peuplierungs- und

¹³²⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 5. Dezember 1740, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1308, Nr. 1386. Diese aus peuplierungspolitischer Sicht wichtige Verordnung wurde auch noch am 11. Januar 1741 vervielfältigt und publiziert.

¹³²⁹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

¹³³⁰ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 88. Insgesamt umfassten alle „[...] preußischen Provinzen (...) nur fünf Millionen Seelen.“

¹³³¹ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 35.

¹³³² Zitat vom 26. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Kolonisationspolitik vernachlässigt oder gar geopfert, sondern weiterhin intensiv gefördert, sodass durch das Hinzukommen landbezogener Kolonisationsbemühungen eine Gesamtsteigerung peuplierungspolitischer Maßnahmen im preußisch regierten Rheinland zu konstatieren ist.

Zudem wurden Policeyverordnungen erlassen, die sich nur auf spezielle Anwerbungsobjekte konzentrierten. „Um das seither von den Abdeckern verrichtete Schornsteinfegen künftig, getrennt von dem ersteren Gewerbe, durch besondere Meister versehen zu lassen“, wurden die klevischen Behörden angewiesen, „[...] sich um tüchtige ausländische Schornsteinfeger zu bemühen, welchen nicht nur besondere Privilegien ertheilt werde, [sondern] eine geschlossene Zunft bewilligt werden soll.“¹³³³ Die Differenzierung peuplierungspolitischer Anwerbungsobjekte zeigte sich auch bei der Beurteilung der Aufnahme niederlassungswilliger Adliger. Bauern, Manufakturisten und andere Professionisten können einen großen Vorteil für den Staat bringen, die Einwanderung adliger Flüchtlinge sei allerdings weniger nutzbringend, da „[...] der einheimische Adel niemals mit dem gleichen Eifer dient wie der einheimische, daß die Ausländer in einem so strengen Dienste wie dem preußischen schnell die Lust verlieren, ihn aus frivolsten Gründen quittieren und in fremde Dienste gehen, die sie mit den bei uns erworbenen Kenntnissen bereichern.“¹³³⁴ Grundsätzlich müsse sich aber der Staat an die Richtlinien einer „qualifizierten“ Peuplierungspolitik orientieren und „[...] nach Möglichkeit gute, arbeitsame und tätige Untertanen anstellen und sie so besolden, daß sie davon anständig leben können.“¹³³⁵

„Zur Vermehrung der Landes-Bevölkerung (...) werden die Beamten in den Landen Cleve, Mark und Mörs“ angewiesen, „[...] darauf strenge zu wachen, daß die von den Regimentern austrangirten Unterthanen nicht auswandern, sondern sich häufig in den Städten, Dörfern c. niederlassen“, um keine Bevölkerungseinbußen durch Auswanderungsströme zu erleiden.¹³³⁶ Das passive Element peuplierungspolitischer Gesetzgebung wurde weiterhin in Form der Auswanderungsverbote beibehalten. Vor allem galten diese Verbote den jungen Leuten, die die Zukunft des Landes darstellten, sodass „[...] im Herzogthum Cleve und Fürstenthum Meurs kein junger Bursche, ohne einen Paß der königl. Kriegs- und Domainen-Kammer (...) zur Erlangung der Handlung, einer Profession, zum Wandern, oder sonst, sich ausser landes begeben, am allerwenigsten aber in fremde Kriegsdienste treten“ durfte.¹³³⁷ Um

¹³³³ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 17. Mai 1743, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1324, Nr. 1433.

¹³³⁴ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 11.

¹³³⁵ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 52.

¹³³⁶ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 17. September 1748, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1355, Nr. 1522.

¹³³⁷ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 2. April 1772, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1967, Nr. 2061.

die Kultivierung der ländlichen Gebiete auch durch die einheimische Bevölkerung zu fördern, verordnete die klevische Behörde, dass „[...] von den vorhandenen starken Bauernhöfen“ die Besitzer ihren Söhnen „[...] ein oder mehrere Hufen, zur Anbauung und Besetzung mit Häusern“ abtreten und damit „[...] die Dörfer nach und nach vergrößert, und die Familienzahl vermehrt werde.“¹³³⁸ Die innere Kolonisation würde nicht nur neuen Siedlungsplatz schaffen, sondern auch die zur Versorgung der Bevölkerung benötigte agrarische Nutzfläche hervorbringen, um die wachsende Einwohnerschaft zu ernähren. Um die immer noch punktuell „[...] theils wüst und uncultivirt“ liegenden Höfe und Stellen mit Menschen zu peuplieren, sollten diese brachliegenden Bauerstellen, die „[...] von den Edelleuten, Klöstern und Privaten unter dem Namen ‚wüste Höfe‘ erworben worden, abgebaut und anderen Unterthanen, zur Besetzung mit Häusern, in Pacht oder Erbzins überlassen werden“, um in Kombination mit der Peuplierung wüster Stellen und der Erschließung bisher unkultivierten Landes eine optimale Ausnutzung des vorhandenen landschaftlichen Potenzials zur Steigerung der Bevölkerungszahl zu erreichen.¹³³⁹ Ein Edikt vom 5. März 1767 „Wegen Konsolidation derer contribuablen Höfe und Bauern-Güther im Herzogthum Cleve und der Graffschaft Marck“ gab an, dass demnach die königliche Regierung „[...] bereits durch Unsere allerhöchste Cabinets-Verordnung Sub. Dato Potsdam den 27ten Decemb. 1752 die vorhin aus denen Edicten wegen Konsolidation und Reunion derer von contribuablen Stetten und Höffen vor vielen Jahren veräusserten und abgesplissenen Pertinentzien entstandene Processe (...) gänzlich aufgehoben“ haben.¹³⁴⁰ Weil „[...] sich aber von selbst versteht, und Unserer allergnädigsten Intention auch gemäß ist, daß diejenigen, welche die vor der zeit 1740 veräusserten Grund-Stücken behalten, nicht allein die Steuern, sondern auch die darauf haftende Zehenden, Malter- oder Getreide-Pachte, Renthen, Dienste, so auf den Güthern haften, mithin alle Onera realia nach Proportion, und wie solche auf denen Grund-Stücken radiciret, übernehmen, und solche dergestalt den neuen besitzern zugeschrieben werden müssen.“¹³⁴¹ Die wieder durch neue Besitzer in Kultur gebrachten und von der königlichen Regierung verpachteten Domänenhöfe und –stellen im Zuge „restaurativer“ Peuplierungspolitik sollten nun nach erfolgreicher Wiederbesiedlung, Inbetriebnahme und erhaltener Unterstützung die auf denen Grundstücken haftenden Abgaben und Leistungen zum Nutzen der Kämmerei erbringen.

¹³³⁸ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 17. September 1748, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1355, Nr. 1582.

¹³³⁹ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 17. September 1748, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1355, Nr. 1582.

¹³⁴⁰ Zitat vom 5. März 1767 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

¹³⁴¹ Zitat vom 5. März 1767 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

Damit eine effizientere Allokation und der Erfolg dieser Kolonisationsbestrebungen gewährleistet werden konnten, durften solche Urbarmachungen von Gemeinheitsgebieten nicht eher vorgenommen werden, bis eine „[...] Anmeldung bei der königl. Kriegs- und Domainen-Kammer geschehen (...) und regulirt worden“ war.¹³⁴² Aufgrund dessen erließ die preußische Regierung im Jahr 1749 zur besseren Umsetzung peuplierungspolitischer Vorgaben eine Kabinettsorder, die eine jährliche Einsendung tabellarischer Nachrichten über den demographischen und räumlichen Zustand niederrheinischer Städte einforderte.¹³⁴³

Da der Bevölkerungsverlust aufgrund der Begleiterscheinungen des Siebenjährigen Krieges durch Geburten nur sehr langsam ausgeglichen worden wäre, wurden die „restaurativen“ peuplierungspolitischen Maßnahmen nach dem Siebenjährigen Krieg wieder erneuert und erweitert, da die Kriegsfolgen die Bevölkerungszahl verringert und die Landstriche verwüstet und zerstört hatten.¹³⁴⁴ Der aktive Auftrag zur Peuplierung wüst liegenden Raumes spiegelte sich sehr plakativ in der Aussage des Geheimen Rates Laber wider, der im Jahre 1769 anmerkte, dass aus „[...] Wüsteneyen bebaute Felder und bevölkerte dörfer hervorgehen [müssen], (...) ohnstreitig eine königliche Veranlassung (ist).“¹³⁴⁵ Zur Förderung „[...] der Einwanderung ausländischer, sowohl bemittelter Personen und Familien, als auch Fabriquanten, Professionisten, Bauern und Handarbeiter in die Provinz Cleve“ wurden den neu heranziehenden Niederlassungswilligen wieder zahlreiche Privilegien und Vorteile zugesichert, wie die „Werbe- und Enrollierungs-, Religions- und Gewissens-Freiheit, unentgeltliche Ueberlassung von Baustellen und von Bauland in den Städten und auf dem Lande, Baufreiheitsgelder, Abgaben-Freijahre, Reise-Unterstützungs-Gelder“ und vieles mehr, um den demographischen Einschnitt durch den Krieg zu überwinden.¹³⁴⁶ Damit das preußische Generaldirektorium besser im Detail über die peuplierungspolitischen Aktivitäten in den rheinischen Territorien unterrichtet war, hatte man eine bevölkerungspolitische Verfügung an „[...] sämtliche Magistrate in den hiesigen Hertzogthum erlassen“, um dann in Absprache mit dem Kriegsrat Scheele zu beratschlagen, „[...] was für arrangement zu Erreichung der königlichen höchsten Intention zu treffen seyn“ werde.¹³⁴⁷ Auch hier wird

¹³⁴² Zitiert aus der Policyverordnung vom 12. Dezember 1749, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1385, Nr. 1562.

¹³⁴³ Siehe dazu die Akte „Wegen des Zustands derer Städte und deren Aufnahme, der darüber jährlich erstatteten Berichte 1772-1775“ aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Die darin angefertigten tabellarischen Nachrichten basieren auf der „[...] Cabinets-ordre vom 14. September 1749.“

¹³⁴⁴ Siehe dazu das Kapitel D.1.5.3. und D.2.1..

¹³⁴⁵ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁴⁶ Zitiert aus der Policyverordnung vom 1. September 1769, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1938, Nr. 2025. Welche Kosten für den Staat bzw. welche finanzielle und anderweitige Anreize vergeben wurden, siehe Hinze, K.: Die Arbeiterfrage ... , S. 105-120.

¹³⁴⁷ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

sowohl in gleichberechtigter Weise die stadtbezogene als auch landbezogene peuplierungspolitische Ausrichtung um das Jahr 1770 noch erkennbar. Um die Förderung menschlicher Leistung bezüglich innovativer Entdeckungen zu unterstützen, wurde auf königlichen Befehl [...] zur Beförderung und Ermunterung der Landes-Cultur und der Industrie, so wie des Fabrik-, Manufaktur- und Gewerbe-Betriebs, ein und zwanzig Prämien für desfallsige Leistungen, Entdeckungen und Erfindungen verheißen.¹³⁴⁸ Alles, was zur Erfüllung der Kolonisationsbestrebungen und der Förderung der Städte dienen konnte, wollte man durch Anreize unterstützen.

In Zusammenhang mit der aktiven Einwanderungspolitik behielt die hugenottische Anwerbungspolitik weiterhin Aktualität. Auch knapp 60 Jahre nach dem Edikt von Nantes im Jahre 1685 erließ Friedrich der Große ein „Edikt wie es wegen der Refugirten gehalten und wer unter solchem Nahmen verstanden werden soll.“¹³⁴⁹ Eine zunehmende Differenzierung bürokratischer Natur, wer nun noch zu den wirklichen Glaubensflüchtlingen zu zählen sei, bewegte den preußischen König dazu, „[...] was dergestalt bey einem und den andern Unserer Landes Collegiorum in Zweifel gezogen werde, ob auch diejenigen unter der Zahl der sogenannten Refugiés zu rechnen seynd, welche nicht würcklich der Religion halber aus Franckreich vertrieben worden, sondern aus anderen und vornehmlich Protestantischen Landen, dahin sich zuerst retired haben, und sich nach der Zeit hiesiger Orten einfinden, und unter dem Schutz der Privilegien, welche theils Unsere in Gott ruhenden Vorfahren (...) ihr Etablissement zu formiren sich entschließen, (...) verordnen Wir hiermit (...), daß alle diejenigen, welche so wohl vor, als nach der Revocation des Edikts de Nantes, das ist, vor und nach dem Jahre 1685 sich aus Franckreich hinweg begeben, und der Evangelisch Reformirten Religion zugethan sind, benebst allen ihren Descendenten, sie mögen anjetzo kommen woher sie wollen, dafern sie nur sich in Unseren Landen niederlassen, und entweder Vermögen mit sich bringen, oder durch nützliche Wissenschaften, Handwercke und Professionen subsistiren können, die Frantzösischen Privilegia, Exemtiones und Freyheiten zu genießen fähig und bey den Colonien angenommen, mithin für Refugiés gehalten werden, und aller der gewöhnlichen Immunitäten fähig seyn sollen.“¹³⁵⁰ Nicht nur der qualifizierte Aspekt peuplierungspolitischer Zielvorstellungen, sondern auch die Ausweitung französischer Schutzprivilegien auf alle Glaubensflüchtlinge protestantischer Religion fand in diesem Edikt seine Niederschrift. Zudem wird hier eine Kontinuität hugenottischer Peuplierungspolitik

¹³⁴⁸ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 20. September 1770, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1951, Nr. 2039.

¹³⁴⁹ Siehe zum Edikt vom 25. Februar 1745 in HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162

¹³⁵⁰ Zitat vom 25. Februar 1745 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

ersichtlich, die sich seit dem Großen Kurfürsten bis zu Friedrich des Großen ohne Unterbrechung durchzog.

Die nach dem Siebenjährigen Krieg erneut einsetzende „restaurative“ Peuplierungspolitik kann als zweite Phase bevölkerungspolitischer Handlungen während der Zeit Friedrichs des Großen angesehen werden. Dass diese noch bis zum Ende der 1760er Jahre nicht abgeschlossen war, belegt ein Bericht der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer an den Kriegsrat Sandrart, in dem berichtet wurde, dass „[...] verschiedene Leute aus dem Ober Rheinischen Creise, worunter auch bemittelte Familien sein sollen, sich als Colonisten in hiesigen Landen, als Bauren und Handwercker etablieren wollen.“¹³⁵¹ Da noch wüste Hausstellen und zahlreiche ungenutzte unkultivierte Heidefläche vorhanden waren, müsse die Klevische Kammer weiter gezielt räumlich koordinieren, „[...] wo und an welchen Orten, teils auf dem platten Lande, teils aber in den Städten, dergleichen anzusetzen Gelegenheit vorhanden“ wären.¹³⁵² Sowohl die „restaurative“ Stadtkolonisation als auch die „additive“ Binnenkolonisation würden für die niederrheinischen Ländereien und Städte weiterhin von großem Nutzen sein, sodass zur besseren räumlichen Koordinierung angeworbener Kolonistentypen die Magistrate anzeigen sollen, „[...] a) was für bauren Ackers Leute und dergleichen auf Cämmerey Patrimonial Gründe angesetzt, ingleichen b) was für Handwercker in denen Städten eures Creises fehlen, und als noch etabliret werden können.“¹³⁵³ Für die niederlassungswilligen Stadtkolonisten wurde peuplierungspolitisch garantiert, dass ein „[...] jeder fremder die 2 jährige Accise freyheit und zwar für einen Mann 3 rthl., frau 3 rthl., für ein kind über 12 Jahr 3 rthl., für ein kind unter 12 Jahr 1 ½ rthl., für einen Knecht (...) [und] eine Magd 1 ½ rthl. (genießet).“¹³⁵⁴ Für die ganz bedürftigen Kolonisten solle man „[...] wehrend der ersten 3 bis 4 Monate ihres hierseyends tägl. für jede Person ½ st. an Schlafgelder“ geben und „[...] dafür sorgen, daß die Colonisten gleich nach ihre Ankunft auf eine gute Maniere bey denen alten Eingeseßenen einquartiret werden.“¹³⁵⁵ Idealtypischerweise solle „[...] einem jeden ankommenden Colonisten nach seiner Art und Umstand, so gleich bey deßselben Ankunfft, und wann das ordentliche Etablissement nicht so

¹³⁵¹ Zitat vom 2. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁵² Zitat vom 2. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁵³ Zitat vom 2. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652. Da man aber den lokalkundigen, zum Teil antipeuplierungspolitisch eingestellten Magistrate nicht immer traute, befahl die Klevische Kammer den zuständigen Commissario Loci „[...] sich bey anfertigung solcher Designation nicht bloß [auf] Angaben der Magistraete [zu] Reposiren, (...) sondern selbst ins Detail [zu] gehen, und ganz genau untersuchen sollen“, welcher Raum noch zur Peuplierung zu Verfügung stand.

¹³⁵⁴ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁵⁵ Zitat vom 3. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652. Weitere und wiederholende Ermahnungen, alles Erforderliche beim Kolonistengeschäft zu tun, ergingen am 7. Mai, 29. Mai und 5. Juni 1770 an die zuständigen Kriegeräte und Magistrate.

fort realisiert werden kann, Gelegenheit einigen Erwerb und Verdienst“ verschafft werden.¹³⁵⁶ Zudem kann „[...] solchen fremden, die nützliche Handwercke verstehen, das freye bürger und Meister Recht ertheilet werden, sie sind auch von Bürger Lasten als Werbe Gelder, (...) Handdiensten und sonstigen vorkommenden Stadts Lasten 2 Jahr exemirt, und wenn sie vorgedachte ruinirte Häuser repariren und die ledigen Hauß Plätze aufbauen, haben sie sich der bau freyheits Gelder (...) zu erfreuen“, da sie durch diese Bemühungen einen entscheidenden Beitrag zur „Retablissement-Politik“ leisten.¹³⁵⁷ Unter dem Eindruck der erneuten Anwerbung vor allem spezieller, hoch qualifizierter Arbeiter entstand ein System vielfältiger Vermittlungs- und Anwerbungsapparate. Neben der Vervielfältigung preußischer Edikte und Anzeigen in der Presse sandten die klevischen Behörden regelrechte Handelsagenten und Kolonistenanwerber aus, um nach auswanderungswilligen Arbeitern und Bauern zu suchen. Aufgrund deren Nützlichkeit empfahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer „[...] wegen den ins Land zu ziehenden Colonisten vom Ober Rheine (...), daß es von guter Wirkung seyn wird, wenn, wie bey den jetzigen Unruhen in Pohlen, in Preußen geschiehet, an den Grentz Orten tüchtige ehrliche und raffinirte Personen ausgesuchet und angestellet werden, um durch solche überhaupt aus den benachbahrten Provintzen allerhand gute Colonisten zu engagiren“, um sie „[...] zum Etablissement in hiesigen Landen zu bewegen.“¹³⁵⁸ Es entwickelte sich ein regelrechtes „Peuplierungsnetzwerk“, dass mithilfe von Durchgangsstationen für auswanderungswillige Menschen gestützt wurde.¹³⁵⁹ Ein sogenannter Kolonistenanwerber war der preußische Gesandte von Hochstädter, der in Frankfurt, dem Knotenpunkt des Netzwerkes, die Anwerbungsaktionen koordinierte.¹³⁶⁰

Nach einer Bestandsaufnahme, die nur eine langsame wirtschaftliche Erholung der schwer angeschlagenen Bevölkerung nach dem Krieg konstatierte, setzte die letzte große klevische Anwerbungskampagne ein. Nachdem festgestellt wurde, dass in den rheinischen Territorien 56 Ackerleute, 113 Manufakturisten und Handwerker fehlten und 234 wüste und unbewohnte Stellen existierten, erging an von Hochstädter am 29. Mai 1769 aus Berlin die Verordnung,

¹³⁵⁶ Zitat vom 23. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁵⁷ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁵⁸ Zitat vom 19. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁵⁹ Siehe dazu Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 20-29. Eine spätere Hauptquelle preußischer Einwanderungspolitik, wie man es bei der Gründung der pfälzischen Siedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf sehen wird, war die Verwendung berufs- und blutsverwandtschaftlicher Beziehungen der bereits Angesiedelten.

¹³⁶⁰ Siehe dazu Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 20.

die ersten emigrations- und arbeitswilligen Personen nach Kleve zu bringen.¹³⁶¹ Schon am 9. Oktober 1769 berichtete der Emissär Schuch, ein Mitarbeiter im Anwerbungsmanagement, dass er 300 emigrationswillige Bauerfamilien mit ca. 200-3000 Talern Vermögen zur Einwanderung in das Herzogtum Kleve bewegen könne, die nicht wegen der herrschenden Not, sondern sich aus Liebe zum preußischen König in die rheinischen Territorien begeben wollen.¹³⁶² Sofort machte im Herbst 1769 die Klevische Kammer die Kriegsräte darauf aufmerksam, „[...] daß binnen ganz kurzer zeit ein ansehnlicher Transport oberrheinischer Colonisten hieselbst erwartet wird, für deren gutes unterkommen bey zeiten gesorget und des wegen ein zuverlässiges arrangement getroffen werden“ müsse.¹³⁶³ Deswegen sollten die Kriegsräte rheinischer Territorien sofort anzeigen, was sie „[...] in denen Städte (...) [ihres] Creises für anstalten gemacht hab[en], um diese Leute, wenn sie (...) [ihnen] zugesendet werden, Lust, Lager und Obdach besorgen, und den ärmsten von ihnen wenigstens einigen Verdienst als Tagelöhner zu verschaffen.“¹³⁶⁴ Die Antworten der lokalen Magistrate niederrheinischer Städte belegen, dass in sämtlichen Städten keine finanziellen Mittel zu Verfügung standen, um die potenziell ankommenden Kolonisten aus eigener Kraft zu finanzieren, sodass die Finanzierung „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik aus der Etablissementkasse erfolgen müsse.¹³⁶⁵ Die Klevische Kammer war bis zum November 1769 mit den peuplierungspolitischen Engagement des fleißigen Kriegsrates Sandrart recht zufrieden, da „[...] Euer dienst Eyfer, denn ihr bishero in diesen angelegenheiten bewiesen, (...) uns nicht anders als zum gnädigsten Wohlgefallen gereichen“ kann.¹³⁶⁶ Das „aktive“ Element preußischer Peuplierungspolitik in den niederrheinischen Territorien war weiterhin ungebrochen, da dem für die peuplierungspolitischen Projekte zuständigen Kriegsrat weiterhin befohlen wurde, alles nur Erdenkliche zu tun, damit „[...] unserer Landes Väterlichen Intention, um das Land durch fremde eingehende mehr zu Bevölckern, erreicht werden“ kann.¹³⁶⁷ Die angekommenen Kolonisten müssen „[...] gleich untergebracht, höflich begegnet und mit denen nöthigen medico vivendi versehen werden [u]nd da diese Leuthe [sich] besonders zur Landwirthschaft incliniren, müsset ihr sehen, solche auf denen

¹³⁶¹ Siehe dazu Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 20f..

¹³⁶² Siehe dazu Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 25.

¹³⁶³ Zitat vom 29. September 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652. Aufgrund dessen solle man nun schleunigst eine detaillierte Liste anfertigen, wo genau „[...] die hand Wercker und professionisten, (...) so sie nach und nach ankommen, diejenige Städte wohin sie sich am besten schicken, angewiesen werden können.“ Zitat vom 29. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁶⁴ Zitat vom 29. September 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁶⁵ Siehe dazu exemplarisch die Antworten der Magistrate vom 30. Oktober 1769 (Sonsbeck) und vom 9. Oktober 1769 (Kalkar).

¹³⁶⁶ Zitat vom 14. November 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁶⁷ Zitat vom 14. November 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

Cämmerey districten Eures Creises besonders auf denen incultivirten Heyde Gründen durch Anbau ansässig zu machen.“¹³⁶⁸ Diese gute Behandlung bei den fremden Kolonisten war sehr wichtig, da diese aufgrund der positiven Eindrücke weitere Familienangehörige oder Bekannte zur Niederlassung in den preußisch-rheinischen Landen anwerben und bewegen konnten. Dieser Ansatz wurde allerdings nicht immer zur Freude des Klevischen Kriegs- und Domänenkammer realisiert, da schon im Februar 1770 eine deutliche Ermahnung erfolgte, dass „[...] an statt denen in die provinz kommenden Colonisten aller gute Wille bewiesen werden soll, es boswertige und schlecht gesinnte Leute gegeben hat, welche diesen Colonisten übel begegnet“ sind, sodass dieses oben geschilderte „[...] schädliche betragen, deßen sich redliche unterthanen schämen solten“, entgegen den peuplierungspolitischen Verordnungen wirkten¹³⁶⁹

Für die Berliner Zentrale war eine aktive Peuplierungspolitik weiterhin maßgebend, sodass sie die klevischen Lokalbeamten instruierte, „[...] je mehr ihr nun auf das bequeme Unterkommen dieser ankommenden Fremden und auf Erleichterung ihres Etablissements bedacht seid, desto mehr werden andere Fremde zur Nachfolge angereist, und unsere heilsame Intention hierunter um so ehender erfüllt werden.“¹³⁷⁰ Die Klevische Kammer war über die neu angetroffenen Emigranten wenig erfreut, und antwortete am 19. Januar 1770 an die Berliner Zentralbehörde, dass man keine weiteren Schiffstransporte der „[...] von der Emigrationsfurcht befallenen“ Oberpfälzer Kolonisten wünsche, da nur „[...] wenige von ihnen (...) sich zu Ackersleuten (schicken), die angeblichen Professionisten sind es nur dem Namen nach, viele sind schläfrig und faul, und alle insgesamt arm.“¹³⁷¹ Da solche Erkenntnisse auch anderorts in Quellen aufgetaucht sind, ist diesem Bericht sicherlich auch ein gewisser Wahrheitsgehalt zuzuschreiben. Allerdings gab es natürlich auch, wie man noch bei der Kolonisation der Gocher Heide sehen wird, tüchtige und fleißige Kolonisten, denen dank ihres unermüdlichen Willens trotz verwehrter Hilfeleistungen die Urbarmachung unkultivierten Landes gelang. Die Schuld lag sicherlich bei den Werbern, die mehr auf die Quantität als auf die Qualität der Angeworbenen guckten. Dennoch waren nach der oben getätigten Einschätzung „[...] zur aufnahme des Nahrungs Standes und aufhelfung der Städte (...) fremde professionisten Familien in die provintz gegangen, (...) [die] in den Städten werden sollen, davon für euren Creiß bis zu fünfzig Familien bestimmt sind.“¹³⁷² Da in den

¹³⁶⁸ Zitat vom 14. November 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁶⁹ Zitat vom 28. Februar 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁷⁰ Zitat vom 16. September 1769, entnommen aus Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 28.

¹³⁷¹ Zitat vom 19. Januar 1770, entnommen aus Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , 28f..

¹³⁷² Zitat vom 23. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

rheinischen Territorialgebieten laut einer eingereichten Liste „[...] noch 109 Professionisten angesiedelt werden können“, wurden dem Kriegsrat Sandrart „[...] Sieben und Zwanzig familien, dem erwarteten Colonisten Transport, zur unterbringung“ angewiesen.¹³⁷³

Zahlreiche oberrheinische pfälzische Kolonisten lassen sich im Hauptkapitel **D** bei der Stadtkolonisation und den binnenkolonisationsistischen Aktivitäten tatsächlich nachweisen.

Dass die Aufnahme oberrheinischer Kolonisten durch die lokalen Magistrate und die einheimische Bevölkerung nicht immer im Sinne peuplierungspolitischer Zielvorstellungen verlief, belegt ein persönliches Schreiben des preußischen Königs Friedrichs des Großen. Der peuplierungspolitisch engagierte Philosophenkönig schrieb, dass „[...] von denen Zum Etablissement im Clevischen und sonst sich engagierten Pfälzern Colonisten Familien 2. Deputirte Nahmes George Becker und Johannes Lohling sich persönlich hier allhier eingefunden“ haben, um eine „[...] mehrere beschleunigung ihres Etablissements zu bewürcken.“¹³⁷⁴ Auf der Basis dieser Beschwerde zeigte sich nicht nur die persönliche Hilfe des preußischen Königs, der sich um die fremden Kolonisten auch wirklich kümmerte, sondern es wurde ein weiterer Erlass an alle niederrheinischen Städte ausgegeben, „[...] daß alle Fremde, welche sich in Unsern Landen etabliren wollen, ohne Ausname und sonder Unterscheid der Religion wohl aufgenommen, sorgfältig geschützt, freundlich begegnet, und selbige zu ihren Unterkommen alle Willfährigkeit und Vorschub geleistet werden (...) [und] derjenige, welcher das Etablissement der Fremden erschweren, oder selbige chicaniren sich beykommen lassen würde, auf die Festung gebracht werden solle.“¹³⁷⁵ Ferner musste die peuplierungspolitisch engagierte preußische Regierung „[...] höchst missfällig wahrnehmen, daß verschiedene böshafte und gewissenlose Leute sich den ohnerachtet unterstanden haben, einigen von denen Colonisten, die Wir aus allerhöchst Landesväterlichen Vorsorge vom Ober-Rhein, zum Anbau und Uhrbarmachung der wüsten Heyde-Gründe“ angesiedelt haben, nicht die notwendige Hilfe zum Aufbau ihres Etablissements geleistet haben.¹³⁷⁶ Aus diesen generaldirektorialischen Verordnungen ist eine ganz deutliche Unterstützung fremder Kolonisten durch die preußische Regierung erkennbar, die ein großes Interesse an der Peuplierung ungenutzten oder bisher noch ledig stehenden Raumes besaß.

Die „qualitätsorientierte“ Peuplierungspolitik, wie sie schon in den Berliner und klevischen Behörden herrschte, war auf unterer Verwaltungsebene noch nicht angekommen, sodass

¹³⁷³ Zitat vom 16. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁷⁴ Zitat vom 26. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁷⁵ Zitat vom 16. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁷⁶ Zitat vom 16. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

solche Fehlgriffe durchaus passieren konnten. Deswegen wies der Geheime Rat von Laber erneut im Jahr 1769 nochmals darauf hin, dass allein „[...] der glückliche Fortgang, und die Erhaltung dieser neuen Schöpfung (...) nicht ein [Werk] des Eyfers einer privaten Person (ist), sondern des besten Patrioten, sondern bleibt ebenfalls bloß ein werck der Landes herrlichen Macht.“¹³⁷⁷ Nur der Staat vermöge zu überblicken, wie und in welchem Maße eine erfolgreiche Peuplierungspolitik umgesetzt werden kann, sodass die bei peuplierungspolitischen Projekten immer die Rücksprache mit der Klevischen Kammer erfolgen muss. Da es aber zu Nachlässigkeiten im klevischen Beamtenapparat kam, und auch eine erkennbare Abneigung ansässiger Bevölkerungsteile gegenüber den anreisenden und dort lebenden Kolonisten zu konstatieren war, ließ man das einwanderungsfördernde Publicandum vom 5. März 1770 in allen Orten von der Kanzel verlesen, wobei die Einheimischen aufgefordert wurden, dass „[...] allen einziehenden Fremden wohl aufgenommen, von jedermann höflich und freundlich begegnet, und ihnen zu ihrem Unterkommen alle Willfährigkeit bewiesen werden solle“ und diejenigen, die „[...] das Etablissement der Fremden erschweren oder selbige zu chikanieren sich beikommen lassen“, in die Festung gebracht werden.¹³⁷⁸ Die starken Maßregelungen beim Zuwiderhandeln peuplierungspolitischer Instruktionen zeigten, dass man trotz der zahlreichen Probleme in den rheinischen Territorien bemüht war, die Bevölkerungszahl weiter zu erhöhen. Falls den Neuankommenden bei ihrer Niederlassung Hindernisse in den Weg gelegt worden waren, riet man ihnen, „[...] sich gleich bei vorgenannten Bedienten zu melden, und wenn diese nicht sofort Hülfe verschaffen, sie sich an die Kriegs- und Domainen-Kammer wenden können, welche die vorkommenden Beschwerden ohne Anstand untersuchen lassen, und die Übertreter Unserer Verordnungen nach aller Rigueur bestrafen.“¹³⁷⁹ Es ist offensichtlich, dass die preußischen Verwaltungsbehörden bemüht waren, die verheerenden Bevölkerungseinbußen durch den Siebenjährigen Krieg wieder zu beseitigen und so eine aktive Einwanderungs- und Kolonisationspolitik betrieben.

Allerdings wurde in einem Schreiben des Königs vom 27. Februar 1770 an die Minister von Hagen und von Derschau offenbart, wie Friedrich der Große die Bemühungen der

¹³⁷⁷ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹³⁷⁸ Zitat aus dem Publicandum vom 5. März 1770, entnommen aus Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 30f.. Siehe dazu auch das „Publicandum Daß alle einziehende Fremde wohl aufgenommen, von jedermann höflich und freundlich begegnet, und ihnen zu ihrem Unterkommen alle Willfährigkeit bewiesen werden solle“ vom 5. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

¹³⁷⁹ Zitat vom 5. März 1770, entnommen aus Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 31f..

kameralistischen Peuplierungspolitik in den rheinischen Besitzungen sah und bewertete.¹³⁸⁰ Wie seine Vorgänger bereits erkannte auch er, dass die rheinischen Territorien im Ernstfall militärisch nicht zu verteidigen gewesen wären, sodass seine peuplierungspolitischen Bemühungen primär den brandenburgisch-preußischen Kernprovinzen dienen müssen, weil ihm „[...] hierunter an die Clevische Lande so sehr eben nicht gelegen ist.“¹³⁸¹ In seiner politischen Konzeption spielten die Besitzungen im Rheinland keine große Rolle mehr, seine Konzentration lag in den Kern- und östlichen Provinzen, die es mit aller Kraft zu fördern galt.¹³⁸² Aus geopolitischen Gründen waren ihm die rheinischen Gebiete viel weniger bedeutend als ganz Schlesien.¹³⁸³ In seinem politischen Testament wird zudem seine pessimistische Einstellung gegenüber seinen klevischen Untertanen deutlich, „[...] von denen man am wenigsten Vorteil ziehen kann.“¹³⁸⁴ Selbst der dort ansässige „[...] Clevische Adel ist dumm, wirr und im Rausche gezeuget, [e]r besitzt weder angeborene noch erworbene Talente.“¹³⁸⁵ Dabei wies er unter Berücksichtigung räumlicher Gegebenheiten niederrheinischer Ländereien darauf hin, dass „[...] Cleve keine Ähnlichkeit weder mit Schlesien noch mit Kurmark noch mit Ostpreußen (hat)“, die dort lebende „[...] Bevölkerung ist [aber] sehr träge.“¹³⁸⁶ Allerdings findet man bei „[...] dem geringen Waldbestand (...) schöne Kulturen“ und die dort mit peuplierungspolitischen Maßnahmen angeworbenen „[...] Fremde, die sich während meiner Regierung im Clevischen niederließen, haben gute Manufacturen eingeführt.“¹³⁸⁷ Blickt man allerdings auf die wirtschaftliche Potenz der rheinischen Gebiete, so waren vor allem die Rheinzölle und die erfolgreich geförderten industriellen Unternehmungen wie z. B. die Krefelder Seidenindustrie keine so unbedeutenden Einnahmen im preußischen Finanzwesen, sodass diese Abkehr der preußischen „aktiven“ Peuplierungspolitik überraschend wirkt. Auch die zunehmenden finanziellen Probleme Friedrichs des Großen führten dazu, dass die zur Kolonisation aufgewandten Mittel ausschließlich an die alten Provinzen gingen, um sie effektiver zu schützen und zu fördern. Dieser Umschwung in der preußischen Peuplierungspolitik, der sich auch in den Policyverordnungen widerspiegelt, bewirkte im Herzogtum Kleve, dass die

¹³⁸⁰ Siehe dazu Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 13-16, bes. S. 15.

¹³⁸¹ Zitat Friedrich des Großen in einem Schreiben vom 27. Februar 1770 an die Minister von Hagen und von Derschau, abgedruckt bei Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 32.

¹³⁸² Siehe dazu Opgenoorth, E.: Die rheinischen Gebiete Brandenburg-Preußens ... , S. 33-44, hier bes. S. 35.

¹³⁸³ Siehe dazu Oncken, W.: Das Zeitalter Friedrich des Großen, Berlin 1881, S. 290. Zudem wurde im Oktober 1759 schon der Versuch unternommen, das preußische Geldern und Moers gegen Mecklenburg einzutauschen.

¹³⁸⁴ Zitat Friedrichs des Großen, abgedruckt bei Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 33. Siehe dazu auch Dietrich, R.: Der preußische Staat ... , S. 23.

¹³⁸⁵ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 40.

¹³⁸⁶ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 17.

¹³⁸⁷ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 17.

weiteren peuplierungspolitischen Maßnahmen lediglich auf die Festigung und Sicherstellung des bisher Erreichten zielten. Eine „aktive“ Peuplierungspolitik mit einer intensiv betriebenen Anwerbungsoffensive wurde von einer „passiven“ Peuplierungspolitik abgelöst, die nun die bisher bevölkerungspolitischen Erfolge weiterzuführen hatte. Trotzdem fanden noch während der Regierungszeit Friedrichs des Großen zahlreiche siedlungswillige Familien den Weg in das Herzogtum Kleve und das Fürstentum Moers. Dabei solle man nur „qualifizierte“ und bemittelte niederlassungswillige Kolonisten in den rheinisch-preußischen Landen aufnehmen und „[...] keine unvermögenden Colonisten (...) engagiren, weil selbige dem Lande nur zu Last fallen.“¹³⁸⁸ Vielmehr definierte das Generaldirektorium die preußische Peuplierungspolitik rheinischer Territorialgebiete dahin gehend, dass „[...] es jetzt nicht mehr auf Engagierung mehrerer Colonisten, sondern Vornehmlich auf Verabfolgung des rückständigen Vermögens derer bereits in dißseitige Lande gezogene Colonisten Familien ankommt.“¹³⁸⁹ Nicht mehr Quantität, sondern Qualität und die Stabilisierung schon angekommener und sich etablierender Emigranten war das Kriterium peuplierungspolitischer Anwerbung fremder Kolonisten.

Trotz der gesamtpolitischen Abkehr rheinischer Territorialgebiete besaß die preußische Regierung dennoch weiterhin ein Interesse an der im Vergleich zur kostenintensiven Binnenkolonisation unkultivierter Heideflächen schneller wirkenden „stadtbezogenen“ Peuplierung niederrheinischer Städte. So bemängelte das preußische Generaldirektorium, dass es von der Klevischen Kammer „[...] fast durchgehendts an zuverlässigen Vorschlägen, die Aufnahme der Städte, und des Nahrungs-Gewercks zu befördern, fehlet“, sodass zu effektiveren Umsetzung ein Gesandter aus Berlin in die rheinischen Territorialgebiete reisen wird, um mit dem „[...] Herrn Kriegs- und Steuer-Rath Schelle (...) [zu] communiciren.“¹³⁹⁰ Das aktive Momentum „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik wurde in einer generaldirektorischen Instruktion vom April 1774 abermals deutlich, da die Klevische Kriegs- und Domänenkammer sowie die untergeordneten regionalen und lokalen Amtsträger sich intensiv bemühen sollten, damit „[...] in denen Städten fehlenden Professionisten durch die Duisburgische Intelligenz Blätter, und andern öffentliche Nachrichten, nur gleich eingeladen und die Magistrate nochmahlen angewiesen werden, allen Fleiß anzuwenden, um solche

¹³⁸⁸ Zitat vom 23. April 1771 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 891.

¹³⁸⁹ Zitat vom 5. November 1771 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 891. Zudem durften auch aus politischen Gründen keine pfälzischen Emigranten offensiv zur Niederlassung in den rheinischen Territorien angeworben werden, „[...] da des Königs Majestät dem Pfälzischen Hof versprochen [habe], keine Pfälzter mehr als Colonisten anzunehmen.“ Zitat vom 19. November 1771.

¹³⁹⁰ Zitat vom 7. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

anzuziehen, damit die königliche höchste Intention wenigstens in diesem Stück vollständig erreicht werde.“¹³⁹¹ Auch bei den binnenkolonialisatorischen Besiedlungs- und Urbarmachungsversuchen wüst liegender Heideflächen konnten noch später „landbezogene“ Erfolge peuplierungspolitischer Gesetzgebung durch den für die niederrheinischen Gebiete zuständigen Kriegsrat Scheele nachgewiesen werden, der z. B. weiterhin „[...] so fort bau Land verpachten (ließ), und (...) dadurch der Cämmerey einen Vortheil von 23. rthl. jährliche Revenue zu wege (brachte), da vormahls keinen Menschen eingefallen war, an einer so ersehnlichen Abnutzung zu denken.“¹³⁹² Hintergedanke dieser peuplierungspolitischen Bemühungen und Anstrengungen war das Ziel optimaler Raumausnutzung landschaftlich gebundener Potenziale.

Aufgrund der persönlichen Anstrengungen peuplierungspolitischer Umsetzungen des Kriegsrates Scheele konnte dieser noch im Jahr 1776 zufrieden an die Klevische Kammer berichten, dass er von „[...] der bevölkerung, anbau derselben und Urbarmachung wüster heyde Ländereyen [einigen Erfolg] nachweisen zu können“ glaube, da die räumliche Bevölkerungsverdichtung in seinem Zuständigkeitskreis dahingehend sich verbessert hatte, dass „[...] die Anzahl der Persohnen (...) sich abermals um 61 Seelen vermehret (hat).“¹³⁹³ Vor allem bei den binnenkolonialisatorischen Besiedlungsprojekten „landbezogener“ Peuplierungspolitik waren mit der „[...] Bebauung der wüsten Gründe und deren Urbarmachung in diesem Jahre [1776, Anm. d. Verf.] bey dem Creise verschiedene progression gemacht worden.“¹³⁹⁴ Der Kammerpräsident der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer berichtete, dass das Generaldirektorium generell mit den peuplierungspolitischen Bemühungen „landbezogener“ und „stadtbezogener“ Besiedlung recht zufrieden war, sodass ihm weiterhin „[...] dabey die Sorgfalt für die Uhrbarmachung und de[n] Anbau wüste[r] Ländereyen aufs angelegentlichste empfohlen“ wurde.¹³⁹⁵ Aufgrund dessen habe der Klevische Kammerpräsident sich „[...] nicht entziehen können, denen sämtlichen Herrn Land- und Steuer Räthen in dem Herzogthum Cleve und in der Graffschaft Marck, welche durch ihre angewandte Bemühungen in förderung der Colonisten Etablissements, an diesen gnädigen Äusserungen mit Antheil haben, hievon Nachricht zu geben, und sie Vermöge dieses Königl. Höchsten Befehls, durch gegenwärtige bestimmte Instruction, aufs neue zu einer unermüdeten Beeiferung für die Erhaltung der Colonisten

¹³⁹¹ Zitat vom 7. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

¹³⁹² Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

¹³⁹³ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

¹³⁹⁴ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

¹³⁹⁵ Zitat vom 3. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

Etablissements und die Uhrbarmachung und den Aufbau wüster Ländereyen aufzumuntern.“¹³⁹⁶ Diese generaldirektorische und kammerpräsidiale Belobigung peuplierungspolitisch engagierter Kriegsräte zeigt dem historisch-geographischen Forscher, dass, obwohl die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien nicht mehr so intensiv monetär unterstützt wurde, binnenkolonisatorische und „stadtbezogene“ Besiedlungsbemühungen zur Zufriedenheit des Generaldirektoriums erfolgt waren. Sogar empfahl man den Kriegsräten weiterhin sich in der Peuplierungspolitik zu beeifern, damit „ [...] der dabey intendirte Endzweck, in Uhrbarmachung wüster Ländereyen und Bevölckerung des Landes Völlig erreicht werde.“¹³⁹⁷

Um weiterhin ein statistisch-empirisches Datengerüst bevölkerungsrelevanter Parameter zur Optimierung peuplierungspolitischer Verordnungen zu haben, empfahl die preußische Regierung den klevischen Beamten, wie bei der peuplierungspolitischen Policyverordnung vom 17. September 1748, „ [...] künftig alljährlich am Ende Oktober, ausführlich in Mustern vorgeschriebene Nachweisungen“ über die Bevölkerungsentwicklung zu führen.¹³⁹⁸ Auch der preußische König Friedrich der Große empfahl, dass ein König „ [...] sich sorgsam und eingehend über Stärke und Schwäche seines Landes unterrichten (muß), und zwar ebensogut im Hinblick auf die Geldquellen wie auf die Bevölkerungsmenge, die Finanzen, den Handel, die Gesetze und den Geist der Nation, die er regieren soll.“¹³⁹⁹ Um eine Effizienzsteigerung der Kolonisationsbestrebungen zu erlangen, mussten die Beamten „ [...] ueber die bis zum 1. Juni c. a. in jedem Amte neu erbauten Höfe und Köthen und die Zahl der Bewohner (...) eine genaue, und jährlich fortzuführende Nachweise“ an das 5. Departement des Generaldirektoriums senden, das sich neben der Hebung der Manufakturen auch um die Anwerbung und Ansiedlung von Kolonisten zu bemühen hatte.¹⁴⁰⁰ Die Einforderung von Daten „ [...] ueber die während der Periode vom Jahre 1740 bis 1. Juni 1750, neu angelegten, oder noch in der Anlage begriffenen Dörfer, Höfe und Köthen, über die Zahl der sie bewohnten Familien und über die, während des obigen Zeitraums wieder aufgebauten vormals wüsten Höfe auf dem Lande, und wüsten Stellen in den Städten, und deren Besetzung mit Einwohnern“ ermöglichte eine genaue Bestandsaufnahme bisher realisierter

¹³⁹⁶ Zitat vom 3. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

¹³⁹⁷ Zitat vom 3. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

¹³⁹⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 17. September 1748, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1355, Nr. 1522.

¹³⁹⁹ Zitat aus Friedrich der Große: Regierungsformen und Herrscherpflichten ... , S. 235.

¹⁴⁰⁰ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. August 1750, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1390, Nr. 1578. Siehe dazu auch die Erneuerungen der Verordnung vom 9. Februar 1735, Scotti, Bd. 2, S. 1153f., Nr. 1216, die am 23. März 1743 und am 16. November 1750 abermals erlassen wurden. Auch vom 21. September 1767, Scotti, Bd. 3, S. 1867, Nr. 1979.

peuplierungspolitischer Erfolge.¹⁴⁰¹ Mithilfe dieser Professionalisierung der Aufnahme bevölkerungsstatistischer Daten und demographischer Prozesse über einen längeren Zeitraum konnten Bilanzierungen über die peuplierungspolitischen Verordnungen und Ziele erstellt werden, die für zukünftige weitere bevölkerungsrelevante Planungen hinzugezogen werden konnten. Zur weiteren Verbesserung und Vereinheitlichung bei der Aufnahme demographischer Daten wurde eine Liste über die „[...] Getrauten, Gebohrnen, Gestorbenen und Communicanten“ eingefordert, die „[...] von allen Geistlichen ohne Unterschied der Religion“ ausgefertigt werden sollten.¹⁴⁰² Da eine Uneinheitlichkeit bei der Aufnahme demographischer Daten zwischen den weltlichen Verwaltungsbehörden und den kirchlichen Institutionen aufgrund anderer methodischer Herangehensweisen existierte und zu Divergenzen und Verzerrungen bei der Ver- und Bewertung führte, wies man die Geistlichen aller Konfessionen an, die tot geborenen Kinder, die in den „[...] Kirchen-Büchern nur unter den begrabenen aufgeführt, und unter den Gebohrenen ausgelassen“ worden sind und dadurch nicht nur die „[...] Anzahl der Todten natürlicherweise sehr vergrößert“, sondern somit auch eine Ungleichheit „[...] zwischen den Tabellen der Kirchen und weltlichen Bedienten“ hervorgerufen haben, „[...] auch unter die Gebohrenen in den Listen der Geistlichkeit“ mit aufzuführen.¹⁴⁰³

Die bildungspolitisch orientierten Bemühungen standen zunächst im Bereich der Ausbildung geistlicher Berufe, damit durch die Verkündung von Unwahrheiten keine Unruhe zwischen den Konfessionen in den rheinischen Territorien entstehen und das einwanderungstolerante Erscheinungsbild im Ausland weiter Bestand haben konnte. Nachdem sich „[...] in der Evangelisch-Reformirte[n] Kirche des Herzogtums Cleve (...) verschiedentlich untüchtige Prediger (...) eingeschlichen haben, denen es sowohl an den erforderlichen Wissenschaften, als auch an einem erbaulichen Vortrag auf ihren Lehrstühlen, und an einem gesitteten Betragen fehlet“, ist nun die Konzentration staatlicher Behörden „[...] auf die Vermehrung des Fleißes und Verbesserung der Sitten derjenigen Jugend zu richten, die sich dem geistlichen Stande gewidmet hat.“¹⁴⁰⁴ Um die Bevölkerung vor unwürdigen Geistlichen zu schützen, stand die geistliche Erziehung und Bildung zur Sicherstellung der richtigen Verkündigung religiöser Lehren unter staatlicher Oberaufsicht. Nur solche durften einen

¹⁴⁰¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 31. Dezember 1750, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1394, Nr. 1592.

¹⁴⁰² Zitiert aus der Policyverordnung vom 22. August 1776, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2094-2097, Nr. 2136. Eine Abbildung des Musters des entsprechenden Formulars zur Aufnahme demographischer Daten ist dort abgedruckt.

¹⁴⁰³ Zitiert aus der Policyverordnung vom 30. Dezember 1776, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2100, Nr. 2144.

¹⁴⁰⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 9. Mai 1776, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2085-2087, Nr. 2133.

geistlichen Beruf ausüben, „[...] die auf Unseren Universitaeten zum wenigsten drei Jahr über denen einem Geistlichen nöthigen Wissenschaft mit Fleis abgelegt und sich dabey einer untadelhaften Aufführung beflissen haben.“¹⁴⁰⁵

Aber auch die Schulung und Erziehung der allgemeinen Jugend wurde bei der policeylichen Gesetzgebung berücksichtigt. Das zentrale Dokument zur geistigen Erziehung staatsstreuer und fleißiger Untertanen war das „Reglement für die Teutsche-Reformirte Schulen in Unserem Herzogthum Cleve“, in denen es in erster Linie den Eltern zur Pflicht gemacht wurde, aus ihren Kindern sowohl „[...] nützliche Bürger und Unterthanen, als auch würdige Glieder der christlichen Kirche“ zu machen.¹⁴⁰⁶ Um eine flächendeckende Bildung zu gewährleisten wurden die Eltern auf dem platten Land dazu angehalten, die Kinder „[...] wenigstens zwey oder drey Tage wöchentlich zur Schule“ gehen zu lassen, weil „[...] das im Winter Erlernte schädlicher Weise“ ohne sommerlichen Schulunterricht vergessen würde.¹⁴⁰⁷

Der calvinistische Geist bildungspolitischer Verordnungen wird darin deutlich, dass die Eltern und Vorgesetzten zu Hause sorgfältig darauf zu achten haben, dass „[...] die Kinder das in der Schule aufgegebene Pensum gehörig erlernen oder ausarbeiten, und dadurch vom übermäßigen Spielen und dem Umgang mit unartigen Kindern abgehalten werden.“¹⁴⁰⁸ Den Lehrern kam dabei eine besonders wichtige Verantwortung zu, damit sie „[...] die Jugend zur Reinlichkeit, zu einem guten Anstand, zur Sittlichkeit und zur Höflichkeit“ erziehen.¹⁴⁰⁹ Diese ausgiebig durchdachte Schulordnung während der Regierungszeit Friedrichs des Großen zeigte das große Bemühen preußischer Peuplierungspolitik, die heranwachsenden Kinder zu staatsstreuen, fleißigen und gebildeten Staatsdienern zu formen. Dass man auch bei den angeworbenen Kolonisten bemüht war, diese zu fleißigeren und tüchtigen Untertanen des preußischen Staates zu konditionieren, belegen die Ausführungen des Geheimen Rates von Laber im Jahre 1769. „Die Erfahrung lehret“, so sein bevölkerungspolitisches Schreiben an den Kriegsrat Sandrart, „[...] daß in dieser absicht eine Familie nach der andern, sich in den Pflantz-Städten niederlässt, allhie sie bemerckt auch nur mehr als zu viel, daß die Menschen nur gar so sorgloß in ansehung ihres dauerhaften bestens, und in nichts so verschieden sind als

¹⁴⁰⁵ Zitiert aus der Policyverordnung vom 9. Mai 1776, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2085f., Nr. 2133. Siehe dazu auch das Verbot vom 15. Juli 1751, sein Studium überwiegend auf ausländischen Universitäten zu betreiben, siehe Scotti, Bd. 3, S. 1403, Nr. 1615.

¹⁴⁰⁶ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. Mai 1782, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2189-2240, Nr. 2240, bes. S. 2190. Siehe dazu auch die Verordnung vom 5. Dezember 1768, Scotti, Bd. 3, S. 1893, Nr. 2005.

¹⁴⁰⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. Mai 1782, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2191, Nr. 2240.

¹⁴⁰⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. Mai 1782, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2191, Nr. 2240.

¹⁴⁰⁹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. Mai 1782, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2195, Nr. 2240.

in ihren Urtheilen, über das was ihnen gut und zuträglich ist oder nicht.“¹⁴¹⁰ Vor allem über die angeworbenen fremden Kolonisten besaß der Geheime Rat ein negatives Menschenbild, weil „[...] Colonisten (...) ausländer, folglich Menschen (sind), die sich immer der Leichtsinnigkeit schuldig gemacht, ihr Vaterland zu verlassen, ein Entschluß, welcher der Natürlichen Neigung der Menschen zu wider“ ist.¹⁴¹¹ Aufgrund dieser Tatsache hat der preußische Staat die qualitativen Aspekte preußischer Peuplierungspolitik um so stärker zu berücksichtigen, damit zumindest die zweite Generation angeworbener Kolonisten und die mitgebrachten „[...] Kinder der Colonisten zu Religion und arbeit angehalten werden.“¹⁴¹² Für Friedrich den Großen war „[...] die Reinhaltung der guten Sitten (...) eines der wichtigsten Ziele“ „qualitativer“ Peuplierungspolitik, wobei der Herrscher „[...] viel beitragen (kann), wenn er solche, die sich tüchtig erweisen, auszeichnet und belohnt, während er denen, die in ihrer Verkommenheit über ihren schlechten Lebenswandel nicht mehr erröten, seine Verachtung kundgibt.“¹⁴¹³ Deswegen muss er aus peuplierungspolitischer Verantwortung für die Wohlfahrt des Staates „[...] freye Schulen [errichten], weil der Endzweck dadurch am ersten erhalten bleibt“ und die groß werdenden Kolonistenkinder zum Nachteil der Wohlfahrt „[...] nicht müßig auf der Straße liegen.“¹⁴¹⁴ Der preußische Staat müsse sich schon früh um die zweite Generation angeworbener Kolonisten und um einheimische Kinder konditionierend und sozial disziplinierend kümmern, weil es allgemein bekannt war, „[...] daß die Menschen gemeinhin so bleiben, wie sie in der Jugend erzogen worden“ sind.¹⁴¹⁵ Schön erkennt man in den peuplierungstheoretischen Ausführungen des Geheimen Rates nicht nur den „qualitativen“ Aspekt bevölkerungspolitischer Pflichten des preußischen Staates, sondern auch den ökonomischen Hintergrund peuplierungspolitischer Gedanken, weil „[...] Spinnen, Stricken und Körbe machen zu lernen (...) für Kinder das leichteste (ist), theils weil darin eine nützliche anwendung unserer Landes Producten lieget, theils weil dadurch den eigenen bedürffnißen an Kleidung und anderen geräthschaften abgeholfen wird.“¹⁴¹⁶ Damit aber der Staat unter anderem die anthropogene Energie fauler Untertanen zur Förderung der Wohlfahrt aller Staatsbürger nutzen konnte, wurden z. B. in der

¹⁴¹⁰ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹⁴¹¹ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹⁴¹² Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹⁴¹³ Zitat aus Friedrich der Große: Regierungsformen und Herrscherpflichten ... , S. 236.

¹⁴¹⁴ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹⁴¹⁵ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

¹⁴¹⁶ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652. Diese genannten „qualitativen“ Bestandteile preußischer Peuplierungspolitik waren genauso elementar wie die „quantitativen“ Aspekte, da ganz im peuplierungstheoretischen Sinne „[...] die Beförderung der glückseligkeit derer Unterthanen, der Herrschafft als eine der ersten Pflichten obliegt“ und dies nur durch eine wachsende Bevölkerung mit pflichtbewussten und arbeitsamen Untertanen möglich sei.

Stadt Xanten Pläne zur „[...] Anlegung eines Zucht- und Arbeitshauses“ ausgearbeitet.¹⁴¹⁷ Der qualitative Aspekt bevölkerungspolitischer Gesetzgebung erlangte unter der Herrschaft des wissenschaftsfördernden Philosophenkönigs seinen Höhepunkt, um dem peuplierungspolitischen Ideal eines neuen arbeitsfähigen, staatstreuen, fleißigen und intelligenten Menschen näher zu kommen.

Die medizinische Komponente peuplierungspolitischer Gesetzgebung wurde weiterhin ausgebaut und spezifiziert. Das utopisch anmutende Ideal einer flächendeckenden medizinischen Grundvorsorge sollte mithilfe der medizinpolizeylichen Gesetzgebung gestützt werden, in der „[...] allen unapprobierten Medizinal-Personen jede Ausübung der Heilkunde zu untersagen“ war.¹⁴¹⁸ Jedem im Land ansässigen oder wandernden „[...] Operateur, Stein- und Bruchschneider, Zahn- und Wund-Arzt darf künftig die Ausübung seiner Kunst gestattet werden“, wenn er von einer staatlichen Kontrollinstanz „[...] gehörig und vom Landesherrn concessioniert worden ist.“¹⁴¹⁹ Es ergingen immer wieder erneute Policeyverordnungen gegen „[...] die fortdauernden medizinischen Pfuschereien unbefugter Personen“, was auch verdeutlicht, dass es immer noch ein Problem war, diese vorherigen Medizinalverordnungen flächendeckend zu realisieren und zu kontrollieren.¹⁴²⁰ Zudem müsse man die Bevölkerung aufklären, „[...] andere, fremde von Unserem Collegio Medico nicht appobirte Medicamente, durch Priester, Küster und andere Persohnen“, nicht zu kaufen.¹⁴²¹ Um den unapprobierten Mediziner Einhalt zu gebieten, wurden die Geistlichen dazu aufgefordert, von ihrer Kanzel alle Untertanen zu warnen, „[...] sich in Krankheiten und Schwachheitsanfällen nicht an unerfahrene und eigennützig, sondern nur an die angeordneten, hinlänglich unterrichteten Chirurgen zu wenden.“¹⁴²² Per Edikt erließ die Klevische Kriegs- und Domänenkammer den Befehl, dass „[...] alle die sogenannten Oblitaeten, Krämer, und alle diejenigen, welche mit Medikamenten hausiren gehen, über die Grentz zurück gewiesen werden.“¹⁴²³ Um die Verbreitung von Seuchen zu verhindern, griff die klevische Regierung weiter auf das wie schon vorher praktizierte präventive Prinzip der Importspeere, damit Waren, die aus von

¹⁴¹⁷ Zitat vom Jahr 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 647. Aus dieser Akte geht hervor, „[...] daß Seiner Königl. Majestät allergnädigst befohlen hatte, dergleichen institut nicht zu Wesel, sondern in einer derer 3 Haupt Städten Cleve, Emmerich oder Xanten zu errichten, in welchem Falle, und wenn dieses auf Kosten des Landes zur Execution gebracht werden solte, wir solches in hiesiger Stadt etabliret“ zu sehen wünschen. Zitat vom 6. Mai 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 647.

¹⁴¹⁸ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 14. Oktober 1740, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1306, Nr. 1379.

¹⁴¹⁹ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 6. Februar 1741, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1312, Nr. 1395.

¹⁴²⁰ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 17. Dezember 1712, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1893, Nr. 2006.

¹⁴²¹ Zitat vom 4. Juni 1767 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1345.

¹⁴²² Zitiert aus der Policeyverordnung vom 14. Februar 1786, abgedruckt bei Scotti, Bd. 5, S. 2984, Nachtrag K.

¹⁴²³ Zitat vom 30. März 1770 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1345. Ein ähnlicher Erlass wurde am 28. Mai 1773 zum Schutz der Ressource „Mensch“ erneut formuliert.

Seuchen befallenen Ländern kamen, nicht „[...] ohne glaubwürdige Gesundheits-Atteste ins Land“ befördert werden.¹⁴²⁴

Das Vagabundentum unterlag noch immer der policeylichen Gesetzgebung, ein Problem, was sich schon über die gesamte preußische Herrschaft am Rhein erstreckte. Zur besseren Entdeckung fremden Gesindels und herumstreifender Bettler sollte eine „[...] allgemeine Landes-Visitation gehalten, und den betroffenen des Bettelns und sonst verdächtigen Fremden, die Räumung des Landes (...) aufgegeben werden.“¹⁴²⁵ Während der Regierungszeit Friedrichs des Großen wurde die Ausrichtung peuplierungspolitischer Gesetzgebung zunehmend selektiver, weil man „[...] die im Lande mit verbotenen Hausir-Handel befassenden Tyrolerinnen und andere Tabulet-Kramer (...) künftig unter keinem Vorwande mehr in's Land gelassen werden“ durften.¹⁴²⁶ Die Differenzierung herumziehender Händler schritt voran, da in den rheinischen Gebieten ein Mangel für bestimmte Waren vorlag, sodass ein besonderes Patent veröffentlicht wurde, dass „[...] den Ausländern so dergleichen Waaren verfertigen können, frey stehen solle, sonderlich den Siebmachern, Molden-Hauern, Sensen-Baummachern, Körben-, Schachtel-, höltzerne Schippen-Spanden-, Kellenmachern, sich in Unserem Churfürstenthum, auch Herzogthum und Fürstenthümern (...) ungehindert in Städten und Dörfern“ sich niederzulassen.¹⁴²⁷ Der Verkauf von Waren in den ländlichen Gebieten war weiter verboten, allerdings durften nun „[...] Bau-Materialien aber, als Holtz, Latten, Bretter, Mauer-, Kalck- und Dachsteine c. (...) wohl auf dem Lande den in der Nähe wohnenden Neuanbauenden“ verkauft werden, weil mit dieser rohstoffverkaufsunterstützenden Verordnung die Kolonisationsbemühungen der Peuplierungspolitik gestärkt wurden.¹⁴²⁸ Diese selektive Einwanderungspolitik ist als eine Reaktion auf den zunehmenden Rohstoffmangel zu sehen, die Policygesetzgebung gegen die anderen, nicht geduldeten Händler und Krämer wurde zunehmend verschärft.¹⁴²⁹ An den Grenzen sollten die Beamten „[...] all nur mögliche Vorkehrungen (...) treffen“, um „[...] durch wechselseitige vertraute Correspondenz und

¹⁴²⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 10. Januar 1752, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1424, Nr. 1631

¹⁴²⁵ Zitiert aus der Policyverordnung vom 3. Februar 1741, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1311, Nr. 1393.

¹⁴²⁶ Zitiert aus der Policyverordnung vom 12. Mai 1747, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1348, Nr. 1505.

¹⁴²⁷ Zitiert aus der Policyverordnung vom 2. Dezember 1749, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1373-1378, Nr. 1558, hier S. 1374.

¹⁴²⁸ Zitiert aus der Policyverordnung vom 2. Dezember 1749, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1375, Nr. 1558. Auch die Policyverordnung vom 31. Januar 1765, Scotti, Bd. 3, S. 1614f., Nr. 1859, die den Lumpensammlern den Aufenthalt im Land erlaubte.

¹⁴²⁹ Siehe dazu die Policyverordnung vom 15. Januar 1750, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1385, Nr. 1563; 3. Dezember 1750, Scotti, Bd. 2, S. 1393, Nr. 1590; 6. Mai 1752, Scotti, Bd. 3, S. 1476, Nr. 1653; 12. Dezember 1754, Scotti, Bd. 3, S. 1479, Nr. 1696, erneuert am 17. November 1755; 1. Juli 1765, Scotti, Bd. 3, S. 1648, Nr. 1891; 8. Februar 1768, Scotti, Bd. 3, 1879f., Nr. 1985; 17. Oktober 1776, Scotti, Bd. 4, S. 2098, Nr. 2139; 3. November 1778, Scotti, Bd. 4, S. 2126, Nr. 2174; 10. Januar 1781, Scotti, Bd. 4, S. 2164f., Nr. 2208; 18. Oktober 1785, Scotti, Bd. 4, S. 2271-2273, Nr. 2311; 13. April 1786, Scotti, Bd. 4, S. 2278, Nr. 2320.

Hülfeleistung, für den Erhalt der öffentlichen Sicherheit“ zu sorgen.¹⁴³⁰ Der Erhalt der Bevölkerung sollte durch verschärfte Grenzkontrollen und Landesvisitationen besser gesichert, das Herumstreifen unregistrierter Person stärker bestraft werden. Die sicherheitspolizeilylichen Aspekte peuplierungspolitischer Verordnungen verstärkten sicherlich auch die Motivation zur Einwanderung.

Bei der konfessionsakzentuierten Policygesetzgebung verzeichnete man bei der Auswertung eine auffallende Verminderung von Verordnungen. Das friedliche Nebeneinander konfessioneller Gruppierungen erlangte mehr und mehr gewachsene Realität. Allerdings konnte von einer Gleichberechtigung jüdischer Gläubiger keineswegs gesprochen werden. Sie galten weiterhin als geduldet, wenn sie Gelder zu ihrem Schutz entrichten konnten. Die Juden wurden als eine lukrative Einnahmequelle gesehen, sodass alle lokalen Justizbeamten angewiesen wurden, „[...] den Vermögensstandart jedes Schutzjuden und dessen Beitrags-Rückstände zu den obigen Juden-Geldern bis ult. Dezember 1741, genau zu ermitteln und darüber eine Nachweise nach einem beigefügten Muster einzusenden.“¹⁴³¹ Für den preußischen Staat besonders wichtige Juden erhielten aber den vollen Gleichberechtigungsstatus, wie die „Publikation des dem Juden Abraham Meyer Jacob zu Berlin erteilten königl. Privilegiums“, in der ihm zugesichert wurde, „[...] sich an allen Orten, wo Juden wohnen dürfen, niederlassen und sich mit Ankauf eines Hauses ansässig (...) machen, sodann auch demselben alle Rechte christlicher Banquiers in ihren rechtlichen Angelegenheiten beygelegt werden.“¹⁴³² Auch bei den Judenverordnungen wurde zunehmend selektiv vorgegangen, um die reiche Elite nicht aufgrund von konfessioneller Repression zum Auswandern zu bewegen.

Dass aber zur Förderung wirtschaftlicher Kräfte raumwirksame infrastrukturelle Eingriffe notwendig seien, belegte eine schriftliche Ausführung des Kalkarer Magistrats über den demographischen und räumlichen Zustand der Stadt. Dieser hatte im Jahre 1774 der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer „[...] in Vorschlag gebracht, daß die Post-Route nicht allein, sondern auch der allgemeinen Landt-Weg durch diese Stadt zu bringen die besten Mittel wären, wodurch diese Stadt in Aufnahme gebracht werden könnte, dan dieses würde mehrern Verkehr und Nahrung hereinbringen, und bey der Flos der Nahrung, die mehrern peuplirung der Selbiges mit allerhand professionisten erfolgen, und also der commercium

¹⁴³⁰ Zitiert aus der Policyverordnung vom 7. Februar 1774, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 2026, Nr. 2093.

¹⁴³¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 22. Januar 1742, abgedruckt bei Scotti, Bd. 2, S. 1317, Nr. 1412.

¹⁴³² Zitiert aus der Policyverordnung vom 26. Mai 1763, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 1533, Nr. 1782.

dabey zunehmen.“¹⁴³³ Eine erfolgreiche Stadtkolonisation könnte in der Stadt Kalkar nur dann erfolgen, wenn raumwirksame Eingriffe infrastruktureller Art zur Förderung des Handels und der städtischen Wirtschaft geschehen würden. Dieses Beispiel verdeutlicht nicht nur die potenzielle raumverändernde Kraft peuplierungspolitischer Policygesetzgebung, sondern zeigt auch, dass nicht nur die Klevische Kammer an einer stadtkolonisatorischen Besiedlung mit fremden Professionisten interessiert war, sondern auch städtische Magistrate vom Geist peuplierungstheoretischer Gedanken zusammenhängender Wechselwirkungen wirtschaftlicher, räumlicher und demographischer Faktoren beseelt waren.

Zum Ende der Regierungstätigkeit des preußischen Königs Friedrichs des Großen kam es temporär zu einer Verschärfung der Verordnungen gegen die katholische Religion. Zur Prävention geistiger Indoktrination katholischer Glaubensgenossen wurde den Geistlichen verboten, dass „[...] sie ohne vorher erhaltene landesherrliche Genehmigung keine päpstliche Bullen oder Breven sollen cirkuliren lassen (...) und in den sämtlichen königl. Staaten nicht publicirt werden soll.“¹⁴³⁴ Auch die Verpflichtung zur gleichmäßigen Feier konfessioneller Feiertage zeigt die Intoleranz gegenüber der katholischen Bevölkerung. Ging es allerdings um die „[...] Verminderung der katholischen Feiertage“, um das vorhandene Bevölkerungspotenzial optimal zu nutzen, so durfte die päpstliche Bulle vom 24. Juni 1772 „[...] auf `s vollständigste, auch in den Provinzen Cleve und Mark, publicirt werden.“¹⁴³⁵ Eine Instrumentalisierung entsprechender religiöser Bestimmungen wird hier ganz klar deutlich. Um die Kontrolle über die Verbreitung konfessioneller Lehren durch Pfarrtätigkeit zu verbessern, durfte kein evangelisch-lutherischer Geistlicher von der Kanzel predigen, „[...] wenn er nicht vorher vom zeitlichen Inspector hat tentiren lassen.“¹⁴³⁶

Die peuplierungspolitische Policygesetzgebung im Herzogtum Kleve erlangte unter dem Philosophenkönig Friedrich den Großen ihren Höhepunkt, aber zugleich auch ihren Niedergang. Die preußische Peuplierungspolitik lässt sich in zwei Phasen einteilen: die erste Phase ist durch eine intensive „aktive“ Peuplierungspolitik bis zum Siebenjährigen Krieg gekennzeichnet, die zweite Phase setzte kurz nach dem Siebenjährigen Krieg ein und ist durch eine Abkehr peuplierungspolitischer Gesetzgebung gekennzeichnet. Die Methode seines Vaters, den emigrationswilligen Menschen durch die Vergabe von Benefizien und Privilegien die Niederlassung in den rheinischen Territorien schmackhaft zu machen, wurde beibehalten.

¹⁴³³ Zitat vom 29. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

¹⁴³⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 16. September 1773, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 2021, Nr. 2085.

¹⁴³⁵ Zitiert aus der Policyverordnung vom 15. August 1774, abgedruckt bei Scotti, Bd. 3, S. 2036, Nr. 2100.

¹⁴³⁶ Zitiert aus der Policyverordnung vom 13. Juni 1781, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2169, Nr. 2225.

Um die Einwanderung zu optimieren, publizierte die preußische Regierung Anzeigen in den Intelligenzblättern, um dann mithilfe von speziellen Agenten die Migranten gezielt zur Einwanderung zu bewegen. Die erste Phase bevölkerungspolitischer Gesetzgebung war durch eine aktive Einwanderungspolitik und Kolonisationsbestrebungen gekennzeichnet, um somit die größtmögliche Ausnutzung von Land und Mensch zu erreichen. Die Neuerschließung unkultivierten Landes stand im Zeichen einer „additiven“ Peuplierungspolitik. Die „aktive“ preußische Peuplierungspolitik trug erstmals hierbei einen deutlichen Charakter zielgerichteter Planung, die dank der Konsolidierung verwaltungsstruktureller Prozesse und Strukturen fast ausschließlich von wirtschaftspolitischen Grundsätzen diktiert wurde. Unter Friedrich dem Großen zogen zahlreiche Pfälzer Familien in die rheinischen Territorien, um unkultivierte Landflächen urbar zu machen.¹⁴³⁷ Somit wurde, zwar vom Flächengehalt ausgehend gegenüber den Kolonisationsbestrebungen in den Warthebrüchen und im Oderbruch wesentlich geringer, auch im Rheinland eine „Provinz im Frieden“ erobert. Während der Regierungszeit Friedrichs des Großen wurde zudem die „landbezogene“ Peuplierungspolitik gleichberechtigt neben der „stadtbezogenen“ betrieben. Damit ist dem Ökonomen und Sozialwissenschaftler G. Schmoller (1838-1917) zuzustimmen, der darauf hinwies, dass erst „[...] [u]nter Friedrich dem Großen (...) sich ländliche und städtische Kolonisation die Wage (hält).“¹⁴³⁸ Wie in einem Brief Friedrichs des Großen an seinen Bruder vom 18. Mai 1772 zu lesen ist, ging die Peuplierungspolitik nicht nur über das passive Element des Emigrationsverbotes hinaus, sondern zeigte auch, dass der malthusianistische Geist in die peuplierungspolitischen Überlegungen Einzug erhalten hatte: „Das ist`s, worauf wir hinarbeiten müssen, die erste Sorge des Staates ist, dessen Bevölkerung zu mehren nach Maßgabe der Ertragsfähigkeit des Bodens.“¹⁴³⁹ Durch die gezielte Anwerbung hoch qualifizierter Arbeiter wird die frühe enge Zusammenarbeit kameralistischer Fürsten mit der frühkapitalistischen Industrie sichtbar. Da die Zahl der qualifizierten einheimischen Untertanen noch sehr gering war, zielten die peuplierungspolitischen Pläne darauf, auch bei der eigenen Bevölkerung Unternehmungsgeist und Erwerbsstreben calvinistischer Prägung zu wecken. Hierbei deckte sich das staatliche Interesse einer absoluten Vermehrung der Bevölkerung mit dem Interesse der Beschaffung von Arbeitskräften eines Unternehmers. Der

¹⁴³⁷ Siehe dazu die Gründung von Pfalzdorf auf der Gocher Heide im Jahre 1741 und die späteren Kolonisationsresultate der Dörfer Louisendorf und Neulouisendorf sowie die binnenkolonisationistischen Peuplierungsbemühungen auf der Bönninghardter Heide und der Königshardter Heide im Kapitel **D.2.2.2.** und **D.2.2.4.**

¹⁴³⁸ Zitat aus Schmoller, G.: Die preußische Einwanderung ... , S. 572f..

¹⁴³⁹ Zitat Friedrichs II. vom 18. Mai 1772, abgedruckt bei Hinze, K.: Die Arbeiterfrage ... , S. 74.

Siebenjährige Krieg war eine Zäsur in der preußischen Peuplierungspolitik in den Rheinlanden, da man sich nicht nur erneut mit Bevölkerungsverlusten auseinandersetzen musste, sondern neben den finanziellen Problemen das geopolitische Interesse des preußischen Herrschers sich ausschließlich auf die Kernlande bezog. Diese Tatsache spiegelt sich in einem peuplierungspolitischen Vergleich niederrheinischer Bevölkerungspolitik und kernländischer Binnenkolonisation wider. Die großen raumwirksamen Maßnahmen wie die Trockenlegung zahlreicher Moor- und Sumpfgebiete in den Kernlanden überflügeln die Bemühungen in den niederrheinischen Provinzen um ein Vielfaches. So erwähnte der preußische König bei der Darstellung seiner raumwirksamen Bemühungen in den Kernlanden nicht ohne eine gewisse Zufriedenheit, dass er, „[...] [w]enn ich alles seit dem Jahre 1746 zusammenzähle, (...) ich jetzt beim 122. Dorfe angelangt bin.“¹⁴⁴⁰ Unzweifelhaft lag der Schwerpunkt friderizianischer Peuplierungspolitik in den Kernlanden, dennoch dürfen die in den rheinischen Gebieten getätigten stadt- und landbezogenen Bemühungen preußischer Bevölkerungspolitik nicht außer Acht gelassen werden, die, wie im Hauptkapitel **D** nachzuweisen ist, raumwirksame und kulturlandschaftsverändernde Spuren hinterlassen haben. Damit wurde die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien zunächst langsam verringert, allerdings wirkten die bisher verabschiedeten peuplierungspolitischen Verordnungen noch nach, sodass kein absoluter Stillstand bevölkerungspolitischer Bemühungen zu konstatieren war. Nach 1763 verloren die neben den peuplierungspolitischen Verordnungen sowohl territorialen als auch administrativen Integrationsbemühungen an Dynamik. Trotzdem sind die enormen peuplierungspolitischen Bemühungen des Philosophenkönigs als erfolgreich zu bewerten, die dank der Kolonisationsbestrebungen auch die Kulturlandschaft dieser rheinischen Gebiete nachhaltig veränderten.

2.2.5. Der Übergang zu einer „passiven“ Peuplierungspolitik unter der Regentschaft Friedrich Wilhelms II. (1786-1797)

Nach dem Tod des großen preußischen Königs Friedrich II. führte Friedrich Wilhelm II. die regressive peuplierungspolitische Doktrin seines Vorgängers weiter. Auch ihm war fortan an den klevischen Landen nicht viel gelegen, da er den schlesischen Ländern, die einen Anschluss an die alten Kernprovinzen bedeutet haben, mehr Wert zusprach als den rheinischen Westgebieten. Die Förderung der Westprovinzen erachtete der preußische König schon aufgrund seiner prekären finanziellen Lage als nicht tragbar, die Mittel für die

¹⁴⁴⁰ Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 23.

Kolonisationsbestrebungen schienen ihm in den alten Provinzen besser angelegt. Damit wurde auch die peuplierungspolitische Gesetzgebung bemerkbar reduziert, die auf die Erhaltung des bisher Erreichten zielte.

Zur Weiterführung der Ansammlung demographischer Daten wies man die Magistrate und Untergerichte dazu an, dass man „[...] unter Mißbilligung der seitherigen Nachlässigkeit und Saumseligkeit bei der Anfertigung und Einsendung der vorschriftsmäßigen Jahres-Listen der Getrauten, Geborenen, Gestorbenen und Communicanten (...) die früheren (...) Bestimmungen genauer, wie bisher, zu befolgen“ habe, um so eine Kontrolle der bisher erreichten peuplierungspolitischen Verordnungen zu verbessern und deren Langzeitwirkung zu verfolgen.¹⁴⁴¹ Auch die Nichtverlegung der Feiertage offenbart das offensichtliche Desinteresse an der Ausnutzung des vorhandenen Potenzials in den rheinischen Territorien. „Die, zufolge des Ediktes von 28. Januar 1773 auf den nächstfolgenden Sonntag verlegte Feyer des Christi-Himmelfahrts-Feste soll künftig wieder an dem Tage, wo es einfällt, wie ehemals und gleich andern hohen Festtagen, besonders gefeiert werden.“¹⁴⁴²

Die Anwerbung für das preußische Heer stand bei der dezent betriebenen peuplierungspolitischen Policygesetzgebung im Vordergrund. Zu einer schnelleren „[...] Beförderung der freywilligen Landes-Recrutirung im Herzogthum Cleve“ setzte die preußische Regierung Prämien aus, sodass derjenige 30 preußische Reichstaler bekam, „[...] der als Anbringer die größte Anzahl junger Leute präsentiret.“¹⁴⁴³

Die Verschärfung des Auswanderungsverbotes stand eindeutig in Zentrum der „passiv“ betriebenen Peuplierungspolitik, in der nicht nur verordnet wurde, dass „[...] kein junger Bursche ohne Paß der königl. Kriegs- und Domainen-Kammer sich außer landes begeben, oder gar in fremde Kriegsdienste treten darf“, sondern sie bei Zuwiderhandlung „[...] als Deserteure betrachtet, ihr jetziges und künftiges Vermögen mit Arrest beschlagen und gegen sie der Confiskationsprozeß, zum Besten der Landes-Werbe-Casse, eingeleitet werden soll.“¹⁴⁴⁴ Policyverordnungen, die eindeutig zur Einwanderung in die preußisch regierten Territorien einluden, wurden in der elfjährigen Regierungszeit Friedrich Wilhelms II. nicht erlassen und bestätigt die These einer „passiv“ betriebenen Peuplierungspolitik.

Die medizinische Aufklärung, die auf die Erhaltung der vorhandenen Bevölkerung zielte, unterlag einer staatlich gelenkten Säkularisierung. Um der an zahlreichen Orten

¹⁴⁴¹ Zitiert aus der Policyverordnung vom 9. August 1790, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2350, Nr. 2431.

¹⁴⁴² Zitiert aus der Policyverordnung vom 24. März 1789, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2332, Nr. 2404.

¹⁴⁴³ Zitiert aus der Policyverordnung vom 24. Januar 1791, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2353f., Nr. 2440.

¹⁴⁴⁴ Zitiert aus der Policyverordnung vom 7. Februar 1794, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2403, Nr. 2498.

ausbrechenden Roten Ruhr Einhalt zu gebieten, sollen „[...] die Geistlichen angewiesen werden, dem Volcke das bestehende Vorurtheil, - daß solche Seuchen Strafgerichte Gottes seien, denen nicht zu entgehen sei - , zu benehmen, und dasselbe zur zeitigen Anwendung ärztlicher Hülfe zu vermögen suchen.“¹⁴⁴⁵

Allein die Anzahl der erlassenen peuplierungspolitischen Policeyverordnungen verringerten sich offensichtlich, sodass eine eindeutige Minderung preußischer Peuplierungspolitik im Herzogtum Kleve zu bestätigen ist. Die peuplierungspolitischen Policeyverordnungen richteten sich lediglich auf den Erhalt der bisher erreichten Erfolge, das Fehlen von Einwanderungsaufforderungen und Kolonisationsbestrebungen und die Verschärfung der Auswanderungsverbote weisen eindeutig auf eine nun „passiv“ betriebene Peuplierungspolitik in den preußischen Rheinlanden hin. Friedrich Wilhelms II. gesamtpolitische Orientierung spiegelte sich in der peuplierungspolitischen Policeygesetzgebung wider, sodass erstmals seit dem Großen Kurfürsten die über 100 Jahre lang betriebene „aktive“ Peuplierungspolitik beendet und unterbrochen wurde.

2.2.6. Die Wiederaufnahme peuplierungspolitischer Gesetzgebung während der Herrschaft Friedrich Wilhelms III. (1797-1840)

Unter der Herrschaft des preußischen Königs Friedrich Wilhelms III. wurde das peuplierungspolitische Prinzip Friedrichs des Großen partiell wieder aufgenommen, dem allerdings durch die unruhigen politischen Verhältnisse in Europa immer wieder die nötige Aufmerksamkeit genommen wurde. Schon früh ordnete er in seinem 5. Departement des Generaldirektoriums an, über das für die Kolonisation Notwendige einen Plan für jede preußische Provinz zu erstellen.¹⁴⁴⁶

Die auf den Erhalt der Bevölkerung zielenden medizinischen Verordnungen bewirkten weiterhin eine Verbesserung der staatlichen Überwachung medizinischer Ausübungen. Eine zunehmende Differenzierung des Medizinpersonals sollte eine effizientere und wirksamere Prävention und Behandlung von Krankheiten fördern, da „[...] das von den Wundärzten und Chirurgen mißbräuchliche und ohne Einschränkung geschehende Kuriren innerlicher Krankheiten (...) aufs Strengste untersagt, und den Apothekern nicht nur das innerliche Kuriren gleichmäßig verboten, sondern auch aufgegeben, auf eine von einem Wundarzt oder Chirurgen geschriebenes Recept, außer in gesetzlich erlaubten Fällen, keine Medikamente eher verabfolgen zu lassen, bis das Recept von einem approbierten Arzt genehmigt und

¹⁴⁴⁵ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 8. September 1794, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2415, Nr. 2513.

¹⁴⁴⁶ Siehe dazu Mott, B.: Pfälzer ... , S. 7.

unterschieden“ worden ist.¹⁴⁴⁷ Zur Professionalisierung medizinischer Prävention sammelte die preußische Regierung auch medizinische Daten, wobei „ [...] sämtliche Aerzte aufgefordert [wurden], ihre etwa gemachten gleichartigen Erfahrungen monatlich an das königl. Medizinal-Collegium gelangen zu lassen.“¹⁴⁴⁸ So ordnete z. B. die klevische Behörde an, den „ [...] Gebrauch aller Meßgefäße von kölnischem Zinn, welcher stark mit Blei vermischt ist, (...) zur Verhütung der dadurch entstehenden gesundheitsgefährlichen Folgen“ zu verbieten.¹⁴⁴⁹ Auch das Impfungswesen sollte nun „ [...] fortwährend unter der Aufsicht und Leitung der königlichen Medizinalbehörden bleiben“, um die Vorgehensweisen zu zentralisieren und damit besser zu kontrollieren.¹⁴⁵⁰

Vor allem in den Kriegszeiten wurden die Auswanderungsverbote weiter verschärft, sodass nicht nur jedermann dem Landesherrn zu Treue und Gehorsam verpflichtet war, sondern auch „ [...] niemand (...) bey Vermeidung einer Geld- oder Leibesstrafe seinen Wohnort ins Ausland verlegen“ durfte.¹⁴⁵¹

Die angespannten politischen Verhältnisse in Europa und der Krieg mit Frankreich verhinderten eine erneute erfolgreiche Kolonisation unkultivierter Flächen. Die preußische Niederlage von 1806 führte dann zu einem vollständigen Stillstand peuplierungspolitischer Gesetzgebung in den rheinischen Territorien. Neben der im Vergleich zu Friedrich dem Großen nur gering wirkenden Ansiedlung emigrationswilliger Siedler legte der preußische Monarch Friedrich Wilhelm III. durch Neugründungen kleiner bäuerlicher Stellen auf eine Vermehrung einheimischer und ländlicher Untertanen wert, um somit mithilfe der „ [...] Ansetzung der zweiten Söhne auf wüsten Stellen“ die innere Kolonisation und Vermehrung der Bevölkerung in den rheinischen Territorien zu katalysieren.¹⁴⁵² Die späteren Neugründungen Louisendorf und Neulouisendorf auf der Gocher Heide zeigten jedoch, dass die peuplierungspolitischen Vorstellungen keineswegs zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollständig durch neue geistige Strömungen ersetzt wurden, sondern vielmehr parallel neben dem Neuen weiter wirkten.

¹⁴⁴⁷ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 27. September 1800, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2513f., Nr. 2652. Siehe auch die Policeyverordnung vom 7. März 1801, Scotti, Bd. 4, S. 2522, Nr. 2669.

¹⁴⁴⁸ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 2. Mai 1801, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2527, Nr. 2678.

¹⁴⁴⁹ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 6. März 1804, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2622, Nr. 2763.

¹⁴⁵⁰ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 31. Oktober 1803, abgedruckt bei Scotti, Bd. 4, S. 2592f., Nr. 2746. Siehe auch die Policeyverordnung vom 12. Mai 1804, Scotti, Bd. 4, S. 2625, Nr. 2774.

¹⁴⁵¹ Zitiert aus der Policeyverordnung vom 28. Mai 1805, Scotti, Bd. 4, S. 2665f., Nr. 2827.

¹⁴⁵² Zitiert aus Mott, B.: Pfälzer ... , S. 7.

3. Zusammenfassung: Die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers – eine Erfolgsgeschichte preußischer Peuplierungspolitik?

Die Herausarbeitung eines „differenzierteren“ Peuplierungsbegriffs, der sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte gleichberechtigt berücksichtigt, erlaubt es, die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Industrialisierung neu zu bewerten. Bei der Auswertung preußischer Policygesetzgebung wurden nicht nur die unter einem undifferenzierten Blick rein „peuplierungsbezogen“ erscheinenden Verordnungen verwendet, sondern auch zahlreiche medizinische, konfessionsbezogene, einwanderungsmotivierende sowie auch auswanderungshemmende und bildungsorientierte Policyverordnungen analysiert.

Die „restaurative Peuplierungspolitik“ des Großen Kurfürsten stand eindeutig unter dem Eindruck der verheerenden demographischen Folgen des Dreißigjährigen und Achtzigjährigen Kriege. Die unter seiner Herrschaft erstrebte Schaffung eines konfessionstoleranten Klimas und die Ausarbeitung sittlich-moralischer Intentionen peuplierungspolitischer Gesetzgebung förderten nicht nur die Einwanderung, sondern versuchten auch durch erzieherische Maßnahmen das utopisch anmutende peuplierungspolitische Endziel eines „neuen“ staatstreuen, fleißigen, gläubigen, gebildeten und an der „Großen Ökonomie des Staates“ partizipierenden Untertanen zu erreichen. Dass die Bevölkerungsregression in den bis zum Jahre 1672 von ausländischen Truppenkontingenten besetzten rheinischen Gebieten um die Jahrhundertwende vom 17. zum 18. Jahrhundert nahezu vollständig überwunden wurde, ist als ein unzweifelhafter Erfolg der „restaurativen“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten zu deuten, der in einer schweren finanziellen, wirtschaftlichen, territorialpolitischen und demographischen Situation die Wiedergenesung und den Aufstieg der preußisch regierten Territorien unterstützte. Die peuplierungspolitischen Maßnahmen bezogen sich auf die Wiederbesiedlung entvölkerter Gebiete und die Wiederherstellung von Vorkriegsverhältnissen.

Der erste preußische König Friedrich (III.) I. führte die „restaurative“ Peuplierungspolitik, die zunächst noch sehr stadtorientiert war, im Sinne seines Vaters weiter fort. Seine peuplierungspolitische Leistung bestand in der administrativen Verbesserung der Erfassung demographischer Daten und Prozesse, um mithilfe statistischer Auswertungen eine Effizienzsteigerung bevölkerungsrelevanter Verordnungen zu erreichen und somit gezielter zu operieren. Aus peuplierungspolitischer Sicht ist die Regierungszeit Friedrichs (III.) I. als eine

Übergangszeit zu werten, wobei das aktive Momentum preußischer Peuplierungspolitik weiterhin wie bei seinem Vater unzweifelhaft zu erkennen ist.

Unter Friedrich Wilhelm I. wurde die restaurative Phase bevölkerungsbezogener Verordnungen von einer „additiven“ Peuplierungspolitik, die auf eine Vermehrung der Untertanen über das Vorkriegsniveau hinaus zielte, abgelöst. Die preußische Peuplierungspolitik der Jahre 1713-1740 konzentrierte sich eindeutig auf die Hebung der gewerblichen Tätigkeit und die Ausweitung des Handels. Die intensive Kolonisation der Städte positionierte sich vor der ländlichen Peuplierung.

Der Höhepunkt preußischer peuplierungspolitischer Policygesetzgebung erfolgte unter der Herrschaft des Philosophenkönigs Friedrichs des Großen. Sowohl die medizinische als auch die bildungspolitische Komponente peuplierungspolitischer Gesetzgebung nahm an Bedeutung zu. Neben der bisher eher „stadtbezogenen“ Orientierung bevölkerungspolitischer Verordnungen trat nun die „landbezogene“ Peuplierungspolitik gleichberechtigt hinzu, die mithilfe von Kolonisationsprozessen unkultivierter Landflächen eine neue Qualität besaß. Die Zeit Friedrichs des Großen lässt sich in zwei Phasen unterteilen: Die erste Phase ist durch eine an Kolonisationsbestrebungen gekoppelte aktive Einwanderungspolitik gekennzeichnet, die zweite Phase war aufgrund der negativen Einstellung Friedrichs II. gegenüber den rheinischen Territorien und den dort lebenden Menschen der Beginn des Niedergangs peuplierungspolitischer Gesetzgebung im Herzogtum Kleve. Die Dreiteilung der preußischen Herrschaftsgebiete in einen westlichen Teil mit Kleve, Mark, Moers und Geldern, einen mittleren Teil mit der Mark Brandenburg und einen östlichen Teil mit dem Herzogtum Preußen hatte Folgen in der Bewertung der (geo-)politischen Wichtigkeit. Zwischen diesen Landesteilen gab es keine verbindende Grenze, wohl aber zahlreiche trennende regionale und lokale kulturelle Identitäten. Wenn auch zweifelsohne der Schwerpunkt seiner kolonisatorischen Tätigkeit in der Peuplierung der bevorzugten Kernprovinzen lag, so lassen sich jedoch, wenn auch in einer kleineren Dimension, für die westlichen Territorien ernsthafte Bemühungen und Erfolge zur Ansiedlung niederlassungswilliger Emigranten belegen.

Die zunehmende Skepsis gegenüber der von der Peuplierungspolitik propagierten Grundannahme, dass die Nahrungsmittelproduktion mit nahezu jedem Bevölkerungswachstum Schritt halten könne, führte unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms II. schnell zur Aufgabe einer einseitig wachstumsorientierten bevölkerungspolitischen Leitvorstellung. Sowohl aus politischen als auch aus finanziellen Gründen betrieb Friedrich Wilhelm II. nur eine „passive“ Peuplierungspolitik. Die Maßnahmen der Klevischen Kammer

bezogen sich lediglich auf die Festigung und Sicherstellung der bisher erreichten peuplierungspolitischen Erfolge.

Erst zum Ende der Regentschaft Friedrich Wilhelms III. wurden die peuplierungspolitischen Kolonisationsbestrebungen im Sinne Friedrichs des Großen wieder aufgenommen. Dies zeigt, dass die Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien keineswegs nur ein Phänomen des 17. und 18. Jahrhunderts war, sondern auch, wie bei der Gründung der Pfälzersiedlungen Louisendorf und Neulouisendorf zu sehen ist, noch eine die Bevölkerungspolitik des 19. Jahrhunderts prägende Kraft besaß.

Bei der Bewertung preußischer peuplierungspolitischer Gesetzgebung muss die obrigkeitsstaatliche Sichtweise der Policyverordnungen bei der Auswertung dieser Quellen berücksichtigt werden, die zunächst die idealtypischen Planungskonstrukte und öffentlichen staatlichen Willensbekundungen preußischer Peuplierungspolitik wiedergibt – dies bezieht sich vor allem auf die „qualitativen“ Aspekte preußischer Peuplierungspolitik. Die zahlreichen Wiederholungen ausgewerteter Policyverordnungen gegenüber den Lokalbeamten und die ausgewählten raumwirksamen Beispiele „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik im letzten Hauptkapitel **D** bestätigen den Eindruck, dass die Umsetzung der preußischen Policyverordnungen keineswegs ohne Widerstand und Probleme auf unterer Ebene verlief, da trotz der administrativen Reformbemühungen den lokalen Eliten und Ständen ein erheblicher Teil an der Ausübung öffentlicher Gewalt auf regionaler und lokaler Ebene erhalten blieb.¹⁴⁵³ Dass die preußische Peuplierungspolitik der Quantität nach in den östlichen Herrschaftsgebieten und Kernprovinzen gegenüber den westlichen Territorien eine größere Zahl an Eingewanderten zu verzeichnen hatte, darf allerdings nicht zum gleichzeitigen kausalen Fehlschluss führen, dass die preußische Bevölkerungspolitik in den rheinischen Gebieten ineffizient wirkte. Vielmehr wurden dank der normativen peuplierungspolitischen Bemühungen preußischer Herrscher in einer schwierigen Situation die Bevölkerungsverluste der vorhergegangenen Kriege schnell beseitigt. Im Durchschnitt war die Bevölkerungsdichte in den preußischen Westprovinzen fast doppelt so hoch wie in den anderen Landesteilen. Moers lag mit einem Wert von über 60 Einwohnern pro km² im 18. Jahrhundert von allen Provinzen an der Spitze der preußischen Monarchie.¹⁴⁵⁴

Die Professionalisierung administrativer Strukturen und die damit verbundene Effizienzsteigerung bei der Ausarbeitung peuplierungspolitischer Ziele, die Intensivierung

¹⁴⁵³ Siehe dazu Opgenoorth, E.: Die preußischen Gebiete ... , S. 37.

¹⁴⁵⁴ Die Zahlen sind entnommen aus Carl, H.: Nachbarn auf Distanz ... , S. 5.

medizinischer und hygienischer Kontrollen zur Verhinderung frühen Ablebens, die verfolgte Standardisierung statistischer und demographischer Daten, aber auch die Forcierung bildungspolitischer Aspekte im Herzogtum Kleve deuten nicht nur auf eine aktiv betriebene - und stellenweise erfolgreich umgesetzte - preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien hin, sondern erklären auch die Andersartigkeit der sozioökonomischen Entwicklung gegenüber den nicht preußisch regierten rheinischen Gebieten. Durch die seit der Mitte des 17. Jahrhunderts Toleranz bekundende preußische Peuplierungspolitik, die sich auf Reformierte, Lutheraner, Juden, Hugenotten, böhmische Protestanten, Pietisten, Unionisten und Katholiken erstreckte, sind die westlichen Territorien Kleve, Moers und Geldern Empfänger einer freieren Staatsidee geworden. Vor allem die von der Peuplierungspolitik geschaffene Flexibilisierung einwanderungspolitischer Rahmenbedingungen katalysierte die Migration und erhöhte damit die Bevölkerungsdynamik im rheinischen Raum ungemein. Getragen wurde dieses neue staats- und peuplierungspolitische Menschenbild sowohl von einer ungeheuren geistigen als auch physischen Mobilität – für zahlreiche Emigranten bildete die peuplierungspolitische Einwanderungspolitik in Bezug auf die rheinischen Territorialgebiete eine faszinierende Möglichkeit, aus der meist sozial und wirtschaftlich trostlosen Lebenssituation zu entfliehen, die eigene „räumliche“ Enge zu durchbrechen und bisher Unbekanntes zu entdecken.

Die bevölkerungspolitischen Bemühungen haben sich schon unter dem Großen Kurfürsten früh bewusst vom Ideal eines konfessionell homogenen Territoriums gelöst und sich mit der konfessionstoleranten Einstellung an der Vorstellung eines friedlichen Nebeneinanders verschiedener Bekenntnisse orientiert. Diese pluralistische Konfessionslandschaft ist das Ergebnis der peuplierungspolitisch intendierten Religionstoleranz.¹⁴⁵⁵ Die preußische Peuplierungspolitik war somit entscheidend für den geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und demographischen Aufstieg in den von ihnen regierten Rheinlanden verantwortlich und erzwang durch die Ansiedlung fremder Kolonisten und qualifizierter Handwerker den Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung, die sicherlich, wie man den zahlreichen Schutz- und Hilfspoliceyverordnungen für die Emigranten entnehmen kann, nicht immer wohlwollend und herzlich auf Niederlassungswillige reagierten, aber dennoch den Anfang für die Entwicklung einer für das Rheinland bis heute typischen modernen pluralistischen Gesellschaft bildete. Die preußische Bevölkerungspolitik förderte durch die Recht setzenden Policeyverordnungen die nötige Beweglichkeit, Aufgeschlossenheit und Aufnahmefähigkeit,

¹⁴⁵⁵ Siehe dazu auch Carl. H.: Nachbarn auf Distanz ... , S. 3.

um die hinzugekommenen Menschen zu integrieren. Dass die Integration, die in den Städten wesentlich schneller und einfacher verlief, nicht überall funktionierte, zeigte sich am Beispiel der Pfälzersiedlungen. Aufgrund ihrer protestantischen Konfession und ihres durch die eng aneinandergrenzenden Siedlungen geförderten endogamischen Verhaltens konnten sie die kulturelle Identität und Eigenart über Jahrzehnte bis ins 20. Jahrhundert im Niederrheingebiet bewahren und tradieren. Sicherlich ist aus der Sicht der preußischen Staatsspitze diese sozioökonomische Sonderentwicklung der Westprovinzen zu einem kleinen Bestandteil das Resultat fehlgeschlagener Integrationsversuche, aber wohl auch zum größeren Teil das Ergebnis gezielter Berücksichtigung vorgegebener sozialer, kultureller und ökonomischer Eigenart.

Die peuplierungspolitische Gesetzgebung förderte nicht nur den Bevölkerungszuwachs, sondern verbesserte aufgrund ihrer innovatorischen Kraft in einem kleinen Maße die medizinische, hygienische, bildungspolitische, soziale und wirtschaftliche Situation der rheinischen Bevölkerung nachhaltig. Versteht man dank des notwendig differenzierteren Verständnisses die preußische Peuplierungspolitik als einen Beginn einer umfassenden Bevölkerungspolitik, so sind die sozioökonomischen, demographischen und raumwirksamen Ansätze peuplierungspolitischer Maßnahmen sicherlich als positiv für die weitere Genese der rheinischen Territorien zu bewerten, sodass die Aussage Manfred Ludas, dass in den preußisch regierten rheinischen Gebieten „[...] von einer eigentlichen Peuplierungspolitik (...) keine Rede sein“ kann, durch die differenziertere Betrachtung bevölkerungsrelevanter Verordnungen widerlegt wurde.¹⁴⁵⁶ Die in den Policyverordnungen definierten peuplierungspolitischen Ziele und Planvorstellungen sind nachweisbar nicht in jedem Teilbereich peuplierungspolitischer Gesetzgebung idealtypisch umgesetzt worden, wirkten aber entscheidend beim Bevölkerungszuwachs mit und stellten wertvolle Ansätze für eine sich entwickelnde umfassende Bevölkerungspolitik dar. In der Integration peuplierungstheoretischer Ideen in die preußische Bevölkerungspolitik bestätigte sich der neu erwachte Aktivitätsdrang frühneuzeitlicher Herrscher, sämtliche menschliche Aktionsräume sozioökonomischer Art politisch zu steuern und zu gestalten. Das peuplierungspolitische Denken kameralistischer Theoretiker findet sich ganz deutlich in der staatspolitischen Gewährverdingung der Gestaltungskraft des Menschen bei sozialen, wirtschaftlichen, demographischen und räumlichen Gegebenheiten wieder. Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers vom Ende des Dreißigjährigen

¹⁴⁵⁶ Zitat aus Luda, M.: Kleve.Mark unter dem Großen Kurfürsten ... , S. 182.

Krieges bis zum Beginn der Industrialisierung ist durchaus als eine Erfolgsgeschichte zu werten, deren prägende Kraft und Persistenz bis heute in den sozialen, wirtschaftlichen, räumlichen und kurlandschaftlichen Strukturen, wie im nachfolgenden Hauptkapitel **D** zu lesen, zu erkennen ist.

D. Die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien – raumwirksame Pläne und Persistenzen bevölkerungspolitischer Maßnahmen - dargestellt anhand ausgewählter Beispiele

Nach der theoriegeschichtlichen Analyse kameralistischer Denker und Darstellung preußischer Policygesetzgebung und idealtypischer Pläne peuplierungstheoretischer Gedankenansätze preußischer Herrscher liegt der thematische Schwerpunkt dieses dritten Hauptkapitels in der faktischen, räumlichen Umsetzung dieser in den beiden vorhergegangenen Hauptkapiteln **B** und **C** herausgearbeiteten Typologie peuplierungstheoretischer und bevölkerungspolitischer Denkansätze. Im Vordergrund dieses letzten Hauptkapitels **D** steht somit die Raumwirksamkeit peuplierungstheoretischer und bevölkerungspolitischer Gedanken und Maßnahmen, die zunächst als eine Idee theoretisiert wurden, sodann Aufnahme in die Gesetzestätigkeit preußischer Regierung erfuhren und schlussendlich raumwirksame Spuren kulturlandschaftlicher Veränderung im Zuge der realen Umsetzung dieser Maßnahmen hinterließen. Im Fokus dieser Raumwirksamkeitsanalyse peuplierungstheoretischer Typologie werden vor allem die Urbarmachungen unkultivierter Landflächen, die Kultivierung verfallener Gründe sowie die Wiederbesiedelung wüster Hausstellen schwerpunktmäßig bearbeitet, da sich hier die raumwirksame Kraft am deutlichsten herausarbeiten lässt. Dabei ist es eine logische Tatsache, dass die Intensität raumwirksamer Peuplierungspolitiken und die damit zusammenhängende Dynamik kulturlandschaftsgenetischer Veränderung primär von der Quantität, aber auch von der Qualität der Menschen in einem Raum bestimmt wird. Die von der Peuplierungspolitik beeinflusste Bevölkerungsentwicklung interagierte mit der räumlichen Genese rheinischen Herrschaftsgebietes preußischer Regenten, welche bis heute zum Teil persistente Spuren raumwirksamer Bevölkerungspolitik in der rheinischen Kulturlandschaft hinterlassen hat.

Die Darstellung raumwirksamer Peuplierungspolitiken beansprucht aufgrund der Komplexität des gesamten Arbeitsansatzes keine Vollständigkeit, sondern soll eher als eine „didaktische“ Schablone für weiterführende, regionale Analysen dienen. Hier können lediglich exemplarisch nur punktuelle Darstellungen raumwirksamer Peuplierungspolitiken bearbeitet werden, um somit die räumliche Prozesshaftigkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen und die Bedeutung bevölkerungsgenetischer Geschichte als einen für die Historische Geographie entscheidenden Parameter kulturlandschaftsgestaltender Kräfte hervorzuheben. Die dafür ausgewählten punktuellen Beispiele raumwirksamer Peuplierungspolitiken verdeutlichen die raumzeitliche Unterschiedlichkeit peuplierungspolitischer Gesetzgebung in Bezug auf die

ökonomische, soziale und kulturlandschaftliche Entwicklung. Eine in der Theoriegeschichte bevölkerungswissenschaftlicher Gedanken herausgearbeitete typologische und räumliche Differenzierung wird hier als Untergliederung dieses Hauptkapitels übernommen: 1) die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik und 2) die „landbezogene“ Peuplierungspolitik. Auch wenn es durchaus Unterschiede in den Prozessen, Motiven und der Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Umsetzung zu verzeichnen gibt, gilt es dabei zu bedenken, dass in der Frühen Neuzeit sicherlich manche Stadt recht „ländlich“ gewirkt hat. Somit sind zwischen diesen zwei räumlichen Kategorien „Stadt“ und „Land“ ebenfalls Überschneidungen prozessualer Entwicklungen raumwirksamer Peuplierungspolitiken zu erkennen.

1. Die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher im niederrheinischen Gebiet

Die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher wurde primär unter den Eindrücken des Dreißigjährigen und des Siebenjährigen Krieges, als ein wichtiger Bestandteil der gesamten Peuplierungspolitik, konzipiert. Schwerpunkte „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik waren neben den wirtschaftlichen Aspekten, welche sich in den Anwerbungsversuchen fremder Manufakturisten und Fabrikanten manifestierten, die Wiederbesiedlungen wüster Hausstellen und „Retablierungen“ der vom Krieg zerstörten Häuser. Dabei wurden sowohl die fremden Emigranten als auch im großen Maße die einheimische Bevölkerung finanziell unterstützt, um den Wiederaufbau schnellstmöglich zu vollenden und die Wirtschaftlichkeit der Städte und damit die Einnahmen des Landes zu steigern.

1.1. Die Entwicklung der Stadt Goch nach dem Dreißigjährigen Krieg – eine exemplarische Darstellung „restaurativer“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten und seines Nachfolgers Friedrichs (III.) I.

Die Quellenlage „restaurativer“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten am Niederrhein ist sehr schlecht und erlaubt deswegen auf der Basis einzelner Geschehnisse nur sehr wage Rückschlüsse auf die Bevölkerungspolitik nach dem Dreißigjährigen Krieg. Exemplarisch für die niederrheinischen Städte sei hier die Stadt Goch aufgeführt, die in der Phase „restaurativer“ Peuplierungspolitik und deren Weiterführung unter Friedrich (III.) I. durchaus eine beachtliche demographische und räumliche Entwicklung erlebt hatte.

Sowohl während als auch nach dem Dreißigjährigen Krieg erlebte die niederrheinische Stadt Goch zahlreiche Besatzungen ausländischer Truppen und musste viele Leistungen und

Kontributionen an die fremden Besatzungsmächte leisten.¹⁴⁵⁷ So erschien zum Beispiel im Jahr 1639 in den Ratsprotokollen eine Rechnung der Stadt Goch für „[...] die Inquartierungh wegen Kayserl. Mayest.“ Truppen.¹⁴⁵⁸ Aber auch noch nach dem Dreißigjährigen Krieg war die Restauration der Stadt Goch in demographischer und finanzieller Hinsicht durch weitere Besetzungen erschwert. So finden sich z. B. am „[...] 24. Novemb. 1679 von Stadt gegebene Obligationen von 214 rthl. welche dieselben zu bezahlung des 3ten terminus der frantzösischen Landtschatzung“ zu entrichten waren.¹⁴⁵⁹

Neben diesen finanziellen Belastungen einquartierter und vorbeziehender sowie marodierender Truppen waren die demographischen und bevölkerungsräumlichen Folgen um einiges wirkungsmächtiger. Zum Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde in der Stadtchronik vermerkt, dass im Jahr 1639 „[...] in der Geschichte, leider Gott[es], (...) das grausame Ellend, Not (...) und gründliches Verderben unser armseligen Stadt und der sämmtlichen Einwohnern“ endgültig über die Stadt gekommen sei.¹⁴⁶⁰ Im Jahr „[...] 1634 Grassierte die Pest allhier, daß sehr viele daran starben und die Stadt fast verödete“, sodass zahlreiche Einwohner starben und wüste Plätze entstanden.¹⁴⁶¹ Vor allem die räumlichen Zerstörungen städtischer Siedlungbestandteile waren verheerend, da zum Beispiel „[...] die Spanische Armee in und umher dieser Stadt (...) alles mit unwiederbringlichen höchsten Schaden“ vernichtet hatte.¹⁴⁶² Um das Jahr 1638 gab es ca. 800 Feuerstellen in Goch, nach dem Dreißigjährigen Krieg wurden nur noch 437 Feuerstätten und Haushaltungen gezählt.¹⁴⁶³ Nicht minder haben diese brandschatzenden Truppen fremder Mächte „[...] das ganze Clevische Fürstenthum, dörfer und flecken dermaßen grausamblich übernommen (...) und mehr als tyrannisch belagert“, dass der „restaurativen“ Bevölkerungspolitik zur Wiederherstellung zerstörter Siedlungen und zur Bevölkerungsverdichtung städtischer wüster Stellen eine schwere Aufgabe zukam.¹⁴⁶⁴ Die räumliche Zerstörung war aufgrund der „[...] unmöglichen Sache (...) Geldsummen abzugreifen“ umso schlimmer, da die fremden Heere „[...] unsere Häuser und Gebäude in der Stadt guten und großentheils abgebrochen und

¹⁴⁵⁷ Siehe dazu Koepp, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree. Chronologie der 750-jährigen Geschichte der Stadt Goch, Bd. 2, Vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Deutschen Revolution (1615-1846), Goch 2006, S. 20-26.

¹⁴⁵⁸ Zitat des Jahres 1639 aus StAG A 47,1.

¹⁴⁵⁹ Zitat vom 22. Oktober 1674 aus StAG, A 47,1. Weitere Zahlungen erfolgten am 22. Oktober 1674 „[...] wegen bezahlung von 30 Gulden für 5 Malter Hafer welcher 1673 bei der frantzösischen Einquartierung“ zu bezahlen notwendig wurde. Ebenso liegt den Ratsprotokollen eine Rechnung vom 12. September 1677 „[...] wegen Ausschlagung der franz. Brandschatzung“ vor.

¹⁴⁶⁰ Zitat aus StAG, M I/461.

¹⁴⁶¹ Zitat vom Jahr 1639 aus StAG, K 544.

¹⁴⁶² Zitat aus StAG, M I/461.

¹⁴⁶³ Zahlen entnommen aus Koepp, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree ... , S. 44.

¹⁴⁶⁴ Zitat aus StAG, M I/461.

niedergerissen“ haben.¹⁴⁶⁵ Der „[...] jüngst furgegangene französische Krieg der Stadt in Anno 1672 und 1679 [hatte] abermals zu gänzlichen“ Belastung räumlicher und demographischer Verhältnisse geführt.¹⁴⁶⁶ Die politische Machtsicherung preußischer Regenten am Niederrhein und der notwendige, jedoch noch nicht für die Umsetzung peuplierungspolitischer Maßnahmen vollzogene administrative Aufbau behördlicher Strukturen zur Realisierung „restaurativer“ bevölkerungspolitischer Maßnahmen wurden erheblich erschwert.¹⁴⁶⁷ Im Jahr 1772 zogen „[...] die Franzosen hier, [d]ie Stadt hatte davon viel zu erdulden, um Geld zu erhalten, haben sie sogar Häuser demoliert“ und damit die Stadt räumlich stark zerstört.¹⁴⁶⁸ Zudem „[...] [s]tarben Tausende von Menschen an der roten Ruhr, so jung wie alt, diese Plage wurde der Stadt deutlich zugeführt von den Nachbarn – den Franzosen, deren ganze Armeen nun abermahls (...) bis in unsere Stadt Nähe stand, und die das unreife Getreide allseits abmäheten, wodurch um so mehr eine große Theuerung entstand.“¹⁴⁶⁹ Dies verdeutlicht eindeutig, dass diese Akkumulation vieler ungünstiger Faktoren die Stadt Goch sowohl in räumlicher als auch in demographischer Hinsicht stark in Mitleidenschaft gezogen hatte und den Wiederaufbau vorkriegerischer Verhältnisse immer wieder bremste. „Nachdem Goch in den französischen Kriegen 1672, 79, 88 und 89 viel gelitten“ hatte, konnten erst um die Jahrhundertwende „restaurative“ peuplierungspolitische Maßnahmen zum demographischen und räumlichen Aufbau dauerhaft bis zum Siebenjährigen Krieg greifen.¹⁴⁷⁰ Diese Schilderungen in der Stadtchronik belegen eindeutig den schlechten demographischen und räumlichen Zustand der Stadt Goch bis zum Jahre 1680, in der die „restaurativen“ Maßnahmen, wenn überhaupt, nur punktuell und rudimentär ansetzen konnten.

Im Jahr 1689 drohte erneut die Gefahr einer Besatzung fremder Armeen, sodass der Magistrat und der Stadtrat sich ernstlich die Frage stellten, „[...] wie man sich bei diesen Conjunctionen, da die Frantzoßen Wennikendonk und andere Örter schon in Brandt gesteckt, zu verhalten [habe], ob man sollte bleiben oder nicht.“¹⁴⁷¹ Daraufhin habe man sich aber gegen die

¹⁴⁶⁵ Zitat aus StAG, M I/461.

¹⁴⁶⁶ Zitat aus StAG, M I/477.

¹⁴⁶⁷ Zitat aus StAG, M I/477. Als „[...] in eben diesem Jahre 1664 ein neuer Krieg zwischen den Niederlanden und dem König von England Karl II. ausbrach, kamen auch wieder neue Leiden über das Herzogthum Cleve“ und behinderten die kurfürstliche Peuplierungspolitik erheblich. Zitat aus StAG, K 544.

¹⁴⁶⁸ Zitat vom Jahr 1672 aus StAG, K 544.

¹⁴⁶⁹ Zitat vom Jahr 1672 aus StAG, K 544.

¹⁴⁷⁰ Zitat aus StAG, K 544. Auch in dem historischen Bericht von der Stadt Goch aus dem Jahre 1722 wurde festgehalten, dass in „[...] denen letzteren Niederländischen und Frantzösischen Kriegen, sonderlich in Anno 1672, 1679, 1688 und 1689 (...) die Stadt auch sehr herhalten“ musste, welche „[...] den orth mit Brandt-Schatzungen sehr ruiniert und die bürger Verjaget“ hat. Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁴⁷¹ Zitat vom 10. Februar 1689 aus StAG, M II/274.

temporäre Depeuplierung der Stadt entschieden und „[...] einhelliglich resolviret, daß man solle bleiben.“¹⁴⁷²

Die „restaurativen“ Bemühungen der preußischen Regenten im 17. Jahrhundert wurden immer wieder durch vielfältige Ereignisse in ihrer Entfaltung gebremst. In einer Anmerkung der Stadtchronik vom Jahr 1666 lassen sich einige Rückschlüsse auf die Bevölkerungssituation und die für das Wachstum derselben notwendige Nahrungsgrundlage ziehen. Durch „[...] die immerwährenden durchgänge der kaiserlich Croatischen als königl. Hispanischen Armeen in und außerhalb der Stadt, auf dem platten Land [wurden] nicht allein allerhöchsten Beschwehret, die Früchte weit und breit verdorben, und gleichsam ins äußerste Ruin gesetzt, sondern auch mit der schwehren abscheuliche[n] Pestilenz unter anlebenden Seuchen und Krankheiten dermaßen überfallen, daß also ein Menschen den andern nicht begraben und kaum 1/3 der Menschen im Leben geblieben ist.“¹⁴⁷³ Dies lässt den Schluss zu, dass erneut durch die verheerenden Wirkungen durchziehender und brandschatzender Heere sowie aufkommender Krankheiten nahezu 2/3 der Bevölkerung nach dem Westfälischen Frieden umgekommen oder entflohen war. Im Zusammenhang mit dieser Bemerkung wurde rückblickend an das Jahr 1640 erinnert, in dem nach „[...] der gleichen Einquartierung wieder bedrängt, die ganze Bürgerschaft aus der Stadt gezogen, Haus und Hoff verlassen“ haben und die Stadt nahezu entvölkert zurückließen.¹⁴⁷⁴ Diese niederrheinische Siedlung wurde – wenn man dieser Bemerkung Glauben schenken darf – fast zu einer städtischen Wüstung, „[...] wodurch dann die Stadt Goch kein[e] 10 Haushaltungen gleichwohl geringe Leute“ behalten hatte, sodass man sehen konnte, „[...] daß die Straßen und der Markt dermaßen mit Gras bewachsen, daß auch die Pferde, so von außen darin oder durch queren, auf dem Markt ins Gras und Weide“ gingen.¹⁴⁷⁵ Selbst für den Stadtchronisten war es schockierend, in „[...] was für ein[en] jämmerliche[n] Zustand“ diese Stadt war.¹⁴⁷⁶ Auch wenn wahrscheinlich diese anekdotische Beschreibung der demographischen und räumlichen Situation nicht ganz der Wahrheit entsprach, so kann aber angenommen werden, dass die Stadt Goch erhebliche Bevölkerungsverluste und räumliche Zerstörungen erlitten hatte, an denen die „restaurative“ Peuplierungspolitik ansetzen musste.

¹⁴⁷² Zitat vom 10. Februar 1689 aus StAG, M II/274. Schon im Jahre 1677 wurde berichtet, dass die Gocher Bürger und „[...] als bald die ganze Stadt ihr Gut bei Tag und Nacht geflüchtet“, weil „[...] die Franzosen (...) das Clevische zu brennen und zu plündern“ geruhen. Zitat vom 17. März 1677 aus StAG, M II/189.

¹⁴⁷³ Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97.

¹⁴⁷⁴ Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97.

¹⁴⁷⁵ Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97. Siehe dazu auch Koepp, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree ... , S. 40.

¹⁴⁷⁶ Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97.

Genaue Bevölkerungsdaten für die Stadt Goch im 17. Jahrhundert liegen uns leider nicht vor. Lediglich eine Erwähnung stadtchronistischer Art deutet auf eine mittelgroße Stadt vor dem Dreißigjährigen Krieg hin. Wie „[...] groß zu selbigen Zeit die Zahl der Katholiken im Ort gewesen [ist], geht darauf hervor, daß zu Ostern 1614 die Kirche von mehr 3000 Gläubigen besucht und die österliche Communion an 1200 Erwachsene ausgetheilet worden war.“¹⁴⁷⁷ Vor allem die Toleranz bekundende Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten führte dazu, dass zumindest nach dem Dreißigjährigen Krieg die „[...] reformirte Gemeinde fast nur durch Zuwachs von Außen zunahm und daß bis dahin fremde Mannen im Orte die Ratssitze einnahmen.“¹⁴⁷⁸ Der Große „[...] Kurfürst behandelte dagegen seine Katholiken und Protestantischen Unterthanen mit gleicher Milde“ und gestattete keine Religionsverfolgungen.¹⁴⁷⁹ Daraus lässt sich schließen, dass sich im Zuge „restaurativer“ Peuplierungspolitik trotz der schwierigen Umstände durchaus einige Fremde in der vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Stadt Goch eingefunden haben. So berichtet die Stadtchronik weiter: „Der Inhalt dieses Rescript macht den tolleranten Gesinnungen des Kurfürsten, oder vielmehr desjenigen, das es in seinem Namen abgefasst hat, Ehre: ‚Es ist‘, - heißt es, ‚es ist unser ernstlicher Wille und Befehl, daß ihr die lutherischen Gemeinen an den Orten, wo sie das Exercitium seit unsern Ausgegebenen Reversalien gehabt haben, dabei verblieben, und sie cum Effecten genießen lasset, also daß wann ihrer Prediger Personen einer verstürbe, oder abzöge, den Gemeinen zugelassen werde, einen neuen lutherischen Prediger zu vociren, auch interim, bis solches erfolgt, das Ministerium durch einen benachbarten Prediger lutherischer Confession (...) bestellen zu lassen.“¹⁴⁸⁰ Dabei müsse vor allem der Unfug, den die „[...] Intoleranz (...) in den meisten clevischen Städten anrichte[t], wenigstens auf eine Zeitlang gesteuert“ werden.¹⁴⁸¹ Erst im Jahr 1703 findet man bevölkerungsbezogene Daten in den Akten wieder. Aus einer „Designatio der Geheiratheten, Geborene und Verstorbene“ ist zu ersehen, dass in diesem Jahr drei Reformierte, 30 Katholiken und kein Mennonit geheiratet haben.¹⁴⁸² Allerdings wurden 14 Reformierte, 75 Katholiken und ein Mennonit geboren. Für das Jahr 1738/40 wurden in der Stadt Goch 2.624 Personen gezählt, „[...] worunter 243 über 66 und 718 unter 12 Jahren alt“ waren.¹⁴⁸³

¹⁴⁷⁷ Zitat aus StAG, K 544.

¹⁴⁷⁸ Zitat aus StAG, K 544. Vor allem die „[...] in den Jülich und Bergischen Ländern von den katholischen verfolgten brachten ihre Klage (...) vor dem Kurfürsten“ und baten ihn als Schutzer der Protestanten um politisches Asyl.

¹⁴⁷⁹ Zitat aus StAG, K 544.

¹⁴⁸⁰ Zitat aus StAG, K 544.

¹⁴⁸¹ Zitat aus StAG, K 544.

¹⁴⁸² Zitat aus dem Jahr 1703 aus StAG, M III/63.

¹⁴⁸³ Zitat aus dem Jahr 1738/40 aus StAG, M III/328 und M III/355.

Aus den aufgeführten spärlichen Informationen demographischer und räumlicher Parameter lässt sich ein Bild der Stadt Goch skizzieren, das deutlich die räumliche Zerstörung und demographische Verminderung durch die brandschatzenden Heere zeigt. Auch wenn diese Daten mit Vorsicht zu verwenden sind, kann eine Tendenz erkennbar werden, die der „restaurativen“ Peuplierungspolitik durchaus eine positive Wirkung attestiert. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts erfolgte durch die Anwerbung protestantischer Glaubensgenossen eine Stabilisierung der städtischen Siedlung Goch. Aber auch die Bemühungen des Stadtrates Goch selbst mittels einer „restaurativen“ Peuplierungspolitik die vorkriegerischen Bevölkerungsverhältnisse wieder zu erlangen, führten zu einem Bevölkerungswachstum und räumlichen Wiederaufbau der Stadt. So wurde in der Stadtchronik beschrieben, dass „[...] Schornsteinfeger von Üdem (...) vom Edlen Magistrat angenommen“ wurden.¹⁴⁸⁴ Am 21. Februar 1654 entschied der Stadtrat, „[...] die Leuthe so (...) der Römischen religion zugethan auß dem Lande von Jülich vertrieben wurden undt [für] (...) diese Stadt wiederum in aufnahme zu bringen (...) dienlich sein konnte, daß man solche vertriebenen Leuth doch schreiben zu wissen thäte, daß wann sie hier in dieser Stadt zu wohnen sich begeben wollten, ihnen einige freyheit zu gelassen werden sollte, (...) Krafft dessen sich zu erbiethen, daß alle die so hieselbst zu Wohnen kommen wollten ein gantz Jahr von allen Bürgerlichen Lasten oneribus befreyet sein sollten.“¹⁴⁸⁵ Allerdings erkennt man hier das Interesse der noch überwiegend katholischen Stadträte an der Anwerbung katholischer Glaubensgenossen. Nach den zahlreichen Verwüstungen fremder Heere befahl der Stadtrat im Jahre 1684 allen Eigentümern zerstörter Hausstellen, diese entweder zu reparieren oder im Zuge städtischer Restauration wiederherzustellen.¹⁴⁸⁶ Dennoch stellen diese Aufforderungen einen Beleg für die aktiv betriebene „restaurative“ Peuplierungspolitik in der Zeit des Großen Kurfürsten dar. Sowohl der preußische Staat als auch die schwer in Mitleidenschaft gezogene Stadt hatte ein großes Interesse, die demographischen Verluste mittels peuplierungspolitischer Anlockversuche zu egalisieren und die Stadt räumlich wieder aufzubauen, um die städtische Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Trotz der Toleranz bekundenden Peuplierungspolitik konnte es die von vielen Kriegen bedrängte Stadt nicht schaffen, die Mennoniten in großer Zahl als Bürger zu halten. Die Mennonitengemeinde in Goch war eine der ältesten Mennonitengemeinden am Niederrhein.¹⁴⁸⁷ Schon vor der preußischen Zeit im Jahr 1547 wird in Anwesenheit von

¹⁴⁸⁴ Zitat vom 6. April 1670 aus StAG, M II/274.

¹⁴⁸⁵ Zitat vom 21. Dezember 1654 aus StAG, A 47,1.

¹⁴⁸⁶ Siehe dazu Koepp, H.-J.: *Kelten, Kirche und Kartoffelpüree ...*, S. 100.

¹⁴⁸⁷ Siehe dazu StAG, B 165.

Menno Simons (1496-1561) von einer synodenartigen Versammlung in Goch gesprochen.¹⁴⁸⁸ Die meisten Gocher Mennoniten stammten aus Holland, die vor allem in Anbetracht der späteren preußischen Toleranzpolitik viele weitere holländische Taufgesinnte anzogen. Von 1687 bis 1790 wanderten insgesamt 116 Gocher Mennoniten, zumeist Leinenweber, nach Haarlem oder in die USA aus. Hierbei war der wirtschaftliche Aufstieg und der Niedergang der Gocher Leinenweberei eng mit dem Rückgang der Gocher Mennonitengemeinde verbunden. Der prominenteste Vertreter der Leinenweberkunst, J. Gottschalk (ca. 1670-1763) aus Goch, zog 1701 mit Krefelder Mennoniten endgültig nach Pennsylvanien, wo bis heute noch Nachkommen des ehemaligen Gocher Mennoniten leben. Trotz dieser Auswanderungswellen mennonitischer Glaubensgenossen zählte die Gocher Mennonitengemeinde dank der Toleranz bekundenden Peuplierungspolitik bis zum Ende des 18. Jahrhunderts noch ca. 100 Personen.¹⁴⁸⁹ Sogar finden sich um das Jahr 1720 zwei Mennoniten im Magistrat wieder und bekleideten in der Stadt Goch ein gemeinschaftliches Amt.

Die „restaurativen“ peuplierungspolitischen Maßnahmen mussten einen recht guten Erfolg gehabt haben, da in einem historischen Bericht von der Stadt Goch aus dem Jahr 1722 bemerkt wurde, dass aus der Stadt Goch wenigstens „[...] mit der zeit ein Schönes Dorff darauß gworden“ ist.¹⁴⁹⁰ Die „[...] jetzige Anzahl der Einwohner bestehen in 1006 Haußwirthen, 923 Kindern und 141 gesinden, in Summa 2070 Menschen, worunter Manufacturiers, Handt-Werckern und andern Professions-Verwandten nachfolgende gezählet werden: 4 Barbier, Wovon einer eine kleine Apotheke hat, 18 Bäcker, 2 Fell-bereiter, 4 Gast-Wirth, 1 Huthmacher, 1 Korb-Macher, 1 Kupffer-Schmidt, 63 Kauffleuthe und Winkellierer, 2 Leyen-decker, 26 Leine Weber, 7 Maurer, 1 Occulist, stein und bruch-Schneider, 2 Radmacher, 6 Schlächter, 2 Sattler, 12 Schneider, 15 Schuster, 23 Schneider, worunter einige Kunst-schneider, so schlößer und andere feine Kupffer und Eysen arbeit machen, 1 Siffenmacher, 1 Silber-Schmidt, 12 Tuch-macher, 5 Tuch-Scherrer, 4 tischler, 1 tau-Schläger oder Seyler, 1 uhr-macher, 47 Woll-arbeiter [und] 13 Zimmerleuthe.“¹⁴⁹¹ Diese differenzierte Auflistung qualifizierter Arbeiter und demographischer Daten belegt, dass sich die niederrheinische Stadt Goch nach den schlimmen Folgen marodierender Heere und schrecklichen Brandschatzungen mithilfe „aktiver“ peuplierungspolitischer Maßnahmen um Menschen bemüht hatte, um die Stadt „in Flor“ zu bringen. Dabei ist „[...] der Stadt

¹⁴⁸⁸ Siehe dazu Heesch, A.: Die Mennoniten am unteren Niederrhein, in: HKLE (1969), S. 57-60, bes. S. 58.

¹⁴⁸⁹ Zahlen entnommen aus StAG, B 165.

¹⁴⁹⁰ Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁴⁹¹ Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

hauptsächliche nahrung (...) anjetzo (...) die Woll traperie und feine Schmiede arbeit, welche letztere diesen ohr für allen andern clevischen städten berühmt macht.“¹⁴⁹² Dennoch gab es aus wirtschaftlicher und peuplierungspolitischer Sicht „[...] zu bejammern (...), daß der furtreffliche Leinen-Handel in ansehung der schönen bleichen und künstlichen Lein-weber in feine Leinenwandt, deren Woll 100 ehemahls gezählet worden, sich wegen der unglückseeligen Kriegs-Zeiten nach Haerlem gezogen haben, deren etabliung auf alle weise befördert werden muß.“¹⁴⁹³ Somit konnte man in der bisher kurzen Phase „restaurativer“ Peuplierungspolitik noch nicht ganz die vorkriegerischen Verhältnisse bezüglich der bevölkerungsräumlichen, demographischen und wirtschaftlichen Zustände wiederherstellen und war weiterhin an der Anwerbung qualifizierter Textilarbeiter bemüht. Aus räumlicher Perspektive betrachtet befanden sich an „[...] Privat-häusern (...) in allem 409 nebst 125 Scheunen, worunter 119 alleine stehen.“¹⁴⁹⁴

Nach der Regierungsübernahme des Großen Kurfürsten wurde aber auch im ländlichen Umland der Stadt Goch schon mit einigen Urbarmachungsmaßnahmen unkultivierter Heideflächen begonnen. Deren Höhepunkt wurde dann in der friderizianischen Zeit infolge der Ansiedlung pfälzischer Emigranten auf der Gocher und Asperdischen Heide sowie der Voßheide erreicht. Zum Ende des Jahres 1650 verkaufte die Stadt Goch 400 holländische Morgen Heideland an drei Interessenten.¹⁴⁹⁵ Im Zuge dieser Urbarmachung unkultivierter Gocher Heideflächen entstanden die sogenannten Ulius-Höfe, wobei Ackerland als auch Holzareale angesetzt wurden. Mit dieser Landgewinnung entstanden, ca. 90 Jahre vor der pfälzischen Besiedlung, die ersten Bauernhöfe auf der Gocher Heide. Der dazugehörige Uliusbusch wurde von dem Herzogenbuscher Derik Janssen Ulius angesetzt. Diese aufwendige Kultivierung hinterließ ein wunderschönes kulturlandschaftliches Element, das durch churfürstliche und städtische Peuplierungspolitik entstand und an der Klever Straße in der Nähe des angelegten Tannenbusches zu lokalisieren war. Zum Ende des 17. Jahrhunderts begann man mit der Kultivierung sumpfiger Heideflächen am Messekamp, woraus unter anderem mit Hilfe von umfangreichen Entwässerungsmaßnahmen dann das Gut Slavanien bei Goch hervorging.¹⁴⁹⁶ Zudem wurde in einem Bericht über die Stadt Goch aus dem Jahre 1722 erwähnt, dass sich im ländlichen Umland der Stadt Goch „[...] inmaßen Viele Plätze guten Landes darinnen Vorhanden [befinden], so ultra secula wüste gelegen, und jedoch uhrbahr

¹⁴⁹² Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁴⁹³ Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁴⁹⁴ Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁴⁹⁵ Siehe dazu Koepp, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree ... , S. 56.

¹⁴⁹⁶ Siehe dazu Koepp, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree ... , S. 114.

gemacht werden können.“¹⁴⁹⁷ Auf der Basis dieser räumlichen Erkenntnis hat der „[...] Magistratus mit Vorwissen und ratification der Räthl. Commission angefangen, hie und da ein Parcell gegen eine Canonem à 3 Rthl. vom holl. Morgen (...) auß zu thun“ und wüst liegendes Land zu kultivieren.¹⁴⁹⁸ Vor allem die zur Stadt Goch gehörige „[...] stadts feld-marckt erstreckt sich wegen der Gocher heyde sehr weit“, sodass genug Möglichkeiten für eine „landbezogene“ Peuplierungspolitik und für binnenkolonisatorische Urbarmachungsversuche zur Peuplierung bisher noch ungenutzter räumlicher Potenziale vorhanden waren.¹⁴⁹⁹ Dies zeigt dem historisch Interessierten abermals, dass die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik nicht immer ganz klar von der „landbezogenen“ Binnenkolonisation getrennt werden kann. Landschaftsintensive Eingriffe binnenkolonisatorischer Art „landbezogener“ Peuplierungspolitik wurden im ländlichen Umfeld der Stadt Goch recht zügig angegangen und sind damit auch schon im 17. Jahrhundert nachweisbar.

Aus den spärlichen Quellen lässt sich dennoch trotz quellenkritischer Begutachtung ein Bild der Stadt Goch zeichnen, das sicherlich eine vom Krieg stark entvölkerte und räumlich zerstörte Siedlung darstellt. Da die niederrheinische Stadt Goch um 1740 durchaus wieder eine größere Häuser- und Personenzahl zu verzeichnen hatte, lässt dies – wie die spärlich nachgewiesenen und überlieferten peuplierungspolitischen Bemühungen zeigen – Rückschlüsse auf die „restaurative“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten und Friedrichs (III.) I. zu, um die Stadt nach den langjährigen Besatzungszeiten fremder Heere und den damit verbundenen bevölkerungsdezimierenden und stadtzerstörenden Wirkungen wieder aufzubauen und zu peuplieren.

1.2. Die Anwerbung und Ansetzung hugenottischer Flüchtlinge im Herzogtum Kleve nach dem Potsdamer Edikt von 1685

Ein Motivationsgrund „stadtorientierter restaurativer“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten lag sicherlich neben dem wirtschaftlichen Nutzen hugenottischer Emigranten in seiner Funktion als Schutzherr protestantischer Glaubensgenossen.¹⁵⁰⁰ Im Jahre 1685 hatte Ludwig XIV. (1638-1715) das Toleranzedikt von Nantes aufgehoben, mit welchem der französische König Heinrich IV. (1553-1610) im katholischen Frankreich den einheimischen calvinistischen Protestanten, den sogenannten Hugenotten, Kultur- und Gewissensfreiheit garantiert hatte. Aufgrund dieser erneuten Verfolgung hugenottischer Glaubensflüchtlinge verließen Tausende calvinistische Protestanten ihre französische Heimat. Der calvinistische

¹⁴⁹⁷ Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁴⁹⁸ Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁴⁹⁹ Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

¹⁵⁰⁰ Siehe dazu das Kapitel C.2.2.1. – Die Anfänge peuplierungspolitischer Gesetzgebung unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1640-1688).

Kurfürst Friedrich Wilhelm bot den Hugenotten im Kontext seiner „restaurativen“ Peuplierungspolitik mit dem Potsdamer Edikt von 1685 garantierte Hilfe an.¹⁵⁰¹ So begaben sich bis zum Ende des 17. Jahrhunderts mehr als 20.000 Hugenotten nach Brandenburg-Preußen, wobei der größte Teil der Hugenottenflüchtlinge in die Kernlande zog, aber auch, wie aus der Quellenanalyse ersichtlich, sich französische Calvinisten in rheinischen Städten, nämlich in Wesel und Emmerich, niederließen. Die Verdienste hugenottischer Flüchtlinge auf geistig-kulturellem, militärischem und wirtschaftlichem Bereich sind in der Geschichtsforschung unbestritten.¹⁵⁰² Diese erste systematisch betriebene hugenottische Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten ist als eine „[...] Initialzündung für die großangelegten Kolonisationsmaßnahmen der Hohenzollern im 18. Jahrhundert“ zu verstehen.¹⁵⁰³

Schnell und zeitnahe reagierten die preußischen Behörden auf diese konfessionspolitische Verfolgung Frankreichs und erließen einen „General Erfolg wegen Annehmung und Etablirung der Frantzösischen Refugiés“ im Oktober 1685 für die rheinischen Provinzen, wo die hugenottischen Flüchtlinge zuerst angekommen und später größtenteils in die preußischen Kernlande weitergereist waren. Zur Förderung „restaurativer“ Peuplierungspolitik und Unterstützung angekommener französischer Emigranten befahl man „[...] zur sublivirung der aus franckreich der dortigen Religions-Verfolgung halber nach unsere Clev. und Marckischen Landen geflüchteten und daselbst sich niedersetzenden armen Leute einer general-collecte allda samblen zu lassen.“¹⁵⁰⁴ Die Bekanntmachung des Potsdamer Ediktes und die publizierten Einwanderungspatente sollten „[...] an unsern am Rhein und Maaß gelegenen Stade, wo sie vermutlich am ersten ankommen möchten“, vervielfältigt werden.¹⁵⁰⁵ Schon im November mussten einige hugenottische Flüchtlinge im preußischen Rheinland angekommen sein, da von der Regierungsbehörde in Potsdam gemahnt wurde, dass die Räte „[...] allen fleiß anwenden solle(n), damit die bereits angekommene Und noch etwas ankommende arme Vertriebene leuthe untergebracht Und (...) mit nothdürfftiger Subsistence Versehen werden möge(n), Und dieselbe bey nunmehr einhaltenden winter nicht noth und Kummer, oder frost

¹⁵⁰¹ Siehe zur Bedeutung des Potsdamer Ediktes von 1685 das Kapitel „Hugenottenprivilegien deutscher Fürsten vor dem Revokationsedikt von Fontainebleau – Die Stellung des Potsdamer Ediktes im Spektrum der zeitgenössischen Privilegien- und Vergünstigungspolitik“ in Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 437-460.

¹⁵⁰² Siehe Kroll, Fr.-Loth.: Strahlkraft der Krone. Vom Kurfürstentum Brandenburg zum Königreich unter Friedrich I., in: Burgdorff, St./Pötzl, N./Wiegrefe, K. (Hrsg.): Preussen. Die unbekannte Großmacht, Augsburg 2008, S. 48-64, bes. S. 57.

¹⁵⁰³ Zitat aus Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 129.

¹⁵⁰⁴ Zitat vom 21. Oktober 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172. Dieses Verordnung wurde am 5. November 1685 als Edikt zur weiteren Publizierung und Bekanntmachung in sämtlichen rheinischen Ortschaften an die Räte gesandt.

¹⁵⁰⁵ Zitat vom 30. November 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

und dergleichen (...) leiden dürffen.“¹⁵⁰⁶ Hier ging es zunächst um die erste Versorgung emigrierter Hugenotten, damit ihnen die Ansiedlung im preußischen Herrschaftsgebiet zur Peuplierung schmackhaft gemacht werden konnte. Um die Spendenbereitschaft einheimischer Bevölkerung für die Kollekte französischer Hugenotten zu aktivieren, betonte man in den Zeitungen die zahlreich verbreiteten Nachrichten brutaler Vertreibung und die elendige Situation hugenottischer Glaubensflüchtlinge. Die schreckliche Lage französischer Protestanten war von dieser Qualität, dass „[...] noch immer solche betrübte zeitung en einlauffen, daß es einen stein erbarmen möchte.“¹⁵⁰⁷ Aufgrund der finanziellen Lage preußischer Kassen sollte die „restaurative“ Peuplierungspolitik durchaus im optimalen Fall von der einheimischen Bevölkerung zum Wohle des gesamten Landes mitfinanziert werden. Den klevischen Behörden und Räten befahl man bei der Aufnahme französischer Exulanten auf das Strengste und Genaueste zu achten, damit „[...] sie alles (...) der Collecte in beyden Landen wol einrichten, und allen fleis anwenden möchten, damit die bereits bey uns im Lande angekommene und noch etwas ankommene Leute untergebracht und mit nothdürfftiger Subsistence Versehen werden möchten.“¹⁵⁰⁸ Die Dringlichkeit spiegelte sich in einer zusätzlichen Order wider, dass man die obige Meldung unverzüglich und „[...] so fort (...) ausschreiben zu lassen“ hat, damit die größtmögliche Zahl protestantischer Franzosen sich in Preußen niederlassen kann.¹⁵⁰⁹ Aus einem Schreiben ist zu ersehen, dass unter anderem die Stadt Gennep durchaus etwas Geld für die Collecte einsammeln konnte.¹⁵¹⁰ Allerdings wurde angemerkt, dass auch diejenigen noch was begeben müssten, die bisher noch nichts beigegeben hatten. Für das Jahr 1686 existiert eine Kollektenliste mit „[...] Pächter, ambter, herlichkeiten und leute (...) derer so zu behuf der frantzösischen Exulanten beygesteuwert und nicht beygesteuwert haben.“¹⁵¹¹ Diese eingesammelten Gelder waren ausschließlich für die „[...] in diesem (...) Herzogthum Cleve vorhandenen reformirte fantzösische refugyrte“ gedacht.¹⁵¹²

Die Umsetzung dieser „Einladungspatente“ verlief im rheinischen, überwiegend katholischen Preußen sicherlich nicht ohne einheimischen Widerstand, da die Behörden immer wieder mahnend eingriffen, damit die armen „[...] exulanten williglich aufgenommen und ihnen alle

¹⁵⁰⁶ Zitat vom 12. November 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁰⁷ Zitat vom 27. Oktober 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁰⁸ Zitat vom 27. Oktober 1695 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁰⁹ Zitat vom 14. November 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵¹⁰ Siehe das Schreiben vom 21. Februar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵¹¹ Zitat aus einem Schreiben von 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1161.

¹⁵¹² Zitat aus einem Schreiben von 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1161. Ferner liegen dieser Akte weitere Kollektengesuche bei, wobei immer angemerkt wurde, wer bis dato sich noch nicht mit an der Finanzierung dieser peuplierungspolitischen Maßnahme beteiligt hatte.

Christliche liebe (...) erzeiget würde, damit sie sich häußlich niederlaßen könnten.“¹⁵¹³ Dies zeigt deutlich, dass die oberen Verwaltungsorgane des preußischen Staates auch ein Interesse an der Peuplierung mit hugenottischen Flüchtlingen in den rheinischen Besitzungen hatten und nicht nur mit Blick auf die Kernlande bevölkern wollten. Aus diesem Grunde sollten die Einwanderungserlasse im Herzogtum Kleve weiter vermehrt und flächendeckend bekannt gemacht werden, damit die rheinischen „[...] Städte sonderlich Cleve, Weßell, (...) Emmerich und Gennep sehr werden zunehmen“ können.¹⁵¹⁴ Deutlich wird dabei der „stadtorientierte“ Charakter preußischer Peuplierungspolitik in Bezug auf die Hugenotten, die sich primär in den Städten, und nicht auf dem Land niederlassen sollten. Aus der Quellenanalyse des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf finden sich allerdings nur historische Belege für französische Gemeinden in Wesel, Kleve und Emmerich.¹⁵¹⁵ Für Gennep ist nur zu lesen, dass die Edikte „[...] absofort in der Stadt bekandt“ gemacht und „[...] die dabey befohlenen ahnstalten mehren laßen, damit wan einige von obgl. Frantzösischen Reformirten alhie ahnlangen werden, dieselbst Zu folge obgl. Dero Edict und Verordnung aufgenommen und tractiret werden mögen.“¹⁵¹⁶ Aus einem Schreiben der Stadt Wesel im Januar 1686 wird ersichtlich, dass die meisten calvinistischen Flüchtlinge nach Wesel zogen und man zur Deckung der Kosten die Absicht hatte, eine „[...] spezial collect zu thun.“¹⁵¹⁷ Diese hätte aber mit Sicherheit auch nicht zur Finanzierung dieser hugenottischen Peuplierung gereicht, sodass man daher den Großen Kurfürsten bat, „[...] der Stadt Wesell wegen der daselbst mehr dan in einigen ohrth des landes von Cleve ankommenden Frantzösischen exulanten bey(zu)springen.“¹⁵¹⁸ Diesem eindringlichen Gesuch zur Umsetzung hugenottischer Peuplierungspolitik kam die Regierung in Potsdam nach und ordnete an, in „[...] welchergestalth ihr [die Bürgermeister und Räte der Städte, Anm. d. Verf.] die 1000 rthl., welche wir zum behuff der Frantzösischen refugierten im Clevischen destiniret“ haben, anzuwenden hätten.¹⁵¹⁹ Aus einer Verordnung von 1690 geht hervor, dass die jährlichen Zahlungen weiterhin zur Unterstützung niederlassungswilliger Hugenotten entrichtet wurden, da „[...] denen Zu verpflegung der frantzösischen exulanten iährlich destinirten 1000 rthl. auß

¹⁵¹³ Zitat vom 8. Oktober 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵¹⁴ Zitat vom 8. Oktober 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵¹⁵ Für Emmerich ist ein Dokument erhalten, in dem der preußische Kurfürst Friedrich III. dem Sohn Jaques Soblet des „[...] alten (...) Vorsänger bey der Evangelisch Reformirteeten frantzösischen Gemeinen zu Embrich Philibert Soblet (...) adjungiret.“ Zitat vom 9. Mai 1692 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1163.

¹⁵¹⁶ Zitat vom 19. Dezember 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵¹⁷ Zitat vom Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172. Die Stadt Wesel weist mit Nachdruck darauf hin, dass „[...] zu der Stadt Wesell, als einer mutter der armen religions verwandt Vertriebenen die meiste ihr zuflucht genohmen und noch täglich nehmen.“

¹⁵¹⁸ Zitat vom Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵¹⁹ Zitat vom 2. Juni 1687 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1161.

hiesiger Kriegs-Casse“ bezahlt werden sollten.¹⁵²⁰ Dies ist ein eindeutiges Zeichen für eine „aktiv“ betriebene Peuplierungspolitik, die in Anbetracht der verheerenden Situation nach dem Dreißigjährigen Krieg in den rheinischen Besitzungen im Kontext „restaurativer“ peuplierungspolitischer Maßnahmen nur allzu sinnvoll erschien. Die Menge ankommender und durchreisender Exulanten musste bis 1688 noch erheblich gewesen sein, von denen durchaus einige im Herzogtum Kleve geblieben sind. Am 29. Januar 1688 erging ein Befehl, dass eine Liste „[...] aller in dero Landen sich häußlich niedergelassenen und wohnenden refugierte Frantzosen nahmen, handtirung und gewerb“ anzufertigen sei.¹⁵²¹

Aus einer Akte ist nachweisbar, dass sich im Jahr 1693 die „Evangelisch-reformirte frantzösische gemein zu Wesel“ zunehmend vergrößerte, welche als erste Anlaufstelle für die Weiterreise oder Niederlassung von Refugierte diente. Ferner ist aus diesem Schriftstück zu ersehen, dass sie eine eigene Jurisdiktionsgewalt besaß.¹⁵²² Die hugenottische Peuplierungspolitik zeigte sich in Wesel in der Umsetzung recht spannungsreich. Die wallonisch-französische Gemeinde und der Magistrat der Stadt Wesel standen sich oftmals im Konflikt gegenüber. Die französische Gemeinde beklagte sich über die nicht eingehaltene Umsetzung ediktmäßiger Versprechen peuplierungspolitischer Policygesetzgebung. Der Magistrat der Stadt Wesel rechtfertigte sich damit, dass „[...] uns dergleichen Widersetzlichkeiten [nicht] einmahl in den sinn kommen, sondern daß denen Allernädigst gemeßenen befehl so in andern als auch in itzigen fällen und begebenheiten jedesmahl in allerunterthänigkeit folge geleistet haben.“¹⁵²³ Ferner beklagte sich der Magistrat über „[...] jene gleichmäßige Refugyrte, so ihr Vaterlandt, freundschaft undt liebstes in der welt Zware darum dem äußerlichen ansehen nach verlassen, damit in sicherheit und ohne Verhinderung unterm Schutz Eines Allernädigsten Königs ihren Gott zu dienen anlaß und gelegenheit haben könnten, aber ohn denen man leyder großentheils (...) an handeln undt wandel undt täglichen umbgang nicht[s] von spüren kann.“¹⁵²⁴ Zudem bezeichnete der Weseler Magistrat einige dieser sich neu niedergelassenen Refugiés als „[...] unruhige undt undanckbahre leute“, die ganz und gar nicht die gewünschte peuplierungspolitische Intention erfüllten, sondern vielmehr nur Ärger machten und der Stadt bzw. dem Staat zusätzliche Kosten

¹⁵²⁰ Zitat vom 16. Juni 1690 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173. Aus einer Tabelle geht hervor, dass von diesen zur Unterstützung „restaurativer“ und „qualifizierter“ Peuplierungspolitik ausgezahlten Geldern unter anderem zwei Prediger in Wesel, ein Prediger in Emmerich, ein „[...] frantzösischer Medico Brazi [und] (...) ein Chirurgo (...) Charpentier“ bezahlt wurden.

¹⁵²¹ Zitat vom 29. Januar 1688 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1161. Leider fehlt in dieser Akte die beiliegende Auflistung der im Herzogtum Kleve niedergelassenen französischen Glaubensflüchtlinge.

¹⁵²² Siehe dazu das Schriftstück vom 2. Februar 1693 und vom 5. Oktober 1693 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

¹⁵²³ Zitat vom 23. Mai 1699 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵²⁴ Zitat vom 23. Mai 1699 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

verursachten.¹⁵²⁵ Dass der preußische Staat die hugenottischen Flüchtlinge gegen die lokalen Kräfte immer wieder unterstützte, spiegelte sich z. B. in der Besetzung eines neuen französischen Predigers und dessen Finanzierung wider. Zuvor wurde „[...] dem frantzösischen Prediger (...) Ducros auf sein unterthänigsts ansuchen seine demission sich von dort wegzugeben in gnaden ertheilet, und dann der Prediger zu Wesell (...) Herault, um freye Wohnung an deßen stelle bey Uns angehalten, welche Wir denselben auch in gnaden gewilliget“, sodass der Stadtmagistrat den „[...] besagten Herault nunmehr hierauff mit einer aufständigen freyen Wohnung (...) zu Versehen“ habe.¹⁵²⁶ Der Bürgermeister der Stadt Wesel berief sich auf die Tatsache, dass sie auch den vorherigen Prediger „[...] mit keiner wohnung versehen, noch auch dazu contribuiert haben, weswegen von Ew. auch (...) auff uns nichts kann proetendiren, undt wir damit nicht beschweret werden sollen.“¹⁵²⁷ Dennoch musste die Stadt Wesel dem Gesuch der französischen Gemeinde nachkommen, „[...] weilen nemblich S. Königl. Mayest. Allergnädigst bewogen worden, die denen ermeldeten frantzösischen undt Wallonischen refugyrten (...) vermittelß gnädigsten Edicts vom 9. April 1685 (...) [versprochenen] privilegien, freyheiten undt immunitäten a dato dieses an annoch auff fünff jahren und also bis vorstehends 1701 jahr zu extendiren.“¹⁵²⁸ In einer Liste „Role des francois refugiés de Wesel qui sont present chargis de Logement“ vom 8. April 1704 stehen 32 Namen französischer Glaubensflüchtlinge. (s. Tab. T-2) Wenn man dazu noch die Familienangehörigen wie Kinder und Frauen bzw. eventuelle Haushalts- und Arbeitsgehilfen hinzuzählt, kann man mit einer gewissen Sicherheit von einer größeren städtischen, hugenottischen Peuplierung der Stadt Wesel sprechen.

Tabelle „Role des francois refugiés de Wesel qui sont present chargis de Logement“ 1704

Nr.	Name	Nr.	Name
1	Pusse Guerin	17	Abraham Rule
2	Claude Fontanes	18	Jean Theueneau
3	Francois Lallet	19	Etiene Bermond
4	(?) Rassignol	20	Isac Simon
5	Mathieu Messine	21	Abraham Blancblois
6	Jaque Tillier	22	Paul Phillippe
7	Jeremie Cornu	23	André Houillet
8	Hector Palisse	24	Etien Remy

¹⁵²⁵ Zitat vom 23. Mai 1699 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵²⁶ Zitat vom 21. April 1699 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵²⁷ Zitat vom 7. August 1699 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵²⁸ Zitat vom Schreiben an die Klever Verwaltung aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

9	Abraham Halloy	25	Paul Combe
10	Isac Simonin per	26	Jean Rauot
11	Isac Simonin fils	27	Jaque le Febure
12	Barthelemy Renaudin	28	Jeremie Cochin
13	Salomon Cazabonne	29	Pierre Corbun La Coste
14	Anthoin Iosserand	30	Jaque Marfour
15	Jacob Poussard	31	Imbert Gradelle
16	Mathieu Bermond	32	Jeil Rout

Tab. T-2

Um eine effizientere Umsetzung peuplierungspolitischer Zielvorstellung bei den „[...] aus dem Königreich franckreich Vertriebene Evangelischen Reformirten Glaubensgenossen“ zu erreichen, wurde verordnet, dass „[...] dieselbe nach anreising erwehnten Edicts untergebracht, und zu beförderung Ihres und Ihrer familie etablissemments alle diensahme hüllfe und beystand Ihnen geleistet werden, (...) und wo möglich der frantzösischen Sprache kundigen Leuthe an einen gelegenen orth zu benennen, an welche sich gedachte frantzösische glaubensgenößen, wan sie im Lande anlangen, addressiren und Zuflucht bey denselben mögen nehmen können.“¹⁵²⁹ Dass sich die Unterstützungsverordnungen nicht nur an die Protestanten im Rheinland richteten, sondern damit jeder, egal ob Katholik oder Lutheraner, auch einen finanziellen Beitrag zur hugenottischen Peuplierung leisten sollte, spiegelt sich in der Anordnung wider, in der „[...] Wir [preußische Kammer, Anm. d. Verf.] Euch hiemit in gnaden (befehlen) alldort durchs gantze Land bey allen und jeden unseren unterthanen, und zwar ohne allen unterscheid, es seye dieselben der Reformirten, Lutherischen oder Catholischen Religion zugethan, eine allgemeine Christliche beysteuern durch einige ehrliche leute, welche Ihr jeden orts dort zu benennen einsamblen, und wie viel ein Jeder dazu beytragen, in ein absonderliches buch aufzeichnen zu laßen.“¹⁵³⁰ Aus einem Edikt vom 29. Januar 1686 wurde deutlich kritisiert, dass die „[...] in diesem Unseren Landen sich befindende Römisch-Catholische [Kirche] zu der angeordneten Collecte für die Evangelische Frantzösische Exulanten gantz wenig oder fast nichts conferiret haben, und Wir davon

¹⁵²⁹ Zitat vom 19. November 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172. Am 11. September 1685 meldete sich der Duisburger Bürgermeister, dass er in seiner Stadt drei Personen hätte, die der „[...] frantzösische(n) Sprache etwas kundig“ wären, unter anderem ein Doktor namens Jacob Ganteswieler. Zur ersten Kontaktaufnahme mit den hugenottischen Emigranten waren französisch sprechende Bürger sehr wichtig, damit man überhaupt in Kommunikation mit den Flüchtlingen treten konnte. Deswegen wurden auch zahlreiche Edikte in französisch übersetzt und publiziert. In der Stadt Gennep lebte ein gewisser „[...] Johann Albert Ebben, welcher der frantzösischen Sprach wolerfahren“ war.

¹⁵³⁰ Zitat vom 19. November 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172. Ein ähnliches Edikt wurde auch später am 30. November 1685 für das Herzogtum Kleve und die Grafschaft Mark erlassen. Siehe dazu HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

eigentliche Nachricht und Gewißheit zu haben verlangen, (...) daß Uns Ihr längstens in acht Tagen zeit (...), unfehlbarlich eine accurate Designation (...) einsenden sollet, was für welche und wie viel ein Jeder zu dieser Collecte, und absonderlich, was Jeder Römisch–Catholische dazu gegeben“ habe.¹⁵³¹

Dass die Aufnahme ankommender Hugenotten mit Problemen verbunden war, zeigt ein Brief des Bürgermeisters und Rates der Stadt Wesel, in dem er schilderte, dass er nicht wisse, in welcher Weise er sich den hugenottischen Glaubensflüchtlingen, die „[...] sich in dieser Stad etwach wegen der frantzösischen Gemeine anmelden, theilß sich einige Zeit alhie auffhalten, und theilß sich mit der wohnung niederlassen, und zu erwerb ihrer nahrung, welches ohne Zuschus nicht geschehen kann, verhalten“ solle.¹⁵³² Trotz finanzieller Probleme und eines latent vorhandenen Widerstandes einheimischer Bevölkerungsteile gegenüber fremden, niederlassungswilligen Emigranten französischer Herkunft bekräftigte der Weseler Magistrat etwas beschönigend, dass „[...] die auß Frankreich der reformirten religion halber vertriebene (...) Ew. Churfürstlichen durchlauchtigkeit Herren Vatters hochsehligen andenckens gnädigsten edicto (...) gemäß, hiesigen ohrts in alle wegen gleich wie die eingebohrne unterthanen gehalten (seiendt).“¹⁵³³ Die „Wallonisch-Frantzösische Gemeinde“ in Wesel beklagte sich im Jahre 1693, dass es den hugenottischen Emigranten und den „[...] auß der Schweiz von Geneve (...) an brodt“ mangelte.¹⁵³⁴ Zur Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge sind logischerweise finanzielle Mittel notwendig; ein entscheidender Faktor bei der erfolgreichen Umsetzung peuplierungspolitischer Verordnungen und ein Streitpunkt zwischen den lokalen Kräften und des Staates. Eine Bemerkung einer Potsdamer Anordnung Anfang 1686 zeugt z. B. von großer Enttäuschung, dass die „[...] vor der alorten für die aus franckreich Vertriebenen von der Reformirten Religion gesandten Collecte noch nichts an Gelde“ eingetroffen ist.¹⁵³⁵ Im Sommer 1686 war man in Potsdam über die lokale Berichterstattung verwundert, dass „[...] Ihr Uns bisher fast gar nicht berichtet, wie es mit der Jenigen Collecte (...) eigentlich stehen“, sodass ein „[...] ernstlicher befehl“ erging, dies nun recht zeitnah zu tun.¹⁵³⁶ Dennoch muss es Gelder in einer Kollekte gegeben haben, da einen Klevischen Regierungsrat anbefohlen wurde, dass „[...] er hiesigen Frantzösischen predigern Ferrant,

¹⁵³¹ Zitat vom 29. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵³² Zitat vom 13. November 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵³³ Zitat vom 4. Mai 1695 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173. Die weselsche Bekräftigung, dass man den fremden hugenottischen Emigranten den Edikten gemäß Hilfe leiste, erfolgte nicht ohne eine kritische Konnotation, weil darauf in einem Nachtrag explizit hingewiesen wurde, dass „[...] denselben eine Vielgrößere freyheit alß“ den hiesigen Eingeborenen gewährt wurde.

¹⁵³⁴ Zitat vom 2. Februar 1693 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

¹⁵³⁵ Zitat aus dem Jahr 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵³⁶ Zitat vom 11. Juni 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

welche nach Holland aus seine familie (...) abzuholen, zu reysen, vorhabens ist, aus der Frantzösischen collect hundert und Zwölff“ Taler auszubezahlen habe.¹⁵³⁷

Sowohl die „qualifizierte“ als auch die „quantitative“ Peuplierungspolitik wurden zur Auffüllung bevölkerungsdefizitärer Räume im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik zur Zeit des Großen Kurfürsten praktiziert. Den lokalen Verwaltungsorganen ist „[...] nicht befohlen zu untersuchen, von was qualität, chargen oder gewerbe die Refugierte eigentlich seind“, sondern werden darauf verwiesen, „[...] denjenigen, welche mit guten attestatis dorthin kommen, daß von der Reformirten Religion auß Franckreich seind, und eine begierde bezeigen, sich in seiner churf. Durchl. Unseres gnädigsten Herrn Länder oder in dero dienst zu begeben, allen beforderlichen willen zu erzeigen.“¹⁵³⁸

Dass die Aufnahme emigrierter Hugenotten nicht immer friedlich und der peuplierungspolitischen Diktion konform ablief, spiegelt sich in einem Beschwerdeschreiben der Refugierten aus der Stadt Soest wider. Nach den eingegangenen Beschwerdeschreiben hugenottischer Emigranten bestätigte Friedrich III., dass sich die „[...] bey uns (...) in unserer Stadt Soest befindliche Refugyrte über die dortigen Bürger Supplicando sich hefftig beschweret (haben), daß dieselbe gegen verschiedene Refugyerte, so sich da selbst setzen wollen, sich gar hart bezeiget, ihr etablissement und nahrung gestöhret, ihnen gewaltsahmer weise ihre buden geplündert, auch die darin befindliche waaren hinweggenommen“ haben.¹⁵³⁹

Die Zuwiderhandlung einheimischer Bevölkerung erzeugte einen großen Unmut beim preußischen Herrscher, der sich schnell persönlich an den in Wesel zuständigen Richter mit der Bemerkung, dass man den Vorfall mit den Refugierten „[...] mit gantz ungnädigen missfallen vernommen“ habe, wandte.¹⁵⁴⁰ Die unfreundliche Behandlung gegenüber den armen vertriebenen protestantischen Glaubensflüchtlingen war nicht nur ein Vergehen gegen bestehende peuplierungspolitische Maßnahmen, sondern es stellte auch ein inhumanes Verhalten dar, was „[...] der christlichen liebe (...) gantz ungemäß ist.“¹⁵⁴¹ Deswegen müsse man im Hinblick erfolgreicher Umsetzung bevölkerungspolitischer Zielvorstellungen hugenottischer Peuplierung „[...] der dortigen Bürgerschaft in Unserm nahmen solches

¹⁵³⁷ Zitat vom 14. Februar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

¹⁵³⁸ Zitat vom 21. Dezember 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵³⁹ Zitat vom 22. November 1693 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁴⁰ Zitat vom 21. November 1693 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁴¹ Zitat vom 21. November 1693 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173. Den Vorfall gegen die französischen Protestanten „[...] haben wir mit gantz ungnädigen missfallen vernommen, [da] zu establiung der frantzösischen Refugyrten in Unseren Landen, auch einführung allerhand Manufacturen und Vermehrung der Commerciens abgezielten (...) Edictes (...) zu wider“ gehandelt wurde.

ernstlich und mit nachdruck vor (...) halten, so auch zu ermahnen, dergleichen unfugs sich hinführo zu enthalten“ und diese Verhalten mit Geldstrafen belegen.¹⁵⁴²

Aufgrund der Beschuldigungen reagierte z. B. der Weseler Magistrat recht ungehemmt und beklagte sich über das schlechte Benehmen calvinistischer Glaubensflüchtlinge. Er schilderte, dass man „[...] von denen meisten so gahr kein dank gehabt, daß auch ein undt ander so durch delicates unordentliches Haußhalten in abgang gerathen, sich heimlich davon gemachet undt das bloße nachsehen gelassen, ja mit beschwerlicher undanckbahrkeit unß übel nachreden.“¹⁵⁴³ Nicht nur die Undankbarkeit der aus Frankreich vertriebenen Exulanten sei ein Aspekt öffentlichen Ärgernisses, sondern „[...] wie die betrübte exempel erweisen“, dass die hugenottischen Glaubensflüchtlinge „[...] in tieffer armuth gerathen, daß theilß sie selbst theilß dero hinterlaßende kinder der Stadt undt Armen-Mitteln zum beschwer aufgenommen inmittelß die ein quartierungslast denen annoch haußhaltenden Je länger Je mehr auffgebürdet werden müßen.“¹⁵⁴⁴ Sicherlich stellte diese städtische Kritik keine allgemeine Unmutsbekundung dar, aber es wird durchaus so gewesen sein, wie man auch noch in späteren Peuplierungen sehen wird, dass immer wieder auch Ausnutzer und Vagabunden bei der Inanspruchnahme der versprochenen Privilegien und Freiheiten unter den Eingewanderten zu finden waren. Sicherlich waren nicht alle Hugenotten bettelarm, sondern wie der Weseler Magistrat nur ein Jahr später berichtete, kann eine „qualifizierte“ Peuplierung durchaus unter anderem erfolgreich abgelaufen und für die Stadt von Nutzen gewesen sein. Unter drei niedergelassenen Hugenotten, so der Bericht des Weseler Magistrats, befand sich einer, der in kürzester Zeit „[...] bereits ein Vornehmes Hauß angekauft und bezahlet [hat] auch (...) in trefflicher nahrung und wolfahrt sitzt.“¹⁵⁴⁵

Bei der Durcharbeitung einer Akte über „Die Versorgung von französischen Exulantinnen mit clevischen Pfründen“ war erkennbar, dass vor allem viele Geistliche und Adelige, das heißt Personen, die aus peuplierungstheoretischer Perspektive der „qualifizierten“ Bevölkerungspolitik zuzuordnen sind, die Flucht ins preußische Herzogtum Kleve anstrebten. Exemplarisch dafür erging am 22. Januar 1687 von Potsdam ein Befehl, „[...] einige aus franckreich der dortigen Religions Verfolgung halber anhero geflüchteten Jungfern, nemblich die beyden geschwister Herbm und die Demoiselle Vernicour, welche Wir bißhero Verpflegen laßen, in Umserem Herzogthum Cleve, mit einigen stellen in dessen dortigen Jungfer-Closter zu benefiziren.“¹⁵⁴⁶ Bei einer adeligen Hugenottin „[...] Comtesse de Dorthé

¹⁵⁴² Zitat vom 21. November 1693 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁴³ Zitat vom 4. Mai 1695 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁴⁴ Zitat vom 4. Mai 1695 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁴⁵ Zitat vom 19. Oktober 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁴⁶ Zitat vom 22. Januar 1687 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1165.

welche der Religion halber aus Franckreich (...) geflüchtet, und ietz einiger Subsistenzmittel höchst benötigt“, befahl der Große Kurfürst, sicherlich auch aus der Verantwortung standesgemäßer Position und christlicher Nächstenliebe, ihr sofort zu helfen.¹⁵⁴⁷ Dabei solle sehr genau Sorgfalt genommen werden, damit die „[...] obgedachte Gräffin von Dorthen mit dergleichen revenuen sonderlichst versorget werden möge.“¹⁵⁴⁸ Dies geschah oftmals mit einem direkt an den König formulierten Brief, in dem z. B. ein französischer Hugenotte namens Elis Prüm schrieb, dass er „[...] sich in Jahr 1696 zu Dinslaken mit weib und kinder häußlich niedergelassen, in meinung, daselbsten mich mit meiner handthirung zu ernehren.“¹⁵⁴⁹ Allerdings ist „[...] wegen der schlechten Zeiten und Theuerung (...) offtmahlen des brodts mangel“ sehr groß, sodass auch der Magistrat ihm „[...] keine erlaßung, was auch darumb bey ihnen angehalten und gebothen, wiedererfahren lassen“ konnte.¹⁵⁵⁰ Die Nichtumsetzung versprochener peuplierungspolitischer Hilfestellungen und das Kämpfen um diese zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte preußischer Peuplierungspolitik. Wie in diesem Fall musste oftmals durch persönliche Order der preußische peuplierungspolitische Wille gegen die lokalen Widerstände durchgesetzt werden. Da der preußische König „[...] bey denen den Frantzösischen Refugyrte in Unsern Landen allergnädigst verliehenen Freyheiten eine durchgehende gleichheit gehalten undt dabey verhütet wissen wolle, (...) befehlen wir auff beigeschlossenes von Elie Prüm übergebenes allerunterhänigst Supplicatum Euch hiermit in Gnaden, dahin zu sehen, daß dem Supplicanten eben die Freyheiten (...) gestattet, derselbe dabei vollkommen geschützt werde.“¹⁵⁵¹ Von den eingewanderten und niederlassungswilligen Hugenotten forderte man allerdings sofort, dass „[...] all und jeder Fantzösische Refugirte hie und wieder in unsern Städten und Flecken auch in Dörfern auff dem platten Lande, gleich wie solches sich Von rechts undt altes herkommens wegen gebühret und billig, auf Von allen unsern angebohrnen unterthanen geschehen ist, Uns den gewöhnlichen Eydt der treue und unterthänigen gehorsams leisten solle.“¹⁵⁵²

Ein Problem städtischer Peuplierungspolitik mit qualifizierten Personen lag in der Integration hugenottischer Glaubensflüchtlinge in die Zünfte und Gilden sowie deren arbeitsrechtliche Gleichstellung mit einheimischen Meistern. Per Spezialbefehl Friedrichs III. im Jahr 1694

¹⁵⁴⁷ Zitat vom 10. August 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1165.

¹⁵⁴⁸ Zitat vom 22. Januar 1687 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1165.

¹⁵⁴⁹ Zitat aus dem Brief des französischen Refugierten Elis Prüm aus dem Jahre 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1167.

¹⁵⁵⁰ Zitat aus dem Brief des französischen Refugierten Elis Prüm aus dem Jahre 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1167.

¹⁵⁵¹ Zitat vom 1. Juni 1702 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1167. Die Order wurde durch persönlichen Befehl Friedrichs I., der ganz im Sinne seines Vaters die „restaurative“ hugenottische Peuplierungspolitik weiterverfolgte, an die oberste Behörde weitergegeben, damit sich der „[...] Supplicant eben die freiheiten (...) alhir Zu erfreuen habe.“

¹⁵⁵² Zitat vom 2. Januar 1690 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

wurden denjenigen französischen Lehrjungen und Gesellen, „[...] die schon in Franckreich einmahlen Meister gewesen“, erlaubt „[...] als Meister öffentlich zu arbeiten.“¹⁵⁵³ Eine weitere Verordnung erging an einen Richter der Stadt Wesel, damit „[...] den Refugyrten frantzosen wen sie Meistern seindt, in die gilden unentgeltlich admittiret werden“, wenn sie ihr in Frankreich gefertigtes Meisterstück nachweisen können.¹⁵⁵⁴ Zahlreiche Gesuche französischer Hugenotten gingen bei den preußischen Behörden ein, wie das des calvinistischen Exulanten Jean Fournier, der um Aufnahme in die Bäcker Gilde bat. Per Policeyverordnung wurde der Klevischen Regierung mitgeteilt, alles zu tun, „[...] damit der Supplicant (...) Pleiben möge.“¹⁵⁵⁵ Von den hugenottischen Handwerkern durften nur solche zum Meister zugelassen werden, „[...] welche dazu geschickt und tüchtig“ seien.¹⁵⁵⁶ In einem weiteren Fall der Nichtbeachtung „qualifizierter“ Peuplierungspolitik beklagte sich ein refugierter Hugenotte und Hutmacher Daniel de Troy über „[...] allerhandt behinderungen (...), weilen er nicht erweisen könnte, daß er in franckreich solch handtwerck alß ein (...) gewercksmeister (...) excerciret“ hatte.¹⁵⁵⁷ Daraufhin wies die preußische Behörde in deutlicher Form hin, dass es dem Magistrat bekannt sein müsse, dass „[...] alle dergleichen refugirte leuthe des Ihrenthalber von unseres höchstsehl. Herrn vatters gndst. (...) publicirten und nachgehends von Unß mehrmahlen bestätigten Edicts von allen dergleichen formalitäten gänzlich dispensiret seyn“, sodass man es nicht aus peuplierungspolitischer Perspektive tolerieren kann, dass „[...] der Supplicant zu dergleichen angehalten, und deshalb in seiner aldort angestellten nahrung behindert und turbiret werde.“¹⁵⁵⁸ Ähnlich erging es einem hugenottischen Schneider, dem per persönlichem Befehl Friedrichs III. über die „[...] klagten, die in Unserer Stadt Weesell wohnende frantzösische refugierte Schneider über das Schneider Gewercke eingebracht“ hatte, zu seinem Recht verholffen wurde.¹⁵⁵⁹ Dies stellt ein weiteres

¹⁵⁵³ Zitat vom 22. März 1694 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵⁵⁴ Zitat vom 19. Februar 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160. Siehe dazu auch ein Schreiben der Bürgermeister, Schöffen und Räte der Stadt Wesel vom 12. Februar 1694 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1170, in dem nach Druck aus Potsdam garantiert wurde, dass „[...] die Jenige so in franckreich Meisters gewesen, alhie auch als Meister geduldet“ werden. Es dürfe aber keiner Meister werden, wenn er „[...] kein meisterstück“ nachweisen könne. Durch diese Einschränkung wurden sicher einige hugenottischen Meister nicht angenommen, weil sie eventuell im Zuge plötzlicher Flucht ihr Hab und Gut, und damit auch ihr Meisterstück, zurücklassen mussten.

¹⁵⁵⁵ Zitat vom 1. Juni 1691 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1170.

¹⁵⁵⁶ Zitat vom 12. Februar 1694 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1170. Siehe dazu auch ein Schreiben vom 20. Oktober 1689 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1170, an den Weseler Magistrat, in dem verordnet wurde, dass dem „[...] in unser dortigen Stadt Wesell wohnende frantzösische Refugyrte Daniel de Troy (...) wegen seiner angestellten Hutmacherey allerhandt behinderung“ zu unrecht geschehe und man ihm mehr gemäß peuplierungspolitischer Doktrin zur Hilfe kommen müsse.

¹⁵⁵⁷ Zitat vom 20. Oktober 1692 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁵⁸ Zitat vom 20. Oktober 1692 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁵⁹ Zitat vom 10. Februar 1694 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1170. Zudem beschwerte sich der hugenottische Professionist, dass einer aus der Schneidergilde seine „[...] unterhabende arbeits auß seinem Hause mit gewalt weggenommen habe.“ Friedrich III. urteilte ganz im Sinne peuplierungspolitischer

Beispiel dar, mit welchen wirtschaftspolitischen Problemen die „qualifizierte“ Peuplierungspolitik sich auseinandersetzen musste. Die einheimischen Zünfte und Gilden sahen oftmals in der Etablierung fremder Professionisten eine Konkurrenz und versuchten diese auf alle nur erdenkliche Art und Weise zu unterwandern.

Neben wirtschaftspolitischen Problemen hugenottischer Peuplierungspolitik stand der konfessionelle Konflikt zwischen den calvinistischen Einwanderern und der einheimischen, meist katholischen Bevölkerung. Der Hauptgrund zur Emigration hugenottischer Glaubensflüchtlinge lag in der Aussicht, in einer neuen Heimat ohne Repression und Verfolgung ihre Religion öffentlich ausüben und praktizieren zu können. Die von der preußischen Regierung postulierte und ediktmäßig per Verordnung garantierte religiöse Toleranz und Gewissensfreiheit musste immer wieder aufs Neue auf lokaler Ebene in den rheinischen Territorien erkämpft werden. Schon in der Frühphase hugenottischer Ankunft in den rheinischen Territorien unterstützte die preußische Regierung die calvinistischen Glaubensflüchtlinge. Durch persönlichen Einsatz des Kurfürsten Friedrichs III. wurde bei der Einsetzung eines hugenottischen Predigers „[...] resolviret, das Besagter Ferrand bey Ihro Gott gebe glücklichen dahinkunfft, darinnen [im Schloss] wohnen Verbleiben sol“, und ihm kostenfrei „[...] diese Zwey Zimmer auch gelaßen werden.“¹⁵⁶⁰ Auch im Jahre 1728 wendete sich die hugenottische Gemeinde direkt an den preußischen König Friedrich Wilhelm I., indem „[...] das Consistorium der Reformirter Wallonischer Kirchen in Wesel abermahlen alleruntherth. (bittet), daß die introduction Ihres nach Uhalten Gebrauch Canonieen erwählten predigers nicht länger in Suspeso verbleiben möge.“¹⁵⁶¹ In einem weiteren Beispiel „qualifizierter“ Peuplierungspolitik wird ebenfalls die staatliche Unterstützung zur Realisierung der Ausübung calvinistischer Gottesdienste in französischer Sprache deutlich. Friedrich III. ordnete persönlich an, er habe „[...] an des Zweiten frantzösischen Predigers zu Wesell Brazy stelle, als welcher dem daselbst verstorbenen ersten Prediger Succediret, den frantzösischen Prediger von Zürich aus der Schweiz, N. du Cros (...) in gnaden vociret.“¹⁵⁶² Allerdings gab es auch Beispiele, wo sich der Kurfürst Friedrich III. „[...] wohl zu frieden“ über die peuplierungspolitische Unterstützung calvinistischer Hugenotten städtischer Verwaltungsorgane zeigte, weil man „[...] den dortigen Reformirten frantzösischen gemein

Verantwortung, dass „[...] das abgenommene restituirt“ und die erlassenen bevölkerungspolitischen Edikte Berücksichtigung finden müssen.

¹⁵⁶⁰ Zitat vom 5. September 1689 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173. Ein Jahr später berichtete die klevischen Regierung, dass der „[...] frantzösische prediger Debin von der Frantzösischen Gemeinde zu Wesel zu ihren ersten prediger“ angenommen wurde, um den Gottesdienst für die calvinistischen Protestanten und die Betreuung ihrer Seelen sicherzustellen.

¹⁵⁶¹ Zitat vom 23. März 1728 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1163.

¹⁵⁶² Zitat vom 26. März 1692 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

zu Verrichtung Ihres Gottes diensts bey Winters zeit den länglichen Saal über der Schloßpforte angewiesen“ hatte.¹⁵⁶³ Zudem befahl er dem Weseler Magistrat, „[...] denselben bey seiner ankunfft wohl auf Zunehmen, auch die verfügunz zuthun, daß er bey der frantzösischen Gemeinde daelbst als Zweiter Prediger vorgestellet, und ihm nebst freyer wohnung, eben so viel gehalt, als der Prediger Brazy gehabt, aus denen da Zu vorhandenen mitteln zu gewöhnlicher zeit gereicht werden möge.“¹⁵⁶⁴

Im Jahre 1705 formulierte der Vorsteher der „Wallonisch frantzösischen Gemein zu Wesell“ einen Brief an die preußische Regierung, da es wiederholte Streitigkeiten über die „communion“ gab, bei denen die französisch-wallonische Gemeinde Strafgeelder zahlen musste. Einige Weseler beschwerten sich, dass es „[...] bey anstehender communion einige irrungen und merckliches scandalum“ gäbe und dabei das „[...] heyilige sacrament des leibes und bluhts unsers einigen Erlösers und heylandes jesu Christi, auf eine oder andere weise prophaniret“ wurde.¹⁵⁶⁵ Dabei versicherte der Vorsteher der hugenottischen Gemeinde, dass „[...] die frantzösische Colonie und gantze Wallonisch-frantzösische gemeine keine innovation suche, Vielmehr dem Wohlhehrgebrachten Kirchengebrauch auf keinerleyweise eingreiffe, sondern selbiges so lange in statu quo laße, bis darahn Ew. königl. Maj. (...) emanirtes reglement (...) erläutert seye.“¹⁵⁶⁶ Daraufhin wurde eine Untersuchung anberaumt, bei der 64 Mitglieder der französisch-wallonischen Gemeinde protokollarisch befragt wurden. Dank dieses erhaltenen Protokolls haben wir eine Bevölkerungsziffer für die eingewanderten französisch sprechenden Emigranten. Die preußische Regierung tritt wie in vielen peuplierungspolitischen Fällen als Vertreter und Beschützer versprochener Privilegien auf, um die Rechte freier Religionsausübung französischer Gemeinden gegen die lokalen Administrationsorgane und dem oftmaligen lokalen Widerstand durchzusetzen. Noch im September 1709 geht aus einem Schreiben der preußischen Regierung an die Magistrate der Stadt Wesel hervor, dass „[...] denen in Unserer Stadt Wesell sich befindenden Refuggyrten, wie Sie deshalb im beygefügetem Ihrem Memorial Klage führen, diejenige Gelder, die Ihr zur Ungebühr von Ihnen beygetrieben, noch nicht Unserm an Euch unterm 30ten January 1707 ergangenen Befehl zu folge, restituiret“ worden waren.¹⁵⁶⁷ Deshalb befahl man dem Weseler Magistrat „[...] nachmahlen hiemit in Gnaden, und zugleich alles Ernsts, Ihnen solche Gelder so forth wieder zurückzugeben.“¹⁵⁶⁸ Noch unter der Regierungszeit Friedrichs des Großen

¹⁵⁶³ Zitat vom 1. November 1691 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁶⁴ Zitat vom 1. November 1691 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁶⁵ Zitat vom 29. August 1705 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1159.

¹⁵⁶⁶ Zitat vom 29. August 1705 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1159.

¹⁵⁶⁷ Zitat vom 11. September 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1159.

¹⁵⁶⁸ Zitat vom 11. September 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1159.

mussten die Rechte der Hugenotten situativ erstritten werden. Die klevische Kriegs- und Domänenkammer verordnete 1757, dass man der Witwe des verstorbenen Predigers Rouviere die „[...] 30 rthl Prediger Wittben-gehalts“ auszuzahlen habe.¹⁵⁶⁹

Ebenso wurden die kulturelle Freiheit emigrierter Hugenotten und deren öffentliche Ausübung in Wesel umgesetzt. So bestätigte der Weseler Bürgermeister im Jahre 1698, dass „[...] Wir einem refugie Bertin das informiren der jugendt nicht verhindern, sondern denen den refugijerten (...) gnädigst verliehenen privilegien gemäß solches frey laßen sollen.“¹⁵⁷⁰ Des Weiteren wird in diesem Schreiben berichtet, dass „[...] vor vielen jahren hero der Magistrath der Stadt Wesell nötig erachtet, eine frantzösische Schule zu dienst der jugendt alhie zu etabliren, undt zu dem Schulhauß adaptiren lassen, undt einen Schulmeister“ angeworben habe.¹⁵⁷¹ Aus diesem Grund peuplierungspolitischer Garantie kultureller Freiheit und der damit zusammenhängenden Etablierung einer hugenottischen Schule hat die Stadt „[...] einen refugie Baillard zugelassen“, damit „[...] er nebst docirung der Geometri, arithmetriq und Musiq auch die kleine jugendt schulweise“ unterrichten kann.¹⁵⁷² Dies zeigt, dass die calvinistischen Flüchtlinge nicht nur in den Kernlanden Brandenburg-Preußens einen gewissen Sonderstatus genossen, sondern auch „[...] aus der absolutistischen Stadt- und Staatsverwaltung eximiert“ waren.¹⁵⁷³ Aufgrund dieser garantierten Privilegierung und Eigenständigkeit läßt sich der langsame Assimilationsprozess bei der Hugentotten auch am Niederrhein erklären.

Ein gelungenes Beispiel preußischer „restaurativer“ Peuplierungspolitik zeigt sich in einem Brief des hugenottischen Flüchtlings Francois Lahleurs, sesshaft in Soest, aus dem Jahre 1697, der die Gelegenheit ergriff, „[...] Vor Ungefehr Zehen Jahren mit einer Soeßisch Tochter vermählet, dabey biß fünf kleine Kinder gezeuget“ habe.¹⁵⁷⁴ Genau solche positiven Geschehnisse wollte man durch peuplierungspolitische Maßnahmen erreichen, um Ländereien, Dörfer oder Städte mit Menschen zu bevölkern und zu peuplieren – in diesem Fall mit positiver peuplierungspolitischer Wirkung über die kulturelle Grenze einheimischer

¹⁵⁶⁹ Zitat vom 23. März 1757 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1163. Beigelegt diesem Schreiben ist ein Dokument in Kopie „Dans la quelle il de Crouve plusieurs Positions, tirees des Regestres en Protocoll du Consistoire francois de Wesel du temps, passe et de differente Année“ für das Jahr 1609, in dem auf die schon vor dem Edikt von Nantes verliehenen Rechte französischer Emigranten hingewiesen wurde.

¹⁵⁷⁰ Zitat vom 12. November 1698 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁷¹ Zitat vom 12. November 1698 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173.

¹⁵⁷² Zitat vom 12. November 1698 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1173. Dieser Zustand hielt allerdings nicht lange an, da der hugenottische Schulmeister Baillard „[...] sich nach sicheren ursach ins Pfälzische“ begeben wollte. Später urteilte man „[...] zum gemeinen besten“, dass „[...] wir dem letzt Sub ordinirten Boulin das öffentliche Schulhalten verbieten müssen, da wir gleichwohl demselben daß in den Häusern informiren (...) frey gelassen haben.“

¹⁵⁷³ Zitat aus Gehrman, R./Schultz, H.: Deutschland als Einwanderungsland und Auswanderungsland (1620-1914) ... , S. 115.

¹⁵⁷⁴ Zitat vom Mai 1697 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1170.

Bevölkerung und hugenottischer Protestanten hinweg. Dennoch sind mit diesem Fall negative Aspekte verbunden, da sich diesem, die Stadt erfolgreich peuplierenden Hugenotten, „[...] im besagtem Wesel so wohl Schlächters, brauers alß beckers sehr aufsetzig und gehäßig“ gegenüber verhalten haben.¹⁵⁷⁵

Eine peuplierungspolitische „Schaltstelle“ zur Anwerbung hugenottischer Glaubensflüchtlinge lag in Amsterdam, von wo aus der Commissarius Romswinckel zahlreiche Hugenotten in Richtung Herzogtum Kleve weiterleitete. In einem Schreiben von Potsdam an die Klevische Kammer wurde erwähnt, dass der „[...] Commissarius zu Amsterdam Romswinckel berichtet, daß sich einige aus frankreich geflüchtete Gerber und andere dergleichen handwercks Leute bei ihm angegeben und Willens wehren, wan Sie in Unseren dortigen Landen füglich untergebracht werden, sich daselbst niederzulaßen.“¹⁵⁷⁶ Aus diesem Grund „qualifizierter“ Peuplierungspolitik hätten die Räte und Bürgermeister der Städte „[...] fleißige sorge Zutragen, daß all diejenigen, so von gedachten Unserm Commissario Romswinckel an Euch werden adressiret werden, wol aufgenommen und zu Ihren etablissement aller Vorschus und facilität (...) Ihnen erwiesen werden möge.“¹⁵⁷⁷ Dass sich auch in der Frühphase des Potsdamer Ediktes hugenottische Flüchtlinge im Herzogtum Kleve niederließen, bezeugt eine Schilderung über einen „[...] frantzösischen hutmacher, nahmes Pierre Deulsan nebst Cameraden Pierre Thom, welcher denen aus franckreich geflüchteten Reformierten Exulanten mit anhero kommen, angenommen, sich in Unsern Landen in arbeit zu setzen, und deswegen resolviret ist, dessen zurückgelassenen Familie auch abzuholen.“¹⁵⁷⁸ Bei diesem Ansiedlungsversuch wird deutlich, dass nicht nur die preußischen Behörden ein Interesse an der Niederlassung des hugenottischen Flüchtlings im Herzogtum Kleve hatten, sondern auch die Stadt, die einen qualifizierten Emigranten, in dem Fall einen Hutmacher, benötigte. Damit diese Exulanten ihre Reichtümer und den Rest ihrer Familien, und damit noch mehr Menschen, ins preußische Rheinland holen konnten, sollte für diese „[...] befolgte Leute zu Ihrer fortkommung vor ohr zu ohr benötigte fuhren, nicht nur hin, sondern auch zurück ohnentgeltlich aberfolge[n], von Ihren Bey sich habenden und mit zurückbringenden Wahren und Sachen, auch inhalt Unsers Patents, so wenig an Accise“ als nichts zu nehmen.¹⁵⁷⁹ Es geht primär darum, diesen Flüchtlingen auf alle nur mögliche Art zunächst die Flucht, später die Ansiedlung zu erleichtern.

¹⁵⁷⁵ Zitat vom Mai 1697 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1170.

¹⁵⁷⁶ Zitat vom 10. Dezember 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁷⁷ Zitat vom 10. Dezember 1685 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁷⁸ Zitat vom 18. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁷⁹ Zitat vom 18. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

Die hugenottische Peuplierung lief bis zum Sommer 1686 ungehindert weiter. Völlig überfordert wendete sich erneut der Weseler Bürgermeister an die preußischen Behörden, weil die „[...] auß Franckreich der Religion halber Vertriebenen fast täglich in großer Anzahl alhie ankommen, worunter viele, unter erwartung deßen, so im Ew. Churf. Durchl. Edicten (...) gnädigst verheißen werden, sich hieselbst niederlassen.“¹⁵⁸⁰ Das Geld, um die versprochenen Benefizien und die Unterbringung der zahlreichen Menschen zu finanzieren, reichte anscheinend nicht aus, sodass ein „[...] großes Vergeschoßen werden“ musste.¹⁵⁸¹ Aus diesen Schilderungen kann man schon ersehen, dass wenn täglich neue Familien ankommen und man bei den meisten nur von einer „temporären“ Peuplierung sprechen kann, welche Auswirkungen dies, auch räumliche, für die Stadt haben kann. Die Unterbringung sowie die Sicherstellung der Nahrung müssen für die einheimische Bevölkerung, aber auch für die Flüchtlinge gewährleistet sein. Durch die „temporäre“ Peuplierung wurden neue Bedürfnisse an den Raum gestellt.

Aus einem Schreiben der königlichen Kriegs- und Domänenkammer an die königliche Regierung aus dem Jahre 1757 wird ersichtlich, dass sich die „[...] frantzösischen Refugiés, wie solche ehemals im Lande gekommen, und aufgenommen worden, besonders diejenige anbelangt, so zu Wesel in denen Jahren von Eintausend Sechs hundert und (...) achtzig sich niedergelassen“ hatten.¹⁵⁸² Blickt man im Vergleich zu den Kernlanden, so mag diese Zahl recht klein wirken, allerdings sind 1680 in die Stadt Wesel eingewanderte und niedergelassene Hugenotten keine geringe Zahl, was beweist, dass nicht ausschließlich alle protestantischen Glaubensflüchtlinge französischer Herkunft in die preußischen Kernlande ausgewandert sind, sondern auch im rheinischen Preußen eine neue Heimat gefunden haben.

Aus einer Predigerwahl der wallonisch-französischen Gemeinde zu Wesel im Jahre 1728 geht hervor, dass 48 wahlberechtigte „[...] Haußväter oder Chefs de famille, welche zu der Weselscher Wallonischer Gemeinde gehörig, (...) Suffraganten bey der Prediger Wahl seind.“¹⁵⁸³ (s. Tab. T-3)

¹⁵⁸⁰ Zitat vom 6. Juni 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172. Auch der Klevische und Märkische Präsident bestätigte nach vorhergehender Prüfung am 11. Juni 1686 das Problem der Stadt Wesel bei der Unterbringung der zahlreichen Exulanten.

¹⁵⁸¹ Zitat vom 6. Juni 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁸² Zitat vom 29. Juni 1757 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1172.

¹⁵⁸³ Zitat vom 25. April 1728 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1163.

Liste der Haußväter oder Chefs de famille welche zu der Weselscher Wallonischer Gemeinde
Gehörig, und Suffragante bey der Prediger Wahl seind 1728

Nr.	Name	Nr.	Name
1	Monsieur de Passac	14	Jaue Clement
2	Jean Benseler	15	Le Dr. Jean von Hockum
3	Pierre Lonsieme	16	Francois Tournay
4	Philip Horst	17	Jean Bieben
5	Jean Gommersbach	18	Jean van der Marck
6	Le Dr. Bieben	19	Jean Luyke
7	Le Conseiller privé Wiom	20	Jean Tiron
8	Le commissaire Gemet	21	Abraham Guerin
9	Gerhard Goll	22	Philip Fau
10	Daniel Ther. Schmitten	23	Jean (?)
11	Adrien Hieysman	24	Arnold Ibermsen
12	Francois Saltet	25	Jean Nicolas Hermse
13	Pierre Boulier		
Obsente glieder			
26	Henry Benseler (todt krank)	38	Jean Lensing (krank)
27	Jacque Meumier (nach Holland)	39	Jean Paul Philippe (krank)
28	Jaen du Pont (auß der Statt)	40	Jean Saltet (krank)
29	Paul Philippe	41	de Souville (krank und nacher gestorben)
30	Bernard Hoojkklimer (?) (krank)	42	Moselet (auß der Statt)
31	Anthoine Bonte (sehr krank)	43	Hilaire (deßen Frau am Sterben)
32	Pierre Lups (todtkrank und nach gestorben)	44	Jaue Rampon (deßen Frau todtkrank)
33	Jean Ilaese (krank und schwach)	45	Isaac Harnier (vereist)
34	Villack (vereist)	46	Le General Major Botle (wegen geschäftten)
35	Larose (vereist)	47	De Weibr post Meister (wegen geschäftten)
36	Cornu (vereist)	48	Rath von Reasfeld (wegen geschäftten)
37	Jacob Hluyter (vereist)		

Tab. T-3

Diese Tabelle zeigt, dass die Weseler Hugenotten sich zunehmend bei der Bewahrung ihrer kulturellen und religiösen Freiheit konsolidieren konnten. In einer „[...] demütigen Supplication der frantzösischen gemein umb Vermehrung des gehalts Ihres Predigers“ wurde auf die schon vorhandene geschichtliche Tradition mit Stolz verwiesen, weil es bald schon „[...] um beynahe 60 Jahr (sind), das (...) unsere Voreltere, als sie wegen Bekentniß Ihres glaubens (...) Ihr eigen Vatter Land und alles Verlassen mußten, in die Stadt auf- und

angenommen“ worden sind.¹⁵⁸⁴ Dafür sind sie den preußischen Herrschern für ihre tolerante und einwanderungsoffene Peuplierungspolitik sehr dankbar, weil sie „ [...] dem Heer seye danck, in [ihrer] sprachen und Versamblung [ihren] Gottes dienst“ ohne politische Repression im preußischen Herzogtum Kleve praktizieren durften.¹⁵⁸⁵

Auch unter dem ersten Preußenkönig Friedrich I. wurde die hugenottische Bevölkerungspolitik im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik weiter fortgesetzt, wobei die neuen erlassenen Edikte immer wieder ein deutliches aktives Anwerbungsmoment preußischer Herrscher hervorhoben. Der preußische Herrscher versprach den calvinistischen Emigranten, dass „ [...] die von Unsers in Gott ruhenden Herrn Vaters Christmildeten Andenckens Gnaden, denen wegen harter Verfolgung und schweren Bedrängnissen auß dem Königreich Franckreich Refugirten Evangelisch-Reformirten Religions-Verwandten, in Anno 1685, den 29. Oktob. verliehene und von uns bishero überall in Unseren Landen continuirte zehnjährige Freyheit und Privilegia“ verlängert werden würde.¹⁵⁸⁶ In einem weiteren im Herzogtum Kleve publizierten Edikt wurden speziell für die sich potenziell niederlassungswilligen französischen Protestanten zahlreiche Freiheiten zugesichert, dass „ [...] alle, in Dero Landen sich befindende und künfftig ankommende, wegen der Protestantischen Religion, vertriebene frantzösische und andere Refugirten, naturalisiret, und denen gebohrenen teutschen Unterthanen, egalisiert werden.“¹⁵⁸⁷ Des Weiteren wurde „ [...] das Edikt von Anno 1685 wohlbedächtlich dahin erleutert (...), daß alle, in Unseren landen bereits etablirte und künfftig noch sich darin etablirende Refugirte, es mögen dieselbe aus Franckreich, oder anderweitlich, der Religion halber, vertrieben seyn, nicht anders, als Unsere eingebohrne Unterthanen, so bald sie sich Uns, und Unserm Königlichen Haus, mit Eydes-Pflichten verbindlich gemacht haben werden, confideriret, geachtet und gehalten werden soll.“¹⁵⁸⁸ Sobald die französischen Exulanten ihre Eidesleistung gegenüber dem preußischen König geleistet hatten, wurde ihnen sowohl die kirchliche Freiheit als auch die politische Gleichstellung mit den Einheimischen zugesichert. Die Versprechungen beschränkten sich nicht nur auf die hugenottischen Emigranten, sondern galten für alle Glaubensflüchtlinge, die in Preußen eine neue Heimat gefunden hatten.

¹⁵⁸⁴ Zitat vom 25. April 1728 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1163.

¹⁵⁸⁵ Zitat vom 25. April 1728 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1163. Die Kinder der hugenottischen Emigranten waren bis zu diesem Zeitpunkt dem preußischen Königshaus sehr verbunden, da der preußische König Friedrich Wilhelm I. „ [...] die Verjagte Christen [Hugenotten, Anm. d. Verf.] auß Welsch Land, als ihre glaubens genossen fründlich empfangen, und bey sich beherbergt“ hat.

¹⁵⁸⁶ Zitat vom 4. Juli 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵⁸⁷ Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

¹⁵⁸⁸ Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162. Auch dieses erlassene Edikt lag in der Akte als französische Übersetzung mit bei.

Die Situation hugenottischer Kolonien war zwar zur Jahrhundertwende noch nicht optimal, allerdings zeigt sich in einem im Jahre 1696 erlassenen Edikt Friedrichs III. eine gewisse Zufriedenheit „restaurativer“ peuplierungspolitischer Maßnahmen. Nach einer Untersuchung hugenottischer Lebenssituation befand man, dass „[...] zwar abgedachte Colonien allbereit auf einen ziemlichen guten Fuß stehen, jedennoch aber, weilen dieselbe den desolaten Zustand, darin sie durch Verlassung ihres Vaterlandes und Zurücklassung ihrer meisten und besten Haabseligkeiten und Vermögen, gerathen, bishero noch nicht so gar verwinden oder sich erholen können, denenselben die Prorogation sothaner Freyheiten und Privilegien annoch auf einige Jahre wol zu gönnen wäre, in Erwegung, daß sie in solche Zeit sich überall besser anbauen und possessioniret machen, zu desto bequemer Cultivirung der durch sie in Land gebrachter vorhero unbekannter Manufacturen und Commerciens, dadurch gute Gelegenheit überkommen, und mehr und mehr angefrischt und aufgemuntert werden.“¹⁵⁸⁹ Die aus diesem Edikt zitierte Formulierung verdeutlicht sehr klar den „räumlichen“ Aspekt preußischer Peuplierungspolitik, da man sich im Zuge der Ansiedlung hugenottischer Emigranten eine „Cultivirung“ des Landes sowie mit Menschen als auch mit Manufakturen versprach. Mit der neu hinzugewonnenen „Manpower“ und den innovativen Kenntnissen französischer Protestanten ließe sich mehr Nutzen aus den in der Landschaft gebunden Ressourcen herausholen, um zum Wohle des Staates und der in diesem Lande lebenden Menschen einen Wohlstand für alle preußischen Bürger zu ermöglichen. Aus diesen oben genannten Gründen zur Förderung und Konsolidierung hugenottischer Peuplierungspolitik sollte „[...] dieses Unser gnädigsts Extensions-Edict der Frantzösischen und Wallonischen Privilegien allen und jeden Refugirten überall in Unseren Provinzien und Landen zu Nutz kommen und dieselbe sich dessen erfreuen und würcklich (...) genießen“, um damit die „[...] obgedachte Refugirte hierbey nachdrücklich zu schützen.“¹⁵⁹⁰ Auch bei Friedrich dem Großen wurde das vorhergehende Edikt im Kontext seiner „additiven“ Peuplierungspolitik am 25. Februar 1744 wieder erneuert, welches aktiv „[...] in den Städten an den Rathäusern und anderen publicquen Orten öffentlich angeschlagen [und] durch die gedruckte Wochen-Zettel und Zeitungen publiciret werden“ sollte.¹⁵⁹¹

¹⁵⁸⁹ Zitat vom 4. Juli 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵⁹⁰ Zitat vom 4. Juli 1696 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160.

¹⁵⁹¹ Zitat vom 25. Februar 1744 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162. Dass man die versprochenen Privilegien niedergelassener Protestanten auch noch zu Zeiten „additiver“ Peuplierungspolitik Friedrichs des Großen erneuern musste, zeigt sich in einem Beschwerdeschreiben „[...] des Kauffmanns, Mennonisten, Johansoon van Reedt“, der in Emmerich sein commercium betrieb. Sehr plakativ beschrieb der niederländische Mennonist die Schikanierungen des einheimischen Bürgermeisters Kellermann. In einem Schreiben an die preußischen Behörden erläuterte er, dass er „[...] für ungefähr 14 Tagen die Gasthaus-Scheuer hieselbst auf Sechs folgende Jahre gegen eine jährliche Pacht von 20. Thaler (...) gemiethet, und davon an den zeitlichen Gast-Haus-Rentmeister an so genandten Auf-Stübern 12 Thaler auch an Armen-Gelder 7 ein halb Stb. Zahlen“

Es ist durchaus von einer Kontinuitätslinie hugenottischer Peuplierungspolitik seit dem Großen Kurfürsten bis zu Friedrich dem Großen zu sprechen, die aber später nicht nur auf die französischen Exulanten bezogen, sondern auch auf alle protestantischen Glaubensflüchtlinge erweitert wurde. Das im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik stehende Edikt von Nantes im Jahre 1685 bewirkte einen neuen, intensiveren Zustrom calvinistischer Migranten, die zwar zum größten Teil weiterzogen, aber auch zu einem im Vergleich zu den preußischen Kernlanden geringeren Anteil ein neues Zuhause im Herzogtum Kleve fanden. Die seit 1540 protestantisch gewordene Stadt Wesel hatte schon vor der preußischen Übernahme eine „peuplierungspolitische“ Erfahrung, auf der die preußischen Behörden aufbauen konnten. Zahlreiche Religionsflüchtlinge waren schon im 16. und 17. Jahrhundert nach Wesel emigriert. Wie aus den Quellen zu ersehen ist, intensivierte sich der Zustrom hugenottischer Glaubensflüchtlinge im Zuge preußischer Peuplierungspolitik erheblich. Die in Preußen versicherte rechtliche Sonderstellung hugenottischer Exulanten, die sich in der eigenen Gerichtsbarkeit und einer eigenen Kirchengemeinde widerspiegelte, katalysierte sicherlich den Zustrom französischer, aber auch wallonischer Calvinisten. Die sich im Zuge „qualifizierter“ Peuplierungspolitik niedergelassenen Exulanten waren meist hochqualifizierte Professionisten, die sicherlich zum Teil wüste Hausstellen übernommen oder neue Häuser in Wesel aufgebaut hatten. Auch wenn die wirtschaftsfördernden Leistungen der hochspezialisierten und innovationsfreudigen Hugenotten für das Manufakturwesen und die

musste. Dafür habe er jedoch keine „[...] ordentliche und erforderliche Quittung“ erhalten, sodass er zum hiesigen Bürgermeister gegangen ist und ihn fragte, „[...] ob der Rentmeister darüber keine Quittung geben müste, weshalb gedachter Bürgermeister Kellermann mit einem ganz verstelltem Gesichte antwortet, Nein, darüber braucht er keine Quittung zu geben.“ Daraufhin erwiderte der mennonitische Kaufmann, „[...] der König gebe doch wohl quittungen über die von seinen Unterthanen gethane Zahlung, worauf der Bürgermeister Kellermann mit harten Worten ausfiele, wollet ihr dann dem Magistrat (...) Gesetze vorschreiben, und wenn ihr wieder Tabac an den Craan schicket, und nicht so fort bezahlet, so werde ich euren Tabac auf niederwerffen lassen.“ Die Enttäuschung dieses ablehnenden Verhaltens lokaler Kräfte ist unübersehbar, da der aus peuplierungspolitischer Sicht fleißige mennonitische Kaufmann „[...] bekannter maßen in all der zeit [seines] hiesigen Aufenthalts wohl für mehr denn Zehen mahl hundert Tausend Gulden, ja noch im (...) Winter allein 25.000 Gl. an Tabac zum besten des Publici und flor des Commercii umgeschlagen und fournirt, so schmerzte mich des Kellermanns ohne raison und billigkeit ausgestoßene Worte sehr“, da auch „[...] noch niemand Klage über mich jemahls geführt“ habe.

Daraufhin wurde ihm von dem „Wagemeister Hagemann“ berichtet, dass „[...] der Bürgermeister Kellermann (...) diesen Mittag hier gewesen“ sei und „[...] hat wie ein brüllender Löwe“ seine Wut über ihn freien Lauf gelassen. Nachdem dieser ihn nun gefunden hatte, „[...] griff mich der Kellermann mit einem ganz ungestümen Gesichte, Worten und beyden Händen an den Arm, brachte und stieß mich aus der Companie von der Camer und Treppen hinunter.“ Er war dermaßen überrascht, weil ihm „[...] kein Vorwurf bewußt [war], warum ich eine honette Compagnie meiden, und aus derselben sollte gestoßen werden.“ Da er nun „[...] durch diese des Bürgermeisters Kellermanns unerlaubte behandlung sehr prostituirt, mithin zu vermuthen stehet, es werde mir selbiges, da es auf eine eclatante arth in einem Wirths-hause geschehen, meinen Credit bey fremden, angränzenden Kauffleute und Correspondenten schwäche“, bat er den preußischen König, dass ihm „[...] fürs künftige allemahl ohnweigerlich die Quittung so über die bezahlung der Craan-Gelde als die bereits bezahlte Auf-Stüßer wegen der angepachteten Gast-Haus-Scheuer ertheilt werden möge.“ Zitat vom 29. Oktober 1742 vom HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 259. Solche und ähnliche Probleme waren trotz peuplierungspolitischer Verordnungen für die niedergelassenen protestantischen Professionisten, ebenso für die hugenottischen Glaubensflüchtlinge, häufig anzutreffen.

Ökonomie Brandenburg-Preußens in der heutigen Forschung teilweise relativiert werden, so kann sicherlich auch für die rheinischen Städte festgehalten werden, daß die hugenottische Peuplierung eine durchaus belebende wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkung für die Städte gehabt hat und „[...] eine zumindest tendenzielle Verstärkung und Differenzierung des städtischen Gewerbes“ darstellte.¹⁵⁹² So entstand in der Stadt Wesel des rheinischen Herzogtums Kleve ein pluralistisches Miteinander im städtischen Alltag, das trotzdem oftmals durch konfessionelle, soziale, wirtschaftliche, und kulturelle Differenzen gekennzeichnet war. Für die Umsetzung hugenottischer Peuplierungspolitik im preußischen Rheinland ist festzuhalten, dass es im Vergleich zu den Krenlanden sicherlich viel weniger niedergelassene Calvinisten und qualifizierte Exulanten gab – von einer unbedeutenden Peuplierungspolitik calvinistischer Franzosen und Wallonen kann aber nicht die Rede sein. Die hugenottische Peuplierung im Herzogtum Kleve fokussierte sich ausschließlich auf die städtische Kolonien und Peuplierung.

1.3. Gescheiterte Planung einer Koloniesiedlung französischer Hugenotten zwischen Kleve und Kranenburg 1718

Obwohl im vorherigen Kapitel quellenanalytischer Untersuchung hugenottischer Peuplierungspolitik im preußischen Rheinland der Nachweis ausschließlicher „städtischer“ Peuplierung emigrierter Calvinisten erbracht wurde, ist aus einer Quelle des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf zu entnehmen, dass es im Zusammenhang mit der Professionalisierung verwaltungsstruktureller Elemente peuplierungspolitischer Policygesetzgebung unter dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. durchaus Pläne zu der Anlegung einer „ländlichen“ Kolonie gegeben hatte. Anhand dieses Beispiels erkennt man, dass die in dieser Arbeit vorgenommene „räumliche“ Gliederung „stadtorientierter“ und „landorientierter“ Peuplierungspolitik fließende Übergänge zu verzeichnen hat.¹⁵⁹³

Da es sich bei dieser „ländlichen“ Peuplierung mit aller Voraussicht um qualifizierte Emigranten handelte, sollte diese Anlegung einer hugenottischen Kolonie sicherlich einen mehr städtischen Charakter haben – das heißt eine im Zusammenhang mit Manufakturen konzipierte Planung, zu der es allerdings nicht gekommen ist. Die „projektierte Kolonie zwischen Cleve und Cranenburg“ im Jahre 1718 sollte bisher unkultiviertes Land für eine Siedlung hugenottischer Glaubensflüchtlinge am Niederrhein urbar machen. Am 8. März 1718 erging von den französischen Emigranten Liusand und Mahsal an den preußischen

¹⁵⁹² Zitat aus Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 101.

¹⁵⁹³ Wie aus diesem Hauptkapitel D ersichtlich sein wird, gab es erhebliche Unterschiede in den Prozessen, Motiven und der Raumwirksamkeit zwischen den geographischen Kategorien „Stadt“ und „Land“. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass manche Stadt in der Frühen Neuzeit durchaus ländlich wirkte und es somit Überschneidungen und flüssige Übergänge zwischen der hier praktizierten Gliederung geben kann.

König ein Schreiben, in dem die französischen Migranten untertänigst baten, „[...] une Colonie entre Cleve et Cranenburg“ zu etablieren.¹⁵⁹⁴ Bei einer Bewilligung zur Anlegung einer hugenottischen Kolonie auf dem Land wäre sie „[...] tres humblement que La Majestet nous accordes un lieu que`est inculte Entre Cleve et Cranenburg.“¹⁵⁹⁵ Daraufhin entschied der preußische König, im Bewusstsein guter Erfahrungen hugenottischer Peuplierungspolitik, dieses Gesuch der beiden hugenottischen Glaubensflüchtlinge von den lokalen Behörden prüfen zu lassen, in „[...] welcher gestalt die Frantzösische Refugiirte Livront und Mahsal eine Colonie zwischen Cleve und Cranenburg anzurichten willens sind.“¹⁵⁹⁶ Nach eingehender Prüfung solle man „[...] so dann pflichtmäßig (...) berichten, was Ihr vermeynet, daß der Colonie einzuwilligen seye.“¹⁵⁹⁷ Aus dieser Anordnung an die Klevisch-Märkische Kammer ist zu erkennen, dass die preußische Regierung im Kern peuplierungspolitischer Umsetzung nicht abgeneigt war, auch in den niederrheinischen Gebieten zur räumlichen Ausnutzung und menschlicher Auffüllung Kolonien auf unkultiviertem Gebiet zu errichten. Nach eingehender Prüfung lokaler Beamter, ohne Angabe näherer Gründe, wurde dieser Plan zur Anlegung einer französischen Kolonie wieder verworfen. Lediglich die Clevisch-Märkische Kammer begründete diese Entscheidung zur Nichturbarmachung niederrheinischer wüstliegender Gebiete damit, dass diese nun „[...] sechs leuthe (...) wenig im Vermögen haben, und zu Ihrer Subsistenz viel fordern“ werden.¹⁵⁹⁸ Es wäre wohl ein zu großes finanzielles Wagnis, diese Kolonie zu einem peuplierungspolitischen Nutzen für den Gesamtstaat Preußen zu führen, sodass die Prüfungskommission der Meinung war, „[...] daß besser da Von zu abstrahiren“ sei.¹⁵⁹⁹ Mit dieser Empfehlung schloss sich die Akte zur Anlegung einer hugenottischen Kolonie.

Diese zwar gescheiterte Kolonianlegung zeigt aber dennoch einen Willen, eine solches Peuplierungsprojekt auch in den niederrheinischen Besitzungen zur Allokation und Nutzung vorhandener räumlicher Potenziale anlegen zu wollen. Man kann aber vermuten, dass noch im Jahre 1718 die Auffüllung wüstgewordener ländlicher und städtischer Hausstellen mit Menschen nicht beendet war und es wenig Sinn machen würde, die noch vorhandenen wüstliegenden Bereiche zu übergehen und völlig neue zu kultivieren – vielleicht ein historischer Hinweis dafür, dass das preußische Rheinland noch in der Phase „restaurativer“ Peuplierungspolitik steckte und man bemüht war, zunächst die seit dem Dreißigjährigen Krieg

¹⁵⁹⁴ Zitat vom 8. März 1718 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1166.

¹⁵⁹⁵ Zitat vom 8. März 1718 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1166.

¹⁵⁹⁶ Zitat vom 24. März 1718 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1166.

¹⁵⁹⁷ Zitat vom 24. März 1718 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1166.

¹⁵⁹⁸ Zitat vom 12. September 1718 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1166.

¹⁵⁹⁹ Zitat vom 12. September 1718 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1166.

noch vorhandenen wüstliegenden Stellen, vor allem in den Städten, mit Menschen zu besetzen, bevor man übergang, bisher noch unkultivierte Flächen für Siedlungen und anderweitige Nutzvorhaben urbar zu machen. Die „stadtorientierte“ und „restaurative“ Peuplierungspolitik im Herzogtum Kleve und der Grafschaft Moers standen somit noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts im Vordergrund bevölkerungspolitischer Maßnahmen – die Nichtumsetzung dieser hugenottischen Kolonie mag vielleicht ein Indiz für diese These sein. Weitere Hinweise sind aus diesen Quellen leider nicht zu eruieren.

1.4. Anwerbungsversuche englischer reformierter Flüchtlinge im Jahre 1686

Die Aufsetzung des Potsdamer Ediktes zur Anwerbung hugenottischer Flüchtlinge schloss nicht eine Anwerbung niederlassungswilliger Protestanten und Reformierter anderer Nationen und Länder aus. Nicht nur französische Exulanten, sondern auch andere protestantische Glaubensflüchtlinge waren im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik unter der Regierung der Großen Kurfürsten willkommen, um sich in den preußischen rheinischen Territorien niederließen.

Aufgrund konfessioneller Spannungen bei der Thronbesteigung Jakobs II. (1633-1701) in England, die in der Monmouth Rebellion im Jahre 1685 ihren Höhepunkt erlangten, baten ein „[...] Georgius Comods Southerland at Commitissa cum suis domesticis, Philip Baro do Phyharton cum suis domesticis, dominus Jahannes Riddell, Robertus Chrislie, Gulielmus Castares“ und andere „[...] englische Presbyterianer mit Anhängern Monmouths“ um Aufnahme im preußischen Herzogtum Kleve im Jahr 1686.¹⁶⁰⁰ Es müssen wirklich zu dieser Zeit einige englische Reformierte im Herzogtum Kleve angekommen sein, da die preußische Regierung aus einem Schreiben der klevisch-märkischen Verwaltung ersehen konnte, „[...] was (...) wegen der aus dem Königreich Groß-Britannien alldort angekommenen, auch noch ferner erwartenden Evangelische Reformirten Leute“ getan worden war.¹⁶⁰¹ Diese emigrierten Presbyterianer haben „[...] sich einzig und allein deswegen aus ged. Königreich wegbegeben, (...) weil Sie mit dem Episcopatibus in denen (...) ceremonien undt andern dergleichen (...) nicht überall einerley gedanken führen.“¹⁶⁰² In seiner Verantwortung als Schutzherr protestantischer Glaubensbrüder waren alle emigrierende Glaubensflüchtlinge, auch aus England, wenn sie „[...] sonstens keines Verbrechens schuldig seyn, sowohl allerorts, alß in allen Unseren übrigen Provinzen, auf- und anzunehmen und Sie darinnen Unseres Schutzes genießen lassen.“¹⁶⁰³

¹⁶⁰⁰ Zitat vom 27. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰¹ Zitat vom 27. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰² Zitat vom 27. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰³ Zitat vom 27. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

Dass es sich hier unter anderem um eine „aktive, qualifizierte“ Peuplierungspolitik handelte, bezeugt die Aussage der preußischen Regierung, dass man „[...] doch auch nicht abgeneiget [ist], zu facilitierung Ihres etablissemments und anstellung der manufactures einige immunitäten, freyheiten“ und anderweitige Privilegien „[...] in Gnaden wiederfahren zu laßen.“¹⁶⁰⁴ Diese Verordnung sollte jedoch zunächst aus politischen Gründen geheim gehalten werden. Aus einem Schreiben vom 6. Januar 1686 ist zu deuten, dass die politische Freundschaft mit dem englischen König wichtiger war als die Realisierung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen zur Auffüllung wüstliegender Stellen mit englischen Presbyterianern. Aufgrund der „[...] fründschafft und guten benehmen mit dem König in Engelland“ wurde verordnet, dass man, „[...] da ferner dort einige Englische vorhanden, die suspect, und Euch bekandt seyn (...), in geheimen specificiret werden möchten, [d]enen selben [aber] unter der handt andeuten zu laßen, daß sie sich (...) in aller Stille von dah weg begeben.“¹⁶⁰⁵ Weil man offiziell diese migrationswilligen Presbyterianer per offiziellem Edikt aus staatspolitischen Gründen nicht anwerben konnte, geschah dieser Prozess peuplierungspolitischer Anwerbung im Geheimen. Dabei müsse man größte Vorsicht walten lassen, da, wenn „[...] Sie (...) alß Rebellen an[ge]geben und reclamiret werden, (...) Wir sie nicht schützen könnten, sondern abfolgen lassen müssen.“¹⁶⁰⁶ Sollten „[...] sich dan die leute nach geschehener heimlichen warnung nicht fortmachen, So habt Ihr Sie auf continuirende reclamation in arest zu nehmen.“¹⁶⁰⁷ Damit dieser Prozess der Inhaftierung englischer Presbyterianer auch gemäß der staatspolitischen Vereinbarung zwischen Preußen und England ablaufen konnte, entsandte die englische Regierung zu Kontrolle den „[...] königl. Englisch. Envoye Extraordinaire (...) hochl. Skelton.“¹⁶⁰⁸ Dieser englische Beamte der königlichen Regierung kam im April 1686 mit einem Edikt des englischen Königs „Proclamation Du Pardon General De Sa Majesté de La Grand Bretagne“, in dem sämtliche Namen aufgelistet wurden, denen man politische Amnestie bei Rückkehr in ihre Heimat zusichern würde.¹⁶⁰⁹ Auch der englische Staat war sich ganz im Geiste des englischen Merkantilismus der Qualität geflüchteter Protestanten bewusst. Ein schönes Beispiel für die „kompetitive“ Konzipierung peuplierungspolitischer Zielvorstellung zwischen zwei Staaten –

¹⁶⁰⁴ Zitat vom 27. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰⁵ Zitat vom 6. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰⁶ Zitat vom 6. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰⁷ Zitat vom 6. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰⁸ Zitat vom 26. April 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶⁰⁹ Der englische Gesandte hatte einem preußischen Kammerrat „[...] ein gedrucktes Papier zu gestellet, worinnen die Nahmen derjenigen, welche von dem jüngst Publicirten pardon ausgeschlossen, und als Rebellen reclamiret werden, (...) auch dabey gefüget, daß dahero einige Leute in Unseren Clevischen Landen sich befinden möchten, (...) Wir selbige den König abfolgen zu laßen“ möchten. Zitat vom 2. April 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

ein peuplierungspolitischer „Kampf“ um Menschen. Die preußische Regierung reagierte auf diese politische Amnestie mit einem Schreiben an die klevisch-märkische Kammer, in dem dieser angedeutet wurde, dass man den zurückkehrungswilligen Presbyterianern eindringlich klar machen müsse, dass sie offiziell „[...] von Uns nicht geschützt werden können, Ihnen solches unter handt angezeigt werden möge und sich in zeiten aus dem staube zu machen“, um sich hier im Herzogtum Kleve oder in anderen preußischen Provinzen im Schutz religiöser und kultureller Freiheit niederzulassen.¹⁶¹⁰ Wie brisant das peuplierungspolitische Unterfangen der Aufnahme englischer Glaubensflüchtlinge gewesen sein muss, erschließt sich aus einem erneuten Schreiben vom 2. April 1686 an die Klevische Kammer. Man müsse im Sinne bevölkerungspolitischer Perspektive den emigrierten englischen Protestanten „[...] dann so fort unter hand, jedoch im höchsten Geheimnis (...) zu erkennen (...) geben, daß Sie sich anders wohin in Sicherheit begeben“ müssen.¹⁶¹¹

Wie viele englische Presbyterianer sich im Herzogtum Kleve niedergelassen haben, kann aufgrund fehlender Quellen nicht beziffert werden. Da aber etliche in den rheinischen Territorien angekommen waren und auch vom englischen Gesandten namentlich gesucht wurden, ist anzunehmen, dass in der Phase „restaurativer“ Peuplierungspolitik einige englische Protestanten am Niederrhein eine neue Heimat gefunden haben oder weitergezogen sind. Es zeugt vom Primat peuplierungspolitischer Zielvorstellung, wenn die außenpolitische Ausrichtung, in diesem Fall im Geheimen, unterwandert wurde, um mehr Menschen in die eigenen Territorien zu ziehen, um diese wiederum dichter zu bevölkern.

1.5. Höhepunkt der Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik unter Friedrich dem Großen

Die Regierungszeit des preußischen Königs Friedrichs des Großen stellt nicht nur im Hinblick auf die Raumwirksamkeit „additiver“ Peuplierungspolitik einen Höhepunkt dar, sondern auch die „stadtbezogene“ Bevölkerungspolitik, vor allem im Hinblick auf die Schäden des Siebenjährigen Krieges, intensivierte und professionalisierte sich in neuen Dimensionen.¹⁶¹² Neben der wirtschaftspolitischen Anwerbung fremder Manufakturisten und Fabrikanten zur Niederlassung in den niederrheinischen Städten stand nach dem verheerenden Siebenjährigen Krieg der Aufbau und die Wiederbesiedelung zerstörter und wüstgewordener Hausstellen im Vordergrund der friderizianischen „Retablissement-Politik“. Exemplarisch für die

¹⁶¹⁰ Zitat vom 27. Januar 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶¹¹ Zitat vom 2. April 1686 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1164.

¹⁶¹² Allein für dieses Kapitel konnten 64 Akten im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf benutzt und ausgewertet werden. Die Quellenlage für die Zeit Friedrichs des Großen ist um einiges besser als bei seinen Vorgängern, sodass dieses Kapitel über die Raumwirksamkeit „restaurativer“ und „additiver“ Peuplierungspolitik intensiver bearbeitet werden konnte.

Raumwirksamkeit „stadtorientierter“ Peuplierungspolitik zur Verringerung wüster und zerstörter Hausstellen werden in diesem Kapitel die niederrheinischen Städte Kalkar, Grieth, Xanten, Sonsbeck, Goch, Orsoy, Büderich und Kervenheim sowie deren demographische Entwicklung skizziert und im Kontext gesamtstaatlicher Peuplierungspolitik bewertet.

1.5.1. Gescheiterte Pläne zur Anlegung zweier neuer Städte am Niederrhein

Die binnenkolonialisatorischen Vorhaben „additiver“ Peuplierungspolitik während der Regierungszeit Friedrichs des Großen offenbarten raumwirksame Potenziale preußischer Bevölkerungspolitik. Bei diesen peuplierungspolitischen Plänen ging es nicht mehr um eine bloße Wiederherstellung früherer demographischer Zustände – also kein „restaurativer“ Ansatz –, sondern um die Kultivierung und Urbarmachung bisher noch ungenutzten Raumes. Dieser, über den „restaurativen“ Ansatz peuplierungspolitischer Vorstellungen hinausgehende Aspekt typologisiert der Verfasser als „additive“ Bevölkerungspolitik. Um die bisher noch ungenutzten Landflächen in blühende Landschaften umzuwandeln, war „Manpower“ notwendig. Neu angeworbene Menschen, die mithilfe anthropogener Energie die wüst- und brachliegenden Gebiete in Kultur setzen können, offenbaren dem historisch-geographischen Forscher gerade bei solchen binnenkolonialisatorischen Urbarmachungen unkultivierter Landschaftsflächen die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik. Auch wenn die folgenden zwei Pläne zur Anlegung neuer Städte am Niederrhein gescheitert sind, ist festzuhalten, dass man trotzdem versuchte, additive peuplierungspolitische Maßnahmen in den preußischen Provinzen im Rheinland umzusetzen.

Ein bevölkerungspolitischer Vorschlag städtischer Peuplierungspolitik beinhaltete die Anlegung „[...] einer neuen Stadt auf der Mookschen Heyde.“¹⁶¹³ Am 29. August 1774 beschwerte sich die Mörsische Kriegs- und Domänen Kammer, dass „[...] mittelst einer Besonderen Concession, privilegirte Stadtische Etablissement des Entrepreneurs Peter Witzen auf denen dazu angewiesenen 300 Morgen Landes von der Mooker Heyde, bisher in nichts weiter, als in leeren Versprechungen“ gemündet war.¹⁶¹⁴ Aus diesem Schreiben ist zu erkennen, dass man die Kolonisationspläne des Entrepreneurs Peter Witzen von preußischer Seite aus genehmigt hatte. Weil aber „[...] weder nach seinem Engagement [von] zugestellte 200 fremde Familien“ keiner aufgetaucht war, noch sich gemeldet hatte, gebe es aus peuplierungspolitischer Perspektive „[...] wenig hofnung zur wirklichen Anlegung der vorgespingelten neuen Stadt.“¹⁶¹⁵ Zudem habe sich „[...] der Witzen mit Hinterlassung

¹⁶¹³ Siehe dazu die HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶¹⁴ Zitat vom 29. August 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶¹⁵ Zitat vom 29. August 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

einiger Schulden diesen Ort heimlich verlassen.“¹⁶¹⁶ Die Anwerbung von 200 Familien und die damit verbundene logistische Umsetzung bei der Anreise und die Unterbringung der Menschen bei der Kultivierungsphase stellte ein riesengroßes Unternehmen dar, das wahrscheinlich für den Niederrhein aus geographischen und finanziellen Gründen in dieser Form nicht umsetzbar war.

Deswegen wies die Kammer den Landesdirektor Graf von Byland an, „[...] die zum städtischen Etablissement vorher bestimmt gewesenen 300 Morgen, weil zu deren Unterbringung Hofnung vorhanden, zum Verkauf öffentlich anzubiethen“, um die bisher unkultivierten Landflächen in einem kleineren Rahmen zu kolonisieren oder anderweitig zum Anbau zu nutzen. Anhand dieses Beispiels werden die Überschneidungen „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik deutlich. Aus einer zunächst „städtisch“ orientierten peuplierungspolitischen Motivation heraus wurden nun im kleineren Rahmen ländliche Kolonien zur Nutzung unkultivierter Landflächen geplant. Im Folgenden sollen nun „[...] 30 verschiedene Parcelen, jedes zu 10 Morgen, abgemessen werden“ und zum Verkauf angeboten werden.¹⁶¹⁷ Dabei wurden nicht nur die Anstrengungen optimaler räumlicher Ausnutzung vorhandener unkultivierter Flächen von dem Landesdirektor von Byland gewürdigt, sondern auch die eines gewissen Rentmeisters Matmann, der ganz im Geiste peuplierungspolitischer Verantwortlichkeit „[...] auch thätige Proben von seinem Eyfer für die Beförderung Eurer Königl. Maj. Höchsten Intention abgelegt hat, indem er theilß selbst verschiedene Stücke zur Bebauung und Uhrbarmachung übernommen“ hatte.¹⁶¹⁸ Solches vorbildhaftes peuplierungspolitisches Verhalten regionaler und lokaler Verwaltungspersonen wurde mit großem Wohlwollen von der preußischen Regierung vernommen. Nach der gescheiterten Planung der Anlegung einer neuen Stadt müsse zur räumlichen Ausnutzung bisher ungenutzter Landflächen „[...] die Etablirung mehrerer Colonien und Uhrbarmachung eines so ansehnlichen districts Heyde Landes, der bishero sehr steril gewesen ist, auf eine glückliche Art erreicht“ werden.¹⁶¹⁹ Damit dieser Prozess binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik ohne weiteren Zeitverlust umgesetzt werden kann, „[...] haben (Wir) dahero, um diese Uhrbarmachung eines so großen Districts Heyde Landes nicht aufzuhalten, unter verhofter allergnädigster Genehmigung, die vorläuffige Approbation dato darüber ertheilet“, um schnellstmöglich einen monetären Gewinn durch die räumliche Auffüllung mit

¹⁶¹⁶ Zitat vom 29. August 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶¹⁷ Zitat vom 29. August 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889. Im Folgenden wurden die Parzellen vermessen und tabellarisch in dieser Akte aufgeführt. Durch diesen Verkauf parzellierter Flächen auf der Mookschen Heide wurde der potenzielle Gewinn auf 1526 Gulden geschätzt.

¹⁶¹⁸ Zitat vom 29. August 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶¹⁹ Zitat vom 29. August 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

Menschen aus diesem königlichen Domänenbesitz zum Wohle des preußischen Staates zu erzielen.¹⁶²⁰

Dennoch wird aus einem Schreiben der Mörsischen Kriegs- und Domänenkammer deutlich, dass die Berliner Regierung noch nicht vollständig von dem Vorschlag zu Anlegung einer Stadt abgekommen war. Zum 1. November 1774 bekräftigte die Mörsische Kammer erneut, dass „[...] zur Ausführung des vorgehabten Städtischen Etablissement des Peter Weitzen auf der Mookschen Heyde, in den bis ultimo Oct. (...) verstattet gewesene endliche Frist nicht die allergeringste nähere Zubereitung oder Vorkehrungen getroffen worden, auch von demselben, seit dem er heimlich entwichen, gar nichts weiter bekannt“ sei.¹⁶²¹ Drei Wochen später erging der Befehl aus Berlin, „[...] die zu solchem Etablissement destinirt gewesene 300 holländische Morgen Heydegrund, anderweitig zur Urbarmachung unterzubringen“ und dem Witzen die Konzession zur Anlegung einer neuen Stadt zu entziehen.¹⁶²² Damit war der Übergang von einer „stadtbezogenen“ zu einer „landbezogenen“ Peuplierungspolitik vollzogen und verdeutlicht in diesem Fall die fließenden Übergänge beider peuplierungspolitischer Strömungen.

Im Januar 1775 kam es endlich zur offiziellen Ausschreibung der 30 Parzellen auf der Mookschen Heide. Bei diesem Verkauf kam es, wie so oft bei solchen binnenkolonialisatorischen Prozessen, zu rechtlichen Streitigkeiten und Nutzungskonflikten zwischen der preußischen Administration und den lokalen Kräften. Im Januar 1775 beschwerte sich der Rentmeister Matmann „[...] über die ihm in seiner Colonie Anlage auf der Mookschen Heyde von dem Freyherrn von Dedem zu Driesberg [erwähnten] Verdrießlichkeiten“ bei der räumlichen Umsetzung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen.¹⁶²³ Daraufhin reagierte die Klevische Kammer sehr verärgert, dass dieses von Berlin und den lokalen Untergebenen „[...] so sehr empfohlene Etablissements Geschäfte, statt solches zu befördern, Vielmehr behindert wird.“¹⁶²⁴ Bei diesem binnenkolonialisatorischen Prozess peuplierungspolitischer Umsetzung wird aus historisch-geographischer Perspektive deutlich, dass die räumliche Dimension preußischer Peuplierungspolitik immer wieder zu Nutzungskonflikten räumlicher Potenziale zwischen dem preußischen Staat und den regionalen Kräften führte.

Im September berichtete die Klevisch-Moersische Kammer „[...] wegen fernerer Urbarmachung der Mooker Heyde“, dass „[...] bereits 325 Morgen (...) öffentlich verkauftet

¹⁶²⁰ Zitat vom 29. August 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶²¹ Zitat vom 1. November 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶²² Zitat vom 25. November 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶²³ Zitat vom 6. Januar 1775 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶²⁴ Zitat vom 2. Februar 1775 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

und erteilet worden, auch weiter einige Stücke zur Urbarmachung“ noch bereitgestellt werden.¹⁶²⁵ Im Sommer 1778 berichtete der Rentmeister Matmann ganz stolz „[...] in puncto seiner neuen Haupt Colonie auf der Bisteltschen Heyde unweit Moock im Clevischen“ und stellte damit ein vorbildhaftes Beispiel räumlicher Wirksamkeit „additiver“ Peuplierungspolitik im Bezug auf die Urbarmachung unkultivierter Landflächen dar, die mithilfe anthropogener Energie ausländischer Emigranten zu blühenden Kolonien wurden.¹⁶²⁶ Weil diese erfolgreiche räumliche Umsetzung bevölkerungspolitischer Vorstellungen selbst den preußischen König Friedrich den Großen „[...] in höchsten Gnaden gefallen (hat)“, bat er zur weiteren Konsolidierung dieses peuplierungspolitischen Projektes um „[...] die Anlegung einer Korn- (...) mühle auf meiner, auf dieser Vormalis gantz Sterilen Heyde, angelegten und allerwärts mit zehn steinern Capitalen Häusern würcklich bebaut und durch ausländische Familien bewohnter 150 holl. Morgen großer Colonie (...) mir anzu accordiren.“¹⁶²⁷ Das Bild einer vorher unkultivierten Heidefläche, die nun jetzt nach erfolgreicher Peuplierung zu einer kleinen, dörflichen Kolonie mit zehn steinernen Häusern fremder Emigranten geworden war, ist ein sehr plakatives Beispiel für die Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen am Niederrhein.

Auch weiterhin war der Widerstand lokaler Kräfte gegen die räumliche Peuplierung unkultivierter und wüster Flächen ungebrochen und der staatlichen peuplierungspolitischen Diktion zuwider. Trotz des fortgeschrittenen Stadiums dieser oben genannten Kolonie beklagte sich der Rentmeister, dass, obwohl „[...] es die Pflicht einer jeden Obrigkeit, mithin des Mookschen Jurisdiktions Gericht erfordert, meine Unternehmungen zu favoresieren, (...) daßselbe sich vielmer (unterstehet) die avertissements abreisen zu laßen, meine aus dem holländischen herein gezogenen Colonisten auf alle nur mögliche practiquable und erfindliche Weise zu beunruhigen und zu erschweren, mithin es diesen dergestalt müde zu machen, daß sie (...) hiesige Provintz hiewieder werden Verlassen müssen.“¹⁶²⁸ Vor allem diese räumliche Dimension preußischer Peuplierungspolitik zur Allokation aller landschaftsgebundenen Potenziale und Ressourcen führte zu Nutzungskonflikten mit den lokalen und regionalen Kräften. In diesem Fall war es ein preußischer Untergebener, der sich selbstständig als Entrepreneur um holländische Emigranten zur Ansiedlung auf der Mookschen Heide bemühte und sein erworbenes Land aus eigenem Interesse peuplierte. Diese Nutzungskonflikte lagen häufig darin begründet, dass die fremden Emigranten ehemalige Heideflächen zur Siedlung

¹⁶²⁵ Zitat vom 4. September 1775 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶²⁶ Zitat vom 12. Juli 1778 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶²⁷ Zitat vom 12. Juli 1778 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶²⁸ Zitat vom 12. Juli 1778 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

und zum Anbau von Pflanzungen zu ihrer eigenen Subsistenz in Kultur nahmen und die Einheimischen diese kultivierten Flächen nicht mehr als Viehweide nutzen konnten.

Dieser Konflikt musste zugunsten der Peuplierenden entschieden worden sein, da einige Zeit später die „[...] auf der Mookschen Heide durch den Rentmeister Mottmann Sen. Erbaute häuser“ sich auf 17 beziffern ließen.¹⁶²⁹

Auch die zweite, „[...] wegen der von dem Herrn Kriegs Rath Sandrart (...) zu etabliren gesuchten, aus der Meyerey Herzogenbusch geflüchteten Familien und Wegen der bey dieser Gelegenheit von dem Kriegs Commissario Bach zu Büderich und dessen Compagnon Witzen tentirten Anlegung einer Neuen Stadt“ im Jahre 1771 wurde nicht realisiert.¹⁶³⁰

Der stets aus peuplierungspolitischer Sicht fleißige Kriegsrat Sandrart berichtete am 18. Oktober 1771, dass in der „[...] Meyerey Herzogenbusch, welche aus circa 12 Herrlichkeiten bestehet, (...) seither ohngefahr 2 Jahren der Vieh-Licent um ein Merckliches erhöhet“ wurde, sodass diese „[...] schwere Inquisition in der ganzen Meyerei ein solchen Aufruhr erreget (hat), daß sich fast alles von den reichsten bis zum geringsten auf flüchtig Fuß befindet.“¹⁶³¹ Laut seiner Einschätzung wäre es aus peuplierungspolitischer Sicht sehr sinnvoll, die „[...] mehr als 200 protestantische und Catholische Familien, unter welchen sich einige von 5 bis 6 Tonnen Goldes befinden“, zur Niederlassung ins Herzogtum Preußen zu bewegen.¹⁶³² Der „qualifizierte“ Aspekt peuplierungspolitischer Zielvorstellungen ist hier offenkundig primär, da diese potenziellen Einwanderer samt Vermögen ins Land kommen würden. Diese aus der Meierei Herzogenbusch geflüchteten Emigranten waren „[...] durchgehend reich, keine einzige arm“ und wünschten „[...] nichts in der Welt mehr, als sich im Clevischen niederzulaßen und den allerhöchsten Schutz Ew. k. M. erhalten zu können.“¹⁶³³ Allerdings wurde ein Herzogenbusch-Flüchtling „[...] in Ketten“ gelegt, da er sich bei der Einziehung eines preußischen Generals weigerte, sich diesem anzuschließen.¹⁶³⁴ Aufgrund dieser gewalttätigen Einziehung des Emigranten Martin Heycops entschieden sich die weiteren niederlassungswilligen Flüchtlinge, dass sie solange nicht in die preußische rheinische Provinz ziehen, bis dieser Martin Heycop freigelassen und die von den preußischen Behörden postulierte „Enrollierungsfreiheit“ auch tatsächlich eingehalten würde. Diese berüchtigten gewaltsamen militärischen Enrollierungen bewirkten unter anderem eine starke antipeuplierungspolitische Wirkung.

¹⁶²⁹ Zitat vom 12. Juli 1778 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

¹⁶³⁰ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³¹ Zitat vom 18. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³² Zitat vom 18. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³³ Zitat vom 18. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³⁴ Zitat vom 18. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Namentlich war es der Leutnant Lobbes vom Löllhovelschen Regiment, der den Emigranten Martin Heycop gewaltsam einzog.

Die preußische Kriegs- und Domänenkammer reagierte mit dem Hinweis, dass man bei dem „[...] mit Gewalt angeworbenen Martin Heycop (...) das Nötige erlassen werde.“¹⁶³⁵ Zu Anfang November des selbigen Jahres beklagte sich der Kriegsrat weiterhin, dass es ihm noch nicht gelungen sei, die „[...] eine oder die andern der exportierten Familien zum Etablissement in Ew. K. M. Provinz zien willig zu machen, da der so schändliche Umstand wegen des Heycop noch nicht völlig aus dem Wege“ geräumt war.¹⁶³⁶ Deswegen bat er schnell um die Bestätigung der Werbefreiheit aller neuankommenden Flüchtlinge und um die Klärung dieses Zwischenfalls, weil sich schon „[...] eine ansehnliche anzahl der geflüchteten Familien bereits im Brabandschen, Jülich und Ravensteinschen auch viele zu Werth (...) niedergelassen“ hatten.¹⁶³⁷ Dies verdeutlicht einerseits den hohen Stellenwert der Werbefreiheit für die Einwanderungswilligen, andererseits auch die Nichteinhaltung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen durch militärische Offiziere.

Auch wenn schon einige Flüchtlinge an einem anderen Ort eine neue Niederlassung gefunden hatten, waren „[...] viele der expatriierten Familien noch unetabliert, (...) die noch immer im Clevischen sich mit Sicherheit niederlassen zu können wünsch[t]en.“¹⁶³⁸ Trotz dieses bisher negativen Ereignisses blieb „[...] noch immer genug und reele Erwartung übrig eine nach ziemliche Anzahl sothaner Flüchtlinge nicht nur sondern anderer, welche ihr bisheriger Aufenthalt wegen des hohen Vieh-Licentes zum beschweren und zur Last geworden, dahin zu vermögen, daß sie sich in diesem Herzogthum an[zu]setzen“ willig sein würden.¹⁶³⁹ Ein Schreiben des Magistrats aus Xanten zeigt nicht nur, dass „[...] die Hereinziehung solche bemittelten familien für hiesige stadt sehr nützlich sein würde“, sondern offenbart dem Leser eine positive Einschätzung „qualifizierter, stadtbezogener“ peuplierungspolitischer Maßnahmen auch bei lokalen Kräften, die nicht immer negativ bevölkerungspolitischen Vorhaben gegenüberstanden.¹⁶⁴⁰

¹⁶³⁵ Zitat vom 29. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³⁶ Zitat vom 4. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³⁷ Zitat vom 4. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³⁸ Zitat vom 4. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶³⁹ Zitat vom 4. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Bei diesem Schreiben über die Einschätzung des peuplierungspolitischen Versuches der Anwerbung holländischer Flüchtlinge an den Kammerpräsidenten von Ostau bat der Kriegsrat Sandrart, den, wie man im Kapitel der „landbezogenen“ Peuplierungspolitik bei der Urbarmachung der Bönninghardter Heide noch sehen wird, aus peuplierungspolitischer Perspektive sehr hilfreichen „[...] Bürgermeister Evers aus Sonsbeck mit dahin zu nehmen zu dürfen, welcher in gar vieler Absicht bey diesen geschäfte mit soliden Nutzen zu gebrauchen stehet.“ Einen Tag danach wurde dieser Wunsch Sandrarts genehmigt, dass der „[...] Bürgermeister Evers incognito nach der Mayerey Herzogenbusch“ zur Umsetzung der Anwerbungsversuche mitkommen dürfe.

¹⁶⁴⁰ Zitat vom 14. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Auch nach seiner Einschätzung wurden durch die unnötige Einziehung des Martin Heycops „[...] die übrigen geflüchtete Familien abgeschreckt (...), sich in hiesige Lande zu etabliren und bey allen ihnen gegebenen Versicherungen kein zutrauen mehr zu hegen scheinen.“

Bei einer mit dem Bürgermeister der Stadt Sonsbeck durchgeführten Inspektionsreise in die Meierei Herzogenbusch waren sie „[...] unter verdeckten Nahmens (...) auch in ihren häusern gewesen“ und nahmen in tabellarischer Form 31 Familiennamen auf, mit denen eine erfolgreiche peuplierungspolitische Umsetzung eines Etablissement möglich gewesen wäre.¹⁶⁴¹ (s. Tab. T-4) Abermalig wurde mit Nachdruck jedem Emigrationswilligen zugesichert, dass niemand „[...] ausgeliefert oder zum Militär dienst forcirt würde.“¹⁶⁴²

Tabelle der Familien der Meierei Herzogenbusch, mit denen ein Etablissement möglich gewesen wäre 1771

Nr.	Name	Nr.	Name
1	Veler van den Boomen	17	Jan Risk
2	Henrich van Ragen	18	Tonnis Meurckes
3	Henrich de Velt	19	Henri du Pont
4	Lamert Vevvaarleldens (?)	20	Jan Meurckes
5	Wilm von den Basshut	21	Jan Gielen
6	Pieter Schloths	22	Teunis Daysters
7	Adrian Lielermann	23	Jan Daysters
8	Laurenz von der Aslerbosch	24	Pierre Hulsbosh
9	Gerrit van Riet	25	Jan de Poermann
10	Jan Perdiesteldaner	26	van de Boome
11	Henrich von de Veen	27	Giesbert Peters
12	Jan Langmanns	28	Pierre von de Laus
13	Peter Perdiesteldaner	29	Jan Pervink
14	Jan Emmges	30	Poelat Meyers
15	Pieter Rosh	31	Gerrit Derricks
16	Hermann Gommers		

Tab. T-4

Dass man nicht nur die noch im Herzogenbusch geblieben Familien anzuwerben versuchte, sondern sich auch noch um die schon bereits in andere Orte geflüchteten Emigranten bemühte, zeigte sich in einem Schreiben des Magistrats zu Üdem, der nach peuplierungspolitischer Aufforderung dienstschuldig Antwortet leistete, dass „[...] wir uns alle mögliche Mühe gegeben, um auszuforschen, wo dieselben [die bereits emigrierten Herzogenbuscher, Anm. d. Verf.] sich hingeflüchtet, und ob Einige von denen Famillien nicht

¹⁶⁴¹ Zitat vom 26. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁴² Zitat vom 26. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Des Weiteren befinden sich in dieser Akte beigelegte Kopien von verteilten Werbeplakaten in holländischer Sprache.

gesonnen seyn in hiesiger Provinz herein zuziehen, dem Vernehmen nach so befinden sich einige familien zu Venrath Ravenstein und im Jüllichschen.“¹⁶⁴³ Immer noch, auch trotz der versprochenen Zusicherung der Werbefreiheit, „[...] getrauen (sie sich nicht) in hiesige Provinz zu ziehen.“¹⁶⁴⁴

Erstmalige Pläne zur Anlegung einer neuen Stadt mithilfe der emigrationswilligen Herzogenbuscher-Flüchtlinge tauchen in einem Schreiben des Magistrats von Büderich auf, der nach seiner Einschätzung zur räumlichen Verortung einer solchen befragt wurde. Er meldete „[...] gehorsamst, daß nach dem Kriege Ew. Königl. Mayst. davon das Project beygebracht worden, solche recht auf der land Straße, auf dem Birtenschen Bruch anzulegen“ sei.¹⁶⁴⁵ Ein solcher Ort musste wohl überlegt ausgesucht werden und benötigte somit einige räumliche Parameter zur erfolgreichen „stadtbezogenen“ Peuplierung. Ein wichtiger wirtschaftspolitischer Aspekt räumlicher Erfordernisse „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik bei der Umsetzung zur Anlegung einer neuen Stadt war die Zugangsmöglichkeit zum Wasser und die infrastrukturelle Anbindung an eine Landstraße. Den Birtenschen Bruch hatte der Magistrat zu Büderich deswegen ausgesucht, weil dieser „[...] nebst den Canal, welcher (...) auß dem Rhein durchs Veen in die Niers und ferner in die Maas geführet werden sollte.“¹⁶⁴⁶ Die Skepsis über die Realisierung dieses „stadtbezogenen“ peuplierungspolitischen Vorhabens war unübersehbar, da „[...] der Himmel (...) seinen Segen gebe“, damit „[...] dadurch (...) große, unmöglich scheinende Projecte erleichtert und zur Ausführung gebracht werden“ können.¹⁶⁴⁷

Um dieses peuplierungspolitische Anwerbungsunterfangen Herzogenbuscher Flüchtlinge noch zu einem guten Erfolg zu bringen, solle man, so die Weisung aus Berlin, all diejenigen, „[...] denen es ein Ernst ist, in diseitige Lande ihr unterkommen zu suchen, aus dem Vorgang mit dem Heycop überzeug[t] werden, daß sie keine gewaltsame Werbungen“ zu befürchten haben.¹⁶⁴⁸ Am 13. Dezember 1771 erging aus der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer endlich der Befehl, dass der „[...] Martin Heycop, so fort wiederum auf freyen Fuß gestellt werden soll“ und zur Entschädigung „[...] ihm auch bekannt gemacht wird, daß er so gleich als (...) Scheffe [Schöffe, Anm. d. Verf.] bey der Stadt Goch angenommen, und dadurch die gelegenheit, und Umstände gesetzt werden können, unter dieser qualiteet desto freyer und sicherer seine verlaßenen domestique (...) zu arangiren, ohne sich dabey der sonstigen gefahr,

¹⁶⁴³ Zitat vom 25. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁴⁴ Zitat vom 25. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁴⁵ Zitat vom 3. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁴⁶ Zitat vom 3. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁴⁷ Zitat vom 3. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁴⁸ Zitat vom 4. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

einer von holländischen Seite wieder ihn anzustellenden Inquisition zu exponieren.“¹⁶⁴⁹ Man erkennt an diesem Beispiel, wie hoch die Wertigkeit peuplierungspolitischer Zielvorstellung im gesamtpolitischen Betrachtungsfeld stand, da man die durch einen preußischen Offizier getätigte militärische Einziehung rückgängig machte, ja diesen emigrierten Flüchtling sogar entschädigte, um im Ausland kein negatives Bild antipeuplierungspolitischer Gesinnung zu erwecken.

Um sicherzugehen, dass die Nachricht der Freilassung des Martin Heycops und die getätigte Entschädigung bei den Herzogenbuschern auch ankam, befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer dem Kriegsrat Sandrart nochmals in die Meierei Herzogenbusch zu reisen und damit das geplante peuplierungspolitische Vorhaben der Anwerbung niederlassungswilliger Flüchtlinge sowie deren Etablisement voranzutreiben, damit „[...] auch der von dem heran zu ziehende Vermögen erhoffte Vortheil erreicht werde.“¹⁶⁵⁰ Schließlich berichtete der Kammerpräsident von Ostau im Februar 1772 dem Kriegsrat Sandrart, dass „[...] der Martin Heycop sich bey mir gemeldet, und mir viele Hofnung zu einigen Etablissements der missvergnügten Familien aus der Meyerey Herzogenbusch gemacht“ hat.¹⁶⁵¹ In diesem Kontext der Rettung dieses peuplierungspolitischen Unternehmens erließ der preußische König per Kabinettsorder am 13. Dezember 1771 zusätzlich ein Edikt, in dem er den Emigrationswilligen versicherte, dass, wenn „[...] also die bey abgedachter Gelegenheit nach meinen Clevischen Landen flüchtende Unterthanen bey der Zoll Defraudation zu Herzogenbusch sich keines Vernehmens schuldig gemacht, sondern blos aus Mißvergnügen wegen Verfolgung ihrer Gläubiger, sich in meinem Lande niederlassen wollen, so kann ihnen, ohne bedencken von Meinetwegen die Versicherung erteilet werden, daß sie nicht ausgeliefert werden, sondern vielmehr Meines Schutzes zu erfreuen haben, so viel nur immer möglich, Mein höchster Beystand angedeyen soll.“¹⁶⁵² Damit wurden die angeworbenen Herzogenbuscher Flüchtlinge unter den persönlichen Schutz des preußischen Königs Friedrichs des Großen gestellt.

Parallel zu den erneuten Anwerbungsversuchen begann man mit einer Stadtplanung und Kostenkalkulation, um diese neue Stadt zu realisieren. Der Magistrat zu Büderich versicherte, dass der „[...] Witzen ein fleissiger Mann“ sei und man durchaus bei dieser Stadtneugründung

¹⁶⁴⁹ Zitat vom 13. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁵⁰ Zitat vom 19. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Diese erneute Reise ins niederländische Herzogenbusch solle am besten „[...] so lange ausgesetzt werden, bis der Heycop zurück gekehret ist.“

¹⁶⁵¹ Zitat vom 27. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁵² Zitat vom 13. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

Vertrauen zu ihm haben könne.¹⁶⁵³ Der engagierte Entrepreneur Witzen war sich sehr sicher, so aus einem persönlichen Schreiben des Witzens an die preußische Kammer, dass wenn „[...] ich einigermaßen unterstützt werde, bin ich im Stande, alles dasjenige (...) in Ordnung zu bringen, und wohl auch außer dem 20 bis 30 familien aus der Schweitz, Emsland, Gelderland und dem holländischen zu besorgen, auch verschiedene fabriken aufzurichten, alles zum größten Vortheil Ew. Mayst. des Lands.“¹⁶⁵⁴ Um dieses große, raumwirksame peuplierungspolitische Unternehmen verwirklichen zu können, benötigte der Entrepreneur Witzen ca. 1900 rthl. Kautionsgelder. Es wird hierbei der Eindruck erweckt, dass diese Vision einer neuer Stadt durchaus gut kalkuliert war. „Wenn sich jemand zum engagement der Leuthe in der Meyerey schicket“, so der Magistrat zu Büderich, „[...] so ist es meines Erachtens dieser Wizen“, der zusätzlich eine anwerbungspositive „[...] Gabe (hat), einen zu bereden.“¹⁶⁵⁵ Der Kammerpräsident von Ostau schaute diesem wohl gewaltigsten peuplierungspolitischen Vorhaben am Niederrhein, „[...] [w]as die Bemerkung des Bürgermeisters Bach wegen einer auf dem Birtenschen Bruch durch diese fremden familien anzulegenden Stadt anbetrifft“, noch mit Vorsicht entgegen, solange bis der Entrepreneur Witzen „[...] den Plan, welchen er zu entwerfen versprochen, eingereicht werden wird.“¹⁶⁵⁶ Allerdings schien ihm aus Erfahrung dieses enorme peuplierungspolitische „[...] project (...) umso mehr weitwendig zu seyn, da bey der im Jahre 1764 in Vorschlag gebrachten combination des Maas und Rhein Strohmee und Anlegung zweyer neuer Städte, nach angestellten genauen Untersuchungen befunden, daß die Ausführung dieser projecte mit vielen Kosten und Weitläufigkeiten ohne bey alle dem eine gegründete Hofnung zu neuem guten Erfolg zu haben, verbunden seyn würde.“¹⁶⁵⁷ Diesen Ausführungen des Kammerpräsidenten Ostau sind aus zweierlei Gründen sehr interessant: Zum einen werden hier die gewaltigen potenziellen raumwirksamen Bemühungen bei der Realisierung dieses peuplierungspolitischen Vorhabens einer Stadtneugründung mit fremden Migranten und Manufakturisten deutlich, zum anderen aber auch der Hinweis, dass man schon vorher peuplierungspolitische Überlegungen zur Anlegung zweier neuer Städte hegte. Es wäre somit nach Einschätzung des Kammerpräsidenten deutlich sinniger, niederlassungswillige Leute zu finden, „[...] welche in Capital anzulegen vermögen sind“, damit sie sich in einer kleineren

¹⁶⁵³ Zitat vom 29. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁵⁴ Zitat aus dem persönlichen Brief des Entrepreneurs Witzen aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Diese vielfältigen Möglichkeiten zur Anwerbung migrationswilliger Menschen lag zum Teil darin begründet, dass er familiäre Beziehungen in die Schweiz und Holland hatte, was sehr günstig für die Anwerbung war.

¹⁶⁵⁵ Zitat vom 24. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁵⁶ Zitat vom 31. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁵⁷ Zitat vom 31. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Zudem wies er darauf hin, dass es bereits einige Städte in der rheinischen Provinz gebe, die schon „[...] zur Handlung und zu fabriken die vortheilhafteste Lage haben.“

räumlicheren Dimension „ [...] auf hiesigen Heyden anzubauen [mögen], wo sie mit einigen Kosten in kurzer Zeit ein ansehnliches Etablissement zu Stande bringen können.“¹⁶⁵⁸

Am 14. Januar 1772 berichtete der Bürgermeister Bach zu Büderich, dass der Witzen „ [...] aus Helmond bereit ist zu Pferde herüber zu kommen um mit (...) mir in Konferenz zu treten.“¹⁶⁵⁹ Der Eindruck scheint ein durchweg positiver gewesen zu sein, weil „ [...] der Witzen sich auch andern familien einzubringen engagiret“, sodass eine „ [...] Neue Stadt anzulegen, (...) nach Meiner Einsicht das best zu seyn“ scheint.¹⁶⁶⁰ „Es müssen Entrepreneurs seyn“, so der Büdericher Bürgermeister weiter, „ [...] die das [peuplierungspolitische] Werk befördern.“¹⁶⁶¹ Das Vertrauen des Büdericher Bürgermeisters schien zu dem Entrepreneur Witzen ungebrochen gewesen zu sein, „ [...] welcher das Clevische land kennt und begierig ist, darin was gutes zu stifften.“¹⁶⁶² Um aber dieses große peuplierungspolitische Projekt realisieren zu können, hätten einige räumliche Eingriffe in der Landschaft zur Umsetzung der Stadtneugründung getan werden müssen. Eine infrastrukturelle „ [...] Erweiterung der Wege und des Canals nach dem Rhein“ wäre bei diesem gigantischen Projekt eine peuplierungspolitische und damit raumwirksame Notwendigkeit gewesen.¹⁶⁶³

In einem Schreiben des Witzens im Februar 1772 an den König wird deutlich, dass sich das peuplierungspolitische Projekt zur Umsetzung nun verbindlich konkretisieren musste. Es sei zur Absicherung notwendig, dass er „ [...] eine von der Königs majestaet Höchsten Persohn vollzogen Vollmacht erhalten müße, welche ganz deutlich a) derjenige Königl. Schutz, b) die beneficia und c) die kräftige Königl. Interession bestimmt werden, welcher erwehnten Familien und in Specie wegen ihres zurück bleibenden und ohnfehlbar confiscirt werdenden Vermögens zu fließen und angedeyen solle.“¹⁶⁶⁴ Im Folgenden ist es ein lohnendes Unterfangen, den am 5. Februar 1772 konzipierten Plan „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik des Entrepreneurs Witzen in seinen wichtigsten Punkten hier zu präsentieren:

„1) Der Entrepreneur macht sich starck und verbindet sich, Eine große Anzahl dergl. Fabricanten, Professionisten, Akerleute, Kauffleuthe, von allerley Sorten, auch bemittelte familien, welche gewis aus 500 haushaltungen bestehen sollen, hier ins Land, um sich darin nieder zu setzen, einzubringen.

¹⁶⁵⁸ Zitat vom 31. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁵⁹ Zitat vom 14. Januar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁶⁰ Zitat vom 12. Januar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁶¹ Zitat vom 12. Januar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Als Parallele dazu zog er die Stadt Krefeld hinzu. Hätte „ [...] Crefeld nicht die von der Leyen (...), so würden die fabriquen daselbst bald“ niedergehen.

¹⁶⁶² Zitat vom 12. Januar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁶³ Zitat vom 12. Januar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁶⁴ Zitat vom 8. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

Um solches zu bewerkstelligen wird nöthig seyn,

2) Einen sicheren Platz und Feld Raum wenigstens von 200 holländ. Morgen anzuweisen. (...)

3) In solchen Platz worauf diese Societät sich niedersetzen und zum Anbau bequemen will, wird ebenfalls ein district zum feld Bau erfordert, worauf sich die mit ins Land kommende Akerleuthe niederlaßen können.“ Dafür eignet sich am besten die „[...] Gegend zwischen Goch und Gennep. (...)

4) der Entrepreneur macht sich verbindlich, zu dem Anbau so wohl in den Platz zu denen Fabriken als zu den Land Bau, dergl. familien einzubringen, die aus ihren eigenen mitteln, die Kosten zu ihren anbau fourniren sollen. (...)

5) die nöthigen Materialien als Holtz, Stein und Kalk (...) müste [vom preußischen Staat, Anm. d. Verf.] geliefert, oder bezahlt werden. (...)

6) alle familien auß dem Holländ. Und Brabandschen Provinzen, welche nach den Clevischen Landen und sich darin niederzusetzen [vorhabens], bis zu ihrer Wohnstelle von allen Zahlen und andren Abgaben frey seyn. (...)

7) den ferneren Einwanderungswilligen ein „[...] gewisses Taggeld“ auszuzahlen.

8) Die Gewährung der Religions- und Gewissensfreiheit.

10) „Ein (...) Privilegium für diese anbauende Stadt mit ihren district und daß derselben Einwohner gleich andren Clevischen Städten, die Zoll Freyheit zu Wasser und zu Lande genießen sollen.“

11) Folgende Fabriken sollen in dieser Stadt errichtet werden: „a) Französische leinen von allerley sorten und Couleuren, b) Pellen und Servieten, c) extra feine auch grob leinen, (...) f) Wolle und Leinen Garn.“

12) Man primär zunächst die „Fabriken und Commerci“ befördern müsse.

13) „eine 20jährige Freyheit an alle niedersetzende fabricanten, Commercianten und Einwohner allergn. Accordiren.“

15) „für jede familie von 4 Persohnen, jedoch nur erst bey den jedesmahligen Ablieferung in den königl. Landen 5 D (...) aus der zu etablirenden Stadts-Casse refundiret werden soll.“¹⁶⁶⁵

Dieser Plan des Entrepreneurs Witzen zeigt die sehr differenzierte Herangehensweise einer „städtischen“ Peuplierung, bei deren Planung, wie an Punkt 3) zu erkennen ist, wichtige räumliche Parameter konstitutiv für die Umsetzung einer erfolgreichen Stadtneugründung waren. Auch bei diesem geplanten peuplierungspolitischen Projekt der Frühen Neuzeit sind die fließenden und ineinandergreifenden räumlichen Aspekte „stadtbezogener“ und

¹⁶⁶⁵ Zitate aus dem Plan des Entrepreneurs Witzen vom 5. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

„landbezogener“ Peuplierungspolitik deutlich erkennbar. Zwar sind vor allem unter anderem die Manufakturen und Fabriken sowie der Handel essentielle wirtschaftliche Bestandteile städtischer Siedlungen, allerdings deutete der hier konzipierte Plan mit der Anmerkung, dass man auch Raum und Landfläche für den Feldanbau zur Ernährung der Stadtbevölkerung benötigte, auf den in der Frühen Neuzeit noch vorhandenen ländlichen Charakter von Städten hin. Dass die räumliche Kategorisierung dieses Siedlungsprojektes im peuplierungspolitischen Sinne eindeutig der „stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik zuzuordnen ist, ergibt sich allein aus der Forderung, dass der preußische König Friedrich der Große die neugegründete Siedlung fremder Emigranten als „[...] eine Frey Stadt zu declarieren“ habe.¹⁶⁶⁶

Die Reaktion der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer war trotz der sehr differenzierten Beschreibung der Anlegung einer neuen städtischen Siedlung eher verhalten. Man sehe sich aufgrund vorhandener Skepsis zurzeit noch „[...] nicht bestärcket (...), dem Anführen des Witzen überall Glauben beyzumeßen.“¹⁶⁶⁷ Deshalb sollte man sich sicherheitshalber „[...] noch sorgfältig nach allen Umständen des Witzen erkundigen“, um in Erfahrung zu bringen, inwieweit dieser Entrepreneur ein zuverlässiger Mann sei.¹⁶⁶⁸ Zum Ende des Februars 1772, so eine Notiz des Büdericher Bürgermeisters, habe der Witzen „[...] bereits etliche 70 familien“ für dieses peuplierungspolitische Projekt anwerben können.¹⁶⁶⁹ Dennoch war man auf höherer Verwaltungs- und Regierungsebene weiterhin sehr zurückhaltend und gab die Order aus, dass „[...] in dieser weit aussehenden Sache nichts eher mit Effekt unternommen werden könne, als bis man mit Zuverlässigkeit von des Witzen vermögens und sonstige Umstände vergewissert worden“ ist.¹⁶⁷⁰ Zuerst müsse die Zuverlässigkeit der Person Witzen belegt werden, bevor man überhaupt mit einer solchen Umsetzung beginne.

Der euphorisiert erscheinende Büdericher Bürgermeister berichtete im April 1772, dass nun ca. 100 emigrationswillige Familien unterschiedlicher Qualität im Gespräch zur Ansetzung wären. Alle in diesem peuplierungspolitischen Prozess städtischer Neugründung beteiligten Personen, so der Bürgermeister weiter, „[...] approbiren den plan, und (thun) Ihr bestes (...) und alles darnach in Stande zu stellen.“¹⁶⁷¹ Die Verbreitung der Freilassung des Herzogenbuscher Emigranten Martin Heycop führte dazu, dass aus „[...] der Meyerei (...) wohl 200 familien kommen, fabricanten und Werck Leuth.“¹⁶⁷² Dass dieses gigantische peuplierungspolitische Projekt keine reine Luftblase war, beschrieb der Bürgermeister

¹⁶⁶⁶ Zitat vom 5. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁶⁷ Zitat vom 19. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁶⁸ Zitat vom 19. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁶⁹ Zitat vom 23. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷⁰ Zitat vom 5. März 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷¹ Zitat vom 7. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷² Zitat vom 7. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

Büderichs bei seinem Besuch in Wesel, wo er hörte, dass schon etliche Fabrikanten und „[...] ansehnliche bemittelte Persohnen nach der Königl. Approbation“ gefragt hätten.¹⁶⁷³ Es waren definitiv schon einige qualifizierte Manufakturisten und Fabrikanten real vorhanden, die bei diesem peuplierungspolitischen Projekt mitwirken und damit in die preußischen rheinischen Territorien emigrieren wollten. Sogar als der Büdericher Bürgermeister „[...] bereits abgereist [war], kam ein fabricant außerhalb der Stadt (....) nachgelaufen, mit dem Anliegen, daß er mit zu den Witzenschen Entreprise gehöre und mit in die Preußische Lande ziehen wolle.“¹⁶⁷⁴ Zudem sei ihm „[...] eine Liste der sich bereits engagirten familien zugestellet worden, (...) total Summe (...) beläufft sich [auf] 289 Persohnen.“¹⁶⁷⁵ Ferner seien „[...] überhaupt (noch) 210 familien nach denen holländischen Provintzien angegeben, und ist ein vorläuffiger plan zum Neuen anbau verfertiget von 450 zu erbauende Häuser.“¹⁶⁷⁶ Besonders an diesem Punkt wird die große raumwirksame Kraft dieses peuplierungspolitischen Vorhabens ersichtlich. Weil „[...] nun Ew. Königl. Mayest. Bey dem Witzenschen plan nichts risquieren, und fals derselbe nicht ausgeführet werden könnte, ohne Schaden bleiben“, bat er um die Unterstützung des preußischen Königs, um dieses große Projekt zur Vollendung zu bringen.¹⁶⁷⁷

Auch der in peuplierungspolitischen Sachen sehr erfahrene und tätige Kriegsrat Sandrart schien von diesem stadtbezogenen Projekt „additiver“ Peuplierungspolitik überzeugt gewesen zu sein. Er erwarte in den nächsten Tagen eine detaillierte „[...] Liste derer sich bereits engagirten Familien“, und einen genauen „[...] Vorläufigen Plan zum Anbau von 450 Häusern.“¹⁶⁷⁸ Der von diesem peuplierungspolitischen Projekt überzeugte Kriegsrat werde „[...] gewiss alles mögliche anwenden, um nach Beschaffenheit der Umstände den besten Effect befördern zu helfen und die Sache so geschwind es faisabel zu tractiren.“¹⁶⁷⁹ In diesem Fall peuplierungspolitischer Umsetzung stellten die einheimischen lokalen Beamten die Gruppe der Befürworter dar und setzten sich aktiv für die Umsetzung „stadtbezogener“ Bevölkerungspolitik ein.

Auf das von der Klevischen Kammer angeführte Argument, dass man anstatt der Gründung einer neuen Stadt mit vielen Kosten und anderweitigen Schwierigkeiten die Auffüllung emigrationswilliger Ackersleute und Professionisten auf vorhandenen wüstliegenden Plätzen betreiben möge, erwiderte der Büdericher Bürgermeister auf „[...] die Frage, ob nicht

¹⁶⁷³ Zitat vom 25. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷⁴ Zitat vom 25. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷⁵ Zitat vom 15. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷⁶ Zitat vom 25. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷⁷ Zitat vom 25. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷⁸ Zitat vom 25. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁷⁹ Zitat vom 25. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

möglich sey, sich in die Clevischen Städte nieder zu laßen und die darinn ledig stehenden Häußer sich zu bedienen, sagte derselbe Nein, [weil] alte Häußer zu repariren und zu ihren Geschäften zu aptiren würde mehr als Neue baun kosten, und könnten ihre fabriquen solchergestalt nicht betrieben werden, dann die Entrepreneurs ihre fabricanten um sich haben.“¹⁶⁸⁰ Zudem wurden räumliche Bedingungen zur Konstituierung der neuen Stadt definiert, sodass der „[...] Marckt Platz gantz frey bleiben (muß) (...) auch sind in den Neben Straßen schlechtere Häußer als in den haubt Straßen zu erbauen, damit ein Unterschied in Kauff und Miethe sey.“¹⁶⁸¹ Zudem plane der Witzen unter anderem die Anlegung einer „[...] hohen Schule“, die durch Jesuiten geführt werden solle.¹⁶⁸² Man erkennt, inwieweit man versuchte, unterschiedliche soziale Gruppen, sei es bemittelte Ackersleute, oder aber Professionisten und hochqualifizierte Arbeiter oder Manufakturisten, aber auch Gelehrte in die Stadt mit einzubinden, um eine gute, sozial differenzierte, und den Bedürfnissen einer frühneuzeitlichen, wirtschaftlich starken Stadt angepasste Mischung unterschiedlicher Menschen verschiedener Qualität zu erhalten.

In einer „[...] Designation derjenigen, so in Helmond den 21. April 1772 wegen der Witzenschen Entreprise“ angelegt wurde, sind sechs für die Stadtneugründung finanzstarke Personen aufgelistet, „[...] welche (sich) nach den Plan in die königl. Preuß.-Clevische Lande (...) etabliren“ wollten.¹⁶⁸³ Zudem liegt eine Skizze dieser neuen Stadt bei, die aus einem Rathaus, einer reformierten, lutherischen und katholischen Kirche, aus Fabriken und einem Jesuitenkloster bestehen sollte. Die Skizze ist mit der Anmerkung versehen, dass man nun 117 emigrationswillige Familien, bestehend aus insgesamt 309 Personen, habe. (s. Abb. 5) Nach der Einsendung des skizzierten Stadtplanes an die Klevische Kriegs- und Domänenkammer würden die Beteiligten weitere Anweisungen erhalten, „[...] wie Ihr darauf zu seiner Zeit näher beschieden werden sollet.“¹⁶⁸⁴ Mit dieser letzten Bemerkung schließt die Akte zur Stadtneugründung im niederrheinischen Gebiet. Die Gründe, warum dieses gigantische Projekt „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik nicht verwirklicht wurde, wurden nicht weiter ausgeführt. Es ist allerdings zu vermuten, dass trotz dieses sehr detaillierten Planungsprozesses die Skepsis und das dabei vorhandene finanzielle Risiko auch in der

¹⁶⁸⁰ Zitat vom 26. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁸¹ Zitat vom 26. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁸² Zitat vom 26. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

¹⁶⁸³ Zitat vom 21. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75. Unter denen ist ein sogenannter „[...] 1) Ditterer Pieter von Moorsel, bemittelter Kaufmann, 2) Grootveld, Commissionair auf die West-Indien, 3) Nicolaus Archenstpe, hat 500 Vieh an der Seuche verloren, nunmehr die Land Wirthschafft denen gegeben, lebt von seinen Renten, 4) Johannes Swieckets, bemittelte Persohn, (...), 5) Johannes von de Kaap, einer der besten Weber, 6) die in der Liste bemelte 4. Dames, leben bey den Witzen von ihren Renten, und versprechen mit denselben zu ziehen.“

¹⁶⁸⁴ Zitat vom 12. Mai 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

Hochphase preußischer „additiver“ Peuplierungspolitik in den preußisch regierten rheinischen Territorialgebieten für die oberen preußischen Behörden zu groß erschien.

Skizze einer potenziellen Stadtneugründung am Niederrhein vom 21. April 1772

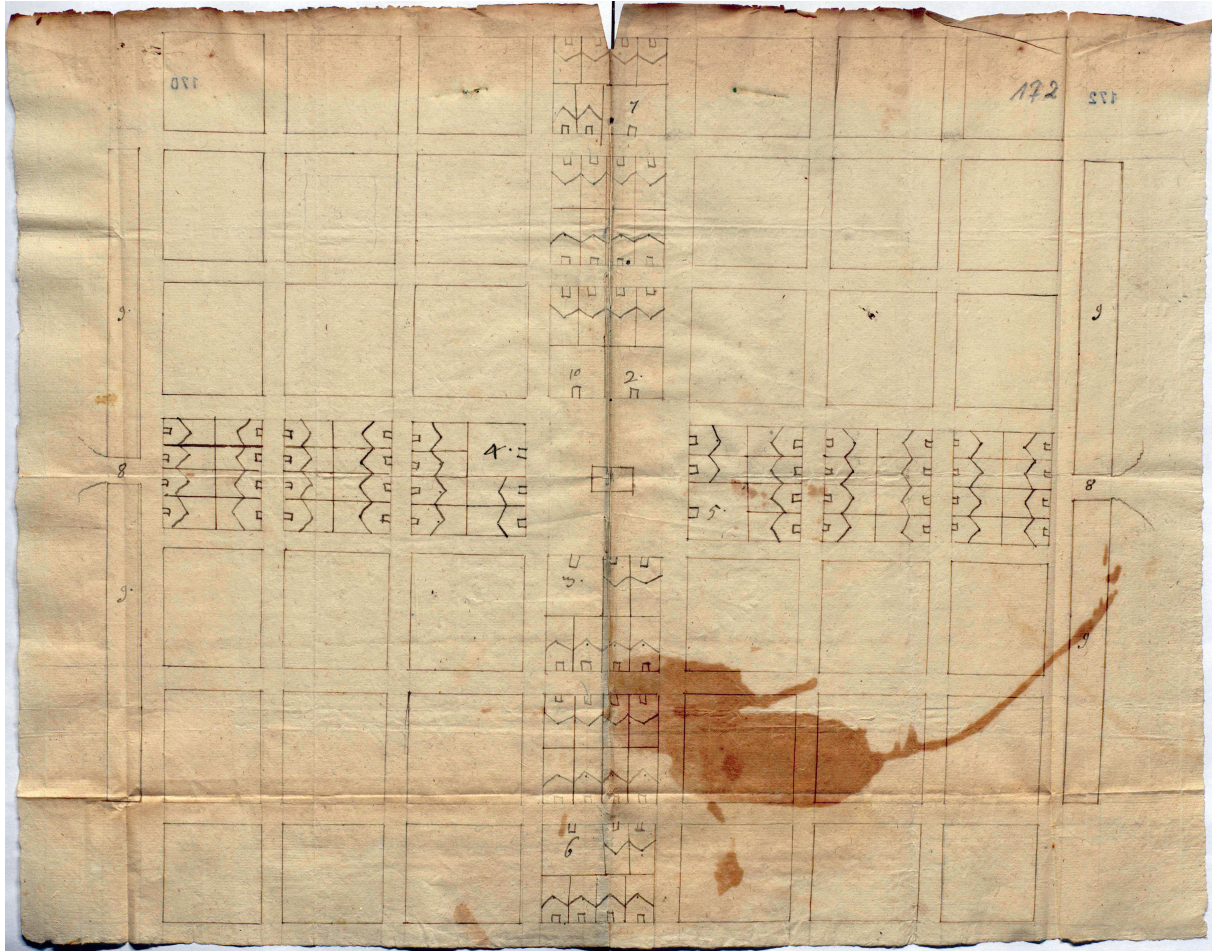


Abb. 5 (HSTAD Xanten Kreisregistratur, Nr. 75)

Obwohl dieses wahrscheinlich für das Herzogtum Kleve größte peuplierungspolitische Projekt nie umgesetzt wurde und damit auch keine raumwirksame Kraft entfalten konnte, so offenbart es aber dem Forscher, dass auch in den niederrheinischen Provinzen preußischer Herrschaft, also außerhalb der Kernlande des Staates Brandenburg-Preußens, große peuplierungspolitische Planungen zur Umsetzung bevölkerungspolitischer Vorstellungen unternommen wurden. Zudem werden im Planungsprozess „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik räumliche Bedingungen und die differenzierte Zusammenstellung sozialer Gruppierungen deutlich, was von einem räumlichen Bewusstsein peuplierungspolitischer Maßnahmen der am Planungsprozess beteiligten Personen zeugt.

1.5.2. Die Einbeziehung klevischer Landstände in die „additive“ Peuplierungspolitik

Dieses Kapitel der Einbeziehung klevischer Landstände in die preußische Bevölkerungspolitik würde ebenfalls in den Bereich „landbezogener“ Peuplierungspolitik passen. Weil es sich aber hier um die Einbeziehung autonomer, nicht königlicher Territorialgebiete kleinerer mediaten Herrschaften in den Gesamtprozess staatlicher Peuplierungspolitik handelt, kann diese Zuordnung zur „stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik somit begründet werden. Obwohl offenkundig Aspekte „landbezogener“ Bevölkerungspolitik vorhanden waren, sind diese hier nicht eindeutig zu trennen.

Um die lokalen Kräfte rheinischer Territorialgebiete von der positiven staats- und wirtschaftspolitischen Wirkung peuplierungspolitischer Maßnahmen zu überzeugen, versuchte der preußische König Friedrich der Große die klevischen Landstände in den Prozess preußischer „additiver“ Peuplierungspolitik zum Wohle aller im Staat Brandenburg-Preußens lebenden Menschen mit einzubinden. Am 6. Juni 1740 erging ein Befehl an die Klevische Kriegs- und Domänenkammer für die klevischen Landstände, damit „[...] Unseres Landes Väterliche Sorgfalt unter anderem auch auf derselben mehreren peuplierung gerichtet“ wird.¹⁶⁸⁵ So befahl die preußische Kammer den klevischen Landständen zuerst aus einem statistisch-demographischen Interesse „[...] in Gnaden so fort nach Empfang dieses nach dem hiebey [beigelegtem] Schema auf eine zuverlässige und solide Arth eine tabelle aus zu arbeiten, wie viel Bauren (...) auf dem Land, auch fehlende Handwercker in den Städten“ einer rheinischen Herrlichkeit „[...] angesetzt werden können.“¹⁶⁸⁶ Es sei aber unmöglich, so die Antwort der klevischen Stände, dass „[...] was die anzahl derer Vorhandenen wüsten Hufen worauf noch Leute anzusetzen“ sind, binnen vier Wochen einzusenden.¹⁶⁸⁷ Allerdings sei der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer wohl „[...] bekandt, daß es eben eine solche große Anzahl gantzer Hufen nicht seyn, welche in hiesigen Provintzien ganz und gar wüste und unbebauet sich erfinden lassen, und welche mit neuen Leuten besonders besetzt zu werden (...), sondern daß es fürnehmlich hin und wieder dergleichen Ländereyen und Stücke seyn, die nicht so Viel aufbringen, als die onera, welche davon an Schatzung außgegangen und andere dergleichen erlegt werden müssen, betragen.“¹⁶⁸⁸ Dies ist ein Indiz für die vermeidlich wenig vorhandenen Peuplierungskapazitäten klevischer Landstände.

Dennoch sind einige von „[...] Zeit zu Zeit Vorgekommene Klagten bekandt, daß dergleichen Ländereyen zu dieser condition auch dadurch gekommen seyn können, daß es denen Eignern

¹⁶⁸⁵ Zitat vom 6. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁸⁶ Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁸⁷ Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁸⁸ Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

an rechten und genugsamen ackers- und arbeits-Leuthen gefehlet“ habe.¹⁶⁸⁹ Ein Grund für diese „Depeuplierung“ der Grundstücke lag in der Einziehung für das preußische Heer, weil sie sich „[...] theils aus der enrollierung oder würckl. employrung zu Krieges diensten sich zu entziehen außer Landes sich begeben“ mussten, teils aber auch „[...] wirklich in Krieges diensten beständig gestanden“ haben.¹⁶⁹⁰ Die militärische Einziehung und die damit verbundenen Kriegsdienste führten zu partiellen Anhäufung wüster Bauerstellen, die bis zum damaligen Zeitpunkt noch nicht besetzt werden konnten. Bei der militärischen Einziehung grundherrschaftlich gebundener Bauern habe man „[...] schon von alten Jahren (...) so wohl als nach und nach merckliche ungleichheit gespühret (...), welche eben auch [dazu] bewogen“ habe, von hier wegzuziehen.¹⁶⁹¹ Dennoch habe man etwas Hoffnung, dass „[...] alsdan Viele derer jenigen Einheimischen, welche aus vorbeschriebenen ursachen sich außerhalb ihrem Ackerlande aufhalten Vielleicht von selbst retourniren“ werden.¹⁶⁹² Aufgrund dieser „Depeuplierung“ durch die Kriegsrekrutierungen müsse man nun ganz genau gucken, „[...] ob noch Leuthe und wie Viel anzusetzen [sind], die sich im Lande von handarbeit ernehren können.“¹⁶⁹³

Aus einer tabellarischen „Spezifikation derer mit Ende an. 1739 in denen Clevischen Städten westseiths Rheins, (...) angeschlossene Special Nachrichten annoch befindl. Wüste Stellen auch daselbst fehlenden Professionen und handwercker“ sind einige Information peuplierungspolitischer Gegebenheiten zu entnehmen.¹⁶⁹⁴ (s. Tab. T-5) Die Gesamtsumme fehlender Professionisten belief sich für die klevischen Territorialgebiete westlich des Rheines auf 40 Personen, die wüsten Stellen wurden mit 87 beziffert.¹⁶⁹⁵ Die Zahlen belegen dennoch in deutlicher Form zahlreiche räumliche Ansatzmöglichkeiten peuplierungspolitischer Policygesetzgebung, wo noch vorhandene wüsten Stellen neu zu besetzen und die fehlenden qualifizierten Handwerker für die klevischen Städte und Dörfer anzuwerben waren. Kapazitäten für „restaurative“ und „qualifizierte“ peuplierungspolitische Maßnahmen waren somit in den kleineren Herrlichkeiten mit Einschränkungen vorhanden.

¹⁶⁸⁹ Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹⁰ Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹¹ Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹² Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹³ Zitat vom 14. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹⁴ Siehe dazu HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹⁵ Für den östlichen Teil des Rheins im klevischen Gebiet fehlten 51 Professionisten, allerdings waren da nur 29 wüste Stellen zu verzeichnen. Blick man auf die Märkischen Gebiete nördlich der Ruhr, so blieben noch 202 Stellen wüst liegen, südlich der Ruhr nur 57.

Tabelle der Spezifikationen derer mit Ende des Jahres 1739 in denen Clevischen Städte westseiths Rheins oberwärts, angeschlossene Spezial Nachrichten annoch befindl. Wüste Stellen auch daselbst fehlenden Professionisten und handwercker

Nr.	Stadtname	fehlende Professionisten und Handwercker		Anzahl der wüsten Stellen
1	Cleve	Bildhauer, Bürstenbinder, Posementier, Schwerdfeger, Kammacher, allerhand Seiden und Wollen Fabriquers		Eigentlich keine Haußstellen, nur hinter den Gärten 11 ledige Stellen
2	Calcar	Ein Tuch fabriquers, ein weißgerber und ein Bürsten binder		5
3	Xanten	Ein Buchbinder und Strumpfweber		2
4	Goch	Ein Seiler, ein Zinngießer, so zugleich ein Blechschläger		1
5	Büderich	Ein Chirurg, (...) und ein Dachdecker		1
6	Grieth	----		11
7	Kranenburg	----		3
8	Üdem	Ein Maurer		2
9	Kervenheim	Ein tüchtiger Chirurges, Huthmacher und Sattler		2
10	Sonsbeck	Ein tüchtiger Schneider, so Manns- und frauenzimmer arbeit Verstehet und ein Klein Schmid		11
11	Gennep	Ein Zinngießer, so zugleich ein Blechschläger ist, ein Knopfmacher, Weber und Huthmacher		15
12	Griethausen	Ein Korbmacher, Schuster, Maurer, (...)		13
13	Huissen	Ein tüchtiger Leyendecker, welcher aber gegen ostern aus Xanten anhero zu kommen versprochen, ein Knopfmacher		5
14	Orsoy	Huthmacher, Schuster, Glaser und Schlächter		5
15	Gesamtsumme	40		87
16	In den Clevischen	Westseit Rheines	40	87
		Ostseit Rheines	51	29

Tab. T-5

Im Sommer 1740 berichtete der Kriegsrat Rappard, er habe „[...] sehr große Hoffnung (...), daß sich das Land sehr wieder erhollen werde wan Ew. Königl. Majest. in höchsten Gnaden resolviren, die bisherigste widerwillige Werbung gänzlich aufzuheben, und der leuthe von denen dieserhalb erforderte (...) declaration überzeuget seyn werden.“¹⁶⁹⁶ Es bestätigt sich in diesem Fall wieder die große antipeuplierungspolitische Kraft gewaltsamer Rekrutierungen, die den niederlassungswilligen Fremden immer wieder Angst bereiteten. Ein weiteres depeuplierendes Momentum, das auch in der theoriegeschichtlichen Ausarbeitung zum Vorschein kam, wurde vom Kriegsrat angesprochen. Es wird „[...] in hiesigen Provintzien

¹⁶⁹⁶ Zitat vom 13. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

außer diesen noch ein essentieller punct nothwendig erfordert, nemlich ein Freyes und nicht so eingeschräncktes commercium (...), daß dieses die force dieses kleinen Landgens ausmachet, sonst es nicht möglich gewesen, dergleichen Summen aus neuen solchen kleinen district zu ziehen.“¹⁶⁹⁷ Die antipeuplierungspolitische Wirkung bei der finanzpolitischen Einführung der Akzise-Steuer ist offenkundig, da kein „[...] Mensch wird leugnen können, daß nicht fast alle Städte im Landes und ins besondere die am Rhein gelegene im schönsten Flor Vor dem Jahr 1714, wie die accise auf den jetzigen Fuß introduciret worden, gestanden“ haben.¹⁶⁹⁸ Nicht nur, dass die qualifizierten Fabrikanten und Handwerker aufgrund dieser Steuer nicht in ein fremdes Land ziehen möchten, sondern „[...] es findet sich dergleichen nicht allein in denen Städten bey nahe ein drittel, ein viertel oder ein fünftel in der Anzahl der Einwohner weniger.“¹⁶⁹⁹ Seit der Einführung der Akzise begann, so die Kritik des Kriegsrates weiter, die fortschreitende und kontinuierliche „Depeuplierung“ klevischer Städte. Es müssen „[...] triffige Ursachen [für die Depeuplierung, Anm. d. Verf.] Vorhanden seyn, welche in so kurtzen Jahren eine so merkliche Veränderung Verursachet“ haben, sodass man diesen bevölkerungsdezimierenden Prozess städtischer Siedlungen schnellstmöglich verhindern muss und dabei „[...] einem jeden so wohl Ein- als Ausländer lust gemacht werden, seine Sachen bey uns zu nehmen, muß nothwendig und hauptsächlich gesorget werden, daß Er die Sachen wohlfeiler und wenigstens mit eben der libertät und bequemlichkeit, wie bey unsren Nachbahren haben kann.“¹⁷⁰⁰ Die vom Kriegsrat geforderte Konstituierung evidenter Rahmenbedingungen „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik, wie die Ankurbelung und Stimulierung des Handels, finden sich in der Peuplierungstheorie der Kameralisten wieder. Wenn man „[...] einen benachbahrten Holländer, der keinen Zwang gewöhnet ist oder leiden kann, visitiren will, so rebutire ich denselben nach seiner Arth auf das stärckste“, sodass bei der Anwerbung städtischer Professionisten deren Mentalität, Gewohnheiten und Kultur Berücksichtigung finden müssen.¹⁷⁰¹

¹⁶⁹⁷ Zitat vom 13. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹⁸ Zitat vom 13. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁶⁹⁹ Zitat vom 13. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461. Was das Allerschlimmste bei der negativen wirtschaftspolitischen Wirkung der Akzise anbetrifft, so ist es das, dass „[...] die noch übrig gebliebene (...) meistens Verarmet (sind), und haben zum theil nicht so Viel, daß sie das liebe Brod kauffen, geschweige ein commercium befördern können.“ Wenn die Lage der meisten Professionisten in den klevischen Städten so war, wie sollte es dann überhaupt möglich sein, angeworbene qualifizierte Handwerker, Meister und Manufakturisten erfolgreich und dauerhaft ansiedeln zu können?

¹⁷⁰⁰ Zitat vom 13. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷⁰¹ Zitat vom 13. Juni 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461. Zur Abmilderung seiner offensichtlichen Kritik finanz- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen bemerkte er aber, dass er „[...] aber keines weges eine dergleichen unumschränkte Freyheit bey uns Statuiren [wolle], sondern habe dadurch noch anzeigen wollen, wie sehr auch dieses grade differirt und wie höchstnöthig es seye, uns einiger maßen in unsere Veranstaltungen Genie der Holländer zu accomodiren.“

Dem preußischen, ständig nach statistisch-demographischen Daten zur besseren Planung peuplierungspolitischer Maßnahmen eruiierenden Generaldirektorium waren die Ausführungen der Klevischen Kammer zu ungenau und undifferenziert, sodass man im Geiste „additiver“ Peuplierungspolitik kritisierte, dass „[...] Euch von der Anzahl derer dort im Lande vorhandenen wüsten Hufen, worauf noch Leuthe angesetzt werden können, und wo selbige belegen, so wenig bekandt ist, und Ihr solches nun noch erst durch eine Speciale Aufnahme ausfündig machen wollet, welches denn nun (...) sofort geschehen muß, maßen unserer Absicht dahin gehet, daß unsern Lande immer mehr und mehr Volckreich gemacht werden mögen.“¹⁷⁰² Diese Textstelle zeigt sehr eindeutig die additive, über den restaurativen Aspekt staatlicher Peuplierungspolitik hinausgehende Ausrichtung bevölkerungspolitischer Vorstellungen Preußens zu Beginn der Regierungszeit Friedrichs des Großen. Wenn es in den klevischen Gebieten an „[...] Acker- und Arbeits Leuthen fehlet, findet sich anjetzo gute Gelegenheit, dergleichen in großer Anzahl aus fremden orten zu bekommen, welche sich auch wohl zu der dortigen Landes art, leicht gewöhnen werden.“¹⁷⁰³ Auch weiterhin „[...] kann jedermann außer Sorge und Bekümmernuß seyn, deßen Ihr diejenigen, die sich deshalb bei Euch melden, zu verführen habt, damit sie sich in den preußisch-rheinischen Provinzen niederlassen können.“¹⁷⁰⁴ Was die „[...] Anlockung derer hin und wieder noch fehlenden Handwercker, Verbeßerung des Commercii und wieder Besetzung der wüsten Stellen“ anbetrifft, so wurde eine „[...] Vollkommende gründliche Nachricht“ über den Zustand betreffender Städte angefordert.¹⁷⁰⁵

Dass das Problem der militärischen Rekrutierung weiterhin ein Problem preußischer Peuplierungspolitik blieb, findet sich in einem Fall wieder, in dem es um die Einziehung eines „[...] holländischen Mühlen-Burschen [ging], welcher der Capitaine von Fronreich Doshowschen Regiments zu Xanten weggenommen“ hatte.¹⁷⁰⁶ Daraufhin erging ein persönliches Schreiben des preußischen Königs Friedrichs des Großen an den Generalleutnant von Doshow, in dem er „[...] aus dem abschriftl. angeschloßnen Bericht sehr mißfällig vernommen, auf was unerlaubter Arth der Capitaine Fromreich sich unterstanden, den holländischen Mühlenburschen wegzunehmen.“¹⁷⁰⁷ Aufgrund der Wichtigkeit peuplierungspolitischer Verordnungen gesamtstaatlicher Betrachtungen erfolgte ein sehr

¹⁷⁰² Zitat vom 16. Juli 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷⁰³ Zitat vom 16. Juli 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷⁰⁴ Zitat vom 16. Juli 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷⁰⁵ Zitat vom 16. Juli 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461. Ferner wäre man bei der weiteren Peuplierung des niederrheinischen Gebietes sehr froh, wenn bei der „[...] obgedachter mehrerer Peuplierung (weniger Kosten) erfordert werden.“

¹⁷⁰⁶ Zitat vom 9. Dezember 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷⁰⁷ Zitat vom 25. November 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

eindringlicher Befehl, „ [...] nicht allein den Kerl sogleich loß zu geben, sondern auch den besagten Capitaine seiner großen Übertretung meiner Willens Meynung, wenn er dergleichen ferner im geringsten begehen sollte, daß seine Cassation und Vestungsarrest sogleich ohnfehlbar darauf erfolgen werde.“¹⁷⁰⁸ Noch im Jahre 1768 beschwerten sich die Landstände „ [...] wegen eines weggenommenen Gärtners Nahmes Johann Heinrich Vogt [aus der] bauerschafft Wandhoven im Amte Schwerte, welchen von Seiner königl. Majestät beandtermaßen die Werbe freyheit gegen jährliche Bezahlung der determinirten Werbe Freyheits Gelder allergnädigst cencediret worden“ war.¹⁷⁰⁹ Durch dieses harte Vorgehen gegen die Rekrutierungsmethoden preußischen Militärs und der Enrollierung peuplierungspolitisch angeworbener Fremder setzte der preußische König ein eindeutiges aktives peuplierungspolitisches Zeichen zum Schutz emigrations- und niederlassungswilliger Personen. Trotz dieser klaren Diktion des preußischen Königs erging im Sommer 1748 erneute eine Verordnung wegen der „ [...] bey denen Regimentern und Compagnien eingezogene, und nicht wieder losgelassene Leute.“¹⁷¹⁰ Bei dem Problem der Rekrutierung angeworbener Fremder standen sich die „militärorientierte“, also die Auffüllung des preußischen Heeres mit Menschen, und die „raumorientierte“ Peuplierungspolitik, eine auf die Besiedlung städtischer und ländlicher wüster unkultivierter Stellen ausgerichtete Bevölkerungspolitik, gegenüber.

Der additive Charakter der Peuplierungspolitik Friedrichs des Großen offenbarte sich in dem Befehl, dass, was die „ [...] in dem Clev. Märckisch auch Meursischen sich angesetzten und etablirten aus rangirten Landes-kinder anbelanget“, nicht nur die wüsten und verfallenen, ehemals bewohnten Stellen zu besetzen sind, sondern dass man auch neue unkultivierte Landflächen urbar machen müsse, um einen größeren Nutzen für den brandenburgisch-

¹⁷⁰⁸ Zitat vom 25. November 1740 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷⁰⁹ Zitat vom 6. Dezember 1768 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461. Wieder durch ein persönliches Schreiben des preußischen Königs an den Major Wolffersdorf solle der „ [...] Gärtner Vogt der Militairs diensts dergestalt völlig entlassen [werden], daß derselbs als Gärtner seiner profession im Lande ohngehindert fortsetzen, und seinem Engagement zu Breinninghausen im Garten zu arbeiten (...) nachkommen kann.“

¹⁷¹⁰ Zitat vom 25. Juli 1748 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461. Daraus geht hervor, dass die Rekrutierungen peuplierungspolitisch angeworbener Fremder keineswegs aufhörten. Am 5. Dezember 1748 erging ein Befehl der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer wegen des „ [...] Clev. Märckischen land Stande interessions Memorial für die Wittwe Daems Wegen Erlassung ihres bey dem Obrist Lieutenant von Kuckmeister in diensten stehenden Sohnes, (...) wird demselben hiermit bekannt gemacht, daß man nicht ermangeln werde, die Sache gehörig zu befördern.“ Auch aus einem Schreiben vom 12. Januar 1768 geht hervor, dass das „ [...] königl. General-Directorium (...) dem Herrn General Major und General Inspecteur von Diringshofen bereits deßen Besorgnis zu erörtern die gelegenheit gehabt (hat), daß in denen Gegenden derselber unterhabenden Inspection wol in ein und anderen Sachen bei der (...) Enrollierung zu weit gegangen werde.“ Zum 11. Januar 1768 wurde zuungunsten „militärorientierter“ Peuplierungspolitik auf Spezialbefehl Friedrichs des Großen ein erneutes Edikt wegen der „ [...] Werbeexzesse und gewaltsamen Enrollirung“ des Generals Diringshofen erlassen. Schlussendlich erging im Jahre 1768 ein allgemeiner Erlass an die klevischen Landstände, der die Werbungen und Rekrutierungen landesständischer Untertanen zur Verhinderung der „Depeuplierung“ „ [...] auf das nachdrücklichste“ untersagte.

preußischen Staat zu erreichen.¹⁷¹¹ Die angeschriebenen klevischen Landstände waren keineswegs erfreut über den Umschwung von „restaurativer“ hin zur „additiver“ Peuplierungspolitik, weil die „[...] vorhandenen heyden (...) zur Vieh-Zucht oder Unterhaltung des Viehs nötig seyn“ und deswegen nicht urbar gemacht und in Kultur zur Ansiedlung fremder Emigranten gebracht werden können.¹⁷¹² In Berlin erkannte man die geringe Motivation mediaten Herrschaften in den rheinischen Gebieten für „additive“ peuplierungspolitische Maßnahmen, sodass man der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer aus peuplierungspolitischer Sicht empfahl, sich nicht „[...] bloß auf demnach abgestellten Rapport derer beamten [zu] Verlaßen, [sodass] ihr müsset aber solches durch die Departements-Räthe (...) bereisen [und] gründlich untersuchen“ zu lassen, inwieweit binnenkolonialisatorische Urbarmachungen bisher unkultivierter Flächen zur Peuplierung möglich seien.¹⁷¹³ Hinter dieser Aufforderung steckte der ungebrochene Wille optimaler Ausnutzung räumlicher Potenziale mithilfe peuplierungspolitischer Ansiedlungsmaßnahmen angeworbener Flüchtlinge.

Man müsse den klevischen Herrschaften, so das preußische Generallanddirektorium an die Klevische Kammer, weiter lebendig die Peuplierung vorleben, weil „[...] Viele Höfe sich ohne Gebäude befinden, das ist wie zuvor bey denen Tabellen angemerckt, und erinnert worden, schlimm genug, und muß dahin gesehen werden, daß sie, wenn es contribuable höfe sind, bebauet werden, wie dem dadurch dem Domino das Eigenthums-Recht nicht genommen, sondern nur präsumirt wird, daß wenn Vor dem auf dem Hofe ein Einwohner gewesen, wiederum einer darauf angesetzt werden soll, welcher dem Eigenthums-Herrn“ seine ihm zugehörigen Abgaben zu zahlen hat.¹⁷¹⁴ Deswegen müsse man aus peuplierungspolitischer Verantwortung „[...] denen besitzern derer ledigen höfe (...) andeuten lassen, dieselbe je eher je beßer wieder zu bebauen, und besondere Pächter darauf zu setzen.“¹⁷¹⁵ Dennoch wird im Zuge dieser bevölkerungspolitischen Diktion eine räumliche Einschränkung getätigt, weil man keine „[...] Vergrößerung derer Höfe“ gestatten solle, wenn der Besitzer oder Pächter kein „[...] fleißiger Wirth“ ist und wenn er nicht im Sinne optimaler

¹⁷¹¹ Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷¹² Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷¹³ Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷¹⁴ Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461. Auch solle „[...] einem Vom Adel oder sonst jemanden frey stehen (...), die Contribuable Höfe einzuziehen, und vor sich zu nutzen, so würde solches Von Vielen, um von denen Höfen desto [besseren] Nutzen zu haben, geschehen, dadurch aber das Land von Einwohnern entblößet werden, weshalb solches per edicta Verbothen worden“ ist.

¹⁷¹⁵ Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

räumlicher Allokation vorhandener landschaftsgebundener Ressourcen „[...] alles cultiviren und alles so gut als möglich zu nutzen suchen machet.“¹⁷¹⁶

Neben der Förderung „städtischer“ Peuplierung mit hochqualifizierten Handwerkern und Manufakturisten wurde parallel auch auf die Intensivierung „landbezogener“ peuplierungspolitischer Maßnahmen im Sinne binnenkolonisatorischer Urbarmachungs- und Kultivierungsprojekte wüster und brachliegender Stellen hingewiesen. Man müsse die ländlichen Grundbesitzer dahingehend motivieren, dass „[...] der Anbau auf dem platten Lande sich künftigt vermehren werde, ihr müßet jedoch eurer seits es an nichts ermangeln laßen, die Leute dazu anzufrischen.“¹⁷¹⁷ Diese policygesetzgeberische Aufforderung peuplierungspolitischer Verwirklichung an die Klevische Kammer stellte einen aktiven Befehl zur Werbung peuplierungspolitischer Ziele des preußischen Staates bei den kleinen Grundherrschaften und Herrlichkeiten im klevischen Land dar. Der Nutzen dieser landesständischen Werbemaßnahme peuplierungspolitischer preußischer Gedanken war indirekter Natur, weil die bevölkerungspolitischen Maßnahmen sich zunächst in diesem Fall nicht auf königliche Domänengebiete bezogen. Allerdings würde der preußische Staat indirekt durch vermehrte Abgaben auch von der Peuplierung unterstellter Herrschaften in den rheinischen Provinzen profitieren. Weiterhin müsse, so die peuplierungspolitische Diktion preußischer Bevölkerungspolitik, die Klevische Kriegs- und Domänenkammer in Bezug auf die niederrheinische landesständige Peuplierung „[...] Versprochenermaßen Sorge tragen, daß die bereits ausrangirte, oder die noch ausrangiret werden, ins besondere die Landes-Kinder, untergebracht werden und verhindert werde, daß selbige nicht außer Landes sich begeben.“¹⁷¹⁸

Wie groß das peuplierungspolitische Interesse preußischer Regierung zur Jahrhundertmitte des 18. Jahrhunderts und wie klein gleichzeitig das Vertrauen derselben bei der Eruiierung demographischer und bevölkerungsstatistischer Daten durch die klevischen Landstände waren, zeigte sich in einem weiteren Schreiben des Generaldirektoriums an die Klevische Kammer, wobei man „[...] denen sämtlichen Departements-Räthe (...) bey ihren Departements-bereisungen genau zu untersuchen (aufgegeben) [habe], ob nicht die obged. Tabellen aufgeführte Heyde, und gemeinheits-Gründe füglich uhrbahr gemachet, und mit Einwohner besetzt werden können, wie denn, weil uns allerhöchst selbst bekandt ist, was vor weitläuffige Heyden in dortiger Provintz vorhanden, und daß selbige an vielen orten gar nicht, oder doch selten, betrieben werden, auch durch die beuhrbahrmachung die Huth nicht

¹⁷¹⁶ Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷¹⁷ Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷¹⁸ Zitat vom 21. Januar 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

verschlimmert, sondern denen jahren, da die Äcker braach liegen oder wenn das getreyde abgemähet worden, selbige beßer ist, als wenn die heyden uncultiviret liegen bleiben.“¹⁷¹⁹ Dies stellte eindeutig eine klare peuplierungspolitische Aufforderung zur Nutzung aller vorhandener räumlicher Potenziale durch die Ansiedlung von Menschen sowie die enge Verbindung bevölkerungspolitischer Vorstellungen und räumlicher Planung dar. Deswegen müssen „[...] die Departements-Räthe desto genauer dies zu peuplirung des Landes gereichende Sache einsehen“, da das preußische Generaldirektorium zur Überprüfung peuplierungspolitischer und räumlicher Situation „[...] wenigstens Monathlich einen bericht Von einem Ampte und denen darin belegeney heyden“ erwarte.¹⁷²⁰ Die oberste preußische Behörde war sich sehr sicher, dass einige „[...] Höfe von Gebäuden und Einwohnern entblößet, folglich wider dem Zweck, wegen peuplirung des Landes“, sein mussten, weil bei der Durchsicht sich nicht die vollständige Nutzung vorhandener Höfe in den Einnahmen widerspiegelte.¹⁷²¹ Deswegen müsse man aus finanz- und peuplierungspolitischen Gründen „[...] aller sich findenden Schwierigkeiten ohnegeachtet, wohin die Schatz-bahr gewesenen Äckern von denen untergestochenen höfen, geleyet wurden, recherchiret werden“ und was „[...] die abandonirte höfe anbetrifft, (...) da die Departements-Räthe dem anführen nach, sich alle mühe geben werden, solche Successive bestmöglichst unterzubringen, es bey denen worten nicht bleiben, sondern selbiges zum effect kommen.“¹⁷²² Sollten weiterhin „[...] Güther [und] bauern-höfe eingehen“, so müssen die Eigentümer mit 100 Dukaten Strafe belegt werden.¹⁷²³ Aus peuplierungspolitischem Verantwortungsgefühl müsse sich jeder Departements-Rat intensiv bemühen, „[...] zu denen abandonirten höfen solche Pächter auf zufinden, welche die anschläge erfüllen, und wird selbiges wohl möglich seyn, wenn dieselbe nur alles was zu denen höfen gehöret, zur Nutzung zu bringen.“¹⁷²⁴ Dabei wurde nochmals explizit allen Verwaltungspersonen, militärischen Würdenträgern und klevischen Landständen deutlich mitgeteilt, dass „[...] die im Lande dienende Ausländer zu höchst derselben Krieger dienste nicht wieder Willen aufgehoben werden sollen, weil solches so

¹⁷¹⁹ Zitat vom 21. Oktober 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷²⁰ Zitat vom 21. Oktober 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461. Zudem wurde in Bezug auf diese Problematik „landesständischer“ Peuplierung die Klevische Kammer stark kritisiert, weil dies ein „[...] abermahliges zeichen [sey], wie unordentlich es bey Euch hergehen müsse und habt ihr zu untersuchen, wer davon schuld sey, auch selbigen so dann dafür zu bestrafen, welcher auch künfftig, weil so viele Sachen bey Euch liegen bleiben, allemahl geschehen muß.“ Nicht nur die Abneigung zur Umsetzung peuplierungspolitischer Vorstellungen bei den klevischen Landständen sei Schuld an der bisherigen ungenügenden Umsetzung derselben, sondern auch die Ineffektivität regionaler Verwaltungseinheiten, die wiederum zur einer schleppenden Peuplierungspolitik führte.

¹⁷²¹ Zitat vom 21. Oktober 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷²² Zitat vom 21. Oktober 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷²³ Zitat vom 21. Oktober 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷²⁴ Zitat vom 21. Oktober 1749 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

wohl der Bewölkerung und besten des Landes (...) entgegen sey.“¹⁷²⁵ Hier ist eindeutig eine Priorisierung „raumorientierter“ Peuplierungspolitik im Gegensatz zur „militärischen“ Bevölkerungspolitik zu erkennen.

Die Bemühungen Friedrichs des Großen, die klevischen Landstände im Kontext „additiver“ Peuplierungspolitik in die gesamtstaatliche, „raumorientierte“ Bevölkerungspolitik zu integrieren, spiegelte das ungebrochene Verlangen optimaler Ausnutzung räumlicher Potenziale in den lokalen Herrschaften unter preußischer Regierung zur Bevölkerungsvermehrung wider, um indirekt aus der landesständischen Peuplierung einen bevölkerungs- und finanzpositiven Effekt in Form vermehrter Einnahmen zu erlangen. Aus der Korrespondenz ist zu schließen, dass aufgrund fehlender effektiver Überprüfung peuplierungspolitischer Bemühungen klevischer Landstände die Motivation und damit der Erfolg eher als gering einzuschätzen sind. Zudem würde eine durch peuplierungspolitische Maßnahmen demographisch und wirtschaftlich gestärkte lokale oder regionale Herrschaft einen stärkeren Widerstand gegenüber den absolutistischen Tendenzen preußischer Regierung leisten können, das aber keinesfalls im Interesse des preußischen Königs sein konnte. Hierbei ist – wie in der vergleichenden Studie von M. Asche zur Mark Brandenburg - zu erkennen, dass „[...] unter den verschiedenen Grundherren – Kurfürst, Ritterschaft und Städte – (...) ein scharfer Wettbewerb um die Gunst der wenigen Neusiedler ausgebrochen war.“¹⁷²⁶ Diese Tatsache belegt damit den „kompetitiven“ Charakter von Peuplierungspolitiken. Dennoch, wie aus den Enrollierungsstreitigkeiten zu sehen ist, lebten einige peuplierungspolitisch angeworbene fremde Professionisten und Bauern auf den Ländereien klevischer Landstände. Genaue demographische Zahlen über die Anwerbung fremder Personen sind in den Akten nicht aufzufinden, sodass lediglich die Bemühungen des preußischen Staates zur Integration der klevischen Landstände festgehalten werden können. Dennoch musste es nach Einschätzung des Generaldirektoriums in den Ländereien klevischer Landstände Gelegenheiten zur städtischen und ländlichen Peuplierung gegeben haben.

1.5.3. Die „Retablissement-Maßnahmen“ Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Krieg

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) zog die rheinischen Provinzen preußischer Herrschaft und damit auch die bisherigen peuplierungspolitischen, restaurativ getätigten Maßnahmen in Form von Bevölkerungsdezimierung und Verwüstung städtischer und ländlicher Siedlungen erneut in Mitleidenschaft. Wiederum lagen wüste Haustellen in Städten brach und mussten, meist mit einwanderungswilligen Fremden, neu besetzt werden. Aufgrund der Kriegszeit

¹⁷²⁵ Zitat von 6. Dezember 1768 aus HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461.

¹⁷²⁶ Zitat aus Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land ... , S. 117.

konnte aus finanziellen und militärischen Gründen keine „aktive“ Peuplierungspolitik betrieben werden. Zudem lagen die rheinischen Provinzen unter Besatzungen fremder oder durchmarschierender Heere, sodass dadurch eine verwaltungstechnische Umsetzung peuplierungspolitischer Maßnahmen gar nicht erst möglich war.

Die Aufnahme peuplierungspolitischer Maßnahmen nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges erfolgte im Kontext der sogenannten „Retablissement-Politik“, also der Wiederherstellung demographischer und räumlicher Zustände vor 1756.¹⁷²⁷ Diese zunächst „restaurativen“ Maßnahmen fokussierten sich unter anderem auf die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Städte, um diese mithilfe „städtischer“ Peuplierung wüster Hausstellen in einen wirtschaftlichen Aufschwung zu bringen.

1.5.3.1. Die Situation preußischer niederrheinischer Städte nach dem Siebenjährigen Krieg

So wie „landbezogene“ Peuplierungspolitik sich im Kontext „additiver“ Bevölkerungsmaßnahmen auf binnenkolonialisatorische Neulanderschließungen und Urbarmachungen konzentrierte, so stand die „Retablissement-Politik“ „städtischer“ Peuplierung zunächst einmal ganz im Zeichen „restaurativer“ Bevölkerungspolitik, um die vom Krieg herrührenden Bevölkerungsdefizite qualifizierter Menschen und die wüstliegenden räumlichen Hausstellen wieder zu beseitigen. Inwieweit räumliche Ansätze peuplierungspolitischer Maßnahmen notwendig waren, zeigte sich in der raschen Aufforderung des Generaldirektoriums, sämtliche statistischen Daten bevölkerungsbezogener und räumlicher Parameter über die niederrheinischen Städte zur gezielten Peuplierung zur Einsendung derselben zu sammeln. Mit den „Retablissement-Geldern“ wurden nicht nur fremde Professionisten angelockt, sondern auch die einheimische Bevölkerung konnte sich über raumbezogene peuplierungspolitische Verordnungen freuen, das wiederum das peuplierungspolitische Bild einer umfassenden Bevölkerungspolitik verstärkt.

¹⁷²⁷ Zur Literatur der gesamt-friderizianischen „landbezogenen“ und „stadtbezogenen“ Kolonisationspolitik siehe das Kapitel „Retablissement und Kolonisation“ in: Henning, H./Henning, E. (Bearb.): Bibliographie Friedrich der Grosse 1786-1986 ... , S. 186-214. Lediglich eine Dissertation beschäftigte sich im Speziellen mit der „Retablissement-Politik“, allerdings geographisch nur auf Pommern bezogen. Siehe dazu Knobelsdorff-Brenkenhoff, B. v.: Eine Provinz im Frieden erobert. Brenkenhoff als Leiter der friderizianischen Retablissements in Pommern 1762-1780 (Studien zur Geschichte Preußens, 37), Univ. Diss., Köln 1984. Diese personenbezogene biographische Dissertation griff unter anderem einige räumliche und historisch-geographische Aspekte auf, wobei ein recht differenziertes Bild des administrativen Ablaufs preußischer „Retablissement-Politik“ gegeben wurde. Siehe zum Themenschwerpunkt „Art der Heranziehung von Kolonisten, Professionisten und Arbeitskräften für den Wiederaufbau“ bes. S. 50-59. Wie auch aus meinen Forschungen zu erkennen ist, wies B. v. Knobelsdorff-Brenkenhoff zurecht darauf hin, dass „[...] selbst Friedrich (...) ohne einen initiativen, besonders beauftragten Mitarbeiter, allein mit der Behördenorganisation das Werk nicht durchführen“ konnte. Zitat aus S. 161.

Aus der Akte „Wegen der im Krieg ruinirten Häusern 1764“ sind einige interessante Details demographischer und räumlicher Parameter zu entnehmen. Schon im Juli 1763 erging per Spezialbefehl Friedrichs des Großen die Verordnung, alles nur peuplierungspolitisch Mögliche zur „[...] Wiederherstellung derer in dem Kriege ruinirten Häuser“ zu tun.¹⁷²⁸ In diesem Zusammenhang der „Retablissement-Politik“ zeigten aber die Städte teilweise genauso ein Interesse an dem Wiederaufbau zerstörter Gebäude und wüstliegender Hausstellen, sodass die Grundlage zur Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen recht günstig war.

Den Wiederaufbauwilligen zerstörter Häuser oder brachliegender Hausstellen oder anderen Baulustigen solle man „[...] accordierte Beneficien“ geben, oder diese räumlichen Stellen per „Intelligenz-Zettel anbieten.“¹⁷²⁹ Zu den Benefizien gehörten „[...] 25% Baufreiheitsgelder [sowie] Freiheit von accise servis und Einquartierung.“¹⁷³⁰ Sollten dabei einige Haustellen ohne Besitzer oder Eigentümer sein, so solle man ganz im peuplierungspolitischen Sinne diese „[...] wüsten Stellen manufacturiers oder sonstigen Handwerkern zum Anbau übergeben.“¹⁷³¹ Zur Förderung des Aufbaus städtischer Siedlungen müsse man alle Menschen, „[...] welche sich zum Wiederaufbau melden“, unterstützen und ihnen die zerstörten Häuser oder wüstliegenden Hausstellen „[...] unentgeltlich übertragen.“¹⁷³² Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer reagierte aufgrund dieser partiell angestrebten Enteignung aufbauunwilliger oder nicht aufbaufähiger Personen mit Vorsicht und hegte große Bedenken darüber, „[...] sowohl die Eigner als Creditores der ruinirten Häuser ihrer Eigenthums und Recht“ zu berauben.¹⁷³³ Mögen sich bis zu einem bestimmten Termin „[...] keine Liebhaber zum Ankauf melden (...), [würden] besagte Häuser pro derelictis erklärt und denen so sich zum Wiederaufbau melden unentgeltlich übertragen.“¹⁷³⁴ Dieser öffentliche Verkauf wüstliegender Hausstellen galt für alle „[...] Eigner und Creditores, [die] selbst nicht bauen wollen oder können.“¹⁷³⁵

Um einen Überblick über die rechtliche Lage vorhandener wüstliegender und zerstörter Häuser zu erhalten, müsse man „[...] mit Zuziehung derer Magistraten jeden Orts denen Eignern und Creditoribus der ruinirten Häusern einen terminium zum Aufbau und

¹⁷²⁸ Zitat vom 5. Juli 1763 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷²⁹ Zitat vom 16. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷³⁰ Zitat vom 4. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503. In ganz speziellen Sonderfällen war der Staat zur schnelleren Wiederherstellung städtischer Hausstellen sogar bereit, noch 5% mehr Baufreiheitsgelder, also insgesamt 30%, zu zahlen.

¹⁷³¹ Zitat vom 4. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷³² Zitat vom 4. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷³³ Zitat vom 11. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷³⁴ Zitat vom 24. Juli 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷³⁵ Zitat vom 24. Juli 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

Herstellung bestimmen“, denen gänzlich Unvermögenden bis zur 30% Baufreiheitsgelder zahlen sowie, wenn diese Unvermögenden, sofern sie trotz staatlicher peuplierungspolitischer Förderung, den Aufbau wüster Hausstellen nicht vorantreiben wollen, diese verfallenen Häuser „[...] andern baulustigen gutwillig“ überlassen.¹⁷³⁶ Dass dieser aus räumlichen peuplierungspolitischen Motiven angestoßene rechtliche Enteignungsprozess wüststehender und noch nicht im Aufbau befindlicher Hausstellen umgesetzt wurde, zeigte sich z. B. in einem Protokoll vom 20. Juli 1765 der Stadt Wesel. In diesem Protokoll wurde festgehalten, „[...] die in Wesel befindlichen Häuser, zu deren Retablisement sich so wenig die eigner verstehen als Häuser finden wollen, umsonst aus zu bieten und wegzugeben.“¹⁷³⁷ Dabei wurden die „[...] beide Melmschen Häuser, da der Eigener auf die Citation nicht erschien (...), anderen baulustigen“ angeboten.¹⁷³⁸ Des Weiteren müsse man zur Beschleunigung der „Retablisement-Politik“ preußischer Herrscher die an den Niederstraßen belegenen Häuser der Familie Overlacks, das Gerritzens Haus, die Eigner des Calschen Hauses, des Hulsburkschen Hauses und des de Vrier Hauses anderen Baulustigen „[...] zur anderweitigen Wiederbesetzung und Retablisement (...) überlassen.“¹⁷³⁹ Um diesen Prozess rechtlicher Enteignung zur räumlichen Wiederherstellung verfallener Hausstellen zu legitimieren, bat der Weseler Magistrat um eine „[...] authorisation von der hochlöbl. Regierung.“¹⁷⁴⁰ Daraufhin entschied das Landgericht Hamm, „[...] denen Eignern und Creditoribus der ruinierten Häuser hinselbst einen Termin zur Herstellung und Aufbaus zu bestimmen, und nach dessen Verlauf in kurtzen Fristen mit der Subhastation zu verfahren.“¹⁷⁴¹ Damit wurde die Forderung peuplierungspolitischer Retablierungspolitik, die nach dem Krieg noch zerstört liegenden Hausstellen schnell wieder herzurichten, rechtlich abgesichert, in dem diesem Wiederaufbauprozess „[...] eine dreyjährige Zeit zum Etablisement der baufälligen Häuser festgesetzt“ wurde.¹⁷⁴² Zunächst müsse jeder Eigentümer einer solchen verfallenen Hausstelle in den niederrheinischen Städten eine Erklärung abgeben, ob er sich bereitfindet, den räumlichen Aufbau zu bewerkstelligen. Sollten die Eigner solcher Hausstellen trotz des Druckes staatlicher Organe sich nicht zu Retablierung entschließen, muss „[...] das Gericht (...) auf diese Requisition ohne weitere Untersuchung diese Subhastation vornehmen.“¹⁷⁴³ Ab

¹⁷³⁶ Zitat vom 8. August 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503. Am 9. August 1765 wurde z. B. über eine wüste Hausstelle in Wesel am Brunschen Tor berichtet, um „[...] das Landgericht zu Wesel darnach zu instruieren“, diese Hausstelle aus peuplierungspolitischen Motiven zu requirieren.

¹⁷³⁷ Zitat vom 20. Juli 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷³⁸ Zitat vom 20. Juli 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷³⁹ Zitat vom 20. Juli 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷⁴⁰ Zitat vom 20. Juli 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷⁴¹ Zitat vom 19. August 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷⁴² Zitat vom 12. September 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷⁴³ Zitat vom 26. September 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

diesem Zeitpunkt begann für die Eigentümer eine dreimonatige Frist, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Geschah dies nach drei Monaten nicht, so sollten die Magistrate und Commissario locis im Sinne optimaler räumlicher Peuplierung vorhandener und angeworbener Menschen „[...] dafür sorgen, jemanden zu finden.“¹⁷⁴⁴ Dabei war hierbei „[...] die beste Gelegenheit (...), Unsern allerhöchste Cabinets Ordre in vorzüglicher Ansetzung nützlicher und nöthiger Manufacturiers und Handwerker zu verfolgen“, um die noch von der vorhandenen einheimischen Bevölkerung nicht besetzten wüsten Hausstellen mit qualifizierten Arbeitern oder Manufakturisten zu besiedeln und in Nutzung zu bringen.¹⁷⁴⁵ Zur Umsetzung dieses oben beschriebenen Prozesses preußischer „Retablissement-Politik“ erging ein „[...] Circulare an alle Land- und Gerichte, Justiz-, Magistrats- und Jurisdictions Räthen wegen der Hiebstation der im Krieg ruinierten Häuser und wüsten Stellen.“¹⁷⁴⁶ Die Umsetzung rechtlicher Vorgaben peuplierungspolitischer Zielvorstellung zum Wiederaufbau verfallener Häuser, sowohl mit einheimischen Bevölkerungsteilen, also auch mit angeworbenen Fremden, kann im Sinne der „Retablissement-Politik“ in den Quellen – wie im nächsten Kapitel später auch zu sehen –, nachgewiesen werden. Zum Beispiel wurde in der Stadt Wesel „[...] ein Bürger namens Berekel willig gemacht, (...) ein Haus, so im Krieg eingestürzt ist, welches weder im Servis noch (...) im Feuer Catasters befindlich ist, (...) zu Verwahrung des Stadts-Feuer-Schutzes“ zu übernehmen.¹⁷⁴⁷ In den Prozess räumlicher Besiedlung städtischer Peuplierungspolitik wurden zum ersten Mal im größeren Maße auch einheimische, bereits vorhandene Bevölkerungsteile integriert, um die vom Krieg herrührenden Verwüstungen städtischer Hausstellen schnellstmöglich zu beseitigen. Preußische Peuplierungspolitik in den niederrheinischen Städten bezog sich nicht nur auf die Anwerbung ausländischer Personen, sondern auch die Förderung einheimischer Bevölkerung verdeutlichte die Umfassendheit friderizianischer Bevölkerungspolitik. Die rechtliche Situation niederrheinischer Städte zeigte sich für eine schnelle Retablierung verfallener

¹⁷⁴⁴ Zitat vom 26. September 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷⁴⁵ Zitat vom 26. September 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

¹⁷⁴⁶ Zitat vom 26. September 1765 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503. Dabei wurde „[...] wegen Retablirung derer im letzteren Krieg ruinierten und wüsten Häusern in denen Städtchen unter anderem folgende Principia“ policyverordnerisch festgesetzt, dass „[...] das Gericht auf diese Requisition ohne weitere Untersuchung diese Subhastation vornehmen, und die Eigenthümer sowohl als Creditores citiren, in dem bey diesen besonderen Umständen auf 3 Monathen anzusetzenden Termin mit der Adjudication verfahren“ werden müsse.

¹⁷⁴⁷ Zitat vom 13. Januar 1766 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503. Auch in Büderich „[...] lieget ein[e] verfallene Hausstelle“, die einem Lenhard Reha, welcher verstorben war, gehörte hatte, die nun durch den hiesigen katholischen Pastor übernommen wurde. Zitat vom 21. Februar 1766 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

Hausstellen sehr ungünstig, sodass zunächst eine juristische Legitimierung schnellerer Umsetzung räumlicher Besiedlung gefunden werden musste.¹⁷⁴⁸

Nach der Skizzierung rechtlicher Grundlagen niederrheinischer „Retablisement-Politik“ ist eine Darstellung räumlicher Parameter zur Ansetzung peuplierungspolitischer Maßnahmen notwendig, um die räumliche Dimension „städtischer“ Retablierung in den preußischen Provinzen einschätzen zu können. Aus den Quellen ist zu ersehen, dass das preußische Generaldirektorium sehr schnell und mit großem Interesse an der „stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik arbeitete und sehr viel statistisches, differenziertes Material zur optimalen Planung bevölkerungspolitischer Maßnahmen in den niederrheinischen Städten anforderte. Bei dieser empirischen Erfassung wüster Hausstellen wurden oftmals zwei Tabellen für eine Stadt erstellt, die eine bezog sich auf die zerstörten Hausstellen vermögender Menschen, die andere auf die wüstliegenden Gebäudestellen unvermögender Städter. Aufgrund der günstigen Quellengrundlage ist eine realistische Beschreibung der Situation niederrheinischer Städte zur Eruierung räumlicher Potenziale peuplierungspolitischer Ansiedlungen einheimischer und fremder Menschen nach dem Siebenjährigen Krieg möglich.

Aus der Akte „Wegen Retablisement der im Kriege ruinirten Häuser aus denen plans de 1764 und 1765 und der davon eingereichten Tabellen 1765-1766“ kann eine Gesamtzahl für die im Herzogtum Kleve befindlichen wüsten Stellen niederrheinischer Städte angegeben werden.¹⁷⁴⁹ Bezogen auf die Vermögenden lässt sich die Zahl zerstörter Häuser auf **142** beziffern, bezogen auf die unvermögenden Eigentümer wüster Hausplätze auf **213**. Die Gesamtzahl der nach dem Siebenjährigen Krieg in den niederrheinischen Städte Kalkar, Sonsbeck, Goch, Grieth, Xanten, Orsoy, Üdem, Büderich und Kervenheim befindlichen brachliegenden und zerstörten Hausstellen betrug **355**. Diese im Jahr 1764 gezählten **355** wüstliegenden Stadtplätze des Herzogtums Kleve stellten den räumlichen Ansatzpunkt für die „Retablisement-Politik“ preußischer Peuplierungspolitik dar.

Aus einer Tabelle bis 1765 für die Stadt Xanten im Herzogtum Kleve geht hervor, dass 19 Hausstellen seit dem Siebenjährigen Krieg wüstgefallen worden waren. (s. Tab. T-6)

¹⁷⁴⁸ Dass die Umsetzung der „Retablisement-Politik“ auf Grundlage neuer rechtlicher Gegebenheiten nicht immer konfliktfrei ablief, stellte eine logische Schlussfolgerung da. Beispielhaft sei hier auf ein Schreiben vom 22. August 1771 hingewiesen, wo, obwohl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer längst einen Baulustigen gefunden hatte, die Requirierung von den Lokalbehörden boykottiert wurde.

¹⁷⁴⁹ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

Tabelle der vom Krieg ruinierten Häuser bis November 1765 für Xanten

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Jan David Seelig	haben ihre Häuser völlig fertig
2	Joh. Schligting	
3	Wilh. Levolger	
4	Ref. Gemeinde	
5	Henr. Tack	
6	Jan Nauheim	
7	Cornelius Scholten	sind noch würcklich im Bau begriffen
8	Hammerschmidt	
9	Bernd Manten	
10	Henrich Schmitz	können sich gar nicht helfen, weil diese Eigenthümer sämtlich gantz Arme leute sind und ihre häuser wüste plätz sind, so keine hoffnung Vorhanden, daß selbige, wann ihnen auch der neuesten Verordnung 30 pro Cent accordiret würden, ihre häuser werden wieder in standt setzen können.
11	Christ Damm	
12	Erben Stevens	
13	Jan Wardenholl	
14	Erben Greeff	
15	Jan Huven	
16	Gerhard Terbach	
17	Wittibe Engelen	
18	Wittibe Schroers	
19	Lud. Hilden	

Tab. T-6

Davon haben bereits durch intensive Retablierungsmaßnahmen sechs Eigner „[...] ihre Häuser völlig fertig“, drei „[...] sind noch würcklich im Bau begriffen“ und neun „[...] können sich gar nicht helfen.“¹⁷⁵⁰ Weil diese letztgenannten „[...] Eigenthümer sämtlich gantz Arme leuthe sind und ihre häuser wüste plätze sind, so ist keine hoffnung Vorhanden, dass selbige, wann ihnen auch der neuesten Verordnung 30 pro Cent accordiret würden, ihre häuser werden wieder in Standt setzen können.“¹⁷⁵¹ Um dennoch der räumlichen Aufforderung preußischer „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik nachzukommen, wurden „[...] deren besagte plätze Vorläufigst durch das Intelligenz blatt anderen baulustigen öffentlich angebothen (...), es haben sich [aber] bis dato keine dazu angegeben.“¹⁷⁵²

Für die Stadt **Goch** wurden nur zwei von 16 Häusern angegeben, die im Zeitraum vom Jahr 1764 bis zum 1. Juli 1765 erbaut wurden, aber nun völlig fertig gestellt waren. Für den gleichen Zeitraum wurden für **Kalkar** 17 Personen genannt, von denen acht Häuser ganz

¹⁷⁵⁰ Zitat aus der Tabelle bis November 1765 der Stadt Xanten aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁵¹ Zitat aus der Tabelle bis November 1765 der Stadt Xanten aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁵² Zitat aus der Tabelle bis November 1765 der Stadt Xanten aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

fertig waren, eins noch im Bau begriffen war und 8 noch ganz wüst lagen.¹⁷⁵³ Leider liegt die erste tabellarische Darstellung der vorhanden vom Krieg herrührenden wüsten Hausstellen aus dem Jahre 1764, deren Grundlage diese oben zitierte Quelle bildete, diesen Akten nicht bei. Dennoch konnten ihnen einige lokale empirische Daten, bezogen auf einzelne Städte, entnommen werden. Für die Stadt **Sonsbeck** wurden 47 zerstörte Hausstellen unvermögender Eigentümer angegeben, für **Goch** 16 wüstliegende Hausstellen vermögender Eigentümer, für **Grieth** jeweils 6 zerstörte Häuser sowohl bei vermögenden als auch unvermögenden Bürgern und schlussendlich für **Büderich** 9 wüste Hausplätze unvermögender Personen. Weitere differenzierende Angaben statistischer Daten wüstliegender Hausstellen für die Anfangszeit retablisementbezogener Peuplierungspolitik in den einzelnen niederrheinischen Städten sind diesen Akten nicht zu entnehmen.

Parallel zu der räumlichen Erfassung potenzieller Peuplierungsmöglichkeiten vom Krieg zerstörter und wüstliegender Hausstellen bezog die Klevische Kriegs- und Domänenkammer auch all diejenigen Hausstellen in die „Retablisement-Politik“ mit ein, „[...] die nicht aus dem Kriegs Schaden herrühren.“¹⁷⁵⁴ Zur genaueren Differenzierung räumlicher Retablisementmaßnahmen bat die Klevische Kammer alle im Herzogtum Kleve befindlichen Städte eine Tabelle einzusenden, in der die sämtlichen wüsten Hausstellen aufgezählt werden sollten „[...] welche entweder baufällig oder eingestürzt sind, so aber nicht aus dem Kriegs Verderb herrühren.“¹⁷⁵⁵

Für die Stadt **Xanten** lassen sich solche wüstliegenden Hausstellen oder zerstörten Häuser auf acht beziffern, wobei vier davon „[...] ihren Bau sicherlich schwerlich zu stande bringen (werden), wann ihnen nicht ein mehreres pro Cent accordiret werden mögte.“¹⁷⁵⁶ (s. Tab. T-7) Ein gewisser Wilhelm Lehvolger „[...] hat schon die Assignation derer pro Cent Gelder Erhalten“ und damit schon einiges an seinem Haus wiederherstellen können.¹⁷⁵⁷

Aus der tabellarischen Einsendung der Stadt **Orsoy** geht hervor, dass lediglich drei Hausstellen schon vor dem Krieg noch wüst gelegen haben. (s. Tab. T-8)

¹⁷⁵³ Siehe Tabelle von 1764 bis 1. Juli 1765 der Stadt Goch und Kalkar aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁵⁴ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁵⁵ Zitat vom 29. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁵⁶ Zitat aus der Tabelle vom 15. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁵⁷ Zitat aus der Tabelle vom 15. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Xanten 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Conr. Scholten	----
2	Th. Hermans	wird ohne Baufreiheitsgelder seinen Bau nicht fertig bringen können
3	Wilhelm Hegg	----
4	Wilh. Tenharen	Siehe Nr. 2
5	Witt. Ellers	Siehe Nr. 2
6	Mich. Hösser	----
7	Jan Hutzelman	Siehe Nr. 2
8	Wilh. Lehvolger	dieser hat schon die Assignment derer pro Cent Gelder erhalten

Tab. T-7

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Orsoy 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Johan Reip-Folees (?)	----
2	Fr. Wilhelm Roestorff	----
3	Adam Maltinus	----

Tab. T-8

In der Stadt **Grieth** waren nach dem Siebenjährigen Krieg noch sieben zerstörte Hausstellen vorhanden, die nicht vom Krieg herrührten. (s. Tab. T-9) Für die Stadt **Kalkar** wurden in der Tabelle nur drei zerstörte Häuser angegeben, wobei man anmerkte, dass man „[...] in der am 15. Oktober 1764 angefertigten Tabelle (...) ausser diesen 3 noch 10 Häuser angeführet (hat), da aber die Reparation derselben unter 50 rthl. angesetzt [wurde], als hat man solche hieher nicht anbringen können.“¹⁷⁵⁸ (s. Tab. T-10)

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Grieth 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Gerhard von Elsbergen	----
2	Dercks van Losen	----
3	Dercks ter Horst	----
4	Gerhard Flescken	----
5	Bürgermeister Elsbergen	----
6	Dercks Caldenhoven	----
7	Das Nonnen Convent zu Üdem	----

Tab. T-9

¹⁷⁵⁸ Zitat aus der Tabelle vom 18. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Kalkar 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Wittibe Meyerman	In der am 15. Okt. 1764 angefertigten Tabelle hat man ausser diesen 3 noch 10 Häuser angeführet, da aber die Reparation derselben unter 50 rthl. angesetzt, als hat man solches hieher nicht anzubringen.
2	Thomas Largenberg	
3	Wittibe Schönenbosch	

Tab. T-10

Die Tabelle der Stadt **Üdem** gibt 24 Häuser an, die der Stadt **Sonsbeck** sogar 31 wüste Hausstellen, die schon vor dem Krieg vorhanden gewesen sein mussten. (s. Tab. T-11 und T-12) Das zeigt dem Forschenden einerseits, dass die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik in den beiden oben genannten Städten vor dem Siebenjährigen Krieg keineswegs in ihrer „restaurativen“ Phase vollendet war. Rechnet man die oben genannten vom Krieg herrührenden zerstörten Plätze noch hinzu, so wird deutlich, dass eine intensive „Retablissement-Politik“ zur Besiedlung wüstliegender Hausstellen und damit letztendlich zur Erhöhung der Staatseinnahmen sehr nötig war.

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Üdem 1765

Nr.	Name	Nr.	Name
1	Joh. Speelmann	13	Elbert Poen
2	Derck Kramps	14	Jan Albers
3	Piter Moll	15	Cobus Baumann
4	Henr. Bauman	16	Gerh. Cassen
5	Peter Janssen	17	Wilh. Roos
6	Joh. Riddemann	18	Jacob Davids
7	Math. Moll	19	Joh. Brunckwiller
8	Joh. Schraven	20	Erben Anthon Blüp
9	Jan Peters	21	Henr. Noy
10	Henr. Bruns	22	Theod. Ter Bruggen
11	Derck Bruns	23	Wilh. Wolters
12	Wilh. van de Lok	24	Levi Jacobs

Tab. T-11

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Sonsbeck 1765

Nr.	Name	Nr.	Name
1	Berh. Janssen	17	Malthys Hasselman
2	Henr. von Bernum	18	Henrich Mattlill
3	Wittwe ter Buiken	19	And. Baumann
4	Urselmann	20	Kiff
5	W. Gamerschlag	21	Math. Hulsen jun.
6	Henr. Paassens	22	G. Hesselmann
7	Henr. v. Kuyck	23	Math. Hulsen
8	Camperdirck	24	Henr. Loeven
9	Pinnars	25	Johann Hulsen
10	Jan Huiskes	26	Lud. Hasselmann sen.
11	Wittwe Evers	27	Willem Grins
12	Henr. Claasen	28	Hen. Rogmann
13	Gärt Wessels	29	Theod. Büren
14	J. H. Husen	30	W. Schmitz
15	Möllers	31	J. H. Heyermann
16	Johann Gerritsen		

Tab. T-12

Des Weiteren lagen aus räumlicher Perspektive in der Stadt **Büderich** 9 Häuser, in der Stadt **Kervenheim** 15 zerstörte Hausplätze vor, die im Zuge der Retablierungspolitik wiedererrichtet werden konnten. (s. Tab. T-13 und T-14) Für die Stadt **Goch** wurden sieben wüstliegende Plätze benannt, wobei dem „[...] Mattis Daniels (...), weilen [er] die hinlängliche Sicherheit nicht geben können, (...) ihm keine Gelder avanciret werden können.“¹⁷⁵⁹ (s. Tab. T-15)

¹⁷⁵⁹ Zitat aus der Tabelle vom 27. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Büderich 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Ein Bürgerhauß	noch nicht völlig fertig
2	Witt. Bernd Hardering (?)	noch nicht gebauet
3	Johann Abels	ist fertig
4	Der. Pordens (?)	hat noch nicht angefangen
5	Erben Nabbefeld	ist fertig
6	Witt. Brinckkamp	ist fertig
7	Henr. Stübers	ist so weit fertig
8	Knap	demselden sind hierauf 100 rthl. avanciret
9	Heinrich Lübbers	ist fertig

Tab. T-13

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Kervenheim 1765

Nr.	Name	Nr.	Name
1	Erben Holtappel	9	(?)
2	H. Kramps	10	G. angen Cnot (?)
3	J. Roelen	11	Witt. Janssen
4	Wittwe Heys	12	Witt. Rutmans
5	Brey	13	Wilh. Lackes
6	Th. Janssen	14	Jan Verhoeven
7	Wittw. Janssen	15	Jan Östendörp
8	Gerth Piekman		

Tab. T-14

Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Goch 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Joh. Schlüter	----
2	Jan Lavon	----
3	Reinhard	----
4	Mattis Daniels (?)	weilen sie die hinlängliche Sicherheit nicht geben können, so werde ihnen keine Gelder avanciret werden können
5	Daniels Grootens	mit dem Bau einen guten anfang gemacht
6	Derck Bauman	
7	Erben Cananberg	

Tab. T-15

Aus der Haupttabelle des „[...] Clevischen Creises Westseits Rheines oberwärts“ aus dem Jahre 1765 sind **112** aufgelistete zerstörte Hausstellen zu entnehmen, die im Herzogtum Kleve

nicht aus den Kriegsschäden des Siebenjährigen Krieges hervorgehen, sondern schon vorher als ungenutztes, brachliegendes räumliches Potenzial existierten.¹⁷⁶⁰ (s. Tab. T-16) Dabei gilt für die im nächsten Kapitel getätigte Auswertung städtischer „Retablisement-Politik“ zu berücksichtigen, dass diese beiden tabellarischen Angaben zu zerstörten Hausstellen und wüstliegenden Hausplätzen, herrührend sowohl durch den Siebenjährigen Krieg als auch schon vor dem Krieg vorhanden, zusammengelegt worden sind. Lediglich eine „Haupttabelle dererjenigen, welche ihr baufälligen Häuser so nicht aus dem Kriegs Schaden herrühren in Anno 1766 wieder in guten Standt herstellen wollen by denen Clevischen Städten Westseit Rheines oberwärts und was denenselben allergnädigsten Verordnung an Bau Freyheits Gelder zu reichen sey“, zeigt einige langsame Fortschritte bei der Retablierung dieser speziell statistisch aufgenommenen Häuser.¹⁷⁶¹ (s. Tab. T-17)

Haupttabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren des „Clevischen Creises Westseits Rheines oberwärts“ 1765

Stadtname	Anzahl zerstörter Häuser
1. Goch	7
2. Xanten	8
3. Orsoy	3
4. Calcar	3
5. Sonsbeck	31
6. Üdem	24
7. Büderich	9
8. Kervenheim	20
9. Grieth	7
Gesamtzahl	112

Tab. T-16

¹⁷⁶⁰ Zitat aus der Haupttabelle des Jahres 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508. Aus einer Anmerkung dieser Haupttabelle ist zu ersehen, dass die Zahl der sich in denen „[...] Clev. Derer Märckischen Städten pro 1763 baufällig und eingestürzten Häusern“ auf insgesamt auf 325 Häuser belief. Die Zahl für die in der Grafschaft Mark vorhandenen, nicht vom Krieg herrührenden zerstörten Häuser lag bei 213 Häuser, und somit viel höher.

¹⁷⁶¹ Siehe Haupttabelle von 1766 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

Haupttabelle derjenigen, welche ihre baufälligen Häuser so nicht aus dem Kriegs Schaden herrühren in Anno 1766 wieder in guten Standt herstellen wollen bey den Clevischen Städten Westseits Rheines oberwärts

Stadtname	Anzahl zerstörter Häuser
1. Goch	7
2. Xanten	1
3. Orsoy	3
4. Calcar	11
5. Sonsbeck	28
6. Üdem	24
7. Büderich	2
8. Kervenheim	14
9. Grieth	4
Gesamtzahl	94

Tab. T-17

Aus dem Vergleich der beiden Haupttabellen von 1765 und 1766 geht hervor, dass nicht nur die Zahl baufälliger Häuser, die nicht von Kriegsschäden herrühren, abgenommen hat, sondern es kamen sicherlich auch in einzelnen Städten einige Häuser hinzu, die in den ersten Tabellen nicht aufgenommen worden waren. Nur so lässt sich die Erhöhung der Häuserzahl z. B. in Kalkar erklären.

In einer Akte „Betreffend des Retablissement–Wesen in denen Städte **Meurs** und **Crefeld** 1766 bis Okt. 1768“ liegen uns einige tabellarische Nachrichten über den Zustand der Stadt Moers vor.¹⁷⁶² Nach dem Siebenjährigen Krieg lagen nach einer Tabelle von 1766, deren Eigentümer in der Lage waren, diese zerstörten Häuser aus eigenen finanziellen Mitteln wiederzuerrichten, 37 Hausstellen wüst. (s. Tab. T-18) Die Tabelle unvernögender Eigner zerstörter Häuser wies nur drei Personen auf.¹⁷⁶³

¹⁷⁶² Siehe dazu HSTAD, Meurs Cammer, Nr. 102.

¹⁷⁶³ Diese wären 1) die Capelsche Diaconie, 2) Berns und 3) Wanderscheit, denen die finanziellen Mittel zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Häuser fehlte. Siehe die Tabelle vom 16. April 1766 in HSTAD, Meurs Cammer, Nr. 102.

Tabelle zum Nachweis Von denen im kriege ruinirten Häußer, deren Eigner Zur Herstellung
aus eigenen Mitteln vermögend sind, Moers 1766

Nr.	Name	Nr.	Name
1	Justiz Rath vom Hofe	20	Borcher
2	Justiz Rath vom Hofe	21	Sienuffelman
3	Justiz Rath vom Hofe	22	Witw. Imenbolt
4	Justiz Rath Wanderscheit	23	Tensilen
5	Cammer Director Müntz	24	Höller
6	Cammer Direktor Müntz dessen Weberhauß	25	Weyers
7	Ültjesforth	26	Zeppenfeld
8	Dammers	27	Wittemsen
9	Capelsche Diaconie	28	Lixt
10	Witwe Schroot	29	Hudiel (?)
11	Boschmann	30	Schroers
12	Erben Bahr	31	Fermats
13	Erben Bahr	32	van Alpen
14	Erben Bahr	33	Rostärck
15	Schule	34	Wagener
16	Stadts Hauß	35	Hoesch
17	Bobberts	36	Borcharts
18	Armen	37	Sienz (?)
19	Doc. Fabricius		

Tab. T-18

1.5.3.2. Die räumliche Stadtentwicklung und die Anwerbung von Fabrikanten und Manufakturisten

Die oben dargelegte Skizzierung niederrheinischer Städte offenbart dem historisch-geographischen Forscher ein Bild zahlreicher durch den Siebenjährigen Krieg zerstörter und wüstliegender Hausstellen, die im Speziellen im Fokus „restaurativer“ Maßnahmen der „Retablisement-Politik“ Friedrichs des Großen standen. Etliche städtische Gebäude in den rheinischen Provinzen preußischer Herrschaft mussten wieder in Nutzung gebracht werden. Diese Instandsetzung wüster Hausstellen basierte in diesem Fall erstmals im großen Maße auch auf der einheimischen Bevölkerung, aber auch fremde Manufakturisten und Fabrikanten wurden eingeladen, sich mit ihren Familien zur Peuplierung städtischer Siedlungen niederzulassen. Mit der „Retablisement-Politik“ versuchte der preußische Staat, zunächst den städtischen Raum weiter mit Nutzgebäuden und Wohnhäusern zur Stärkung wirtschaftlicher Kräfte zu verdichten.

Die räumliche Dimension städtischer „Retablisement-Politik“ setzte an den zahlreichen zerstörten und wüstliegenden Hausstellen an, die schnellstmöglich wiederbesiedelt werden mussten, um im zweiten Schritt eine Extension städtischen Raumes und damit auch eine Bevölkerungsverdichtung im Kontext „additiver“ Peuplierungspolitik zur wirtschaftspolitischen Förderung voranzutreiben. Auf der Basis statistisch-empirischer Daten städtischer Siedlungen wurden die weiteren peuplierungspolitischen Maßnahmen zur Besiedlung zerstörter Hausstellen konzipiert. Wie wichtig es für die preußischen Behörden war, die auf Bevölkerungsverdichtung und optimaler räumlicher Nutzung städtischen Wohn- und Wirtschaftsraumes basierende Wirtschaftskraft und den Flor städtischer Ökonomie schnell zur Erhöhung der Einnahmen zu verbessern, zeigte sich im peuplierungspolitischen Drang zügiger Umsetzung retablisementbezogener Maßnahmen zur Bevölkerungsverdichtung städtischen Raumes.

Aus einer Anmerkung des Jahres 1763 für die Stadt **Goch** geht hervor, dass zum „[...] retablisement der Städte (...) durch königl. Verordnung der unvermögenden Eignern der wüsten Häuser, wenn solche des letzten Krieges halber ruiniret worden, 25 Procent der Bau kosten und wenn solche nicht durch den Krieg, sondern durch andere Ursachen im Verfall gerathen, respective wenn sie in den ersten 3 Jahren bauen wollen, 20, 10 und 6 Procent der Bau kosten allergnädigst accordirt“ werden.¹⁷⁶⁴

Für **Xanten** lagen nach einer Tabelle vom 17. Dezember 1765 noch ca. 30 Häuser wüst, „[...] weilen diese alle schlechte und unvermögende Leuthe sind, welche nichts zuzusetzen haben.“¹⁷⁶⁵ Zum Wiederaufbau müsse man diesen Menschen mit staatlichen Subsidien helfen und damit „[...] denenselben ein mehreres pro Cent allergnädigst (...) accordieren.“¹⁷⁶⁶ Seit der letzten halbjährigen Anfertigung tabellarischer Nachrichten über den Zustand klevischer Städte wurde lediglich ein Haus, nämlich das des Cornelius Scholten, fertig gestellt.

Zur selben Zeit waren in der Stadt **Kalkar** noch 13 Häuser in einem desolaten Zustand. Von denen wurde innerhalb eines Jahres eins fertig, zwei befanden sich im Bau und elf standen noch unberührt da.¹⁷⁶⁷

Der Wiederaufbau von zwei Häusern in der wohl vom Siebenjährigen Krieg nicht so stark betroffenen Stadt **Orsoy** gelang weiterhin nicht, weil diese zwei, nicht vom Krieg herrührenden Hausstellen ehemals „[...] Baraquen [waren] welche nicht an der Hauptstraße“ lagen und damit unattraktiv zur Wiederbesiedelung waren.¹⁷⁶⁸

¹⁷⁶⁴ Zitat vom Jahr 1763 aus StAG M IV/248.

¹⁷⁶⁵ Zitat vom 17. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁶⁶ Zitat vom 17. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁶⁷ Siehe Tabelle Kalkar vom 19. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁶⁸ Zitat vom 20. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

Eine ähnliche Situation des Wiederaufbaus eines nicht vom Krieg zerstörten Hauses lag auch in **Sonsbeck** vor, das später mit in die „Retablissement-Politik“ eingebunden wurde. Die Witwe Wylichs war „[...] gar zu arm und nicht im Stande die Reparation ihres Haußes zu Bestreiten“, weswegen es aus peuplierungspolitischen Retablissement-Gründen sinnvoll wäre, „[...] derselben die hälffte derer Kosten“ zu übernehmen.¹⁷⁶⁹

Zwei Eigentümer der in **Üdem** nicht vom Krieg herrührenden zerstörten Häuser von insgesamt vieren waren soweit, dass sie bald mit dem Wiederaufbau ohne staatliche Unterstützung beginnen konnten.¹⁷⁷⁰

Die zwölf Besitzer der in **Kervenheim** vorhandenen, nicht aus Kriegschäden hervorgehenden wüstliegenden Häuser waren zur Wiederherstellung dieser Hausstellen nur mit einer peuplierungspolitischen Bezuschussung von Baufreiheitsgeldern willig, die räumliche Verdichtung städtischer Siedlung weiter voranzutreiben.¹⁷⁷¹

Im Dezember 1765 stand in der Stadt **Grieth** nur noch eine wüste Haustelle, die nicht aus dem Kriege herrührte, zur Wiederbesiedlung bereit.¹⁷⁷²

Der Stadt **Büderich** musste es schon vor dem Siegenjähigen Krieg aus räumlicher peuplierungspolitischer Perspektive am schlechtesten von den niederrheinischen Städten gegangen sein. Aus einer Tabelle über die Nachweise, „[...] wie weit es mit dem Retablissement derer 42 Häuser in der Stadt Büderich so nicht aus dem Kriege Schaden herrühren, gekommen“, ging hervor, dass zum Ende des Jahres 1765 immer noch trotz peuplierungspolitischer Bemühungen sich 31 Eigentümer wüstliegender und zerstörter Hausstellen „[...] zum Bau nicht declariret“ hätten.¹⁷⁷³ Drei von denen 42 wüstliegenden Häusern waren schon fertig und drei im Bau begriffen. Insgesamt wurden im Kontext der „Retablissement-Politik“ seit 1763 elf Eigentümern Baufreiheitsgelder ausgezahlt, von denen vier fertig wurden, die andern „[...] küfftiges Frühjahr [erst] erbauet“ werden sollten.¹⁷⁷⁴

Aus einer gesamttabellarischen Auflistung über den Zustand aller nicht vom Siebenjähigen Krieg zerstörten Häuser und wüstliegenden Hausstellen in den klevischen Städten aus dem Jahre 1765 (bis November) geht hervor, dass von den nun insgesamt 104 aufgelisteten Hausstellen sechs völlig aufgebaut wurden, fünf im Bau begriffen, 20 Eigentümer willig zum

¹⁷⁶⁹ Zitat aus der Tabelle Sonsbeck Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁷⁰ Siehe Tabelle Üdem vom 20. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁷¹ Siehe Tabelle Kervenheim Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁷² Siehe Tabelle Grieth vom 20. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508. Dieses Haus gehörte dem Griether Bürger Derck Wegge.

¹⁷⁷³ Zitat vom 31. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

¹⁷⁷⁴ Zitat vom 31. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508.

Aufbau waren und 75 noch nicht mit der Wiederherstellung angefangen hatten.¹⁷⁷⁵ (s. Tab. T-19)

Haupttabelle der nicht vom Siebenjährigen Krieg zerstörten Häuser der Städte im Herzogtum
Kleve bis November 1765

Stadtnamen	völlig fertig	im Bau	zum Bauen willig	noch nicht angefangen
1. Goch	----	----	----	----
2. Xanten	2	----	----	24
3. Orsoy	----	-----	----	2
4. Calcar	1	2	----	1
5. Sonsbeck	----	----	2	2
6. Üdem	----	-----	2	2
7. Büderich	3	3	5	31
8. Kervenheim	----	----	11	----
9. Grieth	----	----	----	1
Gesamtzahl	6	5	18 (sic)¹⁷⁷⁶	75 (sic)¹⁷⁷⁷

Tab. T-19

Es ist festzuhalten, dass die raumbezogene „Retablissement-Politik“ in Bezug auf die Wiederherstellung wüster Hausstellen, welche nicht aus Kriegsschäden herrührten, nach zwei Jahren immer noch nicht richtig effektiv umgesetzt wurde. Lediglich sechs wiederhergestellten Häusern standen 98 noch nicht in Stand gesetzte Häuser gegenüber.

Auf insgesamt alle zerstörten Häuser der Stadt Moers bezogen, ging bei der Auswertung einer Tabelle von 1767 hervor, dass von den noch in der vorherigen halbjährlich angefertigten Tabelle 16 vorhandenen zerstörten Häuser fünf wiederhergestellt wurden und damit nur noch elf wüste Hausstellen von anfangs 37 wüstliegenden Hausstellen existierten.¹⁷⁷⁸ Nach ca. vier Jahren der Wiederaufnahme peuplierungspolitischer Policygesetzgebung im Zusammenhang der „Retablissement-Politik“ des preußischen Königs waren in der Stadt **Moers** noch nicht alle räumlichen Stadtwüstungen durch Besiedlung einheimischer oder fremder Menschen beseitigt worden.

¹⁷⁷⁵ Siehe die Tabelle vom 31. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508. Der Additionsfehler dieser Tabelle bei den zum Aufbau willigen Personen wurde hier mit der Zahl 20 bei den Eigentümern korrigiert.

¹⁷⁷⁶ Hier liegt ein Additionsfehler vor, die korrekte Anzahl der aufbauwilligen Eigentümer muss mit 20 beziffert werden.

¹⁷⁷⁷ Hier liegt erneut ein Additionsfehler vor, die korrekte Anzahl der noch nicht angefangenen Hausstellen muss nach der Addition 63 lauten.

¹⁷⁷⁸ Siehe die Tabelle vom 2. April 1767 aus HSTAD, Meurs Cammer, Nr. 102.

Die peuplierungsbezogene „Retablissement-Politik“ war primär für die im Krieg zerstörten Häuser nach 1763 konzipiert worden. Die peuplierungspolitischen Bemühungen preußischer Behörden waren sehr intensiv, weil oftmals immer wieder Mahnungen an die Unterbehörden ergingen, die Retablierung wüster Haustellen in den niederrheinischen Städten schneller und effektiver voranzutreiben. Auch mit der Auszahlung staatlicher Baufreiheitsgelder zum Wiederaufbau wüster Stadtplätze geizte man nicht. Exemplarisch sei hier der Spezialbefehl aus Berlin für einen wiederaufbauwilligen Städter aus Büderich mit folgender Zusage erwähnt: „[...] von dem Wessel Knap zu Büderich gesuchte Bau Freyheits-Gelder [ihr] berichtet habt, und approbiren hierdurch allergnädigst, daß gedachten Knap vorläufig Ein Hundert rthl. auf diese Bau Freyheits-Gelder ausbezahlet werde und kann, sobald das Hauß völlig fertig, von Magistrat examiniret und dessen Wirth Reglements mäßig attestiret ist, das übrige von solchen Bau Freyheits-Geldern (...) gereicht werden.“¹⁷⁷⁹ Wie wichtig diese Bezuschussung peuplierungspolitisch motivierter Gelder im Kontext der „Retablissement-Politik“ war, zeigt die Antwort des Büdericher Magistrats sehr deutlich. Was den Wiederaufbau des zerstörten Hauses des Knaps anbelangt, „[...] so ist solcher in Erster Etage Völlig fertig, zu der oberen fehlet noch eine Cammer.“¹⁷⁸⁰ Allerdings hat „[...] der Eigner (...) seine Mittel Bereits dergestalt Verbauet, daß er weiter nichts anwenden kann“, sodass dieser auf weitere Gelder hoffe, „[...] um damit den Völligen außbau zu Bewerckstelligen.“¹⁷⁸¹

Die Unzufriedenheit preußischer Behörden über die aus ihrer Sicht zu langsam verlaufende Kolonisation wüster Hausstellen städtischer Siedlungen und die noch zahlreich existierenden ungenutzten räumlichen Potenziale zur Besiedlung drückte sich in einer Verordnung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer aus, in der den Magistraten und Bürgermeistern sowie den lokalen Commissario loci eindringlich geraten wurde, ihre „[...] pflichtmäßige bemühung auch dahin gerichtet seyn zu laßen, daß solches an allen Orten eures Creises proclamata bekannt gemacht und Baulustige, besonders Fremde encouragiret werden, sich hieselbst zu etabliren und anzubauen.“¹⁷⁸² In einigen Städten verlief die „restaurative“ Peuplierungspolitik jedoch durchaus erfolgreich, sodass im Zuge der „Retablissement-Politik“ der Übergang zur „additiven“ Bevölkerungspolitik in Form von räumlicher Erweiterung der Städte vollzogen werden konnte. Nachdem der preußische König „[...] bei zunehmender Anzahl der Einwohner der Stadt Cleve zu deren mehreren Bequemlichkeit so wohl als für die von zeit zu zeit anhero kommende viele Fremde und Passgiere eine Erweiterung dieser Stadt

¹⁷⁷⁹ Zitat vom 28. Mai 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁸⁰ Zitat vom 6. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁸¹ Zitat vom 6. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁸² Zitat vom 1. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

dergestalt allergnädigst resolviret [hatte], daß von der Seite des Hagischen Thores eine Auslage bis an die Linde gemacht werde, So hat man dieses (...) bekannt [zu] machen (...), Fremde und Einheimische, die Lust haben, sich in dieser wohl-situirten Auslage auszubauen“, anzuwerben und sie gewisse Freiheiten genießen zu lassen.¹⁷⁸³

Für die Zeit kurz nach dem Krieg liegen uns Zahlen für **Kalkar** und **Goch** vor, die von einer langsamen Umsetzung retablisementbezogener Peuplierungspolitik zur Wiederherstellung städtischer Wüstungen zeugen. Wie aus der Tabelle von 1764 bis zum 1. Juni 1765 zu entnehmen ist, wurden für die beiden obengenannten niederrheinischen Städte für die 20 Bauten 808,45 rthl. ausgezahlt.¹⁷⁸⁴ (s. Tab. T-20)

Tabelle für Goch und Calcar von 1764 bis 1. Juli 1765

Stadtname	Nr.	Namen der Eigner	Baufreiheitsgelder (rthl.)	Anmerkungen
1. Goch	1	Ludwig Bilgen	14,30	völlig fertig
	2	Ref. Prediger Hauß	23	völlig fertig
2. Calcar	3	Marcus van Hen	10	völlig fertig
	4	Schoekens	----	Platz für die Lederfabrik verwendet, deswegen nicht wieder aufgebaut
	5	Stevens	100	beide stehen wüst
	6	Stevens		
	7	Witt. Krummel	5	völlig fertig
	8	Janssen	68,45	steht wüst
	9	Erben Raab und Steevens	45	völlig fertig
	10	Hemming	18,45	steht wüst
	11	Wessel Schmitz	50	steht wüst
	12	Herr angen Mitor	17,30	steht wüst
	13	Armen Wysen (?)	100	völlig fertig
	14	Otten	50	noch im Bau
	15	Witt. Frantzzen	112,30	steht wüst
	16	Joh. Jansen	61	völlig fertig
	17	Brauer	31,15	steht wüst
	18	Arme Schulhaus	83,15	völlig fertig
	19	Arme Vicarie	31,15	völlig fertig
	20	Petrische Hauß	22,30	völlig fertig
Gesamtsumme			808,45	

Tab. T-20

¹⁷⁸³ Zitat vom 1. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁸⁴ Siehe dazu die Tabelle für Goch und Kalkar von 1764 bis Juli 1765 vom 1. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

Aufgrund der schleppenden peuplierungspolitischen Fortschritte im Zusammenhang mit der Retablierung wüster Haustellen „[...] haben [wir] Unsere höchste Unzufriedenheit über den langsamen Fortgang dieses Geschäftes zu erkennen gegeben.“¹⁷⁸⁵ Deswegen müssen die „[...] übrige Häuser, welche theils noch im Bau begriffen, theils noch gar nicht angefangen gewesen, Längstens ultimo octobris (...) völlig retabliret“ werden.¹⁷⁸⁶ Mit welchem Nachdruck die preußische Regierung diese „Retablissement-Politik“ zu verwirklichen versuchte, geht aus der Drohung hervor, dass, wenn diese peuplierungspolitischen Maßnahmen nicht schnellstmöglich zur räumlichen Besiedlung wüster Stadtplätze führen würden, „[...] die Steuer Räthe und Magistrate dafür Zur schwersten Verantwortung gezogen werden“ sollten.¹⁷⁸⁷ Zudem müsse den aufbauwilligen Leuten „[...] die assignirte Gelder (...) richtig und ohne einigen Abzug ausbezahlt werden.“¹⁷⁸⁸ Vor allem sah man eine Mitschuld langsamer Fortschreitung peuplierungspolitischer Umsetzung bei den unteren Beamten, weil die Klevische Kammer zu ihrem „[...] höchsten missfallen wahrnehmen [musste], wie wenig man sich öfters, selbst in interessanten und Geld betreffenden Sachen, auf die Magistrate verlassen kann und deshalb ohnumgänglich nötig ist, daß selbigen überall controlliret und alles in loco recherchiret werde.“¹⁷⁸⁹ Die Unzufriedenheit der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer über die langsame Umsetzung städtischer Peuplierungspolitik wüster Haustellen und zerstörter Häuser war unübersehbar.

Aus zwei weiteren Tabellen für die Städte **Xanten** und **Büderich** ist zu entnehmen, dass in **Xanten** an 19 Personen 900 rthl. Baufreiheitsgelder ausgezahlt wurden, die dazu führten, dass 6 Häuser fertiggestellt und 3 Häuser noch im Bau begriffen waren. 10 Häuser waren noch nicht zur Retablierung angefangen worden. Bis November 1765 wurde mit vier weiteren Häusern begonnen, sodass die dazugehörige Tabelle für diesen Zeitpunkt nur sechs zerstörte Häuser auflistet, bei denen man noch nicht mit dem Wiederaufbau begonnen hatte. Dennoch hatten sich die Eigentümer wüster Hausstellen „[...] öfters zum bau willig erkläret, wenn ihnen nun die allergnäd. pro Cent-Gelder accordiret würden.“¹⁷⁹⁰ Von den Unvermögenden waren zwei Personen sehr arm, wollten es aber mit der Auszahlung peuplierungspolitisch motivierter Gelder dennoch versuchen, die zerstörten Haustellen wieder aufzubauen. In der Tabelle unvermögender Retablierer bis März 1766 für **Xanten** wurden weitere dreizehn

¹⁷⁸⁵ Zitat vom 4. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁸⁶ Zitat vom 4. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁸⁷ Zitat vom 4. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁸⁸ Zitat vom 5. August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224. Zudem wurde nur eine Woche später von Seiten der Klevischen Kammer erneut darauf hingewiesen, denjenigen, die die wüsten Haustellen „[...] weiter in wohnhaften Stande setzen, die accordirte Beneficia angedeyhen“ zu lassen.

¹⁷⁸⁹ Zitat vom 25. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁹⁰ Zitat aus der Tabelle für Xanten bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

zerstörte, noch nicht wiederaufgebaute Hausstellen genannt.¹⁷⁹¹ (s. Tab. T-21) Davon hatten sich nur drei Personen bei Bezuschussung von 30% Baufreiheitsgelder entschieden, den Wiederaufbau ihrer zerstörten oder wüstliegenden Hausstellen voranzutreiben. Die anderen zehn Häuser sollten an andere Interessenten verkauft werden, damit diese ungenutzten wüstliegenden Plätze in der Stadt **Xanten** mit Menschen aufgefüllt werden konnten. Zudem waren „ [...] wegen schlechter Beschaffenheit hiesigen orts (...) keine Kauffleuthe Vorhanden“, die „en gros“ ihren Handel trieben.¹⁷⁹² „Von denjenigen Kaufleuthen, welche mittelmäßige und kleine Handlung“ trieben, zählte man 32 Personen, wovon einige Namen, wie der des Henrich Van de Poll oder Van Eik, auf eine ausländische Herkunft hindeuten. Nur eine wirtschaftsstarke Stadt konnte im Zuge „qualifizierter“ Peuplierungspolitik weitere hoch qualifizierte Professionisten zur Ansetzung in die jeweilige Stadt motivieren und anwerben.

Tabelle der Unvermögenden, die ihre zerstörten Hausplätze nicht wiedererrichten konnten, für die Stadt Xanten bis März 1766

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Joh. Horstmann	Diese unvermögenden Eygner haben sich laut (...) eingesandten protocoll declariret, daß sie im fall ihnen zu den bereits accordirten 25 pro Cent noch 5 pro Cent nebst steinen zugeleget würden, so dann ihren Bau binnen Kurtze zeit im stande setzen wollen
2	Hammerschmidt	
3	Bernd Manten	
4	Schmitz	werden an andere aufbauwillige Personen verkauft
5	Christ. Damm	
6	Erben Stevens	
7	Jan Warderholt	
8	Erben Greeff	
9	Jan Huven	
10	Gerh. Terbach	
11	Wittibe Engeliën	
12	Wittibe Schroers	
13	Ludewich Hilden	

Tab. T-21

In **Büderich** zahlte der preußische Staat an neun Personen 1070 rthl. Baufreiheitsgelder aus, von denen drei Häuser fertig, zwei Häuser im Bau begriffen und vier noch nicht angefangen worden waren. Eine Tabelle vermögender Eigentümer der Stadt **Büderich** konnte nicht eingesandt werden, weil „ [...] hierselbst (...) keine Häußer im Kriege ruiniret“ worden

¹⁷⁹¹ Siehe Tabelle für die Stadt Xanten vom März 1766 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁹² Zitat vom 16. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

waren.¹⁷⁹³ Bei den unvermögenden Eigentümern ließ sich die Zahl zerstörter Häuser auf neun beziffern, wovon bis November 1765 lediglich vier retabliert wurden, zwei sich im Bau befanden und drei Eigentümer sich nicht helfen konnten, diesen Aufbau anzufangen. Aus einem Policeyprotokoll von Juni bis August 1765 geht hervor, dass in „[...] diesem Quartal (...) das schöne Hauß auff des Lamerts Brends im Kriege ruinirte Stelle zu Stande gekommen“ war.¹⁷⁹⁴ Eine weitere wüste Stelle gab es schon „[...] von alten Zeiten her, worauf das Cathol. Pastorat Hauß gestanden“ hat und nun der reformierten Gemeinde gehöret und „[...] des Predigers Garten ist.“¹⁷⁹⁵ Als ein Nachteil zur Umsetzung retablissementpolitischer Verordnungen wurde die räumliche Lage genannt, da die Stadtkonkurrenz zu der infrastrukturell für den Handel vorteilhafter gelegenen Stadt Wesel zu mächtig für die Etablierung von Commerci und damit von qualifizierten Professionisten war. Obwohl für die qualifizierten „[...] Handwercker (...) weder Nahrung noch Platz“ vorhanden sei, so wäre dennoch aus medizinischer Sicht „[...] ein Chirurgus (...) aber höchst nöthig.“¹⁷⁹⁶ Für diese Stadt sind in der Akte „Wegen geforderten Tabellen vom Zustande der Commercii und der Fabriquen 1765“ lediglich elf kleine Händler erwähnt.¹⁷⁹⁷ Wie raumwirksam die Umsetzung peuplierungspolitischer Retablissement-Maßnahmen für die Erscheinung der Stadt **Büderich** wirkte, geht aus einer Notiz über die unvermögenden Eigentümernamen hervor. Der Stadtbürger Heinrich Kessler hat „[...] das schönste und ansehnlichste Hauß in der Stadt, am Marckt in der Passage nach Wesel“ auf einer durch den Siebenjährigen Krieg wüst gewordenen Stelle erbaut.¹⁷⁹⁸ Ein Heinrich Lübbes „[...] hat die 2 ruinirt gewesenen häuser unter ein dach gebracht, alles gantz massiv, auch einen gewölbten Keller erbauet.“¹⁷⁹⁹

Die Differenzierung zwischen Vermögende und Unvermögende der von den Magistraten eingesandten Tabellen für die niederheinischen Städte macht die ganze Summierung aller in einer Stadt vorhandenen wüstliegenden Hausstellen oder zerstörter Häuser nicht immer

¹⁷⁹³ Zitat aus der Tabelle für die Stadt Büderich bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁹⁴ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Büderich aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁷⁹⁵ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Büderich aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁷⁹⁶ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Büderich aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁷⁹⁷ Siehe Schreiben vom 28. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

¹⁷⁹⁸ Zitat aus der Tabelle unvermögender Eigentümer der Stadt Büderich bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁷⁹⁹ Zitat aus der Tabelle unvermögender Eigentümer der Stadt Büderich bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

einfach.¹⁸⁰⁰ Wie das Beispiel **Xanten** verdeutlicht, wurde die Enteignung nicht retablierungsfähiger Eigentümer zerstörter Hausplätze zur optimalen räumlichen Ausnutzung vorhandener Plätze städtischer Siedlungen realisiert. Allerdings gab es auch Städte, wie aus der Tabelle bis November 1766 für die Stadt **Grieth** zu ersehen ist, wo es zum Ende des Jahres 1766 „[...] hier (...) keine dergleichen [zerstörte Häuser, Anm. d. Verf.] mehr vorhanden“ waren.¹⁸⁰¹ Aus einem Policeybereisungsprotokoll vom Juni bis August 1765 erfährt man dagegen eine detailliertere räumliche Lage der Stadt **Grieth**, weil neben den 138 existierenden Häusern von den wüsten Hausstellen „[...] 8 Vorhanden (sindt), so Vor lange zu Gartens aptiret sind.“¹⁸⁰² An diesem Beispiel ist eine Differenz der Wahrnehmung wüster Stellen zwischen den lokalen und regionalen Verwaltungspersonen zu erkennen. Der preußische Staat hatte ein großes Interesse, auch die schon länger wüstliegenden Hausplätze, die zum Teil als Gärten benutzt wurden, im Sinne „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik zu besiedeln. Die Anwerbung qualifizierter Manufakturisten und Fabrikanten erwies sich dort jedoch als sehr schwierig, weil „[...] durch die Verlandung des hießigen Haafens (...) das commercium Von zeit zu Zeit ab(nimbt).“¹⁸⁰³ Im Jahre 1765 wurden lediglich sechs kleine Händler in dieser niederrheinischen Stadt gezählt.¹⁸⁰⁴ Gegebenenfalls wären hier naturräumliche Eingriffe wie die Beseitigung der Verlandung des Hafens nötig gewesen, um eine intensivere Peuplierung der Stadt **Grieth** zu realisieren und damit auch die Wirtschaft dieser Stadt zu fördern. Lediglich ein „[...] Leine Weber und Huthmacher (würden) So hier ordentlich (...) subsistieren können.“¹⁸⁰⁵ Der demographische und räumliche Zustand der Stadt war „[...] in mittleren Zeiten gut gewesen“, die „[...] jetzigen Umstände sind in gar keine Vergleichung zu bringen“, da hier nur noch „[...] ein dürftiges Volck“ wohnte.¹⁸⁰⁶ Der Ort war „[...] vielleicht jetzo ebenso starck bewohnt als in vorigen Zeiten.“¹⁸⁰⁷

¹⁸⁰⁰ Zum Teil ist es nicht immer eindeutig ersichtlich, ob die Tabelle sich jetzt nur auf die vermögenden Eigentümer, auf die unvermögenden Eigentümer oder auf beide bezieht. Am häufigsten allerdings ist die Differenzierung zwischen unvermögenden und vermögenden Eigentümern zu finden.

¹⁸⁰¹ Zitat aus der Tabelle für die Stadt Grieth bis November 1766 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224. Die ehemals wüsten Hausstellen von 1) Bernd Banmann, 2) Jacob Swaters, 3) Menssen, 4) Witt. von Haag, 5) Gerh. Lentzing und 6) des Nonnen Konvents zu Üdem wurden wiederbesiedelt und in städtische Nutzung gebracht.

¹⁸⁰² Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Grieth vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149. In dieser Stadt zählte man 115 Einwohner, die sich in diesem Quartal nicht vermehrt haben.

¹⁸⁰³ Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Grieth vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁰⁴ Siehe Schreiben vom 20. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

¹⁸⁰⁵ Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Grieth vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁰⁶ Zitat vom 11. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

¹⁸⁰⁷ Zitat vom 11. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

Für die vermögenden Eigentümer der Stadt **Kalkar** werden bis November 1765 drei völlig fertig und wiederhergestellte Häuser genannt, zwei weiterhin wüstliegende Häuser wurden zum Verkauf angeboten. Eines aber befand sich im Bau, das „[...] ein Schuster alhier Van den Bongard überkommen (hat), welcher mit allergnädst. Zu accordirenden Pro Cent Geldern in Begriff ist mit der Reparation fort zu fahren.“¹⁸⁰⁸ Dies stellt bei dieser Quellenanalyse das erste Beispiel dar, dass im Kontext der „Retablissement-Politik“ Besitzer zerstörter Hausstellen zum Verkauf gezwungen wurden und ihre Häuser dann mit qualifizierten Fremden peupliert und in Stand gesetzt wurden. Bei den unvermögenden Eigentümern wurden seit 1764 fünf Häuser wiederhergestellt, zwei waren noch im Bau begriffen. Allerdings blickte der Magistrat der Wiederherstellung wüstliegender Räume in der Stadt recht skeptisch entgegen, weil „[...] solange die Stadt nicht populeuser wird und noch einigermaßen bewohnbare Häuser Vorhanden, ist dazu keine Hofnung.“¹⁸⁰⁹ Der demographische Zustand der Stadt **Kalkar** verhinderte eine „restaurative“ Peuplierungspolitik zerstörter Häuser, da sogar noch einige bewohnbare Häuser leer standen, die zuerst wiederbesiedelt werden mussten. In der Stadt **Kalkar** war genügend Raum für die Peuplierung mit fremden Personen vorhanden. Erst nach der Wiederbesetzung bewohnbarer Häuser konnten die „restaurativen“ Ansätze peuplierungspolitischer Maßnahmen bei den wüstliegenden Hausstellen greifen.

In einer Tabelle unvermögender Eigentümer der Stadt **Kalkar** bis Januar 1766 werden 39 zerstörte Hausstellen aufgezählt, wovon bis zu diesem Zeitpunkt 24 fertig und 14 im Bau begriffen waren.¹⁸¹⁰ Auch der letzte Eigentümer war willig, bald mit dem Wiederaufbau seines zerstörten Hauses anzufangen.

Nach einem Policeyprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt **Kalkar** waren es „[...] vor dem Krieg (...) 363 Häuser gewesen“, nun wurden 343 Häuser in der Stadt gezählt.¹⁸¹¹ Diese Differenz zeigt eindeutig ein räumliches Potenzial zur Besiedlung städtischer wüster Hausstellen, die bis dahin ungenutzt brachlagen. Zudem existierten „[...] vor dem Kriege (...) schon 7 wüste Stellen (...), währendem Kriege sind 17 Häuser eingestürzt, wovon der Herr (...) Fabricant Guerin eine wüste Stelle und überdem noch 3 stehende Häuser zu seiner Fabrique gezogen“ hatte.¹⁸¹² Dies ist ein Beispiel für die noch nicht abgeschlossenen

¹⁸⁰⁸ Zitat aus der Tabelle der Vermögenden der Stadt Kalkar bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁸⁰⁹ Zitat aus der Tabelle für die Stadt Kalkar bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁸¹⁰ Siehe Tabelle unvermögender Eigentümer für die Stadt Kalkar aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁸¹¹ Zitat vom Bereisungsprotokoll vom Juni bis August 1765 der Stadt Kalkar aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸¹² Zitat vom Bereisungsprotokoll vom Juni bis August 1765 der Stadt Kalkar aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

„restaurativen“ peuplierungspolitischen Maßnahmen vor dem Siebenjährigen Krieg, da es neben der ineffizienten räumlichen Ausnutzung städtischen Siedlungsplatzes auch der Stadt an „[...] gewercke und Künstler (...) mangel[te]: Ein Uhr Macher, Gold und Silber-Schmied, Zinn Gießer, Bürsten-Binder, Blech Schläger, Messer Schmid, Tischler, (...) Kamm-Macher, tüchtige Maurer, (...) Tuch und Zeug-Fabricant.“¹⁸¹³ Die Anlegung einer Tuchfabrik hätte aufgrund der guten stadtgeographischen Lage eine gute Chance gehabt. Wegen eines unter der Stadt fließenden Flusses wäre es für „[...] diese Fabrique wohl der gelegenste orth“, um ein solches städtisches Etablissement umzusetzen.¹⁸¹⁴ Dennoch muss berücksichtigt werden, dass nach dem Dreißigjährigen Krieg einige beachtliche Erfolge räumlichen Aufbaus und städtischer Peuplierungspolitik zu verzeichnen waren, wenn man bedenkt, dass „[...] im Jahr 1647 (...) die hälfte abgebrannt, und dabei 200 Häuser eingeäschert worden“ waren.¹⁸¹⁵ Ferner findet sich in einer Kopie eines Berichtes vom Zustand der Stadt **Kalkar** im Jahr 1724 der Hinweis, dass „[...] wüsten Stellen (...) gegenwärtig denoch vorhanden“ waren und das zahlreiche Hausstellen „[...] Anno 1409 und Anno 1647 abgebrannt [sind], daraus sie [die Stadt, Anm. d. Verf.] sich noch nicht völlig wieder erhohlet, und die Gründe und Häuser, so darauf wieder, jedoch bey weiten nicht so gut als die Vorige gewesen, erbauet, dennoch merklich mit Schulden beschwehret sind.“¹⁸¹⁶ Allerdings wurde auch erwähnt, dass sich im Zuge der „Retablisement-Politik“ fünf qualifizierte „[...] ausländier sich in der Stadt angekauft haben“, um die vorhandenen wüstliegenden Hausstellen wiederherzustellen und zu besiedeln.¹⁸¹⁷ Des Weiteren trieben nach einer tabellarischen Nachricht des Magistrats zu **Kalkar** 16 kleine Händler ihr Gewerbe in dieser vom Siebenjährigen Krieg stark gebeutelten Stadt.¹⁸¹⁸

In der Stadt **Üdem** hatten zum November 1765 alle Uermögenden ihre zerstörten Häuser wieder aufgebaut. Eine Anfertigung tabellarischer Aufnahme zerstörter und wüstliegender Hausstellen durch den Magistrat war völlig unnötig, weil nun auch das letzte „[...] Haus des Geheimten Regierungs Rath Winter Sub. No. 138 Völlig retabliret worden“ war.¹⁸¹⁹ Dennoch geht aus einem Policeyprotokoll von Juni bis August 1765 hervor, dass „[...] zwei wüste Plätze, so seither Vielen Jahren öde gelegen haben und wegen ermangelung Von Baulußtigen

¹⁸¹³ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Kalkar aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸¹⁴ Zitat vom 22. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

¹⁸¹⁵ Zitat vom 22. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

¹⁸¹⁶ Zitat von einer Kopie des Berichtes von 1724 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

¹⁸¹⁷ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Kalkar aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149. Des Weiteren wurden in der Stadt Kalkar zu diesem Zeitpunkt im Sommer 1765 „[...] 1342 Persohnen [gezählt], wovon 3 nunmehr Vorstorben“ waren.

¹⁸¹⁸ Siehe Schreiben vom 29. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

¹⁸¹⁹ Zitat aus der Tabelle für die Stadt Üdem bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

nicht untergebracht werden“ konnten.¹⁸²⁰ Im Sommer 1765 zählte die Stadt **Üdem** 206 Häuser mit 218 Einwohnern. Allerdings sei die Stadt aus räumlich-geographischen Gründen ungünstig zu peuplieren, weil „[...] dieser Ort (...) wegen der entlegenheit von denen Landstraßen fast gar keine Passage (hat) und (...) das Commercium nicht sonderlich“ sei.¹⁸²¹ Die „[...] Nahrung dieses Orts (bestehet) Vornehmlich im ackerbau und Fabriquen können wegen fehlenden fließenden Wassers hieselbst mit nutzen nicht wohl angeleget werden.“¹⁸²² Neben gezählten zehn kleinen Händlern waren in dieser Stadt keine weiteren größeren Manufakturisten und Großhändler vorhanden.¹⁸²³ Die naturräumliche Lage der Stadt **Üdem** strahlte keine Attraktivität zur stadtbezogenen Peuplierung aus, was auch schon oftmals im theoriegeschichtlichen Teil dieser Arbeit von einigen kameralistischen Denkern als ein Problem erfolgreicher Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen dargestellt wurde. Allerdings fehlten dieser Stadt noch „[...] ein Huth-, Knopf- und Strumpf Macher“, die hier ihre Nahrung als qualifizierte Emigranten hätten finden können.¹⁸²⁴

Mit größeren quantitativen Problemen wüstliegender Hausstellen musste die Stadt **Sonsbeck** umgehen, wie aus einer Tabelle der unvermögenden Eigentümer bis November 1765 zu ersehen ist.¹⁸²⁵ (s. Tab. T-22) Im Jahr 1764 wurden nach dem Siebenjährigen Krieg 47 zerstörte Hausstellen in der Stadt **Sonsbeck** gezählt, die nun im Zuge der peuplierungsbezogenen „Retablisement-Politik“ wiederhergestellt werden sollten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden acht Häuser völlig fertiggestellt und peupliert, weitere sieben Hausstellen befanden sich im Prozess der Wiederherstellung, 31 ungenutzte Stadtplätze lagen weiterhin wüst. Die letztgenannten 31 Eigentümer waren „[...] nicht im stande ohnerachtet der 25 pro Cent ihre Häuser zu repariren und haben mehrentheils noth, daß sie sich ernähren, und da sich auch niemand anders gefunden, der ihre gantz baufällige und theilß den Einfall drohende Häuser übernehmen will, [s]o müssen selbe allergnädst. Verwilligten 25 pro Cento eine Beträchtlichere Assistance (...) angedeyen zu laßen, alß wanmehr sie sich Zur Völligen Reparation ihrer Häuser anschicken lassen.“¹⁸²⁶ Aus einem Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 geht hervor, dass in dieser Stadt 231 Häuser vorhanden waren, wovon „[...] in

¹⁸²⁰ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Üdem aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸²¹ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Üdem aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸²² Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Üdem aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸²³ Siehe Schreiben vom 18. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

¹⁸²⁴ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Üdem aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸²⁵ Siehe Tabelle für die Stadt Sonsbeck von 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁸²⁶ Zitat aus der Tabelle für die Stadt Sonsbeck bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

diesem Quartal Zwey erbauet“ worden waren.¹⁸²⁷ Zudem hatte sich eine fremde Familie „[...] aus dem Cöllnischen hier niedergelassen und ein eigen Hauß gekauft.“¹⁸²⁸ Den Anmerkungen der Akte „Wegen der Bauten und Reparaturen und der deshalb gefertigten Etats bei der Stadt Sonsbeck 1768“ sind infrastrukturelle und stadtbauliche Reparaturen an Feuergerätschaften und am Straßenpflaster zum weiteren Aufbau der Stadt zu entnehmen.¹⁸²⁹ Aus „qualifizierter“ peuplierungspolitischer Sicht fehlen noch „[...] ein Maurer (...), ein Nagelschmidt, Ein Doktor und Apotheker, Eine Hebamme [...] und ein Schneider.“¹⁸³⁰ Es ist zu erkennen, dass trotz der staatlichen, peuplierungspolitisch motivierten Subventionierung zum Wiederaufbau vom Krieg zerstörter Hausstellen einige Menschen aufgrund ihrer Not nicht in der Lage waren, die bevölkerungspolitischen Forderungen raumwirksam umzusetzen.

Tabelle der unvermögenden Eigentümer der Stadt Sonsbeck bis November 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Jacob Meyer	völlig fertig
2	Derck Küsters	
3	Bernh. Hegh	
4	H. v. Remum	
5	J. H. von Bremen	
6	And. Jaegers	
7	Wilh. Hinsen	
8	Jacob Hulsen	
9	Jan Gelderman	im Bau begriffen
10	Grades Grimtzt	
11	Hermen Gruntz	
12	Witwe Risbroeck	
13	J. H. Hulsen	
14	Wilh. Hegh	
15	Wittwe Vogelfang	
16	Wittwe Huffschtmidt	können sich nicht helfen
17	Wittwe Wylichs	
18	Jan Kerstgens	

¹⁸²⁷ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Sonsbeck aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149. Ferner sind „[...] überhaupt in dieser Stadt 1198 Seelen (...) und haben sich selbe in dem Quartal mit 6 vermehret.“

¹⁸²⁸ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Sonsbeck aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸²⁹ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1113.

¹⁸³⁰ Zitat vom Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 der Stadt Sonsbeck aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

19	Wittwe Nobis
20	Trost
21	Matthys angen Endt
22	Joachim Trost
23	Wittwe Derck ter hoeven
24	Janns Hölter
25	Matthys Friedhoff
26	Laurens Klein
27	Jan Andrell
28	J. H. Baumann
29	Stephan Grins
30	Jan Bienenmann
31	J. H. Thermann
32	Bart Offermann
33	L. Hasselmann jun.
34	Jacob Vierling
35	Conrad Wegh
36	Grades Hulsen
37	Henrich Schoofs
38	Willem Hunch
39	Wittwe in gen Feldt
40	Henr. Librand
41	Joh. Kahl
42	Grads Pelers
43	Jan Gabriels
44	Tockum
45	Joh. Vohs
46	Willem Braam
47	Jan Vennekes

Tab. T-22

Die städtische Bevölkerungsgruppe vermögender Eigentümer der Stadt **Sonsbeck** baute bis zum November 1765 alle vom Krieg verwüsteten Hausstellen wieder auf. Dabei wurde vonseiten des preußischen Staates an Baufreiheitsgeldern eine Summe von 640 rthl. und 35 st. ausgezahlt.¹⁸³¹

¹⁸³¹ Siehe Schreiben vom 28. Januar 1766 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

In der Stadt **Kervenheim** konnten 7 vermögende Eigentümer vom Krieg zerstörter Hausstellen bis November 1765 ihre Häuser wieder retablieren und in Nutzung bringen, sodass bei dieser Bevölkerungsgruppe keine retablierungsbedürftigen Häuser mehr vorhanden waren.¹⁸³² Bei den unvermögenden Eigentümern wurden 14 Personen aufgelistet, die „[...] den bau anfangen (wollen)“, wobei zwei unvermögende Eigentümer „[...] sich nicht helfen (können).“¹⁸³³ In einem Policeyprotokoll von Juni bis August 1765 wurde die Zahl der vorhandenen Häuser auf 77 beziffert, allerdings waren noch „[...] 8 wüste Plätze (...) vorhanden, wovon die Häuser im Nov. 1757 abgebrand“ waren.¹⁸³⁴ Die 80 Einwohner dieser kleinen Stadt hatten sich aus peuplierungspolitischer Perspektive in diesem Quartal nicht vermehrt. Außer den „[...] Fußelbrennereyen ist Gar kein Commercium vorhanden“, allerdings wären ein „[...] Sattler und ein hutmacher (...) [und] ein tüchtiger Chirurgus nöthig.“¹⁸³⁵ Für die kleine Stadt **Kervenheim** zählte man lediglich sechs kleine Händler.¹⁸³⁶ Auch die Tabelle der vermögenden Eigentümer der Stadt **Goch** offenbart uns, dass im Speziellen diese städtische Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer besseren finanziellen Situation mithilfe der ausgezahlten Baufreiheitsgelder den Wiederaufbau wirklich vollenden konnten. Alle 16 vermögenden Eigentümer der Stadt **Goch** retablierten ihre zerstörten Häuser zur Raumverdichtung städtischer Besiedlung.¹⁸³⁷ (s. Tab. T-23)

¹⁸³² Siehe Tabelle der vermögenden Eigentümer der Stadt Kervenheim bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224. Die Namen der vermögenden Eigentümer, die ihre Hausstelle wiederhergestellt hatten, waren 1) Casper Rantzenhausen, 2) Ruth Stovers, 3) Mexer, 4) Jac Tellere, 5) Veleman, 6) Witt. Ralmanns und 7) Math. ing haag.

¹⁸³³ Zitat aus der Tabelle für die Stadt Kervenheim bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

¹⁸³⁴ Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Kervenheim vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸³⁵ Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Kervenheim vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸³⁶ Siehe Schreiben vom 20. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

¹⁸³⁷ Siehe Tabelle für die Stadt Goch bis November 1765 HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224.

Tabelle der vermögenden Eigentümer der Stadt Goch bis November 1765

Nr.	Name	Anmerkungen
1	röm. kath. Schul Hauß	alle völlig mit dem retablisement fertig
2	Erben Joh. Henrichs	
3	Richter Lax	
4	Erben Hopp	
5	v. d. Hamm	
6	Bürgermeister Speck	
7	Erben Elsner modo Ref. Gemeinde	
8	Johan Hulsenbeck	
9	Scheffen Vinck	
10	Schleiter	
11	Erben Kerckhoff	
12	Johan Peters	
13	Erben v. Vechelen (?)	
14	Wittwe Schadden	
15	Johan Terpoorten	
16	Walter Elckes	

Tab. T-23

Bei den unermögenden Eigentümern in der Stadt **Goch** hatten es zwei Bürger geschafft, wüsten Grund wiederherzustellen.¹⁸³⁸ Einem „Quartal Policey Protocoll von der Stadt Goch vom 1. Juni bis August 1765“ kann entnommen werden, dass insgesamt „[...] Vorjetzo Vierhundert sechtzig (Häuser)“ gezählt wurden, wovon aber „[...] in diesem Quartal keine neue Häuser erbauet“ wurden.¹⁸³⁹ Die wirtschaftliche Situation der Stadt musste sehr schlecht gewesen sein, da aus einer Zählung Handel treibender Personen niederrheinischer Städte lediglich drei kleine Händler gezählt wurden. Manufakturisten und Fabrikanten sowie Großhändler fehlten ganz.¹⁸⁴⁰ Aus peuplierungspolitischer Perspektive sehr interessant, ist dem Bereisungsprotokoll zu entnehmen, dass noch sieben wüste Plätze vorhanden waren, „[...] welche theils im 30-jährigen Kriege und durch brand entstanden“ und nicht in der

¹⁸³⁸ Siehe die Tabelle der unermögenden Eigentümer für die Stadt Goch bis November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224. Sowohl der „Scheffen Bilgen“ als auch das Reformierte Konsitorium mode Peter Verhoeven retablierten ihre zerstörten Häuser.

¹⁸³⁹ Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Goch vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149. Ferner wurden 2052 Personen in der Stadt gezählt „[...] und sind in diesem Quartal weiter keine Familien abgekommen.“ Auch habe sich „[...] in diesem Quartal (...) keine ausländer in der stadt angekauffet.“

¹⁸⁴⁰ Siehe das Schreiben vom 18. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

obrigen Retablisementliste aufgeführt wurden.¹⁸⁴¹ Die Anmerkung über die noch immer existierenden wüsten Hausstellen, die aus dem Dreißigjährigen Krieg herrührten, deuten darauf hin, dass in der Stadt **Goch** nach über 100 Jahren die räumlichen Folgen dieses verheerenden Krieges mithilfe der „restaurativen“ Peuplierungspolitik zum Teil immer noch nicht beseitigt werden konnten. Bis dahin hatte sich noch keiner zur Wiederbesiedelung dieser seit langen vorhandenen wüsten Hausstellen gemeldet, sodass „[...] bis dahin (selbige) unbebauet liegen geblieben“ waren.¹⁸⁴²

Für die Stadt **Orsoy** sind nur einige Informationen über den Zustand der Retablisement-Maßnahmen aus einem Bereisungsprotokoll von Juni bis August 1765 zu entnehmen. Laut diesem Bericht „[...] sind keine neue bauten vorgekommen“ und noch „[...] sechs wüste stellen vorhanden“, die noch von der „[...] ehemaligen demolirung der Stadt her(rüren).“¹⁸⁴³ Zudem befanden sich zu diesem Zeitpunkt „[...] hierselbst überhaupt 889 Persohnen, [was] (...) mit dem vorherigen quartal (balanciret).“¹⁸⁴⁴ Davon trugen im Jahre 1765 neben den neun kleinen Händlern, sieben Manufakturisten oder Fabrikanten einen Beitrag zur Wirtschaftskraft bei.¹⁸⁴⁵ Zudem sind sowohl stadtbauliche als auch infrastrukturelle Ausbesserungen in der Akte „Wegen der Bauten und Reparaturen bey der Stadt **Orsoy** und der deshalb angefertigten Etats 1765“ nachweisbar.¹⁸⁴⁶

Bis zum Ende des Jahres 1765 wurden einige peuplierungspolitische Maßnahmen im Kontext der „Retablisement-Politik“ erfolgreich umgesetzt. Allerdings belegen die Aussagen der Akte „Wegen Visitation der Retablisements oder Bau Freyheits Gelder Cassen 1765/67“ der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, dass man auch in der Anfangszeit der „Retablisement-Politik“ vorsichtig und sparsam mit der Auszahlung der Baufreiheitsgelder vorging. Der Kriegsrat müsse deswegen sehr genau beobachten, „[...] wieviel bau Freyheits Gelder denen Magistraten eures Creises Successive assignieret und bey denenselben für die Bauende im Bestand sind“, um die effektive Umsetzung retablisementbezogener staatlicher

¹⁸⁴¹ Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Goch vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149. Interessante und ähnliche Informationen ließen sich auch aus der Stadtchronik von Goch von dem 20. März 1775 entnehmen: „Da an den sogenannten ledigen Platz, allwo den Vernehmen nach ehedem Häuser gestanden, welcher aber größtentheils im Jahr 1718 bei dem damalen hieselbst gewesene boshafte brandstiftungen, zum Theil auch schon im voringen seculo abgebrand gewesen, und nachher hie und wieder entweder bebauet oder zu Gärten Plätze gebrauchet worden, (...) jetzo aber verschiedene benachbrte sich gemeldet, um von solchen noch wüste liegenden Plätze etwas gegen Errichtung eines Canonis zu hiesigen Städt's Cämmerei (...) zum Garten und Bauplatz sich eigenthümlich zu aquiriren.“ Zitat aus StAG, M IV/491.

¹⁸⁴² Zitat vom Bereisungsprotokoll von der Stadt Goch vom 1. Juni bis August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁴³ Zitat vom Policy-Bereisungsprotokoll Juni bis August 1765 für die Stadt Orsoy aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁴⁴ Zitat vom Policy-Bereisungsprotokoll Juni bis August 1765 für die Stadt Orsoy aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁴⁵ Siehe das Schreiben vom 15. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 910.

¹⁸⁴⁶ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 560.

Subventionierung zum Wiederaufbau verfallener Feuerstellen sicherzustellen.¹⁸⁴⁷ Dabei bauten die vermögenden Eigentümer aufgrund ihrer besseren finanziellen Ausrüstung die zerstörten Hausstellen schneller wieder auf als die unvernünftigen Eigner. Dennoch waren nach nunmehr zwei Jahren trotz staatlicher Auszahlungen der Baufreiheitsgelder zahlreiche Städte und deren zerstörte Hausstellen noch nicht retabliert worden. Aufgrund des langsamen Retablisementprozesses niederrheinischer Städte beschloss die preußische Regierung eine Bereisung dieser städtischen Siedlungen zu unternehmen, um einen genaueren Überblick über die Umsetzung der „Retablisement-Politik“ zu erhalten. Die klevische Kriegs- und Domänenkammer fand recht deutliche Worte der Unzufriedenheit über den Retablisement-Bericht der Stadt **Orsoy**, weil wir den „[...] vom Magistrat zu Orsoy an euch erlassenen und an uns eingesandten Berichts wegen des Retablisements derer durch den Krieg ruinirten Häuser (...) äußerst befremdet finden müßen, daß bey diesem so wichtigen object als die Retablisement-Sache ist, so superficial und schlecht zu wercke gegangen seys, indem ihr nicht einmahl bemercket, a) wie viel wüste Häuser an den Ort noch vorhanden und b) was vor würckliche und denen Vorschriften gemäße Veranstaltungen zu deren Retablisements gemacht worden“ sind.¹⁸⁴⁸ Deswegen dürfe man „[...] bey Euren künfftigen Bereysungen diesen interessanten Punct [wüste Plätze und Retablisement-Maßnahmen, Anm. d. Verf.] nicht außer Acht (...) laßen“, um auf der Basis dieser empirisch gewonnenen Daten die weitere Konzipierung peuplierungspolitischer Maßnahmen zu definieren.¹⁸⁴⁹ Aus diesem Schreiben wird nicht nur die nochmals von der Klevischen Kammer unterstrichene Wichtigkeit retablisementpolitischer Maßnahmen deutlich. Auch der Vorwurf schlechter peuplierungspolitischer Umsetzung bei der Wiederherstellung wüster Stadthausstellen durch die lokalen Beamten wurde in einer sehr klaren Diktion formuliert. Die Besiedlung städtischer wüster Hausstellen mit Einheimischen oder auch fremden Professionisten stand im Vordergrund „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik nach dem Siebenjährigen Krieg. Über die Stadt **Büderich** ist in einem Bereisungsprotokoll vom 24. Mai 1765 zu lesen, dass von den neun „[...] im Letzten Kriege ruinirten Häusern (...) davon allbereits 5 wieder aufgebaut“ wurden, zum Teil aber „[...] alter und Unvermögen der Eigner (...), noch zu repariren“, einen weiteren Aufbau verhinderten.¹⁸⁵⁰ Ferner waren in dieser Stadt aus räumlicher Perspektive „[...] noch zwey von Langer zeit her devastirte Stelle[n] alß der daß reformirten Consistori und ferner der Casteel Garten, worauf 3 Häuser erbauet werden“

¹⁸⁴⁷ Zitat vom 29. August 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 381. Allerdings werden dort auch zahlreiche Genehmigungen der Baufreiheitsgelder für Retablierer belegt.

¹⁸⁴⁸ Zitat vom 7. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁴⁹ Zitat vom 4. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁵⁰ Zitat vom 24. Mai 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

könnten.¹⁸⁵¹ In **Büderich** war zum Ende des Jahres 1765 trotz retablisementpolitischer Maßnahmen noch genügend Raum zur Peuplierung existent. Von den noch vorhandenen neuen Eigentümern zerstörter Hausstellen, so das Bereisungsprotokoll weiter, die „[...] zur retablirung angesetzt sind“, war noch gar keine völlig fertig, fünf waren im Bau begriffen und „[...] haben noch gar nicht angefangen.“¹⁸⁵² Nach diesem Bericht wurden in der Stadt **Büderich**, wie oben zu lesen, in dem halben Jahr, wahrscheinlich aufgrund des Druckes von Berlin, vier Häuser retabliert. Wie weiter oben über die Stadt **Goch** zu lesen, gab es noch sieben Hausstellen, „[...] die zum theil im 30-jährigen Kriege, zum theil (...) Wüste geworden, annoch unbebauet lägen.“¹⁸⁵³ Die Tatsache über noch vorhandene wüste Plätze in der Stadt, die schon über 100 Jahre brach und unbesiedelt da lagen, vernahm die Klevische Kammer mit größter Überraschung. Sie verdeutlicht, dass keineswegs die Wiederherstellung aller zerstörter und wüstgewordener Haustellen in den niederrheinischen Städten im Zusammenhang „restaurativer stadtbezogener“ Peuplierungspolitik vollständig vollzogen worden war. „Ihr könnet nun selbst leicht abnehmen“, so die Klevische Kriegs- und Domänenkammer an den Verfasser des Policeybereisungsprotokolls vom Juni bis August 1765, dass „[...] Wir nicht erwartet hätten, daß sich noch Spuren des dreißig jährigen Krieges in Ansehung der Anzahl, der Häuser in Goch und der Wüsten Plätze finden sollten.“¹⁸⁵⁴ Um die Retablisement-Maßnahmen peuplierungspolitischer Zielvorstellungen effektiver in den niederrheinischen Städten des Herzogtums Kleve voranzutreiben, müsse man alle noch vorhandenen wüsten Plätze „[...] gratis ausbiethen“, um damit die Möglichkeit einer Ansiedlung zu erhöhen.¹⁸⁵⁵ Was die „qualifizierte“ Peuplierungspolitik betrifft, so sollten die in den Städten „[...] fehlende[n] Handwercker zur Ansetzung daselbst durch die Intelligenzien animiret werden.“¹⁸⁵⁶ Für das Jahr 1776 wurden in der Stadt **Goch** 442 Häuser gezählt, „[...] mit den kleinen Wohnungen zusammen“ waren es sogar 459, auf dem platten Lande 332.¹⁸⁵⁷ Aufgrund der Notiz in der Gocher Stadtchronik, dass es, um das Jahr 1738/40 vor dem Siebenjährigen Krieg, 442 Häuser mit 2624 Personen gegeben hatte, lassen sich in der Mitte der 1770er Jahre eine Vollendung retablisementbezogener Maßnahmen und

¹⁸⁵¹ Zitat vom 24. Mai 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁵² Zitat vom 24. Mai 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149. Die Namen der Eigentümer lauteten 1) Brends, 2) Rehe, 3) Halswick, 4) Natals, 5) Offt, 6) Stadts Armen, 7) und 8) Lobbes und 9) Brends.

¹⁸⁵³ Zitat vom 22. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁵⁴ Zitat vom 22. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁵⁵ Zitat vom 22. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁵⁶ Zitat vom 22. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 149.

¹⁸⁵⁷ Zitat aus dem Jahr 1776 aus StAG, M II/510.

Wiederherstellung vorkriegerischer demographischer und räumlicher Verhältnisse konstatieren.¹⁸⁵⁸

Auch dem preußischen König missfiel der langsame Fortgang retablisementbezogener Maßnahmen, sodass er per Spezialbefehl für die im Herzogtum Kleve befindlichen Städte „[...] zu Erreichung Dero Allerhöchsten Intention, in Ansehung des Retablisements, der, im letzten Kriege, ruinirten und wüsten Häuser in denen Städten, und zu Vermeidung aller dabey etwas vorkommenden Collisionen, nachfolgende Principia regulativa, festgesetzt“ hatte, dass der jeweilige „[...] Commissarius Loci oder der ihm subordinirte Magistrat des Orts jedem Eigenthümer der ruinirten und wieder aufzubauenden Häuser in den Städten, zu Erklärung [fragen solle], ob er den Wiederaufbau des Hauses, mit denen von Seiner Königl. Majestät allergnädigst accordirten Beneficiis, übernehmen wolle und könne.“¹⁸⁵⁹ Sollte der Wiederaufbau durch die Eigentümer nicht erfolgen, so müsse man die zerstörten Hausstellen verkaufen, wobei „[...] übrighends aber (...) hiebey zu Befolgung Ew. Königl. Maj. Höchsten Cabinets-Ordre, wegen vorzüglicher Ansetzung nützlicher und nöthiger Manufakturiers und Handwercker, zugleich Gelegenheit zu nehmen“ sei.¹⁸⁶⁰ Die jeweiligen lokalen Beamten sollten zur schnelleren Retablierung wüster Hausplätze die neuen „[...] Käufer zum Wiederaufbau gehörig anhalten (...), ohne daß solches dadurch einigen Aufschub leide.“¹⁸⁶¹ Bis zum Jahr 1768 lagen noch immer einige Hausplätze wüst. Allerdings sollte bei den weiteren Retablisement-Maßnahmen „[...] darauf gehalten werden, daß solches massiv wieder aufgebauet werden“ müsse, damit „[...] denen abgebrandten, welche Massiv bauen werden, außer denen Feuer-Societats Geldern, durch Etraordinaire Beyhülffe den pro Cent Geldern, der Bau erleichtert, auf hölzerne Häußer aber weiter nichts Vergütiget werden soll.“¹⁸⁶² Man versuchte die vom Siebenjährigen Krieg zerstörten Häuser nicht nur einfach wieder aufzubauen, sondern wollte sie auch aus Feuerschutzgründen effektiver und massiver errichten, um sie vor Stadtbränden besser zu schützen.

Aus einer vom Etat Minister von Hagen geforderten Designation von den noch vorhandenen wüsten Hausstellen ging hervor, dass auch im Jahre 1769 noch einige wüste Stellen, sowohl vom Siebenjährigen Krieg also auch von älteren Zeiten her, vorhanden waren. Deswegen forderte der Kriegsrat Sandrart am 8. August 1769 erneut „[...] detaillierte Nachweise von sämtlichen Wüsten und ungebauten Haußstellen“, um weitere wüste Stadtplätze peuplieren zu

¹⁸⁵⁸ Siehe dazu StAG, M III/328.

¹⁸⁵⁹ Zitat vom 24. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁸⁶⁰ Zitat vom 24. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁸⁶¹ Zitat vom 24. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁸⁶² Zitat vom 21. Juni 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

können.¹⁸⁶³ Zudem ist aus der Akte „Wegen der Ober-Rheinischen Colonisten und deren Ansetzung imgleichen wegen des Colonisten-Geschäftes auch der Urbarmachung wüster Gründe 1769-1771“ zu entnehmen, dass die Klevische Kammer bemüht war, vor allem die noch vorhandenen wüsten Stellen mit oberpfälzischen Kolonisten zu besetzen.¹⁸⁶⁴ Aufgrund dessen sollte der zuständige Kriegsrat Sandrart im Kontext friderizianischer Peuplierungspolitik untersuchen, „[...] wo und an welchen Orten, teils auf dem platten Lande, teils aber in den Städten, dergleichen anzusetzen Gelegenheit vorhanden sind.“¹⁸⁶⁵ Eine Tabelle des Frühjahres 1769 gibt dem Forscher Einblicke in die vorhandenen fehlenden Professionisten der einzelnen niederrheinischen Städte, die gegebenenfalls im Kontext „qualifizierter Retablissement-Politik“ die wüsten und ledig stehenden Hausstellen besiedeln könnten.¹⁸⁶⁶ (s. Tab. T-24)

Tabelle fehlender Professionisten in den niederrheinischen Städten vom 17. April 1769

Nr.	Stadtname	Nr.	fehlende Professionisten
1	Xanten	1	1 Uhrmacher
		2	1 Zinngießer
		3	1 Blechschläger
		4	1 Kammacher
		5	1 Strumpfweber
		6	So viel Woll Fabricanten als Lust haben
2	Orsoy	1	1 Krutzenmacher (?)
		2	1 Maurer
		3	1 Nagelschmidt
3	Calcar	1	1 Mauerer
		2	1 Meßerschmidt
		3	1 Zinngießer
		4	1 Bürstenbinder
		5	1 Kammacher
		6	1 Blechschläger
		7	So viel Tuchfabricanten als nur wollen ¹⁸⁶⁷
4	Sonsbeck	1	1 Maurer
		2	1 Pellenweber
		3	1 Nagelschmidt

¹⁸⁶³ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁶⁴ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁶⁵ Zitat vom 2. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁶⁶ Siehe dazu die Tabelle vom 17. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁶⁷ Diese Anmerkung findet sich nicht in der Tabelle wieder, sondern wurde aus einem Brief des Kalkarer Magistrats entnommen und hier der Vollständigkeit halber hinzugefügt.

		4	1 Huthmacher
		5	1 geschickte Hebamme
5	Üdem	1	1 Pumpenmacher
		2	1 Huthmacher
6	Kervenheim	1	1 Sattler
		2	1 Huthmacher
7	Grieth	1	1 Leinenweber
		2	1 Huthmacher
Summa		----	27 fehlende Professionisten

Tab. T-24

Falls es unter den oberrheinischen Kolonisten diese Professionisten geben würde, könnten diese in den niederrheinischen Städten fehlenden Professionisten ohne weitere Probleme als Stadtkolonisten zum Wiederaufbau zerstörter Hausstellen angesiedelt werden.

So erfahren wir aus einem Bericht des Magistrats von **Grieth**, dass die durch den Siebenjährigen Krieg entstandenen Wüstungen nun beseitigt worden sein mussten, allerdings waren „[...] zwären hierselbst noch 11 Wüste Häuser Stellen Vorhanden, so seit 1699 gehabten Brandt herrühren und vor lange Jahre zu Gartens aptiret sind.“¹⁸⁶⁸ Zur weiteren räumlichen Ausnutzung dieser vorhandenen wüsten Plätze könne man nur „[...] Baraquen und gantz kleine Häusgen darauf (...) setzen“, sodass die Nutzung als Gärten durchaus als sinnig erscheint.¹⁸⁶⁹ Diese elf ledigen Stellen tauchten auch noch in einem Bericht zum Ende des Jahres 1771 auf. Es scheint so, dass hier die geforderte optimale Allokation allen vorhandenen Stadtraumes bei der Umsetzung retablissementbezogener Maßnahmen nicht zum gewünschten Erfolg geführt hatte.¹⁸⁷⁰ Zum Aufbau verfallener Plätze, so die Einschätzung des Kriegsrates Scheele, habe sich „[...] bis dahin (...) niemand finden wollen“, weil die „[...] schlechte Nahrung (...) hieran wohl hauptsächlich Schuld“ war.¹⁸⁷¹ Auch die Chancen zur Ansetzung qualifizierter Professionisten lagen sehr schlecht, weil nur das „[...] Korbmachen die Hauptbeschäftigung dieser Orts“ war.¹⁸⁷²

In der Stadt **Kervenheim** lag ein ähnliches Bild wie in der Stadt Grieth vor. Vier von den neun durch den Brand im Jahre 1757 ruinierten Häusern wurden im Jahre 1766 vom reformierten Prediger, dem reformierten Schulmeister, der Witwe Gerretten und Witwe

¹⁸⁶⁸ Zitat vom 9. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385. Dies wurde auch in einem Bericht des Kriegsrates Scheele vom 31. Oktober 1772 bestätigt. Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁸⁶⁹ Zitat vom 9. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁷⁰ Siehe das Schreiben vom 10. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁷¹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁸⁷² Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

Janssen aufgebaut, die restlichen vom Claessen, der Witwe Rutmans und eines unbekannten Stadtbewohners errichtete man im Jahre 1768.¹⁸⁷³ Der Kriegsrat Sandrart berichtete das auch bei einer Bereisung dieser Stadt und stellte fest, dass sich in „[...] der Stadt selbst 84 feuer Stellen (befinden) worunter noch 4 wüste nebst der abgebrannten Acc. Comtoirs und 3 (...) cath. Armen Häußgen Stellen befinden, und von dem in An. 1757 über diesen geringen Ort (...) gewesenen Brande herrühren.“¹⁸⁷⁴ Zwei wüste Stellen waren somit noch vorhanden, allerdings haben diese „[...] abgebrannte (...) keine bau freyheit, wohl aber feuer Societaets Gelder“ zum Wiederaufbau erhalten.¹⁸⁷⁵ Ebenfalls bestätigte sich die vom August bezifferte Anzahl lediger Hausstellen in einem magistratischen Schreiben vom Frühling des Jahres 1769, das von „[...] nur zwei ledige und unbebaute Haußstellen“ berichtete, die zur Retablierung durch potenzielle Stadtkolonisten zu Verfügung standen.¹⁸⁷⁶ Nach „[...] der im verwiesenen Jahren geschehenen Persohn Aufnahme beläuft sich die Zahl der Einwohner mit der Kinder und Gesinde auf 371.“¹⁸⁷⁷ Ansonsten waren in der Stadt **Kervenheim** im Jahr 1769 „[...] gar keine ledige stellen zu bebauen Vorhanden.“¹⁸⁷⁸ „Ein kleiner Haußplatz, so zwarn mitten in der Hauptstraße“ gelegen, war sehr klein und konnte nur „[...] von einem geringen (...) handwercksmann darauf angesetzt werden.“¹⁸⁷⁹ Ferner lag „[...] vor der Stadt, wo die Bürger ihre Holtz hauffen setzen, noch wohl raum auf Stadt-Grund“ vor, worauf man fünf bis sechs kleine Häuser hätten setzen können, um die bestmögliche räumliche Bevölkerungsdichte in der Stadt **Kervenheim** zu erhalten.¹⁸⁸⁰ Die wirtschaftliche Lage der Stadt gründete auf der dortigen Brandweinbrauerei, die „[...] gegenwärtig nicht mehr so stark getrieben (wird) als vor dem Kriege.“¹⁸⁸¹ Dennoch vermeldete die Klevische Kammer einen in **Kervenheim** niederlassungswilligen Professionisten, da „[...] sich der Bürger und Satlermeister Johann Balthasar Emmel aus Maderstadt bey Mannheim hier eingefunden und sich entweder zu Kervenheim oder einer andern Stadt dieses Herzogtums auf seine profession etabliren will.“¹⁸⁸² Deswegen sollte man ihm zur räumlichen Bevölkerungsverdichtung städtischen Raumes in **Kervenheim** „[...] einen convenablen Platz zu seinem Etablissement“

¹⁸⁷³ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁷⁴ Zitat vom 22. November 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁸⁷⁵ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁷⁶ Zitat vom 5. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁷⁷ Zitat vom 22. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁸⁷⁸ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385. Aus einem Bericht vom 13. Dezember 1771 geht hervor, dass eine weitere wüste Stelle besiedelt wurde und somit nur noch eine ledige Hausstelle in der Stadt Kervenheim existierte. Zudem bestätigte sich die Anzahl vorhandener ledigstehender Hausstellen auch in einem Bericht vom 5. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁷⁹ Zitat vom 5. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁸⁰ Zitat vom 5. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁸¹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁸⁸² Zitat vom 21. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

anweisen.¹⁸⁸³ Nur fünf Tage später berichtete der zuständige Magistrat zufrieden, dass es ihm endlich gelungen sei, „[...] eine sehr vor sein Metier beckwehme wohnung aufgespüret“ zu haben.¹⁸⁸⁴ Aufgrund der Möglichkeit einer weiteren Ansiedlung eines Professionisten vermeldete der Kriegsrat Sandrart im Sommer 1770, dass sich ein städtischer Kolonist namens „[...] Johann Georg Klein aus Kirschberg in der Grafschaft Hohenlohe meldete (...) und bath, daß man ihm an einem Orte etabliren möchte, wo er seine Profession treiben könne.“¹⁸⁸⁵ Es habe „[...] ihn Niemand engagirt, sondern es sey von selbst gekommen“, um von den ediktmäßig versprochenen Benefizien retablisementbezogener Peuplierungspolitik „[...] mit zu profitiern.“¹⁸⁸⁶ Daraufhin antwortete der zuständige Magistrat zu **Kervenheim** sehr zufrieden, dass „[...] ein Hauß an der dortigen Catholischen Kirche ledig seyn soll, worin sich ein Bäcker werde gut ernähren können.“¹⁸⁸⁷ Der Kriegsrat habe danach diesen niederlassungswilligen sofort „[...] an den Magistrat zu Kervenheim [geschickt], weil daselbst ein Bäcker fehlet“, und da dieser dies Gewerbe betreiben könne.¹⁸⁸⁸ Der Umsetzung weiterer peuplierungspolitischer Vorstellungen wurde gegenwärtig nicht viel Erfolg zugesprochen, denn ein „[...] Ort wie dieser ohne Handel (...) wird dem Ansetzen nach vermögenden Frembden“ nicht genug Anreizungen bieten, „[...] sich dort zu etabliren.“¹⁸⁸⁹ In der Stadt **Üdem** lagen, so der Magistrat dieser Stadt in einem Bericht an den Kriegsrat Sandrart, noch zwei Hausplätze „[...] vor undencklichen Jahren“ wüst.¹⁸⁹⁰ Jedoch habe der Magistrat die „[...] hoffnung, das die erste Stelle bebauet wird, wann dem baulustigen die (...) baufreiheits gelder“ gegeben werden, wo hingegen die „[...] letzte Stelle (...) so klein (ist), daß fast kein Tagelöhner Hauß darauf stehen kann, dennoch wird Magistratus sein bestes tun“, diese wüste Stelle im Sinne optimaler räumlicher Ausnutzung zu besiedeln oder wenigstens anderweitig in Nutzung zu bringen.¹⁸⁹¹ Schon ein halbes Jahr früher vermerkte der zuständige Magistrat, dass „[...] ledige häußer (...) hier (...) nicht Vorhanden (seien), wüste Stellen sind zwey vorhanden, worin aber die eine [von] dem Henr. Krappmann einen hiesigen

¹⁸⁸³ Zitat vom 21. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁸⁴ Zitat vom 26. Februar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098. Dieser Mann war nach der erfolgreichen Besichtigung seines neuen Etablissements „[...] also des anderen tags sehr wohl zufrieden abgereiset, um seine frau und Kinder abzuholen und sich zu gesetzten Zeit als gegen Ostern Völlig zu etabliren.“

¹⁸⁸⁵ Zitat vom 25. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁸⁶ Zitat vom 25. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098. Der Johann Georg Klein war „[...] ein Bäcker, 35 Jahre alt, Lutherische Religion und seine Familie bestehe in 1 Mann, 1 Frau 33 Jahr und 1 Sohn 4 ½ Jahr“ alt.

¹⁸⁸⁷ Zitat vom 25. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁸⁸ Zitat vom 25. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁸⁹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁸⁹⁰ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁹¹ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

Bürgersohn“ belegt wurde, wo „[...] selbiger ein Hauß drauf setzen will.“¹⁸⁹² Die andere ledige und wüstliegende Hausstelle „[...] kann einem der hie anzusetzenden Professionisten eingegeben werden, [e]s ist ein bloßer Hauß Platz, etwas 4 ruthen groß, wobey kein garthen befindlich ist.“¹⁸⁹³ In einer Notiz des Üdemer Magistrats, ein Jahr später, wurde erwähnt, dass „[...] wüste Stellen oder ledige Hauß Plätze (...) hier nur ein und zwar seit undencklichen Jahren vorhanden (ist), wozu sich auch aller angewandte bemühungen ungeachtet bis dato kein Baulustiger auffinden wollte.“¹⁸⁹⁴ Allerdings müsse man bedenken, dass in dieser Stadt schon zu Zeiten des Großen Kurfürsten „restaurative“ peuplierungspolitische Maßnahmen angewandt worden sind, da die Stadt im Jahr 1685 „[...] völlig eingäschert wurde.“¹⁸⁹⁵ Aus einer tabellarischen Anmerkung von 1770 geht hervor, dass ein gewisser „[...] Albert ter Hegen (...) eine[n] zur hiesigen Cämmerey gehörigen Platz in (...) Pacht genommen (hat), um darauf ein Häußgen zu zimmern.“¹⁸⁹⁶ Daraus ist zu erkennen, dass die im letzten Jahr geäußerte Anmerkung des Magistrats realisiert wurde und wenigstens die eine wüstliegende Hausstelle einen neuen Eigentümer fand, welcher auf ihr ein neues Haus errichtete. Die Retablissement-Maßnahmen schienen in der Stadt **Üdem** gut voranzuschreiten, weil im Jahre 1771 „[...] [d]iese Stadt sich noch immer von Einwohnern (vermehret), und alle (...) Winkl (...) Voll von Menschen (sind), nur ein einziges Hauß (...) ist in diesem Jahr ledig.“¹⁸⁹⁷ Dies ist ein niederrheinisches Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung der „Retablissement-Politik“ preußischer Regierung zur Peuplierung wüstliegender Stadtplätze.

Schlecht sah es um die im Herzogtum Kleve liegende Stadt **Kalkar** aus, da nach dem Siebenjährigen Krieg 23 wüste Hausstellen vorhanden waren, „[...] Sieben vor, und die übrigen sind wehrend und durch den Krieg ruinirt“ worden.¹⁸⁹⁸ Dieser niederrheinische „[...] Ort (ist) nicht mehr, der er vor dem Kriege war“, so die Anmerkung des Kriegsrats Scheele in einem Bericht aus dem Jahre 1772, da zudem die depeuplierende Wirkung durch den Wegzug „[...] ansehnlicher Familien“ befördert wurde.¹⁸⁹⁹ Nun sind weiterhin noch insgesamt 22 wüste Hausplätze vorhanden, sodass es „[...] auch nicht wohl möglich (ist), so lange die Stadt nicht so Volckreich wird, daß die Viele noch ledig stehende Häuser untergebracht werden

¹⁸⁹² Zitat vom 4. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁹³ Zitat vom 4. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁸⁹⁴ Zitat vom 15. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁹⁵ Zitat vom 1. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

¹⁸⁹⁶ Zitat aus einer Tabelle der Stadt Üdem von 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816. Auch hierbei wurde bestätigt, dass nur noch eine wüste Hausstelle zur Besiedlung oder zur anderweitigen Nutzung existent sei.

¹⁸⁹⁷ Zitat vom 13. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385. Lediglich „[...] ist hier eine einzige wüste Stelle vorhanden“, dem Eigentümer fehlen aber die Mittel, die Retablierung vorzunehmen.

¹⁸⁹⁸ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁸⁹⁹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

können, daß man Baulustige antreffen werde.“¹⁹⁰⁰ Weil die Stadt nun mal „[...] nicht Volckreich und noch ledige Häuser genugsam auch keine Bemittelte Leute vorhanden, So sind bis hiehin keine applicable Vorschläge zu thun, absonderlich weilen dieser Orth Von allen Commercio entlegen und entblößet ist.“¹⁹⁰¹ Acht von denen oben erwähnten ledigen Hausstellen „[...] sind alle miteinander wüste abandonirte Hauß- Stellen, welche aus dem Grund wiederum aufgebauet werden müssen [und] bey allen ist noch ein ziemlicher Platz zum Garten“ vorhanden.¹⁹⁰² Weil aber „[...] über dem noch fünf ledige Häuser Vorhanden, welche Mieths-Weise zu beziehen oder von den Eigern zu erkaufen und zur Tuch-Fabrique, welche vor 200 Jahren hie stark getrieben, bequem sind“, stand Raum sofort zu Verfügung, um potenzielle niederlassungswillige Stadtkolonisten einzuquartieren.¹⁹⁰³ Weil die „[...] Haupt-Nahrung dieser Stadt (...) eigentlich in den Acker-Bau (bestehet), müsse man neben der räumlichen Retablierung wüster Plätz zusätzlich die „[...] Cultur des Ackers und der Wiesen“ fördern.¹⁹⁰⁴ Dass aber dennoch einige punktuelle Retablissement-Erfolge zu Beginn der 1770er Jahre zu verzeichnen waren, spiegelt sich in der Bemerkung des Kriegsrats Scheele wider, weil das „[...] Geringsche Etablissement (...) der Stadt mercklich Vorteil“ gebracht hatte.¹⁹⁰⁵ Aus einem Bericht des Jahres 1771 lässt sich noch ein viel schlechteres Bild der Stadt **Kalkar** zeichnen, weil „[...] ledig stehende Häuser 18, wüste Plätz 30“ vorhanden waren und nicht besiedelt werden konnten, sodass einige „[...] unter den ledigen Häusern (...) so zu Scheunen gemacht“ wurden, andere so beschaffen, dass „[...] sie den Einfall drohen.“¹⁹⁰⁶ Peuplierungspolitische Maßnahmen waren genau aus diesen Gründen so wichtig, um die Stadt wieder mehr zu bevölkern, die wüsten Hausplätze im Sinne der „Retablissement-Politik“ wiederherzustellen und die Wirtschaftskraft der städtischen Siedlung zu heben. Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt und den Wohlstand war eine wachsende Bevölkerung, allerdings zeigt sich hier eine Verkettung vieler Geschehenisse, die sich gegenseitig bedingten. Auch wenn die noch vorhandene große Anzahl wüster Hausstellen und zerstörter, ledig stehender Häuser auf eine ineffektive „Retablissement-Politik“ hindeuten, darf es nicht unerwähnt bleiben, dass „[...] von denen während dem Kriege verfallenen Häusern (...) 47 retabliert“ wurden.¹⁹⁰⁷ Dies ist eindeutig ein peuplierungspolitischer Beleg

¹⁹⁰⁰ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385. Zudem lag die Stadt Kalkar aus geographischer Perspektive „[...] Von der Landes-Passage abgelegen“, sodass auch „[...] gar keine Commerciën Vorhanden“ waren.

¹⁹⁰¹ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁹⁰² Zitat vom 5. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁹⁰³ Zitat vom 3. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁹⁰⁴ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁰⁵ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁰⁶ Zitat vom 14. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁹⁰⁷ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

dafür, dass die „Retablissement-Politik“ in der Stadt **Kalkar** durchaus erfolgreich umgesetzt wurde, auch wenn nicht alle wüsten Stellen im Zuge „stadtbezogener“ Bevölkerungspolitik beseitigt werden konnten.

Für die Stadt **Xanten** zählte man dreizehn wüste Hausstellen, die alle ausschließlich vom Siebenjährigen Krieg herrührten. Aus einer Akte vom Jahr 1765 ist es zu ersehen, dass der Posthalter Elsberg, der Kaufmann Gerhard Wohnung, der holländische Capitain von Münz und der Schöffe von Forsum um die Auszahlung der Baufreiheitsgelder baten und dass ihre vier wüsten Hausstellen wieder in Stand gesetzt worden sind.¹⁹⁰⁸ Sobald der Posthalter Elsberg zu **Xanten** „[...] das jetzo reparirte Hauß völlig ausgebaut und fertig haben wird, solches von dem Magistrat aufnehmen zu laßen und sothane Aufnahme mit der attestirten Taxe einzusenden.“¹⁹⁰⁹ Im Juni 1765 berichtete der Magistrat, dass der Kaufmann Gerhard Wohnung darum bat, dass „[...] ihm ausgeführten Ursachen, wegen seines neu erbauten Hauses die (...) pro Cent Gelder assigniret werden mögten.“¹⁹¹⁰ Der zuständige Magistrat weigerte sich aber, diese Auszahlung der Baufreiheitsgelder zu tätigen, „[...] deßen Hauß eines theils nicht so gänzlich durch den Krieg ruiniret worden“ war.¹⁹¹¹ Da es sich aber dennoch um eine Retablierung einer verfallenen Hausstelle handelte, honorierte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer diese Leistung und genehmigte dem „[...] Kaufmann Wohnung zu Xanten (...) 100 rthl.“¹⁹¹² Aus einem vom Kriegsrat Sandrart geschriebenen Policy-Bereisungsprotokoll vom 12. März 1768 geht hervor, dass noch neun „[...] wüste Plätze (...) befindlich (sind), unter welches das Melmsche Haus vorzüglich Sortiret“ zu sein schien.¹⁹¹³ Aufgrund der Retablierungsnotwendigkeit wurde „[...] zu deßen wieder Aufbau (...) gegenwärtig dem Melm ein noch mahliger termin (...) von 4 Wochen zu seiner Erklärung presigniret.“¹⁹¹⁴ Von den 9 Häusern wurden nur zwei wieder aufgebaut, eines im Jahr 1764 vom Herrn Jan Spettmann, das andere im Jahre 1769 vom Bürger Henrich Tack.¹⁹¹⁵ Zudem standen wohl zu dieser Zeit Retablissement-Pläne im Raum, drei weitere wüste Hausstellen wiederzubesiedeln. Dies sollte allerdings sehr schnell geschehen, damit sie „[...] wo möglich vor Ankunfft Seiner Königlichen Majesteet fertig werden“ und somit von einer räumlichen Umsetzung peuplierungspolitischer „Retablissement-Politik“ zum Wiederaufbau der Städte

¹⁹⁰⁸ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

¹⁹⁰⁹ Zitat vom 30. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

¹⁹¹⁰ Zitat vom 22. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

¹⁹¹¹ Zitat vom 22. Juli 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

¹⁹¹² Zitat vom 14. März 1766 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430. Aufgrund der oben erwähnten Probleme zwischen dem Magistrat und dem Bittsteller wurden die versprochenen Baufreiheitsgelder endgültig am 19. Februar 1767 ausgezahlt.

¹⁹¹³ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹¹⁴ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹¹⁵ Zitat vom 9. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

zeugen konnten.¹⁹¹⁶ Weiterhin wurde im selben Jahr berichtet, dass „[...] eines derer im Kriege ruinirte häuser aus dem plan de 1764 No 17 Engelin wieder in bewohnbahren Standte gesetzet werden“ sollte, da der Cousin dieser erwähnten Dame das Grundstück übernehmen wollte.¹⁹¹⁷ Im Frühling des Jahres 1769 waren noch „[...] 10 ledige und gantz ruinirte Häuser vorhanden, welche solchen fremden [oberpfälzischen] Colonisten überlassen werden können“, wovon der größte Teil „[...] wüste ledige plätze außer das Hauß sub No. 305 (sind)“, das eventuell aber noch im Kontext der Retablierungsbemühungen vom Eigner selbst wiederhergestellt wird, „[...] welches derselbe aber bishero unterlassen hat.“¹⁹¹⁸ Bei den übrigen wüsten Hausstellen der Stadt **Xanten** „[...] befindet sich auch kleiner raum zum Garten, welches aber nicht Viel zu bedeuten will, und sind auch diese hausplätze selbst ganz klein, und nur für gantz geringe leuthe brauchbahr.“¹⁹¹⁹ Die Bevölkerungszahl „[...] erstreckt sich auf 1648 (Persohnen), worunter 5 Juden Familien, und seit vorig Jahren an etablirten ausländern 4 vorhanden“ waren.¹⁹²⁰ Im Zuge der „stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik fanden vier fremde Emigranten in **Xanten** ein neues Zuhause, wobei sie nicht eine wüste Hausstelle bezogen, sondern in bereits vorhandenen Häusern unterkommen waren. Zwar haben, so ein Bericht vom 9. April 1770 des Xantener Magistrats, hiesige „[...] bürger und Eingesessene (...) auch bereits ihre häußer nach ihren umständen und gelegenheit zu Stande gebracht, um aber Manufakturiers und professionisten hier anzuziehen, darnach ist hiesige Stadt nicht Situiert.“¹⁹²¹ Zwar haben in dieser Stadt schon „[...] Strumpfweber, Huthmacher und Korbmacher [vor] zeiten hier gewohnet, aber aus Mangeln fließenden Wassers und daß sie nicht hier bestehen konnten, sind sie weggezogen.“¹⁹²² Auch waren die „[...] übrigen (...) wüsten Plätze (...) gantz klein“, sodass „[...] sich bis dato keine Liebhaber dazu auffinden laßen wollen“, diese ledig stehenden Grundstück zu bebauen.¹⁹²³ Hingegen würde „[...] ein Arbeits Hauß (...) zur beßeren aufnahme der hiesigen ohne deme gantz zurückgekommene 2 Tuch Fabriquen allerdings vortheilshaft sein.“¹⁹²⁴ Allerdings war in dieser Stadt ein solches

¹⁹¹⁶ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹¹⁷ Zitat vom 6. Juni 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 397.

¹⁹¹⁸ Zitat vom 2. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098. Diese ruinierten Häuser gehörten dem Melm, Kuhlendahl, der zwei zerstörte Häuser besaß, dem Arnold Schmitz, Ludwich Hilden, Christian Damm, Johann Becker, Knupprt, Elsbergen und der Witwe Schroers.

¹⁹¹⁹ Zitat vom 2. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁹²⁰ Zitat vom 12. April 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹²¹ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹²² Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹²³ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹²⁴ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525. Der Xantener Magistrat war wohl nach der Einschätzung des Kriegsrates Sandrarts sehr bemüht, Fremde zur Peuplierung wüster und zerstörter Hausstellen anzuwerben. Jedoch waren „[...] die Zwey Tuch Fabriquen (...) bey weitem noch nicht in der gehörigen Aufnahme, sondern Verschlimmern sich von tag zu tag.“ Die Konkurrenz aus dem „[...] Bergischen und Münsterschen“ war anscheinend zu groß.

Arbeitshaus „ [...] noch niemahls Vorhanden gewesen, auch kein gebäude so sich zu solches Etablissement qualificiret hier selbst befindlich, eines von Grunde neu aufzubauende würde ein ansehnliches Geld erfordern.“¹⁹²⁵ Weil aber die „ [...] dortigen 2 Tuch fabriken noch nicht zu gehörigen Aufnahme gekommen, so ist darunter alle attention zu verdoppeln“, damit sich dieses wichtige wirtschaftliche Gewerbe in der stark vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Stadt festigen konnte.¹⁹²⁶ In einem Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 25. Februar 1771 wurde berichtet, dass unter „ [...] einigen Colonistenfamilien aus dem Schweitzer Canton Zürich (...), welche vermuthlich bald eintreffen werden, (...) einer Nahmens heinrich Kriesin (ist), mit seiner Ehefrau, und ohne kinder, ein Seide und Leinen Weber (...), welcher zu seinem in Xanten wohnenden bruder gehen wollen.“¹⁹²⁷ Da eine Etablierung qualifizierter Kolonisten zum wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt **Xanten** einen beträchtlichen Teil beitragen könne, „ [...] befehlen wir euch, diese Familie gleich nach ihrer Ankunft gut unterzubringen (...) und ihnen Arbeit zu verschaffen, an die Commerzien (...) von der Leyen nach Creveld requirierend zu schieben.“¹⁹²⁸ Als Grund für die gescheiterte Umsetzung „qualifizierter“ Peuplierungspolitik für die Stadt **Xanten** wurde die naturräumliche Lage angeführt, die die Ansetzung hoch qualifizierter Fabrikanten und Professionisten nahezu unmöglich machte. Allerdings sah der Kriegsrat Sandrart für die Versäumnisse effektiver „Retablisement-Politik“ unter anderem auch eine Mitschuld beim Magistrat, weil dieser sich „ [...] durch baldige Wiederherstellung der Häuser fürnehmlich [mehr] zu distinguiren“ und bemühen müsse.¹⁹²⁹ Auch im Jahre 1776 rüffelte der Kriegsrat Scheele den Magistrat zu **Xanten** erneut sehr deutlich, dass er das Retablisement „ [...] in Ansehung bishero nicht mit der [genauesten] attention betrachtet“ habe.¹⁹³⁰ Dass die Peuplierung leer stehender Häuser nicht immer auf positives Zutun der einheimischen Bevölkerung zurückging, verdeutlicht das nächste Beispiel, weil sich der „ [...] hiesige Kaufmann Schliss (...) auf Ansuchen des Commissarii Loci (weigerte), einen Ausländer Heinrich Wagener, welcher willends ist sich hier mit seiner familie zu etabliren (...), sein (...) lediges Hauß zu vermiethen und zwar unter dem Vorwand, dass er selbiges allbereits Vermietet hätte.“¹⁹³¹ Für das Jahr 1771 liest man nichts Positiveres als ein Jahr zuvor, weiterhin gab es noch 10 ledige Hausplätze. Die Begründung des Scheiterns

¹⁹²⁵ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹²⁶ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹²⁷ Zitat vom 25. Februar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

¹⁹²⁸ Zitat vom 25. Februar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

¹⁹²⁹ Zitat vom 12. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹³⁰ Zitat aus dem Jahre 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 397.

¹⁹³¹ Zitat vom 28. Oktober 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 397.

retablissementbezogener Maßnahmen wurden in einem Schreiben des Jahres 1771 mit der Kleinheit der Plätze und der Armut der Eingesessenen erklärt.¹⁹³²

Die Bilanz der fast sechsjährigen „Retablissement-Politik“ in der Stadt **Sonsbeck** erschien der Klevischen Kammer mehr als ungenügend, da zum Jahr 1769 immer noch sieben von acht wüsten Hausstellen vorhanden waren und „[...] sich gar keine Liebhaber (finden), so diese abgelegenen Stellen bebauen wollen.“¹⁹³³ „Unter den wüsten Plätzen, welche 7 an der Zahl ausmachen“, so der Bericht eines Bereisungsprotokolls des Kriegsrates Sandrarts, „[...] kommt besonders der Sub No. 213 einem Johann Voss gehörig als der vorzuglichste und größte in Attention.“¹⁹³⁴ Das an dieser wüsten Stelle „[...] gestandene haus ist an. 1763 abgebrandt, und von dem Voss in diesem Jahre wiederum erbauet werden.“¹⁹³⁵ Allerdings brauchte der aufbauwillige Bürger zum Wiederaufbau des zerstörten Hauses staatliche Retablissement-Hilfe, weil er „[...] wenigstens nicht baares Geld in Vorrath liegen hat.“¹⁹³⁶ Was die übrigen existierenden wüstliegenden „[...] Stellen anbetrifft, so verspricht Magistratus sich alle erfindliche Mühe zu geben.“¹⁹³⁷ Die trotz der peuplierungspolitischen Maßnahmen existenten „[...] wüsten Stellen sind nicht nur sämtlich gantz abgelegt, sondern überhaupt dergleichen wohnungen gar nicht rare, die zeiten sind auch so schlecht, daß die Eingesessene nicht einmahl im stande sind, ihre wohnungen in wohnbahrem stande zu unterhalten.“¹⁹³⁸ Zum Mai 1769 vermeldete der Magistrat der Stadt **Sonsbeck**, „[...] daß hier a) nur ein lediges Hauß und Zwaren das Von der Wittwe Demuth verhanden seye, b) daß Zwaren hier auf Vielen Haußplätze erfindlich, welche aber dermaßen klein sind, daß darauff nicht alß gantz kleine wohnungen können gebauet werden.“¹⁹³⁹ Diese erwähnten wüsten Stellen aber waren schon „[...] seit undencklichen Jahren nicht bebauet worden, sondern zu gärten aptiret gewesen.“¹⁹⁴⁰ Sollten allerdings einige erwähnte oberpfälzische Kolonisten sich in dieser Stadt etablieren wollen, „[...] wird Magistratus bey Vorkommenden Gelegenheiten denen ankommenden Colonisten alle Assistance und Erleichterung verschaffen“, und ihnen die wüsten Hausstellen zu Bebauung anbieten.¹⁹⁴¹ Aus demographischer Perspektive hat sich

¹⁹³² Siehe das Schreiben vom 3. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385. Dieser Mietvertrag war „[...] kein schriftlicher contract, sondern nur mündlich geschehen.“

¹⁹³³ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁹³⁴ Zitat vom 21. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹³⁵ Zitat vom 21. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹³⁶ Zitat vom 21. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹³⁷ Zitat vom 21. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525. Weil „[...] aber diese Plätze durchgehend klein (...) und noch überdem mit Oneribus beschweret [sind], so bleiben auch die Abnehmer“ weg.

¹⁹³⁸ Zitat vom 8. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁹³⁹ Zitat vom 3. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098. Das Haus der Witwe Demuth war allerdings „[...] sehr baufällig“, wozu aber „[...] ein ziemlich großer Garten (gehöret).“

¹⁹⁴⁰ Zitat vom 3. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁹⁴¹ Zitat vom 3. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

die „ [...] Anzahl der Einwohner (...) in dem letztere Jahre theils durch Tod (...) mit 12 Persohnen [zum Negativen] verringert“, sodass nur noch „ [...] wirklich 1226 Seelen (existieren).“¹⁹⁴² Die wirtschaftspolitische Situation und das „ [...] Gewerbe der Stadt bestehet denen beiden Tuchfabriken und 13 Töpfermeistern mehrentheils im ackerbau“, was wiederum zu einer Unattraktivität der Stadt aus der Sicht fremder Professionisten führte.¹⁹⁴³ Zudem reichte die landwirtschaftliche Situation für die Subsistenz der Stadt nicht aus, sodass man sogar „ [...] Getreyde zukaufen“ musste.¹⁹⁴⁴ Deswegen wäre es sehr hilfreich, „ [...] wenn die etwas noch nicht uhrbar gemachte Heyden (...) in Cultur gebracht würden.“¹⁹⁴⁵ Hierdurch würden „ [...] so fort mehrere Menschen in Arbeit gesetzt und das Land gewinnt durch die Vermehrung seiner Producte.“¹⁹⁴⁶ Dies deutete auf den oftmals vorhandenen ländlichen Charakter städtischer Siedlungen in der Frühen Neuzeit hin, sodass man hier wiederum keine klare Trennung zwischen „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik ziehen kann. Diese retablisementbezogene Situationsbeschreibung der Stadt **Sonsbeck** skizzierte einen sehr schlechten demographischen und räumlichen Zustand. Es zeigt sich, dass die preußische Peuplierungspolitik im Kontext der Retablierungsmaßnahmen nicht immer vor Ort umgesetzt werden konnte und vom Engagement und der Kooperationsbereitschaft lokaler Amtsträger abhängig war.

Für die Stadt **Orsoy** wurden noch sechs wüste Stellen benannt, in der Stadt **Büderich** „ [...] sind bey erfolgten Frieden 5 unbebaute Haußstellen gewesen, wovon Eine aufgebaut“ wurde.¹⁹⁴⁷ Bezüglich der ledigen Hausstellen in **Büderich** „ [...] ist gegenwärtig ein einziges Vorhanden, welches dem Tinnemann gehörig gewesen und von dem Deich-Gräf Bonte angekauft worden, welcher solches repariren und selbst bewohnen wird.“¹⁹⁴⁸ Ferner wurde über **Büderich** ein Jahr später berichtet, dass die „ [...] erste [wüste Stelle] (...) bereits schon vor dem Kriege vorhanden gewesen ist und (...) der Platz zum Garten aptiret [wurde], dem reformirten Pastor gehörig.“¹⁹⁴⁹ Die anderen „ [...] vier letztern aber sind im letztern Kriege ruiniert, die Häuser eingestürzt, die Materialien aber davon verbraucht, so daß es leere Plätze

¹⁹⁴² Zitat vom 21. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹⁴³ Zitat vom 21. März 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹⁴⁴ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁴⁵ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁴⁶ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁴⁷ Zitat vom 9. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385. Diese Zahl von sechs wüsten Hausstellen für die Stadt Orsoy bestätigte sich in einem Bereisungsprotokoll des Kriegsrats Sandrart vom März 1768. Die seit „ [...] langen jahren existiren[den] (...) 6 wüste[n] Stellen (...) rühren Hauptsächlich von der ehemaligen Demolition der Stadt her, 2 von selbigen qualificiren sich eigentlich nur bebauet zu werden.“ Zitat aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525. Dennoch wurde anscheinend eine Hausstelle seit dem Mai desselben Jahres retabliert, da in einem Bericht des Orsoyer Magistrats vom 3. Mai 1769 sieben ledige Hausplätze gezählt worden waren. Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁹⁴⁸ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁹⁴⁹ Zitat vom 14. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

sind, befinden sich in den retablislements Tabellen aufgeführt.“¹⁹⁵⁰ An „[...] ledigen Häusern befindet sich nur ein einziges gegenwärtig in der Stadt“, aber man sei sich sehr sicher, dass „[...] solches (nicht) lange ledig stehen bleiben werde“ und bald wieder bewohnt werden würde.¹⁹⁵¹ Des Weiteren wurde in einer lokal angelegten Tabelle der Stadt **Büderich** aus dem Jahre 1770 angemerkt, dass in diesem genannten Jahr noch „[...] an dreyen Häusern haupt-Reparationen geschehen (sind).“¹⁹⁵² Auch sind die „[...] Wohnungen, so schlecht sie auch an und für sich selbst beschaffen sind, hiesigen orts sehr rar, weil nach Proportion deren Anzahl gar viel Einwohner vorhanden.“¹⁹⁵³ Aus dem Bericht des Magistrats ist zu erkennen, dass die Stadt an sich kein Interesse an einer Peuplierung hatte, da der bisher vorhandene Raum sehr dicht bevölkert war. Einem „additiven“ Ansatz peuplierungspolitischer Maßnahmen stand man eher kritisch gegenüber. Außerdem waren die „[...] Einwohner dieser Stadt (...) in Vergleichung mit dem Zeit-Punkt vor dem Kriege ärmer geworden [und] (...) Fremdbe bemittelte Familien werden allen Ansehen nach diesen Ort (...) nicht gern zu ihren Aufenthalt wählen.“¹⁹⁵⁴ Der oben erwähnte miserable Zustand einiger Häuser der Stadt **Büderich** bestätigte sich in der Akte „Wegen Wiederherstellung der verfallenen Häuser und Aufbauung der wüsten Hauß-Stellen bey Büderich 1772-1786“. Es war „[...] von Unserem Cammer Präsidenten von Ostau bey deßen durchreise durch Büderich nahe bei dem Weselschen Thore daselbst ein dermaßen Baufälliges Hauß bemercket worden, daß solches jeden Augenblick den Einsturtz und denen Bewohnern so wohl als den vorbeigehenden die größte Gefahr drohet.“¹⁹⁵⁵ Daraufhin erging die sofortige Policyverordnung an den zuständigen Magistrat, „[...] alle Mühe an[zu]wenden, um jemanden ausfündig zu machen, der den Bau dieses Hauses übernehmen will.“¹⁹⁵⁶ Im Sommer 1773 überreichte der zuständige Magistrat „[...] das in Termino zu Verdingung der Reparation des Jürgenschen Hauses abgehaltene Protocollum zur Approbation.“¹⁹⁵⁷ Im September 1773 berichtete der Magistrat „[...] wegen wieder Erbauung des Jürgenschen Hauses aus denen Armen Mittel“ sowie sich auf „[...] weise zu bemühen, daß diese wüsten Stellen so bald als möglich aufgebauet werden können.“¹⁹⁵⁸ Zum 4. September 1773 überreichte der Kriegsrat Scheele einen detaillierten Bericht über alle noch in **Büderich** wüsten und verfallenen Häuser. Die als Nr. 1 aufgeführte wüste Hausstelle, „[...]

¹⁹⁵⁰ Zitat vom 14. Dezmeber 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁹⁵¹ Zitat vom 14. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁹⁵² Zitat aus einer lokalen Tabelle über den Zustand der Stadt Büderich von 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

¹⁹⁵³ Zitat vom 14. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

¹⁹⁵⁴ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁵⁵ Zitat vom 21. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁵⁶ Zitat vom 20. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁵⁷ Zitat vom 2. Juli 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁵⁸ Zitat vom 27. September 1773 und 11. Oktober 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

so seit undencklichen Zeiten wüste gelegen und auch welcher das römisch-catholische Pastoral Hauß ehemals gestanden, [kann] von dem Verzeichniß der wüsten Stellen ausgestrichen werden (...), weil der Prediger mit einen andern Hauße versehen, den wüsten geräumigen Platz (...) zum Garten gebraucht“ und damit der wüste Platz dennoch in Nutzung stand.¹⁹⁵⁹ Der katholischen Kirche dieser Stadt fehlten die nötigen finanziellen Mittel „[...] ein Hauß darauf zu bauen.“¹⁹⁶⁰ Die ledig stehenden Plätze Nr. 2 und 3 würden „[...] so lange zu gärten aptiret seyn“, bis sich jemand fände, „[...] diese wüste Plätze herzustellen“, weil der zu besiedelnde „[...] Raum (...) aber von ungemein kleinen Umfang“ war, dürfe zur erfolgreichen Retablierung „[...] auf beyde Stellen nur ein Hauß gesetzt werden.“¹⁹⁶¹ Bei der vierten wüsten Stelle wollte der Commissario Loci und der Bürgermeister Bach den Wiederaufbau selber übernehmen, wo hingegen das letzte wüstliegende Grundstück „[...] wegen seines engen Raumes und Abgelegenheit wohl schwerlich“ zu peuplieren gewesen wäre.¹⁹⁶² Die Klevische Kammer stimmte den Ausführungen des Kriegsrats Scheele vollständig zu und lobte seine peuplierungspolitischen Bemühungen im Zusammenhang mit der „Retablissement-Politik“, dass man „[...] übrigens mit Euren diesfalls angewandten Bemühungen sehr zufrieden [sei], und wollen hoffen, daß ihr damit in Ansehung der übrigen Städte Eures Creises fortfahren werdet.“¹⁹⁶³

Im Frühjahr 1768 wurden in Stadt **Orsoy** 222 Häuser gezählt, die Anzahl der Einwohner belief „[...] sich auf 854 Persohnen mithin 4 mehr als im Vorigen Jahre, welches aber nur gebohrne Kinder“ waren und nicht auf die Anwerbung niederlassungswilliger Emigranten zur Besiedlung wüster Hausstellen oder ledig stehender Häuser zurückging.¹⁹⁶⁴ „Qualifizierte“ peuplierungspolitische Maßnahmen waren genauso wichtig wie die retablissementbezogenen Bemühungen, da z. B. „[...] eine tüchtige und examinierte Hebamme, woran es bis hieher noch gantz und gar gemangelt hat, angesetzt werden möchte“, um eine sichere Geburt der Kinder zu gewährleisten und die natürliche demographische Entwicklung einer Stadt zum größtmöglichen Erfolg zu bringen.¹⁹⁶⁵ Den peuplierungspolitischen Retablissement-Maßnahmen wurde bisher kein großer Erfolg beschienen, weil das für die Peuplierung städtischer Siedlungen wichtige „[...] commercium (...) sich (...) bis hieher nicht sonderlich vermehret“ hatte und damit die Anwerbung von

¹⁹⁵⁹ Zitat vom 4. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁶⁰ Zitat vom 4. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁶¹ Zitat vom 4. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁶² Zitat vom 4. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁶³ Zitat vom 14. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

¹⁹⁶⁴ Zitat vom März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹⁶⁵ Zitat vom März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

qualifizierten Manufakturisten und Handwerker erheblich erschwert würde.¹⁹⁶⁶ Zu Beginn des Jahres 1771 meldete sich in **Orsoy** ein Kolonist namens Kleck, um ein städtisches Etablissement in der Stadt im Kontext retablisementbezogener Besiedlungspolitik anzufangen.¹⁹⁶⁷ Da aber „[...] bereits 5 Maurer in hiesiger Stadt vorhanden“ waren, sei dieser qualifizierte Stadtkolonist „[...] Kleck wieder nach seiner Heymath gegangen.“¹⁹⁶⁸ Der Eindruck bestätigte sich nochmals in einem Bericht über den Zustand niederrheinischer Städte des Kriegsrates Scheele im Jahre 1772, welcher zugeben musste, dass das „[...] Retablisement dieser Stadt (...) nach dem Kriege sehr schlecht von statten gegangen“ war, weil „[...] [s]eit dieser Zeit (...) wenige Häuser wiederhergestellt“ werden konnten und „[...] denen sich bisher aller angewandte bemühen ohngeachtet keine Leute haben finden wollen.“¹⁹⁶⁹ Deswegen gebe es weiterhin keine peuplierungspolitische Hoffnung zur Wiederbesiedlung verfallener Hausstellen, auf die sich „[...] fremde bemittelte Familien hier niederlassen“ würden.¹⁹⁷⁰

Auf der Basis der eingereichten Berichte der Magistrate ließ sich die folgende Tabelle der wüsten Stellen, welche in den klevischen Städten noch vorhanden oder wieder aufgebaut worden waren, zum Überblick für die Retablisement-Situation des Jahres 1769 erstellen. (s. Tab. T-25)

Gesamttabelle der wüsten Stellen in den niederrheinischen Städten vom August 1769

Nr.	Stadtname	wüste Stellen insgesamt	wieder bebaut	noch wüst geblieben
1	Xanten	13	2	11
2	Orsoy	6	-----	6
3	Calcar	23	1	22
4	Sonsbeck	8	1	7
5	Üdem	2	----	2
6	Büderich	5	1	4
7	Kervenheim	9	7	2
8	Grieth	11	----	11
Summe		77	12	65

Tab. T-25 (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)

¹⁹⁶⁶ Zitat vom März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 525.

¹⁹⁶⁷ Dieser städtische Kolonist Kleck war der katholischen Religion zugeneigt und kam mit einer Familie, bestehend aus einer Frau und „[...] 4 Söhnen, welche lauter Söhne von 10, 8, 6 und 4 Jahren waren“, in die rheinisch-preußische Provinz. Zitat vom 21. Januar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

¹⁹⁶⁸ Zitat vom 21. Januar 1771 und 30. Januar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

¹⁹⁶⁹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁷⁰ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

Im Anhang einer Tabelle des Kriegsrates Sandrarts findet sich eine Bemerkung über “Hoch-Calcar”, wo acht ledige Plätze zusätzlich zu **Kalkar** erwähnt wurden. Diese acht wüst liegenden Plätze „[...] sind dem Leder Fabricanten Guerin (...) bey Anlegung der Fabrique“ gegeben worden und können nicht mehr anderweitig als Siedlungsplätze genutzt werden.¹⁹⁷¹ Diese Nutzung der vorhandenen wüsten Plätze als Fabrikgelände stand ganz im Sinne „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik.

Eine weitere Tabelle vom Mai 1769 gibt dem historisch-geographischen Forscher einen detaillierten, lokalen Einblick in die vorhandenen zerstörten Hausstellen und wüsten Hausplätze niederrheinischer Städte, die im Kontext retablisementbezogener Peuplierungspolitik mit fremden Kolonisten aufgebaut und wiederbesiedelt werden konnten.¹⁹⁷² (s. Tab. T-26)

Gesamttabelle vorhandener ledig stehender Hausstellen niederrheinischer Städte vom Mai 1769

Nr.	Stadtname	Nr.	Name der Eigner	Anmerkungen über den Zustand wüstliegender Hausstellen
1	Xanten	1	Melm	----
		2	Witwe Scheffen	Es ist noch ein Teil des Hauses vorhanden + eine gute Scheune, welche noch stehet
		3	Kuhlenthal	Lieget ganz und gar wüste, es befindet sich dabey ein kleiner Garten Platz, und überhaupt nur für ganz geringe Leute brauchbar
		4	Kuhlenthal	idem
		5	Arnold Schmidt	Wie ad Nr. 3 und Nr. 4
		6	Ludwig Hilden	Wie ad Nr. 3 und Nr. 4
		7	Christian Damm	Wie ad Nr. 3 und Nr. 4
		8	Jan Becner	Wie ad Nr. 3 und Nr. 4
		9	Herman Husen	Lieget ganz wüste, ist nur kleine Stette mit einem kleinen garten Plaze und nur für ganz geringe Leute brauchbar
		10	Witwe Schroers	Wie ad Nr. 9
2	Orsoy	1	Erben Schriurius (?)	Ist ein ganz wüster Haus Plaz an einer Neben Straße 40 Fuß weit und 46 Fuß lang
		2	Brosius	Ist ein ganz wüster Haus Plaz an einer Haupt Straße 17 fuß breit und 36 fuß lang
		3	Erben Bobender	Ist ein ganz wüster Haus Plaz an einer Haupt Straße 22 fuß breit und 96 fuß lang
		4	Erben Schlingerfash	Ist ein ganz wüster Haus Plaz an einer Haupt Straße 26 fuß breit und 134 fuß lang

¹⁹⁷¹ Zitat vom 9. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385. Diese oben genannten Zahlen bestätigen sich in den tabellarischen Nachrichten vom Zustand und der Aufnahme klevischer Städte in einer „Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberärts pro 1769/70“ in HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

¹⁹⁷² Siehe dazu die Tabelle vom Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

		5	Kiesendahl	Ist ein ganz wüster Haus Plaz an einer Nebenstraße 25 fuß breit und 130 fuß lang, wird jezt zum Garten genutzt
		6	Weskeholt	Ist ein ganz wüster Haus Plaz an einer Nebenstraße 13 fuß breit und 25 fuß lang
		7	Das ammersche Haus	Ist ein ganz räumlich Hauß nebst Scheuer und einen kleinen Garten, jedoch äußerst verfallen
3	Calcar ¹⁹⁷³	1	Langenberg	Ist eine abandonierte Hauß Stelle, nebst einen ziemlich garten Plaze
		2	Franssen	Wie ad Nr. 1
		3	Scherders Hauß	Wie ad Nr. 1
		4	Janssen	Wie ad Nr. 1
		5	Angenmeer	Wie ad Nr. 1
		6	Neuendorff	Wie ad Nr. 1
		7	Eliaser	Wie ad Nr. 1
		8	Coorders Hauß	Wie ad Nr. 1
4	Sonsbeck	1	Witwe Demuth	Ist ein verfallen Hauß nebst einen ziemlichen Garten
5	Üdem	1	ist unbekannt	Es ist ein bloßer Hauß Plaz etwas 4 Ruthen groß wobey aber kein garten erfindlich
6	Büderich	1	Lamert Brends	Ist ein wüster Plaz 32 fuß breit und ein kleiner garten dabey
		2	Natels	Ist ein wüster Plaz und 38 ½ fuß breit
		3	Rehe	Ist ein wüster Plaz und 36 ½ fuß breit nebst einen ziemlich Hofraum
		4	Stadtts Armen	Ist ein wüster Plaz und 27 ½ fuß breit wobey kein Terrain erfindlich
7	Kervenheim	1	ist unbekannt	Ist eine kleine wüste Hauß Stelle ohne Stallun, Scheuer und Garten und kan nur ein Häußgen für ein gering Handwercker darauf gesetzt werden
		2	Das abgebrante Accisse Comtoir und Rathsstube	Ist ein nicht großer Plaz wobey kein Terrain befindlich
8	Grieth	----	----	----

Tab. T-26

Insgesamt wurden im Jahre 1769 noch 33 wüste und ledig stehende Hausstellen aufgelistet, die nach Einschätzung städtischer Magistrate im Zuge preußischer „Retablissement-Politik“ am Niederrhein wieder aufgebaut und peupliert werden konnten. Zudem waren die niederrheinischen „[...] Städte Xanten, Calcar und Sonsbeck (...) für die Fabrikanten und andere Handwercker sehr bequem und es würde dergleichen denselbst ihr gutes Auskommen finden, wenn sie ihr metier nur gut verstehen und dabey fleißig seyn wollen.“¹⁹⁷⁴ Zur effektiveren räumlichen Koordinierung empfahl der Kriegsrat Sandrart, dass in **Orsoy** „[...] sich gleich falls Fabricanten [ansiedeln sollten], ins besondere aber diejenigen ihre Nahrung finden, welche Fusel brennereyen anlegen, wie dem zu Üdem und Kervenheim eben falls

¹⁹⁷³ Hierbei findet sich noch folgende Anmerkung bei der Stadt Kalkar: „Außer diesen sind noch 5 ledige Häuser vorhanden, welche so gleich von Professionisten bezogen und bewohnt werden können.“

¹⁹⁷⁴ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

letztere sich gut aufnehmen“ und somit der Stadt von wirtschaftlichem Nutzen sein würden.¹⁹⁷⁵

Dass sich aber auch ländliche Kolonisten in Städten etablieren konnten, belegt die Aussage des Kriegsrates Sandrarts, der darauf hinwies, dass in den vor allem noch ländlich erscheinenden Städten „[...] zu Büderich und Grieth (...) sich diejenigen [Kolonisten] ebenfalls niederlassen (könten), welche den Ackerbau verstehen.“¹⁹⁷⁶

Die oben schon oftmals erwähnte Überschneidung „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik gründete meistens auf den noch in der Frühen Neuzeit vorhandenen ländlichen Charakter städtischer Siedlungen, da um die Städte selbst ein Ring landwirtschaftlicher Nutzung zur Ernährung der Stadtbewohner angelegt werden musste.¹⁹⁷⁷

Der Akte „Wegen der bey dem Xantenschen Städte Creise Successive angesetzten Nahrungstreibenden auf dem platten Lande“ ist zu entnehmen, dass sich die „Retablisement-Politik“ preußischer Herrscher auch auf das ländliche Umfeld der Städte bezog, um den Nahrungsstand durch Ansetzung nahrungstreibender Personen zu stärken. Beispielhaft sei hier die „[...] wegen der von dem Johann Fries auf dem ehemaligen Zollhause anzulegender Fußelbrennerey“ in der Stadt **Orsoy** erwähnt.¹⁹⁷⁸ Dabei „[...] hat der hiesige Bürger Johann Fries, nachdem er sein Hauß (...) verkauft, und es ihm wegen der von mir vorgeschlagenen und betriebenen Übernehmung und Reparation des sehr ruinösen, sogenannten Ommerschen Hauses nicht gelingen, mithin des wegen nach Budberg ziehen wolan, woran ich doch Bestens abzuhalten gesucht, endlich Gelegenheit erhalten, das ehemalige Zollhaus, wie Bekannt kurzt vorm Rheinthor hierselbst gelegen, vom Domainen-Pächter (...) käuflich an sich zu bringen.“¹⁹⁷⁹ Die klevische Kriegs- und Domänenkammer war keineswegs aus Retablisement-Gründen abgeneigt, „[...] den Fries so wohlwegen der anzulegenden Fuselbrennerey, als auch wegen seiner übrigen Consumption auf ein fixum zu setzen.“¹⁹⁸⁰ Im nahen Umfeld von **Kervenheim** bat ähnlich wie der Obrige „[...] ein Müller Nahmens Hütten zu Schravelen um Anlegung eines Fusel Kessels.“¹⁹⁸¹ Nach gründlicher wirtschaftspolitischer Prüfung erteilte die Klevische Kammer dem Müller Hütten „[...] die Erlaubniß zur Anlegung

¹⁹⁷⁵ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

¹⁹⁷⁶ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098. So könnten problemlos „[...] die aus dem Oberrheinischen zu erwartende Colonisten, wenn sie (...) keine bettler oder sonsten Bedürftige denen Städten zur Last gereichen sind, ihr bequemes etablissement finden.“

¹⁹⁷⁷ Hier sei auf das Raummodell der Thünschen Ringe hingewiesen. Aufgrund des hohen Transportwiderstandes in der Frühen Neuzeit waren die Transportreichweiten auf dem Land stark beschränkt, sodass 1826 der Agrarwissenschaftler und Musterlandwirt J. H. v. Thünen (1783-1850) bestimmte Distanzklassen und Landnutzungszonen, die sich rund um einen „isolierten“ Staat kreisförmig gruppieren und ausbreiten, in seinem Thünschen Modell konzipierte.

¹⁹⁷⁸ Zitat vom 12. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 177.

¹⁹⁷⁹ Zitat vom 2. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 177.

¹⁹⁸⁰ Zitat vom 9. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 177.

¹⁹⁸¹ Zitat vom 9. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 177.

eines Fussel Kesels (...), da nun nach der Kervenheimschen Accise Casse gethaner Anzeige dieser Kessel denen Stadts Brennereyen nicht schädlich“ sei.¹⁹⁸² Anhand dieser zwar spärlichen existierenden Beispiele wird deutlich, dass die ländliche Peuplierung städtischen Umfelds im Kontext der „Retablisement-Politik“ zur Sicherstellung städtischer Nahrung unerlässlich für den Wiederaufbau der durch den Siebenjährigen Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen niederrheinischen Städte war.

Auch im Jahre 1771 stand die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik in den niederrheinischen Territorialgebieten preußischer Herrschaft im Fokus der „Retablisement-Politik“ wüster Hausstellen und lediger Plätze, welche nach wie vor nach nunmehr acht Jahren peuplierungspolitischer Umsetzungsversuche noch nicht beseitigt worden waren. Um die 1766/67er Jahre erreichte die „Retablisement-Politik“ eine Stagnation, weil sich „[...] die Anzahl der wüsten Plätze nach wie vor, gleich groß bleibet oder sich doch nur wenig vermindert.“¹⁹⁸³ Für die klevische Kriegs- und Domänenkammer konnte trotz der Umsetzungsversuche retablisementbezogener Bemühungen regionaler und lokaler Kräfte „[...] nun solches Zwar groentheils darin seinen Grund haben, daß, zum Wiederaufbau der in denen an den Wällen und Mauren abgelegenen, von aller Nahrung entblößten Straßen, schon seit den so genannten 30 jährigen insonderheit aber in den Spanischen Successions Kriege ruinirten und verlassenen Häuser sich bis jetzo niemand angeben“ wollte.¹⁹⁸⁴ Daraus wird ersichtlich, dass die Retablisement-Maßnahmen zunächst in den zentralen Stadträumen zur Wiederherstellung und –besiedlung wüster Hausstellen gut gegriffen hatten, wohingegen aber vor allem die in den äußeren Randgebieten der Stadt vorhandenen wüsten Plätze schwieriger zu besiedeln waren. Trotz dieser Erkenntnis war beim preußischen Generaldirektorium der Drang nach retablisementpolitischer Umsetzung ungebrochen. Im Winter des Jahres 1772 richtet der im Herzogtum Kleve peuplierungspolitisch sehr engagierte Kriegsrat Sandrart ein Schreiben an alle Magistrate und mahnte in eindringlicher Art, wie „[...] sehr Ew. Königl. Maj. darauf dringen, daß sämtliche noch wüste liegende Haußstellen, sie mögen von älteren oder jüngeren Zeiten herrühren, retabliret werden mögen.“¹⁹⁸⁵ Diese räumliche Situation ineffektiver peuplierungspolitischer Umsetzungsversuche wurde jedem Magistrat „[...] bereits zum öfteren bekannt gemacht und ihm dabey aufgegeben (...), sich des

¹⁹⁸² Zitat vom 12. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 177. Im Folgenden dieser zitierten Akte werden drei weitere Anlegungen von Fuselbrennereien nahrungstreibender Personen im Umfeld von Städten erwähnt, die sich allerdings auf das Jahr 1785 bezogen. Dabei war unter anderem „[...] der tagelöhner Heinrich Küper auf den neuen Kamp im Duisburgischen (...) District willens einen Fusel- und Bierzapf daselbst anzulegen.“

¹⁹⁸³ Zitat vom 20. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁸⁴ Zitat vom 20. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁸⁵ Zitat vom 2. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

Retablissements Wesens recht ernstlich anzunehmen.“¹⁹⁸⁶ Zudem müssen man bei der „Retablissement-Politik“ „[...] mit einer solchen Raffinement“ und Aufmerksamkeit vorgehen, um „[...] den Nahrungs-Stande der Städte“ und den „[...] Wohlstand einer jeder Stadt“ zur effektiveren Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen zu ermitteln und zu befördern.¹⁹⁸⁷ Die preußische Regierung sah den Grund noch immer vorhandener wüster Hausstellen nicht ausschließlich in der geographischen Lage der Städte, sondern vielmehr in der ineffektiven Umsetzung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen lokaler Verwaltungspersonen. „Von der gezeigten Bemühung Eures Edlen Magistrats [war] keine vortheilshafte Vorstellung“ zu erkennen, weil „[...] die Anzahl der wüsten Plätze nach wie vor in der Stadt N. groß bleibt oder sich nur wenig vermindert“, sodass jeder Magistrat erneut „[...] von allen wüsten Haußstellen eine genaue Aufnahme in der Art anzufertigen (hat), daß daraus übersehen werden kann“, wie die exakte Situation und räumliche Lage dieser ledigen Plätze sich verhalten.¹⁹⁸⁸ Vor allem müssen die sich „[...] schläfrig zeigende Unter-Bediente (...) mit der äußersten Schärfe aufgemuntert“ werden, die Wiederherstellung und Peuplierung verfallener Stadtplätze intensiver zum Wohle des preußischen Staates voranzutreiben. Die preußische Regierung war sich bei der Umsetzung ihrer peuplierungspolitischen Zielvorstellungen von der Notwendigkeit der Unterstützung lokaler Bediensteter bewusst, sodass der jeweilige Kriegsrat, so die Hoffnung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, mit jedem Magistrat und mit lokalen „[...] Leuten von guter Einsicht“ konferieren müsse.¹⁹⁸⁹

Exemplarisch für die unbebauten Hausstellen sei hier die Antwort des Magistrats der Stadt **Sonsbeck** erwähnt, der angab, daß die immer noch existenten wüsten Stadtplätze „[...] seit mehr alß einem, wer weiß ob nicht seit Zweyen Seculis ledig gelegen haben, und zu Gärten aptiret sind, dann die ältesten Leute in der Stadt haben nicht einmahl in ihren jugendlichen jahren hören sagen, daß ihre Vor Eltern Häuser darauf gekannt haben, zu dem sind sie alle gantz ab- und auf die hinterstrassen, wo weder Nahrung noch Verkehrt ist, gelegen, so daß wenn auch die Eigner sich beygehen liessen selbe zu bebauen, sie keine Miethsleute alß etwas bettler dazu bekommen würden.“¹⁹⁹⁰ Einerseits ist es anhand dieser Aussage sehr gut zu erkennen, dass es mittlerweile zu Beginn der 1770er Jahre größtenteils um die Peuplierung wüster Haustellen ging, die schon seit Langem, ja sogar schon seit dem Dreißigjährigen Krieg

¹⁹⁸⁶ Zitat vom 2. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁸⁷ Zitat vom 28. Mai 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898. Die „[...] Bereisungs-Protocolle [müssen] künftig gründlicher“ verfasst werden, so die eindringliche Aufforderung des Kriegsrates Sandrart.

¹⁹⁸⁸ Zitat vom 2. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁸⁹ Zitat vom 28. Mai 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

¹⁹⁹⁰ Zitat vom 3. März 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

ledig waren und sich sogar gar kein Einwohner mehr erinnern kann, dass einer ihrer Großeltern von einem auf einer solchen wüsten Stelle vorhandenen Haus erzählt habe. Andererseits zeigt es aber auch, dass die bisherigen „restaurativen“ peuplierungspolitischen Maßnahmen nach nunmehr über 100 Jahren noch nicht alle wüsten Hausstellen beseitigt hatten. Dennoch kann man nicht zwangsläufig von einer ineffektiven Peuplierungspolitik in den niederrheinischen Städten sprechen, da die Bewertung „restaurativer“ Maßnahmen preußischer Bevölkerungspolitik in den frühneuzeitlichen Prozess allgemeinen Niedergangs wirtschaftlicher Kraft der Städte einzubetten ist. Die erneut geforderte detailliertere Auflistung wüster und ledig stehender Stadtplätze zeugte weiterhin von dem ungebrochenen peuplierungspolitischen Willen, wirklich alle, auch die noch von dem Dreißigjährigen Krieg herrührenden zerstörten Hausstellen, mit Menschen wiederzubesiedeln, um den räumlichen Zustand vor 1650 zu erreichen. Aus solchen Schilderungen über den Fortgang retablisementbezogener Bemühungen werden dem historisch-geographischen Forscher abermals die verheerenden räumlichen und demographischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges deutlich, die selbst nach ungefähr 120 Jahren, bis in das Jahr 1770 keineswegs vollständig beseitigt werden konnten.

Zum 6. April 1772 verfasste der Kriegsrat Sandrart auf der Basis der eingesandten Tabellen der Magistrate eine räumlich detaillierte Haupttabelle aller ledigen Stadtplätze und wüsten Hausstellen im Herzogtum Kleve.¹⁹⁹¹ (s. Tab. T-27)

Haupttabelle von denen ledigen Haußstellen im Clevischen Creise Westseiths Rheins
Oberwärts vom 6. April 1772

Nr.	Stadtname	wüste Stelle	seit wann	ob solche an einer nahrhaften Straße gelegen	Eigner verkaufs- willig?	momentane Nutzung	Anmerkungen/Besitzer
1	Xanten	a)	1758	Nein	ja	wird nicht genutzt	dem Erben Schmitz
		b)	1758	ganz abgelegen	ja	wird nicht genutzt	Kriegs Rathe Melm
		c)	1758	ganz abgelegen	ja	wird nicht genutzt	Damm
		d)	1758	ganz abgelegen	ja	wird nicht genutzt	Hilden
		e)	----	----	----	----	Ist wieder bebauet zum accise und Korn Waage Hauß

¹⁹⁹¹ Siehe die Tabelle vom 6. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

		f)	1757	in einer nahrhaften Straße	will wieder bauen	die Scheuer allein wird davon genutzt	Elsberg
		g)	1757	in einer nahrhaften Straße	ja	wird zum Garten genutzt	Greaff
		h)	1757	in einer nahrhaften Straße	ja	wird zum Garten genutzt	Terschmit
		i)	1757	in einer nahrhaften Straße	ja	wird zum Garten genutzt	Erben Becker
		j)	1757	in einer nahrhaften Straße	ja	ist ein wüster Platz	Erbin Huven
		k)	1757	ist ganz abgelegen	ja	nicht genutzt	Schroers
2	Orsoy	a)	?	auf einer neben Straße gelegen	ja	lieget wüst	Erben Scriverius
		b)	1757	auf der Kuhstraße	ja	lieget wüst	Eigenthümer unbekannt
		c)	1757	auf der Eyerstraße	ja	lieget wüst	Erben Boeben
		d)	1757	Rheinstraße	ja	lieget wüst	Erben Schlinger
		e)	1757	bey der Zehnd-scheuer	ja	lieget wüst	Eigenthümer unbekannt
		f)	1757	hinter der Mauer	ja	lieget wüst	Westerhott
3	Calcar	a)	?	diese sieben Stellen liegen hinter der Mauer und sind Baraquen gewesen	alle abandonirt	Hiervon werden 2 zu Mist-Plätzen gebraucht, die dritte ist zum Garten aptirt	sechs Stellen (sind) vor undencklichen Jahren wo von keine Nummer im Feuer Catastro vorhanden, eingestürzt gewesen, die 7. Stelle stehet
		b)	seit dem letzten Kriege	hinter der Mauer	ist abandonirt	lieget noch wüst	v. Thiel
		c)	seit dem letzten Kriege	an der Kesselstraße	ist abandonirt	zum Garten aptirt	Washenberg
		d)	seit dem letzten Kriege	bey der Lohstätte	ja	als Garten genutzt	Erben v. Rasten, ist ein Garten Haußgen gewesen
		e)	1749	Hanselarstraße	ja	ist zum Garten gemacht	Scherders
		f)	seit dem letzten Kriege	Hanselar-Straße	ja	lieget noch wüst	Erben Elias, ein königl. Lehen

4	Sonsbeck	g)	seit dem letzten Kriege	ist abgelegen	ist abandonirt	zum Garten aptiret	Janssen
		h)	seit dem letzten Kriege	ist abgelegen	ist abandonirt	liegen wüst	kleine Baraquen
		i)	seit dem letzten Kriege	sind ganz kleine häuser gewesen und liegen am Ende der Grabstraße	ja	zu Gärten aptiret	Nymdors, Witt. Schmitz, an gen Meer: seit dem letzten Kriege sind selbige Stellen alle 3 wüste liegen geblieben
		j)	seit dem letzten Kriege	?	ist abandonirt	zu Gärten aptiret	Druncks
		k)	seit dem letzten Kriege	an der (Mund?)-straße	fast abandonirt	der Giebel stehet noch	Witt. Coenders
		l)	seit dem letzten Kriege	an der (Mund?)-straße	ist abandonirt	lieget noch wüste	Witt. Franssen
	Sonsbeck	a)	seit mehr als einem Seculo	ist in einer ganz abgelegenen Straße	nein	als Garten genutzt	Witt. Olffen, wird selbe [Stelle] wegen der ablegenheit und weile sie so klein ist nicht Bebauen (...), da seit mehr als einem Seculo diese Stelle als ein Garten genutzt, nicht confisciret worden [und] sich keine Miethsleute dazu finden würden
		b)	1757	ist in einer ganz abgelegenen Straße	ja	zu einem Garten aptiret	Scherpo zu Huissen
		c)	1757	ist in einer ganz abgelegenen Straße	ja	zu einem Garten aptiret	Scherpo zu Huissen
		d)	1757	ist in einer ganz abgelegenen Straße	ja	zu einem Garten aptiret	Hutten
		e)	1757	ist in einer ganz abgelegenen Straße	ja	zu einem Garten aptiret	J. v. Bremen
		f)	1757	ist in einer ganz abgelegenen Straße	ja	zu einem Garten aptiret	H. Riestroeck
		g)	1757	ist in einer ganz abgelegenen Straße	ja	zu einem Garten aptiret	Scholten

5	Üdem	a)	1769	hinter der mauer	daß wegen seiner schlechten Umstände nicht bebauen könne und zugleich auf sein Eigenthumsrecht renunciiret	liegt ledig und wird nicht genutzt	J. Kimpges, seit drei Jahren weil der Eigner kein Vermögen hatte selbiges zu unterhalten, ist eingestürzt
6	Grieth	a)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	D. Lutgenhorst
		b)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Arntz
		c)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Gossens
		d)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Dannens
		e)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Witt. Elsbergen
		f)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Albers
		g)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Loosen
		h)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Witt. Hulsken
		i)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	v. Sarek
		j)	seit 1699	an einen entlegenen Orth	ja	ist zum Garten aptiret	Moos
7	Kervenheim	a)	1757	auf einer Hauptstraße	ja	liegt wüste	hat das ehemalige accise Comtoir und Rathaus gestanden
8	Büderich	a)	?	abgelegen	nein	weil die gemeine Stelle dem Prediger zum Garten gegeben, wird sie nicht confesciret werden können	der Ref. Gemein, eine sehr alte Stelle ohne Namen
		b)	im Kriege ruinirt	in der (?) straße	ja	liegt wüste	Lamert Brends
		c)	im Kriege ruinirt	in der (?) straße	ja	liegt wüste	B. Natels

		d)	im Kriege ruinirt	in der (?) straße	ja	lieget wüst	Rehe
		e)	im Kriege ruinirt	in einer Nebenstraße	denen allge- meinen Armen	wird nicht genutzt	wird bebaut

Tab. T-27

In der Gesamtsumme wüster Hausstellen belief sich die Anzahl ledig stehender und zerstörter Stadtplätze auf 41 potenzielle retablierungsbedürftige Stellen. Im Vergleich zum Jahre 1769 wurde 36 ehemals wüstliegende Hausstellen wiederbesiedelt und retabliert. Dies verdeutlicht, dass die „Retablissement-Politik“ trotz einiger oben erwähnter Schwierigkeiten weiter betrieben wurde und die Anzahl wüster Hausplätze in zwei Jahren fast halbiert werden konnte. Die noch erwähnten ledig stehenden Plätze lagen meist abseits der nahnhaften Straßen und besaßen neben der mangelnden Attraktivität stadtgeographischer Randlage einen größeren Transportwiderstand, der potenzielle Käufer zur Ansiedlung abschreckte. Damit diese ehemals bebauten Siedlungsplätze nicht ganz brach und ungenutzt daniederlagen, wurden einige davon wenigstens als Gärten genutzt. Aus all den oben genannten Gründen gab es „[...] zu deren aufbauung wenig Hofnung, wobey sie größtentheils in Neben Straßen liegen [und] ganz klein“ waren.¹⁹⁹² Bei einigen niederrheinischen Städten kam noch hinzu, dass „[...] verschiedene wohnbahre Häuser ledig stehen, die für ein civilen Preiß vermiethet werden können.“¹⁹⁹³ Bevor die wüsten Hausstellen überhaupt wieder aufgebaut werden konnten, mussten die bereits vorhandenen Häuser peupliert werden. Raum zur stadtbezogenen Peuplierung war genug vorhanden, um problemlos weitere Menschen in der Stadt anzusiedeln.

Im Jahre 1773 sah die peuplierungspolitische Lage niederrheinischer Städte zum Wiederaufbau ledig stehender Stadtplätze nicht besser aus, weil „[...] bey den ietzigen hohen Preise[n] der Bau Materialien“ der damit verbundene Wiederaufbau „[...] mit enormen Kosten“ verknüpft war.¹⁹⁹⁴ Zudem würden sich, so der Kriegsrat Scheele in einem Schreiben an die Klevische Kammer weiter, aufgrund der randlichen stadtgeographischen Lage sicher keine hoch qualifizierten Handwerker und andere Professionisten ansetzen wollen, die solche „[...] wüsten[n] Plätze zu bebauen“ gedenken.¹⁹⁹⁵ Nach nunmehr zehn Jahren retablissementbezogener Peuplierungspolitik fand sich die Klevische Kriegs- und

¹⁹⁹² Zitat vom 6. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁹³ Zitat vom 6. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁹⁴ Zitat vom 1. Januar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁹⁵ Zitat vom 1. Januar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

Domänenkammer immer noch nicht mit den seit langem vorhandenen wüsten Plätzen ab, sodass der neue Kriegsrat Scheele nach seinem Vorschlag „[...] die seit langen Jahren zu Gärten und Scheuer aptirte und [an] abgelegene Oerter Situirte Hauß Stellen wozu gar keine Hofnung zum Aufbau mehr vorhanden ist, von deren, welche vielleicht noch retabliret werden mögten, nach einer angestellten gründlichen Recherche mit aller Vorsicht und mit Bemerkung aller Umstände zu Separieren“ und damit einen neuen Bericht zu erstatten habe.¹⁹⁹⁶ Allerdings ist eine Abkehr der Retablierung einiger vorhandener und aktuell anderweitig genutzter wüster Hausstellen zu erkennen, da die Kosten zur Wiederherstellung wohnbarer Häuser zu groß gewesen wären. Dennoch mussten sämtliche Magistrate „[...] die äusserste Sorgfalt und Thätigkeit auf der Förderung der Städtischen Bau-Angelegenheiten, und des Retablissement der verfallenen Bürger Häuser (...) richten“, damit andererseits schon bestehende Häuser nicht zusätzlich verfallen und damit noch mehr wüste Stadtplätze entstehen.¹⁹⁹⁷ Die peuplierungspolitische „Retablissement-Politik“ prägte, auch aufgrund des Schutzes der Ressource „Mensch“, die städtischen Bauvorschriften, weil durch einen schlechten Zustand einsturzgefährdeter Häuser „[...] hiedurch entweder eine Feuer-Gefahr entstehen oder bey dem Einsturz wohl gar Menschen beschädiget werden können.“¹⁹⁹⁸ Man erkennt hier die Durchdringung peuplierungspolitischen Gedankenguts in die städtischen Bauvorschriften.

Vereinzelte Berichte über den weiteren Verlauf retablissementbezogener Bevölkerungspolitik liegen uns noch vor und zeugen von einem schwerlichen Fortgang bei der Beseitigung der noch existierenden wüsten Hausstellen. Zum Ende des Jahres 1772 berichtete der Magistrat von **Xanten** über die nahezu unmögliche Retablierung der immer noch vorhandenen verfallenen Hausstellen, weil noch acht Häuser zur Vermietung oder Verkauf vakant oder unbewohnbar waren. Die Stadt **Xanten** „[...] war ein blühener Ort [gewesen], (...) der größte Theil deren ist durch den krieg dergestalt ruinirt worden“, dass neben dem „[...] Abgang bemittelter Leute [ins] cöllnische“ Land die Stadt „[...] viel von seiner Mehrung verloren habe.“¹⁹⁹⁹ Deswegen gab es trotz der bevölkerungspolitischen Retablissement-Bemühungen „[...] zur zeit (...) keine Hoffnung den Handel so wieder herzustellen.“²⁰⁰⁰ Im Jahr 1772 gab nun zwölf wüstliegende Stadtplätze, weil drei Häuser, die „[...] ganz abgelegen und schlechte Plätze, (...) seit einem Jahr eingestürzet (sind).“²⁰⁰¹ Zum Jahre 1774 und 1775 wurden in der

¹⁹⁹⁶ Zitat vom 14. Januar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁹⁷ Zitat vom 16. Januar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁹⁸ Zitat vom 16. Januar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

¹⁹⁹⁹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

²⁰⁰⁰ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

²⁰⁰¹ Zitat vom 30. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

Stadt **Xanten** weiterhin 14 wüste Grundstücke gezählt und bestätigten nicht nur den schlechten peuplierungspolitischen Zustand dieser altehrwürdigen Stadt, sondern auch die Stagnation retablisementpolitischer Umsetzungsversuche.²⁰⁰² Aufgrund dessen erging an den Magistrat zu **Xanten** der retablisementbezogene Befehl, „ [...] [w]as die Bebauung der wüsten Stellen der verfallenen Häuser anbetrifft, so wird Magistratus auf die dato besonders erlassenen Verordnung verwiesen, deren befolgung erwartet wird.“²⁰⁰³ Dabei dürfe die „ [...] Anziehung der fehlenden Profesionisten (...) nicht versäumer werden, indem hieraus ein großer Vorteil für die Stadt zu erwarten stehet.“²⁰⁰⁴ Lediglich könnte unter anderem eine Änderung der Finanzpolitik dazu führen, „ [...] so haben wir einigermaßen die hoffnung, den gedrückten Bürger wieder, und den Handel und Gewerbe wieder empor gebracht zu haben“, das wiederum den Ort attraktiver für niederlassungswillige Professionisten zur Beseitigung der noch zahlreich vorhandenen wüsten Hausstellen gemacht hätte.²⁰⁰⁵ Allerdings waren, so die Einschätzung des Magistrats zu **Xanten**, in „ [...] hiesiger Stadt (...) viel zu viel Handwercker Leuthe und professionisten, besonders aber Schuster, Schneider [und] Zimmerleuthe, (...) weilen hier im Lande keine ordentliche Gilde eingeführet sind, so sucht sich fast ein jeder (...) sein metier“ selber aus.²⁰⁰⁶ Weil „ [...] gegenwärtig (...) aber einer den anderen (ruinirt)“, müsse die „qualifizierte“ Peuplierungspolitik stark selektiv ausgerichtet werden, um lediglich gut bemittelte Manufakturisten oder Fabrikanten anzuwerben.²⁰⁰⁷ Die Zahl der Handwerker in dieser niederrheinischen Stadt müsse um die Hälfte reduziert werden, um einen „ [...] guten und bemittelten Bürger zu erhalten.“²⁰⁰⁸ Lediglich fehlten in „ [...] hiesiger Stadt weiter keine nützlichen professionisten, als etwa ein Blech-Schläger, Zinngießer und Blaufärber“, die mit ihrem Zuzug wüste Hausstellen besiedeln hätten können.²⁰⁰⁹ Trotzdem „ [...] hat sich der Samtband fabricant Mülcker für den ich endlich ein Capital zum Vorschuß zu negotiren gewusst, 2 Stühle angeschafft, die wircklich im Gange sind, und auf denen für die Crefeldschen Seyden Fabriquen gearbeitet wird.“²⁰¹⁰ Die

²⁰⁰² Siehe dazu die Schreiben des Magistrats vom 30. Dezember 1773, 27. November 1774 und 1. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

²⁰⁰³ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁰⁴ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Diese oben genannten „ [...] Handwercker sind dahero per intelligenz einzuladen, wie solches geschehen, anzuzeigen, (...) um diese Leute anzuziehen und dadurch das Gewerbe der Stadt zu vergößern.“ Dies war eindeutig eine Aufforderung „aktiver“ Peuplierungspolitik zum Wohle der Stadt, um die Reduzierung ledigstehender Hausstellen weiter voran zu betreiben.

²⁰⁰⁵ Zitat vom 5. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁰⁶ Zitat vom 5. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁰⁷ Zitat vom 5. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁰⁸ Zitat vom 5. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁰⁹ Zitat vom 5. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰¹⁰ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. An diesem Beispiel kann verdeutlicht werden, in wie weit die durch die preußische „qualifizierte“ Peuplierungspolitik angeworbenen

schwierige peuplierungspolitische Ausgangslage wurde mit der geographischen Lage der Stadt **Xanten** begründet, da ein großes Hindernis retablisementbezogener Umsetzung darin bestand, dass „[...] dieser ort klein und schlecht und Wesel so nahe ist, als woselbst dergl. tüchtigen professionisten in überfluß vorhanden sind.“²⁰¹¹ Dennoch konnte der Kriegsrat Scheele im Jahr 1775 vermelden, dass sich „[...] ein sehr bemittelter Kaufmann aus Holland niedergelassen [habe] und ein lediges Hauß bezogen hat.“²⁰¹² Das Jahr 1778 brachte auch keine bessere Retablisement-Situation dieser Stadt hervor, weil in „[...] Ansehung verschiedener Häuser hiesiger gantz Armen Eingesessenen (...) es sehr traurig aus(siehet), und wir kein Mittel“ mehr wissen, weitere peuplierungspolitische Retablisement-Maßnahmen zur Hebung der Stadt zum Erfolg zu führen.²⁰¹³ Sogar in diesem Jahr seien noch drei weitere Häuser „[...] in der besten Gegend der Stadt (...) eingestürzt, und dergestalt ruiniert, daß es wüste und ledige Plätze geworden“ sind.²⁰¹⁴ Die demographische und räumliche Situation der Stadt **Xanten** wurde in der Phase der „Retablisement-Politik“ preußischer Herrscher in den 1770er Jahren nicht besser, sodass man sich weiterhin sehr viel peuplierungspolitische Mühe geben musste, solche wüsten Plätze „[...] an baulustige wieder unterzubringen, allein da viele Häuser hieselbst theils ledig stehen, theils andere der schlechte[n] Beschaffenheit der Stadt wegen gratis zu haben sind, so will sich [trotzdem] keiner zu Übernehmung und wiederaufbauung solche kleine Hauß stellen finden laßen.“²⁰¹⁵ Diese länger leer stehenden Häuser mussten sogar wegen erhöhter Feuergefahr zum Schutz der Stadtbevölkerung eingerissen werden. Diese noch immer existierenden wüstliegenden Stellen „[...] würden also nur (...) denjenigen Einwohnern employiert werden können“, die eine gewisse finanzielle Ausstattung hatten.²⁰¹⁶ Erst im Jahr 1779 findet sich in den Quellen ein Nachweis, dass „[...] kürztlich hier etablirte Kaufman Luinckardt sich gemeldet“ habe zum Aufbau des wüsten Platzes, „[...] jan Huven erb“ genannt.²⁰¹⁷ Zwar sei die Zahl der Einwohner in der Stadt sehr groß, allerdings würde sich von hier kein Stadtbürger zum Aufbau eines solchen ledig stehenden Platzes auffinden lassen, weil die Einwohner der Stadt **Xanten** alle „[...] zugleich sehr arm“ waren.²⁰¹⁸ Zudem könne aus peuplierungspolitischer Perspektive zu „[...] dem Anziehen guter und vermögender Frembde leut zur zeit wenig

Mennoniten in Krefeld die Wirtschaft umliegender niederrheinischer Städte raumausgreifend positiv beeinflussen konnten.

²⁰¹¹ Zitat vom 5. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰¹² Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰¹³ Zitat vom 29. August 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 397.

²⁰¹⁴ Zitat vom 29. August 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 397.

²⁰¹⁵ Zitat vom 29. August 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 397.

²⁰¹⁶ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

²⁰¹⁷ Zitat vom 17. Dezember 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 397.

²⁰¹⁸ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

Hoffnung gemacht werden“, um mit diesen angeworbenen Emigranten die räumliche Verdichtung städtischer Siedlungen zum Wohle der Wirtschaftskraft zu verbessern.²⁰¹⁹

Der Magistrat der Stadt **Orsoy** „[...] referiret, daß hieselbst im vorigen Jahr keine neue[n] Häuser erbauet“ wurden.²⁰²⁰ Aus der Akte „Wegen Bebauung der wüsten Hausstellen und Wiederherstellung der verfallenen Häuser in der Stadt Orsoy 1773“ geht hervor, dass noch sechs ledig stehende Stellen unbewohnt wüst lagen. Beispielhaft für die im Kontext der „Retablisement-Politik“ entstandenen Probleme bei der Enteignung retablierungsunwilliger oder –fähiger Eigentümer sei hier der Bericht des Kriegsrats Scheele über die Stadt **Orsoy** erwähnt. „So viel Mühe ich mir auch gegeben habe“, so der Kriegsrat, „[...] den ietzigen Eigner Ohlmann, wegen des Aufbaus dieses Platzs zu einer positiveren Erklärung zu bringen“, so blieb „[...] derselbe bey seinen gefassten Entschluß, daß, im fall sich ein Baulustiger auffinden mögte, er das Vorrecht behalte.“²⁰²¹ Wegen der „[...] schlechten Situation derselben ist (...) zu deren Retablisement gar wenig Hofnung vorhanden.“²⁰²² Der „[...] Eigner der wüsten Stelle No. 2 ist nicht ausfündig zu machen“, allerdings könnte die günstige stadtgeographische und „[...] noch passable Lage dieser Stelle (...) zu deren Aufbau (...) etwas beytragen.“²⁰²³ Diese „[...] Stelle, die ietzo zu nichts genutzt wird“, könnte „[...] zum Vorteil der Cammerey“ verpachtet werden und damit ein Beitrag zu „Retablisement-Politik“ leisten.²⁰²⁴ Bei den anderen noch wiederherzustellenden wüsten Plätzen waren aus der Sicht des Kriegsrats Scheele „[...] dabey zu viele Hinderniße vorhanden, welche mich überzeugen, daß ich schwerlich reüssiren werde.“²⁰²⁵ Der retablisementbemühte Kriegsrat hegte wenig Hoffnung, die noch vorhandenen wüsten Stellen mit Ansetzung fleißiger Menschen wiederherzustellen. Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer reagierte sehr zügig auf diesen Retablisementbericht über die Stadt **Orsoy** und befahl dem Magistrat, dass es ihm selbst überlassen sei, den „[...] Ohlmann, als dem jetzigen Eigner dieses wüsten Platzes zu Abgebung seiner endlichen Erklärung, ob er die Stelle aufbauen will, oder nicht“, zu drängen.²⁰²⁶ Spätestens an diesem Punkt waren den peuplierungs- und retablierungswilligen preußischen Behörden die Hände zur Wiederbesiedlung dieser wüsten Hausstelle gebunden. Das zweite aufgeführte wüste Grundstück sollte zur Wiederbesiedlung

²⁰¹⁹ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 898.

²⁰²⁰ Zitat vom 4. Januar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488. Auch im Schreiben vom 3. Januar 1775 und vom 1. Januar 1778 wurde belegt, dass „[...] keine neuen Häuser erbauet“ wurden.

²⁰²¹ Zitat vom 29. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰²² Zitat vom 29. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰²³ Zitat vom 29. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰²⁴ Zitat vom 29. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰²⁵ Zitat vom 29. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰²⁶ Zitat vom 9. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

und „ [...] zum Vorteil der Cämmerey zu Orsoy verpachtet werden.“²⁰²⁷ Aufgrund des geschilderten Berichtes sah die Klevische Kammer ein, die wüsten Stellen „ [...] No. 5 und 6 wegen ihrer geringen elenden [Lage] und weil Ihr alle Hofnung zu deren Aufbau verlohren gebet, von der Designation“ zu streichen und damit als nicht peuplierungsfähig zu definieren.²⁰²⁸ Was das „ [...] vorzüglich verfallene Haus zu Orsoy, worauf die dasige Armen ein Capital von 23 rthl. 30 st. stehen haben, anbetrifft, so müsset ihr dahin Bedacht nehmen, die Armen zu persuadiren, dass selbige die gehörige Reparation derselben übernehmen.“²⁰²⁹ Die Aufgabe des Kriegsrates im Kontext zahlreicher lokaler retablisementbezogener Widerstände und Hindernisse lag in der verbalen Motivation lokaler Kräfte zur Umsetzung peuplierungspolitischer Zielvorstellungen. Diese Ausführungen der Klevischen Kammer deuten darauf hin, dass man trotz des langsamen Fortganges retablisementbezogener Maßnahmen im Herzogtum Kleve mit den peuplierungspolitischen Bemühungen des Magistrats partiell zufrieden war. Allerdings beklagte sich der Kriegsrat im Jahre 1775 darüber, dass der Magistrat bewusst in einem von ihm eingesandten Bericht über den Zustand der Stadt die „ [...] Bebauung der wüsten Stellen (...) ganz mit Stillschweigen übergangen“ habe, um wahrscheinlich den langsamen Fortgang retablisementbezogener Stadtkolonisation zu verheimlichen.²⁰³⁰ Wie sehr dem Kriegsrat Scheele das Retablisement niederrheinischer Städte seines Kreises im Jahre 1775 am Herzen lag, beweis die Aussage, dass der zuständige Magistrat „ [...] in diesem wichtigem Stück alle nur mögliche Sorgfalt anwenden“ und anzeigen müsse, „ [...] welcher gestalt er Gelegenheit gefunden, die dortigen wüsten Stellen zu bebauen und unterzubringen.“²⁰³¹ Der Magistrat der Stadt **Orsoy** sprach abermals mit dem Eigentümer Ohlmann, der sich nun dahingehend „ [...] ausgelassen [hat], daß er den Platz zware selbstnen bebauen wollte, gegenwärtige Zeits Umstände sowohl als mangel derer Materialien“ aber noch nicht mit dem Retablisement seiner ledig stehenden Hausstelle beginnen könne.²⁰³² Dass man dennoch nach fast nunmehr 15 Jahren noch an der Retablierung der wüsten Stellen interessiert war, bezeugt ein Brief des Magistrats zu **Orsoy** aus dem Jahre 1786. Dieser berichtete, dass „ [...] sich aber nun einer Gerh. Koch zur Bebauung dieser Stelle [wüste Stelle an der Rheinstraße, Anm. d. Verf.] gemeldet (hat), im fall er solche unentgeldlich frey und mit keinem Canons beschweret bekommen kann.“²⁰³³ Dieser niederlassungswillige „ [...] Gerh. Koch ist vor kurzem aus Holland hier eingezogen,

²⁰²⁷ Zitat vom 9. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰²⁸ Zitat vom 9. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰²⁹ Zitat vom 9. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰³⁰ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰³¹ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰³² Zitat vom 31. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰³³ Zitat vom 14. April 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

hat sich daselbst ein schönes Vermögen acquiriret, und ist jetzt willens, seine Revenuen hier in Orsoy zu verzehren.“²⁰³⁴ Aufgrund der Tatsache, dass sich dieser angeworbene Fremde mit seinem Vermögen in **Orsoy** niederlassen wollte, hat selbst der Magistrat sich im Sinne „qualifizierter“ Peuplierungspolitik „[...] alle mögliche Mühe [zu] geben, demselben zur (...) Bebauung dieser Stellen zu überreden.“²⁰³⁵ Dieses retablisementbezogene Beispiel zur Besiedlung einer seit langem wüstliegenden Hausstelle zeigt dem Forscher auch ein peuplierungspolitisches Interesse der lokalen Kräfte, wenn es sich bei der Peuplierung einer wüsten Hausstelle um einen reichen, gut bemittelten Menschen handelte. Es war dem Magistrat „[...] sehr Viel dran gelegen und geruhet der Stadt ungemein zum Vortheil, wenn eine Familie aus Holland, die dorten ein ansehnliches Vermögen erworben hat, hier sich anbauen und ihre Revenuen verzehren will.“²⁰³⁶ Damit dieser angeworbene bemittelte Fremde zur Ansiedlung auf einer wüsten Stelle zusätzlich motiviert werde, bat der Magistrat inständig, dass ihm die „[...] 20 pro Cent Baufreyheits-Gelder accordiret werden“ mögen.²⁰³⁷ Dass die preußische Regierung weiterhin zum Ende des 18. Jahrhunderts ein peuplierungspolitisches Interesse am Niederrhein zeigte, verdeutlicht der Hinweis der Klevischen Kammer auf einen Erlass vom 9. Februar 1774. Dieser Spezialbefehl an die Klevische Kriegs- und Domänenkammer ordnete an, dass „[...] Ihr (...) also die Bebauung sowohl dieser, als auch der übrigen wüsten Stellen in den dortigen Städten nach dem Rescripti vom 26. September 1764 zu besorgen“ habt.²⁰³⁸ Die peuplierungspolitische Verordnung besaß durch diesen Hinweis auch noch im Jahr 1786, wie der Fall Gerhard Koch aufzeigt, ihre rechtliche Gültigkeit. Auf der Basis rechtlich verifizierter Retablisement-Garantie versicherte der Emigrant Gerhard Koch protokollarisch, „[...] ein Hauß und Scheuer darauf zu bauen und den als denn etwa noch übrig bleibenden Platz mit einer Mauer zu umgeben.“²⁰³⁹ Allerdings müsse dieser Gerhard Koch, so die klevische Kriegs- und Domänenkammer im Geiste preußischer Korrektheit, lediglich „[...] den geringen Betrag von 12 st. 4 d. zahlen.“²⁰⁴⁰ Da das peuplierungspolitische Interesse der Stadt **Orsoy** so groß war, habe man dem Holländer Koch „[...] die über alle Erwartung wiederige Resolution vom 29. Mai a. c. nicht bekannt machen dürfen, überzeugt, daß wenn dieses geschehen wäre, er gewiß hieselbst den wüsten Hauß Platz nicht bebauet haben würde.“²⁰⁴¹ Weil aber in diesem Fall das

²⁰³⁴ Zitat vom 14. April 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰³⁵ Zitat vom 14. April 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰³⁶ Zitat vom 14. April 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰³⁷ Zitat vom 14. April 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰³⁸ Zitat vom 8. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰³⁹ Zitat vom 8. Mai 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰⁴⁰ Zitat vom 29. Mai 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

²⁰⁴¹ Zitat vom 5. Oktober 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401.

bevölkerungspolitische Interesse bei den lokalen Kräften größer war als bei der preußischen Regierung, ist zu vermuten, dass die Stadt selbst diese Kosten übernommen hatte. Strotzend vor prächtiger Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen stand für alle sichtbar schon bald „[...] ein schönes Hauß 3 Etagen hoch, von neuen Ziegel aufgebauet (...), also modern und zur besonderen Zierde am Ende der Hauptstrasse am Rheintor.“²⁰⁴²

Eine Tabelle der Stadt **Orsoy** über die retablierten Hausstellen des Jahres 1778 führt sechs im Zuge der „Retablisement-Politik“ wiederhergestellte Retablierungen wüster Feuerstellen durch Professionisten auf.²⁰⁴³ (s. Tab. T-28)

Tabelle derer sich pro 1778 angegebenen Baulustigen bey der Stadt Orsoy

Nr.	Name	Beruf	Zustand des Retablisements	Stadtgeographische Lage
1	Rommel	Kaufmann	Haupt Reparation ist fertig	?
2	B. Bernthen	Wirth	Haupt Reparation ist fertig	?
3	Gisb. Knippschees	Schiffer	Haupt Reparation ist fertig	?
4	ter Heggen	Stadts Müller	Haupt Reparation ist fertig	?
5	Berkenpass	Becker	Haupt Reparation ist fertig	?
6	Rommel	Kaufmann	Haupt Reparation ist fertig	?

Tab. T-28

Die retablisementpolitische Situation in **Kalkar** und **Üdem** verhielt sich ähnlich, wobei in **Üdem** wenigstens „[...] des Kauffmanns Gerrit Crans Hauß schon Vorigen Jahr 1772 fertig gewesen“ war.²⁰⁴⁴ Lediglich war nur noch eine wüste Stelle vorhanden und obwohl „[...] wir sie verschiedentlich öffentlich ausgebothen haben, will sich kein Baulustiger hervorthun, wenn es obgedachter maßen mit einem derer fehlenden professionisten nicht glücken sollte, werden wir anderweits bedacht sein die Stelle unterzubringen, wiewohl sie ist auch nur

²⁰⁴² Zitat vom 5. Oktober 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 401. Die wirtschaftliche Lage der Stadt Orsoy war weiterhin auch im Jahre 1774 noch sehr schlecht, sodass „[...] in dieser Stadt überhaupts nur 213 Häußer und 878 Persohnen“ gezählt wurden, wobei die „[...] Fuselbrennerey (...) hieselbst die haupt contribuirende branche des Nahrungs Stands ist.“ Eben so wenig fand „[...] hieselbst (...) die Ansetzung neuer Professionisten statt.“ Zitate vom 18. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁴³ Siehe dazu die Tabelle der Stadt Orsoy aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. Die Retablisement-Tabelle vom 26. April 1779 führte drei neue Personen auf, nämlich den Bürgermeister Haetjens, den reformierten Schulmeister Schuirmann (?) und den Handelsmann Peter Huisen. Eine weitere Tabelle vom 3. Februar 1784 führt neben dem Bürgermeister und Zollinspektor Haentjens noch zwei weitere Personen (Joh. Schmitz – Scheffen und Handelsmann, Höfgen jun. – Schiffer und Fußelbrenner) auf, die sich nach den Angaben des Magistrates für die Baufreiheitsgelder qualifizierten. Alle drei genannten Retablierer waren zu diesem Zeitpunkt mit der Wiederherstellung ehemals ledigstehender oder zerstörter Hausstelle fertig. Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1222.

²⁰⁴⁴ Zitat vom Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488. Aus einem Schreiben vom 29. November 1776 geht hervor, dass in Üdem „[...] hier nur ein ledig Hauß Stelle“ noch existent zur Wiederbesiedlung war.

5 ruthen groß.²⁰⁴⁵ Auch im Jahre 1776 musste der Magistrat trotz seines Retablissement-Engagements vermelden, dass es zur „[...] Erbauung der einzigen wüsten Stelle (...) wenig hoffnung“ gebe.²⁰⁴⁶ „Die Lage der Stadt“ **Üdem**, so ein Bericht des Magistrats dieser Stadt, und „[...] ihre übrige Beschaffenheit (...) läßt uns nicht hoffen, daß sich allhier sobald fremde etabliren werden noch können“, um die städtische Siedlung weiterhin im Sinne „additiver“ Peuplierungspolitik zu peuplieren und zu verdichten.²⁰⁴⁷ Allerdings sei man sehr bemüht gewesen, „[...] zu unserer Peuplierung dieser Stadt und beförderung derselben Nahrungs-Stands“ alles nur mögliche getan zu haben.²⁰⁴⁸ Aus „qualifizierter“ peuplierungspolitischer Sicht fehlten der Stadt **Üdem** „[...] drey handwercker (...), als 1) ein Huthmacher, 2) ein fein Schmied oder Schlößer, und ein tüchtiger Maurer“, sodass es dem Retablissement der Stadt sehr dienlich wäre, „[...] so einer unter ihnen wäre, der Lust zum Bauen hätte, ihm die hier befindlich wüste Stelle dazu allenfalls gratis an zu weisen.“²⁰⁴⁹ Diese magistratische Aussage beweist, dass die Stadt selbst eine peuplierungspolitische Offenheit zur Anwerbung qualifizierter Professionisten besaß, um die noch vorhandenen brachliegenden Hausstellen zum Wohl der Wirtschaft zu reduzieren. Der Ackerbau dieser Stadt bliebe weiterhin das wichtigste Gewerbe, um in **Üdem** subsistieren zu können. Zwar könnten aufgrund „[...] des Mangel fließenden Wasser (Manufakturen und fabriquen) nicht angeleget werden, es hat sich aber (...) der Jude Jacob David angebothen gegen Erhaltung des Schutzbriefes und trau-Schein vor 30 Rthl. hier eine Misselan fabrique anzulegen“, was „[...] für die Stadt sehr gut sein (würde), weil dadurch viele Leuthen arbeit [und] brod verschafft, auch da der flachs hier in der Feldmark (...) sehr gut zu gerathen (...) [scheint], auch von vorzüglicher qualität ist [und] dieses product hier gleich verarbeitet werden“ könnte.²⁰⁵⁰ In dieser Hinsicht schien die räumliche Ausnutzung städtischen Landes optimal zu sein, weil der „[...] Anbau (...) nicht weiter befördert werden (kann), sondern ist schon aufs äußerste getrieben und kein flecken

²⁰⁴⁵ Zitat vom 2. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁴⁶ Zitat vom 27. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁴⁷ Zitat vom 9. März 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Allerdings fehlten der Stadt „[...] allhier (...) ein Schlößer, ein Huthmacher und ein tüchtiger Maurer.“ Zitat vom 8. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁴⁸ Zitat vom 2. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁴⁹ Zitat vom 2. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁵⁰ Zitat vom 13. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Durch die weitere peuplierungspolitische Förderung des Juden Davids bei seiner Fabrikanlegung würde „[...] Webern, Spinnereien und andern arbeitern Verdienst geschaffet, wen dem Jacob Davids die Concesion ertheilet würde, worum er angehalten hat.“ Dadurch „[...] würde er diese Fabrique noch stärker zu treiben encouragirt werden, Welches wir darum wünschen, weil es zu besseren unterhalt der gegenwärtigen anziehung unserer Professionisten gereichen könnte.“ Dies verdeutlicht die Ansicht, dass wirtschaftlich starke Städte wiederum einen positiven peuplierungspolitischen Effekt zur weiteren Stadtkolonisation bewirken können. Der Üdemer Magistrat stand den peuplierungstheoretischen Gedanken zur Besiedlung wüster Hausstellen sehr positiv entgegen. Die Fabrik wurde auch, wie aus späteren Tabelle dieser Akte zu entnehmen, fertiggestellt.

vorhanden, das nicht seine Früchte trüge.“²⁰⁵¹ Dies ist ein schönes Beispiel, inwieweit die Raumwirksamkeit „qualifizierter“ Peuplierungspolitik auf die Erscheinung der Kulturlandschaft wirken und sie prägen konnte. Für das Jahr 1778 meldete der zuständige Magistrat, dass die „[...] einzige Avantage ist, daß einige Familien aus dem Geldrischen anhero gezogen und sich überhaupt die Personenzahl nicht vermindert“ habe.²⁰⁵² Die demographische Situation schien seit der „Retablisement-Politik“ nun stabil zu sein, weil „[...] der äusserliche Zustand dieser Stadt (...) sich merklich verbessert (hat)“, wobei „[...] viel bürgerliche Häuser retabliert worden sind.“²⁰⁵³

Einige Tabellen zu den einzelnen niederrheinischen Städten „Wegen der jährlichen Retablisement-Plan und der Bau Freyheits-Gelder“ belegen die retablisementpolitische Umsetzung und die geforderte Auszahlung der Baufreiheitsgelder. Zudem wurde neben der Kostenentstehung für die Eigentümer die stadtgeographische Lage der Retablisement-Projekte in der Stadt **Üdem** mitvermerkt und erlaubt uns einen Blick in die räumliche Verteilung retablierter Häuser.²⁰⁵⁴ (s. Tab. T-29)

Tabelle zum Retablisement-Plan der Stadt Üdem anno 1778

Nr.	Name	Kosten rthl./st.	Beruf	Zustand des Retablisements	Stadtgeographische Lage
1	Samuel Koppius	1082/7	Schlüterey	das alte Haus wird beinahe gantz abgebrochen und ein neues darüber gesetzt	liegt an einer Haupt Straße
2	Erben Johannes Mott	845/2	Ackerbau	ist eine Haupt Reparation	auf einer der Hauptstraßen
3	Johannes Rittermann	594	Grobschmiedt	ist eine Haupt Reparation	liegt auf einer Nebenstraße
4	Albert Heyning	469/52	?	ist eine Haupt Reparation	Hauptstraße
5	Albert ther Heegen	402/29	?	ist eine Haupt Reparation	Hauptstraße
6	Johannes von Aizzen	----	Ackerbau und Herberg	ist eine Haupt Reparation	aufm Markt
7	Henr. Ohmens und Bongers	----	Ersterer hat ackerbau und eine Öhlmühle, letzterer ist ein Becker	sind zwei Wohnungen unter einem dache und einer Hauptreparatur unterworfen	Hauptstraße
8	Evert Schmackers	----	----	----	Nebenstraße

Tab. T-29

²⁰⁵¹ Zitat vom 13. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁵² Zitat vom 1. Dezember 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁵³ Zitat vom 1. Dezember 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁵⁴ Siehe dazu die Tabelle für Üdem vom 10. März 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. Für das Jahr 1779 kamen noch drei weitere Personen hinzu, nämlich die „[...] Wittwe Henrich Crams (ackerbau), Friedrich Gattong (Chyrurgus) [und] Hermann Halver (Schneider)“, die sich für die Baufreiheitsgelder qualifizierten. Aus einer weiteren Retablisement-Tabelle vom 10. März 1780 geht hervor, dass dem Chirurgus Gattong noch keine Baufreiheitsgelder zugeteilt worden waren. Zudem kamen noch zwei neue Personen hinzu. (Henr. Koppius, Henr. Ohmens, Casp. Bongers). Siehe dazu aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1618.

Aus dieser Art von Tabelle ist es möglich zu entnehmen, dass fünf Personen ihr Retablisement zu Ende gebracht haben und zum Teil erhebliche finanzielle Mittel zum Wiederaufbau verfallener Hausstellen aufwenden mussten. Nun erhoffte man sich eine prozentuale Auszahlung der versprochenen Baufreiheitsgelder von der aufgewendeten Summe. Die Zahlung von Prozentgeldern als Umsetzung retablisementbezogener Verordnungen kann in diesen Tabellen unter anderem nachgewiesen werden und bestätigt die in den vorher verwendeten Retablisement-Tabellen gewonnenen Erkenntnisse.

Aus einer vom Magistrat der Stadt **Kalkar** eingesandten Tabelle aus dem Jahr 1778 geht hervor, dass es noch sechs ledige Häuser und sieben wüste Stellen gab, zehn ehemals verfallene Grundstücke zu Gärten umfunktioniert und sieben ehemals wüstliegende Plätze zur Guerinischen Fabrik eingezogen worden waren.²⁰⁵⁵ Um die Aussagen der lokalen Magistrate zu überprüfen, „[...] hat (...) Commisarius Loci Krieges rath Scheele sich hiehin verfügt, um die hiesigen Wüsten Plätze und das übrige Retablisement-Wesen der Stadt zu untersuchen.“²⁰⁵⁶ Die in der sehr ausführlichen Tabelle notierten sechs wüsten Grundstücke waren schon seit langen Zeiten verfallen, „[...] wovon man größten theils nicht einmahl den Platz anweisen kann, wo sie gestanden haben.“²⁰⁵⁷ Allerdings vermutete man, dass diese wüsten Hausstellen „[...] an der mauer Situiert (...) und Von Liederlichen Gesindel bewohnt gewesen, zwey davon sind vor etwas 40 Jahren eingegangen und abgebrochen worden.“²⁰⁵⁸ Aufgrund dieser langen Zeit bestehe kaum eine retablierungsbezogene Hoffnung, dass sich hier ein Aufbauwilliger „[...] etabliren würde“, sodass stattdessen lieber 50 „[...] kleine Baraquen errichtet werden können“, um wenigstens den wüsten Stadtplatz räumlich zu nutzen.²⁰⁵⁹ Ein weiterer Zerfall eines Hauses an der Stadtmauer zeugte von dem schlechten räumlichen und demographischen Zustand der Stadt **Kalkar**. Die Stadtbewohnerin „[...] Catharina Van Thiel, war die letzte Besitzerin dieses Hauses, nach ihrem Tode in Anno 1762 ist dieses kleine Haußgen eingestürzt, und die Materialien [sind] davon gestohlen“ worden.²⁰⁶⁰ Dieser dadurch entstandene wüste Raum war „[...] kaum 20 fuß lang und 16 fuß breit“, sodass es auch aus retablisementpolitischer Perspektive „[...] nicht zu vermuthen (ist), daß sich vor der Handt ein Baulustiger dazu werde finden“ lassen.²⁰⁶¹ Eine weitere wüste Hausstelle war „[...] auf der Kesel Straße gelegen und enthält 5 Ruthen in der Länge, und

²⁰⁵⁵ Siehe das Schreiben vom 12. Januar 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

²⁰⁵⁶ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁵⁷ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁵⁸ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁵⁹ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400. Aufgrund der Aussichtslosigkeit räumlicher Peuplierung dieser sechs wüsten Grundstücke „[...] würde es am besten seyn, solche aus der Tabelle der Wüsten stellen um so mehr auszulassen.“

²⁰⁶⁰ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁶¹ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

3 Ruthen in der Breite.“²⁰⁶² Der letzte dort wohnhafte „ [...] Besitzer Wassenberg hat seine Frau und Kinder in der größten Armuth hinter laßen, welche nicht vermögend gewesen, ein Haus darauf herzustellen.“²⁰⁶³ Eine weitere ledig stehende Stelle war „ [...] vor 23 Jahren wüste geworden, der vormahlige Eigenthümer Scherders ist in Armuth gestorben“, weswegen diese beiden ehemals besiedelten Stadtflächen nun als Gärten genutzt wurden.²⁰⁶⁴ Eine andere wüste Stelle „ [...] auf der Hanselarschen Straße, wo der vorgedachte Wüste Platz zu finden“, erlitt ein ähnliches Schicksal, weil dieser Platz vom Eigentümer Elias auch als Garten genutzt wurde.²⁰⁶⁵ Anders verhielt sich die peuplierungspolitische Lage bei einem weiteren ledig stehenden Grundstück, das während des Siebenjährigen Krieges entstanden war. Obwohl die „ [...] Erben der vormahligen Besitzers (...) gantz Vermögend“ waren, nutzte man diese wüste Stelle lediglich als Garten, da „ [...] die Straße, auf welcher es lieget, (...) gantz abgelegen ist und wird sich vor der Handt also schwerlich jemand finden, der diese Stelle retabliren sollte.“²⁰⁶⁶ Auch in dieser Stadt ist zu erkennen, dass der Erfolg retablissementbezogener Maßnahmen von der räumlichen, stadtgeographischen und der dazugehörigen infrastrukturellen Lage abhängig war. Zudem strahlte die Stadt **Kalkar** keine große peuplierungspolitische Attraktivität für niederlassungswillige Professionisten im Allgemeinen aus, weil diese Stadt „ [...] von der Landstraße abgelegen [ist] auch die mehresten Einwohner nur Tagelöhner“ sind.²⁰⁶⁷ Dennoch müsse man zur Verminderung wüst stehender Hausstellen „ [...] auf die mehrere peuplierung der Stadt, vornehmlich durch ansetzung [der] professionisten und überhaupt vor die beförderung des Nahrungs-Gewerbes sorgfältig bedacht seyn.“²⁰⁶⁸ Es herrschte, so der städtische Magistrat in einem Bericht vom 12. November 1773 weiter, viel Armut und Elend, sodass ein Großteil der hier lebenden Menschen „ [...] alle von ihrem geringen ackerbau und viehzucht subsitiren“, weil für die Commerzien „ [...] wegen ihrer abgelegenheit kein besonderer verkehr (...) vorhanden“ war.²⁰⁶⁹ Dennoch kann aus wirtschaftlicher Perspektive angemerkt werden, dass zwei Fabriken, nämlich „ [...] die Eßig-Fabrique der Frau Wittwe Werning“ und die „ [...] Salpeter fabrique bey Henr. Secret. Mals“ einen ökonomischen Beitrag zum Fortkommen der hiesigen Stadt leisteten.²⁰⁷⁰ Sehr negativ für die weitere wirtschaftliche Genese dieser Stadt war der Niedergang der Tuchfabrik, „ [...] welche vor ohngefähr zweyhundert jahren“ in einer „ [...]

²⁰⁶² Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁶³ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁶⁴ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁶⁵ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁶⁶ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁶⁷ Zitat vom 12. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁶⁸ Zitat vom 29. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁶⁹ Zitat vom 12. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁷⁰ Zitat vom 12. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

sehr favorable[n] situation“ gewesen war, „[...] aber durch den dahmaligen beständige kriege“ sehr in Mitleidenschaft gezogen worden war, sodass „[...] die Stadt mehr als ein drittel [ihrer Einwohner] verlohren“ hatte und nachhaltig depeupliert wurde.²⁰⁷¹ Ferner haben in der Stadt **Kalkar** „[...] Vormahls zwey kleine Baraquen gestanden, welche von armen Leuthe deren Nahmen unbekandt, bewohnt gewesen“, die aber im Zuge des Siebenjährigen Krieges zerstört und nun als Gärten genutzt wurden.²⁰⁷² Am Ende „[...] der hiesigen Grab Straße sind [drei Haustellen] währenden letztem Kriege Wüste geworden, (...) die vormahligen Eigenthümer haben solche aus Armuth verlassen“, sodass, wenn „[...] sich ein Bau-Lustiger ausgäbe, (...) demselben alle 3 Nummern angewiesen werden“ könnten.²⁰⁷³ Eine weitere vom Siebenjährigen Krieg herrührende wüste Hausstelle übernahm im Zuge der Retablissement-Maßnahmen ein gewisser Christian Boelhart, der, „[...] so vor drei Jahren verstorben, (...) den Platz hinter seinem Hauß, welches er mit den Materialien von diesem eingefallenen Hause Repariret, zum Garten aptiret“ hatte.²⁰⁷⁴ Die in der Tabelle aufgeführte „[...] Wittibbe Coenders hat Vormahls das Hauß Sub Nr. 279 in der Mund Straße bewohnt, im Kriege ist solches verfallen und von ihr wegen Armuth abandoniret worden.“²⁰⁷⁵ In einem Schreiben berichtete der Magistrat **Kalkars** am 9. Mai 1776 „[...] wegen der von dem (...) Nienhoven vorhabenden retablirung des Coenders Haußes“, ob diese allerdings zum Erfolg gebracht wurde, kann in der Quellerecherche nicht eindeutig belegt werden.²⁰⁷⁶ Eine weitere „[...] Wüste Stelle“, so der Bericht des Kriegsrates Scheele im Jahre 1773, „[...] so in der überreichten Tabelle von 1772 angeführet ist hieselbst (...) schon vor dem Kriege eingestürzt [und] währenden Kriege Verlassen“ worden.²⁰⁷⁷ Diese verlassene Hausstelle „[...] liegt auf der Mund Straße mit in der besten gegend der Stadt“, sodass sich dieser ledig stehende Platz in einer günstigen stadtgeographischen Lage zur Peuplierung befand.²⁰⁷⁸ Zum Abschluss dieses detaillierten Berichtes über den Retablissement-Zustand der Stadt **Kalkar** aus dem Jahr 1773 wurde der Magistrat dazu angehalten, dass, „[...] damit die Einwohner nicht nach ihrer eigenen Willkühr bauen können, (...) Magistratus sämtlichen Maurer und zimmer Leuthe die gemessenen Instructiones geben (muß), ohne vorwißen des Magistratus so wenig neue bauten

²⁰⁷¹ Zitat vom 12. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁷² Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁷³ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁷⁴ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁷⁵ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁷⁶ Zitat vom 9. Mai 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400. Anbei lag auch ein Kostenvoranschlag des zu errichtenden Hauses im Wert von 227 rthl., 1 st. und 4d. vor.

²⁰⁷⁷ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁷⁸ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

als Reparaturen vorzunehmen.“²⁰⁷⁹ Aus dem Bericht geht weiterhin hervor, dass die räumliche und demographische Situation der Stadt **Kalkar** im Vergleich zu den anderen niederrheinischen Städten am schlechtesten war, weil keine Stadt, so der Kriegsrat Scheele nach seiner örtlichen Bereisung, „[...] in Absicht des Retablislements Wesen mehrere attention verdienen (kan) alß Calcar.“²⁰⁸⁰ Die Stadt bestand weiterhin zum großen Teil aus „[...] sehr geringe verfallene Häuser, welche von geringen Leuth bewohnt werden“, sodass die retablisementbezogenen Maßnahmen zunächst dahin gehend konzipiert werden mussten, „[...] so viel [wie] möglich im bauwürdigen Zustand zu halten“, um weiter städtische Wüstungen zu vermeiden.²⁰⁸¹ Es bestand „[...] wohl die helffte der Stadt in alten Baraquen, so mehrest von geringen Tagelöhner bewohnt werden“, die kaum genug Geld hatten, ihr eigenes Zuhause in einem wohnbaren Zustand zu halten.²⁰⁸² Des Weiteren wurde diese armselige Stadt zusätzlich noch durch den Wegzug von Tuchfabrikanten depeupliert, weil „[...] Vor Zeiten (...) hieselbst tuch-fabricanten etablirt gewesen, die den ort in der Meinung, ein besseres Glück in Holland machen zu können, verlassen haben“ und dadurch eine weitere demographische und räumliche Lücke in der Konstitution der Stadt hinterlassen hatten.²⁰⁸³ In einem weiteren Bericht des Jahres 1775 ist zu lesen, dass der Kriegsrat Scheele „[...] Wegen der ganz verfallenen Häusern hingegen (...) [einen] beßeren Effect [s]einer Bemühungen nachweisen kann“, da im Zuge seiner peuplierungspolitischen Bemühungen fünf verfallene Häuser wiederhergestellt werden konnten.²⁰⁸⁴ Es wäre für das Aufkommen der Stadt sehr dienlich gewesen, die noch vorhandenen wüsten Stellen „[...] fürnehmlich durch ansetzung der fehlenden professionisten zu peuplieren.“²⁰⁸⁵ Trotz der kleinen peuplierungspolitischen Erfolge retablisementbezogener Maßnahmen rügte der peuplierungspolitisch sehr engagierte Kriegsrat den zuständigen Magistrat, der in „[...] Ansehung der vorhandenen wüsten Stellen und deren Bebauung (...) ebenfalls mehrere Betriebsamkeit zeigen“ müsste.²⁰⁸⁶ Durch die vom Magistrat gezeigte „[...] Untätigkeit entsteht es einzig und allein, daß die große Anzahl der

²⁰⁷⁹ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400. Aufgrund dessen wurde „[...] [h]ieselbst (...) bereits ein Mauer Meister Vereydet.“

²⁰⁸⁰ Zitat vom 9. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁸¹ Zitat vom 12. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Des Weiteren seien noch „[...] zwey der Einfalldrohenden Häuser herzustellen“, damit diese nicht wirklich einstürzen und eine wüste Stelle zum Nachteil der Stadt hinterlassen.

²⁰⁸² Zitat vom 28. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁸³ Zitat vom 4. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Aus diesem Grund war der Kriegsrat Scheele schon seit langem darin bemüht, „[...] [h]ieselbst eine Tuch-fabrique zu etabliren.“

²⁰⁸⁴ Zitat vom 9. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400. Zudem sei auch gewiß, „[...] daß die Stadt Calcar in Absicht der Häuser nicht im solchen Verfall seyn würde, wenn auf denen Reparation von Anfang an attendiret worden“ wäre.

²⁰⁸⁵ Zitat vom 29. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Nach dem Bericht des Magistrats fehlten in der Stadt „[...] Ein Zinnen Gieser, Blech Schläger, ein Kammacher, ein Messer-Schneidt [und] in specie Tuch- und Zeug Fabrikant.“

²⁰⁸⁶ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

wüsten Stellen (...) noch nicht vermindert worden“ sei.²⁰⁸⁷ Aufgrund des immer noch vorhandenen wüsten Raumes in der Stadt **Kalkar** blieb für den im Retablisement-Geschäft sehr bemühten Kriegsrats Scheele die „[...] Bebauung der wüsten Stellen und verfallenen Häuser (...) hier mein Haupt-auge merke.“²⁰⁸⁸ Dabei müsse man im Zuge „qualifizierter“ Peuplierungspolitik den „[...] fremden Einziehenden“ weiterhin zur Liquidierung der „[...] vorhandenen wüsten Stellen (...) Freyheits-Gelder“ auszahlen.²⁰⁸⁹ Man habe sich, so berichtete der Stadtmagistrat zu **Kalkar**, „[...] von Zeit zur Zeit äußerst bemühet (...) und dato nach ohnauhörlich bemühen die peuplirung der Stadt durch ansetzung fehlender Professionisten, Fabriquen und sonstigen bemittelten Leuthen zu befördern, auch würcklich seit dem letztern Kriege dabey so weit reüssirt, daß durch die sich seit der Zeit dahin etablirten Fabricanten Guerin die (...) Fabrique zu Stande gebracht“ wurde.²⁰⁹⁰ Die räumliche und infrastrukturelle Lage der Stadt war nach Einschätzung des Magistrats zur Anlegung von Manufakturen und Fabriken nicht allzu schlecht, weil diese durchaus „[...] wegen des herum fließenden Waßers sehr wohl angelegt werden könnten.“²⁰⁹¹ Sollte irgendwann mal nicht genügend Raum zur Peuplierung der Stadt da sein, „[...] würden dazu baulustige Plätze genug an der mauer angewiesen werden können.“²⁰⁹² Raum zur Peuplierung und Wiederbesiedlung wüster Hausstellen lag in **Kalkar** genug vor. Zum Gelingen einer effektiveren Umsetzung retablisementbezogener Verordnungen müsse „[...] dem Magistrat eine beßere Aufmerksamkeit auf das Retablisement der Stadt eingeschärffet und ihm mit wiederholung der vielen wegen herstellung der verfallenen Häuser ergangenen generalen verordnungen ernstlich aufgegeben“ werden.²⁰⁹³ Es müsse sich jeder niederlassungswillige Emigrant, welcher „[...] sich dahin zu Etabliren, oder die vorhandenen Wüste Stellen zu bebauen incliniren, Sich bey den hiesigen Magistrat melden“ können und in seinem Retablisement verfallener Feuerstellen tatkräftig unterstützt werden.²⁰⁹⁴ Auf Vorschlag des Kriegsrates Scheele wurden einige unmöglich wiederzubesiedelnde „[...] wüsten Stellen in dem Verzeichniß von Wüsten Stellen getilget“, wobei man bei den anderen noch existenten ledig stehenden Plätzen „[...] Baulustige encouragiren [müsse], da ihr denn diese Stellen dem Reglement gemäß gerichtlich ausbieten laßen, und wenn sich als denn weder Eigner noch

²⁰⁸⁷ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁸⁸ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁸⁹ Zitat vom 29. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Den etablierungswilligen Fremden muss die Versicherung gegeben werden, dass „[...] ihnen nicht allein die denen fremden allergnädigst Verliehenen Wohlthaten, sondern auch Wann Sie die Wüste Stellen bebauen wollen, die Bau Freyheits-Gelder angedeyhen werden sollen.“

²⁰⁹⁰ Zitat vom 29. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁹¹ Zitat vom 29. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁹² Zitat vom 9. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁹³ Zitat vom 9. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁹⁴ Zitat vom 29. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Creditor zum Aufbau derselben verstehen, und solche folglich dem Fico adjudiciret sind, selbige denen Baulustigen tradiret werden müssen.“²⁰⁹⁵ Zum Ende des Jahres 1775 konnte der Magistrat einen peuplierungspolitischen Erfolg beim Retablissement-Prozess vermelden, da man „[...] wegen der Reparatur der publiquen gebäude nicht versäümet hat, auch waß die privaten Häuser belanget sich seith der zeith befließiget zwey verfallene (...) häuser (...) zu stand gebracht worden.“²⁰⁹⁶ Des Weiteren habe man noch Hoffnung, dass sich „[...] tüchtige tuch-Fabricanten, wozu dieser orth wohlgelegen, und welche Fabriquen, in alte Zeithen dahin, besonders in aufnahme gewesen, sich dahin wieder niederlassen“ und weiteren ledig stehenden Stadtraum zum Nutzen der städtischen Wirtschaft kolonisieren.²⁰⁹⁷ So berichtete der Magistrat zu **Kalkar**, dass „[...] sich ein nagel- und Cupfer-Schmiedt niedergelassen [hat], welcher diese profession mit vielen Eyfer und guthen Success fortsetzen kann.“²⁰⁹⁸ Aber wie im letzten Jahr gäb es noch immer viele „[...] alte Barakken, welche von sehr geringe[n] professionisten und tagelöhner bewohnt werden.“²⁰⁹⁹ Eine stadtbauliche Verbesserung im Zuge der „Retablissement-Politik“ kann somit noch nicht konstatiert werden und belegt nach nun dreizehnjähriger Retablierungspolitik die sehr schlechte demographische und räumliche Situation. Über die peuplierungspolitischen Bemühungen des Kriegsrates Scheele in der Stadt **Kalkar** äußerte sich die Klevische Kriegs- und Domänenkammer sehr positiv, denn „[...] Eure nach dem protocollo (...) von denen verfallenen Häußern getroffenen arrangements finden unsere völlig Approbation, ihr werdet aber auf eure hierunter getroffene sehr heilsame Verfügungen mit Nachdruck halten und Euch des Retablisements-Wesens ferner wie bishero bestens angelegen seyn lassen.“²¹⁰⁰ Dies Anweisung stellte einen klaren „aktiven“ peuplierungspolitischen Auftrag zur Retablierung wüster und ledig stehender Räume in städtischen Siedlungen dar. Allerdings solle man dabei nicht zu viel Baufreiheitsgelder versprechen, nicht mehr 20%, sondern 10% solle man den Baulustigen als Motivationsgrundlage anbieten. Aus einem Jahresbericht des Kriegsrates Scheele geht hervor, dass er „[...] bey der Stadt Calcar (...) dafür gesorgt (habe), daß fast die mehresten verfallenen Häuser hergestellet sind“, allerdings hätte er auch „[...] noch drey andere wüste Stellen mit der zeit untergebracht (...), wenn nicht die hochlöbl. Cammer abgeschlagen hätte, denen

²⁰⁹⁵ Zitat vom 22. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

²⁰⁹⁶ Zitat vom 24. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁹⁷ Zitat vom 24. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁰⁹⁸ Zitat vom 23. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Dennoch fehlen immer noch ein Zinngießer, Kammacher und einige Tuchfabrikanten, deren Ansiedlungen womöglich weitere wüsten Stellen beseitigen würden.

²⁰⁹⁹ Zitat vom 24. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁰⁰ Zitat vom 22. November 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 400.

Entrepreneur (...) daran (...) baufreyheits-Gelder zu accordinren.“²¹⁰¹ Aus dieser Kritik an der Nichtauszahlung versprochener Subventionsgelder beim Aufbau wüster Stellen erkennt man, dass die Umsetzung retablierungsbezogener Maßnahmen vonseiten des Staates in den 1770er Jahren aufgrund der allgemeinen (peuplierungs-)politischen Abkehr rheinischer Provinzen zum Teil erschwert und verhindert wurde. Interessanterweise berichtete der **Kalkarer** Magistrat am 9. Oktober 1773 „[...] gehorsamst wegen Anlage (...) vorgeschlagene[r] Stiftung einer Universität“, allerdings waren die „[...] Jesuiten zu Emmerich (...) noch nicht willens von dem Dociren abzusehen.“²¹⁰² Leider fand sich diese Anmerkung zur Planung einer jesuitischen Universität in keiner weiteren von mir bearbeiteten Quelle wieder.

In einer vom Magistrat der Stadt **Kalkar** eingesandten Tabelle zum Retablissement-Plan des Jahres 1778 werden sechs Personen genannt, die sich nach Fertigstellung ihrer Retablierung verfallener und wüstliegender Hausstellen zur Auszahlung der vom preußischen Staat versprochenen Baufreiheitsgelder qualifiziert hatten.²¹⁰³ (s. Tab. T-30)

Tabelle zum Retablissements Plan für die Stadt Calcar pro 1778

Nr.	Name	Kosten rthl./st.	Beruf	Zustand des Retablissements	Stadtgeographische Lage
1	Guerin	2267/25	Leder-Fabricant	?	Haupt Straße
2	Francis v. Basten	324/30	Stuhlmacher	?	auf dem Markte
3	Baumann	325/44	Korp-Binder (?)	?	Haupt Straße
4	Spickermann	260/49	Winckelier	?	Haupt Straße
5	v. d. Borgard	616/29	Schuster	?	Haupt Straße
6	Lommers	417/4	?	?	auf dem Markte
7	Jacob Janssen	717/10	Fabricant	ein völlig neues Hinterhause zu der Fortsetzung der Wollen Färberey	

Tab. T-30

Vor allem die 2267 rthl. 25 st. Kostenanschlag des Fabrikanten Guerin belegen seinen großen finanziellen Einsatz im Retablissement-Geschäft für die Stadt **Kalkar**, weil durch die

²¹⁰¹ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁰² Zitat vom 9. Oktober 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁰³ Siehe dazu die Tabelle der Stadt Kalkar aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. Aus der nachfolgenden Tabelle vom 26. April 1779 geht hervor, dass noch fünf weitere Personen sich für die Baufreiheitsgelder qualifizierten. Diese waren der Schiffer Velthuissen, der Rentier Knipscher, der Weinhändler Ten Bach, der Strumpfweber Zurnieden und der Schiffer Peter Heckermann. Die Erwähnung drei neuer Bittsteller für die Auszahlung baufreiheitsbezogener Gelder (Casparus Hanchamer (?) – Schuster, Eine Wittwe, Haack – ein Schuster) in einer Tabelle vom 5. September 1783 zeigen den weiteren Fortgang preußischer „Retablissement-Politik“ zur Beseitigung wüster Feuerstellen in der Stadt Kalkar. Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1222.

räumliche Expansion der Fabrik einige ehemals wüstliegende Feuerstelle in wirtschaftliche Nutzung kamen.

Die Anwerbung fremder Emigranten zur Behebung weiterer wüster Hausstellen erfolgte aufgrund der sehr schlechten wirtschaftlichen Lage in der Stadt **Sonsbeck** sehr schleppend. Zwar habe der „[...] Handel in allerhand Getreyde (...) seit einigen Jahren zugenommen“, aber andere Wirtschaftszweige gingen langsam zu Grunde.²¹⁰⁴ Vor allem „[...] die schweren Abgaben“, so die Kritik des **Sonsbecker** Magistrats, waren „[...] hauptsächlich Schuld daran, daß die Eingeseßenen nicht bey Muth und Kräften kommen“, um das Retablissement, „[...] den Handel, die Fabriken, wie auch ihr Nahrungsstand (...) poussiren [zu] können.“²¹⁰⁵ Die hohen Abgaben verminderten somit die Attraktivität peuplierungspolitischer Niederlassung in dieser Stadt, um weitere wüste Hausstellen mit der Ansiedlung fremder Emigranten zu eliminieren. Ein weiterer Hinderungsgrund, warum sich der Wohlstand der Stadt und die peuplierungspolitische Attraktivität niederlassungswilliger Professionisten wenig erhöhten, lag in der mangelhaften räumlichen Subsistenzmöglichkeit, da diese unter anderem im Zusammenhang „landbezogener“ Kolonisationspolitik „[...] durch die angesetzte Colonisten sehr eingeschränkt“ wurde.²¹⁰⁶ Daher sah der Magistrat dieser Stadt der Beseitigung wüstliegender Feuerstellen durch eine Umsetzung retablissementbezogener Peuplierungspolitik nicht positiv entgegen, weil „[...] der Stadt durch hereinziehung fremder Leute anfänglich Gewiß Nachtheil und Schaden entsteht“, sodass es sehr ungewiss sei, „[...] ob solche fremde der Stadt mit der Zeit nützlich seyn werden.“²¹⁰⁷ Aufgrund dieser Ausführungen des Magistrats der Stadt **Sonsbeck** kann die bevölkerungspolitische Haltung als „antipeuplierungspolitisch“ charakterisiert werden, da man nicht nur zur Beseitigung wüster Hausstellen der allgemeinen preußischen Bevölkerungspolitik skeptisch gegenüberstand, sondern auch im Speziellen die peuplierungspolitische „Retablissement-Politik“ zur Besiedlung ledig stehender Hausstellen mit fremden Professionisten nachteilig für die Stadt akzentuierte. Wegen dieser antipeuplierungspolitischen Haltung verwundert der Hinweis des Kriegsrates Scheele kaum, dass der Magistrat sich intensiver „[...] um die Bebauung der wüsten Stellen pflichtmäßig [zu] beeifern“ habe, um die weiteren noch existenten wüsten Feuerstellen im Kontext der Stadtkolonisation zu retablieren.²¹⁰⁸ Aufgrund

²¹⁰⁴ Zitat vom 3. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. „Vor dem Kriege (waren) noch sechs Stühle am Gang, jetzt nur drey“, die aktuell noch betrieben wurden. Ebenso sah es mit der „[...] Töpfer Fabrique aus (...), die florirte vor dem Kriege und bis zur Zeit ihrer fixierung, seit dem aber, seit die Cöllnischen Töpfer ihre Waaren frey an die Weselschen Bürger liefern können (...), hat selber sehr abgenommen.“

²¹⁰⁵ Zitat vom 3. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁰⁶ Zitat vom 1. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁰⁷ Zitat vom 1. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁰⁸ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

der antipeuplierungspolitischen Haltung überrascht es nicht im Jahresbericht des Magistrats zu **Sonsbeck** zu lesen, dass der „ [...] mehrere Anbau (...) noch auß dem vorjährigen [Jahr] (...) langsamer (gehet) und die Colonisation avanciren schlecht.“²¹⁰⁹ Aus diesem Schreiben über die retablierten Hausstellen, die „ [...] dieses Jahr sich zum Retablisements Plan qualificiren“, gehen insgesamt zwölf Personen hervor, die ihre verfallenen Feuerstellen entweder schon hergestellt haben oder gerade begriffen waren, ihren Bau fertigzustellen.²¹¹⁰ In einer Retablisement-Tabelle des Jahres 1779 der Stadt **Sonsbeck** wurden 14 Personen, allesamt Professionisten, genannt, die sich für die Prozente der Baufreiheitsgelder qualifizieren konnten.²¹¹¹ Leider wurden bei dieser Aufnahme baufreiheitsqualifizierender Personen keine detaillierten Zahlen über die Kosten und die jeweilige stadtgeographische Lage wüster Hausstellen beigelegt. (s. Tab. T-31)

Tabelle zum Retablisements Plan der Stadt Sonsbeck pro 1779

Nr.	Name	Profession
1	Jan Heyermann	Töpfer
2	Joh. Gerritzen	Fassbinder
3	Joh. Jansen	Weißgärber
4	W. von Bremen	Fassbinder
5	W. Schmidts	Fußelbrenner
6	G. Küsters	Bierbrauer
7	Joh. Hulsen	Schuster
8	L. Hinzen	Tuchfabricant
9	B. Hermanns	Bäcker
10	J. Metzges	Essigbrauer
11	G. Hunck	Schmiedt
12	A. v. Schwartz et ter Heggen	----
13	Theod. Husen	Leinweber
14	Steph. Kremer	Schuster

Tab. T-31

²¹⁰⁹ Zitat vom November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹¹⁰ Zitat vom 4. März 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. Die genannten Personen lauten „ [...] 1) Gerrit Küstern, 2) Grades Hunck, 3) Scheffen Hinssen, 4) Scheffen Metzges, 5) Jan Janssen, 6) H. Heermann, 7) Scheffen Schwartz, 8) Johannes Geritzen, 9) Johann Hulsen, 10) Bernd Henmanns, 11) Wittve von Bremen [und] 12) Wilhelm Schmitz.“

²¹¹¹ Siehe dazu die Tabelle der Stadt Sonsbeck aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. In einer weiteren Retablisement-Tabelle vom 16. April 1784 wurden sieben Personen erwähnt, die sich um die Auszahlung der Baufreiheitsgelder bemühten. Diese waren 1) Schwartz, 2) die Wollspinnerin Wittbe Binnens (?), 3) der Töpfer Scholten, 4) der Tuchfabrikant Römer, 5) H. v. Bernam, 6) W. Ballmann und 7) G. Hunck. Diese genannten Bittsteller belegen, dass das Retablisement-Geschäft in der Stadt Sonsbeck weiterhin zur Beseitigung wüster vorhandener Hausstellen betrieben wurde. Siehe dazu die Tabelle vom 16. April 1784 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1222.

Vergleichen wir die Namen der vorherigen Retablisement-Tabelle der Stadt **Sonsbeck** von 1778, so finden wie nahezu alle im Jahr 1778 genannten Namen in der Tabelle des Jahres 1779 wieder. Dies belegt, dass die Auszahlung der Baufreiheitsgelder durchaus immer wieder beantragt werden musste, sodass es eine Zeit lang dauern konnte, bis die Klevische Kriegs- und Domänenkammer die Qualifizierung der Antragssteller für die Prozentgelder akzeptierte.²¹¹²

In **Büderich** gab es zu Beginn des Jahres 1774 noch fünf unbebaute Grundstücke, wobei „[...] hieselbst kein Hauß von Grund auf neu erbauet, auch nur an dem Jürgenschen Hause neben der Rhein Pforte eine Hauptreparation vorgenommen worden“ sei.²¹¹³ Dabei würden die „[...] zu hoffendende Baufreyheits Gelder von (...) den Jürgenschen Hauße (...) zur Reparation (...) höchst nöthig seyn.“²¹¹⁴ Zum 28. März 1774 wurde „[...] das sogenannte Jürgensche Haus nun mehro zum großen Vorteil der (...) Armen völlig hergestellt“ und stellte damit eine gelungene punktuelle Retablisierung verfallener Häuser dar.²¹¹⁵ Die langsamen Fortschritte retablisementbezogener Maßnahmen begründete der Magistrat damit, dass „[...] es an unserer Betriebsamkeit gar nicht ermangele, wann nur die Umstände des Orts und deren Einwohner dergestalt beschaffen, daß darinn etwas reeles verfügt werden könnte.“²¹¹⁶ Hinzu kam noch das „[...] Vieh-Sterben und die fast jährlich vorkommende Überströmung“, die in hiesiger Stadt große Armut verursachen, sodass es nahezu ein unmögliches Unterfangen darstellte „[...] für hiesigen Orts baulustige (...) auszufindigen [u]nd von anderen orten dergleichen einzuziehen“, wozu in „[...] ansehung des hiesigen Nahrungs Gewerbes wenige Hoffnung“ bestehe.²¹¹⁷ Die zahlreichen „[...] Unglückfälle, womit dero kleine Stadt (...) heimgesuchet wird, verhinderte bey allen ihren fleiße ihr Aufnehmen und die Einwohner bleiben dahero fast in einer beständigen armut“, welche sie unfähig zur Retablierung ihrer

²¹¹² Deswegen muss der historisch-geographische Forscher aus methodischer Sicht den Tatbestand berücksichtigen, dass nicht jedes Jahr neue Retablierungen erfolgten, sondern oftmals ein Nachtrag der vorherigen Jahre in den neu erstellten Retablisement-Tabellen erschienen, die lediglich darauf hin deuteten, dass gewisse Personen, die ihre Retablierung vorantrieben oder gar beendet hatten, noch keine Baufreiheitsgelder ausgezahlt bekamen und deswegen erneut einen Antrag zur Qualifizierung stellten.

²¹¹³ Zitat vom 19. Januar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488. Trotz der peuplierungspolitischen Bemühungen zum Aufkommen der Stadt Büderich blickte der zuständige Magistrat recht skeptisch in die Zukunft, weil er ernüchert festhielt, dass die „[...] Stadt Büderich hiewieder in ihre ehemalige florisante und glückseelige Umstände zu leiten, dazu (...) wohl nicht die allergeringste hoffnung“ sei. Zitat vom 13. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹¹⁴ Zitat vom 8. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

²¹¹⁵ Zitat vom 28. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437. In einem Bericht vom 12. Dezember 1774 des Kriegsrates Scheele vermeldete dieser nun ganz stolz, dass er „[...] dafür gesorgt (habe), daß das in Büderich verfallene Jürgensche Hauß zum besten der dortigen Stadt aus reinen Ruinen hergestellt“ worden ist. Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹¹⁶ Zitat vom 8. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

²¹¹⁷ Zitat vom 8. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437. Siehe dazu auch den Bericht des Magistrats von Büderich vom 13. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087, der weitere geographische und räumlichen Aspekte der Stadt anführt, die die Attraktivität für niederlassungswillige Fremde und Bürger erheblich minimiert.

wüsten Hausstellen und zu anderen Entreprisen machte.²¹¹⁸ Zudem lagen die noch vorhandenen verfallenen Hausstellen aus stadtgeographischer Perspektive in Randlage, „[...] von denen im Kriege ruinirten 9 häußer [wurden] 5 wieder erbauet, [wohingegen] 4 auf abgelegenen Stellen (...) noch wüste“ lagen.²¹¹⁹ Die wirtschaftspolitische Lage war weiterhin sehr schlecht, sodass „[...] Professionisten und Handwercker (...) hieselbst gar keinen Unterhalt“ finden konnten.²¹²⁰ Zumindest stand im Jahre 1773 „[...] kein Hauß ohnbewohnet ledig“, sodass nur die wirklich wüsten und verfallenen Hausstellen im Zusammenhang mit der „Retablissement-Politik“ retabliert werden mussten, obwohl in „[...] diesem Jahre (...) 2 verfallen“, aber wieder hergestellt wurden.²¹²¹ Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer vernahm mit großem Wohlwollen, dass „[...] das sogenannte Jürgensche Hauß nunmehr völlig hergestellt worden“ sei, wobei bei den anderen verfallenen Häusern, die „[...] wegen Unvermögen der Eigner nicht sogleich repariret werden“ konnten, doch „[...] wenigstens deren fernere Verfall vorgebeuget werden“ müsse.²¹²² Für das Jahr 1775 kam sogar noch eine wüste Stelle hinzu.²¹²³ „Als vor einiger Zeit“, so der Retablissement-Bericht des Magistrats zu **Büderich**, „[...] ein Baulustiger die Rehesche Wüste Hauß Stelle wieder herzustellen wolte, meldete sich der Hoffrath Scholten, mit dem Vorgeben, daß ihm die Haußstelle eigenthümlich zugehöre, und (...) er solche erbauen wolte.“²¹²⁴ Nun verstarb dieser aber plötzlich, sodass „[...] sein Versprechen nicht erfüllet“ wurde und die Hausstelle weiterhin wüst lag.²¹²⁵ Dennoch müssen im Jahr 1775 weitere Retablissement-Pläne zur Wiederherstellung wüster Grundstücke angegangen worden sein, weil der Kriegsrat Scheele bei der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer bat, dass „[...] denen Armen zu Büderich, wegen Aufbau einer wüsten Stelle, 25 pro Cent an Bau-Gelder accordiret werden mögten.“²¹²⁶ Die Klevische Kammer genehmigte auf der Grundlage eines Spezialbefehls aus Berlin diese zur Peuplierung verfallener Häuser und wüster Stellen angedachten Baufreiheitsgelder, was von der weiterhin aktiven Unterstützung staatlicher Bevölkerungspolitik zur Beseitigung wüster Stadtplätze zeugte. Bei der Überprüfung der angeführten Umstände entschied man, dass „[...] denen

²¹¹⁸ Zitat vom 4. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹¹⁹ Zitat vom 13. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹²⁰ Zitat vom 8. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437. Die geographische Nähe zur Garnisonenstadt Wesel hatte sowohl positive als auch negative Folgen für die Stadt Büderich. Zwar betrieb man einen Handel mit dieser am Rhein gelegenen Stadt, allerdings war die peuplierungspolitische Konkurrenz zu Wesel so groß, dass in der Stadt Büderich „[...] keine Kauffmannschaft, Manufacturen, fabriquen und Handwercker subsistieren können“, um damit auch wüste Stellen zu ihrem Etablissement zu besiedeln. Zitat vom 13. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹²¹ Zitat vom 13. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹²² Zitat vom 2. Mai 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

²¹²³ Siehe Schreiben vom 30. Januar 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

²¹²⁴ Zitat vom 18. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

²¹²⁵ Zitat vom 18. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

²¹²⁶ Zitat vom 1. Juni 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

Armen zu Büderich von dem zu bebauung der dasigen wüsten Stelle Sub No. 144 nach dem Anschlage erforderliche Capital der 400 rthl. jedoch nur unter ausdrücklicher Bedingung, daß das (...) Haus beständig mit einer bürgerlichen Familie besetzt und davon die öffentliche Lasten mitgetragen werden müssen, zwanzig pro Cent bau Freyheits Gelder bezahlet und solche auf dem Retablissement plan pro 1776 angesetzt werden mögen.“²¹²⁷ Zudem zollte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer den peuplierungspolitischen Anstrengungen des Kriegsrates Scheele Tribut, da er weiterhin mit allem nötigen Einsatz um die Retablierung wüster Hausstellen und verfallener Häuser „[...] das Retablissements Wesen der Stadt Büderich ferner zu befördern bemühet“ war.²¹²⁸ So konnte der peuplierungspolitisch bemühte Kriegsrat Scheele zufrieden vermelden, dass er bei seinen retablissementpolitischen Bemühungen dafür gesorgt habe, dass „[...] zu Büderich eine Stelle, die seit 2 Jahren erst völlig wüst geworden, in diesem Jahr von Grund aus, neu erbauet worden [war], und [er] habe schon die Anstalt getroffen, daß im künftigen Jahre eine andere im Kriege wüst gewordene Stelle völlig retabliret werden soll.“²¹²⁹ Aus einem Bericht des Magistrats zu **Büderich** geht hervor, dass sich die demographische und räumliche Lage der Stadt in Relation zu den anderen niederrheinischen Städten gar nicht so schlecht darstellte, weil „[...] die Stadt Büderich sehr gut situirt ist, und deren Lage nebst der Stadt Rees wohl im Gantzen Lande“ einen Vorzug hat und „[...] mit fruchtbaren Ländereyen umgeben ist.“²¹³⁰ Die eigentliche gute geographische Lage dieser Stadt wurde aber häufig durch zahlreiche immer wieder auftretende Hochwasser gestört und hinterließ etliche städtische Schäden, die „[...] die sonst glückliche Lage derselben nicht empfinden laßen.“²¹³¹ So kam es im Laufe der Zeit schon mehrmals vor, dass „[...] die Felder über 7 Wochen lang unter Wasser gestanden“ hatten, sodass „[...] also der große Theil, wo nicht gar verarmt, doch es mit äußerster Mühe nicht weiter bringen kan, als eben aus der Hand in den Mund“ zu leben, was wiederum die Retablierung wüster Hausstellen verhinderte.²¹³² Aufgrund des Funktionsverlustes als Garnisonsstadt „[...] hat sich alle Handlung und Kauffmanschaft hier weg“ nach Wesel bewegt, sodass „[...] diesem ort nichts übrig geblieben (ist) als Viehzucht, Feld und Gartenbau zu betreiben.“²¹³³ Allerdings kam der zuständige Magistrat aufgrund der oben geschilderten wirtschaftlichen und räumlichen Lage der Stadt **Büderich** zu der vielleicht realistischeren und für die staatlichen Behörden ungern vernommenen Einsicht, dass „[...]

²¹²⁷ Zitat vom 4. Juli 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

²¹²⁸ Zitat vom 19. Februar 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 437.

²¹²⁹ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹³⁰ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹³¹ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹³² Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹³³ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Ohnerachtet nun zum einziehen fremde Einwohner, professionisten und handwercker wenige hoffnung vorhanden, so ist doch dieser Ort nach seiner Größe vor andern Städten (...) bewohnt und peuplirt.“²¹³⁴ Sicher mag die beschriebene peuplierungspolitische und räumliche Situation der Stadt besser gewesen sein als die einiger anderer niederrheinischer Städte. Allerdings lief diese magistratische peuplierungspolitische Einschätzung sicherlich nicht mit dem „additiven“ Ansatz preußischer Bevölkerungspolitik konform, welche sicherlich nach einer Stabilisierung und Wiederherstellung vorkriegerischer demographischer Verhältnisse eine räumliche und wirtschaftliche Expansion gewünscht hätte. Interessant aus historisch-demographischer Sicht scheint die Aussage zu sein, dass sich „[...] ohngeachtet der schweren arbeit die Menschen hieselbst alt werden, und sind verschieden alte leute von etlichen 80. und 90. Jahren denoch vorhanden.“²¹³⁵ Aus bevölkerungsgeschichtlicher Perspektive sei zudem zu vermelden, dass „[...] 8 Geschwister aus einer Ehe, nemlich 4 brüder und 4 Schwestern (...) besondere haußhaltungen haben, und theils groseltern sind, dergleichen wohl an wenigen orten anzutreffen seyn wird.“²¹³⁶ Wie stark die peuplierungspolitische Wirkung einer großen Familien ausgehend von zwei Personen nach drei Generationen sein konnte, verdeutlicht die Tatsache, dass „[...] diese familie (...) gegenwärtig aus 38 Persohnen an Männern, Frauen, Kindern und Kindeskindern“ bestand und so den Eindruck einer demographisch stabilen Stadt vermittelte.²¹³⁷ Auch aufgrund dieser natürlichen Peuplierung der Stadt seien stadtkolonisatorische Bemühungen zur räumlichen Besiedlungsverdichtung und Hebung der Wirtschaft nicht notwendig, weil der „[...] Ort auch nach seinem umfang und Gröse viele andern seines gleichen in Anzahl der Menschen übertrifft, keine ledigen häußer hat und wann die vorhandenen wüstliegende[n] Stellen bebauet werden könnten, durch einheimische anzusetzende familien bewohnt werden würden.“²¹³⁸ Die Beseitigung wüster Stellen würde, nach Ansicht des Magistrats, auf natürlichem Wege geschehen, sodass staatliche „qualifizierte“ und retablisementbezogene Maßnahmen zur weiteren Peuplierung der Stadt nicht von Nöten wären. Eventuell mag hier die sehr positiv skizzierte demographische und räumliche Situation der Stadt **Büderich** deswegen vielleicht etwas beschönigend dargestellt worden sein, um peuplierungspolitische Eingriffe in die administrative Autonomie der Stadt zu verhindern und keine fremden

²¹³⁴ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Nach dem „[...] Abzug derer im Kriege ruinirten 4 Häußer so wüste Stellen sind, zu deren Wiederaufbau sich noch niemand eingefunden (...), bestehet die Stadt aus 166 Haußnummern“ und 891 Menschen.

²¹³⁵ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Das Lebensalter der Menschen dieser Stadt schien nach der Aussage des Magistrats sehr hoch gewesen zu sein.

²¹³⁶ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Der „Jüngste so 50 Jahr alte hat unter der königlichen Garde gedienet, und ist unverheyrathet geblieben, (...) die Schwestern aber sind 4 Wittwen.“

²¹³⁷ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹³⁸ Zitat vom April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Emigranten in die aufgrund der Größe noch recht ländlich erscheinende Stadt aufnehmen zu müssen. Aus einer Retablisement-Tabelle vom 9. April 1779 geht jedenfalls hervor, dass der zuständige Magistrat lediglich nur zwei Personen, nämlich Peter Holderberg und Heinrich Kerckhoff, angab, die sich für die Auszahlung der staatlich subventionierten Baufreiheitsgelder qualifizierten.²¹³⁹

Für die Stadt **Grieth** können wenigstens kleine retablisementbezogene Fortschritte verzeichnet werden. Zunächst waren aus peuplierungspolitischer Perspektive „[...] ledig stehende Häuser (...) keine vorhanden“ und bei einem der noch sechs vorhandenen wüsten Grundstücke bestand „[...] große Hofnung, daß auf dieser Stelle wenigstens ein neues Hauß aus geführet werde.“²¹⁴⁰ Zudem ragten auf den ehemals verfallenen Hausstellen der Wittwe Elsbergen und des Stadtbürgers Henrich Hass zwei neu erbaute Häuser empor. Ferner wurde nach einem Jahr über einen weiteren peuplierungspolitischen Erfolg berichtet, weil ein neues Haus des Bürgers Herman Caldenhoven „[...] auf den wüsten Closter Platz Neu aufgeführet“ werden konnte.²¹⁴¹ Die Chance zur Beseitigung ledig stehender Hausstellen durch fremde Professionisten waren für die Stadt **Grieth** sehr gering, weil vor allem der Kanal, „[...] welcher seit 50 à 60 jahren zum Schiffahren gebraucht“ wurde, „[...] durch seine starke Verlandung an der ausfahrt zum Rhein“ einen Handel verhinderte.²¹⁴² Zudem könnten die Manufakturisten oder Fabrikanten ihre „[...] eigene[n] Producte nicht füglich transportieren“, sodass ein raumwirksamer Eingriff in die Landschaft in Form der Schiffbarmachung des Kanals notwendig wäre, um peuplierungspolitische Retablisement-Maßnahmen attraktiver für niederlassungswillige fremde Professionisten zu machen.²¹⁴³ Die Stadt **Grieth** betrieb mit anderen inländischen Städten keinen Handel mehr, weil dieser Ort „[...] dieses nur zu waßer haben kann, und das waßer wie angemercket, durch Verlandung des Canals coupiret ist“, sodass der Ort aus räumlicher Perspektive „[...] ganz abgesondert wie auf einer Innsel“ lag, was wiederum die peuplierungspolitische Anziehungskraft zur Besiedlung wüstliegender

²¹³⁹ Siehe dazu die Retablisement-Tabelle vom 9. April 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304.

²¹⁴⁰ Zitat vom 1. Januar 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

²¹⁴¹ Zitat vom 2. Januar 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

²¹⁴² Zitat vom 8. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Um ein stärkere Wirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen zur Anwerbung fremder Professionisten zu erhalten, müsse der Handel zunächst wieder aktiviert werden. Diesem „[...] gantzen Mangel abzuheffen wäre kein anderes Mittel sein, als daß der Rheinstrohm durch eine durchgrabung, eben der so genannten Fliegen-weyde in einer geringen Communication mit erst erwehnten Canal gesetzt wurde, als wann ihr eine allem Vermuthen nach entstehenden Spühlung der Strohm eine Öffnung machen, und sich solcher gestalt in wenige zeit ein fließender Strohm bey der Stadt befinden“ würde. Dennoch „[...] zu Anfange dieses Säculi konnten alle Kaufmann-Schiffe, welche den Rhein-Strohme pasierten, ihre ancker hier der Stadt legen.“ Zitate vom 21. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁴³ Zitat vom 8. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Deswegen würden sich nach Einschätzung des Griether Magistrats hier „[...] keine Fabrikanten oder handels Leute niederlassen“, um potenzielle wüste und ledig stehende Plätze zu reduzieren.

Hausstellen verhinderte.²¹⁴⁴ Dennoch stand man den Retablisement-Maßnahmen positiv gegenüber, weil „[...] Professionirte zu bekommen (...) so wohl dienlich für die Städtischen Einwohner, als auch nützlich in dem Verkehr“ wäre.²¹⁴⁵ Allerdings fand sich nach Einschätzung des städtischen Magistrats zu **Grieth** „[...] keine Profession mehr nützlich zu etabliren, als ein Huthmacher“, sodass die „qualifizierte“ Peuplierungspolitik keinen Beitrag zur Retablierung verfallener Feuerstellen leisten konnte.²¹⁴⁶ Für die Zeit der „Retablisement-Politik“ nach 1775 gilt festzuhalten, dass die Retablierungsbemühungen zur Besiedlung verfallener Hausstellen nur punktuell zum gewünschten Erfolg geführt haben. Von einer flächendeckenden Wiederherstellung der seit 1775 vorhandenen wüsten Grundstücke kann nicht gesprochen werden. Im Jahre 1776 konnte dennoch berichtet werden, dass diese Stadt „[...] in diesem Jahr noch mit 32 Persohnen peuplirt“ wurde.²¹⁴⁷ Des Weiteren hat ein peuplierungspolitisch motivierter „[...] Entrepreneur des hiesigen wüsten Closter-platzes seinen vorjährigen Versprechen gemäs in diesem Jahr ein gantz Neues hauß auf diesen Wüsten platz Völlig zu stande gebracht, worinnen bereits eine familie etablirt ist.“²¹⁴⁸ Zudem wurde auf einem weiteren „[...] wüsten Platz zu Grieth (...) indessen ein Hauß für 2 Familien aufgeföhret“, sodass, da die sämtlichen Baumaterialien vollständig parat lagen, es „[...] gar kein Zweifel [besteht], daß der selbe künfftig an Sommer [das Retablisement] völlig zu Stande“ gebracht haben werde.²¹⁴⁹

Eine Retablisement-Tabelle für die Stadt **Grieth** listete zwölf Personen mit deren Reparationssituation und stadtgeographischen Lage auf, die sich für die Baufreiheitsgelder qualifiziert hatten.²¹⁵⁰ Die Tabelle verdeutlicht, dass vor allem die Mehrzahl retablierter Häuser zum Ende der 1770er Jahre auf Nebenstraßen und städtischen Randlagen vorzufinden waren, welche nun nach 15-jähriger „Retablisement-Politik“ endlich wiederhergestellt werden konnten. (s. Tab. T-32)

²¹⁴⁴ Zitat vom 21. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁴⁵ Zitat vom 21. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁴⁶ Zitat vom 21. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁴⁷ Zitat vom 22. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁴⁸ Zitat vom 22. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁴⁹ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁵⁰ Siehe Tabelle der Stadt Grieth vom 17. März 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. Aus einer Tabelle vom 18. März 1779 wird lediglich ein einziger Professionist, ein gewisser Henr. Sandhövel, Akzisse-Inspektor von Beruf, erwähnt, der für 940 rthl 10 st. eine verfallene Hausstelle auf dem Markt retabliert hatte und um die Baufreiheitsprozente bat. Ein Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 4. Oktober 1779 belegt die Auszahlung von Baufreiheitsgeldern an den Sandhövel (94 rthl.), der Witwe Elsbergen (100 rthl.) und den Herman Stahls (50 rthl. 18 st.). Siehe dazu aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1618.

Tabelle zum Retablislements Plan der Stadt Grieth pro 1778

Nr.	Name	Kosten rthl./st.	Beruf	Zustand des Retablislements	Stadtgeographische Lage
1	Derck Heiler	1072/35	Ackerbau und Fuhrmann	auf einer abgebrannten Stelle	Nebenstraße
2	Witwe Pauls	650/10	Schifferei	auf einer abgebrannten Stelle	Nebenstraße
3	Derck Hövelmann	946	Korbmacher	auf einer abgebrannten Stelle	Nebenstraße
4	Lamert Ruthen	546/44	Zimmermann	auf einer abgebrannten Stelle	Nebenstraße
5	Loy van Lovsen	628/10	Schiffer	auf einer abgebrannten Stelle	Nebenstraße
6	Derck Vahoeven	432/32	Korbmacher	auf einer abgebrannten Stelle	Nebenstraße
7	Hermann Staels	729/23	Schiffszimmermann	auf einer abgebrannten Stelle	Nebenstraße
8	Bernhard Riesenber	878/38	Tagelöhner	Wüste Stelle	Nebenstraße
9	Witwe Joh. Henr. Elsbergen	729/33	Ackerbau und Weyderey	Haupt-Reparation	Haupt Straße
10	Derck van Lovsen	362/30	Schiffer	Haupt-Reparation	Haupt Straße
11	Petern Wintzen	1010/28	Zimmermann	Haupt-Reparation	Haupt Straße
12	Herman Staels	503/48	Schiffszimmermann	Haupt-Reparation	Nebenstraße

Tab. T-32

Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer genehmigte nach eingehender Überprüfung eingesandter Kostenanschläge den Retablierern Derck Heiler, Witwe Pauls, Derck Hövelmann, Lamert Ruthen, Loy van Lovsen und Derck Verhoeven „[...] in toto 210 rthl. 6. st.“ für ihr Retablisement.²¹⁵¹ Bezogen auf die Gesamtsumme der Kostenanschläge der hier genannten Personen aus **Grieth** betrug der Prozentsatz der zu erstattenden Baufreiheitsgelder nur 5%.

Für die Stadt **Kervenheim** waren neben der einen noch vorhandenen wüsten Hausstelle noch Flächen zweier Fabriken zu nennen, da „[...] hier in Loco vor 25 à 30 Jahr eine Tuchfabrique und vor 15 jahr eine Strumpfweberei vorhanden gewesen“ war.²¹⁵² Bis heute „[...] hat sich seith dem niemand einfinden oder bechwehmen wollen eine Fabrique aufzurichten, mithin sind vorjetzo gar keine vorhanden, (...) auch ist wenig hoffnung, dass sich Liebhaber dazu einfinden werden.“²¹⁵³ Die „[...] Haubtnahrung besteht bloß in Kornbrandwein-Brennerey und ackerbau und (...) einige handwercker (...) auch Tagelöhner“ finden eine spärliche

²¹⁵¹ Zitat vom 15. Mai 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304.

²¹⁵² Zitat vom 15. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Die Tuchfabrik war durch den Tod des Fabrikanten, die „[...] letztern durch den brandt eingegangen.“ Die Brandweinbrennerei war die „[...] einzige Fabrique dieses Orts und es ist zu bedauern, das vorjetzo ein in allen 10 brennereyen vorhanden sind.“

²¹⁵³ Zitat vom 15. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Subsistenz.²¹⁵⁴ Zur Beseitigung wüster Hausstellen waren „[...] in der Stadt keine sich dazu qualifizierende bemittelte Persohnen vorhanden“, aber auch die peuplierungspolitische Erscheinung der Stadt sah nicht dahingehend aus, „[...] um fremde Negotianten anzuziehen.“²¹⁵⁵ „Vor 22 Jahr“, schrieb der Magistrat zu **Kervenheim**, „[...] als ich in diesen Orth gekommen (...) 10 biß 11 brennereyen angetroffen durch denen an. 1757 entstandenen großen Brandt, sind dennoch einige ruinirt, nunmehr aber durch mein unermüdetes encouragiren wieder 10 im gange und man hoffet, daß sich solche bey jetzigen (...) wohlfeilen Kornpreis mercklich erhohlen werden.“²¹⁵⁶ „Neue Fabriquen anzuziehen“, um unter anderem auch wüstliegenden Raum in Nutzung zu bringen, „[...] habe ich bey aller gelegenheit tentiret, aber vergebens.“²¹⁵⁷ Die Retablissement-Maßnahmen zeigten eine gute Wirksamkeit zur Beseitigung wüster Hausstellen, weil „[...] die in Anno 1757 abgebrandte Häuser aber (...) nun mehr alle biß auf eines wieder aufgebauet“ waren und es nicht unmöglich erschien, den vorkriegerischen demographischen und räumlichen Zustand bald zu erreichen.²¹⁵⁸ Dennoch konnten die retablissementbezogenen Maßnahmen durch „qualifizierte“ peuplierungspolitische Verordnungen nicht unterstützt werden, weil „[...] in der Stadt (...) keine [Personen] (sind), so die benöthigte Mitteln und geschicklichkeit haben, und ein fremder so bemittelt will sein geld an einem so entlegenen von aller Passage und Verkehr entfernten Orth nicht wagen.“²¹⁵⁹ Zudem würden „qualifizierte“ peuplierungspolitische Anwerbungsversuche nach Meinung des Kervenheimer Magistrats der Stadt im Allgemeinen nichts mehr bringen, da „[...] Professionisten (...) hieselbst nach beschaffenheit des orts hinreichend (sind), auch die existirenden würden beßer ihre Subsistence finden, wenn deren Anzahl kleiner wäre.“²¹⁶⁰ Im Jahre 1776 stellte sich nach Meinung des Magistrats eine gewisse Sättigung von Professionisten ein, sodass die Stadt keine weitere

²¹⁵⁴ Zitat vom 8. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Vor ungefähr „[...] 30 à 40 jahren sind mehr als 80 brennereyen auch eine Tuch-Fabrique vorhanden gewesen“, die die Wirtschaftsgrundlage dieser vom Handel entlegenen Stadt darstellten.

²¹⁵⁵ Zitat vom 15. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. An „[...] Professionisten, so ihre Subsistence finden können, fehlet es nicht, inmaßen genug Sneider, Schustern, Seidewebern, Zimmerleuthe, Klingenmachers vorhanden, (...) so würde kein beßer Mittel sein diesen armseligen Orth zu befördern, als wann mehrerer brennereyen könten eingezogen und etbliret“ werden.

²¹⁵⁶ Zitat vom 8. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Zudem konnte der Magistrat vor „[...] 2 à 3 Jahren (...) einen hiesigen Eingesesnen encouragire[n], im einen (...) Eysen-Laden anzufangen.“

²¹⁵⁷ Zitat vom 8. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁵⁸ Zitat vom 15. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁵⁹ Zitat vom 8. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. In dieser Ausführung des Magistrats ist zu erkennen, dass er sich mit den peuplierungstheoretischen Schriften jener Zeit beschäftigt haben muss, da er durchaus die sich gegenseitig bedingenden Parameter „räumliche Lage“ und „Infrastruktur“ sowie „städtische Wirtschaftssituation“ als peuplierungspolitisch beeinflussende Komponenten bei seinen Retablissement-Maßnahmen berücksichtigte.

²¹⁶⁰ Zitat vom 22. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Lediglich ein „[...] Kupferschläger, der aber zugleich das Handwerk eines Zinnengießers verstehen müste, würde ohne Zweiffel seine Subsistence hieselbst finden.“

stadtkolonisatorische Peuplierung mehr mit denenselben bedurfte. Ganz stolz berichtete dieser im Jahr 1773 über einen peuplierungspolitischen Erfolg seinerseits, bei dem er einen guten Tuchfabrikanten und Stoffhändler, „[...] so hieselbst vorher niehmahlen gewesen, aus dem Holländischen“ angeworben hatte, der nun zur weiteren räumlichen Verdichtung städtischen Siedlungsraumes „[...] hier mit eigene[m] Hauß etabliret ist.“²¹⁶¹ So hatte der Kriegsrat Scheele „[...] dennoch auch bey diesem kleinen und schlechten Orts alles dasjenige gethan was zu desen Aufhelfen und beförderung“ betragen konnte.²¹⁶² Weil aber „[...] die Cammerey bekanntermaßen nicht imstande ist die allermeiste[n] Unkosten zu decken“, verlief die retablisementbezogene Peuplierungspolitik und die potenziell „additiv“ weitergeführte Stadtkolonisation nicht entsprechend den staatlichen bevölkerungspolitischen Zielvorstellungen.²¹⁶³ Wie hartnäckig der Kriegsrat Scheele an der optimalen Ausnutzung und Besiedlung vorhandenen und wüstliegenden Stadtraumes arbeitete, beweist sein Kommentar in einem Schreiben aus dem Jahre 1775, in dem er dem Magistrat der Stadt **Kervenheim** auf das Strengste befahl, an dem Retablisement und „[...] der Bebauung der einen wüsten Stelle, so noch vorhanden ist, unablässig“ sich weiter zu beeifern.²¹⁶⁴ Dieser peuplierungspolitischen Aufforderung des Kriegsrates Scheele kam der Magistrat auch aktiv nach, da „[...] es indessen zur Nahrung der Stadt sehr dienlich sein würde, wenn dergleichen Leuten hereingezogen werden könnten, so werden wir unser augenmerk auch dahin richten, und ich [und] der Bürgermeister werden (...) noch einige Städte in den holländischen Provinzen (...) [bereisen], und bemittelte Persohnen als Kostgänger hereinzuziehen suchen.“²¹⁶⁵ Nach der erfolgreich beendeten „Retablisement-Politik“ bestand durchaus ein großes städtisches Interesse an einer weiteren „additiven“ Peuplierungspolitik, um die Wirtschaft und die Stadtkolonisation räumlich zu expandieren.

In einer Tabelle des „Retablisements Plans der neu anbauenden bei der Stadt **Kervenheim** pro 1778“ findet sich nur die Erwähnung zweier Retablierungen, die sich zur Auszahlung retablisementbezogener Baufreiheitsgelder qualifizieren.²¹⁶⁶ (s. Tab. T-33)

²¹⁶¹ Zitat vom 15. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁶² Zitat vom 8. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁶³ Zitat vom 8. April 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁶⁴ Zitat vom 6. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁶⁵ Zitat vom 22. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²¹⁶⁶ Zitat vom 22. März 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. In einer weiteren Retablisement-Tabelle vom 3. Februar 1780 kam noch eine weitere Person namens Matt. Schwartz hinzu, die sich nach der Meinung des zuständigen Magistrats für die Baufreiheitsgelder qualifizierte. Siehe dazu aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1618.

Tabelle zum Retablislements Plan der neu anbauenden bei der Stadt Kervenheim pro 1778

Nr.	Name	Kosten rthl./st.	Beruf	Zustand des Retablislements	Stadtgeographische Lage
1	Bürgermeister Ferttegen	?	Bürgermeister und accisse Inspector	ist fertig	?
2	Hen. Wanders	916/5	Gastwirth,, Fuselbrenner und ackermann	bis Ende Juni	?

Tab. T-33

Im Sommer 1785 erging von der Klevischen Kammer der Befehl zur Anlegung einer „[...] zuverlässige[n] Tabelle von derjenigen Einländern, welche sich von Trinitatis 1777 bis dahin 1785 in den Städte Eures Creyses, auf wüsten oder solchen Stellen, worauf vorhin keine Häuser gestanden, angebaut haben, so wie solches zuletzt im Jahre 1777 für die Jahre 1740-1744 geschehen ist.“²¹⁶⁷ Für die Städte **Kalkar, Sonsbeck, Kervenheim, Grieth, Orsoy, Üdem und Büderich** wurden keine fremden Professionisten aufgelistet, die sich im Speziellen im Zuge retablisementbezogener Maßnahmen auf wüstliegenden, ehemals bewohnten Grundstücken niedergelassen und ein neues Haus errichtet hätten. Lediglich für die Stadt **Xanten** wurde ein fremder Emigrant namens Math. Evers erwähnt, der Holzschneider von Beruf war, mit seiner aus fünf Personen bestehenden Familie „[...] noch keine Bau Gelder erhalten, auch keine sonstige Privilegia genossen als Freijahre“ habe und einen wüsten Hausplatz zu bebauen sich willig zeigte.²¹⁶⁸ Im selben Jahr baten noch drei weitere Eigentümer, die schon fertig oder fast fertig mit ihrer Retablierung verfallener Hausstellen waren, um Auszahlung ihrer Baufreiheitsgelder.²¹⁶⁹ (s. Tab. T-34)

²¹⁶⁷ Zitat vom 11. Juli 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

²¹⁶⁸ Zitat vom 5. August 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488.

²¹⁶⁹ Siehe dazu die Tabelle der Stadt Xanten aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304. In der nachfolgenden Retablisement-Tabelle vom 26. April 1779 wurde die Fertigstellung und die Vervollständigung der Retablierung der zwei verfallenen Hausstellen der Möhren und Horn vermeldet, sodass ein erneuter Antrag zur Auszahlung der Baufreiheitsgelder gestellt wurde. Für das Jahr 1780 werden vier weitere potenzielle Qualifikanten (Henrich Steinmetz – Tagelöhner, Theod. Daams – Kaufmann, Joh. Claasen – Kaufmann, Joh. Spettmann – Bäcker) für die Baufreiheitsgelder aufgeführt. Siehe dazu aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1618. Eine weitere Tabelle vom 9. April 1784 führte fünf Personen (Schneider, Mich. Klijetjes – Bäcker, Fried. Grintz – Nachtwächter, Gerh. Gerrissen – Bäcker und Chirurgus – Hildebrand) auf, die den Retablisement-Prozess der Stadt Xanten nach 1780 weiter in Gang hielten und die räumliche Verdichtung mit der Wiederherstellung verfallener und unbebauter Haustellen vorantrieben. Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1222.

Tabelle zum Retablissements Plan der Stadt Xanten pro 1778

Nr.	Name	Kosten rthl./st.	Beruf	Zustand des Retablissements	Stadtgeographische Lage
1	Möhren	590	?	in 6 Wochen fertig	?
2	Peter Haix	819/30	Bäcker	ist fertig	?
3	E. Horn	595/40	Nagelschmiedt	in 6 Wochen fertig	?

Tab. T-34

Aufgrund der noch nicht hergestellten zwei Häuser wurde durch die Klevische Kriegs- und Domänenkammer nur dem Bäcker Peter Haix Retablissement-Gelder in der Höhe von 81 rthl. und 54 st. ausgezahlt. Diese Auszahlung belegt, dass zum Ende den 1770er Jahren den Wiederaufbauenden lediglich nur 10% der verwendeten Retablierungskosten staatlich subventioniert wurden.²¹⁷⁰ Den anderen beiden Bittstellern zahlte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zum Ende des Jahres 1779 jeweils 59 rthl. für ihre erfolgreiche Retablierung verfallener Hausstellen aus.²¹⁷¹

Zudem wurde in der Stadt **Xanten** im Jahr 1783 darauf hingearbeitete, das nun schon seit fast 20 Jahren langsam verfallende Haus des Postmeisters Elsberg, der sich nach dem Kauf dieser Hausstelle im Jahre 1778 zum Aufbau nicht willig zeigte, erneut zum Verkauf anzubieten und einen neuen Interessenten für dieses städtische Etablissement zu finden. Im Zuge dessen wies die Klevische Kriegs- und Domänenkammer eindringlich darauf hin, dass der Magistrat zu **Xanten** zusätzlich darin bemüht sein müsse, „[...] zu den Hausplatz des Hagnen und Langendonck auf der Markstraße einen Baulustigen baldmöglichst auszumitteln“, damit diese in der Nähe des stadtgeographischen Zentrums gelegenen wüsten und ledig stehenden Hausstellen zur Besiedlungsverdichtung der Stadt wiederbevölkert werden würden.²¹⁷² Für die darauffolgenden zwei Jahren 1786 und 1787 liegen keine weiteren Hinweise für Bebauungen wüster Grundstücke niederrheinischer Städte vor. Die Auswertung der Zahlen aus der Akte „Einsendung und Abnahme der Retablissements- oder Baufreyheits-gelder-Rechnungen“ von 1768 bis 1792 beweist die vom Staat subventionierte Hilfe bei der Retablierung wüster Hausstellen in den niederrheinischen Städten des Herzogtums Kleve. Allerdings ist ab den 1770er Jahren eine prozentuale Herabsetzung der Baufreiheitsgelder zu verzeichnen.²¹⁷³ Die von den Magistraten eingesandten Retablissement-Tabellen der Jahre

²¹⁷⁰ Siehe dazu das Schreiben vom 15. Mai 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304.

²¹⁷¹ Siehe dazu das Schreiben vom 20. Dezember 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1618.

²¹⁷² Zitat vom 28. Juli 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²¹⁷³ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 337.

1779-1781 verzeichnen weitere punktuelle Retablierungen unbebauter Feuerstellen, die im Zuge preußischer „Retablisement-Politik“ wiederhergestellt wurden.²¹⁷⁴ (s. Tab. T-35)

Tabelle zum Retablisements Plan denen Städten Westseits Rheins oberwärts pro 1779 und 1780

Nr.	Stadtname	Personenanzahl derer, die sich schon vorher um die Auszahlung von Baufreiheitsgeldern zu qualifizieren versuchten 1778/79	Personenanzahl derer, die dieses Jahr erst den Antrag zur Qualifizierung der Auszahlung von Baufreiheitsgeldern gestellt hatten 1779/80
1	Xanten	----	4
2	Orsoy	2	2
3	Calcar	3	3
4	Sonsbeck	?	12
5	Üdem	4	3
6	Büderich	?	2
7	Kervenheim	1	1
8	Grieth	2	1
Summe		12	28

Tab. T-35

Trotz der Herabsetzung der Prozentgelder zum Retablisement verfallener Hausstellen finden sich in den jährlichen Retablisement-Tabellen des Kriegsrates von 1784 bis 1786 Personen, die bis dato noch keine Baufreiheitsgelder erhalten haben oder die noch in den 1780er Jahren ihre Retablierung vollenden konnten.²¹⁷⁵ (s. Tab. T-36 und T-37)

²¹⁷⁴ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1618.

²¹⁷⁵ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1222.

Tabelle zum Retablislements Plan für die niederrheinischen Städte pro Anno 1784

Nr.	Stadtname	Personenanzahl derer, die sich schon vorher um die Auszahlung von Baufreiheitsgeldern zu qualifizieren versuchten	Personenanzahl derer, die dieses Jahr erst den Antrag zur Qualifizierung der Auszahlung von Baufreiheitsgeldern gestellt hatten
1	Xanten	4	1
2	Orsoy	2	3
3	Calcar	3	3
4	Sonsbeck	5	5
5	Üdem	3	3
6	Büderich	1	----
7	Kervenheim	----	3
8	Grieth	5	4
Summe		23	22

Tab. T-36

Tabelle zum Retablislements Plan für die niederrheinischen Städte pro Anno 1786

Nr.	Stadtname	Personenanzahl derer, die sich schon vorher um die Auszahlung von Baufreiheitsgeldern zu qualifizieren versuchten	Personenanzahl derer, die dieses Jahr erst den Antrag zur Qualifizierung der Auszahlung von Baufreiheitsgeldern gestellt hatten
1	Xanten	2	11
2	Orsoy	2	12
3	Calcar	3	3
4	Sonsbeck	2	6
5	Üdem	1	6
6	Büderich	----	----
7	Kervenheim	----	3
8	Grieth	5	1
Summe		15	42

Tab. T-37

Diese beiden letztgenannten Tabellen belegen, dass auch in den 1780er Jahren Retablierungen noch immer vorhandener wüster Hausstellen betrieben wurden. Vor allem im Jahr 1786 stellten im Herzogtum Kleve 42 Personen Anfragen zur Überprüfung ihrer Qualifizierung zum Erhalt der Baufreiheitsgelder. Der Aufbau der Städte und damit die Retablisement-Politik zur Beseitigung wüst stehender und unbebauter Feuerstellen ging somit trotz verminderter prozentualer Auszahlung weiter. Inwieweit es sich hier im Einzelnen um städtische Wüstungen, die durch den Siebenjährigen Krieg hervorgerufen wurden oder um

Wüstungen, die im Laufe der Nachkriegszeit entstanden sind, handelte, kann nicht genau eruiert werden.

1.5.3.3. Beispiele einzelner Ansiedlungen fremder Professionisten im Kontext

„qualifizierter“ Peuplierungspolitik

Die folgende Darstellung über die Niederlassung fremder Manufakturisten, Fabrikanten und Handwerker belegt punktuelle Beispiele erfolgreich umgesetzter und nicht gelungener „qualifizierter“ Peuplierungspolitik, welche sowohl vor als auch nach dem Siebenjährigen Krieg zur Verringerung ledig stehender Stadträume und räumlicher Verdichtung städtischer Siedlungen zur Hebung der Wirtschaftskraft niederrheinischer Städte einen bevölkerungspolitischen Beitrag leistete.

Dass es schon vor dem Siebenjährigen Krieg Anwerbungsversuche qualifizierter Professionisten gab, belegt die Akte aus dem Jahre 1748 über den „[...] Holländer Adrian Heckenbroeck, welcher zu Cleve niedergelassen gesonnen gewesen“ war.²¹⁷⁶ Aus einem der Akte beiliegenden persönlichen Brief des Adrian Heckenbroeck vom 16. Januar 1748 geht hervor, dass dieser in Kleve niederlassungswillige Emigrant gezwungen wurde, sich „[...] aus dem Haag in Holland hinweg zu begeben.“²¹⁷⁷ Da er die „[...] Von Ew. Königl. Majestät denen Einkommenden Fremblingen allergnädigst zugesagte Viele Vorrechte und Freyheiten Vernommen“ hatte, so war der durch die peuplierungspolitischen Anreize in die preußischen Lande einzuwandern motivierte Holländer so „[...] fort begierig, [sich] derselben theilhaftig zu machen, mithin [sich] im Clevischen niederzulaßen.“²¹⁷⁸ Die versprochenen peuplierungspolitischen Anreize und Freiheiten übten bei den emigrationswilligen Professionisten sicherlich eine Entscheidungserleichterung bei der Niederlassung in den preußischen Territorien aus. In diesem Fall „qualifizierter“ Peuplierungspolitik konnte sich der unter Verfolgung leidende Holländer in den Schutz preußischer Könige begeben. Das preußische Generaldirektorium erteilte auf seine Anfrage den Spezialbefehl, dass sich der niederlassungswillige Holländer zur weiteren Koordinierung peuplierungspolitischer Verwirklichung bei der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer melden solle.²¹⁷⁹ Um den peuplierungspolitischen Erfolg der Ansiedlung des holländischen Professionisten zu garantieren, sollte die Klevische Kammer „[...] von des Supplicanten Umstände zuverlässige Erkundigungen“ einziehen.²¹⁸⁰ Zur Klärung der persönlichen Situation des niederlassungswilligen Heckenbroeck schrieb dieser erneut einen Brief, damit sein Gesuch

²¹⁷⁶ Siehe HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁷⁷ Zitat vom 16. Januar 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁷⁸ Zitat vom 16. Januar 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁷⁹ Siehe das Schreiben vom 4. Februar 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁸⁰ Zitat vom 20. Februar 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

zur Ansiedlung in der Stadt **Kleve** genehmigt werde. Um die Klevische Kammer zu überzeugen, deutete er darauf hin, dass ihm von seiner „[...] verstorbenen Frau (...) ein ansehnlich Capital vor meine Kinder, und durch Erbschafften heute oder Morgen noch mehr zu hoffen“ wäre, hinterlassen wurde.²¹⁸¹ Mit all seiner Kenntnis und seinem Hab und Gut wolle sich dieser bemittelte Professionist „[...] in einer Stadt dero Herzogthum Cleve etabliren und ein Lebenslang ein getreuer Unterthan von Ew. Königl. Majestät verbleiben.“²¹⁸² Das große „aktive“ peuplierungspolitische Interesse der Berliner Regierung spiegelt sich in dem eindringlichen Befehl an die Klevische Kriegs- und Domänenkammer wider, den geforderten „[...] Bericht wegen des Heckenbrouk, welcher sich aldort etabliren will und des von ihm gesuchten Geleiths-Briefes“ zu beschleunigen.²¹⁸³ Nach eingehender Prüfung über die Zustände des emigrationswilligen Holländers hielt man die Ausstellung eines speziell für ihn formulierten „Protectoriums“ für sehr zweifelhaft, sodass zum Sommer 1740 auf Spezialbefehl Friedrichs des Großen der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer verordnet wurde, dass „[...] ihr euch mit demselben gar nichts zu thun machen, sondern daferne er sich weiter melden würde, ihn gänzlich abweisen sollet.“²¹⁸⁴ Dieses Beispiel fehlgeschlagener Peuplierungspolitik verdeutlicht, dass die preußische Regierung keineswegs „blind“ handelte und nach eingehender Prüfung persönlicher und finanzieller Umstände zwielichtige Professionisten zur Besiedlung wüster Hausstellen in den Städten ablehnte.

In einem anderen Beispiel „qualifizierter“ Peuplierungspolitik ging es um einen „[...] aus dem Holländischen sich in Wesel niedergelassenen Turckisch Garn Fabricanten Joh. Cattepoel, auch von demselben gesuchte accise-Freyheit.“²¹⁸⁵ In einem Schreiben zum Ende des Jahres 1753 wurde erwähnt, dass dieser niederlassungswillige Manufakturist ein Wiederkehrer war, weil dieser „[...] Johann Cattepoell, so aus Wesel gebürtig, Vor einigen Jahren im Holländischen“ gewohnt habe.²¹⁸⁶ Dieser Wiederkehrer heiratete für ihn recht vorteilhaft und hatte „[...] daselbst seines Schwieger-Vaters Türckisch Garn Fabrique übernommen, nunmehr aber nach ableben seiner Schwiegervaters sich bereden laßen, wieder das in Holland publicirte Edict vom 26. Juli 1749 gegen dergleichen Verbothene Ausfuhr mit Vieler gefahr von Weickdiersted sein werckzeug weg zubringen und nach Wesel zu ziehen, und gedachte Türckisch Garn-Fabrique anzulegen, und solches Garn selbst zu färben, in der Hoffnung, daß ihm nicht nur die allergnädigst versprochenen Edictmäßigen

²¹⁸¹ Zitat vom 19. März 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁸² Zitat vom 19. März 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁸³ Zitat vom 2. April 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁸⁴ Zitat vom 23. Mai 1748 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 893.

²¹⁸⁵ Siehe dazu HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 907.

²¹⁸⁶ Zitat vom 14. Dezember 1753 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 907.

Freyheiten accordiret“ werden würden, sondern er sich auch anderer, zu dieser Fabrik zugehörigen Freiheiten und Privilegien erfreuen können würde.²¹⁸⁷ Nicht nur die peuplierungspolitische Wirkung der Ansiedlung dieses Rückkehrers an sich wäre von positiver Wirkung, sondern auch der wirtschaftliche Nutzen für die Stadt **Wesel** könne von großem Vorteil sein, da dieser Cattepoel „[...] bishero (...) nur erstlich Zwey leuthe zur Arbeith (habe) [und] er aber von Weickdierstedt aus guten Debit im Holländischen und weiter gehabt, solchen auch in **Wesel** aus beyzubehalten gedenke, so sey er gewillet, nach vorkommenden Umständen hiernächst mehrere Arbeiter anzusetzen.“²¹⁸⁸ Seine Familie bestünde „[...] gegenwärtig (...) auß (...) seiner Frau und 2 Spinnerinnen“, die mit ihm in seiner Haushaltung mit nach Wesel kommen würden.²¹⁸⁹ Aus einem Schreiben des Monats Mai 1754 ist ersichtlich, dass die versprochenen Privilegien für fremde, in den preußischen Territorien niederlassungswillige Professionisten auch für ehemalige, emigrierte Einwohner des Herzogtums Kleve galten, weil die „[...] zu der Fabrique eingehende rohe Waaren frey eingelassen“ werden durften.²¹⁹⁰ Rückkehrer wurden damit aus peuplierungspolitischer Sicht genauso wieder aufgenommen als fremde Emigranten, sodass die garantierten Freiheiten auch für diese spezielle Gruppe niederlassungswilliger Personen galten. Zur Überprüfung seiner handwerklichen Fähigkeiten forderte die Klevische Kammer lediglich „[...] in Gefolge des allergnädigsten Rescripti Vom 21. Mai 1754 wegen der vom Cattepoel zu Wesel angelegten Türckschen Garn Fabrique einige Proben des Türckschen Garnes.“²¹⁹¹ Da auch die Einschätzung des Weseler Magistrats über den Fabrikanten Cattepoel positiv ausfiel, ist anzunehmen, dass dieses peuplierungspolitische Unterfangen der Anlegung einer Garnfabrik trotz fehlender Quellennachweise umgesetzt worden ist.

Am 22. Mai 1754 berichtet der Kriegs- und Steuerrat Sobbe, dass „[...] sich eine Gelegenheit hervor[tat], einen Capitalisten aus Holland mit 15 000 rthl. nach Wesel zu ziehen.“²¹⁹² Wie im vorherigen Beispiel handelte es sich hier auch um einen Rückkehrer, der in jungen Jahren aus **Wesel** nach Holland emigrierte. Der „[...] bishero als Kauffdiener in Holland gestandene auß Wesel aber gebürtige Nicolaus Küpper“, so der Weseler Bericht, war willig, sich „[...] hieselbst nieder zu laßen und mit seinem halb Bruder den hiesigen Scheffen und Holtzhändler Küpper im Holtzhandel zu etabliren.“²¹⁹³ Dieser emigrationswillige Kapitalist war 21 Jahre alt, hatte sich „[...] aber seit absterben seiner Eltern bey seinen Tutore zu Dortbreeht

²¹⁸⁷ Zitat vom 14. Dezember 1753 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 907.

²¹⁸⁸ Zitat vom 14. Dezember 1753 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 907.

²¹⁸⁹ Zitat vom 14. Dezember 1753 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 907.

²¹⁹⁰ Zitat vom 14. Dezember 1753 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 907.

²¹⁹¹ Zitat vom 21. Mai 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 907.

²¹⁹² Zitat vom 22. März 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 885.

²¹⁹³ Zitat vom 15. Februar 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 885.

aufgehalten, und daselbst im Rechnen, Schreiben, französischer Sprache und Buchhalten unterrichten laßen [und] (...) 4 Jahr zu Amsterdam auf ein Contoir als Kauffdiener Serviret.“²¹⁹⁴ Allerdings lag noch ein alterstechnisches Mündigkeitsproblem beim „Minorenius Niclaus Küpper“ vor. Da er auch unter anderem zu Wohle des preußischen Staates „[...] seine in Holland stehende Capitalien ad 15 000 Rthl. anhero kommen lassen wollte, dazu aber ohne Erlangung der Majorennite nicht gelangen könnte“, benötigte er einen Beleg, dass „[...] er in Wesel Bürger werde.“²¹⁹⁵ Leider endet hiermit die Akte über diesen peuplierungspolitischen Fall. Besonders die bemittelten und kapitalstarken Händler und Professionisten standen im Fokus „qualifizierter“ Peuplierungspolitik und damit im Zentrum der Aufmerksamkeit preußischer Bevölkerungspolitik, da diese von großem wirtschaftlichen Nutzen zur Wohlfahrt des Staates sein konnten.

In einer Sammelakte zu „[...] einige[n] in Cleve sich etablirten fremden Familien als 1) Generalin Wittbe von Rivecourt und Schwiegersohn von Feldner, 2) Bäcker Friedr. Roose, 3) Schlachter Schaber, 4) Juvelier Busch, 5) Schlachter Heimbach, 6) v. Deden, 7) Loeh zu Wissen 1754-1769“ wurden sieben städtische Peuplierungsversuche fremder Professionisten und Adelige vermerkt und dokumentiert.²¹⁹⁶ Im Januar 1754 berichtete die Klevische Kriegs- und Domänenkammer, dass ein Adelige namens v. Deden „[...] vor einiger Zeit einen seiner Domestiquen unglücklicher Weise entleibet und darauf die Flucht aus denen Niederländischen Provintzien ergriffen“ hat und sich nun im Klevischen Land etabliert, „[...] wenn wir ihm Unseren gnädigste Protection und Schutz gegen alle auswärtige Verfolgung in Unsern Landen angedeyen“ lassen.²¹⁹⁷ Die Klevische Kammer befand nach eingehender Prüfung, dass man den „[...] Gysbert Wilhelm von Deden (...) in unserem königlichen Schutze auf und annehmen“ solle, damit er sich „[...] des im Clevischen gelegenen Mievenheimschen Guths Driesberg (...) anseßig machen dürffe.“²¹⁹⁸ Zum Ende des peuplierungspolitischen Antrages befahl der preußische König Friedrich der Große persönlich, dass „[...] höchst (...) vollzogene Protectorium vor dem (...) von Deden, mit dem gnädigsten Befehl hie solches ohnanstand“ auszuhändigen.²¹⁹⁹ Durch diese gelungene peuplierungspolitische Aufnahme des von Deden bekam ein königliches Domänengebiet einen neuen Gutsverwalter.

²¹⁹⁴ Zitat vom 15. Februar 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 885.

²¹⁹⁵ Zitat vom 15. Februar 1754 und 9. April 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 885.

²¹⁹⁶ Siehe HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²¹⁹⁷ Zitat vom 22. Januar 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²¹⁹⁸ Zitat vom 22. Januar 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²¹⁹⁹ Zitat vom 7. Juni 1754 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

Beim nächsten Fall dieser klevischen Akte ging es um die Aufnahme „[...] der aus Holland hieher gezogenen Generalin Wittwe von Rievecourt und ihres Schwierger-Sohnes von Feldner genandt.“²²⁰⁰ Diese bemittelten Emigranten baten um eine „[...] kostenfreie Einfuhr ihres Hab und Guts, [bestehend aus] 5 Coffen, 20-25 (...) Kisten, Einige emballierte Stücke und Fässer wie auch einige Betten.“²²⁰¹ Ganz im Sinne „qualifizierter“ Bevölkerungspolitik wurde die Verfügung für die Klevische Kammer erlassen, dass „[...] ihre Meublen und Effecten (...) alle Abgaben an Zöllen Licent und accise frei einpassiret“ werden dürfen und „[...] ihnen in ansehung desjenigen, so sie würcklich zu ihrer consumption in der Wirthschafft gebrauchen, ebenfalls auch die accisse Freyheit accordiret werden.“²²⁰²

Bei einer Ansetzung eines ausländischen Bäckers im Jahre 1767 wurde die versprochene Unterstützung preußischer Behörden zur erfolgreichen Niederlassung qualifizierter Personen deutlich. Wegen „[...] der einen hieselbst angezogenen Backmeister aus Braunschweig Namens Rosse zu accordirenden edictmäßigen Beneficien“ übergang man die Bäckerzunft und erteilte ihm unter Missachtung bestehender Wirtschaftsstatuten klevischer Städte „[...] eine Erlaubniß, dergleichen Bäckerey anzulegen, ohne sich mit denen hiesigen Bäcker-amte einlaßen“ zu müssen.²²⁰³ Dieses Beispiel verdeutlicht nicht nur die peuplierungspolitische Unterstützung preußischer Behörden bei der Ansetzung qualifizierter Professionisten, sondern auch den Primat peuplierungspolitischer Maßnahmen gegenüber bestehenden Wirtschaftstraditionen.

Auch die „[...] wegen (...) dem hieselbst angezogenen fremden Schlachter Christian Schaber zu accordirenden edictmäßigen Beneficien“ wurden dem „[...] aus der Stadt Tübingen im Württembergischen gebürtige[n]“ Professionisten genehmigt, weil „[...] er in Betreibung seiner Nahrung überaus fleissig“ war.²²⁰⁴ Der oben genannte Professionist von Loeh zu Wissen etablierte sich erfolgreich im Jahre 1769 in **Geldern**.

Des Weiteren haben sich in **Kleve** „[...] Zwey neue Haushaltungen (...) in hiesiger Stadt etabliret (...), die erste, so in diesem jahre angezogen ist, bestehet aus dem Jouvelier Anton Leonhard Zacharias Busch und seiner Ehefrau, welche beyde aus Düsseldorf gebürtig, der Römisch-Catholischen Religion zugethan sind, ein Vermögen von 300 rthl. würcklich mitgebracht haben und noch 400 rthl. erwarten.“²²⁰⁵ Die „[...] 2te Haußhaltung, die sich in anno 1766 hier niedergelassen hat, bestehet aus einem Schlachter Nahmens Heinrich

²²⁰⁰ Zitat vom 21. Mai 1763 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²²⁰¹ Zitat vom 9. Mai 1763 und 21. Mai 1763 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²²⁰² Zitat vom 17. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²²⁰³ Zitat vom 16. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²²⁰⁴ Zitat vom 1. November 1768 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²²⁰⁵ Zitat vom 6. Juli 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

Heimbach, seiner Ehefrau und drey Kindern respective von 17 Jahren, 7 Jahren und 6 Monathen.“²²⁰⁶ Diese bemittelte Familie „[...] ist aus Strasburg gebürtig, der Evangelisch Lutherischen Religion zugethan, hat ohngefehr 200 rthl. mit Aus Strasburg gebracht.“²²⁰⁷ Auch diesen zwei emigrierten Familien wurden am 17. Oktober 1769 die versprochenen peuplierungspolitischen Benefizien genehmigt.

Die oben geschilderten Beispiele belegen eindeutig, dass die preußische Peuplierungspolitik zur Zeit Friedrichs des Großen im Falle der Ansiedlung fremder Professionisten vor allem sehr um die erfolgreiche Peuplierung bemittelter Ausländer bemüht war und ihnen schnellstmöglich die versprochenen Benefizien und Privilegien zukommen ließ. Das zeugt von einem aktiven Charakter „qualifizierter“ Peuplierungspolitik.

Die genaue Überprüfung der Situation fremder Professionisten besaß, wie in dem folgenden Exempel kurz skizziert, durchaus ihre Berechtigung. In einem persönlichen Brief des Händlers Bognards Goup aus dem Jahre 1764 zeigt sich dieser „[...] Willens, mich von Amsterdam nach Cleve mit meinen in etwas 10 000 fl. Bestehenden Vermögen zu wenden und mein bisheriges negoce mit Tapeten und anderen Waaren allda zu betreiben.“²²⁰⁸ Allerdings bestätigten sich bei der Überprüfung seiner persönlichen Umstände die von ihm angegebenen Daten nicht. Auch hier verhinderte der selektive Ansatz „qualifizierter“ Peuplierungspolitik unter anderem die Niederlassung betrügerischer Personen, die sich lediglich an den ausgezahlten Benefizien und garantierten Privilegien erfreuen wollten. Den peuplierungspolitischen „Trittbrettfahrern“, die es sicherlich zu allen Zeiten immer wieder gab, wurde so das Handwerk gelegt. Dies zeugt von einer effektiven administrativen Verwaltungsstruktur peuplierungspolitischer Umsetzungsversuche.

Dass persönliche Beziehung im peuplierungspolitischen Betätigungsfeld eine große Rolle spielen konnten, bewies die Etablierung des Schnupftabak-Fabrikanten Schnurlein in **Goch** im Jahre 1764. Über diese wirtschaftliche Konkurrenz beschwerte sich die „Rappardsche Fabrik“ in Kleve und übte soviel Druck aus, damit dieser niederlassungswillige Manufakturist „[...] Protestantischer Religion, Namens Joh. Leonard Schnurlein (...), welcher ehemals bey dem Herrn Von Loe Wissen als Cammer diener gedienet und sich hiernechst in Düsseldorff etabliert, als woselbst eine Schnupf Tobacks Fabrique errichtet und sich ein ansehnliches Hauß anerkaufft gehabt“, sich wieder aus dem Lande begeben wollte.²²⁰⁹ Sein „[...] Etablissement zu Goch ist auf Anrathen gemelten van Loe geschehen, da dessen Herrlichkeit

²²⁰⁶ Zitat vom 6. Juli 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²²⁰⁷ Zitat vom 6. Juli 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 886.

²²⁰⁸ Zitat vom 5. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 884.

²²⁰⁹ Zitat aus dem Jahr 1764 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 1014.

Wissen in der Nachbarschaft zu Goch“ gelegen war.²²¹⁰ Zudem wurde sein hergestellter Tabak von den „ [...] gegenwärtigen Frantzösischen Officiren sehr gesucht“, sodass er einiges auch nach Holland und Brabant exportieren konnte.²²¹¹ Aufgrund der Hilfe des von Loes bestätigte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer, dass dem Schnurlein bei seinem Etablissement zu **Goch** geholfen werde, weil zudem der wirtschaftliche Aspekt der Etablierung eines solchen Gewerbes der Stadt Goch zugutekäme.²²¹²

Ein sehr reicher und bemittelter emigrationswilliger Professionist Johannes Meess aus Rotterdam bat bei der preußisch-klevischen Kammer um die „ [...] Versicherung wegen der Befreyung seiner zu Wesel erkaufften Hauses, von der Natural-Einquartierung und Servis-beytrag auf Lebens Zeit.“²²¹³ Der an diesem peuplierungspolitischen Projekt hochinteressierte **Klever** Magistrat bestätigte, dass dieser bemittelte Professionist „ [...] ein gantz reicher Mann (ist), der bisher Gast Wirth zu Rotterdam in dem berühmten Hotel ter Doelen (?) gewesen, willens (ist) nach Wesel zu ziehen und sein Vermögen, das wenigstens auf 150.000 Gulden geschätzt wird“, mit ins Land zu nehmen.²²¹⁴ Allerdings war beim Johannes Meess die Angst vor der Einziehung in die Armee sehr groß, da er „ [...] wie alle Holländer (...) kein Freund von Soldaten“ war.²²¹⁵ In einem persönlichen Brief des migrationswilligen Professionisten wurde dessen Absicht deutlich, bei seinem „ [...] zunehmenden Alter [s]ich von den Geschäften los zu machen, und die noch übrige Zeit [s]eines Lebens ruhig zu zubringen“, sodass er zu diesem Zweck „ [...] die Stadt Wesel zu [s]einem künftigen Aufenthalt ansehen und daselbst ein Haus gekauft“ habe.²²¹⁶ Dabei habe ihm die „ [...] Furcht der Einquartierung und die Beschwerde des deshalb zu zahlenden Servis Geldes, welche alles mir erst nach der hand bekant geworden, (...) beinahe verursacht, dass mein Vorhaben mir leid geworden wäre, wenn mir nicht zugleich bekant gwesen wäre, dass Ew. Königl. Majesteet Dero Unterthanen und auch denen fremden den Zutritt zum Thron nie versagen.“²²¹⁷ Die peuplierungspolitische Offenherzigkeit des preußischen Philosophenkönigs Friedrichs des Großen bei der Aufnahme fremder Untertanen war überall in Europa bekannt, wie auch dieses

²²¹⁰ Zitat aus dem Jahr 1764 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 1014.

²²¹¹ Zitat aus dem Jahr 1764 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 1014.

²²¹² Das Interesse an der erfolgreichen Anlegung des Schnupftabksetablissemments des Schnurleins war bei der Stadt Goch sehr groß. „Weil nun der Stadt Goch an die Conservation dieses Mannes gelegen ist, dieser Fabricant auch schon würcklich zwey Mann in der Arbeit hat, und noch 4 Mann anzunehmen versprochen“ habe. Zitat vom Jahre 1764 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 1014

²²¹³ Zitat aus der Akte „Die dem nach Wesel ziehenden Johannes Meess aus Rotterdam ertheilte Versicherung wegen Befreyung seiner zu Wesel erkaufften Hauses, von der Natural-Einquartierung und Servis-beytrag auf Lebens Zeit 1769“ aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 887.

²²¹⁴ Zitat vom 28. Dezember 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 887.

²²¹⁵ Zitat vom 29. Dezember 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 887.

²²¹⁶ Zitat vom 30. November 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 887.

²²¹⁷ Zitat vom 30. November 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 887.

Beispiel des Johannes Meess belegt. Nach Erhaltung der königlich verifizierten Garantie der geforderten Privilegien „[...] werde ich mich entschließen, mein Etablissement allhier zu Rotterdam, wo ich mich Seit langen Jahren in Sehr guten Umständen befinde, aufzuheben, und mit meinem ganzen beträchtlichen Vermögen in Ew. Königl. Majesteet Land (...) kommen, mithin im künftigen Frühjahr dass gedachte Hauss in Wesel (...) beziehen.“²²¹⁸ Bei einem solchen niederlassungswilligen, reichen Professionisten wundert es kaum, dass ihm sämtliche Forderungen und Privilegien ohne weitere Probleme genehmigt wurden.

In der Akte „Die sich in Cleve etablirte fremde Familien als Peruquier Jacobi, Kaufmann von Velp, Uhrmacher Folle, Perückenmacher Klein 1766“ belegt abermals die erfolgreiche Umsetzung „qualifizierter“ Peuplierungspolitik. Weil „[...] noch einige fremde Familien vorhanden (sind), welche sich theils während des Krieges, theils bey hergestellten Frieden in Kraft der von Ew. Königlichen Majesteet erlassenen Edicten (...) hier in Cleve etablirt, aber bis dato zum Genuß der edictmäßigen Accise-Freyheit noch nicht haben gelangen können“, baten diese vier Personen um die Genehmigung peuplierungspolitischer Versprechungen.²²¹⁹

Der Klevische Magistrat berichtete ganz zufrieden über seinen peuplierungspolitischen Erfolg, dass „[...] Erstlich (...) sich ein Peruquiers Johann Michael Jacobi von Evangelisch Lutherischer Religion mit einer Frau, einem Anverwandten und 5 Kindern unter 12 Jahren, wie auch zwei Gesellen, 1 Jungen und einer Magd in Summa 12 Persohnen alhier niedergelassen (hat) und sich bis dato mit seiner Profession wohl und ehrlich ernähret.“²²²⁰ An diesem Beispiel ist schön zu erkennen, dass die Anwerbung eines einzelnen Professionisten in seiner Gesamtheit mit der Haushaltung viel mehr Personen beinhalten konnte als man zunächst vermutet hätte.

Der „[...] angezogene Kaufmann und Winkelier van Velp, welcher sich im Herbst 1763 hiehin begeben“ hatte, besaß ein Vermögen von 800 rthl..²²²¹ Der „[...] Uhrmacher aus Genneve namens Folle, der von Evangelisch-Reformirter Religion ist, bey hergestellten Frieden und eigentlich seit 1764 hier etablirt, welcher sich zum Genuß der accise Vergütung ebenfals qualificiret“, bat auch gnädigst um die Genehmigung der Akzisefreiheit.²²²² Raumwirksame Spuren bei der Beseitigung wüster Hausstellen hinterließ der letzte Bittsteller, weil der „[...] französische Perückenmacher mit Nahmen Jean Babtist Klein aus Metz gebürtig, noch während des Kriegs alhier mit den französischen Troupen angekommen (ist),

²²¹⁸ Zitat vom 30. November 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 887. Zusätzlich genehmigte man ihm am 6. April 1770, über alle Grenzen zollfrei reisen zu dürfen.

²²¹⁹ Zitat vom 3. Februar 1766 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 896.

²²²⁰ Zitat vom 3. Februar 1766 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 896. Sollte man ihm die von ihm geforderte Bestätigung der Akzisefreiheit nicht genießen lassen, würde dieser „[...] wieder von hier ziehen.“

²²²¹ Zitat vom 3. Februar 1766 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 896.

²²²² Zitat vom 3. Februar 1766 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 896.

welcher nicht nur ein ganz gutes Vermögen mitgebracht und sich damit auf seine profession etabliert, sondern auch im vorigen Jahre ein eigenes Haus auf der Hauptstraße angekauft, und es recht gut (...) ausgebaut hat.“²²²³ Insgesamt belief sich die Auszahlungssumme für die in **Kleve** etablierten Familien auf 60 rthl.. Nach eingehender Prüfung durch die Klevische Kammer sollte dem „[...] etablierten Kaufmann von Velp (...) für seine Haushaltung 9 rthl., desgleichen Uhrmacher Folle aus Genneve 15 rthl., als die Accise Freiheits Fixum auf 2 Jahre von Trinit. 1766/67 an vergütet werden.“²²²⁴ Nach einer weiteren Prüfung entschied man, „[...] dem deren angezogenen Peruquier Jacobi die edictmäßigen beneficia angedeihen“ zu lassen, wobei dem Jean Baptiste Klein nichts ausgezahlt wurde, da dieser „[...] mit Hinterlassung vieler Schulden seit dem von hier entlaufen“ war.²²²⁵ Dies zeigt, dass nicht immer jede peuplierungspolitische Maßnahme zum positiven Erfolg gebracht werden konnte. Dennoch konnten sich in der Summe drei Familien fremder Professionisten dauerhaft in **Kleve** etablieren und damit die räumliche Verdichtung der Stadtbevölkerung vorantreiben. Im Jahre 1768 zeigte sich eine sehr reiche Person, nämlich ein gewisser „[...] Samuel de Ron, welche seine Güter in Bisthum Worms hat [willens], daß er wegen der Religionsverfolgung sein dortiges Etablissement quittieren, seine Güter verkaufen, auch sich in Cleve und Clevischen etablieren, und 100.000 rthl. mitbringen, mithin daselbst von seinen Revenuen mit Sechs Kindern, nämlich drei Söhne, und drei Töchter leben wolle, wenn er dazu die Königliche Allerhöchste Approbation und höchste Protection“ bekäme.²²²⁶ Die peuplierungspolitische Aufnahme eines solchen bemittelten Mannes müsse mit allen Mitteln vorangetrieben werden, weil die „[...] Heranziehung einer solchen vermögenden Familie im Lande doch [sehr] dienlich seyn könnte.“²²²⁷ Aufgrund dessen wurde diesem emigrationswilligen Wormser die Protektion und die Versicherung peuplierungspolitischer Benefizien schnellstmöglich durch das Generalministerium erteilt.²²²⁸ Obwohl man „[...] daß ein vorhabendes Etablissement in hiesigen Ländern auf alle Weise zu befördern“ habe, so gab es großen Widerstand im Bistum Worms, das sich gegen das emigrierende Vermögen zu wehren versuchte.²²²⁹ Der staatspolitische Schriftwechsel um den in **Kleve** niederlassungswilligen sehr bemittelten de Ron verdeutlicht den „kompetitiven“ Charakter zweier Peuplierungspolitiken. Es ist nur allzu verständlich, dass zwar das Bistum Worms aufgrund der Religionsintoleranz den de Ron aus dem Territorium ziehen lassen würde,

²²²³ Zitat vom 3. Februar 1766 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 896.

²²²⁴ Zitat vom 25. Februar 1766 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 896.

²²²⁵ Zitat vom 18. Juni 1766 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 896.

²²²⁶ Zitat vom 25. November 1768 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 890.

²²²⁷ Zitat vom 25. November 1768 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 890.

²²²⁸ Siehe Schreiben vom 1. Dezember 1768 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 890.

²²²⁹ Zitat vom 27. März 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 890.

allerdings die Mitnahme des großen Vermögens zu verhindern suchte. Zudem musste es sich bei dem de Ron um einen für die preußische Peuplierungspolitik arbeitenden Vermittlungsmann zur Anwerbung fremder emigrationswilliger Menschen gehandelt haben. Aus der Akte „In Ansehung des aus dem Bißthum Worms nach Cleve gezogenen de Ron auch von denselben engagirte Colonisten 1771-76“ geht hervor, dass dem de Ron am Reichskammergericht von der Wormser Hofkammer der Prozeß gemacht wurde.²²³⁰ In einem persönlichen Schreiben an den preußischen König im Jahre 1770 bedankte sich der bemittelte de Ron für die Rettung und bat um die „[...] Erlaubniß eine Rhein Mühle zu stellen (...) und sich mit denen Wenigen in Ew. Königlichen Mayestät Clevische landen zu Etabliren.“²²³¹ Die Notiz deutete auf den rechtlichen verifizierten Verlust seines Vermögens bei seiner Emigration ins Herzogtum Kleve hin, weil dieser sich nur mit seinem Wenigen etablieren könne. Im September 1770 befahl die preußische Regierung, dass „[...] dem de Ron wegen seiner bey dem Colonisten-Engagement bewiessenen Eyffers, diejenigen Neunzig rthl. 20 gl.“ auszuzahlen sind.²²³² Der peuplierungspolitische Mittelsmann und „Commisarius Rat“ de Ron leistete beim Kolonistengeschäft aus der Sicht des Generaldirektoriums eine gute Arbeit, sodass ihm jährlich „[...] 300 bis 400 rthl. aus der Colonisten Casse“ zur Anwerbung weiterer emigrationswilliger Personen angewiesen werden sollten.²²³³

Im Jahr 1766 prüfte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer ein Gesuch des in **Kalkar** sich niederzulassen wollenden van den Berg, der um die Auszahlung der Baufreiheitsgelder für die Retablierung einer verfallenen Feuerstelle bat.²²³⁴ Diesem Gesuch des van den Bergs wurde statt gegeben, allerdings mit dem Hinweis, dass man ihm „[...] a 20 pro Cent mehr als 200 rthl. in Summa gut getan werden können.“²²³⁵ Die Begrenzung von 200 rthl. diente vor allem sicherlich dazu, dass die Wiederaufbauwilligen wüst stehender Feuerstellen nicht zu prunkvolle Häuser auf Kosten des Staates errichteten. Dennoch schien dies nicht die absolute Grenze bei der Auszahlung von Baufreiheitsgeldern zu sein. Der städtische Kolonist der Stadt **Xanten** namens Müntz, der in den holländischen Diensten als Kapitän stand, „[...] nebst seinen geschwistern, [hatte] nach der abschriftlichen auslage, näher angezeigt, daß ihr in Xanten gelegenes ruinirtes Hauß nunmehr wohnbar gemacht und sie den Bau künftig Früh Jahr weiter volziehen würden.“²²³⁶ In einem Brief vom 19. November 1765 bat er sogar um 30% Baufreiheitsgelder, die nur im Notfall ausgezahlt werden sollten. Aufgrund dessen

²²³⁰ Siehe dazu HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 891.

²²³¹ Zitat vom 27. August 1770 dazu HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 891.

²²³² Zitat vom 8. September 1770 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 891.

²²³³ Zitat vom 30. Oktober 1770 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 891.

²²³⁴ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

²²³⁵ Zitat vom 28. August 1766 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

²²³⁶ Zitat vom 30. September 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

billigte die Klevische Kammer ihm „[...] nach der eingesandten Taxe 15 pro Cent mithin überhaupt Zwey Hundert Fünff und Fünzig Reichs Thaler“ für sein Retablissement des verfallenen Hausplatzes.²²³⁷

Am 20. April 1770 befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer „[...] wegen des Etablissements des holländischen Kaufmanns von Meuwen genant Feldhuisen zu Calcar der von ihm nachgesuchte Verstattung eines freyen Commerce und intendirten Anlegung einer Zucker Raffinerie“ dem Kalkarer Magistrat „[...] die zu der Vorstellung gehörende und nicht mit eingekommene Beilagen“ zügig zur Überprüfung des Etablissementversuches „qualifizierter“ Peuplierungspolitik einzusenden.²²³⁸ Aus einem persönlichen Brief des in der Stadt Harlem zu Unrecht verurteilten Feldhuisen ist zu entnehmen, dass jener in „[...] der berühmten Handels Stadt Harlem im holländischen woselbst [er] nebst [seinen] zwey Brüdern, die daselbst noch (...) Kaufleute sind, gebohren“, ein „[...] mit einer weitläufigen Handlung versehener junger Mann“ sei.²²³⁹ Das Interesse zur Anlegung dieses wirtschaftsfördernden Unternehmens in der vom Siebenjährigen Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Stadt **Kalkar** war beim Kriegsrat Sandrart enorm groß, da dieser peuplierungspolitisch engagierte preußische Beamte „[...] bereits verschiedentlich wegen Etablirung einer Zucker-Raffinerie in dieser provintz mit dem Herren von Meuwen genandt Velthuisen aus Calcar correspondiret [hatte], um denselben die wichtigen und ansehnlichen Vortheile einer solchen gemeinnützigen Entreprise detailliert“ darzulegen.²²⁴⁰ Die Chancen zur erfolgreichen Anlegung einer solchen Raffinerie stünden recht gut, so die Einschätzung des Kriegsrates Sandrart, weil der emigrationswillige Feldhuisen „[...] lange Jahre in einer Zucker Rafinnerie in Amsterdam serviret (...) und an dem dazu erforderlichen Gelde (...) es ihm auch nicht fehlen“ würde.²²⁴¹ Die Klevische Kammer stand dem Vorhaben, „[...] eine Zucker Raffinerie zu Calcar zu etablieren“, sehr positiv gegenüber und man solle „[...] dem dazu sich angefundenen Entrepreneur Kaufmann von Meuwen auf alle Weise zu beförderung dieses Etablissements behülflich“ sein.²²⁴² Die Umsetzung dieses vielversprechenden

²²³⁷ Zitat vom 19. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 430.

²²³⁸ Zitat vom 20. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1383. Der genannte holländische Emigrant Feldhuisen fand auch Erwähnung in einer Haupttabelle des Jahres 1770 über den Zustand der klevischen Städte. Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

²²³⁹ Zitat aus dem beiliegenden Brief des Schreibens vom 20. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1383.

²²⁴⁰ Zitat vom 16. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1383. In diesem Bericht wurde von einem gewissen Stammeyer gesprochen, der auch eine „[...] Raffinerie zu Orsoy (...) errichten“ wollte.

²²⁴¹ Zitat vom 16. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1383. Irritierend mag die Anmerkung aus einer Haupttabelle vom Zustand klevischer Städte von 1770 sein, in der vermerkt wurde, dass der Handel des Feldhysens „[...] hauptsächlich in Getreide und Oehl (besteht), (...) wie auch in Material Waaren.“ Zitat aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

²²⁴² Zitat vom 25. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1383.

Etablissements des holländischen Professionisten zum Ende des Jahres 1770 erfolgte mit zeitlicher Verzögerung, weil „[...] von dem von Meuwen genandt Veldhuysen zu Calcar wegen der vorgehabten, aber wieder verlassenen Anlegung einer Zucker Raffinerie“ berichtet wurde.²²⁴³ Trotz des wahrscheinlich gescheiterten Versuches einer Umsetzung „qualifizierter“ Peuplierungspolitik war der Kriegsrat Sandrart „[...] so glücklich (...) ganz gehorsamst anzeigen zu können, daß [er] zu der Stadt Orsoy intendirten Anlage einer Zucker raffinerie jemanden ausgemittelt [habe], welcher sich [um] (...) bekandt gemachten Stammeyer aus Düsseldorf“ handelte.²²⁴⁴ Dennoch tauchte der Kaufmann Feldhuisen in einer Tabelle des Kriegsrates Scheele vom 31. August 1773 auf, mit der Bemerkung, dass man dem „[...] kauffman Feldhuisen“ die Freiheiten und Benefizien genehmigt habe, für welchen genauen Zweck allerdings, ist aus der Akte nicht zu entnehmen.²²⁴⁵

Nach zwei Jahren ist ein weiterer peuplierungspolitischer Versuch zur Ansiedlung eines Professionisten in der Stadt **Kalkar** belegbar. Am 16. März 1772 wurde durch die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zur Förderung der städtischen Wirtschaft eine „[...] Concession für den zu Calcar sich etablirenden holländischen Capitaine Baron von der Does, eine Chocolate Fabrique errichten zu dürfen“, erteilt.²²⁴⁶ Wiederum zeigte die Klevische Kammer zur Förderung der Wirtschaftskraft ein großes Interesse bei der Anlegung dieser Fabrik und befahl dem Magistrat, „[...] demselben auf alle weise sein Vorhaben zu erleichtern.“²²⁴⁷ Lediglich im Frühjahr 1773 meldete der Kalkarer Magistrat gehorsamst, dass zur genaueren Planung des Etablissements ein Besprechungstermin aufgesetzt worden war, „[...] worauf da derselbe nicht Erschienen“ wäre, sich aber bereit erklärte, zur weiteren Besprechung sich beim zuständigen Kriegs- und Steuerrat Scheele einzufinden.²²⁴⁸ Leider verliert sich diese Spur des Holländers von der Does zur Anlegung einer Chokoladenfabrik in der Quelle, sodass von einem weiteren Scheitern eines solchen peuplierungspolitischen Etablissementunterfangens auszugehen ist.

Dennoch kann auf Basis der Quelle „Wegen der sich etablirten Fremden-Familien und deren Freyheit und der deshalb eingereichten Designation 1773-1779“ die Niederlassung eines kaufmännischen Professionisten für die Stadt **Kalkar** belegt werden.²²⁴⁹ Im Frühjahr des Jahres 1773 vergaß der Magistrat nicht, „[...] die Designation Von denen Zur Accise Freyheit

²²⁴³ Zitat vom 28. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1383.

²²⁴⁴ Zitat vom 17. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1383.

²²⁴⁵ Zitat vom 31. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁴⁶ Zitat vom 16. März 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1384.

²²⁴⁷ Zitat vom 12. März 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1384.

²²⁴⁸ Zitat vom 5. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1384.

²²⁴⁹ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

sich qualificirenden nebst ein Protocoll in duplo hiebei zu überreichen.“²²⁵⁰ Der „[...] aus dem cöllnischen Sauerland gebürtige“ Kaufmann Zur Nieden „[...] hatte sich bereits 6 Jahr hier im Lande aufgehalten [und] (...) daneben an baaren Gelde (...) 2000 Gulden in Vermögen (...), und 2 knechte mitgebracht.“²²⁵¹ Außerdem erwarb er im Zuge der „Retablissement-Politik“ zum räumlichen Wiederaufbau der stark zerstörten und verfallenen Stadt „[...] allhier ein Hauß am Markt gelegen, welches sehr Verfallen gewesen [war] (...) und solches wieder Völlig retabliret“ wurde.²²⁵² Die Frau des katholischen Kaufmannes war „[...] hier im Lande gebürtig und keine fremde gewesen, (...) die zwei mitgebrachte Knechte hat er, da er geheiratet, abgeschafft, einer davon ist nach Holland gezogen und der andere Verstorben.“²²⁵³ Im folgenden Fall „qualifizierter“ Peuplierungspolitik handelt es sich um die Etablierung eines holländischen Kaufmannes in der im gelderischen Gebiet liegenden Stadt **Huissen**, der aufgrund unglücklicher Zufälle und betrügerischer Vorkommnisse ein Verlustgeschäft bei einer Reise nach Ostindien gemacht hatte. In einem persönlichen Schreiben bat der Kaufmann Risse van Vlieth „[...] umb ein Specials protectorium, [und] auch umb die denen frembden versprochenen couceurs (...) zu accordiren.“²²⁵⁴ Dieser habe sich schon bereits „[...] in der Stadt Huissen (...) mit seiner Familie niedergelaßen“ und zeigte sich willens, sich „[...] daselbst Völlig zu etabliren und zu verbleiben.“²²⁵⁵ Die preußische Regierung ordnete eine Überprüfung der sich im Herzogtum Geldern niederlassungswilligen Person durch die Klevische Kammer an, um ihm „[...] mitlerweile (...) den erforderlichen Schutz angedeyen zu laßen.“²²⁵⁶ Aus der Überprüfung ging hervor, dass dieser van Vlieth 28 Jahre lang als „[...] erster Chirurgus auf einem Schiffe“ gearbeitet hatte und sein Beruf auch in Huissen weiter ausüben wolle.²²⁵⁷ Den „[...] Verlaut nach soll er vor seinem Austreten sich einer ziemlichen Baarschaft versichert und solche mit nach Huissen gebracht haben.“²²⁵⁸ Zudem würde aus medizinischer Sicht „[...] deßen Etablissement der Armen Stadt Huissen recht gut zu statten kommen, zumahlen wenn er etwas zur Verschönerung der Stadt durch bauen verwenden solte.“²²⁵⁹ Hier wird deutlich die räumliche Wahrnehmung potenzieller Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen auch für das Erscheinungsbild der gelderischen Stadt

²²⁵⁰ Zitat vom 8. März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁵¹ Zitat vom 8. März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁵² Zitat vom 8. März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁵³ Zitat vom 8. März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁵⁴ Zitat vom 22. Januar 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 881.

²²⁵⁵ Zitat vom 22. Januar 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 881.

²²⁵⁶ Zitat vom 14. Februar 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 881.

²²⁵⁷ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 881. Dieser habe allerdings einmal von holländischen Kaufleuten Ware nach Ostindien mitgenommen, „[...] wovon er keinen Verstand gehabt, sich also dabey merklich betrogen gefunden“ hatte.

²²⁵⁸ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 881.

²²⁵⁹ Zitat vom 1. Mai 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 881.

Huissen durch die Klevische Kriegs- und Domänenkammer beschrieben. Unter dem vom preußischen König Friedrich des Großen ausgestellten Schutzes „[...] konnte ich mich“, so der Wortlaut eines persönlichen Briefes des van Vlieths an den preußischen König, „[...] in Huissen mit Haus und Familie anseßig gemacht, und jenes zur Zierde der verfallenen Stadt aufgebaut“ werden.²²⁶⁰

Zahlreiche Retablissementmaßnahmen zur Besiedlung ungenutzter Hausstellen mit fremden Professionisten, die sich seit der Beendigung des Siebenjährigen Krieges in dieser Stadt etabliert und um die „[...] Accordierung der allergnädigst verheißenen Edictmäßigen Freiheiten bey uns gemeldet“ haben, können in der Stadt **Wesel** nachgewiesen werden.²²⁶¹ In einem klevischen Bericht wurde dem preußischen Generaldirektorium gemeldet, dass „[...] überhaupt noch 24 Familien nemblich an Männern 23, an Frauen 9, an Anverwandten, Kindern, Knechten, Gesellen und Mägden 27, in allem 59 Personen angezogen, welche 29.550 Reichs Thaler im Vermögen haben, und denen bis jetzo die edictmäßigen beneficia noch nicht zu Theile geworden“ sind.²²⁶² (s. Tab. T-38)

²²⁶⁰ Zitat vom 30. Oktober 1770 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 881. Die Etablierung und die im persönlichen Brief des van Vlieths dokumentierte Raumwirksamkeit seines Etablissements wurde gestört, da er „[...] von Zweyen Kaufleuthen und Mennonisten den Gebrüder Vinckenra in Amsterdam verfolgt und zu Gericht gezogen“ wurde. Ein Schreiben vom 24. Dezember 1770 der Berliner Regierung bestätigte, dass im „[...] General Ober Directorio (...) dem Justiz Departement angezeigt worden (ist), daß ein gewißer sich in Huissen etablirter Colonist Rinse van Vlieth aus Amsterdam gebürtig, welchem Wir unsern Schutz angedeihen laßen, über die Verfolgung seiner holländischen Gläubiger der Gebrüder Vickenra, so ihn sehr betrogen haben sollen, äußerst beschweret“ habe. Dieser peuplierungspolitische Gerichtsfall zog sich noch bis ins Jahr 1772, weil der niederlassungswillige Professionist „[...] fußfällig-flehentlich [bat], höchste Dieselbe geruhen allergnädigst der Clevischen Regierung ein Vor allemahl anzubefehlen, daß der mit denen Gegnern habende process niedergeschlagen und dahin an das Gerichte zu Huissen nebst erstattung der Unkosten das nötige erlaßen werden solle.“

²²⁶¹ Zitat vom 16. September 1765 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 892.

²²⁶² Zitat vom 16. September 1765 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 892.

Tabelle, Woraus zu ersehen in wie weit einige in der Stadt Wesel etablierte Fremden zu den Edictmäßigen Freyheiten zu folge Rescriptia d. d. Cleve den 22ten Januari 1765 mit qualificiret²²⁶³

Nr.	Name	Haushaltungs-Bestand						Woher	Anmerkungen/Profession
		M	F	K	A	Kn/Ma	S		
1	Frantz Jacob Rolter	1	1	---	---	1	3	Mühlheim	Seine Frau ist aus Wesel gebürtig / Buchhändler
2	Frantz Fassin	1	1	1	---	---	3	Branband	Seine frau ist aus Wesel gebürtig/ Ziegelbrenner
3	Jacob Hoesch	1	1	---	---	---	3	Acken	Materialist
4	Andreas Friederich	1	---	---	---	---	1	Landau	Schwerdfeger
5	Adam Henr. Völckel	1	---	---	1	1	3	Hanau	Zuckerbäcker
6	Magaretha Mann	---	1	1	1	1	4	Strasburg	Gastwirthin
7	Joh. Adolf Völckel	1	1	---	---	1	3	Neuwied	Weinhändler
8	Joh. Diet. Werner	1	1	1	---	1	4	Zweibrücken	Crämer
9	Joh. Ludwig Korp	1	1	2	---	---	4	Jülich	Kleinschmied
10	Peter Kramp	1	---	---	---	---	1	Mühlheim	Schlachter
11	Gerhard Happel	1	1	---	---	---	2	Heydelberg	Gastwirth
12	Christian Arnoldus	1	1	---	2	2	6	Rheinberg	Silberschmidt
13	Pierrot	1	1	---	---	---	2	Sedan	Bäcker (?)
14	Nicolaus Heyer	1	1	2	---	---	4	Thüringen	Glaß Crämer
15	Nicol Kriebel	1	1	2	---	---	4	Thüringen	Glaß Crämer
16	Theo. Conrad	1	1	1	---	1	4	et Louis	Gastwirth
17	Hirtzel Posse (?)	1	1	5	---	2	9	Strasburg	Gastwirth
18	Christoph Leopold	1	1	---	---	1	3	Württemberg	Bäcker
19	Henrich Franck	1	1	3	---	2	7	Thürigen	Bäcker
20	Etien Cotta	1	1	1	---	1	4	Strasburg	Perüquen Macher
21	Phillip Reitersheim	1	1	4	---	---	6	Heidelberg	Nagelschmidt
22	Valentin Tresch	1	1	---	---	1	3	Heidelberg	Faßbinder
23	Henr. Wircks	1	1	2	1	1	6	Alpen	Zimmermeister
24	Spiegelberg	1	1	2	---	---	4	Stuttgart	Schuster
Summe		23	21	29	4	16	93	---	---

Tab. T-38

Sollten die von den Professionisten verlangten Freiheitsbenefizien genehmigt werden, würden zu den schon 59 sich niedergelassenen Emigranten die restlichen 34 noch im Ausland

²²⁶³ Die bei dem Haushaltungs-Bestand verwendeten Abkürzungen bedeuten folgendes: M – Männer, F – Frauen, K – Kinder, A – Anverwandte, Kn/Ma – Knecht/Magd, S – Summe.

befindlichen Personen nachziehen, sodass sich die Summe der sich im Zuge „qualifizierter“ Peuplierungspolitik niedergelassenen Professionisten-Haushaltungen auf 93 Emigranten belaufen würde. Das Generaldirektorium differenzierte bei der Austeilung peuplierungspolitisch motivierter Benefizien dahingehend, dass „[...] diese ermeldte Fremde sich größten theils Heirathswegen während dem Kriege zu Wesel niedergelassen (...) [haben], folglich zu denen accise-Freyheits Beneficiis nicht qualificiret“ seien.²²⁶⁴ Allen anderen niedergelassenen Professionisten könnten die geforderten Gelder ausgezahlt werden, damit auch die restlichen Haushaltspersonen zur Emigration ins preußische Land bewegt werden würden. Dieses Beispiel „qualifizierter“ Bevölkerungspolitik belegt abermals den aktiven Ansatz preußischer Peuplierungspolitik zur Besiedelung niederrheinischer Städte nach dem Siebenjährigen Krieg. Zudem kamen die Migranten, wie aus der obigen Tabelle zu entnehmen, aus vielen fremden Gegenden und vermehrten den kulturellen Pluralismus auf engstem städtischen Raum.

Des Weiteren meldeten sich in der Stadt **Wesel** noch einige weitere qualifizierte Handwerker und Manufakturisten, die recht bemittelt und mit einigem Vermögen willig gewesen waren, in das Herzogtum Kleve zu ziehen. So wird angemerkt, dass ein gewisser Peter Nicola „[...] vor kurzem eine ihm im Churpfälzischen zugefallene Erbschaft ins Land gezogen“, ein Valentin Tresch „[...] 600 rthl. am Vermögen mitgebracht und ein verfallenes Hauß wieder hergestellt“ sowie ein „[...] aus Bacharach (...) hereingezogene Nagel Schmidt Philip Reiterhan“ 200 rthl. mitgebracht haben.²²⁶⁵ Vor allem das „[...] Etablissement dieses [letztgenannten] Mannes mit seiner Zahlreichen Familie ist überaus nützlich“ für die niederrheinische Stadt gewesen.²²⁶⁶

Das nachfolgende Beispiel des Etablissements „[...] eines bemittelten Holländers Nahmes Hoonig zu Sonsbeck“ hinterließ bis heute raumwirksame Spuren in der im Herzogtum Kleve gelegen Stadt **Sonsbeck**.²²⁶⁷ Noch heute erinnert eine im Eingang der evangelischen Kirche stehende Grabplatte an den reichen Mennoniten Cornelius Honig, gebürtig aus Zaandijk in Nordholland.²²⁶⁸ (s. Photo 1)

²²⁶⁴ Zitat vom 15. Oktober 1765 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 892.

²²⁶⁵ Zitat vom 15. Oktober 1765 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 892.

²²⁶⁶ Zitat vom 15. Oktober 1765 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 892. Zudem ist der „[...] Philip Reiterhan im Jahr 1764 mit Frau und vier Kindern“, wovon alles Söhne im Alter von 16, 13, 10 und 8 Jahren waren, „[...] nach Wesel gezogen“ und hat sich, wie die anderen drei Migranten, für die Benefizien qualifiziert. Diese wurden ihnen am 28. März 1769 nach erfolgreicher Etablierung genehmigt.

²²⁶⁷ Siehe dazu HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 882.

²²⁶⁸ Siehe dazu Wensky, M.: Die evangelische Kirchengemeinde ... , S. 1-62, bes. S. 44-46. Siehe auch Rosen, J.: 350 Jahre Evangelische Kirche in Sonsbeck. Vorgeschichte, Bau und Erhaltung, in: Evangelische Gemeinde Sonsbeck (Hrsg.): 350 Jahre Evangelische Kirche Sonsbeck. Einsichten – 2005 Jubiläumsjahr, Sonsbeck 2005, S. 19-30.

Grabplatte des Mennoniten Honig in der evangelischen Kirche der Stadt Sonsbeck



Photo 1, M. Zbroschzyk 2012

Nicht nur in der preußisch-moersischen Enklave Krefeld ließen sich mennonitische Glaubensflüchtlinge mit ihren meist herausragenden Qualitäten und Fähigkeiten in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie nieder. Auch in der kleinen niederrheinischen Stadt **Sonsbeck** sind im 17. und 18. Jahrhundert punktuell einige Mennoniten nachweisbar.²²⁶⁹ Im Sommer des Jahres 1773 berichtete der Magistrat zu Sonsbeck, dass seit „[...]“ ungefähr zweyen Jahren (...) sich hier ein reicher Holländer Nahmens Cornelis Cornelizzoon Hoonig aufgehalten“ hat und ein „[...]“ Mann von sehr großem Vermögen“ sei.²²⁷⁰ Aus

²²⁶⁹ Neben den Mennonitengemeinden in Krefeld und Sonsbeck entstanden am Niederhein noch Gemeinden in Goch, Kleve, Emmerich und Rees. Siehe dazu Wensky, M.: Die evangelische Kirchengemeinde ... , S. 45.

²²⁷⁰ Zitat vom 21. Mai 1773 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 882. Der niederlassungswillige Professionist Honig gehörte wahrscheinlich der mennonitischen Zaandijker Papierfabrikantenfamilie an. Nicht nur der spätere Transport des Grabsteins aus dem Holländischen, sondern auch die Vererbung von 500 holländischer Gulden und 20 Florin deuten auf einen Wohlstand der Mennonitenfamilie Honig hin. Dieser besagte Honig findet sich auch in einer Haupttabelle des Jahres 1772/73 über den demographischen, räumlichen

peuplierungspolitischer Verantwortung habe man „ [...] ihn gelegentlich zu persuadiren gesucht, sich hier ansässig zu machen, allein hat er sich dazu noch nicht fest entschließen wollen, jetzt scheint aber eine Gelegenheit [dazu] zu seyn.“²²⁷¹ In diesem speziellen peuplierungspolitischen Fall der Anwerbung eines mennonitischen Glaubensflüchtlings wird sowohl das staatliche als auch das lokale, städtische Interesse an der Ansiedlung des bemittelten Professionisten Honig deutlich, da dieser „ [...] sich schon über 2 Jahre hier unter Ew. Königlichen Majesteet Schutz aufgehalten, sich auch bereits durch Ankauffung eines auf die Stadt Xanten stehenden Capitalis hier im Lande possessionirt gemacht, um (...) zu seiner gantzen Forderung der 10.000 rthl. zu Verhelfen, als er sich dann nicht nur gantz zuverlässig Ein Hauß [und] Garten ankauffen und also nicht leicht wieder weggehen wird, sondern Ew. Königlichen Majesteet einen reichen Unterthanen und wir einen guten Mitbürger gewinnen können, wovon dieses arme Städtgen noch profitiren wird.“²²⁷² Dies mag ein Paradebeispiel umgesetzter preußischer „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik sein, bei der ein bemittelter Glaubensflüchtling trotz vorhandener fremder kultureller und konfessioneller Prägung in einer niederrheinischen Stadt zur Stärkung der Wirtschaftskraft und zur demographischen Förderung räumlicher Verdichtung willkommen war. Die Reaktion der preußischen Kammer erfolgte sehr zügig mit dem Hinweis „ [...] gedachten Hoonig, wenn er ein guter und bemittelter Mann ist, im Lande behalten und ihn zum Etablissement zu disponiren.“²²⁷³ Deshalb müsse an vonseiten der Stadt alle Mühe aufwenden, um den „ [...] gedachten Hoonig, wenn er ein guter auch bemittelter Mann ist, im Lande zu behalten und ihm zum Etablissement zu disponiren“, damit die Ansiedlung des mennonitischen Emigranten zum Wohle der Stadt und des preußischen Staates erfolgen könne.²²⁷⁴ Aufgrund des detaillierten Berichtes des Magistrats über die positive Wirkung des bemittelten Mennoniten auf die Stadt wurde die Klevische Kammer darin bestärkt, dass „ [...] er sich seinem Versprechen gemäß alle Mühe geben wird“, sodass der „ [...] Honig zum Etablissement in Sonsbeck zu persuadiren [sei und] (...) ihm die freyheits Jahre, welche fremde, die sich in unseren landen setzen, gekommen, zu accordiren.“²²⁷⁵ Doch bereits ein Jahr darauf, 1774, wurde der besagte

und wirtschaftlichen Zustand niederrheinischer Städte wieder, siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²²⁷¹ Zitat vom 21. Mai 1773 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 882.

²²⁷² Zitat vom 21. Mai 1773 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 882.

²²⁷³ Zitat vom 8. Juni 1773 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 882. Auch in der Akte „Wegen der sich etablierten Fremden-Famillen und deren Freyheit und der deshalb eingereichten Designation 1773-1779“ berichtete die Klevische Kriegs- und Domänenkammer über ein „ [...] Gesuch des Magistratus zu Sonsbeck, wegen des sich daselbst aufhaltenden reichen Holländers Cornelis Cornelizzon Honig“, bei dem man von Seiten der Stadt alles tun möge, um ihm „ [...] sein Etablissement in Sonbeck zu erleichtern.“ Zitat vom 3. Juli 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁷⁴ Zitat vom 8. Juni 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁷⁵ Zitat vom 4. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

Mennonit Honig in Anwesenheit von vier Verwandten in der reformierten Kirche zu **Sonsbeck**, einem raumwirksamen Symbol „restaurativer“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten, beigesetzt. Der extra in Holland hergestellte, ins Herzogtum Kleve importierte und mit hohen Kosten verbundene Transport des Grabsteines des Mennoniten Honig, der im oberen Bereich ein Motiv mit Bienenkörben als symbolische Anspielung auf den Namen „Honig“ zeigt, erinnert als ein stiller Zeuge preußischer Peuplierungspolitik und religiös-kultureller Toleranz an die staatlich geförderte Ansiedlungspolitik fremder Migranten in der Stadt **Sonsbeck**. (s. Photo 2)

Nahaufnahme der Grabplatte des Mennoniten Honig aus der evangelischen Kirche Sonsbeck



Photo 2, M. Zbroschzyk 2012

Im Jahr 1775 baten in **Xanten** zwei Professionisten namens Peter Deichman und Barbara Scholten um die „[...] Auszahlung des Accise fixi und Bau Reparation Gelder.“²²⁷⁶ Einem Gesuch der beiden Bittsteller ist zu entnehmen, dass die emigrierte Frau sich nunmehr schon seit zehn Jahren am „[...] 5. Maj 1763 mit meinen nunmehr verstorbenen Ehemann namens

²²⁷⁶ Zitat vom 4. März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

(...) Herman, Zimmermann von Profession, und mit ihn in Holland erzeugte Kinder herkommet, häußlich niedergelassen [und] von meinem mitgebrachten Vermögen ein im Krieg ruinirtes Hauß an erkaufft“ habe.²²⁷⁷ Zwar wären ihr solche Benefizien „[...] auch versprochen worden, dennoch habe ich dies gnad bishero nicht erhalten können, obgleich ich erfahren habe, daß vor und nach meiner ankunft andern frembden, so doch nicht so viel im Vermögen als ich mitgebracht, da sie kein ruinirtes Hauß reparieret, solches erhalten“ haben.²²⁷⁸ Diese kritisierte Ungleichheit bei der Genehmigung versprochener Benefizien deutete zunächst auf eine nicht immer effektive und gerechte Handhabung bei der „Retablissement-Politik“ hin. Der jetzige Ehemann Peter Deichman, „[...] aus Ürdingen ein Cöllnischen Flecken gebürtig, hatt sich mit einem Knechte aus gleicher gegend hiehin begeben, und die bisherige bürger tochter Nahmens Barbara Scholten geheyrathet.“²²⁷⁹ Aufgrund dieser komplexen Sachlage, dass die wahrscheinlich in Xanten gebürtige Bürgerstochter Barbara Scholten sich in jungen Jahren aus Xanten nach Holland begeben hatte und nun wieder als Rückkehrerin einen fremden Emigranten heiratete, könne sie sich, so die Argumentation der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, „[...] nach denen von Uns allerhöchst approbirten reglements zu Erhaltung der Accisse Freyheit und Bau Hülfs Gelder gar nicht qualificiren.“²²⁸⁰ Dennoch scheint zumindest die Nichtauszahlung der Baufreiheitsgelder zum Wiederaufbau der zerstörten Stadt **Xanten** als nicht gerechtfertigt, da nachweislich eine zerstörte und verfallene Hausstelle im Zuge retablissementbezogener Maßnahmen wieder aufgebaut worden war. Dass die Etablierung qualifizierter Professionisten zur Mitte der 1770er Jahre aufgrund der langsamen Abkehr „aktiver“ Peuplierungspolitik spürbar abnahm, verdeutlichen die Magistratsberichte der Städte **Xanten, Orsoy, Kervenheim, Büderich, Grieth** und **Kleve** für das Jahr 1773, weil „[...] sich hieselbst in anno 1772/73 keine zu Accisse freyheit sich qualificirenden fremde niedergelassen“ hatten.²²⁸¹

Wie hilfreich zum Teil persönliche Empfehlungsschreiben bei der staatlichen Unterstützung eines Etablissements waren, verdeutlicht das nachfolgende Beispiel des sich in **Orsoy** niederlassungswilligen Professionisten Johan Diederich Daehne. Der Überbringer dieses Empfehlungsbriefes, „[...] der lange Jahre bey mir gedienet, (...) sich vor einigen tagen Verheyrathet und in Orsoy etabliret (hat), wo er sich mit seiner Seil Spinner Profession

²²⁷⁷ Zitat vom März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁷⁸ Zitat vom März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁷⁹ Zitat vom 8. April 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁸⁰ Zitat vom 16. April 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁸¹ Zitat vom 22. Mai 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

redlich zu ernehren gedencket.“²²⁸² Vor allem die von ihm gezeigte „ [...] Treue und Rechtschaffenheit, womit dieser Mensch mir gedienet, macht es mir zur Pflicht demselben auf alle mögliche Weise bey seinem Etablissement behülflich zu seyn.“²²⁸³ Dem ehemaligen Leutnant und jetzigen Professionisten müsse man, so ein sofortiger Befehl des Kriegsrates Scheele an der **Orsoyer** Magistrat, „ [...] bey seinem Etablissement alles Soulagement wiederfahren (...) lassen, wodurch auch noch mehrere Ausländer angereizet werden können, ihren Aufenthalt und Gewerbe an einem Orte zu suchen, dessen Obrigkeit für ihr gutes Fortkommen alle Sorgfalt nimt.“²²⁸⁴

Weiterhin sind punktuelle Etablissementvorhaben, die sich zu den Benefizien qualifizieren, in den niederrheinischen Städten **Kalkar**, **Orsoy** und **Sonsbeck** im Jahre 1773/74 in den tabellarischen Nachrichten des Kriegsrates Scheele nachzuweisen. So berichtet der Magistrat zu **Sonsbeck**, dass „ [...] sich zwey Familien, so sich zur Accisse Freyheit qualificiren, dahier niederglassen hätten, nemlich Fried. Wilhelm Breussing und Henr. Spickermann, allein ist darauf nichts erfolgt, alß nur Schwierigkeit gemacht, ob selbige sowohl zu der Accisse Freyheit qualificirten.“²²⁸⁵ Dieser sicherlich nicht einmalige Vorgang beweist, dass die niedergelassenen Professionisten immer wieder mit Nachdruck gegen die bürokratischen Strukturen preußischer Administration um ihre ihnen versprochenen Benefizien und Gelder zum Fortkommen des Etablissements energisch kämpfen mussten. Da „ [...] nun Erster aus Neuwied bürtig und mit einer Familie, so aus 3 Persohnen nebst einer Magd besteht, sich hier niedergelassen, deßen Frau aber hier aus Sonsbeck gebürtig ist, sich bereits durch Ankaufung eines Hauses und Gartens angeseßen gemacht, letzterer der Spyckermann aber, welcher aus dem Paterbornschen herkommend, eine familie Von 5 Persohnen hat, und deßen Frau aus Calcar gebürtig ist und eine Loherrey angefangen (...) und sich dabey so viele Häute sich angeschaffet hat, daß die Vermuthung, daß er nemlich, wenn die Accise frey Jahren zu Ende wären, wieder weggehen werde“, bat der Magistrat zu **Sonsbeck** gnädigst um die Gewährung der Akzise-Freiheit für die beiden erfolgreich etablierten Professionisten.²²⁸⁶ (s. Tab. T-39)

²²⁸² Zitat vom 26. Mai 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁸³ Zitat vom 26. Mai 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁸⁴ Zitat vom 29. März 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Am 25. Juni 1775 erfolgte die Ausstellung der Akzisefreiheit an den Lieutenant Daehne ohne weitere zeitliche Verzögerung und bürokratische Hindernisse.

²²⁸⁵ Zitat vom 29. Mai 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁸⁶ Zitat vom 19. Mai 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

Tabelle derer, die sich zu den Benefizien und der Akzise-Freiheit qualifizieren können, vom
31. August 1773 und 25. Januar 1774

Nr.	Stadtname	Nr.	Name	Religion	Woher	Profession	Personenanzahl
1	Xanten	1	Johan Pheper (?)	cath.	holländisches Sauerland	Zimmermann	1
		2	Louis Langalaine	cath.	Rheinberg	Peruquier	2
		3	Bernhard Laack	luth.	Münster Land	Zimmermann	2
		4	Wilhelm Nulches	cath.	Jülich	Fabricant	6
2	Calcar	5	Zur Nieden	cath.	cöllnisches Sauerland	Kaufmann	1
		6	Feldhuisen	cath.	Harlem	Kaufmann	1
3	Orsoy	7	Lieutenant Deane	cath.	aus Cleve, ist sonst von Brielen aus Waldeck gebürtig	ein Seiler	2
4	Sonsbeck	8	Wilhelm Breussing	ref.	aus Neuwied	Kaufmann	4
		9	Henr. Spickermann	cath.	aus Paterborn	Lohgerber	4
Summe		9	----	----	----	----	23

Tab. T-39

Der Fortgang des aus dem kölnischen Sauerland stammenden Kaufmanns Zur Nieden verlief nicht im Sinne der Klevischen Kammer, weil dieser die „[...] für dieses Jahr mit 12. rthl. beim Accise fixa“ veranschlagten Gelder nicht zahlen konnte.²²⁸⁷ Dies lag primär daran, dass der sich in **Kalkar** niedergelassene Kaufmann „[...] in all seinen unternehmungen eine große Einfalt und unvorsichtigkeit immer gezeiget“ und dadurch zum Leidwesen des Staates keine Einkünfte für die Klevische Kammer abzugeben hatte.²²⁸⁸

Zum Ende des Jahres 1773 vermeldete der Magistrat zu **Xanten** eine weitere Etablissementanfrage eines Holländers „[...] henr. Freyhoff aus Rotterdam gebürtig“, der sich „[...] hieselbst etabliren will, wenn ihm nicht so wohl das bürgerrecht gratis ertheilet, alß auch (...) die denen frembden allergnädst. Verwilligte freyjahren und exemption Von allen bürgerlichen laßen, accordiret werden würden.“²²⁸⁹ In der Stadt **Orsoy** ließ sich im Winter 1773 ein „[...] als Soldat zu Wesel verabschiedete[r] und mit seiner Frau nebst zweyen Kindern herübergekommene[r] Zur Mühlen (...) als Amts Armen Jäger“ nieder.²²⁹⁰

²²⁸⁷ Zitat vom 16. Februar 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁸⁸ Zitat vom 16. Februar 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Dieser aus dem kölnischen Sauerland emigrierende Kaufmann wird auch in einer Haupttabelle des Jahres 1770 über den Zustand klevischer Städte erwähnt. Siehe HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

²²⁸⁹ Zitat vom 9. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁹⁰ Zitat vom 12. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

Ein Jahr später bat der Magistrat zu **Orsoy** erneut um die Genehmigung versprochener Benefizien für einen gewissen „[...] Henr. Korte, der sich als ein fremder zu Orsoy etabliret und mit einer dasigen Wittwe verheirathet ist.“²²⁹¹ Weil aber der Henrich Korte „[...] nicht das geringste im Vermögen hat“, konnte dieser sich aufgrund der „qualifizierten“ Ausrichtung peuplierungspolitischer Policygesetzgebung „[...] zum Genuß der denen anziehenden Fremden verheißenen Freyheiten nicht qualificire[n].“²²⁹² Dies verdeutlicht den selektiven und qualifizierten Aspekt „stadtbezogener“ preußischer Bevölkerungspolitik während der Zeit der Regentschaft des preußischen Königs Friedrichs des Großen, der bei der Peuplierung städtischer Siedlungen lediglich bemittelte qualifizierte Professionisten bei ihrer Errichtung eines Etablissements begünstigte und unterstützte.

Die punktuelle Etablierung fremder Professionisten ist im Herzogtum Kleve weiterhin zur Mitte der 1770er Jahre nachweisbar. Das nachfolgende Beispiel eines in **Büderich** niederlassungswilligen Fabrikanten zeigt, dass auch innerhalb der rheinischen Provinzen preußischer Herrschaft migriert wurde. Der „[...] Fabrikant Joh. Carl Uhl, welcher aus Nassau Saarbrücken gebürtig, Lutherische Religion, verheyrathet, vorhin in diensten der Herren von der Ley zu Crefeld gewesen, und seit 4 jahren in Geldern etabliret, wird durch einen ihm wiedrigen Umstand, wegen seiner dortigen Wohnung gleichsam genöthiget, letztern Ort zu verlassen.“²²⁹³ In Anbetracht preußischer „Retablissement-Politik“ wüster Hausstellen wolle er nun „[...] ein ruinirtes abandonirtes Hauß oder Stelle, welche er mit Hilfe der (...) verliehenen Baufreyheits Geldern sich in wohnbaren Stand bringen.“²²⁹⁴ Ein ähnlicher Fall innerer Migration lag der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer im Jahre 1777 vor, da „[...] der Johann von Arsen aus Kevelaer vorhabens [war], sich in der Stadt Üdem zu etablieren.“²²⁹⁵ Aus einem persönlichen Gesuch des Ackerbauers und Viehzüchters Arsen geht hervor, dass dieser „[...] zu Agen an der Maas gebürtig und (...) 12. jahr in Kevelaer gewohnt“ hat.²²⁹⁶ Das große Interesse der Stadt **Üdem** an der erfolgreichen Etablierung des niederlassungswilligen Professionisten lag darin begründet, dass „[...] der vom Arsen des Bürger Hauptmanns Joh. Schraven Tochter geheyrathet habe und zu Kevelaer in sehr guten Vermögens Umständen, welche er mit anhero bringt, also deßen anzug hierhin aus mehr als einer absicht zu wünschen sey.“²²⁹⁷ Zudem würde aus wirtschaftspolitischer Perspektive diese

²²⁹¹ Zitat vom 10. Oktober 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Dieser Henrich Korte hatte vormals „[...] im Moersischen als Beuren Knecht gewohnt.“

²²⁹² Zitat vom 10. Oktober 1774 und 21. November 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁹³ Zitat vom 5. August 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁹⁴ Zitat vom 5. August 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁹⁵ Zitat vom 15. Oktober 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁹⁶ Zitat aus dem persönlichen Brief des Arsen von 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²²⁹⁷ Zitat vom 29. Oktober 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

peuplierungspolitische Maßnahme nicht nur „[...] die Consumption allhie Vermehren (...), sondern (...) auch das Hauß auf den Markt, das er beziehet, auf das beste retabliren.“²²⁹⁸

Über einen weiteren „qualifizierten“ peuplierungspolitischen Versuch des Jahres 1775 der Stadt **Kalkar** liegt uns in der Akte „Wegen der von dem zu Calcar sich etablirten Schnupf-Tabacks fabricant Francke genachgesuchte Benefizien“ vor.²²⁹⁹ Im Mai desselben Jahres überprüfte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer „[...] die Vorstellung eines gewissen aus dem Luxemburgischen nach Calcar hin gezogenen Schupftabacks Fabricanten Johann Francke (...) wegen der von demselben nachgesuchten edictmäßigen Freyheiten und Beneficien.“²³⁰⁰ Seine Haushaltung bestand aus seiner Frau, einem Kind und einen Compagnon, „[...] also in Summe [aus] 4 Personen“, die sich seit einiger Zeit in der Stadt etabliert hatten.²³⁰¹ Nach einer genaueren Überprüfung der Person des etablierungswilligen Fabrikanten durch den zuständigen Magistrat ging hervor, dass der „[...] Francke nicht eigentlich aus dem Luxemburgischen, sondern Von Cölln gekommen, derselbe hat daselbst als Knecht in einer Tabacks-Fabrique gearbeitet, und gar kein Vermögen mit hiehin gebracht, und ist gleichsam bettalarm.“²³⁰² Aufgrund dieser Tatsachen „[...] qualificiret sich dieser zu denen den Fremden verpriessenen Beneficien gar nicht, (...) wie wolte also derselbe bey solchen Umständen eine Tabacks-Fabrique poussieren können.“²³⁰³ Diese berechnete negative Einschätzung des **Kalkarer** Magistrats deckte sich nicht mit den peuplierungstheoretischen Ansichten des Kriegsrates Scheele. Man solle dennoch dem Francke „[...] die denen anziehenden fremden verheißenen beneficia angedeyen (...) laßen, indeßen (...) Magistrat dem francke während seines Aufenthaltes alle nur mögliche Erleichterung (...) zu verschaffen suchen und ihm die Anlage der Fabrique möglichst facilitiren.“²³⁰⁴ Wenn er „[...] zum Betrieb der Fabrique die nötige Geschicklichkeit habe“, dürfen ihm die „[...] denen Fremden accordirten beneficia nicht vorenthalten werden“, solange er sich aber „[...] zu Calcar nicht würcklich ansässig gemacht oder reele Anstalten zur Anlegung der Schnupftabacks fabrique vorgekehret hat“, habe er auch keinen Anspruch auf die Auszahlung der von ihm geforderten Benefizien.²³⁰⁵ Die Realisierung dieses peuplierungspolitischen Unterfangens mag aufgrund weiterer fehlender Anmerkungen in

²²⁹⁸ Zitat vom 29. Oktober 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Aus einer Tabelle vom 10. November 1777 für die Stadt Üdem geht hervor, dass die Designation des Arsen durch die Klevische Kammer genehmigt wurde. Die Personenanzahl seiner Haushaltung wurde auf sechs Personen beziffert.

²²⁹⁹ Siehe dazu aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1387.

²³⁰⁰ Zitat vom 26. Mai 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1387.

²³⁰¹ Zitat vom 22. Mai 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1387.

²³⁰² Zitat vom 6. Juli 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1387.

²³⁰³ Zitat vom 6. Juli 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1387.

²³⁰⁴ Zitat einer Notiz des Kriegsrates Scheele vom Juli 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1387.

²³⁰⁵ Zitat einer Notiz des Kriegsrates Scheele vom Juli 1775 und vom 4. August 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1387.

Tabellen recht unwahrscheinlich sein, da sich auch sonst keine Hinweise finden lassen, dass eine solche Schnupftabakfabrik in der Stadt **Kalkar** errichtet wurde.

Aus einer Tabelle des **Xantener** Magistrats aus den Jahren 1776/77 sind weitere punktuelle Etablierungsversuche „qualifizierter“ Peuplierungspolitik zur Hebung der wirtschaftlich sehr heruntergekommenen Stadt **Xanten** nachweisbar. Insgesamt baten für diesen Zeitraum fünf fremde Professionisten um die Genehmigung der Vergütung der Akzise-Freiheitsgelder oder der Gewährung einer zweijährigen Befreiung des „Accisse Fixos“.²³⁰⁶ (s. Tab. T-40)

Tabelle der sich zur Akzise-Freiheit qualifizierenden fremden Professionisten für die Stadt
Xanten 1776/77

Nr.	Name	Religion	Woher	Profession	Personenanzahl
1	Cornelius Dorman	cath.	Cölln	Fuhrmann	2
2	Bernd Buhren (?)	cath.	Holland	Kaufmann	1
3	Frantz Bürgermann	cath. (?)	Münsterland	Schneider	2
4	Bernd Henrichs	cath.	Cölln	Bäcker	2
5	Wittwe Peters	cath.	Holland	----	2
Summe		----	----	----	9

Tab. T-40

Auffallend für diese Tabelle niederlassungswilliger Professionisten der Stadt **Xanten** ist aus der Perspektive sozialhistorischer Migrationsforschung die ausschließliche Etablierung qualifizierter Professionisten katholischer Religion.

Für die anderen niederrheinischen Städte wurden die Nachrichten sich etablierender Manufakturisten und Fabrikanten immer weniger. Für die kleine Stadt **Kervenheim** benannte man nur einen ansässigen „[...] Schneider namens Henrich Reuter“, der um die ediktmäßig versprochene „[...] accise freyheit oder vergütung gebethen hat.“²³⁰⁷ Ähnlich vermeldete der **Sonsbecker** Magistrat nur einen niederlassungswilligen Professionisten namens Friedrich Christian Bleibtreu aus Weilburg, der „[...] nebst seiner Frau und Sohn also mit drey Persohnen hier sich häußlich niedergelassen [hat] (...) und sich zu der Accisse Freyheit“ qualifizierte.²³⁰⁸ Der fremde Professionist Bleibtreu wird „[...] mit seiner familie gewiß hier wohnen bleiben (...), [da der] Außbau Ihres Haußes schon ein ansehnliches vorgeschossen

²³⁰⁶ Am 26. August 1776 deutete die Klevische Kriegs- und Domänenkammer erneut darauf hin, dass „[...] aus dem erlassenen regulatio bekannt seyn muß, daß den fremden die Accisse Freyheit nicht mehr bezahlet wird, sondern sie dafür zwey Jahre von den Accisse Fixo frey bleiben sollen.“ Zitat aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³⁰⁷ Zitat vom 28. April 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³⁰⁸ Zitat vom 3. September 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

hat, sein Sohn auch examinirter und approbirter Chirurgus hierselbst ist.“²³⁰⁹ Im Herbst 1777 bestätigte der Magistrat zu **Kalkar** ganz stolz die erfolgreiche Etablierung eines katholischen Kupferschlägers namens Engelbert Pickers, der „[...] vor ungefehr ein und halb Jahren mit seiner familie hiehin gezogen“ sei und als „[...] Knecht einige Jahre im Lande bei Kupferschlägern gedienet“ hatte.²³¹⁰ Dieser fleißige qualifizierte Handwerker „[...] treibet seine Kupferschlägerei in sehr guter ordnung“ und „[...] hat (...) einen Einzelhand angefangen“, um sein Gewerbe weiter zu expandieren.²³¹¹

Ein peuplierungspolitisches Beispiel der Stadt **Üdem** belegt auch bei punktuellen Retablissement-Maßnahmen ein Interesse der Städte selbst, die wüstliegenden Stellen mit qualifizierten Professionisten zu besiedeln. Der positive peuplierungstheoretische Gedanke für die Wohlfahrt der Städte durchdrang langsam die bevölkerungspolitischen Ansichten städtischer Magistrate und Bürgermeister auf lokaler Ebene. Im Jahre 1778 meldete der **Üdemer** Magistrat ein „[...] Hauß unter dem Markte (...), welches dem jetzigen Waisenvater Friedrich Jansen in Goch zugehöret, seith einiger Zeith ledig gestanden und zu vermiethen oder zu Kauff ist, und ein fehlender Handwercker als Strumpf-, Huth-, Knopf- und Pompmacher hier wohl subsistiren könnten.“²³¹² Nur drei Monate später tauchte in einer Tabelle der Stadt **Üdem** ein katholischer Hutmacher Henricus Rimmel aus dem Gelderischen auf, dessen Frau aus Goch gebürtig war.²³¹³

Dass oftmals Verheiratungen zur Peuplierung städtischer Siedlungen führten, belegt exemplarisch die Niederlassung eines fremden Maurers „[...] Nicolaus Nessbach aus dem Pfaltz Zweybrückschen“, der sich „[...] durch Verheyration an einer Bürgers Tochter“ willens zeigte, sich als Professionist in der Stadt **Büderich** zu etablieren.²³¹⁴ Zwei Ähnliche peuplierungspolitische Fälle wurden in einer für die Stadt **Büderich** erstellten Tabelle vermerkt, bei denen ein Johan Neschbach aus Odenheim in Zweibrücken, Maurer von Profession, und ein gewisser ackerbautreibender Michael Ponte, aus den kölnischen Landen „[...] ohne familie angekommen (sind), (...) [und] sich an bürgers tochter verhey Rathet und selbst die Bürgerschafft gewonnen“ haben.²³¹⁵

²³⁰⁹ Zitat vom 17. September 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Aufgrund der positiven Wirkung des niedergelassenen Professionisten und die seines Sohnes auf die Stadt bat der Magistrat inständig, dass man ihm „[...] die 21 rthl. vor drey jahren acorderet werden“ mögen.

²³¹⁰ Zitat vom 8. September 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Die Haushaltung des Kupferschlägers Pickers bestand aus insgesamt vier Personen.

²³¹¹ Zitat vom 8. September 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³¹² Zitat vom 10. Februar 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³¹³ Siehe die Tabelle vom 8. Mai 1778 der Stadt Üdem aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³¹⁴ Zitat vom 9. Mai 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³¹⁵ Zitat aus der Tabelle der Stadt Büderich vom 2. August 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

Im selben Jahre 1778 konnte der Magistrat zu **Xanten** die freudige, peuplierungspolitisch positive Nachricht kundtun, dass der „[...] hiesige Lutherische Prediger Grimmer (...) seit vorgem Jahr sich hier etablirt, und durch (...) Information der Jugend in der Lateinischen und andern Sprachen sich zu ereifern, dessen Haushaltung bestehet aus 1 Mann, 1 frau und ein Sohn über 9 Jahr und wird nach seinen eigenen Geständniße, so lange er hier seine hie längliche Subsistenz finden kann, Von hiesige Stadt oder den königl. Staaten nicht mehr verlassen“ willens sein.²³¹⁶ Zur gleichen Zeit hatte sich in der Stadt **Orsoy** ein Handwerker „[...] Tillman Bücken, ein Schmidt, reformirter Religion (...) durch Ankaufung eines Hauses hieselbst etablirt“ und zum Wohle der städtischen Wirtschaft sein Gewerbe ausgeübt.²³¹⁷

Zum Jahre 1779 stellte sich ein Kaufmann „[...] Johann Matthias Fitgens aus Keyzerswerth“ der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vor, der vorhabens war sich in der Stadt **Xanten** zu etablieren „[...] und daselbst eine specerey handlung“ auszuüben.²³¹⁸ Ein weiterer peuplierungspolitischer Rückkehrer in die Stadt **Sonsbeck** war ein Vater einer holländischen Famillie, „[...] der Zwaren hier gebürtig, (...) aber in seiner Jugend hier weggegangen (ist) (...) und in Holland geheyrahtet und daselbst 3 Kinder gezeuget“ hatte.²³¹⁹

Ein schönes Beispiel „qualifizierter“ Peuplierungspolitik in der Stadt **Kalkar** belegt, dass trotz der seit Anfang der 1770er Jahre beginnenden Abkehr stark subventionierter Bevölkerungspolitik rheinischer Territorialgebiete Niederlassungen fremder Professionisten im geringeren Maße mit Privilegien und Geldern weiterhin unterstützt worden sind. Obwohl auch die Stadt bei ihren eigenen peuplierungspolitischen Aktivitäten selbst „[...] 8 dergleichen wüsten Stellen nach Vorhergegangenen unterschiedlichen Publicationen so wohl durch den Intelligentz-Zettel, als auch durch die Stadt und in den Kirchen (...) ausfeilen“ ließ, erschien kein Baulustiger zur Retablierung der noch immer vorhandenen räumlich leer stehenden Stadtplätze.²³²⁰ Dennoch habe man nun „[...] bei gegenwärtigen critiquen Zeit-Punct dennoch Gelegenheit gefunden, einen Liebhaber zu dessen Aufbau durch vieles zureden zu animieren.“²³²¹ Hierbei ging es um die Wiederbesiedlung der schon im vorherigen Kapitel erwähnten „Coenderschen Haußstelle“ der Stadt **Kalkar**, die durch den Schiffer Peter Heckermann bei Auszahlung der Baufreiheitsgelder, bei Befreiung der Werbegelder und der Erlangung des Bürgerrechtes „[...] zur Zierde und besseren Aufnahme hiesige[r] Stadt“

²³¹⁶ Zitat vom 28. Juli 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³¹⁷ Zitat vom 7. August 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942. Dieser qualifizierte Handwerker kam „[...] aus dem Cölnischen Amte Hörstgen.“

²³¹⁸ Zitat vom 3. März 1779 und aus dem persönlichen Schreiben des Fitgens aus demselben Jahr aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³¹⁹ Zitat vom 3. Mai 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.

²³²⁰ Zitat vom 19. April 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²¹ Zitat vom 19. April 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

wieder aufgebaut würde.²³²² Nach einer eingehenden Prüfung des **Kalkarer** Magistrats wurde konstatiert, dass der Schiffer „[...] Peter Heckermann aus Wiedelar, welcher, wie man Von Leuten aus dasigen Ort Vernommen, ein Vermögender Mann seyn solle.“²³²³ Diesem angeworbenen bemittelten Fremden habe man „[...] durch Vieles zureden dahin resolviret, nun mit seiner Frau, Vier Söhnen und eine Tochter, nach Vollendeten Bau, sich allhier Häußlich nieder“ zu lassen.²³²⁴ „Seine Absicht, sich allhier häußlich niederzulassen“, so der Magistrat an den zuständigen Accisse-Accessor, „[...] bestehet Hauptsächlich in dem Zoll-Privilegio.“²³²⁵ Dies zeigt durchaus, dass vor allem die peuplierungspolitischen Anreize wie die Vergabe von Benefizien und Privilegien sowie die Auszahlung von Geldern einen unglaublich wichtigen Standpunkt bei der Überlegung der Übersiedlung in die preußisch-niederrheinischen Territorien spielten. Auch der zuständige Kriegsrat Kranitz war bei der Umsetzung dieses peuplierungspolitischen Retablissement-Planes sehr bemüht, damit „[...] diese für die Stadt so nützliche Etablissement zur wirklichkeit kommen“ könne.²³²⁶ Im Juli desselben Jahres kam endlich die positive Antwort der Klevischen Kammer, dass „[...] ihr auf die Besetzung der ledigen Hauß Stelle dieser Stadt attention nehmet, und es (...) gut (ist), daß die wüste Coendersche Haußstelle (...) bebauet werden soll.“²³²⁷ Allerdings könne man aufgrund der nun nicht mehr so stark aus Berlin geförderten aktiven Peuplierungspolitik zu den „[...] 30 procent Baufreyheits Gelder gar keine Hofnung gegeben werden (...), da das Reglement vom 31ten Juli 1773 nicht mehr als 10 procent verheißet.“²³²⁸ Die anderen von ihm geforderten Freiheiten wie die Aussetzung der zu zahlenden Werbegelder und städtischen Dienste sollte auf 3 Jahre festgesetzt werden. Die erfolgreiche räumliche Besiedlung und Retablierung der wüsten Hausstelle in der stark vom Krieg zerstörten Stadt **Kalkar** bewirkte eine positive Zustimmung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, weil „[...] der Schiffer Heckermann aus Wittlar gegen 15 pro Cent Baufreyheits Gelder den aufbau der wüsten Coenderschen Hauß Stelle in Calcar zu unternehmen von Euch überedet worden“ war.²³²⁹ Im Herzogtum Kleve sind durchaus symbiotische Kräfte peuplierungspolitischer Umsetzungen lokaler Amtsträger und preußischer Behörden zu erkennen, die dann insbesondere in der Phase der Abkehr intensiv betriebener Peuplierungspolitik zu einer

²³²² Zitat vom 19. April 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²³ Zitat vom 6. Juli 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²⁴ Zitat vom 6. Juli 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²⁵ Zitat vom 6. Juli 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²⁶ Zitat vom 17. Juli 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²⁷ Zitat vom 27. Juli 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²⁸ Zitat vom 27. Juli 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

²³²⁹ Zitat vom 14. September 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1388.

gelungenen Kolonisierung seit langem schon wüst liegender und unbesiedelter Hausstellen mit qualifizierten Professionisten führen konnten.

Das nachfolgende Exempel „qualifizierter“ Peuplierungspolitik beweist eindeutig, dass vor allem die Gesuche sehr bemittelter Personen zu allen Zeiten unterschiedlicher Ausrichtung bevölkerungspoliceylicher Gesetzgebung mit einem besonderen Engagement bearbeiten wurden. Im Sommer berichtete die Klevische Kammer, dass, „[...] um der Verfolgung ihrer Gläubiger zu entgehen“, die holländische Wittwe Adolphy, „[...] die drei Kinder hat und ein würckliches Vermögen von 20.000 fl. holländisch besitzt“, eine Schutzprotektion zur Etablierung in der preußisch-niederrheinischen Provinz benötigte.²³³⁰ Per persönlichem Befehl wies der preußische Monarch Friedrich der Große dem Kammerpräsidenten von Ostau an, dass diese emigrationswillige und bemittelte Wittwe samt ihren drei Kindern „[...] nicht ausgeliefert werden, sondern sich vielmehr meines Schutzes zu erfreuen haben, und ihnen auch zur Auslieferung ihres Vermögens, so viel nur immer möglich, mein höchster Bestand angedeyen soll.“²³³¹ Nach der erfolgten, durch Friedrich den Großen persönlich bestimmten Genehmigung hatte „[...] sich die [Wittwe] nunmehr schon wirklich, nicht wie vorhin ihre Absicht gewesen, in Xanten, sondern in Calcar niedergelassen“ und damit eine neue Heimat gefunden.²³³²

Dass noch im Jahre 1780 ein peuplierungspolitisches Engagement bei der Klevischen Kammer existent war, belegt das folgende **Xantener** Beispiel des „[...] aus Rheinberg sich hieselbst etablierenden Stärke Fabricanten Rifford.“²³³³ Die Wichtigkeit dieses städtischen Etablissements war auch dem zuständigen Magistrat vor Ort bewusst und er bat die Klevische Kriegs- und Domänenkammer inständig darum, dass „[...] die positivo Versicherung wegen der freyheiten so schleunig als möglich allgnädigst ertheilet [werde], weilen der Rifford darauf bestehet, und wir (...) befürchten, daß der Magistrat zu Rheinsberg ihn von seinem Vorhaben“ abbringen könne.²³³⁴ Diese Situation verdeutlicht den „kompetitiven“ Charakter „qualifizierter“ Peuplierungspolitiken, weil zwei Städte um den Verbleib eines für die Stadt nützlichen qualifizierten Professionisten kämpften. Schnell reagierte die Klevische Kammer und genehmigte die vom niederlassungswilligen Fabrikanten „[...] gebethenen Bedingungen von unserer Krieger- und Domainen Cammer auf Verwilligung der gebethenen 6-jährigen

²³³⁰ Zitat vom 18. Juni 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 888.

²³³¹ Zitat aus dem persönlichen Schreiben des preußischen König an den Kammerpräsidenten von Ostau aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 888. Diese von ihr geforderte Protektion zur Emigration in die preußischen Territorialgebiete wurde ihr am 5. Oktober 1779 erteilt.

²³³² Zitat vom 13. August 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 888.

²³³³ Zitat vom 19. Oktober 1780 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 79. Seine Haushaltung bestand aus einer Frau und drei Kindern, die er bei einer Etablierung seiner Fabrik mit in die Stadt bringen würde.

²³³⁴ Zitat vom 19. Oktober 1780 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 79.

Freyheit von allen Bürger- und Stadtlasten, nebst dem freyen Bürgerrecht, ferner auf eine 3 jährige Accise bonification.“²³³⁵

Ein letzter hier anzumerkender stadtkolonisatorischer Peuplierungsversuch offenbart dem historisch-geographischen Forscher zwei Erkenntnisse. Einerseits lagen trotz einer nunmehr seit 20 Jahren andauernden „Retablisement-Politik“ ledig stehender Stadtplätze noch punktuelle wüste Hausstellen, wie in der Stadt **Xanten**, zur Retablierung vor. Andererseits verlief die im Zuge der Retablierungsmaßnahmen erfolgte Enteignung nicht wiederaufbaufähiger und wiederbesiedlungswilliger Eigentümer zur räumlichen Reduzierung wüster Stellen keineswegs flächendeckend zügig und ohne Probleme. In der Akte „Wegen der von dem Canonico de Reath zum bebauen verhängten, dem Posthalter Elsberg zugehörigen und der Stadt Xanten gelegenen Wüsten Hauß Stellen 1783“ treffen diese beiden Erkenntnisse bei der Umsetzung „qualifizierter“ Peuplierungspolitik aufeinander.²³³⁶ Zum Frühjahr des Jahres 1783 vermeldete der Magistrat zu **Xanten**, dass „[...] gedachte Hauß Stellen (...) im Krieg ruiniret“ worden sind und eine davon im Jahre 1778 vom Posthalter Elsberg käuflich erworben wurde.²³³⁷ Davor „[...] war das Hauß noch nicht total Verfallen, sondern wurde noch von einem gewissen Ermels bewohnt.“²³³⁸ Ein Grund für den noch nicht geschehenen Wiederaufbau des verfallenen Hauses lag nach Meinung des Magistrats darin begründet, dass dem „[...] Posthalter Elsberg (...), unseres wißens, noch kein[e] Procent Gelder“ ausgezahlt worden waren.²³³⁹ Da der „[...] Canonico de Raeth zum bebauen erlangten wüsten Haus Stelle wieder zu fertigen“ sich willig zeigte, befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer dem Magistrat, dass „[...] es dem Postmeister Elsbergen sehr zur Schuld gereicht, wenn er seit 1773 das abgebrochene Haus in der Bommel Straße Sub No. 218 des Stadts Catastri noch in so langer Zeit nicht erbauet hat.“²³⁴⁰ Sollte der Wiederaufbau dieser schon langsam verfallenden Hausstelle nicht bald geschehen, so müsse im Sinne retablisementbezogener Peuplierungspolitik „[...] der Platz öffentlich ausgebothen“ werden und „[...] dem sich zur Erbauung unter gehörigen Sicherheit offerierenden Baulustigen überlassen werden.“²³⁴¹ Wahrscheinlich aufgrund der stadtgeographischen Lage müsse der Magistrat achtgeben, dass „[...] auf dem (...) Platz keine Hütte, sondern ein ordinäres

²³³⁵ Zitat vom 27. November 1780 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 79. Am 29. Dezember 1780 befahl man erneut, die „[...] von dem Stärke fabricant Rifford zu Rheinberg bey seinem vorhabenden Etablisement in Xanten (...) [...] gebethene bedingungen zu genehmigen“ und „[...] dieses vorhabende Etablisement zu befördern.“

²³³⁶ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³³⁷ Zitat vom 1. April 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³³⁸ Zitat vom 1. April 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³³⁹ Zitat vom 1. April 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴⁰ Zitat vom 28. Juli 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴¹ Zitat vom 28. Juli 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

wohnbahres Bürgerhaus gebauet werden“ solle.²³⁴² Der Eigentümer Elsberg habe nun bis Frühjahr nächsten Jahres Zeit, seine Wiederaufbauwilligkeit der verfallenen Haustelle offenkundig zu demonstrieren, indem die zum Etablissement notwendigen „[...] Materialien noch diesem Winter Jahre angeschaffet und würcklich herbeigefahren werden.“²³⁴³ Sollten diese durch die Klevische Kammer definierten Bedingungen nicht erfüllt werden, werde der Platz dem „[...] sich findenden Meistbietenden Liebhaber mit Auschluß des Elsberg überlassen.“²³⁴⁴ Aus einem Bericht des Kriegsrates Kanitz aus dem Jahre 1784 geht hervor, dass sich der „[...] Schefen Elsberg erklärt gehabt, den ihm zugehörigen wüsten Hauß-Platz an der Bommel Straße hieselbst, welcher der Cononicus de Reath zum bebauen verlangt, binnen Jahres Erst zu bebauen“, sodass nun ein weiterer Zeitverzug bei der Retablierung dieser wüsten Hausstelle entstehen würde.²³⁴⁵ Aufgrund dieser offensichtlichen Boykottierung peuplierungspolitischer Retablisementanordnungen bei der Bebauung der schon langsam verfallenen Hausstelle war die Geduld der Klevischen Kammer überspannt, weil „[...] man sich (...) mit dem Elsberg als einen in seinen Versprechungen unzuverlässigen Mann gar nicht mehr abgeben kann, und er, der doch selbst ein Magistrats glied ist, nur angeziemender weise alle Verfügungen unnütz zu machen sucht, so soll nach so viel vergeblichen Erinnerungen auf den Elsberg gar nicht mehr reflectiret“ werden.²³⁴⁶ Die lokalen Verhältnisse waren wahrscheinlich komplexer, als aus den Quellen zu entnehmen ist, da aufgrund eines persönlichen Briefes des Elsberg an den preußischen König „[...] demselben die Nachsicht dahin [ge]geben [wurde], daß mit Ende des Sommers künftigen Jahres, das Haus auf den wüsten Platz völlig fertig stehe[n] [müsse], (...) da der Elsbergen schon über die 10 Jahr zeit genug dazu gehabt, aber immer neuen Hindernisse vorgewendet hat.“²³⁴⁷ Damit bekam der Eigentümer Elsberg eine letzte Chance, sein stadtkolonisatorisches Projekt abschließen zu können. Trotz all des administrativen Engagements preußischer Behörden und der Versprechungen des Schöffen Elsbergen wurde die wüstliegende Hausstelle nicht wieder retabliert, da der Magistrat der Stadt **Xanten** im Jahr 1788 immer noch zu berichten hatte, dass „[...] der Scheffen und Posthalter Elsbergen das vorige Jahr wieder hat verstreichen laßen, ohn den (...) wüsten Platz (...) mit einem Wohnhauß zu bebauen.“²³⁴⁸ Die Umsetzung peuplierungspolitischer Retablisement-Maßnahmen zwischen der preußischen Kammer und

²³⁴² Zitat vom 19. September 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴³ Zitat vom 19. September 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴⁴ Zitat vom 19. September 1783 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴⁵ Zitat vom 24. April 1784 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴⁶ Zitat vom 7. Mai 1784 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴⁷ Zitat vom 21. Juni 1784 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189.

²³⁴⁸ Zitat vom 17. Januar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1189. Am 4. Februar 1788 wurde nun endgültig die öffentliche Ausbietung des dem Elsberg gehörenden wüsten Platzes verfügt.

den lokalen Administratoren in den Städten erfolgte, wie an diesem Beispiel zu sehen, nicht immer effektiv und problemlos, da die Reichweite des „peuplierungspolitischen Armes“ aus Berlin bisweilen nicht bis in die lokalen Verhältnisse niederrheinischer Städte reichen konnte, um die räumliche stadtbezogene Peuplierung voranzutreiben.

Diese chronologisch-punktueller Darstellung „qualifizierter“ Peuplierungspolitik belegt durchaus zahlreiche Etablierungsversuche fremder Manufakturisten, Fabrikanten und Professionisten in den niederrheinischen Städten, die oftmals zur erfolgreichen räumlichen Besiedelung wüstliegender Stadtplätze und zur Förderung der städtischen Wirtschaft führten. Die Peuplierungswirkung hochqualifizierter Professionisten und stadtkolonisatorischer Ansiedlungen ungenutzter Hausstellen darf in ihrer demographischen Wirkung nicht unterschätzt werden, weil viele Professionistenhaushaltungen aus mehreren Mitgliedern wie Frauen, Kindern, Anverwandten und Knechten, Mägden oder Gesellen bestanden. Das peuplierungspolitische Interesse an der Anwerbung fremder Professionisten bestand zur jeder Phase preußischer Bevölkerungspolitik Friedrichs des Großen. Aufgrund der Bedeutung stadtkolonisatorischer Peuplierungsaktivitäten zur Förderung der stark wirtschaftlich geschwächten Städte rheinischer Territorialgebiete wurde die „qualifizierte“, das heißt die auf die Anwerbung bemittelter Professionisten ausgerichtete, Peuplierungspolitik trotz der zu Beginn der 1770er Jahre eingesetzten Abkehr preußischer Bevölkerungspolitik in den rheinischen Provinzen weiter zum Aufbau niederrheinischer Städte betrieben. Die Zusammenarbeit bei der Umsetzung „qualifizierter“ Peuplierungspolitik zwischen den preußischen Behörden und den Städten verlief aufgrund eines gleichen Interesses oftmals sehr einvernehmlich. Obwohl die stärksten stadtkolonisatorischen Aktivitäten aufgrund der günstigeren infrastrukturellen und geographischen Lage bei den im Herzogtum Kleve befindlichen Städten **Kleve** und **Wesel** erfolgten, sind einige punktueller erfolgreiche Ansiedlungen fremder Professionisten in den niederrheinischen Städten **Kalkar**, **Xanten**, **Sonsbeck**, **Orsoy** und **Büderich** aufgrund der staatlichen Subventionierungspolitik und Förderungen finanzieller und wirtschaftlicher Art nachweisbar. Die Raumwirksamkeit einer solchen Niederlassung qualifizierter Professionisten bestand nicht nur in der Besiedelung leer stehenden städtischen Raumes. Auch durch die wirtschaftsfördernde Wirkung wurde die peuplierungspolitische Attraktivität der jeweiligen Stadt zur Etablierung weiterer niederlassungswilliger Personen erhöht. Blickt man auf die Gesamtheit stadtkolonisatorischer Bemühungen in den niederrheinischen Städten und lässt die am Rhein gelegene Stadt Kleve und die Garnisonsstadt Wesel beiseite, so richtete sich die raumwirksame Kraft niedergelassener Professionisten nach dem Siebenjährigen Krieg weiterhin auf die

Restauration zerstörter und ledig stehender Hausstellen. Von einem „additiven“ Ansatz, dass heißt von einer räumlichen Expansion „qualifizierter“ Peuplierungspolitik und somit von einer Raumknappheit städtischen Siedlungsraumes, kann nicht gesprochen werden. In den niederheinischen Städten lagen zwar genug Raumpotenziale zur Besiedelung und Errichtung von Manufakturen vor, doch der Beitrag „stadtbezogener“ Bevölkerungspolitik zur Zeit Friedrichs des Großen ist eher als „restaurativ“ zu bezeichnen, da er sich auf die räumliche Verdichtung leer stehender Stadtplätze bezog.

1.5.4. Bilanzierung der „Retablisement-Politik“ im Kontext „stadtbezogener“

Peuplierungspolitik

Um eine Bilanzierung retablisementbezogener Maßnahmen preußischer Peuplierungspolitik bei dem Wiederaufbau der im Siebenjährigen Krieg räumlich und demographisch stark in Mitleidenschaft gezogenen niederrheinischen Städte exakt anzustellen, muss der im geistesgeschichtlichen Teil der Peuplierungstheorie herausgearbeitete Gedanke, die Peuplierungspolitik als einen Beginn umfassender Bevölkerungspolitik zu verstehen, mit bei der Bewertung retablisementpolitischer Maßnahmen Berücksichtigung finden. Nicht nur die Wiederbesiedlungsversuche wüster und ledig stehender Hausstellen mithilfe niederlassungswilliger Fremder müssen in die Bilanzierung mit aufgenommen werden, sondern auch die retablisementbezogenen Bemühungen für die einheimische Bevölkerung beim Wiederaufbau ihres wüstliegenden oder verfallenen Eigentums gehören in den Kontext peuplierungspolitischer „Retablisement-Politik“. Die friderizianische „Retablisement-Politik“ niederrheinischer Städte förderte den Wiederaufbau und die Wiederbesiedlung wüster und verfallener Stadträume sowohl einheimischer als auch fremder retablierungswilliger Personen gleichermaßen. Die retablisementbezogene Peuplierungspolitik begünstigte nicht nur die Etablierung fremder Professionisten, vor allem die einheimische Bevölkerung profitierte von der Auszahlung der Baufreiheitsgelder zur Instandsetzung verfallener Hausstellen. Die stadtkolonisatorischen Bemühungen preußischer Peuplierungspolitik unterstützten neben der erhofften positiven Wirkung für die Stadtwirtschaft oftmals die Besiedlung solcher leer stehender Hausstellen, um die noch vorhandenen wüsten Räume mit Menschen zu besiedeln. Zudem etablierten sich vor allem die qualifizierten Professionisten im Zuge der Retablisement-Maßnahmen auf den noch vorhandenen wüsten Hausstellen.

Um nun den Effekt retablisementbezogener Maßnahmen in Bezug auf die Ansiedlung fremder Professionisten aus räumlicher und demographischer Perspektive für die wirtschaftlich partiell sehr desaströs dastehenden niederrheinischen Städte zu erfassen, eignet sich die analytische Auswertung tabellarischer Nachrichten über den wirtschaftlichen Zustand

dieser oben genannten städtischen Siedlungen sehr gut. Neben den demographischen Angaben über die städtische Bevölkerungsentwicklung werden sowohl die räumliche Anzahl der „bebauten“ und „unbebauten“ Feuerstellen als auch die etablierten fremden Professionisten aufgelistet. Die chronologische Vorgehensweise beim zeitlichen Vergleich der sich entwickelnden Feuerstellen, Personenanzahl und der angeworbenen und etablierten Professionisten erlaubt es, die (Raum-)Wirksamkeit und Effektivität „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik teilweise zu erfassen und auszuwerten.

Die folgende Tabelle des Kriegsrates Sandrart beweist nicht nur die in den peuplierungspolitischen Gedanken kameralistischer Theoretiker geforderte Umsetzung detaillierter Aufnahme räumlicher und demographischer Parameter niederrheinischer Städte, sondern bietet uns zudem einen Einblick in die wirtschaftliche, stadtgeographische und bevölkerungsgenetische Entwicklung der retablierungs- und peuplierungsbedürftigen Städte im Herzogtum Kleve.²³⁴⁹ (s. Tab. T-41)

Tabelle vom Zustande der Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1767/68

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	dieses Jahr erbaut	Personenanzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	436	11	----	1649	7
2	Orsoy	222	6	----	846	----
3	Calcar	331	30	----	1403	----
4	Sonsbeck	230	7	----	1214	----
5	Üdem	208	2	----	904	----
6	Büderich	173	1	----	847	----
7	Kervenheim	87	2	----	351	----
8	Grieth	143	11	----	495	----
----	Summa	1791 (sic)²³⁵⁰	70	----	7709	7
Anno 1767		1788	73	----	7750	9
----		+3 (sic)	-3	----	-41	-2

Tab. T-41

Die obige Tabelle verdeutlicht uns zwar nicht, wie viele wüste Hausstellen oder unbebaute Feuerstellen es in der Zeit direkt nach dem Siebenjährigen Krieg gegeben hatte, allerdings können im Abgleich mit den tabellarischen Nachrichten wüster Hausstellen und den Anmerkungen lokaler Magistrate, trotz der noch nicht vorhandenen Exaktheit und

²³⁴⁹ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

²³⁵⁰ Die Gesamtsumme aller vorhandenen bebauten Feuerstellen im Herzogtum Kleve ist falsch angegeben, nach Addition der einzelnen städtischen Feuerstellen ergibt sich eine Gesamtsumme von 1830 Feuerstellen.

fehlenden Standardisierung statistischer Aufnahme, dennoch tendenzielle Aussagen getroffen und überprüft werden. Die intensivsten peuplierungspolitischen Retablisementmaßnahmen erfolgten, wie aus dem Kapitel **1.5.3.2.** des Hauptteils **D** zu ersehen, primär in den direkt nachfolgenden Nachkriegsjahren bis 1765/66, wobei die vermögendsten Eigentümer mithilfe ausgezahlter Baufreiheitsgelder ihre wüsten Hausstellen schnell retablieren konnten. Aus der obigen Tabelle ist zu ersehen, dass sich die Zahl bebauter Feuerstellen des Jahres 1768 im Vergleich zum vorherigen Jahr, nach erfolgter Korrektur meinerseits, um 42 Feuerstellen von 1788 auf 1791 gestiegen ist. Die Gesamtpersonenzahl der im Herzogtum Kleve lebenden Untertanen reduzierte sich jedoch um 41 Menschen von 7750 auf 7709 städtische Personen. Dieser Rückgang war sicherlich der hohen städtischen und natürlichen Sterblichkeit geschuldet. Laut dieser Tabelle siedelten sich im Jahre 1768 lediglich sieben qualifizierte Professionisten an, die sich ausschließlich in der Stadt **Xanten** etablierten.

Die nachfolgende Tabelle über den Zustand niederrheinischer Städte überrascht in Bezug auf die Bevölkerungszahl, da aus gesamter Perspektive die Untertanenzahl im Herzogtum Kleve von 7709 auf 8436 Menschen anstieg.²³⁵¹ Das wäre ein Anstieg von 725 Menschen, die nach einem Jahr auf natürlichem Wege durch Geburt oder durch peuplierungspolitische Anwerbung ein neues Zuhause im Herzogtum Kleve gefunden haben. (s. Tab. T-42)

Die Zahl der Summe bebauter Feuerstellen ging nach eigener Korrektur bis auf 41 Feuerstellen zurück. Lediglich sticht hier die Stadt **Kervenheim** hervor, bei der im Vergleich zum vorherigen Jahr 24 bebaute Feuerstellen mehr angegeben wurden. Ein großer Anstieg demographischer Gegebenheiten ist in Bezug auf die Personenzahl zu erkennen, die um 719 Personen anstieg. Allein für die Stadt **Xanten** ist innerhalb eines Jahres ein Anstieg von 402 Personen zu verzeichnen. Eventuell zählte man nun in **Xanten** nicht nur alle Stadtbürger, sondern auch die ärmeren Menschen und Bettler mit, die sich in dieser althehrwürdigen Stadt befanden. Neben den Additionsfehlern in beiden Tabellen beim Gesamtbetrag bebauter Feuerstellen des Jahres 1768 und der Gesamtbevölkerungszahl des Jahres 1769 kann diese große Differenz zwischen den Jahren 1768/69, vor allem in der Gesamtsumme der Bevölkerungszahl, nur mit einer methodischen Ungenauigkeit und Übertragungsfehlern von lokalen Tabellen begründet werden, da ein solcher Anstieg von 719 Untertanen allein durch peuplierungspolitische Anwerbungen nicht belegbar ist. So werden

²³⁵¹ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

zum Beispiel in der lokalen Tabelle der Stadt **Kalkar** für das Jahr 1769 nur zwei fremde Kolonisten, wovon einer ein Gärber war, aufgeführt.²³⁵²

Tabelle vom Zustand der Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1769

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	dieses Jahr erbaut	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	434	11	1	2051	----
2	Orsoy	222	6	----	844	----
3	Calcar	331	30	----	1462	----
4	Sonsbeck	226	7	----	1323	----
5	Üdem	208	1	----	942	----
6	Büderich	173	5	----	880	----
7	Kervenheim	63	2	----	382	----
8	Grieth	132	11	----	552	----
----	Summa	1789	73	1	8428 (sic)²³⁵³	----
Anno 1768		1791 (sic)	70	----	7709	----
----		-2 (sic)²³⁵⁴	+3	+1	+719 (sic)	----

Tab. T-42

Von der Tendenz decken sich die Zahlen wüster Hausstellen mit den Zahlen unbebauter Feuerstellen bis auf einige lokale Abweichungen. Überraschenderweise finden sich bei der „Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1769/70“ demographische und räumliche Zahlen vor dem Siebenjährigen Krieg von 1755/56, die einen Vergleich und damit eine Bilanzierung der „Retablissement-Politik“ bis zum Jahr 1770 tendenziell zulassen.²³⁵⁵ Aus dieser Tabelle ist die Bevölkerungsentwicklung seit dem Beginn des Siebenjährigen Krieges bis zum Jahre 1770 zu entnehmen. Dabei gilt allerdings zu berücksichtigen, dass bei dem Vergleich bis 1770 die Wirkung peuplierungspolitischer Retablissement-Maßnahmen zu beachten sind. Leider liegt dieser Quelle keine unmittelbare Tabelle direkt nach dem Siebenjährigen Krieg um 1763 vor, um die Wirkung peuplierungspolitischer Bemühungen genauer zu beziffern.²³⁵⁶ Ferner müssen, wie oben

²³⁵² Siehe dazu die Tabelle für Kalkar von 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

²³⁵³ Auch hier ist wieder ein Additionsfehler zu verzeichnen. Die korrekte Summe belief sich auf 8436 Personen.

²³⁵⁴ Aufgrund des vorhergegangenen Fehlers müsste die Differenz minus 41 bebaute Feuerstellen im Vergleich zum Jahr 1768 betragen.

²³⁵⁵ Siehe dazu die Tabelle für das Herzogtum Kleve 1769/70 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816 und auch die Tabelle vom 9. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 385.

²³⁵⁶ Lediglich im Kapitel **1.5.3.1.** des Hauptkapitels **D** konnten lokale, einzelne tabellarische Nachrichten um die Zeit von 1764/65 ausgewertet werden, um einen punktuellen, detaillierten Zustand der räumlichen Situation einzelner niederrheinischer Städte zu geben.

skizziert, die genannten Zahlen tabellarischer Nachrichten über den demographischen und räumlichen Zustand der Städte aufgrund methodischer Ungenauigkeit mit Vorsicht in die Bewertung mit einbezogen werden.

Die Untertanenzahl der in den Städten des Herzogtums Kleve westseits des Rheines oberwärts lebenden Menschen betrug vor dem Siebenjährigen Krieg im Jahr 1755/56 **8689** Personen. Für das Jahr 1769/70 wurden **8428** Menschen gezählt, sodass sieben Jahre nach dem Krieg noch immer **261** Menschen fehlten, um den Vorkriegszustand zu erreichen. Dass die retablisementbezogenen Maßnahmen dennoch einen Anteil an der Verbesserung der demographischen und räumlichen Zustände der Städte besaßen, belegt die Zahl der seit dem Siebenjährigen Krieg aufgebauten und retablierten Häuser, die sich auf **218** beziffern lässt.²³⁵⁷ (s. Tab. T-43)

Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro
1769/70

Nr.	Stadtname	Personenanzahl				etablierte Profes- sionisten	retablierte Häuser			
		1755 /56	1769 /70	plus	min- us		Gesamt- summe aller Häuser	seit dem Frieden 1763	im Jahr 1769/70 retabliert	weiterhin unbebaute Feuer- stellen
1	Xanten	1972	2051	79	----	12	434	43	3	10
2	Orsoy	902	844	----	58	----	222	13	3	6
3	Calcar	1580	1462	----	118	3	331	72	----	30
4	Sonsbeck	1379	1323	----	56	8	230	30	----	7
5	Üdem	980	934	----	46	----	208	33	----	1
6	Büderich	875	880	5	----	----	173	5	----	4
7	Kervenheim	368	382	14	----	----	87	8	----	2
8	Grieth	633	552	----	81	----	143	14	----	11
----	Summa	8689	8428	98	359	23	1828	218	6	71

Tab. T-43

Addiert man die Zahlen retablierter Häuser seit dem Siebenjährigen Krieg und die weiterhin unbebauten Feuerstellen zusammen, so ergibt sich eine Gesamtsumme von **295** unbebauten Feuerstellen, die seit 1763 im Herzogtum Kleve existent gewesen sein müssten. Aus einer anderen Tabelle des Jahres 1764/65 über den Zustand wüster Hausstellen werden insgesamt **355** ledig stehende städtische Plätze genannt. Auch wenn hier eine Differenz von 60 wüsten

²³⁵⁷ Zu den Personenzahlen niederrheinischer Städte siehe auch die „Statistische Tabellen von Cleve und Moers 1722-1788“ aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 1626. Überwiegend decken sich die darin befindlichen Personenzahlen mit den von mir aus anderen Quellen entnommenen demographischen Daten.

Hausstellen vorhanden ist, wird dennoch das große räumliche Potenzial städtischer Peuplierung zur demographischen und räumlichen Verdichtung niederrheinischer Städte deutlich. Gehen wir von einer Gesamtzahl von **295** vorhandenen wüsten Stellen seit dem Siebenjährigen Krieg aus, so wurden im Zuge der „Retablisement-Politik“ bis zum Jahr 1770 **76%** aller wüsten Hausstellen im Herzogtum Kleve retabliert. Nehmen wir die Grundlage von **355** ledig stehenden Stadtplätzen, so ergibt sich ein Prozentsatz von **63%**. Tendenziell kann zur Bilanzierung festgehalten werden, dass bis zum Jahr 1770 innerhalb von einem Zeitraum von sieben Jahren die peuplierungspolitischen Retablisement-Maßnahmen nahezu $\frac{3}{4}$ aller seit dem Siebenjährigen Krieg vorhandenen wüsten Stellen in räumliche Nutzung gebracht haben. Vor allem im Kontext friderizianischer retablierungsbezogener Peuplierungspolitik sind raumwirksame Erfolge in der stadtkolonisatorischen Peuplierung wüster Hausstellen eindeutig zu belegen.

Ein weiterer differenzierter Blick auf die Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Städte zeigt dem historisch Interessierten, dass die niederrheinischen Städte **Orsoy**, **Kalkar**, **Sonsbeck**, **Üdem** und **Grieth** mit zum Teil noch erheblichen demographischen Einbußen vom Siebenjährigen Krieg umzugehen hatten. Die im Herzogtum befindlichen Städte **Xanten**, **Büderich** und **Kervenheim** konnten ihren Vorkriegszustand vom Jahr 1763 im Jahre 1770 wieder erreichen. Zudem wurden in dem einjährigen Zeitraum vom Mai 1769/70 23 qualifizierte Professionisten in den Städten angesiedelt, wobei davon allein sich zwölf in der Stadt **Xanten** etabliert haben.

Um eine Vorstellung räumlicher Verhältnisse peuplierungsbedürftiger wüster Hausstellen zu haben, werden auf der Grundlage der obigen Haupttabelle die retablierungsbedürftigen Hausstellen seit dem Siebenjährigen Krieg prozentual für die einzelnen niederrheinischen Städte ausgerechnet. (s. Tab. T-44) Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, dass bezogen auf die Gesamtsumme aller vorhandenen Häuser im Herzogtum Kleve im Zuge siebenjähriger peuplierungspolitischer Retablierungsmaßnahmen **11,9%** städtische Fläche räumlich wiederbesiedelt wurde. Damit wurden bezogen auf alle seit dem Siebenjährigen Krieg vorhandenen wüsten Stellen **75,9%** wiederbesiedelt, **24,1%** wüste Stellen standen noch zur restaurativen stadtkolonisatorischen Peuplierung zur Verfügung. Weiterhin belegt diese Darstellung die schlechteste peuplierungspolitische Situation der Stadt **Kalkar** im Herzogtum Kleve im Vergleich zu den anderen niederrheinischen Städten, da insgesamt bis 1769/70 schon **21,8%** räumlicher Fläche retabliert werden musste. Ebenfalls deutet dies im Ganzen aber auf die Effektivität und Raumwirksamkeit retablisementbezogener Maßnahmen hin,

allerdings lagen bezogen auf alle seit dem Siebenjährigen Krieg vermerkten wüsten Hausstellen immer noch **41,7%** in **Kalkar** wüst.

Tabelle der wüsten und retablierten Hausstellen niederrheinischer Städte für 1769/70

Nr.	Stadtname	Gesamtsumme städtischer Häuser 1769/70		Seit dem Siebenjährigen Krieg bis 1769/70 retabliert		unbebaute Hausstellen in Bezug auf die Anzahl aller zu retablierenden Hausstellen	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
1	Xanten	434	100	46	10,6%	10	17,9%
2	Orsoy	222	100	16	7,2%	6	27,3%
3	Calcar	331	100	72	21,8%	30	41,7%
4	Sonsbeck	230	100	30	13%	7	18,9%
5	Üdem	208	100	33	15,9%	1	2,9%
6	Büderich	173	100	5	3,9%	4	44,4%
7	Kervenheim	87	100	8	9,2%	2	20%
8	Grieth	143	100	14	9,8%	11	44%
----	Summa	1828	100	224	11,9%	71	24,1%

Tab. T-44

Eine bessere Einordnung städtischer Situation nach dem Siebenjährigen Krieg bietet uns noch eine Tabelle aus dem Jahre 1748/49 an, die nun eine Vergleichung aus früheren Zeiten vor dem Siebenjährigen Krieg zulässt.²³⁵⁸ Allerdings sind bei dieser Tabelle nicht alle niederrheinischen Städte aufgelistet, jedoch zusätzlich städtische Siedlungen aus Geldern. Dennoch kann ersehen werden, dass in den Städten nach wie vor unbebaute Feuerstellen und damit genügend städtischer Raum zur Peuplierung und Besiedelung vorhanden war. (s. Tab. T-45)

²³⁵⁸ Siehe dazu Tabelle für das Herzogtum Kleve 1748/49 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816. Für die Stadt Sonsbeck wurde für das Jahr 1749 folgende Differenzierung der Wohnhäuser aufgelistet: 10 große, 23 mittlere, 144 kleine und 61-63 ganz kleine Häuser mit nur einem Raum. Dies machte eine Gesamtzahl von 238 (240) Häusern aus. Hinzu kamen zu den Wohnhäusern noch zwei Torschreiber- und Portierhäuser, der Armenhof, das Rathaus, das Haus des Abeckers, ein Brauhäuschen sowie kirchliche Gebäude. Siehe dazu Wensky, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815 ... , hier S. 47f..

Tabelle vom Zustande der Clevischen Städte 1748/49

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Goch	454	9	2267	kein so der attention werth
2	Cranenburg	141	2	763	
3	Gennep	171	12	776	Casper August Markhoffen (Apotheker aus Amsterdam)
4	Huissen	232	10	877	----
5	Cleve	888	10	4688	1) Hellerman (Jowelier aus Neuss) 2) Adolf Strusein (fellwaren Händler aus Nymwegen) 3) Soulier (Renthenier aus dem Haag) 4) Joh. van den Berg (aus Amsterdam) 5) le Clair (Huthmacher aus Franckreich) 6) Martin Braiband (Winckelier aus Mastriecht) 7) Henrick Lage (Renthenier aus Ravenstein) 8) Joh. Reinhard Wornick (fellwaaren Händler) 9) Poppe (Kustmahler aus Sachsen)
6	Griethausen	84	2	343	----
7	Grieth	123	11	592	----
8	Calcar	358	8	1348	1) Johann Frantz Nubsmann (Winkelier) 2) Johann Rublo (Renthenier aus Nymwegen)
----	Summa	2451	64	11654	12
Anno 1747/48		2447	64	11778	?
----		+4	0	-124	?

Tab. T-45

Des Weiteren verdeutlicht diese Tabelle die starke peuplierungspolitische Wirkung der geographisch und infrastrukturell günstig gelegenen Stadt **Kleve**, die in diesem einjährigen Zeitraum neun Fabrikanten oder Professionisten zum stadtkolonisatorischen Etablissement bewegen konnte. Zwar sind Vergleiche aufgrund der Nennung unterschiedlicher Städte zu den in den anderen später erstellten Tabellen genannten niederrheinischen Städten bis auf **Kalkar** und **Grieth** nicht möglich, allerdings kann festgehalten werden, dass sich die wüsten Hausstellen der acht genannten Städte durchaus in Grenzen hielten und eine „qualifizierte“ Peuplierungspolitik zur Anwerbung fremder Professionisten aktiv betrieben wurde. Aus einem solchen Vergleich zweier Vorkriegstabellen von 1748/49 und 1755/56 und der Nachkriegstabelle von 1769/70 müssen aus peuplierungspolitischer Sicht die demographischen,

räumlichen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges zum großen Nachteil gereicht haben und damit als sehr verheerend bewertet werden.²³⁵⁹

Die nachfolgende Haupttabelle des Jahres 1770 belegt den aktiven Charakter „qualifizierter“ Peuplierungspolitik im Zusammenhang stadtkolonisatorischer Maßnahmen retablisementbezogener Bemühungen zur räumlichen Minimierung wüster und ledig stehender Plätze.²³⁶⁰ (s. Tab. T-46) Vor allem in den Städten **Xanten**, **Orsoy**, **Kalkar** und **Sonsbeck** sind für das Jahr 1770 „qualifizierte“ peuplierungspolitische Retablisement-Bemühungen nachweisbar. Das Beispiel **Xanten** belegt wiederum den „ländlichen“ Charakter städtischer Siedlungen, der bei der „räumlichen“ Gliederung dieses Hauptkapitels berücksichtigt werden muss. Neben dem qualifizierten Professionisten Heitweiler etablierten sich neun Ackerbau treibende Kolonisten in der Stadt, die den ländlichen Raum um die Stadt herum in Kultur brachten.

Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro
1770

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	434	10	2055	Peter Rieper (Cöln), Joh. (?) aus der Pfalz + 7 Oberrheinische Colonisten als ackerleute hier niedergelassen, der Kaufmann Heitweiler zu Crefeld hat eine Samt-brandt-Fabrique hieselbst angelegt, 3 Stühle sind bereits im Gange. Die van der Leyen zu Crefeld laßen auch aus 8 Stühlen band von allerhand Sorten hier fabrizieren
2	Orsoy	222	6	867	Joh. Rommel, Kaufmann aus dem Jülichischen will eine Leinen Fabrique anlegen, Christian Ochsenbecker ein Huthmacher aus dem Hachenburgischen
3	Calcar	325	30	1421	Feldhysen, holländischer Kaufmann und Zumnieden, Kaufmann aus dem cöllnischen Sauerlande.

²³⁵⁹ Hinzugenommen werden kann auch zur Vergleichung der Entwicklung städtischer wüster Hausstellen die im Kapitel C.2.2.3. angefertigte Tabelle des Jahres 1722 vom Herzogtum Kleve (s. Tab T-1). Addieren wir nur die wüsten Stellen der dort aufgeführten niederrheinischen Städte Xanten, Orsoy, Kalkar, Sonsbeck, Üdem, Büderich, Kervenheim, Goch und Grieth zusammen, so ergibt sich in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. eine Summe von 313 wüsten Stellen. Dies zeigt dem historisch-geographischen Forscher, dass noch zur Regierungszeit des Soldatenkönigs genug Raum für die Stadtkolonisation wüster Stellen in den oben genannten niederrheinischen Städten vorhanden war, sodass die vom Dreißigjährigen Krieg herrührenden räumlichen Wirkungen auch noch nach ca. 70 Jahren nicht vollständig im Zuge „restaurativer“ Peuplierungspolitik überwunden werden konnten. Aufgrund dessen wurde schon zu dieser Zeit die Stadtkolonisation unbauter und wüst liegender Hausstellen intensiv betrieben.

²³⁶⁰ Siehe dazu Tabelle für das Herzogtum Kleve 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

4	Sonsbeck	226	7	1353	Seltjes, ein Huthmacher aus dem Jülichen mit einer Huth-Fabrique + 90 Oberrheinische Colonisten Familien, welche auf der Bönninghardter Heide etabliert sind.
5	Üdem	208	1	975	----
6	Büderich	179	5	876	----
7	Kervenheim	63	2	380	----
8	Grieth	132	11	566	----
----	Summa	1783 (sic)²³⁶¹	72	8453 (sic)²³⁶²	21
Anno 1768/69		1789	73	8428	7
----		-6 (sic)	-1	+25 (sic)	+14

Tab. T-46

Die Entwicklung „qualifizierter“ Bevölkerungspolitik preußischer Behörden bestätigt sich weiterhin in der nachfolgenden Tabelle von 1770/71, in der abermals erfolgreich etablierte Professionisten in den niederrheinischen Städten erwähnt werden.²³⁶³ Dennoch scheint sich eine gewisse Stagnation retablierter Hausstellen einzustellen, da die Zahl unbebauter Hausstellen kaum merklich zurückging. Dieser Tatbestand könnte damit begründet werden, dass die sich etablierenden fremden Professionisten zunächst in noch vorhandene, nicht stark beschädigte, leer stehende Häuser zogen oder gar ganz neue Plätze zum Aufbau einer neuen Hausstelle verwendeten. (s. Tab. T-47)

Des Weiteren wurde bei der Stadt **Üdem** zusätzlich angemerkt, dass „[...] der Jude David (...) mit der Errichtung einer Miselan-Fabrique beschäftigt“ sei, die sicherlich einen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung der im Herzogtum gelegenen Stadt leisten könnte.²³⁶⁴ Für diese wirtschaftlich schwache Stadt **Üdem** „[...] würde es besonders vortheilhaft seyn, wenn die Anlegung einer Miselan Fabrique durch den Juden David befördert würde“, weil die Stadt davon „[...] ungemein profitieren [könnte] und einen Zuwachs der Nahrung“ erhalte.²³⁶⁵

²³⁶¹ Auch hier wiederum ein Additionsfehler: die richtige Gesamtsumme beläuft sich auf 1789, sodass die Differenz zu dem vorherigen Jahr null beträgt, und nicht wie angegeben minus sechs.

²³⁶² Ein abermaliger Additionsfehler: die Gesamtsumme beträgt 8493 Personen, sodass sich ein positiver Saldo von 65 ergibt.

²³⁶³ Siehe dazu Tabelle für das Herzogtum Kleve 1770/71 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

²³⁶⁴ Zitat aus der Haupttabelle 1770/71 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816.

²³⁶⁵ Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro
1770/71

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen- anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	434	11	1991	Hermes, Uhrmacher aus franckreich
2	Orsoy	217	6	859	Wilhelm Melcties, ein Leinenbandmacher aus dem Jülichen
3	Calcar	324	30	1503	Casper Schwenner, Leinenfabrikant + 3 Arbeiter für die Fabrique des Guerin
4	Sonsbeck	226	7	1352	Spickermann, ein Lohgärber aus Paderborn
5	Üdem	209	1	1001	Peters, ein Schuster aus dem Cöllnischen
6	Büderich	173	5	875	Evert van Scholen, ein Bäcker aus dem Holländischen
7	Kervenheim	64	1	384	----
8	Grieth	130	11	606	----
----	Summa	1777	72	8571	8 (sic)²³⁶⁶
Anno 1769/70		1789²³⁶⁷	72	8493²³⁶⁸	21
----		-12	0	+78	-13 (sic)²³⁶⁹

Tab. T-47

Dennoch war man im Generaldirektorium mit dem Retablisement der niederrheinischen Städte sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus demographischer Sicht nicht zufrieden, sodass man die Städte weiterhin „[...] mehr und mehr zu befördern“ habe, um durch eine aktiv betriebene „qualifizierte“ Peuplierungspolitik weiterhin zahlreiche niederlassungswillige Professionisten zur Stadtkolonisation wüster und ungenutzter Stellen anzuwerben.²³⁷⁰ Ein Erfolg dieser Aufforderung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer spiegelt sich in der Tabelle vom Jahr 1771/1772 wider, in dem weitere fremde Professionisten zur Besiedlung der Stadt etabliert wurden.²³⁷¹ (s. Tab. T-48)

²³⁶⁶ Nach Addierung der Stadtkolonisten sind es neun Professionisten, die sich etabliert haben.

²³⁶⁷ Hier wurde nun die korrigierte Zahl der vorherigen Tabelle verwendet.

²³⁶⁸ Hier wurde nun die korrigierte Zahl der vorherigen Tabelle verwendet.

²³⁶⁹ Durch den angegebenen fehlerhaften Betrag ergibt sich nach Korrektur der obigen Zahl eine Differenz von zwölf.

²³⁷⁰ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁷¹ Siehe dazu die Tabelle für das Herzogtum Kleve 1771/72 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Die weiteren tabellarischen Benachrichtigungen erfolgten durch den Kriegsrat Scheele, der den in Ruhestand gehenden Sandrart ersetzte.

Tabelle zum Zustande derer Clevischen Städte Westseit Rheins oberwärts pro 1771/1772

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	434	11	1949	1) Peter Dohmen, ein Schreiner aus Ürdingen 2) Plette, ein Knopfmacher aus Rheinberg 3) Anton Schmidt, ein Handtarbeiter aus Holland
2	Orsoy	217	6	846	----
3	Calcar	324	30	1534	1) van der Dois, Rentenier aus Holland 2) Johann Wallenhorst, Schreiner
4	Sonsbeck	226	1	1314	3 Colonisten Eitzer, Walter, Daun haben sich auf der Böninghardter Heyde etablirt
5	Üdem	209	1	1028	Brandt, Rentenier aus Holland
6	Büderich	173	5	886	----
7	Kervenheim	64	1	383	----
8	Grieth	130	17	624	----
----	Summa	1777	72	8564	9
Anno 1770/71		1777	72	8571	9²³⁷²
----		0	0	-7	0

Tab. T-48

Aus räumlicher Perspektive interessant, wurden in der Stadt **Sonsbeck** innerhalb eines Jahres sechs unbebaute Feuerstellen beseitigt, wohingegen in der Stadt **Grieth** sechs neue wüste Hausstellen hinzukamen, sodass sich die Gesamtzahl der zu retablierenden Stadtplätze in der Gesamtsumme nicht veränderte.²³⁷³ Trotz der schon seit einigen Jahren angewandten peuplierungspolitischen Retablissement-Maßnahmen zur Stärkung wirtschaftlicher und demographischer Entwicklungen niederrheinischer Städte bemerkte der neu in sein Amt eingeführte Kriegsrat Scheele, dass „[...] sich seit dieser kurzen Zeit der Zustand der Städte nicht im geringsten verändert am allerwenigstens aber verbeßert hat.“²³⁷⁴

Die nachfolgende Tabelle zeugt von dem mühsamen Fortgang retablissementbezogener Peuplierungspolitik, wobei aber immer wieder punktuelle Anwerbungen qualifizierter Professionisten erfolgten. Die Zahl wüster Feuerstellen blieb nach wie vor stabil und veränderte sich in der Summe nicht.²³⁷⁵ (s. Tab. T-49)

²³⁷² Hier wurde die korrigierte Zahl der vorherigen Tabelle benutzt.

²³⁷³ Allerdings gleichen sich diese Zahlen von der vorherigen Tabelle mit der nachfolgenden, sodass hier von einem weiteren Fehler auszugehen ist.

²³⁷⁴ Zitat vom 31. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁷⁵ Siehe dazu die Tabelle für das Herzogtum Kleve 1772/73 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Tabelle zum Zustande derer Clevischen Städte Westseit Rheins oberwärts pro 1772/1773

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	434	11	1955	1) Guffer Paquow, Rentenier aus Lüttich 2) Johann Freyhoff, Rentenier aus Amsterdam
2	Orsoy	217	6	876	Johann Dehne, ein Seiler aus dem Waldeckschen
3	Calcar	324	30	1516	1) Jacob Rabus, Rentenier aus dem Haag 2) Johann de Hahn, Rentenier aus Holland
4	Sonsbeck	226	7	1317	Cornelius Cornelizzon Honig, Rentenier aus Holland
5	Üdem	209	1	1023	----
6	Büderich	173	5	891	----
7	Kervenheim	64	1	368	----
8	Grieth	130	11	625	----
----	Summa	1777	72	8573²³⁷⁶	6
	Anno 1771/72	1777	72	8564	9
	----	0	0	+9²³⁷⁷	-3

Tab. T-49

In einer Anmerkung des Kriegsrats Scheele wird deutlich, dass die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik weiter betrieben werden musste, da die „[...] Erweiterung der Fabriken und manufacturen (...) allein schon hinlänglich den Zustande derer Städte blühender zu machen“ war.²³⁷⁸ Vor allem die „[...] Tuchfabriken würden florieren, wenn der handel über die Weser frey wäre [und] nur bemittelte Entrepreneurs vorhanden wären“, um zusätzlich eine stärkere peuplierungspolitische Attraktivität für die rheinischen Territorialgebiete zu erreichen.²³⁷⁹ Ungeachtet der bisher erreichten peuplierungspolitischen Retablissement-Bemühungen müssten die stadtkolonisatorischen Aktivitäten zur Anwerbung etablierungswilliger Professionisten zur besseren Allokation vorhandenen städtischen Raumes und deren Wirtschaft intensiviert werden. Allerdings deutete der peuplierungspolitisch sehr bemühte Kriegsrat mit etwas Enttäuschung darauf hin, dass „[...] aber alle meine projecte (...) vereitelt worden“ sind, weil unter anderem der Widerstand gegen die Umsetzung retablissementbezogener Maßnahmen auf lokaler Ebene nachteilig gewesen war.²³⁸⁰ Ähnlich sah das Generaldirektorium das Problem langsamer Umsetzung peuplierungspolitischer

²³⁷⁶ Die korrekte Zahl nach Addition der Bevölkerungszahlen niederrheinischer Städte lautet 8571.

²³⁷⁷ Nach obiger Korrektur beträgt die Differenz zu 1771/72 plus sieben.

²³⁷⁸ Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁷⁹ Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁸⁰ Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Policeygesetzgebung auf lokaler Ebene, weil es „[...] auf eine pflichtmäßige Beeiferung der Magistrate ein vieles ankommt, und daß eine Ursache des Verfalls von vielen Städten auch darin anzutreffen, daß einige und fast die mehreste Magistrats Personen, ihre dienst angelegenheiten und die Sorgfalt für die aufnahme der Stadt und der Bürgerschaft nur als ein neben Werck betrachten, und darauf wenig zeit verwenden.“²³⁸¹ In dieser generaldirektorischen Einschätzung über die Umsetzungsversuche retablisementbezogener Peuplierungspolitik steckt sicherlich ein beträchtlicher Anteil an Wahrheit. Ziemlich frustriert über die aktuelle „qualifizierte“ peuplierungspolitische Situation des Herzogtums Kleve berichtete er, dass es ihm „[...] in diesem Jahre nichts weiter gelungen, als daß ich der Witwe Werning zu Calcar Anlegung einer (...) Fabrique persuadiret habe.“²³⁸² „So wie ich auch gegenwärtig mit dem Retablisements der wüsten Stellen und verfallenen Häuser in denen Städten äußerst beschäftigt bin, (...) bin ich besonders mit dem Retablisement der Stadt Calcar im Werke, und ich habe die gröste hofnung zwey Wüste Stellen“ zu besetzen.²³⁸³ Die Fortführung und Intensivierung retablisementbezogener Peuplierungspolitik war für den Kriegsrat Scheele weiterhin „[...] eine Sache von der [größten] Wichtigkeit.“²³⁸⁴ Auch in Berlin nahm man von der „qualifizierten“ Peuplierungspolitik zur Retablierung wüster Hausstellen niederrheinischer Städte keinen Abstand, sondern empfahl dem Kriegsrat Scheele durch die höchste königliche Order, „[...] auf die mehrere peuplierung der Städte, vornehmlich durch ansetzung derer darin noch fehlenden Professionisten und überhaupt vor die beförderung des Städtchen Nahrungs-Gewerbes sorgfältigen Bedacht zu nehmen.“²³⁸⁵ Dabei haben primär die lokalen Magistrate zur besseren Koordinierung peuplierungspolitischer Umsetzungsversuche die Aufgabe, die „[...] Designation der fehlenden Professionisten (...) zugleich mit einzusenden, dabei aber nicht allein in denen Duisburgschen Intelligenz anzeigen solches bekannt [zu] machen, sondern sich auch selbst

²³⁸¹ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. „Ich will dahero hoffen“, so die harte Kritik an die lokalen Beamten weiter, „[...] dass der angemerkte nichts fruchtende Klagen, und die noch fortdauernde anzeigen, von dem zunehmenden Verfall der Städte (...) den Magistraten wenig Ehre machen“, weil ein „[...] jeder rechtschaffender Mann, so in denen Erfüllung seiner Pflichten (...) würdigen Vorzug suchet, wird gelegentlich genug finden, Seinen Vorgesetzten wenigstens jährlich anzuzeigen, daß die in seinem Amte angewandte Bemühungen einen reelen Nutzen gestiftet haben.“ Deswegen müsse die Überwachung der „[...] Betriebsamkeit der Magistrate effectiret werden“, damit die weiteren peuplierungspolitischen Bemühungen umgesetzt werden können.

²³⁸² Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Eine kleine Kritik zur depeuplierenden Wirkung konnte sich der Kriegsrat aufgrund dessen nicht verkneifen, da es im Kontext „stadtbezogener „Peuplierungspolitik zu überdenken wäre, „[...] ob nicht der Grund des verfallenen Commerce vornemlich in denen steigenden Abgaben zu suchen ist.“ Dieser Gedankengang fand sich schon in den peuplierungstheoretischen Erörterungen kameralistischer Denker wieder und zeigt, dass die preußischen Beamten durchaus peuplierungstheoretische Schriften und Lehrmeinungen theoretisierender Kameralisten kannten.

²³⁸³ Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁸⁴ Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁸⁵ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

alle nur erfindliche Mühe geben künftige Professionisten zum Etablissement in denen hiesigen Städten willig zu machen, und wird es bey einer rechtschaffenden Beeiferung hiezu an Gelegenheit nicht fehlen.“²³⁸⁶ Dies ist ein ganz klarer und eindeutiger Hinweis, dass man trotz der partiell gelungenen „Retablisement-Politik“ in den rheinischen Territorialgebieten mit der demographischen, räumlichen und wirtschaftlichen Situation der niederrheinischen Städte im Generaldirektorium nicht zufrieden war und weiterhin aktives Engagement bei der Umsetzung „qualifizierter“ Bevölkerungspolitik zum Wohle des preußischen Staates und des Herzogtums Kleve forderte.

Die nachfolgende Tabelle beweist den mühsamen Fortgang retablisementpolitischer Maßnahmen, allerdings ist diesmal eine Reduzierung wüster und unbebauter Feuerstellen zu konstatieren, da die Zahl von 72 ledig stehenden Plätzen auf 66 fiel. Zusätzlich stieg die Bevölkerungszahl sämtlicher niederrheinischer Städte um 105 Menschen.²³⁸⁷ (s. Tab. T-50) Begleitend zu diesen eingesandten Tabellen erwähnte der Kriegsrat abermals, dass „[...] die Vermehrung der Abgaben die Ansetzung von Ausländern sehr erschweret, und daß die jetze eingeführte modus contribuendi mancher nützlichen entreprise nachtheilig sey.“²³⁸⁸ Dennoch werde der bevölkerungspolitisch motivierte Kriegsrat Scheele „[...] die Magistrate unaufhörlich dazu aufmuntern“, die Städte zu peuplieren.²³⁸⁹ Bei den stadtkolonisatorischen Bemühungen zur Anwerbung fleißiger Fabrikanten „[...] bin ich in denen Städte meiner Inspection gegen voriges Jahr glücklicher gewesen und obgleich noch keine neue Anlage völlig zu Stande gekommen.“²³⁹⁰ Dass sich die peuplierungspolitischen Bemühungen auch an die Juden richteten, verdeutlicht das Beispiel des in **Üdem** sich etablierenden Fabrikanten Davids, der „[...] durch meine unabläßige Vorstellungen (...) es endlich dahin gebracht (habe), daß dem Juden die nachgesuchte Concession zur Ansetzung und auch der Trauschein ertheilet worden“ war.²³⁹¹ Trotz all seiner peuplierungspolitischen Anstrengungen ließ sich zusammenfassend sagen, dass die „[...] mehrere Bebauung (...) alle angewandten Mühe in denen Städte nicht so vollkommen, als ich es gewünscht, reüssiren wollen hat.“²³⁹² Der aktive peuplierungspolitische Einsatz des Kriegsrates Scheele zur Umsetzung retablisementbezogener Maßnahmen schien ungebrochen gewesen zu sein, da dennoch punktuelle und kleinere Erfolge gelungener Ansiedlung qualifizierter Professionisten und Beseitigung wüster Hausstellen zu verzeichnen sind.

²³⁸⁶ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁸⁷ Siehe dazu die Tabelle für das Herzogtum Kleve 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁸⁸ Zitat vom 4. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁸⁹ Zitat vom 4. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁹⁰ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁹¹ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²³⁹² Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Tabelle zum Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheins oberwärts pro 1774

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	434	17	1941	1) Conrad Hegger, Rentenier aus dem Cöllnischen 2) von der Meer aus Holland
2	Orsoy	217	3	902	Gerbert Knipscheer, Schiffer mit 10 Persohnen
3	Calcar	324	30	1521	1) de Graeff, Schuhmacher aus Holland 2) Spickermann, Arbeiter aus Holland 3) von Eismann, Rentenier aus Holland 4) Rauch (?), aus Rheinberg 5) Faiquo (?), Schornsteinfeger aus dem Cöllnischen 6) Franz Weber, Pottasche Fabrique des Werning übernommen
4	Sonsbeck	226	7	1352	----
5	Üdem	209	1	1038	Johann Halver, Schneider aus Rotterdam
6	Büderich	173	2	891	----
7	Kervenheim	64	1	377	----
8	Grieth	130	11	654	----
----	Summa	1777	66²³⁹³	8676	9 (sic)²³⁹⁴
Anno 1773		1777	72	8571²³⁹⁵	6
----		0	-6	+105	3 (sic)²³⁹⁶

Tab. T-50

Der weitere langsame und punktuelle retablisementbezogene peuplierungspolitische Fortschritt wird durch die nachfolgende Haupttabelle des Jahres 1775 belegt, bei der nun endlich auch die Zahl bebauter Feuerstellen in der Gesamtsumme anstieg.²³⁹⁷ Des Weiteren lag die Zahl noch vorhandener wüster Haustellen deutlich niedriger als im Vorjahr bei nun 47 unbebauten Feuerstellen. Dieser starke Rückgang ledig stehender Stadtplätze niederrheinischer Städte ist primär in der Beseitigung 15 wüster Stellen in der Stadt **Kalkar** begründet, die dank intensiver Retablisementpolitik die Zahl unbebauter Feuerstellen um die Hälfte reduzieren konnte. Die anderen vier wüsten Hausstellen wurden in der kleinen Stadt

²³⁹³ Auch hier liegt ein Additionsfehler vor, da die Summe nach Addition aller unbebauten Feuerstellen 72 ergibt. Dennoch kann in diesem Fall die Gesamtsumme von 66 wüsten Hausstellen stimmen, da im vorhergegangenen Kapitel die Reduzierung retablierungsbedürftiger Stadtplätze auf lokaler Ebene nachgewiesen werden konnten. Es kann sich hier um einen Übertragungsfehler handeln. Separat wurde von der Retablierung dreier wüster Stellen in der Stadt Orsoy und Büderich berichtet.

²³⁹⁴ Nach Addition aller angesiedelten Professionsten stehen in der Summe zehn Personen.

²³⁹⁵ Hier wurde die korrigierte Zahl verwendet.

²³⁹⁶ Nach Korrektur beträgt die Differenz vier.

²³⁹⁷ Siehe dazu die Tabelle für das Herzogtum Kleve 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

Grieth retabliert und wieder aufgebaut. Ferner stieg 1775 die Bevölkerungszahl im Vergleich um 90 Menschen, sodass ein stetiger, aber langsamer Bevölkerungsanstieg der Gesamtsumme der in der Tabelle genannten niederrheinischen Städte zu verzeichnen ist. Hierbei fanden sechs fremde Professionisten ein neues Zuhause, wovon vier Fabrikanten waren und sich willig zeigten, eine Manufaktur oder Fabrik zur Wirtschaftssteigerung und zur Verbesserung der Nahrungsgrundlage der Stadt zu errichten. (s. Tab. T-51)

Haupttabelle vom Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheins oberwärts 1775

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	464	11	1971	Bernhard Kühren (?), Kaufmann aus Holland + ein weiterer Professionist aus dem Bergischen
2	Orsoy	217	3	921	Heinrich de Frys, Strumpf-Fabrant
3	Calcar	324	15	1527	Peter Silla aus Malmédy und Francke, Schnupftabacks Fabrikant aus dem Cöllnischen
4	Sonsbeck	226	7	1369	Heinrich Metzger, Eßigfabrikant
5	Üdem	209	1	1051	Jude Jacob David hat (...) die Miselan-Fabrique eingerichtet
6	Büderich	173	2	884	----
7	Kervenheim	64	1	387	----
8	Grieth	130	7	656	----
----	Summa	1808	47	8766	6
Anno 1774		1777	66	8676	10²³⁹⁸
----		+31	-19	+90	+4

Tab. T-51

Das abgelaufene Jahr 1775 war aus peuplierungspolitischer Perspektive in Relation zu den vorhergegangenen fünf Jahren ein sehr erfolgreiches, wie aus den tabellarischen Zahlen zu erkennen ist. Zusätzlich zeigte sich der Kriegsrat Scheele sehr zufrieden über die diesjährigen Bemühungen „qualifizierter“ Peuplierungspolitik im Zusammenhang der Errichtung städtischer Fabriken, weil die „[...] vorhandenen Anlagen (...) sich nicht allein [nur] verbeßert (haben), sondern sind auch noch ansehnlich vermehret worden.“²³⁹⁹ Stolz, in Anbetracht seiner „qualifizierten“ peuplierungspolitischen Erfolge, erwähnte er, dass in „[...] Calcar und Orsoy (...) zweye Strumpfe- (...) Fabriken etabliret (sind), zu Sonsbeck ist eine Eßigbrauerey angeleget und zu Üdem ist endlich die Miselan Fabrique des Juden David recht gut

²³⁹⁸ Hier wurde die korrigierte Zahl der vorherigen Tabelle benutzt.

²³⁹⁹ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

zu Stande gekommen.“²⁴⁰⁰ Allerdings waren im Vergleich zu den preußischen Kernlanden „ [...] Bemittelte Entrepreneurs (...) aber selten geneigt, sich in hiesige Landen niederzulaßen“, um in den rheinischen Territorialgebieten preußischer Herrschaft ein peuplierungspolitisches Projekt in Angriff zu nehmen.²⁴⁰¹ Nach seiner Einschätzung der peuplierungspolitischen Situation in den niederrheinischen Gebieten lag die „ [...] Haupt-Ursach (...) darin, daß sich die Fabricanten in hiesiger Provinz, bey ihrem Etablissement gar keiner beneficium zu erfreuen haben“, sodass sie „ [...] fast nicht den geringsten Vorzug zum encouragement“ sehen, ein größeres peuplierungspolitisches Unternehmen zum Wohle des preußischen Staates anzugehen.²⁴⁰² Dies stellte unzweifelhaft eine offene Kritik an die staatlichen Instanzen preußischer Peuplierungspolitik dar, die nach Abkehr bevölkerungspolitischen Interesses rheinischer Besitztümer die Benefizien und Privilegien stark reduziert oder gar ganz beseitigt hatten. Dabei müsse man genau im Gegenteil solche engagierten Leute aus peuplierungspolitischer Verantwortung staatlich subventionieren und fördern, damit „ [...] praemien, Vorteil und bequemlichkeiten demjenigen entrepreneur ausgesetzt werden, die zur betreibung eines für den ort besonders schicklichen gewerbes heran ziehen wollen.“²⁴⁰³ Deswegen „ [...] ist der Anbau in denen Städte und auf wüsten Gründen und (...) die Anziehung bemittelter familien und der fehlenden Professionisten mahl ebenso wichtig als notwendig“, um die niederrheinischen Städte im Kontext stadtkolonisatorischer Anstrengungen „qualifizierter“ Bevölkerungspolitik in Flor und Wirtschaftswachstum zum Wohl des preußischen Staates zu bringen.²⁴⁰⁴

In der letzten hier aufgeführten und ausgewerteten Haupttabelle über den Zustand klevischer Stände von 1776 glaubte der Kriegsrat „ [...] von der bevölkerung, anbau derselben und Urbarmachung wüste heyde Ländereyen“ einige weitere peuplierungspolitische Erfolge „ [...] nachweisen zu können.“²⁴⁰⁵ Zwar konnten die noch vorhandenen wüsten Feuerstellen in diesem Jahr nicht durch stadtkolonisatorische Bemühungen reduziert werden, allerdings hatte sich „ [...] die Anzahl der Persohnen (...) abermahls um 61 Stellen vermehret.“²⁴⁰⁶ (s. Tab. T-52)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das preußische Generaldirektorium, welches das Problem ineffektiver Umsetzung retablisementbezogener Peuplierungspolitik primär in der Boykottierung und Befehlsverweigerung lokaler Amtsträger sah, mit den

²⁴⁰⁰ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁴⁰¹ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁴⁰² Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁴⁰³ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁴⁰⁴ Zitat vom 17. Dezember 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁴⁰⁵ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁴⁰⁶ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

peuplierungspolitischen Bemühungen der jeweiligen Kriegsräte um die durch Kriege und Besatzungen sehr stark in Mitleidenschaft gezogenen niederrheinischen Städten in Anbetracht der gegebenen wirtschaftlichen, demographischen und räumlichen Situation recht zufrieden war.

Haupttabelle vom Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheins oberwärts 1776

Nr.	Stadtname	bebaute Feuerstellen	unbebaute Feuerstellen	Personen-anzahl	etablierte Fremde und Handwerker
1	Xanten	465	11	1967	zwei Professionisten aus Holland + zwei Professionisten aus Hamm
2	Orsoy	217	3	921	----
3	Calcar	324	15	1534	1) von Gemert, Rentenier aus Holland 2) Werning 3) Becker, Kupferschläger
4	Sonsbeck	226	7	1373	----
5	Üdem	209	1	1059	----
6	Büderich	173	2	909	----
7	Kervenheim	64	1	388	----
8	Grieth	130	7	676	----
----	Summa	1808	47	8827	7
Anno 1775		1808	47	8766	6
----		0	0	+61	+1

Tab. T-52

„Auf gleiche weiße ist mir die Mühe“, so ein generaldirektorisches Schreiben des Jahres 1776 an Scheele, „[...] welche der Kriegs-Rath für den mehreren Anbau in denen Städten und besonders für die bebauung der wüsten Stellen sich gegeben wohl bekandt und obgleich wegen des schwachen Fonds der Retablissemments-Casse die Bau-Gelder (...) herunter gesetzt werden müssen, (...) so werde ich dennoch, wenn würcklich wüste Stellen bebauet werden 20 pro Cent aus zu würcken bemühet seyn.“²⁴⁰⁷ Zahlreiche wüste Stellen konnten seit dem Siebenjährigen Krieg in mühsamen Retablissemment-Prozessen wiederhergestellt und besiedelt werden. Dutzende peuplierungspolitisch unterstützte Professionisten ließen sich in den klevischen Städten zur Etablierung nieder, womit sich durch Anlegung einzelner Fabriken die Wirtschaftskraft und die Nahrungsgrundlage niederrheinischer Städte verbesserte.

Eine zusammenfassende Tabelle über die Entwicklung räumlicher und demographischer Parameter verdeutlicht die Tendenz positiver raumwirksamer und peuplierender Kraft städtischer Kolonisationspolitik unter Friedrich dem Großen. Auch wenn die

²⁴⁰⁷ Zitat vom 2. Februar 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

peuplierungspolitischen Anstrengungen retablisementbezogener Bevölkerungspolitik im Vergleich zu den Kernlanden preußischer Herrschaft in der Tendenz langsamer und mühsamer umgesetzt wurden, so kann man dennoch ein intensives Bemühen peuplierungspolitischer Umsetzungsversuche erkennen, welche räumliche Spuren in Form von Wiederbesiedlungen wüster und ungenutzter Hausstellen oder der Etablierung zahlreicher Manufakturen und Fabriken hinterlassen haben.²⁴⁰⁸ (s. Tab. T-53)

Zusammenfassende Tabelle räumlicher und demographischer Parameter auf der Basis der eingesendeten Haupttabellen über den Zustand klevischer Städte von 1769 bis 1776

Jahreszeitraum	Bebaute Feuerstellen	Unbebaute Feuerstellen	Personenanzahl
1768/69	1789	73	8436
1769/70	1828 ²⁴⁰⁹	71	8428
1770/71	1777	72	8571
1771/72	1777	72	8564
1772/73	1777	72	8571
1773/74	1777	66	8676
1774/75	1808	47	8766
1775/76	1808	47	8827

Tab. T-53

Es ist im Zuge der Bilanzierung retablisementbezogener Peuplierungspolitik festzuhalten, dass, wie am Anfang des Kapitels dargelegt, im Zeitraum vom Ende des Siebenjährigen Krieges bis zum Jahr **1770** die stadtkolonisatorischen Anstrengungen nahezu $\frac{3}{4}$ aller vorhandenen wüsten Stellen wieder beseitigt haben. Gehen wir von der geringeren Zahl **295** vorhandener wüster Stellen nach dem Siebenjährigen Krieg aus, waren bis **1776** nur noch **16%** wüste Stellen in den niederrheinischen Städten vorhanden, gehen wir von der größeren Zahl, von **355** wüsten Hausstellen aus, so standen nur noch **13,2%** ungenutzte Stellen in den erwähnten Städten ledig. Tendenziell wurden von **1763 bis 1776** ca. **85%** der in den niederrheinischen Städten vorhandenen wüstliegenden Hausstellen beseitigt. Gehen wir bei den zwei unterschiedlich eruierten Zahlen vorhandener wüster Feuerstellen von einem Mittelwert von **325** ledig stehenden Stellen aus, so wurden insgesamt bis zum Jahre **1776**

²⁴⁰⁸ Leider fehlen bis heute noch genauere und mit statistischen Material ausgewertete Untersuchungen preußischer Peuplierungspolitik mit vergleichenden Zahlen, sodass der Verfasser nur von tendenziellen Entwicklungslinien ausgehen kann, welche hoffentlich im Laufe weiterer räumlicher Peuplierungsforschung konkretisiert werden können.

²⁴⁰⁹ Diese Zahl mag auf einer anderen methodischen Grundlage eruiert worden sein. Genauso finden sich ähnliche Abweichungen in den Haupttabellen für den Zeitraum 1767/68 und 1770.

durch die retablisementbezogenen Maßnahmen **278** Häuser wiederhergestellt. Davon ausgehend betrug, bezogen auf alle vorhandenen Feuerstellen im Jahr **1776**, die **räumliche Peuplierung** einen Prozentsatz von **15,4%**. Mit diesem Mittelwert ist eindeutig zu belegen, dass nicht nur in etwa ein Fünftel der Gesamtfläche aller bebauten Feuerstellen durch „restaurative“ peuplierungspolitische Maßnahmen wiederbesiedelt wurde, sondern auch, dass die retablisementbezogene Bevölkerungspolitik dadurch raumwirksame Spuren stadtkolonisatorischer Bemühungen hinterlassen hat und tatsächlich umgesetzt wurde. In Anbetracht der zahlreich vorhandenen administrativen und lokalen Probleme sowie der schlechten politischen, wirtschaftlichen und demographischen Situation rheinischer Territorialgebiete kann die preußische „Retablisement-Politik“ durchaus als erfolgreich und raumwirksam akzentuiert werden.

1.5.5. Die Mennoniten in Krefeld – eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte „stadtbezogener qualifizierter“ Peuplierungspolitik

Die Erfolgsgeschichte der Krefelder Seidenindustrie war auch das Resultat einer Toleranz bekundenden Peuplierungspolitik preußischer Herrscher. Krefeld konnte nach der Übernahme der preußischen Herrschaftsfunktion im Jahre 1702 schon auf eine beträchtliche Zahl mennonitischer Immigranten schauen. Das von Lehm- und Sandböden bestimmte, im niederrheinischen Tiefland gelegene Krefeld erlebte im 17. und 18. Jahrhundert eine wirtschaftliche Blüte, in der den religiösen Randgruppen bei der Entstehung und Genese eine herausragende Bedeutung zukam. Bis heute sind kulturlandschaftliche bzw. städtebauliche und stadtgeographische Persistenzen peuplierungspolitischer Geschichte in dieser Stadt erhalten geblieben und zeugen von der beachtlichen Raumwirksamkeit intensiver Wirtschaftlichkeit und intensiven Unternehmertums bevölkerungspolitisch angeworbener Mennoniten.

1.5.5.1. Die Bevölkerungsentwicklung Krefelds von 1650 bis 1800

Die Stadt Krefeld litt zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges immer noch unter den verheerenden Folgen des Stadtbrandes vom Jahre 1584.²⁴¹⁰ In der Zeit von 1584 bis 1590 war die Stadt Krefeld nahezu eine vollständige Wüstung gewesen.²⁴¹¹ Schon zu vorpreußischer Zeit machten die Oranier zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Stadt zu einem religiösen

²⁴¹⁰ Die weiteren Zahlen und Angaben zur demographischen Entwicklung der Stadt Krefeld sind entnommen aus Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital ... , S. 71-98. Siehe dazu auch Kriedte, P.: Vom Leinen zur Seide. Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Krefelds vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis 1794, in: Feinendegen, R./Vogt, H. (Hrsg.): Krefeld. Die Geschichte der Stadt, Bd. 2, Von der Reformationszeit bis 1794, Krefeld 2000, S. 253-262.

²⁴¹¹ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft, in: Feinendegen, R./Vogt, H. (Hrsg.): Krefeld. Geschichte der Stadt, Bd. 2, Von der Reformationszeit bis 1794, Krefeld 2000, S. 181.

Freistaat des niederrheinischen Gebietes.²⁴¹² Krefeld galt früh als Anziehungspunkt für Bevölkerungsgruppen, die in anderen Territorien unter permanenten Glaubensrepressionen gelitten hatten. Sowohl im Jahr 1654 als auch im Jahre 1694 sind zwei bedeutende Einwanderungswellen mennonitischer Emigranten zu verzeichnen.

Kurz nach der preußischen Übernahme lassen sich erstmals dank des „Mükerhofverzeichnisses“ für das Jahr 1716 gesicherte Bevölkerungszahlen für die Stadt Krefeld belegen. Krefeld zählte 1932 Einwohner, von denen ca. 474 dem mennonitischen Bekenntnis angingen. Während der preußischen Oberhoheit stieg die Wachstumsquote der gesamten Bevölkerung zwischen den Jahren 1716-1740 von bisher 1,6% auf ca. 2,5%.²⁴¹³ Nach dem Siebenjährigen Krieg verlor dieses Wachstum etwas an Stärke. Im Jahre 1793 wurden 6459 Einwohner gezählt, somit war Krefeld während der preußischen Herrschaft dreimal so groß wie zu Beginn. Die zentrale Triebfeder für das Bevölkerungswachstum lag in der Zuwanderung. P. Kriedte wertete in seiner quellenreichen Untersuchung über das mennonitische Seidengewerbe in Krefeld aus, dass zwischen den Jahren 1751 und 1793 lediglich nur 39% des Bevölkerungszuwachses auf den Geburtenüberschuss zurückgingen, dafür aber 61% auf die Migration.²⁴¹⁴ Sowohl das zu dieser Zeit expandierende Seidengewerbe als auch die einwanderungsfreundliche Peuplierungspolitik, die trotz späterer politischer Abkehr von den rheinischen Gebieten weiterhin Bestand hatte, trugen zusammen mit der natürlichen Bevölkerungsbewegung dazu bei, dass sich Krefeld zu einer bevölkerungsstarken Stadt entwickelte und nach Köln und Aachen zur drittgrößten Stadt am linken Niederrhein wurde.

1.5.5.2. Die raumwirksame Expansion des Krefelder Seidengewerbes der mennonitischen Familie von der Leyen im 17. und 18. Jahrhundert

Im Besitz spezieller Kenntnisse bei Verfertigungstechniken, aber auch im Handel und im Gewerbe insgesamt, leisteten die mennonitischen Einwanderer einen nicht unwichtigen Beitrag zur ökonomischen Genese Krefelds. Ihren Namen verdanken die Mennoniten Menno Simons (1496-1561), der nach dem Zerfall des radikalen Täuferreiches in Münster im Jahr 1535 gemäßigte Glaubensgenossen um sich sammelte. Die Mennoniten lehnten sowohl jegliche staatliche Eidesleistung als auch jegliche Gewalt und den Militärdienst ab, da sie keine Waffen gebrauchen durften. In den wesentlichen Zügen sind die Lehren und die

²⁴¹² Siehe dazu auch Kriedte, P.: Protoindustrialisierung und großes Kapital. Das Seidengewerbe in Krefeld und seinem Umfeld bis zum Ende des Ancien Régime, in: AfS 23 (1983), S. 219-266, bes. S. 221. Auch Froese, W. (Hrsg.): Sie kamen als Fremde. Die Mennoniten in Krefeld von den Anfängen bis zur Gegenwart (Krefelder Studien; 8), Krefeld 1995.

²⁴¹³ Zahlen aus Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital ... , S. 74.

²⁴¹⁴ Zahlen aus Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital ... , S. 95.

Lebensformen mennonitischer Religion calvinistisch geprägt. Der damit einhergehende glaubensmotivierte Aktivismus und wirtschaftliche Fleiß befähigten die Mennoniten nicht nur, wie in Krefeld zu sehen, zu großen wirtschaftlichen Leistungen, sondern machten sie auch in Preußen zu den beliebtesten Objekten peuplierungspolitischer Anwerbung. Im Laufe preußischer peuplierungspolitischer Geschichte bewährten sich die mennonitischen Emigranten entgegen aller vorherrschenden zeitgenössischen Propaganda als bescheidene, arbeitsame, ökonomisch erfolgreiche und friedfertige Untertanen, die einen beachtlichen Beitrag zur Reichtumssteigerung preußischer Herrschaft leisten konnten.

Meist von den politischen Mitwirkungsmöglichkeiten ausgegrenzt, aber mit Privilegien ausgestattet, widmeten sich die Mennoniten umso intensiver dem gewerblichen und kommerziellen Betätigungsfeld, um ökonomisch unabhängig zu bleiben. Dank der Schutz bekundenden Peuplierungspolitik seitens der preußischen Machthaber konnte die erfolgreiche ökonomische Entwicklung des Seidengewerbes der Familie von der Leyen zum Erfolg geführt werden. 1738 gestand Friedrich Wilhelm I. der mennonitischen Gemeinde in Krefeld völlige Selbstständigkeit zu. Dabei wird ganz deutlich, dass die peuplierungspolitische Ausrichtung nicht ausschließlich auf der Rekrutierung von Soldaten lag, sondern hier das ökonomische Interesse im Vordergrund stand. Blickt man aber auf die anfänglich gesamtpolitische Ausrichtung preußischer Peuplierungspolitik in Krefeld, so bezog sich die „antimilitärische“ Bevölkerungspolitik nur auf die mennonitischen Emigranten. Die restlichen Einwohner Krefelds litten ab 1715 stark unter dem übersteigerten Interesse des Königs für das Militär, sodass die zahlreichen Rekrutierungen anderer Emigrantengruppen eher peuplierungsfeindlich wirkten.²⁴¹⁵ So bestätigte der militärfixierte preußische König Friedrich Wilhelm I. am 30. Januar 1721 den Krefelder Mennoniten ihre Privilegien und befreite sie gegen eine Zahlung von 500 rthl. an die Rekrutenkasse von allen Werbungen preußischer Offiziere.²⁴¹⁶ Im Jahre 1738 betonte der preußische König Friedrich Wilhelm I., dass die „[...] Mennoniten

²⁴¹⁵ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 162. Dennoch gab es durchaus bei diesem für die Mennoniten so wichtigen Themenfeld einige Irritationen, da der Schwerpunkt der vermeintlichen antipeuplieristischen Politik im Jahre 1732 von einer Bemerkung des König akzentuiert wurde, in der er alle mennonitische Glaubensflüchtlinge in Preußen aufforderte binnen drei Monaten das Land zu verlassen, falls sie von der Rekrutierung nicht betroffen sein wollten. Erst im Jahr 1734 änderte der preußische Herrscher aufgrund der enormen antipeuplieristischen Wirkung seine brutale Rekrutierungspolitik, die nicht nur verhinderte, dass neue niederlassungswillige Emigranten das Land bevölkerten, sondern auch die Entvölkerung in Form von Auswanderungen wehrfähiger Untertanen zum Nachteil der preußischen Staates beförderte.

²⁴¹⁶ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 162. Siehe dazu auch Olmes, J.: Die Wehrverhältnisse in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Niederrheins 1703-1806, in: Die Heimat 27 (1956), S. 141-145.

(...) zwar nicht in den Krieg gehen (wollen), ich muß aber auch Leute haben, die mir Geld schaffen.“²⁴¹⁷

In einem Schreiben aus dem Jahre 1737 hob die Moerser Lokalverwaltung die wirtschaftliche Bedeutung mennonitischer Bevölkerungsgruppen für Krefeld und deren Umgebung hervor und stellte fest, dass die Mennoniten „[...] mit äußerster angelegenheit (...) bemühet unser fürstenthum Moers und in specie die stadt Crevelt durch fabriken und dem commercia empor zu bringen und würcklich gebracht, daß sothanes städtlein nach proportion seiner größe und situation würcklich eins der vornehmsten handelsstädten in Deutschland geworden, wovon nicht allein nolorie unser fürstenthum Moers, sondern auch unsere herzogthumere Geldern und Cleve und selbst unsere contribution, domainen- und accis casses considerablen vorthail haben.“²⁴¹⁸

Adolf von der Leyen ließ sich 1656, noch in vorpreußischer Zeit, endgültig in Krefeld nieder und brachte dadurch den Handel mit seidenen Bändern und die Vertrautheit mit deren Herstellung mit in die Stadt. Wahrscheinlich verkauften seine Söhne Wilhelm und Friedrich von der Leyen, die Tochterunternehmen gründeten, Ende der 80er oder Anfang der 90er Jahre des 17. Jahrhunderts Samtbänder und andere Seidentextilien aus eigener Produktion.²⁴¹⁹ Im „Münkerhofverzeichnis“ des Jahres 1716 werden 14 „Lintwirker“ genannt, die ersten Arbeitskräfte des Krefelder Seidengewerbes. Die Expansionsbestrebungen unter Peter von der Leyen erreichten in den Jahren 1720-1729 ihren Höhepunkt. Die Seidenzwirnerei erregte sogar die Aufmerksamkeit Friedrich Wilhelms I., der im Jahre 1738 Krefeld besuchte. Dabei wurde er vor dem Haus der von der Leyens durch den Kriegsrat Müntz begrüßt. Dort unterhielt er sich später noch mit Peter und Heinrich von der Leyen bei Pfeiffe und Tee sowohl über wirtschaftliche Privilegien als auch konfessionelle Freiheiten.²⁴²⁰ In einem Bericht der Kriegs- und Domänenkammer wurde erwähnt, dass der preußische Monarch an die „[...] fabrique gekommen ist [und] sich nicht verdrießen [ließ], eine hohe treppe, wo einer allein kaum durch konnte, auf zu steigen, und (...) wohl 100 Menschen sah, so wolt alt als jung“, und sagte: „Ah, das ist was recht schönes, das ist die mühe wert.“²⁴²¹

²⁴¹⁷ Zitat aus StaKR 70, Nr. 127, fol. 14-17, hier entnommen aus Kriedte, P.: Vom Leinen zur Seide. Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Krefelds ... , S. 269.

²⁴¹⁸ Zitat aus einem Schreiben der Moerser Regierung aus dem Jahre 1737, hier entnommen aus Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital ... , S. 101.

²⁴¹⁹ Siehe dazu Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital ... , S. 185-222.

²⁴²⁰ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 165. So nutzten es die mennonitischen Glaubensflüchtlinge, die Erlaubnis vom König zur Aufhebung des Pfarrzwanges zum reformierten Pfarrer zu erlangen.

²⁴²¹ Bericht der Kriegs- und Domänenkammer aus dem Jahre 1738. Zitat entnommen aus Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital ... , S. 197.

Der endgültige Aufstieg des mennonitischen Seidengewerbes der Familie von der Leyen fiel in die Zeit der preußischen Herrschaft. Anders als in Berlin oder in den anderen krefeldischen Unternehmen enthielt sich der preußische Staat direkter staatsinterventionistischer Eingriffe in die Wirtschaftsentwicklung mennonitischer Betriebe und förderte die mennonitischen Unternehmungen mit toleranz- und sicherheitsbekundenden peuplierungspolitischen Verordnungen, die den Glaubensflüchtlingen die nötige Sicherheit und die freie ökonomische Entfaltung garantierten. Waren die einheimischen Krefelder Bürger nach dem Regierungsantritt des Philosophenkönigs Friedrichs des Großen weiterhin ganz im kameralistischen Geist einer Flut von behördlichen Reglementierungen unterworfen, sodass die Bürgerschaft und der Magistrat lediglich als Befehlsempfänger preußischer Policyverordnungen fungierten, so konnten jedoch die mennonitischen Emigranten auf eine wohlwollende Prüfung ihrer wirtschaftspolitischen Wünsche durch den preußischen König hoffen.²⁴²² Erst die peuplierungspolitische Sonderstellung ermöglichte es den Mennoniten gemäß ihrer Religion, sich wirtschaftlich und räumlich zu entfalten. Hierbei wird auch der Bruch zu der oranischen Zeit deutlich. Beschränkte sich die oranische Herrschaft nur auf gewisse Rahmenbedingungen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gegebenheiten, so intervenierte der preußische Herrscher in praktisch alle Bereiche städtischen Lebens und reglementierte in absolutistischer Manier zahlreiche ehemals stadtautonomie Instrumente. Die dank der Peuplierungspolitik erlangte rechtliche Sonderstellung war ausschlaggebend für den wirtschaftlichen Erfolg der Mennoniten. Die staatsinterventionistischen Eingriffe kameralistischer Politik kamen kaum über die Schaffung nötiger Rahmenbedingungen hinaus. Auch Friedrich der Große kehrte bei der mennonitischen Familie bei einer Durchreise im Jahr 1751 für einige Stunden ein und besprach sich mit ihnen über die weitere hervorragende Expansion des Krefelder Seidengewerbes.²⁴²³ Damit wurde auch die (wirtschafts-)politische Bedeutung der peuplierungspolitisch unterstützten mennonitischen Familie in Krefeld deutlich hervorgehoben. Der König wohnte während seiner Anwesenheit bei den von der Leyens, den Magistrat und die Stadtverwaltung empfing er nur am Rande. Unter anderm wurde im Zuge einer Besprechung vereinbart, dass die siegreichen und zum Teil heimkehrenden Soldaten nach Beendigung ihres militärischen Einsatzes als Arbeiter in die Fabriken der von der Leyens integriert werden sollten, damit die zahlreichen mennonitischen

²⁴²² Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 166.

²⁴²³ Siehe dazu Acta Borussica, AB II, S. 647. Nach dem Siebenjährigen Krieg gastierte der preußische König erneut am 12. März 1763 bei den von der Leyens, um sich ein Bild von der Zerstörung der städtischen Wirtschaft zu machen und weitere wirtschaftspolitische Schritte unter Berücksichtigung mennonitischer Bedürfnisse zu koordinieren.

Unternehmen weiter zum Wohle des Staates expandieren konnten.²⁴²⁴ Auch Friedrich der Große hob die politische Bedeutung der Krefelder Mennoniten hervor, in dem er ihnen erneut die Rekrutierungsfreiheit bestätigte: „Krefeld und die dasigen Manufacturen sehe ich als ein Kleinod an, von welchem die Werber wegbleiben müssen.“²⁴²⁵ Unter der Regentschaft Friedrich Wilhelms II. wurden im Jahr 1786 die peuplierungspolitisch geförderten Seidenfabrikanten Konrad, Friedrich und Johann von der Leyen sogar in den Adelsstand erhoben.²⁴²⁶ Aufgrund der absoluten Priorisierung der Familie von der Leyen beklagte sich der Mennonit Abraham ter Meer lautstark über seine Glaubensgenossen mit der Bemerkung, dass in Krefeld „[...] Mennoniten, die nach ihrem Bekenntnis kein weltliches Amt bekleiden, (...) die Stadt (beherrschen).“²⁴²⁷ Wegen der uneingeschränkten Bevorzugung der Familie von der Leyen verlor die Stadt Krefeld sogar bedeutende Facharbeiter und Manufakturisten, die in andere Städte emigrierten.

Aufgrund des ersten Zuzugs mennonitischer Glaubensfamilien im 17. Jahrhundert fand im Jahr 1691 die erste Stadterweiterung statt.²⁴²⁸ In dieser ersten Auslage entstanden auch die für die ökonomische Expansion der Stadt entscheidenden Manufakturen der späteren Seidenfabrik der von der Leyens. Im Jahr 1693 kauften die Mennoniten an der Königsstraße einen Platz, auf dem zwei Jahre später ihre Kirche fertiggestellt wurde. Noch heute steht die mennonitische Kirche inmitten einer beginnenden Einkaufsmeile zahlreicher Geschäfte als ein persistentes Relikt preußischer Peuplierungspolitik. (s. Photo 3)

²⁴²⁴ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 176.

²⁴²⁵ Zitat aus StaKR 70/127, hier entnommen aus Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 177.

²⁴²⁶ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 178.

²⁴²⁷ Zitat des Mennoniten Abraham ter Meer, entnommen aus Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 198.

²⁴²⁸ Zur Stadtentwicklung Krefelds siehe Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 203-224.

Die mennonitische Kirche in Krefeld



Photo 3, M. Zbroschzyk 2012

Eine Gedenktafel am Gelände der mennonitischen Gemeinde erinnert heute noch die zahlreich vorbeigehenden Passanten an die für die Stadt Krefeld bedeutenden Glaubensflüchtlinge und deren historische Raumwirksamkeit. (s. Photo 4, aufgrund des Materials „Glas“ leider schwer zu erkennen)

Glasgedenktafel im Eingangsbereich der mennonitischen Gemeinde



Photo 4, M. Zbroschzyk 2012

Abseits vom hektischen Konsumtreiben befindet sich auf der Rückseite des Geländes der historische Eingang zur mennonitischen Kirche, der heute nicht mehr genutzt wird. Dieser ehemalige Zugang zeugt von der damaligen Konzeption als Hofkirche mit Mauer und Tor. Heute ist dieser vom öffentlichen Straßenraum abgetrennte alte Eingang das älteste erhaltene Baudenkmal innerhalb der Krefelder Innenstadt. (s. Photo 5)

Historischer Eingang zur mennonitischen Kirche auf der Rückseite



Photo 5, M. Zbroschzyk 2012

Das einzig erhaltene Bauwerk der von der Leyens in der ersten Auslage wurde im Zuge des Zweiten Weltkrieges zerstört. Im Jahr 1711 ordnete der preußische Herrscher Friedrich Wilhelm I. die zweite Stadterweiterung Krefelds an. Diese um 13 holländische Morgen und 127 Ruthen angestrebte Erweiterung städtischen Siedlungsraumes war zum einen für repräsentative Bauten aufsteigender Fabrikanten gedacht, zum andern aber auch für die

Arbeiter der expandierenden Seidenmanufakturen. Bei dieser stadtbaulichen Erweiterung wird aber auch die zunehmende angestrebte Trennung von Arbeits- und Wohnraum in der Geographie der Stadt deutlich. Für die Stadtbewohner jener Zeit wurde diese zweite Auslage nicht zuletzt durch die Bauten der Familie von der Leyen raumwirksam und stadtbaulich aufgewertet.

In Absprache mit dem preußischen König erfolgte im Jahr 1738 die dritte, insbesondere durch die mennonitische Familie von der Leyen forcierte Stadtraumerweiterung mit 80 neuen Hausstellen.²⁴²⁹ Die gesamte erste Reihe in der Hauptstraße wurde von der mennonitischen Gemeinde aufgekauft. Wie raumverändernd und raumplanend die Mennoniten bei der Planung der Stadterweiterung eingreifen konnten, verdeutlicht die Tatsache, dass ein mennonitisches Eckhaus an der neuen Hauptstraße, das im Bereich des Stadtgrabens und der Stadtmauer gestanden hätte, auf Drängen mennonitischer Fabrikanten samt der gesamten Stadtanlage soweit nach Norden verlegt wurde, auf dass ein 50 Fuß breites Gelände zwischen der „alten“ und der neu errichteten Stadt entstand, welches zur städtischen Zierde mit Bäumen bepflanzt werden sollte. Die Krefelder Mennoniten agierten somit direkt als stadtbauliche Raumgestalter. Diese aktive Raumgestaltung städtischer Siedlung kam primär da vor, wo wirtschaftsbezogene und infrastrukturelle Fragen bei der Anlegung ihrer Fabriken auftraten, sodass bei der Planung mennonitischer Seidenfabriken die Straßenführungen und -breiten, die Hauslängen und die Stadtmauerdurchlässigkeit nach ihren Wünschen und Bedürfnissen angepasst werden mussten. Das stadtgeographische Konzept der zweiten Stadterweiterung, nämlich die räumliche Trennung von Wohnraum und Arbeit, wurde weiter fortgesetzt. Die Erwerber neuer und groß angelegter Baugrundstücke an der Friedrichstraße waren fast ausschließlich mennonitische Professionisten, die regelrecht direkt ganze Baublöcke kauften, um ihre Pläne zu realisieren. Schon im Jahre 1749 lag kein wüster Stadtplatz zu Bebauung von Wohnhäusern und Fabrikanlagen vor, sodass eine weitere Stadterweiterung erfolgen sollte.

In der vierten Auslage 1752 wurde aufgrund des Zuzugs zahlreicher katholischer Arbeiter, die in den Seidenfabrikationen der von der Leyens überwiegend ihr Unterkommen fanden, unter anderem die katholische Dionysiuskirche errichtet. Erneut wurde auf der königlichen Anlage preiswerter Wohnraum angeboten, den die Gebrüder Heinrich und Friedrich von der Leyen zum Bau für Wohnräume ihrer Arbeiter aufkauften. Im Kontext dieser vierten Stadterweiterung entstanden die sogenannten „Sieben Häuser“, deren Erscheinung zwar aufgrund ihrer einheitlichen zweistöckigen und dreifenstrigen Bauweise bescheiden wirkte,

²⁴²⁹ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 217-221.

aber dennoch dank eines aufwendiger gestalteten und mit vielen Verschnörkelungen verzierten Mittelhauses an ihre mennonitischen Stifter erinnerte – ein am Mittelhaus angebrachtes Monogramm wies auf die edlen Stifter hin.

Die fünfte Stadtauslage im Jahr 1765 stand ganz im Zeichen der Beseitigung vorherrschender Wohnungsnot. Auf 20 holländischen Morgen und 17 Ruten standen weitere 188 Häuser zur Bebauung zu Verfügung.²⁴³⁰ Ebenfalls hierbei zeigte sich nicht nur die politische Bedeutung mennonitischer Fabrikanten, sondern ihre abermalige Funktion als Raumgestalter, da sie – und nicht der Magistrat der Stadt – als Kommissare der Auslage ernannt worden waren. Bei dieser fünften Stadterweiterung bauten die von der Leyens ihr bisher größtes Fabrikgelände. Unter den im Zusammenhang dieser stadträumlichen Expansion errichteten Privathäusern befanden sich die zum Teil noch heute existierenden prachtvollen, von den Gebrüdern Leydel entworfenen Bauten „Haus Floh“ und „Haus Zum Heyd“, wie sie Krefeld bis zu jener Zeit noch nie gekannt hatte. Auftraggeber waren abermals die mennonitischen Familien von der Leyen und Heydweiller. (s. Photo 6 und Photo 7)

Aber auch aus sozialpolitischem Antrieb und christlicher Nächstenliebe stiftete die Familie von der Leyen zugunsten der Armen die „Zehn Häuser“ in der Lohstraße, und zeigte sich damit als edle Spender.

Nicht unerwähnt bleiben darf aber auch die Tatsache, dass das ländliche Umfeld der moersischen Enklave Krefeld bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die im Raum begrenzte Stadt als Produktionsstandort übertroffen hatte.²⁴³¹ Der Raumausschlag mennonitischer Textilunternehmen auf das benachbarte ländliche Umfeld war aus wirtschaftspolitischer Perspektive unvermeidlich. Aus einer Statistik des Jahres 1763 ist zu entnehmen, dass von 97 kleinen Bandstühlen 30 in Moers, 30 in Xanten, 6 in Goch und 27 in Krefeld sowie 4 in Viersen dezentral positioniert wurden.²⁴³² Vor allem die Gebrüder Friedrich und Heinrich von der Leyen schienen einige Webstühle auf dem platten Lande aufgestellt zu haben. Diese Standorterweiterung der mennonitischen Seidenproduktion über die städtischen Grenzen der Stadt Krefeld hinaus lief in der Tendenz auf eine gewisse räumliche Arbeitsteilung bei der Seidenproduktion zwischen Land und Stadt hinaus.

²⁴³⁰ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 223f..

²⁴³¹ Siehe Kriedte, P.: Vom Leinen zur Seide. Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Krefelds ... , S. 295.

²⁴³² Zahlen entnommen aus Kriedte, P.: Vom Leinen zur Seide. Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Krefelds ... , S. 349.

Haus „Floh“ - Stadtpalais der Seidenbarone Johann v. d. Leyen und Peter v. Loevenich



Photo 6, M. Zbroschzyk 2012

Eingangstür des im Übergangsstil des Rokokos und Klassizismus gebauten Hauses „Floh“



Photo 7, M. Zbroschzyk 2012

Die Raumwirksamkeit dieser peuplierungspolitisch unterstützen Emigranten mennonitischen Glaubens lag vor allem in der wirtschaftlichen Expansion ihrer Betriebe begründet, die immer wieder neue räumliche und stadtplanerische Bedürfnisse hervorbrachten. So konnte die mennonitische Familie von der Leyen von den oberen Stockwerken ihrer neu errichteten Prunkhäusern aus im 18. Jahrhundert über die aufgrund ihrer Initiative bewirkte dritte, vierte und fünfte Auslage der Stadt schauen, welche man, wie Hagenbusch es treffend beschrieb, als „Von-der-Leyen-Vorstädte“ bezeichnete.²⁴³³ Die ehemaligen die Siedlung Krefeld begrenzenden Stadtmauern mussten im Zuge der städtischen Auslagen immer mehr weichen, sozusagen als eine „physisch-bildliche“ Darstellung „stadtbezogener additiver“ Peuplierungspolitik, wie sehr und intensiv die mennonitischen Glaubensflüchtlinge inzwischen über die Grenzen der Stadt hinausstrebten. Die stadtgeographischen Expansionen waren nicht nur bei der Planung und Durchsetzung durch die Mennoniten stark beeinflusst und ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen angepasst worden, sondern sie dienten auch sozusagen als „peuplierungspolitische Katalysatoren“ für niederlassungswillige Fremde, welche in den immer weiter sich ausbreitenden Seidenmanufakturen ein Unterkommen zu finden suchten. Es wurde damit sowohl neuer Arbeits- als auch Wohnraum geschaffen, sodass die Stadt Krefeld unter dem Einfluss wirtschaftsfleißiger Mennoniten mehrmals räumlich expandieren konnte. Auch die Mennonitengemeinde war sich ihrer eigenen wirtschaftlichen Bedeutung und räumlichen Expansion der Stadt Krefeld bewusst, wie aus einem im Jahre 1789 verfassten Entwurf einer Eingabe an den preußischen König Friedrich Wilhelm II. zu entnehmen ist: „Gedachte unsere Voreltern zum Theil legten hieselbst, als an einem damahls noch gantz unbedeutendem kleinem Orte, Seidenfabriquen und Manunfacturen an, welche von uns, deren Nachkommen, extendiret und gegenwärtig zum höchsten Grad möglichster Vollkommenheit gebracht sind, wobey einige Tausend Menschen Verdienst und reichlichen Unterhalt finden, wodurch Künstler und geschickte Arbeiter aus fernen Landen hiehin gebracht, wodurch der übrige beträchtliche hiesige Handel hiehin gezogen, wodurch Crefeld bekandt, von Zeit zu Zeit erweitert, volckreich und zu einer nahrhaften und blühenden Stadt geworden ist.“²⁴³⁴

Die wirtschaftliche Entwicklung wirkte wie ein in der peuplierungstheoretischen Literatur bezeichneter „Pull-Faktor“, sodass nunmehr auch andere wirtschafts- und handelsstarke Gruppen nach Krefeld kamen, um die sich vor allem die von der Leyens persönlich auf der

²⁴³³ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 198.

²⁴³⁴ Zitat der mennonitischen Gemeinde aus dem Jahr 1789 entnommen aus Kriedte, P.: Vom Leinen zur Seide. Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Krefelds ... , S. 264.

Frankfurter Messe bemühten.²⁴³⁵ Aus der ehemaligen mittelalterlichen Ackerbürgerstadt, die zum Ende des 16. Jahrhunderts nur knapp einer Wüstung entging, konnte dank der peuplierungspolitisch, bereits zur oranischen Zeit angesiedelten mennonitischen Glaubensflüchtlinge eine wirtschaftlich starke Seidenmanufakturstadt europäischen Ranges wachsen. Sicherlich kann dieser wirtschaftliche Erfolg und die damit verbundene Raumwirksamkeit stadtgeographischer Veränderung nicht ausschließlich der preußischen „stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik zugeschrieben werden, aber diese unterstützte die mennonitischen Emigranten intensiv und band sie in die stadträumliche Planung mit ein. So fasste es Hagenbusch treffend zusammen, indem er darauf hinwies, dass wer es den preußischen Peuplierungspolitikern „[...] zuschreibt, erst sie hätten dem Kleinkind Krefeld das Gehen beigebracht, kann ihnen genauso gut unterstellen, sie hätten sich in ein gemachtes Nest gesetzt, weil bereits unter den Oraniern alle Voraussetzungen für das weitere Wachsen der Stadt geschaffen worden waren.“²⁴³⁶ Die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik in Krefeld ist aber bei beiden Interpretationsstandpunkten gegeben und belegbar.

Der erfolgreiche Aufstieg der Krefelder Wirtschaft zu einem bedeutenden preußischen proto-industriellen Agglomerationszentrum war das Ergebnis einer toleranten und einwanderungsfreundlichen Peuplierungspolitik. Sie führte zu einer sozialen Konstellation, die in entscheidender Weise durch die Migration einwanderungswilliger Mennoniten im 17. und 18. Jahrhundert geprägt wurde. Selbst heute noch erinnern zahlreiche prachtvolle Gebäude ehemaliger mennonitischer Fabrikanten als stadtbauliches Denkmal preußischer Peuplierungspolitik an die Hochzeit der Seidenfabrikation Krefelds. Das heutige Rathaus befindet sich im ehemaligen Stadtschloss der mennonitischen Familie von der Leyen, nach denen auch der Rathausplatz benannt ist. (s. Photo 8 und Photo 9) Aufgrund der wirtschaftsfördernden preußischen Peuplierungspolitik entstand in Fürstentum Moers mit Krefeld eine kleine Stadt, die sich im Laufe der preußischen Zeit mithilfe fleißiger und tüchtiger mennonitischer Emigranten zu einem zentralen Wirtschaftsort am Niederrhein entwickelte. Das Umland wurde ebenfalls in den Prozess gewerblicher Produktion mit einbezogen. Der durch die Peuplierungspolitik geförderte Zuzug mennonitischer Glaubensgenossen erhöhte nicht nur die Zahl der Untertanen, sondern stimulierte außerdem die Wirtschaft der Stadt Krefeld entscheidend – das Krefelder Seidengewerbe war somit ein Erfolg der „qualifizierten stadtorientierten“ Peuplierungspolitik.

²⁴³⁵ Siehe dazu Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 199.

²⁴³⁶ Zitat aus Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft ... , S. 251.

Das heutige Rathaus Krefelds am Von-der-Leyen-Platz



Photo 8, M. Zbroschzyk 2012

Straßenschild am Rathaus Krefelds



Photo 9, M. Zbroschzyk 2012

1.6. Exemplarische Ansiedlungen im Kontext „passiver“ Peuplierungspolitik

Die Zeit der Regentschaft Friedrich Wilhelms II. bis zur Jahrhundertwende war aufgrund der allgemein-politischen Bedeutungsverschiebung rheinischer Besitzungen und finanzieller Engpässe von einem „passiven“ Charakter preußischer Peuplierungspolitik gekennzeichnet. Der Fokus lag lediglich auf dem Erhalt bisher erreichter bevölkerungspolitischer Erfolge, was keine „aktive“ Einwanderungspolitik und binnenkolonialisatorische Bestrebungen zur Anwerbung fremder Emigranten beinhaltete. Friedrich Wilhelms II. gesamtpolitische Orientierung führte zu einer höheren Inwertsetzung peuplierungspolitischer Förderung der Kernlande und der hinzugekommenen schlesischen Gebiete, sodass die emigrationswilligen Fremden in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers nun auf sich allein gestellt waren, um ihre Etablissements zu bewerkstelligen. Dieses Fehlen des aktiven Momentums peuplierungspolitischer Gesetzgebung am Niederrhein spiegelt sich in den Quellen wider. Im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf sind lediglich nur eine Hand voll Akten zu finden, die stadtkolonisatorische Ansiedlungen qualifizierter Professionisten erwähnen. Auch die drastisch zurückgehenden Auszahlungen aus der Retablissement-Kasse belegen die gestoppte staatliche Subventionierung stadtkolonisatorischer Bemühungen für die niederlassungswilligen Emigranten am Niederrhein.

Ein Beispiel eines Kolonisten in der Umgebung von **Sonsbeck** belegt den potenziellen Charakter der Ausweisung, wenn der entsprechende Kolonist nicht die nötige Qualifikation zur Umsetzung seines Etablissements hatte. Depeuplierende Momente „passiver“ Bevölkerungspolitik konnten zu Ausweisungen unnützer und fauler Kolonisten führen, die dem Staat mehr Kosten als Nutzen einbrachten. Ein schon im Jahre 1769 angesiedelter Kolonist namens „[...] Johannes Hahnemann, gebürtig In der mittele fals Von reformirten eltern geboren“ siedelte nach einer peuplierungspolitischen Odyssee in der ländlichen Umgebung der Stadt **Sonsbeck**.²⁴³⁷ Der Problemfall Hahnemann „[...] hat in dem Jahre 1769 die Bekanntschaft eines gewissen Schuch gemacht, welcher sich gebrauchen lies, ein Colonist für diese Provinz anzuwerben, [v]ielleicht durch den Schuch beredet, vielleicht auch um den Unannehmlichkeiten, welche die Inquisition ihm in seinem Vaterlande drohte, verlies der Hannemann die Pfalz, und wollte als ankommender Colonist einen Domainen Hof ohnweit Sonsbeck in Erbpacht nehmen.“²⁴³⁸ Dieses Gesuch wurde ihm allerdings nicht genehmigt, sodass er verlangte, dass „[...] ihm auf dem Amte Sonsbeck gehörigen Balberger Heyde eine ansehnliche Colonie abgemessen werden sollte.“²⁴³⁹ Nun wollte der Kolonist wiederum

²⁴³⁷ Zitat vom 26. August 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

²⁴³⁸ Zitat vom 22. August 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

²⁴³⁹ Zitat vom 22. August 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

weiteres kostenfreies Land zur erfolgreichen Etablierung und Urbarmachung zur Sicherung seiner Subsistenz zugesprochen bekommen. Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer sah, vor allem in Anbetracht zahlreicher Misserfolge des Kolonisten Hahnemanns, dieser Anfrage skeptisch entgegen, weil „[...] sich der Colonist mit Grunde über nichts beschweren kann.“²⁴⁴⁰ Aufgrund seiner schlechten Wirtschaft ging sein Etablissement zugrunde und er zog weiter nach Xanten, um dann schließlich wieder, ohne Absprache mit der Klevischen Kammer, erneut auf der Balberger Heide des Amtes Sonsbeck zu siedeln. Der Eindruck über den Kolonisten war kein guter, sodass die Klevische Kammer es „[...] nicht unterlaßen [konnte], allerunterthänigst zu betheuren, daß ich solch einen (...) boshaften Menschen wie dieser Hanemann ist, in langer Zeit nicht vorgefunden habe, und wäre der königl. Landrichter zu Xanten nicht so gütig, so würde er längst Gelegenheit gehabt haben, dem Colonisten Hanemann ein solches Etablissement im Zuchthause zu verschaffen.“²⁴⁴¹ Diese obrigkeitsstaatliche Charakterisierung stellt ein Beispiel für einen sehr schlechten Kolonisten dar, denn die genannten Fakten sprechen gegen den Hanemann. Sicherlich waren nicht alle in der Phase „aktiver“ und „additiver“ Peuplierungspolitik angeworbenen Kolonisten ein Gewinn für den preußischen Staat. Ihrer versuchte man sich nun, wie in diesem oben genannten Fall, im Zuge „passiver“ Bevölkerungspolitik zu entledigen. „Da er sein Etablissement auf der Balberger Heyde gehabt“, so die Einschätzung des Generaldirektoriums, „[...] solcher aber wegen seiner schlechten Wirtschaft und (...) Schulden verkauft werden müssen und er dabey ein obstinanter Mensch sey, der sich (...) gesetzwidrige Handlungen zu Schulden kommen laßen, [sei] ihm so wenig jetzo zu helfen.“²⁴⁴² Sollte dieser Kolonist dennoch Besserung in seinem Verhalten und Bemühen geloben, so könnte ihm gegebenenfalls „[...] einige Mengen entbehrlicher Gemeinheits-Grund, in einer oder anderen Gegend, zu seinem anderen Etablissement ausgemittelt werden.“²⁴⁴³ Würde dieser dem Staat bisher so nutzlose Kolonist Hahnemann seine letzte peuplierungspolitische Chance zu seinem Etablissement nicht nutzen, müsse „[...] im wiedrigen Falle aber (...) die Fortschaffung aus dem Lande“ angeordnet werden.²⁴⁴⁴ Sicherlich gab es einige angeworbene oder niedergelassene Kolonisten, die sich lediglich an den Privilegien und versprochenen Benefizien erfreuen wollten, ohne mit wirklicher Mühe an einer erfolgreichen Etablierung zu arbeiten.

²⁴⁴⁰ Zitat vom 26. August 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

²⁴⁴¹ Zitat vom 22. August 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

²⁴⁴² Zitat vom 23. September 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

²⁴⁴³ Zitat vom 23. September 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

²⁴⁴⁴ Zitat vom 23. September 1788 aus HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 897.

Eine Akte über die stadtkolonisatorische Situation niederrheinischer Städte des Jahres 1789 belegt die Tendenz „passiver“ Peuplierungspolitik preußischer Herrschaft. Der Magistrat der Stadt **Grieth** vermeldete am 2. Oktober 1789, dass statt „[...] der einzusendeten Tabellen (...) wir gehorsamst anzuzeigen sollen, daß in dem Verfloßenen halben Jahre hieselbst keine Colonisten abgekommen sind.“²⁴⁴⁵ Ähnliche Nachrichten über die Niederlassung und den negativen Fortgang städtischer Kolonisten sind für die Stadt **Kervenheim** und **Kalkar** belegbar.²⁴⁴⁶ Dieser stagnierende Fortgang stadtkolonisatorischer Besiedlungspolitik lag sicherlich nicht nur in der passiven Ausführung preußischer Peuplierungspolitik begründet, sondern hing sicherlich mit der aktuellen politischen Situation europäischer Unruhephasen revolutionärer Bewegungen zusammen, die die Peuplierungspolitik in den vom Kernland weit entlegenen rheinischen Territorialgebieten nahezu zum Stillstand brachte.

Lediglich einige „qualifizierte“ peuplierungspolitische Bemühungen der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer durchbrachen den „passiven“ Charakter städtischer Bevölkerungspolitik. Die Akte „betreffend die Beförderung der fehlenden nützlichen Fabriken-Anlagen durch Prämien, und die Deshalb geförderte Vorschläge“ des Jahres 1788 offenbart dem Forscher die Einschätzung Klevischer Kammer über die stadtkolonisatorische Situation niederrheinischer Städte; da „[...] es in hiesigen Provinzen noch an einigen sonst nützlichen Fabriken Anlagen fehlet, wofür doch sonst viel Geld aus dem Lande gehet, als Spiegel Fabriken, Messing Wercke, (...) pp., diese und dergleichen Anlagen wollen wir höchstselbst wohl durch Preemien zum Etablissement animieren.“²⁴⁴⁷ Nach der peuplierungspolitischen Einschätzung des **Orsoyer** Magistrats sei das beste Mittel zur Anlegung dieser für die Provinz nützlichen Fabriken jenes, primär „[...] fremde Fabriken ins Land zu ziehen, wenn solche (...) von allen Abgaben befreit und solche nicht allein durch öffentliche Proclamata versprochen, sondern auch heilig gehalten“ würden.²⁴⁴⁸ Aus dieser magistratischen Aussage ist eine gewisse Kritik bei der Umsetzung peuplierungspolitischer Versprechungen herauszulesen, die auch durch die obigen Beispiele „qualifizierter“ Ansiedlungsversuche stadtkolonisatorischer Bemühungen zur Behebung wüster Hausstellen vielfach belegt wurde. Zwar wurden in der Anfangsphase retablisementbezogener Peuplierungspolitik viele Gelder ausgezahlt, aber vor allem bei der Anwerbung qualifizierter Professionisten und bei den späteren Gesuchen retablierender Einwohner ist ein gewisser

²⁴⁴⁵ Zitat vom 2. Oktober 1789 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1626. Auch ein halbes Jahr vorher berichtete der Griether Magistrat von einer gleichen stadtkolonisatorischen Peuplierung, da „[...] hieselbst keine Colonisten abgekommen“ waren.

²⁴⁴⁶ Siehe dazu das Schreiben des Kervenheimer Magistrats vom 9. April 1789 und das Schreiben des Kalkarer Magistrats vom 1. April 1789 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1626.

²⁴⁴⁷ Zitat vom 7. Januar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863.

²⁴⁴⁸ Zitat vom 20 Februar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863.

„Kampf“ um die Auszahlung versprochener Gelder und um die Genehmigung publizierter Privilegien zwischen dem Staat und den Bittstellern zu erkennen. Der Magistrat zu **Orsoy** wies somit auf die Probleme zwischen Theorie und Praxis „qualifizierter stadtbezogener“ Peuplierungspolitik hin, die das erfolgreiche Etablisement oder die Anwerbung niederlassungswilliger Professionisten empfindlich behindern konnten.

Der **Kalkarer** Magistrat begründete die ineffektive stadtkolonisatorische Besiedlungspolitik „qualifizierter“ Fabrikanten mit der vorherrschenden Gesamtsituation der Stadt, der sowohl die Rohstoffe dazu fehlten, also auch die entsprechenden Fachleute.²⁴⁴⁹ Auch in der Stadt **Üdem** habe man „[...] nicht die geringste Kentniß“, wie eine solche Fabrik anzulegen und zu finanzieren sei.²⁴⁵⁰ Neben der Anmerkung, dass es hier auch an Entrepreneurs fehle, begründete er die schwierige Situation zur Anlegung städtischer Fabriken mit der vorgegebenen naturräumlichen Lage der Stadt, da es hier vor allem an infrastrukturellen Zugangswegen zum Wasser mangelte, welche die peuplierungspolitische Ansiedlung qualifizierter Fabrikanten erschwerten. Allerdings könne, so die peuplierungspolitische Einschätzung des **Üdemer** Magistrats, ein solches Etablisement qualifizierter Professionisten in den Städten **Goch** und **Kalkar** gelingen, weil die Anlegung einer Fabrik „[...] hie leicht mit Nutzen geschehen kann.“²⁴⁵¹ In der Stadt **Büderich** verhielt sich die peuplierungspolitische und räumliche Situation auch schwierig, weil hier primär ein ländlicher Charakter mit zahlreichen Ackerleuten und Viehzüchtern vorlag und keine Fachleute vorhanden waren oder sich entschließen würden, an einem so kleinen Ort ein solches Etablisement zu befördern.²⁴⁵² Auch der **Kervenheimer** Magistrat blickte auf die Realisierung einer Fabrikanlegung sehr skeptisch und kritisch, weil „[...] dieser arme abgelegene Ort wenig Hoffnung giebt, daß sich einige in der provintz mangelnde Fabriken darin etabliren“ können, lediglich die Anlegung von Fusselbrennereien wäre in der Umsetzung möglich, weil „[...] dazu (...) dieser orth wegen seines mineralischen Grundwaßers besonders bekwehm (ist).“²⁴⁵³ Zudem „[...] könnte hier wohl eine Erzbrauerey angeleget werden, auch wohl eine tüchtige Leder Gärberey“, um die städtische Kolonisation zu Stärkung der Wirtschaft voranzutreiben.²⁴⁵⁴ Zwar gibt die Akte keine weitere Auskunft über die Umsetzung „qualifizierter“ peuplierungspolitischer Maßnahmen in den niederrheinischen Städten, allerdings ist dies als ein Beleg anzusehen, dass man trotz der

²⁴⁴⁹ Siehe dazu das Schreiben vom 21. Februar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863.

²⁴⁵⁰ Zitat vom 12. Februar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863.

²⁴⁵¹ Zitat vom 12. Februar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863.

²⁴⁵² Siehe dazu das Schreiben vom 28. Februar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863.

²⁴⁵³ Zitat vom 15. Februar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863. Dieses städtische Gewerbe war schon „[...] vor alters her die einzige Haupt Nahrung gewesen.“

²⁴⁵⁴ Zitat vom 12. Februar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 863.

generellen „passiven“ Ausrichtung preußischer Bevölkerungspolitik aktive Anwerbungsversuche zur Ansetzung fremder Professionisten und Fabriken plante.

Die Akte „wegen der von dem Fabricanten Dilthey nachgesuchten wüsten Stelle an der Stadtmauer in Calcar zur Bebauung eines Spinnhauses und der von ihm zugleich mitübernommenen Reparaturen an der Stadtmauer daselbst“ aus dem Jahre 1794 belegt, dass trotz der „passiven“ Peuplierungspolitik in Zeiten großer europapolitischer Unruhen selektiv einige Fabrikanten angesiedelt wurden.²⁴⁵⁵ Aus einem persönlichen Schreiben des Fabrikanten Wernhard Dilthey vom 20. Dezember 1793 gehen einige von ihm formulierte Bedingungen hervor, die er an den preußischen Staat zur Anlegung einer Fabrik und Beseitigung noch vorhandener wüst liegender Hausstellen in der Stadt **Kalker** richtete. In seinem „[...] Entwurff der Bedingungen zum Etablissement und Errichtung einer (...) Wollen Spinnerey zur Calcar“ forderte er eine Beteiligung des Staates beim Kauf der „[...] Spinner Maschinen (...), sobald solche abgeliefert und an Ort und Stelle zu Calcar sich finden laßen“, bei der Nutzung einer „[...] Waßer Spinnerey, wozu die beyde Mühlen am (...) Thor gegen billige Erbpacht würden aptiret werden können“, bei der „[...] Verfertigung mehrern Maschine erforderlichen Holzes aus dem Königl. Forsten, (...) einen freien Ort zur Bleiche, Zwo Freye Wohnungen zu 6 Jahren und das (...) Hauß hinter dem Guerinschen Hause zur anlegung der Maschine“ sowie die „[...] Freyheit von abgaben für meine Haushaltungen und die sonstigen den Fremden und Fabricanten allergnäd. Verstatteten Freyheit.“²⁴⁵⁶ Sofort übersandte der an diesem Etablissement sehr interessierte städtische Magistrat der Klevischen Kammer ein Protokoll, „[...] welches wir in betref der Reparatur der Stadtmauer hinter hießigen Reformirten Kirche mit dem Kauf Mann Dilthey abgehalten haben und da derselbst ein Drittel (...) herabgelaßen, und niemand die Mauer in beßer Standt setzen wird, als Er, weil Er darauf zu bauen gedenckt, so leben Wir die Hoffnung, daß demselben für das offerirte zwei Drittel des Bauschlags quanti der Zuschlag erteilet“ wird.²⁴⁵⁷ Zudem war aus räumlicher Perspektive dieser wüstliegende städtische Grund, „[...] der jetzt öde und für nichts und wieder nichts da lieget“, vorzüglich zur Anlegung einer Fabrik und zur räumlichen Verdichtung geeignet.²⁴⁵⁸ Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer verordnete, dass „[...] [d]ieser Platz (...) dem Dilthey überlassen werden“ könne und genehmigte die vom städtischen Kolonisten geforderten Bedingungen.²⁴⁵⁹ Allerdings muss es da noch einige Unzufriedenheiten beim Dilthey gegeben haben, sodass der Magistrat zu **Kalkar** nochmals an

²⁴⁵⁵ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319.

²⁴⁵⁶ Zitat vom 20. Dezember 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319.

²⁴⁵⁷ Zitat vom 8. August 1794 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319.

²⁴⁵⁸ Zitat vom 8. August 1794 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319.

²⁴⁵⁹ Zitat vom 29. August 1794 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319.

die Klevische Kammer schrieb, um dem niederlassungswilligen Fabrikanten noch mehr Freiheiten zuzubilligen. Ein Bericht zum Ende des Jahres 1796 belegt eine Planungsänderung bei der Errichtung der Fabrik, weil, „[...] als er sein Etablissement zu poussieren angefangen, (...) er indessen gefunden (habe), daß ihm jenes hauß zu weit abgelegen sein würde, auch da die Kriegs unruhen den neuen Bau verhindert hatten, habe er sich entschließen müssen, neben seinem Wohnhause ein altes Hauß zu kaufen und solches zum Behuf der Fabrique zu aptiren“, sodass nun der wüstliegende Platz an der mauer anderweitig vergeben werden sollte.²⁴⁶⁰ Trotz dieser Einschätzung kam die Klevische Kammer nicht umher, dem Kaufmann Dilthey bei seinem städtischen Etablissement an der Stadtmauer eine gewisse Mitschuld zu geben, weil er „[...] den Bau zu voreilig unternommen habe.“²⁴⁶¹ Die Klevische Kammer und der Magistrat erhofften sich durch die stadtkolonisatorischen Aktivitäten neben der Anlegung einer Fabrik auf einem ehemals wüstliegenden Hausplatz eine stadtbauliche Reparatur der Mauer zu erreichen. Aus nicht näher definierten Gründen berichtete der **Kalkarer** Magistrat, dass „[...] die abgehaltenen Termine zum Verkauf des Diltheyschen Spinn-Gebäudes fruchtlos abgelaufen und daß sich bis dahin noch kein Kauflustiger darum gemeldet habe.“²⁴⁶² Auch wenn das Etablissement-Projekt des Kaufmannes Dilthey sich nicht stabilisierte, wurde es aber dennoch umgesetzt und aktiv von den preußischen Behörden unterstützt.

Im Zuge der durch die Französische Revolution im Jahre 1789 hervorgerufenen Unruhen flohen zahlreiche französische, lüttische und niederländische staatliche und geistliche Würdenträger und Amtspersonen in die nahegelegenen preußisch-rheinischen Territorialgebiete, sodass die niederrheinischen Städte, vor allem die Stadt **Kleve**, temporär peupliert wurden. In einem Editkt des Jahres 1792 des preußischen Staates wurde verordnet, einem „[...] Theil der französischen Emigranten den Aufenthalt in Unsern hiesigen Provinzen zu verstatten.“²⁴⁶³ Man möge den „[...] französischen Emigranten, welche sich in Eure Jurisdictions-Districte begeben (...), die Rechte der Gastfreyheit und alle übrige Sicherheit und Schutz angedeihen zu lassen, welche anderen Reisenden bewilliget werden, dahingegen aber schlechterdings nicht zu gestatten, daß sie Werbungen anstellen“, die das Land potenziell entvölkern könnten, „[...] sich in Haufen versammeln, in den Waffen üben, Lager halten, Magazine und Waffenplätze anlegen, Pferde aufkaufen, oder irgend etwas unternehmen, welches das Ansehen einer Kriegszurüstung hätte.“²⁴⁶⁴ Eine exemplarische Emigrationsliste

²⁴⁶⁰ Zitat vom 9. Dezember 1796 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319.

²⁴⁶¹ Zitat vom 24. März 1797 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319.

²⁴⁶² Zitat vom 7. Mai 1797 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1319. Dieser Verkauf des Spinngebäudes konnte durch Tod oder Wegzug des Fabrikanten begründet gewesen sein.

²⁴⁶³ Zitat vom 4. Februar 1792 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 468.

²⁴⁶⁴ Zitat vom 4. Februar 1792 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 468.

verdeutlicht die Dimension der politischen Flüchtlinge, die in Kleve einen temporären Aufenthalt genießen durften. (s. Tab. T-54)

Liste derer sich in der Stadt Cleve aufhaltenden Emigranten vom 23. März 1793

Nr.	Name	Profession	Nr.	Name	Profession
1	Jean Pierre Bandey	Pastor	24	L` abbé Beurel	Pastor
2	Euslache Jerome	Pastor	25	M. le Cranc	Pastor
3	Niclas Chaey	Pastor	26	C. Parent	Pastor
4	Remi Mayencouet	Pastor	27	M. d`Eprevellers	Vicarius
5	Charles Coigné	Vicarius	28	M. Godefeuy	?
6	Henri de Lastré	Pastor	29	M. Gollehot	Professor
7	Pierre Torquet	Vicarius	30	A. Martelay	Priester
8	Louis Loir	Pastor	31	Graf Mahon	----
9	Ch. L`heuemink (?)	Vicarius	32	A. D`anstaing	Officier
10	Le Vicomte de Bethihy	Colonel	33	M. de Languahaing	Officier
11	Le Vicomte de Tertre	Major	34	Comte de Bargeton	Officier
12	Le Vicomte Alex de Tertre	Officier	35	M. Delhout	Gentelhome
13	Le Vicomte Churler de Tertre	Officier	36	Vicomte de Courtavel	Obrist
14	Le Vicomte Eman. de Tertre	Officier	37	Chavalier de Courtavel	Lieutenant
15	Le Vicomte de Riencouet	Officier	38	M. de B. (?)	Officier
16	Mich. Caron	Priester	39	M. le Chavelier de Sombrie	?
17	Eugene Richard	Priester	40	M. de Ruse	Volontaire
18	d` Elves	Priester	41	de la Biguerre	Volontaire
19	d` Elves	Professor	42	?	Capitaine
20	Doublet	Pastor	43	Baron de Beaile	?
21	L`abbé Navasseur	Pastor	44	Constant de Comprion	Chavalier
22	Bourbier	Pastor	45	Touan	Priester
23	L`abbé du Weven	Vicarius	----	----	----

Tab. T-54

Diese Tabelle belegt durchaus eine beachtliche Zahl politischer Emigranten, die zum Teil vereinzelt Gesuche zur dauerhaften Niederlassung in der Stadt **Kleve** an die Klevische Kammer richteten.²⁴⁶⁵ Die meisten Emigranten ließen sich nur temporär nieder und hatten ein

²⁴⁶⁵ Siehe dazu die Tabelle vom 23. März 1793 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 468. Zahlreiches Aktenmaterial liegt im HSTAD noch vor, um einen genaueren Überblick über die politischen Emigranten aus Frankreich, Lüttich und den Niederlanden zu bekommen, was allerdings die Grenzen dieser Arbeit sprengen würde. Siehe dazu Kleve-Mark-Akten Nr. 463-470, Nr. 555 und Nr. 546 (niederländische Gesuche von Emigranten und besonders für die Städte Emmerich und Wesel Nr. 3976).

großes Interesse an der Rückkehr in ihre Heimat, um ihre Vermögen und ihre Würden wieder zu erhalten. Aus einer Generalliste für das Herzogtum Kleve und das Fürstentum Moers über die sich in den preußischen rheinischen Territorialgebieten aufhaltenden französischen Emigranten zum Ende des Jahres 1793 wurden 94 politische Flüchtlinge aufgelistet, die unter dem Schutzmantel des preußischen Königs politisches Asyl bekamen.²⁴⁶⁶ Ab dem Jahr 1794 kamen noch brabantische Flüchtlinge hinzu. Zum Ende des Jahres 1795 verordnete das Generaldirektorium, dass „[...] die Lüttischer Emigrierten mit denen französischen und niederländischen auf gleichen Fuß zu behandeln sind“, sodass bei den temporär Aufgenommenen unterschiedlicher Herkunft rechtliche Gleichheit herrschte.²⁴⁶⁷

Aus diesen wenigen Beispielen „passiver“ Peuplierungspolitik Friedrich Wilhelms II. ist zu entnehmen, dass nicht nur eine Bevölkerungspolitik auf den Erhalt der bisher erreichten peuplierungspolitischen Erfolge betrieben wurde, sondern punktuelle Beispiele für eine Durchbrechung „passiver“ Peuplierungspolitik durch „qualifizierte“ stadtkolonisatorische Bemühungen und temporäre Niederlassungen politischer Flüchtlinge belegbar sind. Dennoch ist ein großer Abfall bei der Auszahlung von Baufreiheitsgeldern aus den „Retablissement-Tabellen“ und der aktiven Anwerbung niederlassungswilliger Stadtkolonisten festzuhalten, der primär in der gesamtpolitischen Randlage rheinischer Territorien und der finanziellen Knappheit des preußischen Staates seine Ursache hatte.

²⁴⁶⁶ Siehe dazu die Generalliste vom Dezember 1793 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 468.

²⁴⁶⁷ Zitat vom 31. Dezember 1795 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 468. Am 15. Januar 1796 wies die preußische Regierung abermals darauf hin, dass „[...] die Auswanderer aus den vereinigten Niederlanden ohne Unterscheid des Stands, mithin auch vom Civilstande, mit den französischen, Brabanter und Lüttischer Emigrierten auf gleichem Fuß behandelt werden sollen.“

2. Die „landbezogene“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher im preußischen Rheinland

Neben der stadtkolonisatorischen Bevölkerungspolitik trat die „landbezogene“ Peuplierungspolitik hinzu, die nicht nur andere räumliche Ziele verfolgte, sondern auch andere Bedingungen, Grundlagen und Ansprüche hatte sowie ein spezielles Klientel niederlassungswilliger Emigranten ansprach. Im Gegensatz zur Stadtkolonisation niederrheinischer Städte war und ist die Raumwirksamkeit „landbezogener“ Peuplierungspolitik aufgrund intensiver Eingriffe in die Landschaft in Form von binnenkolonisatorischen Aktivitäten zur Urbarmachung brachliegender Gründe und Kultivierungen wüster Landstriche für den historisch-geographischen Forscher deutlich wahrnehmbarer, da die Persistenz raumwirksamer Spuren „landbezogener“ Peuplierungspolitik bis heute in der niederrheinischen Kulturlandschaft in Form von Siedlungen und Urbarmachungen erkennbarer nachwirkt. Die Eingriffe menschlicher Energiekonverter in die niederrheinische Landschaft, welche im Zuge „aktiver“ preußischer Peuplierungspolitik angeworben wurden, veränderten die Erscheinung dieser nachhaltig. Zahlreiche Wald- und Baumflächen wurden im Zuge der Kultivierungsmaßnahmen bisher ungenutzter Landflächen beseitigt, Siedlungen fremder Emigranten mit Bauernhäusern und dazu gehörigen Höfen wurden errichtet. Auf ehemals mit Wald bedecktem Boden wurden im Zusammenhang der Urbarmachung wüstliegender und unkultivierter Gründe blühende Felder mit Pflügen und menschlicher Handarbeit beackert und bearbeitet. Außerdem entstanden im überwiegend umgebenden katholischen Rheinland konfessionelle homogene, mit kulturellen Eigenheiten fremder Kolonisten verbundene Siedlunginseln meist reformierten Glaubens, sodass auf den ersten Blick die Raumwirksamkeit binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik eine größere Wucht und Kraft entfalten konnte als die Stadtkolonisation fremder Professionisten zur Beseitigung wüster Hausstellen.

Im Folgenden werden punktuelle raumwirksame Prozesse binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik exemplarisch vorgestellt, um die Dimension und die Art der Raumwirksamkeit „landbezogener“ Bevölkerungspolitik sowie die damit verbundenen Nutzungskonflikte einheimischer Bevölkerungsteile und fremder Emigranten hervorzuheben.

2.1. Die Situation des „platten Landes“ im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik

Die Quellen, die dem Forscher konkrete Informationen über den Zustand des „platten Landes“ rheinisch-preußischer Territorien in der Zeit vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zum Jahr 1800 geben, sind recht spärlich und ca. 100 Jahre später verfasst worden. Lediglich die „Acta Generalia wegen einer Untersuchung in Ansehung der von Alters her vorhandenen und

eingegangenen auch wieder retablierten Dörfer“ von 1769 gibt dem historisch-geographischen Forscher Auskunft über die räumliche und demographische Situation des Niederrheins und das Ausmaß kriegesischer Verwüstung ländlicher Landstriche nach dem Dreißigjährigen Krieg.²⁴⁶⁸ In der Hochphase binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik unter Friedrich dem Großen, in der die räumlichen Tendenzen bevölkerungspolitischer Verordnungen zur optimalen Allokation ländlicher Potenziale am stärksten zu erkennen waren, erging von der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer die Aufforderung eine „[...] genauere Untersuchung in Absicht der von alters her vorhandenen wüsten dorfstellen (...) und wieder retablierten dörfer“ anzustellen, um einerseits die bisher getätigten „restaurativen“ Maßnahmen preußischer Peuplierungspolitik, andererseits die noch vorhandenen, wüstgebliebenen, ehemals bewohnten Landstriche nach dem Dreißigjährigen Krieg zu überblicken.²⁴⁶⁹ Da aber nun schon zahlreiche Jahrzehnte seit dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg vergangen waren, sollte man bei der räumlichen und demographischen Recherche nicht nur in alten Berichten und Büchern suchen, sondern auch mit „[...] alten Sach- und Ortskundigen Leuten“ sprechen.²⁴⁷⁰ Die Hauptorder zur Eruierung vorhandener ländlicher Wüstungen kam aus Berlin, was wiederum auf ein großes Interesse an der „landbezogenen“ Peuplierungspolitik hindeutet, um die womöglich schon seit langem ungenutzt und unkultiviert brachliegenden Landstriche wieder mit Menschen zu peuplieren. Dabei solle man nicht nur zur optimaleren Koordinierung „landbezogener“ Peuplierungspolitik in Erfahrung bringen, was „[...] von alten Zeiten her für die Wüste dorfstellen und ein gegangene dörfer vorhanden sind“, sondern „[...] Wer diesen Wüsten dorfstellen nebst darin dazu vorhin gehörig (...) Pertinentzien gegenwärtig in Besitz und Eigenthum hat [und] Wie überhaupt der Zustand des Landes in Absicht der Stadt und Dörfer vor dem 30-jährigen Kriege und ante pacem Westphaliam gewesen“ ist.²⁴⁷¹ Der peuplierungspolitisch engagierte Kriegsrat Sandrart schrieb an sämtliche Magistrate seines Kreises und fügte den Zusatz hinzu, dass man angeben sollte, was „[...] die (...) Ursache gewesen [sei], daß solche Dörfer eingegangen“ sind, falls solche Wüstungen vorhanden wären.²⁴⁷²

Im Sommer 1769 hat sich der **Kervenheimer** Magistrat „[...] alle Mühe gegeben, umb von alten Eingesessenen zu vernehmen, ob dergleichen wüste dorfstellen oder dörfer so

²⁴⁶⁸ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁶⁹ Zitat vom 24. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷⁰ Zitat vom 24. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷¹ Zitat vom 11. April 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷² Zitat vom 13. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

eingegangen vorhanden gewesen.“²⁴⁷³ Dafür gebe es aber keine Anhaltspunkte, die auf eingegangenen Dörfer und Ländereien hindeuten würden. Eine ländliche Peuplierung in der Umgebung dieses Ortes wäre „[...] nicht applicabel (...), daß sich Colonisten in diesem [Landstrich] auf Stadts-Grund ansetzen können.“²⁴⁷⁴ Nach einer abermaligen Überprüfung vergangener räumlicher Situation konnte der Magistrat zu **Kervenheim** in Erfahrung bringen, dass „[...] Sonsten (...) in der Nähe das Dorff Winkendonk gewesen oder eingegangen wäre.“²⁴⁷⁵ Eine ähnliche räumliche Situation eingegangener Dörfer stellte der Magistrat zu **Xanten** dar. Trotz „[...] aller angewandten mühe und nachsuchung [könne man] gar keine Nachrichten auffinden“, ob es jemals eingegangene Dörfer in der ländlichen Umgebung der Stadt gegeben habe.²⁴⁷⁶

Zwar berichtete der Magistrat zu **Sonsbeck**, dass „[...] hie vor dem 30-jährigen Krieg so wenig alß nachhero dörffer eingegangen sind“, es aber dennoch „[...] au contrair (...) hie und her auf uhrbar gemachten Gründen nun wohnungen erbauet“ worden seien, was auf schon bisher umgesetzte „landbezogene“ und „stadtbezogene“ peuplierungspolitische Maßnahmen hindeutete.²⁴⁷⁷ Aufgrund dessen habe „[...] sich also seit dem die anzahl der Eingesessenen merklich vermehret, so, daß anjetzo schwerlich einige Colonisten würden unterzubringen seyn.“²⁴⁷⁸ Ob diese vom Magistrat geschilderte peuplierungspolitische Sättigung tatsächlich vorhanden war, oder man lediglich darauf hinweisen wollte, dass man keine weiteren Kolonisten zur Peuplierung haben wolle, kann nicht ganz geklärt werden. Dennoch ist festzuhalten, dass in der ländlichen Umgebung durchaus „additive“ bevölkerungspolitische Maßnahmen umgesetzt worden sind.

Der Stadtmagistrat zu **Kalkar** vermeldete, dass auch hier „[...] keine wüste und eingegangene dorfstellen vorhanden seind“, zwar wäre die Stadt selbst „[...] vor dem Jahr 1598 in vollkommenen flor gewesen“, wegen der zahlreichen Besatzungen habe aber „[...] vieles gelitten.“²⁴⁷⁹ Selbst dem Bürgermeister dieser Stadt, der „[...] hie aus der Stadt gebürtig“ ist, war nichts über dergleichen eingegangenen Dörfer oder Ländereien bekannt.²⁴⁸⁰ Dabei habe man „[...] alle mögliche Recherche angestellt, die Archive durchgesucht, alte Schriften nachgesehen“, allerdings gäbe es keine historischen Hinweise, dass „[...] hieselbst von alten

²⁴⁷³ Zitat vom 25. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷⁴ Zitat vom 25. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷⁵ Zitat vom 11. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷⁶ Zitat vom 12. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷⁷ Zitat vom 23. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷⁸ Zitat vom 23. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁷⁹ Zitat vom 22. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁸⁰ Zitat vom 10. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

Zeiten her wüste dorfstellen und eingegangene dörfer vorhanden gewesen“ waren.²⁴⁸¹ In der Zeit des Dreißigjährigen Krieges sei „[...] im Jahr 1647 (...) die Hälfte abgebrannt, und dabei 200 häuser eingeäschert worden.“²⁴⁸² In der Stadt würde man „[...] der wüsten Stellen terrain genug finden“, außerdem wäre, wie im „stadtbezogenen“ peuplierungspolitischen Kapitel dargestellt, die Errichtung einer Tuchfabrik wünschenswert gewesen.²⁴⁸³

Die Stadt **Üdem** versicherte, dass „[...] bey dieser Stadt keine wüsten dorfstellen noch eingegangene Dörfer vorhanden sind, auch niemahls gewesen seyn“, sodass landbezogene „restaurative“ Maßnahmen peuplierungspolitischer Policygesetzgebung zur weiteren Kolonisation ländlichen Umfelds nicht notwendig seien.²⁴⁸⁴ Der zuständige Magistrat bemerkte zudem, „[...] daß in hiesige Nachbarschaft eine jurisdiction gelegene Calbec. [sei], sonst aber sind keine güter von Particuliers Vorhanden, wozu heiden oder sonst uncultivirte gründe gehört.“²⁴⁸⁵ Binnenkolonisatorische Urbarmachungsversuche zur räumlichen Peuplierung unkultivierter Heideländereien im Umfeld der Stadt **Üdem** würden keinen realen Erfolg einbringen, da „[...] der boden (...) sehr schlecht (ist), theils sumpfig, theils purer Sand.“²⁴⁸⁶ Genauso formulierte die Stadt **Grieth** ihren Bericht über etwaige eingegangene Dörfer, wobei „[...] man nichts auffinden (kann), daß Ländereyen (...) von eingegangenen dörfer gewesen seyn, so jetzt andern dörfern genutzt werden.“²⁴⁸⁷ Aufgrund dessen war man sich sicher, dass man „[...] für Colonisten keine Platz“ in der Umgebung von **Grieth** finden könne, um das „platte“ Land erfolgreich ohne Schaden der eigenen Stadt zu peuplieren.²⁴⁸⁸

Interessanter scheint der **Büdericher** Bericht zu sein, der bestätigte, dass ledigstehende Hausstellen „[...] von verwüsteten dörfern (...) hiesiger Gegend gar nicht vorhanden sind.“²⁴⁸⁹ Allerdings war dem Magistrat dieser Stadt bekannt, dass „[...] gleich bey de[r] Stadt (...) ohngefahr in der Gegend wo anjetzo auf dem Ufer des Rheins aus dem von dem Strohm angespültem Grunde das Gold gewaschen wird, ein dorf so Dornick geheißen, gestanden haben soll.“²⁴⁹⁰ Dieses sei allerdings schon vor dem Westfälischen Frieden nicht mehr da gewesen und eingegangen. Ein „Überbleibsel“ des ländlichen Ortes waren lediglich „[...]

²⁴⁸¹ Zitat vom 12. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁸² Zitat vom 22. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁸³ Zitat vom 22. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926. Auch „[...] wegen des unter der Stadt fließender Leyfluß, für (...) diese Fabrique wohl der gelegenste orth, (...) wäre zu wünschen, daß bemittelte Leuth sich dahin niederließen, (...) und also der Stadt wiederumb Empoir bringen.“

²⁴⁸⁴ Zitat vom 1. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926. Zudem können man aus stadtpeuplierungspolitischer Perspektive von dem „[...] Zustand der Stadt Üdem vor dem 30-jährigen Kriege (...) nichts sagen“, sondern nur berichten, dass die Stadt 1685 „[...] völlig eingeäschert wurde.“

²⁴⁸⁵ Zitat vom 26. März 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

²⁴⁸⁶ Zitat vom 26. März 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

²⁴⁸⁷ Zitat vom 10. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁸⁸ Zitat vom 10. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁸⁹ Zitat vom 11. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁹⁰ Zitat vom 11. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

einige dunckeln Benennungen verschiedener Gegenden, welche sich von Geschlecht zu Geschlecht fortgepflanzt“ haben.²⁴⁹¹

Über die weitere ländliche Situation demographischer und räumlicher Faktoren berichtet die Akte „Wegen der Wüsten Stellen und ledigen Güter auf dem platten Lande 1765-74“, die dem Forscher Informationen niederrheinischer Landstriche vor und nach dem Siebenjährigen Krieg vermittelt. Nach dem Siebenjährigen Krieg befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer die Einsendung einer Tabelle, „[...] ob sich ad 1740 bis 1764 Güter auf dem Lande, biß 1740 Häußer gestanden, so mit Einwohnern besetzt gewesen sind, a) entweder wüste geworden, und die Häuser gantz eingegangen oder b) ob die Häuser nur von Einwohnern entblößet sind.“²⁴⁹² Des Weiteren sollte angegeben werden, wie „[...] viel davon seith Publication des Edikts vom 12. Juli 1764 a) wiederhergestellt, b) wie viel von den ledig gestandenen Häusern besetzt sind (...) und warum ein oder anderes Gut etwas noch nicht besetzt worden, oder nicht wieder besetzt werden“ konnte.²⁴⁹³ Dabei erkennt man den „räumlichen“ Drang preußischer Behörden mithilfe peuplierungspolitischer Maßnahmen wüste Güter und ländliche Besitzungen wiederzubesiedeln und in Nutzung gewinnträchtig für die Einnahmen des Staates zu bringen. Im Generaldirektorium wisse man, dass „[...] noch (...) viele ledige und wüste Höfe vorhanden sind“, sodass man sich sehr bemühen müsse, dass im Zuge binnenkolonialisatorischer „restaurativer“ Peuplierungspolitik „[...] die wüsten Höfe bald möglichst wieder bebauet, und die ledigen Höfe mit guten Wirthen hie wiederum besetzt werden mögen.“²⁴⁹⁴

Sowohl die Städte **Kalkar**, **Xanten**, **Goch** als auch **Orsoy** und **Büderich** konnten keine derartig detaillierte Tabellen einsenden, da es bei diesen Städten „[...] keine dergleichen von Häußern entblößte Höfe oder Kathen“ gab.²⁴⁹⁵ Lediglich der Magistrat von **Sonsbeck** berichtete über die landbezogenen peuplierungspolitischen Erfolge, weil „[...] seit anno 1740 so wenig Höffe oder Kathen in unser District ledig oder wüste geworden (...) wieder aufgebaut und besetzt seyn.“²⁴⁹⁶ Auch die Stadt **Üdem** konnte von keinen leeren Stellen auf der „[...] Üdemschen Feldmark“ berichten, weil „[...] die hier zugehörigen und mit dem

²⁴⁹¹ Zitat vom 11. Juli 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 926.

²⁴⁹² Zitat vom 8. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁴⁹³ Zitat vom 8. Oktober 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁴⁹⁴ Zitat vom 17. September 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁴⁹⁵ Zitat vom 28. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471. Siehe dazu auch das Schreiben Kalkars vom 15. Oktober 1765, das Schreiben Xantens vom 17. November 1765, das Schreiben Orsoys vom 16. November 1765 und das Schreiben Büderichs vom 19. November 1765.

²⁴⁹⁶ Zitat vom 26. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

ambte in Disput stehende (...) Stellen auf den so genandten Bücking noch alle besetzt sind.“²⁴⁹⁷

Im Jahre 1767 fragte die Klevische Kammer im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik nach, „[...] ob (...) verkaufte adelige freye Güther, welche nicht wieder bebauet, sondern wüste liegen geblieben, vorhanden sind und demnächst innerhalb 14 tagen mit beyfügung einer Designation von solchen Güthern anhero zu berichten, wobey ihr dann Zugleich mit anzuzeigen habt, Ob nicht Falle vorgekommen, daß adeliche Güther an bürgerliche verkauft“ worden sind.“²⁴⁹⁸ Daraufhin vermeldete der für den Niederrhein zuständige Kriegs- und Steuerrat Möller, dass „[...] in dem mir allergnädigst anvertrauten Creise keine adeliche freye Güther vorhanden, welche verkauft und wüste liegen geblieben sind.“²⁴⁹⁹ Zwar „[...] stehet (zu Goch) (...) ein großes Haus so den Freyherrn von Loe zu Wissen gehöret, es ist aber noch nicht verkauft, sondern stehet ledig, es ist in dem letzten Kriege zum lazareth gebraucht worden, dahero sehr verfallen, es wird gesagt, daß der Freyh. Von Loe solches nicht wieder repariren zulaßen Willens sey.“²⁵⁰⁰ Ferner stand „[...] zu Goch das sogenanntte Casteelo ehemalige Herzogliche Burg, welches ein königl. Lehen ist“, wüst und ledig, das aber jetzt durch Verpachtung von der Madame Orlich bewohnt wurde.“²⁵⁰¹ Des Weiteren konnte der Kriegsrat nur berichten, dass im Zuge ländlicher Peuplierungspolitik und Kolonisationsbestrebungen in **Xanten** der „[...] Kauffmann Hell zu Grieth den verstorbenen Bürgermeister (...) in An. 1764 von dem Freyherrn von Nyvenheim ohnweit Grieth 21 Morgen Wieseland gekauft“ habe, um das erworbenen Land für seine Zwecke zu nutzen.“²⁵⁰² Dennoch musste es noch einige wüstliegende Höfe im „ländlichen“ Umfeld der Stadt gegeben haben, da die Klevische Kriegs- und Domänenkammer den Kriegsrat erneut anwies, „[...] wegen Bebauung und Besetzung der wüst gewordenen Höfe ein wachsames Auge [zu halten], und dafür gesorget werden soll, daß die eingegangenen Höfe, wenn sonst zu deren Wieder Bebauung kein Mittel vorhanden ist, es mögen solche in den Rentheyen oder Aemtern belegen seyn, mit der Bedingung in Erbpacht untergebracht werden sollen, daß der Erbpächter die Wiederaufführung der Gebäude in einem zu bestimmenden Termina ex propriis zu berwerckstelligen übernimmt.“²⁵⁰³

Auskunft über die im ländlichen Raum genutzten oder wüstgebliebenen Äcker nach dem Siebenjährigen Krieg gibt die Akte „Wegen der Cultur der seit dem letztem Kriege

²⁴⁹⁷ Zitat vom 9. Dezember 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁴⁹⁸ Zitat vom 9. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁴⁹⁹ Zitat vom 5. Januar 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁵⁰⁰ Zitat vom 5. Januar 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁵⁰¹ Zitat vom 5. Januar 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁵⁰² Zitat vom 5. Januar 1768 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

²⁵⁰³ Zitat vom 15. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 471.

uncultivieret gebliebenen Aecker 1765-66.“²⁵⁰⁴ Um die ländliche Wiederherstellung unkultivierter und wüstliegender Äcker nach dem Siebenjährigen Krieg voranzutreiben, erließ die Klevische Kammer zum Ende des Jahres 1765 ein Edikt, in dem man die Enttäuschung über den Fortgang ländlicher Peuplierungspolitik äußerte. „So viel Landes-väterliche Vorsorge Wir auch nach wiederhergestellten Frieden gehabt haben, daß durch dem Krieg alterirte Commerce und hauptsächlich die Cultur der Aecker wiederum herzustellen [sind] (...), von welchem die Wohlfahrt des Landes und das wiederaufkommen der Unterthanen abhänget“, sind die „[...] traurigen Folgen hievon (...), daß in denen verflossenen Jahren viele Bau-Länder uncultivieret liegen geblieben und der Preis des Getreydes immer mehr und mehr gestiegen ist.“²⁵⁰⁵ Deswegen sei zur besseren Koordinierung optimaler räumlicher Allokation vorhandener ländlicher Potenziale eine Liste „[...] von denjenigen Aeckern anzufertigen und fordersamst einzusenden, welche während des wiederhergestellten Friedens uncultiviret liegen geblieben“ sind, damit diese wüstliegenden Felder mit Hilfe anthropogener Energie zum Wohle des preußischen Staates und deren Untertanen beackert werden.²⁵⁰⁶ Die räumliche Situation städtischer Äcker musste schon um 1765 sehr gut gewesen sein, da sämtliche Magistrate berichten konnten, dass die Äcker und die Feldmark wieder vollständig kultiviert worden waren. So vermeldete exemplarisch der Magistrat zu **Sonsbeck**, dass er „[...] hiemit pflichtmässig anzeigen [wolle], (...) daß dahier kein[e] äcker wie schlecht auch deren Güte seyn, (...) uncultiviret liegen, sondern selbe gleich nach hergestelltem Frieden Besäet und cultivirt wurden.“²⁵⁰⁷ Das ländliche Umfeld niederrheinischer Städte in Bezug auf die Kultivierung und Urbarmachung vorhandener Ackerstellen wurde recht zügig wieder in Nutzung gesetzt, sodass die von Siebenjährigen Krieg bedingten Verwüstungen und

²⁵⁰⁴ Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 557.

²⁵⁰⁵ Zitat vom 25. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 557.

²⁵⁰⁶ Zitat vom 25. November 1765 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 557.

²⁵⁰⁷ Zitat vom 6. Februar 1766 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 557. So vermerkte der Magistrat zu Goch am 18. Februar 1766, dass er nicht ermangeln wolle „[...] zu berichten, daß hieselbst dergleichen Ländereyen nicht vorhanden“ seien. Am 30. Januar 1766 vermeldete der Xantener Magistrat, dass „[...] hieselbst wehrend des wiederhergestellten friedens Keine Aecker incultivirt geblieben“ sind. In einem Brief vom 31. Januar 1766 des Orsoyer Magistrats wird ersichtlich, dass „[...] in hiesiger Feldmark niemand nach dem Frieden seinen Acker unbebauet liegen lassen“ hatte. Der Kalkarer Magistrat verlautbarte am 30. Januar 1766 sehr zufrieden, dass in „[...] hiesiger Feldmarck (...) alles nunmehr Von denen Eigner oder Pächtern gehörig cultiviret“ werde. Auch in Üdem, so ein Bericht des zuständigen örtlichen Magistrats, lagen „[...] in hiesiger Stadts-Feldmarck keine Ländereyen Ledig“, sondern wurden alle vollständig beackert. Der Klevischen Kammer meldete der Büdericher Magistrat am 17. Februar 1766, dass „[...] in hiesiger Feldmarck keine Aecker Vorhanden, welche während des wieder hergestellten Frieden uncultivirt liegen geblieben, maßen hieselbst das Acker Land Nutzbahr und des wegen ein jeder Von selbstn wohl Sorge trägt, daß zur rechter zeit solches Cultiviret wird.“ In Kervenheim seien auch „[...] unter dieser Stadts Feldmarck keine Bauländereyen uncultiviret liegen Geblieben, auch keine im bevorstehenden jahr, unbesähet liegen bleiben werden.“ Schlussendlich vermerkte die Stadt Grieth in einem Schreiben vom 1. Februar 1766 an die Klevische Kriegs- und Domänenkammer, dass „[...] in hiesigen Stadts-Feld Marck gar keine dergleichen Äcker vorhanden sind.“

Zerstörungen genutzter Äcker schon nach zwei Jahren flächendeckend beseitigt worden waren.

Eine generelle Aufforderung zur Aufnahme potenzieller peuplierungswürdiger Heidegründe in den niederrheinischen Gebieten erfolgte im Jahre 1769. Der Bericht des Geheimen Rates von Laber in der Akte „Wegen der von den Geheimen Rath von Laber zur Beförderung der Colonien gethaner Vorschläge 1769“ markierte den Ausgangspunkt intensiver binnenkolonisatorischer Bemühungen „landbezogener“ Peuplierungspolitik. Da es aus „[...] Wüsteneyen bebaute Felder und bevölkerte dörfer hervorgehen“ zu laßen „[...] ohnstreitig eine königliche Veranlaßung“ war, bat dieser Geheime Rat um eine detaillierte Aufnahme bisher getätigter binnenkolonisatorischer Maßnahmen unkultivierter Heideflächen auf dem platten Land.²⁵⁰⁸ Das Generaldirektorium benötigte zunächst präzise räumliche Informationen niederrheinischer Heideflächen, um die beabsichtigten raumverändernden Peuplierungsprojekte auf dem platten Land zu koordinieren und einen Überblick über die potenziellen Besiedlungsmöglichkeiten zu erhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt lagen „[...] bekanntermaßen bey denen meiner Aufsicht anvertrauten Städten keine Colonien“ vor, sodass bisher auch keine und nur sehr spärlich angefangene, aber wieder eingegangene binnenkolonisatorische Projekte am Niederrhein unter preußischer Herrschaft umgesetzt worden waren.²⁵⁰⁹ So vermeldete der **Xantener** Magistrat im August des Jahres 1769, dass „[...] bekanntermaßen bey hiesiger Stadt keine Colonien vorhanden sind und solches alßo eigentlich für die beamte auf dem platten lande gehört“, diesbezüglich genauere Berichte anzufertigen.²⁵¹⁰ Aus **Büderich** war zu lesen, dass die von Laber geforderten binnenkolonisatorischen Vorschläge zur Kultivierung wüstliegender Heidegründe mit dem Ziel räumlicher Bevölkerungsverdichtung „[...] gar nicht applicable seyn, in unserem Betracht dergleichen Colonien noch zur Zeit gar nicht vorhanden, auch wegen fehlender Gelegenheit nicht angesetzt werden können.“²⁵¹¹ Ähnlich verhielt es sich in der Stadt **Orsoy**, da in „[...] dieser Stadt [ebenfalls] keine unbebaute dorfschafften noch wüste liegende Felder“ existierten, sodass die genannten Kultivierungsvorschläge wüstliegender Ländereien „[...] keine application“ finden würden.²⁵¹² Auch bei der Stadt **Kervenheim** waren solche peuplierungspolitischen Maßnahmen „[...] nicht applicable (...), weilen keine feldmark vorhanden, wo sich Colonisten niederlassen“ hätten können.²⁵¹³ In der Stadt **Kalkar** lagen

²⁵⁰⁸ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

²⁵⁰⁹ Zitat vom 30. Juni 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

²⁵¹⁰ Zitat vom 27. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

²⁵¹¹ Zitat vom 29. August 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

²⁵¹² Zitat vom 17. September 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

²⁵¹³ Zitat vom 22. September 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

wie bei den vorherigen genannten Städten „[...] keine dorffschaften [vor] (...), und also alhier davon [von den binnenkolonisatorischen Plänen preußischer Herrschaft, Anm. d. Verf.] kein gebrauch gemacht werden kann.“²⁵¹⁴ Hingegen bestünde bei der niederrheinischen Stadt **Üdem** durchaus die Möglichkeit binnenkolonisatorischer Tätigkeit, allerdings könne man damit noch nicht beginnen, da „[...] keine Colonisten vorhanden sind.“²⁵¹⁵ Genauso würde es, wie man der weiteren „landbezogenen“ peuplierungspolitischen Geschichte niederrheinischer Gebiete entnehmen kann, räumliche Möglichkeiten bei den Städten **Goch** und **Sonsbeck** zur binnenkolonisatorischen Umsetzung preußischer Besiedlungspläne geben, um diese mit ländlichen Kolonisten im Sinne optimaler räumlicher Ausnutzung zu peuplieren.

Leider vermittelt die Akte „Wegen der historischen Aufnahme und Tabellen von den platten Lands-Districten 1788-1793“ keine brauchbaren Informationen für die generelle Weiterentwicklung ländlicher Binnenkolonisation und Urbarmachung ungenutzter Landflecken.²⁵¹⁶ Lediglich wurde aufgrund der Ungereimtheiten und Differenzen statistischer Aufnahme demographischer Daten auf die in der Bönninghardter Heide bei **Sonsbeck** und der Feldmark bei **Üdem** lebenden ländlichen Kolonisten hingewiesen, die im Zuge binnenkolonisatorischer Maßnahmen nun zu den Bewohnern des platten Landes gezählt werden sollten.²⁵¹⁷ Da allerdings die „[...] historische Aufnahme und Tabellen des platten Landes pro Anno 1788“ sich durchgängig eben so unvollständig und fehlerhaft, und überhaupt eben so wenig vorschriftmäßig gehalten und angefertigt befunden, als diejenige, welche für daßselbe Jahre von den Städten eingegangen waren, sind daraus keine für diese Arbeit relevanten Informationen räumlicher Parameter zur ländlichen Urbarmachung wüstliegender Felder und Äcker zu entnehmen.²⁵¹⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus räumlicher Perspektive betrachtet, trotz der bisher noch unzureichend vorangetriebenen Binnenkolonisation, nicht so große räumliche Zerstörungen und Verwüstungen niederrheinischen Landes im Zuge „landbezogener“ Peuplierungspolitik beseitigt werden mussten. Die zerstörerischen Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges hielten sich in Bezug auf die Zerstörung dörflicher Siedlungen sehr in Grenzen. Lediglich zwei Dörfer wurden genannt, die es vor dem Dreißigjährigen Krieg gegeben hatte und die nicht im Kontext „restaurativer“ Peuplierungspolitik wiederbesiedelt wurden. Des Weiteren wurden die wüstliegenden, ehemals kultivierten Äcker im ländlichen Umfeld niederrheinischer Städte nach dem Siebenjährigen Krieg sehr schnell urbar gemacht

²⁵¹⁴ Zitat vom 6. Oktober 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

²⁵¹⁵ Zitat vom 6. Oktober 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 652.

²⁵¹⁶ Siehe dazu aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1056.

²⁵¹⁷ Siehe dazu das Schreiben vom 27. September 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1056.

²⁵¹⁸ Zitat vom 3. Oktober 1789 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1056.

und in Nutzung gebracht, sodass im Jahr 1765 keine wüstliegenden Äcker in der städtischen Feldmark vorlagen. Auch die königlichen, auf dem platten Land liegenden Domänenhöfe waren größtenteils besiedelt und instand gesetzt worden, wobei die Quellenlage dafür recht dürftig erscheint, um eine flächendeckende Bilanzierung für den Niederrhein zu erstellen. Allerdings kann tendenziell festgehalten werden, dass die „restaurativen“ Maßnahmen preußischer Peuplierungspolitik nur an wenigen Stellen ansetzen konnten, wohingegen die binnenkolonialisatorische „additive“ Peuplierungspolitik, wie man in den nachfolgenden Kapiteln lesen wird, genügend Raum zu Verfügung hatte, um fremde Kolonisten ansiedeln zu können, die bisher ungenutztes und unkultiviertes Land in blühende Landschaften versetzen konnten.

2.2. Die Raumwirksamkeit binnenkolonialisatorischer Maßnahmen Friedrichs des Großen mit dem Ziel optimaler Raumausnutzung

Die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik offenbarte ihre größte landschaftsverändernde und räumliche Kraft im Zuge „landbezogener“ binnenkolonialisatorischer Bevölkerungspolitik, welche bis heute persistente Spuren in der niederrheinischen Kulturlandschaft hinterlassen hat. Dennoch gab es aber auch zahlreiche Urbarmachungsversuche unkultivierter Landstriche, die aufgrund vielfältiger Gründe kolonialisatorischer Art nicht zum gewünschten Erfolg geführt hatten. Damit erzeugten sie nur damals partielle raumwirksame Spuren, die heute aufgrund von Überprägungen natürlicher oder menschlicher Prozesse für den historisch-geographischen Forscher nicht mehr sichtbar sind. Es lässt sich deshalb nur aus dem Quellenstudium archivarischer Akten erschließen, inwieweit die anthropogenen Eingriffe angeworbener Kolonisten zu raumverändernden Wirkungen geführt haben. Hinter der binnenkolonialisatorischen Peuplierung unkultivierter Landstriche stand der Gedanke optimaler räumlicher Ausnutzung vorhandenen Raumes, der mithilfe des Energiekonverters „Mensch“ zum Wohle der zukünftigen Entwicklung des Staates in Nutzung gebracht werden sollte, um vor allem finanzielle Mehreinnahmen zu erhalten. Im Folgenden werden die Binnenkolonisationen fremder Familien nicht nur phänomenologisch präsentiert, sondern in dem Prozess andauernder Nutzungskonflikte und Widerstände einheimischer Bevölkerungsteile und niedergelassener Emigranten dargestellt, die mit ihren Händen und Tieren zum Teil sehr unfruchtbare Böden in Kultur gebracht haben, aber auch aufgrund mangelnder staatlicher Unterstützung und schlechter naturräumlicher Bedingungen den „landbezogenen“ Peuplierungsversuch abbrechen mussten. Dank des unermüdlichen Einsatzes niederlassungswilliger Emigranten konnte jedoch unter schwersten

Lebensbedingungen einige bisher ungenutzte Felder und Landflecken in Kultur gebracht werden.

2.2.1. Die Urbarmachungsversuche der Steinheide zu Üdem

Ein Beispiel binnenkolonisatorischer Tätigkeit „additiver“ Peuplierungspolitik waren die Urbarmachungsversuche der Steinheide bei Üdem mit der Anwerbung fremder Kolonisten, die mit staatlicher Unterstützung bisher unkultiviertes und brachliegendes Land in Nutzung zu bringen versuchten. Am 29. August 1771 erging der Befehl der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer an den Kriegsrat Sandrart zu berichten, „[...] was für Vorschläge der Krieges und Domänen Rath Hildebrand wegen Unterbringung der Cämmerey zu Üdem zustehenden Stein heide“ gemacht habe.²⁵¹⁹ Schon in diesem Schreiben ist das „aktive“ Interesse zur Kultivierung der bisher ungenutzten Heidefläche mithilfe angeworbener fremder Emigranten nicht zu übersehen. Dennoch erging im Zuge binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik erst ein Jahr später der Befehl, „[...] die darin benannte Stein heyde sowohl durch die Intelligentz-Zettel als sonst zum öffentlichen Verkauf, der Vorschrift gemäß, aus bieten zu laßen.“²⁵²⁰ Der Magistrat der Stadt Üdem deutete schon im Jahr 1769 seine ablehnende Haltung gegenüber einem binnenkolonisatorischen Peuplierungsprojektes auf der Üdemer Heide an, weil „[...] keine bauren ackers leuthe oder dergleichen auf hiesigen Cämmerey oder Patrimonial Stücken angesetzt werden können, und obgleich bei selbiger 81 Morgen 133 ruthen Heydegrund vorhanden sind, so ist doch solcher nur purer Sand, wird auch darvon die Stein- oder Sandheyde“ genannt, was wiederum einen klaren Hinweis auf die naturräumlichen Gegebenheiten darstellte.²⁵²¹ Sollte die erhoffte Besiedlung niederlassungswilliger Kolonisten nicht zum gewünschten peuplierungspolitischen Erfolg führen, so solle die Üdemer Steinheide, so eine Randnotiz des Kriegsrates Scheele, wenigstens im Sinne optimaler Raumausnutzung „[...] mit Holtz besäet oder bepflanzt werden.“²⁵²² Zum Winter des Jahres 1772 vermeldete der Üdemer Magistrat die Publizierung des peuplierungspolitischen Projektes in der „Wöchentlichen Duisburger“ Zeitschrift. Aus dieser ging hervor, dass man „[...] dieselbe in kleine Blöcke zu 2 bis 3 holländische Morgen“ an die ländlichen Kolonisten parzellieren wolle.²⁵²³ Dafür warb der Magistrat aber nicht nur im Ausland, sondern auch in den niederrheinischen Städten Goch, Reppelen, Kervenheim und Kalkar.

²⁵¹⁹ Zitat vom 29. August 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵²⁰ Zitat vom 13. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵²¹ Zitat vom 4. Mai 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

²⁵²² Zitat vom 26. Oktober 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵²³ Zitat vom 10. Dezember 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

Die Pläne nahmen im Frühjahr 1773 konkrete Formen an, weil der Kriegsrat Scheele eine genaue Vermessung der Steinheide anordnete, um besser planen zu können. Bei vorangegangenen Messungen im Jahr 1733 maß die besagte Heide 81 Morgen und 133 Ruthen und wurde damals punktuell mit ländlichen Kolonisten besiedelt. Der Magistrat zu Üdem sollte Recherchen anstellen, wer aus der Stadt noch welche Rechte darauf hatte.²⁵²⁴ Da bis zum Sommer 1773 noch keine weiteren konkreten Maßnahmen peuplierungspolitischer Umsetzung erfolgt waren, nahm das Generaldirektorium den langsamen Fortgang dieses binnenkolonialisatorischen Projektes mit großem Missfallen entgegen, weil der „[...] gemachte Versuch zum öffentlichen Verkauf gedachter heide zur Uhrbarmachung und Basaamung oder Bepflanzung mit Holtze, nicht der Erwartung gemäß ausgefallen“ war.²⁵²⁵ Die angeordnete Vermessung der Steinheide ergab eine zur Besiedlung freistehende Fläche von 81 holländische Morgen und 133 Ruhten. Daraufhin erteilte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer den sofortigen Befehl an den zuständigen Kriegsrat und Magistrat, die „[...] nötigen Vorkehrungen zu vortheilhaften Unterbringung der dasigen Steinheide zu beschleunigen“, um die Kultivierung der brachliegenden Fläche gewinnbringend voranzutreiben.²⁵²⁶

Aus einem Bereisungsprotokoll des Kriegsrates Scheele vom August des Jahres 1773 geht hervor, dass dieser sich zur besseren Orientierung der örtlicher Situation „[...] mit dem Magistrat auf das $\frac{1}{4}$ Stunde vonhier [entfernte] Stadts-Patrimonial Stück, die Stein heyde genannt“, begeben hatte.²⁵²⁷ Dort standen schon im Zuge früherer binnenkolonialisatorischer Aktivitäten, beginnend unter der Herrschaft des preußischen Königs Friedrich Wilhelms I., sieben Häuser, von denen nur eines, nämlich das Haus des Peter Urselmanns, in der Vermessungskarte von 1733 gekennzeichnet ist, sodass die anderen Hausstellen seit diesem Zeitpunkt „[...] successive erbauet worden“ waren.²⁵²⁸ Aufgrund der vorherigen erfolgreichen Kolonisationsbemühungen niederlassungswilliger Bauern „[...] musste noch an wüsten grunde vorhanden seyn 69 Morgen 213 Ruthen“, die nun im Kontext intensiver binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik unter dem Philosophenkönig Friedrich des Großen kultiviert werden sollten. Aus einer vom örtlichen Magistrat zu Üdem angefertigten Tabelle „[...] von denen auf dem Patrimonial Stück der Üdemschen Stadts Stein Heide sich

²⁵²⁴ Siehe dazu das Schreiben des Kriegsrates Scheele vom 4. Januar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵²⁵ Zitat vom 1. Juni 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵²⁶ Zitat vom 15. Juni 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵²⁷ Zitat vom 17. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵²⁸ Zitat vom 17. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

Succesive angesetzten Erbpächter“ werden die bisherigen Kolonisten sowie die Grundstücke genannt, die ihnen zur Urbarmachung überlassen wurden.²⁵²⁹ (s. Tab. T-55)

Tabelle von denen auf dem Patrimonial Stück der Üdemschen Stadts Stein Heide sich
Succesive angesetzten Erbpächter 1774

Nr.	Name	Datum der Erbpachtverträge	Morgenzahl Morgen/Ruthen	Anmerkungen
1	Peter Jan Urselmann	soll verloren seyn	1/520	----
2	Lars Rath	1750	1/0	----
3	Johann Kempges	1752	1/0	Von Derck Castors ½ Morgen übernommen, worauf das Hauß stehet
4	Jacob modo Heinrich Verfarth	1734 u. 1748	1/250	----
5	Peter Nellisen modo Peter ten Elsen	1748	1/200	Sein Kaufbrief vom 24. November 1687 von Thys Bogmanns herkommend, ein Stückgen Land, dessen größe nicht bekannt
6	Hagemann, Gerrit Kayser genannt modo Heinrich Verheyen	1711 u. 1740	1/150	----
7	Halvers Rath, Derck Castors modo Jan Gerlleits	1751	1/0	----
8	Derck Schoofs	1750, 1751 u. 1752	3/0	----
Summa		----	11/520	----

Tab. T-55

Diese bisherigen punktuellen Erfolge der Besiedlung der Steinheide vergrößerten die Hoffnung weiterer peuplierungspolitischer Umsetzungen, sogar „[...] die Früchte Standen auf dem bereits cultivirten Terrain (...), obgleich (...) [die] Stein Heide überhaupt für steril gehalten werden kann, so giebt es darauf doch noch Stellen, die einer (...) Cultur fähig seyn werden.“²⁵³⁰ Da aber die Kultivierung aufgrund der schweren naturräumlichen Verhältnisse viel Zeit und Geduld benötige, ließe sich das „[...] ganze Werk, diese Heyde völlig zur cultur auf eine oder andere Art unterzubringen (...) indeßen in der verlangten Geschwindigkeit nicht berwerckstelligen.“²⁵³¹ Dennoch zeigt dieses Beispiel ländlicher Binnenkolonisation dem historisch-geographischen Forscher die eindrucksvolle Wucht der Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik, die selbst bei sehr schweren naturräumlichen Rahmenbedingungen durch die unermüdliche Arbeit ländlicher Kolonisten kulturlandschaftsverändernd zum Erfolg gebracht werden konnte.

²⁵²⁹ Zitat der Tabelle vom 11. Januar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵³⁰ Zitat vom 24. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵³¹ Zitat vom 24. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

Im November 1773 versandte der Landvermesser Höffele die „Specifikation der Vermessung der Steinheyde und Bücking zur Cämmerey Üdem gehörig, wie solche Gründe (...) nach der dortigen Carte angewiesen und aufgenommen worden“ war, welche uns eine räumliche Verteilung und das Siedlungspotenzial dieses Kolonisationsprojektes visuell skizziert.²⁵³² (s. Abb. 6 und Tab. T-56)

Specifikation der Vermessung der Steinheyde und Bücking zur Cämmerey Üdem gehörig, wie solche Gründe (...) nach der dortigen Carte angewiesen und aufgenommen worden



Abb. 6 (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 766)

Legende zur Vermessungskarte der Üdemer Steinheide

Nr.	Name	Morgen	Ruthen
1	Noch Heyde Grund	37	283
2	Jan Kollendonk	1	125
3	derselbe	4	82
4	Jan Gellich	3	126
5	Carl Hoge	1	292

²⁵³² Zitat vom November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

6	derselbe	----	590
7	der weeg	----	254
8	Kuhlan (?)	----	252
9	Henrich Verheyen (Haußplatz)	----	97
10	derselbe	1	210
11	Henrich Vervürth	1	422
12	Derselbe (Haußplatz)	----	136
13	Peter ten Elsen	1	435
14	Jan Kempfer (Haußplatz)	----	246
15	derselbe	2	69
16	Den Armen in Calcar	1	186
17	den weg	----	504
	von dem Bücking		
1	Jan Urselmann	2	5
2	Carl Hoge	1	8
3	Henrich Vervürth	----	324
4	Scheffen Ruloff	----	345
5	derselbe	----	310
6	Carl Hoge	----	318
7	Peter ten Elsen	----	576
8	Jan Kollendonk	1	476
9	Peter ten Elsen	3	384
10	Jan Gellich (Haußplatz)	----	152
11	Den Tümpel Jan Kollendonk	----	----

Tab. T-56

Nach Addierung der vermessen und auf der Karte lokalisierten Gebiete „[...]“ geht daraus her vor, daß 1. die eigentliche Stein Heide groß seye an urbarem Land 20 Morgen 16 Ruthen, noch Heyde 39 Morgen 93 Morgen, Summa 59 Morgen 109 Ruthen, (...) hinzu der sogenandte bücking, so von der Stein Heyde urbar gemacht worden wird und wie alle darum wohnende amts Eingesessenen bezeugen, der Stadt Üdem zugehöret 15 Morgen 185 Ruthen, macht zusammen 74 Morgen 294 Ruthen.“²⁵³³ Im Vergleich zu der im Jahr 1733 erfolgten Vermessung ergaben die Berechnungen nun 6 Morgen und 441 Ruthen weniger Heidegrund. Weiterhin notierte sich der Landvermesser Höffe in seinem der Karte beigefügten Bericht, dass „[...]“ auf dem Bücking 4 und auf der Stein Heide 3 zusammen 7 Häuser befindlich und

²⁵³³ Zitat vom 11. Januar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

eben so viele Erbpächter wohnhaft seyen.“²⁵³⁴ Die auf dieser Üdemer Steinheide angesiedelten Familien „[...] Jan Kellendonk, Jan Gellichs, Carl Hoge, Heinrich Verführt, Peter ten Elsen und Jan Kempges [hatten] die gründe erst in besagten Jahren von 1748 bis 1752 auf allerhöchste Verordnung zum Urbarmachen“ in Angriff genommen, sodass die Planung zwar schon zur Zeiten Friedrich Wilhelms I. angestellt wurde, die intensive und raumverändernde Umsetzung aber erst im Zuge binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik Friedrichs des Großen erfolgte.²⁵³⁵ Des Weiteren gab es noch zu vermelden, dass „[...] die besagte Erbpächter auf der Steinheide 10 Morgen 216 Ruthen [und die] Calcarschen armen 9 Morgen 30 Ruthen (...) uhrbar gemacht haben.“²⁵³⁶ Diese Bemerkung stand ganz im Sinne preußischer „landbezogener“ Peuplierungspolitik, der es ja nicht nur um die bevölkerungsräumliche Verdichtung wüstliegender Landstriche ging, sondern auch um die optimale Ausnutzung vorhandener landschaftsgebundener Potenziale, um die Wertschöpfung dieser zum Vorteil des Staates zu nutzen.

Dass eine weitere vollständige Urbarmachung der Steinheide und damit eine intensivere Raumausnutzung bisher unkultiviert gebliebener Landstriche nicht ganz unproblematisch war, bezeugte die Ausführung des Üdemer Magistrats, der darauf hinwies, dass „[...] der noch übrige unuhrbare und unützeste Theil dieser Steinheyde sich zu 39 Morgen 93 Ruthen betrage“, wovon aber „[...] nun 6 bis 7 Morgen und zwar Vorne bis an dem weg nach dem ersten Calbeckschen Heken Lauter Sand kühlen (sind) und welche auch zu nichts anders nützen sondern dazuliegen bleiben müssen.“²⁵³⁷ Allerdings seien, so die weitere Einschätzung des diesem peuplierungspolitischen Projekts positiv gegenüberstehenden Magistrats, die „[...] übrige 32 Morgen aber rentbar zu machen ereignet sich eine Günstige gelegenheit, doch müssen wir vorher erst zeigen, daß keine beßere oder andere Nutzung des Stücks vor die Cämmerey möglich sei und war.“²⁵³⁸ Einer weiteren erfolgreichen Besiedlung mit fleissigen Kolonisten auf noch unkultivierten Flächen stand man eher skeptisch entgegen, weil „[...] diejenigen Gründe von dieser Heyde, welche noch einiger maßen zum uhrbarmachen und frucht tragen Taugen bereits in Erbpacht ausgethan sind.“²⁵³⁹ Nach der Einschätzung des örtlichen Magistrats war das Optimum binnenkolonialisatorischer Peuplierung aufgrund der Beschaffenheit der Steinheide nahezu erreicht. Einen Grund, keine weiteren Peuplierungsaktivitäten zur Intensivierung optimaler Allokation vorhandenen Raumes zu

²⁵³⁴ Zitat vom 11. Januar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵³⁵ Zitat vom 11. Januar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵³⁶ Zitat vom 11. Januar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵³⁷ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵³⁸ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵³⁹ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

unternehmen, lag vor allem in der naturräumlichen Ausstattung dieser Heide, weil „[...] der jetzt noch daliegende Heyde Grund (noch viel schlechter ist) [und] mithin purer Sand und Steinheyde, worauf nicht einmahl Heyde wachsen will und welcher sich als des Nahmens; der Stein Heyde recht würdig machet.“²⁵⁴⁰ Allein die semantische Bedeutung der Bezeichnung „Steinheyde“ deutet schon auf schwierige naturräumliche Gegebenheiten und Umstände binnenkolonialisatorischer Kultivierung und Peuplierung bisher ungenutzten Landes hin. Dieser Tatbestand bestätigte sich ferner auch darin, dass eine Bepflanzung mit „[...] Holtzgewächs (...) eben so wenig (gehet), da verschiedene des Endes gemachten proben vergeblich gewesen und alle Kosten, so von der Cämmerey dazu angewendet würden, verschwendet seyn dürfften.“²⁵⁴¹ Selbst „[...] Tannen Saamen [waren] gar nicht aufgegangen“, und der Transportwiderstand würde zu sehr hohen Kosten führen, sodass über die Sinnigkeit dieses weiteren binnenkolonialisatorischen Unterfangens zu überlegen sei.²⁵⁴² „Die hiesige Stadt oder Cämmerey“, so der zuständige Magistrat weiter, „[...] hat von diesem Grunde bey Menschen gedencken nicht einen deut Nutzen gehabt und wird es auch allen Anschein nach niemahls haben“, sodass man mit dem bisher Erreichten zufrieden sein müsse und die restlichen, noch übrig gebliebenen unkultivierten Heidegründe gewinnbringend an das Haus Kalbeck oder andere Interessenten verkaufen solle.²⁵⁴³

Diese magistratische Einschätzung spiegelte keineswegs den Widerstand umzusetzender peuplierungspolitischer Verordnungen wider, sondern wurde auch von dem Kriegsrat Scheele geteilt, dass aufgrund der sehr schlechten Bodenqualität „[...] dahero gar nicht daran zu denken (ist), auf diesen Stein Grunde Colonisten Etablissements anzulegen.“²⁵⁴⁴ Man müsse sich mit dem bisher erreichten Kultivierungserfolgen zufrieden geben, da alle Versuche „[...] mit der Urbarmachung dieses Überrests der Stein Heyde (...) fruchtlos ausgefallen“ waren.²⁵⁴⁵ Den Magistrat und die lokalen Kräfte nahm der Kriegsrat sogar in Schutz, weil diese „[...] Leute (...) jeder gar kein Verbrechen begangen, [sondern] vielmehr Ew. königl.-Mayestät

²⁵⁴⁰ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766. Auch in der Akte „Wegen des Zustands derer Städte und deren Aufnahme, der darüber jährlich erstatteten Berichte 1772-1775“ findet man Anmerkungen zum Fortgang binnenkolonialisatorischer Bemühungen auf der Üdemer Steinheyde. So findet sich zur Bestätigung des oben genannten naturräumlichen Aspektes abermals der magistratische Hinweis, dass „[...] dieser boden (...) nicht tüchtig (ist), sondern purer Sand und Steine, kann also höchstens zur Schaffs trifft gebraucht (...) werden.“ Lediglich müssen zur weiteren räumlichen Nutzung dieser Heidegründe „[...] fremden und nicht hier in Loco wohnenden besitzer (...) der Stadt feldmarck dazu ein gewisses beizutragen angehalten werden.“ Zitat vom 12. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁵⁴¹ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁴² Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁴³ Zitat vom 26. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766. Das Haus Kalbeck würde diese unurbar zumachenden Heidegründe der Üdemer Steinheyde zur Schaafstrift verwenden, sodass man wenigstens durch den Verkauf dieser für den Staat unrentablen und nicht weiter zu peuplierenden Heide einen kleinen finanziellen Erfolg erzielen könnte.

²⁵⁴⁴ Zitat vom 14. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁴⁵ Zitat vom 14. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

allerhöchsten Intention in Urbarmachung der wüsten Heyde Gründe gemäß gehandelt“ haben, um das bestmögliche an policeylicher Verordnungen zur optimalen Raumausnutzung und Besiedlung ungenutzter Landflecken umzusetzen.²⁵⁴⁶ Der noch wüstliegende und ungenutzte Heidergrund, der nach der Vermessung noch 39 Morgen 93 Ruthen betrug und sehr sandig war, „[...] ist größtenteils der aller schlechteste Grund, der in der Provinz zu finden ist, der hie und da zwar noch einige Bonitaet zeigt, im Ganzen gerechnet aber der Fleiß, den eine Urbarmachung erfordert, nicht sonderlich belohnet wird“, sodass es „[...] dahero gar nicht daran zu denken (ist), auf diesem Stein Grund Colonisten Etablissements anzulegen.“²⁵⁴⁷

Dieser Einschätzung folgte auch die an weiteren intensiven binnenkolonialisatorischen Aktivitäten interessierte Klevische Kriegs- und Domänenkammer, die den Vorschlag bestätigte, dass „[...] diese Heyde Gründe entweder zusammen in einem Stück, oder aber Morgenweise öffentlich auszubieten“ sei.²⁵⁴⁸ Ein Jahr später erhielt der örtliche Magistrat zu Üdem „[...] den Entwurff des Kauff Contracts über die Steinheyde von der Freyfrau von Morrien zu Calbeck unterschrieben“ zurück.²⁵⁴⁹ Zudem gingen aus einem Verzeichnis desselben Jahres neun Erbpächter hervor, nämlich dass 1) Peter Urselmann, 2) Derck Pastor, 3) Peter ten Elsen, 4) Derck Schoofs, 5) Watercamp, 6) Jacob Verführt, 7) Gerrit Keyzers, 8) Jan Kampges und 9) Evert Brückman, die Rechte an den Gründen der Steinheide besaßen. Schlussendlich konnte der Kriegsrat Scheele an die Klevische Kammer über den Abschluss dieses binnenkolonialisatorischen Projekts vermelden, dass er endlich im Stande sei, „[...] Ew. königl. Majestät den ausgefertigten, über den von dem Magistrat der Stadt Üdem an die (...) Frey Frau von Morrien verkauften Überrest der Stadt Steinheyde ad 32 holländische Morgen, geschlossenen Contract allerunterthänigst (...) zu praesentiren.“²⁵⁵⁰ Viele „[...] Zeiten sind damit vergangen, ehe die Angelegenheit, um die Üdemsche Steinheyde zur Cultur unterzubringen, hat beendigt werden können“, sodass der Kriegsrat Scheele „[...] auch keine Mühe und keinen Fleiß gespart (hat), um selbige auf eine vorteilhafte Art der Cultur zu unterwerfen.“²⁵⁵¹ So konnte die mit sehr schwierigen naturräumlichen Rahmenbedingungen ausgestattete Steinheide im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik wenigstens partiell in Nutzung gebracht und mit niederlassungswilligen Kolonisten peupliert werden. Der

²⁵⁴⁶ Zitat vom 14. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁴⁷ Zitat vom 14. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁴⁸ Zitat vom 21. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁴⁹ Zitat vom 9. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁵⁰ Zitat vom 24. April 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766.

²⁵⁵¹ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Seine „[...] bemühen haben endlich den erwünschten Erfolg gehabt, daß 32 Morgen nunmehr wirklich für das (...) ansehnliche Quantum von 250 rthl. zum Holze-Gewächse verkauft wurden.“ Hier scheint noch eine Ungenauigkeit in der Nutzung vorzuliegen, da man ursprünglich die ungenutzten Flächen als Schafstift nutzen wollte.

restliche Teil der unrentablen Gründe würde zum Wohle des preußischen Staates für 250 rthl. gewinnbringend verkauft, bevor dieser sandige und unkultivierte Teil völlig ohne Gewinn für den Staat brachgelegen hätte. Aus räumlicher Perspektive „ländlicher“ Peuplierungspolitik „[...] ist bey Üdem nichts weiter übrig geblieben, was uhrbar gemacht werden könnte.“²⁵⁵² Dennoch wurde diese Aussage relativiert, da sich in einem Schreiben vom 14. Dezember 1776 eine Notiz des Kriegsrates findet, in der erwähnt wird, dass „[...] bei Üdem mit der Urbarmachung der wüsten heydengründe, die Schaafsheyde genannt, der Anfang gemacht, und einem Erbpächter vier Morgen daran untergegeben worden“ ist.²⁵⁵³

Tiefere Prozesse in den Kolonisations- und Urbarmachungsbemühungen sind dieser Akte über die Kultivierungsversuche der Steinheide nicht zu entnehmen. Allerdings kann festgehalten werden, dass die Pläne zur Binnenkolonisation ungenutzt daniederliegender Heidegründe der Steinheide schon vor der Regierungszeit Friedrichs des Großen existent gewesen waren, aber erst aufbauend auf der Vorarbeit vorheriger Personen zur realen räumlichen Umsetzung gekommen sind. Dass die partielle Besiedlung dieser mit sehr schlechtem Boden versehenen Steinheide dennoch gelang, spiegelte nicht nur den ungebrochenen und intensiven Drang preußischer Behörden zur optimalen Raumausnutzung durch Peuplierung oder Kultivierung wider, sondern auch die Leistung niedergelassener Kolonisten bei der Urbarmachung unter schwersten Verhältnissen kann nicht hoch genug angerechnet werden.

2.2.2. Die Kolonisation der Bönninghardter Heide bei Sonsbeck

Eine in der Forschung bisher sehr rudimentär behandelte, aber in den Quellen sehr detailliert dokumentierte Binnenkolonisation „landbezogener“ Peuplierungspolitik stellt die im Zuge der seit 1741 erfolgreich verlaufenden Kultivierung der Gocher Heide bedingte Urbarmachung der Bönninghardter Heide bei der niederrheinischen Stadt Sonsbeck dar.²⁵⁵⁴ Die recht dichte Dokumentierung dieses peuplierungspolitischen Binnenkolonisationsversuchs erlaubt es dem historisch-geographischen Forscher tiefe Einblicke in die Prozesshaftigkeit peuplierungspolitischer räumlicher Umsetzung und die damit verbundenen vielfältigen naturräumlichen, administrativen und sozialen Probleme zu nehmen. Beim Besiedlungs- und Urbarmachungsprozess der Bönninghardter Heide traten zahlreiche staatsrechtliche Streitigkeiten über die genauen Eigentumsverhältnisse der Heidegründe zwischen dem brandenburgisch-preußischen und dem kurkölnischen Hause auf. Der nördliche Teil der

²⁵⁵² Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁵⁵³ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁵⁵⁴ Siehe dazu Wensky, M.: Die evangelische Gemeinde ... , S. 1–62, bes. für die Bönninghardter Heide S. 47–48. Auch Wensky, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815 ... , S. 51–52 oder Imig, J.: Die Bönninghardt, in: RHK (1979), S. 67–70.

Bönninghardter Heide gehörte rechtlich dem Herzogtum Kleve an, wohingegen der südliche Bereich kurkölnisch war. Es gab hauptsächlich Streitigkeiten um die genaue Grenzziehung dieser aufgeteilten Bönninghardter Heide, auf der sowohl auf kurkölnischer, als auch, wie weiter unten zu lesen sein wird, auf preußischer Seite die wüstliegenden und unkultivierten Heideflächen mit fremden Kolonisten peupliert wurden. Der Name „Bönninghardt“ stellte keine wirkliche Ortsbezeichnung dar, auch wenn schon vor den „landbezogenen“ peuplierungspolitischen Bemühungen in den 1770er Jahren dort vereinzelte Höfe bestanden haben. Der Name stand für eine etwa 37 km² große, mit größtenteils unkultivierten Flächen und meist unfruchtbaren Böden versehene Heide- und Waldfläche, auf der vor der binnenkolonialisatorischen Besiedlungspolitik Heidekraut wuchs und Vieh getrieben wurde.²⁵⁵⁵ Im Folgenden wird verständlicherweise lediglich auf die preußische Binnenkolonisation der Bönninghardter Heide Sonsbeckschen Anteils eingegangen werden.

In der Akte „Wegen der auf der Bönninghardter heyde bey Sonsbeck angelegten Colonien und was wegen der daselbst etablirten Colonisten Specialiter ergangen 1769-1771“ geht aus einem Schreiben des Kriegsrates Sandrart an den Sonsbecker Bürgermeister Everts zum Ende des Jahres 1769 hervor, dass er „[...] Oberrheinische Colonisten (...) ausersehen habe, [die] (...) sich auf der Bonnacater heyde etabliren“ könnten.²⁵⁵⁶ Um aber eine erfolgreiche Kolonisation dieser Heidegründe zu gewährleisten, müsse dies in Kooperation mit lokalen und einheimischen Ortskundigen mit dem Ziel geschehen, den „[...] jenige[n] theil obgedachter Heyde, von welcher ich vorgestern mit denen selben [den oberpfälzischen Kolonisten, Anm. d. Verf.] zu sprechen die Ehre gehabt, durch einen vernünftigen und der gegend kundigen Einwohner so fort anweisen zu laßen, damit erwehnte Colonisten im stande seyn mögen den Grund des Erdreichs zu examiniren.“²⁵⁵⁷ Diese Aussage verdeutlicht die Notwendigkeit und die Abhängigkeit preußischer Behörden von den lokalen Amtsträgern bei der Umsetzung binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik vor Ort, da nur diese ortskundigen Personen mit ihren Kenntnissen landschaftlich-naturräumlicher Gegebenheiten eine erfolgreiche Umsetzung urbarmachungs- und kultivierungsspezifischer Prozesse zur räumlichen Verdichtung von Bevölkerungen garantieren konnten. Zudem findet sich bei diesem Zitat über die „Examinierung des Grundes des Erdreiches“ eine schöne zeitgenössische Formulierung, wie Raumwirksamkeit binnenkolonialisatorischer Aktivitäten „landbezogener“ Bevölkerungspolitik sich entfalten könnte: 1) Es müsse der örtliche Magistrat und der Bürgermeister „[...] bey dieser dienstangelegenheit allen möglichen Eyfer

²⁵⁵⁵ Siehe dazu Wensky, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815 ... , S. 51.

²⁵⁵⁶ Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁵⁷ Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

erweisen und die heilsamen Landes Väterlichen absichten des königl. Maj. (...) befördern“, damit dieser Peuplierungsversuch auf der Bönninghardter Heide zum Erfolg gebracht werden könne.²⁵⁵⁸ 2) Damit diese angeworbenen oberpfälzischen Kolonisten zur wirklichen Urbarmachung dieser unkultivierten Heide überredet werden können, müsse man „[...] diesen fremden ankömmlingen favourabelsten Ideen von dem Terrain questi, so wie auch ich bereits gethan, (...) beyzubringen“ versuchen, um die Peuplierung und Urbarmachung des platten Landes im Herzogtum Kleve weiter voranzutreiben.²⁵⁵⁹

Nach der örtlichen Begutachtung der Bönninghardter Heide durch die oberpfälzischen Kolonisten berichtete der Sonsbecker Magistrat, dass „[...] sie nicht sonderlich zufrieden damit“ waren, sodass er „[...] befürchte, daß Ew. Wohlgebohr. Mühe haben werden, sie dazu bereden, ihr Etablissement dort zu suchen.“²⁵⁶⁰ Auch der zuständige Magistrat schätzte die Chancen zur einer erfolgreichen Peuplierung und Kultivierung der Bönninghardter Heide eher als schlecht ein, weil der Boden „[...] nicht voll practicabel (ist), denn die Heyde, wenigstens der hierhin gehörige theil (...) eins von dem schlechtesten Erdreich (ist), so man sich fast vorstellen kan“ und trägt „[...] fast den Nahmen von einem steinigten Arabien.“²⁵⁶¹ Deswegen sollte man aufgrund der hier vom Magistrat als sehr schlecht dargestellten naturräumlichen Gegebenheiten „[...] die Asperd- und Hassunsche Heyde“ als ländliches Peuplierungsobjekt nehmen, weil sie „[...] nicht nur weit besseren Grund (haben)“, sondern auch „[...] das Wasser kein ganz unentbehrliches“ Element auf diesen oben genannten Heiden war.²⁵⁶²

Am 24. Februar 1770 schrieb Sandrart an den Magistrat zu Sonsbeck, dass trotz der von ihm genannten Skepsis gegenüber einer gelungenen Peuplierung der Bönninghardter Heide drei Colonisten namens „[...] Dielmann, Scherlund (?) und Ilian Willkuds (...) sich als bauern auf dem Bonnecat zu etablieren“ versuchen wollen, sodass der zuständige „[...] Magistrat zu Sonsbeck gedachten Leuten alle erforderliche assistance zu leisten“ habe.²⁵⁶³ Es ist festzuhalten, dass das besagte binnenkolonisatorische Peuplierungsprojekt trotz lokaler negativer Einschätzungen von oben, der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, durchgesetzt und angefangen wurde.

Am gleichen Tag habe man der „[...] heutigen Verordnung Zufolge (...) die übersandte drey Colonisten [auf] (...) die Bonnecarter heyde anreisen lassen, und es scheint alß wann sie

²⁵⁵⁸ Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁵⁹ Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶⁰ Zitat vom 18. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶¹ Zitat vom 18. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶² Zitat vom 18. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶³ Zitat vom 23. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

ihnen in etwas gefallen wolle.“²⁵⁶⁴ Allerdings wollen diese drei oberpfälzischen Kolonisten während ihren Bemühungen zur Urbarmachung der ihnen zugewiesenen Gründe „[...] dabey Vor einiger Zeit eine freye nahrung (...), und wir sind nicht im stande ihnen eine dergleichen zu verschaffen, (...) dann unmögliche Sachen können wir nicht möglich machen.“²⁵⁶⁵ Ob diese Aussage in der faktischen Situation, die Kolonisten nicht unterstützen zu können, begründet war, oder ob eine generelle Abneigung „landbezogener“ Peuplierungspolitik bei diesem binnenkolonisatorischen Peuplierungsversuch vorlag, kann nicht eindeutig belegt werden. Allerdings ist zu vermuten, dass in beiden Aspekten ein Funke Wahrheit zu finden ist.

Drei Tage später zeigte der Kriegsrat Sandrart trotz anhaltender Grenzstreitigkeiten mit Kurköln an, dass „[...] er denen Colonisten aus seinem Creise 87 Morgen holländ. Heyde Grund auf der Binnencat zu ihrem Etablissements angewiesen“ habe, damit diese mit der raumwirksamen Urbarmachung unkultivierter Heidegründe beginnen könnten.²⁵⁶⁶ In einem Protokoll vom 26. Februar 1770 bestätigte der binnenkolonisatorisch sehr engagierte Kriegsrat Sandrart der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, dass er der „[...] väterlichen Intention in Absicht deren für die in hiesiger Provinz sich niedergelaßene Ober Pfälzische Colonisten auszumittelnde reele Etablissements auf der Heyde oder sonstige Gründe so viel nur immer möglich nachzuleben“ versuche, um unter größtmöglichstem Einsatz „[...] solche zu Execution zu bringen.“²⁵⁶⁷

Um den weiteren erfolgreichen Fortgang dieser Kultivierung und Besiedlung brachliegender Heidegrundstücke zu gewährleisten, betrieben der Kriegsrat und der Sonsbecker Bürgermeister „Feldforschung“, wie man heute in der Historischen Geographie sagen würde. Der „[...] Kriegs Rath Herr Sandrart nebst dem (...) Bürgermeister Evers hieselbst ad locum (...) beritten beyderseits den ganzen Umfang der Gränzen von denjenigen Antheile quaestionirter Binnecat“, wobei die beiden den diesen Erkundungsritt begleitenden Kolonisten gegenüber bemerkten, dass „[...] nach hie und wieder verschiedentlich mit Schüppen und Spaden gemachte probe des Terrain sothaner Heyde sehr gut sey, so daß die respective Colonisten vollkommen davon contentiret waren.“²⁵⁶⁸ Dieser protokollarische Bericht zeichnet ein sehr schönes Bild einer gemeinsamen Begehung der zu kultivierenden Heide nach und versinnbildlicht den Idealfall einer Umsetzung peuplierungspolitischer Projekte, bei dem die angeworbenen fremden Kolonisten gemeinsam mit den Lokalbeamten und einem Repräsentanten preußischer Verwaltungsbehörden die naturräumliche Lage der

²⁵⁶⁴ Zitat vom 24. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶⁵ Zitat vom 24. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶⁶ Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶⁷ Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁶⁸ Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

besagten Bönninghardter Heide begutachten, um weitere konkretere Schritte zur erfolgreichen Peuplierung in Absprache mit allen beteiligten Personen zu konzipieren. Dabei erkannte man, dass eine Anlegung eines „[...] wohl gelegene[n] Brunnen[s] darauff“ im Urbarmachungs- und Besiedlungsprozess unabkömmlich sei, „[...] dessen ausgrabung [und] in Standsetzung wenig Mühe erfordern wird.“²⁵⁶⁹ Die räumliche Gefahr eines Nutzungskonfliktes zwischen den auf der Bönninghardter Heide angesiedelten Kolonisten und der Stadtbevölkerung Sonsbecks bezüglich der Weidung ihres Viehs war nach Einschätzung aller Parteien nicht gegeben, da erstens nur ein Teil der Bönninghardter Heide kolonisiert werden würde und zweitens die Stadt Sonsbeck „[...] außerdem noch ebenfalls das jus compasoui auf der (...) Perloer Heyde für ihrem Vieh Stand, Weidegang die fülle hat.“²⁵⁷⁰ Aufgrund dessen bei „[...] so bewandten Umständen fand der Herr Kriegs Rath Sandrart also nicht das geringste fernere Bedencken, ernstlich dem Holtzdörffer 9 Morgen, 2) dem Runckel 9 Morgen, 3) Des Runckels Brunder, welcher noch kommen soll, 9 Morgen, des Runckels Mutter, welche gleichfalls bereits unter Weges ist, 9 Morgen, 5) (...) Philip Hufscher erstes Tages erwartet wird, 9 Morgen, 6) dem Scherff 9 Morgen, 7) dem Dielmann 9 Morgen, 8) dem Rees 9 Morgen und 9) dem Bernhard Kern, der zwar mit bey der besichtigung gewesen, (...) erst wieder in sein Vaterland zurück reisen wird, um seine Sachen zu hohlen, 9 Morgen, in summa 87 Morgen“ zu geben.²⁵⁷¹ Diejenigen, die „[...] bereits in diesem Creise völlig niedergelaßen, so fort und ohne viele (...) Umstände mit Uhrbarmachung der denenselben assignierte Terains anfangen [und] auch bis sie im Stande eine Gelegenheit erhalten, sich auf ihren Gründen selbst dach und sach anzuschaffen, des Nachts in dem ledig stehenden Domainen Guthe dem Wild Paß-Hof genant, commorieren zu dürfen, um so mehr, da in der Stadt Sonsbeck (...) nicht die geringste Occasion vorhanden“ war, diese fremden Kolonisten für die Zeit ihrer Kultivierungsarbeiten unterzubringen.²⁵⁷² Man erkennt, dass die Strukturen bei der Umsetzung dieses binnenkolonialisatorischen Peuplierungsversuches durch den zuständigen preußischen Beamten, in Person des Kriegsrates Sandrart, vorgegeben wurden, um überhaupt die Rahmenbedingungen für den Anfang eines solchen peuplierungspolitischen Unterfangens zu legen. Denn Obdach und Nahrung sowie eine kostenlose temporäre Unterkunft für die Kolonisten stellte die Basis für eine erfolgreiche Anwerbung urbarmachungswilliger Kolonisten dar. Auf der Basis der vom Kriegsrat gelegten Strukturen „[...] versprochen die Colonisten hiernächst ohne ferneren Anstand an die Arbeit [zu] gehen, und die Urbarmachung

²⁵⁶⁹ Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Siehe dazu auch Bröcheler, K.: Wasser für Bönninghardt, in: Pfälzer am Niederrhein 45 (2012), S. 632-637.

²⁵⁷⁰ Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁷¹ Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁷² Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

bestens poussieren zu wollen, und waren mit ihrem Schicksale überaus zufrieden.“²⁵⁷³ Eine knappe und grobe Skizze verdeutlicht uns einen räumlichen Eindruck der Lage der Bönninghardter Heide. (s. Abb. 7 und Abb. 8)

Erste Skizze der Bönninghardter Heide aus dem Jahr 1770

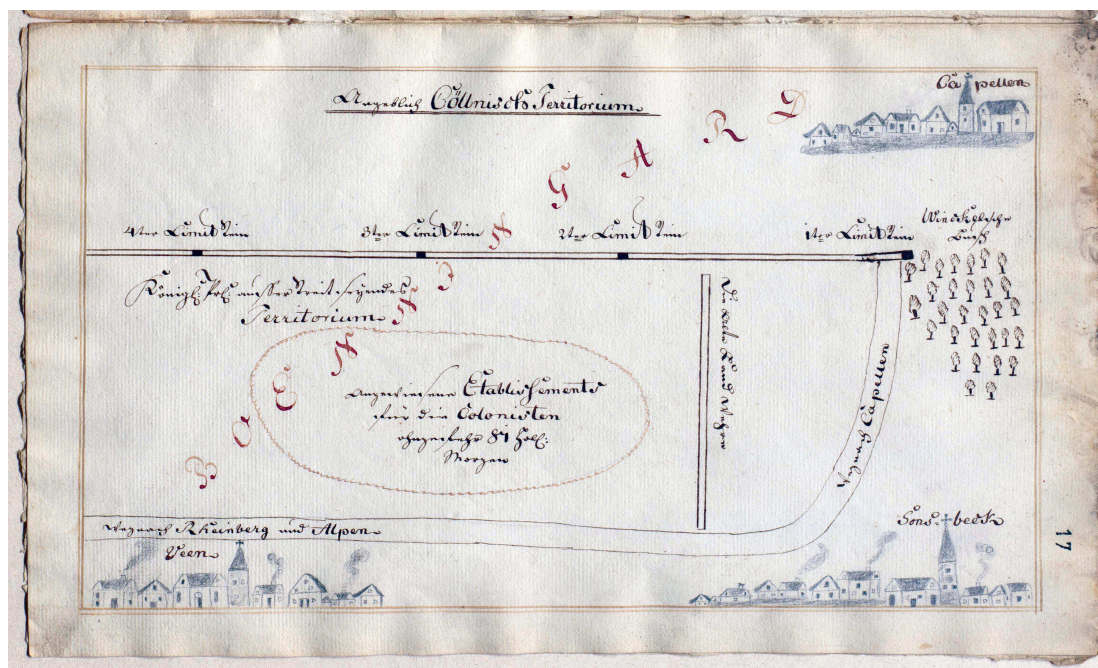


Abb. 7 (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 755)

Zweite Skizze der Bönninghardter Heide aus dem Jahr 1770

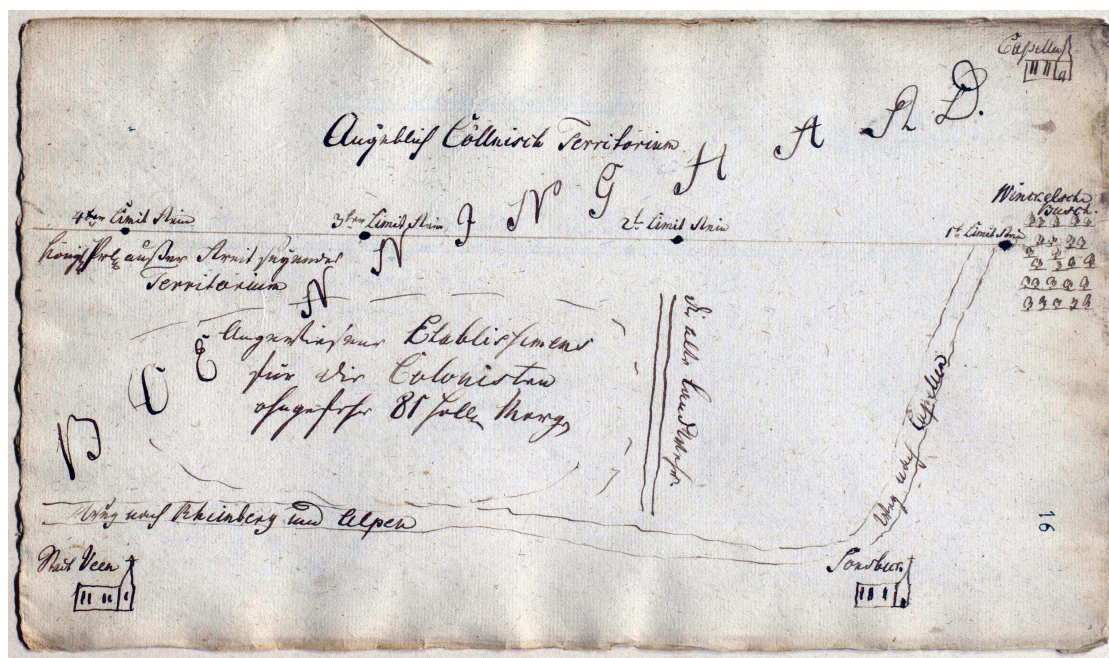


Abb. 8 (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 755)

²⁵⁷³ Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Um einen genauen Überblick über die niederlassungswilligen ländlichen Kolonisten zu erhalten, habe der „ [...] Magistrat (...) sofort die dortige Colonisten, welche auf der Binnecarter Heyde angewiesen sind, zu vernehmen, 1) Woher ein jeder gekommen, 2) Unter welcher Jurisdiction oder amt die bauerschaft oder Stadt gehöret?, 3) Ob er noch Vermögen und wie viel da selbst besitzt?, 4) Worin solches bestehen.“²⁵⁷⁴ Daraufhin benannte der Magistrat nach diesem geforderten tabellarischen Schema vier oberpfälzische Kolonisten, die sich im März 1770 an die Urbarmachung der Bönninghardter Heide begaben.²⁵⁷⁵ (s. Tab. T-57)

Tabelle von denen Colonisten so sich auf der Binnecarter Heyde niederlassen wollen vom
5. März 1770

Nr.	Name	Vermögen	Woher	Welcher Jurisdiction zugehörig
1	Wilhelm Scherff	hat nichts	aus Ringenheim in der Pfalz	unter der Jurisdiction der Fürsten von Löwenstein
2	Henrich Illian	181 rthl. 21 st.	aus kayserslautern in der Pfaltz	unter der Churfürstlichen Oberamts Jurisdiction
3	Henrich Tillman	500 Gulden	aus dem Darmstädtischen	aus dem Amt Zecheim
4	Philip Runckel	300 Gulden	aus Papenheim bey Maynz	----

Tab. T-57

Zum 17. März 1770 schrieb der Kriegsrat Sandrart an den zuständigen Magistrat, dass „ [...] ein Daniel Lufft, aus Wendelsheim gebürtig, seiner Profession ein Zimmermann, sich allhier gemeldet, und gebeten, ihm 6 Morgen von denen Heyde Gründen der Bonnecat bey Sonsbec zu seinem Etablissement anzuweisen.“²⁵⁷⁶ Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zeigte sich äußerst zufrieden über die peuplierungspolitischen Bemühungen des Kriegsrates Sandrart, weil „ [...] wir die Ausmittlung der 87 Morgen holländ. unser höchsten Intention völlig gemäß (finden) und sind (...) mit eurer pflichtmäßigen bemühung wegen Versorgung der euch zugekommenen Colonisten allergnädigst zufrieden und müsset ihn nur mit gleichem Eifer continuiren.“²⁵⁷⁷ Aus peuplierungspolitischen Gründen zur optimalen Ausnutzung der Besiedlungsfläche müsse der Kriegsrat „ [...] dafür sorgen, daß die angewiesenen 9 Familien, weil sie mehrentheils arm sind, vielleicht wohl [mit] weniger Grunde zufrieden gewesen

²⁵⁷⁴ Zitat vom 5. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁷⁵ Siehe die Tabelle des Sonsbecker Magistrats vom 5. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁷⁶ Zitat vom 17. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁷⁷ Zitat vom 9. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

wären, wodurch man Gelegenheit erhalten hätte, so viel mehr Leute anzusetzen.“²⁵⁷⁸ Dies zeigte den ungebrochenen Willen einer optimalen Peuplierung vorhandenen Landes, um eine bestmögliche Bevölkerungsdichte zu erreichen, ohne dabei die Nahrungsgrundlage zu gefährden. Damit wird zusätzlich der „additive“ Charakter binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik unter Friedrich dem Großen deutlich, der nicht nur auf eine Wiederherstellung demographischer Bevölkerungsverhältnisse vorkriegerischen Niveaus zielte, sondern darüber hinaus an einer weiteren, die „restaurative“ Phase übersteigenden Peuplierungsstrategie interessiert war. Es war ihm auch daran gelegen zusätzlich noch vorhandenen wüsten Raum mit Menschen zu besetzen, die mit ihrer anthropogenen Energie zum Wohle des Staats brachliegende Heidegründe kultivierten und urbar machten. An diesem Beispiel binnenkolonisatorischer Kultivierung der Bönninghardter Heide bei Sonsbeck erkennt man, dass der preußische Staat sehr bemüht um die Peuplierung wüster und unkultivierter Gründe zu Beginn der 1770er Jahre war und die niederlassungswilligen ländlichen Kolonisten aktiv angeworben und unterstützt hat. Dabei sollte aber vor allem der lokale Bürgermeister Everts dahingehen angehalten werden, dass „[...] er fleissige visitation halte“, um den Peuplierungsprozess zu überwachen.²⁵⁷⁹ Zudem müsse man permanent „[...] den Oberrheinischen familien Nahmens Dielmann, Ilian und Scherf alle nur mögliche assistance (...) erweisen [und] die frey Jahre auf 15 Jahre“ setzen, damit dieses langwierige und schwierige Projekt ländlicher Binnenkolonisation auch zum Erfolg geführt werden kann.²⁵⁸⁰ Zudem solle man, so der Befehl des Kriegsrates Sandrart an die Stadtmagistrate zu Sonsbeck, den angeworbenen Kolonisten „[...] wenigstens noch die ersten 4. Wochen (...) brod (...) für sich und ihre familien ohnentgeltlich gegeben werden (...), weil sie ohnmöglich bis dahin sousistiren“ können, „[...] weil sie bloß und allein den ganzen Tag zur Cultur der (...) Heyde verwenden“ müssen und „[...] sie die dafür geschehene Auslagen gern ehrlich restituiren wollten.“²⁵⁸¹ Diese Unterstützungsmaßnahmen waren für die Kolonisten sehr wichtig, weil „[...] die auf dem sogenandte Bönningharder Heyde bey Sonsbeck niedergesetzte und angewiesenen 3 Colonisten Nahmens Dielmann, Ilian und Scherf (...) gar sehr klag[t]en, daß sie durch die bereits lange gedauerten Aufenthalt gantz vom Gelde entblößet worden wären.“²⁵⁸² Zudem rechnete der Kriegsrat Sandrart aus, das ihnen „[...] wöchentlich 21 bord

²⁵⁷⁸ Zitat vom 9. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Zudem wurde genehmigt, dass die angekommenen Kolonisten kostenfrei „[...] gebetener maßen, bis zum Monat may auf unserm Domainen Gute Wildpaß Hofe sich aufhalten mögen.“

²⁵⁷⁹ Zitat vom 9. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁸⁰ Zitat vom 17. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁸¹ Zitat vom 18. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁸² Zitat vom 18. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

und (...) etwas Erdäpfel (...) ohnentgeldlich gegeben werden“ sollen, um die ländlichen Kolonisten bei ihrem schweren Unterfangen auch bei Laune zu halten.²⁵⁸³

Dass den Kolonisten geholfen wurde, belegt eine vom Sonsbecker Magistrat angefertigte Tabelle über die geleisteten Dienste sowie den damit verbundenen Kosten. Am 8. März 1770 fielen 18 Stüber „[...] Vor 15 b. stroh Vor Illian, Dielmann und Scherff“ an, am 10. März 45 Stüber „[...] an Fuhrlohn dem Jacob Beyen“, am 20. März an „[...] Magriet Risbroeck vor 3 brodte so den Dielmann, Illian und Scherff gegeben“ und am 21. März 12 Stüber „[...] vor 10 Bund stroh vor Lufft und Gottwald.“²⁵⁸⁴ Die Gesamtsumme der bisher erbrachten Leistungen und Hilfestellungen für die Unterkunft der auf der Bönninghardter Heide niederlassungswilligen Kolonisten betrug drei Reichstaler und 30 Stüber. Ferner geht aus einem Schreiben des Kalkarer Magistrats hervor, dass sich die Kolonisten Dielmann und Scherff im Winter und Frühjahr in Kalkar befanden und auch peuplierungspolitische Kosten verursachten. So gab dieser an, „[...] daß, da die Colonisten Dillmann und Schaerff (...) allhier eingezogen, man zu dererselben unterhalt, jeden 1 rthl. und als für Feuerung und Stroh 1. 22, letzteren 1. 24 (...), den 21. November (...) dem Tillmann, Schaerff, Germendonck und Schreiber jedem 1 rthl. (Summe 4), dem Jude Benjamin Levi für miethen wegen denen dem Dillmann und Schaerff Vermieteten Zwey Feuer Ofens (...) 2. 1, dem Glasmacher Jansen für reparirung der Gläser in dem Busseschen hause, so der Schaerff bewohnet gehabt, 2. 32, dem Comisario Langenhoff, Transport so in dieser Sache zur Conferentz nach Xanten Deputiret gewesen (...) 6. 29, (...) den Schaerff, wegen (...) Graben Arbeit (...) 9. 15, (...) [sowie] denen Tillmann und Schaerff noch die Feuerung aus der Accisse Casse (...) 2. 30 ausgezahlt“ habe.²⁵⁸⁵ Dies verdeutlicht dem Forscher, wie komplex die Kostenkalkulierung und die peuplierungspolitische Umsetzung binnenkolonisatorischer Ansiedlungen fremder Kolonisten sein konnte.

Aufgrund des unermüdlichen Einsatzes und der engagierten Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen des Kriegsrates Sandrart vermeldete dieser zum Ende des März 1770 ganz stolz, dass er „[...] bereits 10 Oberpfälzische familien bestehend aus 44 Seelen auf dem, der Stadt Sonsbeck gehörigen, außer aller territorial Streitigkeiten mit Chur Cölln seyende und 97 Morgen 552 Ruthen enthaltenen Territoria der Bönninghardter heyde etabliert habe.“²⁵⁸⁶ Faktisch räumlich zur Kultivierung angefangen wurden aktuell „[...] nur (...) 12 holländ. Morgen“, die der peuplierungspolitisch engagierte Kriegsrat „[...]

²⁵⁸³ Zitat vom 18. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁸⁴ Zitat vom 22. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 891.

²⁵⁸⁵ Zitat vom 9. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 891. Die durch die Unterbringung fremder Kolonisten verursachte Gesamtsumme betrug 31 Reichstaler und 56 Stüber.

²⁵⁸⁶ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

auch schon würcklich mit 2 Colonisten familien besetzt habe.“²⁵⁸⁷ Insgesamt gesehen „ [...] sind also nunmehr effektiv 12 familien auf dieser Heyde (...) angewiesen, davon sind bereits 8 angezogen, und die übrigen (...) werden so fort anziehen, sobald der Frost etwas nachläßt.“²⁵⁸⁸ Das einzige potenzielle Hindernis zur Anlegung dieser ländlichen Kolonie mit angeworbenen oberpfälzischen Emigranten lag nach seiner Einschätzung im Verhalten und der peuplierungspolitischen Einstellung der lokalen Amtsträger, da der Kriegsrat ganz genau wusste, dass die erfolgreiche Umsetzung binnenkolonisatorischer Peuplierung unkultivierter Heidegründe nur in unterstützender Zusammenarbeit mit den lokalen Kräften erfolgen konnte. Zum Ende seines Berichtes an die Klevische Kammer fand er sich „ [...] nur noch verpflichtet (...) zu bitten, auf die ohnhaltbar erfolgende beschwerden des Sonsbeckschen Magistrats über Anlegung dieser Colonie nicht nur keine Attention zu richten, sondern (...) gedachter Magistrat (...) anweisen zu laßen, bei dem Colonisten Geschäfte überhaupt mir nicht das mindeste in dem Weg zu legen.“²⁵⁸⁹ Aufgrund dieser Aussage kann zu mindestens abgeleitet werden, dass der Kriegsrat eine das binnenkolonisatorische Peuplierungsprojekt gefährdende Entwicklung durch die negative Haltung und den Widerstand des örtlichen Magistrats voraussah, der durch die angestrebte Koloniegründung auf bisher nicht urbar gemachtem Grund trotzdem einen Nutzungskonflikt um vorhandene, das ländliche Umfeld der Stadt Sonsbeck umgebende Ressourcen befürchtete. Inwiefern da zusätzlich noch die negative Einstellung gegenüber Fremden und eine allgemeine konfessionelle Intoleranz gegenüber den meist protestantischen Kolonisten diese Abwehrhaltung binnenkolonisatorischer Peuplierung der Bönninghardter Heide katalysierten und bestärkten, kann nicht genau ermittelt werden. Dass aber solche Aspekte bei einer ländlichen Koloniesanlegung in meist sehr konservativ ausgerichteten städtischen Milieus der frühen Neuzeit eine Rolle gespielt haben, ist sicherlich anzunehmen und nicht auszuschließen. Die zwei weiteren auf der Bönninghardter Heide niederlassungswilligen „ [...] ober rheinische familien namens Daniel Lufft und Heinrich Gottwaldt“ hatten sich beim Kriegsrat Sandrart gemeldet und um die Genehmigung von „ [...] 15 jährigen frey Jahren zur Sonsbeckschen Cämmerey“ gebeten.²⁵⁹⁰ Aus einer beigefügten Tabelle konnte entnommen werden, dass der oben genannte Kolonist Daniel Lufft, lutherischer Religion zugeneigt, aus Kaiserslautern gebürtig und Zimmermann von Beruf sowie vermögenslos war. Sein Haushaltsstand umfasste sieben Personen: Er selbst, als ein Mann (48 Jahre), seine Frau (42 Jahre), 3 Söhne (17, 15 und 12 Jahre) und 2 Töchter (10 und

²⁵⁸⁷ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁸⁸ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁸⁹ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁹⁰ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

4 Jahre). Der zweite in der Tabelle aufgelistete niederlassungswillige Kolonist Heinrich Gottwaldt, reformierter Religion zugeneigt, auch aus Kaiserslautern gebürtig, war Leinenweber von Beruf und besaß kein Vermögen, seine Haushaltung bestand aus vier Personen: er selbst als Mann (38 Jahre), seine Frau (40 Jahre) und seine zwei Söhne (5 und 3 Jahre). Schnell wurden diese beiden niederlassungswilligen ländlichen Kolonisten „[...] auf dem Wildpaß-Hof unter dach und fach gebracht, auch hat man ihn Brenn Holtz (..) [und] Lager Stroh ohnentgeldlich gereicht“, damit sie wenigstens bei ihrem schwierigen Unterfangen der Urbarmachung unkultivierter Heidegründe mit dem Nötigsten versehen waren.²⁵⁹¹

Daraufhin erging sofort der Hinweis des Kriegsrates an den zuständigen Magistrat der Stadt Sonsbeck, dass man dem „[...] Daniel Luft und Heinrich Gottwaldt, beyde Oberrheinische Colonisten, (...) ein jeder 6 Morgen holl. auf der Bönninghardt zu Etablissements angewiesen“ habe und ihnen bei ihrem Fortkommen jegliche Hilfestellung zu leisten sei.²⁵⁹² Am 23. März 1770 befahl die Klevische Kammer „[...] in Gnaden, daß ihr (...) dem Daniel Luft und Heinrich Gottwald jedem, auf dem der Stadt Sonsbeck privative zugehörigen District der Boenninghardter Heyde Sechs Morgen zum Anbau anzuweisen habt.“²⁵⁹³ Hierbei erkennt man, dass die von oben von der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer aus peuplierungspolitischen Gründen verordnete Verkleinerung der Parzellen zur Ansetzung mehrerer ländlicher Kolonisten bei der Zuteilung weitere Heidegrundstücke berücksichtigt wurde, weil anstatt neun nun nur sechs holländische Morgen den etablierungswilligen Emigranten zugesprochen wurden.

Prompt kam ein magistratisches Schreiben bezüglich der Versorgung der ländlichen Kolonisten an den Kriegsrat Sandrart zurück, in dem der Magistrat „[...] wegen besorgung von brod und Erdäpfel an die Colonisten (...) hiemit unterhalten [musste], wie es uns gantz und gar nicht möglich seyn diesen Leuten brod und Erdäpfel zu verschaffen, indem die Cämmerey bekanntder massen dazu nicht im stande ist und so Vorschuß genug hat.“²⁵⁹⁴ Aufgrund dieser von der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer angeordneten Unterstützungspflicht eingesessener Stadtbevölkerung könnte „[...] mittelst eines Ausschlags unter die Bürgerschaft es zu einer Rebellion anlaß geben (...), zumahlen sämtliche Bürger im höchsten Grad aufgebracht, daß man Ihnen die gelegenheit, theil der Binnecat wegnehmen, sie allein auf das Cöllnische Territorium weisen.“²⁵⁹⁵ Der Widerstand einheimischer

²⁵⁹¹ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁹² Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁹³ Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁹⁴ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁹⁵ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Bevölkerung gegenüber dem binnenkolonialisatorischen Peuplierungsversuchs spitzte sich nicht nur aufgrund potenzieller räumlicher Nutzungskonflikte zu. Der Befehl, diese ungewollten Kolonisten nun auch noch bei ihrem peuplierungspolitischen Unterfangen zu unterstützen, brachte die Situation kurz vor die Eskalation. Weiter argumentierte der ortskundige Magistrat mit der ungünstigen naturräumlichen Ausstattung der Bönninghardter Heide, da „[...] es eine pure unmöglichkeit ist, darauf Getreyde zu ziehen, wenn selbe nicht gut gedünget wurden, die dünge aber ohne Vieh nicht gemacht und das Vieh ohne Weyde nicht kan gehalten werden.“²⁵⁹⁶ Aufgrund dessen konnte nach der Meinung des Magistrats eine erfolgreiche Besiedlung und Urbarmachung der besagten Heide nur mit größten finanziellen Anstrengungen gelingen, sodass der preußische Staat daraus auf kurze und weite Sicht keinen wirklichen wirtschaftlichen und finanziellen Nutzen haben würde. Wegen der schlechten Bodenqualität sei die Sinnhaftigkeit eines solchen kostspieligen peuplierungspolitischen Unterfangens kritisch zu hinterfragen. Deswegen „[...] bedauern (Wir) in der that sehr, daß wir nicht im stande sind Euch Wohlgebohr. hierunter zu dienen und denen armen Colonisten assistance zu leisten mithin Ihr klägliches Schicksal erträglicher zu machen.“²⁵⁹⁷ Da aber zudem ein beträchtlicher privater Anteil aus der Gemeinschaft der Stadt Sonsbeck herausgenommen würde, „[...] als (...) der ruin verschiedener Eingesessener unvermeidlich wäre, zu geschweigen, daß auch die Colonisten selber würden genöthiget sein zu entlaufen, und Ihre Äcker wenn sie auch uhrbahr wären, liegen zu lassen, zumahlen es eine pure unmmöglichkeit ist, darauf Getreyde zu ziehen, wenn selbe nicht gut gedünget worden, die dünge aber ohne Vieh nicht kan gemacht und das Vieh ohne Weyde nicht kan gehalten werden.“²⁵⁹⁸ Diese häufigen Wiederholungen der die erfolgreiche Besiedlung der Bönninghardter Heide gefährdenden Faktoren belegten die eindeutige, aus wirtschaftspolitischen und Nutzungskonflikten herrührende Abneigung binnenkolonialisatorischer Urbarmachung ländlicher Heidegründe.

Die zunehmende Entfremdung zwischen dem der Binnenkolonisation der Bönninghardter Heide positiv gegenüberstehenden Kriegsrat Sandrart und dem diesem Peuplierungsversuch abgeneigten Magistrat der Stadt Sonsbeck vertiefte sich immer weiter. So wandte sich der Kriegsrat hilfesuchend an die Klevische Kammer, der er mit großer Enttäuschung über die Sabotierung seiner peuplierungspolitischen Bemühungen berichtete, dass ein „[...] jeder der Eingesessenen (...) sie [die ländlichen Kolonisten, Anm. d. Verf.] öffentlich zu verspotten (suche), (...) auch der Herr Bürgermeister Evers selbst suche ihnen ihren dortigen Aufenthalt,

²⁵⁹⁶ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁹⁷ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁵⁹⁸ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

die ihnen durch (...) königl. Majestaet allerhöchste Gnade zugetheilten Heyde Gründe der Binnencat ganz und gar zu verleiden [und] habe ihnen schon verschiedentlich zu erkennen gegeben, daß sie beßer gethan, wenn sie in ihrem vaterlande geblieben, und sich nicht in eine Provinz auf lauter ungewisses Angeben verleiten laßen, wüste Ländereyen zur Cultur zu übernehmen.“²⁵⁹⁹ Bei diesem binnenkolonisatorischen Peuplierungsprojekt traf die ungebrochene Motivation optimaler Raumausnutzung der preußischer Regierung auf den einheimischen Widerstand lokaler Kräfte, die sich von einer solchen Peuplierung protestantischer fremder Emigranten keinen positiven Effekt versprachen, sondern eher eine Bedrohung und Verschlimmerung ihrer gegenwärtigen schlechten Situation sahen.

Dennoch ging aus einem persönlichen Brief des Bürgermeisters Evers eine gewisse Hilfsbereitschaft zum Gelingen der Koloniesanlegung hervor, da er „ [...] gestern den Freyherrn von Rynsch wegen des vor die Colonisten zu Erbauung Ihrer wohnungen zu liefernden Bauholtzes sondiret“ habe.²⁶⁰⁰ Dieser haben sich positiv dazu erklärt, dass er „ [...] Ew. Bauholtz gnug habe und als vor zehen Colonisten häußer das Benöthigte liefern können“ wird, sodass der Besiedlungsprozess in Anbetracht der Materialien durchaus gesichert wäre.²⁶⁰¹ Es wäre in Anbetracht der Fortschritte dieses Peuplierungsprozesses nun „ [...] sehr gut, daß die Colonisten Dielmann, Illian, Scherff, Lufft und Gottwald an die arbeit gehen und sich hütten oder häußer erbauen könnten.“²⁶⁰² Allerdings vermied es der Bürgermeister wiederum nicht abermals auf die Dequalifikation der Bönninghardter Heide im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik hinzuweisen, da diese besagte Heide der Stadt Sonsbeck nur denjenigen von Nutzen sein könnte, „ [...] die so viel Vermögen haben, daß sie sich Vieh und alles anschaffen können, um die heyde zu düngen und uhrbahr zu machen und die wenigstens 1 ½ Jahr aus Ihrem Beutel leben können.“²⁶⁰³ Diese Aussage bedeutet aber auch, dass neben den hohen Kosten einer solchen binnenkolonisatorischen Urbarmachung und Besiedlung eine grundsätzliche Möglichkeit zur Kultivierung und Peuplierung mit fremden ländlichen Kolonisten trotz ungünstiger naturräumlicher Gegebenheiten realisierbar wäre. Der örtliche Bürgermeister wies darauf hin, dass man bei diesem peuplierungspolitischen Versuch der Urbarmachung unkultivierter Bönninghardter Heidegründe „ [...] keine unnütze Schwierigkeiten machen“ wolle, sondern „ [...] nur diejenigen Schwierigkeiten an(führen),

²⁵⁹⁹ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁰⁰ Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁰¹ Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Diese positive Tatsache der Belieferung ländlicher Kolonisten mit Baumaterialien zur Errichtung eigener Häuser und Hütten widerlegte die zunächst skeptische Annahme des Bürgermeisters Everts, der einen Tag davor noch davon ausging, dass „ [...] das bauholtz nicht nur in diesen Gegenden sehr theuer, sondern ausser bey dem Freyherrn von Rynsch fast nichts zu haben“ sei.

²⁶⁰² Zitat vom 22. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁰³ Zitat vom 22. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

welche gewiß entstehen werden.“²⁶⁰⁴ Allerdings habe man aufgrund der staatsrechtlichen Verantwortung peuplierungspolitischer Ziele preußischer Herrschaft gegenüber den angeworbenen ländlichen Kolonisten aus moralischer Perspektive mit besseren Wissens unfair gehandelt, da „[...] die guten Leute die Sache sich leichter vorstellen und vielleicht (...) dencken, daß Manna vom Himmel fallen werde und die heyde so beschaffen seyn, daß ohne dünge Getreyde darauff wachsen werde, So haben wir Ihnen von allem oben angeführten nichts gesaget, um sie munter zu halten“ und ihr Etablissement weiter voranzutreiben.²⁶⁰⁵

Über die angeführte Beschuldigung der Kolonisten, dass man sie verspotten würde, zeigte sich der Bürgermeister Everts sehr überrascht. Er habe mit „[...] nicht geringerer Verwunderung (...) aus dem mir von Ew. Wohlgebohr. haben communicirten Protocollo die infame Lüge gelesen, so da Scherff wieder mich angebracht hat.“²⁶⁰⁶ Es habe ihm „[...] so wenig der Scherff alß einer der anderen Colonisten jemahls ein wort gesaget, daß sie verspottet [und] ausgelacht“ würden, sodass derjenige, „[...] der dieses von ihnen sagt, (...) ein gewissenloser Mensch“ sei.²⁶⁰⁷ Diese Inschutznahme der ihm zugehörigen Stadtbevölkerung verdeutlicht das gespannte Verhältnis zwischen der Stadt Sonsbeck und den niederlassungswilligen ländlichen Kolonisten, die in dem Schreiben des Bürgermeisters als Lügner bezeichnet wurden. Allein an diesen aufgeführten Problemen bei der peuplierungspolitischen Anlegung einer ländlichen Kolonie niederrheinischer Heidegründe werden die vielfältigen Schwierigkeiten naturräumlicher, staatlicher und lokaler Natur im Prozess der Urbarmachung unkultivierter Gründe erkennbar. Die oben geschilderten Umstände binnenkolonisatorischer Peuplierung unkultivierter Bönninghardter Heidegründe waren für die angeworbenen Kolonisten nicht leicht, da die Umsetzung „landbezogener“ peuplierungspolitischer Ziele nicht ohne zahlreiche Probleme vonstatten ging.

Zum Ende des März 1770 bat der Bürgermeister der Stadt Sonsbeck mit dem Vermerk, „[...] uns keine Colonisten weiter (...) zu schicken“, eindringlich, dass man den Kolonisten „[...] zu diesem Behuff einige Gelder zukommen lassen [müsse], damit doch die gute Leute geholfen werden und an die Arbeit gehen können“, da ansonsten der Kultivierungsprozess der Bönninghardter Heide gefährdet wäre.²⁶⁰⁸ Die Situation der Kolonisten bei ihrem Etablierungsversuch auf der besagten Heide musste sehr schlecht gewesen sein, da der Kriegsrat die Klevische Kammer fragte, „[...] wie er sich bey den vielfältigen Klagen der

²⁶⁰⁴ Zitat vom 22. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁰⁵ Zitat vom 22. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁰⁶ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁰⁷ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁰⁸ Zitat vom 29. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Colonisten über Mangel an täglich brod zu verhalten habe.“²⁶⁰⁹ Zudem meldeten sich die „ [...] Colonisten Dielman, Scherff und Godwald und bathen, daß ihnen das nöthige Geschirr nemlich jedem Eine Hacke und (...) Schüppen ohnentgeldlich gegeben werden möchte.“²⁶¹⁰ Damit der binnenkoloniasatorische Peuplierungsprozess der Bönninghardter Heide weiter fortgesetzt werden könne, müssen die Kolonisten „ [...] wenigstens so lange mit täglich Brode unterstützt werden (...), bis sie so viel Heyde unterhalten gemacht, Etwas Erdäpfel zu ihrem Unterhalte gewinnen zu können“, ansonsten würde man bei fernerer unterlassener staatlicher Hilfeleistung bei dem Kolonisationsgeschäft Gefahr laufen, dass „ [...] sie wieder entlaufen“ würden.²⁶¹¹ Um „ [...] denen Klagen der Colonisten auf der Binnecat einigermaßen Einhalt zu thun, [müsse] ihnen abermahls Brodt“ kostenfrei gereicht werden.²⁶¹² Damit die Sicherstellung der Nahrungsgrundbedürfnisse der ländlichen Kolonisten gewährleistet war, hatte der Kriegsrat Sandrart den Vorschuss für die Ausgabe von Brod zur Unterstützung emigrierter Kolonisten aus eigenem Geldbeutel entrichtet. Dabei habe er aber dem zuständigen städtischen Magistrat „ [...] aufgetragen, bey einem oder andren [Kolonisten] (...) auf einige zeit Credit zu verschaffen.“²⁶¹³ Schon einige Tage vor diesem Bittenschreiben des Kriegsrates Sandrart antwortete die Klevische Kriegs- und Domänenkammer und bemerkte, dass „ [...] der Eifer, den ihr bishero zu beförderung des Colonisten Geschäfts bewiesen, zu besonderer Zufriedenheit“ gereicht.²⁶¹⁴ Auch war es der Klevischen Kammer sehr „ [...] angenehm, daß ihr, denen Colonisten das erforderliche Bau Holtz aus dem Geholtze des Freyherr von Rynsch (...) verschaffen“ und „ [...] denen Colonisten überhaupt zu Ausführung ihrer Etablissemments gründliche Anweisung und Anleitung (...) geben“ konntet.²⁶¹⁵ Zu Anfang April 1770 befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer dem Kriegsrat, dass „ [...] ihr noch gantz besonders angelegen seyn laßen müßet, einer jeden ankommenden familie gleich Gelegenheit zu verschaffen, daß sie sich auch selbst während der zeit, der sie sich mit Uhrbarmachung der Ländereyen beschäftigen“, ernähren können, denn in dem „ [...] publicandi vom 1. Sept. 1770 ist denen selben kein freyes brod versprochen (...) und aus vielen ursachen nicht gereicht“ worden.²⁶¹⁶ Die Klevische Kammer hatte wahrscheinlich die Erfahrung gemacht, dass bei den zahlreichen binnenkoloniasatorischen Projekten, vor allem in den Kernlanden preußischer Herrschaft, dadurch der Eifer der ländlichen Kolonisten bei

²⁶⁰⁹ Zitat vom 29. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹⁰ Zitat vom 30. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹¹ Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹² Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹³ Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹⁴ Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹⁵ Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹⁶ Zitat vom 4. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

einigen herabgesetzt wurde, weil alle niederlassungswilligen Emigranten im Zusammenhang „landbezogener“ Peuplierungspolitik „[...] wohl Gelegenheit habe[n], ihren unterhalt zu erwerben, wenn sie sich nur nicht der faulheit“ zuneigen würden.²⁶¹⁷ Auf diese Weise würden, so die peuplierungspolitischen Vorstellung und Erfahrungen, nur wirklich fleißige, motivierte und engagierte Landkolonisten, die die Kolonisten-Kasse nicht belasten würden, in die rheinische Provinz gezogen werden. Da aber der Kriegsrat Sandrart recht arme und ohne mit viel Vermögen ausgestattete oberrheinische Kolonisten zur Urbarmachung der Bönninghardter Heide schon angeworben hatte, solle „[...] denen gantz bedürftigen und von allen Mitteln entblößten familien, welchen ihr ein Etablissement angewiesen habt, zu derzeit, der sie sich würcklich mit uhrbarmachung der heyde Gründe beschäftigen, auf 14 Tage täglich für jede Persohn 2. st. in holländ. Gelde zur Erleichterung ihrer Subsistence aus der hiesigen Colonisten Casse bezahlet werden.“²⁶¹⁸ Allerdings müsse man den Kolonisten nach erfolgter staatlicher Unterstützung Gelegenheit verschaffen, „[...] sich selbst sodann entweder in den Städten durch Reparation der Straßenpflaster und Wege oder beym Waßerbau ihren Unterhalt [zu] gewinnen.“²⁶¹⁹ Aus historisch-geographischer Perspektive würden die angeworbenen ländlichen Kolonisten auf zweifache Weise „kulturlandschaftsgestaltend“ und „raumwirksam“ agieren, da sie neben der Urbarmachung unkultivierter Heidegründe auf der besagten Heide nun auch noch zur Sicherstellung ihrer Nahrungsgrundlage als raumwirksame Arbeiter bei der Instandhaltung und Neuerrichtung infrastruktureller Maßnahmen mitwirken würden. Zur besseren Förderung des Kultivierungsprozesses brachliegender Heidegründe sollte „[...] einen jeden von allen Mitteln entblößten auf der Boening Kather heyde an gewiesenen familien eine hacke und Spade gegeben werden“, damit die Urbarmachung überhaupt angefangen werden konnte.²⁶²⁰ Allerdings dürfe man den angeworbenen Kolonisten kein kostenfreies Brod weiter austheilen, weil „[...] dieses nichts als Faulheit und Müßiggang verursachen würde, andern theils (...) dergleichen im publicando (...) nicht enthaltenen beneficium kein fond vorhanden ist“, sodass es „[...] Hauptsächlich (...) nur darauf an(kömt), daß diesen bedürftigen Colonisten Gelegenheit Geschaffen werde, sich den Unterhalt selbst zu verdienen.“²⁶²¹ Der Drang nach optimaler Peuplierungsdichte auf den Heidegründen wurde abermals mit der Aussage Klevischer Kriegs- und Domänenkammer

²⁶¹⁷ Zitat vom 4. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶¹⁸ Zitat vom 4. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Des Weiteren befahl die Klevische Kammer, „[...] [w]ie diesen denen gantz armen Colonisten Vorschuß Weise bezahlten Geldern eine gantz accurate Designation unter folgender an[zu]bringen [sei], 1) Nahmen des Colonisten, 2) Ort, wo ihnen ein Etablissement angewiesen worden, 3) Anzahl der Persohnen, (...), 4) Summe der ausgezahlten Gelder [und] 6) Quitung über den Empfang.“

²⁶¹⁹ Zitat vom 4. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²⁰ Zitat vom 4. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²¹ Zitat vom 7. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

deutlich, dass es besser gewesen wäre, „[...] wenn eine jede Familie 4, höchstens 5 Morgen erhalten hätte“, damit im Zuge „additiver“ Peuplierungspolitik „[...] noch mehrere Fremde und welche einiges Vermögen haben, angesetzt werden können.“²⁶²²

Dass peuplierungspolitische Projekte nicht immer bis ins kleinste Detail realisiert werden konnten, lag nicht nur an den schwierigen administrativen Überwachungsmöglichkeiten des preußischen Generaldirektoriums und der Abhängigkeit lokaler Kräfte bei der örtlichen Umsetzung binnenkolonialisatorischer Maßnahmen, sondern auch an plötzlich auftretenden natürlichen Ereignissen, die nicht in der Macht der Menschen und damit der peuplierungspolitischen Planer lagen. Am 5. April 1770 vermeldete der Kriegsrat, dass der „[...] Colonist Heinrich Dielmann von der Böningharder Colonie (...) gestern plötzlich verstorben (ist) und dadurch das ihm Zugetheilt gewesene Etablissement vacant geworden“ sei.²⁶²³ Da seine Frau das begonnene Etablissement allein nicht weiterführen konnte und deswegen wieder in ihr Heimatland zurückreiste, werde der Kriegsrat schnellstmöglichst dafür Sorge tragen, dass „[...] solche[s] Wieder besetzt werde.“²⁶²⁴ Die Situation für die Frau und Kinder des verstorbenen Kolonisten waren äußerst schmerzhaft und schlimm, da „[...] die Witwe des nach eurem Bericht (...) plötzlich verstorbenen Henr. Dielmann nicht im Stande ist, den zu deßen Beerdigung erforderlichen Sarg zu bezahlen“, sodass die Klevische Kammer ihrer menschlichen Verantwortung nachkam und der Witwe zwei Reichstaler für die Anschaffung eines Sarges auszahlte.²⁶²⁵

Die Entwicklung des binnenkolonialisatorischen und ländlichen Peuplierungsprojekts auf der Böninghardter Heide verlief nach einer persönlichen Inspektion bis zur Mitte des Aprils für den Kriegsrat Sandrart sehr zufriedenstellend, weil „[...] die Kolonisten auch mit der Uhrbarmachung fleißig beschäftigt“ waren und einige Fortschritte vorzuweisen hatten.²⁶²⁶ Allerdings müsse er zugestehen, dass „[...] aber diese Colonisten in denen dürftigsten Umständen sind (...), Wie wohl sie fleissig daran arbeiten.“²⁶²⁷ Zum Ende des Monats April konnte die Klevische Kammer einen weiteren niederlassungswilligen Kolonisten für die Böninghardter Heide vermitteln, ein Kolonist namens Heinrich Arnold, der ganz im peuplierungspolitischen Sinne preußischer Herrschaft „[...] selbst eine starke familie hat“ und sie mit ins Land bringen würde.²⁶²⁸ Diese Kolonistenfamilie solle aber zunächst einmal solange in der Stadt Sonsbeck untergebracht werden, „[...] bis sie sich selbst Hütten gebaut

²⁶²² Zitat vom 7. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²³ Zitat vom 5. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²⁴ Zitat vom 5. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²⁵ Zitat vom 10. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²⁶ Zitat vom 18. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²⁷ Zitat vom 18. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶²⁸ Zitat vom 28. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

haben.“²⁶²⁹ Generell zeigte man sich mit den binnenkolonisatorischen Fortschritten bei der Urbarmachung der Bönninghardter Heidegründe in der Klevischen Kammer recht zufrieden, weil „ [...] Wir (...) übrigens gern daraus ersehen (haben), daß die Colonisten an Urbarmachung der ihnen angewiesenen Heyde-Gründe fleißig arbeiten, und müßtet ihr selbige nur ferner dazu encouragiren und ihnen, da sie arm sind, vornehmlich Gelegenheit verschaffen, daß sie sich auch nebst der Beschäftigung mit ihren Etablissement den nöthigen Unterhalt verdienen können.“²⁶³⁰

Die spärliche preußische Subventionierung Bönninghardter Kolonisten spiegelt sich in einem Schreiben des Magistrats von Sonsbeck wider, der erneut auf die miserablen Umstände und die erbärmliche Situation der Kolonistenfamilien hinwies. So habe er „ [...] dem Luft zwey rthl. zu Ankaufung einiger Erdäpfel Vorschussweise ausbezahlet“, allerdings könne er bald keine weiteren monetären Subventionierungen an die Kolonisten entrichten, „ [...] so daß wir zu diesem behuf noch Gelder werden negotieren müßen.“²⁶³¹ Damit das binnenkolonisatorische Projekt der Urbarmachung weiterhin Fortschritte machen kann, müsse bei „ [...] dem allen (...) die hiesigen Colonisten, welche durchgängig bedürftige Leute sind, geholfen werden, sollen sie mit ihrem Etablissements zu Stande kommen.“²⁶³² Aufgrund dieser geschilderten Situation erbat der Magistrat zur Förderung des Besiedlungsprozesses unkultivierter Heidegründe um die Auszahlung weiterer Gelder aus der Kolonisten-Kasse, sodass man „ [...] denen guten Leuten doch auf eine reele art zu assistiren, oder uns dazu im Stande zu setzen [solle], uns wenigstens vorerst so viel (...) anzuweisen zu laßen, daß sie sich Hacken anschaffen, Erdäpfel zu pflanzen, ankaufen, und wenigstens vor 4 Wochen Brodt haben können.“²⁶³³ Zudem wies der diesem Peuplierungsprojekt anfangs sehr negativ gegenüberstehende Magistrat der Stadt Sonsbeck hin, dass „ [...] wir ihnen bereits über 10 rthl. in der größten Noth (haben) vorstrecken müßen.“²⁶³⁴

Eine vom 1. Mai 1770 angefertigte Tabelle des Sonsbecker Magistrats, in der der Kolonistenhaushalt unter genaueren demographischen Parametern spezifiziert wurde, gibt dem Forscher Aufschluss über die bisher sich etablierenden ländlichen Kolonisten auf der Bönninghardter Heide.²⁶³⁵ (s. Tab. T-58)

²⁶²⁹ Zitat vom 28. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³⁰ Zitat vom 30. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³¹ Zitat vom 1. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³² Zitat vom 1. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³³ Zitat vom 1. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³⁴ Zitat vom 1. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³⁵ Siehe dazu die Tabelle vom 1. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Tabelle der Bönninghardter Kolonistenfamilien vom 1. Mai 1770

Nr.	Name	Männer	Frauen	Kinder	an Hacken nötig	Anmerkungen
1	Lufft	1	1	5	3	Jede Hacke kostet 30 rthl.. Es werden also dazu 7 rthl. erfordert werden, und zu einem vier wöchentlichen unterhalt an brodt (...) [25 rthl.] nöthig seyn.
2	Illian	1	1	2	2	
3	Scherff	1	1	1	1	
4	Gotwald	1	1	2	2	
5	Becker	1	1	2	2	
6	Holtzdörffer	1	1	1	2	
7	Runckel	1	1	----	2	
Summa		7	7	13	14	----

Tab. T-58

Aus dieser angefertigten Tabelle der sieben Bönninghardter Kolonistenfamilien ergab sich eine Gesamtsumme von 27 Personen, die im Zuge der Urbarmachung auf den noch unkultivierten Heidegründen ein neues Zuhause finden sollten.

Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer erkannte die Hilflosigkeit der besagten Kolonistenfamilien an, und entschied auf Grundlage der von dem Kriegsrat und dem Sonsbecker Magistrat geschilderten Situation des binnenkolonisatorischen Peuplierungsprojekts, dass „[...] ihr denen ganz bedürftigen Colonisten so auf der Bönninghardter Heyde bey Sonsbeck angewiesen werden, auf 14 Tage täglich auf jede Persohn 2 st. zur Subsistence in holländischen Gelde abzureichen, und jeden eine Hacke zur Urbarmachung der Gründe ankaufen zu laßen, da Euch die hierzu vorgeschossenen Gelder, dann aus der hiesigen Etablissements-Casse remoursirt werden“, damit der Kultivierungsprozess weiter erfolgen kann.²⁶³⁶ Auf der Basis der eingesandten Tabelle wurde den ländlichen Kolonisten weiterhin von staatlicher Seite aus, wenn auch etwas widerwillig, geholfen. Weiterhin peuplierungspolitisch unterstützend sollte „[...] denen 7 Colonisten Familien inclusive vorgedachter 14 tage, für jede person täglich 2 Stüber in holländischen Gelde, der Gelder zu 40 st. zur Subsistence auf vier Wochen, und dann außer den Lufft ein jede Familie zur Ankaufung der Erdäpfel Ein rthl. in gedachten Gelde abgereicht, und für ihren nach den Vorschlag des Magistrats 13. Hacken, weil der Luft auch nur 2 gebraucht, angekauft werden“, sodass „[...] wir Euch (befehlen), gedachten Familien, überhaupt und inckusive der euch vorhin vorgeschriebenen 14 Tagen auf 4 Wochen die bestimmte Verpflegungs-Gelder auf die Persohn täglich 2 Stüber und dem ein jeder der 6 Familien 1 rthl. zum Ankauf der Erdäpfel ab[zu]reichen, und die benötigte Hacken auf der wohlfeilsten art

²⁶³⁶ Zitat vom 3. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

ankaufen zu laßen.“²⁶³⁷ Erst mit dieser Verordnung der Klevischen Kammer wurde eine intensivere staatliche Subventionierung der Binnenkolonisten mit Geldern initiiert. Dabei wurden nicht nur die peuplierungspolitisch garantierten staatlichen Hilfeleistungen für ankommende und niederlassungswillige ländliche Kolonisten wirklich ausgezahlt, sondern diese Entscheidung belegt auch den Glauben preußischer Behörden an die erfolgreiche Besiedlung dieser unkultivierten Heideländereien auf der Bönninghardter Heide. Dabei müsse man aber nach solchen beachtlichen Subventionierungen „[...] diesen Colonisten auf einer guten art bedeuten (...), daß ihnen weiter kein Vorschub aus denen königlichen Cassen gegeben werden kann, sondern sie sich dadurch ihrer Hände Arbeit als treu und fleißige Unterthanen ernähren, und sich nicht dem Müßiggang und der Faulheit ergeben.“²⁶³⁸ Ferner müsse man deswegen unbedingt den angeworbenen „[...] Colonisten Gelegenheit zur Arbeit verschaffen“, sozusagen Hilfe zu Selbsthilfe geben, damit sie sich selbst und ohne weitere Belastungen für die preußische Etablissement-Kasse ernähren und subsistieren können.²⁶³⁹

Zu Anfang Mai 1770 vermeldete die Klevische Kammer eine ernstliche Erkrankung des Kolonisten Christian Runckel, die sicherlich durch die schweren physischen und lebensräumlichen Verhältnisse hervorgerufen wurde. Daraufhin entschied man, „[...] daß dem Colonisten Johann Schreiber aus Hengelheim, dasjenige Etablissement auf der Bönninghardter Heyde, welches bis hieher für den Colonisten Christian Runckel gewesen [sei] (...), zugetheilet werden“ sollte.²⁶⁴⁰ Zwei Tage später bemerkte der Kriegsrat Sandrart in einem Brief an den Sonsbecker Magistrat, dass er einen weiteren niederlassungswilligen „[...] Oberpfälztischen Colonisten Nahmens Casper Barg, seiner Profession ein drechsler und römisch-catholischen Glaubens“, zur Etablierung auf die Bönninghardter Heide angewiesen habe.²⁶⁴¹

Sowohl die binnenkolonisatorischen Fortschritte als auch die damit verbundenen Probleme gingen bei der Urbarmachung und Besiedlung der Bönninghardter Heide Hand in Hand. Recht zufrieden berichtete der Magistrat zu Sonsbeck Mitte Mai 1770, dass „[...] der Colonist Illian (...) sich die Bau Materialien zu einem Hauß, welches er auff der Binnecat Heyde von 5 Gebund setzen will, anerkaufft (hat), es wollen ihm aber selbe ohne Gelde nicht verabfolget werden, sogar soll er innerhalb von 4 à 5 tagen die Kauffgelder bezahlen oder man will von seithen des Verkäuffers den Kauf nicht halten.“²⁶⁴² Dies spiegelt die verständliche Vorsicht

²⁶³⁷ Zitat vom 3. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³⁸ Zitat vom 3. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶³⁹ Zitat vom 3. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴⁰ Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴¹ Zitat vom 8. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴² Zitat vom 15. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

der Verkäufer gegenüber den Kolonisten wider. Den Kolonisten wurden die Baumaterialien kreditartig verkauft, weil die Gefahr, dass einer der Kolonisten aufgrund der erbärmlichen Lebensverhältnisse und der schweren körperlichen Belastungen ohne Zurückzahlung verstarb oder gar aufgrund von Verzweiflung floh, nicht zu unterschätzen war. Weil „[...] nun dieser Illian einer der fleissigsten Colonisten ist und vorzüglich meritiret“, mögen zur erfolgreichen Fortführung seines Etablissements „[...] demselben ohne anstand die von Ew. königlichen Mayesteet aus der Etablissements-Casse allergnädigst Verwilligte Gebunds Gelder ihm ausgezahlt werden.“²⁶⁴³ Zum 19. Mai 1770 vermeldet der Magistrat zu Sonsbeck, dass die Gelder an die ländlichen Kolonisten ausgezahlt wurden und ersuchte „[...] inständig, diese Gelder aus balde möglichst restituieren zu lassen.“²⁶⁴⁴

Dass Etablissement des Kolonisten Illians entwickelte sich weiterhin positiv, da durch den Magistrat zum Ende Mai 1770 eine abermalige Bitte zur Auszahlung weiterer Gelder für diesen fleissigen Kolonisten erging, „[...] damit der Illian den Rest des Holtzes bekommen und den Bau [an]fangen“ könne.²⁶⁴⁵ Der Ankauf der Baumaterialien für die Errichtung eines Hauses war die eine Sache, der Transport dieser notwendigen Bauutensilien an den entsprechenden Ort aufgrund des Transportwiderstandes eine andere. Trotz anfänglicher magistratischer Skepsis war nun nach Druck preußischer Behörden eine lokale Unterstützung der Kolonisten bei dem Besiedlungs- und Urbarmachungsprozess auf der Bönninghardter Heide erkennbar, da der Magistrat zu Sonsbeck „[...] inzwischen dem Illian versprochen (habe), in der künfftigen woche ihnen die nöthige Fuhren zu geben, womit der auch Völlig einverstanden“ war.²⁶⁴⁶ Ansonsten habe er „[...] denen Colonisten wieder auf 14 Tage brod besorget“, allerdings mit dem eindringlichen Hinweis, „[...] mir doch diese Vorschüsse bald möglichst restituieren zu laßen.“²⁶⁴⁷ Des Weiteren entwickelte sich das Etablissement des Runckels auch sehr zufriedenstellend, sodass dort, wie beim Illian, Baumaterialien zum häuslichen Aufbau nötig wurden. Glücklicherweise sollte ein altes Potthaus abgebrochen werden, der Eigner Ludwig Hasselmann würde „[...] solches dem Runckel verkauffen“, sodass dieser Siedler ausreichend Bauholz habe, um mit dem Bau beginnen zu können.²⁶⁴⁸ Dieser ländliche Kolonist vermeldete dem Kriegsrat Sandrart, dass „[...] er von dem Sonsbeckschen Eingesessenen Nahmes Ludwig Hasselmann ein Hauß erhandelt [habe],

²⁶⁴³ Zitat vom 15. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴⁴ Zitat vom 19. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴⁵ Zitat vom 27. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴⁶ Zitat vom 31. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴⁷ Zitat vom 31. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁴⁸ Zitat vom 31. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

welches er abbrechen und auf der ihn angewiesenen Heyde-Grund setzen wollte.“²⁶⁴⁹ Allerdings wiederholte sich hier bei dem Kaufprozess zwischen den Kolonisten und dem eingesessenen Verkäufer die gleiche Problematik wie oben beschrieben, weil der „[...] Hasselmann deshalb Sicherheit (verlangt), weil er die Zahlung nicht so fort leisten könne und ihm als einen fremden nicht getrauet werden“ könne.²⁶⁵⁰ Das Misstrauen eingesessener Bevölkerungsteile gegenüber den angeworbenen Kolonisten war, vor allem beim Verkauf für das Etablissement oberpfälzischer Emigranten notwendiger Utensilien, aufgrund der schlechten finanziellen Lage der Kolonisten verständlicherweise sehr groß. Daraufhin bat der Kriegsrat inständig, dass „[...] die dem Runckel für die von 5 Gebund zu errichtendes Wohnhauß auf der Bönninghardt (...) 40 rthl. Gebunds Gelder des fordersamsten assigniret werden mögten, woraus dem (...) Hesselmann so fort befriedigt werden solle“, damit der Kolonist sein Etablissement weiter vorantreiben könne.²⁶⁵¹

Die ländlichen, aus der Oberpfalz angeworbenen Kolonisten eigneten sich für diese schwierige Kultivierung und Besiedlung der Bönninghardter Heide sehr gut, da nach einer getätigten schriftlichen Anmerkung des Kriegsrats Sandrart in einem Brief des Sonsbecker Magistrats die Kolonisten dahingehend charakterisiert wurden, dass es „[...] wahr (ist), sie sind alle sehr fleißig.“²⁶⁵² Es ist unzweifelhaft zu erkennen, dass der binnenkolonisationsische Peuplierungsprozess trotz erheblicher naturräumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten in der ersten Jahreshälfte 1770 stetig mithilfe staatlicher und lokaler Unterstützungsleistungen voranging. Dennoch musste die wirtschaftliche Lage der ländlichen Kolonisten sehr spärlich und Subsistenz gefährdend gewesen sein, da die beiden Kolonisten Becker und Scherff beim städtischen Magistrat erschienen und anzeigten, „[...] wie sie willens wären mit ihren weibern und kindern nach Holland zu gehen und daselbst den Sommer über so viel zu verdienen, daß sie den Winter durch zu leben hätten, sie wollten auff dem Herbst so frühe wiederkommen, daß sie noch vor dem winter einen guten theil der ihnen zugemessenen Heyde uhrbar machen“ könnten.²⁶⁵³ Dies zeigt einerseits nicht nur die schlechte finanzielle Situation der Kolonisten auf der Bönninghardter Heide, sondern auch die nicht vorhandene Möglichkeit, im städtischen und ländlichen Umfeld der Stadt Sonsbeck genügend Geld zu erarbeiten, um die Familie zu ernähren und im Land zu bleiben. Anstatt die Sommermonate zu Urbarmachung der besagten Heide zu nutzen, waren die ländlichen Kolonisten gezwungen, ihr bisheriges Etablissement zu verlassen und temporär nach Holland

²⁶⁴⁹ Zitat vom 23. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵⁰ Zitat vom 23. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵¹ Zitat vom 3. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵² Zitat vom 31. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵³ Zitat vom 2. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

zu emigrieren, um sich dort Arbeit zur Subsistenz zu verschaffen. Die Gefahr, dass der temporäre Aufenthalt in Holland zu einem dauerhaften werden könnte, nötigte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zu dem Entschluss, dass „[...] dennenselben die nachgesuchte Permission mit ihren weibern und Kindern nach Holland auf Arbeit zu gehen, keines wegs ertheilet werden kann“, sodass man ihnen vor Ort Arbeit zum Unterhalt verschaffen müsse.²⁶⁵⁴ Zudem war eine temporäre Emigration angeworbener Kolonisten mit der preußischen peuplierungstheoretischen Prämisse nicht vereinbar, weil dadurch die angeworbene anthropogene Energie der Kolonisten nicht vor Ort genutzt worden wäre und damit keinen Nutzen für den preußischen Staat erbracht hätte.

Trotz der zahlreichen Unwegsamkeiten beim Besiedlungsprozess der Bönninghardter Heide wurde die räumliche Peuplierung unkultivierter Heidegründe weiter vom Kriegsrat Sandrart betrieben. Am 9. Juni 1770 berichtete der peuplierungspolitisch engagierte Kriegsrat von zwei neuen ländlichen Kolonisten, ein gewisser Gerrit Herckhoff und sein Sohn Peter „[...] wären anjetzo willens aus Alpen weg und in das Clevische oder königl. Preußen zu ziehen und bathen, daß ihnen die denen fernen ziehenden fremden nach denen Edicten verheißenen Beneficien angedeyen möchten.“²⁶⁵⁵ Faktisch betrug die räumliche Distanz zwischen dem kurkölnischen Alpen und der Bönninghardter Heide preußischen Anteils nur einige Kilometer, und doch würde die Emigration der aus Alpen stammenden Kolonisten einen Grenzübertritt bedeuten, womit sie sich für die Auszahlung peuplierungspolitischer Subventionsgelder qualifizieren würden. Ihre „[...] Handthierung bestünde im Ackerbau und [sie] wollten sich gern auf der Binnencat nahe am Cöllnischen Territorium ohnweit des Büderischen Waldes etabliren und so fort ein Hauß daselbst erbauen“, sodass ihnen zu ihrem Etablierungsvorhaben im Herzogtum Kleve „[...] 4 Morgen holländisch Heide Grund möchte angewiesen werden.“²⁶⁵⁶ Die Familie der Alpener Kolonisten bestand „[...] aus 1 Mann, 1 Frau, 3 Söhne über 12 Jahr.“²⁶⁵⁷ Sandrart zeigte sich zur Unterstützung dieses Siedlungsvorhabens sehr willig, da dadurch ein weiterer „Pull-Effekt“ durch die angeworbenen Kolonisten entstehen würde. Würde diese Peuplierung mit der Alpener Familie gelingen, bestünde die Möglichkeit, „[...] noch zwei [weitere] Familien aus Alpen herein zu ziehen.“²⁶⁵⁸ Allerdings ergab sich zur weiteren Peuplierung ein räumliches Problem, sodass

²⁶⁵⁴ Zitat vom 12. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵⁵ Zitat vom 9. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵⁶ Zitat vom 9. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵⁷ Zitat vom 9. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁵⁸ Zitat vom 9. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

der Kriegsrat es sehr bedauerte zu vermelden, dass „[...] in meinem Städte-Creise kein Heide-Grund mehr vorhanden“ sei, um weitere Siedler unterzubringen.²⁶⁵⁹

Die vom Magistrat zu Sonsbeck ausgezahlten Gelder zur Subsistenz emigrierter Kolonisten auf der Bönninghardter Heide wurden diesen ein letztes Mal erstattet, allerdings könne aus der Etablissement-Kasse „[...] künftig (...) dergleichen Brodgelder nicht mehr gereicht werden, indem sich die Colonisten den Unterhalt selbst verdienen müssen.“²⁶⁶⁰ Weiterhin fertigte die Klevische Kammer „[...] in der Anlage eine assignation auf Vier Gebund ad 32 rthl. für den Illian“ an, um ihm die geforderten Gebundsgelder für den Bau seines Hauses auszuzahlen.²⁶⁶¹ Zur weiteren Bebauung und Besiedlung der zu kultivierenden Bönninghardter Heide setzte man grundsätzlich fest, dass „[...] zu einem Etablissement bis zu 5 Morgen ein Gebäude von 3 Gebund, von 5 bis 10 Morgen 4 Gebund, und von 10 bis 15 Morgen von 5 Gebund hinreichend“ seien.²⁶⁶² Dabei müsse der für das Peuplierungsprojekt zuständige Kriegsrat Sandrart „[...] bey jeden bau dafür stehen, daß die dafür assignate richtig ausgeliefert werden.“²⁶⁶³ Um einen überdimensionalen Bau eines Kolonistenhauses zu vermeiden, griff die Klevische Kammer bei der Planung des Ruckelschen Hauses korrigierend ein, weil „[...] für den Kolonisten Philip Runckel (...) ein Gebäude von 5 Gebund (...) zu Groß und eines von 4 Gebund nach proportion hinlänglich“ sei.²⁶⁶⁴

Abermals verwies der Kriegsrat Sandrart in einer Aktennotiz darauf hin, dass sich vor allem der ländliche Kolonist Illian beim binnenkolonialisatorischen Urbarmachungs- und Kultivierungsprozess sehr engagiert zeigte und „[...] ein ordentlicher fleißiger Unterthan ist.“²⁶⁶⁵ Allerdings rührte sich bei diesem fleißigen Kolonisten Unmut über die nicht ausreichende Auszahlung der Gebundsgelder. Im Sommer des Jahres 1770 berichtete Sandrart, dass er „[...] zwar die von Ew. Maj. (...) verwiesenen Monats- assignirte Gebunds-Gelder für den Colonisten Ilian auf der Bönninghardt ad 32. rthl. auszahlen lassen (habe), derselbe will mit selbigen aber gar nicht zufrieden sein, immaßen er die Ursach, warum nur auf 4 Gebund die Gebunds-Gelder accordiret“ worden waren.²⁶⁶⁶ Hätte er diese Definierung Klevischer Kriegs- und Domänenkammer zur Auszahlung von Gebundsgeldern vorher gewusst, hätte er nur ein 4 Gebund großes Haus zu errichten angefangen. Nun habe er im Zuge seines Kolonisten-Etablissements „[...] aber ein Hauß von 5 Gebund erbauet, welches

²⁶⁵⁹ Zitat vom 9. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶⁰ Zitat vom 12. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶¹ Zitat vom 12. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶² Zitat vom 12. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶³ Zitat vom 12. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶⁴ Zitat vom 12. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶⁵ Zitat vom 19. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶⁶ Zitat vom 19. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

bereits bis zur Mauer Arbeit fertig ist.“²⁶⁶⁷ Hierbei zeigte sich die Klevische Kammer sehr kulant, da diesem Kolonisten aufgrund seiner berechtigten Beschwerde „[...] hiebey die Assignation auf 8 rthl. für das 5 Gebund [zusätzlich] zugefertigt“ wurde.²⁶⁶⁸

Der binnenkolonialisatorische Aufbau von Kolonistenhäusern auf der Bönninghardter Heide beschleunigte sich weiter, da nun auch der „[...] Colonist Daniel Lufft von der Bönninghardter Colonie“ angezeigt hatte, „[...] wie er auch jetzt gern (...) ein Gebäude von 4 Gebund auf seine ländereyen setzen“ wolle.²⁶⁶⁹ Allerdings verlangte dieser oberpfälzische Kolonist, dass ihm die „[...] Bonifications-Gelder (...) auf einmahl“ ausbezahlt werden, „[...] damit er sich nicht bey seinem Vorhaben aufgehalten sehe.“²⁶⁷⁰ Trotz staatlicher monetärer Unterstützung bei der Finanzierung zum Aufbau von Kolonistenhäusern trat abermals das Problem der Transportierung verschiedener Baumaterialien auf. In Anbetracht fehlender stabiler Infrastruktur zu den Siedlungsplätzen auf der Bönninghardter Heide erhöhte sich der Arbeitsaufwand und der Transportwiderstand zur Anlieferung der Baumaterialien ungemein, sodass auch die damit verbundenen Transportkosten stiegen. So beschrieb der Sonsbecker Magistrat zu Beginn des Augustes 1770, „[...] Wie gern ja wie sehr gern ich nun Ew. Wohlgebohr. erlassenen Befehl ein schuldiges genügen leisten möchte, so unmöglich ist es mir, dann ohnerachtet Magistratus die hiesigen Fuhrleute dazu auff alle nur mögliche weise bereden wollen, haben sie doch, wie dem Illian bewusst, dazu nicht resolviren können, sie sagen nur: als Bürger wären sich nicht Verschuldet dienste zu thun.“²⁶⁷¹ Würde man von Seiten des Magistrats vermehrten Druck zur Leistung unentgeltlicher Fuhrdienste ausüben, „[...] würde ich mir einen immerwährenden Haß der Bürgerschaft zu wege bringen.“²⁶⁷² Ein entscheidender Grund, warum die städtische Bevölkerung so ablehnend reagierte, lag neben der rechtlich nicht gegebenen Verpflichtung zur Fuhrdienstleistung für Bönninghardter Kolonisten in der Tatsache, dass man an die angeworbenen ländlichen Kolonisten „[...] ja den besten und allergelegensten theil der Binnecarter Heyde zum grössten nachtheil unserer alten gertreuen Eingesessenen so drangegeben“ und weggegeben habe.²⁶⁷³ Diese Bemerkung bestätigt dem historisch-geographischen Forscher die aufgrund von Nutzungskonflikten landschaftsgebundener Potenziale zwischen einheimischen Stadtbürgern und angeworbenen fremden Kolonisten sich entwickelnde starke Abneigung der Sonsbecker Bürger, den fremden armen angeworbenen Kolonisten bei der Kultivierung und Besiedlung ihrer ehemals zur

²⁶⁶⁷ Zitat vom 19. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶⁸ Zitat vom 28. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁶⁹ Zitat vom 19. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁷⁰ Zitat vom 19. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁷¹ Zitat vom 3. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁷² Zitat vom 3. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁷³ Zitat vom 3. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Nutzung zu Verfügung stehenden Bönninghardter Heide zu helfen. Ein peuplierungspolitisches Nichtgelingen dieser preußischen Binnenkolonisation wäre für die Stadtbevölkerung Sonsbecks vorteilhafter als eine erfolgreiche Urbarmachung und Peuplierung unkultivierter Heidegründe, die der Stadt Raum und Fläche zu eigenen Nutzung wegnahm. Dabei haben der zuständige Magistrat und der Bürgermeister der niederrheinischen Stadt Sonsbeck, die selbst genug mit der Retablierung und dem Wiederaufbau wüster Hausstellen im Zuge „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik nach dem Siebenjährigen Krieg beschäftigt war, bei dem binnenkolonisatorischen Peuplierungsversuch unkultivierter Heidegründe auf der Bönninghardter Heide „[...] das unserige genug gethan, das man uns aber lauter arme Leute und mehrentheils Bettler zugeschickt hat, denen alles biß zu das allergeringste muß gegeben werden und sie nicht das mindeste zu Ihrem Etablissement beytragen können.“²⁶⁷⁴ Sicherlich stand hier der zuständige Magistrat in einer Zwickmühle, da er einerseits die bevölkerungspolitischen Vorgaben „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik preußischer Verwaltung umsetzen, andererseits die Nutzungsinteressen der eigenen einheimischen Bevölkerung zu verteidigen suchen musste, ohne sich den Unmut beider Parteien zuzuziehen.

Aufgrund dieser schlechten naturräumlichen Situation Bönninghardter Heidegründe und der erbärmlichen finanziellen Lage der Kolonistenfamilien würden nach der Einschätzung des Magistrats weiterhin finanzielle Unterstützungsgelder zur Fortführung der Kolonie notwendig sein, weil er bei „[...] dem allen (...) gar nicht (ab)sehe, wie die Leute, wenn ihnen auch die Häußer Völlig fertig geschafft würden, zurecht kommen werden, denn wenn sie etwas auch den Sommer und Herbst durch sich etwas Verdienen, so müssen sie doch im winter betteln und die Heyde ist Heyde und wird Heyde bleiben.“²⁶⁷⁵ Dennoch vermeldete der zuständige Kriegsrat zu Beginn des Augusts, dass „[...] dem Illian die nöthigen bauführen procurirt“ werden, damit er sein Etablissement weiter fortführen und mit dem Bau seines Kolonistenhauses beginnen könne.²⁶⁷⁶ Ferner genehmigte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer dem Kolonisten Lufft die peuplierungspolitisch garantierten Gebundsgelder mit der Auflage, nur „[...] ein Hauß von 4 Gebund [zu] bauen.“²⁶⁷⁷ Die staatliche Unterstützung binnenkolonisatorischer Peuplierung auf der Bönninghardter Heide erfolgte

²⁶⁷⁴ Zitat vom 3. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁷⁵ Zitat vom 3. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Die weiterhin skeptische Haltung des städtischen Magistrats zu Sonsbeck gegenüber dem finanziellen Nutzen der Koloniesanlegung auf der Bönninghardter Heide bestätigte sich auch in der Aussage, dass er nach einer Begehung der besagten, schon in Kultur gebrachten, Heideflächen gesehen habe, dass die gesäten Früchte und Erdäpfel „[...] gar nichts taugen.“ Allerdings sollte der preußische Staat aufgrund seiner Warnungen alles daran tun, dass diese armen Kolonisten weiterhin „[...] mir nicht zur Last fallen mögen.“

²⁶⁷⁶ Zitat vom 7. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁷⁷ Zitat vom 28. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

trotz lokalen Widerstands weiterhin, was die Einsendung von Quittungen ausgezahlter Subventionsgelder für die niedergelassenen Kolonisten durch den zuständigen Magistrat bestätigt. Der Fortgang bei der Besiedlung bisher kultivierter Siedlungsplätze in der Mitte des Augusts 1770 bestätigt sich in den zahlreichen Bittschreiben des Kriegsrats Sandrart an die Klevische Kammer, dass man die „[...] Assignation des Gebunds Gelder für den Colonisten Heinrich Gottwald, (...) für den Colonisten Becker, (...) für den Christian Runckel, Casper Berg“ und Holtzdörffer zum Aufbau weiterer Kolonistenhäuser auf der Bönninghardter Heide genehmigen möge.²⁶⁷⁸ Zudem entschied die Klevische Kammer, dass „[...] der sich bey euch gemeldete Colonist Kerckhoff aus Alpen, nach der an dem Land Rath Elsner erlassenen Verordnung von dem Creiß Einnehmer Kuhlendahl auf der Bönninghardt ohnweit des (...) Waldes angewiesen“ wurde.²⁶⁷⁹ Sowohl der peuplierungspolitische Drang räumlicher Bevölkerungsverdichtung des preußischen Staates auf der Bönninghardter Heide zur optimalen Peuplierung unkultivierten Landes im Herzogtum Kleve als auch die staatliche finanzielle Unterstützung fremder Kolonisten sind bei diesem binnenkolonisatorischen Urbarmachungsprozess unverkennbar.

Der Hausbau des Kolonisten Illian vollzog sich weiterhin stetig, da die Klevische Kriegs- und Domänenkammer befahl, dass „[...] die Alte Eingesessene Vermögt würden, ihm Materialien heranzufahren“, damit dieser mit der Fertigstellung seines Kolonistenhauses fortfahren könne.²⁶⁸⁰ Aus diesem Grund „[...] müßet Ihr Euch mit bemühen die Alte Eingesessene willig zu machen, daß sie dem Illian die Bau Materialien gleich nach der Erndte (...) gegen ein (...) Fuhrlohn“ heranfahren.²⁶⁸¹ Aus einer Notiz des Kriegsrats Sandrart aus dem oben zitierten Schreiben der Klevischen Kammer geht hervor, dass der „[...] Illian und mehrere der hiesigen Colonisten (...) sehr unzufrieden (sind), daß sie nicht mehr geholfen werden und ersterem der Vorschuß von 100 Gulden (...) abgeschlagen“ worden ist.²⁶⁸² Daraus kann geschlussfolgert werden, dass die angeworbenen ländlichen Kolonisten neben zahlreicher wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten und sozialer Ausgrenzung durch die Bürger der Stadt Sonsbeck mit der staatlichen Unterstützung nicht vollends zufrieden waren und sich mehr peuplierungspolitische Hilfe bei ihrem binnenkolonisatorischen Kultivierungsprozess der Bönninghardter Heide erhofft hatten. Dennoch genehmigte die Klevische Kammer in

²⁶⁷⁸ Zitat vom 15. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Am 19. August 1770 kam noch die Bitte um die Auszahlung der Gebundsgelder für den Kolonisten Scherff hinzu.

²⁶⁷⁹ Zitat vom 14. August aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Auch der Kriegsrat Sandrart notierte sich am 24. August 1770, dass „[...] der Colonist Kerckhoff aus Alpen nach seinem Verlangen auf der Bönninghrdt angewiesen werden“ solle.

²⁶⁸⁰ Zitat vom 17. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁸¹ Zitat vom 17. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁸² Zitat vom 17. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Bezugnahme auf die Gesuche zur weiteren Auszahlung der Gebundsgelder, dass „[...] denen Colonisten Berg, Becker, Scherff, Runckel, Holtzdörffer und Gottwald die Gebunds Gelder assignirt werden mögten, (...) und befehlen Euch in Gnaden, ferner alle bemühen dahin anzuwenden, daß die Gebäude dieser Colonisten bald möglichst völlig Zustande kommen.“²⁶⁸³ Man vernahm mit Zufriedenheit, dass „[...] die auf der Boeninghardter heyde Sonbeckschen Antheils angewiesenen Colonisten Casper Berg, Becker, Scherff, Christian Runckel, Holtzdorffer und Heinrich Gottwald ihre wohnungen, und zwar ein jeder ein Hauß Von 4 Gebund zu erbauen in begriff wären.“²⁶⁸⁴ Dabei mögen die „[...] für einen jeden genandte[n] Colonisten (...) Gebunds-Gelder auf 4 Gebund ad 32 rthl. assignirt“ sowie die ausgezahlten Gelder direkt „[...] an die Liveranten der Bau-Materialien“ ausgezahlt werden, damit die staatlichen Gelder auch dahin verwendet werden, wofür sie vorgesehen waren.²⁶⁸⁵ Persönlich an den Magistrat zu Sonsbeck gerichtet müsse dieser „[...] auf der Convenabelsten Arth auch die erforderliche Führen (...) denen Colonisten zu verschaffen suchen (...) und der derer fremden familien darunter zu leistenden reele assistance, Eure Pflichten, ein Genüge“ erbringen, damit das binnenkolonisatorische Besiedlungsprojekt auf der Bönninghardter Heide erfolgreich fortgesetzt werden könne.²⁶⁸⁶

Der Hausbau des Ilians verlief bis zum Herbst sehr vielversprechend, sodass er bald „[...] darinn wohnen kan, ihm aber anjetzo wiederum Geld fehlet“, weil er noch 300 Steine zu bezahlen habe.²⁶⁸⁷ Dennoch kann dem Kolonisten Ilian dies nicht vorgeworfen werden, weil dieser fleißige Untertan „[...] sich ehrlich zu ernähren (suchet) und meritiret nebst dem Lufft Vorzüglich geholfen zu werden.“²⁶⁸⁸ Schlechter erging es dem Kolonisten Holtzdorfer bei seinem Etablissement auf der Bönninghardter Heide, weil „[...] der Holtzdorfer außer Stands ist, vor dem Winter noch zu bauen“, sodass dafür Sorge getragen werden muss, dass er wenigstens eine „[...] Hütte zu seinem Unterkommen erhalte.“²⁶⁸⁹ Daraufhin befahl die Klevische Kammer, da dem entsprechenden Kolonisten „[...] in Sonsbeck weiter kein quartier gegeben werden wolle, und er sich schon von 4 Rthl. Holtz zur Erbauung einer Hütte gekauft habe, ihm auf ein Gebund die Gebunds Gelder ausgezahlt werden mögten.“²⁶⁹⁰ Auch dem Kolonisten Ilian wurde weiter geholfen, da die Klevische Kriegs- und Domänenkammer

²⁶⁸³ Zitat vom 24. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁸⁴ Zitat vom 24. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁸⁵ Zitat vom 24. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁸⁶ Zitat vom 24. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Zur Überprüfung der Fuhrleistungen legte die Klevische Kammer eine Namensliste bei, in der festgehalten wurde, dass für die Stadt Sonsbeck 26 Führen, die Stadt Veen 9 Führen möglich seien.

²⁶⁸⁷ Zitat vom 15. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁸⁸ Zitat vom 15. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁸⁹ Zitat vom 10. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁹⁰ Zitat vom 19. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

befahl „[...] dem Illian noch (...) Gelder ad 10 rthl. zufertigen“ zu lassen, damit sein Hausbau weiter voran käme.²⁶⁹¹

Die kühler werdenden herbstlichen Tage und die noch nicht fertig errichteten Kolonistenhäuser auf der Bönninghardter Heide brachten neue Probleme der Unterbringung und Verpflegung mit sich. Am 30. September 1770 vermeldete der Sonsbecker Magistrat, dass „[...] Wir die Ehre (haben) angelegenen Rechnung von denen einigen mit Colonisten bequartirten Eingesessenen gebührenden Schlaf Gelder vorzulegen und inständigst zu bitten, deren Ertrag mit 12 rthl. 22 st. des fordersamsten anweisen zu lassen.“²⁶⁹² Allerdings wisse man in hiesiger Stadt „[...] keinen Rath [mehr], wo wir mit denen Leuten hinsollen, da alles Voll und kein hauß, ja fast keine Kammer ledig ist“, um die Bönninghardter Kolonisten unterzubringen.²⁶⁹³ Aus diesem Grunde müsse „[...] diesen Colonisten vorläufig etwas damit sie sich hütten erbauen können, angewiesen werden (...), da sie bey diesem fatalen wetter sonst die Zeit mit hie und hergehen verliehren und wenig an der uhrbarmachung der heyde thun können.“²⁶⁹⁴

„Da der Illian mit seiner Frau und Schwiegerin sich dann glücklich zu seyn schätzen“, so die Berichterstattung des Sonsbecker Magistrats, „[...] wann sie eine kuh haben, So war ich willens bey Ew. Wohlgebohr. Vor ihm dahin zu intercediren, daß ihm dazu ein Vorschuß von etwas 30 rthl. geschehen möchte.“²⁶⁹⁵ Noch am gleichen Tag bestätigte der Kriegsrat das Gesuch des Kolonisten Ilians, dem „[...] bey fortdenkendem guten Fleiße in Urbarmachung seiner Terrains, dieße Gelder abgereicht werden sollten.“²⁶⁹⁶

Zu Beginn des Oktobers 1770 erschien beim Kriegsrat Sandrart „[...] der Colonist Johann Schreiber von der Bönninghardt und gab zu vernehmen, wie er bekanntermaßen jizzo in dem Außbau seines Hauses auf der Bönninghardter Heyde und zwar auf dem ihm daselbst angewiesenen Etablissement begriffen sey“, wobei er bis zu diesem Zeitpunkt „[...] zu Ankaufung des dazu erforderlichen Holtzes alles so er nur in Vermögen gehabt, angewendet“ hatte.²⁶⁹⁷ Zudem bat er um die Auszahlung der Meilengelder, peuplierungspolitische Gelder, die jeder Kolonist aufgrund der zurückgelegten Meilen von seiner Heimat beantragen konnte.

²⁶⁹¹ Zitat vom 21. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁹² Zitat vom 30. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁹³ Zitat vom 30. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁹⁴ Zitat vom 30. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁹⁵ Zitat vom 30. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁹⁶ Zitat vom 6. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁶⁹⁷ Zitat vom 7. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Die Heimat des Kolonisten Johann Schreiber war „[...] Heidelberg bey Worms, 39 Meilen von Sonsbeck“ entfernt.²⁶⁹⁸

Wie „eng“ es in der Stadt Sonsbeck aufgrund der Einquartierungen Bönninghardter Kolonistenfamilien im Zuge des einfallenden Winters wurde, vermittelt ein Bericht des Sonsbecker Bürgermeisters Everts. Diesem sei „[...] die Wittwe von Dreckter Brüggen (Erschien) und bathe, daß Ihre kammer, warum der Colonist Casper Barg lagerte, ledig gemacht und dieser mit seiner Frau und Kinder anderwärts einquartiret werden möchten“, weil sie „[...] die Kammer zu Einlegung Ihrer Erdäpfel und wursteln nöthig hathe, und keinen andern platz dazu habe, indenn in Ihrem Hauße bekannter massen so wenig ein keller alß sonstiger Raum dazu vorhanden wäre.“²⁶⁹⁹ Selbst in der Stadt Sonsbeck begann aufgrund der notwendigen Einquartierung der Kolonistenfamilien ein gewisser Streit um Raum, was wieder zu vermehrtem Unmut bei den Eingesessenen führte.

Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zeigte sich recht unerfreut über die erneute Forderung nach Auszahlung von Schlaf- und Brodgeldern, da „[...] es gar unserer Absicht nicht gemäs ist, dass denen Colonisten (...) die brodt und Schlaf-Gelder ausgezahlet erhalten, sondern nur damit unterstützt, und dadurch nicht faul gemacht werden sollen.“²⁷⁰⁰ Vielmehr sollten die angeworbenen Kolonisten, um nicht dem Müßiggang zu unterliegen, für ihre Unterkunft arbeiten und damit die Rechnungen begleichen. Nicht nur die Klevische Kammer, sondern auch der zuständige Kriegsrat Sandrart vernahm die Situation zur Unterbringung der Kolonisten mit großem Unmut und beklagte sich über die mangelhafte peuplierungspolitische Unterstützung bei der Besiedlung und Urbarmachung der Bönninghardter Heide. Denn wenn „[...] Euer Edler Magistrat zu Sonsbeck seinen Pflichten gemäß den Anbau der Colonisten rechtschaffen betrieben hätte, So würde jetzt nicht nöthig seyn, daß für die Unterbringung derer Colonisten Barg, Holtzdorffer, Runckel und Becker die Schlafgelder gereicht werden müßten.“²⁷⁰¹ Aus dieser offenkundigen Kritik an die untere Verwaltungsebene kann aber ersehen werden, dass andererseits einige Kolonisten Unterkünfte auf der Bönninghardter Heide errichten konnten, um den Winter zu überstehen.

Im Januar des Jahres 1771 berichtete der Kriegsrat, dass er „[...] für den auf der Bonninghardter heyde etablirten Coloniste Ilian von einem gewissen Bauer (...) namens

²⁶⁹⁸ Zitat vom 7. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Die Auszahlung der von ihm geforderten Gelder wurden von der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer am 15. Oktober 1770 genehmigt.

²⁶⁹⁹ Zitat vom 22. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷⁰⁰ Zitat vom 19. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Trotz des offenkundigen Missfallens der Klevischen Kammer wurden die Schlafgelder und andere Beträge aus der Etablissement-Kasse am 2. November 1770 und am 10. November 1770 entrichtet, um die angefallenen Rechnungen der Unterhaltung der Bönninghardter Kolonisten zu begleichen.

²⁷⁰¹ Zitat vom 3. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

Gerh. Maes einige Bau-Materialien erhandelt habe“, um das Etablissement des vorbildhaften Kolonisten weiter zu unterstützen, sodass ihm die „ [...] Gebundts-Gelder mit 32 rthl. ausgezahlt werden“ könnten.²⁷⁰² Nicht ganz unzufrieden über das binnenkolonialisatorische Peuplierungsprojekt erwähnte der Kriegsrat, dass der Kolonist Ilian „ [...] ein sehr gutes Gebäude von 5 Gebund errichtet (hat) und seine Umstände sind in der Art, daß die Bau Casse dabey nichts risquiert.“²⁷⁰³ Der angeworbene fleißige Kolonist Ilian erwies sich im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik als förderungsfähig, die Auszahlung weiterer Gelder zur Stabilisierung seines Etablissements auf der Bönninghardter Heide waren peuplierungspolitisch gut investierte Gelder. Des Weiteren habe, so der Kriegsrat, „ [...] ein Colonist Joh. Hahnemann die Absicht (...), das ehemalige Förster Hauß am balberge, wo vorhin der (...) Förster Meter gewohnt, mit dessen Pertinezien und Lande anzukaufen und sich darauf [zu] etabliren.“²⁷⁰⁴

Ferner solle man dem „ [...] Colonisten Lufft von der Bönninghardter Colonie für das von ihm ad 4 Gebund zu errichtende Hauß die allergnädigst verwilligte gebundts Gelder (...) 32 rthl. in Summa auszuzahlen zu lassen.“²⁷⁰⁵ Dabei wird aber dem historisch-geographischen Forscher der Kampf um Ressourcen abermals deutlich, da es dem Kriegsrat Sandrart „ [...] bey dem theuren holtz Preise (...) solches Bewürcken nicht möglich gewesen“ sei, Bauholz für den weiteren Hausaufbau des Kolonistenetablissements zu besorgen.²⁷⁰⁶ Zum Ende des Winters habe sich eine neue niederlassungswillige Familie „ [...] aus der Pfaltz namens Napas (...) gemeldet“, die aus Gartenheim stammend, sich aus einem Mann (48 Jahre alt), einer Frau (45 Jahre alt) und vier Söhnen (10, 11, 20 und 22 Jahre alt) zusammensetzte, aber kein Vermögen mithabe.²⁷⁰⁷ Daraufhin entschied die Klevische Kammer im Sinne weiterer Besiedlungsverdichtung der Bönninghardter Heide „ [...] dem Napas einige Morgen heyde Gründe guthwillig“ abzutreten, Meilengelder auszuzahlen und ihn direkt in Arbeit zu setzen, da er kein Geld habe.²⁷⁰⁸ Ein Teil des ihm zugesprochenen Heidegrundes wurde vom Colonisten Schreiber abgetreten, „ [...] weil das Terrain so letzteren auf der Bönninghardt

²⁷⁰² Zitat vom 20. Januar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷⁰³ Zitat vom 20. Januar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷⁰⁴ Zitat vom 26. Januar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer entschied, dass dem „ [...] Colonist Hahnemann auf sein in termino auf der Waldschreiberey für das Förster dienst hauß im balberge gethanes Geboth ad 500 rthl. unterm heutigen dato dahin beschieden werden [solle], daß sothanes Fördter Hauß gewißer vorgekommenen umständen halber nicht Verkauft werden soll.“ Indessen sei „ [...] dem Hahnemann zu seinem Etablissement das Förster dienst-Hauß zu Cranenburg anderweit zur Erbpacht in Vorschlag gebracht“, sodass „ [...] Ihr (...) Euch dahero zu bemühen (habt), hierzu den Hahneman zu animiren, damit sein Etablissement baldigst zu Stande kommen möge.“ Zitat aus einem Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 31. Januar 1771.

²⁷⁰⁵ Zitat vom 12. Februar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷⁰⁶ Zitat vom 12. Februar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷⁰⁷ Zitat vom 16. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷⁰⁸ Zitat vom 18. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

zugetheilet gewesen, für ihn zu groß war.“²⁷⁰⁹ Dem ländlichen Kolonisten Schreiber hingegen möge nun zum weiteren Aufbau seines Kolonistenhauses „[...] die Zweyte Hälfte der Gebunds Gelder angewiesen werden (...), damit er den Bau fortsetzen kann.“²⁷¹⁰ Die Genehmigung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer erfolgte am 19. April 1771, woraufhin der ländliche Kolonist ein „[...] Hauß auf seiner Colonie in den ersten Tagen“ errichten könnte.²⁷¹¹

Zum Ende des März 1771 beschloss der Kolonist Ilian um einen Reisepass zu bitten, damit er in seine Heimat zurückkömme, um einige Kühe für sein Etablissement auf den schon urbargemachten Heidengründen aufzukaufen. Der Magistrat zu Sonsbeck glaubte, dass „[...] der Ilian ehrlich ist, allein wenn er einmahl Unglück mit denen zu kauffenden Kühen hätte, wannehr ich denn mein Geld wieder bekommen in Ewigkeit nicht, amen!“²⁷¹² Man könne somit dem Kolonisten die Passausstellung zum Ankauf von Kühen ohne Bedenken ausstellen, zumal er bisher sein Etablissement vorzüglich fortgeführt habe.

Die nahezu halbjährige Einquartierung einiger Kolonistenfamilien in den Wohnungen einheimischer Bevölkerungsteile hinterließ bei dem Magistrat starke Spuren der Frustration, weil die Kolonisten ihm „[...] den Kopf ganz wüste (machen), und ich möchte wünschen, daß sie alle im Himmel wären.“²⁷¹³ Zum einen ist zu erkennen, dass die Einquartierung der Kolonistenfamilien trotz städtischen Widerstands durchgesetzt wurde, zum anderen wuchs aber aufgrund wirtschaftlicher und seelischer Belastung bei der Unterbringung armer Kolonisten der Unmut über die Bönninghardter Emigranten weiter. Endlich haben im April auch „[...] die Colonisten Barg und Nerpas allhier angezeigt, daß sie die bishero in der Stadt Sonsbeck bewohnte Quartiere räumen müßten, ihnen aber noch keine anderen Wohnungen angewiesen wurden“, sodass sie sich nun nach Einschätzung des Sonsbecker Magistrats bemühen sollen, zunächst eine Hütte als Unterkunft zu errichten.²⁷¹⁴ Dennoch vermied es der Sonsbecker Bürgermeister Everts nicht zu Beginn der Frühjahrs 1771 erneut auf die Bevölkerungssättigung auf der Bönninghardter Kolonie mit angeworbenen Emigranten hinzuweisen. So bat er „[...] Euch Wohlgebohr. gehorsamst, keine Colonisten mehr an mich zu verweisen, [da] (...) ich bey jetzigen theuren Zeiten keinen stüber Vorschuß thun kann.“²⁷¹⁵ Dennoch ist aus einer Rechnung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer belegbar, dass die Auszahlung der Schlafgelder genehmigt wurden und den städtischen Bürger keine Kosten

²⁷⁰⁹ Zitat vom 18. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹⁰ Zitat vom 27. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹¹ Zitat vom 19. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹² Zitat vom 28. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹³ Zitat vom 28. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹⁴ Zitat vom 4. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹⁵ Zitat vom 26. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

bei der Einquartierung entstanden waren.²⁷¹⁶ „Damit Euer Wohlgeb. mit Zuverlässigkeit von denen Progression unserer Colonisten ertheilen können“, habe der Bürgermeister sich zu einer Begehung der Bönninghardter Kolonie entschlossen, um die Situation und den Fortschritt dieses binnenkolonisatorischen Besiedlungsprojekts zu begutachten.²⁷¹⁷ Er berichtete, dass „[...] wir gester[n] auf der Heyde gewesen und die (...) mit Winterkorn besaete Acker abgemessen haben, da sich dann gefunden, daß der Illian 188 Ruthen, Schreiber 70 Ruthen, Lufft 71 Ruthen [und] Gottwald 53 Ruthen mit Roggen besaet haben.“²⁷¹⁸ Ob „[...] aber so viel darauff wachsen werde, daß das Saatkorn heraus komt, wird die Zeit lehren, dieses ist gewiß, daß die Colonisten durchgängig mit betteln [sich] ernähren“ werden müssen, um ihre Subsistenz zu sichern.²⁷¹⁹ Diese pessimistische Einschätzung des Sonsbecker Bürgermeisters entsprach sicherlich der Realität, da die Verhältnisse der Bönninghardter Kolonisten aufgrund schwieriger naturräumlicher Rahmenbedingungen sehr ungünstig und beschwerlich waren. Abermals verärgert über die mangelhafte Unterstützung Bönninghardter Kolonisten beim Aufbau ihres Etablissements, berichtete der Kriegsrat Sandrat, dass die Kolonisten Schreiber und Lufft angezeigt haben, dass „[...] sie ihren Bau schon längst würden vollzogen haben, wenn ihnen das im Walde noch liegende Bau Holtz beygefahren worden“ wäre.²⁷²⁰ Der Magistrat zu Sonsbeck solle sich nun schleunigst bemühen, den weiteren Transport des notwendigen Baumaterials für die Kolonistenhäuser zu organisieren, um den weiteren Fortgang des binnenkolonisatorischen Kultivierungsprozesses der Bönninghardter Heide nicht zum finanziellen Nachteil des preußischen Staates zu verzögern. Unzufrieden zeigte sich der Kriegsrat auch über die Entwicklung des Etablissements des Kolonisten Nerpas, weil „[...] der Neerpass noch sehr schlechte Progression mache und mit seinem Hüttenbau noch nicht fertig seye, er ernähret sich von dem ordinären handwerck“ und lebte in recht „[...] kümmerlichen Umständen.“²⁷²¹

Nach Einschätzung des Kriegsrats Sandrat lagen die Verhältnisse zur Urbarmachung und Besiedlung unkultivierter Heideflecken auf der Bönninghardter Kolonie gar nicht so schlecht, wie sie von den örtlichen und lokalen Amtspersonen oftmals dargestellt wurden. Wenn es fleißige und arbeitsame Kolonisten wären, und die lokale Unterstützung städtischer Bevölkerungsteile ohne Vorurteile funktionieren würde, könne ein solches binnenkolonisatorisches Projekt ohne größere Probleme und große finanzielle Belastungen

²⁷¹⁶ Siehe dazu das Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 19. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹⁷ Zitat vom 29. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹⁸ Zitat vom 29. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷¹⁹ Zitat vom 29. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷²⁰ Zitat vom 15. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷²¹ Zitat vom 6. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

staatlicher Kassen schneller umgesetzt werden. Denn gewiss „[...] ist es, daß wenn die leute nur fleißig seyn wollen (...), sie (...) recht gut fortkommen werden, wie denn anliegende 2 Roggen (...) von des Colonisten Schreibers Terrain dorthin, daß die Heyde so schlecht nicht ist als solche vom Magistrat zu Sonsbeck angeschienen wird.“²⁷²²

Eine weitere geplante Etablierung eines sich auf der Bönninghardter Kolonie niederlassungswilligen Kolonisten verdeutlichte die erneute staatliche Ignorierung lokaler Einschätzung bezüglich eines Kolonistenstops. Ein Kolonist „[...] Nahmens Philip Daum, welcher ein Ackermann aus Risselsheim im Darmstädtischen, ist willens sich mit seiner Familie, welche aus 5 Töchtern besteht, auf der Bönninghardter Haide bey Sonsbeck zu etabliren.“²⁷²³ Dieser der lutherischen Religion zugehörige ländliche Kolonist war 45 Jahre alt und hatte ein Vermögen von 150 rthl. bei sich. Aufgrund dessen habe „[...] der Magistrat zu Sonsbeck dem Daum so fort auf den ledigen Etablissement des Casper Baarg anzuweisen, und ihm nicht nur zu Ankaufung des nöthigen Holzes zum Bau seines Hauses, sondern auch sonsten alle mögliche assistance zu leisten.“²⁷²⁴ Der auf der Bönninghardter Heide niedergelassene Kolonist Barg war „[...] zu Wesel Soldat geworden, und soll dem Vernehmen nach 5 Ducaten Handgeld bekommen haben.“²⁷²⁵ Sandrart berichtete über den ländlichen Kolonisten Barg, dass er entschieden habe, den Barg von der Bönninghardter Kolonie zu entfernen, weil „[...] er mit dem Etablissement des Colonisten Barg auf der Bönninghardt ganz und gar nicht fort wollte, So setze ich ihn nach Büderich, und machte ihn daselbst zum Kuh-Hirten, seinen Heide-Grund gab ich den Colonisten Daum, der von der Gocher Haide, wo er gewohnet hatte“, kam.²⁷²⁶ So war der städtische Magistrat zu Sonsbeck über den Wegzug des ländlichen Kolonisten „[...] sehr wohl zufrieden, daß er dergleichen liederliches Volck noch vor Winter loß geworden“ war und damit für die Stadt keine weiteren Belastungen entstanden waren.²⁷²⁷ So zeigte man sich über den Verlust des Bargs nicht traurig, „[...] denn er ist zu Arbeit träge, und [der] Einbildung, die Stadt müsste ihn unterhalten, so derselben ohnmöglich.“²⁷²⁸ Diesem neuen, bemittelten ländlichen Kolonisten

²⁷²² Zitat vom 25. Juni 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷²³ Zitat vom 29. Juli 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755. Zudem wurde erwähnt, dass er „[...] freygebohrene[r] sey“, der noch in seiner Heimat Vermögen in Wert von 1000 rthl. habe.

²⁷²⁴ Zitat vom 29. Juli 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷²⁵ Zitat vom 12. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷²⁶ Zitat vom 19. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756. Aufgrund der räumlichen Enge pfälzischer Kolonie auf der Gocher Heide zog der ländliche Kolonist auf die Bönninghardter Heide, um nun dort ein neues Stück Heidegrund zu seinem Etablissement urbar zu machen. Sicherlich konnte dieser Kolonist wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen erfolgreicher Kultivierung und Besiedlung aus der vorbildhaften Binnenkolonisation auf der Gocher Heide mitnehmen, um nun selbst auf anderem Gebiet sein Etablissement zu errichten.

²⁷²⁷ Zitat vom 12. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷²⁸ Zitat vom 12. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

solle man aber zudem „ [...] so forth 15 holländ. Morgen Haide Grund zu Urbarmachung angewiesen werden.“²⁷²⁹

Bei der Auszahlung weiterer Gelder zum Ankauf von Kühen für die Kolonisten wies die Klevische Kammer vehement darauf hin, dass es dem Kriegsrat und dem Magistrat „ [...] aber gar nicht zu(stehet), auf Kosten der Etablissements Casse denen Colonisten Vorschüße zu Ankaufung der Kühe ohne Verordnung auszuzahlen.“²⁷³⁰ Weil der ländliche Kolonist „ [...] Luft sich selbst schon im vorigen Jahr eine Kuh angeschafft hat, und derselbe nicht 2 Kühe durch den Winter erhalten kann, [und] der Schreiber aber mit seinem Etablissement noch nicht so weit ist“, mache es keinen Sinn, weitere Kühe für die beiden oben genannten Kolonisten anzukaufen.²⁷³¹ Das Urteil der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer über die anderen Bönninghardter Kolonisten fiel überraschend hart und deutlich aus. Dem ländlichen Kolonisten „ [...] Ilian ist ein dergleichen Vorschuß bereits abgereicht, die übrige aber auf der Boenninghardter Heyde angewiesenen und sich durch Faulheit distinguirenden Colonisten qualificiren sich gar nicht zu dergleichen vorschüssen, vielmehr wird selbigen, wenn sie nicht mehreren Fleiß beweisen und Mittel zur Aufbauung der Colonien anzuschaffen wissen, der Heyde Grund wieder abgenommen.“²⁷³² Nur die Kolonisten Ilian, Schreiber und Lufft zeichneten sich als gute und fleißige Kolonisten aus, deren Urbarmachungsleistung unkultivierter Heidegründe vorbildhaft für die anderen Kolonisten gewesen sein musste. Sicherlich gab es auch unter den angeworbenen Kolonisten einige faule Menschen, allerdings dürfen die schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgrund meist unzureichender Ernährung, schwerer körperlicher Arbeit und spärlicher Unterkunft während der temporären Anfangsphase binnenkolonisatorischer Besiedlung auf die physische Konstitution und damit auf die körperliche Leistungsfähigkeit nicht außer Acht gelassen werden. Eine generelle negative Charakterisierung von „faulen“ Kolonisten, die ihre Urbarmachung nicht in dem staatlich vorgegebenen Tempo effektiv umsetzen konnten, darf nicht für alle ländlichen Kolonisten als Grund für den langsamen und schleppenden Fortgang ihres Etablissements gelten. Was den ländlichen Kolonisten Barg aber betraf, so ist die Unfähigkeit und die Faulheit durchaus belegbar, da er nach seiner Versetzung nach Büderich als Kuhhirte auch dort keinen positiven Eindruck erwecken konnte, da allein ihn „ [...] die faulheit (...) verleitet [hatte], er hat das Vieh auß der Weide gehen gelassen und ist nun zur Wesel für 5 Ducaten Handgeld Soldat geworden“, um wenigstens in dieser Form, wenn nicht schon als ländlicher

²⁷²⁹ Zitat vom 29. Juli 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

²⁷³⁰ Zitat vom 23. August 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷³¹ Zitat vom 23. August 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷³² Zitat vom 23. August 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

Binnenkolonist, dem preußischen Staat von Nutzen zu sein.²⁷³³ So bedauerte der Kriegsrat Sandrart „[...] inzwischen, daß auch bey diesem Colonisten alle angewandte Mühe umsonst gewesen ist.“²⁷³⁴

Der faule Kolonist Barg war auf der Bönninghardter Kolonie aber nicht das einzige negative Exempel fehlgeschlagener Peuplierungspolitik, weil „[...] der Colonist Philip Runckel sich eben zu der Zeit heimlich fortgemacht“ habe.²⁷³⁵ Aus einem Bericht des Sonsbecker Magistrats vom November 1772 wurde erwähnt, „[...] daß der Philip Runckel Bereits Vorjahr und tag mit Frau und kind heimlich weggezogen sey und Zwaren deßwegen, weilen er wegen eines gethanen diebstahles, da er in der Stadt eine Gartenthür gestohlen, zu Verantwortung gezogen worden“ wäre.²⁷³⁶ Diese nun ledigstehenden, zum Teil spärlich urbargemachten Heidegründe können nun dem neuen aus der Gocher Heide stammenden Kolonisten Daum übergeben werden, und da er auch ein Vermögen mitführt, ihm „[...] die völligen Gebunds-Gelder auf 5 Gebund mit 40 rthl. umso viel ehender“ ausgezahlt werden.²⁷³⁷ Im Gegensatz z. B. zum Kolonisten Christian Lufft, dem man die Gebunds-Gelder schrittweise auszahlte, vertraute man dem Kolonisten Daum und zahlte die versprochenen Gebunds-Gelder in einer Ausschüttung aus.²⁷³⁸ Die zuständige „[...] Colonisten Casse (risquire) keine Gefahr“ bei der Auszahlung der Reise- und Gebundsgelder, da dieser fleissige Kolonist schon zwei Kühe gekauft und „[...] auch (...) die nöthige Vorkehrung getroffen (habe), um 3 Kühe vollkommen durchwintern zu können.“²⁷³⁹

Eine tabellarische Benachrichtigung über den Zustand der Bönninghardter Kolonie vom Juni 1771 offenbart dem historisch-geographischen Forscher nicht nur einen wundervollen und detaillierten Einblick über die Situation einzelner ländlicher Kolonisten im Prozess binnenkolonisatorischer Urbarmachung und Besiedlung unkultivierter Heidegründe, sondern belegt eindrucksvoll die kulturlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit „landbezogener“ Peuplierungspolitik, die trotz schwieriger naturräumlicher Rahmenbedingungen und lokaler Unwegsamkeiten die Urbarmachung bisher unbesiedelten und wüstliegenden Landes mit

²⁷³³ Zitat vom 19. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷³⁴ Zitat vom 19. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷³⁵ Zitat vom 23. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷³⁶ Zitat vom 28. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

²⁷³⁷ Zitat vom 23. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷³⁸ Siehe dazu das Schreiben des Magistrats von Sonsbeck vom 22. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756. Die „[...] assignirte Gebunds-Gelder für den Colonisten Lufft auf der Bönninghardter Haide betragen laut Assignation vom 28. July 1770 (...) 32 rthl.“, sieben Reichstaler fehlen aber noch, die jetzt ausgezahlt werden müssten, damit dieser seinen Hausbau vollenden könne.

²⁷³⁹ Zitat vom 23. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

Hilfe angeworbener Kolonisten und staatlicher Subventionierung möglich machte.²⁷⁴⁰ (s. Tab. T-59)

Tabellarische Nachweisung, in welchem Zustande, den Colonisten Etablissements auf der, der Stadt Sonsbeck gehörigen Boeninghardter Heyde bey der bereisung Ultimo Juni 1771 gefunden worden

Nr.	Name	Gebietsgröße Morgen/Ruthen	Urbargemacht Morgen/Ruthen	Anmerkungen
1	Daniel Lufft	6/300	0/400	<ul style="list-style-type: none"> - 200 ruthen sind mit Roggen besäet, der schlecht stehet, 200 ruthen mit Garten früchte bepflanzt, welche ziemlich Hoffnung [geben], daß holtz zum Haußbau lieget noch [beim Freiherrn vom Rynsch zur Abholung bereit] - wohnet in einer Hütte, dieser Colonist, welcher da er sich auf sein Zimmer handwerck zu ernähren sucht, nicht zu hause getroffen worden, ist ein guther mann - hat eine Kuh und ein Kalb
2	Heinrich Gottwald	6/30	0/150	<ul style="list-style-type: none"> - halb mit Roggen besäet, und halb mit gartengewächs bepflanzt, letzteres stehet passable - wohnet noch in einer Hütte - mit dieses Colonisten Etablissement wird es seiner großen armuth wegen, und da er auch nicht der fleißigste zu sein scheint, schwerlich fortgang haben - wird besser thun, wann er sich als ein ordentlicher tagelöhner zu ernähren suchet
3	Heinrich Ilian	9/205	1/0	<ul style="list-style-type: none"> - das Hauß ist bis auf einige Stellen am dach fertig, und an der Scheune fehlen die wände - [die Hälfte ist] mit Roggen besäet, stehet [aber] schlecht - [besitzt] 2 Kühe, welche im guten Stande [sind] - guter Fortgang

²⁷⁴⁰ Siehe dazu die Tabelle vom Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 26. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

4	Henrich Holtzdörfer	10/187	0/300	<ul style="list-style-type: none"> - dieses Etablissement ist fast noch in eben den elenden Umständen [wie letztes Jahr im September] - Erbsen und Gartenfrüchte sind schlecht - wohnt (...) noch in eine[r] schlechten Hütte von Rasen - mit diesem Etablissement wird es allen aufsehen nach keinen Fortgang haben, indem den Holtzdörfer sehr arm und dabey faul ist, sich auch mit seiner familie auf das Bettlen leget - zur Urbarmachung und bebauung der 10 Morgen ist er gar nicht im Stande - [diese Etablissement an einen anderen] bemittelten Colonisten anweisen
5	Philip Runckel	6/558	0/50	siehe Nr. 4
6	Caspar Barg	8/0	----	<ul style="list-style-type: none"> - ist als kuhhirte in Büderich placiret - sein Etablissement soll der Colonist Daum von der Pfalzdorfer Heyde, der auch ein herum läufer zu seyn scheint, übernehmen
7	Bartolomäus Becker	9/54	0/150	<ul style="list-style-type: none"> - 50 Ruthen sind mit Garten Früchte besetzt, stehen nicht sonderlich, der Colonist wohnt noch in einer schlechten Rasenhütte - der Becker ist zu arm als daß er die Colonie zu stande bringen könnte, inzwischen wird er für einen fleißigen arbeiter gehalten - [die Kolonie lieber] einem anderen geben
8	Johann Schreiber	6/278	0/150	<ul style="list-style-type: none"> - [Sowohl Roggen als auch Gartenfrüchte], beydes stehet guth - ist so wohl der Schreiber als auch dessen frau arbeitsahm - wohnen noch in einer Hütte, [Bauholz liegt aber bereit] - ein fleissige[r] Mann

Tab. T-59

Aus dieser Tabelle der Klevischen Kammer geht hervor, dass von den anfangs acht angeworbenen Kolonisten zur binnenkolonisatorischen Urbarmachung und Besiedlung der Bönninghardter Heide nunmehr sechs übriggeblieben waren. Lediglich bei drei Kolonisten, nämlich beim Daniel Lufft, Heinrich Ilian und Johann Schreiber, bestand die Hoffnung, dass ihr Etablissement aufgrund ihres offenkundigen Fleißes zum Erfolg gebracht werden konnte. Am weitesten mit seinen Etablissement und am meisten Heidegründe urbargemacht hatte der

Kolonist Ilian, der sogar schon nahezu mit dem Aufbau seines Hauses und der dazugehörigen Scheune fertig geworden war. Die anderen Emigranten hausten sicherlich, wie so viele ländliche Kolonisten am Niederrhein, unter ärmlichsten Bedingungen in provisorischen Plaggenhütten. (s. Photo 10 und Photo 11)

Die im Jahr 2011/12 errichtete Plaggenhütte der „Interessengemeinschaft für Geschichte und Natur Bönninghardt 1991 e. V.“



Photo 10, M. Zbroschzyk 2012

Die staatliche Subventionierung des ländlichen Kolonisten Lufft zum Aufbau seines Kolonistenhauses wurde weiterhin umgesetzt. Der Kriegsrat Sandrart befahl „[...] dem Magistratus zu Sonsbeck (...), diese 8 rthl. dem Lufft so lange aus der Cammerey Casse vorzuschießen, bis solche assigniret werden.“²⁷⁴¹ Sandrart handelte dadurch ohne die Legitimation der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, da die Auszahlung solcher Gelder aufgrund langsamer administrativer Strukturen oftmals den weiteren Fortgang peuplierungspolitischer Prozesse zeitlich zum Nachteil der Kolonisten streckten. Da der

²⁷⁴¹ Zitat vom 3. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

Kolonist Lufft aber ohne vorherige Absprache mit der preußischen Behörde ein Kolonistenhaus eigenmächtig mit fünf Gebund errichtete, „[...] können ihm nicht mehr Gebunds-Gelder als für 4 Gebund bezahlet werden.“²⁷⁴²

Innenansicht der Plaggenhütte auf der Bönninghardter Heide



Photo 11, M. Zbrochzyk 2012

Im April 1771 erging eine Order der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer „[...] mit dem Befehl, hiernach nun des fordersamsten die Erbverschreibungen für die auf Patrimonial Stücken niedergesetzten Colonisten in eurem Creise (...) auszufertigen.“²⁷⁴³ Selbst der preußische König Friedrich der Große ordnete persönlich der Klevischen Kammer an, „[...] daß, in Ansehung derjenigen Heyden (...), wo Unser höchsten Person das Dominium zu stehet, die Erb-Verschreibungen, allein von Euch aus gefertigt und zur Approbation eingesandt werden müssen, Bey den Stadt-Heyden aber sind solche Erb-Verschreibungen von

²⁷⁴² Zitat vom 28. September 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756. Zum 10. Oktober 1771 bestätigte die Klevische Kammer abermals, dass das mit fünf Gebund aufgebaute Kolonistenhaus nur für vier Gebund ausgezahlt werden könne, allerdings wurde dem Lufft die Bezahlung für den Ankauf einer Kuh genehmigt.

²⁷⁴³ Zitat vom 23. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 101.

den Magistraten, unter Approbation der Cammer, nach vorhergegangenen bericht und Anfrage an das General Directorium, zu ertheilen“, wobei er es nicht vermied hinzuweisen, „[...] daß kein missbrauch, um denen Beneficiis gemacht wird, und die Colonisten, unzeitig mit denen Geldern wieder aus dem Lande weggehen.“²⁷⁴⁴ Einen wirtschaftlichen und finanziellen Nutzen binnenkolonisatorischer Peuplierung konnte der preußische Staat nur aus der Besiedlung und Kultivierung bisher noch wüstliegender Patrimonial- und Domänengründe erzielen. Im Herbst 1771 berichtete der Stadtmagistrat zu Sonsbeck über die Situation der Bönninghardter Kolonie und bat, „[...] die Erbverschreibungen (...) derer Colonisten Gottwald, Lufft, Illian und Becker zu übersenden“, um den Kolonisten die rechtliche Sicherheit ihres unter schwierigen Bedingungen urbar gemachten Etablissements zu garantieren.²⁷⁴⁵ Da der ländliche Kolonist „[...] Holtzdörffer die helffte seines ihm zugewiesenen Parceels dem Eichher nicht abtreten will, und ich (...) die Erbverschreibung mit ihm nicht habe zu stande bringen können“, konnte eine Einigung über den rechtlichen Erbverschreibungsvertrag noch nicht erzielt werden.²⁷⁴⁶ Aus der Akte „Wegen der für bey Xanten und Sonsbeck angesetzten Colonisten ausgefertigten Erb-Verschreibungen 1771-1774/75“ ist eine exemplarische Ausfertigung eines Erbverschreibungsvertrages der Bönninghardter Kolonisten beigefügt worden. Um einen Eindruck eines solchen Erbverschreibungsvertrages zu erhalten, ist es lohnenswert, die Vorlage dieses Vertrages in voller Länge zu zitieren, den alle Bönninghardter Kolonisten unterschrieben haben:²⁷⁴⁷

„Demnach S. Königl. Majestet in Preußen, Unser allergnädigster Herr, denen im Herzogthum Cleve sich etablirten fremden Familien mittelst publicandi Vom 1ten Sept. 1769 besondere Beneficia zu accordiren geruhet haben, und der N. N. Von N. N. gebürtig, sich mit seiner aus einer Ehefrau und =Kindern bestehenden familie, um sich auf der, der Stadt N. N. privative zu gehörigen N. N. heyde zu etabliren und dadurch Von dieser allerhöchsten Gnade zu profitiren und mit allerhöchster approbation von gedachter heyde holländische Morgen, angewiesen und zugemeßen worden, als werden sothane holländische Morgen, unter denen in Vorgesagten publicando allergnäd. Verheißene Wohlthaten, dem N. N., seinen Erben und Nachkommen, hiemit und Krafft dieses, unentgeltlich, erblich und auf ewig, als sein Eigenthum, jedoch dergestalt, und mit der Expressen Bedingung übergeben, daß er solche binnen Ein längstes zwey Jahren völlig Urbahr machen, in eben dieser Zeit darauf ein nach

²⁷⁴⁴ Zitat vom 26. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 101.

²⁷⁴⁵ Zitat vom 10. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁴⁶ Zitat vom 10. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁴⁷ Siehe dazu die Vorlage des Erbvertrages vom 26. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 101.

proportion dieser Morgen Zahl erforderliches tüchtiges Hauß und Stallung, aus eigenen Mitteln, jedoch mit Beyhülffe der allergnäd. accordirten Gebunds Gelder, erbauen, wogegen der selbe aber, oder deßen Erben und Nachkommen in denen Ersten Fünfzehn Jahren, frey Von allen Lasten und publiquen abgaben, sie mögen Nahmen haben wie sie wollen, nach Verlauf dieser 15 Frey Jahre und allso trinitatis 17=.... zu erst gehalten seyn sollen, die onera realia und personalia und Werbe Gelder, welche nach ablauf der 15 frey Jahren durch den Steuer Rath und magistraeten reguliret werden, sollen gleich denen übrigen Alten zur Cämmerey gehörigen Eingesessenen der gegend, nach der Größe der Wohnung des Gebunds, und deßen qualität, unwiedersetzlich zu tragen, zu praestiren und zu denen ihm anzuweisenden Cassen abzuführen, auch sein zu errichtendes Gebäude dem Feuer Sociateets Catastro in seriren zu laßen.

Dem N. N. stehet zuvohr frey die ihm angewiesene und hierdurch eigenthum und erblich übergeben holländische Morgen, nach seinem besten wißen zu nutzen und zu gebrauchen, dagegen darf er solche doch keines Weges ohne Vorhero eingezogenen Consens der Kriegs und Domainen Cammer, sub poena nullitatis Veräußern.

Urkundlich ist dieser Erbverschreibung nach, welche der Kriegs und Dom. Cammer zu approbation eingereicht und wovon dem N. N. ein Exemplar zu seiner Sicherheit eingehändiget werden soll in duplo ausgefertigt und (...) dem N. N. unterschrieben, als auch mit dem Stadts Insiegel bedruckt werden.“

In dieser Erbverschreibungsvorlage wurde somit eine idealtypische Entwicklung binnenkolonialisatorischer Kultivierung „landbezogener“ Peuplierungspolitik beschrieben. Wie auf der Bönninghardter Kolonie zu erkennen, konnte aufgrund multipler Schwierigkeiten die Urbarmachung aller unkultivierter Heidegründe keineswegs innerhalb von zwei Jahren bewerkstelligt werden. Vor allem die peuplierungspolitische Zusicherung, dass das ausgegebene Heideland als Eigentum unentgeltlich, erblich und auf ewig ausgegeben wurde, sowie die garantierten Gebundsgelder bei der Errichtung eines Kolonistenhauses als auch die Bewilligung von 15 Freijahren stellten alle faire Bedingungen für die angeworbenen Kolonisten dar. Der „Pull-Effekt“ peuplierungspolitischer Versprechung und Garantien darf hierbei nicht unterschätzt werden. Die in der Erbverschreibung ländlicher Kolonisten festgesetzte 15-jährige Befreiung von allen Abgaben und Diensten belegt eindeutig, dass der preußische Staat sich durchaus bewusst über einen langwierigen Peuplierungs- und Urbarmachungsprozess binnenkolonialisatorischer Bemühungen war, der erst auf lange Sicht einen wirtschaftlichen und finanziellen Nutzen für den preußischen Staat bringen würde.

Der Urbarmachungsprozess der unkultivierten Heidegebiete auf der Bönninghardter Kolonie verlief weiterhin sehr schleppend und langsam, weil „[...] alle Colonisten auff der Binnecarter Heyde an der Urbarmachung der ihnen zugemessenen Heyde sehr wenig thun und ein jeder nur um sein gutes Einkommen sich bemühet.“²⁷⁴⁸ Diese Aussage bestätigte sich in der oben abgebildeten Tabelle über den Zustand der Bönninghardter Kolonie vom Juni 1771, in der die urbarmachten Gebiete im Verhältnis zu der ausgegebenen Gesamtfläche bisher sehr gering erschienen. Vor allem der neue angeworbene Kolonist Daum würde es niemals nach Einschätzung des Magistrats schaffen, die im angewiesenen 15 Morgen urbar zu machen und in Kultur zu bringen. Überhaupt „[...] muß ich von dem gantzen Binnecarter Colonisten Wesen gestehen, daß ich keine möglichkeit sehe, wie die Leute ohne bettlen oder stehlen durch den winter kommen werden“, sodass sicherlich weitere staatliche Unterstützungsgelder zu deren Unterbringung und Verpflegung notwendig sein werden.²⁷⁴⁹

Der optimistische Kriegerat Sandrart teilte die peuplierungspolitischen Einschätzungen des Sonsbecker Magistrats nicht vollständig. Weil „[...] der Colonist Daum eine starke familie hat, So sind ihm sein Verlangen 15 Morgen Heidegrund auf der Binneecat zugetheilet worden“, wovon er bisher während seiner Kultivierungsbemühungen „[...] bereits ½ Morgen holländ. umgeackert, auch schon ein Hauß errichtet, so daß ich recht gute Hofnung von seinem Fortkommen habe.“²⁷⁵⁰ Zusätzlich wurden dem Daum schon die Gebundsgelder für ein vier Gebund großes Haus sowie die Meilengelder für seine Emigration ins preußische Rheinland durch die Klevische Kammer genehmigt.²⁷⁵¹ Aus einem Bericht des Magistrat vom November 1771 geht hervor, dass der Kolonist Daum allerdings „[...] ein Hauß von 5. gebund errichtet [habe], (...) allein die Bauart will mir nicht sonderlich gefallen.“²⁷⁵² Diese Aussage mag auf die heimatliche Bauweise des Kolonistenhauses der Daums hinweisen, der im Gegensatz zu der niederrheinischen Bauweise heimatlich baute und somit ein neuartiges, für den Niederrhein unbekanntes kulturlandschaftliches Element zur Unterkunft seiner Haushaltung errichtete. Dies mag womöglich nicht nur ein schönes Beispiel für die Raumwirksamkeit „landbezogener“ Peuplierungspolitik sein, sondern auch ein Exempel kulturlandschaftsverändernder Kraft binnenkolonialisatorischer Besiedlungspolitik unkultivierter Heidegründe auf der Bönninghardter Heide.

²⁷⁴⁸ Zitat vom 10. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁴⁹ Zitat vom 10. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵⁰ Zitat vom 20. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵¹ Siehe dazu das Schreiben der Klevischen Kammer vom 21. Oktober 1771 und vom 28. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵² Zitat vom 21. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

Da sich einige Kolonien dennoch im Laufe des Kultivierungsprozesses stabilisiert hatten, ordnete die Klevische Kammer an, dass „[...] von dem Lufft binnen 4 Jahren, jährlich mit 5 rthl. zur Etablissements-Casse zurückgezahlt werden.“²⁷⁵³ Diese Ausführung ist für den historisch Interessierten sehr interessant, da einige Gelder, wie die Auszahlung für den Ankauf von Kühen, von den Kolonisten später zurückgezahlt werden mussten. Zum anderen kann festgehalten werden, dass der finanzielle Nutzen binnenkolonisatorischer Kultivierung und Besiedlung erst auf lange Sicht einen positiven Effekt für die Einnahmen des preußischen Staates entfalten konnte, sodass zunächst der Peuplierungsprozess unkultivierter Bönninghardter Heidegründe Auszahlungen peuplierungspolitischer Gelder und vorschussmäßig ausgezahlter monetärer Unterstützungsleistungen als Investition erforderte. Bis ein positiver Saldo durch die ländliche Besiedlungs- und Peuplierungspolitik erzielt werden würde, konnten Jahrzehnte vergehen, sodass kurzfristige, schnelle finanzielle Erfolge bei der Binnenkolonisation nicht zu erwarten waren. Diese Tatsache bestätigte sich wieder in einem Schreiben des Kriegsrates Sandrart vom Februar 1772, der wiederum zusätzliche Gelder für die Bönninghardter Kolonie benötigte. Da bekanntermaßen „[...] aber Holtz (...) [und] Stein gegenwärtig so hohen Preise und das festgesetzte Gebunds-Gelder quantum von solchen geringen belange, daß denen Colonisten ihre Bauten ohnehin schwer genug fallen“, würde die Stabilisierung und die Weiterentwicklung der Bönninghardter Kolonie ohne weitere Unterstützungsgelder ernstlich gefährdet werden.²⁷⁵⁴

Zu Beginn des Jahres 1772 vermeldete der Kriegsrat Sandrart zur Expansion der Bönninghardter Kolonie einen weiteren niederlassungswilligen Kolonisten namens Walther. Dieser besagte „[...] Kolonist Walther von der Gocher Heyde, welcher sich dort seit einigen Jahren von gehabtes Etablissement zu Gelde gemacht und verkauft hat, (soll) wiederum auf der Bönninghardt von dem Magistrat zu Sonsbeck etabliert werden.“²⁷⁵⁵ Weil der nun schon zweite von der Gocher Heide emigrierende ländliche Kolonist ein „[...] ordentlicher fleißiger und ehrlicher Mann“ sei und zudem „[...] 200 baares Geld“ habe, solle man „[...] dem Colonisten Walther so fort 10 bis 12 Morgen von dem noch übrig seyenden heyde Antheil anweisen“ lassen, damit dieser sich auf der Bönninghardter Heide mit seiner Familie dauerhaft etablieren könne.²⁷⁵⁶

Einen erheblichen Rückschlag bei der binnenkolonisatorischen Besiedlung der Bönninghardter Heide musste der Magistrat zu Sonsbeck dem an diesem ländlichen

²⁷⁵³ Zitat vom 21. November 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵⁴ Zitat vom 20. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵⁵ Zitat vom 21. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵⁶ Zitat vom 21. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

Kolonieprojekt sehr engagiert arbeitenden Kriegsrat Sandrart vermelden, weil das nahezu vollständig fertige „[...] Hauß des Lufft so weit (...) eingäschert [wurde] und seine zwei Kühe nebst dem Rind in den flammen umgekommen seyen.“²⁷⁵⁷ Zusätzlich beschwerlich für den preußischen Staat war neben des persönlichen Schicksals des Kolonisten Lufft, dass der Brand unglücklicherweise auch noch einen Kolonisten traf, der mit seinem Etablissement trotz vielfältiger Probleme im Verhältnis zu den anderen dort niedergelassenen Kolonisten gut voran kam. Die „[...] Leute wüsten aber nicht zu sagen wie der brand angekommen seye“, sogar die kranke Frau des Kolonisten Lufft versuchte in der verzweifelten Lage die Tiere noch zu retten, schaffte dies allerdings nicht und erlitt so schlimme Verletzungen, sodass nun „[...] Ihr leben in Gefahr (steht).“²⁷⁵⁸ Da die Mitglieder dieser Kolonistenfamilie „[...] nichts gerettet (haben) und (...) ausser der Mann und die grösste Kinder nur mit den wenigen Kleidern entkommen (sind)“, bat der Magistrat für diese „[...] blutarmen leute“ um Mittel für einen Wiederaufbau und Neuanfang ihres Bönninghardter Etablissements.²⁷⁵⁹ Ein solches schreckliches Ereignis traf nicht nur die preußischen Behörden in finanzieller Hinsicht, sondern primär die Kolonistenfamilie, die nunmehr seit fast zwei Jahren unter erbärmlichsten Verhältnissen und schweren physischen Anstrengungen die Urbarmachung und Besiedlung ihres Etablissements vorangetrieben hatten und nun hilflos ohne eine Unterkunft und Vermögen dastanden. Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer forderte zunächst einen detaillierten Bericht über diesen schrecklichen Hausbrand an, mit den Fragen, „[...] 1) woher dieser Brand entstanden, 2) Was eigentlich noch von dem hause stehen geblieben ist und 3) Wie viel Holtz zur wieder Herstellung des abgebrannten theils erforderlich ist, und was selbiges noch kosten wird“, um über eine erneute Auszahlung zur Wiederherstellung des abgebrannten Hauses nachzudenken.²⁷⁶⁰ Das Beispiel des schweren Schicksalsschlages für den Kolonisten Lufft verdeutlicht dem Forscher, dass die preußischen Behörden ihn keineswegs fallen ließen, sondern ihn weiterhin bei seinem erneuten Aufbau des Kolonistenhauses unterstützen. Hier mögen sicherlich nicht nur ökonomische Gründe eine wichtige Rolle gespielt haben, sondern auch zwischenmenschliche Aspekte und staatspolitische Verantwortbarkeit „aufgeklärten“ absolutistischen und patriarchalischen Staatsverständnisses hatte die preußische Kriegs- und Domänenkammer zur Unterstützung ihrer neuen angeworbenen Untertanen bewegt. Zufrieden vermeldete der Sonsbecker Magistrat, dass „[...] der Lufft sich (Sonsten) seit des Brandes, den er erlitten, in so weit

²⁷⁵⁷ Zitat vom 23. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵⁸ Zitat vom 23. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁵⁹ Zitat vom 23. Februar 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁶⁰ Zitat vom 5. März 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

wieder erhohlet [habe], daß er sein wohnhauß, wozu ihm auff die gethane Vorstellungen des Magistrats besonders 30 rthl. angewiesen sind, retabliret, sich auch eine kuh und eine Ziege wieder angeschaffet hat.“²⁷⁶¹ Der ländliche Kolonist konnte somit durch die weitere staatliche Unterstützung sein Etablissement weiter vorantreiben.

Die Klevische Kammer entschied weiterhin über ein Gesuch des Kolonisten Eitzer, der auf der Bönninghardter Heide zehn bis zwölf Morgen unkultivierten Heidegrund zur Urbarmachung für sein Etablissement haben wollte. Die Klevische Kammer wies darauf hin, dass „[...] er mit der Urbarmachung der ihm angewiesenen 6. holländ. Morgen genug zu thun haben wird“, sollte er aber die sechs Morgen in Kultur gebracht und ein Haus errichtet haben, könne man ihm einige Heidegründe des Kolonisten Holtzdörffer abtreten.²⁷⁶² Zum April 1771 berichtete der Magistrat, dass die verlassene „[...] Colonie des Philip Runckel (...) dermahlen ein von Xanten gekommener Colonist Eitzer (besitzt)“, der wie oben beschrieben, nun um Subventionsgelder für sein Etablissement bat.²⁷⁶³ Zum Ende des Jahres 1771 gab es laut einer tabellarischen Nachricht des Sonsbecker Magistrats 14 emigrierte Kolonisten, die eine Urbarmachung Bönninghardter Heidegründe schon angefangen hatten oder bald beginnen wollten: „1) Joh. Stock, 2) Daniel Lufft, 3) Bath. Becker, 4) Henrich Gottwald, 5) Phil. Daum, 6) Joh. Eitzer, 7) Joh. H. Illian, 8) Phillip Runckel (ist desertiert), 9) H. Holtzdörffer, 10) Joh. Schreiber, 11) Casper Barg (ist nach Büderich gegangen), 12) Neerpas (ist desertiert), 13) Margriet Hufin (ist desertiert) und Wilhelm Scherff (ist nach der Gocher Heyde gezogen).“²⁷⁶⁴ Von diesen 14 genannten ländlichen Kolonisten hatten sich fünf Personen entschlossen, diese Bönninghardter Heide zu verlassen.

Zu Beginn des Monats April 1772 konnte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer einen weiteren auf der Bönninghardter Kolonie sich niederlassungswilligen Kolonisten ankündigen und teilte mit, „[...] wie der Colonist Gerhard Berg willens ist, sich auf derjenige 4 Heyde Grund, so man ihm auf der Bönninghardter Heide zum Anbau destinirten District noch übrig seyn sollen, und wozu er noch 2 Morgen kauffen will, zu etablieren.“²⁷⁶⁵ Einige Zeit später wurde noch ein dritter ländlicher Kolonist an die Bönninghardter Kolonie zur Errichtung eines eigenen Etablissements vermittelt. Zum Sommer 1772 befahl die Klevische Kammer

²⁷⁶¹ Zitat vom 29. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁶² Zitat vom 27. März 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756. Dieser Kolonist Eitzer bat zunächst um einen unkultivierten Heidegrund bei Xanten, um sein Etablissement entweder auf dem Heeseberg oder auf den Kämmergegründen des Hettenkamps aufzurichten. Da dieses Etablissement nicht gelang, unternahm er nun einen weiteren Versuch binnenkolonisatorischer Bemühung auf der Bönninghardter Heide. Auch dieses Beispiel belegt die innerklevische Migration angeworbener Kolonisten, die mehrmals auf unterschiedlichen Heidegründen zu siedeln versuchten. Siehe dazu das Schreiben des Kriegsrates Sandrart vom 14. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

²⁷⁶³ Zitat vom 29. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁶⁴ Zitat aus der Tabelle vom 5. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

²⁷⁶⁵ Zitat vom 7. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

zur weiteren Besiedlungsverdichtung der Bönninghardter Heide dem Kriegsrat Sandrart, dass „[...] dahero sobald gedachter Colonist Christian Kalbsfleisch bei Euch melden wird, ihm zu seinem Unterkomen bestens zu verhelffen und auf gedachter Heide demselben einige Morgen zu seinem Etablissement anzuweisen.“²⁷⁶⁶ Überraschenderweise zeigte der Kriegsrat Sandrart an, dass „[...] die Colonisten Gebrüder Kalbsfleisch auf der Bönninghardt nicht etabliret werden können. (...), weil bereits aber derselben Terrain vergeben“ war.²⁷⁶⁷

Die bisher von der Etablissement-Kasse vorgeschossenen Gelder konnten von keinem der Kolonisten zu diesem Zeitpunkt zurückgezahlt werden. Der Kolonist Illian könne beim besten Willen nicht bezahlen, „[...] es seye denn, daß man Ihm die Kuh Verkauft, alß (...) er aber keine dünge machen und die magere heyde würde [nicht] besaen können.“²⁷⁶⁸ Er habe aber noch „[...] 10 rthl. Gebunds Gelder zu fordern, diese (...) ihm also einbehalten werden“ könnten.²⁷⁶⁹ Da der ländliche Kolonist „[...] Lufft im februario a. c. sein hauß nebst drey stück Vieh unglücklicher weise durch eine Feuers Brunst Verlohren“ habe, sei er verständlicherweise „[...] außer Stande (...) den ihm gethanen Vorschuß zu restituiren, es sey dann, daß ihm die Von gebetteltes Geld wieder anerkauffte Kuh Verkauft würde, welches aber Vor dem so gnug unglücklich gewordenen Mann äußerst hart seyn würde.“²⁷⁷⁰ Die Situation beim Bönninghardter Kolonisten Schreiber war ähnlich, weil der „[...] Schreiber sich [nur] sehr kümmerlich ernähre und nicht das mindeste abgeben könne.“²⁷⁷¹ Lediglich beim Kolonisten Daum gebe es Hoffnung, dass dieser die ihm vorgeschossenen Gelder baldmöglichst restituieren könne, da er „[...] Gelder aus seiner Heimath zu [er]warten habe.“²⁷⁷² Die Empfehlung des städtischen Magistrats zu Sonsbeck verlief dahingehend, „[...] daß denen Colonisten entweder die Vorschüsse belassen oder wenigstens ihnen Biß zur künfftigen Erndte aus stand gegeben werden möge, wir befürchten sonsten, daß mit der Uhrbarmachung der Heyde es sehr schlecht von statten gehen werde“ und damit die Bönninghardter Kolonie in ihrer weiteren Entwicklung gefährdet würde.²⁷⁷³

Der neue Kriegsrat Scheele berichtete zum August 1773, dass der „[...] Colonist Walther (...) sich bereits auf der Bönninghardter Heyde ein Hauß erbauet (hat), die Gebunds Gelder sind ihm schon bezahlt und kann ihm auch ohne Gefahr der verlangte Vorschuß zu Anschaffung einer Kuh gereicht werden“, damit dieses Kolonistenetablissement weiter gefestigt werden

²⁷⁶⁶ Zitat vom 26. Juni 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁶⁷ Zitat vom 20. Juli 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁶⁸ Zitat vom 28. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

²⁷⁶⁹ Zitat vom 28. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

²⁷⁷⁰ Zitat vom 28. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

²⁷⁷¹ Zitat vom 28. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

²⁷⁷² Zitat vom 28. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

²⁷⁷³ Zitat vom 28. November 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133. Am 2. September 1773 erging erneut eine Erinnerung und Aufforderung zur Eintreibung der zurückzuzahlenden Gelder.

könne.²⁷⁷⁴ Im September versah die Klevische Kammer „[...] das Gesuch des Colonisten Daum um Anweisung von 12 bis 15 Morgen Heyde-Landes für seinen Schwiegersohn Kirschner (...) mit dem Befehl, dem Supplicanten, wenn in der von ihm bemerckten gegend noch Land vorhanden ist, die verlangte Morgen Zahl anweisen zu lassen.“²⁷⁷⁵ Der Schwiegersohn wohnte noch im Darmstädtischen und würde somit schon zur zweiten Generation von Kolonisten auf der Bönninghardter Kolonie gehören. Die Situation der Bönninghardter Kolonie im Jahre 1773 war weiterhin sehr schlecht, weil „[...] noch keiner Von sämtlichen auf der Binnecarter Heyde etablirten Colonisten im stande sey etwas Von denen Ihnen gethanen Vorschüße Zu restituiren, dann wird Ihnen das wenige Korn, so sie eingescheueret, jetzt genommen, so haben sie nichts zur künfftigen Einsaat“, sodass ein weiterer Ausstand der Zurückzahlung ausgegebener Gelder die einzige Möglichkeit sei, dieses binnenkolonisationsische Projekt zu stabilisieren und die Kredite überhaupt zurück gezahlt zu bekommen.²⁷⁷⁶ Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zeigte sich mit diesem Vorschlag einvernehmlich und genehmigte den Ausstand restituierender Vorschüsse an die Bönninghardter Kolonisten mit dem Hinweis, dass der Kriegsrat „[...] aber deren Wirthschaftlichen Betrieb auf unermüdeter Wachsamkeit zu beobachten suchen [müsse], damit für die Etablissement Casse kein Nachteil“ entstehe.²⁷⁷⁷

Zum Herbst des Jahres 1773 erging eine generaldirektorische Instruktion an die Klevische Kriegs- und Domänenkammer, damit man einen „[...] öffentliche[n] Termine zur Erbverpachtung der 4. holl. Morgen“ unkultivierter Bönninghardter Heide ansetzen solle.²⁷⁷⁸ Auch der Kriegs- und Domänenrat Hildebrand bestätigte, dass „[...] sich in dem Stadts Sonsbeckschen district der Bönninghardter heide noch ohngefähr 4 holl. Morgen wüsten Grundes, so noch nicht untergebracht“, finden, wobei auch er auf den Nachteil dieser Kolonie hinwies, dass diese „[...] vom Waßer gänzlich entblößet“ sei.²⁷⁷⁹ Der lokalkundige Bürgermeister Everts korrigierte die genannte Morgenzahl wüstliegender Bönninghardter Heideflächen, da faktisch noch „[...] 12 Morgen 28 Ruthen heyde grund“ wüst lagen, „[...]

²⁷⁷⁴ Zitat vom 11. August 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756. Am 16. August 1773 bestätigte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer das Gesuch zum Ankauf einer Kuh für den Kolonisten Walther auf der Bönninghardter Heide.

²⁷⁷⁵ Zitat vom 13. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756. In der Bittschrift selbst wird um eine Zustellung von 12-13 Morgen gebeten, die wahrscheinlich nicht im Schreiben der Klevischen Kammer korrekt übernommen wurde. Aus diesem Bittschreiben vom 9. September 1773 geht hervor, dass auf „[...] der Bönninghardter heyde noch über 50 Morgen wüster Grund“ vorhanden war, und noch zwei weiteren niederlassungswilligen Kolonisten unkultiviertes Heideland zugewiesen wurde.

²⁷⁷⁶ Zitat vom 20. Oktober 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

²⁷⁷⁷ Zitat vom 18. November 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133. Abermahls deutete die Klevische Kammer ein Jahr später, am 12. September 1774 darauf hin, dass die Eintreibung „[...] denen Colonisten geleisteten Vorschüsse (...) mit mehreren Ernst als bishero betrieben werden“ sollte.

²⁷⁷⁸ Zitat vom 30. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁷⁹ Zitat vom 24. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

ohnegacht des Herr Krieges Rathes Hildebrand wohlgebohr. nur Vier Morgen erwehnen.“²⁷⁸⁰ Neben diesem unkultivierten Heidegrund war sogar noch ein weiteres „[...] Stück heyde Grund vorhanden, welches (...) wegen seiner schlechten Qualität und schmalen formats sich aber zu keiner Colonie schickt, dieses ist groß 6 Morgen 12 Ruthen.“²⁷⁸¹ Daraufhin bat der Kriegsrat Scheele die Klevische Kriegs- und Domänenkammer „[...] Vorschläge zu thun, wie dieser heyde grund auf die schicklichste Art zum uhrbarmachen“ verwendet werden könne.²⁷⁸² Ein Jahr später lag dieser Heidegrund noch immer wüst, weil „[...] der wüste Grund auf gedachter heyde, der nach seiner Beschaffenheit, die der Kriegs Rath Hildebrand schon beschrieben, zu keinem Colonisten Etablissement aptiret werden kann.“²⁷⁸³ Dennoch ist diesem Schreiben zu entnehmen, dass man trotz dieser sehr schwierigen naturräumlichen Konstitution und Lage dieses speziellen, noch unkultivierten Bönninghardter Heidelandes Versuche zu Besiedlung gestartet hatte, da ein Teil des besagten Heidegrundes „[...] vorhero dem Bernhard Kern zum Etablissement angewiesen [wurde], wegen der schlechten Lage aber von demselben wieder aufgegeben“ worden war.²⁷⁸⁴ Diese „[...] zwey Stück heyde Grund“ sollten nun verpachtet oder zum Verkauf ausgebaut werden, um überhaupt noch einen reellen monetären Ertrag dieses nicht zu peuplierenden Heidegrundes zu erhalten, wobei dieser „[...] Heyde Grund (...) dabey nach Ew. königl. Majestät Pächter Intention cultivirt und nutzbar gemacht“ werden sollte.²⁷⁸⁵ Bezüglich des Landes mit den 6 Morgen 12 Ruthen war der Kriegsrat Scheele „[...] der allerunterthänigsten Meynung, daß so wenig der Erbpacht als der Verkauf deßselben zu approbiren sey, der nur beydes zu geringe scheint“, sodass es unzweifelhaft wahr ist, „[...] daß dieses Stück Land wegen der schlechten qualitaet und überaus schmalen Lage zum Bau ganz unbequem sey.“²⁷⁸⁶ Daraufhin vermeldete die peuplierungspolitisch engagierte Klevische Kriegs- und Domänenkammer, „[...] daß der Freyherr von Rynsch auf das Stück von 6 Morgen 16 Ruthen, welches neben dem Brandhorst lieget, 78 rthl. Kaufgelder gebothen, der von Bernum aber (...) offeriret habe, darvon eine jährliche Erbpacht von 4 rthl.“ zu zahlen.²⁷⁸⁷ Hierbei möge der Kriegsrat prüfen, welches Angebot für die Landeskasse am ertragreichsten wäre. Dieser erklärte bezüglich des übrigen unkultivierten Heidegrundes, dass „[...] vorhero dem Bernhard Kern zum Etablissement angewiesen [wurde], von diesem aber abandoniret worden [war], aufs neue zum Verkauf oder

²⁷⁸⁰ Zitat vom 9. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸¹ Zitat vom 9. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸² Zitat vom 9. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸³ Zitat vom August 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸⁴ Zitat vom August 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸⁵ Zitat vom August 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸⁶ Zitat vom August 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸⁷ Zitat vom 26. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

Erbpacht ausgebothen, und dazu Termine angesetzt werden, indem es beßer ist, daß diese gründe vor der hand uncultiviret liegen bleiben als solche für eine Kleinigkeit wegzugeben“ wären.²⁷⁸⁸ Man solle dieses Land lieber unkultiviert liegen lassen als es für wenig Geld zu verkaufen. Aus einem Schreiben des 11. Februars 1775 geht hervor, dass „[...] die Erb-Verpachtung des wüsten heyde Grunds auf der Bönninghardter heyde an den von Bernum approbiert“ wurde.²⁷⁸⁹ Zum 28. März 1774 befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer „[...] das auff der Binnecarter heyde Stadt Sonsbeckschen Antheils belegene, wegen der Entlegenheit vom Wasser aber an Colonisten nicht unterzubringen gewesenen Stück heydegrund ad 6 holländ. Morgen 16 Ruthen in Erbpacht“ auszutun, damit wenigstens die Kämmereikasse durch den Verkauf einen finanziellen Nutzen aus diesem nicht zu besiedelnden Bönninghardter Heidegrund ziehen konnte.²⁷⁹⁰ Daraufhin wurde schnellstmöglich „[...] von dem Magistrat der Stadt Sonsbeck besorgtem Henrich von Bernum erwehtes Stück heyde Grund, so wie solches ihnen angewiesen und von dem gemeinen Weg, so von Sonsbeck nach Capellen gehet, Von dem handweiser so nach Ihsum weiset, biß hinten neben der sogenannten Closterschen Hufe an der anderen seithe biß an den ersten Limitstein neben der Schneidung zwischen dem Clevischen und Cölnnischen gelegen, nach der Vermessung groß 6 Morgen 16 Ruthen hiemit und Krafft dieses (...) in Erbpacht gegeben“, wobei es dem Erbpächter freistehe, „[...] dieses stück nach seiner besten Convenientz so fort zu nutzen und zu gebrauchen und geniesset die darvon machende Verbesserungen gantz allein.“²⁷⁹¹

Im Oktober 1773 wurden einem Kolonisten namens Walter „[...] der Vorschuß zu anschaffung einer kuh“ genehmigt, sodass daraus zu schließen ist, dass noch weitere auf der Bönninghardter Heide niederlassungswillige Kolonisten zu dieser besagten Kolonie hinzugestoßen waren.²⁷⁹² In seinem tabellarischen Abschlussbericht vom Dezember 1773 über den räumlichen und demographischen Zustand der Städte hielt der Kriegsrat Scheele fest, dass die „[...] auf der Bönninghardter heyde bey Sonsbeck (...) angelegten Colonien (...) ziemlich guten Fortgang haben“, allerdings mit einer „[...] mehrere[n] Ansetzung derer Colonisten habe ich (...) nicht reüssiren können.“²⁷⁹³ Die weitere chronologische Dokumentation über die räumliche Besiedlung der Bönninghardter Kolonie weißt zunehmend

²⁷⁸⁸ Zitat vom 26. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁸⁹ Zitat vom 11. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁹⁰ Zitat vom 28. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁹¹ Zitat aus dem geschlossenen Erbpachtvertrag zwischen der Klevischen Kammer und dem Henrich von Bernum vom 28. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1043.

²⁷⁹² Zitat vom 12. Oktober 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁹³ Zitat vom 12. Dezember 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

größere zeitliche Lücken auf, die aber mithilfe einer Tabelle über den Zustand der Bönninghardter Kolonie aus dem Jahre 1774 geschlossen werden kann.²⁷⁹⁴ (s. Tab. T-60)

Tabelle über die Bönninghardter Kolonie vom Junio 1774

Nr.	Name	Personenanzahl		Gebietsgröße Morgen/Ruthen	Urbargemacht Morgen/Ruthen	Anmerkungen
		Männer	Frauen			
1	Johannes Stock	2	2	6/369	0/200	eine hütte
2	Henr. Gottwald	2	1	zusammen mit Johannes Stoch	2/0	ein Haus, ein Stall, eine Kuh
3	D. Lufft	4	2	6/369	2/400	ein Haus, eine Kuh
4	J. H. Illian	3	3	9/205	4/0	ein Haus, eine Kuh
5	Joh. Schreiber und Simon Hochsteedt	2	2	9/76	2/0	ein Haus, eine Kuh, ein Kalb
6	Georg Metzges	2	2	9/54	2/100	2 Kühe, ein Haus
7	Bath. Becker	2	3			1 Kuh, eine Hütte
8	Henr. Holtzdörffer	2	2	10/187	3/0	eine Hütte, 3 Ziegen
9	Eitzer	2	1	?	?	eine Hütte, eine Kuh
10	Philip Daum	1	4	8/587	4/0	ein Haus, 1 Kuh und 1 Ochse
11	Niclaus Walter	3	2	8/587	2/300	ein Haus, 1 Kuh und 1 Ochse
Summa		25	24	78/21	26/400	8 Kühe, 2 Ochsen, 1 Kalb und 3 Ziegen

Tab. T-60

Aus der Tabelle ist zu erkennen, dass sich die Bönninghardter Kolonie trotz der negativen Einschätzung lokaler Amtsträger auf der besagten unkultivierten Heide etablieren konnte und von den nunmehr angewiesenen 78 Morgen 21 Ruthen von den ländlichen Kolonisten 26 Morgen 400 Ruthen urbar gemacht worden waren. Die Anzahl aller auf der besagten Heide niedergelassenen Personen, im Sommer des Jahres 1774, ließ sich auf 49 beziffern, was schon eine beachtliche Zahl aufgrund der schweren Rahmenbedingungen darstellte. Von den nunmehr schon elf niedergelassenen Kolonisten hatten zu diesem Zeitpunkt schon sieben Emigranten ein Haus als Unterkunft errichtet, vier Kolonisten lebten noch in selbstgebauten Hütten. Pünktlich zu Verfassung dieser Tabelle „[...] hat der Colonist Schreiber sein Haus auf

²⁷⁹⁴ Siehe dazu die Tabelle vom Juni 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756. Eine weitere Tabelle des gleichen Jahres vom 12. September 1774 spezifiziert den Zustand der errichteten Gebäude. Je ein Kolonistenhaus wurde schon auf den Kolonien des Gottwalds, Luffts, Illians, Schreibers, Hochsteedters, Metzgers, Eitzers, Daums und Walters tabellarisch dokumentiert, welche alle in einem „[...] recht gutem Zustand“ waren. Lediglich der ländliche Kolonist Stock, Becker und Holtzdörffer wohnten noch in einer Hütte. Zitat vom 12. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

der Binneater Heyde in so weit fertig“, sodass der Sonsbecker Bürgermeister nicht ganz unbescheiden selbstverherrlichend darauf hinwies, dass „[...] ich, der Bürgermeister, (...) ihm de[n] Vorschuß dazu (gethan habe), weil er ein fleißiger Mann ist.“²⁷⁹⁵ Ferner vermeldete er, dass der Bönninghardter Kolonist „[...] Johannes Schreiber (...) seinem Schwager Simon Hochstädter, weil sie ihm zu groß war, die Helffte seiner Colonie überlassen (hat), dieser ist im Begriff darauff ein recht tüchtiges Hauß von Vier Gebund zu setzen.“²⁷⁹⁶ Dieser bat nun um die Auszahlung peuplierungspolitisch geförderter Gebundsgelder von 48 Reichstalern. Auch der Kriegsrat Scheele bestätigte die Sinnhaftigkeit dieser Auszahlung, da der Kolonist Simon Hochstädter „[...] ein fleißiger und arbeitsamer Mann“ sei.²⁷⁹⁷ Nachdem „[...] der Johann Eitzer nunmehr sein Hauß von 4. Gebund errichtet hat, und im Begriff ist, solches zu decken und fort auszubauen, bat man um die Auszahlung der „[...] zweyte[n] Helfte der Gebunds Gelder“, damit dieser sein Etablissement auf der Bönninghardter Kolonie weiter festigen könne.²⁷⁹⁸ Allerdings standen die „[...] Feld und Garten-Früchte von denen Colonien (...) durchgängig sowohl schlecht als hier in der gantzen Gegend“ ähnlich.²⁷⁹⁹ Das geerntete Getreide war „[...] sehr schlecht gerathen“, wobei das Vieh der Kolonisten hingegen „[...] durchgängig in gutem Zustande“ sei.²⁸⁰⁰

Wie kleinlich die Klevische Kriegs- und Domänenkammer bei der Auszahlung gebundsgebundener Gelder agierte, verdeutlicht der Hinweis, dass man dem Eitzer nur die Summe für drei Gebund auszahle, da sein Etablissementgebiet sehr klein war und deswegen die Dimension eines vier Gebunds-Hauses zu groß sei. Auch dem Kolonisten Holtzdörffer mussten weitere Subventionsgelder vorschussmäßig ausgezahlt werden, da er „[...] sich sehr angegriffen und verschiedenen Ländereyen von seiner Colonie uhrbahr gemacht hat, inzwischen wegen ihm fehlender dünge solches nicht fortsetzen kan.“²⁸⁰¹ Diese langwierigen Auszahlungsprozesse bei der Unterstützung niedergelassener Binnenkolonisten deuten nicht nur auf die staatliche, wenn auch langsam getätigte Unterstützung hin, sondern verdeutlichen auch, dass die Kolonisten um die versprochenen peuplierungspolitisch garantierten Gelder sowie weiteren Benefizien regelrecht kämpfen mussten. Ebenso kann man aber aus administrativer Perspektive die recht vorsichtige und schubweise getätigte Auszahlung peuplierungspolitischer Gelder verstehen, weil man eine genaue Kontrolle über die Verwendung dieser staatlichen Investitionen haben wollte.

²⁷⁹⁵ Zitat vom 20. Juni 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁹⁶ Zitat vom 20. Juni 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁹⁷ Zitat vom 21. August 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁹⁸ Zitat vom 27. Juli 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁷⁹⁹ Zitat vom 12. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

²⁸⁰⁰ Zitat vom 12. September 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

²⁸⁰¹ Zitat vom 3. August 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

Die Nichtgenehmigung des Gesuches des Kolonisten Holtzdörffer zum Ankauf einer Kuh vom 9. Januar 1775 wurde von der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer damit begründet, dass „[...] auch die Etablissements Casse gar kein Geld in Bestand hat, so kann (...) gethanem Gesuch wegen Accordirung eines Vorschusses von 20 rthl. für den Colonisten Holtzdörffer zum Ankauf einer Kuh gar nicht“ ausgezahlt werden.²⁸⁰² Zudem wäre es „[...] bey der jetzo grassirenden Vieh-Seuche niemand und am wenigsten einem Colonisten anzurathen, sich (...) Vieh anzuschaffen.“²⁸⁰³ Des Weiteren baten die ländlichen Kolonisten Ilian, Gottwald, Schreiber, Eitzer und Daum um erneute Hilfestellungen, um „[...] auf ihre Colonien zu derer besserer Cultivirung, einiges Geld aufnehmen zu dürfen“, damit die Stabilisierung der Bönninghardter Kolonie weitergetrieben werden könne.²⁸⁰⁴

Zum Ende des Jahres 1774 zog der Kriegsrat Scheele dennoch in Relation zu den anderen binnenkolonialisatorischen Besiedlungsprojekten in seinem Zuständigkeitskreis eine positive Bilanz aus der Entwicklung der Bönninghardter Kolonie, weil die „[...] Colonien der zur Stadt Sonsbeck gehörigen Bönningarther Heyde (...) die Xantenschen in ihrer Aufnahme weit (übertreffen), weil der Grund (...) zu cultiviren, in seiner Güte besser“ sei.²⁸⁰⁵ Durch die Landteilung, welche ein Bönninghardter Kolonist „[...] mit seinem anverwandten vorgenommen [hatte], sind diese Colonien in diesem Jahre mit einer Familie vermehret, welche auch Kräfte genug besitzt, sich mit einem Haus darauf anzusetzen.“²⁸⁰⁶ Ferner befanden „[...] sich also 9 Häußer auf dieser Heyde“, das wiederum die Expansion und Peuplierung der bisher wüstliegenden Bönninghardter Heide belegte.²⁸⁰⁷ Zwar „[...] fehlen (...) noch 3 häußer, allein die Colonisten erbitten nach allen Vermögen dahin, daß künftiges Jahr alles bebauet sein wird.“²⁸⁰⁸ Ein sehr schönes raumwirksames Bild erfolgreich umgesetzter „landbezogener“ Peuplierungspolitik formulierte der Kriegsrat dahingehend, indem er anmerkte, dass der „[...] Vieh-Stand (...) übrigens unter denen Colonisten zu(nimt), und das Uhrbarmachen der Heyde-Gründe (...) unablässig fortgesetzt (wird)“, sodass man bald „[...] gute feld Fluren da sehen wird, wo sonst nichts als Heyde gewachsen“ ist.²⁸⁰⁹ Lediglich „[...] befanden sich noch 12 Morgen (Bönningardter heyde), die wegen des Sterilen Terreins so wenig an Colonisten als zu Cultur untergebracht werden“ konnten.²⁸¹⁰ Zudem war es dem Kriegsrat nach vielen „[...] angestellten vergeblichen Versuchen (...) gelungen, 6 Morgen

²⁸⁰² Zitat vom 20. Januar 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸⁰³ Zitat vom 20. Januar 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸⁰⁴ Zitat vom 27. Februar 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸⁰⁵ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸⁰⁶ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸⁰⁷ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸⁰⁸ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸⁰⁹ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸¹⁰ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

deren zum Nutzen für die Cämmerey gegen 42 rthl. jährliche Erb-Pacht zum bepflanzen auß zuthun, und die Veräußerung der übrigen 6 Morgen ist noch aus gesetz[t], weil abgewartet werden muß, ob mit der zeit nicht noch mehr dafür geboten“ werden würde.²⁸¹¹ Diese Zusammenfassung über den peuplierungspolitischen Fortgang der Bönninghardter Heide bewies den stetigen Fortschritt zunehmender Besiedlung und Kultivierung wüstliegender Heideflächen.

Zum Frühjahr 1775 „[...] haben sich Jacob Scherf und Heinrich Ehrhard“, so die Verordnung eines Schreibens der Klevischen Kammer, „[...] um ein Etablissement auf wüsten Gründe in hiesiger Provinz gemeldet.“²⁸¹² Weil man aus peuplierungspolitischer Perspektive „[...] gern sehe, daß diesen leuten, da sie mit ihren familien einmahl hier sind, die Erreichung ihrer Absicht erleichtert werde“, haben man gedacht, dass man diese fremden ländlichen Kolonisten womöglich auf der Bönninghardter Heide unterbringen könne, damit sie sich am dortigen angefangenen Urbarmachungsprozess beteiligen könnten.²⁸¹³ Daraufhin antwortete aber der Kriegsrat Scheele, dass „[...] auf der Bönninghardter Heyde bey Sonsbeck kein wüste[r] Heide Grund vorhanden“ sei, um die zwei oben erwähnten Kolonisten noch unterzubringen.²⁸¹⁴ Der zu kultivierende Raum auf der Bönninghardter Heide war nunmehr völlig vergeben und mit Kolonistenfamilien, nach Einschätzung des Kriegsrates, ausreichend belegt, sodass eine weitere Ansiedlung niederlassungswilliger Kolonisten keinen Sinn machen und die räumliche Kapazität der Heide sprengen würde. Deswegen sehe sich der Kriegsrat „[...] außer Stande, die Colonisten Scherff und Ehrhard (...) unterzubringen, da die Stein-Heyde bey Üdem ebenfalls schon verkauft“ war.²⁸¹⁵ Ferner bat der Sonsbecker Magistrat „[...] noch mahlen sehr (...), dem Simon Hochstein, da er sein Hauß schon richthfertig hat, daß so Bald nur immer möglich Zu den Gebunds-Geldern und dem Holtzdorffer zu denen Kuh Geldern hochgeneigt zu verhelffen“, damit diese ihren Besiedlungsprozess auf der Bönninghardter Kolonie weiterführen könnten.²⁸¹⁶

Zum Sommer des Jahres 1775 erkrankte der bemittelte Kolonist Michael Metzges, „[...] welcher vor Vier Jahren hier im Land gekommen und seit Zwey Jahren sich hier auf der Binnencarter Heyde niedergelassen hat, (...) ein fleissiger Mann (ist) [und] (...) biß hiehin [sich] von seinem mitgebrachten Vermögen selbst ernähret“ hat.²⁸¹⁷ Weil dieser tüchtige Kolonist nun aber schon seit Längerem krank war, musste er „[...] das Vieh Versilbern“,

²⁸¹¹ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸¹² Zitat vom 31. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸¹³ Zitat vom 31. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸¹⁴ Zitat vom 10. April 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸¹⁵ Zitat vom 10. April 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸¹⁶ Zitat vom 3. Januar 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 101.

²⁸¹⁷ Zitat vom 22. Juni 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

sodass dieser arme „[...] Mann (jetzt) ohne Vieh (sitzt) und (...) sich kümmerlich ernähren“ müsse, was wiederum für einen kranken Menschen zu seiner Genesung nicht vorteilhaft sei.²⁸¹⁸ Da dieser besagte Kolonist bisher noch um keine Auszahlungen zur Finanzierung seines binnenkolonialisatorischen Etablissements gebeten hatte, möge man ihn nun in seiner Krankheitsphase finanziell helfen, damit er gesund werden und seine Kultivierung wieder vorantreiben könne.

Eine Tabelle des Jahres 1775 lässt den Forscher Einblicke in die chronologische Entwicklung der Bönninghardter Kolonie nehmen, die sich weiterhin langsam und stetig unter schwersten Bedingungen festigte.²⁸¹⁹ Insgesamt wurden nunmehr zwölf Kolonisten gezählt. (s. Tab. T-61)

Tabelle vom Zustande derer auff der Binnecarter heyde Stadt Sonsbeckschen Antheils
vorhandenen Colonien im August 1775

Nr.	Name	Personen		Zustand der Gebäude	Anmerkungen
		Männer	Frauen		
1	Stoch	----	----	----	ist abgezogen
2	Gottwald	2	1	recht gut	Früchte ziemlich gut gewesen
3	Lufft	3	3		
4	Illian	4	3		
5	Schreiber	2	2		
6	Hochstein	----	----	das Dach fehlet noch	dieser wohnt noch nicht auf dieser Colonie
7	Metzges	2	3	ist gut	hat aus Noth, weil en er krank gewesen, sein Vieh verkauffen müssen
8	Becker	2	3	ist gut	Früchte ziemlich gut gewesen
9	Holtzdörffer	2	4	im Bau begriffen	
10	Eitzer	2	1	ist gut	
11	Daum	1	4		
12	Walter	4	2		
Summe		24	26	----	----

Tab. T-61

Auf der Bönninghardter Heide lebten nunmehr genau 50 Personen, deren Ernte und der Zustand ihrer Gebäude, bis auf die der Kolonisten Metzges und Holtzdörffer, den Umständen

²⁸¹⁸ Zitat vom 22. Juni 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸¹⁹ Siehe dazu die Tabelle vom 29. August 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

entsprechend gut gewesen waren. Der ländliche Kolonist Stoch hatte allerdings sein Etablissement auf der Bönninghardter Heide aufgegeben und war und „[...] nach Marienbaum gegangen, wo er sich als Blechschläger etabliret“ hatte.²⁸²⁰ Nach einer ähnlichen aufgeführten Tabelle des Jahres 1776 betrug die Anzahl der Kolonistenmitglieder 67 Personen, sodass eine demographische Expansion der Bönninghardter Kolonie durchaus zu verzeichnen ist.²⁸²¹

Das Etablissement des pfälzischen Kolonisten Simon Hochstein florierte hingegen vorzüglich, die vom Kolonisten Schreiber zur Hälfte übernommenen unkultivierten Heideflächen habe dieser fleißige Mann „[...] bereits zwei Drittel davon uhrbahr gemacht und mit Roggen, haber und Buchweizen“ bepflanzt.²⁸²² Da er nun auch „[...] ein recht gutes Haus von Gebund“ errichtet und sogar einen Viehbestand von acht Stück habe, bat er um die Auszahlung der peuplierungspolitischen Gebundsgelder für niedergelassene ländliche Kolonisten, „[...] um den Bau vollends zu Stande zu bringe.“²⁸²³ Da diese Gebundsgelder dem besagten Kolonisten genehmigt wurden, zeigt dies, dass die Auszahlung versprochener peuplierungspolitischer Gelder immer noch durch die preußischen Behörden zur Unterstützung niedergelassener Kolonisten vollzogen wurde. Sowohl der Michael Metzgers als auch die Kolonisten Daum und Holtzdörffer hatten die Zuschüsse zum Ankauf einer Kuh von der Klevischen Kammer genehmigt bekommen. Dennoch trafen zum Beginn des Jahres 1776 keine Gelder für den Kolonisten Georg Michel Metzges ein, der „[...] biß dato noch keinen heller aus der Etablissements Casse zu seinem fortkommen erhalten“ hatte.²⁸²⁴ Weil aber „[...] nun die Colonisten Daum und Illian Ihre erhaltene Vorschüsse restituiret haben und selbe Vermuthlich noch bey Ew. Wohlgebohr. beruhen werden“, könnte man zur Beschleunigung des Auszahlungsprozesses diese Gelder dem Metzges zur Ankaufung einer Kuh geben, emphal der Magistrat.²⁸²⁵ Auch der Kriegsrat Scheele bestätigte, dass der ländliche Kolonist „[...] Metzger (...) schon 5 bis 6 Jahre hier im Land (ist), und (...) ich bin versichert, das derselbe die Vorschüße zu neuen kuh äußerst nötig habe.“²⁸²⁶

Eine Tabelle vom Oktober 1775 zeigte dem Kriegsrat Scheele an, wie viel vorgeschossenes Geld von den Bönninghardter Kolonisten zurückgezahlt werden musste, sodass man zur Tilgung dieser monetären Rückstände eine sukzessive Auszahlung beginnen konnte.²⁸²⁷ (s. Tab. T-62)

²⁸²⁰ Zitat vom 6. September 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

²⁸²¹ Siehe dazu die Tabelle aus dem Jahr 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸²² Zitat vom 23. Juni 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸²³ Zitat vom 23. Juni 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756.

²⁸²⁴ Zitat vom 30. März 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸²⁵ Zitat vom 30. März 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸²⁶ Zitat vom 30. März 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸²⁷ Siehe dazu die Tabelle vom 9. Oktober 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

Tabelle der zu restituierenden Gelder der Bönninghardter Kolonisten vom 9. Oktober 1775²⁸²⁸

Nr.	Name	Anmerkungen
1	Heinrich Gottwald	Die zurückzuzahlende Summe betrug 162 Reichtaler, die von den hier acht aufgelisteten ländlichen Kolonisten der Bönninghardter Heide restituirt werden sollten.
2	Daniel Luft	
3	Henrich Ilian	
4	Johannes Schreiber modo Phillip Runckel	
5	Johannes Eitzer	
6	Phillip Daun	
7	Heinrich Holtzdörffer	
8	Ludwig Walter	

Tab. T-62

Aus einem Schreiben des Magistrats zu Sonsbeck vom April 1776 geht hervor, dass der „[...] Colonist Henr. Gottwald Vor einigen Jahren Ein Stück Heydeland von der ihm angewiesenen Morgenzahl an den blechschläger Johannes Stock Verkauft (hat), dieser hat auch würcklich eine Hütte drauff gesetzt und ein paar Jahren drinn gewohnt, in Decbr. 1774 aber hat er gedachtes stück Heydeland wiederum an (...) Philip Hans käufflich überlassen und ist mit hinterlassung Verschiedener schulden nach Marienbaum gezogen.“²⁸²⁹ Weil der besagte „[...] Philip Hans ein Colonist auf der Gocher Heyde in sehr guten Umständen ist und das angekauftte Stück gleich uhrbarmachen wird, wozu der Stoch so wenig alß der Gottwald im Stande waren und schwerlich in einigen Jahren kommen dürfften“, müsse man ihn bei seiner binnenkolonisationsischen Aktivität auf der Bönninghardter Heide unterstützen.²⁸³⁰

Zufrieden mit den unteren Beamten zeigte sich die Klevische Kriegs- und Domänenkammer, da „[...] ihr denen beyden Colonisten Ilian und Daum, jeden ein darlehn von 100 rthl. verschaffet und solches nicht allein zu Anschaffung des benöthigten Vieles, sondern auch zu Tilgung ihrer Schulden verwendet habt.“²⁸³¹ Auch nahm man es sehr wohlwollend zur Kenntnis, „[...] daß ihr bey beyden Colonisten die Bienen Zucht zu introduciren bemühet seyd.“²⁸³² Aus diesen Ausführungen ist die Vielfältigkeit behördlicher Hilfeleistungen zu erkennen, die sich weiterhin um ihre angeworbenen Bönninghardter Kolonisten kümmerten und sie in den Stand zu versetzen versuchten, sich aus eigener Kraft ihre Subsistenz zu erwirtschaften.

²⁸²⁸ Zu dieser Tabelle ist anzumerken, dass die hier mit aufgeführten ländlichen Kolonisten Henrich Arnold und Friedrich Gantz durchgestrichen wurden.

²⁸²⁹ Zitat vom 4. April 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸³⁰ Zitat vom 4. April 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸³¹ Zitat vom 6. April 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸³² Zitat vom 6. April 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

Unzufrieden mit der bisherigen Etablissement-Entwicklung auf seinem zu kultivierenden Heidegrund, so eine Randnotiz des Kriegsrats Scheele vom 15. Oktober 1776, wolle der langjährige Bönninghardter Kolonist „[...] Johann Daniel Lufft auf der Boenninghardter heyde Stadt Sonsbeckschen Anteils (...) seine Colonie, so aus einem hause nebst 6 Morgen 369 Ruthen bestehet, weiter unvermögend, solches gehörig in Stand zu setzen, (...) verkaufen und (...) sich seinen Vorgaben nach“ auf einer anderen Heide zu etablieren versuchen.²⁸³³ Dies mag womöglich ein Beispiel dafür sein, dass ab einem gewissen Punkt die Frustration über den langsamen und unbefriedigenden Fortgang ländlichen Etablissements so groß war, dass nur noch, trotz langjähriger harter Arbeit, die Aufgabe der eigenen Kolonie als letzte Lösung dastand. Sofort meldete sich der Hauptmann von Drost, der „[...] nun diese Colonie gegen 200 rthl. übernehmen [und] einen anderen Colonisten ansetzen“ wollte.²⁸³⁴ Nachdem „[...] der hauptmann Droste die Iliansche und Luftsche Colonien, welche nunmehr täglich verbessert werden, übernommen hat, wird besonders die Schaafzucht mit allem Eifer betrieben.“²⁸³⁵ Wie intensiv der Drang optimaler räumlicher Allokation landschaftsgebundener Potenziale war, spiegelt sich wunderbar in der Bemerkung des Kriegsrats Scheele bei dieser Übernahme Bönninghardter Heidegründe wider, dass „[...] alles terrain (...) zur uhrbaren Stand gebracht, und was sich dazu nicht schickt, bepflanzt“ werde.²⁸³⁶ Dies wäre durchaus die für den preußischen Staat günstigere und bessere Lösung, da es mit „[...] dem Lufft (...) auf dieser Colonie gar nicht recht fortgewolt (hat), und wenn derselbe auch noch so lange darauf bleibt, kann ich doch keine Hoffnung geben, daß er den Vorschuß, den er erhalten hat, restituiren werde“ können.²⁸³⁷ Sicherlich mag auch der schwere Schicksalsschlag mit dem Hausbrand ihn dahingehend bewogen haben, dass er aufgrund dieses Rückschlages keine weitere Kraft mehr hatte, um an der Urbarmachung seiner Bönninghardter Heidegründe weiter zu arbeiten. Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer genehmigte diesen Verkauf und wies allerdings darauf hin, dass der ländliche Kolonist Lufft bis auf die Zuschüsse zum Wiederaufbau seines abgebrannten Hauses alle vorschussweise ausgezahlten Gelder zurückzahlen müsse.²⁸³⁸ Immerhin fanden „[...] sich hieselbst keine Eingessenen noch sonst jemand, der an dem Lufft etwas zu fordern hat.“²⁸³⁹

²⁸³³ Zitat vom 15. April 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757. Aus einem Schreiben vom 30. Juli 1777 geht hervor, dass der Lufft „[...] einige Morgen auff der Sterckrater heyde angekauft“ habe, um ein neues Etablissement auf dem Land zu beginnen.

²⁸³⁴ Zitat vom 15. April 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸³⁵ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸³⁶ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸³⁷ Zitat vom 15. April 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸³⁸ Siehe dazu das Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 18. Oktober 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸³⁹ Zitat vom 27. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

Nach einer Überprüfung räumlicher Verhältnisse auf der Bönninghardter Heide vermeldete der Kriegsrat Scheele, dass „[...] auf dieser Heyde noch 6. Morgen vorrätig (sind), die unverteilt und wüst liegen.“²⁸⁴⁰ Zudem sei ihm aufgrund persönlicher Gespräche mit den Bönninghardter Kolonisten bekannt, dass die Colonie des Eitzers „[...] die beste (ist), er ist fleissig und ehrlich, Schulden hat er meines wissens gar nicht, und der Etablissements-Casse ist er auch weiter nichts alß 20 rthl. Kuh-Gelder schuldig.“²⁸⁴¹ Die Bönninghardter Colonie wuchs trotz der oben genannten Abzüge gescheiterter Kolonisten zunehmend weiter, sodass es, wie aus einem Schreiben des Hauptmannes Droste hervorgeht, „[...] das vorhabende Schul-Etablissement in seine Erfüllung gebracht werden sollte, So würde es wohl nach dem vom Ew. Wohlgebohr. entworfenen Plan geschehen müssen (...), oder halb Schulmeister und halb Colonist angesetzt“ werden.²⁸⁴² Diese nie in Umsetzung gebrachten Vorschläge zur Ansetzung eines Schulmeisters wurden schon zu Anfang des Jahres 1776 vom Kammerpräsidenten gemacht: „Der gute Fortgang in dem Anbau der wüsten Heyden (...) ist mir sehr angenehm, auch billige ich sehr, daß auf der Bönninghardter Heyde Sonsbeckschen Antheils zum besten der Colonisten, ein Schulmeister anzuziehen Bedacht genommen wird.“²⁸⁴³

Zudem wolle der Hauptmann Droste auf seinem erworbenen Bönninghardter Heidegrund mit der Anpflanzung von Maulbeerbäumen „[...] wohl einen Versuch damit wagen“, sodass diese Heidegründe nicht besiedelt, sondern zunächst mit Gewächsen bepflanzt werden sollen.²⁸⁴⁴ Zur weiteren „[...] bepflanzung meiner Colonie (...) bin ich schon mit ungefähr 18.000 Plantzen von allerhand Holzgattung ohne die zu saende Eicheln in Vorrat, auch habe ich 80 Obst bäume hier bey mir.“²⁸⁴⁵ Im Februar 1777 vermerkte der Hauptmann, dass man „[...] nicht abgeneigt (wäre), ein Versuch mit Maulbeerbäumen zu machen, (...) So werde solches, so bald es das Wetter zulassen will, einsetzen laßen.“²⁸⁴⁶ Eine solche Nutzung unkultivierter Bönninghardter Heideflächen würde das kulturlandschaftliche Erscheinungsbild erheblich verändern.

Zusammenfassend und recht zufrieden über den weiteren binnenkolonisatorischen Urbarmachungs- und Peuplierungsprozess auf der Bönninghardter Heide zum Ende des Jahres 1776 bemerkte der Kriegsrat Scheele im Zuge seiner tabellarischen Ausführungen über den Zustand niederrheinischer Städte, dass „[...] die Colonien auf der Sonsbeckschen heyde (...)

²⁸⁴⁰ Zitat vom 3. November 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁴¹ Zitat vom 7. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁴² Zitat vom 9. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁴³ Zitat vom 2. Februar 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸⁴⁴ Zitat vom 9. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁴⁵ Zitat vom 9. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁴⁶ Zitat vom 23. Februar 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

auch (...) größtentheils in recht gutem Stande (sind)“ und auch Versuche zur Schafzucht angesetzt wurden, um die Stabilisierung der Nahrungsgrundlage der fremden ländlichen Kolonisten zu verfestigen.²⁸⁴⁷ Eine Liste vom 31. Dezember 1776 über die Auszahlung der Kuhgelder für die Bönninghardter Heide gibt dem historisch-geographischen Forscher einen Überblick über die Unterstützung niedergelassener Kolonisten.²⁸⁴⁸ (s. Tab. T-63)

Tabelle der geleisteten Vorschüsse zum Ankauf von Kühen an die Bönninghardter Kolonisten vom 31. Dezember 1776

Nr.	Name	vorschussweise ausgezahlte Kuh-Gelder rthl/st
1	Heinrich Gottwald	20
2	Daniel Luft	20
3	Heinrich Illian	20
4	Philip Runckel	----
5	Johan Eitzer	20
6	Philip Daum	20
7	Johann Schreiber	18
8	Ludwicks Walter	20
9	Heinrich Arnold	8/45
10	Friedrich Gantz	8/45
11	Heinrich Holtzdörffer	20
12	Michael Metzger	20
Summa		195/30

Tab. T-63

Zu entnehmen ist hierbei auch die weitere Ansiedlung dreier, bisher in dieser Quelle noch nicht aufgetauchter Kolonisten namens Ludwicks Walter, Heinrich Arnold und Friedrich Gantz, die sich auf der Bönninghardter Kolonie zu etablieren versuchten.

Traurigerweise ist „[...] inzwischen (...) schon einer Von denen [Kolonisten] nemlich der Philip Daum mit Tode gegangen (...) und es liegen Verschiedene der Colonisten nemlich Schreiber, Illians Frau und Schwiegerin nebst 2 kindern, Becker und sein Sohn [und] Simon Hochstein (...) krank.“²⁸⁴⁹ Aufgrund dieser kolonistenreduzierenden Gefahr müsse man im Sinne dieses binnenkolonisatorischen Peuplierungsprojektes überlegen, „[...] ob nicht Dr. Reismann und hiesige Chirurgo Bleibtreu die Versorgung der kranken aufgetragen wird

²⁸⁴⁷ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

²⁸⁴⁸ Siehe dazu die Tabelle vom 31. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁴⁹ Zitat vom 28. Februar 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

und aus der Etablissements Casse Ihre bezahlung zugelegt werden könnte.“²⁸⁵⁰ Dies wäre durchaus ein Beitrag „qualifizierter“ Peuplierungspolitik, da nur gesunde ländliche Kolonisten einen Beitrag zur Urbarmachung unkultivierten Landes leisten können und damit von ökonomischen und finanziellen Nutzen für die preußische Herrschaft wären. Daraufhin entschied die Klevische Kammer die Behandlungskosten für die „[...] mit Krankheit befallenen Colonisten auf der Bönninghardter heyde“ zur Hälfte zu übernehmen, damit die besagten Kolonisten wieder gesund werden und an der weiteren Fortführung ihres ländlichen Etablissements arbeiten können.²⁸⁵¹ Zwei Wochen später berichtete der zuständige Arzt Dr. Reismann, dass es beste Hoffnung gebe, „[...] daß sämtliche Patienten, außer diejenigen, welche schon einige Jahre asthmatisch gewesen, in kurtzer Zeit völich curirt seyn werden“ und damit wieder mit ihrer anthropogenen Energie die Urbarmachung bisher noch immer bestehender unkultivierter Heidegründe vorantreiben werden können.²⁸⁵²

Zum beginnenden Frühling des Jahres 1777 wurde durch die Klevische Kriegs- und Domänenkammer der „[...] Verkauf eines Stücks Heyde Grundes von 2 ½ Morgen auf der Bönninghardter Heyde, welches (...) der Gocher Colonist Hans gehöret hat, und von dem Ankäufer Hauptman von Drost zu Holz-Gewächs aptiret werden wird“, genehmigt.²⁸⁵³ Interessanterweise versuchte nun auch die Herrschaft Kurköln eine Besiedlung und Binnenkolonisation ihres Anteils der Bönninghardter Heide zu beginnen. Im April 1777 vermeldete der Sonsbecker Bürgermeister recht überrascht, dass „[...] die Cöllnische anfangen Ihr Territorium Von der binne Carter heyde auch mit Colonisten zu besetzen und würcklich schon Zwey familien sich darauff niedergelassen haben.“²⁸⁵⁴ Wahrscheinlich aufgrund der erfolgreichen Kultivierung und Peuplierung wüstliegender Bönninghardter Heideflächen preußischer Herrschaft entschloss man sich auch auf dem kurkölnischen Anteil besagter Heide eine binnenkolonisations Besiedlung anzufangen. Da aber dadurch „[...] die Gräntzen gantz mit Colonisten besetzt werden, (...) glauben [wir], daß es nötig seyn wird, deßhalb höheren Orts Vorstellung zu thun, damit diese Beeinträchtigung im anfang geahmet werde.“²⁸⁵⁵ Man hatte durchaus Angst, dass einige Kolonisten aufgrund besserer peuplierungspolitischer Anreize zu den kurkölnischen Anteilen der Bönninghardter Heide übersiedeln könnten. Aufgrund dessen betonte die Klevische Kammer eindringlich, „[...] Solte etwa der Gottwald vorhaben sich auf die Cöllnische Bönninghardter Heide zu begeben,

²⁸⁵⁰ Zitat vom 28. Februar 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁵¹ Zitat vom 4. März 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁵² Zitat vom 17. März 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁵³ Zitat vom 5. März 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁵⁴ Zitat vom 8. April 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁵⁵ Zitat vom 8. April 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757. Daraufhin kontaktierte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer am 22. April 1777 die Cöllnische Hofkammer zu Bonn.

und anzusetzen, So muß derselbe (...) zur restitution der erhalten Beneficien angehalten werden“, damit die Etablissement-Kasse nach zahlreich getätigten Hilfeleistungen wenigstens kein weiteres monetäres Defizit erleiden müsse.²⁸⁵⁶ Die Grenzstreitigkeiten zwischen dem preußischen Staat und Kurköln zogen sich noch bis zum Jahr 1782, in dem die Klevische Kammer es nicht vermied, erneut die Bönninghardter Kolonisten darauf hinzuweisen, sich nicht „[...] noch mehr zum Nachtheil hiesiger Unterthanen, mit einer fremden obrigkeit einzulassen.“²⁸⁵⁷ Unter anderem wird hierbei sehr schön der „kompetitive“ Charakter zweier Peuplierungspolitiken deutlich, da beide peuplierungspolitisch engagierte Parteien sowohl um Menschen als auch um landschaftsgebundene Ressourcen stritten und kämpften.

Zum Herbst des Jahres 1777 kam die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zu dem Schluss, „[...] daß, da wir uns von den oeconomischen Einrichtungen des Hauptmanns von Drost und von der wohl geprüften Versuchen, die er bereits gemacht hat, einen besseren und geschwindern Success versprechen können, als bey dem Colonisten Gottwald, wir nichts dagegen haben, daß dieser seine Colonie auf der Bönninghardter Heide“ übernimmt.²⁸⁵⁸ Mit dieser Maßnahme konnte nun der noch immer wüstliegende Heidegrund endlich in Nutzung gebracht und kultiviert werden.

Das Jahr 1778 brachte aufgrund des zunehmenden Wachstums der Bönninghardter Kolonie erneut Nutzungskonflikte und Probleme mit der einheimischen Stadtbevölkerung Sonsbecks hervor. Aufgrund vermehrten Holzbedarfs Bönninghardter Kolonisten müsse der Kriegsrat Scheele „[...] die darin enthaltene von den alten Eingesessenen wider die Colonisten auf der Boenninghardter Heyde geführten Beschwerden so fort in loco (...) untersuchen“, um die Schwierigkeiten bei der Ressourcennutzung von Holz abzustellen.²⁸⁵⁹

Eine Kolonistenauflistung aus dem Jahre 1779 über die bisher auf der Bönninghardter Heide angesiedelten Emigranten offenbart dem historisch-geographischen Forscher einige interessante Einblicke in den Werdegang einiger angeworbener ländlicher Kolonisten. Diese Liste beinhaltet die Namen von 14 Bönninghardter Kolonisten: 1) Henrich Gottwald, 2) Daniel Lufft, 3) Henrich Ilian, 4) Philip Runckel, 5) Johann Eitzer, 6) Philip Daum, 7) Johan Schreiber, 8) Ludwig Walther, 9) Henrich Arnold, 10) Friedrich Gantz, 11) Henrich Holtzdörffer, 12) Michel Metzger, 13) Georg Schneider und 14) Peter Staab.²⁸⁶⁰ Aus den Anmerkungen dieser eingesandten Tabelle geht hervor, dass z. B. die Kolonisten Henrich

²⁸⁵⁶ Zitat vom 8. August 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757. Am 4. November 1777 bestätigte der Kriegsrat Scheele, dass der Gottwald bereits die 20 rthl. restituiert habe.

²⁸⁵⁷ Zitat vom 30. Dezember 1782 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁵⁸ Zitat vom 8. August 1777 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁵⁹ Zitat vom 6. März 1778 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁶⁰ Siehe dazu die Auflistung der Bönninghardter Kolonisten aus dem Jahre 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

Arnold und Friedrich Gantz vor ihrer Etablierung auf der Bönninghardter Heide ein Etablissement „[...] auf der Spellenschen Heide“ zu errichten versucht hatten.²⁸⁶¹ Die vorherigen behördlichen Schriftwechsel belegen die Ansiedlung ehemaliger Kolonisten, die zuvor ein Etablissement auf der Gocher Heide in Pfalzdorf betrieben hatten. Diese Belege in den niederrheinischen Territorien preußischer Herrschaft rotierender Kolonisten verdeutlichen dem Forscher, dass einige Kolonisten es durchaus mehrmals probierten, sich auf anderen und unterschiedlichen Heidegründen zu etablieren, um womöglich besseren und günstigeren Boden zur Kultivierung und Urbarmachung zu erhalten.

Dass ein Streit um Raum bzw. um landschaftsgebundene Potenziale nicht nur zwischen den angeworbenen fremden Kolonisten und der eingesessenen Stadtbevölkerung existierte, belegt ein Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 4. Januar 1779, in dem auf einen Streit um Raum zwischen dem „[...] Colonist Eitzer auf der Binnegat bey Sonsbeck (...) und deßen Nachbar Holtzdörfer“ hingewiesen wurde.²⁸⁶² Auch unter den Kolonisten selbst konnte es zu Nutzungskonflikten und zu einem Kampf um landschaftsgebundene Ressourcen kommen.

Im Jahre 1784 stand der Verkauf der Colonie „[...] von der Witwe Metzges auf der Boenninhardter Heyde“ an, da sie allein den Fortgang dieses binnenkolonisatorischen Etablissements nicht fortführen wollte.²⁸⁶³ Allerdings bestand die Klevische Kammer zunächst darauf, dass die Witwe des Metzgers die vorschussweise erhaltenen Kuhgelder zurückzahlen müsse. Im September 1774 hatte der Kriegsrat zur Beruhigung der ärmlichen Witwe „[...] das Vergnügen zu melden, daß (...) der Witwe des Colonisten Metzgers die 20 rthl., so ihr seeliger Mann zu Anschaffung einer kuh vorschußweise erhalten hat, völlig erlassen sind.“²⁸⁶⁴ Aus einem Brief des Jahres 1785 zweier neuer Eigentümer Bönninghardter Kolonien geht eine räumliche Umstrukturierung eigentumsrechtlicher Verhältnisse hervor. Nach diesem persönlichen Brief der Gebrüder Schwartz haben diese „[...] vor circa 4 Jahren von den Colonisten Daun, Walter et Eitzer, welche theils verstorben, theils anderwärts in hiesige Landen etabliret, 3 Colonien auf der Stadt Sonsbeckschen Bonnekaths Heide übernommen, wir haben in der Zeit, daß wir solche besitzen, sowohl wegen Erbauung neuer Häuser (...), urbarmachung und angelegten Pflanzungen bereits über 1000 rthl. Kosten deren verwendet, und erfahren leider! daß dieser besagte Heide Grund dergestalt sandig und Steril sey, daß alle unsre angewandte Mühe und Kosten vergeblich gewesen, aus welchen Gründen dann auch die

²⁸⁶¹ Zitat aus der eingesandten Tabelle von 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁶² Zitat vom 4. Januar 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁶³ Zitat vom 29. Januar 1784 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁶⁴ Zitat vom 18. September 1784 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

Colonisten davon laufen müssen.“²⁸⁶⁵ Sowohl die Tatsache, dass einige Bönninghardter Kolonisten aufgrund des schlechten Bodens am Existenzminimum lebten und dadurch wegzogen, sowie die bei der Anfangsphase binnenkolonialisatorischer Aktivität getätigte Einschätzung lokaler Amtsträger über die Bodenbeschaffenheit der Bönninghardter Heidegründe, bestätigte sich nun nach ca. 15 Jahren erneut. Dennoch sei man noch willens, den „[...] fast gänzlich unbrauchbaren Heide Grund nach der Königl. Allerhöchsten Intention einigermaßen Urbar zu machen“, damit sich diese kostenintensive Investition nicht zum finanziellen Fiasko für die Brüder entwickeln würde.²⁸⁶⁶ Damit die errichteten „[...] Häuser nicht ledig stehen“, habe man einige Bewohner darin einquartieren können, „[...] allein es sind [aber] ganz arme Leute“, die nahezu kein Vermögen besitzen.²⁸⁶⁷ Diese beiden brüderlichen Entrepreneurs haben sich unzweifelhaft bei ihrem Unternehmen auf der Bönninghardter Kolonie verspekuliert, sodass „[...] Unsere Schande (...) Jährlich größer (wird)“, wenn nicht wenigstens mit staatlicher Unterstützung ein „[...] auf solcher Heide so höchst nötige[r] brunnen“ angelegt werden würde.²⁸⁶⁸ Man habe, so die Klageschrift über das Unternehmen Bönninghardter Kolonie, schon „[...] leider Schaden genug, daß wir in so kurzer zeit schon so viele vergebliche Kosten, vielleicht noch in 20 Jahren keine Hoffnung vor uns sehen, einigen Nutzen darvon zu ziehen.“²⁸⁶⁹ Da der örtliche und lokalkundige „[...] Magistrat zu Sonsbeck sowohl als jeder Oeconomie-verständiger längst völlig überzeugt gewesen ist, daß der heide Grund auf der Stadt Sonsbeckschen Boeningkather der allerschlechteste im Lande seye“, ist die erfolgreiche Urbar- und Besiedlungsleistung der allerersten Kolonisten umso höher einzuschätzen und zu bewerten, die wahrscheinlich trotz ihres unermüdlichen Einsatzes auf solch schlechtem Boden und schwierigen naturräumlichen Rahmenbedingungen überleben konnten. Man habe trotz negativer Erkenntnisse binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik auf der Bönninghardter Heide „[...] teils allerhand Sorten Bäumeplantzen, teils über 40 Tanne Saamen, 4 Malter Bircken Saamen saen laßen, (...) so ist darauf wenig oder nichts reüssiret.“²⁸⁷⁰ Zudem mussten die Gebrüder Arnold und Friedrich Schwartz aufgrund fehlender Brunnen Wasser „[...] in der Stadt Veen in Fäßern auf der Schubkare holen müssen“, um die Pflanzungen zu bewässern.²⁸⁷¹

²⁸⁶⁵ Zitat vom 23. Februar 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757. Ferner wurde bestätigt, dass der Bönninghardter Heideboden „[...] im höchsten Grade schlecht [sei] und (...) fast aus lauter Sand oder Kieß“ bestehe.

²⁸⁶⁶ Zitat vom 23. Februar 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁶⁷ Zitat vom 23. Februar 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁶⁸ Zitat vom 23. Februar 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁶⁹ Zitat vom 23. Februar 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁷⁰ Zitat vom 23. Februar 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁷¹ Zitat vom 23. Februar 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

Der Magistrat der Stadt Sonsbeck relativierte die teils so dramatisch formulierten Sätze des Entrepreneurs Schwartz. Er wies zunächst einmal darauf hin, dass noch Heidegründe von mindestens der Hälfte „[...] der drey Colonien noch incultiviret [lagen], und in dem nehmlichen Zustande sind, worin sie vor 15 Jahren waren, dabey sehr hoch liegen, und ein ziemlicher Theil davon ein sandiger mit Kieselsteinen Vermischter Boden ist, es als nicht zu erwarten stehet, ob dieser Grund je zum Ackerbau oder zu holtzung zu aptiren sein wird.“²⁸⁷² Was jedoch „[...] das Waßer anbetrifft, welches die Colonisten von weit entlegenen Quellen zu ihren Haußhaltungen und den Viehstand herbey holen müssen, wäre es sehr guth und dienlich, auch bey sich entstehen könnender feuersbrunst, daß zum wenigstens Ein bis zwey Brunnen auf eine schickliche Art daselbst angeleget würde.“²⁸⁷³ Der preußischen Kammer sei es wohl bekannt, „[...] daß anno 1777 und 1778 die Colonisten Ilians und Lufft auf der Bennecarter heyde Sonsbeckschen Anteils entlaufen“ seien und die nachfolgenden sich auf der besagten Heide etablierenden Colonisten „[...] Bongerst, Johann und Heinrich Verhaalen ebenfalls darauf zu Grunde gingen und die Heide wüste liegen ließen.“²⁸⁷⁴ Dass man überhaupt auf einem solchen schlechten Boden eine binnenkolonisatorische Peuplierung versuchte, kann nur mit dem peuplierungspolitischen Drang nach optimaler räumlicher Ausnutzung vorhandenen Raumes begründet werden.

In einen Bericht einer gemeinsamen Begehung der Heide durch den Commissario Loci und den Bürgermeister vom 14. Oktober 1785 wurde festgehalten, dass jede der drei „[...] Colonien (...) nach der letzteren im Jahre 1778 aufgenommenen Carte 8 Morgen 587 Ruthen groß (ist), und jeder derselben fand sich ohngefehr 2 ½ Morgen zu bauland cultivirt“, wobei auf zwei Kolonien „[...] ganz neue und gute Gebäude (...) errichtet“ worden waren.²⁸⁷⁵ Die ehemaligen Kolonien des Daums, Walters und des Eitzers hatten einen Wert von 542 Reichstalern. Eine Anlegung zweier Brunnen auf der Bönninghardter Heide, so die Schlussfolgerung der Begehung, wäre aus verschiedenen Gründen mehr als hilfreich für das Überleben auf der kargen Heide.

Zu Beginn des Jahres 1786 sicherte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer nach Rücksprache mit dem Berliner Generaldirektorium dem Major von Drost, den Eingesessenen Schreiber und Hochstein, den Colonisten Leyen, Becher und Holtzdörffer und den Gebrüdern Schwartz die Genehmigung von Freijahren zur Rettung der Bönninghardter Kolonie zu, „[...]

²⁸⁷² Zitat vom 14. Juni 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁷³ Zitat vom 14. Juni 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757. Jedoch wäre es am besten, wenn die geplante Anlegung der notwendigen Brunnen auf der Bönninghardter Kolonie „[...] nicht auf Kosten der hiesigen Cämmerey“ geschehen würde.

²⁸⁷⁴ Zitat vom 6. August 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁷⁵ Zitat vom 14. Oktober 1785 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

in der Hofnung, daß die Besitzer dieser Colonien allen Fleiß anwenden werden, während derselben dazugehörnde Gründe urbar zu machen und in guten Stand zu setzen.“²⁸⁷⁶ Da der preußische Staat schon so viel Geld und Mühe in dieses binnenkolonisatorische Peuplierungsprojekt „landbezogener“ Bevölkerungspolitik investiert hatte, unterstützte man die Bönninghardter Kolonie weiterhin, damit der noch nicht urbargemachte Raum in Kultur gesetzt werden würde. Daher sollten Gelder für die Brunnenanlegung der Gebrüder Schwartz vorgeschossen werden. Auch in der Phase „passiver“ Peuplierungspolitik unterstützte so der preußische Staat weiterhin die schon begonnenen peuplierungspolitischen Projekte in vielfältiger Weise. Ferner wurden „[...] sämtliche auf der Boenigarter Heide wohnenden Colonisten Vorgeladen, um [sie zu] befrage[n], ob sie wegen anlegung eines neuen Brunnens (...) ein kleines Capital“ beitragen würden.²⁸⁷⁷ Diese Bönninghardter Kolonisten „[...] erklärten sich hierzu willens und bereit“, da diese Anlegung für die Bönninghardter Kolonie ungemein wichtig war.²⁸⁷⁸ Um die Grenzen zur der kurkölnischen Bönninghardter Heide endgültig sichtbar zu kennzeichnen, hatte man ferner „[...] gestern Morgen gegen 7 Uhr mit der ganzen Bürgerschaft den einige hundert Morgen großen, Von Chur Cöllnischer Seite, denen Herren Baron von Rinsch, Metzges, Schwartz (...) angewiesene heide Gründe [mit] (...) Abgrabungen und Wällen“ versehen.²⁸⁷⁹

Aus einer Verordnung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer des Jahres 1787 geht hervor, dass man nun prüfen solle, wie „[...] sich noch drey Colonisten Nahmens Johann Schreiber, Henrich Holtzdörffer und Georg Michel Metzgers befinden“ und recherchieren, ob sie nun endlich Abgaben leisten könnten.²⁸⁸⁰ Im Jahr 1788 vermeldete der Sonsbeck Magistrat, dass er nun endlich „[...] die 20 rthl. Kuhgelder der Frau Holtzdörffer“ übersenden könne und dass der ländliche Kolonist Metzger „[...] seine Colonie an einen Leyers Verkauft“ habe.²⁸⁸¹ Auch die „[...] dem Colonisten Joh. Schreiber auf der Bönninghardter Heyde noch zu restituirende 10 rthl. Vorschuß bey der Domainen Bau Casse [konnten] in Einnahmen gebracht werden.“²⁸⁸² Einer weiteren Ansiedlung auf der Bönninghardter Heide wurde eine Absage erteilt, da „[...] auf der hiesigen Bönicarter heyde kein Platz vorhanden sey, wo sich

²⁸⁷⁶ Zitat vom 24. Januar 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁷⁷ Zitat vom 23. Februar 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁷⁸ Zitat vom 23. Februar 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁷⁹ Zitat vom 20. April 1786 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁸⁰ Zitat vom 14. Oktober 1787 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁸¹ Zitat vom 22. Januar 1788 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁸² Zitat vom 17. Dezember 1791 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 398. Am 22. Dezember 1791 bemerkte die Klevische Kammer aber, dass der „[...] Colonist Schreiber auf der Boeningharter Heyde den ihm aus der Colonisten Etablissements Casse gereichten Vorschuß ad 10 rthl. noch nicht restituiret“ habe. Sogar wurde im Jahre 1793 erwogen, dass dieser seine Kolonie an einen gewissen Samert abtreten könne. Zitat vom 22. Dezember 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

der Colonist Hanemann etabliren könne.“²⁸⁸³ Im Jahre 1791 wurde ein neuer Kolonist namens Friedrich Roemer genannt, der wie die anderen Kolonisten um die Ausstellung von Freijahren bat. Auch in Zeiten durch die Französische Revolution bedingter politischer Wirren genoß die Bönninghardter Heide weiterhin peuplierungspolitische Privilegien, da es „[...] seine Richtigkeit (hat), daß die Colonisten Von der Bonicarter Heyde Stadt Sonsbeckschen Anteils von jeher, und bis jetzt Von allen Mühlen-Fuhr-diensten frey gewesen“ waren.²⁸⁸⁴

Die binnenkolonialisatorische Peuplierungspolitik der Bönninghardter Heide konnte zwar aufgrund schwierigster naturräumlicher Rahmenbedingungen und lokaler Widerstände einheimischer Stadtbevölkerungsteile nicht im großen Umfang mit Kolonisten besiedelt werden, dennoch gilt es aber festzuhalten, dass zahlreicher Heidegrund im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik durchaus peupliert und in Kultur gebracht worden war. Auch wenn die Bönninghardter Kolonie über eine lange Zeit eine arme und trostlose Gegend gewesen war, die sich im Zuge weiterer bevölkerungspolitischer Unterstützung nur langsam entwickelte und keine reale Ortsentwicklung mit einem dazugehörigen Ortskern und typischer Infrastruktur kannte, stellt sie dennoch ein Relikt raumwirksamer Peuplierungspolitik in der niederrheinischen Kulturlandschaft dar. (s. Photo 12)

Heutiger Blick auf die Bönninghardter Heide mit einer Einzelhofanlage



Photo 12, M. Zbroschzyk 2012

²⁸⁸³ Zitat vom 13. März 1787 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757.

²⁸⁸⁴ Zitat vom 17. November 1793 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

Alle im Jahr 1799 gezählten 177 erwachsenen Siedler der Bönninghardter Kolonie gingen auf peuplierungspolitisch angeworbene Kolonisten zurück, die entweder noch zum Ende des 18. Jahrhunderts hinzukamen oder schon zur zweiten Generation niedergelassener Emigranten gehörten.²⁸⁸⁵ Nach einem Bericht des Jahres 1840 lebten auf der gesamten Bönninghardt 180 Familien, bestehend aus 940 Kolonisten, immer noch in ärmlichsten Verhältnissen und elenden Hütten, wovon im preußischen Teil 107 Familien auf der Bönninghardter Kolonie siedelten.²⁸⁸⁶ Die Raumwirksamkeit kulturlandschaftsverändernder Urbarmachung und Kultivierung auf der Bönninghardter Kolonie hinterließ Spuren anthropogener Eingriffe auf der bisher unkultiviert gewesenen besagten Heide. Sowohl mühsam aufgebaute Häuser und Scheunen als auch mit Roggen und Kartoffeln bestellte Felder und mit Maulbeerbäumen und anderen Holzgewächsen versehene Bepflanzungsareale brachten ein anderes Erscheinungsbild ehemals unkultivierter Heideflächen hervor, deren Nutzen für die preußische Kämmereikasse allerdings erst auf lange Zeit zum Tragen kommen konnte.

2.2.3. Die Kultivierungsbemühungen wüster Stellen am Heeseberg und Hettenkamp bei Xanten

Die Akte „Wegen der auf dem sogenannten Heesenberge bey der Stadt Xanten angelegten Colonien und was wegen der daselbst etablirten Colonisten Specialiter ergangen 1769-1771“ gibt dem historisch-geographischen Forscher einen weiteren Einblick in die Raumwirksamkeit binnenkolonialisatorischer Peuplierungsbemühungen wüstliegender Heidegründe im niederrheinischen Gebiet, welche unter schwierigsten naturräumlichen Rahmenbedingungen zu kultivieren versucht worden sind. Die ersten fremden Kolonisten für die xantenschen wüsten Ländereien wurden von einem preußischen Beamten namens von Hochstetter aktiv angeworben, der ihnen in Frankfurt am Main, der infrastrukturellen Schaltstelle peuplierungspolitischer Anwerbungen fremder Emigranten, die notwendigen Reisescheine in die preußisch-klevischen Lande ausstellte. Folgender „Passierschein“ vom 16. Februar 1770 für die beiden sich in der ländlichen Umgebung von Xanten niederlassen wollenden Kolonisten lässt uns Einblicke in Herkunft und die Privilegien angeworbener fremder Emigranten nehmen.²⁸⁸⁷

„Demnach Vorweiser dieses Christian Kauth und Jacob Gast, beide von Oberbronn im Elßas, dem Grafen von Löwenhaupt gehörig, sich allhier gemeldet, (...) entschlossen seyen, in

²⁸⁸⁵ Zahl entnommen aus Wensky, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815 ... , S. 103.

²⁸⁸⁶ Siehe dazu Imig, J.: Die Bönninghardt ... , S. 69.

²⁸⁸⁷ Siehe dazu den abgedruckten Passierschein zweier angeworbener ländlicher Kolonisten vom 16. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

dieser Angelegenheit, in die königlich-preußische Landen, nacher Cleve zu verreisen, und mich Endes Unterzeichneten, wegen dato sicherer und ohngehinderten Dahinkunft, um einen beglaubten Passport, geziemend gebeten; Als habe ich derselben einen solchen, durch gegenwärtiges, hiermit ertheilen und Jedermanniglich, noch Standeswürden, gebührend ersuchen wollen, obgemeldet 2 Persohnen (...) nicht nur aller Orten, frei, sicher, und ohngehindert bis nacher Cleve passiren zu lassen, sondern denenselben auch, die sich etwa bey Ihrer Reise ereignenden Fällen, auf gebührendes Ansuchen und Bitte, allergünstig und geneigten Willen zu erzeigen, welches man, königlich-Preußischer Seits, in dergleichen und anderen Vorfällen zu erwiedern ohnermanglen wird.“

Mit diesem Passierschein angeworbener Kolonisten wurden diesen die unentgeltliche und zollfreie Durchreise in die preußischen Landen sowie die freundliche Aufnahme in Kleve gesichert, von wo aus die Kolonistenströme in das niederrheinische Gebiet koordiniert wurden.

Zum 19. März 1770 berichtete der Kriegsrat Sandrart, „[...] wie sich (...) 3 Colonisten Familia, in summa 16 Personen (...) auf der Heyde Gründe des Heesenberges bey Xanten etabliret haben.“²⁸⁸⁸ Dabei versäumten es die drei ländlichen Kolonisten Kauth, Gast und Eselbronn nicht zu bitten, „[...] daß Ihnen die Vielen Gelder nach dem Publicants vom 1. Sept. 1769 ausbestattet werden mögten“, da sie „[...] alle drey auf ihre eigne Lasten herunter gereiset (sind).“²⁸⁸⁹ Nachdem „[...] sich Gestern 3 Colonisten Familien, deren Umstände in der anliegenden Tabellarischen Nachweise so detailliert enthalten sind, beym Commissario loci Kriegrath Sandrart gemeldet, und gebeten, daß dieser ihnen heyde Gründe anzeigen mögte, auf Welche sie sich etabliren und niederlaßen könnten“, hatte sich der binnenkolonisationsmäßig engagierte Kriegsrat „[...] so fort nach dem (...) sogenannten Heeseberg begeben“, um den Kolonisten einen Eindruck der urbar zu machenden Ländereien zu verschaffen.²⁸⁹⁰ Der unbesiedelte, mit unkultivierten Heidegründen versehene Heeseberg war ein „[...] der Stadt Xanten zugehöriges Patrimonial und Heyde, daß nach der amts-Vermessungs Carte 28 Morgen 314 Ruthen holländ. enthält“ und damit ein sehr kleines Land zur Peuplierung war.²⁸⁹¹ Bezüglich der räumlichen Ausnutzung dieser wüstliegenden Heidegründe auf dem Heeseberg war „[...] gewiß, daß er biß hirher gar nicht genutzt worden, und der Cämerey Casse das allermindeste eingebracht“ hatte, sodass eine

²⁸⁸⁸ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁸⁹ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁹⁰ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁹¹ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

binnenkolonialisatorische Urbarmachung und Besiedlung nur zum Vorteil gereichen konnte. Obwohl „[...] das Terrain nicht von der besten Qualität, sondern Vielmehr hin und wieder sandigt und (...) steinig ist, (Waren) die anwesenden Colonisten (...) auch selbst Vollkommen mit dem Lande Zufrieden.“²⁸⁹² Diese Anmerkung über die Bodenqualität deutete aber unzweifelhaft darauf hin, dass eine geplante Kultivierung besagter Heide nicht ohne Probleme von statten gehen würde. Einer von den auf dem Heeseberg niederlassungswilligen ländlichen Kolonisten hatte sogar ein zur Urbarmachung wüstliegender Heidegründe nützliches „[...] Pferd (...) aus (...) [seinem] Vaterlande mit anhero gebracht und so viel Geld bey sich“, um somit sein binnenkolonialisatorisches Vorhaben zur Etablierung auf dem Xantenschen Heeseberg sofort beginnen zu können.²⁸⁹³ Der Anfang binnenkolonialisatorischer Arbeit sollte dahin gehend umgesetzt werden, dass die Kolonisten sofort „[...] mit ihren Pferden die Cultur anfangen und sich gleich vor der Grund Hütten darauß erbauen“ sollten, damit zumindest eine Unterkunft für sie vor dem Winter errichtet sein würde.²⁸⁹⁴ Die drei ländlichen Kolonisten verlangten nicht viel Land zur Kultivierung, „[...] sondern nur ein jeder in Summa 8 holländ. Morgen von demjenigen Terrain.“²⁸⁹⁵ Der Xantener Magistrat empfahl, dass „[...] 1) der Colonist Kaut 4 Morgen, 2) der Colonist Gast 4 Morgen [und] 3) der Colonist Eselborn 6 Morgen“ zu Urbarmachung besagter unkultivierter Heidegründe zugesprochen bekommen sollten.²⁸⁹⁶ Diese Zuteilungsgrößen entsprachen dem allgemeinen Richtmaß ausgegebener Heidegrundflächen, wenn man dies z. B. mit der Größe ausgeteilter Ländereien auf der Bönninghardter oder Gocher Heide vergleicht. Der Kolonist Eselborn „[...] müsste sich aber 16 holländ. Morgen ausbitten, [weil] (...) diese nicht vor der Güte der Vorigen wären, und wollte er auch augenblicklich sich eine hütte errichten und an die Urbarmachung geben.“²⁸⁹⁷ Da die drei Kolonisten einen sehr tüchtigen, fleissigen und engagierten Eindruck hinterließen, sollte man ihnen auch die peuplierungspolitisch garantierten Freijahre zugestehen und die Brennholzausgabe „[...] ohnentgeltlich erstatten“, damit die Entwicklung dieser „landbezogenen“ peuplierungspolitischen Maßnahme einen guten Anfang nehmen konnte.²⁸⁹⁸

²⁸⁹² Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁹³ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁹⁴ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁹⁵ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁹⁶ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

²⁸⁹⁷ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁸⁹⁸ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

Eine von dem Kriegsrat Sandrart angefertigte Tabelle von den Umständen der drei sich auf dem Heeseberg etablierenden Kolonisten gibt dem Forscher einen Einblick über die persönliche Lage der einzelnen Emigranten.²⁸⁹⁹ (s. Tab. T-64)

Nachweise von denen Umständen derer 3 Colonisten Familien welche sich den 18. März 1770 bei dem Commissario loci Kriegs Rath Sandrart allhier zu Xanten eingefunden, auf dem Heeseberge bey Xanten etablirt worden

Nr.	Name	Woher	Profession	Wer sie engagiert hat	Anmerkungen
1	Christian Kauth	aus Oberbronn im Elsas	Bauersmann	von Hochstetter	catholisch, 1 Mann (34), 1 Frau (30), 3 Söhne (15, 8, 4½), 1 Tochter (½), soviel [Vermögen], daß er ein Pferd kaufen kan
2	Jacob Gast	aus Oberbronn im Elsas	Bauersmann	von Hochstetter	catholisch, 1 Mann (28), 1 Frau (32), 1 Sohne (4), 2 Töchter (6, 2½), so viel [Vermögen], daß er sich ein Pferd kaufen kan
3	Philip Eselborn	aus Rothkirchen aus der Pfaltz	Bauersmann	ist ohne Engagement gekommen	lutherisch, 1 Mann (37), 1 Frau (46), 1 Sohne (6), 2 Töchter (12, 10), hat nichts
Summa		----	----	----	16 Personen

Tab. T-64

Den in der Kolonistentabelle des Xantener Heeseberges aufgeführten 16 Personen wurde „[...] sogleich ([d]er Heyde Grund auß dem Heesenberge) angewiesen, Sie haben Stroh und Holtz erhalten und es ist ihnen ein guts Hauß, worinen sie so lange wohnen können, bis sie sich selbst eine Hütte gebauet, frey gegeben“ worden, um ihnen die Urbarmachung und Besiedlung unkultivierter Heeseberger Heidegründe zu erleichtern.²⁹⁰⁰

Dennoch zeigten sich schon am Anfang des Urbarmachungs- und Peuplierungsprozesses Heeseberger Heideländereien potenzielle Nutzungskonflikte einheimischer Stadtbevölkerungsteile und fremder Kolonisten. Damit diese Konflikte landschaftsgebundener Ressourcen schon im Keim erstickt werden konnten, wies der Kriegsrat den Xantener Magistrat „[...] so fort [an] publiciren zu lassen, daß sich Niemand bey 5 st. Strafe von heute an mehr unterstehen solle, Plaggen aus dem Heeseberg zu hauen“, damit das binnenkolonisationsische Besiedlungsprojekt nicht in Gefahr gerät.²⁹⁰¹ Indessen berichtete der Xantener Bürgermeister Schwartz, dass er pflichtgemäß nach den peuplierungspolitischen Vorgaben preußischer Behörden die „[...] eingetroffenen 3 Colonisten familien, welche sich

²⁸⁹⁹ Siehe dazu die Tabelle vom 18. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁰⁰ Zitat vom 18. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁰¹ Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

bei mir um eine wohnung gemeldet, so fort gehörig untergebracht habe.“²⁹⁰² Allerdings wolle aufgrund ungünstiger Wetterbedingungen „[...] die jetzige raue Witterung [es] noch nicht zulaßen, daß der Colonist Eselborn auf dem ihm angewiesenen Heyde Grunde arbeiten kann, und hat deshalb gebeten, daß ihm und seinen frauen etwas Verdienst verschaffet werden möchte“, damit er seinen Unterhalt bis zur beginnenden Urbarmachung selbst verdienen könne.²⁹⁰³ Dies mag durchaus ein Indiz für einen fleißigen Kolonisten darstellen, der nicht nur mithilfe staatlicher Subventionsgelder auskommen, sondern eigenmächtig von sich aus für seine Subsistenz arbeiten wollte.

Das Generaldirektorium war mit den binnenkolonisatorischen Peuplierungsbemühungen des Kriegsrates Sandrart auf den unkultivierten Heeseberger Heidengründen recht zufrieden, weil der „[...] Heeseberg durch diese Colonisten nicht nur brauchbar, sondern auch der Cämmerey in der Folge einträglich gemacht wird“, wie es anscheinend bisher nicht der Fall gewesen war.²⁹⁰⁴ Allerdings hoffte man, dass im Sinne optimaler räumlicher Ausnutzung bevölkerungspolitischer Zielvorstellungen „[...] auf gleiche Weise aus hiernächst die von dieser heyde noch übrigen 14 Morgen 314 Ruthen unterzubringen“ seien und mit Kolonisten peupliert werden könnten.²⁹⁰⁵ Dass die binnenkolonisatorischen Besiedlungsaktivitäten wüstliegender Heidegründe im niederrheinischen Territorialgebiet preußischer Herrschaft weiterhin durch den preußischen Staat aktiv gefördert wurden, belegte nicht nur die bisher geschehene Unterstützung angekommener Emigranten. Auch musste das peuplierungspolitisch „[...] versprochene Meilen Geld (...) allen 3 Colonisten familien“ zur Förderung der Heeseberger Kolonie ausgezahlt werden.²⁹⁰⁶ Daraufhin zeigte der niederlassungswillige elsässische Kolonist „[...] Christian Kauth (...) an, wie er aus Oberbron im Elsas gebürtig sey, die nächste Tour dahin von hier über Cölln, Coblentz, Mayns, Worms, Speyer, Landau und von Weisenborgh“ nach Xanten kam, das in der Summe eine Zeit von „[...] 93 Stunden ausmach[t]e.“²⁹⁰⁷ Philip Eselborn kam von „[...] Rothkirchen in der Pfaltz, [das] 60 Stunden von hier sey.“²⁹⁰⁸ Diese Ausführungen der Reisewege sind sicherlich auch für die migrationshistorische Forschung interessant und erlauben uns einen Einblick in den räumlichen und zeitlichen Verlauf kolonistischer Emigration.

²⁹⁰² Zitat vom 20. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁰³ Zitat vom 21. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁰⁴ Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁰⁵ Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁰⁶ Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁰⁷ Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187. Der ebenfalls aus dem Elsass stammende ländliche Kolonist Gast hatte den gleichen Weg wie der Kauth genommen.

²⁹⁰⁸ Zitat vom 31. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

Im April des Jahres 1770 meldete der Kriegsrat Sandrart, dass sich bei ihm die „[...] Colonisten Familie des Wilhelm Nampf (...) gemeldet“ und die er nun „[...] gleichfalls auf dem hiesigen Heesen Berge etabliret“ habe, um das noch vorhandene wüstliegende Heideland auf dem Heeseberg zu peuplieren.²⁹⁰⁹ Diese Kolonistenfamilie bestand in seiner Haushaltung aus sechs Personen. Der Kolonist Wilhelm Nampff erzählte dem Kriegsrat, „[...] er sey schon vor 3 Wochen in hiesiger Gegend gekommen, hab sich bey hochlöbl. Königl. Kriegs- und Domainen Cammer gemeldet, und wäre demnach an den Herrn Kriegs- und Dom- Rath von Baumann nach Goch gesandt worden, (...) [damit] ihm ein Etablissement auf der Gocher Heyde anzuweisen“ wäre.²⁹¹⁰ Da „[...] aber dergleichen da selbst nicht mehr vorhanden gewesen, wäre er auf anrathen eines guten freundes aus Pfaltzdorff hiehin gegangen (...) und bath, daß ihm einige Morgen Heyde Grunde zur Urbarmachung angewiesen werden möchten“, damit er sich in den preußisch-rheinischen Landen unter dem Schutz des preußischen Königs Friedrichs des Großen etablieren könne.²⁹¹¹ Dieser Ausführung des Kolonisten Nampf ist auch zu entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt die bis heute für die niederrheinischen Gebiete bekannteste Binnenkolonisation Pfalzdorf aus räumlicher Perspektive zu diesem Zeitpunkt vollständig ausgelastet gewesen war. Nach einer erfolgten Zusicherung seines Etablissements auf den Heeseberger Heidegründen wollte der ländliche Kolonist „[...] Nampff (...) so fort nach seiner Heymath zurückkehren, seine Sachen verkaufen und binnen 8 Tagen mit seiner Frau und Kindern retourniren“, um mit der Urbarmachung der ihm zugewiesenen Heeseberger Heidegründe zu beginnen.²⁹¹² Der Kolonist Wilhelm Nampf stammte aus Mertenstein, „[...] einem dorf unter Baden Baden Rastadt“, war der lutherischen Konfession zugehörig, besaß 250 Gulden und hatte einen Haushaltsstand bestehend aus sechs Personen, ein Mann (30), eine Frau (33), ein Sohn (9) und drei Töchter (9, 4 und 2).²⁹¹³ Ihm solle, sobald „[...] er retourniret [und] solange bis er sich ein Hauß gebauet hat, freye Wohnung verschaffet werden.“²⁹¹⁴ Die peuplierungspolitische Unterstützung der angeworbenen Kolonisten erfolgte zunächst in der Anfangsphase ohne Verzögerung, da der zuständige Magistrat der Stadt Xanten berichtete, dass „[...] Wir sothane Colonisten bereits 41 rthl. 5 st. aus der Cämmerey auf Ew. Wohlgeb. Ordre avanciret“ haben, damit sie die Urbarmachung der ihnen zugewiesenen Heidegründe

²⁹⁰⁹ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹¹⁰ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹¹¹ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹¹² Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹¹³ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹¹⁴ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

forcieren können.²⁹¹⁵ Allerdings bat er gleichzeitig um die Genehmigung weiterer Gelder für die angekommenen ländlichen Kolonisten, weil „[...] Wir sonst nicht im Stande sind, die Etatmäßige Ausgabe zu bestreiten, und (...) die Colonisten täglich an Holtz und sonstigen nothwendigkeiten ein mehreres fordern.“²⁹¹⁶

Am 9. April 1770 übersandte man dem Kriegsrat „[...] zwey Colonisten Georg Schneider und Peter Staab zu, die (...) sehr gute Leute zu seyn scheinen, und befehlen Euch allergnädigst dahie zu sorgen, daß ihnen in einer guten Gegend auf der Spellschen heyde ein etablissement von 8 Morgen angewiesen werde.“²⁹¹⁷ Der Kolonist Georg Schneider aus „[...] Lengelsheim bei Zweybrücken“ in Lothringen, 44 Meilen von Xanten entfernt, 200 Reichstaler an Vermögen, katholischer Religion zugehörig, eine Haushaltung von einem Mann (34), einer Frau und 3 Söhnen (10, 8 und 6), Leinenweber von Profession, „[...] will aber seine Profession nicht treiben, sondern als bauer sich ernähren.“²⁹¹⁸ Sein Bekannter Peter Staab kam ebenfalls aus dem gleichen Ort, 37 Jahre alt, eine Frau und eine Tochter (14), war auch der katholischen Religion zugehörig und besaß an Vermögen 100 Reichstaler. Am 11. April 1770 berichtete Sandrart allerdings von einer anderen Planung, weil „[...] heute zwey Colonisten Nahmens Georg Schneider und Peter Staab (sich) bey mir gemeldet (haben), und gebeten, daß ich sie in hiesiger Gegend etabliren möchte, weil sie allhier einige von ihren Landesleuten und bekanten angetroffen bey denen sie lieber bleiben als nach Wesel, wohin sie, und zwar an den Landsrath Elsner (...), addressiret wären, gehen wollten.“²⁹¹⁹ Aufgrund sozialer und heimatgemeinschaftlicher Nähe zu den sich auf dem Heeseberg etablierenden Kolonisten entschlossen sich die zwei neuen Durchreisenden, nach den Vorgaben der Klevischen Kammer eigentlich auf der Spellenschen Heide sich niederzulassen sollenden Kolonisten, auch auf der besagten Heide ein Etablissement zu beginnen. Daraufhin habe der Kriegsrat sofort „[...] ihnen die Terrains des Heesenberge vor hiesiger Stadt, worauf ihre Landsleute etabliret sind, zeigen laßen, und weil sie mit solchen wohl zufrieden waren, nicht nur die Versicherung gegeben, daß sie davon einen Theil, und zwar jeder 4 Morgen holländ. erhalten solten“, sondern zusätzlich die anderen peuplierungspolitisch garantierten Benefizien genießen könnten.²⁹²⁰ Zudem wäre diese spontane Umplanung der Ansiedlung dieser zwei Kolonisten auch aus folgendem Grund nachvollziehbar, „[...] da sie (zumahl) Catholisch wären, und ihre Religion desto besser allhier exerciren könnten“, sodass sie „[...] dahero recht

²⁹¹⁵ Zitat vom 4. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 891.

²⁹¹⁶ Zitat vom 4. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 891.

²⁹¹⁷ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹¹⁸ Zitat vom 9. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹¹⁹ Zitat vom 11. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²⁰ Zitat vom 11. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

sehr (bathen), daß ihnen auf besagten Heesenberg gleichfalls die benöthigten Etablissements, zugetheilet werden möchten“, das wiederum aus räumlicher Perspektive kein Problem darstellte, „[...] da nun auf selbigen so viel Heide Grund übrig ist, daß beyde fremde darauf etabliret werden können.“²⁹²¹ Zum Ende des Monats April gab sich das Generaldirektorium „[...] in Ansehung der beyden Colonisten Georg Schneider und Peter Staab getroffenen Verfügungen wohl zu frieden“, sodass einer binnenkolonisatorischen Ansiedlung der beiden Kolonisten auf den Xantener Heeseberg nichts mehr im Weg stand.²⁹²²

Währenddessen wurden den Kolonisten Kaut 19 rthl. 10 st., dem Kolonisten Gast 15 rthl. 20 st. Meilen Gelder ausgezahlt und eine Vermessung der besagten Heidegründe auf dem Heeseberg angeordnet.²⁹²³ Nach der Vermessung wurde „[...] die besagte Heyde in der amts Carte 28 Morgen 314 Ruthen holländisch gmäß angegeben“, wobei der Kriegsrat zur optimalen Besiedlung die peuplierungspolitische Absicht hatte, „[...] 6 familien darauf zu etabliren“, um den bisher unkultivierten und unbesiedelten Raum zur Peuplierung optimal auszunutzen.²⁹²⁴ Zur Anfangsphase binnenkolonisatorischer Etablierung konnte der Kriegsrat zufrieden berichten, dass „[...] die Leute (...) fleißig mit der Uhrbarmachung beschäftigt (sind)“, sodass er „[...] von ihrem fortkommen gute Hoffnung“ habe.²⁹²⁵

Am 19. Mai 1770 vermeldete der Kriegsrat Sandrart, dass er einen Kolonisten namens Lorenz Weber „[...] auf den hiesigen Heesenberg etabliret (habe), und ihnen das Heyde-Theil so für den Colonisten Schneider laut eines allerunterthänigsten Berichts vom 11. april abgestoßen worden, zur Cultivirung übergeben, weil der Schneider nicht retourniret ist.“²⁹²⁶ Sollte dieser ländliche Kolonisten Schneider dennoch später noch ankommen, so der Kriegsrat weiter, „[...] werde ich ihm ein ander Stück Land im Hettecamp übergeben“, damit dieser sich dort zum Vorteil der Kämmerei-Kasse etablieren könne.²⁹²⁷ Dieser Kolonist Lorenz Weber, katholischer Religion zugeneigt, ein Bauersmann von 25 Jahren, entstammte aus Pitz in Lothringen und kam mit seiner 29-jährigen Frau aus eigenem Antrieb in die preußischen Lande. Der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer war sehr „[...] angenehm, daß Ihr den Lorentz Weber auf dem Heesenberge angewiesen habt und wir nicht zweifeln, daß Ihr demselben zu seinem Etablissement alle assistance leisten werdet.“²⁹²⁸

²⁹²¹ Zitat vom 11. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²² Zitat vom 28. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²³ Zitat vom 11. April 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²⁴ Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²⁵ Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²⁶ Zitat vom 19. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²⁷ Zitat vom 19. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹²⁸ Zitat vom 16. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

Im Sommer 1770 bat der Kriegsrat Sandrart die Klevische Kriegs- und Domänenkammer „[...] um Vergütung derer für die Colonisten vorgeschossenen Gelder“, allerdings könne er nicht für alles eine Quittung vorweisen, „[...] da die mehresten Colonisten nicht schreiben können.“²⁹²⁹ Aus einer eingesandten Tabelle vom 10. Juni 1770 geht hervor, dass die Familie Eselborns aus 5 Personen, die Familie des Kauths aus 6 Personen, die Familie des Gasts aus 5 Personen und die Familie des Webers aus 2 Personen bestanden, sodass nun zu diesem Zeitpunkt 18 Kolonistenmitglieder zu den Heidegründen auf dem Heeseberg gehörten, für die der Kriegsrat bisher acht Reichstaler und 24 Stüber vorgeschossen hatte.²⁹³⁰

Dennoch schien die Lage der ländlichen Kolonisten auf der Heeseberger Kolonie nicht erfreulich gewesen zu sein, da der Kriegsrat den Hauptmann von Schoelen zu Wesel inständig bat, den Kolonisten Eselborn und Weber, da diese „[...] sich wegen Mangel an Arbeit außer brod und Verdienst [befanden], (...) wo möglich Arbeit anweisen zu laßen“, damit diese mit ihrem Etablissement weiter subsistieren können.²⁹³¹ Das Etablissement des Kolonisten Kauths verlief hingegen wohl recht gut, da der Kriegsrat um die Auszahlung der Gebäudegelder bat, damit dieser mit einem Bau eines Kolonistenhauses beginnen könne, wobei er dafür persönlich Sorge tragen werde, dass „[...] die erbetene Gelder Vorschriftsmäßig employert werden.“²⁹³² Anscheinend erkannte der Kolonist Johannes Eselborn das hoffnungslose Unterfangen der Urbarmachung Heesebergischer Heidegründe, und bat, „[...] daß ihm statt der 6 ½ Morgen auf dem Heeseberge, andere 6 Morgen auf der Gocher heyde zu seinem etablissement angewiesen werden möchten.“²⁹³³ Daraufhin entschied die Klevische Kriegs- und Domänenkammer, dass man erst genau prüfen solle, „[...] ob die dem Eselborn angewiesenen Gründe (...) zu steril sind und keine Früchte tragen können.“²⁹³⁴

Nach einer persönlichen Überprüfung der Eselbornschen Heidegründe auf dem Heeseberg gestand der Kriegsrat Sandrart ihm zu, dass „[...] diese gründe keine früchte tragen wollten, weiln solche zu sandigt wären“, sodass wohl in Bezug auf seine binnenkolonisatorischen Urbarmachungs- und Besiedlungsbemühungen auf dem unkultivierten Heeseberg „[...] alle seine arbeit und Mühe Vergebens [gewesen] sey.“²⁹³⁵ Der Kriegsrat räumte gegenüber dem Eselborn ein, „[...] daß der Heeseberg nicht von der Güte ist als die Binencate und (...) andere

²⁹²⁹ Zitat vom 11. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹³⁰ Siehe dazu die Tabelle vom 10. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹³¹ Zitat vom 25. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹³² Zitat vom 12. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187. Das gleiche Anliegen an die Klevische Kammer zur Auszahlung der Gebäudegelder erging am gleichen Tag für den Kolonisten Eselborn.

²⁹³³ Zitat vom 18. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹³⁴ Zitat vom 18. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹³⁵ Zitat vom 5. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

heyden“ seines Zuständigkeitskreises.²⁹³⁶ Aufgrund ausreichender räumlicher Bevölkerungsdichte auf der Gocher Heide versuchte die Klevische Kammer dem Kolonisten Eselborn ein Etablissement auf der Bönninghardter Heide schmackhaft zu machen. Allerdings berichtete der zuständige Sonsbecker Bürgermeister Everts, dass er dem „[...]“ Kolonisten Eselborn (...) die Binnecarter Heyde angewiesen lassen (habe), er hat aber keine Gunst gezeigt selben zu besuchen, ob er dagegen voreingenommen oder ihm schlechte Schilderungen (...) gemacht sind, kann ich nicht wissen.“²⁹³⁷ Weil der Kolonist sicherlich von dem guten Fortgang auf der Gocher Heide und vom schlechten Boden auf der Bönninghardter Heide, der dem Boden auf den Heeseberger Heidegründen recht ähnlich zu sein schien, wusste, habe der Sonsbecker Bürgermeister den „[...]“ Eselborn unverrichteter Sachen retour gehen lassen müssen.“²⁹³⁸

Bei der weiteren Auszahlung peuplierungspolitischer Gelder zum Aufbau von Kolonistenhäusern auf den Heeseberger Heidegründen wurde die Klevische Kammer zunehmend vorsichtiger, wie das Beispiel der Gesuchsgenehmigung des Kolonisten Kauth verdeutlichte. Da „[...]“ aber bey anweisung der Gebundsgelder alle mögliche praecautiones genommen werden müssen, weil einige Colonisten die ihnen angewiesenen Etablissements verlassen haben, [sollte] ihnen auch nur“ die Hälfte der versprochenen Gelder schrittweise ausgegeben werden.“²⁹³⁹ So wurde dem auf dem Heeseberg sich etablierenden Kolonisten Kauth „[...]“ auch vorjetzo nur die Helfte bezahlt“, damit der „[...]“ Kauth ein Haus von 4 Gebund baue.“²⁹⁴⁰

Aus einem Schreiben der Klevischen Kammer geht hervor, dass der in den rheinischen Provinzen preußischer Herrschaft sich niederzulassen willige Kolonist Eselborn mittelst einem persönlichen Brief um weitere peuplierungspolitische Unterstützung flehte, da er keine Arbeit und kein Brot für seine Familie habe. Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer wies den Kriegsrat Sandrart darauf hin, dass „[...]“ ferner es auch bey der jetzigen Erndte zeit an Gelegenheit zu Arbeit“ nicht mangelte, sich aber die Kolonisten gerne „[...]“ auf die faule Seite legen.“²⁹⁴¹ Allerdings habe man aus peuplierungspolitischer Verantwortung „[...]“ jedoch in betracht seiner jetzigen bedürfftigen umständen resolviret, daß ihm noch auf 14

²⁹³⁶ Zitat vom 26. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹³⁷ Zitat vom 24. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹³⁸ Zitat vom 24. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187. Zudem könne man aufgrund der unsicheren Lage des Kolonisten Eselborn die Gebäudegelder nicht auszahlen, da „[...]“ in Ansehung seines Etablissements noch nicht[s] determiniret“ wurde. Zitat vom 18. Juli 1770.

²⁹³⁹ Zitat vom 26. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴⁰ Zitat vom 26. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴¹ Zitat vom 28. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

tagen mit seiner familie ein brodt-Geld ausgezahlt werden“ soll.²⁹⁴² Nach diesem Zeitraum müsse „[...] er sich durch seine hände Arbeit, so wie es einen fleißigen unterthan gebühre, ernehren.“²⁹⁴³ Deswegen müsse der jeweilige Kriegsrat „[...] so Wohl dem Eselborn als allen übrigen Colonisten entweder in den Städten, oder auf den platten lande gleich Arbeit (...) verschaffen, damit sie nicht ursach haben, Wegen fehlender Arbeit, über den Mangel der Nahrung zu klagen“, sodass der zuständige Kriegsrat Sandrart sich selbst versichern müsse, „[...] daß die Colonisten sich nicht der faulheit und Müßigangs als Quelle aller Unordnung und laster ergeben.“²⁹⁴⁴ Deswegen „[...] müßet Ihr die Etablissements zum öfteren bereisen (...) und wenn man faulheit vermercket, solche zur Arbeit antreiben“, damit die anthropogene Energie zum Nutzen des preußischen Staates verwendet würde.²⁹⁴⁵ Am 1. August 1770 leitete der Kriegsrat Sandrart die Nachricht weiter, „[...] daß sich gedachter Colonist [Eselborn, Anm. d. Verf.] entschlossen [habe] bey seinem Etablissement auf dem Heesberg zu bleiben.“²⁹⁴⁶ Dies wurde damit begründet, dass auf der Kolonie Pfalzdorf auf der Gocher Heide kein Platz mehr für ein weiteres binnenkolonisatorisches Etablissement war „[...] und er nur auf der Schirmbicrer heyde noch angewiesen werden könnte, wo (...) das Terrain nicht beßer, vielmehr noch schlechter als auf dem Heesenberger“ sei.²⁹⁴⁷

Zur Mitte des Sommermonats August zeigte der Kriegsrat Sandrart enttäuscht an, dass der ländliche „[...] Colonist Lorenz Weber desertiret seye“ und sein Etablissement auf dem Heeseberg nach erhaltenen Benefizien heimlich verlassen habe.²⁹⁴⁸ Ob nun hier die Schlechtigkeit und Faulheit angeworbener Kolonisten eine Rolle gespielt hatten oder ob die hoffnungslose Lage der Urbarmachung unkultivierter Heeseberger Heidegründe und die damit verbundene Aussichtslosigkeit dauerhafter Unterhaltung familiärer Nahrungsgrundlage ausschlaggebend für die plötzliche, aber nicht unerwartete Flucht gewesen waren, kann nicht eindeutig geklärt werden. Frustriert über das unmoralische Verhalten des betreffenden Kolonisten vermeldete der Kriegsrat, dass „[...] der auf dem Heesenberge etabliert gewesene Colonist Lorenz Weber (...) mit frau und kind (...) von hier weg und davon gegangen“ war, obwohl er „[...] einige Reichsthaler“ zum Fortkommen seines binnenkolonisatorischen Etablissements erhalten hatte.²⁹⁴⁹ Mittlerweile sei er zu der Erkenntnis gekommen, „[...] daß es demselben niehmals ein rechter Ernst gewesen [ist] sich hier förmlich niederlassen zu

²⁹⁴² Zitat vom 28. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴³ Zitat vom 28. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴⁴ Zitat vom 28. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴⁵ Zitat vom 28. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴⁶ Zitat vom 1. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴⁷ Zitat vom 12. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴⁸ Zitat vom 14. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁴⁹ Zitat vom 14. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

wollen [und] (...) er die wenige Arbeit, so er auf seiner heyde Gründe verrichtet hat, nur zum Schein getan“ habe.²⁹⁵⁰ Die heimliche Desertion fremder Kolonisten war sicherlich kein Einzelfall preußischer Peuplierungspolitik. Gewiss gab es einige, weniger fleißige Kolonisten, die sich lediglich der peuplierungspolitisch garantierten Benefizien und Gelder erfreuen wollten und sich nach deren Erhalt heimlich von ihrem Etablissement hinfort begaben, um woanders ihr Glück zu versuchen.

Aufgrund der offenkundigen Tatsache der Unmöglichkeit räumlicher Besiedlung der Heeseberger Heidegründe sprach der Kolonist Eselborn erneut den zuständigen Magistrat der Stadt Xanten an, damit ihm ein neues Gebiet zur Urbarmachung gegeben werde. Dem hiesigen Magistrat der Stadt Xanten war durchaus „[...] bekannt, daß einige Kolonisten hieselbst auff den nahe bey der Stadt gelegenen Heesberg sich zu etabliren angewiesen worden, in der hoffnung, daß das terrain mit derzeit zum ackerbau würde brauchbahr gemacht werden“ können, allerdings müsse man unzweifelhaft dem Eselborn Recht zugestehen, „[...] das bemelter Berg gar zu steinig, und wegen der anhöhen solcher zum bauen fast gar nicht [zu] gebrauchen“ sei.²⁹⁵¹ Man müsse aufgrund der tatsächlich existenten schlechten naturräumlichen Rahmenbedingungen und der miserablen Bodenqualität dem ländlichen Kolonisten Eselborn zustimmen, „[...] deßen Angaben über all richtig seyn, können aber bey hiesiger stadt kein mittel finden, demselben auff eine oder andern ort unterzubringen“, weil „[...] wir außer dem Heesberg gar kein terrain (haben), welches zur urbarmachung angewiesen werden könnte.“²⁹⁵² Dabei vermied es der Xantener Magistrat nicht auf die gesättigte Peuplierungsquote ländlichen und städtischen Raumes hinzuweisen, da „[...] wir auch in hiesige stadt eigentlich mehrere Colonisten, alß wir unterzubringen in stande sind“, haben.²⁹⁵³ Zumal aber oftmals die angeworbenen fremden Kolonisten „[...] gar nichts im Vermögen haben“, sei es „[...] bey diesen Umständen (...) nöthig, daß dem Eselborn des fordksamst noch vor dem winter ein anderes Convenables Etablissement zu seiner höchstnöthigen subsistence entweder auf der heyde zu Sonsbeck oder Goch ausgemittelt werde, indehm Magistratus nicht absiehet, wie demselben auff eine andre art in hiesige stadt brodt zu verschaffen, umso mehr, da Er gar kein metier verstehet.“²⁹⁵⁴ Bisher habe der Magistrat sicherlich „[...] alles äußerste zum besten der Colonisten angewandt und mehr gethan, alß das Reglement besorget, (...) der Berg seye [aber] gar zu steinig und der große theil auch zu steril, so daß derselbe nicht füglich beackert und auch bey trockener Saison das

²⁹⁵⁰ Zitat vom 14. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵¹ Zitat vom 13. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵² Zitat vom 13. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵³ Zitat vom 13. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵⁴ Zitat vom 13. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

bestellte schlechterdings verdorren und vergehen müßte“, sodass eine Urbarmachung und Peuplierung der Heeseberger Heidegründe unter der Berücksichtigung finanzieller Rentabilität keinen Sinn machen würde.²⁹⁵⁵ Damit dieser trotzdem engagierte Kolonist Eselborn nicht aus dem preußischen Territorium auswandere, solle „[...] ihm eine andern convenable gelegenheit entweder zu Sonsbeck auff der Benecarder heyde, oder zu Goch zu seinem Etablissement angewiesen werden.“²⁹⁵⁶

Diese naturräumliche Einschätzung des Xantener Magistrat teilte der Kriegsrat Sandrart nicht ganz, weil „[...] das Terrain des Heesenberges (...) nicht durchgehends so schlecht (ist) als Magistratus hieselbst so seinem berichte vom 13ten (...) behaupten zu dürfen.“²⁹⁵⁷ Beseelt vom peuplierungspolitischen Gedanken anthropogener Leistungserbringung und dem Drang optimaler räumlicher Peuplierung und Ausnutzung königlicher wüstliegender Heideländereien zur Einnahmesteigerung preußischer Kämmereikassen habe der Kriegsrat bisher die binnenkolonialisatorische Erfahrung gemacht, dass „[...] steilere Gegenden durch fleiß und Dünger cultivirt werden können.“²⁹⁵⁸

Daraufhin befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer „[...] den Eselborn dahin zu vermögen, deßen (...) auf den ihm von dem Heesenberge angewiesenen District (...) auch einige Garten Vruchte gepflanzt“ werden und er die „[...] Erndte abwarten möge.“²⁹⁵⁹ Sollte dieser letzte Kultivierungsversuch auf dem Heeseberg nicht gelingen, so kann dem Kolonisten Eselborn „[...] künftiges (...) Jahr auf der Schermbecker heyde ein Etablissement angewiesen (...) [und] demselben Arbeit“ verschafft werden.²⁹⁶⁰

Zum Ende des Augusts 1770 berichtete der Kriegsrat Sandrart, dass „[...] der Eselborn auf eine gute Arth dahin zu vermögen [sei], daß er, da er bereits auf die ihm von dem Heesenberge angewiesene 6 und ½ Morgen buchweizen ausgesaet, auch einige Garten Früchte gepflanzt hat.“²⁹⁶¹ In der Zwischenzeit wurde ein weiterer ländlicher Kolonist auf dem Heeseberg angesiedelt. Aus einem Schreiben der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer vom 24. September 1770 geht hervor, „[...] was die Colonisten Hinckel und Iselborn zu Xanten, wegen der ihnen zu bezahlenden Tage-Gelder, (...) vorgestellet und gebethen haben, mit dem allerhöchsten Befehl, anhero zu berichten, zu welcher zeit der

²⁹⁵⁵ Zitat vom 13. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵⁶ Zitat vom 13. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵⁷ Zitat vom 15. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵⁸ Zitat vom 15. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁵⁹ Zitat vom 20. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁶⁰ Zitat vom 20. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187. Des Weiteren wies die Klevische Kammer darauf hin, dass die „[...] Colonisten vorzüglich zu der Waßerbau Arbeit zu emploiren“ sind, damit diese ihren Unterhalt selbst verdienen können, ohne auf die weitere Unterstützung des Staates angewiesen zu sein.

²⁹⁶¹ Zitat vom 30. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

Hinckel und Iselborn auf der dasigen heyde angewiesen worden, auch ob sie sich zu dem brod geldern (...) qualificiren.“²⁹⁶² Beweggrund dieser erneuten Überprüfung der Kolonistensituation auf dem Heeseberg war ein persönlich verfasstes Schreiben der beiden Kolonisten Johannes Hinckel und Eselborn. Sie wiesen darauf hin, dass der Kriegsrat Sandrart versprochen habe, dass ihnen „[...] 5 stüber Täglich sollen ausgezahlt werden, wir haben nichts als unser Reise gelt bekommen, wir haben nun mehro alles (...) angeleget, so daß wir nicht wissen, wo von wir leben sollen, unsere fruchte reichen nicht.“²⁹⁶³ Sie baten „[...] nochmahls, aller unterthännigst uns daß gelt aus zahlen zu laßen, [da] wir glauben, daß uns der aller gnädigster Könning und Herr uns nicht wird darben lassen bei unser schweren arbeit und schlechter Kost.“²⁹⁶⁴ Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer befahl, „[...] was der Colonist Philip Eselborn wegen seines Vorschusses zum dünger und Saat-Korn [betrifft], (...) so wird es uns sehr angenehm seyn, wenn ihr demselben auf eine andern Art Succuriren könnet, (...) da wir nun aus der Etablissement Casse demselben nicht zu helfen im Stande sind.“²⁹⁶⁵

Im November erreichte die Klevische Kammer erneut ein Klagebrief des Kolonisten Eselborn über die ungenügende Hilfe lokaler Amtsträger bei seinem binnenkolonialisatorischen Etablissement auf den Heeseberger Heidegründen. Weil „[...] dich hochlöbliche Kriegs- und Domainen Cammer nicht im Stande wäre mir (...) meinen Vorschuß aus der Etablissement Casse abreichen zu laßen, dem Kriegesrath Sandrart aber dato deshalb aufgegeben wäre, mir darunter nach Möglichkeiten zu helfen, (...) habe (ich) [mich] zwar bei (...) Sandrart schon zum öfteren gemeldet und des halb gebeten, mir zum solchen Vorschuß behelflich zu seyn, allein mir zur antwort ertheilet, das er mir darunter nicht helfen könne.“²⁹⁶⁶ „Anderentheils ist der hiesige Magistrat“, so die Beschwerdeschrift des Kolonisten Eselborn weiter, „[...] nicht derjenige, welche[r] das Etablissement der Colonisten und übrigen Fremden, wie doch ihre Pflicht erfordert und wie sie ihre Tractement ziehen, zu befördern“ sucht, um das binnenkolonialisatorische Besiedlungsprojekt auf dem Heeseberg zum Wohle preußischer Herrschaft voranzutreiben.²⁹⁶⁷ Er haben den Magistrat zu Xanten „[...] schon fast zehnmahl gebeten, mir zu einer anderen Nahrung zu helfen“, weil er „[...] bey diesen jetzigen theuren zeiten (...) nicht mehr subsistiren“ könne.²⁹⁶⁸ Werde ihm allerdings nicht bald wirklich bei

²⁹⁶² Zitat vom 24. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁶³ Zitat vom 20. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁶⁴ Zitat vom 30. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁶⁵ Zitat vom 30. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁶⁶ Zitat vom November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁶⁷ Zitat vom November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁶⁸ Zitat vom November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

seinem Etablissement geholfen, so muss er sich wider seines „[...] willen genöthiget sehen (...) wiederum außer Landes (...) zu ziehen.“²⁹⁶⁹

Dass man diesen Ausführungen des Kolonisten Eselborn Glauben schenkte und die fehlende Unterstützung lokaler Amtsträger mit größtem Widerwillen aufnahm, belegte die Reaktion der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer. Die Klevische Kammer beklagte sich vehement, „[...] Wie wenig sich der dasige Magistrat bemühet, die Colonisten beizubehalten und deren Etablissement, unserer höchsten Intention und denen so oft erlassenen Verordnung gemäs, mit zu befördern, werdet ihr aus der in Abschrift anliegender an unseren Cammer Präsidenten Freyherrn von Ostau gerichteten Vorstellung des Colonisten Eselborn (...) mit mehrerem ersehen.“²⁹⁷⁰ Deswegen befehlen „[...] Wir (...) Euch dahero das Angeben des Colonisten so fort zu untersuchen“ und überhaupt „[...] müßen wir leider! anmerken, daß mit denen Colonisten überall nicht Vorschriftsmäßig zu Wercke gegangen“ wird.²⁹⁷¹ Die direkte Beschwerde angeworbener Kolonisten an die zuständige Kriegs- und Domänenkammer, oder sogar das direkte, persönliche Anschreiben an den preußischen König, war immer das letzte Mittel, um gegen die ungenügende Hilfe lokaler Amtsträger und die allgemeinen lokalen Widerstände vorzugehen, um die peuplierungspolitisch versprochenen Benefizien zu erhalten. Die Kritik von oben bei der Umsetzung peuplierungspolitischer Verordnungen lokaler unterer Behörden und Amtsträger ist unübersehbar. Zudem ließ die Klevische Kammer dem Kriegsrat Sandrart „[...] zwey, auf ansuchen derer Colonisten Gast und Esselborn, alhier ausgefertigte Pässe [ausstellen], um nach ihrer Heymath reisen zu können und Gelder zu holen.“²⁹⁷² Dabei sollte man allerdings achten, „[...] daß sie höchstens in zeit von 6 Wochen retourniren müßen, damit man nicht veranlasset werde, über ihr Etablissement anderweitig zu disponiren.“²⁹⁷³ Die Gefahr, dass die angeworbenen Kolonisten nach einem temporären Aufenthalt in ihrer Heimat nicht mehr zurückkamen, bestand sicherlich aufgrund der bescheidenen Aussichten über die Etablissements auf dem Heeseberg. Im Dezember 1770 vermeldete der Kriegsrat, dass „[...] dem Gast (...) der Paß ertheilet (ist), der Eselborn hat sich aber hierzubleiben resolviret“ und ist nicht in seine Heimat verweist.²⁹⁷⁴

Im Februar des neuen Jahres 1771 vermeldete der Kriegsrat, dass „[...] der Colonist Kauth das Unglück gehabt hat“, sich zu erkranken, „[...] so wird der Magistrat dafür Sorge haben,

²⁹⁶⁹ Zitat vom November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷⁰ Zitat vom 27. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷¹ Zitat vom 27. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷² Zitat vom 27. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷³ Zitat vom 27. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷⁴ Zitat vom 8. Dezember 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

daß besagter Kauth während seiner krankheit (...) geholfen wird.“²⁹⁷⁵ Dabei bemerkte der Xantener Magistrat erneut, „ [...] daß in hiesiger stadt, ohnmöglich ist, mehrere Colonisten anzunehmen und einzuquartiren, weniger aber unterhalt zu verschaffen.“²⁹⁷⁶ Währenddessen meldete sich eine weitere Kolonistenfamilie namens Gast beim Xantener Magistrat, damit man ihnen Heidegründe auf dem Heeseberg zur Urbarmachung übergeben möge. Jedoch aufgrund der schlechten Situation der Stadt Xanten und der sehr ungünstigen naturräumlichen Konstitution der Heeseberger Heidegründe empfahl der Magistrat, die „ [...] Colonisten familie Gast an einen anderen convenablen ort alß etwas Calcar, Goch oder sonsten unterzubringen (...), weilen wir keine wohnung für selbige auffinden könnten, auf Kosten der Cämmerey in ein Wirthshaus logiren, und etwas stroh und holtz zu ihrer nothdurfft funiren [zu] lassen.“²⁹⁷⁷

Am 4. März 1771 beschwerten sich die Kolonisten Hinckel und Eselborn erneut bei der Klevischen Kammer, dass man ihnen die Tagegelder und von „ [...] unser Reise Geld (nichts) bekommen (haben).“²⁹⁷⁸ Ferner könne man nun nicht mehr weiter subsistieren. Eine weitere binnenkolonialisatorische Urbarmachung der Heeseberger Heidegründe schien nicht realisierbar zu sein, „ [...] da der acker an einigen orten nichts, oder sehr wenig beygebracht“ hatte.²⁹⁷⁹ Daraufhin antwortete die Klevische Kammer eindeutig, dass man den „ [...] genannten Colonisten zu bedeuten [habe], daß das ihnen zugekommene Gerüchte gantz falsch sey, und denen Colonisten weder jetzt noch in dem Publicando vom 1ten Sept. 1769 täglich 4 gl. Versprochen worden, sondern sie sich durch fleißige arbeit selbst den Unterhalt verdienen müßen.“²⁹⁸⁰ Aber wenn „ [...] es diesen familien an Arbeit fehlen sollte, müßet ihr ihnen solche gleich zu verschaffen suchen.“²⁹⁸¹

Bezüglich der neu angekommenen Kolonisten Familie Mathias Gast „ [...] müßet (Ihr) aber (...) pflichtmäßig dafür sorgen, daß sich derselbe in Xanten würcklich etabliret und mit seiner familie dort gleich in Arbeit und Nahrung gesetzt wird, damit derselbe nicht, wenn er die beneficia genossen hat, wieder davon gehet.“²⁹⁸² Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer befürwortete trotz der schwierigen Situation der Heeseberger Kolonie die städtische Ansiedlung dieses besagten Kolonisten. Auch die Meilengelder für den Gast wurden

²⁹⁷⁵ Zitat vom 23. Februar 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷⁶ Zitat vom 25. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷⁷ Zitat vom 25. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187. Der Kolonist Mathias Gast, katholischer Religion zugehörig, aus Gontershoven, 56 Meilen von Xanten entfernt, war Korbmacher und Bauersmann von Profession. Seine Familie war sechs Personen stark, 1 Mann (52), 1 Frau (52), 2 Söhne (12 und 8) und 2 Töchter (18 und 13).

²⁹⁷⁸ Zitat vom 4. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁷⁹ Zitat vom 4. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸⁰ Zitat vom 23. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸¹ Zitat vom 23. März 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸² Zitat vom 7. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

genehmigt, allerdings mit dem Hinweis, die „[...] Gelder nicht auf einmal in die Hände [zu] geben, sondern solche Successive [für] Materialien (...) zu seinem würrklichen Etablissement“ auszuzahlen.²⁹⁸³ Der Magistrat der Stadt Xanten empfahl hingegen, „[...] daß die zeithero sich hier aufhaltene Colonisten familie Gast (...) in der Stadt Grieth (...) etablirt werden soll, weil selbige die korbmacher Profession sehr gut verstehet“ und der Ort Grieth für ihr Auskommen besser sei.²⁹⁸⁴ Zudem solle der Magistrat zu Grieth dafür sorgen, „[...] dem Gast so viel land oder heide zu [geben], als sie nötig haben.“²⁹⁸⁵ Der Magistrat der Stadt Grieth hingegen fand auch keinen Platz für den betreffenden Kolonisten, da sogar „[...] ein korbmacher namens Kügers so diesen May abziehen“ musste, um woanders seinen Unterhalt mit seiner Profession zu verdienen.²⁹⁸⁶ Zudem hatte „[...] hiesige Stadt gar keine Heide noch sonstige gründe“, wo man mittels binnenkolonisatorischen Maßnahmen angeworbene Kolonisten peuplieren könnte.²⁹⁸⁷ Enttäuscht über seine Situation informierte der Kolonist die Klevische Kammer persönlich, dass „[...] wir schon zwey mahlen in Grieth gewesen“ sind, es könne „[...] uns aber kein auffenthalt, vielweniger holtz (...) oder auch Landt (...) zu bauen verschaffet werden, weil es von unserer profession sehr überhäuft ist.“²⁹⁸⁸ Dieses Beispiel gibt uns einen sehr spannenden Einblick in das Kolonistenwesen. Die fremden Emigranten, sowohl städtische als auch ländliche Kolonisten, versuchten an mehreren Orten niederrheinischer Gebiete ein neues Zuhause zu finden, um ein Etablissement zu beginnen. Daraufhin erließ die Klevische Kammer die Verordnung, dass, wenn der Gast „[...] in Grieth, wo selbst jedoch deßen Handwerck am stärksten getrieben wird, (sich) nicht ernähren kann, in einer anderen Stadt eures Creises anzuweisen.“²⁹⁸⁹ Der Magistrat zu Grieth bekräftigte abermals, dass er sich mit der Kolonistenfamilie Gast „[...] alle Mühe gegeben“ habe, ihnen sogar ein Haus zur Unterkunft anbot, „[...] worauf Sie sich erklärten, dieses konte ihnen nicht helfen, das hauß wäre zu klein.“²⁹⁹⁰ Der Kolonist Gast bemerkte dabei, dass sie nun „[...] keine Lust zu bleiben hätten“, und er sich nun direkt bei der Klevischen Kammer vorstellen wolle, um womöglich nach Duisburg zu gehen.²⁹⁹¹ Daraufhin verliert sich die Spur des auf

²⁹⁸³ Zitat vom 7. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸⁴ Zitat vom 14. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸⁵ Zitat vom 14. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸⁶ Zitat vom 6. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187. Zudem waren in der niederrheinischen Stadt Grieth „[...] über 20 Korbmacher, welche selbst in schlechten umständen“ sich befanden, sodass eine weitere Ansetzung eines Korbmakers aus peuplierungspolitischer Sicht nicht umsetzbar sei.

²⁹⁸⁷ Zitat vom 6. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸⁸ Zitat vom 10. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁸⁹ Zitat vom 14. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187. Dabei solle man aber unbedingt die allerhöchste Intention preußischer Peuplierungspolitik Friedrichs des Großen berücksichtigen, um nicht „[...] Faullentzer auf Kosten öffentlicher Cassen zu unterhalten.“

²⁹⁹⁰ Zitat vom 24. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁹¹ Zitat vom 24. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

dem Heesberg sich niederzulassen wollenden Kolonisten Gast, der wohl „[...] wieder nach Hauße gezogen“ zu sein schien.²⁹⁹² Dieses Beispiel verdeutlicht dem historisch-geographischen Forscher, dass die preußische „landbezogene“ Peuplierungspolitik aufgrund administrativer Koordinationsschwierigkeiten und einer gewissen Sättigung ländlicher Kolonisten, welche meist im Herzogtum Kleve auf schwer zugänglichen und schlechten Böden siedeln mussten, nicht jeden niederlassungswilligen ländlichen Kolonisten auf unkultivierten Heidegründen zum Wohle des Staates unterbringen konnte.

Die Akte „Wegen der auf denen urbaren Cämmerey Gründen bey Xanten angesetzten Colonisten von März 1770–Okt. 1771“ belegt die weiteren binnenkolonisatorischen Anstrengungen auf dem Hettenkamp bei der Stadt Xanten. Zum Frühjahr 1770 berichtete der Kriegsrat Sandrart „[...] von geschehener Erbverpachtung derer so genante 11 Land Schläge im Hohenbruch im Hettencamp an 2 (...) angekommene oberpfälzische Colonisten“, die ein Etablissement auf unkultivierten Gründen in der ländlichen Umgebung von Xanten versuchten.²⁹⁹³ Des Weiteren schickte der Emissär von Hochstetter, der die Kolonistenströme in die preußischen Lande von der peuplierungspolitischen Schaltzentrale Frankfurt am Main aus koordinierte, an den Kriegsrat „[...] wiederum zwey Colonisten Familien Namens Johann Henckel und Georg Haag.“²⁹⁹⁴ Um „[...] diese Leute recht gut zu etabliren, habe ich ihnen vorgeschlagen, gewiße Elf Landschläge am Hohenbruch im Hettencamp vor hiesiger Stadt gelegen, der Cämmerey gehörig in Erbpacht zu nehmen“, weil die „[...] Cämmerey (...) bey sothaner Erbverpachtung nicht den mindesten Schaden (leidet) und die Erbpächter (...) ein jeder auf den Ländereyen ein Hauß“ zu Peuplierung und Besiedlung dieser wüstliegenden Gründe bauen werden.²⁹⁹⁵ Bisher habe er die niederlassungswilligen ländlichen Kolonisten gemäß den peuplierungspolitischen Verordnungen „[...] in ein lediges Hauß hieselbst unter dach und fach bringen auch ihnen Holtz und Stroh besorgen laßen.“²⁹⁹⁶

Eine tabellarische Darstellung gibt uns Auskunft über die persönlichen Umstände dieser zwei neu angekommenen Kolonisten auf der Oberpfalz.²⁹⁹⁷ (s. Tab. T-65)

²⁹⁹² Zitat vom 4. Juli 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

²⁹⁹³ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

²⁹⁹⁴ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

²⁹⁹⁵ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

²⁹⁹⁶ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

²⁹⁹⁷ Siehe dazu die Tabelle vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

Tabellennachweis der zwei neu angekommenen Kolonisten vom 24. März 1770

Nr.	Name	Woher	Religion	Vermögen	Personenanzahl
1	Johannes Henckel	aus Wolfsheim in der Pfalz	ref.	600 Gulden	1 Mann (42), 1 Frau (43), 2 Töchter (11 und 5)
2	Georg Haag	aus Wolfsheim in der Pfalz	luth.	900 Gulden	1 Mann (40), 1 Frau (42), 2 Söhne (16 und 7), 1 Tochter (6)
Summa		----	----	1500	9 Personen

Tab. T-65

Insgesamt würden neun Personen diese bisher unbesiedelten Kämmerei-Gründe im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik besiedeln und kultivieren. Ebenfalls solle den aus der Oberpfalz stammenden ländlichen Kolonisten „[...] in abschlag ihres Reiß Geldes (...) als für beyden 12 rthl. aus der Cämmerey avanciret werden.“²⁹⁹⁸ Ferner besaßen diese fremden Kolonisten noch Haushaltungsgegenstände, die noch ins preußisch-rheinische Land transportiert werden mussten, da einige notwendige „[...] Meubles zu Rheinberg (annoch) stehen.“²⁹⁹⁹ Die Meilengelder für die zwei auf dem Hettenkamp sich etablierenden Kolonisten wurden von der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer genehmigt, die es „[...] mit besonderer Zufriedenheit [aufnahm], daß ihr abermahlen zwey Colonisten familien, (...) vor der hand in einen dortigen ledigen Hauße untergebracht habt, und sie zur Erbpacht der sogenannten 11 Bauschläge am Hohebruch, welche der Cämmerey zu Xanten zugehören, behülflich gewesen sey.“³⁰⁰⁰

Im Mai 1770 empfahl der Kriegsrat Sandrart die „[...] von denen Colonisten Haag und Henckel angesuchten 32. rthl. zur Anschaffung der nötigen pflüge und Carren“ aus der Etablissement-Kasse auszuzahlen, um „[...] die Cultur ihrer Ländereyen besser zu besorgen.“³⁰⁰¹ Zudem vermeldete der Kriegsrat endgültig, „[...] daß ich denen Colonisten Henckel und Haag gewisse 11 bau Schläge in hiesigen Hertencamp, unter der Condition, daß sie jeder ein Hauß darauf setzen, in Erbpacht, übergeben habe.“³⁰⁰² Nach seiner persönlichen Einschätzung dieses kleinen binnenkolonialisatorischen Peuplierungsprojekts auf den unkultivierten Heidegründen des Hohenbruchs im Hettenkamp gebe es „[...] gar keine bedencken, daß diese 2 Etablissements nicht wohl einschlagen werden, [weil] [d]ie Ländereyen (...) überaus gut (sind).“³⁰⁰³ Zudem besaßen diese angeworbenen Kolonisten „[...] noch etwas Mittel, sind sehr ordentlich und arbeitsam, und geben die Erwartung von

²⁹⁹⁸ Zitat vom 24. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

²⁹⁹⁹ Zitat vom 26. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰⁰⁰ Zitat vom 27. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰⁰¹ Zitat vom 4. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰⁰² Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰⁰³ Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

sich, daß sie vor alle andere Colonisten mit der Zeit Nützliche Unterthanen werden dürfften.“³⁰⁰⁴ Sowohl der peuplierungspolitisch aktive Kriegsrat als auch die beiden ländlichen Kolonisten waren voller Euphorie, dieses peuplierungspolitische Binnenkolonisationsprojekt zum Wohle des preußischen Staates umzusetzen. Deswegen habe der Kriegsrat Sandrart ohne zu zögern ihnen „[...] zu 2 guten Pferden, 2 Carren und 2 Pflügen [ver]holffen“, damit sie mit der Kultivierung wüstliegender Hettenkamper Heidegründe schnellstmöglich florieren können.³⁰⁰⁵ Eine Skizze dieser Ländereyen auf dem Hettenkamp gibt dem historisch-geographischen Forscher einen räumlichen Einblick von der zwar kleinen, aber dennoch raumwirksamen Urbarmachung und Besiedlung besagter Heidegründe.³⁰⁰⁶ (s. Abb. 9)

Deklinatio Proportionis Geometrica von der Situation der so genannten zu der Stadt Xanten
private gehörigen Bauschlägen um Hoch Brugs zum Etablissements derer darinnen
denominirten Colonisten

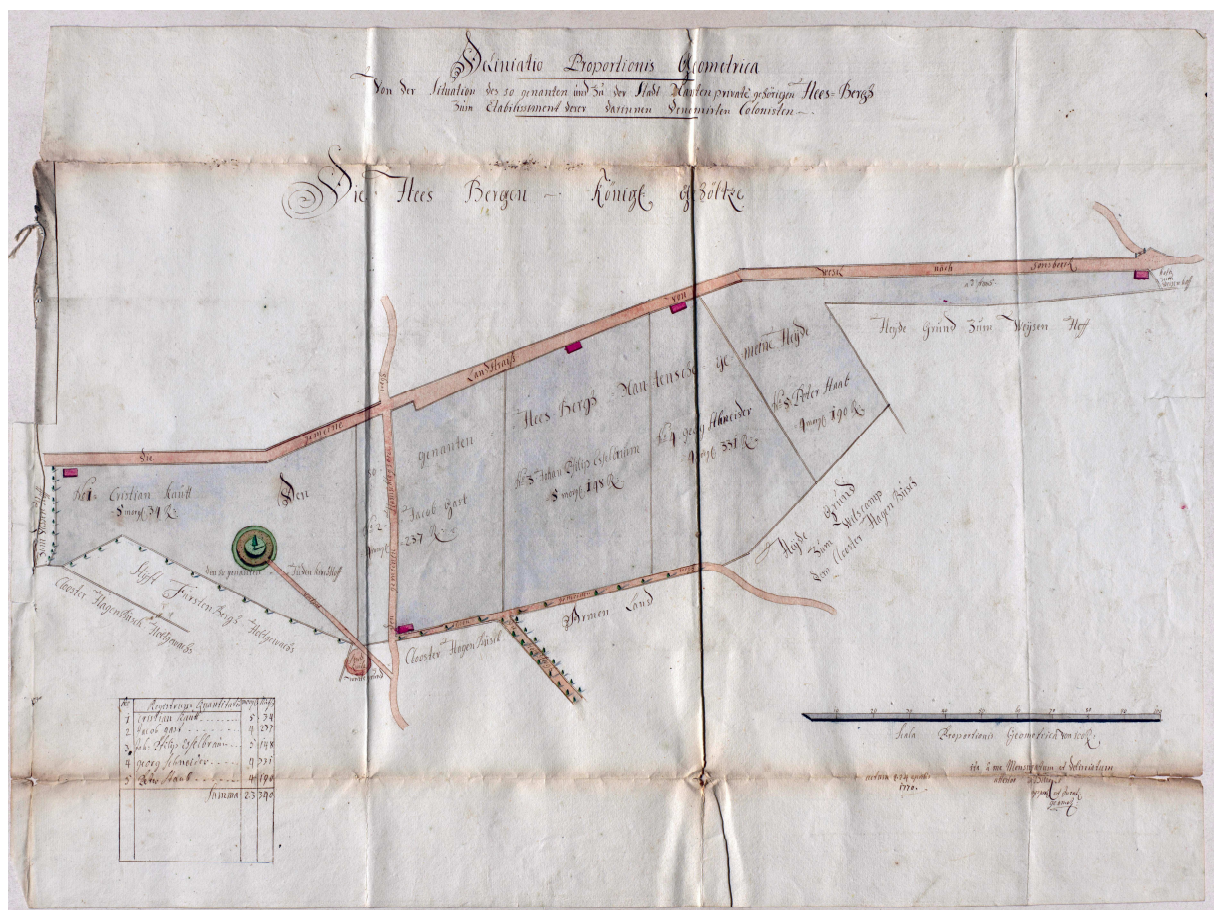


Abb. 9 (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 1187)

³⁰⁰⁴ Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰⁰⁵ Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰⁰⁶ Siehe dazu die Karte vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

Auch die Klevische Kammer schien auf Grundlage der eingesandten Peuplierungsberichte des Kriegsrats „[...] wegen Ansetzung der Colonisten Henckel und Haag auf den Bauschlägen in Hettenkamp (...) zur allergnädigsten Zufriedenheit [zu sein] und wir (geben) diese leute alle Hofnung (...), gute Unterthanen zu werden“, wie es der idealtypischen peuplierungstheoretischen Vorstellung kameralistischer Denker entsprechen würde.³⁰⁰⁷

Die Genese dieser Etablissements oberpfälzischer Kolonisten schien recht gut zu verlaufen, da schon am 1. Juli 1770 der Kriegsrat „[...] um Auszahlung der gebunds-Gelder für die Kolonisten Henckel und Haag“ bat.³⁰⁰⁸

Ein Zwischenfall zwischen den ländlichen Kolonisten und der einheimischen Bevölkerung belegte auch bei diesem binnenkolonialisatorischen Besiedlungsprojekt unkultivierter Heidegründe auf dem Hettenkamp bei Xanten die potenziellen sozialen Spannungen beider Parteien. Im Sommer 1770 erschienen dem Kriegsrat in aufgebrachtter Stimmung „[...] die Erbpächter derer 11 Bau Schläge im Hettecamp, Colonist Henckel und Haag, und zeigten klagend an, wie ihnen in der verwichenen Nacht ihr Pflug, den sie vor ohngefehr 3 Monath für 11 rthl. Clevisch Courant erkaufte, von ihren Ländereyen, und zwar gerade gegen Wilsamps Hof (...) heimlich und diebischer Weise gestohlen worden“ war, sodass sie sich nun „[...] dadurch außer Stande gesetzt (sehen), die Cultur ihrer Terrains weiter zu befördern.“³⁰⁰⁹ Würde ihnen noch nicht geholfen werden, wäre sie „[...] genöthiget, wieder in ihr Vaterland zugehen“ und damit ihre binnenkolonialisatorischen Besiedlungsvorhaben auf dem Hettenkamp aufzugeben.³⁰¹⁰ Auch der Kriegsrat Sandrart bestätigte den für einen binnenkolonialisatorischen Urbarmachungsversuch fremder ländlicher Kolonisten sicherlich nicht ungewöhnlichen Streit und Nutzungskonflikt zwischen den fremden Emigranten und den lokalen Eingesessenen, „[...] wie die auf dem so genannten Bruch wohnenden Bauren und Köther von Anfang an, da sie sich hier etabliret, sie mit bittersten Haß verfolgt, und alle Gelegenheit gesucht hätten, ihnen Schaden zuzufügen, daß obige Bauren und Köther von denen geschehenen Endwendung des Pfluges die erforderliche Auskunft würden geben können.“³⁰¹¹ Deswegen wurde direkt am selben Tag „[...] auch wegen die Colonisten Henckel und Haag ihren gestohlenem Pflug eine gantz genaue Hauß Visitation vorgenommen, wobey jedoch nicht das geringste davon vorgefunden oder bemerck[t]“ werden konnte.³⁰¹²

³⁰⁰⁷ Zitat vom 16. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰⁰⁸ Zitat vom 1. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737. Diese wurden auch von der Klevischen Kammer genehmigt, allerdings mit dem Hinweis, dass die Auszahlung der „[...] Gebunds-Gelder nur beym Anfange des Baues bezahlt werden“ sollten. Zitat vom 18. Juli 1770.

³⁰⁰⁹ Zitat vom 21. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹⁰ Zitat vom 21. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹¹ Zitat vom 21. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹² Zitat vom 22. Juli 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

Im August 1770 engagierte der Kriegsrat Sandrart „[...] einen weiteren Colonisten Nahmens Johannes Eitzer aus der Pfaltz (...), sich hierselbst zu etabliren.“³⁰¹³ Es „[...] befinden sich noch gewiße 5 Schläge daselbst, um Hohenbruch gelegen, so bisher ein Zeit Pacht aus gethan gewesen“, und zudem besaß er ein Vermögen von 400 Gulden, „[...] um so fort ein gutes Hauß darauf zu seetzen.“³⁰¹⁴ Inzwischen habe der Kriegsrat „[...] noch ein kleines Parcell Bau Land übrig, so der Büberichschen Kämmerey gehöret und in Zeitpacht ausgethan ist, worauf ich, wenn Ew. M. dem Eitzer die allergn. Approbation nicht ertheilen solten, und er keine 30 rthl. entrichten wollte, denselben bestmöglich zu etabliren gedencke.“³⁰¹⁵ Am 2. Oktober 1770 wies der zuständige Magistrat zu Xanten darauf hin, dass die dem Eitzer zugeteilten „[...] Ländereyen bestellet und besäyet werden [müssen] und bestehen daher Interessen schlechterdings darauff, daß [ihm] positive Resolution ertheilet werde, denn gechieht dießes nicht, werden die Ländereyen in diesem Jahre nicht bestellt“ sein.³⁰¹⁶ Da sich „[...] nun mehro der Colonist Eitzer mit seiner Familie und bey sich habenden Effecten allhier eingefunden [hat], So hat E. E. Magistrat demselben augenblicklich ein lediges Hauß oder freyes Logis anzuweisen, wo der Eitzer vor der Hand untergebracht [werden] und für sein Pferd Stallung haben können.“³⁰¹⁷ Im Herbst 1771 wurde dem Kolonisten Eitzer wegen Unfähigkeit der Erbpachtvertrag gekündigt, weil „[...] wir (...) bey denen Veranstaltungen gar nicht ein(sehen), wie derselbe es möglich machen werde, in der Folge zu cultivirung solcher beträchtlichen Parcells das erforderliche anzuschaffen.“³⁰¹⁸ Da der auf Xantener Heidegründen siedelnde ländliche Kolonist Eitzer „[...] sich nicht bißer qualificiret hat, so kan es uns wohl nicht Verdacht sein, wann wir, um größeren Schaden Vorzubeugen, solche Ländereyen bey zeiten zurücknehmen.“³⁰¹⁹ Zudem besaß der besagte Kolonist, so die Einschätzung des Xantener Magistrat, vom „[...] Ackerbau (so gar) nicht die geringste Kenntniß“, sodass er nur „[...] durch dieses Metier selbst seinen ruin befördern würde.“³⁰²⁰ Dieser niederlassungswillige Kolonist Eitzer fand sich später auf der Bönninghardter Kolonie wieder, um dort sein geplantes binnenkolonisorisches Etablissement in den preußisch-rheinischen Territorien zu realisieren, das ihm aber genauso wie auf den Xantener Heidegründen nicht so recht von der Hand gehen wollte.

³⁰¹³ Zitat vom 14. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹⁴ Zitat vom 14. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹⁵ Zitat vom 14. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹⁶ Zitat vom 2. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹⁷ Zitat vom 3. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹⁸ Zitat vom 30. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰¹⁹ Zitat vom 30. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰²⁰ Zitat vom 30. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

Am 23. September 1770 erteilte der Kriegsrat Sandrart einen „[...] Reise Paß für die Colonisten Philip Haag und Henrich Kleck von hier nach Fintersheim bey Maynz und retour hieher.“³⁰²¹ Überraschenderweise tauchten nun zwei weitere oberpfälzische Kolonisten auf, ein Kolonist namens Henrich Kleck, katholischer Religion zugehörig, Mauerer von Profession, dessen Haushaltung aus sechs Personen bestand, einem Mann (35), einer Frau (35), vier Söhnen (9, 7, 5 und ½) und ein Kolonist namens Philip Haag, lutherischer Religion zugeneigt, Bauersmann und wahrscheinlich mit Georg Haag verwandt, 1000 Gulden im Vermögen sowie ein Pferd, eine Kuh und ackergeschirr, und einer mit 10 Personen starken Familie, 1 Mann (46), eine Frau (45), vier Söhne (25, 18, 15 und 7) und vier Töchter (16, 12, 8 und 6). Wahrscheinlich siedelten diese beiden Kolonisten auf einem anderen unkultivierten Grund im ländlichen Umfeld der Stadt Xanten. Mit dem „[...] zu ihrem ungestörten Fortkommen dahin nachgesuchten (Paß)“ wollten sie ihre zurückgebliebenen Familien und Möbel holen, um sich endgültig in den preußisch-rheinischen Landen zu etablieren.³⁰²²

Ein Bericht des Rentmeisters Elsbergs über die beiden anfangs sehr euphorisch gewesenen oberpfälzischen Kolonisten Georg Haag und Johannes Henckel schilderte ein enttäuschendes Bild der Hettenkamper Binnenkolonisation, weil „[...] gedachte Colonisten Vom Ackerbau wenig oder gar nichts Verstünden“, da sie ihr Land nicht rechtzeitig bestellt hätten, sodass zukünftige Ernährungsengpässe zu befürchten seien.³⁰²³ Dieses vernichtende Urteil über diese unfähigen Kolonisten wies noch darauf hin, dass „[...] von gedachten Ländereyen kaum ein Drittel bestellet [wäre], das übrige aber ohne zu reinigen wüste liegen“ gelassen worden sei, sodass sich hierdurch „[...] diese Leute zum Ackerbau gar nicht tüchtig“ zeigten.³⁰²⁴

Erst nach dem Winter, am 19. April 1771, erging an den Kriegsrat Sandrart die Aufforderung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer eingehend zu überprüfen, „[...] ob die beiden Colonisten wirklich unfähig sind, wenn ja, müssen sie unterwiesen werden“, und sollten sie dieser Anweisung „[...] nicht folge leisten, würden ihnen die angewiesenen Cämmerey Gründe nicht länger belassen werden können.“³⁰²⁵ Gleichzeitig bedeutete man dem zuständigen Kriegsrat, „[...] daß wir für keine gantze armen Colonisten familien, welche gar nichts mit sich bringen, wodurch sie sich helfen können, ferner werden meilen Gelder noch andere Dauceurs anweisen laßen.“³⁰²⁶ Dieser Hinweis deutet auf den zunehmenden selektiven

³⁰²¹ Zitat vom 23. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

³⁰²² Zitat vom 23. September 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰²³ Zitat vom 19. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰²⁴ Zitat vom 19. November 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰²⁵ Zitat vom 19. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰²⁶ Zitat vom 19. April 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

Charakter preußischer Peuplierungspolitik hin, die eine Ansiedlung ganz armer fremder Kolonisten nicht weiter als förderungswürdig hielt, da die Kosten zu groß und der ökonomische Nutzen zu langwierig und niedrig gewesen wäre.

Dass die preußische Administration auch sehr hart gegen faule und unfähige ländliche Kolonisten vorgehen konnte, belegt ein Schreiben des Kriegsrats Sandrart, in dem dieser berichtete, dass die beiden Kolonisten Henckel und Haag „[...] vom Land Gerichte hieselbst arretirt und zum Criminal Gericht nach Wesel abgeliefert worden sind.“³⁰²⁷ Der Kriegsrat Sandrart musste nach dem enttäuschenden Fehlschlag binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik auf den Heeseberger Heidegründen zugestehen, „[...] daß alle angewandte Bemühungen Vergebens und die Vielen geleistete assistance und außerordentliche Beneficia bey (...) Subjecten als die hiesigen (...) Colonisten, welche in der faulheit gebohren und erzogen zu seyn scheinen und auf keine Weise sich des liederlichen Lebens entziehen und ein ordentliches annehmen wollen, so gut als weggeworfen sind.“³⁰²⁸ Dieses Beispiel fehlgeschlagener Peuplierungspolitik zeigt einerseits, dass die preußischen Amtsträger nicht immer den Fortgang binnenkolonisatorischer Besiedlungsprojekte effektiv kontrollierten, da man sonst schon viel eher in diesem Fall den schleppenden Fortschritt des Etablissements und die Unfähigkeit der beiden Kolonisten erkannt hätte. So wird deutlich, dass die „landbezogene“ Peuplierungspolitik zudem andererseits oftmals einige monetäre Verluste durch desertierende Kolonisten, oder aber auch von unfähigen Emigranten hervorgerufen, hinnehmen musste.

Die vom Kriegsrat noch eingesandte Tabelle vom 20. Mai 1771 listete sämtliche sich auf den Xantener Heidengründen etablierende Kolonisten auf, die eine Urbarmachung dieser besagten Ländereien versuchten. Für den Hettenkamp wurden 1) Johannes Hinckel, 2) Georg Haag und 3) Johannes Eitzer erwähnt, auf dem Heeseberger Heidegründen versuchten sich die Kolonisten 1) Phillip Eselborn, 2) Christian Kauth, 3) Jacob Gast und 4) Mathias Gast.³⁰²⁹ Nach dem gerichtlichen Abtransport der zwei unfähigen Kolonisten und der Entziehung unkultivierter Heidegründe des Kolonisten Eitzer war der Hettenkamp wieder völlig unbesiedelt. Dem Heeseberg ereilte ein ähnliches Schicksal, da die binnenkolonisatorischen Urbarmachungs- und Kultivierungsbemühungen auch nicht zu dem gewünschten Ziel geführt hatten, sodass man sich entschloss, diese Binnenkolonisation aufzuheben, um nicht noch ein größeres Defizit bei fortdauernder Investierung in diese Kolonie zu erhalten. Diese Ländereien sollten wieder „[...] an Einheimische in Zeit Pacht“ abgegeben und nicht weiter

³⁰²⁷ Zitat vom 20. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰²⁸ Zitat vom 20. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰²⁹ Siehe die Tabelle vom 20. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

peupliert werden.³⁰³⁰ Der ländliche Kolonist „[...] Phillip Eselborn (...) ist auf diese Profession (...) nach holland mit denen Seinigen gegangen, die Hofnung so (..) bey seiner Anweisung auf dem Heesenberge gehabt, ist und bleibt vergebens, da er nicht arbeiten will [sowie] liederlich und blut arm ist.“³⁰³¹ Dennoch blieb dieser bei seinem Vorhaben und versuchte sein Etablissement auf dem Heeseberg fortzuführen. Im Jahre 1775 erging eine Bestätigung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer über die „[...] in duplo eingereichte Erbverschreibungen für die, auf dem Heesen Bergen vor Xanten etablirte beyde Colonisten Eselborn und Hograeff.“³⁰³² Der „[...] Christian Kauth hat sein Etablissement daran gegeben, arbeitet aber recht fleissig als Tagelöhner, ist ordentlich und findet sein Auskommen, (...) die beyden familia Gast habe ich (...) auf ihr Korb-macher hand Werck zu Grieth placirt, weil es ebenfalls auf dem Heesenberge mit ihnen nicht fort wollte.“³⁰³³ So sind aus anfangs ländlichen Kolonisten im Zuge preußischer peuplierungspolitischer Umstrukturierungen Stadtkolonisten geworden. Der Hinweise des Xantener Magistrats, „[...] daß der Colonist Haag bereits seit 2 tagen sich aus sein Hauß wegbegeben haben soll, und sich Vermuthlich auff der Bennecarder Heyde etabliret hat“, lässt sich nach Auswertung der Bönninghardter Heide-Akten nicht belegen, da er in keiner Kolonistentabelle dieser Akten aufgeführt wurde.³⁰³⁴ In einer Tabelle vom 23. Juli 1773 aus einer anderen Akten „Wegen Urbarmachung des Heesenberges bey Xanten und der von einigen particuliers daran gemachten Ansprüche 1771-1775“ kann entnommen werden, dass sich trotz des peuplierungspolitischen Fiaskos auf dem Heeseberg drei Kolonistenfamilien hielten, die beiden noch übrig gebliebenen Kolonisten Christian Kauth, der 3 Morgen 504 Ruthen besaß, der Kolonist Johann Phillip Eselborn mit 6 Morgen und ein neu hinzugekommener Kolonist namens Hochgraeff, der 2 Morgen 130 Ruthen Heideland zur Kultivierung nutzte.³⁰³⁵ Dabei war aber an eine Rückzahlung vorgeschossener Gelder nicht zu denken, da vor allem die Kolonisten „[...] Kaut und Eselborn (...) noch keines weges im stande seyn, die erhaltenen Vorschüße zum theil zu restituiren“, denn sie haben im Zuge ihrer binnenkolonisatorischen Anstrengungen „[...] mühe genug (...) ihr Etablissement in Stande zu setzen“, sodass ihnen noch „[...] ein Jahr Ausstand gegeben wird, die wenige Vorschüße Successive“ zurückzuzahlen.³⁰³⁶

³⁰³⁰ Zitat vom 3. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰³¹ Zitat vom 3. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰³² Zitat vom 24. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 101.

³⁰³³ Zitat vom 3. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737. Wenn diese letztgenannte Kolonistenfamilie Gast recht „[...] fleißig seyn wollen, können sie zu Grieth subtitiren.“

³⁰³⁴ Zitat vom 21. Oktober 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

³⁰³⁵ Siehe dazu die Tabelle vom 23. Juli 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰³⁶ Zitat vom 23. September 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

Um den nur schwerlich zu peuplierenden Heeseberg bei Xanten dennoch in Nutzung zu bringen, erließ die Klevische Kriegs- und Domänenkammer nach diesem peuplierungspolitischen Fiasko eine „[...] Verfügung wegen Besäumung und Bepflanzung des Hees Berge mit Holtz“, wobei dabei zu prüfen sei, „[...] ob der Saamen, wenn solcher angeschafft wird, gut und reich geworden“ ist.³⁰³⁷ Grundlage dieser Maßnahme war ein Bericht des Forstmeisters Lehmann, der vorschlug, dass der „[...] Steinige Heesenberge (...) am besten mit Eicheln zu besäen (...) [sei], und hieraus 10jähriges Unter- oder Schlagholtz erzogen werden“ könne.³⁰³⁸ Damit würde aus dem bisher räumlich ungenutzten Gebiet ein finanzieller Nutzen für die Kämmerei-Kasse erwirtschaftet werden. Der Xantener Magistrat schloss sich der Expertise des Forstmeisters über die weitere Nutzungsmöglichkeit des Heeseberges nicht an, da ein Teil des „[...] Heesberg alß ein unbrauchbares parceel bishero nicht genutzt (...) und es auch nicht rathsam gewesen, darauff pflantzen legen zu laßen, weil eines theils solches viele Kosten erfordern, anderentheils wegen der entfernung viele Kosten zu befürchten, daß die Cämmerey von solchen Gehölzte wenig oder gar keinen nutzen haben dürfte.“³⁰³⁹ Aufgrund dieser schlechten infrastrukturellen Lage und des damit verbundenen Transportwiderstandes würde lediglich ein Verkauf dieser Heidegründe an Privatpersonen Sinn machen. Dennoch geht aus einer Notiz des Kriegsrats Sandrart hervor, dass das königliche Forstamt nicht abgeneigt war, „[...] den der hiesigen Stadt zugehörigen Heeseberg zu kaufen.“³⁰⁴⁰ Im Januar des Jahres 1773 befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer dem Kriegsrat abermals zu berichten, „[...] wie es mit der uhrbahrmachung dieser Heesenbergs stehe, ob und welcher Colonist darauf Etablirt, wie viele Morgen ihnen angewiesen und ob bereits Häuser darauf stehen.“³⁰⁴¹ Der Xantener Magistrat berichtete, dass der „Heesecamp“ als Hutung genutzt wurde. Der Heeseberg, der „[...] sehr sandig und mit Vielen Steinen“ besetzt war, könne „[...] zum Ackerbau gar nicht gebraucht werden.“³⁰⁴² „Der beste District davon“, so der Xantener Magistrat weiter, „[...] welcher die Colonisten Kaut und Eselborn (...) haben, und welches sich in 8 bis 9 holländische Morgen beträgt, ist ebenfalß schon schlecht und wird es denen Colonisten Mühe genug kosten, selbige in gute Cultur zu bringen.“³⁰⁴³ Der ländliche Kolonist Hochgraeff „[...] hat nur eine schlechte Hütte, ist aber vorhabens ein ordentlich Hauß zu setzen, wenn ihm etwas mehr unter die Arme

³⁰³⁷ Zitat vom 6. August 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰³⁸ Zitat vom 31. Juli 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰³⁹ Zitat vom 7. März 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰⁴⁰ Zitat vom 22. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰⁴¹ Zitat vom 9. Januar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰⁴² Zitat vom 22. Februar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰⁴³ Zitat vom 22. Februar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

gegriffen wird.“³⁰⁴⁴ Da „[...] der Stadts Heesberg wüste und öde gelegen“ war, wurden die besagten Heidegründe „[...] ohne ein gewisses recht oder Befugniß (...) zur weilen“ als Schafsweide genutzt.³⁰⁴⁵ Noch im Jahr 1774 konnte der Kriegsrat Scheele peuplierungspolitische Aktivitäten am Heeseberg vermelden, da an dem „[...] hiesigen Stadts Hesenberg (...) sich nunmehr 4 Familien etabliret (haben), nachdem der Colonist Kaut einen teil von seiner Colonie an seinen (...) Sohn abgetreten“ hatte.³⁰⁴⁶ Der Colonist Kauth „[...] hat sich in diesem Herbst ein Haus von 3 gebund errichtet, und die andern 3 familien wohnen noch unter guten Hütten.“³⁰⁴⁷ „Ohnegeachtet der Grund“, so der Jahresabschlussbericht des Kriegsrats Scheele weiter, „[...] den diese Colonisten bewohnen, größtenteils sehr steril ist, so scheinen doch diese Leute hier ihre Unterhaltung recht gut zu finden.“³⁰⁴⁸ Noch zu diesem Zeitpunkt schien der peuplierungspolitische Glaube des Kriegsrats bezüglich einer partiell erfolgreichen Kolonisierung Heeseberger Heidegründe ungebrochen gewesen zu sein. Allerdings war ihm durchaus bewusst, dass die noch 12 Morgen unkultivierten Heeseberger Heidegründe „[...] zur Ansetzung von Colonien wegen des überaus steinigten und schlechten Grunde völlig unbrauchbar“ waren.³⁰⁴⁹ Im selben Jahre ging aus einer magistratischen Tabelle hervor, dass dem ländlichen Kolonisten Kauth sein Kolonistenhaus „[...] abgebrant ist, aber [sich] wieder im Aufbau“ befand.³⁰⁵⁰ Die in der Tabelle erwähnten Kolonisten „Frants Hochgräft und Gerach“ besaßen aber vorerst nur eine schlechte Hütte zu ihrer Unterkunft auf ihrem Etablissement. Nochmals bestätigte der zuständige Magistrat von Xanten, dass es „[...] Ohngeachtet der erhaltenen Vorschüßen und aller ihnen von Magistrat bewiesenen Hülfe (...) dennoch denen Colonisten schwer fallen (wird), ihr gutes fortkommen zu finden, denn das ihnen angewiesene Heyde-Land (...) größtentheils sehr schlecht“ sei.³⁰⁵¹

Im Jahre 1775 fasste der Kriegsrat Scheele sehr gut die peuplierungspolitische und räumliche Situation der Heeseberger Heidegründe zusammen, dass man „[...] auf den Gedancken kam, diesen Berg mit Colonisten zu besetzen und als man merckte, daß diese Etablissements auf einem dergleichen sterilen Grund überall nicht glücken konnten, sollte derselbe nach der abgegebenen Meinung des Forstmeisters Lehmann zu anderstheils zu verschiedenen Arten von Holtzgewächse gebraucht werden.“³⁰⁵² Der „[...] Verkauf des noch nicht uhrbahr gemachten Grundes vom Heesenberg wird also das einzige Mittel seyn, wodurch der hiesigen

³⁰⁴⁴ Zitat vom 22. August 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³⁰⁴⁵ Zitat vom 22. Februar 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰⁴⁶ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³⁰⁴⁷ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³⁰⁴⁸ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³⁰⁴⁹ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³⁰⁵⁰ Zitat aus der Tabelle vom 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³⁰⁵¹ Zitat aus der Tabelle vom 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³⁰⁵² Zitat vom 15. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

Cämmerey ein (...) Vorteil gestiftet werden“ könne, wohingegen die übriggebliebenen „ [...] Colonisten, die auf diesen sterilen grund verwiesen waren, (...) sich eben zu der zeit zerstreut“ hätten.³⁰⁵³ Der ländliche Kolonist „ [...] Kaut war allein übrig geblieben und die Umstände des Colonisten Eselborn waren demnach so schlecht beschaffen, daß man nicht glauben konnte, er würde jemahls den Heeseberg bezogen haben.“³⁰⁵⁴ Aus einer „Tabelle vom Zustande der Colonisten bey der Stadt Xanten 1776“ wurde der Tod des Colonisten Kauth erwähnt, da „ [...] die wittwe Kauth und deren Sohn Johann (...) weil er zu Geldern soldath geworden und dahingezogen, den kleinen Colonie district gegen zurück erhaltener Verbeßerungs-Kosten (...) der Cämmerey wieder überlassen und quittiert“ haben.³⁰⁵⁵ Noch im Jahr 1779 findet sich ein tabellarischer Nachweis, dass die beiden Kolonisten Hochgraeff und Eselborn weiterhin „ [...] beyde in den schlechtesten Umständen“ wären.³⁰⁵⁶ Eine allerletzte Bemerkung über die Kolonie am Heeseberg des Jahres 1781 beschrieb, „ [...] daß wir gegenwärtig außer dem Hochgraeff keine colonisten auf dem Heeseberg mehr haben [und] nur ein Teil urbar gemacht“ wurde.³⁰⁵⁷ Damit war das letzte Kapitel des binnenkolonisatorischen Besiedlungsprojekts auf dem Heeseberg endgültig zum monetären Nachteil der Kämmerei-Kasse beendet.

Lediglich auf dem Hettekamp konnte der Kriegsrat Scheele peuplierungspolitisch noch reüssieren, weil „ [...] [h]ieselbst in dem Hettekamp (...) ein kleines Stück Land von ohngefehr 80 Ruthen (ist), was seit einiger Zeit keinen Nutzen gebracht hatte, vor 3 rthl. jährlich in Erb Pacht aus gethan, es ist ein Haus darauf gebauet und eine ganze Familie daselbst etablirt“ worden.³⁰⁵⁸ Wie raumwirksam peuplierungspolitische Maßnahmen wirken konnten, belegt die folgende Ausführung des Kriegsrats Scheele, weil der „ [...] Hettekamp, dieses große Patrimonial Stück der Stadt Xanten, (...) mit 2. Waßerleitungen von neuen versehen (ist), alle gräbens in dem selben sind renoviret, und alles so veranstaltet, daß die darin belegen Felder und Weyden von dem darauf zu fließenden Waßer nicht mehr so nachtheilig überschwemmet werden können als bisher geschehen.“³⁰⁵⁹ Dadurch entstand „ [...] ein großer Vorthail (...) für

³⁰⁵³ Zitat vom 15. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822.

³⁰⁵⁴ Zitat vom 15. März 1775 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 822. Diese Aussage deckt sich nicht ganz mit den Ausführungen Scheeles aus dem Jahre 1776, der in seinem jährlichen Jahresabschlussbericht vermeldete, dass die „ [...] Colonisten auf dem Xantenschen Hessenberge (...) ihren Zustand wenigstens dadurch verbessert, daß sie ietzo ihren Unterhalt besser haben als vorher.“ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³⁰⁵⁵ Zitat aus der Tabelle vom Jahre 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³⁰⁵⁶ Zitat aus der Tabelle vom 6. September 1779 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³⁰⁵⁷ Zitat vom 8. Oktober 1781 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235. Der Kolonist Eselborn habe sich hingegen nun im Meursischen niedergelassen.

³⁰⁵⁸ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³⁰⁵⁹ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087. Siehe dazu auch den Bericht des Kriegsrats Scheele vom 27. Oktober 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

den ganzen Vieh-Stand der Stadt, und durch die Ländereyen müssen bey künftigen Verpachtungen der Cammer mehr als vormahls einbringen“, sodass der Kriegsrat „[...] so fort bau Land verpachten (ließ), und (...) dadurch der Cämmerey einen Vortheil von 23 rthl. jährliche Revenue zu wege (brachte), da vormahls keinen Menschen eingefallen war, an einer so ersöhnlichen Abnutzung zu denken.“³⁰⁶⁰

Dieses Beispiel fehlgeschlagener binnenkolonialisatorischer Besiedlungspolitik im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik auf den unkultivierten Heidegründen des Heeseberges und des Hettenkamps verdeutlicht, dass aufgrund der Kombination schwieriger naturräumlicher Rahmenbedingungen einerseits und unfähiger Kolonisten andererseits preußische Kolonisationsbemühungen sehr defizitär für die Kämmerei verlaufen konnten, sodass trotz staatlicher Subventionierung und Auszahlung einiger Benefizien die flächendeckende Peuplierung wüstliegender Heidegründe im ländlichen Umfeld der Stadt Xanten aufgegeben werden musste. Lediglich temporäre und punktuelle Peuplierungen wurden unter großen Anstrengungen realisiert, wobei die Kosten-Nutzen-Rechnung bei diesem binnenkolonialisatorischen Projekt negativ für die preußische Regierung ausfiel.

2.2.4. Die Urbarmachung unkultivierter Heidegründe pfälzischer Auswanderer

Die binnenkolonialisatorischen Ansiedlungen pfälzischer Kolonisten auf niederrheinischen unkultivierten Ländereien sind bisher ein recht gut, unter phänomenologischen und heimatgeschichtlichen Gesichtspunkten untersuchtes Ereignis preußischer Peuplierungspolitik in den rheinisch-preußischen Territorialgebieten. Deswegen geht es bei der folgenden Untersuchung eher um eine Darstellung räumlicher Prozesse im Zuge „landbezogener“ Peuplierungspolitik und deren kulturlandschaftsprägenden Kräfte, die bis in unsere heutige Zeit zum Teil noch kulturlandschaftlich nachwirken. Allerdings kann hier nur an diesem Beispiel pfälzischer Peuplierungsprojekte der „vierte“ Schritt historisch-geographischer Forschung rudimentär bearbeitet werden, der nun nach erfolgter theoriegeschichtlicher Untersuchung, der Einbindung peuplierungstheoretischer Gedanken in die Politik preußischer Herrscher und deren faktische räumliche Umsetzung nach den bis heute noch sichtbaren und persistenten raumwirksamen Spuren preußischer Peuplierungspolitik fragt.³⁰⁶¹

³⁰⁶⁰ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³⁰⁶¹ Ein fünfter Schritt historisch-geographischer Wissenschaft wäre die Entwicklung eines Konzepts zur Bewahrung des kulturlandschaftlichen Erbes, um die bevölkerungspolitischen Persistenzen raumwirksamer Peuplierungspolitiken preußischer Herrscher in die Kulturlandschaftspflege zu integrieren. Dieser Schritt kann ebenfalls in dieser Arbeit nicht erbracht werden. Zu diesem Themenfeld der Kulturlandschaftspflege „landbezogener“ Peuplierungspolitik siehe beispielhaft Küttner, J.: Friederizianische Kolonistendörfer in der Mark Brandenburg, in: Brandenburgische Denkmalpflege 1 (1992), Heft 2, S. 33-50.

2.2.4.1. Die Gründung der Siedlung Pfalzdorf im niederrheinischen Gebiet – die Geburt einer pfälzischen Insel

Die Gründung der pfälzischen Siedlung Pfalzdorf auf der niederrheinischen Gocher Heide im Jahre 1741 ist unter anderem ein Ergebnis intensiver peuplierungspolitischer Kolonisationsbestrebungen während der Regierungszeit Friedrichs des Großen. Die staatlichen Pläne zur Neuerschließung und Urbarmachung bisher unkultivierter Landflächen wurden bei der Gründung von Pfalzdorf erstmals auf rheinischem Boden erfolgreich und mit spezieller Hilfe Friedrichs des Großen umgesetzt.

2.2.4.1.1. Die Auswanderungsgründe pfälzischer Protestanten

Die Auswanderung pfälzischer Siedler aus ihrer Heimat und die Einwanderung in die preußisch regierten rheinischen Gebiete sind keineswegs monokausal zu erklären, vielmehr wirkten hier sich gegenseitig bedingende Kräfte, die zur Besiedlung und Urbarmachung der Gocher Heide führten.

Nachdem der erste Kurfürst aus dem Hause Pfalz-Neuburg, Philipp Wilhelm I., am 14. Mai 1614 nach der Heirat mit einer bayerischen Prinzessin vom lutherischen Bekenntnis zur katholischen Konfession konvertierte, trat er mit dem gleichen Eifer, so wie er es vorher bei der Sache Luthers getan hatte, nun für eine Rekatholisierung seiner Herrschaftsgebiete ein.³⁰⁶²

Unter dem pfälzischen Kurfürsten Johann Wilhelm begann in der Zeit zwischen 1697-1705 die schlimmste Phase konfessioneller Unterdrückung. Neben den zunehmenden konfessionellen Repressionen verwüsteten die Franzosen während ihrer Raubkriege zahlreiche Landflächen in der Kurpfalz, welche auch negative wirtschaftliche Folgen bewirkten und das Land verarmen ließen. Zu dieser konfessionellen Intoleranz gegenüber den Protestanten und den verheerenden Verwüstungen infolge der Raubkriege kamen noch die selbst verschuldete Misswirtschaft und die verschwenderische Hofhaltung pfälzischer Herrscher hinzu. So fasste der Moyländer Pfarrer treffend zusammen, dass die pfälzische Heimat sehr „[...] schön [war], und hätte ein Paradies auf Erden sein können, wenn nicht menschliche Ungerechtigkeit und Grausamkeit sie längst schon in eine Stätte der Tränen verwandelt gehabt hätte.“³⁰⁶³

³⁰⁶² Siehe dazu Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer am Niederrhein. Festschrift zum 220jährigen Bestehen der Pfälzersiedlung Pfalzdorf im Kreis Kleve, Kleve 1961, S. 4. Siehe dazu auch Imig, J.: Die pfälzische Einwanderung an den Niederrhein im 18. Jahrhundert, in: Ders./Lange, H.: 1741-1991, 250 Jahre Pfälzer am Niederrhein. Festschrift, hrsg. v. Pfälzerbund e. V., Pfalzdorf 1991, S. 16-26.

³⁰⁶³ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen und mündlicher Überlieferung, 4. Aufl., Pfalzdorf 2000, S. 26. Es war „[...] die liebliche und doch so unglückliche Pfalz, das herrliche Land, welches schon im 17. Jahrhundert so Unsäglich gelitten, und nun noch immer an den Nachwirkungen jener Leiden schwer zu tragen hatte.“

Es wird deutlich, dass die protestantischen Bewohner der Kurpfalz, die ihrer Heimat den Rücken kehrten, sowohl aus konfessionellen als auch aus ökonomischen Gründen zur Auswanderung bewegt worden waren. Die Kurpfalz war zu Beginn des 18. Jahrhunderts ein in ökonomischer Hinsicht wegen zahlreicher innen- und außenpolitischer Konfliktsituationen herabgewirtschafteter Staat.³⁰⁶⁴ Diese ausweglose Lebenssituation drängte die pfälzischen Auswanderungswilligen zur Emigration, die zunächst nach England und in die englischen Kolonien stattfinden sollte.³⁰⁶⁵ Den Auswanderungsgründen kamen die aktiv betriebene preußische Einwanderungspolitik und die Kolonisationsbestrebungen peuplierungspolitischer Gesetzgebung entgegen. Den potenziellen, durch die fortwährenden Durchmärsche militärischer Truppen, Einquartierungen, Verwüstungen und Kontributionszahlungen ausgelaugten Emigranten wurde die Einwanderung in die rheinischen Territorien durch Vergabe von Geldern, Privilegien und anderen Hilfeleistungen und die Gewährleistung konfessioneller Toleranz und geistiger Freiheit schmackhaft gemacht. Da den pfälzischen Emigranten im Jahre 1741 aufgrund des ausbrechenden Österreichischen Erbfolgekrieges, in dem auch England und Spanien verwickelt waren, die Weiterreise über Rotterdam nach England von Schenkenschanz aus, einer im Jahre 1586 auf klevischem Gebiet errichteten niederländischen Grenzfestung, verwehrt wurde, wird ersichtlich, dass neben den „Push- und Pull-Faktoren“ auch plötzliche und zufällige politische Ereignisse zur Besiedlung der Gocher Heide führten.

2.2.4.1.2. Die Siedlungsgeschichte und die Urbarmachung der Gocher Heide

Nachdem den protestantischen Pfälzern die Weiterfahrt bei Schenkenschanz verwehrt wurde, reichten die Emigranten eine Bittschrift an die Klevische Kammer ein, um in den preußischen Gebieten einen Platz zur Besiedlung zu finden.³⁰⁶⁶ Sie baten, dass man „[...] ihnen in Ansehung ihres betrübten ja recht wehmütigen Zustandes ein Stück wüst landt anweisen“ möge, um sich eine neue Existenz aufbauen zu können.³⁰⁶⁷ Man wolle sich im Zuge

³⁰⁶⁴ Siehe zur den Auswanderungsmotiven der Pfälzer Emigranten auch Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 16-22, bes. 19f.. Oft wurde neben den oben bereits erwähnten Auswanderungsursachen ein konkreter Anlass, wie z. B. eine schlechte Ernte, benutzt, um die Emigrationsbewegung in Gang zu setzen. Die Zuspitzung der Lebenssituation und die wohlwollenden Nachrichten der bereits Angesiedelten, die eine neue Heimat im Herzogtum Kleve gefunden hatten, bildeten meist den entscheidenden Anstoß zur Emigration.

³⁰⁶⁵ Vgl. Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer ... , S. 5. So wies auch der Möyländer Pfarrer O. v. Schütz darauf hin, dass die Pfälzer Kolonisten sich „[...] schweren Herzens zur Auswanderung“ entschlossen, das „[...] Ziel der meisten Pfälzer Emigranten war das Amerikanische Neu-England gewesen.“ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... S. 28.

³⁰⁶⁶ Zur Siedlungsgeschichte Pfalzdorfs siehe: Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte der pfälzischen Colonie am Niederrhein, Marburg 1909, S. 1-58; Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer ... , S. 3-15; Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 24-42; Baumann, J.: Die Pfälzer Siedlungen am linken Niederrhein. Ihre agrargeographische und kulturlandschaftliche Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert, Univ. Diss., Bonn 1959, S. 19-24 und S. 28-33; Auch Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf, 3. Aufl., Pfalzdorf 1990.

³⁰⁶⁷ Zitat aus der Bittschrift, abgedruckt bei Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte ... , S. 13.

preußischer Peuplierungspolitik „ [...] in Ew. Majestät Landen (...) etabliren, unser noch wenig übrig habendes Vermögen zum Aufbau als Viehzucht zu employren, und allergnädigst emanirter Verordnung gemäß uns befeißigen wollen, garben zu pflanzen und das unbrauchbare land zu besäung der Feldfrüchte sowohl als zu weideland zu allgemeinen nutzen zu aptiren.“³⁰⁶⁸ Die Klevische Kammer nahm sich dieser Bitte an und richtete eine Anfrage an die Richter und Magistrate von Kleve, Emmerich und Goch. Nachdem Kleve und Emmerich der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer eine Absage erteilten, traf von Goch eine günstigere Antwort ein. Die Stadt Goch besaß eine über 10.000 Morgen große Heide, die zum Vorteil der Stadt besiedelt werden könnte.³⁰⁶⁹ Diese große Heide wurde allerdings schon unter der Regentschaft des Großen Kurfürsten aufgrund einiger Kultivierungen geschmälert, da dieser zum Beispiel den sogenannten „Tannenbusch“ anlegen lassen hatte.³⁰⁷⁰ Zudem hatten aber auch einige einheimische Bevölkerungsteile vor der Niederlassung pfälzischer Kolonisten einige Grundstücke Gocher Heideflächen zur Urbarmachung und Kultivierung erhalten.

Die Verwaltung und die Aufsicht der Heide oblag dem Magistrat der Stadt Goch, aber die Oberaufsicht und die administrative Zuständigkeit bei allen Anordnungen standen der Kriegs- und Domänenkammer zu. Der Magistrat der Stadt Goch konnte ohne vorherige Zustimmung nicht das Geringste unternehmen. Noch wartend in Schenkenschanz stimmten die niederlassungswilligen Pfälzer Kolonisten ihr „Emigrantenlied“ an, welches uns einen Einblick in den geistigen Zustand dieser Emigranten gibt:

„Ein Pilgrim bin ich halt nunmehr,
Muß reisen fremde Straßen,
Das bitt ich Dich, mein Gott und Herr,
Du wirst mich nicht verlassen.

Muß ich gleich in das Elend fort,
Will ich mich doch nicht wehren,
So hoff ich doch, Gott wird mir dort
Auch gute Freud bescheeren.

³⁰⁶⁸ Zitat aus der Bittschrift der Pfälzer Emigranten vom 20. Juli 1741, abgedruckt in Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 38.

³⁰⁶⁹ Vor allem an der Westseite der Gocher Heide lag eine über 25 Quadratkilometer umfassende unkultivierte Landfläche nutzlos da. Siehe zur Siedlungsgeschichte auch Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer ... , S. 3-15.

³⁰⁷⁰ Siehe dazu Imig, J.: Die pfälzische Einwanderung an den Niederrhein im 18. Jahrhundert ... , S. 18.

Herr, wie Du willst, so gib mich drein,
Bei Dir will ich verbleiben,
Ich will mich gern dem Willen Dein
Geduldig unterschreiben.

Muß ich gleich fort, in Gottes Nam´,
Und wird mir all´s genommen,
So weiß ich wohl, die Himmelskron
Werd ich einmal bekommen.

Mein Gott, führ mich an eine Stätt´,
Wo ich Dein Wort kann haben,
Darin will ich mich früh und spät
In meinem Herzen laben.

Soll ich in diesem Jammertal
Noch läng´r in Armut leben,
So hoff ich doch, Gott wird mit dort
Ein bess´re Wohnung geben.³⁰⁷¹

Die Klevische Kammer wies die Emigranten am 21. Juli 1741 an, sich beim Magistrat der Stadt Goch zu erkunden, „[...] ob Ihnen ein gewisser Distrikt Heydeland auf eine ohnschädliche weise eingethan werden könne.“³⁰⁷² Nach einer Begutachtung der Gocher Heide durch die Vertreter der Stadt und zwei Deputierten der pfälzischen Siedlungswilligen verlangten die Emigranten, den 18-19 Familien mit ca. 120 Personen, 240-250 holländische Morgen Land zu geben, ein Gebiet, das „[...] sich in der Niedrigung zwischen dem Dannen Busch undt der Schneppen Baumscher Landtwehr an beyden Seithen der Straße von Gennep nach Calcar, neben der Vals (...) hin sich erstreckt,“ weil es „[...] an Anderen Orthen auf dieser Heyde an Wasser fehlet, so ihnen vor Menschen alß Vieh unentbehrlich.“³⁰⁷³ Damit wurde das Kernstück der späteren Pfälzersiedlung Pfalzdorf bereits umrissen (s. Abb. 10).

³⁰⁷¹ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... S. 24f..

³⁰⁷² Zitat der Klevischen Kammer vom 21. Juli 1741, abgedruckt bei Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer ... , S. 7.

³⁰⁷³ Zitat aus dem Ratsprotokollbuch der Stadt Goch vom 8. August 1741, abgedruckt bei Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte ... , S. 15f..

Die Gocher Heide vor der inneren Kolonisierung (um 1735)

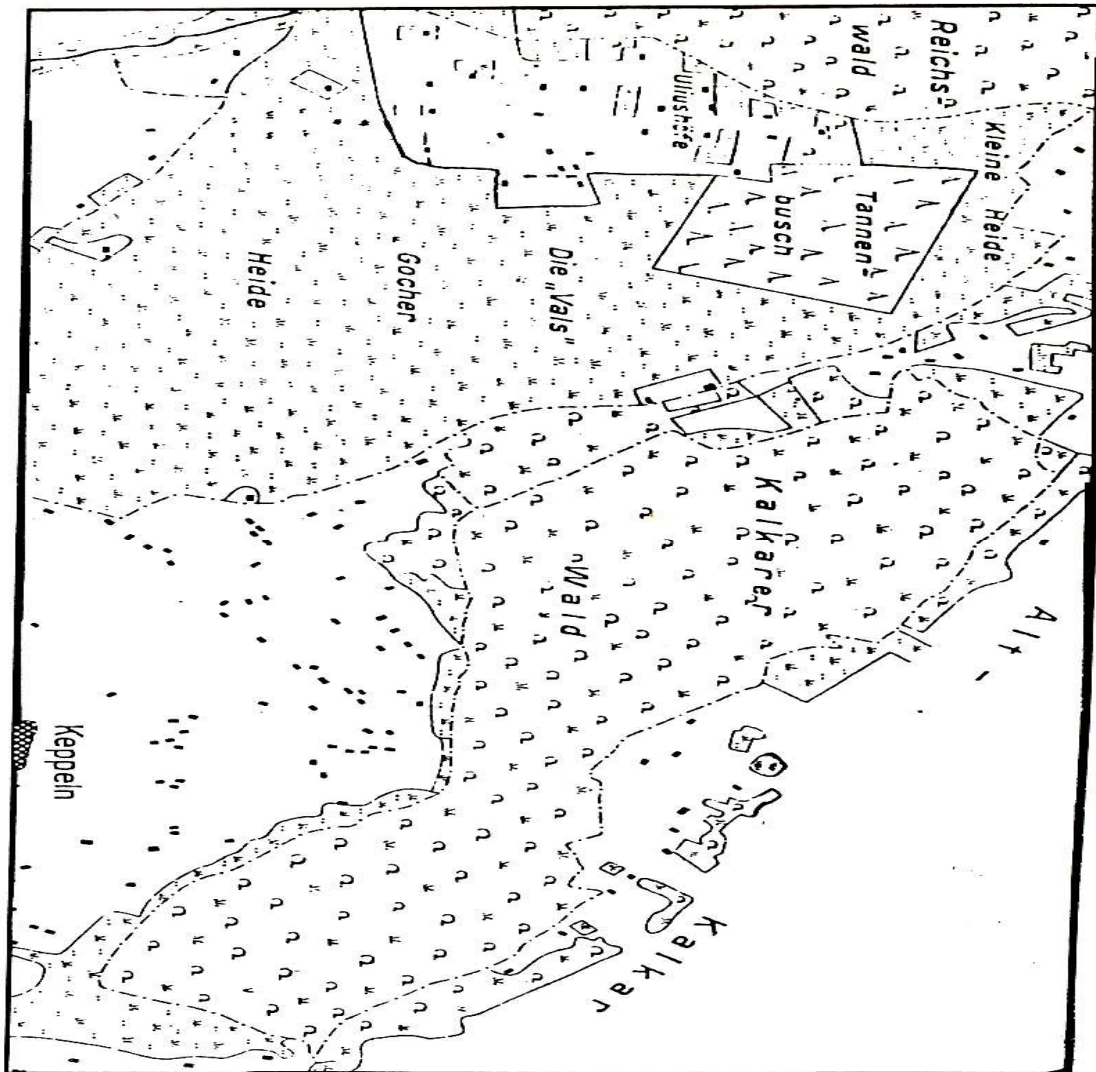


Abb. 10 (Mott, B.: Pfälzer an Niederrhein, Kalkar 1989, S. 24)

Am 3. August 1741 begutachteten die mit Spaten ausgerüsteten Pfälzer Deputierten Johannes Seemann, Heinrich Hans, Friedrich Conrad, Michael Grossart, Jacob Spee, Adam Becker und Johann Krafft das ihnen zugewiesene Heideland auf der Gocher Heide. Die „[...] untere Erdschicht hatte sich fast überall, wo sie bisher gegraben hatten, besser und kulturfähiger erwiesen, als die nur mit Heidekraut bewachsene Oberfläche“, sodass wenn „[...] dieser Boden nur in gehöriger Tiefe umgesetzt werden könnte, oder wenn’s nur möglich würde, ihn einigermaßen zu bewässern, dann musste, das erkannten sie sofort, die Kultur, sich wohl der Mühe lohnen, ja konnte sogar ein überraschend günstiges Resultat liefern.“³⁰⁷⁴ Die

³⁰⁷⁴ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 41.

Bodenqualität der Gocher Heide war nach deren Einschätzung gar nicht so schlecht, sodass unter Anwendung pfälzischer Tugenden durchaus diese unkultivierten Heideflächen raumwirksam urbar gemacht werden konnten. Nach einer genauen Feldforschung „[...] hatten sie hier und da den Boden mit ihren Schippen untersucht, und sich bald überzeugt, daß wirklich, wie sie vermutet, hier in der Niederung wegen der größeren Feuchtigkeit die Kultur der Heide am leichtesten und lohendsten sein würde.“³⁰⁷⁵ Daraufhin wurde in einem Protokoll vom 8. August 1741 festgehalten, dass „[...] zur Urbarmachung vor etwa 19 Familien bestehend aus 120 Personen ungefähr 240-250 holländische Morgen einen District ausgesehen, welcher sich in der Niederung zwischen dem Dannenbusch und der Schneppenbaum`schen Landtwehr an beiden Seiten der Straße von Gennep nach Calcar gehend, neben der Valz bis auf gemelter Schneppenbaum`schen Landtwehr hin erstreckt, allwo sie den grund zur Urbarmachung am bequemsten gefunden, weil es an anderen orten auf dieser Heide an Wasser fehlet, so ihnen sowohl vor Menschen als Vieh unentbehrlich.“³⁰⁷⁶ Die Antwort der preußischen Kammer an die Stadt Goch erfolgte am 17. August, in der man die getroffene Abmachung zwischen den Kolonisten und dem Gocher Magistrat gutgeheißen hatte. Vor der Abschließung der Erbpachtverträge solle aber noch geprüft werden, ob die niederlassungswilligen Pfälzer Kolonisten „[...] zu Entreppennirung solchen Wercks genug bemittelt seyen, somit keine Hütten anstatt Häuser erbauet, und für Gemeine- und Wercktreibende Eingeseßene nur andern zur Last kommende Bettler, wo nicht gar Holz- und Walddiebe angesetzt werden mögen.“³⁰⁷⁷ Am 23. August 1741 wurde ein Erbpachtvertrag aufgesetzt, in dem den „[...] theils wegen ihrer religion, undt theils der Gewaltigen presuren halber Emigranten Familien“ erlaubt wurde in den „[...] hiesigen Landen zu bleiben, undt mit Urbarmachung Einiger Heyde Gründen ihren Lebens Unterhalt zu erwerben.“³⁰⁷⁸ Im zweiten Paragraphen des Erbpachtvertrages gewährte man den Kolonisten Privilegien und Hilfen, wie auch eine fünfjährige Befreiung von der Zahlung der Rente.

Nachdem die pfälzischen Protestanten mit Grund und Boden versorgt worden waren, erkannte man, dass die mitgeführten Barmittel nicht für die vollständige Urbarmachung ausreichen würden, sodass man sich an die Klevische Kriegs- und Domänenkammer mit der Bitte um

³⁰⁷⁵ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 43.

³⁰⁷⁶ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 44. Siehe zur Rekonstruktion der ältesten Pfalzdorfer Karte Weber, W.: „Die älteste Karte von Pfalzdorf“. Gesamtausgabe in drei Teilen, Pfalzdorf 2012 (noch nicht erschienen). Ein herzlicher Dank gilt hier Herrn Graven vom Pfälzerbund am Niederrhein e.V., der mir neben zahlreichem Material zur pfälzischen Geschichte das Manuskript Webers zum Durcharbeiten mitgegeben hat.

³⁰⁷⁷ Zitat aus dem Antwortsschreiben der Klevischen Kammer an die Stadt Goch vom 17. August 1741, abgedruckt bei Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte ... , S. 16.

³⁰⁷⁸ Zitat aus dem Vertrag vom 23. August 1741, abgedruckt bei Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte ... , S. 18-22. Siehe auch zum Vertragswerk Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer ... , S. 8-11.

Gabe von Baumaterialien wandte. Die Klevische Kammer aber verweigerte diese Unterstützungsleistung und wies die Kolonisten an, dass man auf eigene Kosten die Häuser bauen müsste. Hier wird deutlich, dass die intendierten sofortigen Hilfeleistungen, die in den peuplierungspolitischen Policyverordnungen von staatlicher Seite aus propagiert worden waren, für die niederlassungswilligen Siedler keineswegs uneingeschränkt ausgegeben wurden. Eine erneute im September 1741 formulierte Bittschrift der Pfälzer Siedler nahm Bezug auf „[...] ein bestehendes Königl. Edikt ‚wegen Peuplirung des Landes‘ [und] erinnerte daran, daß die jetzige Ansiedlung voraussichtlich große Folgen für die Zukunft haben, und die jetzt erbetene Unterstützung reichlich durch die späteren Steuern aufgewogen werden würde.“³⁰⁷⁹ Daraufhin kam es zu einer Wendung und die Klevische Kriegs- und Domänenkammer befahl dem Gocher Magistrat den Emigranten zu helfen und versprach ihnen „[...] in deren faveur nach Hofe berichten und verschlagen, ob der König gemäß dem Edicte wegen peuplirung des Landes nicht aus Gnaden diesen Leuten mit etwas Holtz, Kalk und Steinen oder baarem Gelde beispringen wollte, um dadurch noch mehrere zu encouragieren sich hier im Lande anzusetzen.“³⁰⁸⁰

Weil mittlerweile der Winter Einzug gehalten hatte, gestattete der Gocher Stadtrat den Emigranten sich während der kalten Jahreszeit in der Stadt aufzuhalten. Allerdings konnten wegen der zu zahlenden Mietkosten nicht alle Pfälzer Familien dieses Angebot annehmen und blieben in ihren Erdhöhlen, in welchen sie schon im Sommer gewohnt hatten. Diese rund 55 Personen erkrankten aufgrund der Feuchtigkeit an Nervenfieber, sodass sich der Gocher Magistrat und einige gutherzige Bürger erbarmten und die Armen mit Lebensmitteln und Geldspenden versorgten.³⁰⁸¹ Mit dem einkehrenden Frühling verging nicht nur die Kälte, sondern auch das Wohlwollen der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, da man mittlerweile bezweifelte, dass die Kolonisten mit eigenen Mitteln ihre Häuser errichten konnten. Trotz der Widrigkeiten – einige erlagen den Krankheiten des Winters, andere kehrten dem Siedlungsvorhaben schon vorher den Rücken zu – machten sich die noch 15 vorhandenen Pfälzer Familien mit voller Zuversicht an die Urbarmachung heran. Am 2. März 1741 riet der Gocher Stadtrat den niederlassungswilligen Kolonisten wegen der traurigen Verhältnisse unter den Pfälzern und der fehlenden Unterstützung der Kammer, sich

³⁰⁷⁹ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 49f..

³⁰⁸⁰ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 50.

³⁰⁸¹ So schrieb der Moyländer Pfarrer O. v. Schütz von dem tragischen Tod des Jacob Kalbfuß, „[...] den ersten der Emigranten, welcher dem ausgebrochenen Nervenfieber als Opfer gefallen war, und der ja auch ein noch ganz junges Weib mit zwei verwaisten Kindern hatte zurücklassen müssen.“ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 57f..

mit der besseren Jahreszeit auf den Weg zu machen und woanders ihr Glück zu suchen.³⁰⁸² Allerdings glaubten die pfälzischen Glaubensflüchtlinge weiter an ihren Erfolg bei der Besiedlung der Gocher Heide, sodass der Gocher Magistrat den Emigranten freundlich gegenüberstand und für sie nochmalig bei der Klevischen Kammer um Hilfsmaßnahmen bat. Die Klevische Kammer entschied sich zum wiederholten Male gegen die Vergabe der dringend zum Erfolg der Kolonisation benötigten Unterstützungsgelder. Den Pfälzern wurden somit alle Hoffnungen genommen. Es wird deutlich, dass die intensiven peuplierungspolitischen Kolonisationsziele in ihrer Umsetzung auf unterer Ebene keineswegs unproblematisch und unkompliziert abliefen, ja dass sogar die kolonisationswilligen Siedler um die in den Policyverordnungen festgesetzten Hilfeleistungen kämpfen mussten.

Trotz dieser trostlosen Situation begann man ohne Vieh und Pferde die Urbarmachung der Gocher Heide weiter fortzusetzen. Deshalb ist es dem intensiven Arbeitseinsatz der Kolonisten hoch anzurechnen, dass sie zu Beginn des nächsten Winters schon mehrere Häuser errichtet hatten. Allerdings mussten die Familien erneut in die Gocher Stadt ziehen und um Mildtätigkeit werben. Erst als die Pfälzer den städtischen Bürgern zur Last fielen, wurde ihnen empfohlen, sich innerhalb von sechs Wochen fortzugeben. Erneut richteten die protestantischen Siedler ein Gesuch an die Klevische Behörde, in der man die ersten Erfolge bei der Urbarmachung schilderte und um Hilfe zur Vollendung bat. Nach eingehender Erwägung der Verhältnisse kam die Klevische Kriegs- und Domänenkammer zum Entschluss, dass die Kolonisationsbemühungen aufgrund des Fehlens eigener finanzieller Mittel nicht erfolgreich beendet werden können. Die Ansiedlung solle nur geschehen, wenn die „[...] Urbarmachung der Heyde auf ihre Kosten“ gehen würde.³⁰⁸³ Dies ist als eine klare Absage der Klevischen Kammer zu werten, die den siedlungswilligen Kolonisten keine finanziellen Hilfsmaßnahmen geben wollte. Der Magistrat erbarmte sich noch mal und gestattet den Emigranten, sich während der kalten Jahreszeit in der Stadt aufzuhalten. Die Gutherzigkeit der Gocher Bürger zeigte in diesem Fall, dass man den Fremden keineswegs ablehnend gegenüberstand, sondern man ihnen Hilfe in der Not anbot, damit sie die Kolonisationsbestrebungen weiterhin im nächsten Frühjahr fortsetzen konnten. Der Magistrat wandte sich im Frühjahr 1742 erneut an die Klevische Kammer, doch die erwiderte am 6. März 1742, dass die Urbarmachung aus den eigenen Mitteln der Siedler vollbracht werden müsse. Der Pfälzer Wille war trotz der ausweglosen Situation ungebrochen und man arbeitet den ganzen Sommer weiter an der Kultivierung der Heide. Nach gut einem Jahr hatte sich „[...] auf der Heide (...) vieles verändert, [s]ie machte nicht mehr den Eindruck der Wüste,

³⁰⁸² Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer ... , S. 11.

³⁰⁸³ Zitat vom 16. September 1741, entnommen aus Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte ... , S. 24.

sondern den einer beginnenden Heide“, was wiederum die augenscheinliche und raumwirksame Veränderung kulturlandschaftlicher Erscheinung belegt.³⁰⁸⁴ Schon sechs „[...] Häuser standen bereits unter Dach und waren teilweise sogar bewohnt, etliche andere waren wenigstens in Angriff genommen, (...) 8 holländische (...) Morgen Landes waren der Kultur gewonnen, und auf einigen Feldern stand bereits die schöne Wintersaat und verhiess einen lohnenden Ertrag.“³⁰⁸⁵ Dies verdeutlicht, wie hartnäckig und motiviert die protestantischen Siedler um ihre neue Heimat kämpften und auch mit ihrer mühevollen Arbeit einen moralischen Zwang auf die Klevische Kammer auszuüben versuchten. Der erneute Winter führte zu einer vorhersehbaren Belastung der Stadt Goch, da die Siedler wieder den Bürgern zur Last fielen. Trotz aller Bemühungen ordnete nun der Gocher Magistrat in aller Milde am 17. Januar 1743 an, dass sich die Familien erneut innerhalb von sechs Wochen aus der Stadt begeben müssen. Die Siedler verstanden dies und kamen der Verordnung nach. Allerdings blieben sie weiterhin auf der Heide und griffen in ihre Not zum letzten Mittel. Sie sandten zwei Deputierte mit einer persönlichen Bittschrift an den preußischen König Friedrich den Großen nach Berlin aus und baten um „[...] einen Vorschuss zu Fortsetzung unsern angefangenen Wercks“ und folglich um eine nötige „[...] Spezial-Ordre an [die] klevische Kammer.“³⁰⁸⁶ Ende Mai kam endlich die ersehnte Spezialorder aus Berlin, wodurch die pfälzischen Kolonisten das verbriefte Recht erhielten, sich auf der Gocher Heide anzusiedeln. Der Magistrat und die Klevische Kammer wurden explizit aufgefordert „[...] behülflich zu seyn, daß die bewachsene Plätze zu Äckern rein und Uhrbar gemacht werden.“³⁰⁸⁷ Der preußische König wies ausdrücklich darauf hin, dass derer „[...] Pfälzischen Emigranten Adam Becker und Michel Grossard auch Consorten unterm 2ten dieses Monats eingereichtes Supplicandum, worinn sie umb einen Vorschuss zu ihrem Etablissement bitten, übersenden Wir Euch in Abschrift hierneben: Und da die Stadt Goch von denen Supplicanten hiernechst einen jährlichen Erb-Zins zu gewarten hat, so muß sie auch vor dieselbe sorgen, und behülflich seyn, daß die bewachsene Plätze zu Äckern rein und Uhrbar gemacht werden.“³⁰⁸⁸

³⁰⁸⁴ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 64.

³⁰⁸⁵ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 64.

³⁰⁸⁶ Zitat aus der Bittschrift an Friedrich den Großen vom 2. April 1742, abgedruckt bei Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte ... , S. 32f..

³⁰⁸⁷ Zitat aus dem Spezialbefehl Friedrichs des Großen vom 30. April 1743, abgedruckt bei Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte ... , S. 34. Es ist wahrscheinlich anzunehmen, dass lediglich die Kolonisten, die in der Periode zwischen 1768-1771 in das klevische Herzogtum emigrierten, in den Genuß der Bauhilfsgelder kamen. Siehe Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 29. Der Moyländer Pfarrer O. v. Schütz hielt sogar die Anekdote fest, dass die beiden Deputierten „[...] unerwartet auch noch zur Königin Elisabeth Christine befohlen worden“, die ihnen noch Geld für die Ankaufung von Kühen mitgab. Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 75.

³⁰⁸⁸ Zitat vom 30. April 1743 entnommen aus Jörissen, J.: 175 Louisendorf. Chronik eines Pfälzerdorfes am Niederrhein, Louisendorf 1995 , S. 11.

Sowohl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer als auch der städtische Magistrat zu Goch wurden explizit aufgefordert, „[...] denen Pfälzischen Emigranten behülflich [zu] seyn (...), damit sie die ihnen angewiesene wüste Acker Uhrbahr machen können.“³⁰⁸⁹

Die erfolgreiche Kolonisierung auf der Gocher Heide durch den Spezialbefehl Friedrichs des Großen ist ein Beispiel dafür, dass die aktiven und intensiv verfolgten peuplierungspolitischen Kolonisationsbestrebungen der Berliner Regierung durch die lokale Administration temporär blockiert wurden, sodass erst eine Spezialorder Friedrichs des Großen die notwendige und garantierte Hilfe für die niederlassungswilligen Pfälzer durchsetzte. Am 21. November 1743 „[...] ging`s fröhlich und lustig her auf der Heide, [d]ie junge Kolonie, die sich den Namen ‚Neu-Pfalz‘ gewählt, war für`s erste fertig und deren Zukunft gesichert.“³⁰⁹⁰ Bis zum Jahre 1748 zogen noch weitere Pfälzer Familien nach Pfalzdorf, sodass der von den ersten Kolonisten prophezeite Zuzug seine ersten Erfolge zeigte. Nach einem weiteren königlichen Werbungspatent im Jahre 1747 „[...] meldeten sich sofort im Sommer desselben Jahres auf einmal 43 Pfälzer Familien zur Übersiedlung auf die Gocher Heide“, um weiteres öd liegendes Heideland zu peuplieren.³⁰⁹¹ Erst jetzt, so die Einschätzung des Moyländer Pfarrers, „[...] erfolgte die Kultivierung der weiten Heide im großen Maßstabe, und erstand in kürzester Zeit ein ansehnliches Dorf, welches nunmehr den Namen Pfalzdorf erhielt.“³⁰⁹² Die Kolonisten waren somit zugleich auch Kolonistenwerber, die zur Peuplierung des preußischen Landes beitrugen. Zugleich wurden auch durch den Frankfurter Kolonistenwerber von Hochstädter neue Emigranten angeworben, um bei der Besiedlung der Heide zu helfen. Zwischen 1762 und 1765 trafen 60 neue Kolonisten ein, ein letzter Höhepunkt war dann die Zeit von 1769-1771, wo noch 30 Zuzüge zu verzeichnen waren.³⁰⁹³ Danach setzte eine natürlich bedingte Beruhigung des Zuzugs ein, weil der kulturfähige Boden der Gocher Heide restlos vergeben war. Im Jahre 1777 lebten 103 Familien mit 568 Personen in Pfalzdorf, die das Ergebnis der aktiv betriebenen „landbezogenen“ Peuplierungspolitik Friedrichs des Großen waren (s. Abb. 11).

³⁰⁸⁹ Zitat vom 30. April 1743 entnommen aus Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 11.

³⁰⁹⁰ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 74.

³⁰⁹¹ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 85.

³⁰⁹² Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 86.

³⁰⁹³ Zahlen entnommen aus Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer ... , S. 14.

Geographische Lage von Pfalzdorf im 19. Jahrhundert

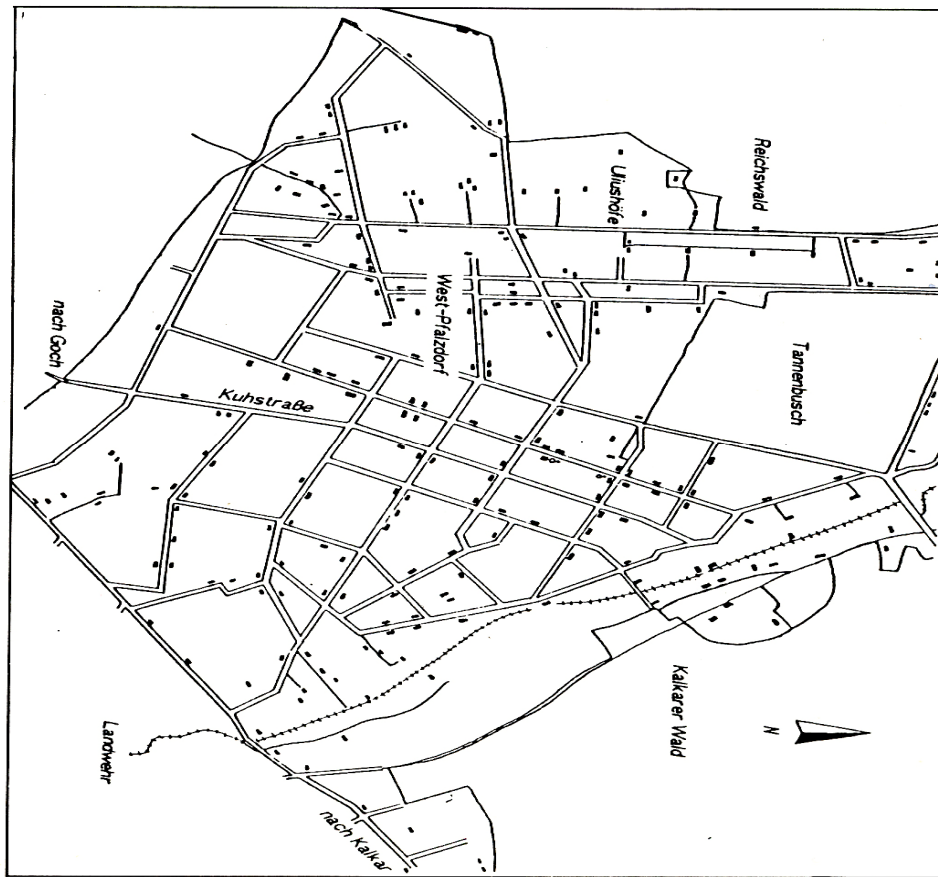


Abb. 11 (Mott, B.: Pfälzer an Niederrhein, Kalkar 1989, S. 27)

Das Buch „Die Gründung von Pfalzdorf“ des moyländischen Pfarrers O. von Schütz dient heute noch trotz des pathetischen Schreibstils und seiner glaubensintensiven Überhöhung pfälzischer Kolonisten als hervorragende historische Quelle raumwirksamer Peuplierungspolitik.³⁰⁹⁴ In sein Werk flossen neben kleinen Novellen zahlreiche mündliche Überlieferungen mit ein, die er noch von den Kindern der ersten Kolonisten von der Gocher Heide direkt erhielt. Filtert man die novellistischen und pathetischen Erzählungen sowie die heilsgeschichtliche Einordnung niederlassungswilliger Pfälzer Kolonisten heraus, so erhält man einen wunderbaren Einblick in die kulturlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit emsiger Kolonisten. Die Pfälzer Kolonisten wurden zunächst als sehr fleißige Menschen dargestellt, die nach getaner Arbeit „[...] baldmöglichst nach Hause eilten“, um dort im Kreise ihrer Familie nach dem stärkenden Essen häusliche Arbeiten zu verrichten.³⁰⁹⁵ Auch aus „qualitativer“ peuplierungspolitischer Perspektive war der Pfälzer für den preußischen

³⁰⁹⁴ Siehe dazu Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ...

³⁰⁹⁵ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 14.

Staat sehr interessant, „[...] den er ist mit Kindern reich gesegnet, - er hat deren manchmal über ein Dutzend – die alle wieder dereinst einen Hof besitzen oder wenigstens pachten möchten.“³⁰⁹⁶ Diese für die Binnenkolonisation unkultivierter rheinischer Heidegründe so notwendige Arbeitsamkeit lag in dem Charakterzug pfälzischer Kolonisten begründet, die, „[...] so lange [sie] sich noch zu rühren ver[mochten], nur um einen Knecht zu ersparen, lieber selbst dessen Dienste verrichtet[en], ja zum gleichem Zwecke sogar die jugendlichen Kräfte [ihrer] Kinder schon gern“ benutzen.³⁰⁹⁷ Noch 100 Jahre später war die binnenkolonisatorische Arbeitsamkeit pfälzischer Emigranten allseits im Klever Land bekannt, da sie „[...] sogar die unfruchtbarsten und verkommensten Bodenflächen, vor denen jeder Andere zurückschreckt, frisch und mit gutem Erfolg in Angriff“ nahmen und sich oftmals dauerhaft ansiedeln konnten.³⁰⁹⁸ In diesem Kontext – wie auch aus den vorhandenen archivalischen Quellen zu belegen und zu entnehmen ist – hob der Moyländische Pfarrer die Kolonien Pfalzdorf, Louisendorf, Neulouisendorf, die Asperdische Heide und die Bönninghardter Kolonie hervor, die im Zuge preußischer Peuplierungspolitik im niederrheinischen Gebiet mit meist pfälzischen Kolonisten besiedelt wurden und raumwirksame Spuren in der Kulturlandschaft hinterließen.

In pathetischer Überhöhung betonte O. v. Schütz die raumprägenden Anstrengungen der emigrierten Kolonisten, in dem er den prächtigen Baumhof hervorhob, „[...] welcher zum Ressort des Mannes gehört, und schon beim ersten Anblick davon Zeugnis gibt, daß die meistens Pfälzer noch von ihrer oberländischen Heimat her die Obstzucht gut verstehen.“³⁰⁹⁹ Aber nicht nur die Anwendung heimatlicher Kenntnisse spiegelte sich in der kulturlandschaftlichen Erscheinung durch die vorzügliche Umsetzung obstzüchterischen Wissens wider, sondern auch das urbargemachte Feld, „[...] wo der Bauer, während seine Frau bedächtig hinter ihm hergeht, mit froher Lust und Gottlob noch oftmals mit einer gewissen Andacht Dir die lieben Gottesgaben weist, die er im Schweiß seines Angesichtes erlangt; und dieser Gang durch die Felder, welche aus ehemaligem ödem Heideboden ein wunderbar gesegnetes Gefilde geworden sind, hat (...) etwas wirklich Erhabenes.“³¹⁰⁰ Vor allem in der Anfangszeit des Kultivierungsprozesses war die anthropogene Energie zur Urbarmachung die einzig energetische Quelle, weil „[...] sie für's erste weder Pferde noch Kühe besaßen.“³¹⁰¹ Ohne staatliche und lokale Unterstützung wäre allerdings dieses

³⁰⁹⁶ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 14.

³⁰⁹⁷ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 15.

³⁰⁹⁸ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 16.

³⁰⁹⁹ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 18.

³¹⁰⁰ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 19.

³¹⁰¹ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 61.

peuplierungspolitische Unterfangen nicht zu realisieren gewesen, da „[...] dieser Heidegrund viele Zeit, Arbeit und Kosten zur Urbarmachung erfordert.“³¹⁰² Sicherlich verlief die Urbarmachung Gocher Heideländereien nicht immer so freudig, aber dennoch trug der tiefe Glaube und die Arbeitsamkeit pfälzischer Kolonisten dazu bei, dass diese die schweren Rahmenbedingungen und Lebensumstände der ersten Jahre relativ gut überlebten, auch wenn nicht alle diese Ausdauer und Gesundheit zur Kultivierung ihrer Heidegründe zeigten. Die raumwirksame Kraft kulturlandschaftsverändernder Prozesse pfälzischer Kolonisten ging auf die „[...] besondere Begabung der Pfälzer für die Urbarmachung wüster Ländereien [zurück], welche noch heute allen unsern Pfälzern eigen ist, verbunden mit der fast übermenschlichen Anstrengung der Kolonisten, von der ihre Nachkommen noch mit Stauen zu erzählen wissen.“³¹⁰³ Nach Stabilisierung der Gocher Kolonie „[...] wagte wohl mancher beim Rundblick auf die weite Heidefläche, welche noch gar vielen Raum für zukünftige Ansiedlung bot, kühne Luftschlösser zu bauen.“³¹⁰⁴ Getränkt durch den Gedanken göttlicher Vorhersehung bemerkte O. v. Schütz in seinem Werk, dass weder die preußischen Beamten in Kleve als auch in Berlin damals gehaut hätten, „[...] daß jene kleine Emigrantenschar, welche in so großer Bedrängnis bei Schenkenschanz lag, und doch so fest der göttlichen Führung vertraute, von Gott selber dazu berufen war, die Hand der Kultur an den noch öden Teil des Klever Landes zu legen, die weite und unfruchtbare Wüste allmählich in ein liebliches und reich gesegnetes Gefilde umzuwandeln, und auch dem dahin welkenden Protestantismus am Niederrhein neuen Lebensstoff zuzuführen.“³¹⁰⁵

Auch die Pfälzer Chronik, zusammengestellt durch Fr. W. Hans aus dem Jahre 1855 beschrieb die kulturlandschaftsverändernde Kraft preußischer Peuplierungspolitik und pfälzischer Arbeitsamkeit, da diese „[...] der Urbarmachung von jeher für ganz unwerth geachtete, von keiner lebendigen Quelle bewässerte, von keiner menschlichen Seele bewohnte, nur von einzelnen oder Straßen (...) und dann und wann von einzelnen Hirten aus der Umgebung, mit ihren Heerden im Früh- und Spät-Jahre besuchte Heide (...) ist das Gebiet, auf welchem um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Grund der Colonie des jetzigen blühenden Pfalzdorf gelegt worden ist.“³¹⁰⁶ So wurde im Zuge binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik dieser „[...] vor dem Jahre 1650 rohe, gänzlich unbebaut liegen gebliebene Heidegrund“ kultiviert, wie der im 19. Jahrhundert lebende Chronist sich

³¹⁰² Zitat des Gocher Magistrats aus dem Jahr 1744, entnommen aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 83.

³¹⁰³ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 85.

³¹⁰⁴ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 79.

³¹⁰⁵ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 37.

³¹⁰⁶ Zitat aus der Chronik Pfalzdorfs im Kreise Cleve, zusammengestellt durch Fr. W. Hans, 1855, StAG, B 108, 1 u. 2.

erinnerte.³¹⁰⁷ Ein weiteres raumwirksames Beispiel kulturlandschaftsverändernder Kräfte „landbezogener“ Peuplierungspolitik im Kontext der pfälzischen Besiedlung der Gocher Heide wurde in der Stadtchronik im Jahre 1768 vermerkt. Dabei wurde erwähnt, dass der „[...] Magistratus (...) an jetzo nicht allein mit einer von der hochlöbl. Kriegs- und Domänen Kammer ratificirten von 1000 Bäumen bestehenden Pflanzung zu einer allée zu Gocher Heide an der Landstraße von Goch nach Cleve Wirklich in Begriff [war], sondern es wird auch in den angelegten 80 Morgen und 80 Ruthen holl. großen ebenfalls auf der Gocherheide gelegenen Kamp zu Holz-plantagen mit aptiren, der darin abgestochenen 40 holl. Morgen um Eicheln, Buchen und Tannen darin zu sähen.“³¹⁰⁸ Diese raumwirksamen und kulturellen Persistenzen preußischer Binnenkolonisationspolitik sind bis heute noch sicht- und spürbar. (s. Photo 13 und Photo 14)

Nicht unerwähnt darf aber auch die Hilfe lokaler Kräfte bei dem peuplierungspolitischen Kolonisationsprojekt bleiben, die zunächst eher durch die Klevische Kammer unterwandert wurde. So hob der Pfarrer O. v. Schütz in seinem Werk über die Pfälzer Siedler hervor, dass die lokale Bevölkerung „[...] nach Kräften sich der armen Fremden liebeich angenommen, um welche es sonst wahrlich noch weit schlimmer gestanden hätte“, sodass es „[...] eine urkundlich verbürgte Tatsache (ist), welche noch die spätesten Nachkommen der Pfälzer Emigranten in dankbarem Andenken behalten mögen, daß jene, so lange sie noch in Goch weilten, das ist von Michaelis 1741 bis zum Frühjahr 1743, durch die Wohltätigkeit des Magistrates und durch die christliche Liebe der evangelische Gemeinde, ja durch die Menschenfreundlichkeit vieler katholischer, israelitischer und mennonitischer Einwohner der Stadt zum großen Teil unterhalten worden sind, also daß sie ihr ohnehin geringes Vermögen in dieser ganzen zeit nur wenig anzugreifen brauchten, sondern es möglichst zur Kolonisierung der Heide verwenden konnten.“³¹⁰⁹ Im Gegensatz zu der Besiedlung der Bönninghardter Heide war wohl bei diesem Kultivierungsprojekt eine gewisse Unterstützung einheimischer Bevölkerungsteile aus konfessionellen und philanthropischen Gründen gegeben.

³¹⁰⁷ Zitat aus StAG, B 108, 1 u. 2.

³¹⁰⁸ Zitat aus StAG, M IV/377.

³¹⁰⁹ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 60.

Gedenkkreuz an den ersten Friedhof pfälzischer Kolonisten auf der Gocher Heide



Photo 13, M. Zbroschzyk 2012

Gedenkstein in Goch-Pfalzdorf mit der Inschrift: „Die Wüste wird zum Acker werden“ –
1991 anlässlich der 250-jährigen Geschichte von Pfalzdorf errichtet



Photo 14, M. Zbroschzyk 2012

Da die protestantischen Pfälzer Kolonisten ihr eigenes Siedlungsgebiet in einer sonst stark katholisch geprägten Umwelt errichten konnten, blieben sie weitgehend unter sich. Dies führte dazu, dass sie ihre kulturelle Identität, wie man auch heute z. B. noch vor allem bei der älteren Generation am Dialekt erkennen kann, bewahrten.³¹¹⁰ Somit kann bei der pfälzischen Insel im niederrheinischen Gebiet nicht von einer Assimilierung der Kolonisten im 18. Jahrhundert gesprochen werden, weil die mitgebrachten Werte- und Kulturmuster aufgrund der konfessionellen Andersartigkeit gegenüber der überwiegend katholischen Umlandbevölkerung geschützt und tradiert wurden.³¹¹¹ Da das Pfälzer Interesse darin bestand, sowohl die eigene kulturelle Identität zu bewahren als aber auch den täglichen Kontakt und die Interaktion mit den in der frühen Phase der Kolonisationszeit lieb gewonnenen Bürgern der Stadt Goch zu vermeiden, kann man von keiner gelungenen Integration emigrationswilliger Pfälzer sprechen. Die Kolonistenfamilien praktizierten inmitten einer katholischen Umgebung konsequent ihren Glauben und bemühten sich früh um eine kirchliche Eigenständigkeit der Siedlung, sodass hier eindeutig die Akkulturationsform der Separation vorlag, die sich bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts halten sollte.

Ihre Loyalität gegenüber dem preußischen Herrscherhaus war ungebrochen. Bis heute ist Pfalzdorf nicht nur ein gelungenes Beispiel für eine aktiv betriebene Kolonisationspolitik preußischer Herrschaft, sondern auch ein bedeutsames Relikt peuplierungspolitischer Bemühungen, die bis in unsere Zeit hinein wirkt. Der Pfälzer Heimatforscher J. Imig (1905-1994) fasste bezüglich der Raumwirksamkeit zusammen, dass die „[...] kurfälzischen Kolonisten der Gocher Heide (...) ausnahmslos Gegenden (entstammten), in denen das Haufendorf üblich war, wo sich einzelne Häuser und Höfe in unregelmäßiger Form um einen Dorfmittelpunkt, sei es eine Kirche oder um das Verwaltungsgebäude, das Rathaus, gruppierten“, wohingegen die Siedlungsform Pfalzdorfs während der Frühphase der Urbarmachung Gocher Heidegründe aufgrund der preußischen Planung „[...] Merkmale eines Reihendorfes, in welchem im Gegensatz zum Straßendorf unbebaute Zwischenräume zwischen den einzelnen Hofstätten die Regel bildeten“, trug.³¹¹² Allerdings wies der Moyländer Pfarrer in seinem heimatgeschichtlichen Werk zur Gründung von Pfalzdorf zurecht kritisch darauf hin, dass die „[...] durch spätere Tradition verbreitete Meinung, als hätte die Preußische Regierung unsere Pfälzer mit offenen Armen – ähnlich wie 10 Jahre

³¹¹⁰ Im Gegensatz zu den Gocher Kolonisten assimilierten sich die in das evangelisch geprägte Ostfriesland emigrierten Pfälzern vollständig.

³¹¹¹ Zur Begrifflichkeit von Akkulturationsprozessen siehe Kraus, M.: Integration und Akkulturation ... , S. 21f.. Auch Klingebiel, T.: Migration im frühneuzeitlichen Europa. Anmerkungen und Überlegungen zur Typologiediskussion, in: Höpel, T./Middell, K. (Hrsg.): Réfugiés und Emigrés. Migration zwischen Frankreich und Deutschland im 18. Jahrhundert (Comparativ; Jg. 7, H. 5/6), Leipzig 1997, S. 23-38.

³¹¹² Zitat aus Imig, J.: Die pfälzische Einwanderung an den Niederrhein im 18. Jahrhundert ... , S. 42.

früher die vertriebenen Salzburger – empfangen, eine grundsätzlich falsche“ war und ist.³¹¹³ Mit großem Idealismus und unbändigem Lebenswillen trotzten die Kolonisten den naturräumlichen und regionalpolitischen Gegebenheiten und wandelten im Zuge der „landbezogenen“ Peuplierungspolitik unkultivierte Heideflächen in fruchtbares Ackerland um.

2.2.4.2. Die Kultivierung der Asperdischen Heide und der Voßheide bei Goch

Die Urbarmachung der Asperdischen Heide erfolgte, wie bei der Bönninghardter Heide, im Zuge der Siedlungsverknappung der Gocher Heide, da die Ausdehnungsmöglichkeiten der „zweiten“ Generation angeworbener Kolonisten über Pfalzdorf hinaus nicht mehr möglich war. Der Stadtarchivar von Goch H. J. Koepp arbeitete unter Hinzuziehung zahlreicher Quellen die Besiedlungsgeschichte der bis dahin kaum berücksichtigten Kolonie „landbezogener“ Peuplierungspolitik auf.³¹¹⁴

Die Asperdische Heide läßt sich nordöstlich von Goch und südlich von der Siedlung Asperden zwischen den beiden Flüssen Kendel und Niers geographisch verorten. Diese ehemalige Heidefläche hing räumlich nicht mit der benachbarten Gocher Heide zusammen. Von ehemals 1213 holländische Morgen Heidefläche wurden zwischen 1769 und 1775, in der Hochphase binnenkolonisatorischer Landerschließung Friedrichs des Großen, 173 ha Land an insgesamt 28 niederlassungswillige Siedler ausgeteilt.³¹¹⁵

Der Heideboden der Asperheide war im Vergleich zu Pfalzdorf deutlich schlechter und nicht einfach zu kultivieren. Ob die Asperheide tatsächlich damals die schlechteste Ackerfläche in der Gegend war, kann bezweifelt werden, da vor allem auch bei den Kultivierungsversuchen auf der Bönninghardter Heide bei Sonsbeck oder auf der Steinheide bei Üdem eine erfolgreiche Urbarmachung trotz intensivster Bemühungen nicht gelingen wollte und aufgegeben wurde. Dennoch konnten die pfälzischen Kolonisten die Kulturfähigkeit der Asperdischen Heidefläche mithilfe ihrer anthropogenen Energie und kostspieliger Düngung mit Asche, Kalk und Plagge erhöhen.

Bis zur intensiven Urbarmachung der besagten Heide durch pfälzische Kolonisten erfolgte schon vorher im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik eine punktuelle und rudimentäre Kultivierung einzelner Parzellen durch einheimische Bevölkerungsteile auf der

³¹¹³ Zitat aus Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen ... , S. 46.

³¹¹⁴ Siehe dazu Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Pfälzer besiedeln das öde Heideland in der Marktgenossenschaft Heemholt, in: PaN (1993) 26, S. 856-871 sowie Ders.: Die Kultivierung der Asperderheide – Fortsetzung, in: PaN (1994) 27, S. 890-913. Auch Koepp, H. J.: Die Asperder Heide – Ihre Geschichte bis zur Besiedelung, in: ANuK (1992) 26, S. 1-10 und Ders.: Die Asperder Heide – Ihre Geschichte bis zur Besiedelung (Schluß), in: ANuK (1992) 27, S. 1-7.

³¹¹⁵ Zahlen entnommen aus Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Pfälzer besiedeln ... , S. 859f..

Asperdischen Heide.³¹¹⁶ Erst unter Friedrich dem Großen begannen die flächendeckenden Peuplierungsversuche auf bisher unkultivierten Heideflächen im großen Maßstab, um damit nach erfolgreicher Ansetzung eine neue Steuerquelle zu erhalten. Obwohl die Klevische Kammer auf den gewohnten Widerstand einheimischer Bevölkerungsteile bei der Planung zur Binnenkolonisation stieß und mit Nutzungskonflikten rechnen musste, erging am 20. April 1770 die peuplierungspolitische Verordnung, 200 Morgen Heidegrund von der Asperheide zur Kultivierung für niederlassungswillige Kolonisten abzustechen. Trotz der langsam ab den 1770er Jahren beginnenden gesamtpolitischen Abkehr „aktiver“ preußischer Peuplierungspolitik am Niederrhein kamen bis 1775 28 Pfälzer Familien mit insgesamt 122 Personen auf die Asperheide.

Nach einem Erlaß der Klevischen Krieg- und Domänenkammer gab man den meist pfälzischen Siedlern die parzellierten Flächen „[...] unentgeltlich, Erblich und auf ewig“, verbunden mit der unbändigen „[...] Hoffnung, daß er [der Kolonist, Anm. d. Verf.] sich als ein treu-, fleißiger und gehorsamer Unterthan aufführen und betragen werde.“³¹¹⁷ Der Plan des Hermanus von Heys aus dem Jahre 1775 zeigt, dass der Aufbau dieser Kolonisation nicht ganz so schnell verlief, wie es sich die Klevische Kammer gewünscht hatte, da noch zahlreiche Kolonistenstellen ohne Häuser eingezeichnet waren. Einige errichtete Häuser hatten sicherlich nur provisorischen Charakter, da von einigen Einstürzen in den Quellen gesprochen wird.³¹¹⁸ Die Kolonisten erhielten aufgrund der schwierigen Umstände weitere peuplierungspolitische Unterstützungsgelder zur Stabilisierung ihrer Kolonien, sodass die Freijahre von 15 auf 20 Jahre ausgedehnt wurden.

Die Bevölkerung wuchs trotz der schwierigen Anfangszeit stetig weiter, sodass sich immer mehr Menschen auf der Asperdischen Heide befanden. Aus einer Klevischen Akte ist zu ersehen, dass im Jahre 1777 auf der Asperder Kolonie 152 und im Jahr 1780 163 Personen lebten.³¹¹⁹ Im Jahre 1785 befanden sich nun schon nach erfolgreicher Stabilisierung der Asperder Kolonie 38 Häuser mit 178 Seelen, die auf der ehemaligen wüstliegenden und mit Wald besetzten Heide kulturlandschaftlich prägend hervortraten und von einer erfolgreichen raumwirksamen Umsetzung preußischer Peuplierungspolitik zeugten. Der Höchststand der Einwohnerzahl wurde im Jahr 1905 mit insgesamt 457 Personen erreicht.

³¹¹⁶ In Zuge dieser vorfriderizianischen Binnenkolonisation hatte im Jahre 1716 ein gewisser Dietrich Versteegen als erster Siedler zehn holländische Morgen gegen Zahlung eines jährlichen Canons kultiviert.

³¹¹⁷ Zitat aus Evangelische Kirchengemeinde Goch, Kirchenarchiv, Bestand a/r, Akte 33, Registratur-Nr. 24-5-4 II, Blatt 90. Hier entnommen aus Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Pfälzer besiedeln ... , S. 864.

³¹¹⁸ Die fünf von ihm angefertigten Karten von der Asperdischen Heide sind bis heute erhalten geblieben und liegen im Archiv Gaesdonk und im Institut für Rheinische Landeskunde in Bonn. Siehe zu den Karten auch: Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperderheide – Fortsetzung ... , S. 906.

³¹¹⁹ Siehe dazu HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 1626. Die Bevölkerungszahlen weichen jedoch im Vergleich zum Gocher Stadtarchiv etwas voneinander ab.

Die kulturlandschaftsverändernde Wirkung dieses binnenkolonisatorischen Peuplierungsversuchs war zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht zu übersehen. So berichtete ein Zeitzeuge aus dem Jahre 1792 über die Asperdische Heide, dass die im Zuge preußischer Peuplierungspolitik angeworbenen fremden Kolonisten, die sich nach dem Siebenjährigen Krieg in hiesiger Provinz niedergelassen hatten, „[...] viel Gutes gestiftet haben [...] viele wüste Gründe, so schlecht sie auch waren, verbessert, und bey andern eine rühmliche Nachfolge erweckt“ haben.³¹²⁰ Im Gegensatz zu den anderen Pfälzischen Kolonien am Niederrhein hatten sich die Asperder Kolonisten in die einheimische Bevölkerung integriert, allerdings sind trotzdem einige „Pfälzer“ der Asperheide im Pfälzerbund noch heute zu finden.³¹²¹ Primär hebt sich die Raumwirksamkeit dieses peuplierungspolitischen Kolonisationsprojekts auf der Asperdischen Heide noch heute in der Kulturlandschaft durch das geometrisch angelegte infrastrukturelle Straßen- und Wegenetz der Steusiedlung Asperheide von den älteren Siedlungen und Ortschaften der Umgebung ab. Von der ehemaligen eigenständigen Pfälzer Kolonie ist bis heute nur noch der evangelische Friedhof an der Triftstraße erhalten geblieben, auf dem die Kolonisten beerdigt wurden. Auch dem Ingenieur-Geograph Veron ist im Jahr 1804 die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik auf der Asperdischen Heide gewahr geworden, da er beschrieb, in wie weit „[...] eine neue Gemeinde, eine Art Siedlung, die von sehr kleinen Häusern gebildet wird, die denen gehöret, die dort gerodet haben“, entstanden ist.³¹²²

Die erste größere Urbarmachung und Parzellierung der Voßheide bei Goch erfolgte schon im Jahr 1699, bei der der 30 holländische Morgen große Gocher Busch gerodet wurde.³¹²³ Der damalige Wald diente der Gocher Bevölkerung primär als Brenn- und Bauholzlieferant. So wurde am 3. Juni 1699 vom „[...] Magistrat und Gemeinsleuten einhellig resolvirt, die Vosheide ab[zu]stechen und zu Behuf der Stadt verkaufen zu lassen“, und zehn große Grundstücke von jeweils etwa einem holländischen Morgen abzustecken.³¹²⁴ Im Zuge dieser Kultivierung um die Jahrhundertwende entstanden kleinbäuerliche „Kötterhöfe“, auf denen meist einheimische Bevölkerungsteile Eigentumsrechte besaßen. Im Jahr 1701 begann der Herr von Motzfeld sogar mit einer Trockenlegung eines von ihm erworbenen Sumpfgebietes und kultivierte diese Parzelle. Ähnliche „landbezogene“ peuplierungspolitische Urbarmachungsversuche erfolgten in den Jahren 1719, 1721/22 und 1743, bei denen weitere

³¹²⁰ Zitat entnommen aus Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Pfälzer besiedeln ... , S. 866.

³¹²¹ Siehe dazu Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Pfälzer besiedeln ... , S. 857.

³¹²² Zitat aus StAG, Akte C 493, hier entnommen aus Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Pfälzer besiedeln ... , S. 859.

³¹²³ Siehe dazu Koepp, H. J.: „Schlechte Heide, so mit Kiesel und zu nichts bequiem gelegen“. Kultivierung der Vossheide und der Neuen Heide bei Goch, in: ANuK (2012) 50, S. 7-17.

³¹²⁴ Zitat vom 3. Juni 1699 aus StAG, K 542.

Gocher Einwohner ein oder zwei holländische Morgen große Heideländereien in Erbpacht nahmen. Dies belegt, wie z. B. bei der Gocher Heide, dass auch schon, wenn auch im kleineren Maßstab, vor Friedrich dem Großen raumwirksame Binnenkolonisationen und Urbarmachungen angelegt worden waren.³¹²⁵ Diese wurden fast ausschließlich von einheimischen Bevölkerungsteilen urbar gemacht und in Kultur gesetzt.

Aus einer Liste des Jahres 1731 gehen 12 Personennamen hervor, die auf der Voßheide einen Besitz erworben hatten. Im Zuge weitere Kolonisationbemühungen, zum Teil auch mit fremden Kolonisten, siedelten auf der Vossheide im Jahr 1785 60 Personen.

Aus diesen beide knappen Beschreibungen peuplierungspolitischer Binnenkolonisation der Asperheide und der Voßheide kann man ersehen, dass vor allem um die Ortschaft Goch zahlreiche Heiden, sowohl vor Friedrich dem Großen als auch während seiner Regentschaft, kultiviert und peupliert wurden, die bis heute als Siedlung und kulturlandschaftliches Relikt „landbezogener“ Peuplierungspolitik die Erscheinung des Gocher Umlandes raumwirksam mitprägen.

2.2.4.3. Exkurs: Rechtsrheinische Ableger pfälzischer Kolonien – Die Gründung von Königshardt und Neudorf

Nachdem der Siedlungsraum auf der Gocher Heide im Zuge vermehrter Einwanderung pfälzischer Kolonisten immer knapper wurde, kanalisierte die preußische Regierung die niederlassungswilligen Pfälzer neben der Bönninghardter Heide auch an andere, bisher noch nicht urbargemachte Heideflächen auf der rechtsrheinischen Seite. So entstanden trotz der langsam einsetzenden Abkehr „aktiver“ Peuplierungspolitik preußischer Herrschaft zwei neue pfälzische Kolonien in den 1770er Jahren, nämlich Neudorf bei Duisburg und die Königshardt bei Oberhausen.

Um 1775 begann in der Nähe der heutigen Stadt Oberhausen die Ansiedlung von acht pfälzischen Familien auf der **Königshardter** Heide. Schon im Dezember 1774 wurde der Klevischen Kammer berichtet, dass die Pfälzer Kolonisten „[...] mit dem Bau der Häuser und der Urbarmachung der angewiesenen Ländereien schon weit reüssiert“ hätten.³¹²⁶ Unter Friedrich dem Großen wurden dann am 1. November 1776 acht Erbverschreibungen für die Kolonisten ausgestellt.³¹²⁷ (s. Tab. T-66 und Abb. 12)

³¹²⁵ Siehe dazu Koepp, H. J.: „Schlechte Heide ...“, S. 11.

³¹²⁶ Zitat entnommen aus Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt. Entstehung und Geschichte in den ersten 100 Jahren, Essen 1926, Neuauflage 1973, S. 34. Siehe dazu auch Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen ... , S. 87-88.

³¹²⁷ Tabelle entnommen aus Königshardter Interessengemeinschaft e. V. (Hrsg.): Königshardt - Ein Stadtteil im Wandel der Zeit. Eine Bilddokumentation zusammengestellt von zwei Königshardtern, Königshardt 2000, S. 8-11.

Tabelle der Kolonisten und deren Zuteilung auf der Königshardter Kolonie vom 1. November 1776

Nr.	Namen der Kolonisten	Morgen	Ruthen
1	Wendel Tesch	10	300
2	Philipp Resbach	10	150
3	Jakob Wagner	7	----
4	Johann Stahle	1	300
5	Friedrich Germendonck	10	----
6	Nicolas Thomas	10	----
7	Andreas Reinbach	10	----
8	Johannes Daniel Lufft	3	300

Tab. T-66

Geographische Skizze der Pfälzersiedlung Königshardt

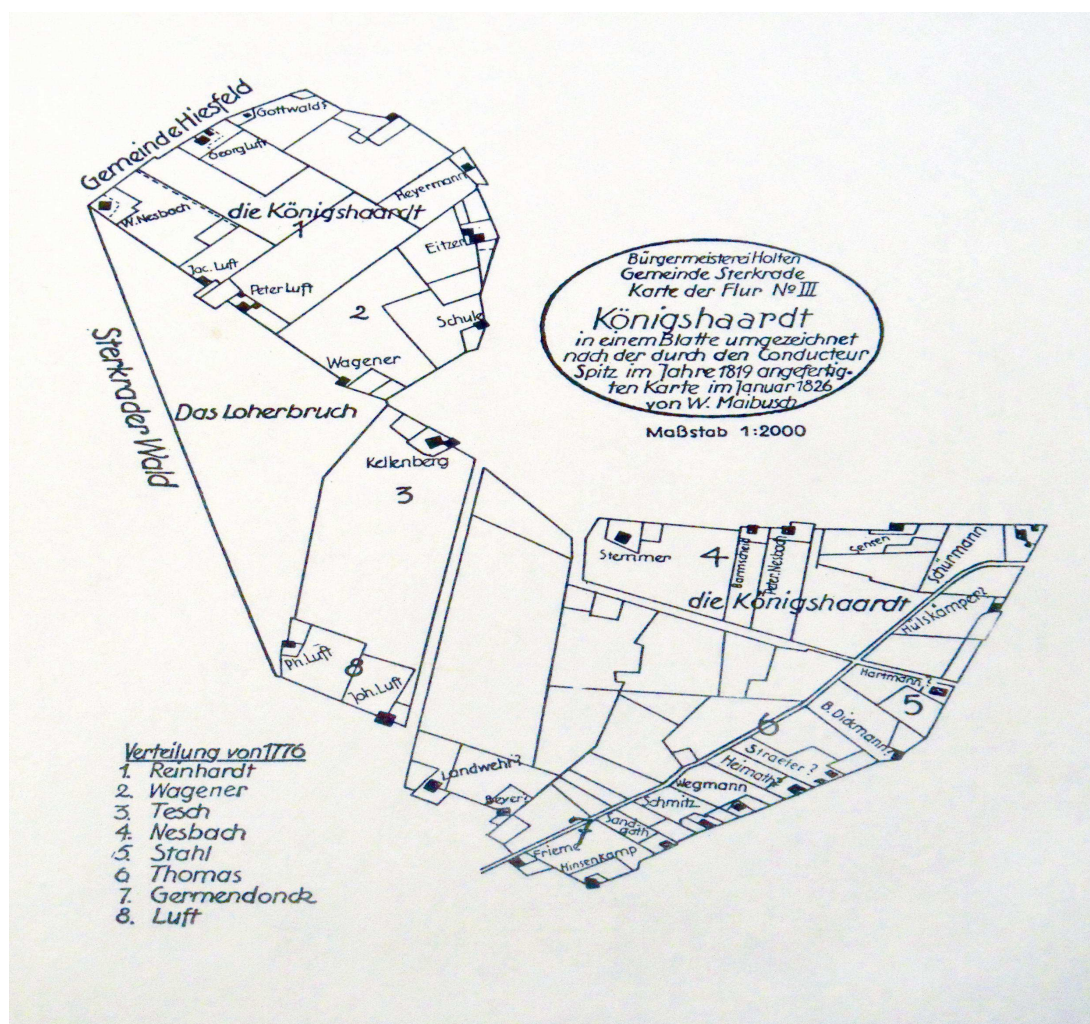


Abb. 12 (Königshardter Interessengemeinschaft e. V. (Hrsg.): Königshardt - Ein Stadtteil im Wandel der Zeit. Eine Bilddokumentation zusammengestellt von zwei Königshardtern, Königshardt 2000, S. 9)

Einige hier aufgelistete Pfälzer Kolonisten versuchten sich schon auf anderen niederrheinischen Kolonien zu etablieren, wie aus einer Verordnung der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer zu ersehen ist. Aus dieser geht hervor, dass der preußische König „[...] die Ansetzung verschiedener, vorhin schon in hiesiger Provinz etabliert gewesener Kolonisten auf der Hüttenhardter Heide, im Kirchspiel Sterkrath (...) zu genehmigen geruhet“ hatte, die sich nun an die Urbarmachung dieser Heidefläche machten.³¹²⁸ Hieraus ist auch zu entnehmen, dass die später genannte Siedlung Königshardt auf der Hüttenhardter Heide entstand und erst später ihren „königlichen“ Namen bekam.³¹²⁹ Wohl aus Dankbarkeit zum preußischen König Friedrich dem Großen wurde für diese rechtsrheinische Pfälzer Kolonie der Name Königshardt gewählt.³¹³⁰ Die Bevölkerungszunahme auf der Kolonie Königshardt mag sehr erstaunlich erscheinen, wenn man an die von drückender Not und großem Elend geprägten Anfangsjahre denkt. Schon im Jahre 1788 wurden 16 Familien mit 66 Personen gezählt, um 1800 waren es schon 23 Familien, die sich auf der Königshardt dauerhaft etablieren konnten und weiteren ehemals öd liegenden Raum peuplierten. Dennoch erfolgte in dieser schweren Anfangszeit nicht immer Zuzug, sondern auch einige Kolonisten wie z. B. Heinrich Gottwald wanderten wieder weiter und gaben ihre Kolonie auf der Königshardt auf. Zusammenfassend hielt H. Engelbert das Auf und Ab der ersten 50 Jahre dieser Kolonie fest, indem er treffend und exemplarisch für die zahlreichen anderen niederrheinischen Binnenkolonien anmerkte, dass trotz „[...] der fast stetigen Zunahme der Kolonie (...) die Schwierigkeiten, wie sie sich aus der Bodenbeschaffenheit, aus ihrem Mangel an Geld und aus eigener und fremder Schuld ergaben, überwogen haben.“³¹³¹ Blick man weiter bis in das Jahr 1880, so lebten auf der Königshardt nun 447 Personen.³¹³² Der Heimatforscher H. Engelbert fing sprachlich einen Moment seiner landschaftlichen Betrachtung des peuplierungspolitischen Reliktes der Königshardter Siedlung zum Beginn des 20. Jahrhunderts idyllisierend und träumerisch zusammen:

„Es gibt jetzt noch Stellen, wo sich im Frühjahr der gelbe Ginster, im Sommer die rote Heide leuchtend dehnt, daneben andere, wo Birken und verkrüppelte Eichen zur Sonne streben, und

³¹²⁸ Zitat entnommen aus Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt ... , S. 37.

³¹²⁹ In den Quellen und in der Literatur trat auch der Name „Isselhardt“ auf, der in Erinnerung an einen längeren Zwischenstopp und eine Zwischenstation am linken Niederrhein erinnern sollte. Die Kolonisten waren seit 1769 unterwegs, finden sich in den Quellen an mehreren Orte wieder, wie zum Beispiel auf der Bönninghardter Heide, waren aber nie richtig dauerhaft sesshaft geworden. So tauchte zum Beispiel im Jahr 1780 der Bönninghardter Kolonist Eitzer auf, der sein Glück auf dieser Kolonie versuchte. Siehe dazu Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt ... , S. 39.

³¹³⁰ Die erste Erwähnung findet sich in einem Kirchenbuch von 1806, zum ersten Mal urkundlich belegt wurde der Name im Jahr 1826. Siehe dazu Königshardter Interessengemeinschaft e. V. (Hrsg.): Königshardt ... , S. 9.

³¹³¹ Zitat aus Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt ... , S. 48.

³¹³² Zahlen entnommen aus Königshardter Interessengemeinschaft e. V. (Hrsg.): Königshardt ... , S. 12-14.

wieder andere, wo dunkle Kiefern zur Ruhe einladen. Schauen wir dann über dem hügeligen Gelände die tiefhängenden Wolken des niederrheinischen Himmels oder die im Westen in langen goldenen Streifen untergehende Sonne, dann denken wir an die alte Heide vor 150 und mehr Jahren, dann wissen aber auch wir Kinder und Menschen der Industrie: das ist unsere Heimat in ihrer Schlichte und in ihrer Schöne.“³¹³³

In Anbetracht der schwierigen Lebensumstände und kargen Böden ist diese Leistung der Gründerkolonisten aus der Pfalz nicht hoch genug einzuschätzen, die allen widrigen Umständen trotzten und das wüstliegende Land kultivierten und besiedelten.³¹³⁴ Selbst der damalige Kammerpräsident v. Ostau schrieb, dass dieses Heidestück zur Urbarmachung aufgrund des darauf stehenden großen Heidekrauts sehr schlecht sei.³¹³⁵ Genau wie auf der Bönninghardt lebten die Kolonisten zunächst in ärmlichen Plaggenhütten und betätigten sich als Besenbinder und Tagelöhner, um ihr Unterkommen auf der Königshardt zu erwirtschaften. Schön umschrieb der Verfasser H. Engelbert die raumwirksame Tätigkeit der ersten Pfälzer Kolonisten, die mit ihrer „Manpower“ unkultivierte Heideflächen peuplierten und kultivierten, sodass es nun, ganz gemäß des räumlichen Aspektes peuplierungstheoretischer Überlegungen kameralistischer Denker, umso erstaunlicher sei, „[...] was arbeitsamer Fleiß auch aus unfruchtbaren Böden machen kann.“³¹³⁶ Auch die in W. Rings zitierte Chronik der evangelischen Gemeinde Königshardts umschrieb die Raumwirksamkeit pfälzischer Emigranten, wie mitten „[...] in der Wildnis, von allem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen und in den Nachbarorten als Halbwilde verschrien und gemieden, (...) die armen Kolonisten in wahrhaft bejammernswerter und kaum menschenwürdiger Weise um ihre Existenz gerungen“ haben.³¹³⁷ Aber auch der Widerstand einheimischer Bevölkerungsteile aus Sterkrade und Dinslaken, die ihre Unlust bei der peuplierungspolitisch geforderten Unterstützung der angekommenen Siedler offen zeigten, erschwerten die Kultivierung der Hüttenhardter Heide.

Aus einer spärlich besiedelten Pfälzer Kolonie ist im Zuge „landbezogener“ Peuplierungspolitik heute eine bevorzugte, ländlich geprägte, attraktive und beliebte Wohngegend Oberhausens geworden. Durch zahlreiche raumverändernde

³¹³³ Zitat aus Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt ... , S. 10.

³¹³⁴ Der Boden war wie auch auf der Bönninghardter Heide sehr steinreich und dürr, sodass diese naturräumliche Ungunstlage, die vorher noch nie versucht worden ist zu kultivieren, erst von den Kolonisationsarbeiten der Pfälzer Siedler in Nutzung gebracht worden war. Zur den geologischen Grundgegebenheiten siehe Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt ... , S. 7f..

³¹³⁵ Siehe dazu Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt ... , S. 9f..

³¹³⁶ Zitat aus Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt ... , S. 6.

³¹³⁷ Zitat aus der Chronik der evangelischen Gemeinde Königshardt von 1882, entnommen aus Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen ... , S. 87f..

Umstrukturierungen ist die „alte“ Königshardt nahezu vollständig verschwunden, nur der Siedlungsort selbst ist als ein persistentes kulturlandschaftliches Relikt preußischer Peuplierungspolitik raumwirksam erhalten geblieben. Auch Straßennamen wie die Königshardterstraße oder die Pfälzerstraße erinnern noch an diese Pfälzer Kolonie, die im Jahre 1776 ihren Ursprung genommen hatte.

Der heutige am 30. Mai 1770 von pfälzischen Emigranten gegründete Stadtteil Duisburgs „**Neudorf**“ ist mit 10,71 Quadratkilometern Gesamtfläche und knapp 27.000 Einwohnern einer der größten in Duisburg. Auch heute erinnert bis auf die Siedlung selbst nicht mehr viel an die peuplierungspolitische Geschichte der Kolonie Neudorf durch die unermüdliche Urbarmachungsarbeit pfälzischer Emigranten.

Im Jahre 1769 versuchten die pfälzischen Kolonisten Luft, Pumpenmacher von Beruf, der Maurer Gottwald, der Leinenweber Strauch, der Emigrant Gondermann und die ihnen folgenden Bachmann, Rhein und Schütz auf der Duisburgischen Heide wüstes Land zu kultivieren.³¹³⁸ Trotz des magistratischen Widerstands bei diesem binnenkolonisatorischen Peuplierungsprojekt befahl die Klevische Kammer am 28. November 1769, „[...] die Anziehung der Fremden auf alle mögliche Weise [zu] poussieren[n] (...), und wir dabei unter anderem auf die völlige Urbarmachung der ansehnlichen Duisburgischen Heide hauptsächlich unser Augenmerk mitgerichtet haben.“³¹³⁹ Der Magistrat wies erneut darauf hin, dass die ihm zugewiesenen Pfälzer Kolonisten nur „[...] verdorbene Schneider, Sackträger und Tagelöhner“ wären und damit das kostbare Land zum Nachteil der Kämmereikasse nur mit Landstreichern bevölkert würde.³¹⁴⁰ Aufgrund der mangelhaften Unterstützung zog ein Teil der obengenannten Kolonisten wieder ab und beschwerten sich bei der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer über das schlechte Verhalten des Duisburger Magistrats und die Nichtbefolgung peuplierungspolitisch versprochener Unterstützungsleistungen. Daraufhin kehrten die Pfälzer Kolonisten zurück, um ihr Kolonisationswerk zusammen mit bemittelten Emigranten aus Hessen-Darmstadt auf der Duisburger Heide zu beginnen. Am 21. Februar 1770 wurden den 21 Kolonisten aus Hessen-Darmstadt Heideflächen zur Besiedlung der besagten Heide zugesprochen. Diese kamen zunächst aber ohne ihre Familien und wollten das ihnen zugesprochene Terrain gut untersuchen. Schlussendlich trafen im Mai 1770 73 Personen aus Hessen-Darmstadt zur Peuplierung der Duisburger Heide im preußischen

³¹³⁸ Siehe dazu Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen ... , S. 61-85. Auch abgedruckt in Bürgerverein Duisburg-Neudorf e. V.: Op de Heid – Neudorfer Chronik. Vom Dorf zum Universitätsviertel, Duisburg 2005, S. 12-19.

³¹³⁹ Zitat vom 18. November 1769 entnommen aus Bürgerverein Duisburg-Neudorf e. V.: Op de Heid ... , S. 12.

³¹⁴⁰ Zitat entnommen aus Bürgerverein Duisburg-Neudorf e. V.: Op de Heid ... , S. 12.

Rheinland ein. Die ihnen zugesprochenen Siedlungsplätze lagen an der Nordseite der jetzigen Koloniestraße.³¹⁴¹

Die angeworbenen Kolonisten wurden nun durch die Klevische Kammer finanziell unterstützt und begannen sofort mit der Urbarmachung der Heideflächen. Insgesamt wurde den niederlassungswilligen Kolonisten eine Gesamtfläche von 54 holländischen Morgen zugeteilt. Der Fortgang dieser Kolonie musste den Umständen entsprechend gut vorangegangen sein, da der Kammerpräsident v. Ostau bei einer Inspektionsreise im September 1770 von einem guten Fortgang der Duisburgischen Binnenkolonisation sprach.³¹⁴² Bis zum Dezember standen vier Häuser auf der Duisburger Heide, da aber die Weiterzahlung peuplierungspolitischer Gelder langsam dem Ende entgegen ging, wurden einige Kolonisten in die missliche Lage versetzt, betteln oder stehlen zu gehen.

Daraufhin entschied die Klevische Kammer den Kolonisten erneut zu helfen und kam der Bitte, ihnen mehr Heideland zur Urbarmachung zu geben, nach. Im Ganzen hatten man nun den überwiegend darmstädtischen Siedlern 79 holländische Morgen zugewiesen, auf dem sie Kartoffeln, Roggen, Buchweizen und sogar partiell etwas Tabak zogen. Dennoch hörten die Klagen der Siedler nicht auf, die weiterhin noch staatliche Unterstützung bei ihrem Kolonisationsprojekt benötigten. Im März 1773 wurden den Siedlern Fischer, Lange, Theilmann und Trager, die bis jetzt noch kein Kolonistenhaus zur Unterkunft errichtet hatten und sogar dabei ihr Bauholz verfaulen lassen mussten, ein Ultimatum zum Bau gesetzt. Daraufhin konnten bis zum Jahre 1778 die fehlenden Häuser errichtet werden, lediglich der Kolonist Trager ließ das Ultimatum verstreichen, sodass seine Parzelle dem Kolonisten Johann Bütelfür zugesprochen wurde.

Die Duisburger Kolonie begann sich trotz schwierigster Umstände langsam zu stabilisieren. Auch die raumwirksamen Bemühungen der Kolonisten führten schon im Jahre 1773 dazu, dass von den 79 holländischen Morgen bereits 58 urbar gemacht worden waren.³¹⁴³ Im Laufe der Zeit wurde die nun langsam lebensfähig gewordene Kolonie im Jahre 1789 erstmal unter dem Namen „Neudorf“ geführt. Heute erinnert in dem völlig ausgebauten Stadtteil Duisburgs nur noch der Name „Koloniestraße“ an die peuplierungspolitische Geburtsstunde der Kolonie Neudorf, die im Zuge zahlreicher Umstrukturierungen kulturlandschaftlich völlig überprägt wurde. (s. Photo 15) Wie bei Königshardt erinnert neben den Straßennamen lediglich der Siedlungsplatz als ein kulturlandschaftliches Relikt peuplierungspolitischer

³¹⁴¹ Siehe dazu Bürgerverein Duisburg-Neudorf e. V.: Op de Heid ... , S. 14.

³¹⁴² Siehe dazu Bürgerverein Duisburg-Neudorf e. V.: Op de Heid ... , S. 15.

³¹⁴³ Siehe dazu Bürgerverein Duisburg-Neudorf e. V.: Op de Heid ... , S. 17.

Binnenkolonisation an die pfälzischen und hessen-darmstädtischen Emigranten, die den Ausgangspunkt dieser heutigen Siedlung durch ihr mühseliges Schaffen erarbeiteten.

Straßenschild im Stadtteil Neudorf in Duisburg



Photo 15, M. Zbroschzyk 2012

Im Gegensatz zu den linksrheinischen Pfälzer Kolonien kann man festhalten, dass die Kolonien Königshardt bei Oberhausen und Neudorf bei Duisburg lediglich als Siedlungen raumwirksam erhalten geblieben sind, deren Erscheinung sich aber aufgrund industriellen Wachstums erheblich verändert hat und kulturlandschaftlich überprägt wurde. Kulturlandschaftliche Persistenzen, die auf eine peuplierungspolitische Geschichte hindeuten, sind nur noch aus den Straßennamen zu entnehmen. Auch die pfälzische Eigenart der beiden Kolonien konnte nicht wie in Pfalzdorf, Louisendorf oder Neulouisendorf bewahrt werden. Aufgrund zahlreicher kulturlandschaftlicher Überprägungen der beiden anfänglich ländlich erscheinenden rechtsrheinischen Kolonien lässt sich die kulturlandschaftliche Geschichte dieser bis zu den 1770er Jahren unkultiviert gebliebenen Räume, die erst seit der „landbezogenen“ Peuplierungspolitik in Kultur genommen worden sind, ausschließlich durch Hinzunahme schriftlicher Quellen erschließen.

2.2.4.4. Die späteren Gründungen der Pfälzersiedlungen Louisendorf und Neulouisendorf – Beispiele für die nachwirkende Kraft peuplierungspolitischer Denkmuster bis ins 19. Jahrhundert

Die Gründungen der Pfälzersiedlungen Louisendorf und Neulouisendorf waren das Ergebnis der Siedlungsknappheit für die „zweite“ Generation der in Pfalzdorf ansässigen Kolonisten. Für die heranwachsende junge Generation durften laut Erbpachtvertrag die Siedlungsstellen weder veräußert, noch geteilt werden. Die einzige Möglichkeit einer Existenzgründung lag somit nur in der Auswanderung in andere Gebiete. Schon um 1770 war die ehemalige Gocher Heide nahezu vollständig mit Pfälzern besiedelt und peupliert, sodass im Jahr 1777 in Pfalzdorf 103 Familien mit insgesamt 568 Personen sesshaft geworden waren.³¹⁴⁴ Einige neu ankommende Familien versuchten auf der Bönninghardter Heide, der Asperdischen Heide oder auf die Königshardt auszuweichen und sich zu etablieren, andere wanderten tatsächlich wieder aus dem Herzogtum Kleve aus und fanden in Ostfriesland, das 1744 an Preußen gefallen war, ein neues Zuhause, wo zahlreiche Heide- und Moorgebiete zur Urbarmachung zu Verfügung standen.³¹⁴⁵ Schon um 1780 reagierte die Klevische Kriegs- und Domänenkammer auf die Siedlungsknappheit für neu ankommende Pfälzer Kolonisten und ordnete die sogenannte „Schneppenbaumer Urbarmachung“ des Reichswaldes zur Erweiterung des Pfalzdorfer Siedlungsraumes an. Durch diese raumwirksame Expansion wurden 300 holländische Morgen zur weiteren Besiedlung und Peuplierung gewonnen. Nun stieß man über die alte Grenze zwischen der Grafschaft Kleve und Geldern vor.³¹⁴⁶

Um die zweite Generation der Kolonisten schon aus peuplierungspolitischen Überlegungen zum Verbleib in den preußisch-klevischen Territorien zu bewegen, kam nur die Urbarmachung des schon seit mehreren Jahren aufgrund der Viehhut und des Plaggenhiebs stark heruntergewirtschafteten und damit für die Regierung unrentabel gewordenen Kalkarer Waldes infrage.³¹⁴⁷ Zudem wies der im Wald vorhandene Holzbestand nur eine geringe Qualität auf, sodass der Regierungs- und Forstrat Zimmermann vorschlug, die Waldfläche zu roden und für eine neue Siedlung urbar zu machen. Hierbei wird abermals die potenzielle enorme kurlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit „landbezogener“ Peuplierungspolitik preußischer Herrschaft am Niederrhein erkennbar, um weitere niederlassungswillige Pfälzer auf der Gocher Heide unterzubringen. Der reformierte Pfarrer Neuhaus von Pfalzdorf trug

³¹⁴⁴ Zahlen entnommen aus Jörisen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 11.

³¹⁴⁵ So entstand in Ostfriesland die Pfälzer Siedlung Plaggenburg und etwas später ein weiteres, neues „Pfalzdorf“.

³¹⁴⁶ Siehe dazu Jörisen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 11.

³¹⁴⁷ Zur Siedlungsgeschichte des Ortes Louisendorf siehe Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 43-54.

einen entscheidenden Beitrag zur Ansiedlung bei und stellte zur Weihnachtszeit im Jahre 1821 die ersten Kolonisten für die Siedlung Louisendorf zusammen.

Am 23. September 1820 unterzeichnete der preußische König Friedrich Wilhelm III., der die peuplierungspolitischen Denkmuster Friedrichs des Großen wieder aufgenommen hatte, die Genehmigung zur Errichtung der Siedlungskolonie Louisendorf. Zuvor war dem Antrag zur Errichtung einer Neusiedlung auf der Gocher Heide und damit den Wald roden zu lassen, um Ackerland für die niederlassungswilligen Siedler zu gewinnen, eine Reihe von Planungen vorausgegangen, sodass sich schon vor der peuplierungspolitischen Umsetzung dieses binnenkolonisatorischen Prozesses insgesamt 172 Interessenten für die Kultivierung des Kalkarer Waldes gemeldet hatten.³¹⁴⁸ Die neue Siedlung wurde auf Vorschlag der Kolonisten nach der im Jahre 1810 im Alter von 34 Jahren verstorbenen preußischen Königin Louise benannt. Allerdings bildeten die Servitutsrechte der nutzungsberechtigten Einwohner der Gemeinden Keppeln, Altkalkar und Schneppenbaum ein Problem, das aber später zugunsten der Kolonisten entschieden wurde.³¹⁴⁹

Aufgrund der positiven binnenkolonisatorischen Erfahrungen pfälzischer Emigranten stand man einer weiteren raumwirksamen Siedlungsexpansion recht positiv gegenüber. Der Forstrat Zimmermann betonte in einem Schreiben vom 10. März 1817, dass die „[...] Colonisten zu Pfalzdorff, welche durch Fleiß und Betriebsamkeit fast überall Wohlstand unter sich verbreitet, (...) längst den Wunsch gehegt (haben) noch ähnlichen Boden, als den, welchen sie jetzt cultiviren, zur Urbarmachung in Erbpacht zu nehmen“, sodass ihn diese Verhältnisse dazu veranlasst haben, „[...] den in der Nähe liegenden größtentheils verödeten Calcar Wald, den so genannten Eichenwald in dieser Beziehung mit einigen Pfalzdorfern zu besichtigen, und haben wir den Boden desselben untersucht“, der von der gleichen Güte war wie auf der bisher schon in Kultur genommenen Gocher Heide.³¹⁵⁰ Hierbei wird wiederum der räumliche Aspekt peuplierungspolitischer Gedanken sichtbar, da in diesem Fall ein unrentables und ungenutzt liegendes Grundstück durch Peuplierung und Kulturnahme zum Wohle des preußischen Staates in Nutzung gebracht wurde.

Die nur vier Hektar großen Siedlungsstellen führten nicht nur dazu, dass man sie nicht als volle Bauerstellen ansehen konnte, sondern dass die Bewohner anderen außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten wie z. B. als Handwerker oder Tagelöhner nachgehen mussten. Die Kolonie Louisendorf erhielt somit schon bei ihrer Gründungsplanung eine stark kleinbäuerliche Struktur, die sich sowohl von Pfalzdorf als auch vom später gegründeten

³¹⁴⁸ Zur Entstehung von Louisendorf siehe Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 12-16.

³¹⁴⁹ Siehe Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 45.

³¹⁵⁰ Zitat vom 10. März 1817 entnommen aus Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 13.

Neulouisendorf unterschied. Im Gegensatz zu den historisch gewachsenen Siedlungen am Niederrhein wurde diese pfälzische Siedlungen planmäßig in Flächen eingeteilt, in der zunächst die Infrastruktur und anschließend die einzelnen Kolonistengrundstücke angelegt wurden.³¹⁵¹ (s. Abb. 13)

Verteilungsplan von Louisendorf um 1821



Abb. 13 (Gemeindearchiv Bedburg-Hau, Nachlass Jakob Imig, ND1-072)

Beim Hausbau pfälzischer Koloniehäuser richtete man sich nach dem Typ des niederrheinischen Hallenhauses und passte sich damit den regionalen Gegebenheiten

³¹⁵¹ Zur Dorfgestaltung Louisendorfs siehe Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 22-28.

niederrheinischer Bauernhausbaukunst an.³¹⁵² Die vom preußischen Staat unterstützte Urbarmachung des Kalkarer Waldes ist der eindeutige Beweis dafür, dass peuplierungspolitische Zielvorstellungen trotz des Aufkeimens neuer ökonomischer und bevölkerungsbezogener Theorien die preußische Bevölkerungspolitik noch im 19. Jahrhundert nachhaltig beeinflussten und prägend für die weiteren Kolonisationsbemühungen preußischer Könige wirkten.

Bei der Ausgestaltung des Dorfbildes haben sich die Kolonisten besondere Mühe gegeben.³¹⁵³ Im Schnittpunkt der beiden Straßenachsen und somit in der Mitte des Louisenplatzes wurde auf der Anhöhe ein runder Hain zu Ehren der preußischen Königin Louise errichtet, den man entsprechend ihrer Lebensjahre mit 34 Eichen symbolisch besetzte. (s. Photo 16)

Louisenplatz mit den 34 Bäumen im Zentrum des Pfälzerdorfes Louisendorf



Photo 16, M. Zbroschzyk 2012

³¹⁵² Dieser Begriff geht auf Zipellius zurück, der mit dieser Grundform des niederrheinischen Hallenhauses ein sogenanntes Wohnstallhaus beschreibt, bei dem sowohl die Wirtschaftsräume als auch die Wohnräume sowie die Stallung und die Vorratsräume untergebracht sind. Charakteristisch ist dabei neben dem dreischiffigen Hallenhaus mit Zweiständerreihenkonstruktion die Dachform mit Halbwalm. Siehe dazu Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 24-28.

³¹⁵³ Zum Siedlungsbild siehe Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 49.

So hieß es in einem Schreiben an die königliche Regierung, dass das Dorf in der Dorfmitte mit einer an die preußische Königin erinnernde Gedenkstätte „[...] eine erhöhte Lage erhält, [sodass] (...) ein großer Platz mit dem Nahmen Louisen Platz angelegt (würde) und mit 34 Eichen bepflanzt, die das Alter diese allgemein verehrten deutschen Frau bezeichnen, und wo die Bewohner und ihre Nachkommen sich dankbar bis in die spätesten Zeiten versammeln“ und an ihre „preußische“ Vergangenheit erinnert werden.³¹⁵⁴ Bei der Gründung und Planung der Siedlung Louisendorf erkennt man ganz deutlich die kulturlandschaftsprägende Kraft und Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Vorstellungen. Die drei geplanten Pfälzersiedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf unterscheiden sich von den älteren gewachsenen Siedlungen in der niederrheinischen Umgebung in ihrem geometrischen Grundriss erheblich.³¹⁵⁵ Ein Ortskern mit dichter Besiedlungsstruktur entstand nur aufgrund der geplanten Eigenart bei der Siedlung Louisendorf, in der eine Art Ortsmittelpunkt geschaffen wurde. (s. Photo 17)

Dorfgrundriss auf der Informationstafel am Louisenplatz

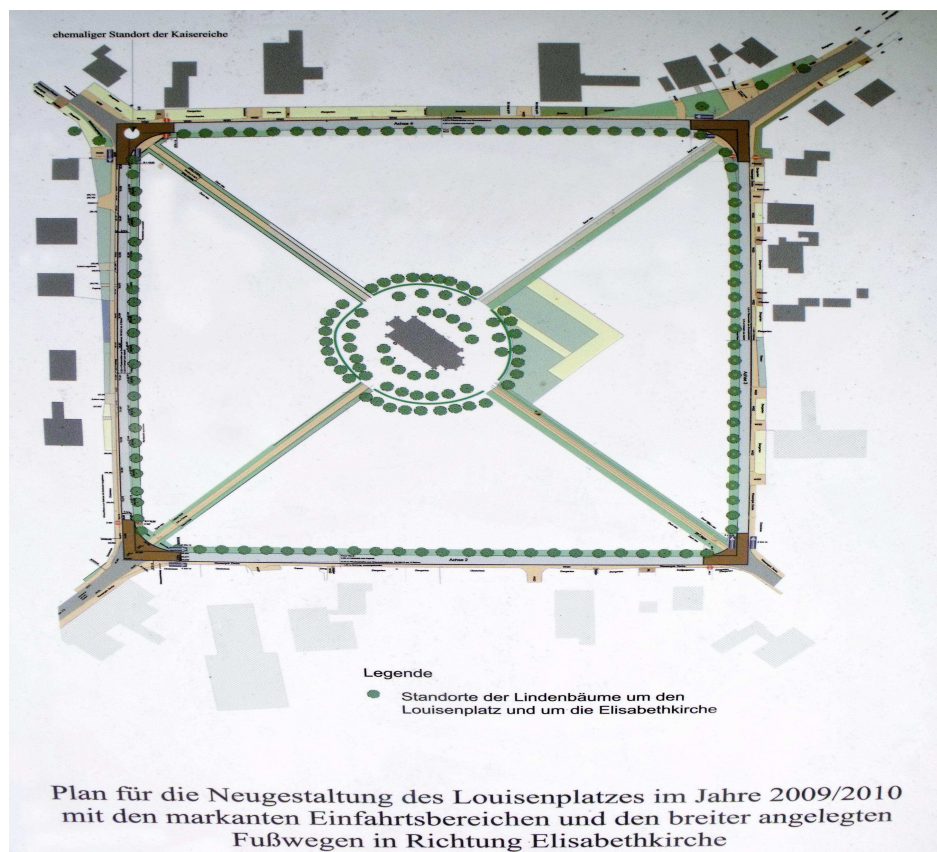


Photo 17, M. Zbroschzyk 2012

³¹⁵⁴ Zitat entnommen aus Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 13f..

³¹⁵⁵ Siehe dazu Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 65-71.

Sowohl die durch die preußische Peuplierungspolitik eingeleitete Andersartigkeit in der sozioökonomischen Entwicklung als auch die geplante Siedlungsstruktur der Pfälzersiedlungen führten zu einer Bereicherung des kulturellen und kulturlandschaftlichen Erscheinungsbildes niederrheinischer Landschaft.³¹⁵⁶ So waren sich auch die Louisendorfer Siedler bei ihrem Drängen zur Errichtung eines eigenen Gotteshauses durchaus ihrer kulturellen und konfessionellen Identität bewusst, da sie bei ihrem Bittschreiben explizit auf die „[...] höchst bedeutsame Lage der Gemeinde“ hinwiesen, da sich in „[...] der ganzen Provinz (...) wohl nicht eine Landgemeinde (findet), wo, wie hier, in katholischem Lande eine rein protestantische Bevölkerung, die sich von aller Vermischung mit Katholiken frei erhalten hat, dicht zusammengedrängt ein so ansehnliches Terrain bewohnt.“³¹⁵⁷ Weiter erklärte man, dass „[...] in unserm Clever Lande die wenigen evangelischen Kirchen neben den vielen und ansehnlichen katholischen Kirchen fast nur wie winzige Kapellen (erscheinen), so wäre es ja doppelt wünschenswert, daß wenigstens Louisendorf, die einzige große und rein protestantische Landgemeinde, auf der Anhöhe des herrlich dazu gelegenen Louiseplatzes eine Kirche hätte, die als Denkmal evangelischer Liebe [und als kulturlandschaftliches Relikt preußischer Peuplierungspolitik raumwirksam, Anm. d. Verf.] mit ihrem Thurme weit hinaus ins Land schaute, und den vielen katholischen Kirchen ebenbürtig zur Seite stände.“³¹⁵⁸ Die Einweihung der Kirche erfolgte am 13. November 1861, symbolisch am 60. Geburtstag der Königin Elisabeth von Preußen.³¹⁵⁹ Nicht nur den Historischen Geographen heute ist diese persistente kulturlandschaftliche Umgestaltung peuplierungspolitischer Maßnahmen gegenwärtig, sondern auch dem im 19. Jahrhundert lebenden Moyländer Pfarrer O. v. Schütz, der in Eingangskapitel folgende Hinweise an seine Leser weitergab, um die prächtige Raumwirksamkeit preußischer Kolonisationspolitik Friedrich Wilhelms III. in seiner vollen kulturlandschaftlichen Schönheit aufzunehmen:

„Solltest du, lieber Leser, gelegentlich einmal den Rhein herab nach Holland fahren, so versäume doch nicht eine Meile unterhalb Rees und oberhalb Emmerich links über die wiesenreiche Kleve Niederung hinweg nach der Hochebene zu schauen, welche etwas zwei Stunden landeinwärts dem Strome dort parallel läuft. Du wirst dann schon vom Dampfschiffe

³¹⁵⁶ In der heutigen Zeit sind sicherlich nicht mehr alle kulturellen Eigenständigkeiten intakt erhalten geblieben, weil die Auflösung der Dorfschulen in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts zur einer zwangsläufigen Verschmelzung der pfälzischen Eigenart mit dem Niederrheinischen führte.

³¹⁵⁷ Zitat entnommen aus Jörisen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 47.

³¹⁵⁸ Zitat entnommen aus Jörisen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 47.

³¹⁵⁹ Heute säumen den Louiseplatz 34 Linden, die im doppelten Kranz um die Elisabethkirche zur Erinnerung der preußischen Königin Luise gepflanzt wurden. Durch den Kirchenbau wurde das ursprüngliche Vorhaben aus dem Jahre 1820 verändert, da zunächst eine Ehrenhain mit 34 Eichen als Dorfplatz geplant und umgesetzt worden war. Siehe dazu Jörisen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 88-92.

aus einen schlanken stattlichen Kirchturm erblicken, den Du vor etlichen Jahren vergeblich gesucht hättest, jetzt aber sicherlich mit einigem Interesse betrachten wirst. Denn dieser, so weit in's Land hinausschauende Turm gehört zur Elisabethkirche von Louisendorf, welche der allbekannte Kettenbund gestiftet hat. Die Elisabeth aber, deren Name die Kirche trägt, ist unsere geliebte Königin-Witwe, und die Luise, nach welcher das Kirchspiel sich nennt, ist keine Geringere, als die unvergessliche Königin Luise von Preußen. Louisendorf selbst verdankt seine Gründung lediglich der Huld des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III. und ist eine Tochter-Kolonie des noch etwas weiter Südwest gelegenen Pfalzdorf; die Leute aber, welche die eine wie die andere Ortschaft bewohnen, sind die Nachkommen frommer evangelischer Exsulanten, denen einst Friedrich der Große im Klever Land eine neue Heimat geschenkt hat.“³¹⁶⁰

Dieser Ausschnitt verdeutlicht dem historisch-geographisch Interessierten, dass nicht nur die überlieferte peuplierungspolitische Geschichte einigen Klevern bewusst war, sondern auch deren raumwirksame und kulturlandschaftliche Veränderung, die durch die Ansiedlung fremder Pfälzer Emigranten mit Einsatz ihrer anthropogenen Energie verursacht wurde und persistente Spuren in der Kulturlandschaft hinterlassen hat, die bis heute an die Geschichte „landbezogener“ Peuplierungspolitik erinnern.

Auch das Kirchensiegel der Gemeinde Louisendorf deutet mit Hinzunahme eines biblischen Zitats auf die raumwirksame Kraft peuplierungspolitisch angeworbener und niedergelassener Pfälzer Emigranten hin: „Ich nahm mich ja Deiner an in der Wüste, in dürrer Lande! (Hosea 13, 5)“³¹⁶¹ Auch noch im 20. Jahrhundert bei der Zuteilung kommunaler Selbständigkeit im Jahr 1963 erinnerten sich die Nachkommen der Pfälzer Kolonisten an ihre preußische Vergangenheit und gestalteten ihr Wappen in dankbarer Anlehnung an die Königin Luise mit deren Lieblingsblume, nämlich mit drei Kornblumen.³¹⁶² (s. Photo 18)

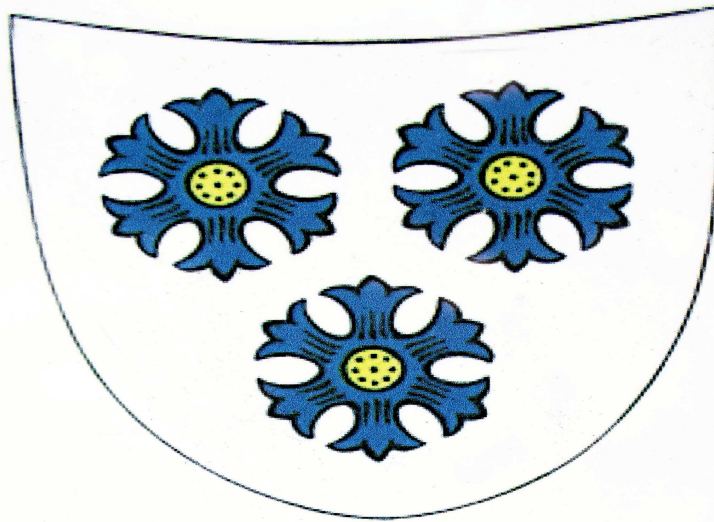
Diese durch die preußische Peuplierungspolitik bewirkte kulturlandschaftliche Veränderung der Gocher Heide und Spezifikation der Dorfstruktur bleibt bis heute als ein persistentes kulturlandschaftliches Merkmal und raumwirksames Relikt binnenkolonisatorischer Tätigkeit preußischer Herrschaft dem Niederrhein enthalten. Nicht nur die kulturelle Identität pfälzischer Siedler, sondern auch die historische Raumstruktur peuplierungspolitischer Planung blieb bis heute in ihrer Erscheinung nahezu vollständig existent.

³¹⁶⁰ Zitat aus Schütz, O. v.: Die Gründung von Pfalzdorf ... , S. 9.

³¹⁶¹ Zitat entnommen aus Schütz, O. v.: Die Gründung von Pfalzdorf ... , S. 54.

³¹⁶² Siehe dazu Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 98f..

Wappen von Louisendorf



**Wappen von Louisendorf mit
stilisierten Kornblumen, den
Lieblingsblumen der Königin
Luise von Preußen**

Photo 18, M. Zbroschzyk 2012

Das kulturlandschaftliche Erscheinungsbild des Dorfes Louisendorf wird durch die Persistenz der historischen Siedlungsstruktur in seiner Einteilung rasterförmiger Wegesysteme, die alleinartig angelegt sind, und die Relation bebauter und landwirtschaftlich genutzter Flächen in der durch die preußischen Beamten festgelegten hufenartigen Abfolge von Hofzentrum, Garten, Ackerfläche und Obstwiese als kulturlandschaftliches Denkmal binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik geschützt und anerkannt.

Der Hauptgrund für die schnelle Genese der Kolonie Louisendorf ist in ihrer geographischen Nähe zur Mutterkolonie Pfalzdorf zu suchen. Vor allem die Benutzung des Zugviehs der Eltern ermöglichte eine schnelle Urbarmachung unkultivierter Landflächen. Dieser Aspekt lässt die Gründung Pfalzdorfs noch höher bewerten, da die Kolonisten im 18. Jahrhundert fast ohne jegliche Hilfe ihr Siedlungsvorhaben mit ihren eigenen Händen zum Erfolg gebracht haben. Die Bauernhöfe der Gründerzeit Louisendorfs waren anfangs weitgehend Selbstversorgungsbetriebe. Der sandige und lehmartige Boden eignete sich wie in Pfalzdorf nach der Kultivierung und Umwandlung des Waldbodens in urbares Ackerland zum Anbau

von Roggen, Buchweizen und Kartoffeln.³¹⁶³ Zur Mitte des Jahres 1830 zählte die Kolonie Louisendorf schon 111 Wohnhäuser, von den schon in Louisendorf lebenden 128 Familien betrieben bereits 18 ein Gewerbe.³¹⁶⁴ Im Ganzen zählte die Kolonie zu dieser Zeit 601 Bewohner. Bis zum Jahre 1832 schien die Bautätigkeit niederlassungswilliger Emigranten fast erschöpft, sodass um 1840 die binnenkolonisatorische Siedlung 130 Wohnhäuser zählte und ab dann nahezu stagnierte.³¹⁶⁵ Aus einem Bericht des Landrats von der Mosel vom 2. Januar 1840 ging hervor, dass die Pfälzer Kolonie Louisendorf nun einen Höchststand der Einwohnerzahl von 829 Personen erreicht hatte, wovon 708 evangelisch und 121 katholischer Religion waren. Die geplante Anlegung von 220 Häusern wurde damit nie wirklich realisiert.

Aber auch die Unterstützung des preußischen Königs war den Kolonisten gewiss, der ganz in den peuplierungspolitischen Denkmuster seiner Vorfahren agierend „[...] die Anlegung einer neuen Colonie, für die nach Ostfriesland ausgewanderten Colonisten, welche ins Vaterland zurückkehren wollen, imgleichen für diejenigen, welche in Pfalzdorf kein Unterkommen mehr finden können, auf dem von der Regierung zu Cleve dazu in Vorschlag gebrachten Terrain des sogenannten Eichwaldes im Monreberger Revier so sehr Meines Beifalls würdig, und das mit den neuen Anbauern so vortheilhaft, daß ich nicht nur sämtliche Anträge, welche Ihr Bericht in Beziehung auf dieses Unternehmen enthält, genehmige, sondern auch den Colonisten bei ihrem Anbau noch größere Vergünstigungen zu gestehen will, sofern Sie solches jetzt oder künftighin für nothwendig erachten sollten, damit auf jeden Fall das Aufkommen und die Fortdauer dieser neuen Colonie gesichert werde.“³¹⁶⁶

Die Bemühungen, auch diejenigen Kolonisten zufriedenzustellen, die keine Kolonate in Louisendorf erhalten hatten, mündeten in der Urbarmachung der 670 Hektar großen Waldfläche der Unterförsterei Monreberg.³¹⁶⁷ Schon am 31. Dezember 1827 erging die Order vom preußischen König Friedrich Wilhelm III., in den Forstabteilungen Buchenwald, Tüschelwald und Frischelott oder der Unterförsterei eine weitere Siedlung mit 150 Kolonistenstellen zu schaffen. Auch diese drei genannten Waldparzellen schienen recht unrentabel zu sein, sodass eine räumliche Besiedlung mit fleißigen Kolonisten zu einem

³¹⁶³ Der Flachs- und Leinbau in der Frühphase der Urbarmachung wurde recht schnell wieder aufgeben und war bereits um 1860 nahezu vollständig verschwunden. Der Tabakanbau war in der Hochzeit um 1850 in Louisendorf weit verbreitet. Zur landwirtschaftlichen Entwicklung Louisendorfs siehe Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 29-32.

³¹⁶⁴ Zahlen entnommen aus Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 51f..

³¹⁶⁵ Zahlen entnommen aus Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 20.

³¹⁶⁶ Zitat vom 30. September 1820 entnommen aus Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 15.

³¹⁶⁷ Zur Siedlungsgeschichte Neulouisendorfs siehe Graven, J.: 175 Jahre Neulouisendorf (1832-2007), Louisendorf 2007, S. 33-41; Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 55-65; Auch Kock, W.: 150 Jahre Neulouisendorf 1832-1982. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Kalkar, Kalkar 1982.

besseren Effekt gewinnmaximierender Einnahmen gereichen würde.³¹⁶⁸ Bis zur endgültigen Verteilung der Siedlungsstellen vergingen fünf Jahre, die wohl auf eine gründlichere Planung schließen lässt, als es bei der Schwestersiedlung Louisendorf geschehen war. Diesmal war man um einen günstigeren Zuschnitt der Kolonistenstellen bemüht. Bei der Errichtung der Kolonie Neulouisendorf spielten dieselben innenpolitischen Gründe eine Rolle wie bei der Urbarmachung des Kalkarer Waldes. Man erhoffte sich, durch die Besiedlung der Waldfläche eine nutzbringendere Verwertung preußischer Forstdomänen zu erlangen. Dank der überlieferten Vergabeliste der Siedlungsstellen des Jahres 1832 wurde neben den Herkunftsorten auch die Konfession der Kolonisten angegeben.³¹⁶⁹ Insgesamt genehmigte die preußische Regierung die Urbarmachung von weiteren 3350 holländischen Morgen zur Peuplierung unkultivierter Flächen. Von den 109 vergebenen Siedlungsstellen gingen 97 an Personen pfälzischer Herkunft. Schon im Jahre 1839 zählte diese dritte Pfälzer Siedlung auf der Gocher Heide 41 Häuser und 269 Einwohner.³¹⁷⁰ Den Siedlern wurden Skizzen mit Grundriss- und Querschnittszeichnungen übertragen, nachdem der Hausbau erfolgen sollte. (s. Abb. 14)

Aufteilung der Grundstücke Neulouisendorfs

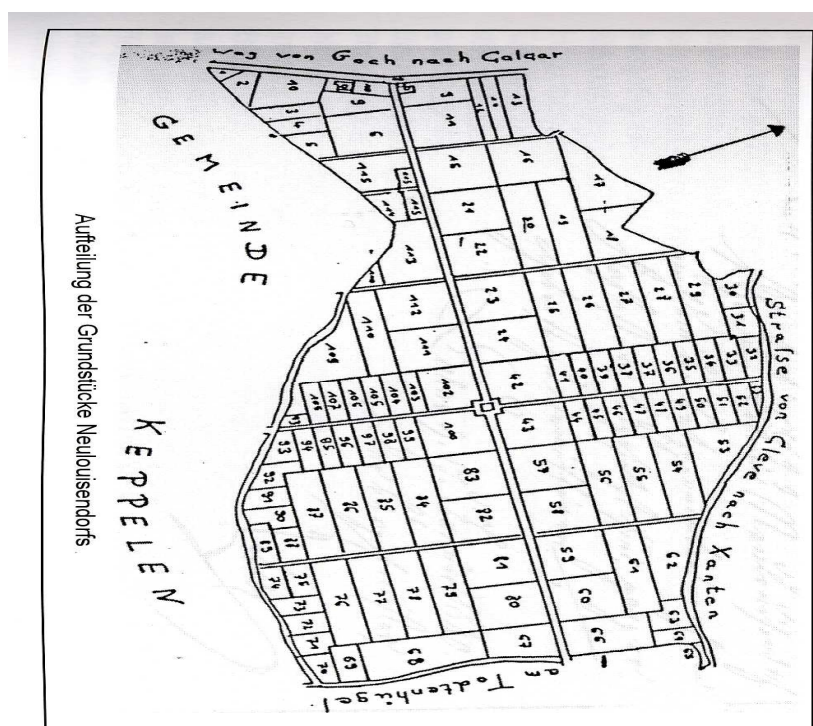


Abb. 14 (Graven, J.: 175 Jahre Neulouisendorf, Louisendorf 2007, S. 39)

³¹⁶⁸ Siehe dazu Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S.21f..

³¹⁶⁹ Siehe dazu Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 56.

³¹⁷⁰ Zahlen entnommen aus Jörissen, J.: 175 Louisendorf ... , S. 22.

Auch hier führte das starre Festhalten an ihrer oberrheinischen Mundart, ihrer kulturellen Identität, ihren Sitten und die praktizierte Pflege ihres protestantischen Glaubens dazu, dass die ohnehin nur wenigen Nichtpfälzer Siedler als Fremdlinge angesehen wurden, und bewog sie vermutlich dazu, als erste ihre Kolonistenstellen aufzugeben.

Die peuplierungspolitischen Bestrebungen Friedrich Wilhelms III. zur Ansetzung der „zweiten“ Generation pfälzischer Emigranten bildete die Grundlage für die Entstehung zweier weiterer Pfälzer Siedlungen im 19. Jahrhundert. Aus raumordnerischer Perspektive interessant zu erwähnen ist die Zu- bzw. Austeilung der Kolonistenparzellen bei den drei pfälzischen Siedlungsgründungen. In Pfalzdorf wurden die Parzellen zugewiesen, in Louisendorf verlost und in Neulouisendorf verkauft. Die drei existierenden Pfälzersiedlungen im niederrheinischen Land zeugen heute noch von der Persistenz kulturlandschaftsverändernder Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen.

2.2.5. Bilanzierung raumwirksamer Maßnahmen binnenkolonisatorischer Aktivitäten (unter Berücksichtigung getätigter Gesamtausgaben „landbezogener“ und „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik)

Die sehr detaillierten und quellennahen Untersuchungen der drei obigen binnenkolonisatorischen Peuplierungsbemühungen auf der Üdemer Steinheide, der Bönninghardter Heide und der die Stadt Xanten umgebenden wüsten Heidengründe des Heeseberges und des Hettenkamps haben exemplarisch den peuplierungspolitischen Prozess unter vielfältigen binnenkolonisatorischen Schwierigkeiten bei der Ansiedlung fremder Kolonisten auf meist schlechten Böden nachgezeichnet und somit die kulturlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit preußischer „landbezogener“ Peuplierungspolitik in den niederrheinischen Territorien preußischer Herrschaft belegt. Dennoch gab es noch weitere zahlreiche binnenkolonisatorische Kultivierungs- und Besiedlungsbemühungen wüstliegender Heideflächen in preußisch-rheinischen Territorialgebieten, die im Zusammenhang „landbezogener“ Peuplierungspolitik versucht wurden urbar gemacht zu werden, um später für die Kämmerei-Kasse als eine weitere finanzielle Einnahmequelle zu dienen. Der Drang nach optimaler räumlicher Peuplierung in den rheinischen Territorialgebieten war unverkennbar, wie ein Hinweis an den Kriegsrat Sandrart belegt, da dieser alle nur möglichen „landbezogenen“ peuplierungspolitischen Bemühungen intensivieren müsse, damit „[...] alles in dieser Provintz wüste liegende und Cultivable zu machende Landt, an Colonisten ausgethan werde.“³¹⁷¹

³¹⁷¹ Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

Eine vom Jahr 1774 angefertigte Tabelle über die drei hier bearbeiteten binnenkolonialisatorischen Projekte bei der Stadt **Sonsbeck**, **Xanten** und **Üdem** verdeutlicht dem historisch-geographischen Forscher, in welchem räumlichen Maße die „landbezogene“ Peuplierungspolitik die niederrheinische Kulturlandschaft raumwirksam veränderte.³¹⁷² (s. Tab. T-67)

Summarische Tabelle von Urbarmachung der wüsten Heyde Gründe bey denen Städten des Clevischen Krieses vom 28. Oktober 1774

Nr.	Name	Name der Heyde	Größe der Heyde		Urbargemacht		noch wüst	
			Morgen	Ruthen	Morgen	Ruthen	Morgen	Ruthen
1	Xanten	Bönnigardter Heyde	90	49	78	21	12	28
2	Sonsbeck	die Heeseberge	24	172 ¼	12	34	12	138 ¼
3	Üdem	Stein Heyde	59	109	20	16	39	93
Summa			173	330 ¼	110	71	63	259 ¼

Tab. T-67

Aus dieser summarischen Tabelle kann entnommen werden, dass in diesen drei besagten Kolonien bis zum Jahre 1774 **110 Morgen** und **71 Ruthen** urbar gemacht worden sind. Eine weitere „Summarische Tabelle von Urbarmachung der wüsten Heyde Gründe bey denen Städten des clevischen Krieses 1776“ erwähnte sogar die Urbarmachung einer weiteren Heide bei Üdem, der sogenannten Schafsheide.³¹⁷³ Diese war 9 Morgen und 480 Ruthen groß, wovon bis zu diesem Zeitpunkt allerdings nichts urbar gemacht werden konnte und sich darüber auch keine weiteren Quellennachweise finden ließen. Lediglich wies der Kriegsrat Scheele in einem Schreiben vom Oktober 1776 darauf hin, dass „[...] die sogenandte Schaff-Heyde völlig zu cultivieren“ sei.³¹⁷⁴ Erst in einem jährlich verfassten Bericht vom 14. Dezember 1776 über den Zustand niederrheinischer Städte und deren ländlicher Umgebung findet sich eine Anmerkung des Kriegsrates Scheele, „[...] daß in diesem Jahre die Verbesserung der Calcarschen Patrimonial Stücke durch die Graben Räumung befördert wurde.“³¹⁷⁵ Dabei war „[...] [n]icht weniger (...) bei Üdem, mit der Urbarmachung der wüsten heydegründe, die Schaafsheyde genannt, der Anfang gemacht, und einem Erbpächter vier Morgen daran untergeben worden.“³¹⁷⁶ Weiterhin zeigte man sich mit den

³¹⁷² Siehe dazu die Tabelle vom 28. Oktober 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³¹⁷³ Siehe dazu die Tabelle von 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³¹⁷⁴ Zitat vom 31. Oktober 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235. Lediglich wurde noch im Jahr 1777 von Streitigkeiten berichtet, da diese „[...] Heyde (...) der Stadt von dem amte streitig gemacht (wird).“

³¹⁷⁵ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³¹⁷⁶ Zitat vom 14. Dezember 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

binnenkolonisatorischen Bemühungen des Kriegsrates zufrieden und befahl ihm, dass er „[...] sämtliche Colonos zu fernerer fleissiger Cultivierung ihrer Colonien und Vermehrung ihres Viehbestandes anzuhalten immer mehr bemühet seyn“ müsse, damit die Kolonien sich dauerhaft stabilisieren.³¹⁷⁷

Zahlreiche Rechnungsakten über das preußische Kolonistengeschäft in den rheinisch-preußischen Territorien erlauben dem historisch-geographischen Forscher nicht nur einen Einblick in die Wirtschaftlichkeit peuplierungspolitischer Maßnahmen, sondern bieten ihm auch einen räumlichen Überblick über die gesamten binnenkolonisatorischen Urbarmachungs- und Besiedlungsbemühungen unkultivierter niederrheinischer Heidegebiete preußischer Herrschaft. Dabei ist in den Kämmerei- und Etablissement-Kassenrechnungen die Trennung städtischer und ländlicher Kolonisten nicht immer ganz ersichtlich, sodass eine genaue Differenzierung nicht immer erfolgen kann, aber zur Gesamtbilanzierung „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik durchaus verwendet werden kann. Die ersten Kosten „aktiver“ peuplierungspolitischer Bemühungen entstanden bereits bei der Anwerbung und Unterbringung fremder Kolonisten, die in die preußischen Rheinlande emigrieren wollten. Die Akte „Wegen Abnahme der Rechnung der zum Behuf der angekommenen Colonisten verwandte Kosten von 1769 bis 1770/71“ gibt dem Forscher Einblicke in die „aktive“ peuplierungspolitische Infrastruktur preußischer Herrschaft.³¹⁷⁸ Im Jahre 1769 sind drei sogenannte Kolonistenschleuser, die aktiv eine Anwerbung emigrationswilliger städtischer und ländlicher Kolonisten zur Förderung preußischer Peuplierungspolitik betrieben, belegbar. Sie koordinierten von Frankfurt am Main die Kolonistenströme in die preußischen Landesteile. In einem Schreiben des Generaldirektoriums vom November 1769 wurde der preußischen Kammer eine „[...] Rechnung des Johann Conrad de Ron von denen betragende kosten ad 523 rthl. 31 Kreutzer für die Transportirte Colonisten communiciret.“³¹⁷⁹

Eine Rechnung vom 18. November 1769 offenbart uns exemplarisch einen Einblick in die Ausgaben preußischer Anwerbungspolitik fremder Kolonisten.³¹⁸⁰ (s. Tab. T-68)

³¹⁷⁷ Zitat aus der Tabelle von 1776 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235.

³¹⁷⁸ Siehe dazu HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396.

³¹⁷⁹ Zitat vom 14. November 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396.

³¹⁸⁰ Siehe dazu die Tabelle vom 18. November 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396.

Der Geheimen Legations Rathes Freyherrn von Hochstaedter zu Brunheim bey Frankfurth am
Mayn Colonisten Rechnung vom 18. November 1769

Nr.	Name	Reichstaler	Kreutzer
1	Ausgabe an Emmissair Schuch	115	64
2	Ausgabe an Emmissair Zimmer	30	64
3	Ausgabe an de Ron	293	8

Tab. T-68

Diese verwandten Ausgaben zur Anwerbung und Unterbringung fremder, sich in den preußischen Landen niederlassungswilliger Kolonisten belegt eindeutig den noch „aktiven“ Charakter preußischer Peuplierungspolitik Friedrichs des Großen, der zwar primär Emigranten zur Besiedlung unkultivierter Heidegründe in den Kernlanden preußischer Herrschaft benötigte, aber auch um die Peuplierung städtischer und ländlicher Gebiete in den rheinischen Territorien bemüht war.

Eine von dem Freyherrn von Hochstaedter eingesandte Tabelle von 1769 differenzierte die einzelnen Kolonistenströme in die jeweiligen Territorien preußischen Königtums und zeigt uns die Verteilung angeworbener Kolonisten nach Berlin, Küstrin, Zantzthal (im heutigen Polen – Zdroisko) und Kleve.³¹⁸¹ (s. Tab. T-69)

Von denen Colonisten welche nach königl. Preuß. Landen gezogen und Pässe erhalten von
1769

Nr.	Ort	Männer	Frauen	Kinder	ledige Personen	Summe
1	nach Berlin	14	8	9	4	35
2	nach Cüstrin	2	2	8	----	12
3	nach Zantzthal	1	1	1	----	3
4	nach Cleve	73	1	6	7	87
Gesamtsumme		90	12	24	11	137

Tab. T-69

Erstaunlich ist der hohe Anteil angeworbener Kolonisten, die nach Kleve zogen, um sich nach einem städtischen oder ländlichen Etablissement umzusehen. Von den **137** aufgelisteten Kolonisten wurden **87** nach Kleve weitergeleitet, um von dort aus von der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer in die entsprechenden wüsten Haustellen oder unkultivierten Heidegründe lokaler Verwaltungsbezirke weitergeleitet zu werden. Damit wanderten im Jahr

³¹⁸¹ Siehe dazu die Tabelle des Jahres 1769 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396.

1769 insgesamt **64 %** aller vom Freiherrn von Hochstaedter angeworbenen Kolonisten im Zuge städtischer „Retablissement-Politik“ und binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik in die rheinischen Territorien. Die hohe Männerquote lässt sich unter anderem damit erklären, dass oftmals die Männer zur Erkundung lokaler Begebenheiten in das ihnen zugewiesene Etablissement reisten, um später bei erfolgter Zusage die gesamte Familie und Haushaltung zu holen. Sicherlich sind von den **87** nach Kleve gezogenen potenziellen Kolonisten nicht alle nach Besichtigung der Etablissementmöglichkeiten in die niederrheinischen Territorien emigriert, sondern blieben zum Teil in ihrer Heimat oder zogen in andere preußische oder außerpreußische Lande.

Der eindringliche Auftrag „aktiver“ Umsetzung binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik erfolgte im Jahre 1769. Aufgrund eines angekündigten Transportes zahlreich angeworbener oberrheinischer Kolonisten befahl die Klevische Kriegs- und Domänenkammer dem Kriegsrat Sandrart, „[...] solche auf denen Cämmerey districten Eures Creises besonders auf denen unkultivirten Heyde Gründen durch Anbau ansäßig zu machen (...), da diese leuthe besonders zu Landwirthschaft [sich] incliniren.“³¹⁸² Exemplarisch sei hier die dazugehörige Tabelle der angekommen oberrheinischen Kolonisten im Herzogtum Kleve dargestellt, die dem Forscher sehr detaillierte Einblicke in die Herkunft, die Zusammensetzung der Haushalte und der Profession gibt.³¹⁸³ Die obengenannten oberrheinischen Kolonisten, bestehend aus insgesamt 32 Personen, wurden zunächst in der Stadt Xanten (Nr. 1-7) und in Kalkar (Nr. 8-10) untergebracht, die sich auch zum Teil als ländlichen Kolonisten auf den niederrheinischen unkultivierten Heidegebieten wiedergefunden haben. (s. Tab. T-70)

Der „[...] Landvermesser van Heys überreichte abermahlen allerunterthänigst seine dieeten rechnung Von der außmeßung deren Colonisten Etablissements im Weselschen Creyse“, die zwar im Rahmen dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden konnten, aber für die Gesamtbilanzierung peuplierungswürdiger und unkultivierter Heidegründe, die potenziell im Zuge preußische Binnenkolonisation besiedelt oder in Nutzung gebracht werden konnten, in den rheinischen Territorien Kleve, Gelder und Moers eingearbeitet werden müssen.³¹⁸⁴ (s. Tab. T-71)

³¹⁸² Zitat vom 14. November 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

³¹⁸³ Siehe dazu die Tabelle vom 23. November 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

³¹⁸⁴ Zitat vom 24. Dezember 1770 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396. Weitere lokale Untersuchungen zur Raumwirksamkeit binnenkolonisatorischer Bemühungen „landbezogener“ Peuplierungspolitik im Weselschen Kreise würden ein desiderables Unterfangen zur Differenzierung und Bilanzierung gesamtcolonisatorischer Maßnahmen in den rheinischen Territorien preußischer Herrschaft sein, die aber aufgrund des dissertationsumfangssprengenden Charakters im Kontext dieser Arbeit in differenzierter Form nicht bewerkstelligt werden konnte.

Tabelle der Ansetzung Oberrheinischer Colonisten aufgenommen durch den Creiß-
 Calculatorem Rust vom 23. November 1769

Nr.	Name	Religion	Woher	Personenanzahl				Profession und Vermögen
				Mann (Alter)	Frau (Alter)	Söhne (Alter)	Töchter (Alter)	
1	Adam Panzer	luth.	Wachenheim bei Worms	1 (30)	1 (29)	1 (2)	1 (4)	Ackerbauer, 2 gute Stuben und eine Küche
2	Bartholomäus Becker	kath.	Bubenheim bei Mainz	1 (42)	1 (43) ³¹⁸⁵	1 (5)	2 (12 u. 14)	Ackerbauer, 1 gute Stube und eine Küche
3	Michael Seiwert	luth.	Medderheim bei Worms	1 (22)	1 (22)	----	----	Ackerbauer, 1 gute Stube und eine Küche
4	Heinrich Holtzdörffer	luth.	Oberhilmersheim	1 (50)	1 (48)	1 (12)	1 (14)	Ackerbauer, 2 gute Stuben und eine Küche
5	Phillip Runckel	luth.	Papenheim	1 (21)	1 (19)	----	----	Ackerbauer, 2 gute Stuben und eine Küche
6	Jacob Tenges	ref.	Eiseldom bei Worms	1 (18)	----	----	----	Ein ledig Mann, Ackerbauer, 2 gute Stuben und eine Küche
7	Johann Schreiber	luth.	Heichelheim	1 (26)	----	----	----	Ackerbauer, 2 gute Stuben und eine Küche
8	Andreas Dielman	luth.	Seeheim bei Darmstadt	1 (32)	1 (26)	1 (1)	----	Rothgärber
9	Wilhelm Scherff	luth.	Königenheim bei Worms	1 (26)	1 (26)	1 (1)	----	Ackerbauer
10	Friedrich Germendonck	ref.	Eiseldom bei Worms	1 (28)	1 (27)	1 (¼)	2 (2 u. 3)	Ackerbauer, 2 Stuben und eine Küche
Summa		----	----	10	8	6	7	----

Tab. T-70

³¹⁸⁵ Seine Frau gehörte der reformierten Konfession an.

Potenzielle peuplierungs- und kultivierungswürdige Heideländereien im Weselschen und Meursischen Kreise, die zum Anbau für die Kolonisten gedacht waren

Nr.	Heidename	Zuordnung
1	Polnische Heyde	lag im Weselschen Kreise
2	Sondersche Heyde	
3	Spellensche Heyde	
4	Flürensche Heyde	
5	Dinslackische Heyde	
6	Hisfeldsche Heyde	
7	Balberger Heyde	
8	Lübbecker Heyde	
9	Homburger Heyde	lag im Meursischen Gebiet
10	Gierbomer Heyde	
11	Schalt Heyde	

Tab. T-71

Insgesamt waren somit elf Heidegründe zur potenziellen Peuplierung und Kultivierung vermessen worden. Inwieweit diese binnenkolonisationistischen Vorhaben Klevischer Kriegs- und Domänenkammer räumlich umgesetzt worden sind, bedarf weiterer lokaler Untersuchungen zur Besiedlungspolitik preußischer Herrscher im Weselschen und Moersischen Kreise.

Aus einem Schreiben vom 3. März 1771 wegen der „[...] General Designation Betreffend der Diäten und Auslage im Etablissement Wesen“ gehen einige weitere tatsächlich betriebene binnenkolonisationistische Bemühungen hervor, in der es um die „[...] Vermessung der Schermbeckschen und Lippes Gemein Heyde zu etablierung Oberpfälzischer Colonisten familien“ ging.³¹⁸⁶ Aus einer Moersischen Akte vom 7. Januar 1773 war eine Besiedlung unkultivierter Heidegründe auf der Vierboomer Heide belegt, auf der zu diesem Zeitpunkt im Zuge fortschreitender Binnenkolonisation schon Häuser errichtet worden waren.³¹⁸⁷

Ferner erwähnte der Kervenheimer Magistrat, dass „[...] im Amte Wesel, 1 ½ Stunden von hier, eine Große Heyde vorhanden, die Hees genannt [lag], welches dem Vernehmen nach ziemlich gutes Terrain haben soll.“³¹⁸⁸ Des Weiteren „[...] liegt von hier eine Stunde weit die Balberger Heyde so unterm Ambt Sonsbeck“, die sich gegebenenfalls zur ländlichen

³¹⁸⁶ Zitat vom 3. März 1771 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396.

³¹⁸⁷ Siehe dazu „Actum Meurs“ vom 7. Januar 1773 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396. Der Zimmermeister Drenhauss „[...] zeigte an, er habe bei Gelegenheit der revidirung des Dresslersche Hauß Baues auf der Vierboomer Heyde nach dem Bau des seit 2 Jahren aufgerichteten Werckleschen Hauses besehen, und gesehen, daß das Hauß noch so stünde als es bereits Vor einem Jahre gestanden“ habe.

³¹⁸⁸ Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

Kolonisierung eignen würde.³¹⁸⁹ Aus einer beigefügten Tabelle können weitere potenziell zu besiedelnde unkultivierte Heidegründe entnommen werden. (s. Tab. T-72)

Anzeige derer in der Nachbarschaft der Stadt Kervenheim vorhandene Jurisdictionen und darunter gehörigen Heyden oder uncultivirte Terrains vom 23. März 1770

Nr.	Jurisdiction	Anmerkungen	Name und Bodenbeschaffenheit
1	Frey Herrlichkeit Wissen	hat keine dergleichen	-----
2	Das Hauß Bremt	liegt an der Scheavelschen Heide, hat aber keine Jurisdiction	-----
3	Die Frey Herrlichkeit Calbeck	In dieser Herrlichkeit ist eine Heide, in derselben hat ein jeder beyliegender bauer auch einige hier im Ambte liegende bauershöfe besondere Schläge oder Parzellen zu ihren Höfen gehören, worin dieselbe plaggen und Heyde hauen, Sand hohlen und weiden laßen	Calbecksche oder Sandheyde, 15-20 Morgen groß seyn, an einigen Orten Morastig, an anderen Sandig
4	Das königl. Ambt Schravelen	In diesem Ambte ist nahe bey Kevelaer eine Heyde, worauf die ambt Kevendonck und winkendonksche bauren ihre hutung und besondere Schläge haben sollten	Schravelsche Heyde, ohngefähr 30 biß 35 morgen groß, an einigen Orten Sandigt, an anderen aber ziemlich Guten Terrain
5	Das königl. Ambt Winkendonk	[mit] gewisse Parzellen + Holtzungen und Weide	Die Berber, soll ohngefähr 12 biß 15 holl. Morgen groß seyn, Ist niedrig und Morastigt

Tab. T-72

Ferner berichtete der Weseler Magistrat im Jahre 1770, dass „[...] denen aus der Grafschaft Lingen zurückgekommenen, sich gegenwärtig hier aufhaltenden Familien Winsendörffer, Heger, Appenzeller, Blois, Diesler und Huver frey gegeben worden [war], unter anderem im hiesigen Creise befindlichen, und zum Etablissement ausgesetzten Heiden sich auf der Gladbecker oder Balberger Heide etabliren zu dürfen.“³¹⁹⁰ Diesen dem Xantener Stadtmagistrat „[...] zugesandten 6 Colonisten Familien habe ich so gleich die Balber und Gladbecker Heide zeigen laßen“, allerdings waren sie „[...] noch nicht ganz entschloßen, ihr Etablissement darauf zu machen.“³¹⁹¹ Dass die Klevische Kriegs- und Domänenkammer die Binnenkolonisation der genannten Heide durchaus mit Ernst betrieb, bewies die Benachrichtigung des Grafen von Bland, „[...] daß bereits auf der Balberger Heyde 40 Morgen holländ., und auf der Gladbecker Heyde 25 holländ. Morgen (...) in Gegenwarth

³¹⁸⁹ Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

³¹⁹⁰ Zitat vom 22. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

³¹⁹¹ Zitat vom 23. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

derer Herrn Deputirten durch den Landmeßer (...) zum Urbarmachen und zur Besetzung ausgemittelt und abgemessen worden“ waren.³¹⁹²

Die nachfolgende Tabelle von 1769/70 läßt den historisch-geographischen Forscher anhand ausgezahlter peuplierungspolitischer Gelder differenzierte Einblicke in die Gesamtpersonenzahl einnehmen, wobei eine genaue Differenzierung städtischer und ländlicher Kolonisten nicht immer vorgenommen werden kann.³¹⁹³ (s. Tab. T-73)

Rechnungen von den Einnahmen und Ausgaben der Kolonisten Etablissement-Gelder von
1769 bis 1769/70

Nr.	Auszahlung			Name und Verwendungszweck
	rthl.	st.	duc.	
1	30	----	----	Johann Hortman
2	30	----	----	Jacob Zimmer
3	1	30	----	Juden Aron Cosman
4	10	----	----	George Hüftlein
5	10	----	----	Joseph Wückerhaus
6	12	----	----	Joseph Valentin
7	18	7	----	Joh. Niclas Schneider
8	5	----	----	Carl Hertzog
9	10	----	----	Joh. Georg Becker
10	10	----	----	Creiß Einnahmer Kulhenthal
11	2	----	----	Johann Philip Dietz
12	2	----	----	Krafft et consorten
13	3	----	----	Johann Philip Thiel
14	4	----	----	Heinrich Arnold
15	18	----	----	Joh. Heinrich Kortz
16	6	----	----	Georg Hüftlein
17	8	----	----	Zimmer
18	2	----	----	Hannes Liethe
19	1	20	----	Schiffer Kerber
20	9	40	----	Daniel Lufft, Heinrich Gottwald et consorten
21	6	50	----	Wilhelm Scherff et consorten
22	2	10	----	Johannes Henrich Dillman
23	1	20	----	George Jacobs

³¹⁹² Zitat vom 24. Juni 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098. Allerdings war man noch nicht ganz von der binnenkolonialisatorischen Peuplierung der besagten zwei Heiden mit diesen oberrheinischen Kolonisten überzeugt, sodass die Klevische Kriegs- und Domänenkammer befahl, „[...] daß genau recherchiret werden soll! ob diese 6 Familien ihrem verlangen gemäß nicht in Meurs- oder Crefeldschen etabliret werden können.“

³¹⁹³ Siehe dazu die Tabelle von 1769/70 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395.

24	24	40	----	Joh. Adam Jacobs et consorten
25	8	----	----	Abraham Rau et consorten
26	1	----	----	An Adam Pauls geliefertes Holz
27	2	30	----	Wilhelm Simp
28	2	----	----	An van Gehmen geliefertes Holz
----	241	7	----	----

Tab. T-73

Zu Unterstützung angeworbener ländlicher und städtischer Kolonisten wurden den 28 aufgelisteten Personen im Verrechnungsjahr 1769/70 **241 Reichtaler** und **sieben Stüber** insgesamt an peuplierungspolitischen Geldern ausgezahlt, damit sie ihr Etablissement in den rheinischen Territorien vorantreiben und realisieren konnten.

Die nachfolgende Tabelle belegt eindeutig den Höhepunkt preußischer Peuplierungspolitik klevischer, moersischer und geldrischer Besitzungen im Jahre 1770 vor der gesamtpolitischen Abkehr preußischer Herrschaft rheinischer Territorialgebiete.³¹⁹⁴ In dieser tabellarischen Auflistung wurden insgesamt 115 Verrechnungsschritte nummeriert, die sich auf die Auszahlungen peuplierungspolitisch garantierter Gelder beziehen, unter anderem auch für die oben genannten Kolonisten der Bönninghardter Heide und der Hessebergischen Kolonie bei der Stadt Xanten. (s. Tab. T-74)

Rechnung von den Einnahmen und Ausgaben der Etablissements Gelder ultimo July 1770
vom 8. August 1770

Nr.	Auszahlung			Name und Verwendungszweck
	rthl.	st.	duc.	
1	1	----	----	an des Hüfttlein Ehefrau
2	18	----	----	Leonard Beeck
3	4	12	----	Theod. Schlüter
4	9	----	----	Frierich Germendonck
5	7	58	7 ½	Jacob Zimmer
6	3	----	----	Jacob Leer
7	15	----	----	Philip Weckesser et consorten
8	3	----	----	George Michel Metzger
9	21	46	2	Hartman Schuch
10	150	----	----	Dom.-Rath Domhard fürs Colonistengeschäft
11	35	----	----	Commissions Rath de Ron fürs Colonistengeschäft
12	6	----	----	Friedrich Germendonck

³¹⁹⁴ Siehe dazu die Tabelle des Jahres 1770 vom 8. August 1770 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395.

13	11	40	----	Joh. Michel Walther
14	11	20	----	Niclas Hanse
15	11	50	----	Für Colonisten Sachen an die Cammer
16	1	----	----	Elisabeth Hüfttlein
17	1	35	----	Joh. v. Holt
18	9	40	----	Johannes Kraemer
19	400	----	----	An die Land Renthey
20	8	20	----	Druck für 1200 publicando
21	8	45	----	Corell
22	63	45	----	Kaut et consorten
23	4	----	----	Colonisten Sachen
24	2	----	----	Georg Schneider et Peter Staab
25	200	----	----	an Accisse Inspektor Wirterfeld zu Wesel
26	11	50	----	Postgeld für die Colonisten Sachen
27	1	10	----	Joh. Holt
28	----	40	----	Huck
29	208	15	----	Schiffer Paul Losekamp an Transport
30	1	20	----	An 4 Schiffer und 2 Knechte
31	1	20	----	Colonisten Frau Margaretha Seiberten
32	7	52	4	Heinrich Arnold
33	2	5	----	Johann Michel Müller
34	10	7	4	Heinrich und Christian Kalbfleisch
35	1	15	----	Joh. Christ. Deckerbach
36	2	----	----	Joh. Diel
37	1	20	----	Bernhard Gunther und Joh. Schlemm
38	---	24	----	Mathias Jberg
39	4	30	----	An Cosman
40	12	----	----	Landmeßer Heussen
41	6	----	----	Johannes Lechtieg
42	9	----	----	Krieges Rath Baumann und accisse Controlleur Reinhard
43	3	----	----	Colonist Vielpuis
44	----	37	4	Colonist Deckenbach
45	200	----	----	accisse Inspector Wirterfeld zu Wesel
46	1	30	----	Caspar Barg
47	1	30	----	Klingelstein
48	7	20	----	Auslage für Colonisten Geschäft
49	20	----	----	Johannes Niclas Barth
50	2	----	----	Krigsrath Sandrart für einen Sarg für den verstorbenen Colonisten Dielman
51	8	----	----	Diedemar Wickesep (?)
52	18	20	----	Bau Inspector Brinxen
53	20	----	----	Landmeßer v. Heuss

54	48	----	----	Jacob Kohler et consorten
55	6	----	----	Jacob Kohler et consorten
56	1	20	----	Michel Sieverts
57	180	----	----	Kriegs- und Domänenrath Domhard
58	2	----	----	Cammer Bothe Elias
59	16	30	----	Colonist Busch
60	200	----	----	Accise Inspector Wirterfeld zu Wesel
61	1	40	----	Conrad Poller
62	1	15	----	Conrad Geyer
63	15	----	----	Eselborn
64	9	40	----	Wilhelm Kampf
65	64	----	----	Colonist Busch und Conrad Rehe
66	1	----	----	für Colonistenangelegenheiten
67	20	----	----	Adam Partzer
68	2	----	----	Schreibmaterialien in Colonisten Sachen
69	26	----	----	an Sandrart
70	1	43	----	an den Jberg
71	17	25	----	Colonisten Ludwig Fischer, Wilhelm Best und Philip Julius und Philip Rademacher
72	60	----	----	Niclas Busch
73	17	52	----	Kriegs- und Domänenrath Michaelis
74	51	20	----	Lauffen
75	11	12	----	Sandrart
76	32	----	----	Iljan
77	3	----	----	Wilhelm Bert
78	32	----	----	Philip Runckel
79	----	57	4	Michel Eselborn
80	6	40	----	Lorentz Weber
81	23	32	4	Colonist Boshard
82	4	45	----	Joh. Heinrich Illian
83	3	----	----	Espen Müller
84	128	----	----	Colonist Ludwig Fischer, Philip Rademacher, Philip Julius und Wilhelm Beschen (?)
85	4	44	----	Heymann et consorten
86	26	44	----	Vermessungskosten
87	1	40	----	Valentin Fischer
88	16	----	----	Lauffen
89	80	30	----	Kriegs- und Domänenrath (?)
90	11	20	----	Kriegs- und Domänenrath Domhard
91	8	24	----	Sandrart
92	9	----	----	Colonist Bender et consorten
93	1	6	----	Frau Terhorsten – Schlafgelder
94	25	----	----	Michael und Joh. Ackermann et consorten

95	69	57	4	Ludwig Müller, Thomas Wengard et consorten
96	18	24	----	Cosman
97	14	35	----	Jost Wahl
98	32	----	----	Metzger
99	11	50	----	Postgelder
100	24	----	----	Friedrich Germendonck
101	500	----	----	Vorschüße zur Baucasse
102	400	----	----	Landrenthey Vorschüße
103	32	----	----	Colonist Henckel und Haag
104	2	----	----	Jacob Francke
105	39	55	----	Philip Laval et consorten
106	17	58	----	Colonist Hoffmann und Schindel
107	16	----	----	Adam Partzer
108	25	----	----	Landmeßer von Heuss
109	16	----	----	Colonist Lechtieg
110	5	30	----	Felderhoff et consorten – Schlafgelder für 5 Colonisten Familien
111	28	5	----	Landrath Elsner
112	41	----	----	Landrath Elsner
113	16	----	----	Colonist Kauth
114	58	50	----	Colonist Fanerbach (?) et Johannes Maxter
115	2	20	----	Colonist Philip Eselborn
---	4134	34	7	----

Tab. T-74

Die Ausgaben für sämtliche Angelegenheiten klevischer Kolonistengeschäfte zur Anwerbung fremder Emigranten betrug nach der Zusammenrechnung eine Summe von **4134 Reichstaler 34 Stüber und 7 Ducaten**.

Auf der Grundlage der Akten „Kleve Kammer Nr. 395, 397 und 398“ wird im Folgenden eine Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Etablissement-Kasse unternommen, um den Übergang „aktiver“ preußischer Bevölkerungspolitik zur „passiv“ betriebenen Peuplierungspolitik in den niederrheinischen Territorien zu belegen.³¹⁹⁵ Dadurch kann ersehen werden, dass die oben dargestellten Ausgaben von **4134 Reichstalern** im Verrechnungsjahr 1770 bis zum Jahr 1789/90 gegen Null herabgesunken waren. (s. Tab. T-75)

³¹⁹⁵ Siehe dazu die Tabellen aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395, Nr. 397 und Nr. 398.

Gesamttabelle der Einnahmen und Ausgaben klevischer Etablissement-Kasse von 1771/1772
bis 1789/90

Nr.	Zeitraum	Einnahmen			Ausgaben				Bilanz		
		rthl.	st.	duc.	rthl.	dt.	duc.	Anzahl der Rechnungen	rthl.	dt.	duc.
1	1771/72	2834	50	1	2761	----	5	151	+71	9	4
2	1772/73	2464	14	4	2461	39	4	111	+2	35	----
3	1773/74	1071	35	4	1055	10	----	57	+16	25	4
4	1774/75	1855	50	7	1847	13	----	51	+8	37	4
5	1775/76	1265	6	6 ½	1113	41	2	42	+152	25	2 ½
6	1776/77 ³¹⁹⁶	557	13	1 ½	685	22	7	23	+128	9	5 ½
7	1777/78 ³¹⁹⁷	69	----	----	62	----	----	3	+7	----	----
8	1778/79	69	30	5	54	----	----	3	+15	30	5
9	1779/80	75	30	5	74	----	----	5	+1	30	5
10	1780/81	615	22	1 ¾	416	8	4	7	+199	14	3 ¾
11	1781/82	199	14	3 ¾	18	----	----	2	+181	14	3 ¾
12	1782/83	181	14	3 ¾	42	----	----	1	+139	14	3 ¾
13	1783/84	139	14	3 ¾	----	----	----	----	+139	14	3 ¾
14	1784/85	139	14	3 ¾	----	----	----	----	+139	14	3 ¾
15	1785/86	195	14	3 ¾	12	----	----	1	+183	14	3 ¾
16	1786/87	183	14	3 ¾	----	----	----	----	+183	14	3 ¾
17	1787/88	203	14	3 ¾	200	----	----	1	+3	14	3 ¾
18	1788/89	3	14	3 ¾	6	----	----	1	-2	45	4 ¼
19	1789/90	----	----	----	2	45	4 ¼	----	-2	45	4 ¼

Tab. T-75

Bis zur Mitte der 1770er Jahre wurden sowohl die Ausgaben als auch die Anzahl der Rechnungen betreffend des Kolonistengeschäftes drastisch reduziert, sodass die peuplierungspolitische Förderung zur Urbarmachung und Besiedlung unkultivierter Heideländereien nicht mehr oder nur sporadisch betrieben wurde. Waren es im Jahr **1771/72** noch **151** Rechnungen, die von der Kolonistenkasse beglichen werden mussten, so lagen im Jahr **1777/78** nur noch **3** Rechnungen vor.

Dass die Rückzahlungen vorgeschossener Gelder zur Förderung städtischer und ländlicher Kolonisten nicht immer zeitnah erfolgten, belegen die Abrechnungen seit 1770 bis 1774.³¹⁹⁸

³¹⁹⁶ Hier wurden das Herzogtum Kleve und das Fürstentum Moers zusammengelegt.

³¹⁹⁷ Ab hier wieder nur auf das Herzogtum Kleve bezogen.

³¹⁹⁸ Siehe dazu die Tabelle für den Zeitraum von 1770 bis 1774 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395.

Die Klevische Kriegs- und Domänenkammer ging zunächst vor allem bei den ländlichen binnenkolonialisatorischen Peuplierungsmaßnahmen in Vorzahlung, die Begleichung oder womöglich ein Gewinn konnte erst einige Jahre später erwartet werden. (s. Tab. T-76)

Designation von denen seit Anno 1770 bis Trinitatis 1774 sämtlichen Colonisten im
Herzogthum Cleve verabreichten Vorschüsse

Nr.	Namen	Vorschuß			restituierte Gelder			müssen noch nachbezahlt werden		
		rthl.	st.	duc.	rthl.	dt.	duc.	rthl.	dt.	duc.
1	Hansen	20	----	----	----	----	----	20	----	----
2	Lawall	12	----	----	----	----	----	12	----	----
3	Philip Runcke	2	----	----	----	----	----	2	----	----
4	Jacob Hohl	20	----	----	----	----	----	20	----	----
5	Michael Liess	20	----	----	----	----	----	20	----	----
6	Wilhelm Beest	10	----	----	----	----	----	10	----	----
7	Ferdinand Hoffmann	2	----	----	----	----	----	2	----	----
8	Philip Wegener	2	----	----	----	----	----	2	----	----
9	Heinrich Illian	20	----	----	----	----	----	20	----	----
10	Adam Partzer	10	----	----	----	----	----	20	----	----
11	Philip Lawall	10	----	----	10	----	----	----	----	----
12	Theobald Lauffer	16	----	----	----	----	----	16		----
13	Mathias Döffer	4	40	----	----	----	----	4	40	----
14	Niclas Busch	60	----	----	----	----	----	60	----	----
15	Johann Becker	----	30	----	----	----	----	----	30	----
16	Christian Schneider	----	30	----	----	----	----	----	30	----
17	Barth Ochs	----	30	----	----	----	----	----	30	----
18	Kaufmann	----	30	----	----	----	----	----	30	----
19	Georg Schneider u. Peter Staab	2	----	----	----	----	----	----	³¹⁹⁹	----
20	Gebrüder Stuhlfauth	60	----	----	----	----	----	60	----	----
21	Frantz Lawall	6	40	----	----	----	----	6	40	----
22	Germendonck	20	----	----	----	----	----	20	----	----
23	Philip Degen	10	----	----	----	----	----	10	----	----
24	Michael Metzger	10	----	----	----	----	----	10	----	----
25	Heinrich Baag	20	----	----	----	----	----	20	----	----
26	Johann Phillip Reidel	20	----	----	----	----	----	20	----	----
27	Frech und Heuser	40	----	----	3	----	----	37	----	----
28	Philip Rademacher	4	----	----	----	----	----	4	----	----
29	Jost Wahl	9	30	----	----	----	----	9	30	----

³¹⁹⁹ Diese zwei Reichtaler wurden anderweitig abgeschrieben.

30	Thomas Weigardt	20	----	----	----	----	----	20	----	----
31	Philip Julius	20	----	----	----	----	----	20	----	----
32	George Teffenbach (?)	20	----	----	----	----	----	20	----	----
33	George Krafft	20	----	----	----	----	----	20	----	----
34	Philip Rademacher	20	----	----	----	----	----	20	----	----
35	Christoph Barth	20	----	----	----	----	----	20	----	----
36	Johann Lichtey	20	----	----	----	----	----	20	----	----
37	Hoh. Wilh. Forstgens	4	----	----	----	----	----	4	----	----
38	Jacob Fenderichs (?)	20	----	----	----	----	----	20	----	----
39	Johannes Niclas Barth	20	----	----	----	----	----	20	----	----
40	Lufft und Schreiber	38	----	----	----	----	----	38	----	----
41	Georg Tiffenbach	16	----	----	----	----	----	16	----	----
42	Ludwich Fischer	16	----	----	----	----	----	16	----	----
43	Jacobs	20	----	----	----	----	----	20	----	----
44	Lange	20	----	----	----	----	----	20	----	----
45	Beest	20	----	----	----	----	----	20	----	----
46	Müller	20	----	----	----	----	----	20	----	----
47	Fischer	20	----	----	----	----	----	20	----	----
48	Wilhelm Scharff	20	----	----	----	----	----	20	----	----
49	Joh. Leonard Rehe	20	----	----	----	----	----	20	----	----
50	Christian Thiele	6	15	----	----	----	----	6	15	----
51	Leonhardt Barth	20	----	----	----	----	----	20	----	----
52	Adam Reiss	20	----	----	----	----	----	20	----	----
53	Valentin Zellich	20	----	----	----	----	----	20	----	----
54	Lauffer	20	----	----	----	----	----	20	----	----
55	Streef	20	----	----	----	----	----	20	----	----
56	Schwindel	20	----	----	----	----	----	20	----	----
57	Wittwe Baumler	20	----	----	----	----	----	20	----	----
58	Mathias Corell	2	----	----	----	----	----	2	----	----
59	Johann Stephan Moener	20	----	----	----	----	----	20	----	----
60	Johann Adam Moener	20	----	----	----	----	----	20	----	----
61	Christian Geuter	20	----	----	----	----	----	20	----	----
62	Sebastian Fridrichs	20	----	----	----	----	----	20	----	----
63	Jacob Kaemer	20	----	----	----	----	----	20	----	----
64	Jost Wahl	20	----	----	----	----	----	20	----	----
65	Daum	20	----	----	----	----	----	20	----	----
66	Heinrich Frech	30	----	----	----	----	----	30	----	----
67	Johann Casper Beyer	20	----	----	----	----	----	20	----	----
68	Arnold und Gantz	40	----	----	22	30	----	17	30	----
69	Mathias Corell	20	----	----	----	----	----	20	----	----
70	Heinrich Schröder	20	----	----	----	----	----	20	----	----

71	Nicolaus Busch	4	----	----	----	----	----	4	----	----
72	Ludwich Fischer	4	----	----	----	----	----	4	----	----
73	Valentin Butterfasz	4	----	----	----	40	----	3	20	----
74	Peter Closs	20	----	----	----	----	----	20	----	----
75	Conrad Polter	20	----	----	----	----	----	20	----	----
76	Georg Adam Polter	20	----	----	----	----	----	20	----	----
77	Bernhard Kern	20	----	----	----	----	----	20	----	----
78	Philip Lawall	20	----	----	5	----	----	15	----	----
79	Valentin Butterfasz	20	----	----	20	----	----	----	----	----
80	Johann Peter Ricken	20	----	----	----	----	----	20	----	----
81	an 24 Colonisten Familien Brodgelder	57	48	----	----	----	----	57	48	----
82	Ludewich Reiss	20	----	----	----	----	----	20	----	----
83	Christian Lange	20	----	----	----	----	----	20	----	----
84	Johann Hanemann	20	----	----	----	----	----	20	----	----
85	Joh. Michael Eselborn	20	----	----	----	----	----	20	----	----
86	Georg Müller	50	----	----	----	----	----	50	----	----
87	Georg Bäuml	20	----	----	----	----	----	20	----	----
88	Frantz Lawall	20	----	----	----	----	----	20	----	----
89	Ferdinand Hoffmann	20	----	----	----	----	----	20	----	----
90	Joh. Jacob Sandomehr	20	----	----	----	----	----	20	----	----
91	Georg Müller	35	----	----	----	----	----	35	----	----
92	Heinrich Kalbfleisch	20	----	----	----	----	----	20	----	----
93	Peter Barth	20	----	----	----	----	----	20	----	----
94	Casper Weigardt	20	----	----	----	----	----	20	----	----
95	Friderich Gantz	20	----	----	----	----	----	20	----	----
96	Heinrich Arnold	20	----	----	----	----	----	20	----	----
97	Christian Kalbfleisch	20	----	----	----	----	----	20	----	----
98	Nicolaus Walter	20	----	----	----	----	----	20	----	----
99	Heinrich Gottwald	20	----	----	----	----	----	20	----	----
100	Georg Haag	20	----	----	----	----	----	20	----	----
101	Heinrich Baltus	20	----	----	----	----	----	20	----	----
102	Johann Eitzer	20	----	----	----	----	----	20	----	----
103	Gerhard Berg	20	----	----	----	----	----	20	----	----
104	Anton Werckle	20	----	----	----	----	----	20	----	----
Summa		1943	53	----	61	10	----	1880	43	----

Tab. T-76

Mithilfe dieser Rechnungstabelle sind somit 104 peuplierungspolitisch geförderte und angeworbene ländliche und städtische Kolonisten in den niederrheinischen Gebieten belegbar, die im Zuge „aktiver“ Peuplierungspolitik ein Etablissement angefangen haben. Die von der

Etablissement-Kasse vorgeschossene Gesamtsumme betrug **1943 Reichtaler** und **53 Stüber**, wovon lediglich innerhalb von vier Jahren nur **61 Reichtaler** und **10 Stüber** von den Kolonisten zurückgezahlt werden konnten. Somit mussten von den angeworbenen Kolonisten noch insgesamt **1880 Reichtaler** und **43 Stüber** restituiert werden. Aufgrund der noch immer zurück zu bezahlenden Vorschüsse wies die Klevische Kriegs- und Domänenkammer immer wieder darauf hin, dass z. B. die „[...] denen Colonisten zu Ankauffung der Kühe (...) vorschuß weise accordirten Gelder (...) ohnfehlbahr zur Etablissements-Casse restituirt“ werden müssen, wobei dabei von den Kriegsräten genauestens geprüft werden sollte, „[...] ob die erhaltende Gelder zweckmäßig angewand, die angekaufte Kühe noch alle vorhanden [und] eine familie fleißig arbeite, um sich Nahrung und Vediens zu schaffen.“³²⁰⁰ Dass die ländlichen Kolonisten meistens „[...] mit der terminlichen Zurückzahlung der ihnen abgereichten Vorschüße“ nur teilweise reüssieren konnten, belegen die zahlreichen Rechnungstabellen der Etablissement-Kasse.³²⁰¹ Interessanterweise konnten die angeworbenen Kolonisten auch peuplierungspolitische Kosten in Städten verursachen, wo überhaupt keine binnenkolonisations Pläne umgesetzt worden waren. So beklagte sich der Budericher Magistrat im Jahr 1770, dass zwar „[...] noch keine Colonisten, um sich zu etabliren, anhero gewesen sind, So hat doch die Cämmerey allbereits 11 rthl. 24 str. Unkosten erhalten, welche die gesamte gewesene Pasage über den Rhein, durch die nach Duisburg destinirten Personen, da dieselbe sich hier aufgehalten, und ihnen Obdach und Feuerung, auch den Transport besorget werden müssen, verursacht“ habe.³²⁰² Die zu zahlende Unterkunft für durchreisende Kolonisten war im Herzogtum Kleve kein Einzelfall.³²⁰³

Aus der Tabelle der Restitutionen angeworbener Kolonisten von 1775/76 kann ein gewisser Fortschritt bestimmter Kolonien herausgelesen werden, da solche Zurückzahlungen vorgeschossener Gelder nur dann erfolgen konnten, wenn die Etablissements sich langsam stabilisiert hatten und zu florieren begannen.³²⁰⁴ (s. Tab. T-77)

³²⁰⁰ Zitat vom 4. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

³²⁰¹ Zitat vom 4. April 1772 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133.

³²⁰² Zitat vom 23. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 891.

³²⁰³ So geht aus einer tabellarischen Auflistung kolonistengeschäftlicher Kosten vom 19. April 1770 hervor, dass „[...] dem Wirth Ressler für Unterhaltung zur Logement 13 Colonisten vom 29. Nov. bis 11. Dec., welche von Cleve gekommen und nach Wesel und Duisburg transportirt werden sollen“, 14 Reichtaler und 4 Stüber bezahlt werden müssen. Zitat aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 891.

³²⁰⁴ Siehe dazu die Tabelle vom 1775/76 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395.

Einnahme an restituierte Vorschüsse aus der Liste von 1775/76

Name der Heide	Nr.	Name	restituierte Summe (rthl.)
1) Asperdische Heyde	1	Streef	2
	2	Georg Dewald Schindel	2
	3	Georg Polter	2
	4	Conrad Polter	2
2) Pfaltzdorffer Heyde	1	Michael Metzger	10
	2	Valentin Züllich	4
	3	Casper Bayer	4
	4	Heinrich Schröder	4
	5	Michel Eselborn	1
	6	Jacob Kammer	2
	7	Adam Reiss	2
	8	Philip Reidel	2
	9	Sebastian Friderichs	2
	10	Mathias Corell	2
	11	Valentin Züllich	16
	12	Gerhard Berg	2
	13	Johann Nicolaus Barth	20
3) Bönninghardter Heyde	1	Daum und Illian	40
Summe	18	----	99

Tab. T-77

Dass die obengenannten Kolonisten überhaupt in der Lage waren, nach ihren binnenkolonialisatorischen Anstrengungen Gelder zurückzuzahlen, belegt die Tatsache, dass die Asperdische und Pfalzdorfer Kolonie durchaus florierten und einen in Relation zu anderen niederrheinischen Urbarmachungsprojekten einen guten Fortgang hatten. Zudem bestätigt diese tabellarische Nachricht auch, dass auf der Bönninghardter Heide lediglich die beiden

Kolonisten Daum und Illian den besten Fortgang auf der Bönninghardter Heide sich erarbeiteten, auch wenn die Kolonien, wie in vorhergegangenen Kapitel dargestellt, sich lediglich an der Existenzgrenze bewegten.

Eine letzte Tabelle zum Ende der 1770er Jahre gibt dem Forscher Auskunft über die sämtlichen angesiedelten ländlichen Kolonisten und deren räumliche Verteilung im Herzogtum Kleve, die im Zuge preußischer Peuplierungspolitik Vorschüsse zur Finanzierung ihre Etablissements erhalten hatten.³²⁰⁵ (s. Tab. T-78)

Designation von denen sämtlichen Colonisten im Herzogtum Cleve Verabreichten
Vorschüsse 1778/79

Nr.	Name	Ort	Vorschüsse			noch nicht restituiert		
			rthl.	st.	duc.	rthl.	st.	zurückge- zahlt (Jahr)
1	Nicolas Busch	Asperdische Heyde	64	----	----	26	----	32 rthl. (74/75) + 6 rthl. (76/77)
2	Leonhard Rehe	Asperdische Heyde	20	----	----	20	----	----
3	Ludewich Fischer	Asperdische Heyde	40	----	----	40		
4	Henrich Busch	Asperdische Heyde	40	----	----	40		
5	Philip Rademacher	Asperdische Heyde	24	----	----	24		
6	Philip Julius	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
7	Wilhelm Beest	Asperdische Heyde	30	----	----	30		
8	Theobald Laufer	Asperdische Heyde	36	----	----	36		
9	Christian Lange	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
10	Frantz Lawall	Asperdische Heyde	26	40	----	26	40	
11	Wittwe Baumbret Sohn	Asperdische Heyde	40	----	----	40		
12	Georg Tiefenbach	Asperdische Heyde	36	----	----	36		
13	Ludewich Müller	Asperdische Heyde	20	----	----	18	----	2 rthl. (75/76)
14	Heorg Schindel	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
15	Lucas Schindel	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
16	Rudolph Lange	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
17	Thomas Weigardt	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
18	Casper Weigardt	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
19	Johann Jost Wahl	Asperdische Heyde	29	30	----	29	30	
20	Johann Adam Jacob	Asperdische Heyde	20	----	----	20		
21	Ferdinand Hoffmann	Asperdische Heyde	22	----	----	22		
22	Peter Closs	Asperdische Heyde	20	----	----	20		

³²⁰⁵ Siehe dazu die Tabelle von 1778/79 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395.

23	Carl Steef	Asperdische Heyde	20	----	----	18	----	2 rthl. (75/76)
24	Bernhard Kern	Asperdische Heyde	20	----	----	20	----	----
25	Valentin Butterfass	Asperdische Heyde	24	40	----	4	----	20 rthl. 40 st. (72/73)
26	Georg Adam Polter	Asperdische Heyde	20	----	----	18	----	2 rthl. (75/76)
27	Conrad Polter	Asperdische Heyde	20	----	----	18	----	2 rthl. (75/76)
28	Peter Barth	Asperdische Heyde	20	----	----	20	----	----
29	Henrich Bach modo Peter Cless	Asperdische Heyde	20	----	----	20	----	----
30	Baumler	Asperdische Heyde	20	----	----	20	----	----
31	Phillip Lawall	Asperdische Heyde	42	----	----	27	----	15 rthl. (72/73)
32	Philipp Wagener	Asperdische Heyde	2	----	----	2		
33	Johann Wilhelm Förstgens	Asperdische Heyde	4	----	----	4		
34	an 24 Colonisten Vorschüsse	Asperdische Heyde	51	48	----	51	48	
35	Johann Hanemann	Balberger Heyde	20	----	----	20		
36	Jacob Kohl	Wittenhorster Heyde	20	----	----	15	----	5 rthl. (76/77)
37	Michel Lier	Wittenhorster Heyde	20	----	----	20		
38	Gebrüder Stuhlfauth	Spellensche Heyde	60	----	----	60		
39	Philip Jacob Degen	Spellensche Heyde	10	----	----	10		
40	Georg Krafft	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
41	Friedrich Germendonk	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
42	Heinrich Baldus	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
43	Heinrich Arnold	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
44	Friedrich Gantz	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
45	Heinrich Kalbsfleisch	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
46	Georg Haag	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
47	Christian Kalbsfleisch	Spellensche Heyde	20	----	----	20		
48	Christian Sauerhöfer	Spellensche Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (71/72)
49	Georg Friderich Füsser	Spellensche Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (71/72)
50	Heinrich Frech	Stadt Goch	60	----	----	sind heimlich davongegangen		
51	Heuser	Stadt Goch	10	----	----			
52	Johann Niclas Barth	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (75/76)
53	Johann Adam Partzer	Gocher Heyde	20	----	----	8	----	2 rthl. (76/77) + 10 rthl. später
54	Georg Michel Metzger	Gocher Heyde	10	----	----	----	----	10 rthl. (75/76)
55	Johann Lichtey	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. abgeschrie- ben

56	Jacon Kaemmer	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	8	----	2 rthl. (75/76) + 10 rthl. später
57	Wilhelm Scharff	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	14	----	2 rthl. (76/77) + 4 rthl. später
58	Sebastian Friderich	Kleine Gocher Heyde	20	----	----	14	----	2 rthl. (75/76) + 4 rthl. später
59	Johann Christian Barth	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	5	----	7 rthl. (76/77) + 8 rthl. später
60	Valentin Zillich	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (75/76)
61	Jacob Friderichs	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	14	----	2 rthl. (76/77) + 4 rthl. später
62	Johann Philipp Reidel	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	14	----	2 rthl. (75/76) + 4 rthl. später
63	Ludewig Reiss	Gocher Heyde	20	----	----	16	----	2 rthl. (76/77) + 2 rthl. später
64	Johann Mathias Corell	Gocher Heyde	22	----	----	18	----	2 rthl. (75/76) + 2 rthl. später
65	Christian Geutz	Kleine Gocher Heyde	20	----	----	----	----	4 rthl. (76/77) + 16 rthl. später
66	Johann Adam Moener	Gocher Heyde	20	----	----	14	----	2 rthl. (76/77) + 4 rthl. später
67	Stephan Moener	Gocher Heyde	20	----	----	14	----	2 rthl. (76/77) + 4 rthl. später
68	Adam Reiss	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	----	----	2 rthl. (75/76) + 18 rthl. später
69	Johann Jaco Sandomehr	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	14	----	4 rthl. (77/78) + 2 rthl. später
70	Johann Casper Beyer	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	6	----	4 rthl. (75/76) + 10 rthl. später
71	Johann Peter Röcher (?)	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	11	----	5 rthl. (77/78) + 4 rthl. später
72	Leonhardt Barth	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	----	----	8 rthl. (77/78) + 12 rthl. später
73	Heinrich Schröder	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	4	----	4 rthl. (75/76) + 12 rthl. später

74	Johann Michel Eselborn	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	15	----	1 rth. (75/76) + 4 rthl. später
75	Gerhard Berg	Pfaltzdorffer Heyde	20	----	----	----	----	2 rthl. (75/76) + 18 rthl. später
76	Heinrich Gottwald	Bönninghardter Heyde	20	----	----	20	----	----
77	Daniel Lufft	Bönninghardter Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (76/77)
78	Heinrich Illian	Bönninghardter Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (75/76)
79	Philipp Runckel	Bönninghardter Heyde	2	----	----	2	----	----
80	Johann Eitzer	Bönninghardter Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (76/77)
81	Philipp Daum	Bönninghardter Heyde	20	----	----	----	----	20 rthl. (75/76)
82	Johann Schreiber	Bönninghardter Heyde	18	----	----	18	----	----
83	Ludwig Walter	Bönninghardter Heyde	20	----	----	20	----	----
84	Heinrich Arnold	Bönninghardter Heyde	20	----	----	17	30	22 rthl. 30 st. (73/74)
85	Friederich Gantz	Bönninghardter Heyde	20	----	----			
86	Heinrich Holtzdörffer	Bönninghardter Heyde	20	----	----	20	----	----
87	Georg Michel Metzger	Bönninghardter Heyde	20	----	----	20	----	----
88	Georg Schneider	Heesenberg bey Xanten	2	----	----	----	----	2 rthl. abgeschrie- ben
89	Peter Staab	Heesenberg bey Xanten						
90	Hansen	Stadt Wesell	20	----	----	56	35	sind heimlich davon gegangen
91	Egger	Stadt Wesell	41	----	----			
92	Johann Eidinger	Stadt Wesell	22	----	----	ist wegen Kirchen Raub zu Düsseldorf verbrandt		
93	Jacob Carelson (?)	Stadt Wesell	22	30	----	22	30	ist heimlich weg
94	Anton Werckle	Fürstentum Meurs	20	----	----	20	----	----
95	Georg Appenzeller	Fürstentum Meurs	20	----	----	20	----	----
96	Johann Nicolaus Kreisseler	Fürstentum Meurs	20	----	----	20	----	----
97	Mathias Döffer	Fürstentum Meurs	4	40	----	4	40	----
98	Georg Dresler	Fürstentum Meurs	20	----	----	----	----	20 rthl. abgeschrie- ben
Summa		----	2156	48	----	1585	52	----

Tab. T-78

Die peuplierungspolitischen Investitionen binnenkolonisatorischer Peuplierungsprojekte in den niederrheinischen Territorien auf unkultivierten Heiden betrugen nach dieser Tabelle von 1778/79 **2156 Reichstaler** und **48 Stüber**. Dies belegt durchaus die preußischen Bemühungen „landbezogener“ Peuplierungspolitik, ländliche Kolonisten auf meist nur schwer urbar zu machenden Böden anzusiedeln. Allerdings waren bis zum Ende der 1770er Jahre von den

angeworbenen und peuplierungspolitisch unterstützten **98 ländlichen Kolonisten** noch Gelder in der Höhe von **1585 Reichstaler** und **52 Stüber** zurückzuzahlen, sodass ein ökonomischer Gewinn der Besiedlungsprojekte zu diesem Zeitpunkt noch in ferner Zukunft lag.³²⁰⁶ Dass ländliche Kolonisten aufgrund verschiedener Gründe immer wieder nach Erhalt peuplierungspolitisch motivierter Gelder heimlich davonzogen, belegt auch diese Tabelle. Sogar ein Kolonist zu Wesel, Johann Eidinger, wurde aufgrund seines schlechten Charakters – er raubte eine Kirche aus – in Düsseldorf verurteilt und verbrannt. Die hier aufgelisteten ländlichen Kolonien, die sich im Laufe der Zeit stabilisieren und festigen konnten, waren die Asperdische Heide, die Balberger Heide, die Wittenhorster Heide, die Spellensche Heide, die Pfalzdorfer Heide, die Gocher Heide, die Kleine Gocher Heide, die Bönninghardter Heide, der Heeseberg und einige punktuelle Ansiedlungen auf unkultivierten Ländereien im Fürstentum Moers.

Dass vor allem solche binnenkolonisatorische Peuplierungsprojekte nicht immer problemlos abliefen, lag an den oft schwierigen naturräumlichen Rahmenbedingungen, der vorherrschenden Abneigung einheimischer Bevölkerungsteile aufgrund potenzieller Nutzungskonflikte und an der peuplierungspolitischen Kooperationsbereitschaft lokaler Amtsträger, die von den bevölkerungspolitischen Policyverordnungen preußischer Administration nicht immer überzeugt waren. So wies die Klevische Kammer oftmals darauf hin, dass „[...] diejenigen, so sich den Unterhalt zu verdienen Lust bezeigen, keine Gelegenheit zur Arbeit haben“, sodass zahlreiche ländliche Kolonistenfamilien „[...] über Mangel der Nahrung klagen und ihnen dadurch das Etablissement in dieser Provinz unangenehm werden muß.“³²⁰⁷ Dass die lokalen Amtsträger den Kolonisten nicht immer Hilfe zur Selbsthilfe anbieten konnten, stieß bei der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer immer auf schärfste Kritik, da „[...] Wir (...) misfälligst bisher (haben) erfahren müssen, daß die Colonisten aus Mangel der nöthigen Gelegenheiten ihren Unterhalt zu verdienen, gezwungen werden Uns um Verwilligung der Brodt-Gelder“ zu bitten.³²⁰⁸ Sicherlich aufgrund zahlreicher negativer Erfahrungen „landbezogener“ Peuplierungspolitik mit unnützen und unzuverlässigen ländlichen Kolonisten vermeldete die Klevische Kammer für ihren Zuständigkeitsbereich, „[...] daß wir keinesweges geneyget sind, denen angezogenen fremden Familien (...), ferner Schlaf- und Brod Gelder abreichen, und Müssiggänger oder Faullentzer

³²⁰⁶ Die nachfolgenden Kolonistenlisten bis 1779/80 zählten 102 Colonisten, da die Duisburgische Heide noch hinzukam und integriert wurde.

³²⁰⁷ Zitat vom 20. August 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099. Wenn „[...] auch gleich die Colonisten noch mit Uhrbarmachen der ihnen angewiesenen Ländereyen nicht fertig sind, müssen selbige sich (...) etwas zu verdienen suchen, indem ihnen aus der Etablissements-Casse kein unterhalt abgereicht werden“ kann.

³²⁰⁸ Zitat vom 23. Oktober 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

auf Kosten publiquen Cassen, zur Bestärkung in der Faulentzerey unterhalten zu laßen.“³²⁰⁹ Die Verminderung der aktiven finanziellen Unterstützung mit peuplierungspolitischen Geldern fand auch ihren Niederschlag in den oben dargestellten Ausgaben der Etablissement-Kasse. Vielmehr müsse man den ländlichen Kolonisten bei ihrem Unterfangen binnenkolonisatorischer Kultivierung und Urbarmachung mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, damit ihr Etablissement stabilisiert und gefestigt werde. Der Übergang zur „qualifizierten“ Peuplierungspolitik ist um das Jahr 1773 endgültig belegbar, da die jährliche Zahl der neuankommenden Kolonisten rapide herunterging und meist nur diejenigen aufgenommen wurden, die ein gewisses Vermögen besaßen. So befahl die Klevische Kammer im Frühjahr 1773, dass „[...] künftig aber besonders dahin gesehen werden soll, daß zur Uhrbarmachung der noch übrigen sterilen Heiden tüchtige Einländer, welche den Anbau aus eigenen Mitteln bestreiten können, engagieret werden sollen.“³²¹⁰ Man setzte damit unter anderem nicht mehr nur auf emigrationswillige Kolonisten, sondern auch auf Einheimische, die sich zu einem binnenkolonisatorischen Projekt entschließen würden.³²¹¹ Die weiteren binnenkolonisatorischen Peuplierungsprojekte sollten „[...] lediglich nur mit solchen ein- und ausländischen Familien besetzt werden (...), welche den Anbau und die Uhrbarmachung aus eigenen Mitteln bestreiten können, und sich dazu verstehen mithin bloß mit den festgesetzten Feyjahren zu frieden sind.“³²¹²

Dennoch sollten die bisher schon angefangenen binnenkolonisatorischen Besiedlungsprojekte weitergeführt werden, sodass dem Kriegsrat Scheele „[...] betreffend die anzuweisende Sorgfalt“ befohlen wurde, „[...] für die Erhaltung der Colonisten Etablissements und die Urbarmachung und den Anbau der wüsten Ländereyen“ zu sorgen, wobei es allerdings mit großem Missfallen aufgenommen wurde, „[...] daß bey einigen Heyden nur ein sehr geringer Anfang zu Uhrbarmachung gemacht worden“ war.³²¹³ Die sich stabilisierenden ländlichen Kolonien wurden damit weiter aktiv gefördert, damit auch die bisher eingebrachten peuplierungspolitischen Gelder nicht umsonst und zum Verlust der Etablissement-Kasse investiert wurden.

Aus einem Schreiben des klevischen Kammerpräsidenten an alle Kriegs- und Steuerräte ging die weitere aktive Förderung bisher angefangener binnenkolonisatorischer Peuplierungs- und Urbarmachungsprojekte hervor, nachdem „[...] Seine Königliche Majestät auf meinen über

³²⁰⁹ Zitat vom 4. Mai 1771 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

³²¹⁰ Zitat vom 17. Mai 1773 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

³²¹¹ Die Fälle, bei denen Einheimische unkultivierte Heidegründe zur eigenen Nutzung aufkauften, waren sehr begrenzt, da die Einheimischen aufgrund ihrer Ortskenntnisse von den schlechten naturräumlichen Konstitution der meist abgelegenen Heidegründe wussten und schließlich davon lieber die Finger ließen.

³²¹² Zitat vom 22. März 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

³²¹³ Zitat vom 3. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

das hiesige Colonisten Etablissement, und die noch Vorhandenen wüste Ländereyen erstatteten allerunterthänigsten Bericht nur mittelst Cabinets Resolution (...) Dero Zufriedenheit denen gnädigsten Ausdrücken zu erkennen gegeben, und dabey die weitere Sorgfalt für die Urbarmachung und dem Anbau wüste[r] Ländereyen, aufs angelegentlichste empfohlen“ habe.³²¹⁴ Eine Zusammenfassung jährlicher peuplierungspolitischer Fortschritte „landbezogener“ Peuplierungspolitik des Kriegsrates Scheele aus dem Jahr 1774 verdeutlicht trotz der zahlreichen Schwierigkeiten binnenkolonialisatorischer Kultivierungs- und Besiedlungsmaßnahmen eine gewisse Zufriedenheit, weil mit „[...] dem Anbau und Verbesserung deren Patrimonial Gründen der Städte und derer dazugehörigen heyde gründe (...) ich aber (...) Progression zu machen, gelegenheit gefunden“ habe.³²¹⁵ Weiterhin war die preußische Regierung von der peuplierungstheoretischen Prämisse optimaler Raumausnutzung beseelt, weil „[...] die Hutung und düngung sehr mager und auch Von denen Eingeseßenen wenig gebraucht werden, überhaupt aber mit der Nutzung in keine Vergleichung zu stellen sey, welche erhalten werden kann, wenn diese Wüsteneyen gehörig cultiviret werden.“³²¹⁶ Daraus lässt sich aus historisch-geographischer Perspektive ein aktiver kulturlandschaftsverändernder Auftrag wüstliegender Heidegründe in den rheinischen Territorien ableiten, da eine Urbarmachung unkultivierter Heidegründe immer vorteilhafter war als eine spärliche und temporäre Nutzung für die Weidung von Tieren oder zur Entnahme von Plaggen.

Werden nun die im Kontext dieser Arbeit bearbeiteten Quellen potenziell zu besiedelnder, wüstliegender Heidegebiete mit der von W. Ring herausgearbeiteten Auflistung peuplierter und ehemals unkultiviert gewesener Heidegründe zusammengefasst, so ergeben sich unter Berücksichtigung des Weselschen und Meursischen Kreises insgesamt **39 Heideländereien** in den rheinischen Territorialgebieten Kleve, Geldern und Moers, die im Zuge friderizianischer Peuplierungspolitik besiedelt werden sollten.³²¹⁷ Im Zuge meiner Analyse „landbezogener“ Peuplierungspolitik fanden sich Hinweise, dass auf **24 unkultivierten Heideflächen** raumwirksame Maßnahmen zur Urbarmachung und Besiedlung eingeleitet worden sind.³²¹⁸ (s. Tab. T-79)

³²¹⁴ Zitat vom 3. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

³²¹⁵ Zitat vom 12. Dezember 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087.

³²¹⁶ Zitat vom 3. Februar 1774 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1099.

³²¹⁷ Siehe dazu Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 97-101.

³²¹⁸ Allerdings müssen zur Vervollständigung einer Bilanzierung binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik rheinischer Territorialgebiete in Kleve, Geldern und Moers weitere regionale und lokale Forschungen getätigt werden, die im Zuge dieser Arbeit aufgrund des enormen Umfangs nicht detailliert gemacht werden konnten.

Tabelle der potenziell zu besiedelnden und tatsächlich peuplierten Heidegründe in den rheinischen Territorialgebieten Kleve, Geldern und Moers im Kontext friderizianischer Binnenkolonisation „landbezogener“ Peuplierungspolitik

Nr.	Heide name	Quellenhinweis auf binnenkolonisatorische Bemühungen	
		Ja	Nein
1	8 Heideflächen im Weselschen Kreis	----	▪
2	3 Heideflächen im Meursischen Kreis	----	▪
3	Schermbecker Heide	▪	----
4	Lippes Gemein Heide	----	▪
5	Vierbommer Heide	▪	----
6	Asperdische Heide	▪	----
7	Balberger Heide	▪	----
8	Wittenhorster Heide	▪	----
9	Spellensche Heide	▪	----
10	Bönninghardter Heide	▪	----
11	Heeseberg	▪	----
12	Pfalzdorfer Heide	▪	----
13	Gocher Heide beim Tannenbusch	▪	----
14	Steinheide	▪	----
15	Duisburger Heide	▪	----
16	Königshardter Heide ³²¹⁹	▪	----
17	Schravelsche Heide	----	▪
18	Berber Heide	----	▪
19	Gladbecker Heide	----	▪
20	Schaafs Heide	▪	----
21	Kleine Gocher Heide	▪	----
22	Gocher Heide	▪	----
23	Voß Heide	▪	----
24	Oeffeltsche Heide	▪	----
25	Zellensche Heide	▪	----
26	Hettenkamp	▪	----
27	Diersforth	▪	----
28	Dinslakische Heide	▪	----
29	Egerheide	▪	----
30	Homberger Heide	▪	----
Summe		24	16

Tab. T-79

³²¹⁹ Auch Isselhard oder Hüttenhardt genannt.

Aufgrund fehlender weiterer regionaler und lokaler Forschungen will diese Bilanzierung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, allerdings belegen diese binnenkolonialisatorischen Bemühungen einerseits, dass die Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik im Zuge der Kultivierung und Urbarmachung wüstliegender Heidegebiete kulturlandschaftsverändernde Spuren hinterlassen hatte, andererseits aber auch ein Hinweis darauf sind, dass die preußische Peuplierungspolitik unter vielfältigen administrativen Problemen in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers tatsächlich umgesetzt wurde und in räumlicher wie auch demographischer Hinsicht Veränderung hinterließ. Auch wenn nicht alle binnenkolonialisatorischen Aktivitäten zum gewünschten Erfolg geführt haben, so sind dennoch einige Neusiedlungen in den rheinischen Territorien entstanden. Die bekanntesten Binnenkolonisationen stellten die pfälzischen Siedlungen Pfalzdorf, Louisendorf, Neulouisendorf, Neudorf und die Königshardt dar, aber auch die Kolonien auf der Bönninghardter Heide, der Spellenschen Heide und der Asperdischen Heide wurden mit zahlreichen ländlichen Kolonisten besiedelt, die unter schwierigsten Bedingungen die wüstliegenden Ländereien in Kultur gebracht haben und sie punktuell peuplieren konnten. Trotz sehr schwieriger naturräumlicher Rahmenbedingungen und administrativen Kommunikationsproblemen regionaler und lokaler Behörden wurden binnenkolonialisatorische Projekte „landbezogener“ Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers raumwirksam und kulturlandschaftsverändernd umgesetzt, sodass in Anbetracht der Abgelegenheit und der in den 1770er Jahren erfolgten gesamtpolitischen Minderbewertung rheinischer Besitzungen die Leistung der Urbarmachung und Besiedlung unkultivierter Heideflächen auf meist sehr schlechten sandigen und unfruchtbaren Böden umso höher einzuschätzen ist.

3. Zusammenfassung: Die Bewertung der Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers

In den hier bearbeiteten Beispielen „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitiken in den preußisch-rheinischen Territorialgebieten konnte die faktische räumliche Umsetzung preußischer peuplierungstheoretischer und -politischer Prämissen und damit deren kulturlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit unterschiedlicher Intensität und Persistenz nachgewiesen werden. Dabei wiesen die räumlichen Ansatzpunkte preußischer Peuplierungspolitik zwischen den niederrheinischen Städten und dem „platten Land“ verschiedene Ausgangspositionen, Motivationen, Schwierigkeiten und Qualitäten von

angeworbenen Kolonisten auf, die auf unterschiedlichste Weise raumwirksame Spuren in den Städten und auf den wüsten Ländereien hinterließen.

Sowohl der Dreißigjährige Krieg und die damit verbundenen zahlreichen Besatzungen durch fremde Heere als auch der Siebenjährige Krieg hinterließen in den niederrheinischen Städten starke Spuren demographischer und räumlicher Zerstörung, sodass die vielfältigen wüsten Hausstellen und zerstörten Häuser peuplierungspolitische Ansatzpunkte für eine intensive Stadtkolonisation zur räumlichen urbanen Besiedlungs- und Bevölkerungsverdichtung bildeten. Auch wenn die Quellenlage zur Zeit des Großen Kurfürsten bezüglich der preußischen Anfänge peuplierungspolitischer Gesetzgebung nicht die Dichteste ist, so kann dennoch anhand des Beispiels der Stadt Goch festgehalten werden, dass trotz der langjährigen Besatzungen durch fremde Mächte in den rheinischen Territorialgebieten und der noch schwachen administrativen Durchsetzungskraft zentralistischer Behörden des Kernlandes Preußen zu Beginn absolutistischen Herrschaftsverständnisses die Stadt Goch vor einer Wüstung bewahrt wurde. Die Anwerbungsoffensive emigrationswilliger Professionisten führte zu einem generellen Anstieg städtischer Bevölkerung. Dennoch offenbarte die Quellenanalyse stadtkolonisatorischer Bevölkerungspolitik nach dem Siebenjährigen Krieg dem historisch-geographischen Forscher persistente räumliche Spuren des Dreißigjährigen Krieges, die punktuell noch nach über 100 Jahren weiter bestanden und im Zuge preußischer „restaurativer“ Peuplierungspolitik nicht vollständig beseitigt werden konnten.

Auch wenn der größte Teil hugenottischer Glaubensflüchtlinge nach dem Potsdamer Edikt 1685 in die preußischen Kernlande emigrierte, fanden sich dennoch Spuren französischer Emigranten in den niederrheinischen Städten, die später vor allem in Kleve und Wesel eine eigene französisch-wallonische Gemeinde mit eigener Rechtssprechung gründeten. Diese waren meist „qualifizierte“ Emigranten, die zur weiteren Wirtschaftsentwicklung einen Beitrag leisteten. Die intensivste Phase „stadtbezogener“ Besiedlungspolitik stellte die „Retablisement-Politik“ stadtkolonisatorischer Peuplierungspolitik nach dem Siebenjährigen Krieg dar, die sich nicht ausschließlich an fremde Professionisten richtete, sondern auch die einheimische Bevölkerung beim Wiederaufbau zerstörter Hausstellen und wüster unbebauter Feuerstellen mit monetären staatlichen Subventionen unterstützte. Nach Auswertung zahlreicher Tabellen wurde in den hier bearbeiteten niederrheinischen Städten **Xanten, Sonsbeck, Üdem, Kervenheim, Orsoy, Grieth, Kalkar und Büderich** bezogen auf alle vorhandenen bebauten und unbebauten Feuerstellen eine städtische Siedlungsfläche von ca. **15%** raumwirksam wiederbesiedelt und mit Menschen peupliert. Dieser Wert städtischer räumlicher Peuplierung belegt nicht nur eindeutig, dass mithilfe „restaurativer“ Maßnahmen

städtischer Kolonisationspolitik ca. ein Fünftel der Gesamtfläche aller vorhandener Feuerstellen wiederbesiedelt wurde, sondern zeugt auch von einer nicht zu vernachlässigenden Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik zum Wiederaufbau und zur -besiedlung wüstliegender und zerstörter Hausstellen in den niederrheinischen Territorien.

Der Drang nach optimaler räumlicher Besiedlung städtischen Raumes erreichte zur Zeit Friedrichs des Großen seinen Höhepunkt. Aufgrund der zerstörerischen Wirkung des Siebenjährigen Kriegs und der ab den 1770er Jahren einsetzenden gesamtpolitischen Randlage rheinischer Territorialgebiete beschränkte sich die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik auf die Restauration vorkriegerischer Verhältnisse; der angestrebte Übergang zur „additiven“ Stadtkolonisation, die zur räumlichen Expansion städtischen Siedlungsraumes führen sollte, wurde nicht mehr aktiv umgesetzt. Meist fanden sich nur punktuelle Ansiedlungsversuche fremder Professionisten in den niederrheinischen Städten wieder, die oft wüste Hausstellen oder leer stehende Häuser bezogen. Lediglich die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik in Krefeld bewirkte aufgrund der Niederlassung mennonitischer Glaubensflüchtlinge, die mit einem ungeheuren Fleiß und spezifischer Kenntnisse durch die Gründung zahlreicher Manufakturbetriebe die Wirtschaft der Stadt enorm katalysierten, eine Expansion städtischen Siedlungs- und Wirtschaftsraumes und bewies damit den „additiven“, über das Vorkriegsniveau demographischer und räumlicher Verhältnisse hinausreichenden Ansatz preußischer Peuplierungspolitik in der Grafschaft Moers.

Grundsätzlich beschränkte sich die Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik auf die räumliche Bevölkerungsverdichtung bisher vorhandenen urbanen Siedlungsraumes. Dank dieser stadtkolonisatorischen Besiedlungsbemühungen „restaurativer“ Peuplierungspolitik wurden zahlreiche durch die Kriege herrührenden wüstliegenden Hausstellen mit einheimischen Stadtbürgern oder fremden Kolonisten wiederbesiedelt. Dass der preußische Staat durchaus große räumliche Pläne „additiver“ Stadtkolonisation in den rheinischen Territorialgebieten konzipierte, belegen die beiden geplanten Stadtneugründungen mit nahezu ausschließlich fremden Professionisten, die zwar aufgrund zahlreicher Probleme finanzieller und lokaler Natur nicht umgesetzt werden konnten, aber von einem grundsätzlichen Willen der preußischen Regierung bezüglich optimaler räumlicher Peuplierung am Niederrhein zeugen.

Die Situation „landbezogener“ Peuplierungspolitik im Zeitraum nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn „passiver“ Bevölkerungspolitik verhielt sich im Vergleich zur

„stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik nicht nur bezüglich der Raumwirksamkeit anders, sondern der Charakter beider Peuplierungspolitiken besaß ebenso unterschiedliche Ansatzpunkte. Da im Zuge der Kriege verhältnismäßig wenige räumliche Wüstungen in Bezug auf verfallene Dörfer oder wüstliegende Domänenhöfe vorlagen, konnten „restaurative“ Maßnahmen „landbezogener“ Peuplierungspolitik nur an punktuellen und wenigen Stellen ansetzen. Vielmehr war vor allem zur Zeit der Herrschaft Friedrichs des Großen ein „additiver“ Charakter „landbezogener“ Peuplierungspolitik zu verzeichnen, dessen Raumwirksamkeit sich am stärksten in den zahlreichen binnenkolonisatorischen Urbarmachungs- und Besiedlungsaktivitäten unkultivierter und wüstliegender Heidegründe manifestierte. So wurden unter schwierigsten naturräumlichen Gegebenheiten wüstliegende Heideländereien mit meist nur sehr schwer zugänglichen Böden durch fremde niederlassungswillige Emigranten zur Kultur gebracht. Die friderizianische Epoche binnenkolonisatorischer Besiedlungspolitik stellte nicht nur den Höhepunkt „landbezogener“ Peuplierungspolitik, sondern auch die stärkste Wirkungsmächtigkeit kulturlandschaftsverändernder Kraft peuplierungspolitischer Gesetzgebung dar. Auch wenn der Vergleich mit absoluten Zahlen mit den preußischen Kernlanden ein etwas „mageres“ Ergebnis „landbezogener“ Kultivierungspolitik in den rheinischen Territorien ergibt, so haben dennoch zahlreiche binnenkolonisatorische Projekte, wie die pfälzischen Siedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf oder die Siedlungen auf der Spellenschen und Asperdischen Heide, aber auch die Bönninghardter Kolonie sowie die rechtsrheinischen Kolonate Neudorf und Königshardt, raumwirksame Spuren kulturlandschaftsverändernder Persistenz in der niederrheinischen Kulturlandschaft hinterlassen.

Vergleicht man die „landbezogene“ und „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik miteinander, so kann zunächst festgehalten werden, dass die Stadtkolonisation tendenziell einen „restaurativeren“ Charakter zur Wiederbesiedlung von Kriegszeiten herrührenden wüsten Hausstellen besaß, wohingegen die ländliche Peuplierung vor allem in der Hochphase binnenkolonisatorischer Aktivität unter Friedrich dem Großen einen „additiveren“ Ansatz verfolgte. Des Weiteren war aufgrund zahlreicher binnenkolonisatorischer Besiedlungsversuche unkultivierter Heideflächen die kulturlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit „landbezogener“ Peuplierungspolitik augenscheinlich wahrnehmbarer und stärker als die nur auf den städtischen Siedlungsraum begrenzte Stadtkolonisation zur Wiederbesiedlung ledig stehender und ehemals bewohnter Hausstellen. Die Effektivität und der ökonomische Nutzen „stadtbezogener“ Besiedlungspolitik hingegen waren aufgrund der Langwierigkeit binnenkolonisatorischer Peuplierungsprozesse in ihrem faktischen monetären

Ertrag größer, da die oftmals angeworbenen fremden Handwerker, Manufakturisten oder gar Fabrikanten zu einem schnelleren wirtschaftlichen Nutzen für die jeweilige Stadt und für den preußischen Staat beitragen konnten. Aufgrund dessen war der brandenburgisch-preußische Staat zu allen Zeiten preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorialgebieten darum bemüht, bemittelte und mit Vermögen und besonderen Kenntnissen versehene fremde niederlassungswillige Emigranten auf meist wüstliegenden Hausstellen in den Städten anzusiedeln. Sowohl die „stadtbezogene“ als auch die „landbezogene“ Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorialgebieten müssen daher aufgrund multipler administrativer, gesamtpolitischer, naturräumlicher und lokaler Schwierigkeiten eine vermehrte Würdigung erhalten, die eine bis heute in der Forschung vorherrschende grundsätzliche Vernachlässigung und Abwertung im Vergleich zu den peuplierungspolitischen Bemühungen in den Kernlanden nicht verdienen.

E. Fazit: Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers – raumwirksame Kräfte bevölkerungspolitischer Gedanken und Maßnahmen im Spiegel heutiger Kulturlandschaften?

Die Untersuchung preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17. und 18. Jahrhundert belegt eindeutig die Raumwirksamkeit bevölkerungstheoretischer Gedanken und deren demographische und kulturlandschaftliche bzw. stadtgeographische Wechselwirkung in den niederrheinischen Gebieten preußischer Herrschaft. Nicht nur in den preußischen Kernlanden, sondern auch in den rheinischen Besitzungen – wenn auch in deutlich kleinerem Maßstab – sind räumliche Spuren peuplierungspolitischer Maßnahmen nachweisbar und bis heute kulturlandschaftlich persistent. Dies setzt einerseits eine bisher in der Forschung und gesamtstaatlichen Bewertung vernachlässigte und kaum wahrgenommene tatsächliche Umsetzung preußischer Peuplierungspolitiken in den niederrheinischen Gebieten im Zeitraum von 1650 bis 1800 voraus, andererseits aber auch ein historisch-geographisches Verständnis raumrelevanter Prozesse peuplierungspolitisch angestoßener demographischer und räumlicher Veränderungen.

Der „rote“ Faden dieser komplexen und vielschichtigen Arbeit bindet sich an den aus historisch-geographischer Perspektive interessanten Aspekt der „Raumwirksamkeit“ peuplierungstheoretischer Gedanken und bevölkerungspolitischer Policygesetzgebung, der sowohl beim theoriegeschichtlichen (Hauptkapitel **B**) als auch beim politischen und raumorientierten Kapitel (Hauptkapitel **C** und **D**) als ein die Hauptkapitel verbindendes Phänomen verwendet und verstanden wird.³²²⁰ Der analytische Dreierschritt „Theorie – preußische Peuplierungspolitik – Landschaft“ belegt nicht nur die Raumwirksamkeit frühneuzeitlicher Peuplierungspolitiken preußischer Regenten in den rheinischen Territorialgebieten, sondern verdeutlicht unter anderem die Prozesshaftigkeit kulturlandschaftsgestaltender Kräfte geistiger Ideen, angefangen von bevölkerungstheoretischen Gedanken kameralistischer Denker über deren Einbeziehung in die politische Gedankenwelt preußischer Herrscher bis hin zu deren faktischer administrativer und räumlicher Umsetzung und Auswirkung in der Ausgestaltung der niederrheinischen (Kultur-)Landschaft. Der gewählte landesgeschichtliche Zugang konnte den peuplierungspolitischen Bereich rheinischer Geschichte erstmals eingehender bearbeiten und

³²²⁰ Nach jedem dieser Hauptkapitel finden sich dazugehörige Zusammenfassungen der gewonnenen Erkenntnisse, die aber hier nicht nochmals aufgrund der höheren Abstraktionsebene vollständig wiedergegeben werden. Diesbezüglich möge der interessierte Leser bitte die entsprechenden Zusammenfassungen der drei Hauptkapitel nachschlagen.

zeigen, dass trotz schwierigster politischer, naturräumlicher und administrativer Rahmenbedingungen in den niederrheinischen Gebieten preußische Peuplierungspolitik verschiedenster Akzentuierung umgesetzt und wirklich praktiziert wurde.³²²¹

Die theoriegeschichtliche Untersuchung frühneuzeitlicher Bevölkerungsgedanken im Hauptkapitel **B** brachte eine exaktere Operationalisierung des Begriffs „Peuplierungspolitik“ hervor. Erst ein differenzierter Peuplierungsbegriff bietet dem historisch-geographischen Forscher die Möglichkeit, raumrelevante Prozesse peuplierungspolitischer Maßnahmen umfassender zu analysieren und in den Kontext gesamtpolitischer Bewertung einzubinden. Sowohl die neuen ökonomischen Denkansätze merkantiler und kameralistischer Theoretiker als auch die bevölkerungsdezimierenden und landschaftszerstörenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges gestalteten die Theorien frühneuzeitlicher Peuplierungspolitik im erheblichen Maße mit. Die peuplierungstheoretische Prämisse, dass die Macht und der Reichtum eines Landes in der ständigen Vermehrung der Untertanen bestehen, konstituierte sich im Laufe des Ausdifferenzierungsprozesses bevölkerungspolitischer Gedanken zum Primat gesamtstaatlicher Ausrichtung preußischer Herrschaft. Aufgeklärte Peuplierungstheoretiker brachten im 17. und 18. Jahrhundert Licht in das Dunkel der vorherrschenden bevölkerungstheoretischen Sphäre. Die Umnebelung abergläubischer Gedankenwelten und die geistig-kirchliche Bevormundung wurden durch die Definierung klarer und überprüfbarer demographischer Begriffe und Statistiken beseitigt sowie rationalen und empirischen Ansätzen unterworfen. Der damit verbundene obrigkeitsstaatliche Staatsinterventionismus in Bezug auf die Planung und Koordinierung individueller und struktureller Bevölkerungsvorgänge bewirkte die peuplierungspolitische Notwendigkeit empirisch-statistischer Akkumulation räumlicher und demographischer Daten.

Die peuplierungspolitischen Theorien nahmen sehr unterschiedliche Formen und Ausprägungen an, je nachdem welche religiös-konfessionellen, sozialen, geistigen, kulturellen und politischen Bedingungen auf die bevölkerungstheoretischen Denker und Kameralisten wirkten. Aufgrund dessen dürfte man nicht von einer Peuplierungstheorie sprechen, sondern von mehreren Peuplierungstheorien. Die Säkularisierung bevölkerungstheoretischen Denkens bewirkte einen unbefangeneren ökonomischen und utilitaristischen Zugang zum Objekt

³²²¹ Es sei noch der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, dass „Peuplierungspolitik“ keineswegs ein rein europäisches Phänomen gewesen ist. Die Safawidendynastie in Persien warb schon im 16. und 17. Jahrhundert zahlreiche Georgier und Armenier an, die als Soldaten und Handwerker im persischen Reich eine neue Heimat gefunden haben. Auch ihnen wurde im Zuge einer Toleranz bekundenden „Peuplierungspolitik“ kulturelle und religiöse Freiheit gewährt. So zeugen noch heute zahlreiche Dörfer oder Stadtteile als kulturlandschaftliche Relikte von der morgenländischen Bevölkerungspolitik der safawidischen Dynastie (hier sei nur exemplarisch auf die um das Jahr 1606 errichtete armenische Vank-Kathedrale in Isfahan und auf die zahlreichen Dörfer in Fereydunshar hingewiesen).

„Bevölkerung“. Die erst empirisch-mathematisch gewonnenen Erkenntnisse demographischer Regelmechanismen eröffneten dem Kameralisten unter dem Eindruck zunehmender Profanierung peuplierungstheoretischer Gedanken einen bisher ungeahnten Gestaltungsspielraum, um mit politischen Maßnahmen demographische Prozesse zu gestalten bzw. zumindest zu beeinflussen.

Nicht nur quantitative Aspekte standen ausschließlich bei allen peuplierungstheoretischen Ausführungen im Vordergrund bevölkerungspolitischer Konzepte. Vor allem das mit der Aufklärung einhergehende cartesianisch-mechanistische Wissenschaftsverständnis definierte den „entgöttlichten“ Menschen als ein mechanistisches Regelwerk, der mit gezielten peuplierungspolitischen Maßnahmen nach den Vorstellungen des Staates zu einem arbeitsamen, fleißigen, staatsstreuen und wohlfahrtsfördernden Untertan geformt werden könne. Die cartesianisch gefärbten Ideen peuplierungstheoretischer Konzeptualisierungen befürworteten auf der Grundlage aufgeklärten Populationismus staatsinterventionistische Eingriffe, um die peuplierungspolitische Formung und Konditionierung untergebener Untertanen im Kontext des unendlichen Vervollkommnungsprozesses menschlicher Natur zur Verwirklichung staatlicher Interessen einzuleiten. Der Befund peuplierungstheoretischer Auswertung mit seinem unbegrenzten Machbarkeitsglauben und pädagogischen Optimismus scheint nachweislich recht bunt zu sein. Zahlreiche bevölkerungstheoretische Gedanken zur Optimierung, Verbesserung und Erziehbarkeit des Menschen mit der Betonung universell gültiger Tugenden finden sich in den Policeygesetzen preußischer Regierung wieder. Die „biologisierende“ Auffassung demographischer Prozesse, die die Bevölkerungsentwicklung als eine göttlich-natürliche Determinante verstand, wurde durch die rationalisierende Ökonomisierung peuplierungstheoretischer Gedanken nahezu vollständig zurückgedrängt, sodass zahlreiche peuplierungspolitische Gedanken in die Militär-, Gesundheits- und Hygiene-, Bildungs-, Familien-, Religions-, Steuer-, Außen- und Wirtschaftspolitik Eingang erhielten, um die Veredelung und „Perfektibilität“ der Untertanen aus qualitativer Hinsicht voranzutreiben. Nur ein gesunder, starker und fleißiger Untertan konnte mithilfe seiner anthropogenen Energie die landschaftlich gebundenen Potenziale zum Wohle des Staates nutzen. Ohne diesen qualitativen Aspekt preußischen Populationismus können die damit verbundenen Ausgriffe auf erziehungs-, wirtschafts-, medizin- und bildungspolitische Politikfelder nicht erklärt werden. Eine wichtige Gemeinsamkeit aller peuplierungstheoretischen Erörterungen kameralistischer Denker stellte die hohe Wertschätzung und Inwertsetzung der Menschen im Kontext der Bevölkerungstheorie dar, weil der Energiekonverter „Mensch“ im vorindustriellen Zeitalter aus ökonomischen

Gesichtspunkten kaum oder nur im beschränkten Maß durch Sachkapital substituierbar war – auf der Basis dieser Erkenntnis wurde im Hinblick starker Entvölkerung der wirtschaftende Mensch zu einer wertvollen Energieressource für den absolutistischen Staat Preußens.

Des Weiteren darf die Peuplierungspolitik nicht nur auf angeworbene städtische und ländliche Kolonisten reduziert werden, denn sie unterstützte ebenso einheimische Bevölkerungsteile, wie die preußischen Retablissement-Maßnahmen „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik nach dem Siebenjährigen Krieg deutlich zeigten, die den räumlichen Aufbau der vom Krieg zerstörten niederrheinischen Städte monetär unterstützten. Auch wenn die Peuplierungstheorie nicht als eine in sich geschlossene Theorie verstanden werden kann, so stellte sie aber unzweifelhaft unter Einbeziehung quantitativer und qualitativer Aspekte den Beginn einer umfassenden Bevölkerungspolitik in der Frühen Neuzeit dar. Obwohl die Peuplierungstheorien oftmals eine große Variationsbreite und gelegentliche methodische Inkonsistenz empirisch-demographischer Befunde beinhalten, so dürfen sie nicht als utopische Hirngespinnste denunziert werden, sondern müssen vor dem geistesgeschichtlichen und politischen Hintergrund jener Zeit verstanden werden. Deswegen sind die frühneuzeitlichen Peuplierungstheorien durchaus aus epistemologischer Perspektive zu würdigen, da selbst in der heutigen Zeit die Isolierung der Wirkungen bevölkerungsspezifischer Bewegungen in empirisch-statistischen Untersuchungen schwierig ist, weil demographische Parameter in Bezug auf alle sozialen und wirtschaftlichen Phänomene durch strukturelle Einflüsse und deren andauernde Veränderung überlagert werden.

Der sich beschleunigende Differenzierungsprozess populationistischer Konzepte im 17. und 18. Jahrhundert und die damit verbundene zunehmende Verwissenschaftlichung bevölkerungsgeschichtlicher und demographischer Wissenschaft brachten unterschiedliche theoretische Typen und Ausprägungen von potenziellen Peuplierungspolitiken hervor. Die in dieser Arbeit herausgearbeiteten Gegensatzpaare „militärorientierte und raumorientierte“, „aktive und passive“, „qualifizierte und quantitative“, „restaurative und additive“ sowie „stadtbezogene und landbezogene“ Peuplierungspolitiken unterscheiden sich in ihren Grundvoraussetzungen und Zielvorstellungen. Diese Typen von Peuplierungspolitik fanden sich in der Umsetzung preußischer Bevölkerungspolitik am Niederrhein wieder. Aufgrund dessen müsste man korrekterweise analog zur Peuplierungstheorie in pluralisierender Form von mehreren Peuplierungspolitiken in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers sprechen.

So sind „restaurative“ peuplierungspolitische Maßnahmen in erster Line beim Großen Kurfürsten zu finden, der nach dem Dreißigjährigen Krieg unter schwierigsten politischen Bedingungen im Herzogtum Kleve versuchte, die demographischen Verhältnisse vorkriegerischer Zeiten mithilfe peuplierungspolitischer Erlasse zu regulieren. Schwerpunkt der bis ins 18. Jahrhundert andauernden „restaurativen“ Phase preußischer Peuplierungspolitik bildete die stadtbezogene Peuplierung wüster Hausstellen und die Anwerbung fremder Professionisten zur Förderung wirtschaftlicher Kraft. Wüste ländliche Domänenhöfe sowie dörfliche Wüstungen waren am Niederrhein kaum vorhanden und bedurften nur sehr weniger peuplierungspolitischer Maßnahmen. Die landbezogene Peuplierungspolitik fokussierte sich fast von Anfang an auf die „additiven“ peuplierungspolitischen Maßnahmen, die brachliegendes Land urbar zu machen versuchten. Aufgrund der durch den Dreißigjährigen Krieg hervorgerufenen demographischen Reduzierung von Untertanen stieg in der politischen Ausarbeitung preußischer Regenten angesichts des Bevölkerungsmangels der peuplierungspolitische Wert des einzelnen Menschen.

Das „aktive“ Momentum preußischer Peuplierungspolitik war bis zum Jahr 1770 ein unverkennbarer Bestandteil preußischer Bevölkerungspolitik am Niederrhein. Erst die gesamtpolitische Abkehr Friedrichs des Großen, der die rheinischen Besitzungen aus militärgeographischen Gründen nicht für verteidigbar hielt, leitete eine Epoche „passiver“ Peuplierungspolitik ein, in der Menschen aus eigenem Antrieb, meist mit etwas Vermögen versehen, ins Land ohne staatliche Unterstützung zogen, sodass eine aktive und gezielte Anwerbung emigrierender Flüchtlinge unter Hinzunahme peuplierungspolitischer Subventionsgelder beendet wurde. Der Siebenjährige Krieg zog die niederrheinischen Gebiete erneut in Mitleidenschaft, sodass wieder eine Phase „restaurativer“ Peuplierungspolitik einsetzte – hervorzuheben ist hier vor allem die stadtkolonisatorische „Retablisement-Politik“ niederrheinischer Städte, die mit großem Engagement preußischer Behörden in zahlreichen Städten mit verschiedenem Erfolg umgesetzt wurde. Hierbei konnten die preußischen Behörden am Niederrhein von einem großen Erfahrungsschatz „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik in den Kernlanden durch die generaldirektorialen Instruktionen profitieren. Erst in der Hochphase preußischer Peuplierungspolitik, die nach dem Siebenjährigen Krieg einsetzte, wurden auf den ländlichen Gebieten vermehrt „additive“ Maßnahmen „landbezogener“ Peuplierungspolitik im Kontext niederrheinischer Binnenkolonisation umgesetzt, um bisher noch nicht kultivierten und ungenutzten Raum mit fremden Siedlern zu peuplieren.

Die preußischen Peuplierungspolitiken waren eingebettet in das absolutistische Streben nach Sicherung wirtschaftlicher Autarkie und politischer Handlungsfähigkeit, um mithilfe einer wachsenden wirtschaftsfördernden und agrarisch produzierenden Bevölkerung eine optimale Allokation aller landschaftlich gebundenen Ressourcen zu erlangen. Die auf der Basis der Dreifelderwirtschaft geernteten Erträge agrarer und viehzüchterischer Tätigkeit ließen sich in der Frühen Neuzeit aufgrund der Begrenztheit der Arbeitskraft und des solaren Energiesystems nicht beliebig steigern, sodass es einerseits aus peuplierungspolitischer Perspektive unabdingbar war, die oftmals vom Krieg stark mitgenommenen niederrheinischen Städte mit qualifizierten Emigranten zu besiedeln, andererseits die noch wüstliegenden Räume im Kontext binnenkolonisatorischer Urbarmachungs- und Kultivierungsmaßnahmen mit Menschen zu peuplieren, um einen gesteigerten monetären Ertrag für die Staatskasse zu erhalten. Aufgrund der stationären Obergrenze solarenergetischer Systeme und der Begrenztheit verfügbarer Energie wirkten peuplierungspolitisch angestoßene demographische Veränderungen direkt auf den Raum, sodass lediglich dank des feudalen Gesellschafts- und Verfassungssystems peuplierungspolitische Möglichkeiten, wie z. B. das frühere Verheiraten, zur optimaleren Ausnutzung des gebärfähigen Alters von Frauen oder die Anwerbung fremder Kolonisten, - womöglich besser als heute - umgesetzt werden konnten. Vor allem bei den gemäßigten Populationisten fanden sich Ansätze raumordnerischen und -planerischen Denkens peuplierungstheoretischer Gedanken, da die Unveränderbarkeit der naturräumlichen Ausstattung und des begrenzten Solarenergiesystems den Druck wachsender Bevölkerungen auf die agrarische Produktions- und räumliche Siedlungsfläche erhöhte. Aufgrund dessen sind zahlreiche räumliche Nutzungskonflikte einheimischer Bevölkerungsteile mit niederlassungswilligen Kolonisten am Niederrhein belegbar. Das bevölkerungspolitische Kolonistenwerk „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierung wurde von den meisten Eingesessenen als eine ernsthafte Bedrohung der Nahrungs- und Existenzgrundlage empfunden, sodass die staatsinterventionistischen Eingriffe in die betreffenden Städte und umliegenden Dörfer oftmals einen gravierenden Eingriff in das über Jahrhunderte gewachsene soziale System darstellten. Da die ständig latent vorhandene Unsicherheit der Ernährung immer noch ein den Alltag und die Mentalität der meisten niederrheinisch-preußischen Untertanen bestimmendes Phänomen frühneuzeitlicher Epoche war, mag die oftmals hervortretende Abneigung gegenüber ländlichen und städtischen Emigranten und Fremden in den zahlreichen räumlichen Nutzungskonflikten seine Wurzeln haben.

Die zahlreich erlassenen peuplierungspolitischen Policyverordnungen belegen eindeutig ein intensives Bemühen preußischer Behörden, in quantitativer und qualitativer Hinsicht die

Zusammensetzung und Struktur demographischer Gegebenheiten zu verändern. Preußische Peuplierungspolitik am Niederrhein blieb trotz der schwierigen administrativen Durchsetzung bevölkerungspolitischer Verordnungen keine bloße „papierne“ Absichtserklärung preußischer Regenten, sondern wurde tatsächlich vor Ort praktiziert. Dabei ist festzuhalten, dass die preußische Peuplierungspolitik stark auf das aktive Momentum der offensiven Anwerbungspolitik ausgerichtet war, weil der ökonomische Nutzen trotz der zahlreich erteilten Benefizien bei Zugewanderten größer zu sein schien als bei einer bevölkerungspolitisch unterstützenden Geburtenförderung, obwohl – wie in der Peuplierungstheorie dargelegt – der von der Kulturordnung feudaler Gesellschaften definierte äußere Rahmen für die Verwirklichung von Kinderwünschen sehr wohl peuplierungspolitisch zu beeinflussen war. Zahlreiche Ausländer, meist aufgrund religiöser Verfolgung und wirtschaftlicher Depression motiviert zu emigrieren, trafen als französische Hugenotten, als Pfälzer, als Niederländer oder Süddeutsche im Herzogtum Kleve ein und brachten ihre eigene kulturelle Identität mit, sodass ein pluralistisches Neben- und Miteinander verschiedener kultureller und religiöser Gruppen in den niederrheinischen Städten entstand, das die Kultur niederrheinischer Gebiete mitprägte. Durch die zahlreich nachgewiesenen Migranten kann von einer grundsätzlich spezifischen Ortsgebundenheit frühneuzeitlicher Menschen als ein konstitutives Charakteristikum vorindustrieller Gesellschaften nicht gesprochen werden. Das in der preußischen Peuplierungspolitik hochgeschätzte „Humankapital“ emigrierte im 17. und 18. Jahrhundert im Zuge städtischer und ländlicher Kolonisation in die niederrheinischen Gebiete und verließ seine Heimat für immer. Die wirkliche Umsetzung „qualitativer“ Peuplierungspolitik konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht differenzierter analysiert und bewertet werden, da die Konzentration bei der Bewertung preußischer Peuplierungspolitik ausschließlich im Bereich der „Raumwirksamkeit“ bevölkerungspolitischer Maßnahmen am Niederrhein lag. Diese offenbarte Polydimensionalität und Verzweigtheit peuplierungspolitischer Geschichte beweist, dass sie nicht nur Marginalien zur allgemeinen Geschichte liefert, sondern - wie dargestellt - mitten in niederrheinische Zonen raumgeschichtlicher Prozesse hineinführt.

Die Analyse preußischer Peuplierungspolitiken in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers offenbart dem historisch-geographischen Forscher bei der räumlichen Umsetzung bevölkerungstheoretischer Gedanken die vielschichtigen Interdependenzebenen demographischer und räumlicher Parameter, die nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, sondern auch die räumlichen und kulturlandschaftlichen Grundstrukturen und Erscheinungen nachhaltig veränderten. Vor allem zahlreiche Glaubensflüchtlinge fanden in

den niederrheinischen Städten ein neues Zuhause, die mithilfe einer „aktiven“ Anwerbungs- und Privilegienpolitik die von zahlreichen Kriegen herrührenden wüsten Stellen wiederbesiedelten. Aber auch die einheimischen Bevölkerungsteile wurden im Zuge der „Retablissement-Politik“ in die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik mit einbezogen und erhielten peuplierungspolitisch motivierte Gelder zum räumlichen Aufbau zerstörter Häuser. Bei der „stadtbezogenen“ Peuplierungspolitik galt es die stark in Mitleidenschaft gezogenen niederrheinischen Städte unter Ansetzung qualifizierter Professionisten wirtschaftlich aufzubauen und die Stadtbevölkerung räumlich zu verdichten. Durchaus sind die stadtkolonisatorischen Ansetzungen qualifizierter Professionisten im Zusammenhang mit dem langsam beginnenden Protoindustrialisierungsprozess der meist noch stark ländlich erscheinenden niederrheinischen Städte zu sehen, die partiell einige wirtschaftsfördernde Impulse zur Ausbildung eines Manufaktur- und Fabrikwesens geben konnten. Lediglich das in der Grafschaft Moers gelegene Krefeld erlebte dank der peuplierungspolitischen Unterstützung und Anwerbung mennonitischer Glaubensflüchtlinge ein wirtschaftliches und räumliches Wachstum, das über die Grenzen der alten Stadtmauer hinausging. Der erfolgreiche Aufstieg der Krefelder Wirtschaft und vor allem der Seidenmanufaktur zu einem aus ökonomischer Perspektive bedeutenden protoindustriellen Agglomerationszentrum war das Ergebnis einer erfolgreich betriebenen „qualifizierten“ und „stadtbezogenen“ Kolonisationspolitik. Die „additive“ Peuplierungspolitik der moersischen Stadt Krefeld bedingte zahlreiche Stadterweiterungen, um mehr Wohn- und Arbeitsraum für zunehmend mehr benötigte Arbeiter und Produktionsräume zu erhalten. Die frühneuzeitliche Entwicklung Krefelds zu einer der führenden Seidenproduktionsstädte Europas belegt sehr eindrucksvoll, inwieweit sich die peuplierungspolitisch unterstützten Mennoniten raumwirksam innerhalb der Stadt verhielten und oftmals sogar regelrecht als „Stadtgestalter“ unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse bei den Stadterweiterungen agierten. Bis heute zeugen prächtige Bauten und Straßennamen sowie Grünanlagen von der Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik und erinnern an die wirtschaftshistorische Bedeutung Krefelds als Seidenstadt.

Am augenscheinlichsten deutlich und wahrnehmbar wurden die kulturlandschaftsgenetischen Prozesse raumrelevanter Veränderungen frühneuzeitlicher Bevölkerungspolitik am Niederrhein im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik, da hierbei im Zuge binnenkolonisatorischer Urbarmachungs- und Kultivierungsmaßnahmen mithilfe meist fremder Emigranten wüste und öd liegende Heideflächen in partiell blühende Siedlungen und Felder umgewandelt worden sind. Noch heute zeugen pfälzische Siedlungen, wie Pfalzdorf,

Louisendorf, Neulouisendorf, Neudorf, oder die Bönninghardter und Asperdischen Siedlungen von der Raumwirksamkeit „landbezogener“ Peuplierungspolitik. Hierbei wurden vor allem unberührte „Zwischenräume“ peupliert, sodass von Menschenhänden gestaltete, im Sinne frühneuzeitlicher Vorstellungen schöne Kulturlandschaften mit Siedlungen entstanden. Womöglich schlug sich im Kontext „landbezogener“ Binnenkolonisation die barocke Überzeugung peuplierungstheoretischer Denker von der Überlegenheit des frühneuzeitlichen Menschen über die Natur am eindrucksvollsten räumlich nieder. Oftmals mussten die angeworbenen ländlichen Kolonisten unter schwierigsten naturräumlichen Rahmenbedingungen und administrativen Boykottierungen lokaler Magistrate die verwilderten oder bewaldeten Flächen mithilfe ihrer anthropogenen Energie urbar machen; staatlich versprochene peuplierungspolitische Unterstützungsgelder und Privilegien wurden nicht immer problemlos an die siedlungswilligen Kolonisten ausgezahlt, sondern mussten regelrecht in einem „behördlichen Kampf“ trotz erlassener peuplierungspolitischer Edikte immer wieder erkämpft werden. Aber auch zahlreiche peuplierungspolitische Projekte konnten aufgrund vielfältiger Probleme nach anfänglichen Versuchen nicht realisiert werden. Aufgrund dieser Tatsache entstand unter anderem eine Binnenmigration angeworbener Kolonistenfamilien, die innerhalb der preußisch-rheinischen Territorien rotierend mehrmals ihr Glück zur Niederlassung versuchten, in der Hoffnung auf anderen Heideländereien besseren und günstigeren Boden zur Kultivierung und Urbarmachung zu finden. Insgesamt wurden über 30 ehemals wüst und öd liegende Heideflächen mit fremden Kolonisten peupliert. Aus nutzlos darniederliegenden und meist nur als Schafsheiden genutzten Flächen wurden kultivierte Äcker, Kolonistenhäuser wurden errichtet und Ställe gebaut, kleine dörfliche Siedlungen entstanden. Die kulturlandschaftsgestaltende Kraft binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik veränderte die kulturlandschaftliche Erscheinung enorm, wie aus den Bereisungsprotokollen der zuständigen Magistrate und Kriegs- und Steuerräte zu entnehmen ist. Der Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Umsetzungen waren sich die Staatsbeamten durchaus bewusst, wie exemplarisch das Zitat der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer verdeutlicht, die im Jahre 1770 abermals darauf drängte, dass „[...] alles in dieser Provintz wüst liegende und Cultivable zu machende Landt ausgethan werden soll“, damit sämtlich vorhandener, noch wüstliegender Raum optimal zum Wohle des Staates genutzt werden konnte.³²²² Die „landbezogene“ Peuplierungspolitik Friedrichs des Großen wurde durch die räumliche Umsetzung zu einem wichtigen Stimulus für die agrarische Intensivierung und Extensivierung – Wälder wurden gerodet, Heideflächen

³²²² Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

umgegraben und kultiviert, sandige Böden mittels intensiver Düngung urbar gemacht, wüste Territorien mit meist schlechten Böden in fruchtbare Landstriche umgewandelt.

Auch wenn die preußischen Peuplierungspolitiken in den rheinischen Territorien im Vergleich zu den Kernlanden nicht diese enorme raumwirksame Dimension erlangten, so kann deren Raumwirksamkeit und Leistung in Anbetracht langsamer, aufgrund der Landtrennung schwieriger zu handhabender Administration peuplierungspolitischer Policygesetzgebung, politischer Randlage, zahlreicher Besatzungen und eines allgemeinen einheimischen Widerstandes gegenüber fremden Kolonisten umso höher eingeordnet werden. Da die preußische Peuplierungspolitik in den Kernprovinzen und östlichen Gebieten der Quantität nach gegenüber den westlichen Provinzen im Vergleich mit absoluten Zahlen eine erheblich größere Anzahl an eingewanderten Kolonisten zu verzeichnen hatte, so darf dies nicht zu dem kausalen Fehlschluss führen, dass die raumwirksame Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien keine räumlichen Spuren hinterlassen hat. (s. Abb. 15) Wie z. B. bei der „Retablissement-Politik“ in Üdem zu sehen, waren peuplierungspolitische Maßnahmen immer dann effektiv in der räumlichen Umsetzung, wenn die entsprechenden lokalen Magistrate sich mit bevölkerungspolitischen Gedanken angefreundet hatten und diese auch unterstützten. Damit sind durchaus partiell symbiotische Kräfte lokaler Amtsträger und preußischer Behörden bei peuplierungspolitischen Umsetzungsversuchen nachweisbar. Diese zahlreichen in den Quellen belegten Maßregelungen klevischer Kriegs- und Domänenkammer offenbarten dem Forscher die multiplen Probleme bei der Umsetzung peuplierungspolitischer Verordnungen. Vor allem große peuplierungspolitische Projekte, wie die geplanten zwei Stadtanlegungen am Niederrhein, belegen nicht nur den unbeugsamen Willen zur Umsetzung „additiver“ Peuplierungspolitik und die potenzielle Raumwirksamkeit bevölkerungspolitischer Maßnahmen, sondern auch die dabei für die räumliche Umsetzung notwendige Unterstützung lokaler Kräfte. Primär bei der kulturlandschaftsprägenden Realisierung binnenkolonisatorischer Peuplierungsprojekte wurde die Abhängigkeit preußischer Behörden von den Kenntnissen ortskundiger Personen deutlich, die am besten die räumliche Situation besagter Heideflächen kannten. Die Schlüsselstelle bei diesen Umsetzungen war der örtliche Magistrat, der regelrecht in einer Zwickmühle saß, da er einerseits die peuplierungspolitischen Vorgaben der Klevischen Kammer umsetzen, zum anderen die Nutzungsinteressen städtischer einheimischer Bevölkerungsteile verteidigen musste. Sowohl die Urbarmachung, Kultivierung und Besiedlung ungenutzter Heideflächen als auch die Fertigstellung infrastruktureller Gegebenheiten begleiteten die räumliche Umsetzung preußischer Peuplierungspolitik als raumwirksame und

kulturlandschaftsverändernde Faktoren. Die größte raumverändernde Wirkung „landbezogener“ Peuplierungspolitik am Niederrhein erreichte bis um 1770 Friedrich der Große, der viele binnenkolonialisatorische Projekte zur Besiedlung und Kultivierung initiiert und unterstützt hatte. Auch nach dessen gesamtpolitischer Abkehr bezüglich der rheinischen Besitzungen kam es nicht zum Stillstand peuplierungspolitischer Gesetzgebung, sondern die angefangenen Peuplierungsprojekte wurden trotz gekürzter Unterstützungsleistungen weitergeführt. Der Übergang von der „aktiven“ zur „passiven“ Peuplierungspolitik erfolgte nicht abrupt, sondern vollzog sich in den 1770er Jahren langsam. Durch die punktuellen Darstellungen raumwirksamer Peuplierungspolitiken wurden die räumliche Prozesshaftigkeit bevölkerungspolitischer Gesetze und die große Relevanz sowie Bedeutung bevölkerungsgenetischer Geschichte als ein für die Historische Geographie entscheidender Parameter kulturlandschafts- und raumgestaltender Kräfte hervorgehoben.

Lokalisation preußischer Peuplierungsaktivitäten in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im 17. und 18. Jahrhundert

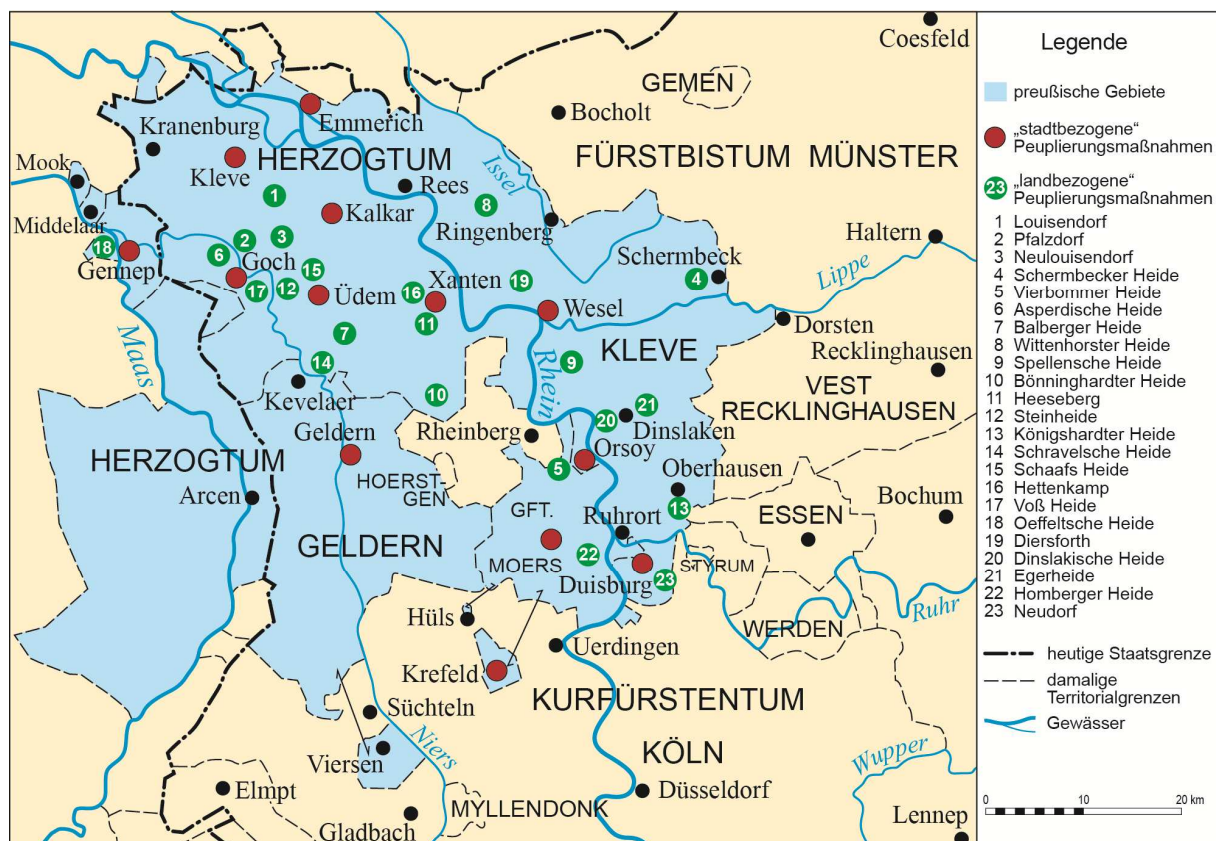


Abb. 15 (Entwurf: M. Zbrochzyk 2014, Kartographie: St. Zöldi)

Die historisch-geographische und bevölkerungswissenschaftliche Arbeit zur Raumwirksamkeit preußischer Bevölkerungspolitik stellt die preußische Peuplierungspolitik

in den rheinischen Territorialgebieten vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Industrialisierung als einen raumwirksamen Parameter kulturlandschaftsgestaltender Kräfte heraus. Dabei war die Dynamik kulturlandschaftsgenetischer Veränderung preußisch-rheinischer Peuplierungspolitik vornehmlich von der Qualität räumlicher Gegebenheiten und angeworbener Kolonisten abhängig. Die zahlreich herausgearbeiteten Beispiele „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitiken, der damit verbundene Wiederaufbau zerstörter Häuser und wüstliegender Feuerstellen sowie die damit einhergehenden binnenkolonialisatorischen Urbarmachungsversuche und Kultivierungsprojekte zahlreicher darniederliegender Heideländereien belegen eindeutig die Raumwirksamkeit preußischer Bevölkerungspolitik und beweisen, dass die niederrheinische Kulturlandschaft, verstanden als ein Resultat des Einwirkens anthropogener Tätigkeit auf die Naturlandschaft, sich im Zuge preußischer Herrschaft unter dem Eindruck der Umsetzung populationistischer Verordnungen raumwirksam verändert hat und damit in ihrer Erscheinung von demographischen Veränderungen abhängig war.

Die zahlreich dargelegten Beispiele preußischer Bevölkerungspolitik vermitteln hoffentlich nicht nur dem historisch-geographischen Forscher ein Bild von der Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitiken, sondern schärfen auch das Bewusstsein aller damit zusammenhängenden Forschungsbereiche, demographische und peuplierungspolitische Prozesse „räumlicher“ zu verstehen. Der Gedanke peuplierungstheoretischer Denker, jeden Fleck Erde von Menschenhänden umgewühlt und kultiviert zu sehen, war die Keimzelle aller raumwirksamen Peuplierungspolitiken. Vor allem bei der Kultivierung wüstliegender Heidegründe im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik und der damit verbundenen Sesshaftwerdung und Niederlassung angeworbener und einheimischer Kolonisten begann die raumwirksame Veränderung der niederrheinischen Kulturlandschaft. Erst das Bevölkerungswachstum bzw. die Peuplierung führte zu einem intensiveren Eingriff in die Raumstruktur – Rodungen unrentabler Wälder ermöglichten die Kultivierung neu hinzugewonnener Heideflächen, Urbarmachungen verwandelten diese in blühende Felder, Straßen und Wege als infrastrukturelle Notwendigkeiten zur räumlichen Erschließung entstanden. Aber auch die im Zusammenhang „aktiver“ Peuplierungspolitik verbundene Anwerbung und Migration fremder Kolonisten bewirkte eine „Störung“ der eingespielten Mensch-Umwelt-Beziehung im frühneuzeitlichen agrarischen Mikrokosmos, der sich immer wieder in Nutzungskonflikten spannungsreich entlud. So wurde primär im Kontext „additiver“ Peuplierungspolitik die über mehrere

Generationen entstandene Balance zwischen Mensch und Umwelt am Niederrhein durch peuplierungspolitische Maßnahmen gestört.

Die preußischen Peuplierungspolitiken am Niederrhein sind damit durchaus einzubetten in die schon seit Jahrhunderten anhaltenden großflächigen Landschaftsveränderungen durch den Menschen am Niederrhein. Die Dissertation zur Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ und „landbezogener“ Peuplierungspolitik konnte mithilfe des historischen Blickes bevölkerungspolitische Maßnahmen preußischer Regenten als Auslöser raum- und kulturndlandschaftsrelevanter Veränderung nach eingehender Quellenauswertung eindeutig herausarbeiten. Ohne eine generelle Bereitschaft der preußischen Herrscher, auf ihrem Domänenbesitz Heideparzellen erblich an niederlassungswillige Kolonisten zu verpachten und damit in die Urbarmachung unkultivierter Landschaften zu investieren, wäre die Aufnahme der zahlreichen Kolonisten am Niederrhein nicht möglich gewesen. Aufgrund dessen stellen die preußischen Peuplierungspolitiken in den rheinischen Territorialgebieten besonders für die Historische Geographie einen interessanten raumwirksamen Grundzug jener Zeit dar, der sich in dem beobachteten Drang zur optimalen Allokation allen vorhandenen Raumes offenbarte. Die von der preußischen Bevölkerungspolitik geforderte Extensivierung und Intensivierung der Bodenbearbeitung benötigte mehr Menschen, was wiederum den Druck auf den Boden und den Raum erhöhte. Der peuplierungstheoretische Gedanke des 18. Jahrhunderts, die niederrheinischen natürlichen und landschaftsgebundenen Ressourcen bis an die Grenze demographischer Tragfähigkeit zum Wohle des preußischen Staates zu nutzen, hinterließ sowohl kulturndlandschaftsverändernde Erfolge als auch Fehlschläge binnenkolonisatorischer Art, da trotz intensivster staatlicher Subventionierung und anthropogenen Einsatzes einige ungenutzte Heideflächen unter Hinzunahme kostspieliger Düngung nicht in Kultur gebracht werden konnten. Trotz einiger Rückschläge sind zahlreiche Peuplierungsmaßnahmen in der Stadt und auf dem „platten Land“ umgesetzt worden. Die räumliche Komponente bevölkerungspolitischer Ziele wurde von den höheren Beamten immer mit berücksichtigt, sodass die Gefahr einer Übernutzung oder Überbevölkerung durchaus in der Bewertung gesehen wurde. Jede Gruppe von ländlichen und städtischen Kolonisten verräumlicht ihre Ordnungsvorstellungen, am offensichtlichsten und kulturndlandschaftsprägendsten in Form der Siedlungsstruktur, der Urbarmachung und Bestellung unkultivierter Heideflächen sowie des städtearchitektonischen Häuserbaus. Oftmals zeugten die raumintensiven Eingriffe binnenkolonisatorischer Peuplierungspolitik von großer kulturndlandschaftsverändernder Kraft. Aus ökonomischen Blickwinkeln war die Anlegung einer neuen Siedlung mithilfe fremder Kolonisten oft ein fragwürdiges

Unterfangen. Die Rodung und Kultivierung wüstliegender Heideflächen oder Wälder stellte aus peuplierungspolitischer Perspektive eine Methode dar, Herrschaftsbereiche auf bisher ungenutzte Bereiche auszudehnen, wo die Eigentumsverhältnisse häufig unklar waren und sich damit nach erfolgreicher Peuplierung eine neue Steuerquelle erschließen ließ.

Die beiden bevölkerungspolitischen Strategien „stadt- und landbezogener“ Peuplierungspolitik beförderten sich wechselseitig und ließen sich nicht immer ganz klar voneinander trennen. Die zunehmende Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Umsetzung war ein sich selbst im Zuge vermehrter Anwerbung fremder Kolonisten verstärkender Vorgang. Die Auswertung zahlreicher städtischer Retablisement-Tabellen belegt die räumliche Dimension „städtischer“ Peuplierungspolitik, bei der bezogen auf die gesamte Siedlungsfläche niederrheinischer Städte ca. **15%** Siedlungsfläche und wüste Hausstellen wiederbesiedelt wurden. Aufgrund des vielerorts am Niederrhein vorhandenen ländlichen Charakters städtischer Siedlungen gilt festzuhalten, dass trotz peuplierungspolitischer Bemühungen und punktueller Erfolge bevölkerungspolitischer Maßnahmen preußischer Herrscher, die zweifelsfrei zu einer bevölkerungsräumlichen Verdichtung, demographischen Erholung und zu einem städtischen Bevölkerungswachstum sowie zur Ausweitung protoindustrieller Strukturen geführt hatten, der ländliche Charakter und die traditionellen Wirtschaftsstrukturen am Niederrhein mit Ausnahme der moersischen Enklave Krefeld nicht gesprengt wurden. Weil die Anzahl der qualifizierten Manufakturisten und Fabrikanten in der einheimischen Bevölkerung noch sehr gering war, zielte die „qualifizierte“ Peuplierungspolitik nicht nur darauf, auch bei der eigenen Bevölkerung am Niederrhein Unternehmungsgeist und Erwerbsstreben calvinistischer Prägung zu wecken, sondern versuchte die zum Protoindustrialisierungsprozess notwendigen Kenntnisse mittels bildungspolitischer Maßnahmen zu befördern.

Angefangen mit einer geistigen Idee, die den Menschen als raumwirksamen Energiekonverter und als Macht- und Reichtumsgrundlage staatlicher Souveränität verstand, aufgenommen in das politische Verständnis preußischer Regenten und umgesetzt in den entsprechenden städtischen Siedlungen und ländlichen Gebieten preußischen Niederrheins entfalteten die vielfältig praktizierten preußischen Peuplierungspolitiken ihre kulturlandschaftsverändernde Raumwirksamkeit in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers. Je nach Intensität und kulturlandschaftlicher Überprägung historischer Prozesse sind diese noch heute unterschiedlich erkenn- und wahrnehmbar. Die geschaffenen peuplierungspolitischen Rahmenbedingungen besaßen während der Frühen Neuzeit eine Schlüsselstellung bei der kulturlandschaftlichen Veränderung niederrheinischer Gebiete. Die peuplierungspolitischen

Aktivitäten des preußischen Fürstenstaates gestalten in der Frühen Neuzeit die niederrheinische Kulturlandschaft sowohl auf dem Land als auch in den Städten nachhaltig und veränderten das räumliche Gefüge der Region vielseitig. Die Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Staatstätigkeit gehört unbedingt zu den landschaftsimmanenten und kulturlandschaftsgestaltenden Wirkungsgefügen der rheinischen Territorien. Die theoriegeschichtliche Analyse brachte einen „differenzierten“ Peuplierungsbegriff hervor, der es erlaubte, die preußische Peuplierungspolitik in einem „breiteren“ Sinne zu erfassen. Die Polydimensionalität preußischer Peuplierungspolitik mit qualitativen und quantitativen Ansätzen sowie für angeworbene als auch einheimische Bevölkerungsteile spiegelt sich in der policylichen Gesetzgebung in den rheinischen Territorien wider und belegt die Durchdringung peuplierungspolitischer Gedanken in andere Politikbereiche. Die herausgearbeitete Polydimensionalität peuplierungspolitischer Policygesetzgebung konnte in ihrer Umsetzung im Rahmen dieser Arbeit nicht eingehender überprüft werden, sondern wurde im dritten Hauptteil wieder in Bezug auf den Aspekt der Raumwirksamkeit reduziert. Sollte diese differenzierte Betrachtungsweise peuplierungspolitischer Gesetzgebung für andere Forschungszweige einen anderen Blickwinkel auf dieses Thema hervorgebracht haben, wäre dies durchaus ein wünschenswertes Ergebnis dieser Arbeit. Die Analyse preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17. und 18. Jahrhundert belegt einerseits, dass zahlreiche idealtypische peuplierungstheoretische Pläne nicht räumlich umgesetzt werden konnten, andererseits beweist sie aber bei erfolgreicher Umsetzung bevölkerungspolitischer Policygesetzgebung die Raumwirksamkeit und kulturlandschaftsgestaltende Kraft preußischer Peuplierungspolitik, die bisher am Niederrhein in der frühneuzeitlichen Geschichte zu Unrecht eine untergeordnete Rolle gespielt hatte.

F. Quellen und Literatur

1. Gedruckte Quellen und Literatur

Achenwall, G.: Staatsverfassung der heutigen vornehmsten europäischen Reiche und Völker im Grundrisse, 5. Aufl., Göttingen 1768.

Acta Borussica, AB II.

Adelung, J. Chr.: Versuch eine Geschichte der Cultur des menschlichen Geschlechts. Leipzig 1782.

Anaximander von Occident [Justi, J. G. H.]: Physikalische und politische Betrachtungen über die Erzeugung der Menschen und die Bevölkerung der Länder, Smyrna 1769.

Arndt, G.: Grundzüge der Siedlungspolitik und Siedlungsmethode Friedrichs des Großen (Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation; 52), Leipzig 1934.

Arnolds, W.: Die Geschichte des Rheinlandes. Ein historischer Streifzug, Eupen 2005.

Asche, M.: Peuplierung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 9, Stuttgart 2009, Sp. 1042-1045.

Asche, M.: Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006.

Aubin, H./Zorn, W. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, Von der Frühzeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1971.

Auth, D./Holland-Cunz, B.: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen 2007.

Aymans, G.: Die preußische Katasteraufnahme im Herzogtum Kleve der Jahre 1731-38, in: Erdkunde 40 (1986), S. 14-28.

Bacci, M. L.: Europa und seine Menschen. Eine Bevölkerungsgeschichte, München 1999.

Bade, K. J.: Sozialhistorische Migrationsforschung (Studien zur historischen Migrationsforschung; 13), hrsg. v. M. Bommers u. J. Oltmer, Göttingen 2004, S. 13-26.

Bade, K. J./Oltmer, J.: Migration und Integration in Deutschland seit der Frühen Neuzeit, in: Beier-de Haan, R. (Hrsg.): Zuwanderung Deutschland. Migration 1500-2005, Berlin 2005, S. 20-49.

Bade, K./Oltmer, J.: Mitteleuropa. Deutschland, in: Bade, K./Emmer, C./Lucassen, L./Oltmer, J. (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Paderborn 2008, S. 141-170.

Bähr, J.: Bevölkerungsgeographie, Entwicklung, Aufgaben und theoretischer Bezugsrahmen, in: Geographische Rundschau 40 (1988), S. 2-15.

Bahr, E. (Hrsg.): Kant, Erhard, Hamann, Herder, Lessing, Mendelssohn, Riem, Schiller, Wieland: Was ist Aufklärung? Thesen und Definitionen (Universal-Bibliothek; 9714), Stuttgart 1974, S. 9-12.

Barlösius, E.: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen, in: Ders./Schiek, D. (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands, Wiesbaden 2007, S. 9-36.

Baumann, J.: Die Plälzer Siedlungen am linken Niederrhein. Ihre agrargeographische und kulturlandschaftliche Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert, Univ. Diss., Bonn 1959.

Becher, J. J.: Närrische Weißheit und Weise Narrheit: Oder Ein Hundert, so Politische alß Physicalische, Mechanische und Mercantilische Concepten und Propositionen, Deren etliche gut gethan, etliche zu nichts worden, Franckfurt 1707.

Becher, J. J.: Kluger Haus-vater, Verständige Haus-Mutter, Vollkommener Land-Medicus, Wie und Wohlerfahrener Roß- und Viehe-Artzt, nebst einem Deutlichen und gewissen Handgriff, die Haushaltungskunst (Fakesimile-Ausgabe), Leipzig 1747.

Becher, J. J.: Politischer Diskurs: Von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken, in specie, Wie ein Land volckreich und nahrhaft zu machen, und in eine rechte Societät civilem zu bringen ist (Fakesimile-Ausgabe) (Klassiker der Nationalökonomie), 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1688.

Becher, J. J.: Entwurff oder Einladung einer Ruh-liebenden und ihrem nechsten zu dienen suchenden philosophischen Gesellschaft. Nach der Ausgabe Hamburg 1707 wegen vielfältiger Nachfrage wieder aufgelegt, mit einem Nachwort versehen und der Gesellschaft der Münchener Bücherfreunde zur 2. Jahresversammlung gewidmet von seinem Landesmann und Verehrer Dr. Ernst Darmstädter, München 1925.

Beheim-Schwarzbach, M.: Hohenzollerische Kolonisation. Ein Beitrag zur Geschichte des Preußischen Staates und der Kolonisation des östlichen Deutschlands, Leipzig 1874.

Beier-de Haan, R.: Zuwanderungsland Deutschland. Migration 1500-2005. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Zuwanderung Deutschland. Migration 1500-2005, Berlin 2005, S. 9-19.

Benthien, B./ Weber, E.: Einführung in die Bevölkerungs- und Siedlungsgeographie (Studienbücher Geographie für Lehrer; 2), 2. Aufl., München 1980.

Bergér, H.: Friedrich der Große als Kolonisor, Gießen 1896.

Bielfeld, J. Freiherr v.: Des Freyherrn von Bielfeld Lehrbegriff der Staatskunst, Erster Teil, Breslau/Berlin 1768.

Birg, H.: Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, 2. Aufl., München 2006.

Birg, H.: Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren, 2. aktualisierte Aufl. (Beck'sche Reihe; 2050), München 2004.

Birg, H.: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang und Deutschland und Europa (Beck'sche Reihe; 1426), 4. Aufl., München 2005.

Birg, H.: Demographie und Ethik – Das Werk von Johann Peter Süßmilch mit einem Blick auf David Hume und Thomas R. Malthus, in: Ders. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt 1986, S. 9-27.

Birg, H.: Peter Süßmilch und Thomas Robert Malthus – Marksteine der bevölkerungswissenschaftlichen Theorieentwicklung, Referat auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften in Berlin (W), März 1987 zum Generalthema „Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 1987.

Birg, H.: Bevölkerungsentwicklung (Informationen zur politischen Bildung; 282), Bonn 2004.

Blickel, W.: Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters (Forschung und Leben), Zürich 1947.

Böhmer, E.: Sprach- und Gründungsgeschichte der pfälzischen Colonie am Niederrhein, Marburg 1909.

Brandt, P.: Preußen - zur Sozialgeschichte eines Staates, eine Darstellung in Quellen (Preußen, Versuch einer Bilanz; 3), Hamburg 1981.

Braubach, M.: Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß (1648-1815), in: Petri, Fr./Droege, G. (Hrsg.): Rheinische Geschichte, Bd. 2, Neuzeit, Düsseldorf 1976, S. 219-365.

Bröcheler, K.: Wasser für Bönninghardt, in: Pfälzer am Niederrhein 45 (2012), S. 632-637.

Bürgerverein Duisburg-Neudorf e. V.: Op de Heid – Neudorfer Chronik. Vom Dorf zum Universitätsviertel, Duisburg 2005.

Burggraaff, P./Bub, G.: Das Modellgebiet Unterer Niederrhein im DFG-Projekt RheinLUCIFS, in: Siedlungsforschung 23 (2005), S. 343-415.

Burggraaff, P.: Kulturlandschaftswandel am Unteren Niederrhein seit 1150 (Beiheft zum Geschichtlichen Atlas der Rheinlande; IV/7), Köln 1992.

Burggraaff, P.: Fachgutachten zur Kulturlandschaftspflege in Nordrhein-Westfalen. Im Auftrage des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem Beitrag zum GIS-Kulturlandschaftskataster von R. Plöger (Siedlung und Landschaft in Westfalen; 27), Lippe 2000.

Burggraaff, P./Kleefeld, K.-D.: Historisch-geographische Forschung im digitalen kulturlandschaftlichen Informationssystem KuLaDig, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 185-206.

Burkhardt, J.: Frühe Neuzeit, in: Dülmen, R. v. (Hrsg.): Fischer Lexikon Geschichte, aktualisierte, vollständig überarb. und ergänzte Aufl., Frankfurt a. M. 2003, S. 438-465.

Butschek, J. I.: Abhandlung von der Polizey überhaupt, und wie die eigentlichen Polizeygeschäfte von gerichtlichen, und anderen öffentlichen Verrichtungen unterschieden sind, Prag 1778.

Cachay, K./Ansgar, T.: Soziologie des Sports. Zur Ausdifferenzierung und Entwicklungsdynamik des Sports der modernen Gesellschaft (Grundlagentexte Soziologie), Weinheim 2000.

Carl, H.: Nachbarn auf Distanz. Brandenburg-Preußen und die Rheinlande im 17. und 18. Jahrhundert, in: Mölich, G./Pohl, M./Veltzke, V. (Hrsg.): Preußens schwieriger Westen, Duisburg 2003, S. 1-26.

Darjes, J. G.: Erste Gründe der Cameral-Wissenschaften, darinnen die Haupt-Theile so wohl der Oeconomie als auch der Policey und besondern Cameral-Wissenschaft in ihrer natürlichen Verknüpfung, Jena 1756.

Dascher, O.: Preußen und seine westlichen Provinzen. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im späten 18. Jahrhundert, in: Stinner, J./Tekath, K.-H. (Hrsg.): Gelre-Geldern-Gelderland. Geschichte und Kultur des Herzogtums Geldern, Geldern 2001, S. 87-94.

Dehne, P./Kaether, J.: Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels, Bonn 2006.

Denecke, D.: Historisch-genetische Siedlungsforschung im Rahmen einer Historischen Geographie der Kulturlandschaft. Die vielseitige Epoche von 1960-2000, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 9-60.

Diderot, D.: Eclectisme, in: Encyclopédie, ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers, Bd. 5, Paris 1755, S. 270-293.

Dietrich, R.: Der preußische Staat und seine Landesteile in den politischen Testamenten der Hohenzollern, in: Baumgart, P. (Hrsg.): Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat (neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte; 5), Köln 1984, S. 1-32.

Dix, A./Burggraaff, P./Kleefeld, K.-D.: Der historisch-geographische Beitrag zum DFG-Projekt RheinLUCIFS, in: Siedlungsforschung 23 (2005), S. 295-306.

Dix, A.: Historisch-geographische Perspektiven einer Umweltgeschichte des Industriezeitalters, in: Kleefeld, K.-D./Burggraaff, P. (Hrsg.): Perspektiven der Historischen Geographie. Siedlung – Kulturlandschaft – Umwelt in Mitteleuropa. Anlässlich des 25jährigen Dienstjubiläums von Klaus Fehn in Bonn und seines 60. Geburtstages, Bonn 1997, S. 219-234.

Dreitzel, H.: J. P. Süßmilchs Beitrag zur Politischen Diskussion der deutschen Aufklärung, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 29-141.

Dreitzel, H.: Vorbemerkungen zur Schrift „Gedanken von den epidemischen Kranckheiten und dem grossen Sterben des 1757ten Jahres ...“, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 259-399.

Dösseler, E.: Kleve-Mark am Ende des Dreißigjährigen Krieges, in: Düsseldorfer Jahrbuch 47 (1955), S. 254-296.

Durchhardt, H.: Das Zeitalter des Absolutismus, 3. Aufl., Oldenburg 1998.

Durchhardt, H.: Glaubensflüchtlinge und Entwicklungshelfer (Niederländer, Hugenotten, Waldenser, Salzburger), in: Bade, K. (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland, München 1992, S. 278-286.

Ehmer, J./Schmale, W.: Soziale Frage, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12, Stuttgart 2010, Sp. 240-245.

Elmer, J.: Bevölkerung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Stuttgart 2005, Sp. 94-119.

Elsner, E.: Kurzer Überblick über das Leben und Wirken des Johann Peter Süßmilch (1707-1767), in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 143-151.

Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt. Entstehung und Geschichte in den ersten 100 Jahren, Essen 1926, Neuauflage 1973.

Engelien, J.: Preußische Kolonisations- und Sozialpolitik in der Altmark von 1740-1850 im Spannungsfeld von Staatsräson und Bauernwiderstand am Beispiel der Drömlings, Univ. Diss., Bonn 2007.

Erber, M.: Die Bedeutung biologischer Erkenntnisse zur Bewertung von Bevölkerungsentwicklungen und Bevölkerungspolitik, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1975, S. 126-132.

Fehn, K.: 25 Jahre „Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa“. Ziele, Strukturen und Aktivitäten im Rückblick, in: Siedlungsforschung 16 (1998), S. 421-437.

Fehn, K.: „Genetische Siedlungsforschung“ als Aufbruch: Optionen und Bindungen bei der Gründung des „Arbeitskreises für genetische Siedlungsforschung in Mitteleuropa“ 1974, in: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 13-34.

Fehn, K.: Das „Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn“ 1972 bis 1997. 25 Jahre Forschung und Lehre im Fach „Historische Geographie“ mit den Schwerpunkten Siedlung, Kulturlandschaft und Umwelt – Mitteleuropa – Mittelalter, Neuzeit und Neueste Zeit, in: Kleefeld, K.-D./Burggraaff, P. (Hrsg.): Perspektiven der Historischen Geographie. Siedlung – Kulturlandschaft – Umwelt in Mitteleuropa. Anlässlich des 25jährigen Dienstjubiläums von Klaus Fehn in Bonn und seines 60. Geburtstages, Bonn 1997, S. 17-46.

Fehn, K./Schenk, W.: Die Historische Geographie in Bonn als Akteur der landeskundlichen Forschung und Kulturlandschaftspflege im Rheinland, in: Wiemer, K. P. (Red.): Dem Erbe verpflichtet. 100 Jahre Kulturlandschaftspflege im Rheinland. Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Köln 2006, S. 339-353.

Fehn, K.: Historische Geographie, in: Goertz, H.-J. (Hrsg.): Geschichte. Ein Grundkurs (Rowohlts Enzyklopädie), 3. revidierte und erweiterte Auflage, Reinbek 2007, S. 447-460.

Fehn, K.: Die Bonner Historische Geographie 1970/74 zwischen Altertumswissenschaften, Geschichte und Geographie. Eine persönliche Rückschau, in: Siedlungsforschung 22 (2004), S. 253-268.

Fehn, K.: Historische Geographie: in: Hauptmeyer, C.-H. (Hrsg.): Landsgeschichte heute (Kleine Vandenhoeck Reihe; 1522), Hannover 1987, S. 55-76.

Fehn, K.: Die Bonner Historische Geographie in der Übergangsphase 1997 bis 2001, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 215-240.

Fehn, K.: Konzepte und Fragestellungen der Historischen Geographie in Mitteleuropa – Eine Zusammenschau der Festschrift-Beiträge, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 207-214.

Fehn, K.: Zentrale Aufgaben der Landesgeschichte aus der Sicht des Nachbarfaches „Historische Geographie“ und des interdisziplinären Arbeitsfeldes „Genetische Siedlungsforschung“, in: Buchholz, W.: Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme – Analyse – Perspektiven, Paderborn 1998, S. 61-74.

Fehn, K.: Historische Raumkompetenz. Gemeinsames Bildungsziel der Historischen Geographie und der Landesgeschichte, in: Koblenzer Geographisches Kolloquium 26 (2004), S. 5-25.

Fehn, K.: Historische Geographie, in: Siedlungsforschung 10 (1992), S. 211-237.

Fleisch, H.: Weltbevölkerung und Verstädterung, in: Hauchler, I./Messner, D./Nuschler, F. (Hrsg.): Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen (Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn 2001, S. 92-111.

Flink, K.: Kleve im 17. Jahrhundert. Studien und Quellen, 2 Bände, (Klever Archiv 1 und 2), Kleve 1979-1980.

Foucault, M.: Archäologie des Wissens. Übersetzt von U. Köppen, Nachdruck der 1. Aufl., Frankfurt a. M. 2008.

Frank, J. H.: System einer vollständigen medicinischen Policey, Mannheim 1784-1819.

Freund, W.: Abenteuer Barock. Kultur im Zeitalter der Entdeckungen, Darmstadt 2004.

Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen übertragen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, mit einem Nachwort von Eckhart Most (Reclams Universal-Bibliothek; 9723), bibliographisch erneuerte Ausgabe, Stuttgart 1987.

Friedrich der Große: Politische Testamente Friedrichs des Großen, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 207-212.

Friedrich des Großen: Regierungsformen und Herrscherpflichten, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 231-237.

Friedrich Wilhelm I.: Instruktion und Reglement König Friedrich Wilhelms I. für das „Generaldirectorium“, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 356-377.

Friedrich Wilhelm, Großer Kurfürst: „Väterliche Ermahnung“, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 196-199.

Friedrich Wilhelm, Großer Kurfürst: Die Festung als gebaute Souveränität – Politisches Testament des Großen Kurfürsten, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648-1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 453-458.

Froese, W. (Hrsg.): Sie kamen als Fremde. Die Mennoniten in Krefeld von den Anfängen bis zur Gegenwart (Krefelder Studien; 8), Krefeld 1995.

Fuhrmann, M.: Volksvermehrung als Staatsaufgabe? Bevölkerungs- und Ehepolitik in der deutschen politischen und ökonomischen Theorie des 18. und 19. Jahrhunderts (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichung der Görres-Gesellschaft; 101), Univ. Diss., Paderborn 2002.

Gans, P./Schmitz-Veltin A.: Demographischer Wandel auf europäischer Ebene, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 14-25.

Gehrmann, R.: Bevölkerungsgeschichte Norddeutschlands zwischen Aufklärung und Vormärz (Schriftenreihe des Forschungsinstituts für die Geschichte Preußens e. V.; 1), Berlin 2000.

Gehrmann, R.: Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsentwicklung im friderizianischen Preußen, Vortragstyposkript 1998.

Gehrmann, R.: Das Verhältnis von Bevölkerung und Ressourcen als Problem der demographischen Theorie und historischen Forschung, in: Ditt, K./Gundermann, R./Rübe, N. (Hrsg.): Agrarmodernisierung und ökologische Folgen. Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (Forschungen zur Regionalgeschichte; 40), Paderborn 2001, S. 23-46.

Gehrmann, R.: Tagungsbericht: Bilanz und Perspektiven historisch-demographischer Forschung in Deutschland. 29.10.2009-30.10.2009, Rostock, in: H-Soz-u-Kult, 16.01.2010, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2927>>. (zuletzt abgerufen am 2. Oktober 2013)

Gehrmann, R.: Methoden der historischen Bevölkerungsforschung – historische Demographie und Bevölkerungsgeschichte, in: Mueller, U./Nauk, B./Diekmann, A. (Hrsg.): Handbuch der Demographie, Bd. 1, Modelle und Methoden, Berlin 2000, S. 709-728.

Gehrmann, R./Schultz, H.: Deutschland als Einwanderungsland und Auswanderungsland (1620-1914), in: Commission Internationale de Démographie Historique: Long-Distance Migrations (1500-1900), 17th International Congress of Historical Sciences, Paris 1990, S. 113-123.

Glaser, R./Schenk, W.: Von der Naturlandschaft zur bäuerlichen Kulturlandschaft, in: Ders./Gebhardt, H./Schenk, W.: Geographie Deutschlands, Darmstadt 2007, S. 123-138.

Göse, F.: Von überforderten Statthaltern, fragilen Loyalitäten und gestörter Kommunikation. Das militärische Engagement Kurbrandenburgs am Niederrhein und in Westfalen während des Jülich-Klevischen Erbfolgekonflikts, in: Groten, M./Looz-Corswarem, C./Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1), Düsseldorf 2011, S. 203-224.

Goeters, J. F. G.: Der Protestantismus im Herzogtum Kleve im 17. Jahrhundert. Konfessionelle Prägung, kirchliche Ordnung und Stellung im Lande, in: Ders. (Hrsg.): Studien zur niederrheinischen Reformationsgeschichte (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte; 153), Köln 2002, S. 213-230.

Gotthard, A.: In der Ferne. Die Wahrnehmung des Raums in der Vormoderne, Frankfurt 2007.

Graf, H.-G.: Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1975, S. 30-44.

Graven, J.: 175 Jahre Neulouisendorf (1832-2007), Louisendorf 2007.

Grömmel, R.: Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620-1800 (EdG; 46), München 1998.

Grossing, Fr. R. v.: Die Kirche und der Staat. Ihre beiderseitige Pflicht, Macht und Grenzen, Berlin 1784.

Groten, M.: Perspektiven der mediävistischen Landesgeschichtsforschung, in: Ders./Rutz, A. (Hrsg.): Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Bonn 2007, S. 181-195.

Groten, M.: Landesgeschichte an der Universität Bonn, in: RhVjbl 72 (2008), S. 166-183.

Gudermann, R.: Landesausbau, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 7, Stuttgart 2008, Sp. 464-466.

Gudermann, R.: Zur Bedeutung der friderizianischen Landeskulturmaßnahmen – Mythos oder Realität, in: Prüve, R./Kolling, B. (Hrsg.): Leben und Arbeiten auf märkischen Land. Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700-1914, Bielefeld 1999, S. 351-377.

Guggisberg, H. R.: Wandel der Argumente für religiöse Toleranz und Glaubensfreiheit im 16. und 17. Jahrhundert, in: Lutz, H. (Hrsg.): Zur Geschichte der Toleranz und Religionsfreiheit (Wege der Forschung; 246), Darmstadt 1977, S. 455-481.

Hagenbusch, D.: Krefeld unter oranischer und unter preußischer Herrschaft, in: Feinendegen, R./Vogt, H. (Hrsg.): Krefeld. Geschichte der Stadt, Bd. 2, Von der Reformationszeit bis 1794, Krefeld 2000, S. 111-252.

Hantsche, I.: Preußen am Rhein. Kleiner kommentierter Atlas zur Territorialgeschichte Brandenburg-Preußens am Rhein, Essen 2002.

Hantsche, I.: Geldern-Atlas. Karten und Texte zur Geschichte eines Territoriums (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Geldern und Umgebung; 103), Geldern 2003.

Haslach, H./Riedel, B.: Kulturlandschaftsinventarisierung Walsdorf-Erlau, in: Bamberger Land 10 (1998), S. 15-34.

Hassinger, E.: Wirtschaftliche Motive und Argumente für religiöse Duldsamkeit im 16. und 17. Jahrhundert, in: Volckhart, O. (Hrsg.): Frühneuzeitliche Obrigkeiten im Wettbewerb. Institutioneller und wirtschaftlicher Wandel zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert (Contributiones Jenenses; 5), Baden-Baden 1997, S. 197-211.

Hassinger, H.: Johann Joachim Becher (1635-1682). Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus (Veröffentlichung der Neuen Kommission für Neuere Geschichte Österreichs; 38), Wien 1951.

Haver, Ch.: Europäische Migration und die Peuplierung Preußens am Beispiel der Salzburger Emigranten, in: Beer, M. (Hrsg.): Über die trockene Grenze und über das offene Meer. Binneneuropäische und transatlantische Migration im 18. und 19. Jahrhundert, Essen 2004, S. 45–75.

Hecht, J.: The Post recaptured Population thought, science and policy throughout history, in: Mackensen, R./ Thill-Thouet, L./ Stark, U. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Tagung, Frankfurt 1989, S. 26-52.

Heesch, A.: Die Mennoniten am unteren Niederrhein, in: HKLE (1969), S. 57-60.

Heiland, St./Moorfeld, M.: Demographischer Wandel und Kulturlandschaft – Beziehungen, Wirkungen, Perspektiven, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 80-91.

Heinsohn, G.: Menschenproduktion – allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit, Frankfurt a. M. 1979.

Heller, H.: Die Peuplierungspolitik der Reichsritterschaften als sozialgeographischer Faktor im Steigerwald, Erlangen 1971.

Henning, F.-W.: Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, Paderborn 1991.

Henning, F.-W.: Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 1, Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800 (Uni-Taschenbücher; 398), 5. durchgesehene und ergänzte Aufl., Paderborn 1994.

Henning, H./Henning, E. (Bearb.): Bibliographie Friedrich der Grosse 1786-1986. Das Schrifttum des deutschen Sprachraums und der Übersetzungen aus Fremdsprachen, Berlin/New York 1988.

Hesler, A.: Impopulation, Peuplierung, Besiedlung. Methoden der Siedlungsplanung und des Landwirtschaftsbaues im 18. und 20. Jahrhundert, Univ. Diss., Wien 1966.

Hess, L. v.: Freymüthige Gedanken über Staatssachen. Versuch über die Mittel zur Bevölkerung, Hamburg 1775.

Hien, M.: Zwischen Aktion und Reaktion. Grenzen und Möglichkeiten der Bevölkerungspolitik im 18. Jh. am Beispiel der Ansiedlung und Niederlassung aktiver und ehemaliger Soldaten in der Kurmark, in: Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit 12 (2008), S. 89-95.

Hinze, K.: Die Arbeiterfrage zu Beginn des modernen Kapitalismus in Brandenburg-Preußen 1685–1806 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin; 9), 2. Aufl., Berlin 1963.

Höntzsch, O.: Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697, in: Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Zweiter Teil, Leipzig 1908.

Hoffman, D.: Modernes Preußen im 18. Jahrhundert? Staat – Gesellschaft – Wirtschaft (Materialien für Sekundarstufe II Politik/Geschichte), Hannover 1981.

Horváth, R. A.: Probleme der Süssmilch-Forschung. Gestern und Heute, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 213-232.

Hovemann, G.: Geldern – Preußens Maasprovinz (1713-1794), in: RhVjbl 50 (1986), S. 128-149.

Hume, D.: Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral (Universal-Bibliothek; 8231), übers. und hrsg. v. G. Streminger, 3. durchges. Aufl., Stuttgart 2002.

Hummel, D.: Bevölkerungsentwicklung und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Eine sozial-ökologische Perspektive, in: Auth, D./Holland-Cunz, B. (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen 2007, S. 181-194.

Im Hof, U.: Das Europa der Aufklärung (Europa Bauen), München 1993.

Imhof, A. E.: Einführung in die Historische Demographie, München 1977.

Imhof, A. E.: Statistiker, Historiker – und die andern. Ein Kapitel angewandter Bevölkerungsstatistik, in: Ribbe, W. (Hrsg.): Berlin-Forschungen, Bd. 1, Berlin 1986, S. 286-332.

Imig, J.: 220 Jahre Pfälzer am Niederrhein. Festschrift zum 220jährigen Bestehen der Pfälzersiedlung Pfalzdorf im Kreis Kleve, Kleve 1961.

Imig, J.: Die pfälzische Einwanderung an den Niederrhein im 18. Jahrhundert, in: Ders./Lange, H.: 1741-1991, 250 Jahre Pfälzer am Niederrhein. Festschrift, hrsg. v. Pfälzerbund e. V., Pfalzdorf 1991, S. 16-26.

Imig, J.: Die Bönninghardt, in: RHK (1979), S. 67-70.

Ipsen, D.: Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie, in: Lindner, R. (Hrsg.): Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt 1994, S. 232-254.

Ipsen, G.: Bevölkerungslehre, in: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Bd. 1, Breslau 1933, S. 425-462.

Jäger, H.: Die Frühe Neuzeit, ihre raumwirksamen Innovationen und deren Voraussetzungen, in: Borchardt, K./Bunz, E. (Hrsg.): Forschungen zur Reichs-, Papst- und Landesgeschichte. Peter Herde zum 65. Geburtstag, Bd. 2, Stuttgart 1998, S. 823-844.

Jäger, H.: Einführung in die Umweltgeschichte (Die Geographie), Darmstadt 1994.

Jäger, H.: Entwicklungsprobleme europäischer Kulturlandschaften. Eine Einführung (Die Geographie: Einführungen in Gegenstand, Methoden und Ergebnisse ihrer Teilgebiete und Nachbarwissenschaften), Darmstadt 1987.

Janssen, W.: Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997.

Janssen, W.: Die Entwicklung des Territoriums Kleve (Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft V/11-12), Bonn 2007.

Johann Joachim Becher-Gesellschaft zu Speyer (Hrsg.): Johann Joachim Becher (1635-1682). Dokumente zur Ausstellung vom 11. März bis 6. April 2001, Speyer 2001.

Jörissen, J.: 175 Louisendorf. Chronik eines Pfälzerdorfes am Niederrhein, Louisendorf 1995.

Jost, P.: Implosive Bevölkerung und Raumstruktur, in: Buchholz, E. W./Wander, H. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaft – Bevölkerungspolitik. Wissenschaftliche Grundlagen bevölkerungspolitischen Handelns. Bericht über die Studentagung der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e. V. vom 25. bis 29. November 1974 in Berlin, Kiel 1975, S. 134-143.

Jürgens, H. W.: Motive, Möglichkeiten und Kritik einer Bevölkerungspolitik, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1975, S. 172-189.

Justi, J. G. H. v.: Staatswirtschaft oder systematische Abhandlungen aller ökonomischen und cameral-Wissenschaft, Leipzig 1758.

Justi, J. G. H.: Grundsätze der Policey-Wissenschaft in einen vernünftigen, auf den Endzweck der Policey gegründeten Zusammenhange und zum Gebrauch Academischer Vorlesungen (Fakesimile-Druck von 1993, Düsseldorf) (Klassiker der Nationalökonomie), Göttingen 1756.

Justi, J. G. H. v.: Ausführliche Abhandlungen von denen Steuern und Abgaben nach ächten, aus dem Endzweck der bürgerlichen Gesellschaften abfließenden Grundsätzen, und zur Wohlfahrth der Völker dienlichen Maaßregeln (Fakesimile-Druck von 1977, Wiesbaden) (Gablers Ökonomische Klassiker), Königsberg/Leipzig 1762.

Justi, J. G. H. v.: Grundsätze der Policeywissenschaften, Göttingen 1756.

Justi, J. H. G. v.: Gesammelte Politische und Finanzschriften über wichtige Gegenstände der Staatskunst, der Kriegswissenschaften und des Cameral- und Finanzwesens, 3 Bd., Kopenhagen/Leipzig 1761-1764 (Neudruck Aachen 1970).

Kaiser, M.: Erweiterte Spielräume. Möglichkeiten landständischer Politik in Kleve und Mark im frühen 17. Jahrhundert, in: Groten, M./Looz-Corswarem, C./Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1), Düsseldorf 2011, S. 83-110.

Karabaic, M.: Eröffnung der Tagung und Einführung in das Tagungsthema, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 6-8.

Kaufmann, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen (Edition Suhrkamp; 2406), Frankfurt a. M. 2005.

Kaufmann, F.-X.: Die Überalterung – Ursachen, Verlauf, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses, Zürich/St. Gallen 1960.

Kersting, W.: Der künstliche Mensch. Vertrag und Souveränität in der Hobbeschen Staatsphilosophie, in: Voigt, R. (Hrsg.): Der Leviathan (Staatsverständnisse; 1), Baden-Baden 2000, S. 67-96.

Kleefeld, K.-D.: „Human Impact“. Historisch-geographische Methodik im Forschungsprojekt RheinLUCIFS, in: Colloquium Geographicum 30 (2008), S. 68-79.

Klein, E.: Johann Heinrich Gottlieb Justi und die preußische Staatswirtschaft, in: VSWG 48 (1961), S. 145-202.

Kleinschmidt, H.: Menschen in Bewegung. Inhalte und Ziele historischer Migrationsforschung, Göttingen 2002.

Klingebiel, T.: Migration im frühneuzeitlichen Europa. Anmerkungen und Überlegungen zur Typologiediskussion, in: Höpel, T./Middell, K. (Hrsg.): Réfugiés und Emigrés. Migration zwischen Frankreich und Deutschland im 18. Jahrhundert (Comparativ; Jg. 7, H. 5/6), Leipzig 1997, S. 23-38.

Knobelsdorff-Brenkenhoff, B. v.: Eine Provinz im Frieden erobert. Brenckenhoff als Leiter der friderizianischen Retablisements in Pommern 1762-1780 (Studien zur Geschichte Preußens, 37), Univ. Diss., Köln 1984.

Kock, W.: 150 Jahre Neulouisendorf 1832-1982. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Kalkar, Kalkar 1982.

Köllmann, W.: Lage der Bevölkerung in Preußen zur Zeit Süßmilchs und in England zur Zeit Malthus', in: Mackensen, R./ Thill-Thouet, L./ Stark, U. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Tagung, Frankfurt 1989, S. 93-108.

Köllmann, W.: Entwicklungen der Stadt Barmen von 1808-1870, Univ. Diss., Göttingen 1950 (Später als gedruckte Form unter dem Titel „Sozialgeschichte der Stadt Barmen, Tübingen 1960 publiziert).

Köllmann, W.: Entwicklung und Stand demographischer Forschung, in: Ders./Marshalk, P. (Hrsg.): Bevölkerungsgeschichte (Neue Wissenschaftliche Bibliothek – Geschichte; 54), Köln 1972, S. 9-17.

Königshardter Interessengemeinschaft e. V. (Hrsg.): Königshardt - Ein Stadtteil im Wandel der Zeit. Eine Bilddokumentation zusammengestellt von zwei Königshardtern, Königshardt 2000.

Koepp, H. J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree. Chronologie der 750-jährigen Geschichte der Stadt Goch, Bd. 2, Vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Deutschen Revolution (1615-1846), Goch 2006.

Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Pfälzer besiedeln das öde Heideland in der Marktgenossenschaft Heemholt, in: PaN (1993) 26, S. 856-871.

Koepp, H. J.: Die Kultivierung der Asperheide – Fortsetzung, in: PaN (1994) 27, S. 890-913.

Koepp, H. J.: Die Asperder Heide – Ihre Geschichte bis zur Besiedelung, in: ANuK (1992) 26, S. 1-10.

Koepp, H. J.: Die Asperder Heide – Ihre Geschichte bis zur Besiedelung (Schluß), in: ANuK (1992) 27, S. 1-7.

Koepp, H. J.: „Schlechte Heide, so mit Kiesel und zu nichts bequem gelegen“. Kultivierung der Vossheide und der Neuen Heide bei Goch, in: ANuK (2012) 50, S. 7-17.

Körner, Ch. G.: Über den staatswirtschaftlichen Werth eines Menschenlebens, o. J. und o. O..

Kraus, M.: Intergration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen, in: Beer, M./Kintzinger, M./Krauss, M. (Hrsg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel (Stuttgarter Beiträge zur historischen Migrationsforschung; 3), Stuttgart 1997, S. 11-26.

Kriedte, P.: Protoindustrialisierung und großes Kapital. Das Seidengewerbe in Krefeld und seinem Umfeld bis zum Ende des Ancien Régime, in: AfS 23 (1983), S. 219-266.

Kriedte, P.: Vom Leinen zur Seide. Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Krefelds vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis 1794, in: Feinendegen, R./Vogt, H. (Hrsg.): Krefeld. Die Geschichte der Stadt, Bd. 2, Von der Reformationszeit bis 1794, Krefeld 2000, S. 253-262.

Kriedte, P.: Taufgesinnte und großes Kapital. Die niederrheinischen-bergischen Mennoniten und der Aufstieg des Krefelder Seidengewerbes (Mitte des 17. Jahrhunderts bis 1815) (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte; 223), Göttingen 2007.

Kroll, Fr.-Loth.: Strahlkraft der Krone. Vom Kurfürstentum Brandenburg zum Königreich unter Friedrich I., in: Burgdorff, St./Pötzl, N./Wiegrefe, K. (Hrsg.): Preussen. Die unbekannte Großmacht, Augsburg 2008, S. 48-64.

Küttner, J.: Friederizianische Kolonistendörfer in der Mark Brandenburg, in: Brandenburgische Denkmalpflege 1 (1992), Heft 2, S. 33-50.

Kullen, S.: Der Einfluß der Reichsritterschaften im mittleren Neckarland (Tübinger geographische Studien; 24), Univ. Diss., Tübingen 1967.

Kuls, W./Kemper, F.-J.: Bevölkerungsgeographie. Eine Einführung, 3. Aufl., Stuttgart 2000.

Langenhagen-Rohrbach, Chr.: Raumordnung und Raumplanung (WBG; Geowissen Kompakt), Darmstadt 2005.

Lau, Th. L.: Aufrichtiger Vorschlag, Von glücklicher, vorteilhafter, beständiger Einrichtung der Intranen und Einkünften der Souverainen und ihrer Unterthanen, in welchen von Policy- und Cammer-Negocien und Steuer-Sachen gehandelt wird (Neudruck von 1969, Frankfurt a. M.), Frankfurt a. M. 1719.

Lau, Th. L.: Entwurff wohl-eingerichteter Steuern aus dem Jahre 1719, vorgestellt von Alfons Pausch (Neudruck von 1976, Köln), Frankfurt a. M. 1719.

Lau, Th. L.: Meditationes, Theses, Dubia, Philosophico-Theologica, Placidae Eruditorum, Desquisitioni Religionis cujusvis & Nationis in Magno Mundi Auditorio, Freystadii 1719.

Laux, H.-D.: Forschungsschwerpunkte und Zukunftsaufgaben der Historischen Geographie: Bevölkerung, in: Erdkunde 36 (2) (1982), S. 103-109.

Laux, H.-D.: Bevölkerungsgeographie, in: Schenk, W./ Schliephake, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, S. 85-144.

Laux, St.: Rheinische Frühneuzeitforschung. Traditionen – Stand – Perspektiven, in: Groten, M./Rutz, A. (Hrsg.): Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen - Perspektiven, Bonn 2007, S. 197-231.

Lehmann, H.: Von Berlin nach Mainz. Das gesplittene Leben des Kolonisators, Kameralisten und Gründer Friedrichshagens Johann Friedrich von Pfeiffer (1717-1787) (Friedrichshagener Hefte; 47), Berlin-Friedrichshagen 2003.

Leibniz, G. W. v.: Grundriss eines Bedenkens von der Aufrichtung einer Societät in Deutschland, um die Künste und Wissenschaft aufzunehmen, 1669-1672, in: Ders.: Schöpferische Vernunft. Schriften aus den Jahren 1668-1686, zusammengestellt, übersetzt und erläutert von W. von Engelhardt, 2. Aufl., Münster/Köln 1955.

Leibniz, G. W. v.: Philosophische Schriften und Briefe 1683-1687, hrsg. v. U. Goldenbaum, Berlin 1992.

Lee, R. W.: Probleme der Bevölkerungsgeschichte in England 1750-1850, Fragestellung und vorläufige Ergebnisse, in: VSWG 60 (1973), S. 289-310.

Lee, R. W.: Zur Bevölkerungsgeschichte Bayerns 1750-1850, britische Forschungsergebnisse, in: VSWG 62 (1975), S. 309-338.

Lengwiler, M.: Vom Überbevölkerungs- zum Überalterungsparadigma. Das Verhältnis zwischen Demographie und Bevölkerungspolitik in historischer Perspektive, in: Barlösius, E./Schiek, D. (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands, Wiesbaden 2007, S. 187-204.

Linde, H.: Zum Welt- und Gesellschaftsbild J. P. Süssmilchs, in: Birg, H. (Hrsg.): Ursprünge der Demographie in Deutschland. Leben und Werk Johann Peter Süßmilchs (1707-1767) (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik Universität Bielefeld; 11), Frankfurt a. M. 1986, S. 233-251.

Lischke, R.-J.: Biographisches Lexikon zur Geschichte der Demographie. Personen des bevölkerungswissenschaftlichen Denkens im deutschsprachigen Raum vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, hrsg. v. H. Michel, Berlin 2007.

Lischke, R.-J.: Casper Neumann (1648-1715). Ein Beitrag zur Geschichte der Sterbetafeln (IFAD-Edition: Historische Reihe; 3), Berlin 1998.

Locke, J.: Über die Regierung (The Second Treatise of Government) (Universal-Bibliothek; 9691), in der Übersetzung von D. Tidow mit einem Nachwort und hrsg. v. C. Mayer-Tasch, bibliogr. ergänzte Ausgabe, Stuttgart 2003.

Lorenz, H.: Die Koloniegründungen Friedrichs des Großen in seiner Provinz Magdeburg-Halberstadt, in: Montagsblatt – das Heimatblatt Mitteldeutschlands (1929) 71, S. 1-3.

Lucassen, J./ Lucassen, L.: Alte Paradigmen und neue Perspektiven in der Migrationsforschung, in: Beer, M./Dahlmann, D. (Hrsg.): Über die trockene Grenze und über das offene Meer. Binneneuropäische und transatlantische Migrationen im 18. und 19. Jahrhundert (Migration in Geschichte und Gegenwart; 1), Essen 2004, S. 17-44.

Luda, M.: Kleve-Mark unter dem Großen Kurfürsten. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen (Veröffentlichungen des Heimatbundes Märkischer Kreis), Iserlohn 1996.

Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre, 2. Aufl., Berlin 1953.

Mackensen, R.: Geschichtliche Prägung und prognostisches Potential der Bevölkerungstheorie, in: Ders./ Thill-Thouet, L./ Stark, U. (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Tagung, Frankfurt 1989, S. 10-25.

Mackensen, R.: Theoretische Konzeptionen bevölkerungspolitischen Handelns, in: Buchholz, E. W./Wander, H. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaft – Bevölkerungspolitik. Wissenschaftliche Grundlagen bevölkerungspolitischen Handelns. Bericht über die Studententagung der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e. V. vom 25. bis 29. November 1974 in Berlin, Kiel 1975, S. 88-101.

Marschalck, P.: Aktuelle Probleme der Migrationsforschung, in: Rödel, W./Matheus, M. (Hrsg.): Landesgeschichte und Historische Demographie. Kolloquium vom 8. bis 10. Mai 1997 in Mainz (Geschichtliche Landeskunde; 50), Stuttgart 2000, S. 177-189.

Mener, W.: Die klevischen Städte unter brandenburgisch-preußischer Herrschaft im 17. und 18. Jahrhundert. Festschrift des Düsseldorfer Gymnasiums, Düsseldorf 1913.

Michel, H./Lischke, R. J.: Zur Entwicklung der Bevölkerungswissenschaft im deutschsprachigen Raum von den Anfängen bis 1945, in: Berliner Statistik 3 (2001), S. 110–120.

Michel, H.: Der Bevölkerungsgedanke im Zeitalter des Merkantilismus (Edition IFAD, Historische Reihe; 2), Berlin 1994.

Michel, H.: Biographisches Lexikon zur Geschichte der Demographie, Berlin 1999.

Miegel, R.: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen (Zeitgeist), Berlin 2002.

Montesquieu, Ch.-L.: Vom Geist der Gesetze. Auswahl, Übersetzung und Einleitung von K. Weigand (Reclams Universal-Bibliothek; 8953), durchgesehene und bibliographisch ergänzte Ausgabe, Stuttgart 2006.

Mott, B.: Pfälzer am Niederrhein. Die Geschichte der Pfälzersiedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf im Rahmen der preußischen Binnenkolonisation des 18. und 19. Jahrhunderts, Goch/Kalkar 1989.

Mücke, H.: Historische Geographie als lebensweltliche Umweltanalyse. Studien zum Grenzbereich zwischen Geographie und Geschichtswissenschaft, Univ. Diss., Bonn 1988.

Müller, K.: Moers in preußischer und französischer Zeit (1702-1815), in: Wensky, M. (Hrsg.): Moers. Die Geschichte der Stadt von der Neuzeit bis zur Gegenwart, Bd. 2, Köln/Weimar 2000, S. 1-141.

Müller, W.: „Zur Wohlfahrt des Gemeinen Wesens“. Ein Beitrag zur Bevölkerungs- und Sozialpolitik Max III. Joseph 1745-1777 (Miscellanea Bavarica Monacensia; 133), Univ. Diss., München 1984.

Muret, J.-L.: Abhandlungen über die Bevölkerung am Waat, Bern 1766.

Napp-Zinn, A. F.: Johann Friedrich von Pfeiffer und die Kameralwissenschaft an der Universität Mainz, Wiesbaden 1955.

Niggemann, U.: „Peuplierung“ als merkantilistisches Instrument. Privilegierung von Immigranten und staatlich gelenkte Ansiedlungen, in: Bade, K. J./Oltmer, J. (Hrsg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Paderborn 2012. (noch nicht erschienen).

Niggemann, U.: Immigrationspolitik zwischen Konflikt und Konsens. Die Hugenottensiedlung in Deutschland und England (1681-1697) (Norm und Struktur, Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und Früher Neuzeit; 33), Köln 2008.

Niggemann, U.: Hugenotten als wirtschaftliche Elite. Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung in den immigrationspolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland und England 1680-1700, in: Denzel, M./Asche, M./Stickler, M. (Hrsg.): Religiöse und konfessionelle Minderheiten als wirtschaftliche und geistige Eliten (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte; 28), St. Katharinen 2009, S. 201-227.

Nikolay-Panter, M.: Geschichte und methodischer Ansatz des Bonner Instituts. Eine Skizze, in: Groten, M./Rutz, A. (Hrsg.): Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Bonn 2007, S. 11-37.

Nitschke, P.: Einführung in die Politische Theorie der Prämoderne 1500-1800 (Die Politikwissenschaft: Einführungen in Gegenstand, Methoden und Ergebnisse ihrer Teildisziplinen und Hilfswissenschaften), Darmstadt 2000.

Olmes, J.: Die Wehrverhältnisse in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Niederrheins 1703-1806, in: Die Heimat 27 (1956), S. 141-145.

Oncken, W.: Das Zeitalter Friedrich des Großen, Berlin 1881.

Opgenoorth, E./Schulz, G.: Einführung in das Studium der Neueren Geschichte, 6. grundlegend überarb. Aufl., Paderborn 2006.

Opgenoorth, E.: Die rheinischen Gebiete Brandenburg-Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, in: Baumgart, P. (Hrsg.): Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln/Wien 1983, S. 33-44.

Pearson, K.: The history of statistic in the 17th and 18th century against the changing background of interlectual, scientific and religious thought. Lectures of Karl Pearson given at university college London during the academic sessions 1921-1933, ed. by K. Pearson, London 1978.

Pfeiffer, J. F. v.: Lehrbegirff sämtlicher oeconomischer und Cameralwissenschaften, II. Teil, Mannheim 1777.

Pfeiffer, J. F. v.: Grundriß der wahren und falschen Staatskunst, Bd. 1, Berlin und Himburg 1778-1779.

Pfeiffer, J. F. v.: Berichtigungen berühmter Staats-, Finanz-, Polizey-, Cameral-, Kommerz- und ökonomischer Schriften dieses Jahrhunderts, Frankfurt 1781/84.

Philippi, J. A.: Die wahren Mittel zur Vergrößerung eines Staates, Berlin 1753.

Philippi, J. A.: Der vergrößerte Staat, eingeleitet von Keith Tribe (Nachdruck der Ausgabe von 1759, Leipzig) (Naturrecht und Rechtsphilosophie in der Neuzeit; 4), Goldbach 1998.

Pfister, Ch.: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1500–1800 (EdG; 24), 2. Aufl., München 2007.

Popper, K.: Naturgesetze und theoretische Systeme, in: Albert, H. (Hrsg.): Theorie und Realität, Tübingen 1964, S. 87-102.

Pott, M.: Theodor Ludwig Lau (1670-1740), Dokumente (Philosophische Clandestina der deutschen Aufklärung, Abt. 1, Texte und Dokumente; 1), Stuttgart 1992.

Radkau, J.: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, erste aktualisierte und erweiterte Fassung der gebundenen Auflage von 2000, München 2002.

Rassem, M./Stagl, J. (Hrsg.): Statistik und Staatsbeschreibung in der Neuzeit, vornehmlich im 16. und 18. Jahrhundert (Quellen und Abhandlungen zur Geschichte der Staatsbeschreibung und Statistik; 1), Paderborn 1980.

Raupach, A.: Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Kameralismus. Ein Beitrag zur sozialen Theorienbildung in Deutschland und ihrer Genese als Polizei, Univ. Diss., Hamburg 1983.

Reckmann, H.: Dume Oxen, aber malicieu wie der Deufel. Die Bevölkerung von Kleve-Mark, Preußisch Obergeldern und Moers im Urteil Friedrich Wilhelms I. von Preußen, in: Geldrischer Heimatkalender (1977), S. 103-105.

Reif, H.: Von der Stände- zur Klassengesellschaft, in: Wehler, H.-U. (Hrsg.): Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende 1517–1989 (Beck'sche Reihe; 1123), München 1995, S. 79 – 90.

Reinhard, W.: Zusammenfassende Überlegungen, in: Schilling, L. (Hrsg.): Absolutismus, ein unersetzliches Forschungskonzept?, eine deutsch-französische Bilanz (Pariser Historische Studien; 79), München 2008, S. 229-239.

Renes, H./Storms, M.: Die Bedeutung der Forschung von Prof. Dr. Gerhard Aymans für das niederländische Nordlimburg, in: Colloquim Geographicum 30 (2008), S. 80-93.

Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen am Niederrhein (Schriften des Duisburgers Museumsvereins; 7), Univ. Diss., Duisburg, 1917.

Rödel, W.: Einführung, in: Ders./Matheus, M. (Hrsg.): Landesgeschichte und Historische Demographie. Kolloquium vom 8. bis 10. Mai 1997 in Mainz (Geschichtliche Landeskunde; 50), Stuttgart 2000, S. 1-8.

Rösener, W.: Einführung in die Agrargeschichte (Die Geschichtswissenschaft: Einführungen in Gegenstand, Methoden und Ergebnisse ihrer Teildisziplinen und Grundwissenschaften), Darmstadt 1997.

Ronz, A.: Die Grundgedanken des Kameralismus unter besonderer Berücksichtigung des Bevölkerungsproblems, Univ. Diss., Erlangen 1948.

Rosen, J.: 350 Jahre Evangelische Kirche in Sonsbeck. Vorgeschichte, Bau und Erhaltung, in: Evangelische Gemeinde Sonsbeck (Hrsg.): 350 Jahre Evangelische Kirche Sonsbeck. Einsichten – 2005 Jubiläumsjahr, Sonsbeck 2005, S. 19-30.

Sandl, M.: Ökonomie des Raumes. Der kameralwissenschaftliche Entwurf der Staatswirtschaft im 18. Jahrhundert (Norm und Struktur; 11), Köln 1999.

Scharlau, K.: Bevölkerungswachstum und Nahrungsspielraum. Geschichte, Methoden und Probleme der Tragfähigkeitsuntersuchungen, Bremen 1953.

Schenk, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, S. 215-264.

Schenk, W.: Historische Geographie in Bonn seit 2001 zwischen Kontinuität und Umbrüchen, in: Haffke, J./Kleefeld, K.-D./Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 61-86.

Schenk, W.: „Landschaft“ und „Kulturlandschaft“ – „getönte“ Leitbegriffe für aktuelle Konzepte geographischer Forschung und räumlicher Planung, in: PGM 146 (6), S. 6-13.

Schenk, W.: Historische Geographie als historische Regionalwissenschaft. Zur „Produktion“ von Regionen durch historisch-geographische Forschung, in: Groten, M./Rutz, A. (Hrsg.): Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven, Bonn 2007, S. 251-264.

Schenk, W.: Historische Geographie. Umwelthistorisches Brückenfach zwischen Geschichte und Geographie, in: Siemann, W. (Hrsg.): Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven (Beck'sche Reihe; 1519), München 2003, S. 129-146.

Schenk, W.: Historische Kulturlandschaftsforschung im Spannungsfeld von älteren Ansätzen und aktuellen Fragestellungen und Methoden. Institutioneller Hintergrund, methodische Ausgangsüberlegungen und inhaltliche Zielsetzungen. Bericht über die 32. Tagung des Arbeitskreises für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa vom 21.-25. September 2005 in Münster, in: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 9-12.

Schenk, W./Dix, A.: Historische Geographie, in: Gebhard, H./Reuber, P./Glaser, R./Radtke, U. (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie, Heidelberg 2006, S. 817-828.

Schenk, W./Schliephake, K.: Anthropogeographie – Begriffe und Standorte einer „Geographie des Menschen“, in: Dies. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, S. 23-40.

Schenk, W./Krings, W.: Zum Stand der historisch-geographischen Forschung zu Bayern, in: Ackermann, K./Rumschöttel, H./Schmid, A. (Hrsg.): Bayerische Geschichte. Landesgeschichte in Bayern. Festgabe für Alois Schmid zum 60. Geburtstag (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 68/1), München 2005, S. 27-50.

Schenk, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft seit dem frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung als Variable der Bevölkerungszahl, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.-19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 9-13.

Schenk, W.: Historische Geographie (Geowissen Kompakt), Darmstadt 2011.

Schilling, L.: Vom Nutzen und Nachteil eines Mythos, in: Ders. (Hrsg.): Absolutismus, ein unersetzliches Forschungskonzept?, eine deutsch-französische Bilanz (Pariser Historische Studien; 79), München 2008, S. 13-32.

Schmoller, G.: Die preußische Einwanderung und ländliche Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Ders.: Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftspolitik, besonders des Preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig 1889, S. 562-627 (Nachdruck Hildesheim/New York 1974).

Schneider, M.: Das Weltbild des 17. Jahrhunderts. Philosophisches Denken zwischen Reformation und Aufklärung, Darmstadt 2004.

Schneider, U. J. (Hrsg.): Seine Welt wissen. Enzyklopädien in der Frühen Neuzeit – Katalog zur Ausstellung der Universitätsbibliothek Leipzig und der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, Darmstadt 2006.

Schofield, R./Coleman, D.: Introduction, in: Dies. (Hrsg.): The State of Population Theory: Foreward from Malthus, Oxford 1986, S. 1-13.

Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf, 3. Aufl., Pfalzdorf 1990.

Schütz, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen und mündlicher Überlieferung, 4. Aufl., Pfalzdorf 2000.

Schultz, Th. W.: In Menschen investieren. Die Ökonomik der Bevölkerungsqualität, Tübingen 1986.

Schwarz, Fr. W.: Idee und Konzeption der frühen territorialstaatlichen Gesundheitspflege des 16.-18. Jahrhunderts, med. Univ. Diss., Frankfurt a. M. 1973.

Schwarzer, O.: Aspekte der Raumabgrenzung und Fragen der Stabilität von Kulturräumen bzw. Wandel der Raumstrukturen durch wirtschaftliche Beziehungen, in: Bahadir, S. A. (Hrsg.): Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung (Arbeitspapiere des Zentralinstituts für Regionalforschung; 3), Erlangen 1998, 15-18.

Scotti, J. J.: Sammlungen der Gesetze und Verordnungen welche in dem Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung und Rechtspflege ergangen sind, vom Jahre 1418 bis zum Eintritt der königlichen preußischen Regierung im Jahre 1816. Erster und Zweiter Theil, Düsseldorf 1826.

Seckendorff, V. L. v.: Teutscher Fürstenstaat, mit einem Vorwort von L. Freitag (Peadagogica; 2/1) (Neudruck von 1976, Glashütten im Taunus), 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1665.

Sieglerschmidt, J.: Bevölkerungsgeschichte, in: Schulz, G. (Hrsg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte; 169), München 2004.

Simon, T.: „Gute Policey“. Ordnungsleitbilder und Zielvorstellungen politischen Handelns in der Frühen Neuzeit (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 170), Frankfurt a. M. 2004.

Simon, T.: Policey im kameralistischen Verwaltungsstaat: Das Beispiel Preußen, in: Härter, K. (Hrsg.): Policey und frühneuzeitliche Gesellschaft (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 129), Frankfurt a. M. 2000, S. 473-496.

Simon, T. (Hrsg.): Repertorium der Policeyordnungen der frühen Neuzeit, Bd. 2, Brandenburg-Preußen mit Nebenterritorien (Kleve-Mark, Magdeburg und Halberstadt) (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 111), Frankfurt a. M. 1998.

Simon, T.: Bevölkerungspolicey, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Stuttgart 2005, Sp. 119-122.

Sokoll, T.: Kameralismus, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 6, Stuttgart 2007, Sp. 290-299.

Sokoll, T.: Historische Demographie und historische Sozialwissenschaft, in: AfS 23 (1992), S. 405-425.

Sokoll, T./Gehrmann, R.: Historische Demographie und quantitative Methoden, in: Maurer, M. (Hrsg.): Aufriß der historischen Wissenschaften. Bd. 7, Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft, Stuttgart 2003, S. 152-229.

Sonnenfels, J. v.: Grundsätze der Staatspolicey, Handlung und Finanzwissenschaften, 8. Aufl., München 1819.

Sonnenfels, J. v.: Politische Abhandlungen (Nachdruck der Ausgabe von Wien, 1777), Aalen 1964.

Sperling, W.: Die Stellung der Historischen Geographie in einem modernen geographischen Curriculum, in: Erdkunde 36 (1982), S. 79-84.

Spinoza, B. de: Anhandlungen vom Staate. Sämtliche Werke, Bd. 5, Übersetzung, Anmerkungen und Register von C. Gebhardt. Einleitung von K. Hamacher, 5. Aufl., Hamburg 1977.

Stegmann, Fr. J.: Soziale Frage, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, Bd. 4, 7., völlig neu bearbeitete Aufl., Freiburg/Basel/Wien 1988, Sp. 1231-1234.

Stievermann, D.: Absolutistischer Zentralismus oder ständischer Regionalismus? Preußen und seine westlichen Provinzen im 17. und 18. Jahrhundert, in: Westfälische Zeitschrift 138 (1988), S. 51-66.

Stobbe, O.: Hermann Conring. Der Begründer der deutschen Rechtsgeschichte, Berlin 1870.

Stollberger-Rilinger, B.: Europa im Jahrhundert der Aufklärung (Universal-Bibliothek; 17025), Stuttgart 2000.

Stolleis, M.: Machiavellismus und Staatsräson. Ein Beitrag zur Conrings politischem Denken, in: Ders. (Hrsg.): Hermann Conring (1606-1681), Beiträge zu Leben und Werk, Berlin 1983, S. 173-199.

Süßmilch, J. P.: Der königlichen Residenz schnelles Wachstum und Erbauung in zwei Abhandlungen, Berlin 1752.

Süßmilch, J. P.: Gedancken von den epidemischen Kranckheiten und dem grossen Sterben des 1757ten Jahres, Berlin 1758.

Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung in der Veränderung des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, Bd. 1, Berlin 1765.

Süßmilch, J. P.: Die göttliche Ordnung in der Veränderung des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, nebst einer Vorrede Herrn Christian Wolffens, Nachdruck der Ausgabe von 1741 (Christian Wolffs gesammelte Werke, Materialien und Dokumente; 118), Hildesheim 2008.

Sudhaus, D.: Die Bodenentwicklung, in: Glaser, R./Gebhardt, H./Schenk, W.: Geographie Deutschlands, Darmstadt 2007, S. 116-122.

Thakkar-Scholz, A.: Der „Wert des Menschen“. Der „Wert des Menschen“ in der Diskussion der Medizin: Von der Entdeckung des gesunden, arbeitsamen Menschen in der kameralistischen „Peuplierungspolitik“ bis zur „Gesundheitswirtschaftslehre“ Pettenkofers als Verbindung von Nationalökonomie und kommunaler Gesundheitsfürsorge, med. Univ. Diss., Düsseldorf 1998.

Troitsch, U.: Ansätze technologischen Denkens bei den Kameralisten des 17. und 18. Jahrhunderts (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 5), Berlin 1966.

United Nations (Ed.): World Population in 2300, New York 2004.

Volk, S.: Peuplierung und religiöse Toleranz. Neuwied von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: RhVjbl 55 (1991), S. 205-231.

Walter, R.: Wirtschaftsgeschichte vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Wirtschafts- und sozialhistorische Studien; 4), 4. überarbeitete und aktualisierte Aufl., Köln 2003.

Wardenga, U.: Zwischen Innovation und Tradition: Geographische Siedlungsforschung in den 1960er Jahren, in: Siedlungsforschung 24 (2006), S. 35-50.

Waser, J. H.: Abhandlungen über die Größe der ganzen loblichen Eidgenossenschaft überhaupt des Canton Zürich insonderheit, Zürich 1775.

Weber, W.: „Die älteste Karte von Pfalzdorf“. Gesamtausgabe in drei Teilen, Pfalzdorf 2012. (noch nicht erschienen)

Wehler, H.-U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815-1845/48, 3. Aufl., München 1996.

Wensky, M.: Die evangelische Kirchengemeinde von der Reformation bis zur Französischen Zeit (1536-1794), in: Dies./Rönz, H./Rosen, J. (Hrsg.): Geschichte der Evangelischen Kirchengemeinde Sonsbeck. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Sonsbeck 2008, S. 1-62.

Wensky, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815, in: Dies. (Hrsg.): Sonsbeck. Die Geschichte der niederrheinischen Gemeinde von der Frühzeit bis zur Gegenwart (Stadt und Gesellschaft: Studien zum Rheinischen Städteatlas; 3), Köln 2003, S. 21-194.

Wiese, B./Zils, N.: Deutsche Kulturgeographie. Werden, Wandel und Bewahrung deutscher Kulturlandschaften, Herford 1987.

Willenbacher, B.: Nationalistische Bevölkerungspolitik, in: Auth, D./Holland-Cunz, B. (Hrsg.): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung, Opladen 2007, S. 37-62.

Wingen, M.: Grundfragen der Bevölkerungspolitik, Stuttgart/Berlin 1975.

Wingen, M.: Die Notwendigkeit von bevölkerungspolitischen Zielvorstellungen für eine nationale Gesellschaftspolitik, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität. Beiträge zum Problem einer Bevölkerungspolitik in industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1975, S. 133-147.

Wrede, M.: Absolutismus, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 1, Stuttgart 2005, Sp. 24-34.

Zehrfeld, R.: Hermann Conrings (1606-1681) Staatenkunde, ihre Bedeutung für die Geschichte und Statistik unter besonderer Bedeutung der Conringschen Bevölkerungslehre, Berlin 1926.

Zincken, G. H.: Anfangsgründe der Cameralwissenschaft, 4 Bände, Leipzig 1755.

2. Archivalische Quellen

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (seit 2008 Landesarchiv Nordrhein Westfalen / Abt. Rheinland)

- Kleve Landstände
- Xantener Kreisregistratur
- Kleve-Mark-Akten
- Kleve Kammer
- Kleve Kammer Berlin
- Moers Kammer

Stadtarchiv Goch

- StAG A
- StAG B
- StAG K
- StaG M

G. Abbildungsverzeichnis und Abkürzungen

Abbildungen, Tabellen und Photos

Abb. 1 – Wissenschaften und geschichtliche Teildisziplinen mit peuplierungspolitischen Fragestellungen. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	28
Abb. 2 – Bewertungsebenen peuplierungspolitischer Fragestellungen. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	29
Abb. 3 – Die Peuplierungspolitik im System fürstlicher Herrschaft. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	58
Abb. 4 – Typologische Gegensatzpaare von Peuplierungspolitiken. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	252
Abb. 5 – Skizze einer potenziellen Stadtneugründung am Niederrhein vom 21. April 1772. (HSTAD Xanten Kreisregistratur, Nr. 75)	387
Abb. 6 – Spezifikation der Vermessung der Steinheyde und Bücking zur Cämmerey Üdem gehörig, wie solche Gründe (...) nach der dortigen Carte angewiesen und aufgenommen worden. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766)	575
Abb. 7 – Erste Skizze der Bönninghardter Heide aus dem Jahr 1770. (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 755)	585
Abb. 8 – Zweite Skizze der Bönninghardter Heide aus dem Jahr 1770. (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 755)	585
Abb. 9 – Deklinatio Proportionis Geometrica von der Situation der so genannten zu der Stadt Xanten private gehörigen Bauschlägen um Hoch Brugs zum Etablissements derer darinnen denominirten Colonisten. (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 1187)	666

Abb. 10 – Die Gocher Heide vor der inneren Kolonisierung (um 1735). (Mott, B.: Pfälzer an Niederrhein, Kalkar 1989, S. 24)	680
Abb. 11 – Geographische Lage von Pfalzdorf im 19. Jahrhundert. (Mott, B.: Pfälzer an Niederrhein, Kalkar 1989, S. 27)	686
Abb. 12 – Geographische Skizze der Pfälzersiedlung Königshardt. (Königshardter Interessengemeinschaft e. V. (Hrsg.): Königshardt - Ein Stadtteil im Wandel der Zeit. Eine Bilddokumentation zusammengestellt von zwei Königshardtern, Königshardt 2000, S. 9)	696
Abb. 13 – Verteilungsplan von Louisendorf um 1821. (Gemeindearchiv Bedburg-Hau, Nachlass Jakob Imig, ND1-072)	704
Abb. 14 – Aufteilung der Grundstücke Neulouisendorfs. (Graven, J.: 175 Jahre Neulouisendorf, Louisendorf 2007, S. 39)	711
Abb. 15 – Lokalisation preußischer Peuplierungsaktivitäten in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im 17. und 18. Jahrhundert (Entwurf: M. Zbrochzyk 2014, Kartographie: St. Zöldi).....	754
Tab. T-1 – Tabelle wüster Hausstellen im Herzogtum Kleve inklusive der Stadt Gennep vom 23. Februar 1722. (Scotti, Bd. 2, S. 980-985, Nr. 910)	292
Tab. T-2 – Tabelle „Role des francois refugiés de Wesel qui sont present chargis de Logement“ 1704. (HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1160)	351f.
Tab. T-3 – Liste der Haußväter oder Chefs de famille welche zu der Weselscher Wallonischer Gemeinde Gehörig, und Suffragante bey der Prediger Wahl seind 1728. (HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1163)	363
Tab. T-4 – Tabelle der Familien der Meierei Herzogenbusch, mit denen ein Etablissement möglich gewesen wäre 1771. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75)	378

Tab. T-5 – Tabelle der Spezifikationen derer mit Ende des Jahres 1739 in denen Clevischen Städte westseiths Rheins oberwärts, angeschlossene Spezial Nachrichten annoch befindl. Wüste Stellen auch daselbst fehlenden Professionisten und handwercker. (HSTAD, Kleve Landstände, Nr. 461)	390
Tab. T-6 – Tabelle der vom Krieg ruinierten Häuser bis November 1765 in Xanten. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224)	403
Tab. T-7 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Xanten 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	405
Tab. T-8 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Orsoy 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	405
Tab. T-9 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Grieth 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	405
Tab. T-10 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Kalkar 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	406
Tab. T-11 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Üdem 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	406
Tab. T-12 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Sonsbeck 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	407
Tab. T-13 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Büderich 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	408
Tab. T-14 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Kervenheim 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	408
Tab. T-15 – Tabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren für Goch 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	408

Tab. T-16 – Haupttabelle baufälliger Häuser, die nicht aus Kriegsschäden herrühren des „Clevischen Creises Westseits Rheines oberwärts“ 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	409
Tab. T-17 – Haupttabelle derjenigen, welche ihre baufälligen Häuser so nicht aus dem Kriegs Schaden herrühren in Anno 1766 wieder in guten Standt herstellen wollen bey den Clevischen Städten Westseits Rheines oberwärts. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	410
Tab. T-18 – Tabelle zum Nachweis Von denen im kriege ruinirten Häußer, deren Eigner Zur Herstellung aus eigenen Mitteln vermögend sind, Moers 1766. (HSTAD, Meurs Cammer, Nr. 102)	411
Tab. T-19 – Haupttabelle der nicht vom Siebenjährigen Krieg zerstörten Häuser der Städte im Herzogtum Kleve bis November 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 508)	414
Tab. T-20 – Tabelle für Goch und Calcar von 1764 bis 1. Juli 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224)	416
Tab. T-21 – Tabelle der Unvermögenden, die ihre zerstörten Hausplätze nicht wiedererrichten konnten, für die Stadt Xanten bis März 1766. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224)	418
Tab. T-22 – Tabelle der unvermögenden Eigentümer der Stadt Sonsbeck bis November 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224)	424f.
Tab. T-23 – Tabelle der vermögenden Eigentümer der Stadt Goch bis November 1765. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1224)	427
Tab. T-24 – Tabelle fehlender Professionisten in den niederrheinischen Städten vom 17. April 1769. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098)	432f.
Tab. T-25 – Gesamttabelle der wüsten Stellen in den niederrheinischen Städten vom August 1769. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	445

Tab. T-26 – Gesamttabelle vorhandener ledig stehender Hausstellen niederrheinischer Städte vom Mai 1769. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098)	446f.
Tab. T-27 – Haupttabelle von denen ledigen Haußstellen im Clevischen Creise Westseiths Rheins Oberwärts vom 6. April 1772. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 488)	451-455
Tab. T-28 – Tabelle derer sich pro 1778 angegebenen Baulustigen bey der Stadt Orsoy. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304)	462
Tab. T-29 – Tabelle zum Retablissement-Plan der Stadt Üdem anno 1778. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304)	464
Tab. T-30 – Tabelle zum Retablissements Plan für die Stadt Calcar pro 1778. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304)	471
Tab. T-31 – Tabelle zum Retablissements Plan der Stadt Sonsbeck pro 1779. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304)	473
Tab. T-32 – Tabelle zum Retablissements Plan der Stadt Grieth pro 1778. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304)	480
Tab. T-33 – Tabelle zum Retablissements Plan der neu anbauenden bei der Stadt Kervenheim pro 1778. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304)	483
Tab. T-34 – Tabelle zum Retablissements Plan der Stadt Xanten pro 1778. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1304)	484
Tab. T-35 – Tabelle zum Retablissements Plan denen Städten Westseits Rheins oberwärts pro 1779 und 1780. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1618)	485
Tab. T-36 – Tabelle zum Retablissements Plan für die niederrheinischen Städte pro Anno 1784. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1222)	486

Tab. T-37 – Tabelle zum Retablissements Plan für die niederrheinischen Städte pro Anno 1786. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1222)	486
Tab. T-38 – Tabelle, Woraus zu ersehen in wie weit einige in der Stadt Wesel etablierte Fremden zu den Edictmäßigen Freyheiten zu folge Rescriptia d. d. Cleve den 22ten Januari 1765 mit qualificiret. (HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 892)	501
Tab. T-39 – Tabelle derer, die sich zu den Benefizien und der Akzise-Freiheit qualifizieren können, vom 31. August 1773 und 25. Januar 1774. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942.)	508
Tab. T-40 – Tabelle der sich zur Akzise-Freiheit qualifizierenden fremden Professionisten für die Stadt Xanten 1776/77. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 942)	511
Tab. T-41 – Tabelle vom Zustande der Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1767/68. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816)	520
Tab. T-42 – Tabelle vom Zustand der Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1769. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816)	522
Tab. T-43 – Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1769/70. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 1626)	523
Tab. T-44 – Tabelle der wüsten und retablierten Hausstellen niederrheinischer Städte für 1769/70. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	525
Tab. T-45 – Tabelle vom Zustande der Clevischen Städte 1748/49. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816)	526
Tab. T-46 – Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1770. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816)	527f.
Tab. T-47 – Haupttabelle von dem Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheines oberwärts pro 1770/71. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 816)	529

Tab. T-48 – Tabelle zum Zustande derer Clevischen Städte Westseit Rheins oberwärts pro 1771/1772. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087)	530
Tab. T-49 – Tabelle zum Zustande derer Clevischen Städte Westseit Rheins oberwärts pro 1772/1773. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087)	531
Tab. T-50 – Tabelle zum Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheins oberwärts pro 1774. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087)	534
Tab. T-51 – Haupttabelle vom Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheins oberwärts 1775. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087)	535
Tab. T-52 – Haupttabelle vom Zustande derer Clevischen Städte Westseith Rheins oberwärts 1776. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1087)	537
Tab. T-53 – Zusammenfassende Tabelle räumlicher und demographischer Parameter auf der Basis der eingesendeten Haupttabellen über den Zustand klevischer Städte von 1769 bis 1776. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	538
Tab. T-54 – Liste derer sich in der Stadt Cleve aufhaltenden Emigranten vom 23. März 1793. (HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 468)	560
Tab. T-55 – Tabelle von denen auf dem Patrimonial Stück der Üdemschen Stadts Stein Heide sich Succesive angesetzten Erbpächter 1774. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766)	574
Tab. T-56 – Legende zur Vermessungskarte der Üdemer Steinheide. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 766)	575f.
Tab. T-57 – Tabelle von denen Colonisten so sich auf der Binnecarter Heyde niederlassen wollen vom 5. März 1770. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755)	586
Tab. T-58 – Tabelle der Bönninghardter Kolonistenfamilien vom 1. Mai 1770. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755)	598

Tab. T-59 – Tabellarische Nachweisung, in welchem Zustande, den Colonisten Etablissements auf der, der Stadt Sonsbeck gehörigen Boeninghardter Heyde bey der bereisung Ultimo Juni 1771 gefunden worden. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756)	616f.
Tab. T-60 – Tabelle über die Bönninghardter Kolonie vom Junio 1774. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 756)	630
Tab. T-61 – Tabelle vom Zustande derer auff der Binnecarter heyde Stadt Sonsbeckschen Antheils vorhandenen Colonien im August 1775. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235)	634
Tab. T-62 – Tabelle der zu restituierenden Gelder der Bönninghardter Kolonisten vom 9. Oktober 1775. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 133)	636
Tab. T-63 – Tabelle der geleisteten Vorschüsse zum Ankauf von Kühen an die Bönninghardter Kolonisten vom 31. Dezember 1776. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 757)	639
Tab. T-64 – Nachweise von denen Umständen derer 3 Colonisten Familien welche sich den 18. März 1770 bei dem Commissario loci Kriegs Rath Sandrart allhier zu Xanten eingefunden, auf dem Heeseberge bey Xanten etablirt worden. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187)	650
Tab. T-65 – Tabellennachweis der zwei neu angekommenen Kolonisten vom 24. März 1770. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737)	665
Tab. T-66 – Tabelle der Kolonisten und deren Zuteilung auf der Königshardter Kolonie vom 1. November 1776. (Engelbert, H.: Die ehemalige Pfälzerkolonie Königshardt. Entstehung und Geschichte in den ersten 100 Jahren, Essen 1926, Neuauflage 1973, S. 34)	696
Tab. T-67 – Summarische Tabelle von Urbarmachung der wüsten Heyde Gründe bey denen Städten des Clevischen Krieses vom 28. Oktober 1774. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 235)	713

Tab. T-68 – Der Geheimen Legations Rathes Freyherrn von Hochstaedter zu Brunheim bey Frankfurth am Mayn Colonisten Rechnung vom 18. November 1769. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396)	715
Tab. T-69 – Von denen Colonisten welche nach königl. Preuß. Landen gezogen und Pässe erhalten von 1769. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396)	715
Tab. T-70 – Tabelle der Ansetzung Oberrheinischer Colonisten aufgenommen durch den Creiß-Calculatorem Rust vom 23. November 1769. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098)	717
Tab. T-71 – Potenzielle peuplierungs- und kultivierungswürdige Heideländereien im Weselschen und Meursischen Kreise, die zum Anbau für die Kolonisten gedacht waren. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 396)	718
Tab. T-72 – Anzeige derer in der Nachbarschaft der Stadt Kervenheim vorhandene Jurisdictionen und darunter gehörigen Heyden oder uncultivirte Terrains vom 23. März 1770. (HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098)	719
Tab. T-73 – Rechnungen von den Einnahmen und Ausgaben der Kolonisten Etablissement-Gelder von 1769 bis 1769/70. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395)	720f.
Tab. T-74 – Rechnung von den Einnahmen und Ausgaben der Etablissements Gelder ultimo July 1770 vom 8. August 1770. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395)	721-724
Tab. T-75 – Gesamttabelle der Einnahmen und Ausgaben klevischer Etablissement-Kasse von 1771/1772 bis 1789/90. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395, Nr. 397 und Nr. 398)	725
Tab. T-76 – Designation von denen seit Anno 1770 bis Trinitatis 1774 sämtlichen Colonisten im Herzogthum Cleve verabreichten Vorschüsse. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395)	726-728

Tab. T-77 – Einnahme an restituierte Vorschüsse aus der Liste von 1775/76. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395)	730
Tab. T-78 – Designation von denen sämtlichen Colonisten im Herzogtum Cleve Verabreichten Vorschüsse 1778/79. (HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 395)	731-734
Tab. T-79 – Tabelle der potenziell zu besiedelnden und tatsächlich peuplierten Heidegründe in den rheinischen Territorialgebieten Kleve, Geldern und Moers im Kontext friderizianischer Binnenkolonisation „landbezogener“ Peuplierungspolitik. (Entwurf: M. Zbroschzyk 2013)	738
Photo 1 – Grabplatte des Mennoniten Honig in der evangelischen Kirche der Stadt Sonsbeck. (M. Zbroschzyk 2012)	503
Photo 2 – Nahaufnahme der Grabplatte des Mennoniten Honig aus der evangelischen Kirche Sonsbeck. (M. Zbroschzyk 2012)	505
Photo 3 – Die mennonitische Kirche in Krefeld. (M. Zbroschzyk 2012)	545
Photo 4 – Glasgedenktafel im Eingangsbereich der mennonitischen Gemeinde. (M. Zbroschzyk 2012)	546
Photo 5 – Historischer Eingang zur mennonitischen Kirche auf der Rückseite. (M. Zbroschzyk 2012)	547
Photo 6 – Haus „Floh“ - Stadtpalais der Seidenbarone Johann v. d. Leyen und Peter v. Loevenich. (M. Zbroschzyk 2012)	550
Photo 7 – Eingangstür des im Übergangsstil des Rokokos und Klassizismus gebauten Hauses „Floh“. (M. Zbroschzyk 2012)	550
Photo 8 – Das heutige Rathaus Krefelds am Von-der-Leyen-Platz. (M. Zbroschzyk 2012)	553

Photo 9 – Straßenschild am Rathaus Krefelds. (M. Zbrochzyk 2012)	553
Photo 10 – Die im Jahr 2011/12 errichtete Plaggenhütte der „Interessengemeinschaft für Geschichte und Natur Bönninghardt 1991 e. V“. (M. Zbrochzyk 2012)	618
Photo 11 – Innenansicht der Plaggenhütte auf der Bönninghardter Heide. (M. Zbrochzyk 2012)	619
Photo 12 – Heutiger Blick auf die Bönninghardter Heide mit einer Einzelhofanlage. (M. Zbrochzyk 2012)	646
Photo 13 – Gedenkkreuz an den ersten Friedhof pfälzischer Kolonisten auf der Gocher Heide. (M. Zbrochzyk 2012)	690
Photo 14 – Gedenkstein in Goch-Pfalzdorf mit der Inschrift: „Die Wüste wird zum Acker werden“ – 1991 anlässlich der 250-jährigen Geschichte von Pfalzdorf errichtet. (M. Zbrochzyk 2012)	690
Photo 15 – Straßenschild im Stadtteil Neudorf in Duisburg. (M. Zbrochzyk 2012)	701
Photo 16 – Louisenplatz mit den 34 Bäumen im Zentrum des Pfälzerdorfes Louisendorf. (M. Zbrochzyk 2012)	705
Photo 17 – Dorfgrundriss auf der Informationstafel am Louisenplatz. (M. Zbrochzyk 2012)	706
Photo 18 – Wappen von Louisendorf. (M. Zbrochzyk 2012)	709

Abkürzungen

AB – Acta Borussica

Abt. – Abteilung

AfS – Archiv für Sozialgeschichte

ANuK – An Niers und Kendel

Aufl. – Auflage

bes. – besonders

Bd. – Band

bibliogr. – bibliographisch

bzw. – beziehungsweise

d. h. – das heißt

Ders. – Derselbe

Dies. – Dieselben oder Dieselbe

Diss. – Dissertation

durchges. – durchgesehene

ed. – edited

EdG – Enzyklopädie der Geschichte

etc. – et cetera

e. V. – eingetragener Verein

f. – folgende

H. – Heft

ha – Hektar

HKLE – (Heimat-) Kalender für das Klever Land

Hrsg. – Herausgeber

hrsg. v. – herausgegeben von

HSTAD – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (seit 2008 Landesarchiv Nordrhein Westfalen / Abt. Rheinland)

IFAD – Institut für Angewandte Demographie

INED – Institut National d' Études Démographiques

Jg. – Jahrgang

LVR – Landschaftsverband Rheinland

med. – medizinische

Mio. – Millionen

Nr. – Nummer

PaN – Pfälzer am Niederrhein

PGM – Petermanns Geographische Mitteilungen

RHK – Rhein-Hunsrück-Kalender

RhVjbl – Rheinische Vierteljahrsblätter

S. – Seite

Sp. – Spalte

StAG – Stadtarchiv Goch

u. – und

überarb. – überarbeitete

übers. – übersetzt

Univ. – Universität

Vgl. – Vergleiche

VSWG – Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

WBG – Wissenschaftliche Buchgesellschaft

z. T. – zum Teil

z. B. – zum Beispiel